Geschichte

der

Preußischen Politik

von

Joh. Gust. Droysen.

Zweite Auflage.

Dritter Theil.

Der Staat des großen Kurfürsten.

Erste Abtheilung.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1870.

Der

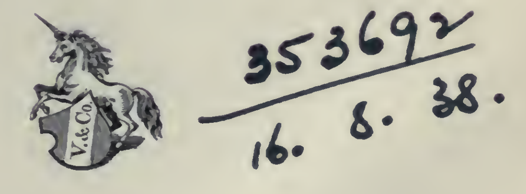
Staat des großen Kurfürsten

von

Joh. Gust. Droysen.

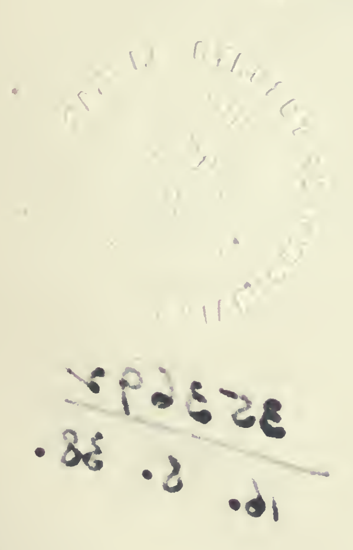
Zweite Auflage.

Erster Band.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1870.





Printed in Germany

Inhalt.

Einleitung.

Unsere Betrachtungen haben die Zeiten erreicht, in denen die territoriale Geschichte des Hauses Brandenburg endigt, die Geschichte des preußischen Staates beginnt.

Diesen Uebergang veranlaßt, ihn geschichtlich und moralisch möglich gemacht zu haben, das ist das Interesse, welches für unsere Aufgabe der dreißigjährige Krieg hat. Die Schrecken dieses Krieges, die Zerrüttung alles Rechts, aller Gesittung und Wohlfahrt, die Greuel allgemeinen Unterganges, das sind die Wehen, unter denen der neue Staat geboren ist.

In diesem Kriege, der großen deutschen Revolution, vollzog sich die Kritik der entarteten, verwucherten, unwahr gewordenen Zustände, welche unter dem Namen des Reichs deutscher Nation befaßt waren. In ihm ging das alte Deutschland für immer zu Grunde; wie ein tiefer Abgrund trennt er die Zeiten vorher und nachher.

In dieser Revolution löste sich die unlösbar gewordene deutsche Frage, indem unter immer neuen, immer wilderen Versuchen, eine Form für die deutschen Dinge zu finden, von diesen selbst nichts übrig blieb, was Gegenstand solcher Frage hätte sein können.

Wir werden sehen, was in dem Untergang unserer nationalen Geschichte an Gedanken, Aufgaben, Möglichkeiten zu retten blieb und von dem Hause Brandenburg gerettet, in die Fundamente des neuen Staates mit eingesenkt wurde; denn das ist es, was ihn rechtfertigt, ihn erklärt, ihm seine Zukunft gab.

Es ist gesagt und wieder gesagt worden, an dem preußischen Staat sei das Reich deutscher Nation zu Grunde gegangen. Allerdings, daß er begann, bezeugt diesen Untergang, besiegelt ihn. Aber nicht die Schuld dieses Unterganges, sondern der Segen eines neuen Anfangs haftet an dem Namen des Großen Churfürsten.

Die deutsche Frage.

Auch unsere Nation hat darum gerungen, die Verstrickungen, welche die hierarchisch-feudalen Jahrhunderte um sie gelegt, zu zerreißen, sich in sich selbst zu sammeln und zu schließen, sich selber anzugehören.

Unsere Geschichte hat keine nationalere That als die Reformation. In ihr fanden sich zum ersten Mal alle Stämme und Gebiete, alle Stände, das ganze deutsche Volk zu Einem Werk, in Einem Gedanken zusammen. In dem vollen Gefühl seiner Einheit brach es das Joch der geistlichen Fremdherrschaft, erkämpfte sich den Segen evangelischer Freiheit.

Es schien nur ein erster Schritt; der Reform der Kirche ging die des Reichs zur Seite. Das gemeine Wesen deutscher Nation schien sich neu verfaßt zu neuer Macht erheben zu sollen.

Es gelang uns nicht. Die alte Gewöhnung der Sonderinteressen war stärker als das neue Gemeingefühl; des Reiches Besserung scheiterte an der „Freiheit" der Fürsten und Stände, an ihrem Widerstand.

Nur die nationale Monarchie hätte ihn brechen, den deutschen Staat schaffen, mit ihm die Einheit der Nation retten können. Statt ihrer ward uns das Kaiserthum des burgundisch und spanisch gewordenen Hauses Oestreich, das jedem in seiner Reiche und Lande als Fremdherrschaft gefühlt wurde und sich selber fühlte, und das sofort mit der römischen Curie, wie vieles sonst sie trennen mochte, darin einig war, die Bewegung des Jahrhunderts an ihrem Herde zu ersticken.

Mit der Wahl von 1519 waren alle Elemente der deutschen Politik in falscher Bahn.

Die Monarchie, statt deutsch zu sein, europäisch, war dem, was die Nation bewegte, fremd und feind, verfolgte es, weil es national war. Eben dies nationale Interesse gab den territorialen Gewalten die Kraft und Rechtfertigung ihres Widerstandes; sie deckten es mit ihrer Libertät, und ihre Libertät erstarkte in dem Maaße, als sie es deckten. Unser Volk endlich sah in der Sache des Evangeliums die Rechtfertigung einer Opposition, die ihm mit jedem Erfolg seine politische Einheit unmöglicher machte, mit jedem Mißerfolg die nationale und kirchliche Selbstständigkeit zugleich auf das Spiel setzte.

Die geschichtliche Entwickelung unserer Nation, so eben noch im kühnen und sicheren Vorwärtsschreiten, begann sich im Kreise zu drehen; sie wurde verworren in sich, sie wurde angreifbar.

Der erste Versuch der Niederwerfung, der Karls V. im schmalkaldi-

schen Kriege, endete nach kurzem Triumph mit der Rebellion von 1552, mit des Kaisers Flucht, mit dem Passauer Vertrage.

Nicht die Nation, nicht das evangelische Deutschland hatte den Sieg erkämpft, sondern zwei, drei Fürsten mit der Hülfe Frankreichs, die mit deutschen Gebieten erkauft wurde, nicht ohne geheimes Einvernehmen mit König Ferdinand, der dem Sohn seines kaiserlichen Bruders die Nachfolge im Reich nicht abzutreten gemeint war.

Die deutsche Linie des Hauses Oestreich gewährte, was der Kaiser versagt hatte; die Libertät wurde die Grundlage des Religionsfriedens. Er gab dem Reich eine Form, die für die Einheit des Reichs die Eintracht seiner Glieder versprach, die letzte noch mögliche Form, wenigstens den Namen der Reichsmonarchie, den Schein eines nationalen Gemeinwesens zu erhalten. In Wahrheit war das Reich für immer in seine Territorien aufgegangen.

Wie gewaltige populare Elemente hatte die beginnende Reformation erweckt; sie waren gebrochen. Seit den Bauernkriegen schwieg das Volk auf dem platten Lande und trug den wachsenden Druck der Gutsherrlichkeiten; seit den Gewaltacten Karls V. und seiner Spanier im schmalkaldischen Kriege, den ärgeren der Rebellion war auch das Bürgerthum im raschen Sinken. Von unten herauf kamen keine neuen Impulse mehr in die reichsverfassungsmäßige Stagnation. Und die deutsch-evangelische Kirche, ohne Gemeindeverfassung wie sie war, ganz in den Händen der Patronate und Pastorate, des landesherrlichen Kirchenregimentes, hörte auf, mit den Gefahren der Freiheit deren Segen zu haben und zu bieten; sie stagnirte.

Die große Bewegung der Reformation war in durchaus conservative Bahnen gelenkt. In den lutherisch-ständischen Formen schien sich der mittelalterliche Zug des deutschen Gemeinwesens, ständische Gliederung, patrimoniale Führung, Abschließung in kleinen und kleinsten Sonderinteressen, für immer zu vollenden; eine breite und behagliche Zuständlichkeit, die, einmal im Gang, wie von selbst und gleichsam nach dem Gesetz der Trägheit weiter wucherte.

Seit dem Religionsfrieden schien es kein Zweifel mehr, daß allmählig alles deutsche Land in dies lutherisch-ständische Wesen sich umsetzen werde. Selbst in den östreichischen Kron- und Erblanden drang es trotz der Gegenbemühungen des Kaiserhauses unaufhaltsam vor. Von den anderen Fürstenhäusern standen nur noch zwei, das bairische und das leuchtenbergische, in der alten Kirche, „und auch diese“, sagt eine östreichische

Denkschrift von 1609, „hangen an einem seidenen Faden." Von den geistlichen Fürstenthümern waren unter sechs Erzbisthümern zwei, unter etwa vierzig Bisthümern sechzehn, andere Prälaturen in großer Zahl evangelisch; und mit jeder neuen Wahl — denn von dem Adel, der die Capitel inne hatte, waren nur noch wenige Familien altgläubig — drohte trotz des geistlichen Vorbehalts neue Reformirung.

In dem Maaße als das lutherisch-ständische Wesen im Reich an Umfang gewann, wuchs dessen Entfremdung von denjenigen evangelischen Formen, die sich in Großbrittannien, Frankreich, den Niederlanden im Kampf um die Existenz entwickelten; man gewöhnte sich, sie für anarchisch, radical, gefährlicher als den Papismus anzusehen. Mit der Concordienformel trennte man sich völlig von dem reformirten Geist. Die wenigen Stände im Reich, die sich ihm zuwandten, Kurpfalz, Hessen-Cassel, Anhalt, hörte man auf, als Glaubensgenossen anzuerkennen. In Eifersucht und Mißtrauen gegen sie wurden die Lutherischen, Kursachsen an der Spitze, um so conservativer, orthodoxer, katholisirender.

Schon begann die römische Reaction auch Deutschland zu ergreifen; sie sammelte ihre Gläubigen, sie schürte ihren Eifer; von den Jesuiten geleitet, ging sie rasch von der Vertheidigung zum Angriff über. Man fühlte den Frieden des Reichs in seinen Fundamenten bedroht.

Mit der Cölner, der Straßburger Frage brach der Zwiespalt in hellen Flammen aus. Es folgte der Handel von Donauwörth, der jülichsche Erbstreit. Und jede dynastische Rivalität, jeder nachbarliche Hader tränkte sich mit dem Gift des frommen Eifers, jede kirchliche Frage wurde zur Maske selbstsüchtiger Interessen. Kursachsen drängte zur Acht gegen Brandenburg, und der Pfalzgraf von Neuburg wurde Convertit, um gegen beide die jülichschen Lande zu behaupten. Wie mit gezücktem Messer standen Union und Liga sich gegenüber, Baiern an der Spitze der Liga, entschlossen, dem verwandten Pfälzer Hause die Kur zu entreißen, während, so war des Herzogs Argwohn, „die versuchte östreichische Souveränetät über das Haus Baiern" im Begriff stand sich zu verwirklichen. Hessen-Darmstadt hatte keinen anderen Gedanken, als den Vettern in Cassel Marburg und Gießen zu entreißen. Und die Fürsten des welfischen Hauses haderten um die Erbfolge in Grubenhagen. So überall Haß und Hader auch zwischen Glaubensverwandten, Blutsverwandten; „Alles Parthei und kein Richter über ihnen, jede Hand wider die andere." Man sah die Gefahr für das gemeine Vaterland, man sprach es mit den stärksten Worten aus, daß das Reich zusammenbrechen, zusammenbrechend

Alle, die Starken wie die Schwachen, unter seinen Trümmern begraben werde. Aber man fuhr fort zu wühlen, zu hadern und zu hassen, jeder mit dem Glauben oder Vorwand, nur sein Recht zu wollen, jeder, als sei es nicht seine Schuld, wenn darüber dem Ganzen Schaden, Schande, Untergang erwachse, jeder, als könne er es noch darauf wagen.

Auf die Eintracht hatte der Religionsfriede das Reich gestellt. Schon kam es auf den Reichstagen nicht mehr zu gemeinsamen Beschlüssen, schon — seit 1613 — überhaupt nicht mehr zu Reichstagen. Die einzige Form, in der sich das deutsche Gemeinwesen noch als Ein Körper darstellte und thätig sein konnte, hörte auf möglich zu sein.

Das war das Ergebniß der paritätischen Politik des Religionsfriedens; es war der völlige politische Bankerott.

Unter den gegebenen Bedingungen war kein Schritt vorwärts oder rückwärts möglich, noch weniger möglich stehen zu bleiben. Die Bedingungen mußten geändert, das heißt der zu Recht bestehende Zustand der Dinge gebrochen werden.

Deutschland stand am Rande der Revolution. Vielleicht einer heilvollen; vielleicht kam sie in Gestalt einer rettenden That.

Eine Rettung mußte möglich sein, wenn nicht das deutsche Land und Volk untergehen sollte. Sie war möglich, wenn sich, wie in Frankreich unter Heinrich IV. geschehen war, der Gedanke des deutschen Staates über den Hader der Bekenntnisse, den Ehrgeiz der Großen, die ständische Anarchie erhob.

Es gab nur eine Stelle, eine Function, die zu rettenden Thaten berechtigt erscheinen konnte. Wie immer durch Recht und Herkommen, durch Wahlcapitulationen beschränkt, in dem Wesen des Kaiserthums, in dem Amt der höchsten Reichsobrigkeit lag eine Machtbefugniß unerschöpflicher Art, lag die Pflicht der Rettung.

Die Aufgabe lag deutlich da. Das Haus Oestreich ergriff sie, nicht um sie im nationalen Sinn zu lösen, sondern um sie im östreichischen Interesse, „nach der östreichischen Staatsraison“ auszubeuten.

Und dies giebt uns den zweiten Punkt unserer einleitenden Betrachtungen.

Die östreichische Politik.

Wir sahen, wie Ferdinand I. der Rebellion von 1552 Vorschub geleistet, den Sieg der Libertät ermöglicht hatte.

So ganz verließ er den monarchischen Gedanken Karls V., daß er die Theilung der deutschen Erblande unter seine drei Söhne verfügte.

Nur um so kühner und stolzer führte Philipp II. das Werk seines Vaters, die „Monarchie", weiter; ihm genügte es, wenn die deutsche Linie des Hauses das Reich in seiner Erschlaffung und Lähmung hielt, die unermeßlichen Kräfte Deutschlands sich in sich selbst binden und zerrütten ließ.

Allgewaltig als Militairstaat, voran im Kampf für die sich wieder aufrichtende römische Kirche, nach allen Richtungen hin drohend, aggressiv, unwiderstehlich, hatte Spanien ein halbes Jahrhundert hindurch den „Dominat" über Europa. Der spanische Hof war der Herd aller Reaction gegen freies Bekenntniß, freie Verfassung, freien Handel, freies geistiges Leben.

Aber in dem Kampf um die Existenz waren die zunächst gefährdeten Völker und Staaten erstarkt, England unter Elisabeth, die Niederlande unter den Oraniern, Frankreich unter Heinrich IV. Es begann im Westen ein politisches Gleichgewicht durchzudringen, das sich zum ersten Mal in der Frage der jülichschen Erbfolge bewährte. Der Hof zu Madrid mußte inne werden, daß sein Dominat bedroht sei, daß er weichen müsse, wenn nicht die deutsche Linie des Hauses zu den Tendenzen zurückkehrte, die sie 1552 preisgegeben hatte; sie mußte aufhören in der gleichen territorialen Weise wie die anderen deutschen Fürstenhäuser sich genügen zu lassen; sie mußte sich aufraffen, für das gefährdete Gesammtinteresse des Hauses mit einzutreten; in diesem mußte sie ihre Pflicht, ihre Ehre, ihre Macht sehen.

Mit dem lebhaftesten Eifer ergriffen die jüngeren Erzherzöge diese Richtung, vor Allen Ferdinand von Steiermark. Sie waren unermüdlich, die kaiserliche Politik erst Rudolphs, dann des Matthias aus der mittleren Richtung zu drängen, in der sie die Rücksicht auf Deutschland und auf die Stände in den Kron- und Erblanden festhielt. Sie wagten das Aeußerste, jenen Staatsstreich, dem Kardinal Klehsl als Opfer fiel. Schon hatten die Erzherzöge ihre Erblande, die Krone Spanien ihr Anrecht auf Böhmen und Ungarn aufgegeben, damit alle Kron- und Erblande in Ferdinands Hand vereinigt würden; nur die östreichischen Lande

am Oberrhein bedang Spanien sich als Ersatz aus. Trotz des Wahlrechts der Böhmen und Ungarn, trotz des Protestes der evangelischen Stände dort, ward Ferdinand zu ihrem König gekrönt. Sie griffen zu den Waffen. Nicht blos Kurpfalz und die Evangelischen im Reich, auch Baiern begann besorgt zu werden; sie versuchten sich zu verständigen.

Es ist der denkwürdigste Moment vor dem Ausbruch des ungeheuren Kampfes; versuchen wir ihn in der Vorstellungsweise jener Zeit zu bezeichnen.

Auch in deutschen Landen hatte man den Ausdruck „Staat" in einem neuen Sinn zu brauchen begonnen; man sprach von der ratio status, der Staatsraison; man nannte mit diesem „mystischen Wort" dasjenige, wonach sich der Lenker eines Reichs oder Landes richten, was er als dessen eigenstes Wesen und Ziel festhalten und zur Geltung bringen müsse trotz aller Einrede formalen Rechts, privater Moral, persönlicher Gesinnung oder Meinung; ein Etwas, dessen Recht so groß, dessen Gebot so unabweisbar sei, daß der zum Regiment Berufene jede andere Rücksicht darüber hintanzusetzen nicht blos das Recht, sondern die Pflicht habe. Denn das Lebensgeheimniß des Staats — arcana imperii, sagte man nach dem Ausdruck der römischen Cäsarenzeit — gelte durchaus, unbedingt, souverain.

Schon gab es unter den deutschen Territorien einzelne — neben Oestreich Baiern, Kurpfalz, Kursachsen —, die diesen modernen Charakter gewonnen, die als Staaten in der großen europäischen Politik ihre Stelle zu nehmen versucht hatten. Eben darum war das Gemeinwesen des Reichs so lose, das Zerwürfniß innerhalb desselben so gefahrdrohend geworden. Mochten die andern kleineren Fürsten und Stände zu schwach sein, um auf eigenen Füßen zu stehen, mochten alle, die großen wie kleinen, die schon Staaten waren oder die es nie werden konnten, geographisch so durcheinander liegen, in ihren Rechts- und Verkehrsverhältnissen so in einander verwachsen sein, daß sie nicht anders als im Reich und des Reiches Schutz, in gegenseitiger Hülfe und Treue Bestand haben konnten, — sie waren mit der äußersten Gefahr bedroht, wenn das Haus Oestreich aufhörte sich mit der Ehre des kaiserlichen Namens genügen zu lassen, wenn es unternahm die östreichische Staatsraison zu der des Reiches zu machen.[1])

Eben das war der Gedanke, in dem sich die beiden Linien des Hauses Oestreich zusammengefunden; „Oestreich, sagte man sich, könne nichts

furchtbarliches ausrichten, es geschehe denn, daß es sich absolut und souverain Meister von Deutschland mache." [2])

Mit der Zusicherung der Pfälzer Kur gewann Ferdinand Baiern; Kursachsen kam ihm freiwillig entgegen; wem anders als ihm hätten die drei geistlichen Kurfürsten sich anschließen sollen? So warb er um die Kaiserkrone; sie ward ihm, in denselben Tagen, da die Böhmen den Pfalzgrafen wählten. „Freudig, als ginge es zum Tanz" beschwor er die Wahlcapitulation.

Mit dem Kampf in Böhmen begann die ungeheure Krisis. Man weiß, wie die Union sich löste, der Pfalzgraf erlag, die ständischen Heere auch in den Erblanden bewältigt wurden. Und die Unterjochung des Landes, die Vernichtung der Libertät, den Sieg der Monarchie vollendeten die Bekehrungen mit Waffengewalt, die Ausrottung des Evangeliums in den Kron- und Erblanden.

Dem vereinten Eifer der Liga und des kursächsischen Lutherthums dankte der Kaiser den Sieg; er benutzte ihn, eins der mächtigsten Häuser im Reich zu vernichten, dessen Staat zu zerschmettern, die zerrissenen Lande an Baiern und die Spanier zu geben; das Alles ungefragt des Reiches. Indem er Baiern mit der Kur belehnte, warf er die Evangelischen im Kurcollegium in die Minorität. Es war der Anfang, Kursachsen zu umstellen.

Der zweite Act begann, als Wallenstein sich erbot, ein kaiserliches Heer neben dem der Liga aufzustellen, groß genug, sich selbst zu erhalten, das heißt, die evangelischen Territorien zu überschwemmen und sie selbst die Macht ernähren zu lassen, die sie unterjochen sollte. Den Vorwand dazu gaben die dänisch-niedersächsischen Rüstungen.

Mit jener Schlacht von Lutter, die den Dänenkönig niederwarf, schien der Kaiser, sagt Cardinal Caraffa, „wie aus einem langen Schlafe zu erwachen; von einer großen Furcht befreit, die seine Vorfahren und ihn bisher gefesselt, faßte er den Gedanken, ganz Deutschland zu den Normen des Religionsfriedens zurückzubringen."

Des Religionsfriedens, wie Rom, die Liga, die Jesuiten ihn deuteten. Mit dem Restitutionsedict, mit der Confiscation der Güter Geächteter — 6000 begüterte Edelleute in Niedersachsen, die dem Feinde gedient, zeigte die Liste [3]) mit der Uebertragung der Erzstifte Magdeburg und Bremen an des Kaisers Sohn, mit der Erhebung Wallensteins zum Herzog von Mecklenburg, anderer Generale zu anderen Reichsfürsten-

thümern und Reichsgrafschaften setzte sich die östreichische Macht auch in Norddeutschland, an den Küsten der West- und Ostsee fest.

Schon überflügelte sie die der Liga. Die ligistischen Regimenter wurden zur Seite geschoben, wurden gemindert[4]), während die kaiserlichen Völker, um unter Arnim ins Weichselland gegen die Schweden, unter Gallas und Colalto nach Norditalien gegen die Franzosen vorzugehen, fort und fort gemehrt wurden. Es war der Anfang, auch über Baiern hinwegzuschreiten.

Wallenstein drängte dazu. Ihm schien die Zeit gekommen, das Reich „in eine andere Form und Modell zu bringen." Die evangelischen Reichsstände, die noch übrig waren, konnten nicht mehr gefährlich erscheinen; mit dem Restitutionsedict — es traf den besten Theil ihres Domanialvermögens — war ihnen die Schlinge um den Hals gelegt; ließ man da ein Wenig nach, so hatte man sie für immer. In diesem Sinne begann Wallenstein mit Kursachsen, Würtemberg, Anderen zu verhandeln: „alle Teufel und das höllische Feuer sollen den Pfaffen in den Magen fahren, wenn sie gar keine Ruhe halten können."

Die östreichische Politik stand am Scheidewege. Wenn sie Wallensteins Wegen folgte, so beherrschte und einigte sie Deutschland, aber sie fiel von den Principien ab, mit denen sie ihre Kron- und Erblande unterjocht hatte und niederhielt. Wenn sie diesen Principien, denen der Jesuiten und der Liga, treu blieb, so stand in Baiern und den geistlichen Fürsten die Libertät ungebrochen da. Und schon forderten sie Beseitigung Wallensteins und seiner Soldatesca.

Im Namen der allerheiligsten Kirche, kraft kaiserlicher Autorität hatte die östreichische Politik ihre bisherigen Erfolge gewonnen. Sie hatte die radicalsten Mittel nicht gescheut; sie gestattete sich jede Gewalt, jede Willkür. Von Reichstagen, von Recht und Gesetz, von den beschworenen Artikeln der Wahlcapitulation war keine Rede mehr; „der rechte Verstand und Observanz der Reichsconstitutionen, hieß es, ist die Parition gegen den Kaiser." Wer nicht unweigerlich gehorchte, wurde als Rebell angesehen; wer nicht dem östreichischen Interesse diente, galt als des Reiches Feind. Aus kaiserlicher Machtvollkommenheit wurde geächtet, confiscirt, reformirt, Fürsten, geistliche und weltliche, ab- und eingesetzt. Das althergebrachte Recht der Landesherren galt nichts mehr; es wurde Ritterschaften, um sie von dem Fürsten, dem sie mit Eiden und Pflichten verwandt waren, abzukehren, „die freie Lehnbarkeit" des Reiches ertheilt;[5]) landsässige Vasallen traf, über die landesherrliche Gerichtsbarkeit hinweg,

kaiserliche Acht, und der Geächteten Güter gab der Kaiser zu Lehen aus. Das landständische Recht der Steuerbewilligung zerriß die kaiserliche Macht durch die Einlagerung ihrer Heere, durch die Contributionen, die sie forderte, durch unerhörte Erpressungen. Es gab kein Verhältniß bürgerlicher Ordnung und öffentlichen Rechts, das diese neue Monarchie nicht erschütterte und zerriß. Sie war rein revolutionärer Natur; in ihrem kirchlichen und militairischen Radicalismus war sie unwiderstehlich.

Und nun, da sie den letzten entscheidenden Stoß führen sollte, trennten sich diese beiden Elemente ihrer Macht, und der Kaiser schwankte zwischen seinem General und seinem Beichtvater.

Unermeßliches hatte die Kirche, indem sie der kaiserlichen Macht diente, gewonnen. Sie hatte das Evangelium in den Kron- und Erblanden ausgerottet, sie hatte es im Reich geknickt. Das Restitutionsedict gab ihr überreiches Gut zurück und traf zugleich die noch übrigen evangelischen Fürsten und dieser Fürsten Stände — denn auch die Herren, Ritter und Städte hatten je in ihrem Bereich säcularisirt — in ihrem Vermögensstand. Denen, die in ihren Schooß zurückkehrten, bot sie und der kaiserliche Dienst die lockendsten Aussichten, und reißend mehrte sich der Abfall in den Reihen der Vornehmen und Gebildeten.[6]) Mit Schaaren von Pfaffen und Ordensbrüdern die evangelischen Gebiete überschwemmend, eilte sie die seit einem Jahrhundert verlorene Herrschaft über die Geister zu erneuen; sie war daran das Werk der Umkehr zu vollenden, eine Restauration, die das innerste Leben des deutschen Volkes tödtete. Das römische Reich deutscher Nation mußte nach ihrer Ansicht deutsch zu sein aufhören, ganz römisch werden, um gerettet zu sein. Ihr war die kaiserliche Monarchie nur Mittel zum Zweck; sie diente der weltlichen Macht nur, um sie zu beherrschen.

Ihr gegenüber stand das Heer. Von dem ersten Moment dieses Krieges an hatten die Heere, die ligistischen so gut wie die der Union, die dänischen und niedersächsischen so gut wie die Tillys und Wallensteins, den gleichen Typus: Banden verwegener Menschen, die das Kriegshandwerk trieben, aus allen Ländern und Ständen zusammengeworben, zuchtlos, beutegierig, zu jeder Frechheit und Gewalt bereit. Ihnen galt keine Pflicht als zu der sie sich verdungen und geschworen, kein Recht als das der Kriegsartikel; die bürgerliche Ordnung galt diesen Kriegshorden als ihnen preis gegeben; der Gutsherr, der Bürger und Bauer war ihnen nur dazu da, um „tribulirt", ausgeplündert, mißhandelt zu werden. Was irgend zu nehmen war, galt als gute Beute, und was man nicht

nehmen konnte, wurde zerstört. In diesen Regimentern fragte man nicht nach Geburt, Heimath, Bekenntniß; die Verkommenen oder Abentheuernden aus den Ritterschaften, die Brodlosgewordenen aus den Zünften und Werkstätten, die Ausgeraubten und Ausgetriebenen aus den Dörfern fanden im Lager ein neues Leben der Freiheit, Gleichheit und Kameradschaft. Und wenn der Kriegsherr nicht zahlte oder die Werbemonate zu Ende waren, so suchte man anderswo Sold und Beute; im Felde geschlagen trat man in den Dienst derer, gegen die man so eben gekämpft hatte.

Allmählig fanden sich die Reste der pfälzischen, dänischen, niedersächsischen Heere in den kaiserlichen Regimentern zusammen; auch Engländer und Iren, Wallonen und Polacken, Italiener und Kroaten gab es da, aber die Masse war deutsches Volk aus allen Gauen.

Im Anfang des Krieges, in Böhmen, hatte man daran denken können, gegen die Herren Stände und ihre „popularische Freiheit" den „vierten Stand" aufzurufen[7]), ihm die Waffen in die Hand zu geben; „man befreie die Unterthanen von der Leibeigenschaft und Tyrannei ihrer Herren, so stehen sie auf des Kaisers Seite." Jetzt entfesselte der Fortgang des Krieges selbst die unteren Massen. Wohin sedes belli verlegt wurde — so lautete der Ausdruck, mit dem man damals die Summe alles Schreckens bezeichnete — da löste sich die bürgerliche Ordnung, alles Privatrecht, alle Obrigkeit hatte so gut wie ein Ende; aus dem lose gewordenen Volk ließ sich, was kräftig und verwegen war, anwerben; und die anschwellende Masse der Soldatesca machte nur um so mehr Zerrüttung und Verwilderung, um so mehr loses Volk. Wie im Todeskampf rang die gesellschaftliche Ordnung gegen diese tief und tiefer wühlende Revolution; sich fortwälzend verwandelte sie einen Landstrich nach dem andern in Schlacke.

Das war die kaiserliche Macht über Deutschland. Es waren die radicalen Elemente der zerrütteten Gesellschaft, der sich auflösenden ständischen Gliederung, welche sich unter den Fahnen des Kaisers sammelten. Mit diesen Heeren, dem organisirten Pöbel aller Stände, war es ein Leichtes, die Selbstherrlichkeit der Fürsten und Stände für immer abzuthun, ihre Vasallen und Unterthanen daran zu gewöhnen, daß man auf das Reichsoberhaupt allein ein Aufsehen haben müsse; mit diesem Gewaltmittel konnte Deutschland monarchisirt, aus der tausendfach verwachsenen und verworrenen Gestaltung des Reichswesens ein einfach Neues, ein einiger kaiserlicher Staat oder vielmehr eine Provinz der spanisch-östreichischen Macht geschaffen werden.

Nur eine Gefahr war dabei, und mit jedem Erfolg mußte der Kaiser sie lebhafter empfinden. Nicht er hatte dies Heer geschaffen, nicht er war dessen Meister. Wie, wenn der böhmische Edelmann an der Spitze des Heeres aufhörte, die schuldige Parition zu leisten? oder wenn es ihm beliebte, die Rolle der Majordome in der Merovingerzeit zu spielen? Wie ihm die Stange halten, wenn auch das Heer der Liga nicht mehr war? wie dem Tadel der Kirche, dem Widerstande ihrer mächtigen Organisation entgehen, wenn der kühne Feldherr den Ketzern Nachsicht erwies, um den Baiernherzog, den treuesten Sohn der Kirche, niederzuwerfen?

Noch glaubte der Kaiser, mit den alten Künsten der östreichischen Politik Heer und Kirche, Wallenstein und den Baiernherzog balanciren, zwischen beiden hindurchsteuern zu können. Da erhob sich Europa wider ihn.

Als er jene ersten großen Erfolge erkämpfte, die ihm die Kron- und Erblande unterwarfen, hatten die außerdeutschen Mächte unthätig zugeschaut. Als er dann von diesen Erfolgen aus sich gegen Deutschland wandte, die gleiche Unterwerfung zu fordern und zu erzwingen, hatten sie versucht, sich zu verständigen, eine Coalition gegen den drohenden spanisch-östreichischen Dominat zu bilden.[8]) Daß die Einigung mißlang, machte Dänemark erliegen; nach allen Richtungen hin ergriff die östreichisch-spanische Macht die Offensive.

Schon standen die spanischen Heere im Herzen der freien Niederlande; bis Amsterdam schweiften die Kroaten. In den Häfen Pommerns und Mecklenburgs — auch eine spanische Flotte sollte in der Ostsee erscheinen — wurde zu einer Landung in Schweden gerüstet; und des Kaisers Schwager, der Polenkönig, der geborne Erbkönig Schwedens, harrte mit Ungeduld des Moments, die usurpatorische Macht Gustav Adolphs und die evangelische Ketzerei in Schweden zu vernichten. Während Spinola mit spanischem Kriegsvolk sich auf Casale warf, zogen kaiserliche Heere über die Alpen, die Oberlehnsherrlichkeit des Reichs über Mantua und weiter zur Geltung zu bringen; in Rom wurde mit einem Restitutionsedict der kaiserlichen Rechte in Italien gedroht. Wallenstein selbst zog seine Hauptmacht nach dem oberen Deutschland, entweder nach Italien zu folgen oder, so meinte man, sich mit dem Herzog von Lothringen zum Angriff gegen Frankreich zu vereinen. Frankreich hatte nicht bloß für seine drei deutschen Bisthümer zu fürchten, es sah das glorreiche Werk Heinrichs IV., das Gleichgewicht der Staaten[9]), in Trümmer fallen; es fühlte sich in der Gefahr, von der spanisch-östreichischen Uebermacht erdrückt zu werden.

Vollendete sich die kaiserliche Macht über Deutschland, so war es um die noch übrigen Staaten Europas gethan.[10]) Mit der Libertät im Reich schien die Sicherheit und Unabhängigkeit aller Staaten zu stehen und zu fallen.

Die deutsche Frage trat in ihr europäisches Stadium; Europa konnte nicht dulden, daß sie im spanisch-östreichischem Sinn gelöst werde. Und daß der Kaiser sie nicht im nationalen Sinn lösen wollte und konnte, — er wäre unbezwinglich gewesen, — gab den bedrohten Mächten die Möglichkeit, sie in die Hand zu nehmen.

In diesem Verlauf der Dinge ist die brandenburgische Politik in sehr eigenthümlicher Weise betheiligt; in beiden Coalitionen, der von 1625 und 1630, boten sich ihr große Möglichkeiten; sehen wir, wie sie sich zu ihnen verhielt.

Schwanken und Sinken Brandenburgs.

Brandenburg im Beginn des Krieges.

Fast ein Jahrhundert lang hatte sich das Haus Brandenburg so nahe als möglich zur kaiserlichen Politik gehalten; es rühmte sich gern seiner „von den Vorfahren her angestammten Unterthänigkeit" gegen das Haus Oestreich. Es gewann damit nicht viel Dank vom Kaiserhofe und wenig Ehre im Reich; in den straßburgischen, den magdeburgischen Händeln bekam es in empfindlicher Weise zu erfahren, was Oestreich ihm bieten zu können meinte und wie unwichtig es den Mitfürsten erschien, daß es geschah.

Da brachte der Anfang des Jahrhunderts dem Kurhause eine Reihe von Erbfällen, welche nur ihren rechtlichen Verlauf zu haben brauchten, um dessen Besitz und Macht zu verdreifachen.

Wir erinnern uns, wie behutsam Joachim Friedrich in diesen Fragen verfuhr, um nicht dem Kaiserhofe Anstoß zu geben; wie er ihn in Betreff der fränkischen Lande und Jägerndorfs mit dem geraischen Theilungsvertrage beschwichtigte, um das Größere, das in Aussicht stand, sicher zu stellen.

Und in Aussicht war die jülich-clevische Erbschaft, war die Administration und bald der Besitz Preußens, war schon auch der Heimfall der pommerschen Lande.

Wie hätte die östreichische Politik es ertragen sollen, daß sich in Kurbrandenburgs Hand eine Macht zusammenfände, die dazu angethan war, „dem Hause Oestreich den Kopf zu bieten?" Man dürfe es um so weniger dulden, hieß es in des Reichsvicecanzler von Strahlendorff Gutachten von 1609, da alle alten Feinde des Hauses Oestreich, Frankreich und die befreiten Niederlande voran, „alles ketzerische Geschmeiß in und außer dem Reich", auf die Erhebung dieser neuen Macht hofften; man müsse das brandenburgische Wesen niederbrechen, so lange es noch „ein ungefaßtes

Werk und angehende Sache" sei, so lange es sich noch nicht „in einem rechten gefaßten Regiment" seiner großen Mittel sicher gemacht habe.

Nicht minder lebhaft empfanden die Politiker der katholischen Reaction in und außer dem Reich die Gefahr, die „dem Religionswerk" in diesem Anwachsen des Hauses Brandenburg drohe. Die Ketzer, hieß es, hätten wohl eingesehen, daß, so lange sich nicht im Reich deutscher Nation selbst eine evangelische Macht bilde, die dem Hause Oestreich Trotz bieten könne, sie nicht hoffen dürften, „die Ueberhand zu erhalten und zu gänzlichem Flor aufzusteigen." Jetzt, wo das Haus Brandenburg zugleich am Niederrhein und jenseits der Weichsel mächtig zu werden Aussicht habe, „lasse es sich ansehen, als sollten die Ketzer fast mehr können behaupten, als sie je vordem verhoffen mögen."

Noch eine dritte Gegnerschaft bedrohte Brandenburg. Kursachsen, das unter den Kurfürsten Moritz und August an der Spitze der Evangelischen gestanden, schon mühsam ringend gegen den wachsenden Einfluß des reformirten kurpfälzischen Hauses, ertrug den Gedanken nicht, nun auch noch von den Brandenburgern überholt zu werden; „in seiner vor Augen schwebenden Abnehmung" schloß es sich um so enger der kaiserlichen Politik an, erbot sich, für ein Aequivalent — „etwa die Lausitz" — dem Hause Oestreich die sächsischen Ansprüche auf die „Erbschaftslande" am Rhein abzutreten.

Wir haben dargestellt, wie der Kaiserhof jene jülichschen Verwickelungen hervorrief, die an den Rand eines europäischen Krieges führten, wie er dann, als dieser Gefahr Heinrichs IV. Ermordung ein Ende machte, Brandenburg mit der Acht bedrohte, Kursachsen zu deren Vollstreckung ausersah, „um die Ketzer aneinander zu hetzen und ihre zwei starken Flügel zu zerbrechen."

Wie war Johann Sigismund bedrängt! Freilich war er dem Kaiser mit Eiden und Pflichten verwandt; aber hatte Kaiser und Reich nicht die entsprechende Pflicht, ihn in seinem Recht und in seinem Frieden zu schützen? Zu Allem, was seine Gewissenhaftigkeit ihm gestattete, erbot er sich, und dafür ward ihm die Acht gedroht; Kursachsen, mit dem formellen Recht des Directoriums im obersächsischen Kreise, brannte vor Begier sie zu vollstrecken. Kam es dazu, so waren die lausitzischen Herrschaften und Crossen, es waren die Kurlande selbst in höchster Gefahr. Und die Krone Polen hätte nicht gesäumt, sie zu benutzen; auch ihr war der Kurfürst mit Eiden und Pflichten verwandt; aber sie fuhr fort, sein wohlerworbenes Recht im Herzogthum zu verkürzen und zu gefährden; sie hatte es kein

Hehl, daß sie das Herzogthum, „die trefflichste Provinz, so ihres Gleichen nicht hat im Königreich“, ganz an sich zu reißen gedenke. Seit Gustav Adolph in Liefland kämpfte, um seine Krone gegen das Erbrecht des Polenkönigs sicher zu stellen, lag für Polen Alles daran, sich des Herzoglandes mit seinen Seehäfen völlig zu versichern; und ein Vorwand, das Lehen einzuziehen, hätte sich leicht gefunden. Wie hätte der Kurfürst sich schützen sollen?

Er wollte nichts, als sein Recht. Aber daß die Mittel des Rechts nicht mehr ausreichten, es zur Geltung zu bringen, daß ihm aus jeder Rechtsfrage eine Machtfrage wurde, und daß er für sich die Macht nicht besaß, sein Recht zu behaupten, zeigte eine jede neue Wendung des ungleichen Streites. Auf das Peinlichste bekam man zu empfinden, daß es mit der nur territorialen Weise, in die man sich hineingelebt, nicht weiter gehe.

Wohl hatte er in der Freundschaft der Generalstaaten', in der Verbindung, die er mit Schweden schloß, einen Rückhalt gegen den ersten Ansturz, vielleicht gegen die äußerste Gefahr; aber sie schützten sein gutes Recht nicht um des Rechtes willen; nur so weit ihr eigenes Interesse reichte, konnte er auf sie rechnen; nur so weit er eigene Macht hatte und in einem rechten gefaßten Regiment zu organisiren verstand, konnte er sich davor schützen, von ihnen abhängig oder gelegentlich geopfert zu werden.

Man sieht, worauf es ankam. Und der Bekenntnißwechsel Johann Sigismunds war zugleich der Entschluß, auf den freieren, kühneren, fortschreitenden Geist des reformirten Bekenntnisses den Staat zu gründen, den es zu schaffen galt.

Es war klar, daß diese Politik mehr enthielt, als nur die Abwehr der nächsten Gefahr, daß sie mehr mußte enthalten wollen, um hindurchzudringen.

Erfaßte man sie mit diesem Willen, mit der Voraussicht der Folgereihen, die sich aus ihr entwickeln, der Gefahren, die sich ihr entgegenthürmen mußten? hatte man die Mittel, es darauf zu wagen?

Die Aufgabe, die das Schicksal dem Hause Brandenburg aufdrängte, forderte Größeres, als es leisten zu können schien.

Lande genug zählte des Kurfürsten Titel. Aber diese Lande hatten nichts mit einander gemein, als die Person des Landesherrn, und diese wurde weder in Preußen noch am Rhein „so qualificirt befunden, daß man sich in seiner Nation Gewohnheit sollte zu schicken wissen.“ Diese Verbindung selbst forderte nur den Argwohn und den Widerstand gegen jede weitere Folgewirkung derselben heraus, und unter dem Vorwand,

die Sache des „Vaterlandes“ zu vertheidigen, wurde die Libertät in jedem Land und Ländchen nur um so selbstsüchtiger.

In Preußen war das ständische Wesen und Regiment, die Autonomie des Adels wie der Städte in vollster Kraft und hatte von der polnischen Krone und Libertät jeden Vorschub zu erwarten. Die Krone hatte das Recht, Landtage zu berufen, Klagen gegen den Landesherrn anzunehmen und zu untersuchen, durch Commissarien sich in die Regierung des Landes einzumischen; und die polnischen Reichstage übten mit besonderem Eifer ihre Competenz über das Herzogthum und gegen den ersten Vasallen ihrer Krone; „daher sich der Herr dieses Fürstenthums bei Nothfällen auf dieses Land wenig zu verlassen, ja vielmehr Aufstands höchlich zu befahren hat.“

Nicht minder in sich geschlossen und wo möglich voll noch trotzigeren Selbstgefühls war das ständische Wesen in den Erbschaftslanden am Rhein; namentlich die Städte dort sahen in den nachbarlichen Staaten ein lockendes Vorbild. Indem die Stände dieser Lande kraft ihrer Union zugleich einen gemeinen Landtag hatten, indem sie erst Brandenburg und Pfalz Neuburg zu gemeinsamer Regierung anerkannt, dann, als Beide offenen Kampf begannen, zwischen ihnen und über sie hinweg mit Spanien, den Staaten, dem Kaiser negociirt hatten, waren sie um so mächtiger, um so republicanischer geworden.

Wohl hatte der Kurfürst, um ein Gemeinsames zwischen seinen Landen, „ein rechtes gefaßtes Regiment“ zu schaffen, den Geheimenrath des Vaters weiter ausgebildet, ihn mit Männern seiner politischen und kirchlichen Richtung besetzt; nur Reformirte sollten in ihm sein. Aber wenn auch ein Bylandt aus den Rheinlanden, ein Dohna aus Preußen in denselben berufen wurde, so war und blieb doch der Typus dieses Raths ein wesentlich brandenburgischer, und um so weniger geeignet, über die Marken hinaus Geltung zu gewinnen. Ja, in den Marken selbst sahen die Herren Stände diesen „ketzerischen“ Geheimerath mit nichts weniger als günstigen Augen an; und ihre Befugnisse, namentlich seit den Reversen von 1602, waren der Art, daß sie eher die Gunst ihres Landesherren entbehren konnten, als er ihres guten Willens. Was hatten sie davon, wenn er auch in Preußen Herzog war und sein gutes Recht auf die rheinischen Lande durchsetzte?

Vor Allem eine Kriegsmacht hätte der Kurfürst bedurft, um gegen seine Feinde sein Recht, gegen seine Freunde seine Selbstständigkeit zu schützen. Man war sich dessen in seiner Umgebung wohl bewußt; es ist

damals ein Bedenken vorgelegt worden: „wie ein Potentat ohne sondre Kosten und Weitläuftigkeiten sein Land könne bewehrt machen und wie solches am besten in der Kurmark geschehen könne." Auch in Preußen wurde der Plan zu einem „Defensionswerk" vorgelegt. Aber wie die wohlgemeinten Entwürfe mit den Mitteln, die man hatte, hinausführen? nirgend mehr als in der Kriegsverfassung zeigte sich die Entartung und Gefahr der Libertät.

Freilich, die Vasallen und Städte waren pflichtig zur Vertheidigung des Landes; aber jede Musterung zeigte, wie völlig verrottet und unbrauchbar diese Aufgebote seien; „der lange Friede und Ueberfluß hat sie sicher gemacht". Nur noch Soldaten von Handwerk, geworbene Reiter und Knechte waren feldtüchtig und militairisch zu verwenden; aber wie hätte der Kurfürst aus seinen beschränkten und aufs Höchste in Anspruch genommenen Mitteln auch nur ein Regiment halten können? und wenn er die Stände ansprach, so verwilligten höchstens die in den Marken einmal die Werbung von ein paar Tausend Mann auf zwei, drei Monate; aber die Mittel zu einer dauernden Armada zu gewähren, fiel ihnen nicht ein; was wäre aus ihren Rechten und Privilegien, aus ihrer Libertät geworden, wenn der Landesherr eine Kriegsmacht zur Verfügung gehabt hätte? Des Landesherrn Schwäche war die Bedingung ihrer Stärke.

So die Lage des Kurfürsten. Was half ihm der tapfere Entschluß, sein gutes Recht zu behaupten? Das ständische Recht seiner Lande, ihre Eifersucht gegen die landesherrliche Gewalt, ihr Widerwille und Trotz gegen jede Art von Gemeinschaft unter einander hemmte ihn auf jedem Schritt und Tritt; und daß er sich zum reformirten Bekenntniß gewandt, gab ihrem Widerstande obenein den Schein gottseligen Eifers und den Eifer gottseligen Scheins.

Dazu kamen Spaltungen im kurfürstlichen Hause selbst, die bald einen sehr ernsten Charakter annahmen. Um keinen Preis hätte die Kurfürstin Anna ihr Lutherthum hingegeben; und sie war es, die ihrem Gemahl die jülichschen Erbrechte zugebracht hatte. Von seinen Brüdern blieb Christian Wilhelm, der Administrator von Magdeburg, von seines Vaters Brüdern Sigismund und die jüngsten Johann und Georg, im Lutherthum. Es gab ein neues Aergerniß, als er den Kurprinzen mit der reformirten Elisabeth Charlotte, Tochter des Pfälzer Kurfürsten, vermählte; er mußte es geschehen lassen, daß sein zweiter Sohn, Joachim Sigismund, in dem Bekenntniß der Mutter blieb. Daran wieder nahm der Kurprinz Anstoß; und als gar die schwedische Verlobung eingeleitet

wurde, meinte er nicht anders, als daß der Vater in seinem Glauben wanke, daß die Mutter bei ihm, dem schon Hinsiechenden, auch noch das Schlimmste durchsetzen werde.

Er hatte die Jahre daher die Statthalterschaft in Cleve geführt; freilich ohne großen Erfolg, nicht in solcher Weise, daß man sich von ihm, wenn er zur Regierung kam, Großes hätte versprechen können. Er war fern von aller Leichtfertigkeit, nicht ohne Einsicht, nicht ohne den Wunsch, etwas zu leisten; aber von Thatkraft, festem Willen, fürstlichem Selbstgefühl war nichts in ihm; unreifen Charakters wie er war und blieb, erfüllte das Kleinliche und Nächste seine Gedanken. Wenn es ihm dann einmal auf das Herz fiel, „was die Historienschreiber von ihm sagen würden", wenn er, was Pflicht und Ehre von ihm forderten, erkannte und zu erfassen versuchte, so erlahmte ihm der Entschluß an den Erwägungen her und hin, an dem Mißtrauen gegen sich selbst. Dort in Cleve hatte er Graf Adam Schwarzenberg zur Seite gehabt, sich an dessen kluge, bequeme, zuversichtliche Art, die Geschäfte zu führen, gewöhnt, ihm dem Katholiken, sein ganzes Vertrauen geschenkt; als er im Herbst 1619 nach Berlin eilte, aus des sterbenden Vaters Hand das Regiment zu empfangen, hieß er den Grafen mitkommen.

Mit den Anfängen Georg Wilhelms — schon begann in Böhmen der entscheidende Kampf —, schienen die Zerwürfnisse im kurfürstlichen Hause zum Aeußersten führen zu sollen.

Die Kurfürstin Wittwe — ihre jüngere Schwester war Johann Georgs von Sachsen Gemahlin, — verabredete mit diesen einen Plan schlimmster Art, nicht ohne Mitwirkung einer polnischen Gesandtschaft, die nach Dresden kam in Begleitung eines Jesuiten in weltlichen Kleidern, „der das Directorium inne hatte".

Das Erste war, daß die Kurfürstin Wittwe die Rückkehr ihres zweiten Sohnes aus Cleve forderte: „er stehe nicht unter seines Bruders Gewalt, sie sei die Vormünderin"; die Entgegnungen der Räthe wies sie sehr entschieden zurück: „sie wisse wohl, ihr Sohn, der Kurfürst, habe nicht so viel Muth, ihr entgegenzutreten; und wenn er seinen Bruder nach Sedan schicke, so werde sie die Spanier zu Hülfe nehmen, ihn wieder zu holen". Der Plan war, ihn mit einer Tochter Johann Georgs zu vermählen, auf ihn die jülichsche Erbschaft zu übertragen, Kursachsen mit dem Herzogthum Preußen zu entschädigen. [11])

Zugleich schien es angemessen, in Berlin selbst — der junge Kurfürst

war in Preußen — eine lutherische Demonstration zu veranlassen, welche die schlimme Stimmung der Marken zum Ausbruch bringen mußte.

„Mit Vorwissen des Kurfürsten von Sachsen" lud die Kurfürstin Wittwe den Wittenberger Geistlichen Dr. Meißner nach Berlin, ließ ihn auf dem Schlosse predigen; jedermann erhielt Zutritt; man sah die Personen, welche bei dem Aufruhr von 1615 thätig gewesen waren, ins Schloß strömen. Natürlich predigte Meißner gegen den Calvinismus und dessen verstockte Anhänger, betete zu Gott, daß die Kurfürstin ihrem Sohne eine Monica werde. Die Schlagworte, die er gebraucht hatte, wurden in allen Tavernen wiederholt; die Aufregung in Berlin und Cölln wuchs so bedrohlich, daß der Statthalter der Kurfürstin ernste Vorstellungen zu machen, Meißner aus Berlin zu weisen nöthig fand. Daß demnächst der Kurfürst von Sachsen, als er zur Condolenz nach Berlin kam, als seinen Geistlichen eben jenen ausgewiesenen mit sich brachte, machte die Bewegung nur noch trotziger; schon ward verbreitet, der hochselige Kurfürst habe sterbend den Calvinismus abgeschworen; die Kurfürstin ließ die Leiche mit den Ceremonien ihres Bekenntnisses ausstellen: mit dem Crucifix in der einen Hand, dem Rauchwedel in der andern, darauf das Jesuszeichen „wie es die Papisten brauchen" in Edelsteinen.

Und in Preußen waren die Herren Oberräthe und Stände in höchstem Eifer: es sei wider die Pacta, daß der Kurfürst ins Land gekommen, ehe er die Belehnung empfangen und die Privilegien beschworen; es gäbe im Herzogthum nur zwei privilegirte Religionen, und ein Calvinist könne nicht Herzog sein. Sie drohten, eine königliche Commission ins Land zu rufen, um ihre Gravamina zu untersuchen; dann werde der neue Herzog entweder, indem er sie abstelle, für den Titel des Herzogthums seine landesherrlichen Rechte daran geben müssen oder, wenn er diese nicht opfern wolle, weder Belehnung noch Huldigung empfangen. Des Rückhaltes am polnischen Hofe waren sie gewiß; der König hatte schon in den Verhandlungen mit Dresden erklären lassen, daß der Calvinist zum Herzogthum nicht gelassen werden dürfe.

Schwierig genug war des jungen Kurfürsten Lage; er selbst meinte wohl, man mißtraue ihm in Warschau, weil er sich mehr seine Angelegenheiten, als den Trunk oder andere deliciae angelegen sein lasse. Schon hieß es beim gemeinen Mann in Preußen, der Kurfürst sei der Religion halber des Landes verlustig; es kamen Gerüchte, daß Gustav Adolph sich Pillaus bemächtigen wolle; Kosackenschwärme zogen durch Sternberg und

Cottbus. Mit jedem Tage wurde die Gefahr dringender; es mußte ein Entschluß gefaßt werden.

Graf Schwarzenberg, der mit in Königsberg war, empfahl dringend, vor allen Anderen Polen zu begütigen; er schlug vor, noch jetzt die schwedische Verlobung aufzugeben, die Verlobte, wie in Warschau gewünscht zu werden schien, dem Sohne des Polenkönigs zu vermählen. Der Kurfürst forderte auch ein Gutachten der Geheimenräthe in Berlin; er legte ihnen die Frage vor: wie er gegen Polen und in Preußen verfahren, ob er auswärtige Hülfe suchen solle, um mit Gewalt hindurchzudringen.

Der Canzler Pruckmann und der Statthalter Adam von Putlitz — andere Räthe waren nicht anwesend — verfaßten das Gutachten (vom 11. Februar 1620); den großen Zusammenhang der Dinge, in dem die preußische Frage erst ihr ganzes Gewicht erhielt, sahen sie nicht, oder vermieden sie zu berühren; „der Kurfürst sei gegen Polen völlig im Recht; das Mißtrauen, das man in Warschau wegen seiner pfälzischen Schwägerschaft habe, werde sich von selbst erledigen, wenn man auch polnischer Seits sich nicht in fremde Dinge, jenen böhmischen Handel, menge; daß Gustav Adolph sich Pillaus bemächtigen wolle, sei gewiß nur ein falsches Gerücht, gemacht, um zu des Kurfürsten Nachtheil fremdes Kriegsvolk nach Preußen zu bringen; wenn man den König selbst frage, werde man den Ursprung solcher Gerüchte erfahren."

Es folgten weitere ärgerliche Auftritte zwischen der Kurfürstin Wittwe und dem Statthalter in Berlin; „es bekümmert uns", schreibt Georg Wilhelm, „daß etliche unruhige und böse Leute mit solchen Plänen umgehen, wie sie unsere eigene Mutter und unsern Bruder gegen uns gebrauchen mögen." Es schien gegen diese Umtriebe nur eine Hülfe zu sein, die, daß man um jeden Preis sich mit Polen verständigte. Schwarzenberg wurde nach Warschau gesandt; begreiflich, daß er die beste Aufnahme fand; die Verbindung Brandenburgs mit Schweden war gesprengt. Und sofort veränderte die Kurfürstin Wittwe ihre Richtung; sie selbst führte nun, wider ihres Sohnes Willen, ihm zum Trotz, ihre Tochter dem Schwedenkönig zu, die Vermählung zu feiern.[12])

Mochte Georg Wilhelm sich noch so eifrig in Warschau entschuldigen und das Geschehene mit den stärksten Ausdrücken verdammen, auf den Antrag, nun zur Belehnung zu schreiten, antwortete der König (8. Februar): daß polnische Commissarien nach Preußen kommen würden, über den gegenwärtigen Zustand des Herzogthums zu erkennen und einen Landtag zu berufen. Sie kamen, sie verfuhren, als wenn das Herzogthum keinen

eigenen Landesherrn habe, sondern den Befehlen der Republik folgen müsse; sie erklärten: der Kurfürst habe vor empfangener Belehnung kein landesherrliches Recht ausüben, nicht einmal in das Land kommen dürfen; sie forderten Zurückzahlung der Landeseinkünfte, die er schon erhoben habe. Und nur zu viele von den Herren Ständen schlossen sich den Commissarien an, ließen sich von ihnen Aemter und Landrathstellen geben. Da galt es denn freilich beim Landtag gute Worte geben und in Warschau mit Bestechungen und Zugeständnissen weiterem Unheil wehren.

Daß dann die Schweden Riga eroberten, über die Düna vorrückten, brachte die Polen zur Besinnung. Am 21. September 1621 wurde die Belehnung vollzogen.

Schon war der böhmische Krieg entbrannt. Mit dem Fortgang desselben wuchs die Aufregung in den Marken; die Herren Stände, die Geistlichen, die Menge in den Städten und Dörfern wünschten „dem gottlosen Calvinismo in Böhmen" den Untergang. Des reformirten Geheimraths und seiner Weisungen achtete man nicht; man sah und hoffte auf den Kurfürsten von Sachsen „als den rechten patronum dieser Lande".

Der Durchzug der Englischen, die dem Böhmenkönige zu Hülfe zogen, brachte über die Marken die ersten Plünderungen, den Anfang der Zerrüttung. Kursachsen besetzte, den wilden Haufen, so schien es, den Weg zu verlegen, die Lausitzen; aber zugleich empfing es dort die Huldigung; mann begann inne zu werden, um welchen Preis es zu Oestreich halte. Ein Versuch, Dänemark [13]) zu einer „näheren Zusammensetzung" mit dem niedersächsischen Kreise zu veranlassen, mislang.

Noch vor der Entscheidung in Böhmen löste sich die evangelische Union, zum Theil, weil den Fürsten der Union von ihren Herren Ständen die weiteren Mittel versagt wurden. Markgraf Joachim Ernst machte seinen Frieden mit Spinola.

Dann die Niederlage am weißen Berge, die Flucht des jungen Böhmenkönigs durch Schlesien, über Küstrin, zu König Christian IV. Und inzwischen warfen sich die Sachsen auf Schlesien. Die Marken jubelten: „hier ist", schrieb der Canzler Pruckmann seinem Herrn nach Königsberg, „ein solches Frohlocken unter dem gemeinen Haufen, Schnauben und Schnarchen dabei, daß es nicht auszusprechen".

Es folgte die grauenhafte Rache [14]) über Böhmen und Schlesien, Hinrichtungen, Confiscationen in größtem Styl. Die „Unterjochung" vollendeten die Bekehrungen, auch in den schlesischen Landen, trotz des

Dresdner Accordes, auf den sie sich dem Kurfürsten von Sachsen ergeben hatten.

Er hatte nicht bloß aus eigenen Mitteln diesen Krieg geführt; er hatte im Februar 1620 auf einem Kreistage zu Leipzig „zur Defension des obersächsischen Kreises" 60 Monate, gegen den Protest von Pommern Weimar, Anhalt, und trotz der Abwesenheit Kurbrandenburgs, durch die Mehrheit der kleineren Stände beschließen lassen und die dafür geworbene Kriegsmacht zum Kampf gegen die evangelische Sache verwandt. Nun forderte er als Kreisdirector von Brandenburg die Zahlung der 109,680 Gulden, „gleich als wären die sächsischen Völker dem Kreise zu gut geworben", drohte einen Einfall in die Marken, wenn nicht gezahlt werde.

Aehnliche Ansprüche erhob der Kaiser wegen der brandenburgischen Lehen in Schlesien und der Lausitz. Schon waren die kaiserlichen Regimenter bezeichnet, die das Herzogthum Crossen nehmen sollten, „wegen nicht erlegter Mitleidung." Der tapfere Markgraf von Jägerndorf war geächtet worden, seine schlesischen Herrschaften wurden eingezogen und an einen östreichischen Edelmann, den dann gefürsteten von Liechtenstein, vergeben. Der brandenburgischen Proteste lachte man: der Kurfürst erbe ja Pommern. Selbst dem Knaben des Geächteten, selbst den geflüchteten Frauen und Kindern böhmischer und schlesischer Herren mußte der Aufenthalt in den Marken versagt werden. Und doch that man dem Kaiser immer noch nicht Genüge; seine Schreiben lauteten „hart, ungütig und bedraulich."

Und Angesichts dieser Gefahren riethen die Herren Stände in den Marken zur Auflösung der geworbenen Regimenter; sie versagten die Zahlung weiteren Soldes. Der Gemeinde von Cölln forderte ihren Rath auf, „hartnäckig dabei zu bleiben, sich lieber in den tiefsten Thurm stecken zu lassen"; in Mittenwalde kam es zu förmlichem Aufruhr. Nur noch heftiger als zuvor ließ sich der lutherische Eifer vernehmen; „wenn Sachsen nur käme", hieß es, „man wolle ihm Thür und Thor öffnen; so würde man die Calvinisten einmal los, sie hätten ja doch nichts mehr als die Hülsen; bei den Papisten aber, da sei noch Saft und Kraft." Hans Georg von Arnim zu Boitzenburg, der den schwedischen Dienst quittirt hatte und jetzt für die Krone Polen ein Regiment von 3000 Mann warb, lockte die unzufriedenen Knechte der kurfürstlichen Compagnien an sich. Was half es, daß der Kurfürst Befehl sandte, das Volk bei einander zu halten; „wir wissen nicht Geld zu schaffen", antwortete der Geheimerath. Man mußte zufrieden sein, nach Obrist Krachts Vorschlag für Peitz

und Cüstrin 100 Mann, für Spandau, das ja mitten im Lande liege, 30 in Dienst zu behalten.[15])

So war das Land „ganz ohne Verfassung", sagen die Geheimeräthe, „auch so weit, daß wir uns bei dem geringsten Anfall zu keinem Menschen einiges Succurses versehen."

Schwarzenberg sah die Lage der Dinge anders an. Nicht, daß er des Kurfürsten Interesse hintangesetzt hätte; er fuhr ja mit ihm auf einem Schiff[16]); aber er verstand dies Interesse sehr anders als in der Weise, für die man seit 1609 sich hatte entscheiden müssen. Daß das Haus Brandenburg eine besondere forma status haben, daß es sich der gemeinen Politik von Kaiser und Reich entziehen müsse, um etwas Neues und Eigenes zu sein, das war im Entferntesten nicht seine Meinung. Er theilte nicht die Besorgniß Derer, welche in dem Eifer ihres Bekenntnisses das Anwachsen der kaiserlichen Macht mit Argwohn verfolgten; wenn aber die Dinge im Reich nicht länger bleiben konnten, wie sie waren, so mochte er lieber die Macht des Hauptes wachsen sehen, als die Selbstherrlichkeit der Glieder: „wenn Brandenburg sich zum Kaiser hält, so wird zwar forma status geändert, aber status universalis bleibt." So unter vermögensrechtlichem Gesichtspunkte faßte er den fürstlichen Stand seines Herrn. Ich wage nicht zu behaupten, daß der Graf nur von politischen Ueberzeugungen bestimmt wurde. Er selbst war streng katholisch, hochgeboren, des Reiches von Adel; wenn er, wie er mit großem Geschick und mit dem Anstand eines vornehmen Mannes that, auf alle Weise Geld machte, gnadenweise oder in Pfandschaft Güter und Herrschaften erwarb, so sein Haus emporbrachte, so konnte auch er noch einst eine Rolle im Reich, vielleicht noch im Fürstenstande des Reichs spielen, und das Beispiel der Fürstenberg, Liechtenstein, Eggenberg, Lobkowitz, denen der Kaiser jüngst den Fürstenhut gegeben, war lockend genug. Alte Beziehungen, Ansprüche vom Vater her, der dem Kaiser mit Ruhm gegen die Türken gedient hatte, knüpften sein Interesse an das Haus Oestreich; er hatte den Ruhm reichspatriotischer Gesinnung obenein, wenn er den jungen Kurfürsten in diese Richtung führte; „ich muß doch kaiserlich heißen", schreibt er in dieser Zeit. Mochten die reformirten Herren im Geheimenrath sich ereifern oder den Kopf schütteln, in seiner bequemen, vornehmen, zuversichtlichen Art, die Personen und die Sachen zu behandeln, unermüdlich thätig und in allen Zweigen der Verwaltung kundig, Meister darin, die nächsten und einfachsten Aushülfen zu finden und jede entscheidende Frage mit einer halben Maaßregel zur Seite zu biegen, war er seinem gnädigsten

Herrn schon unentbehrlich. Er und nur er hatte aus den polnischen Verlegenheiten hinausgeholfen; jetzt waren ähnliche, ja größere für die Rheinlande in Anzug; der Kurfürst sandte ihn, mit den Staaten und dem Pfalzgraf zu unterhandeln; und Schwarzenberg brauchte die Dinge dort nur zu nehmen, wie sie waren, um das Verhältniß zu den Staaten[17]) in ähnlicher Weise locker zu machen, wie es ihm mit der schwedischen Verbindung geglückt war.

So war und wirkte der Graf; wahrlich nicht in dem Geist, in welchem die Pruckmann, Götze, Knesebeck, Bellin den Uebertritt des Fürstenhauses zum reformirten Bekenntniß mit Freuden begrüßt hatten. Sie waren Mitglieder des Geheimenrathes, aber der Graf dessen Präsident; sie einig darin, daß die bisherige territoriale Politik nicht mehr zu halten, daß das Haus Brandenburg mit ihr verloren sei, er mit der ganzen Ueberlegenheit seines Einflusses und seiner Begabung bemüht, den Kurfürsten in derselben festzuhalten.

Die nächst weiteren Vorgänge führten zu einem Kampf zwischen beiden Richtungen, der in der Frage der großen europäischen Coalition endlich zur Entscheidung kam.

Die erste Coalition.

Der erschreckende Gang, den die deutschen Dinge 1622 nahmen, die Gewaltsamkeiten und Willkürlichkeiten, mit denen die kaiserliche Politik vorwärts drang, die unerhörten Maaßregeln, die über die Kurlande, über die Kurwürde des geächteten Böhmenkönigs verhängt wurde, machten selbst dem kursächsischen Hofe Sorge. Landgraf Moritz kam nach Berlin, eine Verständigung mit Sachsen herbeizuführen, gemeinsame Proteste gegen die Uebertragung der Pfälzer Kur an Baiern zu veranlassen. Wenn Sachsen, Brandenburg, Dänemark, die Fürsten und Stände des ober- und niedersächsischen Kreises — sie waren alle evangelisch — fest und treu zusammenhielten, so bildeten sie eine Macht, welche den Gewaltstreichen des Kaisers und der Liga Trotz bieten konnte; und diese Macht vertrat das bestehende Recht und die Reichsverfassung gegen die usurpatorische Gewalt des Kaisers und die widerrechtliche Majorität im Kurcollegium.

Auf das Lebhafteste empfand Georg Wilhelm das Geschick des ihm nah verwandten Pfälzer Hauses, die Gefahr, die dem Evangelium drohe;

auf seine Veranlassung eilte Moritz an den dänischen Hof, dort zu gleichen Protesten aufzufordern.[18])

Man war in Berlin voll Eifer und Zuversicht. Vor Allen Christian v. Bellin war unermüdlich vorwärts zu treiben. Eben jetzt wurden zwei Männer in den Geheimenrath berufen, die man als rechte Stützen der „guten Sache" ansehen durfte, Levin von Knesebeck, den der Ausdruck bezeichnet, welchen er später in Tagen schwerer Bedrängniß gebraucht hat: „er denke an die Zukunft des kurfürstlichen Hauses, er wolle helfen, daß des Kurfürsten Lande nicht in die Hände einer Parthei fielen, heiße sie kaiserisch oder königisch;" dann Samuel von Winterfeld, der demnächst auf dem Regensburger Convent gegen die Aechtung des Pfalzgrafen und die Uebertragung seiner Kur an Baiern mit den Worten protestirte: „wenn das geschehe, so wäre ein deutscher Reichsfürst übler daran, als jeder polnische Edelmann."

In vollem Einvernehmen mit diesen Räthen waren die fürstlichen Frauen, die junge Kurfürstin, die mit ganzer Seele an den Erinnerungen des väterlichen Hofes zu Heidelberg hing und den Sturz ihres Bruders, die Demüthigung ihres Hauses um so schmerzlicher empfand; und ihr zur Seite ihre Mutter Louise Juliane, welche, seit die Pfalz den Ligisten und Spaniern zur Beute geworden, in Berlin ein Asyl gefunden hatte, die Tochter des großen Oraniers, in ihrer Kindheit und Jugend Zeugin des Freiheitskampfes der Niederlande, dem Vater an hohem Geist und Seelenstärke ähnlich.[19])

In diesen Kreisen war man durchdrungen von der Ueberzeugung, der östreichischen und ligistischen Politik keinen Schritt mehr weichen zu dürfen: „es ist so weit gekommen, daß keiner mehr, ob er sich auch noch so unschuldig gewußt, vor gewiß sagen könne, wie er daran und nicht daran sei."

Auch der junge Kurfürst empfand so; um Alles gern hätte er große Entschlüsse gefaßt, große Dinge verrichtet, daß auch von ihm einst „die Historienschreiber", wie er wohl sagte, Rühmliches melden könnten. Aber wenn ihn der Zuspruch jener ermuthigte, so erschienen ihm doch auch die Bedenken gegen ihre Ansicht, die Gefahren, denen sie Trotz bieten wollten, gar zu ernster Art, und er empfand dann nur um so lebhafter, daß der Kaiser „seine von Gott gesetzte Obrigkeit" sei. „Das sind die bösen Rathschläge Ahitophels", sagten Schwarzenbergs Gegner; „unser hiesiger betrübter seltsamer Zustand rührt von niemandem anders als von der einigen Person her, vor der wir so oft und treulich, aber leider vergebens

gewarnt haben; die Kinder auf den Gassen sprechen davon, daß er das Land in der Römer Hände liefern wolle."[20])

Aber selbst in den Marken wandte sich die wachsende Aufregung nur gegen den „Calvinismus;" von Ernst und Hingebung, von Verständniß der Lage, von kriegerischem Geist war keine Spur, wie denn die von der Ritterschaft bei einer Musterung (1623) erklärten: daß sie mit ihren Roßdiensten „nur zu nothdürftiger, nothgedrungener Rettung des Landes verpflichtet seien" und zugleich vor den „etwas hitzigen Räthen und deren Verleitung" warnten. Selbst der Beschluß des obersächsischen Kreistages (30. April 1623) auf sechs Monate nach der Matrikel Volk zu werben, hatte in den Marken höchst unzulängliche Ausführung gefunden und mit dem Ausgang des Jahres hatte man die dürftigen Haufen wieder entlassen. An Bewilligungen zu neuen Werbungen war in den Kurlanden — von Preußen, von den Rheinlanden zu schweigen — gar nicht zu denken.

Hatte man nicht die Macht und die Stirn, mit den Herren Ständen zu verfahren, wie Maximilian von Baiern oder Kaiser Ferdinand mit den ihrigen gethan, so blieb nur die Wahl, entweder aufzugeben, was man mit eigenen Mitteln nicht behaupten konnte, oder fremde Mittel zu suchen, um das für nothwendig Erkannte durchzuführen; nur wie sich dann vor der Abhängigkeit von denen schützen, in deren Obhut man sich begeben? Wenn Schwarzenberg warnte, so hatte er darin Recht, daß der Kurfürst wenigstens im formellen Recht blieb, wenn er sich möglichst nah zu Kaiser und Reich, zu Polen hielt.

Aber eben so gewiß schien, daß nur noch jetzt das Evangelium, die Fürstenfreiheit, die Zukunft des Hauses Brandenburg gerettet werden könne. Sollte man, so mochten seine Gegner sagen, das alles Preis geben, weil die heillose Schlaffheit und Selbstsucht der Stände dem Fürsten jetzt noch die Hände band? Eintretend in den Kampf, der die große Politik bewegte, riß er selbst seine Lande mit hinein, und auch wider Willen mußten die Feigen, Trägen, Selbstsüchtigen dann, wenn die Gefahr ihnen auf den Leib rückte, sich aufraffen und die gute Sache, die sie jetzt noch gleichgültig ließ, vertheidigen helfen; die Gefahr selbst mußte die Mittel schaffen, sie zu bestehen.

So drängten sie vorwärts. Es galt, die Sache Brandenburgs an die großen europäischen Interessen zu knüpfen. Es geschah in sehr bezeichnender Weise.

Man hatte bereits mit Dänemark, Frankreich, England verhandelt;

England und die Staaten wünschten, daß mit Dänemark zugleich Schweden in Action trete; Gustav Adolph war bereit, legte einen Kriegsplan vor, der, kühn ausgeführt wie gedacht, „die Macht der Katholischen und das Land Oestreich“ an der Wurzel getroffen hätte.

Aber Christian IV. fand immer neue Bedenken.[21]) Schon erlahmte Kursachsens Widerspruch gegen die bairische Kurwürde; auf dem Tage zu Schleusingen (Juni 1624) gab Kurfürst Johann Georg seine Zustimmung; daß die Stimme Brandenburgs noch fehlte, galt hier nicht der Rede werth. Herzog Max wurde in aller Form in das Kurcollegium aufgenommen. Für Brandenburg blieb nur eine Rettung, wenn es sich nicht völlig demüthigen wollte.

Der Krone Schweden hatte man 1620 den Rücken gewandt. Jetzt war Graf Schwarzenberg in den Rheinlanden; so gelang es, den Kurfürsten zu einer Absendung nach Schweden zu bestimmen. Bellin wurde mit derselben betraut; im September war er in Stockholm. Mit dem lebhaftesten Interesse vernahm Gustav Adolph seine Eröffnungen; er sei bereit „die Expedition und das Directorium“ zu übernehmen, wenn auch die anderen evangelischen Fürsten ihn dazu aufforderten; er ließ ihm die Bedingungen, unter denen er in Action treten werde, schriftlich überreichen, damit Brandenburg sie anderer Orten empfehlen könne. Dann kam auch der Kriegsplan zur Sprache; der, den Gustav Adolph früher entworfen, hätte den Kurfürsten seiner preußischen Lande wegen in schwierige Lagen gebracht; nicht Polen, sondern Deutschland, äußerte Bellin, müsse man zum Kriegstheater wählen, nicht an der Weichsel, sondern am Rhein und Neckar sei der entscheidende Schlag zu führen. Der König war auch dazu bereit: man werde dann die Hülfe Englands und der Staaten, von der Alles abhängt, um so näher haben; ihm aber müsse dann, damit er einen sichern Eingang und Ausgang[22]) habe, ein Hafen an der Ostsee, etwa Wismar, ein anderer in der Westsee, an der Wesermündung, eingeräumt werden.

Im November kehrte Bellin zurück; er erhielt sofort Auftrag[23]) mit den schwedischen Erbietungen nach dem Haag zum Kurfürsten von der Pfalz, nach England und Frankreich zu gehen, während daheim Georg Wilhelm eine Zusammenkunft deutscher Fürsten zum 17. Januar einlud, über die Rettung „der gemeinsamen Sache“ zu verhandeln.

Vergebens sandte Schwarzenberg Mahnungen und Warnungen nach Berlin. Daß die Kurfürstin Wittwe aus Schweden kam „mit vielen vornehmen Schweden“ im Gefolge, gab der erneuten Verbindung um so

mehr Gewicht; wenn auch Schwarzenberg meinte, es geschehe nur, „um desto mehr Autorität zu machen und Schrecken einzujagen, damit unser gnädigster Herr sich fürchten, und zu Allem, was man nur drohen oder begehren mag, Amen sagen soll; der schwedische Hochmuth ist etwas stark."

Das Eintreten Schwedens weckte die Eifersucht Dänemarks; König Christian IV. hatte seine Gedanken auf Erwerbungen in Norddeutschland, namentlich auf die stattlichen Hochstifte dort, Lübeck, Bremen, Verden u. s. w. gestellt; wie hätte er dem Schwedenkönige in diesen Bereichen aufzutreten gestatten sollen? Er bemühte sich, jene deutschen Fürsten, auf deren Zutritt man in Berlin gehofft hatte, an sich zu ziehen.[24]) Er erbot sich jetzt zum Kriege, aber unter der Bedingung, daß er die Gesammtführung, die Schweden gefordert hatte, erhalte. Und am französischen Hofe fand Bellin wohl den bereitesten Willen Subsidien zu zahlen, aber, so hieß es, die Krone Frankreich müsse sich vorbehalten, mit England „Schiedsmann und Richter" zu sein. In London antwortete man auf Bellin's Antrag mit dem Vorschlag, zur Beseitigung der Differenz zwischen Schweden und Dänemark, das Directorium des Krieges, den beide Könige auf verschiedenen Kriegstheatern führen sollten, an einen Dritten, etwa an Brandenburg zu geben. Auf einem Congreß im Haag im April sollte die Sache zum Schluß gebracht werden.

Es kam nicht dazu. Schon in Paris bemerkte Bellin, daß von dem, was er verhandle, nach Wien und München Meldung gemacht sei: „wir werden hier verrathen und verkauft", schrieb er. Und England betrieb in der Stille seine besonderen Verhandlungen mit dem dänischen Hofe. Dort erhob man nun Bedenken über den entworfenen Kriegsplan, der Bremen und Wismar in Gustav Adolphs Hand gegeben hätte; „das soll ihm der Teufel verbieten" hatte Christian IV. gesagt. Er forderte, daß Schweden von Polen her vordringe, sich mit Bethlen Gabor von Siebenbürgen vereinige, Schlesien und Mähren angreife, während die dänischen und niedersächsischen Völker an der Weser und Elbe hinauf zögen. Er betrieb es, daß der niedersächsische Kreis ihn zum Kreisobristen erwählte; bereits im Mai, ehe die Verhandlungen geschlossen waren, rückte er ins Feld; ihm lag Alles daran, den Schweden zuvorzukommen.

Christians IV. Vorgehen änderte die Sachlage. In England nannte man nun die von Schweden gestellten Bedingungen „etwas beschwerlich"; dort wie am französischen Hofe schien man es für genügend zu halten, wenn Dänemark mit dem niedersächsischen Kreise dem Kaiser und der Liga

entgegentrat, um so mehr, da der Schwedenkönig bereits an der Düna gegen Polen in Waffen stand.

Begreiflich, daß man in Berlin von dem Verfahren des Dänenkönigs wenig erbaut war; auch die gegen die papistische Politik Eifrigsten konnten dem Kurfürsten nicht rathen, sich vor dem Abschluß der allgemeinen Coalition zu erklären. Mit Schwarzenberg, der eben jetzt vom Rhein zurückkehrte, waren sie darin einig, daß man an diesem „dänischen Kriege" sich nicht betheiligen, daß man die Marken durch eine Neutralitätserklärung gegen beide kriegführende Parteien schließen müsse. Mit Schweden, „das sich für das gemeine Wesen ganz sorgfältig erwiesen", hielt man um so nähere Verbindung; es war nicht ohne Gustav Adolphs Zuthun, daß Fürst Bethlen Gabor von Siebenbürgen um des Kurfürsten Schwester Catharina warb; und der Fürst rüstete, um, wie man glaubte, den schwedischen Angriff gegen Polen von Süden her zu unterstützen. Ihm wurde die Markgräfin zugesagt; und auf seine Anzeige von diesem Verlöbniß antwortete der Kaiser[25]: „er könne es sich wohl gefallen lassen; denn ob er wohl wisse, daß der Kurfürst ihm nicht geneigt sei, fürchte er sich doch nicht vor ihm." In Wien hatte man vor Allem das Interesse, Brandenburg und Schweden von Dänemark fern zu halten.

Schon begannen zwischen Weser und Elbe die Feindseligkeiten. Namentlich Markgraf Christian Wilhelm, der Administrator von Magdeburg, war mit großem Eifer thätig. Um so mehr war zu besorgen, daß der Kampf vom Erzstift aus sich auf die brandenburgischen Grenzen drängen werde; nur mit starker Rüstung hätte man der verkündeten Neutralität Achtung schaffen können. Aber man erhielt von den Ständen die geforderten Mittel nicht, man war und blieb ungerüstet. Von Neuem drängten die Räthe, nach dem Haag zu senden, um endliche Feststellung der „Conföderation anzuhalten;" es wurde eine Instruction in diesem Sinn verfaßt; aber der Kurfürst nahm Anstand sie zu unterzeichnen.[26]

Der Kaiser hatte nicht aufgehört, von Brandenburg die Anerkennung der bairischen Kur zu fordern; jetzt wurden die Forderungen drohender[27]: „man kenne sehr wohl die Pläne, die geschmiedet würden, und wie Brandenburg bei denselben betheiligt sei." Es wurden von Baiern alte Ansprüche auf Pommern geltend gemacht. Markgraf Georg, der katholisch geworden und in kaiserlichen Dienst getreten war, forderte auf Grund des Testamentes von 1596 die Neumark. Wallenstein hatte, so wurde für gewiß berichtet, zu Bamberg geäußert, „er habe Befehl, noch vor Jahresschluß in der Altmark Fuß zu fassen, er hoffe bald Kurfürst von

Brandenburg zu sein;" und am Hofe zu Dresden hieß es: „Dänemark hat jetzt keinen Zuzug mehr als durch die Marken; wenn der Kurfürst den Durchzug durch sein Land nicht hindert, so müssen wir es thun und die Pässe besetzen." Dann wieder kam eine kaiserliche Einladung an Georg Wilhelm, mit Sachsen gemeinsam noch jetzt Vermittlung zu versuchen; bereitwillig schickte man Bevollmächtigte nach Braunschweig (November). Die Verhandlungen blieben natürlich ohne Erfolg; aber in London, und gewiß nicht bloß dort, hielt man dafür, daß die brandenburgische Politik gewechselt habe, und die Versicherungen des Gegentheils fanden keinen Glauben.[28])

Georg Wilhelm sah mit wachsender Besorgniß den Gang der Dinge, der seine Stellung immer unklarer machte; seine Räthe, so hat er später gesagt, empfahlen ihm Geduld und trösteten ihn der Besserung. Sie hofften, daß die Verhandlungen im Haag, die auf das Lebhafteste fortgesetzt wurden, während des Winters zum Abschluß kämen.

Ein erster empfindlicher Schlag war der Verlust des Erzbisthums Magdeburg, welches seit hundert Jahren beim Hause Brandenburg gewesen war, und damit des Directoriums im niedersächsischen Kreise. Das Capitel ließ sich, da Markgraf Christian Wilhelm auf die Seite des Reichsfeindes getreten sei, zur Wahl eines neuen Administrators bestimmen; es wählte den zweiten Sohn des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen.

Auch im Haag und in London begann man besorgt zu werden. Der Dänenkönig hatte trotz der großen Geldsummen, die ihm die drei Mächte des haager Convents wenigstens zugesichert hatten, in dem Feldzuge von 1625 nichts Nennenswerthes geleistet; sie sahen, daß keinesweges alle Stände in Niedersachsen sich dem Dänenkönige angeschlossen hatten, daß namentlich die welfischen Herren in Zelle und Wolfenbüttel sich zurückhielten, ja der kriegerische Herzog Georg sich dem Kaiser zuwandte. Um so mehr waren sie bemüht, neue Hülfen zu finden; es galt, Schweden mit Dänemark zu verständigen, Bethlen Gabor und vielleicht durch ihn die Türken in Bewegung zu bringen. Mansfeld hatte für englisches Geld ein Heer gesammelt, das bisher wenig geleistet; jetzt sollte er sich nach Schlesien werfen, sich dort oder in Böhmen mit Bethlen Gabor vereinigen.[29])

Am Berliner Hofe wird man bei diesem Gange der Dinge — Nachrichten darüber liegen nicht vor — schwankend und rathlos genug gewesen sein. Brandenburg war wie zwischen Hammer und Amboß; aber sollte man mit gekreuzten Armen das Aeußerste erwarten?

Winterfeld eilte nach Schweden, Götze zum Dänenkönig [30]); mit dem Auftrage, die Prinzessin Catharina nach Siebenbürgen zu geleiten, übernahm Schwarzenberg die Verhandlungen mit Bethlen Gabor. Einstweilen blieb man bei der Formel der Neutralität der Marken; sie war von den beiderseitigen Heerführern unter der Bedingung anerkannt, daß brandenburgische Truppen die Pässe besetzten. Die zur Werbung nöthigen Gelder zu bewilligen, wurden die Stände zum 26. Februar nach Berlin geladen. Der Kurfürst selbst ging einstweilen nach Preußen.

Aber König Christian brannte vor Ungeduld, den Feldzug zu beginnen. Vorsichtig hatten sich die Feinde, den Harz wie eine mächtige Festung im Rücken, Tilly gegen Wolfenbüttel, Wallenstein bis ins Magdeburgische hinab, aufgestellt; des Königs Plan war, ihre Stellung rechts und links zu überholen, um dann, während Mansfeld jenseits der Elbe, Christian von Halberstadt an der Weser hinauf vorrückten, den Gegner mit „Diversionen" in die kaiserlichen, die ligistischen Lande bedrohten und seine Kräfte zu theilen zwangen, selbst den entscheidenden Stoß gegen dessen geschwächte Mitte zu führen.

Bereits im Februar brach Mansfeld aus Mecklenburg auf, rückte in die Altmark und Priegnitz ein, trotz der auch vom König Christian zugesagten Neutralität. Entsetzlich hausten die Mansfelder „mit Gewalt und Unthat, mit Nothzüchtigen der Weiber, Ausplündern vieler Dörfer und Flecken, Rauben auf den Straßen, Hinwegtreiben des Viehs."

Mit Unwillen sah Georg Wilhelm, als er am 1. März aus Preußen zurückkam, was geschehen sei. Freilich die Bedingung für die Neutralität seiner Lande war nicht erfüllt, die Pässe waren unbesetzt. Noch hatte der Ausschuß, den die Stände für die Frage der Werbung bestellt, nicht verhandelt, noch war kein Volk geworben.

Am 12. April trat der Ausschuß zusammen; aber sein Auftrag lautete dahin, abzuschließen mit der Erinnerung, „daß der Kaiser als das höchste Haupt in gebührendem Respect gehalten, der Kurfürst von Sachsen als Kreisobrister und der ganze obersächsische Kreis an der Hand behalten, was Seitens der Armeen in solcher Occupation etwa vorgelaufen, im Besten entschuldigt werde." In diesem Sinne bewilligten sie Geld zur Werbung von 3000 Mann auf drei Monat.

Indeß wurden am Hofe zu Kaschau die merkwürdigsten Verhandlungen gepflogen. Vollkommen einverstanden erklärte sich Bethlen Gabor mit Schwarzenbergs Eröffnung, daß der Kurfürst sich nicht schon jetzt als Mitglied des Bundes erklären könne; dieß Bündniß sei nicht fest genug,

zumal so lange sich Frankreich nicht offen erkläre; aber, so fügte er hinzu, man möge bedenken, daß, wenn dem Dänenkönige ein Aeußerstes begegne, der Kurfürst nicht in seinen Landen und Würden bleiben werde; auch Siebenbürgen werde aufhören frei zu sein, falls nicht die Rücksicht auf die Türken den Kaiser hemme. Der Fürst erbot sich, mit 12,000 Reitern und 4000 Mann Fußvolk ins Feld zu rücken, wenn ihm Subsidien bewilligt würden und sein zu schwaches Fußvolk durch deutsche Truppen verstärkt werden könne; er habe dieselben Vorschläge bereits den Residenten in Constantinopel zukommen lassen, und wenigstens Frankreichs Antwort laute günstig. Vor Allem legte er Schwarzenberg ans Herz, die Verbündeten zu den eifrigsten Bemühungen bei der Pforte zu veranlassen, ehe Oestreich, das da höchst thätig sei, sie gewinne; er selbst werde bei den Veziren und Paschas, namentlich dem von Ofen, allen Fleiß anwenden; ohne der Türken sicher zu sein, würde man ein Werk auf Eis bauen.[31])

Unzweifelhaft kannte man auch im dänischen Lager die Absichten und Bedingungen Bethlen Gabors. Man hatte nicht Zeit darauf zu warten, bis sie sich erfüllten und dann schließlich auch Brandenburg zum Entschluß käme. Mansfeld besetzte auch die Havelpässe, Havelberg, Rathenow, Brandenburg; des Kurfürsten Einrede war vergebens; ihm „ins Gesicht" erklärte der dänische Gesandte auf dem Schloß zu Berlin: „was S. Kf. D. gefalle oder mißfalle, daran sei nichts gelegen; sie würden thun, was ihnen beliebe." Schon zog Mansfeld über Brandenburg hinaus, besetzte die Zauche, rückte gegen Wittenberg vor. Die Marken lagen nun ganz in seinem Rücken, ihre Neutralität war gründlichst zu Ende. „Ich gräme mich", schreibt der arme Kurfürst, „daß nun meine Lande also verdorben und ich so gering geachtet und verhöhnt werde; alle Welt muß mich für eine feige Memme halten, daß ich so ganz stille sitzen soll." Er warf seinen Ständen vor, daß sie „Alles gehemmt, aufgehalten und gesperrt hätten, was zur Rettung des Landes nöthig sei", und sie wieder klagten: „wie die Schafe ohne Hirten seien sie von ihrem Landesherrn Preis gegeben." Immer wieder waren es die „schlauen Räthe", gegen die sich alle Verwünschungen richteten.

„Ich sehe nicht anders, ich werde mich zum Kaiser schlagen müssen in der Zeit, da ich noch etwas habe." Er sandte Eilboten an Schwarzenberg; „er möge schleunigst abreisen und wenn er die schlesische Grenze erreicht habe, Tag und Nacht weiter eilen; er sei seiner Gegenwart aller Wege benöthigt" (26. März).

Ehe der Graf anlangte, war eine erste schwere Entscheidung gefallen.

Die Wallensteiner hatten Dessau besetzt, mit starken Verschanzungen gesichert; im Besitz der Elbbrücke, die sie mit einem starken Brückenkopf gedeckt, beherrschten sie das Land auf der rechten Elbseite weithin. Mansfeld war durch diese Position wie gelähmt; mochte er nach Schlesien, sich mit Bethlen Gabor zu vereinigen, oder durch Kursachsen nach Böhmen wollen, so mußte er sich zuvor des Passes von Dessau versichern. Er hatte ihn mit einem Handstreich zu nehmen gehofft; es mißlang; er mußte sich zu förmlichem Sturm rüsten; am 15/25. April wurde er gewagt; der Tag endete mit der Niederlage Mansfelds, der völligen Auflösung seines Heeres. Er sammelte dessen Reste hinter der Havel, warb dort so viel möglich neues Volk.

Das Heer an der Weser war theils unter Johann Ernst von Weimar bis Osnabrück, theils unter Christian von Halberstadt ins Eichsfeld vorgedrungen, und im Rücken Tillys begann sich Hessen zu erheben. Aber Entscheidendes war hier noch nicht gewonnen, als die Nachricht von der Niederlage Mansfelds kam. König Christian wagte nicht mehr den beabsichtigten Angriff, während die kaiserlichen und ligistischen Völker sich fort und fort mehrten und demnächst ihrerseits die Offensive ergreifen zu wollen schienen.

Die Nachricht, daß Frankreich mit Spanien Frieden geschlossen habe, war für die Verbündeten ein neuer Schlag. Nur noch heftiger drängten sie jetzt Brandenburg zu entscheidenden Schritten; auch Schweden und Bethlen Gabor beeilten ihre Rüstungen. Aber zugleich hatte man in Berlin Gerüchte von drohenden Aeußerungen am Warschauer Hofe, von äußerster Ungnade des Kaisers, von den schon getroffenen Einleitungen zur Achtserklärung. Sie auszuführen konnten Wallenstein und Kursachsen sofort einbrechen und die eine Hälfte des Landes besetzen, während Mansfeld die andere Hälfte auszusaugen fortfuhr. Die Stimmung im Lande war höchst aufgeregt, die Herren Stände sprachen rückhaltlos ihre Erbitterung über die reformirten Räthe aus: „mehr als einmal", schreibt der Kanzler Pruckmann, „haben sie uns zum Trinkgeld den Hals zu brechen gedroht."[32]) Es war „die höchste Zeit Resolutionen zu fassen."

Der Kurfürst war keineswegs der Meinung, seine Neutralität habe damit aufgehört, daß Mansfeld sie gebrochen. Aber war nicht zu besorgen, daß man weiter gehen, daß man auch das Aeußerste nicht scheuen werde, um ihn zum Beitritt zu zwingen? war es nicht dringend nothwendig, wenigstens seine Person sicher zu stellen? Es wird auf Schwarzenbergs Rath geschehen sein, daß Georg Wilhelm seine Residenz verließ,

um seine Waldschlösser in der Ucker- und Neumark zu besuchen. Der Graf war in dem kleinen Gefolge, das mitzog.

Im dänischen Lager hieß es: „der Kurfürst habe der guten Sache den Rücken gewandt; er sei im Begriff katholisch zu werden und sich offen für den Kaiser zu erklären." König Christian sandte Botschafter mit dieser Nachricht nach Schweden, Frankreich, dem Haag.[33])

War vorauszusehen, daß Brandenburg auf des Kaisers Seite treten werde, so wurde es doppelt wichtig, jenen Zug nach Schlesien, der in dem ursprünglichen Kriegsplan der Coalition bestimmt worden war, auszuführen, ehe der Kurfürst seine Oderpässe den Kaiserlichen überlassen hatte. Mansfeld zog Ernst von Weimar an sich, um so verstärkt über Crossen nach Schlesien durchzubrechen.

Die Verheerungen, die die Mansfelder über Altmark, Priegnitz, Havelland gebracht, hätten den anderen Theilen des Landes zeigen können, was ihnen drohte. Sie jammerten und lärmten, aber thaten nichts; die Vasallen in der Uckermark, zur Musterung aufgeboten, erschienen nicht, weil sie nicht in der hergebrachten Weise geladen seien.

Wenn Mansfeld mit seinen 26,000 Mann durchbrechen wollte, so hatte man natürlich nicht die Macht, es zu hindern; aber, so lautete des Kurfürsten Befehl, den Schwarzenberg an die Geheimenräthe sandte, „man solle thun als ob man es wolle; dadurch werde S. Kf. D. beim Kaiser und den eigenen Unterthanen besser entschuldigt sein."

Man sieht, wie der Graf bereits zur kaiserlichen Politik hinüberblinzelt. Und jetzt am 20. Juni kam Hannibal von Dohna als kaiserlicher Botschafter nach Berlin.

Allerdings hatte man in Wien den Kurfürsten scharf ins Auge gefaßt. Noch berieth der Reichshofrath, ob sofort mit der Acht gegen ihn zu verfahren sei; es kam ein Gutachten zu Stande, das dahin ging: „es sei räthlich, ihn nicht zur Desperation zu treiben, sondern die Acht auf bessere Zeiten zu verschieben, unterdessen sich die Ursachen und Excesse Brandenburgs noch mehr häufen würden; einstweilen möge man wegen der Aussichten auf Pommern gratuliren, auch in Betreff der jülichschen Sache hoffen lassen, vor Allem aber die vertrautesten Räthe des Kurfürsten mit Geschenken und Verbindlichkeiten gewinnen und die geheimen Consilia aus ihnen herauslocken, um ihnen desto besser zu begegnen und desto mehr Gründe zur Acht zu gewinnen."

Für einen Diplomaten von Dohnas Art war am Berliner Hofe leichtes Spiel; er verstand die Kunst seines Hofes, hoffen und fürchten zu

lassen, zu locken und zu drohen. „Es sei nicht ohne", erklärte er, „daß der Kurfürst sich anders habe bezeigen sollen und können; aber der Kaiser werde ihm mit Willen keinen Schaden zufügen noch Ungnade erweisen." Also wenn es geschähe, würde es nicht des Kaisers, sondern des Kurfürsten eigene Schuld sein.

Schon hatte Mansfeld sich in Marsch gesetzt; in den ersten Julitagen erreichte er Frankfurt; 5000 Wagen zählte man, die dort über die Oderbrücke gingen, „alle mit geraubtem Gut beladen, mit Pferden aus diesen Landen bespannt."

In denselben Tagen kam die Nachricht von unerhörten Vorgängen in Preußen. Gustav Adolph war mit seiner Flotte vor Pillau erschienen, hatte die Feste, ohne Widerstand zu finden, besetzt, sein Heer gelandet. Er forderte Königsberg und das ganze Land auf, zu ihm überzutreten, „Extrema zu ergreifen"; er rückte mit seinem Heere ungesäumt gegen die Weichsel vor.

Der Kurfürst war außer sich, als wäre ihm jetzt erst Unehre begegnet. Er wurde nicht satt, sein Herz in Jammerausbrüchen gegen Schwarzenberg zu erleichtern: „mit allen Räthen sollte ich billig reden, aber sie sind auf Seite derer, die mich despectiren und aufs Aeußerste ruiniren"; und wieder: „alle Welt muß mich für eine feige Memme halten, daß ich mich so coujoniren lasse und still sitze; hingegen da ich mich noch wehre und thue was ich kann, so habe ich doch nicht solchen Schimpf." So am ersten, zweiten Tage; am dritten schreibt Schwarzenberg dem Kanzler: „S. Kf. D. sind heute wieder bei mir gewesen und sind über diesen Handel sehr traurig; Sie sagten: wenn dies Wesen lange währt, so muß ich gar närrisch werden, denn ich gräme mich sehr."[34]) Schließlich habe der Kurfürst gesagt: „Ich sehe nicht anders, ich werde mich zum Kaiser schlagen müssen; ich habe nur einen Sohn; bleibt der Kaiser, so bleibe ich und mein Sohn auch wohl Kurfürst, da ich mich zum Kaiser wende; was geht mich die gemeine Sache an, wenn ich alle meine Ehre, Reputation und zeitliche Wohlfahrt verlieren soll."

So lauteten Schwarzenbergs Schreiben, mit denen er jetzt Tag für Tag den Kanzler bestürmte; er fügte Anklagen hinzu: Winterfeld habe im Februar Mansfelds Einrücken veranlaßt, habe den Zug auf Pillau mit Gustav Adolph verabredet, ihn begleitet; ja habe nicht an Tafel Knesebeck die Besetzung Pillau's entschuldigt und geäußert, es werde dem Kurfürsten zu hohem Ruhme gereichen, wenn er Alles über sich ergehen lasse?[35]) Dem Kanzler selbst überließ der Graf, ob er persönlich zum

Kurfürsten kommen und sich aussprechen, oder schriftlich seine Ansichten darlegen wolle.

Der alte treue Kanzler sandte ein scharfes Gutachten (13. Juli) gegen die Allianz mit dem Kaiser ein: es würde schimpflich sein, dies Wort brauchte er, wenn der Kurfürst sich zum Kaiser schlüge und urplötzlich sich von einem Extrem zum andern wendete. Er erinnert den Kurfürsten an die Unehre des Albrecht Alcibiades, an den unsterblichen Ruhm Johann Friedrichs von Sachsen. Da der Kaiser diese Conjunction gar nicht begehrt habe, da man sich ihm gleichsam aufdränge, werde der Schimpf nur noch größer sein. Und Vortheil bringe es keinen, nicht einmal, was der Kurfürst am meisten wünsche, Vergeltung an denen, die unter dem Titel der Freundschaft so viel Schaden und Despect über ihn gebracht hätten; die geworbenen Truppen, so habe einer der Obristen ausdrücklich erklärt, dankten dafür, in des Kurfürsten Dienst sich zur kaiserlichen Armee stellen zu lassen. Wem habe es Gewinn gebracht, daß er sich zum Kaiser halte? nur dem einen Pfalzgrafen zu Neuburg, aber darum, weil er seinen Glauben abgeschworen. „Gott behüte S. Kf. D., daß Sie es nimmer ad religionis mutationem kommen lassen, davon sagt Christus: was hülfe es dem Menschen u. s. w." Er schließt: „beharrt der Kurfürst auf seinen Plan, so möge er etliche aus der Landschaft berufen und ihnen dies Vorhaben insgeheim vortragen; rathen sie zu, so müssen sie dann auch mit Hand anlegen, und darf hernach, wenn es mißräth, das Kreuzige, wie bisher vielfältig geschehen, nicht allein über die Räthe gehen."

Dieser Vorschlag wurde gutgeheißen, etwa zwanzig vom Adel — der Kurfürst, schrieb Schwarzenberg, behalte sich vor, die Liste zu verbessern — sollten zum 20. Juli berufen werden; „S. Kf. D., wie Sie mir ausdrücklich gesagt, obgleich Sie in der reformirten Religion leben und sterben wollen, seien in dem Gedanken, daß Sie sich in Ihrem Gewissen viel ruhiger befinden werden, wenn Sie sich zum Kaiser schlagen; denn der Kaiser sei die höchste Obrigkeit, die Gott geehrt haben will."

Die Dinge waren am Aeußersten. „Die Schweden und Dänen haben rund heraus gesagt, S. Kf. D. müsse sich jetzt mit ihnen conjungiren, und so lange bis es geschähe, würden sie sein Land nicht in Ruhe lassen." Und wieder vom polnischen Hofe wurde gemeldet, daß man den Kurfürsten dort laut der Felonie bezüchtigte: „sein Gesandter sei mit dem schwedischen Usurpator nach Preußen gezogen, habe allen consiliis beigewohnt und das Werk geschmiedet." Je drängender Dohna, je öſtreichi-

scher Schwarzenberg wurde, desto eifriger arbeiteten Winterfeld, Götze, Pruckmann ihnen entgegen, von der Theilnahme der Fürstinnen auf das Lebhafteste unterstützt. Und wieder der Graf schrieb (20. Juli): „man trachtet mir, wie Avisen aus den Niederlanden melden, nach Ehre und Leben und will zum Mittel brauchen den Düsseldorfer Vertrag und die Münze von Huissen; und wenn man damit nicht fortkommt, so werde der König von Dänemark oder Schweden mich aus des Kurfürsten Kammer herausholen und festsetzen lassen wie dem Klehsl geschehen ist; aber ich trau' Gott und habe ein gutes Gewissen und diene redlich und reise in meinem Wagen ganz allein über Feld." Freilich war die Falschmünzerei in Huissen[36]), wie sie der Graf betreiben ließ, um nichts schlimmer, als sie damals von vielen Fürsten betrieben wurde; und den Düsseldorfer Vertrag hatte der Kurfürst gut geheißen und vollzogen.

Noch bevor die berufenen Herren Stände zusammenkamen, hatte Schwarzenberg einen Schritt weiter gethan. Langsam folgte Wallenstein den Mansfeldern; ein Theil seines Heeres sollte durch die südlichen Aemter der Mark ziehen; er erbot sich zur Bezahlung des Proviants, den er seinen Truppen zu liefern bat. Schwarzenberg beredete den Kurfürsten, die Bezahlung nicht anzunehmen: „sechs Monate hat Mansfeld im Lande gelegen und es ausgezehrt, nichts gegeben, nichts angeboten; Wallenstein will es nur berühren, und es ist die kaiserliche Armee." Er ließ Befehl an die Aemter ergehen, reichlichst Proviant dorthin zu schaffen, für die Generale und Officiere die Schlösser bereit zu machen, Alles mit Tapeten, Himmelbetten, Tafelaufsätzen auszustatten, „sie aufs Beste als man könne zu tractiren, als ob ein Kurfürst von Sachsen käme."

Man erstaunte am Hofe zu Berlin über diesen Eifer; man konnte nicht anders denken, als daß Dohna große „Promessen" gemacht, und der Kurfürst „umgesattelt" habe für die längst ersehnte Versicherung wegen Pommerns, für Zugeständnisse wegen Jülichs. „Ich wollte nur es wäre wahr", schreibt Schwarzenberg dem Kanzler, „man hat freilich Nichts gethan, das den Kaiser zu Dank verpflichten könnte, man ist beim Kaiser wie am polnischen Hofe im schwarzen Buch."

In der That hatte er durch Dohna Bedingungen, unter denen der Kurfürst sich für den Kaiser erklären wolle, nach Wien gelangen lassen, darunter die Sicherstellung der eingezogenen geistlichen Güter, — auch die Neumark wurde genannt, — Bestätigung der brandenburgischen Anwartschaften auf Pommern, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt u. s. w., Rückgabe Jägerndorfs. Der Kaiser hat auf jene Eingabe schreiben lassen;

„aufzuheben und mit Stillschweigen zu übergehen.“ Mit jedem Tage sank des Kurfürsten Freundschaft im Preise. Nun kamen die Herren Stände zusammen; die Proposition lautete: woher Mittel nehmen des Landes Neutralität zu behaupten? und wenn deren nicht zu finden, zu welcher Parthei sich der Kurfürst schlagen solle, ob nicht zum Kaiser, dem er mit Eiden und Pflichten verwandt? „Wer weiß“, schrieb Schwarzenberg, „ob diese Frage nicht noch guten Theils zu S. Kf. D. Exculpation dienen kann.“

Ich kenne die Antwort der Versammelten nicht; ich finde nur, daß sie zum Anfang September wieder beschieden wurden.

Inzwischen folgte ein neuer gewaltiger Schlag: der Dänenkönig war am 25. November bei Lutter geschlagen.

Aber von Tilly nur schwach verfolgt, sammelte Christian IV. die Reste des Heeres an der unteren Elbe, hielt die Pässe dort fest, verstärkte sich durch neue Werbungen, begann sich über Mecklenburg bis in die Altmark hinein auszudehnen. Und Mansfeld hatte die Verbindung mit Bethlen Gabor gewonnen; vereint, durch die Bewegungen der Türken von Ofen her verstärkt, hielten sie Wallenstein an der ungarischen Grenze fest.

Wenn sich jetzt noch Brandenburg ermannte, wenn man dem dänischen Heer vorzugehen gestattete, so konnte es mit der Havel, Spree und dem „neuen Graben“ in der Front, mit der Elbe und Oder an den Seiten jedem Angriff Trotz bieten.[37]) Schon standen die Schweden diesseits der Weichsel; gestützt auf sein verschanztes Läger bei Dirschau, konnte Gustav Adolph leicht die Verbindung mit der Oder gewinnen, und an dem Netzebruch hinauf bis zur Weichsel, selbst unangreifbar, Schlesien bedrohen.

Die Räthe versuchten, die Dinge in diese Richtung hinüber zu führen. Soeben hatte man eine Abschrift jenes Reichshofrathsgutachten vom 24. Juni über die brandenburgische Acht bekommen; nun endlich mußten doch dem Kurfürsten die Augen aufgehen. Sie entwarfen ein Schreiben an den Kaiser, in dem der Kurfürst erklären sollte: an Gelegenheit, dem Kaiser zu schaden, habe es ihm nicht gefehlt, aber er habe Alles getreulich von der Hand gewiesen; nur daher seien ihm die schweren Einquartierungen gekommen, weil er sich nicht habe entschließen wollen seine Meinung zu ändern; zwölf Tonnen Goldes sei gering geschätzt der Schade, der sein Land getroffen, — da erfahre er nun, daß man die Acht über ihn verhängen wolle, sie nur, um ihn nicht zur Verzweiflung zu treiben, auf gelegnere Zeit aufschiebe u. s. w.

Natürlich stellte Dohna in Abrede, daß an jenen Berichten irgend etwas Wahres sei: „wenn S. Kf. D. des Kaisers M. familiariter kenneten, so würden Sie gewiß über dergleichen Calumnien lachen, tröste mich aber, daß S. Kf. D. seit Ks. M. Regierung nicht erfahren, daß er irgend einem Stande des Reichs Unrecht gethan hatte, sondern vielmehr denjenigen, die wider Ks. M. stark gesündiget, gnädigst pardoniret.“ Und Schwarzenberg that als glaube er den süßen Worten, der Kurfürst glaubte ihnen wirklich; die Absendung des Schreibens unterblieb.

Aber wenn nun der Graf darauf drang, das Land aufzurufen, den Dänen entgegenzutreten, mit der Neutralität der Marken den Kaiserlichen in Schlesien und an der Ungarngrenze den Rücken zu decken, so verzögerte der Geheimerath die Ausführung, „weil sich die Sache mit jedem Tage zum Bessern wende.“ Sie hofften auf eine nahe Wendung der Dinge, die die evangelische Sache wieder empor bringen werde.

Gerade diese fürchtete Schwarzenberg. Im September rangen die beiden Partheien am Hofe auf das Heftigste; schon fehlte es an ärgerlichen persönlichen Begegnissen nicht. Wenn Markgraf Sigismund, der lutherische, erklärte: „er rechne Götze und Winterfeld nicht zu denen, die es redlich mit dem Landesherrn meinten“, so trugen diese auf Untersuchung ihres Verhaltens an, und Winterfeld sandte dem Markgrafen eine Herausforderung. Dem Kanzler Pruckmann wurden die kurfürstlichen Blankets entzogen; es folgten bald weitere Zurücksetzungen, die „dem treuen ehrlichen Diener“, so schreibt er selbst, „ins Herz schnitten.“ Winterfeld dachte daran, den Abschied zu nehmen; „Andere werden ihm folgen“, schrieb Camerarius an den schwedischen Kanzler, „dann wird Schwarzenberg allein den leeren Hof beherrschen.“ Aber die Stände und das Land hatte er für sich. Edelleute wie die Goldacker, Redern, der Oberschenk Henning Flans, der junge Freiherr von Blumenthal schlossen sich ihm an; daß Hans Georg Arnim von Boitzenburg, der eifrige Lutheraner, „der Patriot“, wie ihn eine ständische Erklärung dieser Zeit nennt, nun als „Kriegsrath und Obrister“ im wallensteinschen Heere eine Rolle zu spielen begann, war ein Vorbild, welches dem Adel der Marken gar lockend erschien. Und der blinde Eifer der lutherischen Geistlichen gegen die Calvinisten wurde in dem Maaß lauter, als des katholischen Grafen Einfluß wuchs.

Noch stand jener kleine Kreis der reformirten Räthe fest bei einander, wenn auch in den wichtigsten Entscheidungen ohne Einfluß, ja kaum befragt. Es war auf Schwarzenbergs Rath, daß jetzt der Kurfürst persönlich

nach Preußen eilte, „mit der That", wie der Polenkönig gefordert hatte, zu zeigen, daß er des Schwedenkönigs Feind sei. Während die Dänen die Altmark, die Priegnitz, den größeren Theil der Mittelmark inne hatten, stark genug, zum Angriff überzugehen, während Ernst von Weimar in Schlesien Meister war und Wallenstein in Ungarn auf das Aeußerste bedrängt wurde, warf sich der Kurfürst der kaiserlichen Politik in die Arme; aber nicht, um nun den Dänen die Stirn zu bieten. Er ging mit dem geworbenen Volk, etwa 5000 Mann „Blauröcken", nach Preußen und bat den Kaiser, die Marken mit seinen Heeren zu schützen.[38]) Er übertrug dem Markgrafen Sigismund die Statthalterschaft und setzte den Grafen ihm zur Seite.

Freilich nun sollten die Herren Stände Geld bewilligen zu Werbungen, damit wenigstens die Festungen und Pässe besetzt werden könnten; auf 3000 Mann lautete die Forderung. Nach vorgängiger Berathung in den Kreisen sandten sie zum 26. Januar ihre Beauftragten nach Berlin. Schon auffallend war, daß in nicht geringer Zahl Andere, als die in den Kreistagen dazu bestimmt waren, erschienen. Sie sagten Jedem, der es hören wollte, der Kurfürst sei nur davon gegangen, um sich für seine Person zu salviren; die Marken seien des Kurfürsten vornehmstes Land, von ihnen dependire, was er in Preußen und anderen Orten zu erwarten habe; wenn er in ihnen Gefahr laufe, so stehe es mit allen anderen Landen schlecht; diesem Lande schulde er die größte Affection; seine reformirten Räthe seien an Allem Schuld; sie wollten, da sie ihren Sturz vor Augen sähen, wenigstens auch das Land mit ins Verderben reißen.

Sie begannen ihre Verhandlungen damit, den Räthen zu erklären, man könne mit ihnen nicht unterhandeln, wenn sie nicht Credenz vom Kurfürsten oder wenigstens ihre Instruction vorzeigten. Auf die Eröffnung der landesherrlichen Propositionen folgten höchst heftige und tumultarische Scenen, „wie sie nie zuvor erhört worden."[39]) Der von Holzendorf auf Falkenhagen verkündete: Gott habe ihm ins Herz gegeben und durch seine untrügliche Stimme offenbart, daß man in kaiserlicher Devotion bleiben solle; er forderte seine Herren Mitstände auf, über die ihm gewordene Offenbarung nachzudenken und Zeugniß abzulegen; er erklärte zugleich, daß er zwei Compagnien zu Fuß und zwei Fähnlein Reiter auf zwei Monate dem Kaiser stellen werde; er bat, daß man seine Eingabe in den Druck geben und veröffentlichen möge. Andere Herren erklärten: der Kurfürst habe, wie es heiße, den Kaiserlichen das Land zum Quartier gegeben, was da noch die ihnen angesonnenen Werbungen

sollten? Andere schwuren hoch und theuer: die reformirten Räthe, die nun sähen, daß ihre Religion exstirpirt werden müßte, gingen damit um, die Stände durch ihre Werbung beim Kaiser in Offens zu bringen und ihn zu reizen, daß er zugleich ihre lutherische Religion austilge; es wären „calvinistische Possen, damit umgegangen werde." Endlich nachdem man sechs Mal her und hin „libellirt" hatte und zur Abfassung eines Abschiedes schreiten wollte, trat der Oberjägermeister v. Hertefeld mit seltsamen Dingen auf, die er wie in des Kurfürsten von Sachsen Namen vorbrachte: der Kurfürst sei bereit, ihnen mit Rath und That beiständig zu sein, es bedürfe nichts als ein kleines Entgegenkommen der Stände; er brauchte den Ausdruck: „sie ließen S. Kf. D. nur nichts wissen, sonst würde er sich der Libertät und Befreiung der Lande wohl annehmen." Und das Alles wurde mit Dank gehört und ohne Weiteres geglaubt; es machte geringen Eindruck, als die Räthe erwiederten: jeder von ihnen würde es sehr übel nehmen, wenn seine Gutsunterthanen bei dem Gutsherrn im nächsten Dorfe Rath oder Recht holen wollten, und des Jägermeisters Vorschlag sei um nichts besser.

Mit Mühe brachten es die Räthe zu einem Abschluß; sie hatten den Verdacht und sprachen ihn in ihrer Relation an den Kurfürsten aus, „daß Jemand da sei, dem mit Mißtrauen zwischen Herren und Unterthanen wohl wäre."

Schwarzenberg hatte nicht aufgehört, sich gegen die Herren Räthe persönlich gütig und theilnehmend zu zeigen; in der Leitung der Dinge waren sie zur Seite geschoben. Wenn er für nöthig hielt, noch einen Schlag gegen sie zu führen, so mag er bestimmt gewesen sein, den Einfluß zu treffen, den allein er noch zu fürchten hatte, die Kurfürstin und ihre Mutter zu isoliren.

Es wurde ihm nicht schwer, den Kurfürsten zu überzeugen, daß einzig und allein das leidenschaftliche Treiben seiner Geheimenräthe ihm Verlegenheiten und Gefahren bereite. Begreiflich, daß Dohna derselben Ansicht war; wenigstens einem oder dem andern dieser Leute, so hatte der Kurfürst sich gegen ihn geäußert, wolle er den Kopf vor die Füße legen.

Durch Schwarzenberg gelangte an den Statthalter der kurfürstliche Befehl, „Winterfeld heimlich auf gute Art zu arretiren, und ihn, jedoch ohne Schimpf, auf eine Festung abzuführen.[4]") Es geschah am 24. Juli; man begann zu untersuchen, 332 Frageartikel wurden dem Verhafteten vorgelegt; der geheimnißvolle Hochverrathsproceß setzte Hof und Land in höchste Spannung. Auch Götze wurde in denselben verwickelt, auch Pruck-

mann in Untersuchung gezogen; der alte Kanzler Löben, der 1608 in nicht eben ehrenvoller Weise entlassen war, erhielt die Weisung, wieder in den Rath zu kommen; auch Knesebeck sah sich bedroht; gegen Bellin, der bereits gestorben war, wurde ein Verfahren ad damnandam memoriam eingeleitet. Man that, als sei Alles voll Verrath. „Hier ist des Practicirens kein Ende", schrieb Markgraf Sigismund dem Kurfürsten, „und ich bin übel daran, da Alles den Königischen gemeldet wird; es ist Zeit, daß wir das Frauenzimmer gehen lassen, denn sonst sind wir von ihnen verrathen und verkauft." Schwarzenberg beantragte ihre Uebersiedlung nach der Festung Cüstrin, wo sie sichrer sein würden; sie fanden Vorwände, in Berlin zu bleiben. Wenigstens den kleinen Kurprinzen führte man nach Cüstrin; es mochte vor Allem wichtig erscheinen, den lebendigen und geistvollen Knaben dem Einfluß der Mutter und Großmutter, jener Oranierin, zu entziehen.

Schwarzenberg hatte erreicht, was er wollte; es lag weder in des Grafen Art, noch in seinem Interesse, es auch nur mit Winterfeld zum Aeußersten zu treiben; gelegentlich konnte man ja auch die Gegner wieder brauchen müssen. Pruckmann, Knesebeck, die meisten andern Räthe blieben in ihrem Dienst; aber die Bedeutung des Geheimenraths war gebrochen. Schwarzenberg allein machte die brandenburgische Politik; niemand hinderte es mehr, daß der Baiernherzog als Kurfürst anerkannt, die Aechtung des Pfalzgrafen damit für rechtmäßig erklärt wurde.

Mochte es für den Augenblick scheinen, als ob mit der Gnade des Kaisers und mit der Aenderung des Regiments des Kurfürsten Sache in den Kurlanden gerettet sei, am Rhein und in Preußen zeigten sich sofort die bedauerlichen Wirkungen des Wechsels seiner Politik.

Nur durch die Hülfe der Staaten hatte man bisher von Cleve und Mark Einiges behauptet, während Wesel und was stromaufwärts lag von den Spaniern besetzt war. Jetzt änderten die hochmögenden Herren die Sprache. „Sie sind nicht zufrieden damit, die Städte im Clevischen, Cleve, Goch, Cranenburg u. s. w. neutral gemacht zu haben, sie gehen damit um, auch die ganze Grafschaft Mark neutral zu erklären und unser Volk heraus zu nehmen; auf diese Weise werden wir bald fertig sein und in den Landen weder Stock noch Stiel behalten." Jene 100,000 Thaler, welche des Kurfürsten Vater 1616 unter Garantie der Staaten bei dem holländischen Generalempfänger Hoefyser aufgenommen und nicht verzinst hatte, wurde von Seiten Hollands als Vorwand benutzt, andere Plätze und einzelne Zollstätten am Rhein als Pfand zu besetzen. Als von Berlin

aus Obrist Gendt von Dieden und dessen Compagnien, über die besonders schwere Klage war, abgedankt wurde, setzten die Herren Staaten ihn wieder ein, übergaben ihm alle Gewalt, die Contribution nach seinem Gefallen zu sammeln, zu executiren und die Soldatesca zu behalten, „also", fügt Schwarzenberg hinzu, „ist S. Kf. D. aus dem Lande und Gendt Vice Re." Die Staaten behandelten jene Lande und deren Festen nur noch als Barrière für die Union. Die Spanier drückten, was sie inne hatten, nicht minder. Die Stände von Jülich, von Berg, die clevischen Geistlichen wandten sich, da sie weder bei ihrer Landesherrschaft, noch deren Beschützern irgend Erleichterung fanden, an den Kaiser, der gern die Gelegenheit ergriff, den alten Plan der Sequestration der Erbschaftslande endlich in Ausführung zu bringen; Tilly wurde mit der Ausführung beauftragt; und wenigstens zu noch härterer Aussaugung des Landes, zu äußerster Bedrückung der Evangelischen, zur Rückgabe der Kirchen und Kirchengüter beeilte er sich, wohin er kam, sein Mandat zu benutzen.

Noch übler waren die Dinge in Preußen. Gleich nach Gustav Adolphs Landung hatte die Stadt Königsberg die Neutralität, die er anbot, unbedingt angenommen; die übrigen Stände behielten sich vor, die Zustimmung des Kurfürsten einzuholen. Als Georg Wilhelm zuerst seine Absicht, mit Kriegsvolk nach Preußen zu kommen, aussprach, verbat es der Abgesandte der preußischen Stände; „sie wären auch große Narren, wenn sie es litten", meinte Schwarzenberg, „sie müßten sich ja allerhand besorgen, wenn der Kurfürst so stark nach Preußen käme, daß er ihnen leges machen und was er wolle thun könne.[41]) Erst als kein Zweifel mehr war, daß der Kurfürst sich auf des Kaisers und Polens Seite schlagen würde, sah der Graf die Dinge anders an. Es folgte jener klägliche Zug, dessen entscheidende Wendung war, daß die Hälfte der brandenburgischen Truppen, als sie zuerst der Schweden ansichtig wurden, die Waffen streckte (6. Juli).

Nun blieb dem Kurfürsten nichts übrig, als durch Annahme der Neutralität (August 1627) weiteren Schritten seines königlichen Schwagers vorzubeugen. Um so drohender wurden die Forderungen der Polen; sie bestanden darauf, daß das Herzogthum Parthei nehmen, daß es zur Vertreibung der Schweden sich mit der Republik, deren Glied es sei, anstrengen müsse. So viel möglich legten sie ihr Kriegsvolk auf herzogliches Gebiet, sogen es auf das Gründlichste aus. Und der wiederholte Versuch, den der Kurfürst machte, zwischen den Kämpfenden zu vermitteln, blieb

ohne Erfolg; Polens Ansprüche wuchsen mit den Erfolgen der Kaiserlichen im Reich. Um so weniger gab Gustav Adolph nach; er versicherte sich auch des Hafens von Memel, er beherrschte bis Marienwerder hinauf die Weichsel. Schon erhob „der hochlöbliche ritterliche teutsche Orden" seine alten Ansprüche auf das Ordensland; es schien die Zeit gekommen, „die unrechtmäßigen durchlauchtigen detentores" zu beseitigen und jene Lande dem Orden, dem Reich und der Kirche zurückzugeben.[42]) Der Kurfürst hatte das Schlimmste zu fürchten, wenn die kaiserliche Macht sich in den polnisch-schwedischen Krieg einmischte.

Noch im Beginn des Feldzugs von 1627 schien Christians IV. Stellung bedeutend genug; war auch Mansfeld todt und Bethlen Gabor im Zurückgehen, so hielten doch die jungen Herren von Weimar Schlesien, die Oder sicherte ihre Verbindung mit den dänischen Völkern jenseits der Havel und an der unteren Elbe; Wolfenbüttel, Nordheim, Nienburg waren noch in der Hand der Dänen. Auf der Gegenseite war die nächste Sorge, daß Christian IV. das Kriegsvolk aus Schlesien heranziehen werde. Da plötzlich brach Herzog Georg von Lüneburg in die Marken ein, besetzte die Havelpässe; auf die Beschwerde des Kurfürsten antwortete er (3. Mai): er müsse die Befehle der beiden Generale Tilly und Wallenstein ausführen. Ihm folgten kaiserliche Regimenter in großer Zahl, lagerten sich in den Marken ein, nicht um gegen die Dänen zu kämpfen, sondern um die nicht von diesen schon ausgesogenen Kreise ihrer Seits auszusaugen.

Wer hätte es hindern sollen? Freilich die Werbung von 2000 Mann zur Besetzung der Pässe und Festungen hatten die Stände im Februar beschlossen, aber nur auf etliche Monate; sie hatten nicht Lust, die Zahlungen fortzusetzen: „als die Festungen gebaut worden", erklärten sie (2. Juni), „hätten ihre Aeltern und Voraltern das Ihrige dazu gegeben; an die hundert Jahre lang habe das Land große und schwere Steuern gezahlt, damit in Zeiten, was zu der Festungen Versorgung und Besatzung nöthig wäre, hinterlegt würde; sie achteten sich deshalb nicht schuldig, jetzt etwas zu contribuiren." Manche erklärten: „sie hätten doch keinen Schutz für ihre Güter, was sollten sie denn noch für sie contribuiren"; höchstens für 900 Mann wollten sie sich verpflichten. Man berief eine Anzahl namhafter Adliger, man stellte ihnen vor, daß mit 900 Mann nicht einmal die Landesfestungen zu halten seien; jede derselben könne, wenn sich ein Paar hundert Mann meuterischer Knechte zusammenrottirten, deren Beute sein. Schwarzenberg war außer sich: „mir kommt es

fast befremdlich und gleichsam unvermuthet vor, daß sich in diesem Kurfürstenthum Leute finden sollen, die geschehen lassen wollen, daß man die Festungen so gar entblöße und aller Gefahr Preis gebe; vor Zeiten pflegten sich die Marken anders zu zeigen; sie pflegten der gnädigen lieben Herrschaft unter die Arme zu greifen und dieselbe gern und mit gutem Willen in allen Nöthen zu subleviren; ich vermeine, fügt er hinzu, die Landschaft ist schuldig, die Contribution zu zahlen." Man hoffte bei der gesammten Landschaft zu erhalten, was bei jenen von Adel nicht zu erreichen gewesen war; sie kam zusammen, als sich die Dänen, durch Tillys Vordringen gegen die untere Elbe bedroht, nach Holstein zurückgezogen hatten. Da lautete denn die Antwort der Stände: „es sei ganz und gar unnöthig, ferner einiges Kriegsvolk zu unterhalten, weil man sich nach wie vor in kaiserlicher Devotion befinde, auch von der dänischen Armada, die nun gar weit entfernt, ganz und gar keine Gefahr zu besorgen sei; es würde, wenn man ferner Kriegsvolk halten wollte, zu sonderlicher J. Kais. Maj. Offension gereichen."

Freilich hatte Arnim den Befehl über die kaiserlichen Truppen, die in den Marken lagen; aber das Land war damit um nichts besser daran. „Da der Kurfürst", schreibt Schwarzenberg an Wallenstein, „so treu und devot gegen den Kaiser gewesen und sein Land sammt den Städten und Pässen in dessen Hand gestellt hat, so möge er selbst bedenken, was darüber für judicia fallen, daß es so zur Wüstenei gemacht werde." Aber alle Klagen waren vergebens, die unerhörtesten Dinge geschahen und blieben ungestraft; es schien, als ob das Land geflissentlich zu Grunde gerichtet werde. Auf 200 Tonnen Goldes berechnete man Ausgangs 1628 die Summe dessen, was den Wallensteinern an Contributionen und Lieferungen hatte geleistet werden müssen, während die geforderten 3000 Mann zur Deckung des Landes jährlich nicht 2 Tonnen Goldes gekostet haben würden.

Schon war das Land der geflüchteten Herzöge von Mecklenburg in Wallensteins Besitz gegeben, seine Ernennung zum „General des oceanischen und baltischen Meeres" erfolgt; „achtundzwanzig Häfen" schrieb er an Arnim, „soll es in Pommern geben, sie müssen alle besetzt und befestigt werden; sieh zu, daß wir stark zur See sind auf den Frühling, denn was noch zu thun übrig ist, muß zur See geschehen." Es waren die größten, auch mercantilen Projecte, welche die spanisch-östreichische Politik beschäftigten; die alten Hansestädte hoffte man mit der Aussicht auf den Welthandel[43]), der den Holländern entrissen werden sollte, zu gewinnen. Nur noch Stralsund versuchte Widerstand zu leisten.

Auf dem Wege nach seinem Herzogthum Mecklenburg hatte Wallenstein (7—10. Juni) eine Besprechung mit Graf Schwarzenberg, der, im Begriff nach Wien zu gehen, um des allmächtigen Generals Meinung und Empfehlung zu bitten kam. Wallenstein versprach zu thun was er könne; in Betreff der jülichschen Lande wolle er dahin wirken, daß dem Proceß ein Ende gemacht werde; die Succession Brandenburgs in Pommern, die der Eröffnung nahe war, erkannte er ohne Weiteres an; selbst das Erbrecht des Kurfürsten auf Mecklenburg zog er heran; er mache nur für sein Haus auf diese Lande Anspruch, und das werde eher erlöschen, als das der alten Herzöge; dann werde Mecklenburg an das Kurhaus kommen.

Wenn nun Schwarzenberg, gewiß mit guter Hoffnung, nach Wien eilte (Sommer 1628), um wenigstens einige Rücksicht, einige Erleichterung, die Rückgabe Jägerndorfs zu fordern, „weil sonst seine Autorität beim Kurfürsten und den Landständen in Gefahr sei", so wurde er für seine Person am kaiserlichen Hofe mit Artigkeiten überhäuft, aber er erreichte nichts. Vielmehr rechnete man ihm die Hunderttausende vor, die Kurbrandenburg für Reichs= und Kreissteuer seit 1598 schulde; man ließ merken, daß wohl den kaiserlichen Generalen und Obristen Anweisungen auf diese Summen gegeben werden dürften mit der Befugniß, sich selber zu ihrem Gelde zu helfen. Was Jägerndorf anlange, so sei ja der Anfall Pommerns, der nahe bevorstehe, eine überreiche Entschädigung. Und kaum daß der Graf heimgekehrt war, so kam in Wien die Frage der brandenburgischen Acht von Neuem zur Erörterung. Inzwischen zerrütteten die endlosen Durchzüge und „Stilllager" der Kaiserlichen, die nach Pommern, Mecklenburg, Holstein zogen, die Marken immer furchtbarer. Die Dörfer verödeten, die Dorffluren blieben unbestellt; auch schon viele Edelleute ließen Haus und Hof stehen und gingen davon, die meisten in die kaiserliche Armee, viele in Hausdienst bei Andern von Adel. Noch war in Spandau, Peitz, Cüstrin kurfürstliche Besatzung, wenige Hundert Mann; aber die Stände zahlten nicht mehr, und die Kreise, aus denen sie verpflegt werden sollten, wurden von den Kaiserlichen in Beschlag genommen.

Die Marken waren militairisch in des Kaisers Gewalt; und indem der Kaiser über die Mittel des Landes, wie er sagte, „zu unsern und des gemeinen Vaterlandes deutscher Nation Kriegsdiensten", nach Belieben, ohne den Landesherrn und die Stände zu befragen, verfügte und verfügen ließ, war die ständische Verfassung und des Kurfürsten Landeshoheit zugleich überflüssig gemacht. Und dabei fuhr man fort, dem armen

Fürsten „heroische Geduld"[44]) zu empfehlen, oder auch ihn zu Gnadenerweisungen, zu verbindlichen Briefen an des Kaisers Beichtväter u. s. w. zu veranlassen.

Vielen schien schon keine andere Rettung zu bleiben, als daß auch er seinen Glauben wechsele; schon verbreitete sich das Gerücht, es sei geschehen, und zugleich den Jesuiten das Stift Brandenburg überwiesen.[45]) Daß das Herzogthum Preußen eingezogen und dem Orden zurückgegeben werden solle, daß auch über die jülichsche Frage der Kaiser demnächst Entscheidung treffen werde, galt selbst am kurfürstlichen Hofe für ausgemacht; ja aus Wien erfuhr man, daß das alte Testament von 1596 wieder hervorgeholt werden sollte, um dem Markgrafen Johann Georg, der katholisch geworden war, die Neumark zuzuwenden, oder vielmehr ihn mit der Altmark zu entschädigen und die Neumark zu Schlesien zu schlagen, „des Passes wegen nach Pommern und Polen."

Das waren die Ergebnisse der Schwarzenbergischen Politik. Der Graf selbst deutete sie anders: „hätte S. Kf. D. und deren Landschaft sowohl in der Mark wie in Preußen gleich Anfangs Resolution fassen und bei der kaiserlichen und polnischen Macht stehen und mit bestem Vermögen eintreten wollen, so würde S. Kf. D. Reputation wenig Schaden und keine Gefahr davon gehabt haben; jetzt aber werde S. Kf. D. von allen Seiten despectirt und Dero Lande verdorben; Gott behüte nur vor dem Aergsten, nämlich vor gänzlicher Verlierung der Lande."

Die Bildung der zweiten Coalition.

Nur Stralsund hatte sich mit dänischer und schwedischer Hülfe behauptet. Die übrigen Küstenstädte der Ostsee wurden von Wallensteinschen, die Küsten der Westsee, nachdem auch Stade genommen, von Tilly besetzt.

Aber Gustav Adolph war Herr der unteren Weichsel; er verhandelte mit Christian IV.; ein Bündniß zwischen ihnen war zum Abschluß fertig. Es galt dem vorzukommen; man bot dem Dänen günstige Bedingungen; in Lübeck wurden Anfang 1629 die Unterhandlungen eröffnet.

Die maritimen Projecte der spanisch-östreichischen Politik waren aufgegeben. Desto kühner schritt sie in anderen Richtungen vor.

Es erging 6. Februar 1629 das kaiserliche Edict, welches die Reformirten „des Religionsfriedens untheilhaftig" erklärte; „die calvinischen

Rotten und Secten mittelst göttlicher Hülfe zu vertilgen", das, verkündete der Kaiser, sei sein heiliger Zweck.

Dann erschien das Restitutionsedict (9. März 1629). Sogleich wurde zur Ausführung desselben geschritten. Bremen, Minden, Verden, Halberstadt u. s. w. wurden wieder römisch gemacht, 120 Abteien und Stifter allein in den beiden sächsischen Kreisen eingezogen; das Erzbisthum Magdeburg gab der heilige Vater dem Sohn des Kaisers, einem Knaben, der schon Bischof von Straßburg und Passau und von dem Capitel in Halberstadt postulirt war. Auch die drei brandenburgischen Bisthümer wurden zurückgefordert, der Betrag ihrer Einkünfte seit funfzig Jahren obenein.

Jetzt erfolgte die förmliche Entsetzung der Herzöge von Mecklenburg und ihrer Nachkommen „für ewige Zeiten", die feierliche Belehnung Wallensteins als Fürsten des Reichs. In ähnlicher Weise sollte Tilly das Fürstenthum Calenberg, Pappenheim Wolfenbüttel, andere Generale andere confiscirte Reichsfürstenthümer erhalten: „es bedarf keiner Kurfürsten und Fürsten mehr; es muß, wie in Spanien und Frankreich ein König allein, so in Deutschland ein einiger Kaiser sein." Und was war selbst Maximilian von Baiern, wenn der Kaiser Tilly gewann? was Kursachsen zwischen den Heeresmassen Tillys und Wallensteins? Nur noch wenige Schritte, und die alte reichsfürstliche Herrlichkeit war abgethan, die militairisch-kaiserliche Monarchie im Reich vollendet.

Und zu diesen unermeßlichen Umwälzungen im Innern des Reichs die großen kriegerischen Entwürfe für 1629, eine Aggressivbewegung, die zugleich Schweden, die freien Niederlande, die Staaten Italiens, Frankreich bedrohte.

Die Bedrohten hatten allen Grund, sich auf das Höchste zu spannen, alle Hülfen, die sich boten, zu benutzen.

Für das Kriegstheater im Osten hatte Preußen, für das im Westen Cleve die größte Bedeutung. Aber die Marken waren militairisch in der Gewalt der Kaiserlichen; nur dem Zwang weichend, nur für sie hatte sich Georg Wilhelm dem Kaiser zugewandt; für Preußen und Cleve war er neutral.

Es war eine Frage europäischen Interesses, ob es möglich sei, für diese neutralen Territorien der Politik Georg Wilhelms eine andere Richtung zu geben.

Einen ersten Versuch machte Prinz Friedrich Heinrich von Oranien. Hatte der Kaiser mit seinem Sequester die Erbschaftslande unmittelbar

an sich genommen, hatte er dem Kurfürsten aufgegeben, seine „staatische Schuld“ zu berichtigen und seine Beziehungen mit den Staaten zu lösen, so blieb, wenn der Hof zu Berlin Folge leistete, für die Generalstaaten kein rechtlicher Vorwand weiter, jene Festungen und Pässe besetzt zu halten. Es kam darauf an, eine andere Grundlage für die „Barrière“ zu gewinnen.

Auch des Pfalzgrafen von Neuburg Interesse war durch den Sequester verletzt; er hatte sich vergebens auf die Reichsverfassung berufen, seine Beschwerden waren am kaiserlichen Hofe unbeachtet geblieben. Unter diesen Umständen gelang es dem Prinzen Statthalter, ihn zu überzeugen, daß er in dieser Sache mit dem Kurfürsten gleiches Interesse habe, daß, wenn sich beide über eine einstweilige Theilung der streitigen Lande verständigten, die befreundeten Mächte im Stande sein würden, sie darin zu schützen. Der Pfalzgraf war bereit zu einem Abkommen, nach welchem dem Kurfürsten Cleve, Mark, Ravensberg und Ravenstein, ihm die übrigen Lande zufallen sollten.

Inzwischen hatte sich der Kurfürst — durch einen Beamten, dessen nahe Beziehungen zu Graf Schwarzenberg unzweifelhaft waren[46]) — bestimmen lassen, mit dem Pfalzgrafen unmittelbar zu verhandeln; als Grund wurde später angeführt: die entsetzlichen Belastungen und Erpressungen der holländischen Truppen in dem von ihnen besetzten Gebiet hätten die Klagen der Stände an den Kaiser veranlaßt, man habe den kaiserlichen Bann fürchten müssen, es sei deshalb dringend nothwendig gewesen, die Verständigung mit dem Pfalzgrafen zu suchen.[47]). Am 16. Februar kam die Nachricht nach Berlin, daß die Frage der Acht in Wien wieder im Gang, daß Schwarzenberg „mit ergriffen“ sei. Der Graf eilte nach dem Rhein; „ohne Auftrag“[48]) schloß er am 19. März den Düsseldorfer Vertrag, nach dem der Pfalzgraf Jülich, Ravenstein und die Wahl zwischen Berg und Cleve haben solle. Der Pfalzgraf wählte natürlich Cleve. Er selbst eilte nach Brüssel, seine und brandenburgische Gesandte nach dem Haag, die Zurückziehung der spanischen wie holländischen Truppen aus den besetzten Landen zu fordern.

Das geschah, während die spanisch-östreichische Kriegsmacht sich zum Einfall in das Gebiet der Staaten anschickte. Auf der rechten Rheinseite hatte Graf Berghen ein auserlesenes Heer gesammelt, und drang, auf Wesel, den spanischen Hauptwaffenplatz am unteren Rhein, gestützt und durch die Linie der Yssel gedeckt, gegen Arnheim und Utrecht vor, während die staatische Hauptmacht, unter dem Prinzen Herzogenbusch bela-

gernd, durch ein mächtiges Entsatzheer gefesselt und bedroht war. Schon zog von Cöln ein kaiserliches Heer unter Montecuculi über Wesel hinab, sich mit Berghen zum letzten Gewaltstoß gegen die Republik zu vereinigen; und ein drittes Heer ward von Tilly aus dem Paderbornschen nachgesandt. Amersfoort fiel, die Veluwe ward in Besitz genommen; Utrecht verzweifelte, sich zu behaupten. Die Kroaten streiften und heerten bis in die Nähe von Amsterdam. In dieser höchsten Noth befahl der Prinz einen Versuch gegen Wesel; der kühne Handstreich gelang (18. August). Ihres Stützpunktes beraubt, in der Furcht abgeschnitten zu werden, eilten die Spanier aus der Veluwe, aus Zütphen zurück, Herzogenbusch capitulirte; der Prinz ließ den weichenden Feind nach Westphalen hinein, bis Wetzlar hinauf verfolgen.

Begreiflich, daß die Staaten jetzt den Düsseldorfer Vertrag nicht anerkannten. Aber die unermeßlichen Vortheile, die sie errungen, waren der Art, daß es nur einer Wendung in der brandenburgischen Politik bedurfte, um sie auch dem Kurfürsten zum Gewinn gereichen zu lassen.

Diese Wendung leitete sich eben jetzt in den preußischen Verhältnissen ein.

Daß der Friede, den der Dänenkönig nach so vollkommener Bewältigung in Lübeck erhielt, über alles Erwarten günstig ausfiel, daß ihm nicht, wie man erwartet hatte, Schleswig und Holstein entrissen, sondern demnächst der reiche Zoll zu Glückstadt von Reichswegen gestattet wurde, war ein sicheres Zeichen, daß die kaiserliche Politik den entscheidenden Schlag gegen Schweden zu führen entschlossen sei.

Zunächst mußte Gustav Adolph aus dem Weichsellande geworfen werden. Die Polen rückten in mächtiger Rüstung an der Weichsel herab; Arnim sammelte sein Heer in der Neumark, um sich mit ihnen zu vereinigen; solcher Uebermacht schienen die Schweden erliegen zu müssen. Aber unter ihres Königs Führung behaupteten sie, in dem heftigen Gefechte bei Stuhm, das Feld (17. Juni). Nur noch deutlicher zeigten die Gefechte der nächsten Tage die Ueberlegenheit der schwedischen Waffen. Die Polen, die sich von der kaiserlichen Hülfe Alles versprochen hatten, waren enttäuscht, erbittert, entmuthigt.

Gustav Adolph erließ in der Form eines Schreibens an Georg Wilhelm ein Manifest, in dem er diese Einmischung der Kaiserlichen in seinen ehrlichen Krieg mit Polen, diesen Angriff ohne Kriegserklärung „unter des Reichs fliegendem Banner“ als einen Bruch des Völkerrechts und als ein neues Beispiel „von dem kaiserlichen Ehrgeiz und unbilligen Vor-

haben" der Welt darlegte: „damit offenbar werde, daß ihrem Vorhaben, die reine Religion auszureuten, auch dem Ehrgeiz und der Begier, ihren Dominat auszubreiten, kein Maaß gesetzt sei, wenden sie jetzt, nachdem die deutsche Freiheit meistentheils unterdrückt, ihre Macht auch gegen die ausländischen Könige und setzen den Krieg hin, wo es ihnen beliebt."

Für Gustav Adolph war der Zeitpunkt gekommen, den Kampf unmittelbar gegen den Kaiser aufzunehmen; er mußte eilen, hier in Preußen freie Hand zu bekommen, um dem von der deutschen Küste her drohenden Angriff Wallensteins auf sein Land zuvorzukommen. Schon war Frankreich in Nord-Italien eingebrochen, hatte nach dem Entsatz von Casale mit Venedig, Savoyen, den kleineren italienschen Staaten eine Liga geschlossen, die Unabhängigkeit Italiens gegen die spanisch-östreichische Uebermacht zu retten. Für Frankreich lag Alles daran, die Unterstützung eines gleichzeitigen Angriffes Schwedens auf Deutschland zu gewinnen; die erste Bedingung war, Schweden aus dem polnischen Kriege herauszuziehen.

Richelieu sandte Baron Charnacé mit dem Auftrag, den Frieden zwischen Schweden und Polen zu vermitteln. Ausgang Mai langte der Gesandte in Preußen an.

In der entsetzlichen Pressung zwischen den beiden kriegführenden Mächten, von Polen bedroht und immer preisgegeben, dem größeren Theile nach in der Gewalt der Schweden, blieb für das Herzogthum Preußen keine andere Rettung als die Intervention Frankreichs und die Sicherstellung, welche die französische Krone zu erwirken versprach. [49])

Aber zugleich eröffnete Charnacé in Betreff der deutschen Dinge Aussichten, wie man sie nicht erwartet hatte. Er theilte mit, daß der Kurfürst von Baiern mit Frankreich verständigt sei, daß er und die geistlichen Kurfürsten einen Kurfürstentag wünschten, da auch sie die unerträgliche Gewalt Wallensteins nicht länger mit ansehen könnten, auch nicht dulden wollten, daß Spanien einen Fuß in der Pfalz behalte. In einer geheimen Besprechung, die der Kurfürst mit dem Gesandten hatte, kam namentlich auch die Frage der Wahl eines römischen Königs in Anregung. Charnacé verbarg nicht, daß der Kurfürst von Baiern die Wahl annehmen, daß er dann nicht allein Versicherung wegen der geistlichen Güter und wegen Duldung der reformirten Religion geben, sondern auch dem flüchtigen Pfalzgrafen sein Land und seine Dignität herstellen würde.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Kronen waren in Altmark eröffnet; sie kamen bei dem Mißtrauen der Polen gegen Frankreich erst

mit der Ankunft des englischen Gesandten, des Ritter Roe, in rechten Gang. Am 26. September folgte der Abschluß eines Waffenstillstandes auf sechs Jahre, während dessen die von Schweden an der Weichsel genommenen Positionen, namentlich Marienburg und Stuhm mit ihrem Gebiet, in brandenburgischen Sequester übergehen, und Brandenburg an Schweden „zur größern Sicherstellung" Memel, Pillau, Fischhausen und Lochstädt überlassen sollte.

Ein Abkommen sehr denkwürdiger Art. Bisher hatte die Krone Polen die Abhängigkeit des Herzogthums auf das Hartnäckigste festgehalten und unablässig gesteigert; jetzt trat das herzogliche Preußen durch einen, wenn ich so sagen darf, europäischen Act zwischen beide Kronen, mit einer völkerrechtlichen Verpflichtung, die über die Lehnsabhängigkeit, wie Polen sie wollte, weit hinausgriff.

Gleich nach dem Abschluß in Altmark hatte der Kurfürst in Fischhausen eine Zusammenkunft mit Gustav Adolph (18. September). Er ließ sich von Knesebeck die Punkte aufzeichnen, „deren zu gedenken"; unter andern: daß Schweden beim Eintreten des pommerschen Erbfalles Brandenburg secundiren und nicht hindern wolle; daß der König, wenn er, wie gesagt wurde, ins Reich gehen wolle, Pommern und die Mark nicht berühren oder in Krieg verwickeln möge, daß Schweden sich bemühen wolle, die Herren Staaten zur Gutheißung des Düsseldorfer Vertrages zu bewegen; endlich, wenn er auch des Grafen Schwarzenberg etwa übel gedächte, daß er doch um deß Willen S. Kf. D. keine Schwierigkeiten machen wolle.[50]) Von irgend weiter reichenden Verabredungen in Betreff der deutschen Dinge keine Spur.

Also Schwarzenbergs war in Fischhausen gedacht worden. Er war noch am Rhein, mit jenen Provisionalverhandlungen beschäftigt; er selbst empfahl jetzt, als der Kurfürst über ein Gnadengesuch Winterfelds sein Gutachten forderte, dessen Entlassung aus dem Gefängniß, da der Zweck des Processes erreicht und der Beweis der gemachten Beschuldigungen nicht geführt sei; nach Winterfelds Blut und Leben habe er nie getrachtet. Aber zugleich spannte er Alles an, um der Wendung, die des Kurfürsten Politik zu nehmen im Begriff stand, zuvorzukommen. Noch während der Verhandlungen[51]) hatte er mit der Nachricht, daß man in Wien verfängliche Correspondenzen zwischen dem Kurfürsten und Schweden in Abschrift habe und strenge Maaßregeln beabsichtige, Besorgniß zu erregen gesucht; dann hatte er durch einen seiner Anhänger, den Oberschenken und Comthur Flans, die Besprechungen in Fischhausen behorchen lassen und

sandte dessen Bericht dem Kurfürsten von Cöln zu. Er suchte den Kurfürsten in eingehenden Zuschriften — sie sind vortrefflich auf dessen besorglichen und weichen Charakter berechnet — zu überzeugen, daß er für seine Person von den Kaiserlichen gar nichts zu fürchten habe, er selbst wolle gut dafür sagen, daß der Kaiser es mit Brandenburg gut meine, daß auch Wallenstein nicht der sei, wie man ihn schildere, daß aber böse Menschen dem „General“ allerlei über den Kurfürsten zubrächten u. s. w. Vor Allem machte ihn das Gerücht besorgt, der Kurfürst habe die Absicht, Kriegsvolk aus Preußen mit nach den Marken zu bringen. „Rauferei ist meines Bedünkens, J. Kf. D., dieser Orten zumal, nichts nütze;“ er werde hier das Volk gar nicht erhalten können; wenn er es nicht dort ablohnen könne, so möge er es bis hierher führen und abdanken oder lieber noch dem General übergeben und in Kais. Maj. Dienst treten lassen; wenn er 100 oder 150 Mann zu Fuß als Leibgarde behalte, so sei das genug; „ich wills im Discurs dem General vorschlagen.“

Allerdings war das Gerücht verbreitet, der Kurfürst habe sich in Fischhausen mit dem Schwedenkönig verbunden und werde zunächst 3000 Schweden mit sich bringen, Peitz, Driesen, Landsberg, Cüstrin zu besetzen, unter der Hand stark werben, um auch Frankfurt und Crossen zu besetzen; der König selbst werde mit zwei starken Heeren folgen, mit dem einen von Preußen aus auf Schlesien, mit dem andern von Stralsund aus vorzugehen. Am Wiener Hofe fand man es nöthig, dem Kurfürsten das Mitbringen auch nur eines Regiments aus Preußen ausdrücklich zu verbieten. Zugleich wurde von diesen Gerüchten Anlaß genommen, immer mehr kaiserliches Kriegsvolk nach den Marken und Pommern zu ziehen.

Vergebens meldete der Kurfürst, daß er nur sein Leibregiment mitbringen werde; „zwölfhundert Mann“, hieß die Antwort, „seien zum Spaß zu viel;“ es wurden vier kaiserliche Regimenter marschbereit gemacht, um sogleich, wenn der Kurfürst mit dem Leibregiment in die Neumark komme, Berlin zu besetzen, „wozu man unter den Soldaten überdieß große Lust hat, denn ihrer Meinung nach sei das Vermögen des Landes hierher geschafft, hier fänden sie Alles beisammen.“ Schon zogen auch einige Haufen Kroaten heran, forderten Durchzug durch Berlin; „kommen sie einmal herein, so wird man sie nimmer wieder herausbringen und möchte das, was man mit S. Kf. D. vor hat, desto eher effectuirt werden.“ [52])

Was in den Marken geschah, war nur ein Glied in der Kette von Maaßregeln, welche die kaiserliche Politik ergriff und ergreifen ließ, um

ihr verwegenes Werk zu vollenden. Die von Schweden drohende Gefahr gab neue Vorwände für den militairischen Terrorismus, den man am Kaiserhofe mit Worten mißbilligte, in der That nicht hinderte.

Schon war die Ausführung des Restitutionsedictes in furchtbarem Gange. Gleichen Schrittes damit gingen die Confiscationen: es kam jene Liste von mehr als 6000 Edelleuten zum Vorschein, deren Güter für verfallen erklärt wurden, darunter auch brandenburgische Vasallen. Ohne Befragen des Kurfürsten verfügte der Kaiser über die Grafschaft Derenburg, über die overlakischen Güter in der Grafschaft Mark u. s. w. Ein Decret des Reichskammergerichts sprach den welfischen Fürsten die hildesheimischen Stiftsgüter ab, die sie seit Karls V. Wahl inne hatten; gegen den schwachen Herzog von Wolfenbüttel wurde eine höchst schnöde Untersuchung eingeleitet: es schien als sollte das Haus der Welfen — trotz der Dienste des Herzogs Georg, trotz der Hingebung des cellischen Herzogs — ein für alle Mal mattgesetzt werden. Der brandenburgischen Anwartschaft auf die welfischen Lande ward so wenig wie der auf Mecklenburg gedacht. Aehnliches schien man mit Pommern zu beabsichtigen; der arme Herzog Bogislav XIV., „der kaum mehr wie ein Edelmann leben konnte", mußte ein Amt nach dem andern den kaiserlichen Officieren, denen er die Contribution nicht zahlen konnte, überlassen; die Unterthanen, klagte Kursachsen in seinem Namen dem Kaiser, „werden desarmirt und gleichsam als gegen offenbare Rebellen gegen sie procedirt."[53])

So überall; dem frevelhaften Uebermuth der kaiserlichen Soldatesca war der Fürst und der Bauer, der Gutsherr und der Bürger gleich rettungslos Preis gegeben; um so mehr lockte der Dienst bei dem kaiserlichen Kriegsheere. Generale, wie Gallas, wie Anholt, dem Tilly vor anderen Vertrauen schenkte, verließen den Dienst der Liga; der kühne Pappenheim war im Begriff, mit seinem Regiment überzutreten. Wallenstein arbeitete sichtlich darauf hin, die Kriegsmacht der Liga zu zerbröckeln; wenn sie und die „Pfaffen" in dem Restitutionsedict den Schlußstein der kaiserlichen und Reichspolitik sahen, so war Wallenstein höchst unzufrieden, daß es schon jetzt, daß es überhaupt erlassen sei; „immer sei es seine Regel gewesen, niemand seiner Religion und seines Gewissens zu belästigen, so habe er es stets in seinen Herrschaften und Landen, in seinem Heer und an seinem Hofe gehalten." Sein Gedanke war: daß des Kaisers Heer das einzige im Reich sein müsse. Wie mit den Dänen ein billiger Friede geschlossen war, so schien er den mit Holland, natürlich erst nach einem großen Erfolg, zu wollen: dann sei das Haus Oestreich monarca al

dispetto di tutto il monde; dann bedurfte es keiner ligistischen Kriegsmacht weiter.

Die Liga, Kurfürst Maximilian an ihrer Spitze, war nichts weniger als der Meinung, dem stolzen General weichen zu müssen. Sie forderte vom Kaiser, nachdem das evangelische Norddeutschland niedergeworfen war, Reduction der Heere; mit immer schärferen Beschwerden, mit energischer Mahnung an die Reichsconstitutionen gewann sie des Kaisers Zusage, daß das Kriegsvolk gemindert werden solle. Auf die Weisung, demgemäß zu verfahren, wies Wallenstein darauf hin: „daß Kurbaiern auf das kaiserliche Rescript mit der Abdankung des ligistischen Volkes keinen Anfang gemacht habe;" auch auf kaiserlicher Seite wurde das Heer nicht gemindert, es wuchs fort und fort. Vorgänge in und außer dem Reich gaben weiteren Anlaß zu bitteren Erörterungen; die Spannung wuchs, sie wurde im Laufe des Sommers 1629 sehr ernster Art.

Was half das den Evangelischen in ihrer Ohnmacht? Die kaiserliche Armada hatte deren Lande mit zu sicherem Griff gefaßt, als daß sie sich hätten regen können. Und wenn die vier Kurfürsten der Liga auch Sachsen und Brandenburg zu gemeinsamen Schritten beim Kaiser, zu einer gemeinsamen Defensionsverfassung aufforderten, so meinten sie, daß die beiden evangelischen Herren nur zahlende Mitglieder des Kurfürstenbundes sein, im Uebrigen sich der Majorität fügen sollten.

So die Lage der Dinge, als sich Georg Wilhelm zur Rückreise aus Preußen anschickte. Auf das Gerücht, daß er sein Kriegsvolk, wenigstens sein Leibregiment, mitbringen wolle, war von den kaiserlichen Befehlshabern in der Mark Kriegsrath gehalten und der oben erwähnte Beschluß gefaßt worden, sich Berlins zu versichern. Graf Schwarzenberg schrieb Brief auf Brief nach Königsberg, vor gefährlichen Entschlüssen zu warnen. Georg Wilhelm begnügte sich „nur 400 Mann" mitzubringen, um „die Garnisonen in den Festungen in etwas zu verstärken." Daß man es geschehen ließ, mochte ihm als besondere Gnade angerechnet werden. Wenn er dann aber an die Zusage erinnerte, daß ihm zum Unterhalt der Festungen Peitz, Cüstrin und Spandow ein Paar Kreise seines Landes frei und ohne Einquartirung gelassen werden sollten, so war es ohne Erfolg; nach wie vor blieben alle Kreise den kaiserlichen Völkern, und sie wurden, so schreibt er selbst, mit Exactionen dermaaßen hart und streng getrieben, daß „mein unschuldiges Land fast ganz zur Wüstenei geworden und ich aller Mittel ganz zumal entblößt

bin." „Des Kaisers Truppen, hieß es, würden für die Defension des Landes zu sorgen wissen."

Aber ein wenig anders war der Ton doch, in dem der Kurfürst nach seiner Rückkehr zu dem Kaiserhofe sprach.[54]) Eben jetzt lud der Kaiser (Februar) zu einem Collegialtag nach Regensburg, forderte, daß Georg Wilhelm persönlich erscheine. Der Kurfürst antwortete: er könne sich nicht sofort entscheiden; er müsse bitten, daß erst die kaiserlichen Völker aus seinen Landen „ehestens und ohne weiteres Landverderben abgeführt würden." An der Spitze der Gesandtschaft, die er nach Regensburg sandte, stand Sigismund v. Götze, der keineswegs zu des Grafen Anhang gehörte.

Wir haben früher die große Krisis besprochen, die das Jahr 1630 brachte. Daß der Kaiser jenen Kurfürstentag beschied, war das Zeichen, daß sie eintrat.

Noch währte der Krieg in Italien; es drohte ein schwedischer Angriff; am Niederrhein und in einem Theil Westphalens waren nach dem Fall Wesels die Holländer Meister; die Bemühungen Frankreichs bei der Liga waren offenkundig; dazu unter den Evangelischen bis in die untersten Kreise hinab eine Stimmung, die selbst Wallenstein besorgt machte: „sie werden dem Teufel in der Hölle zu dreist sein, wenn er sie retten will." Eine kursächsische Gesandtschaft erschien in Wien, um gewissermaaßen im Namen des evangelischen Deutschlands zu sprechen; es geschah in einer Weise, welche zeigte, wie die bloße Möglichkeit eines schwedischen Angriffes die Geister errege.

Der Kaiser hatte mehr als einmal sein Bedauern über die „Kriegspressungen" ausgesprochen, auch wohl Befehle erlassen, die Soldatesca zu zügeln; aber er hatte seinen General gewähren lassen, der ihm so unermeßliche Erfolge gewann. Die erreichten Resultate festzuhalten, glaubte er jetzt den Klagen über die Mittel, mit denen sie erreicht waren, Gehör schenken, und als Dank dafür das, was zur Vollendung seiner Macht noch fehlte, fordern zu dürfen. Es galt die Wahl seines Sohnes zum Nachfolger im Reich.

Er zeigte sich bereit in Betreff seiner Kriegsvölker Erleichterungen zu gewähren, aber in Formen, die ihm neuen Gewinn sicherten; gelang es, worauf seine Propositionen gerichtet waren, die Fürsten und Stände zu einer „rechtschaffenen Conjunction und veranläßigen Einigung" gegen die äußeren Feinde des Vaterlandes zu bringen, sie zu einer „gewaffneten Gegenverfassung, wie und in welcher Gestalt der Krieg mit besserer Ord-

nung und weniger Klagen der Unterthanen geführt werden könne", d. h. zu einer regelmäßigen finanziellen Leistung für den Unterhalt der Armee zu veranlassen, so hieß das nichts anderes, als aus dem bisherigen nur thatsächlichen Zustande kaiserlicher Machtentwickelung zu einem anerkannten und geordneten übergehen.[55])

In den Augen des Kaisers war der Krieg in Italien bei Weitem der wichtigste; dort traf die französische Politik die kaiserliche und spanische Macht zugleich. Es lag auf der Hand, daß Frankreich die Allianz mit Schweden suche; man mußte den Dingen im Norden, immerhin ein wenig auf Kosten des Reichs, eine Wendung geben, die Schweden für jetzt unschädlich machte.

Schon im Lübecker Frieden, mehr noch seitdem hatte man dem dänischen Hofe jegliche Gunst erwiesen; mit Gustav Adolphs Ruhm wuchs Christians IV. Eifersucht. Es mußte entscheidend werden, wenn es gelang, ihn gegen Schweden zu gewinnen.

Der Kaiser hatte sich erboten, seine Differenzen mit Schweden in friedlicher Verhandlung, die in Danzig gehalten werden sollte, zu erledigen. Dänemark übernahm die Rolle des Vermittlers. Während die Eröffnung des Congresses sich von Woche zu Woche verschob, entwickelte sich raschen Zuges das östreichisch-dänische Einverständniß.

Rügen war von kaiserlichen Truppen besetzt, in Stralsund lag seit Jahr und Tag eine schwedische Besatzung. Wie sollte man die Insel ohne Schiffe behaupten? man veranlaßte den Pommern-Herzog zu dem Erbieten, der Krone Dänemark Rügen zu verkaufen. Bereits hatte Dänemark das kaiserliche Privilegium des Elbzolles;[56]) vielleicht war Hamburg als weitere Belohnung in Aussicht gestellt. Dänische Schiffe erschienen im März in der Elbe, zunächst um Hamburg zur Anerkennung jenes Zolles zu zwingen.

Daß Dänemark werbe, daß eine dänische Flotte gerüstet werde, in die Ostsee zu gehen, wußte man in Schweden so gut, wie überall. Kam Rügen in dänische Gewalt, so war Gefahr für Stralsund, und Schweden hatte zu weiteren Plänen nicht mehr freie Hand. Gustav Adolph eilte zuvorzukommen. Ende März gingen die Schweden von Stralsund nach der Insel hinüber, entrissen sie den Kaiserlichen.

Es war ein erster Act offener Feindseligkeit. Bald folgte ein zweiter kühnerer. Am 24. Juni landete Gustav Adolph mit 15,000 Mann — zur Hälfte deutsches Volk — an der pommerschen Küste bei Wolgast; er entriß den Kaiserlichen Usedom, Wollin, jenseits der dritten Oder-

mündung Kamin. Er segelte nach Stettin hinauf; am 10. Juli unterzeichnete Herzog Bogislav den Allianztractat, übergab seine Hauptstadt den Schweden.

Ein Artikel in diesem Tractat betraf Brandenburg. Schweden sollte das Land in Sequester behalten, im Fall, daß der Herzog ohne Erben stürbe, ehe Brandenburg diesen Tractat anerkannt und zur Erledigung des Landes geholfen hätte oder dem Kurfürsten die Succession von Anderen streitig gemacht werde; und dieser Sequester solle währen, bis die Frage der Succession entschieden sei und der Successor die Krone Schweden für die Kriegskosten entschädigt habe. Der König, erhellt daraus, kam nicht mit dem Gedanken zu erobern; aber Angesichts der ungeheuren Gefahr, welche von der Uebermacht des Kaisers seiner Krone und dem Evangelium drohte, ergriff er die kühnste Form der Defensive; und er war entschlossen, dieß pommersche Land, gleichsam den Brückenkopf für Schweden, so lange in seiner Gewalt zu behalten, bis die papistische und kaiserliche Macht aufhörte, für Schweden gefährlich zu sein; ein Gedanke, der dann den kühnen und waffenfreudigen König über das nächste Ziel, das er sich in seinem Kriegsplan gesetzt, weit und weiter hinausführte. „Des Königs Entschluß", sagte sein Kanzler Oxenstjerna, der den Angriff auf Pommern widerrathen hatte, „ist ein Fatum, eine göttliche Schickung, ein dunkler Zug des Genius."

Der König war ohne große diplomatische Vorbereitungen gekommen, selbst das Bündniß mit Frankreich war noch im weiten Felde.[57]) Er versprach sich Alles von dem ersten raschen Erfolg: „des Feindes Sachen bestehen sehr in fama." Diesen Nimbus der kaiserlichen Macht zu zerreißen, den Schrecken, der das evangelische Deutschland lähmte, zu lösen, alle die Elemente, welche die östreichische Politik nicht zu versöhnen und an sich zu ketten verstand, zu befreien und gegen die Kaisermacht zu waffnen, das waren die nächsten Aufgaben, die er sich stellte.

Der Eindruck seiner Landung, seiner ersten Erfolge war unermeßlich. In Pommern standen 15,000 Mann Kaiserliche unter Torquato Conti, in Mecklenburg 30,000 unter Savelli; und auch nicht einen Versuch wagten sie, ihm entgegenzutreten. Die Desertion in den kaiserlichen Regimentern nahm überhand; da und dort brach die Erbitterung der Bürger und Bauern in helle Flammen aus. In mehr als einer der größeren norddeutschen Städte fand sich sofort eine schwedische Parthei zusammen; Magdeburg, das ein Jahr vorher dem belagernden Wallenstein gleich Stralsund Trotz geboten, nahm jetzt den geflüchteten Administrator mit

offenen Armen auf; die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg erwarteten von dem Könige ihre Wiedereinsetzung. Von den Fürsten im Reich hatte wenigstens Landgraf Wilhelm von Hessen sich schon in aller Stille dem Könige genähert; Herzog Georg von Braunschweig bot ihm seine Dienste an. Und Dänemark hatte einstweilen vollauf mit Hamburg zu thun; ihre Flotten kämpften in der Elbe.

Als dieß im Norden geschah, war man in Regensburg bereits in den schlimmsten Verwickelungen. Ich verfolge sie nicht im Einzelnen; von allen Möglichkeiten, die es gab, siegte die unheilvollste.

Auf die Propositionen des Kaisers antworteten die katholischen Kurfürsten mit der Forderung, die Dictatur Wallensteins abzuthun. Auch die Gesandten Brandenburgs und Sachsens klagten über die „Pressuren der Soldateska", aber vor Allem forderten sie Aufhebung des Edictes, Herstellung auf den früheren Stand. Nach den früheren Mittheilungen des französischen Hofes hätte man vermuthen sollen, daß die Liga die Forderungen der Evangelischen empfehlen werde; beide Oppositionen würden sich dann vereint, sie würden von dem Kaiser als Bedingung der Reichshülfe gegen die auswärtigen Mächte die Herstellung des geordneten Reichswesens zu fordern vermocht haben.

Aber nicht das war es, was die Liga wollte. Nicht, daß die Unterdrückung der Ketzer aufhören müsse, war ihre Meinung; nur nicht der Kaiser und sein General sollte sie üben; das zu thun schien ihnen das Recht der officiellen Majorität im Reich; so verstanden sie die Libertät.

Mußte sich die kaiserliche Politik nicht um so mehr den Evangelischen zuwenden? Wenn man ihnen auch nur einige Befriedigung gewährte, so war der schwedische Angriff ohne Bedeutung; selbst die Herzöge von Mecklenburg, die mit Gustav Adolph gekommen waren, bemühten sich um Aussöhnung mit dem Kaiser. Der Präsident[58]) des kaiserlichen Geheimenrathes empfahl dringend die Verständigung mit den Evangelischen: die Beruhigung Deutschlands sei wichtiger als der Frieden in Italien. Der spanische Gesandte war in demselben Sinn thätig; er übergab dem Kaiser eine Denkschrift in zwölf Artikeln, in der er erwies, daß der Kurfürst von Baiern nicht das Commando erhalten dürfe. Schon war Wallenstein bei der Armee am Bodensee, die bereit stand, den Kampf in Italien durch einen Angriff auf Frankreich zu entscheiden.

Eben darum war die papistische, die französische Diplomatie in Regensburg so thätig, die Opposition der Liga zu unterstützen. In Rom zitterte man vor den Siegen der spanisch-östreichischen Macht; nur ein

starkes Frankreich schien die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles zu sichern. Und Frankreichs politische Bedeutung hing daran, in Norditalien die Kette der spanisch-östreichischen Positionen von Neapel bis Flandern zu durchreißen.

Die Interessen Frankreichs, der Liga, des Papstes vereinten sich, den Kaiser in eine Lage zu drängen, die ihn den Frieden in Italien um jeden Preis zu suchen zwang.

Und keineswegs traten Sachsen und Brandenburg dem Kaiser um so viel näher, als sich die Liga von ihm entfernte; vielmehr steigerten sie ihre Forderungen. Der brandenburgische Gesandte mußte Zurückgabe Mecklenburgs an die Herzöge oder an den Kurfürsten, als den nächsten Erben, und volle Entschädigung für Contributionen u. s. w. fordern; und auf die erste Eröffnung über die Königswahl erklärte Sachsen: die Evangelischen hätten zunächst für ihre Angelegenheiten zu sorgen.

Der Kaiser war auf den Punkt gedrängt, sich zu entscheiden, ob er die Evangelischen und deren mögliche Verbindung mit Schweden oder die Liga und deren schon fertiges Verständniß mit Frankreich und dem Papst mehr fürchten müsse.

Er schloß den italienischen Frieden, gab Mantua auf; er entließ Wallenstein; er minderte sein Heer; er war erbötig, den Kurfürsten von Baiern an die Spitze des „kaiserlichen und Reichsheeres" zu stellen. Dieser zog es vor, das Reichsheer, das heißt das Heer der Liga, von dem kaiserlichen getrennt und selbstständig zu halten; so wurde Tilly mit dem Oberbefehl betraut.

Nun waren in Sachen des Edictes alle Bemühungen der Evangelischen umsonst; selbst ihr Erbieten, sich mit dem, was bis zum Religionsfrieden secularisirt worden, zu begnügen, wurde zurückgewiesen: „der Kaiser werde lieber Thron und Scepter hergeben, lieber im Hemd davon gehn, als an dem Edict und dessen Execution etwas remittiren; wäre nur erst der König von Schweden fort, dann könnten die Lutheraner ihr Felleisen fertig machen, sie würden keine Herberge im Reich mehr finden." Von den Reformirten war gar nicht mehr die Rede; ja nicht einmal die Frage, wer zu den augsburgischen Confessionsverwandten gehöre, sollten diese selbst entscheiden dürfen; „diese Distinction", erklärte die Majorität der Kurfürsten, „gebühre niemand anders als einem römischen Kaiser." Nur eins wurde zugestanden: ein Compositionstag im Februar 1631, bis zu dem hin weiteres „Reformiren" unterbleiben sollte. Es geschah, um die Evangelischen, die schon von einer Zusammenkunft, einer neuen Union

sprachen, hinzuhalten. „Jetzt", so schrieb der Kurfürst von Baiern an den von Sachsen, „sei nichts als die dem Reiche drohende Gefahr ins Auge zu fassen; gegen diese müßten sich ohne Rücksicht auf ein Paar geistliche Güter alle getreuen Reichsstände vereinen."

Man sieht, mit dem Regensburger Tage ist der Versuch, die deutsche Monarchie kraft kaiserlicher Autorität zu erneuern, gescheitert; sie ist gescheitert an einer Fürstenverbindung, die noch papistischer als der kaiserliche Hof ist, und die sich auf Frankreich stützt. Die östreichische Politik giebt den Gedanken auf, der ihr bisher zu ihren Gewaltacten im Reich als Rechtfertigung gedient hat. Sie nimmt die Miene an, in den deutschen Dingen reichsverfassungsmäßig mit der officiellen Majorität zu gehen. Unter dem Schein des formellen Rechts und des reichspatriotischen Kampfes für das gemeine Vaterland deutscher Nation sollen die Evangelischen und ihr Bekenntniß mit Füßen getreten werden. Mit dem ganzen Eifer frommer Ueberzeugung übernimmt Tilly, der Jesuitenzögling, die Führung des Kampfes.

Die Evangelischen sind auf das Aeußerste bedroht; was bleibt ihnen übrig, als entweder Alles, was der Uebermuth ihrer Mitstände über sie verhängen will, zu dulden, oder dem Rufe des kühnen, kriegsgewaltigen, bisher immer siegreichen Schwedenkönigs zu folgen, der ihre Libertät, ihren Glauben, ihr Hab und Gut zu schützen verspricht?

Diesen Weg wählten die Entschlossneren, Kriegerischen, Landgraf Wilhelm von Hessen, die Herzöge von Weimar, Georg von Braunschweig; jenen empfahlen diejenigen, welche bisher in der Hingebung an den Kaiser ihren Vortheil oder doch bequeme Ruhe gesucht hatten, Georg von Darmstadt, Christian von Braunschweig-Celle, vor Allem Johann Georg von Sachsen, der auch jetzt noch von Vertrauen, Gewissenhaftigkeit und reichspatriotischen Phrasen überfloß. Und nur zu viele unter den evangelischen Fürsten, Grafen und Herren gab es, die, wie Gustav Adolph sagte, „gern ihr Bierchen in Ruhe und Unschuld trinken wollten."

Aber es blieb noch ein dritter Weg.

Letztes Schwanken.

Man hatte in Berlin mit wachsender Spannung nach Danzig gesehen; man hatte sich endlich, da die Verhandlungen dort gar nicht von der Stelle kamen, entschlossen, einen Bevollmächtigten dorthin zu senden, der sich erbieten sollte, das Geschäft der Vermittlung zu übernehmen. Wenigstens,

so lautete seine Instruction[59]), sollte er Gustav Adolph auffordern, dem obersächsischen Kreise, oder doch, wenn das nicht zu erreichen, den Marken und Pommern Neutralität zu gewähren, unter der Zusicherung, daß die kaiserlichen Truppen diese Lande räumen würden. Allerdings war kaiserlicher Seits die Zurückziehung der Truppen gern zugestanden worden, da die Neutralität Pommerns und der Marken die kaiserlichen Lande auf ihrer schwächsten Seite gedeckt, den schwedischen Angriff nach Niedersachsen hin abgelenkt hätte.

Als der Gesandte nach Danzig kam, empfing ihn die Nachricht, daß die schwedische Macht bereits unter Segel nach Pommern sei. Sobald der König gelandet war, eilte man, ihm einen zweiten Botschafter mit ähnlichen Erbietungen entgegenzusenden. In Stettin empfing ihn der König. Er wies die brandenburgischen Anträge auf das Bestimmteste zurück: der Würfel sei geworfen; nun gelte es große Entschlüsse, kühne Schritte, höchste Anstrengungen; „um Gottes Willen" beschwört er den Kurfürsten sich zu ermannen, sich etwas von den guten Tagen abzubrechen, um nicht länger im eignen Lande ein Statthalter des Kaisers, ja seines Dieners zu sein; „ich will von keiner Neutralität hören; mein Schwager muß Freund oder Feind sein." Zu einem kurzen Waffenstillstand, den Brandenburg vermitteln möge, war er bereit: „aber S. Kf. D. muß sich zugleich in Positur stellen und die Waffen zur Hand nehmen; ich warte nur darauf, daß sich ein Haupt im Reich hervorthue; wollte Gott, daß ein Mauritius da wäre." [60])

Noch waren die Verhandlungen in Regensburg in ihren ersten heftigen Schwankungen; „wenns nicht so sehr auf die Spitze gesetzt würde", schrieb Schwarzenberg, „so sollten beide Kurfürsten, Brandenburg und Sachsen, wohl in Ruhe bleiben und gut Contentament bekommen;" er hoffte noch, daß sie sich mit dem Kaiser verständigen würden. Andere am Hofe, namentlich Curt Bertram von Pfuel, Banners Schwager, drängten zur Verbindung mit Schweden. „Nur diese um keinen Preis", sagte Arnim; er empfahl dringend Verbindung mit Sachsen. Eben das war die Meinung der Angesehenen aus den Ständen, die zum Anfang August nach Berlin geladen waren[61]): „nur in Conjunction möge man sich nicht einlassen, weder mit dem Kaiser, noch den Schweden, sich des Krieges weder offensiv noch denfensiv theilhaftig machen, in des Kaisers Devotion verbleiben, inmittelst mit Sachsen communiciren und dort den Scrupel beseitigen, als ob man mit Schweden correspondire." In gleichem Sinne erklärten sich die Anwesenden aus den Städten.

Ende August kamen beide Kurfürsten mit ihren Räthen in Zabeltitz zusammen. Brandenburg forderte Berufung des obersächsischen Kreises, Mitberufung der Seestädte, gemeinschaftliche Abordnung an den König, um den Frieden zu verhandeln. Aber Johann Georg fürchtete beim Kaiser Verdacht zu erregen, hoffte alles Beste von Regensburg, beklagte, „daß die Königl. Würde in Schweden gar keine Inclination zu Mittelwegen habe." Auf die Anfrage, ob Brandenburg auf sächsische Hülfe rechnen dürfe, im Fall, daß ihm entweder vom Kaiser oder von Schweden die unweigerliche Forderung der Verbindung gestellt würde, hieß die Antwort: „das werde wohl nicht zu besorgen sein."

Wer irgend klar sah, mußte erkennen, daß Gefahr im Verzuge sei. Schon forderten die kaiserlichen Befehlshaber in der Mark, daß ihnen Landsberg, der Paß der Warthe, eingeräumt werde; sie besetzten die Festung; man konnte es nicht hindern.

Das harte Schreiben an Gustav Adolph, das die Majorität in Regensburg beschlossen, das auch Johann Georg unterschrieben hatte, kam zur Unterschrift nach Berlin; der Kurfürst wagte nicht, sie zu weigern. Schwarzenberg lenkte die Aufmerksamkeit auf Preußen, wo schwedischer Seits noch nicht alle Truppen aus den an den Kurfürsten überwiesenen Plätzen zurückgezogen seien; er drängte zu energischen Erklärungen; was er wollte, war nur zu deutlich. Und Gustav Adolph ging nicht, wie Viele erwartet hatten, raschen Schrittes vorwärts, sondern versicherte sich der Küste von Stettin bis Stralsund und Barth, bedrohte Mecklenburg. Um so mehr waren die Kaiserlichen, nun unter Hannibal von Schaumburgs Befehl, der Marken Meister.

In tiefstem Geheimniß sandte Georg Wilhelm eine zweite Botschaft an den König, sich zu entschuldigen, daß er sich nicht erkläre; er könne es nicht bei den Pflichten, mit denen er dem Kaiser verwandt sei; er habe die Acht, die Uebertragung seiner Kur und Lande an Andere zu befahren, und der König werde ihn nicht schützen können. Noch bestimmter als die früheren Erbietungen wies der König diese reichsfürstlichen Bedenken zurück: „habe doch der Kaiser keinen Respect vor den Kur- und andern Fürsten, denen er nicht minder mit Pflichten und Eiden verwandt sei, als sie ihm; wollten sie des Kaisers Sclaven und Bauern sein, so könne es ihm gleich gelten; aber er müsse auf seine und seines Landes Sicherheit denken." Er forderte dringend, daß der Kurfürst Partei ergreife; nehme man Anstand, sich schon jetzt öffentlich zu erklären, so sei er es zufrieden, „wenn man ins Geheim zur Sache thue"; er erbiete sich, dem Kurfürsten, da sein

Land vielleicht einigen Schaden leiden könne, Pommern sofort einzuräumen und dem alten Herzog eine gewisse Alimentation zuzuwenden. Er forderte, daß man ihm den Paß bei Küstrin frei gebe; dann werde sofort die Neumark frei sein; er wolle dem Kurfürsten 8000 Reiter auf fünf Monate für 100,000 Thaler überlassen, und fehle es an Geld, so möge man, wie er selbst im dänischen Kriege gethan, „einen Ort Landes verkaufen oder versetzen."[62])

So ungestüme Erbietungen des Schwedenkönigs hatte Georg Wilhelm allen Grund als Drohung und Beleidigung zu empfinden. Aber der Schluß des Regensburger Tages zeigte ihm, wie noch viel größere Gefahr von der anderen Seite drohe. Er unterhandelte weiter mit Gustav Adolph; er ließ auch Charnacé, der sich im schwedischen Lager befand, um seine guten Dienste bitten; er sandte von Neuem nach Dresden, beantragte die Berufung nicht bloß des Kreises, sondern aller Evangelischen. Wenn das evangelische Deutschland sich unter Kursachsens Führung vereinte und bewaffnete, war es unzweifelhaft stark genug, den Uebergriffen der Papisten Trotz bieten und der ungebetenen Hülfe Schwedens entbehren zu können. Auch andere Fürsten und Stände forderten den sächsischen Kurfürsten auf, sich an die Spitze der Evangelischen zu stellen. Endlich entschloß er sich; am 29. December schrieb er einen Convent der Evangelischen zum Februar nach Leipzig aus.

Ehe dieser zusammenkam, hatte der König die Kaiserlichen in ihren festen Stellungen bei Greifenhagen und Garz (24. December) angegriffen; in völliger Flucht eilten sie über Küstrin, wo ihnen der Durchzug gestattet wurde, nach Frankfurt und Landsberg. Dort sammelten sich die Reste der Armee. Man war im schwedischen Lager äußerst erzürnt über den Kurfürsten: „hätte er uns den Paß bei Küstrin gewährt, so wären die Feinde vernichtet und wir stünden in Schlesien; ihr habt aber uns gehindert und dem Feinde geholfen." Man entschuldigte sich, so gut es ging: der Kurfürst habe sich nicht von seinen Mitständen trennen und zum Könige schlagen können.

Die Verzögerung gab Tilly Zeit, hinter der Warthe, Spree und Havel die Armee neu zu formiren, die wichtigeren Posten, namentlich den auf dem Schloß zu Berlin, zu verstärken, die Festung Spandau so zu umstellen, daß sie mit einem Handstreich besetzt werden konnte[63]), Pappenheim heranzuziehen, um Magdeburg einzuschließen. Der König wandte sich gegen Mecklenburg, angeblich um dem Leipziger Convent Zeit zum Entschluß zu lassen: „möchten sie einen rechtschaffenen Schluß fassen und

ein formirtes Werk schaffen; ich will ihnen gern meine Armee geben und wieder nach meinem Schweden ziehen." Die Lauheit der evangelischen Fürsten und Stände drückte seine Hoffnungen tief und tiefer hinab; er halte dafür, schrieb er 1. März[64]), daß er „seinem Vaterlande keinen besseren Dienst leisten könne, als wenn er die Seekante völlig reinigte, sich Rostocks und Wismars mit dem ganzen Mecklenburg bemächtige, sich so zum Herrn der Elbe mache, Magdeburg secundire und die Städte Hamburg und Lübeck in seine Devotion bringe."

Man tagte in Leipzig bis zum 2. April, ließ nach langem Streit die Frage von dem „ungeänderten augsburgischen Bekenntniß" für diesmal auf sich beruhen, faßte eine Menge guter Beschlüsse, namentlich sich zu rüsten, während noch einmal an den Kaiser und den Kurerzkanzler die Forderung, das Restitutionsedict, die Contributionen u. s. w. abzuthun, gestellt werden sollte, und, wenn keine Abhülfe erfolge, sich der Ausführung des Edicts, der Eintreibung der Contributionen u. s. w. mit gewaffneter Hand zu erwehren. Es war der Gedanke einer bewaffneten Neutralität, vielleicht der angemessenste, wenn er mit Nachdruck durchgeführt wurde.

Als Georg Wilhelm aus Leipzig zurückkam, hatte der König, plötzlich von Mecklenburg, wohin ihm Tilly gefolgt war, nach der Oder zurückeilend, sich auf Frankfurt (3. April) geworfen, dort den Feind vollkommen geschlagen, gleich darauf (16. April) Landsberg genommen. Der rechte Flügel Tillys war gebrochen; den Schweden stand der Weg nach Schlesien offen.

Bisher hatte Magdeburg, auf die verheißene Hülfe der Schweden vertrauend, den Belagerern Trotz geboten. Jetzt wandte sich Tilly, mit seinem linken Flügel die mecklenburgischen Elbpässe festhaltend, dorthin; gelang es ihm, die Stadt zu nehmen, so war den Schweden der Weg ins Reich gesperrt, ihr Vormarsch nach Schlesien in der Flanke bedroht.

Hätte der evangelische Bund eine selbstständige Bedeutung gewinnen, hätte Kursachsen seine Stellung als Haupt des evangelischen Deutschlands sicher stellen wollen, so wäre die Rettung Magdeburgs der erste, nothwendigste Schritt gewesen. Flehentlich baten die Magdeburger in Dresden um Hülfe; und der Kurfürst hatte Kriegsvolk genug unter den Waffen, mit einer Bewegung gegen Dessau hätte er wahrscheinlich Tillys Abzug erzwungen. Aber die Erhebung der Stadt war ja auf Anlaß des Markgrafen Christian Wilhelm, des früheren Administrators, erfolgt; und drohende Schreiben aus Wien lähmten den Rest von gutem Willen.

Um so ungeduldiger war Gustav Adolph, zu helfen. Für ihn war Magdeburg der entscheidende Punkt; er war matt gesetzt, wenn die Stadt in die Gewalt der Feinde fiel; im Besitz des geretteten Magdeburg konnte er die Streitkräfte der Welfen, Hessen, Ernestiner an sich ziehen und hatte dann militairisch freie Hand, sich nach Schlesien und Böhmen oder ins Reich zu werfen.

Er konnte nur durch die Marken dorthin. War es nicht im brandenburgischen Interesse, daß dem Administrator Rettung wurde? nur den Durchzug brauchte Georg Wilhelm zu gestatten: „werde ich gezwungen, heimzuziehen, so ergeht es euch wie dem Pfalzgrafen; es wird heißen veteres migrate coloni; das sehe ich allbereits vor der Thür und ist ganz nahe." Aber der Paß bei Küstrin ward ihm geweigert; „wider alles Verhoffen, mit Bestürzung" vernahm er es.[65]) Er hoffte durch eine persönliche Besprechung den Kurfürsten zu bestimmen. Er eilte an der Spitze von zehn Regimentern über Köpenick nach Berlin; eine Stunde vor der Stadt kam ihm der Kurfürst mit den fürstlichen Frauen und den vertrautesten Räthen entgegen. Der König wiederholte, daß er nicht um eigenen Vortheils willen nach Deutschland gekommen sei, daß er nur die Sache des Evangeliums im Auge habe, daß er des Kurfürsten Recht auf Pommern durchaus zur Geltung kommen lassen wolle, daß er sich nur das jus belli in Betreff der aufgewandten Unkosten vorbehalte;[66]) aber er „bestand allerdings auf seine vorigen Postulate." Die Unterhandlung war daran, sich zu zerschlagen; nur die Bitten der Pfalzgräfin Wittwe bestimmten den König, nicht abzubrechen.

Der König folgte, von einigen Compagnien begleitet, nach Berlin; dort wurde weiter verhandelt; am 7. Mai kam es zum Abschluß; der König begnügte sich vorläufig damit, daß die Festung Spandau bis zum Entsatz von Magdeburg ihm eingeräumt und von seinen Truppen besetzt werde; die weitere Feststellung über die „Totalconjunction" sollte noch hinausgeschoben bleiben.[67])

Wohl mochte der Kurfürst „traurig und schwermüthig" sein. „Nachdem das kaiserliche Volk unser Land unter dem Vorwand der Defension, die man uns selbst nicht hat anvertrauen wollen, gänzlich ausgesogen und nach der liederlichen Verlierung von Frankfurt und Landsberg uns ganz bloß hinterlassen, uns zusammt unserer Gemahlin und Kindern und dem weit vornehmsten Theil des Landes gleichsam in des Königs Hand überliefert hat, so ist uns nichts anders übrig geblieben, wenn wir uns

nicht unsers Landes und des Anspruchs auf Pommern selbst berauben wollten." Der König ordnete die schleunige Befestigung Berlins an, ließ Spandau von seinen Truppen besetzen, eilte nach Potsdam, um von da — den Weg über Wittenberg versagte Kursachsen — über Brandenburg nach Magdeburg zu gehen.

Schon in Potsdam erreichte ihn die Nachricht von dem Fall Magdeburgs, von der furchtbaren Zerstörung der Stadt. Schon war Fürstenberg mit den kaiserlichen Truppen, die der Friede in Italien verfügbar gemacht, im oberen Deutschland, zwang die Evangelischen im schwäbischen und oberrheinischen Kreis, sich vom Leipziger Convent loszusagen, ihr geworbenes Volk zu entlassen, nahm es seinerseits in Sold, erpreßte zu weiteren Werbungen ungeheure Strafgelder von Kais. Maj. rebellischen Ständen, von Kempten 80,000 Gulden, von Memmingen 30,000 u. s. w. Mit gleichem Terrorismus begann Tilly gegen die thüringischen Territorien, gegen Hessen zu verfahren. Vergebens wandten sich die Gefährdeten um Rath und Schutz an das Haupt der Leipziger Union, vergebens mahnte Gustav Adolph; in Dresden harrte man mit Sehnsucht des Frankfurter Tages, der, so hatte der Mainzer Kurfürst vermeldet, endlich im August eröffnet werden sollte. Freilich hatte in demselben Schreiben gestanden: „die Leipziger Kriegsverfassung sei sehr übel vermerkt worden, zumal auch Stände darunter wären, die weder mit der katholischen Kirche, noch mit dem Augsburger Bekenntniß einig seien; diese jubilirten nun und schöpften Hoffnung, ihre sonst verbotene Secta überall zu propagiren." Johann Georg mochte sich der Hoffnung trösten, daß des Kaisers Ungnade nur die Reformirten treffen werde; er mochte meinen, der Gegner Dank zu gewinnen, wenn er ihnen über die Genossen des Leipziger Bundes freie Hand ließ; er sah nicht, daß jene ihm höchstens den Vorzug, zuletzt verspeist zu werden, gewähren würden.

Mit dem Fall Magdeburgs stockte die populäre Bewegung, die Gustav Adolph empfangen hatte; ohne sie war seine Lage auch militairisch hochbedenklich. An die große Offensive von der mittleren Elbe aus war nicht mehr zu denken; er mußte, zumal da die Haltung Kursachsens immer zweideutiger wurde, sich auf die Havellinie zurückziehen, um von ihr gedeckt besten Falls über die untere Elbe nach Niedersachsen vorzudringen. Aber der Hauptpunkt an der Havel war Spandau, und der König hatte in jenen Verhandlungen vom 3. und 4. Mai nachgegeben, daß die Feste nur bis zur Befreiung Magdeburgs schwedische Besatzung erhalte. Daß Georg Wilhelm freiwillig nachgeben werde, war nicht zu

erwarten; und einfach den Vertrag nicht zu halten, wäre bei den Stimmungen, wie sie jetzt waren, nicht eben räthlich gewesen.

Der König ließ nach Berlin melden, daß er gewillt sei, sich gänzlich zurückzuziehen, und daß er demgemäß auch Spandau, wie er zugesagt, räumen werde. Der Schrecken am Hofe war namenlos; man sandte Knesebeck und Pfuel, ihm die Gefahr, die daraus entstehen werde, darzulegen, ihn zu beschwören, daß er das Haus Brandenburg nicht dem sichern Verderben Preis gebe. Als dann der König auf seine erste Forderung, die General-Conjunction, zurückkam, klagte und jammerte man nicht minder: man wolle dem König das Kriegsdirectorium ja nicht disputiren, wenn dem Kurfürsten nur die Verfügung über seine Festungen, namentlich Spandau und Küstrin, bleibe; man könne sich doch nicht von den anderen Kurfürsten und Fürsten separiren u. s. w. Man schlug die Neutralität der an der Spree und Havel gelegenen Kreise vor, die auch Tilly gern bewilligen werde; wenigstens möge eine Frist gestattet werden, um mit Kursachsen Rath zu pflegen. Sachsens Antwort liegt mir nicht vor; Arnim, der jetzt kursächsischer Feldmarschall war, wird sie mündlich überbracht haben. Daß ihn, der einst in schwedischem Dienst gestanden und denselben dann mit polnischem vertauscht hatte, Georg Wilhelm mit den weiteren Verhandlungen beauftragte, machte die Dinge nicht eben besser; je mehr sich Brandenburg zu Sachsen wandte, desto schroffer wurde der König; seine Forderungen waren der Art, daß „kein ehrlicher Mann", wie Georg Wilhelm sagte, „mir rathen würde, das Alles einzugehen." Fort und fort berieth der Geheimerath. Der König zog, „um seine Königliche parole zu halten", seine Truppen aus Spandau; aber er rückte an der Spitze seines ganzen Heeres „mit fliegenden Fahnen und brennenden Lunten" gegen Berlin heran. Man mußte sich fügen.[68])

Die Schweden besetzten Spandau von Neuem, sie besetzten auch Brandenburg, befestigten sich dort; ihre Streifparthien gingen bis an die Elbe, setzten da und dort über. Endlich am 1. Juli wurde Tangermünde genommen, in den nächsten Tagen folgte die Besitznahme des linken Elbufers bis über die Havelmündung hinab; es wurde eine Schiffbrücke über die Elbe gelegt, ein großes Schanzwerk, sie zu decken, bei Werben errichtet. Aus Schweden führte die Königin neue Truppen nach Pommern, von denen ein Theil nach Mecklenburg eilte, die Kaiserlichen dort zurückdrängte, die alten Landesfürsten wieder einsetzte.

Der König, jetzt militairisch der Marken, Mecklenburgs, Pommerns Herr, wiederholte seine Erbietungen und Mahnungen am Dresdener

Hofe; er stellte die Wahl zwischen enger Allianz und gemeinsamer Kriegsführung oder selbstständiger Action des Leipziger Bundes unter kursächsischem Directorium, die er auf jede Weise zu unterstützen sich verpflichtete; er erbot sich, sobald die Evangelischen in der Lage wären, ihren Gegnern allein die Stange zu halten, aus Deutschland zurückzugehen, nichts als Entschädigung der Kriegskosten zu fordern.

Daß man in Dresden zu keinem Entschluß kam, vielmehr mit dem Kaiserhofe, mit Tilly fort und fort unterhandelte, machte den Anmarsch der Kaiserlichen unter Fürstenberg, Tillys Strafzug nach Thüringen und Hessen möglich. Schon war die Verbindung beider Heere hergestellt; Tilly fühlte sich im entschiedenen Uebergewicht; der Kurfürst, sagte er zu dessen Abgesandten, müsse sich mit dem Kaiser conjungiren; er würde wohl thun, seine Stifter herauszugeben; es sei doch kein Segen dabei; früher hätten die Evangelischen die Oberhand gehabt und den Katholischen vorgeschrieben, was ihnen beliebt, jetzt habe sich das Blatt gewandt; die Katholischen würden ihren Vortheil zu benutzen wissen; an den Religionsfrieden seien sie nicht gebunden; er sei nur ein Interim, zu dem die Katholischen gezwungen worden.

Er hätte sich am liebsten gleich jetzt gegen Kursachsen gewandt; aber weder der Kaiser, noch das Haupt der Liga wollten es; sie mißtrauten einander, sie wollten sich beide den gefügigen Kurfürsten für alle Fälle erhalten; sie forderten den Angriff auf das Schwedenheer, in der richtigen Voraussetzung, daß Sachsen nichts thun werde, es zu retten.

Mit überlegener Macht zog Tilly über Magdeburg gegen den König. Die Gefechte, die vom 16. bis 30. Juli dort in der Altmark geliefert wurden, zeigten zuerst die Ueberlegenheit der neuen schwedischen Tactik gegen die alte spanische Kampfweise. Daß der König seine Stellung auf dem linken Elbufer behauptete, war die erste große Entscheidung in diesem Kriege.

In Wien wie im ligistischen Lager erkannte man den Ernst der Lage. Es schien die höchste Zeit, Kursachsen, das man umsonst zu gewinnen versucht hatte, zu entwaffnen; das um so mehr, da sich die Fürsten von Weimar und Cassel ungebrochenen Muthes von Neuem erhoben.

In raschen Märschen wandte sich Tilly südwärts gegen Sachsen; er fordete von Johann Georg Einstellung der Werbungen, Ueberweisung der geworbenen Truppen in des Kaisers Dienst, Contribution; zugleich, „daß der Churfürst seine mitverwandten Chur-, Fürsten und Stände

vermöge seiner hohen Autorität von allen Weitläuftigkeiten abhalte und sie zu dem Gleichen disponire, damit sie die kaiserliche Mandata in Obacht nehmen und nicht alles ad extrema möchten kommen lassen." Die de- und wehmüthigen Einwendungen des Dresdener Hofes waren vergebens; Anfangs September stand Tilly vor Leipzig, begann die Stadt zu beschießen, während Tieffenbach mit der schlesischen Armee — schon hatte er Cottbus — den Anmarsch durch die Lausitz drohte.

Jetzt endlich entschloß sich Johann Georg zu dem Schritt, den der Berliner Hof schon längst dringend empfohlen,[69]) Arnim bereits vorbereitet hatte. Während Leipzig, das Schicksal Magdeburgs fürchtend, capitulirte, zogen die Schweden über Wittenberg heran; am 5. September vereinigte sich das sächsische Heer mit ihnen.

In eben diesen Tagen begann der Compositionstag in Frankfurt. Des Kaisers Propositionen sprachen allerdings von Wiederbringung des Friedens und allgemeinen Wohlstandes, Herstellung „des guten, alten, wolzuverlässigen teutschen Vertrauens" und forderten die augsburgischen Confessionsverwandten auf, ihre Vorschläge zu machen, „als der impetrirende Theil", aber so, „daß sie des H. R. Reiches Fundamental-Ordnungen und dem Religionsfrieden gemäß, auch J. Kais. M. ausgelassenem und publicirtem rechtmäßigen Edict nicht entgegen seien, und hierin Ihro Kais. M. als einzigem und höchstem Richter der endliche Schluß und Ratification in alle Wege vorbehalten bleibe." Von irgend einem Zugeständniß, irgend einer Nachgiebigkeit nicht die geringste Spur.

Da erfolgte am 7. September die Schlacht bei Breitenfeld. Der König hatte sie widerrathen: „zwei Kurhüthe ständen auf dem Spiel;" aber die beiden Kurfürsten — auch Georg Wilhelm war im Lager — wünschten sie dringend. So begann der schwere Kampf; die sächsischen Regimenter waren bald in wilder Flucht; aber die Schweden hielten die Schlacht, sie erfochten den vollkommensten Sieg.

Gustav Adolph eilte, den geschlagenen Feind zu verfolgen und völlig zu vernichten; er überließ den Sachsen die Deckung gegen Böhmen und Schlesien.

Man kennt jenen kühnen Zug Gustav Adolphs durch Thüringen, zum Main, durch die bischöflichen Lande, nach Frankfurt. Mit dem Ausgang des Jahres war Mainz und Speier in seiner Hand, das kurpfälzische, das Neckarland befreit. Wie ein Keil war die schwedische Macht in das Gebiet der Liga eingedrungen, hatte sie völlig zersprengt. Vergebens rief Baiern Frankreichs Hülfe an auf Grund des geschlossenen Bündnisses; „nur

gegen Oestreich gelte es", war die Antwort. Die geflüchteten Bischöfe von Würzburg, Mainz, Trier u. s. w. beschworen den Cardinal Richelieu, die allerheiligste Kirche nicht untergehen zu lassen; aber Gustav Adolph versagte der Neutralität für die Liga, welche Frankreich wünschte, unter immer neuen Vorwänden die Vollziehung. Mit dem Frühjahr brach der König auf, den Rest der kaiserlichen und ligistischen Macht völlig niederzuwerfen. Anfangs April schlug er sie am Lech; der alte Tilly starb an den Wunden, die er in der Schlacht empfangen. Augsburg wurde befreit und da, wie überall, das Evangelium hergestellt. Auch München, ganz Baiern bis auf das feste Ingolstadt war in des Königs Gewalt; die Bauern in Oestreich erhoben sich; in Italien begann man zu zittern.

So weit, über jeden Plan hinaus führte den König der Sieg seiner Waffen; in seiner Hand lagen die Schicksale Deutschlands; seine Maaßregeln zeigten, daß er sie neu zu ordnen, daß er die deutsche Frage im evangelischen und schwedischen Interesse zu lösen Willens sei.

Seine Kriegsmacht bestand überwiegend aus Deutschen;[70]) die schwedischen Truppen waren nur der Kern, um den sich die Evangelischen Deutschlands zusammenschlossen, theils so, daß sie unmittelbar in den schwedischen Dienst und unter schwedische Befehlshaber traten, theils in der Weise, daß deutsche Fürsten, wie Bernhard von Weimar, Georg von Braunschweig, Wilhelm von Cassel in mehr oder minder freiem Dienstverhältniß zur Krone Schweden Regimenter warben und führten. Der König gab den Evangelischen im Reich, was ihnen bisher gefehlt hatte, ein Haupt, einen Vereinigungspunkt, einen Kern der Organisation; und indem er auch die nicht wollenden — wie er mit Brandenburg, mit Sachsen gethan hatte — zwang, sich einmal über sich selbst und ihre kleinen Sonderinteressen zu erheben und zu einem großen Zweck einig zu sein, lehrte er sie den einzig möglichen Weg, der Wiederkehr der Gefahren vorzubeugen, welche die Libertät über Deutschland und das Evangelium gebracht hatte.

Gleich nach der Leipziger Schlacht hatte der Kurfürst von Sachsen „sich dem Könige präsentirt, als derjenige, der treulich rathen und helfen wolle, daß S. M. die römische Krone auf das Haupt gesetzt werde." Nicht sofort, nicht ausschließlich diesen Gedanken verfolgte der König; die alte Reichsverfassung tauge nichts mehr, sagte er der Nürnberger Deputation (21. März 1632); der evangelische Bund müsse von den Katholischen sich trennen und sich mit einem erforderlichen Haupt versehen, besonders für den Krieg; dieser Bund, dieß corpus formatum der Evangelischen müsse

innerhalb des Reichs für sich bestehen und ein eigenes parlamentum haben, damit einem jeden die justicia gleich administrirt werde;[71]) „ihr seht, wie der Kaiser und die Katholischen sich vereinigt haben, alle Evangelischen auszurotten und zu vertilgen; und ob sie sagen, daß sie Ruhe und Frieden wollen, sie werden nicht aufhören, unsern Ruin und endliches Verderben zu suchen." Er war der Meinung, daß in der alten Form von Kaiser und Reich „das gemeine evangelische Wesen und die Freiheit" nicht zu retten sei, daß das Haus Oestreich immer von Neuem Gefahr drohe, so lange die alte Kirche so große Territorien im Reich, eine so hervorragende Stelle in der Reichsverfassung habe.

Es schien sein Wille, die geistlichen Fürstenthümer völlig zu beseitigen, ihre Gebiete weltlich und erblich zu machen, die Gestaltung der Dinge, die die papistische Reaction im Reich nur unterbrochen hatte, für immer und reichsverfassungsmäßig zu gründen. Schweden selbst sollte durch den Besitz Pommerns und der mainzischen Lande in den Reichsfürstenstand und die Libertät des Reiches eintreten, sie für immer sicher stellen, Brandenburg durch östreichische Gebiete, namentlich Schlesien und die Lausitzen entschädigt werden.[72])

In diesen Plänen war noch Vieles schwankend und undeutlich. Aber das Bild eines neuen föderativen, auf Religionsfreiheit und reichsfürstliche Territorialität gegründeten Deutschlands trat bereits in seinen Umrissen hervor; es war Zug für Zug das Gegentheil dessen, was die östreichische Politik gewollt hatte.

Der König war entschlossen, ohne Frankreich und trotz Frankreich die Neugestaltung des deutschen Wesens hinauszuführen. Er kannte die zweideutige, her- und hinspringende, wühlende Politik Richelieus hinreichend; ihm war dieser politische Katholicismus Frankreichs eben so zuwider, wie die katholische Politik des Hauses Oestreichs. Mit einer gewissen Eifersucht wachte er darüber, mit dem französischen Hofe nicht in zu nahe Gemeinschaft zu gerathen; bei jedem Anlaß ließ er denselben fühlen, daß die französischen Subsidien, die er annahm, ihn in nichts bänden. Das Anerbieten eines französischen Heeres, das „den Triumph des Bundesgenossen auf deutschem Boden unterstützen solle", lehnte er ab: „er gedenke auf eigene Faust mit dem deutschen Kriege fertig zu werden." Wie Richelieu die Absicht äußerte, „durch ein Heer den Elsaß, der seit König Dagobert zu Frankreich gehöre, mit dem Stammlande wieder zu vereinigen", so verbat er es sich: „er sei als Beschützer, nicht als

Verräther des Reichs gekommen und werde keine Abreißung deutschen Gebietes zugeben."

An der Spitze des evangelischen Deutschlands, mit dessen Kräften fühlte er sich stark genug, sein Werk zu vollenden. Ihm Dauer zu geben, faßte er den denkwürdigsten Plan.

Er hatte keine Söhne, nur eine Tochter; diese sollte dereinst mit dem brandenburgischen Kurprinzen vermählt, die schwedischen und brandenburgischen Lande zu einer großen evangelischen Macht vereint werden.[73])

Es war eine Combination völlig der ähnlich, die vor anderthalb Jahrhunderten die spanisch-östreichische Macht gegründet hatte. Und diese neue schwedisch-brandenburgische Macht hätte Nord-Europa beherrscht, wie jene Süd-Europa. Sie hätte das dominium maris Baltici gehabt; sie hätte das kurmainzische Erfurt im Herzen Deutschlands, und Mainz, den Schlüssel zu Nord- und Süddeutschland, inne gehabt; sie hätte die Verbindung Oestreichs mit den spanischen Niederlanden durchschnitten, den Elsaß vor den Gelüsten Frankreichs geschützt; sie hätte dem papistischen Europa in eben so mächtiger Aggressivstellung gegenüber gestanden, wie die spanisch-östreichische Macht unter Karl V. und Philipp II. dem evangelischen.

Es war zum ersten Mal, daß der evangelische Gedanke die große Politik umzuformen, zu beherrschen unternahm. „Es ist Zeit", sagte man am französischen Hofe, „den Fortschritten dieser Gothen ein Ziel zu setzen."

Die Katastrophe.

Die Politik, die mit dem Regensburger Tage 1630 gesiegt hatte, war vollkommen erlegen.

Hatte der Kaiser damals der Liga seinen Feldherrn und sein Heer geopfert, so war jetzt die Verbindung zwischen ihm und der Liga, es war die Liga selbst zerrissen. In der Form der Neutralität war Baiern bereit, den Kaiser zu verlassen; aber Schweden gewährte sie nicht, und die ersehnte französische Hülfe erschien nicht. Maximilian hielt kaum noch einen Winkel seines Landes; der Kurfürst von Mainz war zu dem von Cöln, in den Schutz der nahen Spanier geflüchtet; der von Trier hatte sich Frankreich in die Arme geworfen, seine Festen, auch den Ehrenbreitstein schon diesseits des Rheins, französischen Besatzungen geöffnet; die Fürstbischöfe von Bamberg, Würzburg, Andere waren nun landflüchtig, wie zwei Jahre zuvor so viele evangelische Fürsten.

So furchtbar rechtfertigten die Ereignisse den Herzog von Friedland und seine Politik. Bald begriff man am Kaiserhofe, daß er allein retten könne; die Krone Spanien mahnte dringend, daß er von Neuem an die Spitze der kaiserlichen Macht gestellt werde. Man forderte seinen Rath; Questenberg schrieb ihm: „wir wollten gern zurück auf unsere vorige Stelle und wissen nicht wie."

Vorerst hielt er sich die Hand frei, blieb mit Freund und Feind in Verbindung. Er empfahl dem Dänenkönige ein Bündniß mit dem Kaiser gegen Schweden. Auf seinen Rath unterließ das kaiserliche Heer, in Schlesien und die Lausitz vorzudringen: „um Kursachsen nicht noch mehr zu irritiren." Zugleich unterhandelte Graf Thurn im Namen des Schwedenkönigs mit ihm, der Führer der böhmischen Bewegung von 1618. Daß Arnim den Entschluß faßte, nach Böhmen einzudringen, geschah auf Wallensteins Rath; er half dazu, daß Prag von den Sachsen genommen wurde; er wußte wohl, wie starker Pressungen es bedürfe, damit man in Wien mürbe werde. Nach allen Seiten hin empfahl er den Frieden, den man schließlich, „wenn die Lande in Asche lägen", doch machen müsse.

Natürlich setzte die clericale Partei in Wien und der bairische Hof Alles daran, Wallenstein fern zu halten: „es sei eine Beleidigung des Kurfürstencollegiums, wenn man ihn wiederberufe." Erst der Fall Prags, dann das Eindringen der Schweden in Baiern, die Bedrohung Italiens beseitigte jedes Bedenken. Der Kaiser forderte Wallenstein auf, den Oberbefehl zu übernehmen. Endlich, unter Bedingungen, die ihn völlig und für immer unabhängig stellten, verstand er sich dazu. Sein Name lockte Tausende heran; in kürzester Frist stand in Mähren und Böhmen ein kaiserliches Heer von 60,000 Mann fertig da.

Man wird es dem Kurfürsten von Sachsen nicht zum reichspatriotischen Ruhm, seinem Feldmarschall Arnim nicht als militairische Meisterschaft anrechnen, daß sie sorgfältigst nichts gethan, so lange die kaiserlichen Lande fast wehrlos waren. Von dem Augenblicke an, da Wallenstein zu werben begann, änderte sich die ganze Kriegslage.

Am Dresdener Hofe hieß es jetzt wieder, nur aus Noth habe man mit dem Kaiser gebrochen. Es lag nahe, auf den Weg einzulenken, den man im Jahre vorher mit dem Leipziger Tage hätte betreten können und müssen. Man konnte auf Landgraf Georg von Darmstadt rechnen; man hoffte die welfischen Herren zu gewinnen, man versuchte zunächst sich mit

Brandenburg zu verständigen. Eine Zusammenkunft beider Kurfürsten in Torgau wurde verabredet.

Allerdings war Georg Wilhelms Verhältniß zu Schweden ein gezwungenes. Noch stand schwedische Besatzung in Spandau, noch mußten monatlich 30,000 Thaler Contribution gezahlt werden. „Der König hat wie Preußen, so die ganze Kurmark in Disposition.“ [74])

Aber jenen Artikel, der dem Kurfürsten verbieten sollte, außer den Besatzungen seiner Festungen Truppen zu halten, hatte der König aufgegeben. Er selbst empfahl jetzt, einige tausend Mann zu werben, die gegen Schlesien mit ins Feld rücken könnten. Wie schwer es den Ständen ankommen mochte, sie mußten die Mittel dazu schaffen; mit dem Frühling 1632 hatte Georg Wilhelm 5000 Mann unter den Waffen.

Und zugleich war, Dank der Verbindung mit Schweden, das preußische Land einstweilen in friedlichem Stande. Die Aecker konnten wieder bestellt werden, Handel und Wandel wieder aufblühen. Der unerwartete Tod des König Sigismund — er starb im April 1632 — und die Frage der neuen Wahl gab den Polen vollauf mit sich selbst zu thun.

Auch in den Erbschaftslanden war es zu einem einstweiligen Abschluß gekommen. Unter dem überwältigenden Eindruck der schwedischen Erfolge hatten die Höfe zu Brüssel und Wien den Vollzug des Vertrages von 1629, die Abführung der spanischen Truppen, wenn eben so die holländischen zurückgezogen würden, zugestanden.

Im April 1631 wurden die fremden Völker abgeführt, nur in Rees, Emmerich, Wesel blieb holländische, in Jülich, Orsoy und Sittard spanische Garnison. Der Kurfürst konnte endlich des Besitzes von Cleve und Mark froh werden; und die Stände dieser Lande erboten sich, ihn nicht bloß nach dem Vertrag von 1629 als „Provisionalinhaber“, sondern als ihren Landesherren anzuerkennen. [75])

Wie anders war des Kurfürsten Lage, als da des Kaisers Waffen im Siegen gewesen waren? und was hatte er zu erwarten, wenn sie je wieder mächtig wurden. Der König selbst wünschte, daß Brandenburg nicht bloß zuschaue, sondern mit eingreife. Mußte man nicht erkennen, daß dieß der einzige Weg sei, neuen Gefahren, neuen Erniedrigungen und Beraubungen vorzubeugen, auch Schweden gegenüber eine Stellung zu gewinnen? Welche Schranken immer in dem Recht der Stände, in dem Verhältniß zu Kaiser und Reich, zur Krone Polen, in sonstigen Verträgen zu scheuen sein mochten, in dieser eisernen Zeit waren einmal die Dinge über alles Maaß und Recht hinaus, sie waren wild, gewaltsam, revolutionär geworden;

und nur wer kühn, mit gesammelter Kraft, mit dem klaren Bewußtsein dessen, was er wollte und wollen mußte, mit eingriff, konnte hoffen, sich über Wasser zu halten. Die Schlaffheit, Unklarheit, Unentschlossenheit brachte gewissen und unrühmlichen Untergang.

Man sah am Hofe zu Berlin das Alles wohl ein; aber zu festen Entschließungen, zu einer bestimmten Politik kam man nicht.

Allerdings war Schwarzenberg seit dem Frühling 1631 nicht in des Kurfürsten Nähe; aber die Gunst, die Georg Wilhelm ihm zu gewähren fortfuhr, zeigte, wie entfernt er sei, sich völlig und für immer von den früheren Richtungen loszumachen; ja so stark war immer noch des Grafen Einfluß, daß wohl daran gedacht werden konnte, ihn in schwedischen Dienst zu ziehen, um ihn „von dem Kurfürsten abzusetzen". [76]) Wie immer die Stimmung des Landes für die Schweden und deren König sein mochte, die Herren Stände trugen höchst unwillig die Steuerlast für die Kriegsrüstungen, die der König empfohlen hatte, und Arnim, der unermüdlich war, den Kurfürsten zu Sachsen herüberzuziehen, hatte unter ihnen größeren Anhang als zuvor. Wohl waren die Leuchtmar, Pfuel, Götze bemüht, die unleidliche Bevormundung, die der sächsische Hof so gern übte, ja fast als ein Recht in Anspruch nahm, abzuwehren; aber sie gewannen damit nichts weniger als den Dank ihres Kurfürsten, der lieber den kleinlichen und pedantischen Hochmuth des Herrn Oheims in Dresden, als den freistolzen, soldatischen Geist seines königlichen Schwagers ertrug. Daß er Winterfeld nicht wieder in den Rath berufen, zeigte deutlich genug, daß an eine Rückkehr zu der kühneren Politik, die 1627 ihr Spiel verloren hatte, an eine selbstständige und energische Action, an einen festen politischen Plan nicht zu denken war. [77]) Man lavirte. Auf die Erbietungen einer wirklichen Allianz mit Schweden, die Salvius im October nach Berlin brachte, war man nicht eingegangen; es wurde wohl der Ausdruck gebraucht: daß man die Pflichten, mit denen man dem Kaiser verwandt sei, nicht brechen könne. [78]) Aber jenes Eheproject — die Kurfürstin und deren Mutter werden ihren ganzen Einfluß für dasselbe eingesetzt haben — ließ sich Georg Wilhelm wohlgefallen; noch mehr die guten Versicherungen, die Gustav Adolph in Betreff des reformirten Bekenntnisses gab, während Sachsen fortfuhr, dasselbe als im Reich nicht zu Recht bestehend zu bezeichnen. Trotzdem ging er mit Freuden auf die Zusammenkunft in Torgau ein, zu der ihn Johann Georg geladen, und in der von dem Friedenswerk und der Defension gehandelt werden sollte.

Es war eine unklare, verworrene, steuerlose Politik, die man trieb,

eine Politik je nach den momentanen Verlegenheiten, den letzten Eindrücken, ohne alle Initiative. Sie war das Ergebniß nicht Eines bestimmenden Willens, sondern der sich gegenseitig verwirrenden und abschwächenden Einflüsse am Hofe, zu denen schon auch die der französischen Politik und ihrer Agenten kamen. Sie war wie ein Abbild dieses weichen, früh erschlafften, seiner Schwäche sich bewußten Fürsten, der dann, von den Sorgen ermattet und der Erholung bedürftig, sich nur zu gern, nach Gustav Adolphs Ausdruck, „über eine neue Livrey oder ein hübsches Pferd und ein paar Windhunde alles Andere aus dem Sinn schlug."

In der Mitte Februar begannen die Torgauer Verhandlungen. Zuerst die Frage um die Friedensbedingungen, die man dem Kaiser empfehlen wolle; „sie haben uns", schreibt Knesebeck, „noch die unveränderte Augsburgische Confession und Concordienformel hineingebracht"; man legte Verwahrung dagegen ein, „daß dieß Wort in keiner Schrift, so die Evangelischen sämmtlich zu vollziehen, hineingebracht werde." 79)

Auf das lebhafteste drängte Sachsen, daß man den Frieden mit dem Kaiser suche; aber wenn Brandenburg die Herstellung von Kurpfalz als wesentliche Bedingung forderte, so fand Sachsen dieselbe keinesweges nöthig; und wenn Brandenburg für Schweden eine Entschädigung an Land und Leuten, namentlich das Erzbisthum Bremen vorschlug — wie hätte man sonst Pommern zu erhalten hoffen können —, meinte Sachsen, es genüge eine Geldsumme.

Dann kam das Defensionswerk zur Sprache. Die Sachsen verbargen es nicht, daß sie den lebhaften Wunsch hätten, die brandenburgischen Truppen mit den ihrigen „conjungirt", d. h., unter sächsischem Befehl zu sehen; sie hatten auch an den König den Antrag gelangen lassen, daß ein oder das andere schwedische Regiment hinzugefügt werden möchte; sie hatten zunächst die schwedischen Truppen unter Duval, die an der Warthe standen, im Sinn. Georg Wilhelm erbot sich zu der gewünschten Conjunction, wenn kursächsische Truppen nach Schlesien gesandt würden, „die Mark Brandenburg gegen einen Angriff von daher zu decken; auch der König habe eine Bewegung gegen Schlesien empfohlen." 80) Johann Georg war nicht zu bewegen: er müsse erst abwarten, wohin sich Wallenstein mit seinem neuen Heer wenden werde, ob gegen Prag und Kursachsen oder gegen Franken und die obere Pfalz.

Gleich nach dem Torgauer Tage ging Georg Wilhelm nach Preußen; er übertrug dem Markgrafen Sigismund die Statthalterschaft der Kurlande. Es schien nothwendig, die Südgrenzen sicher zu stellen, so lange

das feindliche Kriegsvolk in Schlesien, namentlich in Glogau, noch nicht durch Wallenstein verstärkt war. Da auf sächsische Mitwirkung nicht zu rechnen war, wandte sich der Markgraf an Duval. Noch waren die 10,000 Mann frische Truppen aus Schweden, die in Stettin erwartet wurden, nicht angelangt; Duval nahm daher Anstand, ohne ausdrücklichen Befehl des Königs vorzugehen; aber er empfahl, mit den brandenburgischen Truppen allein einen Handstreich zu versuchen. Unter Curt von Burgsdorf brachen sie Anfang Mai auf, nahmen Krossen, Grünberg, Freistadt; dort drängten die Kroaten sie zurück; aber Krossen wurde behauptet. Es war wenigstens ein erster Versuch, und er war nicht völlig mißlungen.

Indeß hatte Wallenstein (im Mai) die Sachsen ohne Mühe aus Prag gedrängt, sich dann, den Dresdner Hof mit Friedenserbietungen täuschend, nach Franken gewandt, sich bei Nürnberg verschanzt.

Der König, der tief nach Baiern vorgedrungen war, eilte, um nicht seine Verbindungen zu verlieren, über die Donau zurück nach Nürnberg; er zog seine Corps aus Thüringen und vom Rhein heran, er sandte nach Dresden die Aufforderung, die irgend verfügbaren Truppen ihm zuzusenden. Seine Absicht war, einen Hauptschlag gegen Wallenstein zu führen.

Johann Georg sandte nur 5000 Mann. Mit doppelt so starkem Volk ließ er Arnim nach Niederschlesien eilen, „da dort fast alle Orte sehr bloß und daher viel Gutes in der Eile zu erreichen." Arnim drang über Sagan und Sprottau vor, nahm (17. Juli) Glogau.

Man war in Berlin der Ansicht, daß diese Bewegung jetzt nichts anderes bezweckt habe, als die Oderpässe in Niederschlesien nicht in die Hände der Brandenburger oder Schweden kommen zu lassen.[81]) Im Besitz Glogaus bat Arnim in Berlin um schleunigen Zuzug: „er habe eine schwere Uebermacht gegen sich". Auf wiederholten Antrag Sigismunds entschloß sich Duval, auch ohne ausdrücklichen Befehl des Königs vorzugehen. Die Brandenburger traten unter seinen Befehl.

Am 8. August waren die Schweden und Brandenburger vor Glogau, sich mit Arnim zu vereinen; dann zog man auf Steinau; dort wurden die Kaiserlichen geschlagen, trotz aller Bedenklichkeiten Arnims rastlos bis Breslau verfolgt, auch dort gezwungen, ihr Lager zu räumen (17. August).[82]) Wenigstens jetzt wollte Arnim Halt machen, seine Weisungen lauteten dahin, mit Schonung gegen die Kaiserlichen zu verfahren.[83]) Aber der Ungestüm Duvals — er wußte, wie es bei Nürnberg stand — ließ keine Ruhe; auch Schweidnitz, Frankenstein und Neiße wurden genommen. Es

waren nicht bloß militairische Erfolge; überall, wohin man kam, wurde die evangelische Predigt hergestellt; Tausende, die gezwungen ihr Bekenntniß daran gegeben, „empfingen mit Thränen das heilige Abendmahl".

In Wien war man in nicht geringer Aufregung; man tadelte Wallenstein, daß er nichts thue, Schlesien zu retten und den ketzerischen Greuel abzuwehren. Er kümmerte sich nicht darum; er blieb ruhig bei Nürnberg hinter seinen Verschanzungen.

Vergebens hatte Gustav Adolph sie zu erstürmen, den Gegner zur Schlacht zu zwingen versucht. Das Eindringen Holcks ins Meißnische, seine wilden Verheerungen, die Nothrufe, die der geängstigte Kurfürst sandte, ließen dem Könige keinen Zweifel, daß Wallenstein vor Nürnberg die Entscheidung versage, um sie in Sachsen dem kurfürstlichen Heer gegenüber zu suchen.

Mit diesen Tagen von Nürnberg hörte der König auf, Meister dieses Krieges zu sein. Er machte noch einen Versuch, die verlorene Initiative wieder zu ergreifen. Er wandte sich plötzlich nach der Donau, in der Hoffnung, das kaiserliche Heer nach sich zu ziehen. Statt dessen ging Wallenstein durch das Voigtland nach Sachsen; zugleich rückte Pappenheim aus Westphalen heran; mit ihm, mit Gallas, mit Holck vereint, schien Wallenstein den Kurfürsten erdrücken zu wollen, ehe der König ihn retten könne. Schon nahm er Leipzig, Pappenheim erreichte Halle.

Da kam der König in Eilmärschen über Thüringen zurück; durch die Pässe von Naumburg vordringend, erreichte er Wallenstein bei Lützen (6. November). In der mörderischen Schlacht fand er den Tod; Bernhard von Weimar vollendete den blutigen Sieg.

Freilich zog sich Wallenstein nach Böhmen zurück; im Cölnischen, am Oberrhein, in Franken drangen die Schweden von Neuem vor. Aber was war das Alles gegen den Einen Verlust; des Königs Tod empfand man als ein ungeheueres Ereigniß. Trotz der Siegesnachricht ward in den Marken — Georg Wilhelm selbst kam schleunigst aus Preußen zurück — ein Lehns- und Landesaufgebot erlassen, „zur Rettung des gemeinen Vaterlandes und sein selbst hochnothwendigen Gegenwehr und Abtreibung alles andräuenden Uebels gefaßt zu sein". Aehnliches überall; man war auf das Furchtbarste gefaßt.

Wenigstens nicht sogleich, nicht in der erwarteten Gestalt kam es.

Noch blieben die Evangelischen im Felde Meister. Aber seit des Königs gewaltige Hand fehlte, lockerte sich das Band, das dieß Heerwesen geformt und gehalten hatte. In den deutschen Regimentern begannen

Meutereien; die deutschen Obristen forderten „die stattliche Vergeltung an Land und Leuten, die ihnen versprochen sei." Ihnen wurden schwedische Belehnungsbriefe auf Güter und Herrschaften in Deutschland gegeben, auf 5 Millionen Thaler an Werth. Dann durften auch die schwedischen Officiere nicht leer ausgehen. Mit der Hab- und Beutegier, mit der schnell gelernten Zuchtlosigkeit hatte das moralische Uebergewicht ein Ende, das Gustav Adolphs Kriegsvölker bis dahin gehabt; sie wurden bald ärger als die Kaiserlichen und die Spanier.

Dazu ein Zweites. Eine Regentschaft der obersten Kronbeamten stand nun an der Spitze des schwedischen Staates; bewunderungswürdig, wie sie ihn auf der Bahn politischer Größe, die der König erschlossen hatte, weiter führte; es war vor Allen das Verdienst des Kanzlers Oxenstjerna, der bisher an des Königs Seite gewesen war.

Aber ein wesentlicher Unterschied ergab sich sofort. Wie immer Gustav Adolph die künftige Gestaltung Deutschlands und seine persönliche Stellung in derselben sich gedacht haben mochte, durchaus an seiner Person hatte diese Möglichkeit gehaftet. Mit seinem Tod fielen die beiden Elemente seiner Politik auseinander, und für die Regentschaft blieb mit Recht das schwedische Interesse das allein bestimmende.

Gustav Adolph war unermüdlich gewesen, den französischen Einfluß Frankreichs fern zu halten. Noch hatte Frankreich nicht gegen Spanien, gegen den Kaiser den Krieg erklärt, selbst bei jenen italienischen Vorgängen von 1630 hatte es Andere vorgeschoben, war nur als Auxiliarmacht eingetreten. Es hatte nicht aufgehört die Liga zu berathen und zu ermuthigen. Jetzt begann sich die Bedeutung der Erfolge, die es mit solcher Zurückhaltung gewonnen, zu enthüllen; es wurde ersichtlich, wie es sich in den Bereichen, auf denen die militairische Verbindung zwischen Oestreich und Spanien beruhte, einzunisten verstanden hatte. Es hatte, auf Anrufen des Kurfürsten von Trier, dessen Festen an der Mosel und am Rhein besetzt; einzelne Städte im Elsaß baten, um dem Jammer des hin- und herfluthenden Kampfes zu entgehen, um französische Besatzung und erhielten sie. Auch die würtembergische Grafschaft Mömpelgard wurde besetzt; schon vorher hatte der Herzog von Lothringen vier seiner festen Plätze und das Herzogthum Bar abgetreten; in den drei Bisthümern, die Frankreich bisher als Reichslande inne gehabt, wurde der Reichsadler mit den Lilien vertauscht. Und nun kam Feuquières ins Reich mit Vollmacht zu großen Zahlungen, zu größeren Erbietungen; Frankreich begann auch an den evangelischen Höfen Einfluß zu gewinnen.

Nicht jetzt erst erwachte bei den evangelischen Fürsten und Ständen im Reich Mißtrauen und Mißstimmung gegen Schweden. Aber daß jetzt „ein simpler schwedischer Edelmann" so viele Kurfürsten und Fürsten meistern, daß das kleine Schweden in Deutschland den Herrn spielen, sich auf Kosten des Reichs mit Reichsgebieten ersättigen wolle, schien unerträglich. Schon suchte der niedersächsische Kreis, als sei mit des Königs Tod die bisherige Verbindung gelöst, sich der gemeinsamen Sache zu entziehen, nicht ohne die Hoffnung, in König Christian IV. einen Rückhalt zu gewinnen. Landgraf Georg von Darmstadt, der lutherische, der zwei Jahre kleinlaut still gesessen, begann wieder für das Haus Oestreich zu spinnen. Vor Allem hielt sich der Dresdner Hof berufen, die Rolle, die er zu spielen sich immer von Neuem unfähig erwiesen hatte, die der Führung des evangelischen Deutschlands, nicht länger in Schwedens Hand zu lassen.

Gleich nach der Schlacht von Lützen folgten Erörterungen unangenehmster Art. Kursachsen fand, daß nicht genug geschehen sei: „es hätte gewünscht, die von Gott gnädig verliehene Victorie in Gemeinschaft mit Schweden zu verfolgen." Der Kanzler antwortete, nachdem er Kriegsrath in Altenburg gehalten: „auch ihm würde nichts lieber gewesen sein, aber der Schnee im Gebirge und die völlige Erschöpfung des schwedischen Heeres mache es unmöglich; wenn auch Kursachsen sich verstärkt und zum Einbruch nach Böhmen im Frühjahr fertig gemacht habe, so werde er mit einer solchen Armee zur Stelle sein, die in Verbindung mit der kursächsischen dem Friedländer die Spitze bieten könne."

Der Kanzler sah, daß er sich vor Allem mit Kursachsen ins Klare setzen müsse. Er eilte nach Dresden: „drei Wege gebe es, man müsse sich für einen entscheiden; entweder daß alle evangelischen Stände einen Bund bildeten unter schwedischer Führung, mit einem Bundesrath aller Betheiligten; oder daß man zwei Körper formire, die vier oberen Kreise unter schwedischem, die beiden sächsischen unter des Kurfürsten Directorium, beide mit der gegenseitigen Pflicht vertrautester Gemeinschaft, bereitester Hülfe; oder daß sich die evangelischen Stände im Reich stark genug fühlten, ihre Sache selbst weiter zu führen, und die schwedische Macht, mit Vorbehalt einer billigen Satisfaction, sich zurückziehe." [84])

Kursachsen wollte weder die Satisfaction, noch die einheitliche Leitung Schwedens; „allein zum zweiten", schreibt der Kanzler, „scheinen sie mir hinzuneigen." Es kam zu keinem bestimmten Schluß. „Sie wissen sich in so gefährliche Zeiten nicht zu schicken, sind guter Tage gewöhnt, und

machen sich eitle Hoffnungen in dem Wahne, so dem Unglück entgehen zu können."

Als demnächst in Heilbronn der Bund der vier oberen Kreise zum Abschluß kommen sollte, war Sachsen zurückhaltend, schwierig, überall im Wege; um so thätiger halfen die französischen Gesandten das Werk fördern. Mehr und mehr sah sich der Kanzler zu der Gemeinschaft mit Frankreich hinübergedrängt.

Es machte bösen Eindruck, daß jener Franz Albert von Lauenburg, von dem gesagt und geglaubt wurde, er habe in der Lützener Schlacht den König erschossen, den schwedischen Dienst verließ und in Dresden willkommene Aufnahme fand; sein Bruder Franz Julius war kaiserlicher Kämmerer, ein anderer Bruder kaiserlicher Obrist, wie er selbst bis wenige Monate vor der Schlacht gewesen war. Schon im Januar gingen durch seine Hand geheime Erbietungen Sachsens an Wallenstein; dieser wies sie für jetzt noch von der Hand; er sah, daß er nur zu zögern brauche, um die Verbindung der Evangelischen völlig zu zerrütten.

In Dresden schien man vorerst kein höheres Interesse zu haben, als Brandenburg möglichst von Schweden abzulösen. Als Georg Wilhelm (Anfang März) zum Besuch in Dresden war, stimmte er gern bei, daß man den Frieden suchen müsse; aber wenn er auch die Herstellung der Pfälzer Kur, auch die Herstellung des Evangeliums in Böhmen als nothwendige Sicherung des Friedens forderte, so war Johann Georg keineswegs einverstanden. Nur über die Frage der weiteren Kriegführung vereinigte man sich. Oxenstjerna selbst hatte in Berlin gut geheißen, daß die brandenburgischen Truppen, die bisher mit den schwedischen in Schlesien vereint standen, unter sächsischen Befehl träten; es geschah brandenburgischer Seits mit der Zusicherung, sie außer im äußersten Nothfall, wenn die Lande von Feindesmacht überzogen würden, nicht abzurufen.[85])

Kaum ihrer gewiß, begann Kursachsen den Frieden voranzustellen; er sei nothwendig, schrieb man (30. April) nach Berlin, wenn das Reich vor gänzlicher Desolation oder doch höchst kläglicher und bedauerlicher Dismembration gerettet werden solle; Dänemark und Polen hätten sich erboten, ihn zu vermitteln; freilich Oxenstjerna habe auf die ihm vor bereits sechs Wochen gemachten dringenden Friedensmahnungen noch nicht geantwortet; „wenn man solche absonderlichen Hauptschlüsse" — jene Heilbronner Verträge — „mache und die vornehmsten Interessenten, die bei dem ganzen Werk ein sehr Großes gethan und noch thun, zurückstelle, ja sich allerhand Eingriffe gegen sie erlaube, so sei leicht zu schließen, was

davon Gutes kommen könne." Vergebens warnte Brandenburg vor einseitigen Schritten, vor zu eifrigem Entgegenkommen, ehe man wisse, ob auch kaiserlicher Seits der Frieden eben so eifrig gewollt werde;[86] vergebens suchte es die Verbindung Sachsens mit Schweden, die für das ganze evangelische Deutschland so wichtig sei, aufrecht zu erhalten, die französischen Bemühungen, die auf dasselbe Ziel gerichtet waren, zu unterstützen. Am Dresdener Hofe wurde es übel vermerkt, daß Georg Wilhelm mit dem französischen Gesandten so lebhaft verhandelte, sich nicht völlig der sächsischen Leitung anvertraute, noch übler, daß Brandenburg mit den Welfen, dem Landgrafen von Cassel, Andern in Verhandlung trat. Schon mußte man erkennen, daß das Vertrauen der Evangelischen, das man mehr und mehr verlor, sich nach Berlin wendete.[87] Man suchte nur um so eifriger die Verständigung mit Wallenstein, die Gnade des Kaisers.

Raschen Ganges trieben die Dinge weiter, als man in Berlin ahnete.

Wallenstein war mit dem Frühling in Schlesien eingebrochen; er stand mit Uebermacht dem sächsisch-brandenburgischen Heere bei Schweidnitz gegenüber; Arnim wäre ihm gewachsen gewesen, wenn er sich mit den Schweden, die bei Brieg standen, vereinigt hätte. Statt sie dazu aufzufordern, nahm er den Waffenstillstand an, den ihm Wallenstein anbot.

War es Wallensteins Wille, die kaiserliche Politik auf die Bahn zurückzuführen, aus der sie sich drei Jahre früher von Baiern und der Liga hatte hinwegdrängen lassen? waren seine Erbietungen, „den Religions- und Profanfrieden, wie er in Kaiser Rudolphs und Matthias Zeit gewesen, herzustellen", ernstlich gemeint? umfaßte die „unbedingte" kaiserliche Vollmacht zum Friedensschluß, die er empfing, auch diese Zugeständnisse?

Freilich endete der Waffenstillstand, ohne daß man ein Verständniß gewonnen; aber nach wenigen Tagen folgte neue Waffenruhe, neue Verhandlungen unter dänischer Vermittlung; wochenlang zogen sie sich hin; immer den officiellen Besprechungen zur Seite unter der Hand Erbietungen, Anknüpfungen, Heimlichkeiten weit aussehender Art, immer Sachsen daran, nachzugeben, Brandenburg um so mißtrauischer, zurückhaltender. Daß Wallenstein zugleich mit Schweden und Frankreich in Verhandlungen stand, seine Beziehungen mit Dänemark fortsetzte, mit Rom deren anknüpfte, nach allen Seiten hin seine Fäden spann, sich alle Wege offen hielt, davon erfuhr man in Berlin wenig oder nichts. Man fühlte wohl, daß die Luft schwül und voll unheimlicher Dinge sei; man wich eben so dem Drängen Sachsens zum Frieden, wie dem Frankreichs

zum Eintritt in den Heilbronner Bund aus. Schon hatte der Kurfürst den Grafen Schwarzenberg wieder an den Hof kommen lassen;[88]) je unklarer die Lage der Dinge wurde, desto weniger war Einigkeit zwischen ihm und den anderen Räthen; es war wie in jenen bösen Tagen des dänischen Krieges: man trieb vor dem Winde.

Allerdings war eine große Katastrophe im Anzug. Der Kaiser rang mit seinem Feldherrn. Wie immer die Entscheidung fiel, sie mußte von unermeßlichen Folgen sein.

Wallenstein hat in dem Verlauf dieser ungeheuren Schwankungen den Ausdruck gebraucht: „er werde zum Frieden thun, möge der Kaiser wollen oder nicht.“ Welchen Frieden, welche Neugestaltung der Dinge das Reich aus der Hand des gewaltigen Feldherrn erhalten, in welcher Weise er die deutsche Frage gelöst haben würde, ist nicht zu ermessen. Gedachte er für die „Assecuration und Recompens“ auf die Erblande, die ihm der Kaiser verschrieben, die Lausitz oder gar Böhmen zu behalten? wollte er als Ersatz für Mecklenburg die Unterpfalz[89]) in Besitz nehmen? suchte sein dunkler Ehrgeiz noch Größeres? Die ausschweifendsten Pläne haben ihn zeitweise beschäftigt; und in seiner Armee durfte er das Mittel, in der unerhörten Vollmacht, die ihm zu Theil geworden, die Befugniß zu ihrer Durchführung zu haben glauben.

Je mehr die Gefahr schwand, gegen die der Kaiser Wallenstein aufgerufen, desto unerträglicher wurden ihm die Befugnisse, die er ihm zugestanden; „die fremden Potentaten müßten glauben, daß er einen Corregens an der Hand und in seinen eignen Landen keine freie Disposition mehr habe.“ Gegen die Zusicherungen, die Wallenstein in jenen Breslauer Verhandlungen an Sachsen gemacht, sofern er die Freiheit der Religion bewilligt, erhielt der kaiserliche Bevollmächtigte den Befehl, „solenniter zu protestiren“.

Sofort fand der Zwiespalt zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn eine zweite Frage, sich noch tiefer zu wühlen.

Frankreich war dem Namen nach im Frieden mit dem Kaiser, mit Spanien. Wir wissen, wie es diesen Frieden benutzte, sich am Rhein und in Lothringen festzusetzen; schon hatte der Herzog von Lothringen auch seinen festesten Platz, seine Hauptstadt Nancy, den Franzosen einräumen müssen. Die Verbindung der spanischen Niederlande mit Italien und den deutsch-östreichischen Landen war auf das Höchste gefährdet; sollte sie nicht völlig gesprengt werden, so mußte man eilen, sich militairisch des

Oberrheins Meister zu machen. Dringend forderte Spanien, daß es geschähe.

Wie hätte Wallenstein dem zustimmen sollen. Seine großen Erfolge bisher beruhten darauf, daß er sich in der hartnäckigsten Defensive hielt, daß er sie auf die wohlverstandene militairische Bedeutung Böhmens gründete, daß er von dort wie von einer vorspringenden Bastion aus, selbst unangreifbar und des Kaisers Kron- und Erblande deckend, die Macht des Feindes in Nord- und Süddeutschland aus einander hielt, in jedem Augenblick im Stande, auf die eine oder andere sich mit gesammelter Macht zu stürzen. Mochten die Heere Schwedens und des Heilbronner Bundes das Gebiet zwischen Main, Rhein und Bodensee inne haben, von Böhmen aus in der Flanke bedroht, waren sie außer Stande, weiter die Donau hinab bis zu den östreichischen Landen vorzudringen; und bis dahin war sedes belli in dem Lande des stolzen Baiernherzogs, der so den Frieden zu wünschen und seinen papistischen Eifer zu dämpfen lernen mochte. Und schon ertrug Kursachsen den Druck der nahen Gefahr kaum mehr; es suchte eifrigst den Frieden; wurde ein solcher gewährt, der den Evangelischen im Reich Libertät und freies Bekenntniß gewährleistete, so nahmen sie ihn mit Dank an und halfen mit, den nicht mehr nöthigen Helfer nach seinem Nordlande zurückzuweisen. Dann endlich war es Zeit, mit Frankreich abzurechnen. Diesen ganzen Kriegsplan zerstörten die Forderungen des spanischen Hofes; gab Wallenstein ihnen nach, so wurde der Schwerpunkt des Krieges an den Rhein verlegt, und damit nicht bloß die unbezwingliche Stellung in Böhmen zur Nebensache gemacht, sondern vor Allem Frankreich mit seiner ganzen, noch ungeschwächten Kraft in den Krieg hineingezogen.

Man sieht, das spanische, das spanisch-östreichische Interesse forderte das Gegentheil von dem, was das deutsche, ja das deutsch-östreichische Interesse zu gebieten schien. [90])

Mit Widerstreben gab Wallenstein nach, daß der Herzog von Feria ein spanisches Heer nach dem Elsaß führe, um sich den Weg nach den Niederlanden offen zu halten; es begütigte ihn nicht, daß Feria gute Correspondenz mit ihm halten, unter dem Befehl des Kaisers stehen solle. Nur um so lebhafter betrieb er seine Unterhandlungen mit Frankreich, Schweden, Bernhard von Weimar, den beiden evangelischen Kurfürsten, während zwischen dem Kaiser, Spanien, Baiern, einigen italienischen Fürsten ein Bündniß eingeleitet wurde, „dessen Namen sein wird Liga des Friedens, der Herstellung und Aufrechterhaltung“; diese Liga hoffte in

Frankreich selbst eine Empörung gegen den Cardinal Richelieu, eine Schilderhebung der Prinzen von Geblüt und der unzufriedenen Großen hervorzurufen. Ausgangs September erreichte der Herzog von Feria mit dem Vortrab des italienischen Heeres den Bodensee, und unter des Kaisers unmittelbarer Gutheißung vereinigte sich Aldringer mit ihm.

Genau in denselben Tagen brach Wallenstein die Unterhandlungen mit Sachsen und Brandenburg ab: „es gebe doch keinen Frieden, wenn man nicht die Fremden hinaustreibe und zu dem Ende beider Kurfürsten Volk mit ihm conjungire." Rascher, heftiger, als man sonst an ihm gewohnt war, eröffnete er die Feindseligkeiten. Der erste Stoß schien Arnim vernichten zu sollen, der sich eiligst auf Meißen zurückzog; dann plötzlich sich rechts wendend, warf sich Wallenstein auf das kleine schwedische Heer unter Duval, das bei Steinau stand, rieb es völlig auf (1. October), eilte dann mit seiner ganzen Kriegsstärke gegen die Marken; für Wallenstein war der Augenblick gekommen, die beiden Kurfürsten zur Conjunction zu zwingen, der ja Brandenburg am hartnäckigsten widersprochen hatte. Vereint mit ihnen, mochte er sich der spanisch-bairischen Intrigue am Kaiserhofe gewachsen fühlen.

Mit Entsetzen sah man in Berlin, daß Wallensteins Zug den Marken galt. Die brandenburgischen Regimenter hatte Arnim mit nach Sachsen geführt; man forderte sie zum Schutz des Landes zurück, wie im Vertrage vorbehalten war; aber vergebens; das Land war so gut wie wehrlos. Krossen, Landsberg, Frankfurt (8. October) fielen in die Gewalt der Kaiserlichen.

Der Kurfürst flüchtete nach Brandenburg, bald weiter in die Altmark. Dann drangen die Feinde in zwei Colonnen auf Berlin vor, voran ein Obrist Wins, ein brandenburgischer Vasall, der Berlin brandschatzte (21. November).

Kurz vor dem Angriff auf Krossen hatte sich Franz Albert von Lauenburg am Berliner Hofe eingefunden; der Kurfürst hatte ihn gegen die Meinung der Räthe auf Empfehlung Schwarzenbergs empfangen.[91]) An ihn sandte Wallenstein jetzt einen neuen Vertragsentwurf, mit dem, so hieß es, Sachsen einverstanden sei. So schlimm augenblicklich die Dinge standen, der Kurfürst wies ihn zurück.[92]) „Wir sehen wohl", schrieb er an Arnim, „daß der Zweck allein ist, uns von aller Assistenz zu entblößen, unsere eigenen Waffen aus unsern Händen zu spielen und dennoch den Unglimpf des ausgeschlagenen Friedens auf uns zu wälzen."

Die großen Erfolge Bernhards von Weimar an der Donau, endlich

der Fall Regensburgs (5. November), der München, ja Wien zu bedrohen schien, die immer dringenderen Hülferufe des Kurfürsten Maximilian veranlaßten den kaiserlichen Hof, Wallenstein zu sofortigem Vorrücken nach Baiern anzuweisen. Wallenstein tadelte laut den Befehl; zögernd leistete er Folge; er zog seine Truppen aus den Marken zurück, — nur Frankfurt und Landsberg blieb besetzt, — er concentrirte seine Macht in Böhmen, nach der bairischen Grenze zu; dort blieb er stehen; so in der Flanke bedroht, mußte auch der Feind Halt machen.

Wallenstein hatte den Zweck seines Zuges nach der Mark nicht erreicht; eben darum hatte er noch einmal Parition leisten müssen. Um so mehr war er entschlossen, den letzten, entscheidenden Schritt zu beeilen; er rechnete auf Kursachsen, auf Bernhard von Weimar, auf seine Generale und Regimenter.

Als die Kaiserlichen längst aus der Mark zurückgegangen (Anfangs December), rückte Arnim von Dresden heran, um einige vergebliche Versuche gegen Frankfurt zu machen; es schien nur zu geschehen, um der schwedischen Hülfe, die Banner heranführte, zuvorzukommen und den Berliner Hof zu „calmiren".

Allerdings war man hier in sehr gereizter Stimmung.[93]) Sah es nicht wie ein abgekartetes Spiel aus, daß Sachsen die brandenburgischen Regimenter zurückbehielt, während Wallenstein in die Marken einbrechen ließ? Geradezu hatte der Lauenburger erklärt, diese Regimenter könnten nicht zurückgegeben werden, und zugleich brachte er jenen Entwurf vor, der ja in Dresden gutgeheißen war; daß jetzt Sachsen nur noch ungeduldiger zum Abschluß ohne Schweden und den Heilbronner Bund drängte, daß es Vollmacht für Arnim, auch im Namen Brandenburgs abzuschließen, forderte, steigerte das Mißtrauen. Oxenstjerna, der gleich darauf nach Berlin kam, zur Beschickung des Frankfurter Convents aufzufordern, fand bereitwilliges Entgegenkommen, um so mehr, da er wegen Pommerns beruhigende Zusicherungen gab. Nur den förmlichen Eintritt in den Heilbronner Bund lehnte man ab, weil dessen Truppen von Bundes wegen, nicht durch die einzelnen Stände bestellt und gehalten würden; desto bereiter war man demnächst, die brandenburgischen Regimenter mit dem Heer Banners zum Vorrücken nach Schlesien zu conjungiren. Man schloß jetzt den schon lange mit Frankreich verhandelten Vertrag ab; das Einrücken der Spanier ins Reich hatte das letzte Bedenken beseitigt; „wenn der Kaiser Fremde ins Reich holt", hatte der Kurfürst selbst gesagt, „so ist es hochnöthig, daß auch Frankreich sein Heer herein schickt." Und

Frankreich empfahl den Fürsten und Ständen beider sächsischen Kreise, sich Brandenburg anzuschließen, ihre Truppen mit denen Brandenburgs zu vereinen.

Da kam die Nachricht, daß Wallenstein als Rebell entsetzt, daß er ermordet sei (15. Februar).

Der Prager Friede.

Wen immer die Schuld dieses Verbrechens treffen mag, dem Kaiserhofe galt es für eine rettende That; in Wien, wie in Madrid athmete man auf.

Man hatte nun, Dank dem Ermordeten, ein gewaltiges und trefflich geschultes Heer; denn die Aufregung über das Geschehene wurde rasch und leicht beseitigt; den „Tyrannen", hieß es, habe die gerechte Strafe ereilt. Man hatte, Dank dem Ermordeten, die dominirenden Positionen gegen Pommern, die Marken, Sachsen; man konnte einen Theil der feindlichen Macht dort festhalten, um den Hauptstoß die Donau aufwärts gegen den Rhein zu führen. Wallensteins Zögern und Unterhandeln hatte den Hader zwischen den Verbündeten, zwischen den Führern der feindlichen Heere genährt, hatte die schwedisch-deutsche Macht mürbe gemacht; warum jetzt noch die deutschen Gegner mit Zugeständnissen gewinnen? jetzt war nicht mehr von Frieden, sondern nur von Unterwerfung die Rede, jetzt galt es den Kampf aufs Messer.

Schon kam das große Heer über die Alpen herab, geführt von dem jungen Cardinal Infanten, König Philipps IV. Bruder. Und zum Generalissimus bestellte der Kaiser seinen Erstgebornen, den jungen König Ferdinand von Ungarn. Die Dynastie selbst trat an die Spitze der Armeen.

Kühn, wie in keinem früheren Feldzug, war der Kriegsplan. Man ließ es geschehen, daß Banner, aus Pommern vordringend, Frankfurt erstürmte, Landsberg nahm, daß Arnim die Kaiserlichen bei Liegnitz zurückdrängte; auf dieser Seite des Kriegstheaters genügte es, den Feind hinzuhalten; im Nothfall konnte man Kursachsen — es wurde in Leitmeritz, dann in Pirna unterhandelt — herüberziehen, sobald man wollte.

Die Entscheidung lag im obern Deutschland. In raschen Zügen entwickelte sich der Feldzug an der Donau. Während der junge König auf Regensburg vordrang, die Stadt einschloß, hemmte ein anderes Heer, von Baiern her vordringend, den Zuzug Horns aus Schwaben. Anfangs Juli fiel Regensburg; den Kaiserlichen stand der Weg nach Franken offen.

Eben jetzt tagte der Convent der Evangelischen in Frankfurt. Wahrlich, die Lage der Dinge war für sie so ernst als möglich; die innige Verbindung der beiden sächsischen mit den vier oberen Kreisen, die Oxenstjerna forderte, die Anspannung aller Kraft, um das Feld zu behaupten, schien im höchsten Maaß geboten. Aber Kursachsen fuhr fort, in Leitmeritz zu unterhandeln, und suchte hier in Frankfurt nur zu hemmen und zu trennen. „Die Verbindung nach den Reichsgesetzen sei genügend", sagten die sächsischen Räthe; man müsse dem Calvinismo nach Möglichkeit steuern und wehren. Als sich dann Brandenburg bestimmt für die Vereinigung aussprach, kam aus Dresden die Weisung, eben so bestimmt sie zu verwerfen: „denn deren Hauptzweck ist, Kurfürsten und Stände bei ihrer Religion zu lassen, womit dann der Calvinismus mit eingeschlossen wird, welchem direct oder indirect einigen Vorschub zu thun, weder gegen Gott, noch im Gewissen zu verantworten ist."

Ich erörtere den Verlauf dieser kläglichen Verhandlungen nicht. Die brandenburgischen Räthe thaten ihr Mögliches; sie glaubten mit den Schweden besser als je zu stehen. Dann aber kam die Frage über die schwedische Satisfaction; mit Entsetzen hörten sie des Reichskanzlers Erklärung, daß Schweden Pommern behalten müsse. „Ich kann nichts anders annehmen", schreibt Georg Wilhelm auf diese Nachricht, „als daß ich sehr hintergangen oder, deutsch zu sagen, gegen besseres Vertrauen betrogen bin; und wird es mit Mecklenburg und Preußen dieselbe Meinung haben".[94]) „Man hat Gott zu danken", schreibt Arnim, „daß es noch Mittel giebt, dem zu entgehen und sich vor dergleichen listigem Reinecke vorzusehn." Dieß Mittel schien ihm, daß die brandenburgischen Truppen von Banner abgefordert und mit den sächsischen conjungirt würden.[95]) Das war auch Burgsdorfs Ansicht, der die brandenburgischen Truppen führte; und daß Schwarzenberg dasselbe meinte und längst gemeint hatte, wenn er auch anders sprach, versteht sich von selbst.[96])

Die Brandenburger hatten eben jetzt mit Banner einen glänzenden Zug gemacht. Der kühne Schwedenfeldherr war auf die Kunde von der Bedrohung Regensburgs aufgebrochen „nach Böhmen, längs der Moldau bis an die Donau" vorzudringen, seine „Retraicte" auf Sachsen und Brandenburg mit der auf Herzog Bernhard zu vertauschen.

So sein Plan. Er rückte, wie die Sachsen ihn auch hemmen, sich ihm anhängen mochten, um seine „Luftsprünge" zu hindern, über Zittau, über Leitmeritz vor; am 16. Juli standen die Schweden, Sachsen und Brandenburger vereint auf dem weißen Berge bei Prag.

Der Fall Regensburgs, Herzog Bernhards Rückzug nach Franken zwang Banner, Halt zu machen. Er ging auf Leitmeritz, Arnim nach Melnick zurück, und in Pirna unterhandelten die sächsischen und kaiserlichen Räthe weiter um den Frieden. Alles sah mit Spannung nach dem wild wechselnden Kriegsspiel in Franken und Schwaben.

Die brandenburgischen Regimenter waren schon lange schwierig; Arnim schrieb fleißig an die Obersten: „ich vermeine, man wird nun sehen, ob es Passiones gewesen, wenn ich von der Gefahr geredet"; (26. August); und wieder (31. August): „sieht man nun, warum man den Kurfürsten so vertieft hat und noch mehr vertiefen will, ihm alle Mittel abschneidet, seine eigenen Waffen Andern untergiebt?" Sie meinten, es sei Zeit, ein Ende zu machen. Sie wollten entweder unter ihres Herren oder unter sächsischen Befehl. Aus Berlin kam ihnen die Nachricht, man wolle nur erst das Ende des Frankfurter Convents abwarten.[97]) Auf alle Fälle empfahl Schwarzenberg, eine Vollmacht zur Trennung von Banner auszufertigen.

Schon war die Entscheidung gefallen. Die mörderische Schlacht bei Nördlingen (26., 27. August) brach die schwedische Macht im oberen Deutschland. Horn wurde gefangen, Bernhard von Weimar — auch er war daran, in des Herzog von Lothringen Hand zu fallen — rettete sich mit den Resten des Heeres über den Rhein zu den Franzosen; der Herzog von Würtemberg verließ flüchtend sein Land, die Kaiserlichen besetzten es; alles Land bis zum Rhein und Main fiel in ihre Gewalt. Der Heilbronner Bund sandte Boten nach Paris, dem Könige den Elsaß zur einstweiligen Besitznahme anzutragen.

Schon überschritt Karl von Lothringen den Rhein: „in drei Wochen gedenke er vor Paris zu stehn und dem König Ludwig, dem zweiten Nero, die Krone vom Haupt zu reißen".

So brach im Süden das Werk Gustav Adolphs zusammen. Um wenigstens den Norden Deutschlands zu decken, eilte Banner durch das Voigtland nach Thüringen; bald mußte er an die Elbe zurück, um nur Magdeburg zu behaupten und die Verbindung mit der See zu sichern.

Seit Monaten wurde in Pirna unterhandelt. Die kaiserliche Gesandtschaft, der Convertit Graf Trautmannsdorf an ihrer Spitze, hatte klug gezögert; aber die „Privatsatisfaction" für den sächsischen Kurfürsten hatte man im Vorwege zugestanden, nehmlich den erblichen Besitz der beiden Lausitzen, die Rückgabe des Erzstiftes Magdeburg an des Kurfürsten Sohn, die Einverleibung von vier erzstiftischen Aemtern in das Kurfürstenthum.

Jetzt, nach dem großen Umschwung der Dinge war es Zeit, die Schlinge zuzuziehen. Am 14. November unterzeichneten die kaiserlichen und sächsischen Räthe „auf ihrer Principalen Ratification".

Johann Georg glaubte oder wollte zu glauben scheinen, daß „wenn er nicht zum Abschluß eile, die Dinge bald in einen noch schlimmeren Stand gerathen würden".

Allerdings hatte er Einiges außer dem eigenen Vortheil ausbedungen; die Frage des Restitutionsedictes sollte vertagt, der Besitz der geistlichen Güter, wie er 1627 gewesen, noch auf weitere vierzig Jahre zugestanden bleiben; es sollte die Anwartschaft Brandenburgs auf Pommern, wenn es diesem Vertrage beiträte, anerkannt sein; es sollte allen evangelischen Fürsten und Ständen im Reich der Zutritt bis zu einem bestimmten Tage offen bleiben. Auch eine Amnestie wurde zugesichert, aber die Liste der betreffenden Personen und Güter wurde noch vorbehalten; auch für Schlesien, für die Evangelischen in den Kron- und Erblanden bemühte sich Sachsen, aber ohne Erfolg.

Dann war bestimmt: mit diesem Frieden und nur für diejenigen, „welche sich zu seiner Handhabung und Vollstreckung wirklich bequemten", sollte Recht und Herkommen des Reichs hergestellt sein. Das hieß das Reichsrecht todtsprechen und an dessen Stelle den Vertrag setzen, den Kursachsen ohne Auftrag, ohne Mitwirkung der Mitstände, gegen mehr als zweideutigen Gewinn mit dem Kaiser geschlossen.

Und unter den Bedingungen dieses Friedens war: alle Unionen, Ligen und Bündnisse sind aufgehoben, ausgenommen der Kurverein, die Erbvereine des Hauses Oestreich und die Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Hessen und Brandenburg. Also die Fürsten und Stände des Reiches verlieren das althergebrachte Recht, Bündnisse im Reiche und mit dem Auslande zu haben und zu schließen, sie verzichten auf jede Art auswärtiger Politik und überantworten diese dem Kaiser.

Sodann: die Fürsten und Stände sollen kein Kriegsvolk halten, außer was sie zur Besetzung ihrer Festungen brauchen, und wenn die Festungen so nicht hinlänglich gesichert erscheinen, sollen sie kaiserliche Besatzung erhalten; und soll hinfort nur eine Armee, die kaiserliche und Reichsarmee genannt, bestehen, 80,000 Mann, von denen 50,000 als „des Kaisers eigene Armada" der König von Ungarn commandiren wird, 30,000 der jedesmalige Kurfürst von Sachsen als „des Kaisers und Reiches General". Das Kriegsvolk in dem einen wie anderen Heere

hat dem Kaiser zu schwören. Zur Erhaltung dieses Heeres wird jeder Fürst und Stand im Reich 120 Monate nach der Matrikel zahlen. Also eine völlig neue Reichskriegsverfassung,[98]) gegründet nicht mehr auf die territorialen Contingente, sondern auf die Geldleistungen der Fürsten und Stände an des Kaisers Kasse; der Kaiser nicht bloß der oberste, sondern der einzige Kriegsherr im Reich.

Endlich, was auswärtige Potentaten in Händen haben, zu dessen wirklicher Restitution sollen die Evangelischen, die diesen Frieden genießen wollen, dem Kaiser und den Katholischen mit gesammter Hand helfen. Und unter den zu restituirenden war „zumal" der Herzog von Lothringen mit seinen Landen und Leuten genannt. Das bedeutete einfach den Reichskrieg gegen Frankreich, die Verwendung der Kräfte des Reichs im Interesse der spanisch-östreichischen Macht.

Es ist nicht nöthig auf die weiteren Artikel des Vertrages einzugehen. Es wollte nicht viel besagen, daß eine neue Ordnung des Reichshofrathes, des Kammergerichts, dessen Revision, die Parität der Bekenntnisse in diesen Instituten in Ansicht gestellt würde. Und wenn man aussprach, daß „die jetzige klägliche Reichsbewandniß ein sonderbar eilendes und unverzügliches Rettungsmittel" gefordert habe, daß aber „dieser aus Noth gebrauchte Modus dem Reich und dessen Gliedern nicht präjudiciren solle", so war damit genug gesagt. Man octroyirte dem Reich eine neue Verfassung und nannte das eine rettende That.

Johann Georg ratificirte; „als eine der Haupt- und Grundsäulen des herrlichen, wunderbaren, anitzo aber leider allzusehr deformirten und zerstörten Reichsbaues"[99]) meinte er dem Wesen des Reiches aufhelfen zu müssen und mit diesem Frieden aufzuhelfen. Daß eine dieser Grundsäulen, Kurpfalz, gebrochen war und blieb, daß eine zweite, der Kurfürst von Trier, ohne Urtheil und Recht von kaiserlichem Volk in Luxemburg überfallen, gefangen, als Gefangener erst nach Brüssel, dann nach Wien geschleppt wurde, wo ihn zehnjährige Gefangenschaft erwartete, machte die albertinische Politik nicht irre.

Aber der Kaiser ratificirte nicht sofort; er machte immer neue Ausstellungen, Vorbehalte, Forderungen: „er dürfe den katholischen Ständen nichts vergeben; er werde sich so resolviren, daß jeder, der den Frieden liebe, damit zufrieden sein könne". Nur um so eifriger war Sachsen, mit Bitten, Anpreisungen, Bedrohungen, mit reichspatriotischen Phrasen die Glaubensverwandten für den Frieden zu gewinnen, freilich ohne die Nebenrecesse mitzutheilen, welche die Lausitz, Magdeburg, die Evangelischen

in Schlesien, die Amnestie betrafen. Sachsen forderte Vertrauen, und Dank obenein.

Endlich, nachdem immer mehr, immer Aergeres zugestanden war — man zählte 62 Punkte auf, in denen die Pirnaer Artikel nachträglich abgeändert waren[100]) — wurde der Prager Friede vollzogen und als Reichsgesetz verkündet (20. Mai).

Die evangelische Welt schrie Verrath: „es sei ein neues Judaswerk der Albertiner". Zum zweiten Male sahen sich die Evangelischen in Schlesien von Kursachsen verrathen. Aber die Spanier und die Kaiserlichen waren im vollen Siegeslauf; mit äußerster Mühe hielt Banner die untere Elbe. Und mit dem Herbst 1635 ging der polnische Waffenstillstand zu Ende; der neue Krieg, der da drohte, forderte die ganze Kraft Schwedens. Was konnten die Evangelischen im Reich noch hoffen? Wie sollten sie widerstehen?

Auch Brandenburg unterwarf sich; die Art, wie es geschah, machte das Unvermeidliche nur noch demüthigender und verderblicher.[101])

Wenden wir uns zu den Anfängen dieser Verhandlungen, zu dem Abschluß des Pirnaer Vertrages im November 1634 zurück. Man sah am brandenburgischen Hofe sehr wohl, um was es sich handele. Der französische Gesandte gab die besten Zusicherungen, die Krone Schweden erklärte, sie sei nicht gemeint, auf ihrer Forderung wegen Pommerns zum Nachtheil des Kurfürsten zu bestehen. Noch hatten die Schweden die wichtigsten Plätze in Schlesien, und Banner deckte die Marken auf der Elbseite. Mochte man sich längst überzeugt haben, daß Schweden nur nach eigenem Interesse verfahre, verfuhr denn der Kaiser oder Kursachsen anders? oder sollte der Prager Friede als Beweismittel gelten, wie reichspatriotisch die östreichische, wie ächt evangelisch die albertinische Politik sei? Wer garantirte, daß beide, wenn einmal kein anderes deutsches Heer als das ihrige übrig war, diesen Frieden halten würden? Wer sicherte Brandenburg in der jülichschen Frage, die Sachsen sich immer noch offen hielt? Wer war Gewähr dafür, daß das reformirte Bekenntniß nicht demnächst von dem Reichsfrieden ausgeschlossen erklärt würde? Daß von der östreichischen Politik, so gut wie von der kursächsischen das Haus Brandenburg sich jeder List und Gewalt zu versehen habe, lehrte die Erfahrung zur Genüge; und wer nicht blind war, mußte voraussehen, daß beide nicht aufhören würden, es zu verfolgen und niederzudrücken, so lange es noch sein Recht auf die Rheinlande, auf Pommern, auf Preußen aufrecht erhalte, das

heißt, die Möglichkeit behalte, nächst Oestreich das mächtigste Haus im Reiche zu werden.

Die Frage des Friedens war die Entscheidung über die Zukunft des Hauses Brandenburg. Und welche Aussichten erschlossen sich dem Kurprinzen in der Verbindung mit Schweden! Jetzt, da die Krone Schweden bedrängt war, ihr Treue halten, hieß zugleich die Sache des Evangeliums im Reich vertreten und vielleicht retten; es hieß, jene große Machtstellung, zu der Gustav Adolph das kurfürstliche Haus ausersehen, nicht bloß den Siegen Schwedens, sondern auch eigener Leistung danken.

Vor Allen der Kanzler Götze hielt diesen Gesichtspunkt fest, mit ihm Rumelian Leuchtmar, dessen Bruder Erzieher des heranblühenden Kurprinzen war. Selbst der vorsichtige Knesebeck empfahl die Verwerfung des Friedens.

Und war nicht das ganze Norddeutschland durch denselben in gleicher Weise bedroht und preisgegeben? Wie, wenn nun Brandenburg sich erhob, die Stellung, die Sachsen so schnöde mißbraucht, zu übernehmen und im Verein mit Hessen, den Ernestinern, den Welfen, Mecklenburg für den Glauben und die Freiheit einzutreten?

Vortrefflich, wenn man zu so kühnen und umfassenden Ideen die Mittel und die Thatkraft hatte, sie hinauszuführen. Man mußte des Kurfürsten völlig gewiß sein, um den heimlichen Einflüssen Schwarzenbergs und Arnims, dem offenen Widerstande der Herren Stände gewachsen zu sein; man mußte den Muth haben, auf eigene Gefahr zu rüsten, zu wagen, siegen oder untergehen zu wollen.

Auf die ersten Mittheilungen über den Pirnaer Abschluß ließ der Kurfürst die Angesehensten unter den Ständen nach Berlin berufen, ihre Ansicht über diesen Vertrag zu äußern und über die Winterquartiere der brandenburgischen Truppen Rath zu geben.[102])

Hätten diese Herren den Räthen durchaus beigestimmt, so wäre damit noch nichts, was das Land hätte binden können, gewonnen gewesen. Jetzt traten sie, wenn auch nicht direct, dieser Politik entgegen. Sie forderten, daß die Hälfte der Truppen entlassen werde; sie bewilligten eine Geldsumme, um die sofortige Ablohnung derselben zu ermöglichen. In den nächsten Wochen erfolgte sie. Und die Obristen und Officiere, die man im Dienste behielt, die beiden Burgsdorf und der katholische Franz Carl von Lauenburg an der Spitze, waren lebhaft für den Frieden, der ihnen die Ehre und den Gewinn kaiserlichen Dienstes versprach.

Noch gaben die reformirten Räthe nicht alle Hoffnung auf. Selbst das Erscheinen Arnims am Hofe blieb für den Augenblick ohne Wirkung;[103]) der Kurfürst selbst hielt ihm vor, daß auf dem eingeschlagenen Wege „statt der Eintrachtung eine noch weitere Disunion, ja völlige Desperation erfolgen müsse, daß nur noch mehrere Verstrickung und eines Theils wohl gänzliche Uebergebung zu andern auswärtigen Handen die Folge sein werde; Schweden habe sich um die Rettung des Evangeliums so verdient gemacht, daß man wünschen müsse, mit der Krone nicht in Unvernehmen zu sein; man müsse Schweden wie Frankreich so behandeln, daß man in künftigen Nöthen sich ihres weiteren Beistandes versehen könne."

Und inzwischen legte Oxenstjerna dem Kanzler Götze, der zu ihm nach Mainz geschickt war, ein Allianzproject vor, das in aller Weise lockend erschien. Schweden wollte sich verpflichten, wenn der Krieg die Besetzung der Häfen nicht mehr fordere, Pommern an Brandenburg zu übergeben; dafür sollte Brandenburg helfen, daß Schweden als Satisfaction Magdeburg, Halberstadt und Osnabrück erhalte. Oxenstjerna deutete an, daß auch Frankreich mit diesem Plan einverstanden sei, ja daß beide Kronen dazu helfen würden, nicht bloß Jägerndorf und Liegnitz, sondern das ganze Schlesien an Brandenburg zu bringen.[104])

Bisher hatte sich Schwarzenberg zurückgehalten; jetzt war nicht länger zu säumen. Er veranlaßte, daß zu weiterer Verhandlung mit Oxenstjerna Joachim v. Blumenthal gesandt wurde, der ihm ergeben war. Er unterließ nicht, in dem Kurfürsten Besorgniß vor der Ungnade des Kaisers und ihren möglichen Folgen zu erwecken, ihn vor dem verzeihlichen Eifer seiner Gemahlin und ihrer Mutter zu warnen, denen freilich nicht zu verargen sei, wenn sie die Rettung des unglücklichen kurpfälzischen Hauses wünschten. Er ließ sich beauftragen, bei den noch immer schwebenden Verhandlungen nach Dresden zu gehen, um wenigstens in der jülichschen Sache ein Zugeständniß zu erwirken, wenigstens die preußischen Ansprüche, die Kursachsen noch immer festhielt, zu beseitigen.[105])

Statt der Zugeständnisse kam Anfang Juni die Meldung, daß der Friede zu Prag unterzeichnet sei, und daß, damit Alles in gutem Einvernehmen bleibe, der in den Artikeln verfügte Eid der Truppen in sechs Wochen geleistet sein solle.[106])

Auch jetzt noch erwähnte Kursachsen nichts von den Nebenrecessen wegen Schlesiens und der Lausitz. Man erhielt von anderen Seiten her darüber Mittheilungen, die sehr beunruhigend waren, namentlich auch,

daß dem Kaiser in Sachen der Religion ein sehr bedenkliches Arbitrium eingeräumt sei, daß die Amnestie von denjenigen, welchen sie nicht versagt werde, völlige Unterwerfung als Bedingung fordere. Wenn selbst Arnim erklärte, „er könne dem Kurfürsten von Sachsen nach diesem Friedensschluß nicht mehr mit gutem Gewissen dienen", wenn er dessen Dienst verließ und sich auf seine Güter zurückzog, so ließ das erkennen, was für Enthüllungen man noch zu erwarten habe.[107])

Von Neuem wurden jene Herren aus den Ständen nach Berlin beschieden. Eindringlich genug war der Vortrag, der ihnen gehalten wurde: es sei zu besorgen, daß die vier oberen Kreise des Reichs völlig zu Frankreich überträten, da die französischen Waffen von Gott ziemlich gesegnet, auch eine starke Allianz zwischen Frankreich und den Herren Staaten errichtet sei; trete der Kurfürst dem Frieden Sachsens bei, so sei zu besorgen, daß Frankreich und die Staaten sich der jülichschen und cleveschen Lande thatsächlich bemächtigen und Sachsen, jetzt in des Kaisers blühender Gunst, den Rechtsanspruch auf dieselbe zugesprochen erhalten werde, während der in Aussicht gestellte Besitz Pommerns erst durch Siege über die schwedische Macht zu gewinnen sei; trete man auf schwedische Seite, so habe man die kaiserliche und sächsische Macht sofort in den Marken und sei von Schweden noch nicht einmal wegen Pommerns versichert.

Die Ansichten der Berufenen gingen weit auseinander.[108]) Alle fanden die Abweichungen der Prager von den Pirnaer Artikeln hochbedenklich; die von den Städten meinten, Gott könne wohl noch einen Gideon oder Maccabäus erwecken; ein Theil der Herren aus der Altmark und Priegnitz erklärte, der Kurfürst könne den Frieden mit gutem Gewissen nicht eingehen; der andere Theil: trete man dem Kaiser entgegen und er siege, so sei es um die evangelische Religion in diesen Landen gethan, die Schweden könnten dem Kurfürsten das Land verderben, der Kaiser aber könne es gar nehmen. Die aus der Neumark faßten die Frage von der formellen Seite: sie müßten wünschen, daß die Sache nicht übereilt, sondern erst in den Kreisen berathen und dann in förmlichem Ausschußtage zum Schluß gebracht werde.

Also jetzt zögern und überlegen, während mit jedem Tage ein freier Entschluß unmöglicher wurde.

Schon wirkte in Banners Heer — unter 26,000 Mann kaum 3000 Schweden — das kaiserliche Avocatorium, die sächsischen Umtriebe und Vorspiegelungen. Im Juli kam es zu offener Meuterei; die deutschen Regimenter lösten sich von der Gemeinschaft des Heeres, begannen wie

eine Macht für sich, wie eine Soldatenrepublik zu unterhandeln und zu handeln. Am Rhein waren die kaiserlichen und spanischen Waffen im kühnen Vordringen; in der Mitte Juli wurde durch einen Handstreich die Schenkenschanz im Cleveschen genommen, der Rheinpaß nach dem Gebiet der Union; damit war deren ganze Kriegsmacht in Anspruch genommen, die eigenen Grenzen zu decken; die Spanier in Belgien hatten freie Hand; die ganze Last des Krieges begann auf Frankreich einzudringen. Schon sprachen Richelieu's vertrauteste Rathgeber von der Nothwendigkeit des Friedens. Frankreich mußte das Aeußerste besorgen, wenn mit ausgehendem Waffenstillstand im Weichsellande Polen den Krieg wieder begann und Schweden nöthigte, alle seine Kraft auf diesen „eigentlich schwedischen Krieg" zu wenden.[109]) Seit dem Frühling arbeiteten in Stuhmsdorf die französischen, englischen, holländischen Gesandten und mit ihnen Markgraf Sigismund daran, zwischen Polen und Schweden einen dauernden Frieden zu schließen, namentlich d'Avaux entwickelte die äußerste Thätigkeit. Das von Sachsen preisgegebene Schlesien suchte Schutz bei der Krone Polen, und d'Avaux bot jegliche Unterstützung Frankreichs, die Garantie des dauernden Besitzes Schlesiens, wenn Polen in das Bündniß gegen das Haus Oestreich eintrete.[110]) Aber alle Bemühungen waren vergebens; schon sammelte Schweden ein neues Heer in Liefland und in den noch besetzten Aemtern Preußens.

Je höher die Spannung stieg, desto wichtiger wurde die Entscheidung, die Georg Wilhelm zu treffen hatte. Während die Geheimenräthe dahin arbeiteten, die Frage in der Höhe politischer Erwägungen zu halten, setzte Schwarzenberg seinen ganzen Einfluß daran, dem höchst besorgten Kurfürsten die Gefahr für seine Person und seine Stellung im Reich vor Augen zu stellen: „die Schweden könnten ihm Land und Leute verderben, der Kaiser aber könne sie ihm völlig nehmen, ihn entrechten und ächten"; er erinnerte ihn an das Schicksal des Kurfürsten von der Pfalz, der im Elend, von fremden Almosen lebend, gestorben sei, seine Wittwe und Kinder als Bettler zurückgelassen habe.

Und hatte nicht Kursachsen sich gegen Schwarzenberg erboten, wenn Brandenburg den Frieden annehme, sofort Pommern zu befreien? Freilich sah man näher zu, so bedeutete das nichts anderes, als daß die nothwendige militairische Bewegung, um die Verbindung Banners mit dem in Preußen sich sammelnden schwedischen Heere unmöglich zu machen, als ein besonderer Freundschaftsdienst gegen Brandenburg gelten sollte; und dafür forderte man, daß Brandenburg einstweilen die Elbpässe gegen

Banner zu behaupten übernehme. In Betreff Jülichs aber erklärte Sachsen, es könne beim besten Willen nichts thun, da die Sache zu des Kaisers Entscheidung stehe, und hoffe man, daß diese so wie die preußische Frage dem gegenseitigen herzinnigen Einvernehmen nicht Abbruch thun werde.

Wahrlich, es war wie Hohn, daß man Brandenburg auf solche Erbietungen für den Frieden zu gewinnen meinen konnte.

Wie anders Schweden. Oxenstjerna erbot sich zu Allem, was man nur irgend wünschen konnte. Nicht bloß, daß er den für Preußen entscheidenden Frieden mit Polen schon in gewisse Aussicht stellen konnte, daß er den Besitz der Rheinlande, den der Prager Friede völlig in Zweifel stellte, sicher zu stellen versprach; er gab in Betreff Pommerns die beruhigendsten Zusicherungen; er stellte in Aussicht, daß die Krone Schweden die Satisfaction mit Reichsland allenfalls aufgeben, sich mit einer Geldentschädigung begnügen werde.

Da schien das Mittel gegeben, zu friedlichem Schluß zu gelangen. Hatte doch Sachsen selbst sich früher immer zu dieser Art der Entschädigung Schwedens bereit erklärt. Konnte man jetzt noch auf dieser Grundlage sich mit Schweden verständigen, so war die furchtbare Gefahr, die Marken von Neuem zum Kriegsschauplatze gemacht zu sehen, entfernt. Dringend empfahl man dem sächsischen Hofe, in die gebotene Hand einzuschlagen.

Man sah in Dresden wohl, daß man, um mit Brandenburg weiter zu kommen, dieser Forderung nachgeben müsse, und daß keine Gefahr dabei sei, wenn man es thue. Man begann, während schon die stattlichste Kriegsrüstung zum Losbrechen bereit stand, mit den Schweden zu verhandeln. Oxenstjerna erklärte, daß er sich auf die Prager Artikel, die so höchst unzulänglich und für die Krone beleidigend seien, nicht einlassen könne; aber er erbot sich auf Grund neuer Artikel zu weiterem Verhandeln. Die Antwort Sachsens war (11. August): „wenn Schweden den Prager Frieden anerkenne und annehme, so wolle der Kurfürst sich bemühen, daß der Krone ein gewisses Stück Geld auf gewisse Termine gezahlt werde, nachdem zuvor die schwedischen Truppen aus dem Reiche gezogen seien; an dem Prager Frieden sei nichts zu ändern, die Majestät des römischen Reiches leide es nicht".

Damit hatten die Unterhandlungen ein Ende. Der letzte Versuch Brandenburgs, einen mittleren Weg zu finden, war gescheitert.

Die kaiserlichen Truppen in Schlesien zogen sich unter Morzin nach

der brandenburgischen Grenze hin zusammen. Die sächsische Armee, bei 30,000 Mann stark, vorläufig unter Baudissin, bis Arnim ihre Führung übernehmen werde, stand zum Ausmarsch bereit bei Leipzig. Banner concentrirte seine Truppen zwischen Halle und Kalbe (Anfang August). Nach Jüterbog und den anderen abgetretenen magdeburgischen Aemtern, die noch von den Schweden besetzt waren, sandte der sächsische Hof Befehle, „die Lehns- und andern Pflichten zu leisten". Jeden Augenblick konnte der Ausbruch der Feindseligkeiten erfolgen. Noch zögerte Brandenburg; die im Prager Frieden zum Beitritt anberaumte Frist war verstrichen, Oxenstjerna forderte kategorische Erklärung; kursächsische Truppen waren bereits ins Krossensche eingerückt, hausten dort auf das Uebelste. [111])

Selbst Georg Wilhelm war über das Verfahren Johann Georgs entrüstet. Auf seinen Befehl entwarf der Geheimerath die schließliche Erklärung gegen Sachsen: Brandenburg könne sich zum Prager Frieden nicht eher verstehen, als bis man sich mit der Krone Schweden in Güte aus einander gesetzt habe, der Rechtsanspruch des kurpfälzischen Hauses sicher gestellt sei, eine allgemeine Amnestie erlassen werde, die jülichsche Frage mit Sachsen verglichen sei.

Aber mit dieser Erklärung sandte der Kurfürst Schwarzenberg nach Leipzig; er gab ihm Vollmacht, im äußersten Nothfall auch diese Bedingungen aufzugeben. [112]) Dann aber auf die Nachricht „von der ansehnlichen Victoria" über die Kaiserlichen bei Mainz sendete er (15. Aug.) den Befehl an den Grafen, zurückzukommen, oder, wenn die Unterhandlungen schon zu weit seien, auf neue Weisungen zu warten.

Schwarzenberg hatte die Nachricht jener Mainzer Vorgänge gewiß eben so früh wie der Berliner Hof (13. August), er mochte um so mehr eilen, seine Vollmacht zu benutzen. Er hatte abgeschlossen, ehe jenes Schreiben seines Herrn kam; immerhin gegen allerlei Zusicherungen, mit allerlei Voraussetzungen; er hatte auch zugegeben, daß Frankfurt a. O. und Landsberg dem kaiserlichen Heere überliefert, daß die brandenburgischen Reiterregimenter demselben einverleibt würden. [113])

In der kursächsischen Erklärung, die Schwarzenberg heimbrachte, hieß es: „was Kais. Maj. sich weiter resolviren werde, werde Kursachsen, sobald es eingegangen, communiciren." Die sächsischen Räthe fügten die beruhigende Versicherung hinzu: „man habe es mit einem deutschen Potentaten, mit dem römischen Kaiser, zu thun; der werde an dem Prager Tractat zu Schaden Brandenburgs gewiß nichts mindern; zwar sei es nicht ohne, daß etliche wohl möchten ein Auge auf Kurbrandenburg gesetzt

und etwas unbillig judicirt haben, da die brandenburgische Erklärung so langsam eingekommen sei, denn sie sei die allerletzte außer der von Pommern; darum sei auch Morzin an die märkische Grenze vorgerückt; aber der Kurfürst von Sachsen habe das Commando über ihn und sein Volk und habe bereits die nöthigen Befehle erlassen."

Also auf die Güte und Fürsprache des Dresdener Hofes war man nun angewiesen; und weder von seinen jülichschen Ansprüchen, noch von den preußischen Forderungen hatte er das Geringste nachgegeben; er unterhandelte mit dem Kaiser jetzt darum, daß Brandenburg seine Herrschaften in der Lausitz hinfort von dem Kurfürsten in Dresden zu Lehen empfangen, für sie sächsischer Vasall werden müsse.

Es war ein Unterwerfungsvertrag in bester Form, der zweite, den Brandenburg dem Grafen Schwarzenberg dankte; nur dieser noch demüthigender, noch gefahrvoller, selbst von dem Schein reichspatriotischer Nothwendigkeit oder letzter Aushülfe für das Kurhaus noch entfernter, als der von 1626. Nicht einmal die Sicherstellung seines Bekenntnisses erhielt der Kurfürst; denn die Friedensformel — und sie sollte ja Reichsgesetz sein — lautete nicht mehr wie die Pirnaer Artikel auf die „Augsburgischen Confessionsverwandten und Protestirenden", sondern auf jene allein; ausdrücklich im Hinblick auf die Reformirten war die Formel so verändert worden.

Und was sollte aus Preußen, aus den Rheinlanden werden? Selbst wenn der schwedisch-polnische Friede zu Stande kam, war das Herzogthum entweder in der Gefahr, des Kurfürsten Abfall von Schweden büßen zu müssen, oder nur soweit sicher, als es sich durchaus polnisch hielt. Und am Rhein lähmte nur augenblicklich der Fall von Schenkenschanz des Prinzen von Oranien Macht; wenn er, wie demnächst geschah, den Platz nahm, so war er Meister im Cleveschen, beherrschte militairisch diese Gebiete, während ihr Landesherr auf spanisch-östreichischer Seite stand.

Die Politik Schwarzenbergs riß die Interessen der Marken, Preußens, der Rheinlande völlig auseinander. Wenn jemals die Vereinigung dieser Gebiete in der Hand Brandenburgs dem Hause Oestreich und den Papisten Sorge gemacht hatte, so konnten sie nun ruhig sein; von einer innigeren Verschmelzung derselben, von einer Zusammenfassung ihrer Interessen zu Einem staatlichen Gedanken war nicht mehr die Rede. Und die Stände in den Rheinlanden, die Regimentsräthe in Preußen thaten nur ihre Schuldigkeit, wenn sie sich gegen ihren Landesherrn und seine märkische Politik so argwöhnisch und abwehrend als möglich verhielten.

Auch am Kaiserhofe wird man jenen Plan Gustav Adolphs, der der spanisch-östreichischen Macht eine schwedisch-brandenburgische entgegenstellen sollte, gekannt und zu würdigen gewußt haben. Jetzt konnte man auch darüber beruhigt sein; hatte Schwarzenberg glücklich den ersten großen Schritt zur Umkehr durchzusetzen vermocht, so folgten die weiteren von selbst, und weder die schwedischen Sympathien der Götze, Leuchtmar, Pfuel u. s. w., noch die hochfliegenden Pläne der Fürstinnen am Berliner Hofe konnten mehr Sorge machen.

Es liegen uns keine Berichte darüber vor, wie jene engsten Kreise, wie die kurfürstliche Familie selbst von diesen Dingen bewegt worden ist. Man mag Graf Schwarzenberg, der den Kurfürsten wie mit unheimlichem Zauber gebannt hielt, hart genug beurtheilt, man mag ihm, dem allezeit Geschmeidigen, überall Kundigen, unermüdlich Eifrigen, alles Aergste zugetraut haben. Es fehlt nicht an Andeutungen, daß man schon früher Nachstellungen gegen das Leben des Kurprinzen gefürchtet hat; jetzt war er, seit dem Frühling 1634, in Holland, dort unter der Obhut des treuen Leuchtmar in Leyden zu studiren. Man mochte Gott danken, ihn dort in dem freien Lande und unter den Augen des Prinzen von Oranien in Sicherheit zu wissen. Wenn nur zu deutlich war, wie auf die Erniedrigung des Hauses hingearbeitet wurde, wahrlich, so durfte man zittern bei dem Gedanken, was den Feinden des Hauses des Prinzen Leben bedeutete. Er war der einzige Sohn des Kurfürsten; nur noch in ihm vereinte sich das Erbrecht auf die Marken und Pommern, auf die Rheinlande und Preußen. Wenn er starb, so waren die rheinischen Lande dem Hause Brandenburg verloren; im Herzogthum Preußen folgte als nächster Erbe der Sohn des jägerndorfschen Johann Georg, Markgraf Ernst, der jetzt heimathlos und in Dürftigkeit lebte; [114]) zur Erbschaft in den Marken hätte der Kaiser des Geächteten Sohn so wenig gelassen, wie die Söhne des jüngst verstorbenen Böhmenkönigs zu der der Pfalz; schon darum nicht, weil nach diesem Markgrafen Ernst der nächste Erbe der ehemalige Administrator von Magdeburg war, Christian Wilhelm, der seit 1632 ein eifriger Papist geworden war. Dann war auch die Kur Brandenburg katholisch.

So Großes hing an dem Leben des Kurprinzen. Alle Sorge, aber auch alle Hoffnung Derer, die es mit dem Hause Brandenburg wohl meinten, wandten sich auf ihn.

Brandenburg gegen Schweden.

Dieser Friede, sagt einer der Prager Artikel, wird zu dem Ende gemacht, damit die werthe deutsche Nation zu völliger Integrität, Tranquillität, Libertät und Sicherung zurückgeführt werde; so lange und viel auch, bis dasselbige zu Werke gerichtet, soll nicht geruht noch gefeiert werden.

So war die Phrase; sie sprach, was Jedermann erwartete und ersehnte, als Wesen und Inhalt des Friedens aus, weil derselbe das Gegentheil enthielt.

Wohl wäre nach dem Siege von Nördlingen ein Gang der Dinge denkbar gewesen, den das todtmatte Deutschland gesegnet hätte.

Die Schlacht von Nördlingen war für das Haus Oestreich eine Defensivschlacht; der Sieg war so glänzend, so vollständig wie möglich. Aber es war klar, daß Schweden nur zurückgedrängt, nicht überwunden war, daß Frankreich — noch hatte es weder der Krone Spanien, noch dem Kaiser den Krieg erklärt, noch stand es mit seiner ganzen Kriegsstärke in Reserve — am wenigsten jetzt den großen Kampf gegen das Haus Oestreich, den es fort und fort genährt, aufgeben werde.

So lange Schweden und Frankreich, das Evangelium und die Libertät vertretend, über die Hälfte der deutschen Streitkräfte verfügen konnten, war und blieb die spanisch-östreichische Macht in einer höchst bedenklichen Defensive. Außer Stande, trotz Schweden und Frankreich die deutschen Oppositionen niederzuwerfen, mußte sie um jeden Preis diese zu sich herüberzuziehen, mit sich gegen die fremden Kronen zu vereinigen suchen. Sie mußte ihnen, um sich das Reich und des Reiches Hülfe zu sichern, gewähren, was Frankreich und Schweden ihnen bot, um die östreichische Macht zu lähmen und zu zerstören.

Und in Deutschland seufzte Alles nach Frieden; aus tausend Wunden blutend, begann man inne zu werden, daß wie nun einmal die Territorien durch einander lagen und mit ihrem Wohl und Wehe, ihrer militairischen Sicherung auf einander gewiesen seien, die Herstellung des inneren Friedens die erste Forderung sei, wenn nicht Land und Volk untergehen solle. Mit Jammer und Scham sah man, wie die fremden Mächte sich einnisteten und Stücke aus dem Körper des Reiches zu reißen begannen, um sich für gehabte Mühe zu entschädigen; man fühlte den Schimpf, der ränkevollen Zudringlichkeit der französischen Diplomatie, der krämerhaften

Berechnung der Herren Staaten, dem herrischen beleidigenden Stolz der schwedischen Generale preisgegeben zu sein.

Wie klaffend der Zwiespalt, wie tief eingefressen der Haß zwischen Denen, die bei einander auf deutscher Erde saßen, sein mochte, es war Zeit, diesem selbstmörderischen Hader ein Ende zu machen; es hing die Existenz Aller und des Ganzen daran, daß man die mittlere Linie fand, in der sich alle deutschen Parteien unter sich und mit dem Hause Oestreich zusammenfinden konnten.

Es galt die Versöhnung der Parteien im Reich, ihre Vereinigung wenigstens zu gemeinsamer Vertheidigung des Vaterlandes gegen die äußeren Feinde.

Es wäre ein kaiserliches Werk gewesen. Selbst die schlimme Form der rettenden That hätte ihre Rechtfertigung gehabt, wenn sie in Wahrheit den Gedanken der doch gemeinsamen deutschen Interessen vertrat und in diesem die Kräfte des Reichs organisirte.

Nicht in solchem Sinne verfuhren die Sieger von Nördlingen; sie waren nicht gemeint, irgend einen Anspruch zu opfern, irgend einen Gewinn aufzugeben, um eine mittlere Linie, eine Diagonale der Kräfte herzustellen, die mehr deutsch geworden wäre, als ihrem Interesse entsprach.

Sie benutzten den Schrecken des Sieges, um endlich Deutschlands Meister zu werden.

Gleich nach der Schlacht war zwischen dem Kaiser, dem Könige von Ungarn und der Krone Spanien ein neues Bündniß zunächst auf drei Jahre geschlossen, dahin lautend, daß sie sich gegenseitig mit ganzer Macht beiständig sein, Keiner ohne den Andern Frieden schließen wollten. [115]) Damit war von Neuem das spanisch-östreichische Machtinteresse als die maaßgebende Grundlage für die Stellung des Kaisers zum Reiche festgestellt, es war der Kreis gezeichnet, innerhalb dessen sich die deutsche Frage zu bewegen habe.

Es folgte ein zweiter Vertrag nicht minder bedeutsamer Art. Die Gemahlin Maximilians von Baiern war nach langer kinderloser Ehe gestorben (6. Februar 1635), sofort folgte sein Verlöbniß mit einer Tochter des Kaisers und nach wenigen Wochen die Vermählung; indem der Ehevertrag in Sachen der pfälzischen Lande und des geächteten Pfalzgrafen die alten Verträge auf das Bündigste erneute, wurde die schlimmste Wunde, die dem Recht im Reiche geschlagen war, unheilbar, die endliche Versöhnung der Parteien unmöglich gemacht. Für die Sicherstellung des

dem Pfälzer Hause Entrissenen gab Baiern das Princip der Libertät Preis, das es vor wenigen Jahren mit Hülfe Frankreichs an der Spitze der Liga so energisch vertreten, — und gleich einer der ersten Akte des neuen Systems war jener Gewaltakt gegen den Kurfürsten von Trier, der die alte Politik der Liga hatte festhalten wollen.

Auf solchen Vorbedingungen stand der Prager Frieden; daß ihn Sachsen trotzdem annahm, ließ ihn um so mehr als die vollständige Niederlage der Evangelischen im Reiche erscheinen, als ein demüthigendes Zugeständniß, das ihnen, einigen von ihnen, denen, die sich reumüthig unterwarfen, der Kaiser aus unverdienter Großmuth gewährte.

Allerdings bewilligte er Einiges; eine Amnestie, aber wie war sie in den Unterhandlungen zusammengeschrumpft; das freie Evangelium nach dem Wortlaut des Religionsfriedens, aber in einer Formel, welche den Reformirten den Boden rechtlicher Existenz unter den Füßen fortzog; Aufhebung des Restitutionsedikts, aber nur auf gewisse Jahre und in der Form, daß von dem im ersten Jahrzehent Ferdinands II. Restituirten nicht mehr die Rede sein durfte. Es blieb die Beseitigung der Parität im Kurcollegium, es blieb die Vernichtung des Evangeliums in den kurpfälzischen Landen, in so vielen Reichsstädten, in dem ganzen Bereiche der Kron- und Erblande. Die unermeßliche Reaktion des römischen Geistes, wie sie sich unter Tilly und Wallenstein über Deutschland ergossen, hatte nun ihre Sicherstellung durch diesen Frieden, der für ein Reichsgesetz gelten sollte; das evangelische Wesen, das unter den Triumphen der schwedischen Waffen fast das ganze Reich wieder eingenommen, erschien nur als Ausnahme von der Regel, nur da und dort und unter gewissen Formen geduldet; der Papismus bestimmte die dogmatische Form, in der das Evangelium im Reiche tolerirt werden könne, und ihm stand es zu, zu entscheiden, ob die Geduldeten sich in den ihnen gestatteten Formen des ungeänderten Augsburgischen Bekenntisses, in dem correcten Lutherthume hielten oder nicht.

Denen, die sich diesem Frieden unterwarfen, wurde des Kaisers und Reiches Schutz zugesichert; das will sagen, sie mußten an ihrem Theil die Summen für das kaiserliche und Reichsheer aufbringen, das diesen Frieden gegen diejenigen durchkämpfen sollte, welche für ihre Libertät und das Evangelium eingetreten waren.

Nicht ein Reichstag aller Stände, nicht der Kurfürstenrath hatte diesen Frieden berathen und beschlossen; mit Baiern an der einen, mit Sachsen an der andern Hand, mit jenen Artikeln, die jeden von dem Rechte des

Reiches ausschlossen, der sich nicht unterwarf, mit den Gewaltformen, sie durchzusetzen, die der Friede gab, konnte der Kaiser die deutsche Frage, soweit sie für die spanisch-östreichische Macht von Interesse war, für gelöst ansehen.

Nun hatte er die Verfügung über die militairischen Mittel des Reichs, über die auswärtigen Beziehungen aller Fürsten und Stände; das „Directorium über Krieg und Frieden", das die Krone Schweden von ihren deutschen Bundesgenossen für die Dauer des Krieges gefordert hatte, ward ihm für immer über die katholischen und evangelischen Stände überantwortet. Fortan konnte es im Reiche keine Freunde Frankreichs oder Schwedens mehr geben; wer nicht zur östreichischen Partei stand, war außer dem Recht des Reichs.

Der Kaiser hatte keinerlei Artikel zu Gunsten der Evangelischen in seinen Landen gestattet: „das Haus Oestreich hat sich in Sachen der Religion mit Hintansetzung seiner Stände selbst autorisirt."[116]) Auch für die Reichslande des Hauses Oestreich galt hinfort nicht, was für alle anderen Reichsterritorien; reichsverfassungsmäßig stand nun fest, daß der Kaiser über sie nach eigenem Ermessen, allein, unumschränkt schalte. Sie blieben deutsch, aber nicht mehr des Reiches; und wenn eine neue Kaiserwahl vom Hause Oestreich abwich, so waren sie dem Reiche verloren, so gut wie Lothringen und Burgund, wie die Schweizer Föderation und die Staaten.

Es kam für die spanisch-östreichische Politik nicht in Betracht, ob ein politisches System, wie es sich auf solcher Grundlage entwickeln mußte, dem Interesse der anderen Fürsten und Stände im Reiche, dem Gesammtinteresse der Nation entspreche, ob diese eine Ordnung der Dinge ertragen würden und ertragen könnten, deren Norm außerhalb ihres Bereiches und ihrer Controle lag. War Sachsen und Baiern dafür gewonnen, so mochten die übrigen sich fügen lernen; die Gewalt war bereit, sie zu zwingen. Waren sie bezwungen und verstummt, so mochten Baiern und Sachsen sehen, wie sie sich der Folgewirkungen des neuen Systems, das sie hatten gründen helfen, erwehrten.

Mit diesem Frieden, „dem neuen allgemeinen Recht, das Sachsen und Ferdinand geschmiedet",[117]) war die Rechtscontinuität des Reiches aufgegeben; und wenn es hieß, daß in ihm Kaiser und Reich neu geeint sei, „um allen Dominat ausländischer Potentaten vom Reich abzuwenden", so war mit demselben der Dominat der spanisch-östreichischen Macht, die Fremdherrschaft des entdeutschten Hauses Oestreich über

Deutschland für immer entschieden; unter den altgewohnten Namen von Kaiser und Reich begann eine völlig neue Ordnung der Dinge.

Freilich die Furcht, die Ohnmacht, Hoffnung auf kleine Vortheile und kaiserliche Gnade trieb Einen nach dem Andern zur Unterwerfung. Aber welche sittliche Pflicht gebot, dieß „neue allgemeine Recht" für ein rechtes Recht zu halten, diesen Gewaltzustand länger, als der Zwang währte, der ihn aufrecht hielt, zu ertragen? und diejenigen, die er von der Gemeinschaft des Reiches ausstieß, wie hätten sie anerkennen sollen, daß das alte Recht und Herkommen im Reich damit ab und todt sei, weil es dem „Pragerischen Duumvirat" beliebt hatte, es dafür zu erklären? was hätte sie hindern können, die revolutionäre Neuerung, die sie niederzuwerfen unternahm, mit den gleichen Mitteln zu bekämpfen, wie sie sie aufriefen? Wenn der Kaiser mit Hülfe der Spanier bei Nördlingen gesiegt, wenn der Handstreich des spanischen Cardinal-Infanten gegen Trier einen Kurfürsten des Reiches zum Gefangenen gemacht hatte, so war Bernhard von Weimar, es waren des geächteten Pfälzer Kurfürsten Söhne, des Markgrafen von Jägerndorf Sohn, unzählige andere Geächtete und Beraubte in ihrem Recht, wenn sie die Hülfe Frankreichs, Schwedens, der Staaten, Englands anriefen, das neue Reichsrecht wieder abzuthun, und das alte Recht der Libertät und des Evangeliums, wie es der Kaiser in der Wahlkapitulation beschworen, zu retten.

Schon geschahen Dinge, die auch dem Dresdener Hofe zu denken gaben. Hatte der Frieden schließlich bestimmt, daß von den 80,000 Mann des kaiserlichen und Reichsheeres 20,000 unter erblicher Führung Kursachsens stehen sollten, so übertrug der Kaiser an Baiern ein zweites Generalat über andere 20,000 Mann, die katholischer Seits bestellt werden sollten. Also ein ligistisches Heer innerhalb des einigen Reichsheeres.[118]) Und wenn dann Kursachsen in aller Stille bemüht war, sich in Norddeutschland durch Erleichterung der Bedingungen, die der Frieden den Hinzutretenden auferlegte, eine Clientel zu schaffen, so war man östreichischer Seits schnell zur Hand, am Berliner Hofe Mißtrauen und Eifersucht gegen Sachsen zu erwecken und mit der Aussicht auf ein gleiches Generalat, wie Sachsen erhalten hatte, zu ködern; man that dazu, daß sich der niedersächsische Kreis zu Dänemark wandte.

Der Frieden war nicht ein Abschluß, sondern ein Anfang völlig neuer Gestaltungen. Aus den Principien, die er unausgesprochen enthielt, entwickelten sich sofort Forderungen und Ergebnisse, die das, was er zu sein vorgab, überholten. Selbst der Widerstand, den er hervor-

rief, mußte dazu dienen, das neue System um so energischer zu entwickeln.

Es verdient Bewunderung, wie kühn die östreichische Politik den einen Sieg zu benutzen und weit über seinen wirklichen Werth hinaus zu verwerthen verstand. Und wie einmal ihre Stellung im Reich und in Europa, die Mittel und Bedingungen ihrer Macht waren, schien ihr kein anderer Weg übrig zu bleiben, als der, den sie einschlug. War er nicht gerechtfertigt, wenn er sie zum Ziele führte?

Der Erfolg mußte zeigen, ob die kaiserliche Politik ihr eigenes Interesse richtig verstanden hatte, indem sie verfuhr, wie sie verfuhr. Die Geschicke Deutschlands führte sie mit diesem Frieden über die letzte Möglichkeit der Herstellung auf den alten Grundlagen hinaus, in unberechenbare Bahnen.

Mit diesem Frieden, mit dem frivolen Parteiwechsel, zu dem er verlockte oder zwang, mit der Ausstoßung Derer, welche so Kaiser und Reich zu verstehen für Frevel an dem Vaterlande hielten, mit der Rechtfertigung, die er ihnen gab, wenn sie die Rettung der deutschen Sache nur noch in der Vernichtung Oestreichs sahen und im Verein mit den Waffen des Auslandes suchten, vollendete sich die unheilvolle Verwirrung aller politischen und nationalen Begriffe, die öffentliche Moral verlor jede Norm und jedes Ziel. Was war noch deutsch, was undeutsch? Unser Volk verlor das Bild seiner selbst, sein Gewissen, sein Ich. Der einzige Gedanke, in dem Fürsten und Volk, Evangelische und Katholische, die deutsche Nation sich je wieder zusammenfinden konnten, der des doch gemeinsamen Vaterlandes, der doch gemeinsamen Ehre des deutschen Namens, war schlimmer als todt, er war falsch gemünzt.

Sofort nach dem Abschluß des Friedens ließ der Kaiser die Einleitung zur Wahl seines Sohnes treffen, des Königs von Ungarn, des Siegers von Nördlingen; er forderte auch Sachsen und Brandenburg auf, persönlich zum Collegialtag nach Regensburg zu kommen: „Dero in Person Erscheinen wird ein Großes thun, auswärtige Potentaten und Communen werden ein groß Auge darauf werfen und das heilige Reich zu infestiren ein mehreres Nachdenken schöpfen."

Mit jenem Gewaltact gegen Trier hatten die Spanier von Belgien her die Mosellinie, die Verbindung mit den Kaiserlichen in Oberdeutschland gewonnen. Mit Befriedigung hörte man in Brüssel, Madrid, Wien, daß nun endlich auf Anlaß jener Gefangensetzung die Krone Frankreich den Krieg erklärt habe. Nun hatte sie die Schuld des Friedensbruches,

und man konnte zum Kampf gegen den Erbfeind des Reiches aufrufen. Die spanisch-östreichische Politik erhob sich zu den kühnsten Entwürfen; mit dem Prager Frieden fühlte sie sich stark genug, sie hinauszuführen.

Der Plan war, vom Rhein und von Belgien her gleichzeitig in Frankreich einzubrechen, während Kursachsen, zu dem einige kaiserliche Regimenter unter Morzin commandirt wurden, sich gegen die Schweden wandte. Es schien nicht schwer, den Rest ihrer Macht jetzt völlig zu erdrücken. Banners Truppen waren in Gährung, „Keiner hatte Lust zu fechten."

Frankreich erkannte die Gefahr, mit der es bedroht war; so stolze Sprache es führte, den alterprobten spanischen und kaiserlichen Kriegsvölkern fühlte es sich bei Weitem nicht gewachsen; nur ein neues Vordringen der Schweden konnte retten.

Endlich, nach unendlicher Mühe und mit ungeheuren Bestechungen gelang es, die Stuhmsdorfer Verhandlungen zum Abschluß zu bringen (2. September). Die Krone Polen nahm einen Waffenstillstand auf zwanzig Jahre an. Damit wurden die zum Polenkriege gesammelten schwedischen Regimenter frei; unter Torstenson brachen sie auf, den schwer bedrängten Banner zu verstärken.

Brandenburg, durch Markgraf Sigismund vertreten, hatte den Abschluß auf das Eifrigste befördert; es gewann mit demselben (23. December) die Befreiung des Herzogthums; es nahm die bisher von Schweden besetzten Plätze Pillau, Memel u. s. w. wieder in Besitz und gab die sequestrirten westpreußischen Festungen und Aemter der Krone Polen zurück.

Seltsam genug, Brandenburg hatte im Interesse seiner preußischen Politik das Entgegengesetzte von dem gethan, was nach Annahme des Prager Friedens seine brandenburgische Politik forderte.

In einer Zusammenkunft Georg Wilhelms mit dem sächsischen Kurfürsten (23. September) wurden die letzten Verabredungen getroffen: die brandenburgischen Truppen, so weit sie nicht zur Besetzung der Festung nöthig seien, traten unter sächsischen Befehl, sächsischen Truppen wurden die Pässe der Havel und Oder übergeben. Auf den Wunsch Brandenburgs, noch einmal den Weg der Güte zu versuchen, versprach Kursachsen, „zu der Schweden Begütigung und der Kriegsobristen und Soldatesca Befriedigung" 10, ja 25 Tonnen Goldes anzubieten.[119]) Johann Georg wußte wohl, daß das jetzt den Kampf anbieten heiße; er hatte die Zuversicht, mit der Uebermacht, über die er verfügte, die Schweden erdrücken

zu können, bevor ihre Truppen aus Preußen herankämen; und dem Verhalten des Kaiserhofes gegenüber erschienen rasche glänzende Waffenthaten doppelt wünschenswerth; nur mit großen Erfolgen konnte man die tiefe Aufregung der Evangelischen über den Frieden zu beschwichtigen hoffen.

Am 6. October erließ Johann Georg die Kriegserklärung, „seine Blutordre"; er ließ den größeren Theil seines Heeres über Havelberg die Elbe hinabgehen, um Banner in seiner linken Flanke zu umgehen und von Pommern abzuschneiden, während Morzin mit den Kaiserlichen durch die Neumark nach Pommern vordringen sollte, Torstenson den Weg zu verlegen. Aber Torstenson erreichte (13. October) Wollin, als die Kaiserlichen erst bis Stargard gekommen waren; mit dem Gefecht am 22. October öffnete sich Banner den Elbpaß bei Dömitz; bald war er mit Torstenson vereinigt. Mecklenburg und Pommern waren wieder in der Gewalt der Schweden.

Die pommerschen Stände hatten sich mit flehenden Bitten an Georg Wilhelm gewandt: „sie seien rathlos und schutzlos, der Herzog krank; Brandenburg, als nächster Interessent und im Voraus gehuldigter Nachfolger, möge sich doch des Schadens Josephs erbarmen." Der Kurfürst wußte ihnen keinen anderen Rath zu geben, als Neutralität zu suchen, „dergleichen wohl noch zu erhalten sei"; Macht zu helfen hatte er ja nicht. Schon nahte den Marken gleiche Gefahr; er bat im sächsischen Hauptquartier um Sicherung der zunächst bedrohten Uckermark; die Antwort lautete: „wenn er sie nicht zu halten vermöge, sei es besser, sie mit Güte darzureichen, als sie ganz ruiniren zu lassen." [120])

Johann Georg versuchte von Perleberg ins Mecklenburgische vorzudringen; das Gefecht bei Goldberg (28. November) warf ihn zurück. Dann versuchte er, Morzin von der Oder her an sich zu ziehen; Banner drängte sich zwischen beide Heere (2. December), warf sich dann mit ganzer Kraft gegen die Sachsen, die schleunigst wichen, nahm ihnen nacheilend Havelberg (8. December), die Werbener Schanze (15. December), den Paß von Fehrbellin (23. December).

In Berlin war man in höchster Angst; mit einem Marsch konnte der Feind da sein. Der Kurfürst eilte wenigstens sich zu retten; er flüchtete nach Peitz, „ohne auch nur die Kurfürstin dessen zu verständigen"; er sandte Pfuel an Banner, seinen Schwager, eine „Versicherungserklärung" für die Residenz und die zum Hofhalt nöthigen Aemter zu erwirken; Otto Marwitz sollte den gleichen Antrag bei Johann Georg

stellen, zugleich so gut möglich „die Verrückung aus der Residenz" entschuldigen.

Johann Georg war auf Dessau zurückgegangen, unterhandelte, um den vorstürmenden Feind aufzuhalten, um Waffenstillstand. Höchst ungnädig nahm er Marwitzens Botschaft auf: „warum sei der Kurfürst nach Peitz, nicht nach dem festen Spandau gegangen? es werde allerhand Reden verursachen, als wenn sich beide Kurfürsten nicht wohl mit einander verständen; er beklage, daß man so schlechte Zuversicht zu ihm habe: er würde eher den Kopf verlieren, als Brandenburg im Stich lassen; schon seien Truppen auf dem Marsche, Fehrbellin wieder zu nehmen." Freilich hatte man davon in Berlin nichts gewußt, „sonst wäre S. Kf. D. wohl geblieben, aber es werde Alles so gar heimlich gehalten."

Den Damm von Fehrbellin gelang es nicht zu nehmen; aber Morzin und einige sächsische Regimenter zogen sich um Berlin zusammen, deckten die Havelpässe. Georg Wilhelm konnte getrost der Aufforderung zur Rückkehr in seine Residenz Folge leisten. Vielleicht um den üblen Eindruck seiner Flucht zu verwischen, das schon rege Mißvertrauen zu beseitigen, befahl er — erst jetzt — die Kriegserklärung; durch Patente und von den Kanzeln wurde „die Krone Schweden und deren Heere" für des Kurfürsten und des Reiches Feinde erklärt (6. Januar).

Ich kann nicht sagen, ob man in Wien oder in Dresden mehr Genugthuung über den tapferen Schritt Georg Wilhelms empfunden hat. Gefährlicher wurde er mit demselben den Schweden nicht; er forderte nur, ohnmächtig, wie er für sich war, ihre Rache heraus, und dann stand es beim Kaiser und bei Sachsen, wie weit sie ihn und sein Land schützen wollten.

Georg Wilhelm Generalissimus.

An sich war das Gefecht bei Goldberg mit den großen Schlachten dieses Krieges nicht zu vergleichen; aber Banner's Kühnheit und Energie verstand demselben Folgen zu geben, die über alle Erwartung hinausreichten. Er war rastlos weiter gestürmt bis Naumburg, bis Meißen hinauf, ein anderes Corps drang an die Weser, über sie hinaus bis an die Ems vor.

Es waren die ersten großen Erfolge seit der Nördlinger Schlacht; auch die deutschen Regimenter gewannen frische Lust; die Freunde Schwedens, die der Prager Friede entmuthigt, wurden wieder rege. Landgraf

Wilhelm, der fort und fort mit Kursachsen und dem Kaiser verhandelt hatte, ohne abzuschließen, rüstete sich; in Franken und Schwaben hoffte man demnächst die Schweden als Befreier zu begrüßen.

Der Feldzug von 1636 schien die größten Entscheidungen bringen zu müssen; von Banner erwartete man alles Kühnste.

Aber er hielt sich behutsamer, als man von ihm gewohnt war. Er ließ es geschehen, daß die Sachsen Magdeburg zu belagern begannen, während Morzin Stargard wieder nahm, schon auch Greifenhagen angriff. Die Schweden kämpften wie mit halber Kraft; was lähmte sie?

Als der französische Gesandte — schon standen die spanisch-östreichischen Völker tief in Frankreich, Johann von Werth streifte bis vor Paris — Banner drängte, endlich vorzugehen, antwortete dieser, er fürchte die dritte Partei.

Dänemark hatte sich mit den braunschweigischen Fürsten und mit Mecklenburg-Schwerin vereinigt, der Krone Schweden gewisse Artikel, auf die sie die Friedenshandlung übernehmen wollten, vorzulegen, und wenn die Schweden die Annahme versagten, die Waffen gegen sie zu ergreifen. Der Gedanke war vom spanischen Hofe angeregt worden,[121]) und der Kaiser belohnte Mecklenburgs Eifer durch Bewilligung eines Elbzolles, wie ihn Dänemark schon erhalten hatte. Es war ein neuer Riß in das System des Prager Friedens, oder richtiger ein Schritt weiter in dessen Durchbildung; in dem Maaße, als sich diese politische Gruppe in Norddeutschland entwickelte, sank die Bedeutung Sachsens.

In demselben Sinne war es, daß der Kaiser Morzin, der bisher unter kursächsischem Befehl gestanden, von demselben entband, ein zweites Heer unter Hatzfeld in die Marken sandte, beiden die Weisung gab, dem Kurfürsten von Brandenburg „auf jedesmalige Forderung zu succuriren". Schon dachte man am Hofe zu Berlin daran, die eigenen Regimenter, die mit Sachsen vereint nur Schaden und Schande hatten, wieder an sich zu nehmen, „zu zeitlicher Abwendung ferneren besorgenden Unheils". Ja, Schwarzenberg, der zum Wahltage nach Regensburg gesandt wurde, erhielt den Auftrag, darzulegen, wie manche Mißstände dadurch entständen, daß an der Spitze der kaiserlichen Truppen im Norden „kein vornehmes Capo stehe", und damit des Kurfürsten Wünsche anzudeuten.[122])

Mit Hatzfelds Ankunft gewann der Krieg an der Elbe neues Leben. Anfangs Juli fiel Magdeburg; selbst Havelberg, selbst die Werbener Schanze vermochte Banner nicht zu halten; nur der Elbpaß bei Dömitz sicherte ihm noch die Verbindung mit Pommern. Schon standen Hatzfeld

und Johann Georg bei Perleberg, sie erwarteten die brandenburgischen Regimenter von Brandenburg, die Morzin'schen von der Oder her, um auch Dömitz zu nehmen. Da endlich raffte Banner alle Kraft zusammen, eilte über die Elbe, den Feind, ehe er jene Verbindungen hergestellt, zu treffen; in der blutigen Schlacht von Wittstock (24. September) schlug er ihn vollkommen. Die Kaiserlichen eilten, in Magdeburg Zuflucht zu suchen; Johann Georg ging bis Meißen zurück; verfolgend drang Banner bis Leipzig, warf sich dann auf Thüringen, nahm Erfurt. Mit jedem Tage wuchsen die Wirkungen der Schlacht.

Brandenburg schien unrettbar verloren. Der Kurfürst war wieder nach Peitz geflüchtet; er sandte Markgraf Sigismund nach Berlin, mochte er sehen, wie er helfe. Die brandenburgischen Regimenter unter dem sächsischen General Klitzing, angeblich 3500 Mann, lösten sich bis auf einige hundert Mann auf; Conrad von Burgsdorf, der in Spandau stand, forderte Geld oder seinen Abschied. Die Herren Stände in den Kreisen beriethen, wie sie sich mit den Schweden verständigen, sich „bei dem ihrigen noch wenigen" erhalten könnten; es gab Viele, die nach den furchtbaren Erpressungen, welche die kaiserlichen, sächsischen, brandenburgischen Truppen im Lande geübt, Gott gedankt hätten, wenn man sich ganz den Schweden hingegeben hätte.

Für Schweden lag Alles daran, Brandenburg zu sich herüberzuziehen. Banner forderte (7. October), daß man sofort einige vom Rathe oder von den Ständen an ihn sendete, er wolle der Principalen Streit die Landschaft und Unterthanen nicht entgelten lassen. Da nicht sogleich Antwort erfolgte, ließ er Wrangel gegen Berlin rücken, alles Furchtbarste drohen. Da mußte der Markgraf wohl nachgeben; zunächst, daß Berlin und Cöln von den Schweden besetzt würden: „sonst wäre kein einziges Gebäude in diesen beiden Städten, den Vorstädten und dem Werder stehen geblieben." [123]) Dann wurde weiter unterhandelt; mit Genugthuung vernahm Wrangel, wie „der gemeine Ruf sei, der Kurfürst werde leichtlich zur schwedischen Partei wieder umtreten"; er forderte nur die Uebergabe von Spandau, die Mitbesetzung von Küstrin; die Ritterschaft in der Uckermark, Priegnitz, Havelland schloß jede für sich mit den Schweden ab, verpflichtete sich zu Contributionen. Die Stimmung des gemeinen Mannes war unzweifelhaft für Schweden.

Der Kaiser — schon war er in Regensburg — hatte sofort nach der Nachricht von der Schlacht an den Kurfürsten geschrieben (18. October): „er werde alle erforderliche Assistenz leisten, wenn der Feind ihn bedrohe,

er möge sofort solche Anstellungen verordnen, daß der Feind nicht durchbrechen könne." Bald zeigte sich, daß die Gefahr größer sei, als man in Regensburg gedacht hatte; man erfuhr, daß in Berlin bereits um „Particulartractaten" verhandelt werde. Schwarzenberg war auf das Aeußerste besorgt, daß die Götze, Pfuel, Leuchtmar jetzt mit ihren Plänen durchdringen könnten; „ich will nicht vermuthen", schrieb er nach Peitz, „daß sich Leute finden, die dergleichen rathen"; er meldete dem Kurfürsten, „der Kaiser würde ihm gern einen guten Theil der Kreisdirection übertragen, wenn es Kursachsens halber geschehen könne." [124]) Woche auf Woche verging, ohne daß die versprochene kaiserliche Hülfe erschien.

Es war ein Moment, den Brandenburg, geschickt geleitet, in mehr als einer Weise hätte ausbeuten können.

Noch war die Wahl in Regensburg nicht vollzogen. Frankreich und Schweden hatten gegen dieselbe im Voraus protestirt, weil die Stimme von Trier, die von Kurpfalz fehle; Kursachsen weigerte sich, zur Wahl zu schreiten, bevor der Kaiser nicht die allgemeine Amnestie verkündigt habe, „da durch diesen und keinen anderen Weg das Reich innerlich und in sich beruhigt werden könnte." Auch die brandenburgische Gesandtschaft war in diesem Sinne instruirt.

Man brauchte nur darauf zu beharren, um den Kaiserhof in dem Mittelpunkte seiner Politik zu treffen.

Und statt die Marken, nachdem der Prager Frieden sie des eigenen Waffenschutzes beraubt, mit höchster Anstrengung zu vertheidigen, hatte das kaiserliche und Reichsheer sie erst auf das Heillosește ausgesogen, dann preisgegeben. Wie, wenn der Berliner Hof, nun dem Zwange der Noth folgend, sich mit Schweden verständigte? Wie, wenn er den besseren Schutz eines schwedischen Bündnisses suchte?

Noch ein anderer Weg bot sich, wenn dieser zu gewagt erschien. Die Marken hatten, selbst wenn die deutsche Heeresmacht wieder vordrang, nur noch die gräßliche Aussicht, des Weiteren sedes belli zu sein; der Kurfürst war außer Stande, sie zu schützen; nach dem Prager Frieden mußte er ihren Schutz Kaiser und Reich anheimgeben. Schon hatte er seine Gemahlin und Töchter nach dem jetzt ruhigen Preußen gesandt; [125]) er konnte ihnen dorthin folgen. Und die cleve-märkischen Stände hatten nicht ohne des Prinzen von Oranien Rath an den Kurfürsten den Antrag gestellt, ihre Lande für neutral zu erklären, den in Holland weilenden Kurprinzen ihnen als Statthalter zu geben; [126]) es war das eifrigste Bemühen der Generalstaaten darauf gerichtet, für sich gegen Kaiser und Reich in

Neutralität zu bleiben, und dieß ihr System über die nächstliegenden Reichsgebiete am Rhein und bis zur Weser auszudehnen. Wie, wenn jetzt der Kurfürst auf jene Anträge einging, wenn er seinen westlichen Landen unter dem Schutze der Staaten eben so Frieden gab, wie die östlichen schon hatten, wenn er in ihnen die Mittel sammelte, in den mehr und mehr sich erschöpfenden Kampf um Norddeutschland zur rechten Zeit entscheidend einzugreifen?

Ich kann nicht nachweisen, ob und wie weit solche Möglichkeiten in Berlin und Peitz erwogen worden sind; gewiß ist, daß in den Verhandlungen zu Berlin gegen die schwedischen Herren offen „von unverrückter Affection des Kurfürsten, gezwungener Conjunction mit dem Feinde, nur bedingungsweise erfolgter Annahme des Prager Friedens, vielfältigen Disgusten, täglich weiter sich öffnenden Augen" gesprochen worden ist.

Dann endlich, Anfangs November, wurde in Peitz in Gegenwart des Kurfürsten Rath gepflogen und beschlossen, bei dem Prager Frieden zu beharren, den mit Wrangel verabredeten Vertrag nicht zu genehmigen, die Schweden „mit wirklicher Hostilität anzugreifen und zu dem Ende zu werben." [127]) In Folge dessen wurde an Wrangel die Antwort gesandt: die beiden Festungen könne man ihm nicht einräumen, da sie nicht des Kurfürsten, sondern des Reiches seien. Schon waren einige kaiserliche Regimenter aus Schlesien herangekommen, hatten sich mit Klitzing vereint, marschirten auf Frankfurt. Wrangel wich vor ihnen nach Pommern zurück. Zugleich bot Markgraf Sigismund, da Brandenburg und Mainz vom Reich mit Schweden den Frieden zu unterhandeln beauftragt sei, einen Waffenstillstand, aber unter Bedingungen, die Wrangel verwerfen mußte. [128])

Was hatte den schwankenden Kurfürsten entschieden? Daß die kaiserliche Hülfe wochenlang zögerte, hatte Schwarzenbergs Einfluß ins Schwanken gebracht; und sie zögerte, so scheint es, weil Brandenburg mit Sachsen die Wahl nicht ohne die allgemeine Amnestie gewähren wollte. Da gab Schwarzenberg, ich weiß nicht, ob mit oder ohne seines Kurfürsten Zustimmung, die Amnestie auf, „daß also die kursächsischen Gesandten allein und dem Werke nicht mehr gewachsen waren". Es folgte die Zusendung der schlesischen Regimenter, und am 12. December wurde Ferdinand III. zum Nachfolger seines Vaters erwählt.

Die Welt erstaunte, daß so Großes, die Lebensfrage für die östreichische Politik, so rasch, so leichten Kaufes entschieden wurde. Man

meinte, Brandenburg habe wegen Pommerns, wegen Jülichs bestimmte Zusicherungen erhalten.

Wenigstens von Einer Begnadigung, die Schwarzenberg seinem Herrn mitbrachte, erfuhr man sofort; es war ein kaiserliches Patent, welches den Kurfürsten „zu Ihro kais. Maj. Generalissimus" ernannte.

Georg Wilhelm war ein siecher Mann; ein offener Schaden am Schenkel, an dem er seit Jahren litt, erlaubte ihm nicht mehr, zu Pferde zu steigen. Auch wird der Kaiser nichts weniger als Heldenthaten von ihm gewünscht haben. Aber indem diese Ernennung den Kurfürsten von seiner militairischen Unterordnung unter Kursachsen befreite, machte sie die politische Abhängigkeit vom Kaiserhofe um so größer und jede fernere Annäherung an Schweden unmöglich.

Von Anfang her hatte der Prager Frieden im Lande viel Mißbilligung gefunden; die Wittstocker Schlacht hatte die Stimmung nur noch mehr den Schweden zugewandt; die schonende Art, mit der Wrangel bei seinem Vordringen verfuhr, hatte ihm Aller Herzen gewonnen; wo die kaiserlichen und sächsischen Truppen weder Geld, noch Lebensmittel mehr hatten erpressen können, war den Schweden beides reichlichst geboten. Daß Schwarzenberg jetzt den Kurfürsten völlig auf des Kaisers Seite zog, mußte die Kluft zwischen dem Lande und dem Landesherrn um so größer, mußte ihn seinem Herrn um so unentbehrlicher machen.

Noch einmal war seinen Gegnern möglich gewesen, Einfluß zu gewinnen, seine Stellung zu gefährden. Jetzt forderte auf seine Anregung Markgraf Sigismund den Kanzler Götze zur Rechenschaft, „weil er nicht nur in seinem Herzen schwedisch gesinnt, sondern auch in schwedischer Bestallung sei". Allerdings hatte Götze früher eine Magdeburger Domherrnstelle von der Krone Schweden angenommen; aber, so erklärte er, er habe nie einen Heller Einkommen davon gehabt. Seine Rechtfertigung war vergebens, ein kurfürstliches Rescript, von Schwarzenberg verfaßt, voll schärfsten Tadels, verwies ihn von seinem Kanzleramt und aus dem Geheimenrath.[129] Schon hatten sich auch Pfuel und Leuchtmar veranlaßt gesehen, ihre Rathsstellen aufzusagen und das Land zu verlassen. Ihre Stellen wurden nicht wieder besetzt, ein Kanzler und Director des Geheimenraths nicht wieder ernannt.

Noch weniger war Schwarzenberg, im Besitz der alleinigen Leitung des Regiments, gemeint, sich die Herren-Stände drein reden zu lassen. Auch nicht mehr die „angesehensten unter ihnen", wie zuletzt bei den Erörterungen über den Prager Frieden geschehen war, wurden berufen,

geschweige denn ein gemeiner Landtag; in den wichtigsten Fragen, „woran des Landes Gedeihen und Verderben gelegen", entschied man ohne „das Land". Und der währende Kriegs- und Gewaltzustand in den Marken machte es möglich, Steuern und Leistungen zu befehlen und zu erzwingen ohne ständische Bewilligung.

Wenn die Stände vier Jahre später beim Regierungswechsel dem neuen Landesherrn vorstellen, wie schwerer Schaden dem Lande daraus erwachsen sei, daß man „erfahrene und wohl meritirte Räthe abgeschafft, daß man Urtheile des Kammergerichts ohne Untersuchung durch bloße Decrete reformirt", wenn sie ihn bitten, „seine getreuen Lande forthin keinem absoluten dominatui, wie bis daher leider geschehen, allein zu übergeben, sondern entweder selbst zu regieren oder durch treue verständige Patrioten regieren zu lassen, so ist damit das System bezeichnet, mit dem Schwarzenberg seine Stellung fest zu gründen glaubte.

Rasch entwickelten sich die weiteren Folgen dieses absoluten Dominats.

Der letzte Herzog von Pommern krankte dem Grabe zu. Und Schwarzenberg hatte von Regensburg die bestimmtesten Zusagen des Kaisers mitgebracht: „auch nicht einen Bauer solle der Kurfürst von Pommern zurücklassen oder verlieren".

So wie Ferdinands III. Wahl erfolgt war, begannen die umfassendsten Vorbereitungen zum Feldzuge gegen die Schweden. Ein kaiserliches Heer zog vom Rhein her, Hessen verwüstend, nach Thüringen, ein zweites sammelte sich im Voigtlande, durch Mähren zogen Schwärme von Kosacken heran.

Banner zog seine Streitkräfte zwischen Torgau und Wittenberg zusammen, entschlossen, dort so lange als möglich der Uebermacht zu trotzen, während Wrangel mit freilich nur 4000 Mann Pommern behaupten sollte.

In Pommern selbst war die höchste Aufregung; begreiflich, daß man die Schweden los zu werden wünschte, die sich um die Freiheiten und Rechte der Stände eben so wenig, wie um die Klagen der überbürdeten Unterthanen kümmerten; man hoffte, gleich nach dem Todesfall werde Markgraf Sigismund nach Stettin kommen, die Huldigung zu empfangen, die Privilegien zu bestätigen; man meinte, die Friedenshandlung mit Schweden werde ihm den Vorwand dazu geben. Mehrmals war Arnim von Boitzenburg aus nach Stettin gekommen; man vermuthete, daß er in dem großen Umschwung der Dinge, den der neue Feldzug bringen sollte,

eine Rolle zu spielen habe und daß er im kursächsischen Auftrag thätig sei; nach Polen, nach Dänemark hin gingen seine Boten.

Aber schwedischer Seits wurde die Zusammenkunft in Stettin verbeten; sie wurde am 6. März in Vierraden gehalten. Am 7. März erschien ein schwedisches Commando in Boitzenburg, hob Arnim auf, führte ihn gefangen nach Schweden ab. Am 10. März starb der Herzog.

Schweden bestritt keineswegs die Erbrechte Brandenburgs, aber bis zur geleisteten Satisfaction, so war bereits im Februar den Ständen erklärt worden, werde das Land nach dem Vertrage von 1630 besetzt bleiben; doch sei man bereit, die „Interimsregierung", die der Herzog bereits 1634 mit Zustimmung Brandenburgs eingesetzt hatte, die Regierung fortführen, die Regalien und landesherrlichen Rechte bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Mit diesen Anträgen waren Abgeordnete der Räthe und Stände nach Küstrin zum Kurfürsten gekommen; sie erklärten, daß sie dessen landesfürstliche Succession und Landeshoheit — sie brauchten den Ausdruck jura superioritatis — durchaus anerkenneten und aufrecht erhalten wollten; aber sie müßten auch bitten, daß man auf den Zustand des zur Zeit ganz von den Schweden besetzten Landes Rücksicht nehmen wolle.

Sie fanden nichts weniger als freundliche Aufnahme; jener Vertrag von 1630 sei brandenburgischer Seits nie anerkannt, auch der Artikel 14, der der Krone Schweden bis zur anderweitigen Entschädigung Pommern überweise, ohne Vorwissen des Herzogs eingeschoben. Die Mandate, die der Kurfürst ausfertigen ließ, weigerten sie sich mitzunehmen, Mandate solches Inhaltes, daß Rath und Stände jeden, der sie annehmen oder verbreiten würde, für einen Feind des Vaterlandes erklärten. Dann folgte das kurfürstliche Besitzergreifungspatent, begleitet von einem Aufruf an die pommerschen Vasallen und Unterthanen, ihrem jetzigen Landesherrn mit Aufbietung aller Mittel die Schweden verfolgen zu helfen. Dem Trompeter, der es überbrachte und dabei den Schweden in die Hände fiel, rettete nur die Fürbitte der Stände das Leben; „mit ganz spöttischen Worten" wurde er heimgesandt.

Man war am Hofe zu Küstrin der Zuversicht, demnächst auch ohne Hülfe der Stände und trotz der Schweden in den Besitz des Landes zu gelangen; man hatte die Aussicht, die eigene Sache mit den eigenen Truppen durchzuführen; der Kaiser hatte zu dem Titel des Generalissimus

ein neues Zugeständniß hinzugefügt, die Aufstellung brandenburgischer Feldregimenter.

Den Anlaß dazu hatte gegeben, daß mehrere dienstlose Obristen sich in Wien erboten hatten, im Herzogthum Preußen für den Kaiser zu werben; der Kurfürst war darüber in einiger Aufregung; darauf kam aus Wien die Erklärung: der Kaiser werde es ebenso gern sehen, wenn die Werbungen für den Kurfürsten und in dessen Namen geschähen.

Es scheint nicht, daß Schwarzenberg dieß kaiserliche Erbieten veranlaßt, ja nicht einmal, daß er dessen Annahme lebhaft empfohlen hat.[130]) Vielleicht waren es die Arnim, Klitzing, Rochow, andere „Kriegspersonen", die doch auch ihren Einfluß auf den Kurfürsten hatten, vielleicht des Kurfürsten eigene Velleität, endlich einmal etwas Großes zu leisten; und Schwarzenbergs Sache war es dann, die beschlossene Sache in diejenige Form zu bringen, die seiner Richtung entsprach. Er sandte Blumenthal, die weiteren Verhandlungen mit dem Kaiserhofe zu machen; sie kamen am 12. Juni in Prag zum Abschluß.

Schwarzenberg hat später den Ausdruck gebraucht: „mit dem Gelde des Kaisers seien die brandenburgischen Truppen geworben worden." Nach dem Prager Frieden und dem Regensburger Schluß hatte Brandenburg 200 Monate (365,000 Gulden) zu zahlen. Indem der Kaiser dem Kurfürsten diese zu den Werbungen überwies, indem er 60,000 Thaler hinzufügte, hatte er ihm allerdings „über 400,000 Thaler zugewandt"; daß der Wiener Hof unter andern vom Markgraf Hans her dem Kurfürsten 170,000 Thaler schuldete, daß nach dem Prager Frieden von jenen 200 Monaten abgezogen werden mußte, was das Land an Einquartierung und Verpflegung geleistet hatte, daß diese Leistungen seit dem Herbst 1635 bei Weitem mehr, über vier Tonnen Goldes betrugen, blieb außer Rechnung; der Kurfürst übernahm, für jene Summen 1000 Mann zu Roß, 6000 zu Fuß zu werben, „und wurde ihm die ganze Kur Brandenburg zum Musterplatz in Ruhe freigelassen". Diese Truppen sollten in drei Monaten errichtet sein, im ersten Monat vom Kurfürsten, später aus den in Prag und Regensburg dem Reiche auferlegten Römermonaten unterhalten werden; sie sollten in des Kaisers und Reiches Pflicht genommen, dem Commando des Kurfürsten untergeben werden; ihr Diensteid sollte lauten: „daß sie dem Kaiser und an dessen Statt dem Kurfürsten zu Brandenburg gehorsam sein wollten, damit das Herzogthum Pommern ihm, als seinem natürlichen Erbherrn, recuperirt werde.[131])

Es war ein im höchsten Maaße ungleiches und verworrenes Verhältniß. Nicht bloß, daß die Erwerbung Pommerns, zu der nach dem Prager Frieden Kaiser und Reich verpflichtet waren, nun dem Kurfürsten zugeschoben wurde; er übernahm es, ein Heer zu werben, das ihm nur zu diesem Zweck zur Verfügung stehen sollte, es für Geldsummen zu werben, für die er bereits durch die Feldzüge quitt geworden war, welche sein Land zwei Jahre hindurch ausgesogen hatten, ohne ihm Pommern zu erwerben. Wenn ihm nun die Eroberung Pommerns nicht gelang, so war es seine Schuld und der Kaiser war seiner Verpflichtungen ledig; gelang sie aber, so war es des Kaisers Heer, das diese Lande gewonnen hatte, und es stand bei ihm, wie weit er dieselbe militairisch und finanziell in Anspruch nehmen wollte; der Diensteid der Truppen selbst war so verclausulirt, daß man gelegentlich alles Mögliche daraus machen konnte;[132]) ausdrücklich zur Handhabung des Prager Friedensschlusses verpflichteten sie sich. Endlich: des Kurfürsten Vasallen und Unterthanen, aus denen die neuen Regimenter gebildet wurden, traten von nun an auf den Namen ihres Kurfürsten unmittelbar in des Kaisers Dienst und Pflicht; sie kamen damit in ein Doppelverhältniß, das ihnen militairisch eine ähnliche Stellung gab, wie politisch die Stände im Herzogthum Preußen hatten und zu benutzen verstanden; bald genug sollte es offenbar werden, was es bedeutete, daß die landesherrliche Gewalt in den Kurlanden bei währendem Kriegsstand auf die bloße Civilobrigkeit reducirt war.

Diese völlige Hingebung an die kaiserliche Politik hatte noch nach einer anderen Seite hin Wirkungen bedeutsamer Art.

Noch immer war der Kurprinz in Holland, unermüdlich zu sehen und zu lernen, sich auf den Beruf, der ihn einst erwartete, vorzubereiten. Denn darauf ganz war des kurfürstlichen Jünglings Sinn gewandt; ein Segenswort, das die Mutter ihm zum Abschied gesagt, haftete fest in seinem Sinne. Es bezeichnet ihn, wie er aus einem Kreise junger Cavaliere und ihren verführerischen Gelagen sich losriß und zum Prinzen von Oranien ins Fedlager bei Breda eilte, — „eine größere That", sagte der Prinz, ihn und sich ehrend, „als wenn ich Breda nehme".

Zu der Politik Schwarzenbergs stimmte dieser Aufenthalt des Kurprinzen nicht mehr; ihm mußte es bedenklich scheinen, daß der Prinz dort, wo Alles Kampf gegen Spanien athmete, an diesem Herde der großen europäischen Opposition gegen das Haus Habsburg, unter den Eindrücken des Hofes von Haag, des oranischen Feldlagers lebte, Eindrücke, welche die anziehenden Briefe des Prinzen über die politischen und kriegerischen

Vorkommnisse, die er beobachtete, nur zu deutlich wiederspiegelten; [133]) nicht minder bedenklich, daß er gern und oft in Doornwaard weilte, wo seines Oheims Wittwe, die Böhmenkönigin mit ihrem Erstgeborenen Karl Ludwig, der hier Kurfürst von der Pfalz hieß, und ihren heranblühenden Töchtern bescheiden Hof hielt.

Schon im Juni 1636 gab die Pest, die in Holland grassirte, den Vorwand, den Kurprinzen zur Heimkehr aufzufordern; „er möge", schrieb ihm der Vater, „zur See über Hamburg nach Königsberg gehen, wo er seine Mutter, Großmutter und das Fräulein (seine Schwester) treffen werde." Aber erst nach Schwarzenbergs Rückkunft aus Regensburg wurde des Kurprinzen Heimkehr bestimmt beschlossen.

Ich weiß nicht, ob es beachtenswerth ist, daß eben jetzt beim Tode Ferdinands II. (17. Februar 1637) in des Kurfürsten Umgebung erwogen wurde, „ob zur Condolenz auch das noch unverheirathete kaiserliche Fräulein anzusprechen sei". Man melde ihm aus Wien, schreibt Schwarzenberg dem Kurfürsten, [134]) was für Practiken gemacht würden, den Kurprinzen aus dem Pfälzer Hause heirathen zu lassen und in das clevische Land zu bringen, um ihn so gleichsam unter der Herren Staaten und Oraniens Tutel zu bringen und dem Reich zu entfremden; der Kaiser sei wenig damit zufrieden, er werde es gern sehen, wenn der Kurprinz an den kaiserlichen Hof komme und werde gern einen Theil der Kosten tragen. Er fügt hinzu: „die Kurfürstin und ihre Mutter würden freilich diesen Vorschlag nie annehmen, aber eben so wenig dürfe er verschweigen, wie hoch dahin getrachtet und practisirt werde, jene Heirath und die clevische Statthalterschaft durchzusetzen, wozu des Kaisers wegen nie die Zustimmung gegeben werden dürfe, wie viele auch deren seien, die in ein Horn blasen".

Allerdings hatte Oranien, die clevischen Stände, der Kurprinz selbst von Neuem um die Uebertragung der Statthalterschaft gebeten; „die Rettung des Landes hange von einem im Lande residirenden neutralen Haupt ab". Der Kurfürst wies die Bitte der Stände in sehr ungnädigen Ausdrücken zurück. [135]) Dem Sohne sandte er die wiederholte Weisung, über Hamburg oder Frankfurt zurückzukehren; er verwies ihm, da er bald diese, bald jene Bedenken einwandte, sein unangemessenes Zögern, er drohte, ihm die ferneren Mittel zum Unterhalt zu entziehen; dann wieder begütigte er ihn mit der Zusicherung, „es sei die Absicht nicht, ihn in eine ihm widrige Heirath zu stecken oder ihn an solche Orte zu senden, die ihm widrig wären", er fordere nur, daß der Sohn ohne sein Wissen und

Willen sich in keine Heirath einlasse und insonderheit für jetzt alle solche Sachen einstelle, widrigenfalls er, der Vater, es nicht genehmigen und ratificiren werde. Daß sich Oranien (12. September) für einen längeren Aufenthalt des Prinzen verwandte, daß die clevischen Stände nochmals (25. September) ihre Bitten vorbrachten, machte die Sache noch übler; es kamen Weisungen, Drohungen, die den Prinzen das Aeußerste, „höchste Ungnade", förmliche „Verstoßung" fürchten zu lassen schienen. Er hatte die Ueberzeugung, daß Schwarzenberg allein den Kurfürsten so dränge und verbittere, daß Schwarzenberg mit den schlimmsten Plänen umgehe, daß er in Allem den kaiserlichen Hof als Rückhalt habe. Wie es scheint, die Besorgniß, daß irgend ein Act reichsoberhauptlicher Willkühr eingeleitet werde, sein Recht und seine Zukunft zu vernichten, bestimmte ihn endlich, Folge zu leisten; Anfangs 1638 verließ er Holland.

Indeß hatte der Krieg eine überraschende Wendung genommen.

Banner hatte sich im Frühling 1637 trotz der wachsenden Uebermacht, mit der ihn Gallas umstellte, bei Torgau und Wittenberg behauptet. Schon war er von Wrangel in Pommern durch die kaiserlichen und Reichstruppen an der Spree und Oder völlig getrennt, Magdeburg und die Werbener Schanze hatte der Feind inne; nun fiel auch Wittenberg; immer dichter wurde er umstellt; er war „wie ein Wild im Netze", und nur noch ein kühnes Wagniß konnte ihn retten.

Zum Abmarsch rüstend, als wolle er nach Thüringen, wandte er sich plötzlich ostwärts, ging in Eilmärschen durch die Lausitz, über die Oder nach Landsberg, dort, wie er hoffte, den Warthepaß zu besetzen, um sich mit Wrangel, der auf dem rechten Oderufer gegen Küstrin vorzudringen zugesagt hatte, zu vereinigen. Der staunenswürdige Zug gelang; die Vorhut besetzte Landsberg, aber auf den Höhen hinter der Stadt stand Kriegsvolk in voller Schlachtordnung; es war Gallas, der auf der kürzeren Linie über Baruth und Küstrin nach- und vorausgeeilt war. Banner erkannte die Unmöglichkeit, hier durchzubrechen; mit einer neuen Scheinbewegung, als wolle er nach Polen, den Gegner täuschend und irre leitend, wandte er sich plötzlich zurück zur Oder, durchwatete sie zum zweiten Male, drängte Klitzing, der sich von dem nahen Küstrin auf ihn warf, nicht ohne Mühe zur Seite,[136]) erreichte am 3. Juli hinter der Finow Wrangels Vorhut.

Er hatte sein Heer und seine Ehre gerettet; aber von allen Seiten drängte Uebermacht nach; kämpfend wich er aus Vorpommern auf das feste Stettin zurück; selbst die Inseln Usedom und Wollin fielen in Feindes

Hand; nur in Stralsund, Greifswald, Anclam, in den mecklenburgischen Hafenstädten hielt sich noch schwedische Besatzung. Ein glücklicher Handstreich gegen Landsberg sicherte wenigstens Hinterpommern.

War der Zweck des Feldzuges, wie geglaubt und gesagt wurde, Pommern seinem rechtmäßigen Herrn zu erobern, so mußte es auffallen, daß Gallas die brandenburgischen Truppen die Elbe abwärts und gegen Mecklenburg vorgehen ließ, sie dann zur Deckung der Neumark nach Küstrin zurückrief; mehr noch, daß er so viele und bedeutende Städte und Kreise Pommerns einnahm, ohne sofort die Huldigung für Brandenburg zu veranlassen.[137])

Mecklenburg hatte Truppen geworben, nöthigte die brandenburgische Besatzung, Dömitz zu räumen; Georg von Braunschweig hatte die brandenburgisch-sächsischen Truppen aus seinem Bereich abgewiesen, Lüneburg, Winsen u. s. w. selbst besetzt. Die Neutralität des niedersächsischen Kreises unter Führung Dänemarks wurde jetzt öffentlich ausgesprochen, wie es schien, unter Zustimmung des kaiserlichen Hofes. Zugleich war der kaiserliche Geheimerath Graf Kurtz in Hamburg, unterhandelte mit Adler Salvius; man begann zu muthmaßen, daß der Kaiser den Frieden mit Schweden mit der Abtretung Pommerns zu erkaufen Willens sei.

Allerdings lag der spanisch-östreichischen Politik Alles daran, mit Schweden zu irgend einem Schluß zu kommen, um sich mit aller Kraft gegen Frankreich wenden zu können. Der glänzend begonnene Feldzug von 1636 hatte resultatlos geendet; Banners Sieg bei Wittstock hatte die Kaiserlichen gezwungen, aus Frankreich zu weichen. Jetzt war die spanische Macht in Belgien durch das Vordringen Oraniens von Norden her — schon umlagerte er Breda — und die gleichzeitige Bewegung Frankreichs gegen die Festungen an der Maas und Somme so gut wie gelähmt, und am Oberrhein hatte Bernhard von Weimar das entschiedene Uebergewicht. Sollte das für Spanien und Oestreich höchst wichtige Lothringen nicht völlig verloren gehen, so war es die höchste Zeit, alle Kraft zu einem entscheidenden Stoß hier zu sammeln. Jetzt, wo die Schweden bis auf das Aeußerste gebracht schienen, mußten sie gern bereit sein, einen Frieden anzunehmen, der ihnen mehr gab, als sie augenblicklich inne hatten. Wenn man ihnen Pommern opferte, so hatte im Reich gewiß niemand dagegen etwas einzuwenden außer Brandenburg, und dessen Einsprache schlug man nicht hoch an.[138]) Schon wurden auch evangelischer Seits Stimmen laut, welche es eine reichspatriotische Pflicht Kurbrandenburgs

nannten, Pommern daran zu geben, damit Friede werde; es sei eine Gewissenssache, ein casus conscientiae.

Wahrlich, dem Kurfürsten hätten endlich doch die Augen darüber aufgehen müssen, welche Rolle er spielte, und daß es Schwarzenberg sei, dessen Rathschläge ihn und sein Haus in so verächtliche Lage gebracht.[139]) Aber der Graf war mehr als je in Gunst; und Seitens des Kaiserhofes ließ man es nicht an gnädigen Erweisungen und Zusicherungen fehlen; man sprach von Entschädigungen in Schlesien, selbst die Zurückgabe Jägerndorfs ließ man hoffen.

Aber jene Hamburger Verhandlungen stockten, seit d'Avaux, der kühnste und gewandteste Diplomat der Krone Frankreich, gekommen war. Nicht lange, und ein neues Bündniß zwischen Frankreich und Schweden war fertig; man verpflichtete sich, den Krieg gemeinsam fortzusetzen, den Frieden nur gemeinsam zu schließen. Schon hatte Graf Kurtz unter der Hand mit Dänemark angeknüpft; er erhielt jetzt aus Wien die Weisung, den König aufzufordern, „daß er sich des Werkes gegen Schweden annehme und sich zu einer wirklichen Conjunction mit den kaiserlichen und Reichswaffen entschließe.“[140]) Und daß Christian IV. „längst gern einen Fuß in Pommern gehabt hätte“, daß er für seinen Sohn, dem der Kaiser bereits das Erzbisthum Bremen überlassen, sich jetzt auch um Kamin bemühe, war offenkundig.

Nicht Bedenken in Betreff Pommerns, Rücksichten auf das Recht Brandenburgs veranlaßten den kaiserlichen Hof, diesen Handel mit Dänemark aufzugeben. Mußte von Neuem mit den Schweden geschlagen werden, so war es ja Brandenburgs Interesse, sich gegen sie auf das Aeußerste anzustrengen.

Der Kaiser vollzog jetzt die Belehnung des Kurfürsten mit Pommern. Und der Kurfürst verpflichtete sich, seine Werbungen auf 25,000 Mann zu bringen, sie im Frühling ins Feld rücken zu lassen; er erließ einen feierlichen Protest gegen die von den pommerschen Ständen ohne seine Theilnahme eingesetzte Interimsregierung (27. Februar) und gebot derselben die Einstellung ihrer Functionen. Sie hatte damit den letzten Vorwand ihrer Scheinexistenz verloren, sie löste sich auf.

Wenn nun Brandenburg den großen Worten auch große Thaten hätte folgen lassen.

In der That wurde im Frühjahr geworben; es wurden große Summen vergeudet, um schließlich kaum 6000 Mann zusammenzubringen. Die 23 Obristen, ihre Obristlieutenants und Hauptleute, fast durchgehend

brandenburgische und preußische Edelleute,[141]), leisteten Unglaubliches in Betrügerei und Gaunerei bei der Werbung; freilich noch ärger verstanden sie zu prellen und Gewinn zu machen, nachdem sie ihre Kompagnien und Regimenter bei einander hatten. Obrist v. Kehrberg ließ sich für 1200 Mann Sold und Verpflegung anweisen und hatte nicht 80 unter den Fahnen; des General v. Klitzing Regiment sollte 2000 Mann und 600 Dragoner haben und war nicht 400 stark; Conrad v. Burgsdorf hatte statt 2400 Mann nicht ganz 600; und wenn man von diesen 600, meint Schwarzenberg, die etwa 200 tüchtigen Leute abnehme, so würden nichts als sauerfüßige und nichtswürdige Jungen übrig bleiben."

„Die große Werbung", schreibt Schwarzenberg, „hat dem Lande wehe gethan; es ist ein elender Zustand, das Land geht vollends zu Grunde."[142]) Schon seit 1635 lagen viele Aecker unbestellt, der Viehstand war zu Grunde gerichtet, ganze Dörfer verlassen, die Städte nahrungslos, verarmt, seit 1637 wüthete Pest und Hungersnoth; nur die äußerste Gewaltsamkeit konnte noch Unterhalt für die Truppen schaffen; mit „mehr als türkischen Tribulationen" erpreßten diese Obristen und Hauptleute Geld und Geldeswerth und bereicherten sich an dem jammervollen Untergang ihres Heimathlandes, ihrer Landsleute; alles Entsetzliche, was das Land erst von den Mansfeldern und Wallensteinern, dann seit dem Prager Frieden von den kursächsischen und kaiserlichen Völkern gelitten hatte, schien gering gegen die Habgier, Grausamkeit, Niederträchtigkeit der heimischen Soldateska.[143])

Während diese angeblich 25,000 an der Oder und die sächsischen Völker in Mecklenburg den neuen Feldzug begannen, und Gallas bei Schwerin stehend lässig zuschaute,[144]) langten bei Banner die ersehnten Verstärkungen aus Schweden an; in den ersten Julitagen, nun mehr als 24,000 Mann stark, begann er seine Bewegungen.

Eben jetzt war der Kurprinz heimgekehrt. Kann es zweifelhaft sein, daß er, der seine Schule vor Breda gemacht, vor Begier brannte, die Waffen zum Schutz der bedrohten Grenzen zu ergreifen? War doch Prinz Moritz von Oranien nicht älter, Prinz Friedrich Heinrich noch jünger gewesen, als sie ihre Heldenlaufbahn begannen; und wenn es irgend ein Mittel gab, diese losen, liederlichen Kriegshaufen zu Soldaten zu machen, in den Offizieren das erstorbene Gefühl der Ehre und vaterländischen Pflicht zu entzünden, so war es das, daß sich endlich einmal ein Fürst des Hauses an die Spitze stellte. Schon schlossen sich die Burgsdorf und andere dem Kurprinzen an;[145]) wie von selbst hätte sich Alles um ihn zusammengeschaart.

Daß des Kurprinzen Rückkehr in allen Formen völliger Versöhnung und hergestellten Vertrauens gefeiert wurde, versteht sich von selbst. In Folge eines Festes, das ihm Graf Schwarzenberg gab, erkrankte er; er selbst hat in spätern Jahren noch die Ueberzeugung ausgesprochen, daß ihm Gift gegeben sei.[146]) Vielleicht mit Unrecht; gewiß aber war das Verhältniß des Vaters zum Sohn gründlichst vergiftet; nur so konnte der Graf die Stellung behaupten, die er hatte, und die Politik fortsetzen, auf welche man in Wien rechnete, jetzt mehr als je rechnen mußte.

Er hielt noch eine weitere Maaßregel für nothwendig. Denn auf seinen Rath wird es geschehen sein, daß der Kurfürst mit dem Prinzen, der zu nahen Gefahr zu entgehen, nicht wie sonst nach Peitz und Küstrin, sondern nach Preußen ging, indem er den Grafen mit ausgedehntester Vollmacht als Statthalter zurückließ. Selbst der Kaiser antwortete auf die Anzeige davon: „er würde lieber gesehen haben, daß J. L. bei den gegenwärtigen gefährlichen Conjuncturen selbst persönlich in ihrem Kurfürstenthum geblieben wären."[147])

Vielleicht gab ein großes Project, das eben jetzt eingeleitet wurde, den Vorwand zu dieser Reise.

Nicht ohne Einwirkung Spaniens und des Kaisers arbeitete König Wladislaus daran eine polnische Marine zu schaffen, deren Zweck, da er in den Augen der katholischen Welt immer noch für den rechtmäßigen König von Schweden galt, deutlich genug war. Er konnte erwarten, daß die polnische Libertät zu solchem Plane nicht eben die Hand bieten werde; es galt auf anderen Wegen die nöthigen Mittel zu schaffen. Hatte Gustav Adolph, wie die Meinung der Welt war, seine Kriege mit den Erträgen der Seezölle in den von ihm besetzten Häfen von Liefland, Preußen, Pommern, Mecklenburg geführt — der Delfter Kaufmann Peter Spiring war der Erfinder und Unternehmer dieser sehr lucrativen Licenteinrichtung — so hatte Wladislaus bald nach dem Stumsdorfer Waffenstillstand einen der Söhne Spirings in seinen Dienst gezogen, um mit der gleichen Einrichtung in den Häfen von Memel, Pillau, Danzig u. s. w. sich die Summen zu gewinnen, die er brauchte. Er hatte bei Danzig, bei dem Kurfürsten als Herzog von Preußen den härtesten Widerstand gefunden; der Versuch, ein polnisches Kriegsschiff unter falscher Flagge in das Fahrwasser von Pillau zu bringen, hatte zu einem ernsten Conflict geführt. Jetzt, nachdem Georg Wilhelm sich ganz der kaiserlichen Politik angeschlossen, in Verbindung mit ihr gegen die Schweden zu kämpfen ein großes Heer geworben hatte, lag es nahe, daß er in die entsprechende Verbindung mit Polen

trat, um so mehr da schon auch Spanien große Seerüstungen machte, um im folgenden Jahre, so hieß es, in den nordischen Gewässern einen entscheidenden Schlag zu führen. So erfolgte am 22. Juni der Abschluß eines Vertrages mit Polen, in dem der Kurfürst zugab, daß in Pillau und Memel für zwei Jahre eine „gemeine Anlage" von vier Procent auf alle ein- und ausgehenden Waaren gelegt werde, unter der Bedingung, daß ihm die Erhebung zustehe, die Hälfte des Ertrages zufalle, die andere Hälfte von ihm an Polen ohne polnische Controlle zu zahlen sei; unter der ferneren Bedingung, daß der König die preußischen Stände anweise, eine Contribution zum Bau der Festungen Memel und Pillau zu bewilligen; „dem Könige von Polen zu Ehren" verpflichtete er sich einen der Spirings zur Leitung des Unternehmens in seinen Dienst zu nehmen. Zur Durchführung dieser Verabredungen — von den Städten, namentlich von Königsberg, deren Handel damit auf das Schwerste bedroht war, durfte man den schwersten Widerstand erwarten — mochte des Kurfürsten Anwesenheit in Preußen nothwendig erscheinen; kurz nach dem Abschluß jenes Köpenicker Vertrages zog er mit seinem Hofe nach Preußen.

Für die neugeschaffene Armee in den Marken war es wie ein Signal zur völligen Auflösung. „Wie Schaum auf dem Wasser zergehn die Regimenter", schreibt Schwarzenberg. In vier Wochen hatte Klitzing nicht 2000 Mann mehr im Feld; „es ist eine Schande", sagt er selbst, „bei so wenigem Volk den Namen eines Generals zu führen". Die Kriegszucht war bis auf die letzte Spur dahin, „viele Leute ziehen in allen Kreisen des Landes umher, als ob sie Salvagardien wären oder alte Reste eintreiben müßten; andere reisen im Lande auf und ab, rauben, plündern, treiben die Kühe bei 50 und 100 Stück fort, und geben sich für kaiserlich Volk aus; diese Buben werden darum so kühn, weil das Kriegsrecht, wo von den Kriegsofficieren Recht gesprochen wird, keinen einzigen bisher verurtheilt hat." Bald wurde man in Wien, bei den immer wachsenden Fortschritten Banners, auf diese Wirthschaft aufmerksam; Schwarzenbergs Sohn meldete von dort her: man sei am Hofe sehr übel zufrieden; Gallas stelle alle seine Entschuldigung darauf, schreibe den Grund alles Unglücks dem Kurfürsten zu; „das kommt", fügt der Vater hinzu, von dem unmäßigen Geiz der Officiere, die E. kf. D. so schandbar, als wohl nie gehört sein mag, betrogen haben."

Der „Generalissimus" dieser Armee war in Preußen; als sein Generallieutenant commandirte Klitzing, und ein Kriegsrath, in dem Blumenthal eine Hauptrolle spielte, hatte die „Kriegsexpedition und die

Contributionen", die Militairverwaltung unter sich. Aber Klitzing, der mit besonderer Meisterschaft Geld zusammenzuscharren verstand,[148] forderte, daß man ihm die Militairverwaltung übertrage; „das hieße", sagte Schwarzenberg, „der Katze den Käse befehlen"; und unter der Hand traf der General die Einleitung, in kaiserlichen Dienst zu treten. Obrist v. Dargitz, der in Garz commandirt und den wichtigen Platz schimpflich genug verloren hatte, forderte seine Demission, weigerte die geforderte Rechnung über die 50,000 und später 80,000 Thaler, die ihm zur Werbung angewiesen, lehnte jede Untersuchung über die „so gar geschwinde Uebergabe" von Garz ab: „er sei dem Kurfürsten keine Rechenschaft schuldig, da er zugleich in des Kaisers Pflicht stehe"; auf die Einwendung, daß jene Summen ihm „vom Kurfürsten allein ohne Zuthun des Kaisers gezahlt, auch vom Kurfürsten allein ihm Garz anvertraut sei", erklärte er: „vor dem General Gallas wolle er sich stellen"; in aller Stille bewarb er sich zugleich bei Gallas und bei Banner um Dienst. Auch Blumenthal dachte nur daran, „sein Heu ins Trockne zu bringen"; seit einem Jahr schon, sagt Schwarzenberg, bemühe er sich kaiserlicher Generalcommissar zu werden,[149] „ein wunderbarer Mann, geizig, böse, rascher, als man in einem Deutschen vermuthen sollte, er ist an vielen Ungelegenheiten und Geschwätzen schuld, auch ein großer Veranlasser von dem, was Klitzing und Burgsdorf begehen." Conrad Burgsdorf selbst, der zugleich entschlossenste, zügelloseste und verschlagenste unter den Officieren, der schon große Reichthümer zusammengeschlagen und nun auch den neumärkischen Salzhandel an sich gebracht hatte, auch er unterhandelte am Wiener Hofe um kaiserlichen Dienst, „begehrt in specie Generalwachtmeister zu werden; und wenigstens sein Regiment zu Fuß hat bereits der Kaiser in Dienst genommen, während sein Reiterregiment in des Kurfürsten Sold steht." Und ähnlich der Obrist von Kehrberg, der, da man ihn wegen seiner Betrügereien festnehmen will, zu den Schweden geht, — Rüdiger von Waldow, der, nachdem er mit Werbegeld für 2000 Mann nur 447 gestellt hat, nun, nach unerhörten Erpressungen, sich in braunschweigischen Dienst begiebt, — der Obristlieutenant von Milatz, der in Prenzlau, um Geld zu erpressen, die Bürger in ein inficirtes Pesthaus einsperrt, oder schwangere Frauen, auch eine von Adel, zu Tode prügeln läßt u. s. w., — Helmold Wrangel, der, wegen Todschlags aus der schwedischen Armee ausgestoßen, brandenburgischer Obrist geworden ist und wie die Schweden nahen, ihnen Gardelegen übergiebt und mit seinem Regiment in ihren Dienst tritt, bald als der „tolle Wrangel" einer ihrer verwegensten Führer.

So das brandenburgische Heerwesen. Während Banner noch langsam und vorsichtig in Mecklenburg vorrückt, ist in den Kurlanden die vollendete Auflösung, die furchtbarste Art der Anarchie, die militairische. Dies Fürstenthum der Marken ist nichts mehr, ist wie ab und todt und zu Jedermanns Beute. Der Kurfürst von Sachsen läßt seine Völker in die südlichen Aemter einbrechen, die Gegend um Peitz ausrauben, Beeskow, Storkow, Zossen plündern, dann in den Teltow vordringen; „er scheint", schreibt Schwarzenberg 8. November, „E. kf. D. etwas schuldig und bezahlt es jetzt; es hat ihn verdrossen, daß ihm Beeskow und Storkow entgangen, daß sein Mitkurfürst sich nicht vor ihm auf die Knie lassen und die Lehen empfangen, sich nicht unter seine hohe landesfürstliche Obrigkeit submittiren wollen". Und der kaiserliche General Montecuculi läßt die Oderkähne, die des Kurfürsten Silber, bei 60,000 Thaler werth, nach Küstrin flüchten sollen, überfallen und plündern; die kaiserlichen Commissarien nehmen auch die Kreise in Beschlag, aus denen die brandenburgischen Regimenter sich ernähren sollen, und eilen sie auszurauben, damit ja nichts den Schweden übrig bleibe. Schon erreicht Banners Vorhut Perleberg, Bernau; kein Gedanke, daß sich gegen ihn auch nur die Festungen halten werden; „Kurt Burgsdorf sagt öffentlich, daß alle Plätze Küstrin, Spandau, Landsberg, Driesen verloren sind, daß nur Peitz sich halten kann." So schreibt Schwarzenberg, um zu rechtfertigen, wenn er demnächst nach Peitz flüchtet. Schon meldet Gallas, der in die Altmark zurückgewichen, daß er nach Schlesien aufbreche in die „Winterquartiere", und in der Berathung, ob man sein Erbieten, Berlin mit Kaiserlichen besetzt zu halten, eingehen soll, sagen die Räthe: „der Untergang und pernicies universalis ist vor Augen, man lege das Werk, wohin man wolle"; sie sprechen es unverholen aus, daß das die Wirkungen des in Peitz gefaßten Beschlusses, die Wirkungen des Prager Friedens seien. [150])

Sie hatten nicht Unrecht. Und nicht bloß hier sollte das östreichische System an seinen Wirkungen zu Schanden werden; in unerhörten Niederlagen brach es völlig zusammen.

Ein Reichstag.

Den Feldzug von 1638 hatte Bernhard von Weimar noch vor dem Abschluß des Hamburger Bündnisses mit dem Angriff auf Rheinfelden eröffnet; nach zwei glänzenden Siegen über die kaiserlichen und bairischen Truppen — die meisten Führer, auch Johann von Werth, wurden kriegs-

gefangen, — nach der Einnahme Freiburgs, der Schwarzwaldpässe, wandte er sich zur Umschließung Breisachs. Es galt, die Hauptfeste des Oberrheins zu gewinnen, den Knotenpunkt der Verbindungen zwischen Lothringen und Oestreich, zwischen Belgien und dem spanischen Italien, „die Zwangkette, an der die benachbarten Lande alle hangen". Immer neue Entsatzheere sandte der Kaiser, sie wurden zurückgeschlagen; die Noth der Festung stieg auf das Aeußerste.

Dort lag sichtlich die Entscheidung. Vielleicht war es, um sie zu erwarten, daß Banner so zögernd sich über Mecklenburg und die Priegnitz nach der Elbe hin schob. Sein Blick war auf Erfurt gewandt, wo eine schwedische Besatzung sich tapfer behauptete; es war der gegebene Punkt für die Verbindung mit dem vordringenden Heere Bernhards. Und noch standen die hessischen Regimenter in Westphalen; die Landgräfin, die nach ihres Gemahls Tod die Vormundschaft übernahm, unterhandelte freilich um Zutritt zum Prager Frieden, aber unter der Hand war sie mit den Schweden bereits verständigt.

Mit englischem Gelde hatte Pfalzgraf Carl Ludwig, des Geächteten Sohn, im Clevischen und Gelderland geworben und drang nun von Meppen aus an der Ems hinauf vor, sich mit den Hessen in Westphalen zu vereinen. Daß sein Zug mißlang, daß er, bei Vlotho völlig geschlagen, sich nur mit Mühe rettete, gab hier im Nordwesten den kaiserlichen Waffen von Neuem das Uebergewicht; aber den schwedisch-französischen Kriegsplan störte es nicht, es war für ihn kein Nachtheil, daß die schwankende Politik der Krone England die fernere Betheiligung an dem deutschen Kriege aufgab.

Auf das Peinlichste empfand der Wiener Hof den wachsenden Druck des Kampfes am Oberrhein, der von Pommern und Mecklenburg her drohenden Gefahr. Man konnte sich nicht bergen, daß die Ordnung der Dinge, die der Prager Frieden hatte erzwingen sollen, in demselben Maaße wankend wurde. Wie hätte man sich von dem schwer gestraften Würtemberger, von dem Markgrafen von Baden, von der Landgräfin nicht alles Schlimmste vermuthen, wie den Braunschweiger Herren, den Ernestinern trauen sollen? Und in Bernhard von Weimar, dessen Ruhm und Popularität mit jedem Tage wuchs, der dem evangelischen Volke schon in dem Nimbus des nationalen Helden und Retters erschien, sah das Kaiserhaus der aufathmenden Gegenpartei im Reiche einen Führer erstehen, dem es keinen gleichen entgegenzustellen hatte. Man versuchte ihn zu gewinnen, man bot ihm Amnestie, ein Generalat im kaiserlichen Heere, einige

böhmische Herrschaften; er antwortete mit dem Selbstgefühl der alten Libertät, die er vertrat: „auch seine Botschafter würden auf dem Friedenscongreß in Hamburg erscheinen, sobald derselbe eröffnet sei".

Unter solchen Umständen entschloß sich Ferdinand III., ein wenig einzulenken. Es wurden zum Herbst 1638 die Reichskreise aufgefordert, Kreistage zu halten, um „zur Defension des Reiches Volk und Geld zu Wege zu bringen". Aber „der allerunterthänigst schuldige Dank", mit dem geantwortet wurde, hinderte schon nicht mehr Aeußerungen bedenklichster Art: „erst müsse eine Generalamnestie decretirt, es müsse ein allgemeiner Reichstag berufen werden".[151]) Das hieß die Anerkennung der Libertät und die Rückkehr zu der alten Reichsordnung fordern.

In derselben Zeit, wo diese Versammlungen tagten, fiel Breisach; damit war Herzog Bernhard des Landes zwischen den Vogesen und dem Schwarzwald Meister; der Weg zum Main, zur Donau stand ihm offen.

Sofort setzte sich Banner in Bewegung. Im tiefen Winter drang er durch die Altmark, die Elbe aufwärts, entsetzte Erfurt, warf sich verheerend auf Kursachsen, während Stalhandsch an der Oder hinauf nach Schlesien einbrach, Liliehöck hinter ihm die Neumark besetzte, die Mittelmark durchstreifte, Berlin brandschatzte. Schon war Banner in Böhmen eingedrungen, im April stand er vor Prag, durch seine Streifschaaren bis Eger, bis Glatz hin das Land verwüstend, zur Seite weichend, als ein kaiserliches Heer zur Deckung Prags erschien, nur wenig, um sofort, wenn Bernhard die Donau herab vordrang, zum letzten entscheidenden Stoße nahe zu sein.

Nicht sogleich hatte Herzog Bernhard vorrücken können. Die Gebiete, die er mit den Waffen gewonnen, Ortenau, Breisgau, den oberen Elsaß — ein künftiges „Herzogthum Sachsen-Breisach"[152]) — nahm die Krone Frankreich in Anspruch. Am wenigsten wäre ihr, ihren Grenzen so nahe, ein so bedeutendes Fürstenthum unter solchem Kriegsfürsten genehm gewesen: „mit der Armee, die er unter des Königs Autorität, und für dessen Geld geworben, habe er diese Eroberungen gemacht, diese kleine Erkenntlichkeit sei er dem Könige schuldig". Der Herzog verstand seine Stellung und seine mit Frankreich geschlossenen Verträge bei Weitem anders, und er fühlte sich an der Spitze seiner siegesstolzen Regimenter in der Lage, seiner Ansicht Geltung zu schaffen: „er wolle nicht, daß ihn mit Recht der Vorwurf treffe, der Erste gewesen zu sein, durch den das Reich zerstückt werde."[153]) Er entriß den Spaniern einen Theil der Franche

Comté und bot ihn den Franzosen als Ersatz für die elsassischen Festungen und Aemter, die sie inne hatten.

Endlich im Juni war er zum Aufbruch fertig; er war voll freudiger Zuversicht: „der Kaiser, sagte er, werde bei dem nächsten Schlage, den Banner führe, den Frieden suchen, bei dem zweiten, den er selbst zu führen gedenke, ihn unter jeder Bedingung schließen müssen." Ueber die würtembergische Feste Hohentwiel, die ihm bereits zur Verfügung stand, vom Bodensee nordwärts wollte er durch Schwaben die Donau hinab vordringen. Vergebens suchten ihn die französischen Diplomaten im Elsaß festzuhalten; er ließ seine Regimenter über den Rhein gehen, in wenigen Tagen gedachte er zu folgen. Da raffte ihn ein rascher Tod hinweg.

Nun stockten die Bewegungen am Rhein, es trat ein Zustand höchst bedenklichen Schwankens ein. Was hätte die kaiserliche Macht jetzt erreichen können, wenn ihr nicht Banner in Böhmen auf dem Nacken saß. Her und hin verhandelten Bernhards Obersten, wem sie diesen „Kriegsstaat" zuwenden sollten; auch der Kaiser, auch Pfalzgraf Carl Ludwig machte Versuche, sie zu gewinnen. Endlich siegten die Ränke und das Geld des französischen Hofes; das Heer Bernhards, die Festungen und Aemter, die er erobert, auch Breisach kamen an Frankreich.

Damit war die ganze Lage der Dinge verwandelt, Frankreichs Uebergewicht entschieden.

Des Herzogs militairische Erfolge hatten die Stellung, welche die Krone Frankreich nach der Nördlinger Schlacht diplomatisch gewonnen, überholt; er kämpfte, immerhin von ihr unterstützt, gegen die spanisch-östreichische Macht, in der vollen Zuversicht, die Sache seines fürstlichen Standes, seines Vaterlandes und seines Glaubens zu vertreten; um ihn konnte sich Alles, was von der kaiserlichen und papistischen Politik gefährdet und geschädigt war, sammeln, in ihm hatte „die gute Partei", [154]) wie er sie wohl nennt, einen deutschen Führer, der das Reich zugleich gegen die Gelüste Frankreichs zu schützen vermocht hätte. Schon war von Herstellung des Heilbronner Bundes die Rede; und nicht mehr Schweden, sondern er wäre dessen Haupt geworden. Mit dem Schlage, den er zu führen gedachte, hätte er die östreichische Politik zu einem Frieden gebracht, in dem ihm jene zweite Stellung im Reiche zugefallen wäre, die einst die Albertiner seinem Hause entrissen, die dann Kurpfalz mit dem Zuge nach Böhmen verloren hatte. Durch ihn wäre — denn höher ging sein Ehrgeiz, sein politischer Gedanke nicht — die alte paritä-

tische Politik im Reiche, wie sie der Religionsfrieden gegründet, hergestellt worden.

Jetzt hatte Frankreich die Erbschaft nicht bloß seiner Armee und seiner Eroberungen, sondern auch seiner politischen und militairischen Stellung angetreten; es hatte mit jenen Reichslanden am Rhein „einen Paß, seine Waffen überall hin zu tragen, wo es für deutsche Libertät nothwendig sein wird.“ [155]) Fortan war die Krone Frankreich „die Beschirmerin der Reichsstädte, der Rückhalt der unterdrückten Fürsten und das Asyl aller Derer, welche sich der Monarchie, die das Haus Oestreich erblich machen will, widersetzen“. Die Herzöge von Braunschweig, welche die Politik der dritten Partei festgehalten, die Landgräfin, die in demselben Sinne mit Bernhard unterhandelt hatte, schlossen nun ihre Verträge mit Frankreich. Frankreich überholte auch Schweden, das ihm nicht mehr um jenen doch erhebenden Gedanken eines evangelisch-deutschen Reiches voraus war, sondern nur noch Ruhm, Beute und Entschädigung mit deutschen Gebieten suchte. Frankreich übernahm die Führung der Opposition im Reich, nicht wie Gustav Adolph für das Evangelium, sondern für die Libertät, nicht wie jener, um den Körper des Reiches trotz Oestreich zusammenzuhalten, sondern um ihn trotz Oestreich zu lockern und in seine Glieder aufzulösen.

Die Geschicke des Reiches traten in ihr letztes Stadium. Das Haus Oestreich hatte sich nicht überzeugen wollen, daß es nur so viel wahre Macht über Deutschland gewinnen und behaupten könne, als es sich den deutschen Interessen hinzugeben, sie zu versöhnen vermöge; es hatte auch im Prager Frieden Deutschland dem nur spanisch-östreichischen Machtinteresse zu unterwerfen versucht. Jetzt reiften die Früchte dieses Friedens; nach dem Ausgange Bernhards, „der Zierde und letzten Hoffnung Deutschlands“, wie Hugo Grotius ihn nannte, in der furchtbaren Pressung zwischen Oestreich und Frankreich war eine „gute Partei“ nicht mehr möglich; Alles, was im Reiche nicht östreichisch sein wollte oder konnte, mußte zur französischen Partei werden.

Und zugleich hatte die Krone Frankreich jene entscheidenden Stellungen, in denen es die Verbindung der spanisch-östreichischen Macht zerriß und die ganze Action des Hauses Habsburg lähmte. Frankreich hatte ihm den Fuß auf den Nacken gesetzt.

Mit dem Sommer und Herbst 1639 — während die Schweden Schlesien und den Norden Böhmens behaupteten — vollzog sich dieser große Wechsel.

Er brachte dem Hause Brandenburg neue Demüthigungen.

Wie hätte der Kurfürst sich in den rheinischen Landen behaupten können ohne den Rückhalt der Staaten? und sie hatten ihn mit der hoeffyserschen Schuld in der Hand. Natürlich daß sie ihm seine Allianz mit dem Kaiser, sein kriegerisches Vorgehen an dessen Seite nicht verziehen. Sie erklärten (2. Decbr. 1638), daß sie nicht länger Fristen geben, daß sie sich an die für jene Schuld verpfändeten Domainen halten würden; sie kündigten zum 1. Juli 1639 die Beschlagnahme der Domainen an; umsonst wurde Markgraf Sigismund nach Cleve gesandt, die Stände zu Bewilligungen zu bewegen, ohne welche unfehlbar die Execution zu erwarten stand; die Stände stellten als Bedingung, daß die gesammte Regierung einem mit unbeschränkter Vollmacht versehenen Regimentsrathe übergeben werde, dessen Mitglieder so wie sämmtliche Beamte der Kurfürst mit je zwei von den Ständen vorgeschlagenen Personen unwiderruflich auf Lebenszeit bestellen sollte; recht eigentlich also ein Staatenwesen wie in der Republik Holland, und der Landesherr ein leerer Name.

Nicht minder ins Ueble wandten sich die Dinge in Preußen. Nicht bloß, daß der Köpenicker Vertrag schon an sich die lauteste Mißstimmung dort erweckte; da sich Danzig der Einführung des Seezolles mit Entschiedenheit widersetzte, so gab der Kurfürst — in einer persönlichen Zusammenkunft mit Wladislaus IV. in Grodno Anfang 1639 — seine Zustimmung, daß die neue Maaßregel in Pillau ins Leben treten solle, ohne daß in Danzig das Gleiche geschähe; natürlich, daß sich sofort der Handel von Memel und Königsberg hinweg nach Danzig wandte. Und mehr noch: voll jener Aggressivpläne des Kaisers, Polens, Spaniens für das Jahr 1639 hatte der Kurfürst seine Hand zu einem Unternehmen geboten, das großen Erfolg versprach. Ein kaiserlicher Obrist v. Booth,[156] der Jahr und Tag in Schweden gefangen gewesen, dann mit der Verpflichtung, nicht mehr gegen Schweden zu dienen, entlassen war, kam (September 1638) nach Königsberg mit dem Plane zu einer Invasion nach Liefland, wo er unter dem Vorwande großer Gutskäufe das Nöthige einleiten werde; eine solche Diversion werde Schweden zum Frieden zwingen. Mit Freuden sandte der Kaiser Patente zu den Werbungen, die der Kurfürst in seinem Herzogthume nicht bloß zugestand, sondern auf seine eigene Rechnung machen ließ. Mit dem Frühling 1639 hatte Booth einige tausend Mann bei einander. Er begann sein Unternehmen; es mißlang vollkommen. Der Kurfürst war auf das Aeußerste compromittirt; alle Welt sprach von den „brandenburgischen Völkern", die dort Reißaus

genommen. Es folgten Erörterungen, die für Brandenburg äußerst demüthigend waren; Blanquette mit des Kurfürsten Unterschrift kamen in Hamburg zum Vorschein, eine Schuldverschreibung des Kurfürsten auf 8000 Thaler, die dort Booth versetzt hatte, mußte schleunigst eingelöst werden u. s. w.

Und schon hatte der Kaiserhof einen neuen Versuch gemacht mit Schweden zu einem Separatfrieden zu gelangen. Ich verfolge den Gang dieser Verhandlungen nicht im Einzelnen; soweit sie Brandenburg betrafen, sind sie höchst merkwürdig.

Der große diplomatische Krieg, der seit d'Avaux's Ankunft in Hamburg in dem dortigen Gesandtencongreß seinen Mittelpunkt hatte, war seit dem Falle Breisachs und dem Zuge Banners nach Böhmen zu neuer Heftigkeit entbrannt. Während Graf Kurtz Alles daran setzte, mit Adler Salvius zu einem Verständniß zu kommen, erfuhr d'Avaux „durch gewisse deutsche Fürsten, die den Separatfrieden Schwedens auf das Aeußerste fürchteten", [157]) die „Intrigue", die, so drückte sich Salvius, als er sie entdeckt sah, lachend aus, nichts als ein albernes Gerücht sei, ausgesprengt, um die innige Allianz beider Kronen zu trennen. Aber Kurtz eilte mit den allerdings verabredeten Artikeln nach Königsberg, des Kurfürsten Zustimmung zu erhalten. Die Hauptsache war die Abtretung von Stralsund und Rügen; „der Kaiser werde Brandenburg weder im Glück, noch im Unglück verlassen; aber jetzt, da jede Aussicht, Dänemark zu gewinnen, verloren sei, da der niedersächsische Kreis sich neutral erklärt habe, bleibe keine andere Rettung, und der allmächtige Gott werde der Schweden Hochmuth auch noch einmal brechen". Sehr einfach war des Kurfürsten Einwand: „wenn er Stralsund und Rügen hätte abtreten wollen, hätte er schon längst Frieden mit Schweden haben können". Auf die Frage, ob bei den weiteren Verhandlungen mit Schweden auch Brandenburg einen Beauftragten haben könne, wurde erwiedert: „das müsse ganz im Geheimen geschehen; auch dürfe derselbe nicht officiell beglaubigt werden, da der französische Agent auf Alles Acht gebe; Kais. Maj. werde übrigens ohne Brandenburgs Consens nichts eingehen. [158])

Die von Kurtz gemachten Anknüpfungen hatten Banner nicht aufgehalten; man versuchte mit ihm selbst in Unterhandlung zu treten; man mochte ihn bei den Veränderungen, die dem Tode Bernhards am Oberrhein folgten, um so nachgiebiger zu finden hoffen.

Es kam in der That zur Feststellung mehrerer Artikel, darunter namentlich: daß Schweden zur Satisfaction das Herzogthum Vorpommern

mit Rügen als ein fürstliches Reichslehen erhalten und dafür als unmittelbarer Reichsstand angesehen werden solle. Der Kaiser ließ den Entwurf an Schwarzenberg mittheilen, mit dem Bemerken, daß von der brandenburgischen Erklärung abhängen werde, was Schweden Kais. Maj. und dem Reiche einräumen könne und wolle.

Selbst Schwarzenberg war, wie er es ausdrückt, sehr bekümmert über diese Mittheilung; aber er sehe, fügte er hinzu, wenig Mittel zur Vermeidung, wenn Kais. Maj. mit Autorität allein, wie er doch nicht hoffen wolle, den Schweden ihr Recompens schaffen wolle.[159]) Und der Kurfürst erklärte, wiewohl mit äußerstem Widerstreben, daß, wenn nun doch einmal ein Theil von Pommern geopfert werden müsse, zumal da schon Jägerndorf dem Hause entfremdet sei, wenigstens eine Entschädigung bewilligt werden müsse; er schlug zu dem Ende Halberstadt und Magdeburg oder Großglogau und Sagan vor, oder auch könne zum Entgelt die jülichsche Sache componirt werden.

Die Vorbehalte, die Einreden Brandenburgs würden die Verständigung des Kaisers mit Schweden nicht aufgehalten haben. Schon war zum December ein Kurfürstentag nach Nürnberg berufen, über Banners Artikel zu berathen. Aber weder in Hamburg, noch in Stockholm billigte man dessen Verhandlungen; am wenigsten jetzt, wo ein neuer schwerer Schlag die habsburgische Macht getroffen hatte, war man gemeint nachzulassen.

Die Krone Spanien war nicht bloß in ihren Niederlanden durch das französisch-holländische Bündniß in immer schwereren Nachtheil gekommen; schon erhob sich neben der holländischen Seemacht auch eine französische, die in den Gewässern zwischen Spanien und Italien eine sehr bedenkliche Thätigkeit entwickelte. Es war die höchste Zeit, solchen Gefahren mit einem großen Schlage ein Ende zu machen.

Mit Aufbietung aller Kraft war in Corunna eine große Armada ausgerüstet, die in die See von Flandern und Holland gehen sollte. Daß die englische Krone, die die puritanischen und popularen Tendenzen in Schottland und England mit wachsendem Druck niederhielt, sich um so mehr dem spanischen Hofe näherte, daß Karl I. sich bereit finden ließ, das große Unternehmen thätig zu unterstützen,[160]) gab um so größere Hoffnung des Gelingens. Im Hochsommer 1639 ging die Armada unter Segel.

Wenn jetzt Spanien siegte, so hatte die Opposition in Schottland und England keine Hoffnung mehr, und die für die evangelische Welt

unheilvolle stuartsche Politik war für immer gesichert. In Paris war man auf das Aeußerste besorgt; die Staaten hatten ihre Orlogschiffe meist in fernen Gewässern, wie sollten sie der vereinten Seemacht Spaniens und Englands widerstehen? Aber Prinz Friedrich Heinrich stand an der Spitze der staatischen Macht; „man kann ruhig sein", schrieb d'Estrades nach Paris, „ich versichere, daß man in wenigen Tagen etwas Großes sehen wird." Der Prinz sandte, während er mit höchster Anstrengung und Eile, was irgend an großen Schiffen da war, ausrüsten ließ, Tromp mit wenigen Schiffen der Armada entgegen, und sie zog sich nach den Dünen, in den Schutz der englischen Küste zurück. In vier Wochen war eine große holländische Flotte fertig und in See; Tromp erhielt die Weisung, den Feind zu schlagen, wo er in fände. In den Dünen, in den Gewässern, die König Karl als zu seinem Gebiet gehörig ansah, wurde die Armada überwältigt.

Es war der schwerste Schlag, der die Krone Spanien treffen konnte; es war der Todesstoß für ihre Seemacht. Sie vermochte nicht mehr das Mittelmeer, die sichere Verbindung mit den italienischen Provinzen zu behaupten. Schon hatte Frankreich den Turiner Hof zu sich herübergezogen; in Catalonien, in Portugal begannen, von Frankreich geschürt, höchst bedenkliche Bewegungen. Und in England erhob sich die Opposition mit frischem Muthe; der König begann zu weichen; er berief nach eilf Jahren endlich wieder ein Parlament, jenes Parlament, vor dem er selbst sinken sollte.

Man wird sich am Kaiserhofe nicht verhehlt haben, daß die Lage der Dinge ernster sei, als in irgend einem früheren Momente des furchtbaren Krieges, daß selbst ein Zurückdrängen Banners aus Böhmen — es erfolgte im folgenden Frühjahre — nur eine augenblickliche Erleichterung bedeute, daß man nicht mehr daran denken könne, ihm Norddeutschland zu entreißen, es militairisch zu behaupten, da nun Frankreich, nicht mehr von Spanien gehemmt, mit doppelter Macht auf den Rhein dringen werde. Es war durchaus nothwendig, den Ausfall an Macht, den das Unglück Spaniens brachte, anderweitig zu decken.

Es gab zwei Wege, welche die kaiserliche Politik einschlagen konnte.

Entweder sie entschloß sich, das System des Prager Friedens aufzugeben und diejenigen, die es den beiden Kronen in die Arme getrieben hatte, zu sich herüberzuziehen. Aber dies System verlassen hieß nicht bloß die militairische und politische Verfügung über Deutschland aufgeben, die der Kaiser jetzt mehr als je festhalten zu müssen schien; es

hieß die alten Parteien im Reich wiederherstellen und anerkennen, die östreichischen Interessen von ihnen abhängig machen, sie von denen Spaniens trennen.

Oder man führte jenes System des Prager Friedens in organischen Formen weiter, um Diejenigen, die ihn anerkannt — sie galten dem Wiener Hofe als das officielle Deutschland — desto inniger mit der kaiserlichen Politik zu verbinden, zu desto größeren Anstrengungen zu veranlassen; man gab ihnen durch einen großen Akt des Vertrauens neuen Eifer und neue Zuversicht, entflammte die reichspatriotische Ueberzeugung, daß die deutsche Sache bei Oestreich sei.

Seit fast dreißig Jahren waren die Reichsstände nicht versammelt gewesen. Der Kurfürstentag — erst im Januar kamen die Gesandtschaften nach Nürnberg — empfahl dem Kaiser, einen Reichstag zu berufen. Am 26. Mai erfolgte die kaiserliche Berufung, Ende Juli sollte sich der Reichstag in Regensburg versammeln.

Man mochte in Wien hoffen, daß dies Zugeständniß einen großen Eindruck machen, daß die reichspatriotische Stimmung auch diejenigen mit sich reißen werde, welche sich bis dahin dem Prager Frieden fern gehalten. Man unterließ nicht, darauf hinzuweisen, daß die Türken „wegen des mit Babylonien erhaltenen Sieges und nunmehr zum Gehorsam gebrachten Kriegsvolkes sehr hochtrabend und vermessen“ mit einem furchtbaren Angriff drohten, daß es um so nothwendiger sei, alles Andere hintanzusetzen und dem Kaiser zu helfen. In höchst eindringenden Schreiben — auch der Kurfürstentag in Nürnberg erließ deren — ermahnte man Hessen, Braunschweig, den niedersächsischen Kreis, jetzt zur gemeinen Sache des Vaterlandes zu stehen und alle Truppen zu den kaiserlichen stoßen zu lassen.

Aber war denn irgend etwas gewährt, was sie sicher stellte? sollten sie den Rückhalt, den Schweden und Frankreich ihnen boten, aufgeben, um sich dem Kaiser und seiner Politik anzuvertrauen? Zum Reichstag hatte er sie nicht geladen; bis sie sich unterwarfen, sollten ihre Truppen, wo man sie träfe, nicht als ehrliche Feinde, sondern als Verbrecher behandelt werden.

Schon war das französisch-weimarische Heer über den Rhein nach Hessen vorgerückt; die Landgräfin vereinigte ihre Völker mit demselben; dann stießen auch die Braunschweiger dazu; an der oberen Saale vereinten sich die drei Heere mit Banner. Sie waren nicht eben einig unter sich, es kam zu keiner großen gemeinsamen Unternehmung; aber sie hatten Deutsch-

land fast bis zur Mainlinie; die Bischöfe in Franken waren in höchster Besorgniß.

Unter solchen Umständen begann der Reichstag in Regensburg. Der Kaiser mußte es geschehen lassen, daß auch die, „welche von dem Prager Frieden ausgeschlossen oder sich noch nicht dazu verstanden", Hessen und Braunschweig, auf dem Reichstag erschienen und Session forderten; „es gelte die Behauptung eines wichtigen reichsständischen Rechtes", schrieb die Landgräfin an Frankreich, „dessen sie sich durch die Allianz nicht begeben habe." Gleich in den ersten Verhandlungen wurde über „ihre höchst nachtheilige Vorbeigehung" sehr lebhaft gesprochen; selbst Würzburg und Bamberg empfahlen die allgemeine Amnestie, die sie forderten; und mit der Amnestie wäre die Vertreibung und Beraubung so vieler Fürsten und Stände des Reichs, Kurpfalz, Kurtrier, Würtemberg voran, verworfen gewesen. Graf Trautmansdorf erwiederte: „eher werde er dem Kaiser, seinem Herrn, rathen, nach Madrid ins Exil zu gehen".

Es war nicht ein Reichstag in alter Weise; kein Kurfürst, keiner von den weltlichen Fürsten war erschienen, nur Gesandtschaften; es war ein diplomatischer Congreß der deutschen Territorien, nur noch mit dem Schein und in dem schleppenden Gewande der alten Reichstage. Monate lang wurde unterhandelt, ohne daß man über die Formfragen hinauskam.

Aber in eben diesen unfruchtbaren Verhandlungen trat mehr und mehr die wahre Lage der Dinge, das reifende Ergebniß der chaotischen Verwirrung hervor.

Wenn die kaiserlichen Propositionen den Rath der Stände darüber forderten, wie man den Frieden mit den fremden Mächten herstellen und bis dahin den Krieg „mit einmüthiger Macht, ungetrennter Zusammensetzung und guter Ordnung" fortsetzen könne, so war das ein ziemlich grober Versuch, durch die Fragstellung den Verhandlungen einen Weg vorzuzeichnen, der der Sachlage nicht entsprach. Hatte die spanisch-östreichische Politik des Reichsoberhauptes ihre europäische Uebermacht auf die Unterjochung Deutschlands zu gründen versucht, so standen jetzt Schweden und Frankreich militairisch mächtig in dem Herzen Deutschlands. Es war klar, daß der Friede mit den beiden Kronen die Bedingung, ja der einzige Weg sei, die zerrütteten deutschen Verhältnisse zu irgend welcher Ordnung zurückzuführen, und deren erste Forderung war freies Geleit ihrer Verbündeten zu den Friedensverhandlungen. „Das Gleichgewicht Europas", schreibt Adler Salvius, „ist unmöglich, so lange nicht das Gleichgewicht in Deutschland hergestellt ist". [161])

Man sieht, hier war der entscheidende Punkt; in der Gestalt einer Formfrage trat die große Alternative auf, um die es sich handelte.

Der Kaiser — er selbst war anwesend — beharrte bei der Forderung, Namens des Reichs und der Stände insgemein zu unterhandeln. Was war das Reich, wenn es nicht dem Ausland als Einheit gegenüberstand? was das Kaiserthum, wenn es nicht diese Einheit repräsentirte? Aber dann verstand es sich von selbst, daß der Kaiser die Unterhandlungen so führte, wie es das spanisch-östreichische Interesse forderte, und den Krieg so lange fortsetzte, wie es zu diesem Zweck förderlich schien.

Und wieder die Kronen Frankreich und Schweden beharrten dabei, für ihre Verbündeten Amnestie und Betheiligung bei den Friedenshandlungen zu fordern, das heißt ein Princip zu vertreten, mit dem das Band zwischen dem Kaiser und den Reichsständen gelöst, mit dem die Territorien zu Staaten, die Libertät zur Souverainität, das Reich zu einer völkerrechtlichen Föderation wurde.

Die Frage des Reichstags von 1640 war die letzte, die an das Reich noch gerichtet werden konnte. Und es gab keine gemeinsame, keine nationale Antwort mehr auf dieselbe.

Noch war das officielle Deutschland in seiner Mehrheit auf Seiten Oestreichs und des Prager Friedens. Aber diejenigen, welche dieser Frieden aus dem Reich ausgeschlossen erklärt hatte, standen auf ihrem Recht, das die beiden Kronen ihnen gewährleisteten; und sie hatten Waffenerfolge für sich, welche die stolzen Androhungen jenes Friedens zum Gespött machten.

Zwar hatte jene Vereinigung der vier Armeen an der Saale keinen weiteren Erfolg; ja es drang das kaiserliche und Reichsheer von Neuem vor, erreichte im Spätherbst die mittlere Weser. Aber in derselben Zeit fiel Portugal, fiel Catalonien von der Krone Spanien ab, unter französischem Beistand erhob sich dort das Königthum der Braganza, hier eine ständische Republik. Mit neuem Eifer warf sich die französisch-schwedische Macht in Deutschland in die Offensive; im tiefen Winter brach sie in Franken ein, drang bis an die Donau vor; der versammelte Reichstag sah die Schaaren Banners und Guébriants, ihre Stückkugeln erreichten die Stadt, in der er tagte.

Hätte das Eis der Donau ein paar Tage länger gehalten, so wäre die Stadt in ihre Gewalt gefallen; aber das Eis ging auf, und der Reichstag konnte weiter tagen.

Sie zogen sich durch die Oberpfalz zurück; entsetzliche Verheerungen

bezeichneten jeden ihrer Märsche. Aber wohin die Kaiserlichen, ihnen folgend, kamen, erschienen sie wahrlich nicht als Befreier. „Wir müssen", klagen Fürsten und Stände auf dem Reichstage, „den kaiserlichen Kriegscommandanten und verordneten Commissarien uns fast unterwerfen; uns, auch den Churfürsten, den Hauptsäulen und Kſ. M. selbsteigenen vornehmsten Gliedern, wird aller Respect benommen; wir müssen ihre Gewalt, Bedrohung, Ehr- und Geldgeiz um des kaiserlichen Namens willen, den sie stets im Munde führen und doch wenig achten, auch viele höhnliche und schmähliche Reden verschmerzen und unzählige Drangsale über unsere von Gott habenden und nur noch wenig übrigen Land und Leute stillschweigend ergehen lassen; von vielen tausend Städten, Flecken und Dörfern sind nur noch wenige hundert übrig, in Trümmern, öde und wüst." Sie sagen: „Schand und Laster, die sonst in deutschen Landen unbekannt gewesen, haben überhand genommen; die Jugend ist in einem ruchlosen Wesen; von dem uralten splendor des Reichs, so der Welt Bewunderung, Furcht und Schrecken gewesen, ist fast wenig außer dem Namen mehr übrig."[162])

Wer siegen, wer erliegen mochte, das alte Deutschland war todt; nicht bloß politisch, auch in seinem Wohlstand, in seiner Zucht und Sitte, in jeder friedlichen Thätigkeit war es völlig zerstört; es war nur noch der wüste Tummelplatz für die verwilderten Kriegshorden, die, Freunden und Feinden gleich furchtbar, über die ausgesogenen Landschaften hin- und herflutheten, in entfesselter Bestialität, in teuflischer Frevellust, in unersättlicher Mordlust und Habgier das Recht des Schwertes übend. So zertreten und zermalmt, in Elend, Hunger, Verzweiflung, jedem Frevel und Uebermuth, jeder Schande Preis gegeben, jammerten die Menschen nach Frieden, nach Frieden um jeden Preis; wer ihnen, ihrem Fleckchen deutscher Erde „den lieben Frieden" brachte, der war ihr Retter. Was Kaiser und Reich, was Vaterland und Ehre und Stolz des deutschen Namens sei, das hatten in zwanzig Jahren voll Jammer die Alten vergessen, das herangewachsene Geschlecht nicht mehr kennen lernen. Es gab keine deutsche Nation mehr; es waren nur noch elende, zerrissene Reste eines untergegangenen Volkes, „der getreuen Kurfürsten, Fürsten und Stände in geringer Zahl vorhandene arme Unterthanen."

So die Lage der deutschen Dinge, als in Brandenburg der Regierungswechsel eintrat.

Georg Wilhelms Ausgang.

Seit dem Sommer 1638 war Georg Wilhelm mit seiner Familie in Preußen.

Kein Zeitgenosse, kein gesandtschaftlicher Bericht schildert — für wen auch hätte es ein Interesse haben können — diesen heruntergekommenen Hof und dessen Vorgänge, das Netz von Ränken und Umlauerungen, mit denen Schwarzenberg und seine Anhänger auch in Preußen den siechen Fürsten umsponnen hielten, mit nur zu leichtem Erfolg bemüht, sein Mißtrauen gegen die Kurfürstin und deren ehrwürdige Mutter zu nähren, ihn in steter Sorge und Aufregung, in Erbitterung gegen seinen Sohn zu erhalten.[163])

Was immer des Grafen letzte Ziele gewesen sein mögen, seine nächsten Bemühungen mußten darauf gewandt sein, die Dinge so zu leiten, daß die neue Regierung, deren Beginn sichtlich nahe war, in dem bisherigen Geleise zu bleiben gezwungen war.

Natürlich ergriff er jede Gelegenheit, dem Kurprinzen seine Ergebenheit zu bezeugen. Er suchte sich bei ihm durch kleine Aufmerksamkeiten zu empfehlen; er versprach, sein Bestes zu thun, daß die Frage wegen der clevischen Statthalterschaft nach seinem und der dortigen Stände Wunsch entschieden werde. Einstweilen waren diese Lande, soweit nicht staatische Besatzungen sie inne hatten, von den Truppen der Landgräfin überschwemmt, und beide wetteiferten, sie auszusaugen; die lang angedrohte staatische Execution wegen der hoeffyserschen Schuld wurde nun wirklich vom Haag aus decretirt.[164]) Von diesen Landen hatte der Kurfürst nichts mehr als den Titel.

Ungefähr eben so viel hatte er von Pommern, dessen Herzog er seit 1637 von Gott und Rechtswegen war; und nicht viel mehr von den greuelhaft zerrütteten Marken; ja es war daran, daß auch Preußen, das in Folge des Friedens von 1635 in Frieden hatte bleiben können, durch jene unsinnige Offensiv-Allianz von 1638 mit in den Strudel gerissen, für die Republik Polen eben so geopfert wurde, wie die Marken für den Kaiser. Wenigstens war nach dem was geschehen, das Haus Brandenburg an die katholischen Mächte gebunden und die Rückkehr zu Schweden, oder auch nur zur Neutralität unmöglich.

Jener Vertrag von 1638 — in Kopenick, also unzweifelhaft unter unmittelbarem Beirath Schwarzenbergs geschlossen — hatte noch eine

zweite verhängnißvolle Wirkung. Wir sahen, wie er den Handel im Herzogthum Preußen traf, doppelt schwer traf, da die in ihm verabredeten Seezölle nicht zugleich für Danzig ins Werk gesetzt wurden.

Das hatte nur noch gefehlt, um die Erbitterung aufs Aeußerste zu treiben.[165]) Seit Jahren sahen die Städte ihre Rechte und Interessen durch die Oberstände, durch die Krone Polen, durch den Landesherren systematisch untergraben; den kleineren unter ihnen war bereits das Recht, ihre städtischen Ordnungen selbstständig zu verfassen und zu verändern, entzogen; selbst gegen die mächtigen drei Stadtgemeinden von Königsberg war 1637 bei der Krone Polen eine Verfügung ähnlicher Art erwirkt; es war ihnen das Recht, Steuern zum Unterhalt ihrer Befestigungen und ihrer Stadttruppen aufzulegen, entrissen worden.[166])

Freilich, der Adel war mit solchen Schritten höchlich zufrieden; er war gern zur Hand den verhaßten Bürgerstand, der sogar das Herrenrecht der Edelleute über ihre Güter und Bauern in Frage zu stellen wagte[167]), niederdrücken zu helfen; aber nur um so eifriger forderte er Vorrechte und Vortheile für sich.

Mit dem Hader der Stände und der Zerrüttung des ständischen Wesens wuchs nicht etwa die Macht des Landesherrn und die Unabhängigkeit seiner Regierung; es bekam nur die Krone Polen und der polnische Reichstag um so mehr Anlaß, sich einzumengen und das Herzogthum fühlen zu lassen, daß es ein der Republik unterthäniges Land sei.[168]) Am polnischen Hofe, im Senat, auf den Reichstagen war nur so viel zu erreichen, als man Geld aufwendete, die Einzelnen zu bestechen.

Als der Kurfürst den preußischen Landtag, seinen letzten, berief oder vielmehr auf Weisung von Warschau her berufen mußte, als er dort die Bezahlung seiner Vorschüsse, die Löhnung des Militairs, die Zahlung des königlichen Honorariums forderte, die polnischen Commissarien noch die Befestigung Pillaus, die eine halbe Million Gulden kosten sollte, hinzufügten, und die Stände mit langen Beschwerden antworteten und jede weitere Berathung weigerten, da hob der Kurfürst mit höchst ungnädigen Ausdrücken die Versammlung auf, übernahm, um der Krone seinen Eifer zu zeigen, das Honorarium durch seine unmittelbaren Unterthanen im Herzogthum aufbringen zu lassen und verklagte bei den königlichen Commissarien die Stände, die dann eben so ihrer Seits ihre Klage einreichten.[169])

Man sieht, Zustände höchst unleidlicher, höchst unwürdiger Art; um so beschämender, als diese Polenmacht, vor der man sich so tief beugte, im

Innern völlig zerrüttet, nach Außen wie der letzte Schwedenkrieg gezeigt, völlig ohnmächtig war. Ich vermag nicht anzugeben, in welcher Richtung hier Schwarzenberg durch die ihm ergebenen Räthe, namentlich den preußischen Marschall Waldau einwirkte; das Ergebniß war in seinem Sinn; je unlösbarer die Verhältnisse des Herzogthums in die polnischen hineinwuchsen, desto weniger war, wenn der gefürchtete Regierungswechsel eintrat, eine Aenderung des Systems möglich, und der neue Regent mußte schon aus Rücksicht auf Polen in der Politik seines Vaters, das heißt, der öſtreichischen bleiben.

Den rechten Schluß und Halt sollte das System in den Marken haben.

Das Vorgehen der Schweden im Anfang 1639 hatte die brandenburgische Kriegsmacht völlig lahm gelegt; ihre Reste — zahllose Officiere bei wenigem Volk — lagen in den wenigen festen Plätzen, die man noch nicht verloren, und ihre weitere Kriegsführung bestand, „wie etliche hohe Officiere aussagten", darin, daß sie die Städte und Ortschaften ruinirten und alle Vorräthe aufzehrten oder zerstörten, „damit dem Feinde nichts übrig bleibe." Flehentlich baten die Stände einzelner Kreise, daß man diese entsetzliche Soldatesca auflösen möge, die keinerlei Schutz gebe und den Feind nur erbittere, die das Land gleichsam zu ihrem Eigenthum und Raub gemacht habe. Wenn mehrere Obristen, wenn auch Klitzing den Dienst quittirten und zu den Schweden, den Braunschweigern gingen,[170]) so hatte Schwarzenberg selbst Alles daran gesetzt, sie los zu werden, nicht weil sie ärger frevelten und erpreßten als diejenigen, die im Dienst blieben, sondern weil sie nicht für nöthig hielten, mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Für diejenigen, welche sich ihm anschlossen, hatte er jegliche Nachsicht und empfahl sie bei Hofe als treue Männer und gute Patrioten. Mehr und mehr, zumal da er seit Klitzings Abgang auch „die Direction des Kriegsstaates" übernommen hatte, wurden die Obristen und Officiere, die Commandanten der Festungen seine Clientel[171]), wie es die Beamten in der Kammer, in der Kanzlei, in den Hauptmannschaften und Rentämtern schon waren; so Kracht in Berlin, Rochow in Spandau, Goldacker in Peitz; und nur Curt von Burgsdorf in Küstrin fuhr fort, ihm Trotz zu bieten.

Gerade diese Festung war ihm wichtig; sie lag in der Nähe der Residenz seines Meisterthums Sonnenburg, und es ließ sich vielleicht beweisen, daß sie auf Ordensgrund gebaut sei. Schon hatte er seinen Sohn Johann Adolph von den ihm ergebenen Comthuren zum Coadjutor wählen lassen,

und dieser, Katholik wie der Vater, stellte nicht den Revers zur Sicherstellung des evangelischen Bekenntnisses im Meisterthum aus; durch ihn gingen die Verbindungen des Vaters mit dem Kaiserhofe. Diesem Sohn fielen dereinst die Herrschaften und Güter in den Rheinlanden, die der Vater „mit allen Regalien, Hoheit und Landesobrigkeit" vom Kurfürsten und vom Neuburger Pfalzgrafen erworben hatte,[172]) fielen die kurmärkischen Domänen, die er für mehrere Tonnen Goldes Vorschuß in Pfandschaft hatte[173]), fiel das Meisterthum und dessen Güter dereinst zu; und schon jetzt sah man den jungen Herrn, kaiserlichen Kämmerer und Reichshofrath, als Mitstatthalter in den Marken und dereinstigen Erben der Statthalterschaft an.

Am Kaiserhofe konnte man sich nichts Besseres wünschen. Der Feldzug von 1639 hatte gezeigt, was es bedeutete, daß die Festungen in den Marken immer noch ein Paar tausend Mann Schweden festhielten, die, wenn sie Banner nach Böhmen, Stalhandsch nach Schlesien hätten folgen können, ihnen ein unwiderstehliches Uebergewicht gegeben haben würden. Die kaiserlichen Lande waren in demselben Maaße gedeckt, als die Marken zu Grunde gerichtet wurden, ohne daß man dem Kurfürsten dafür irgend ein Zugeständniß auch nur in Betreff Jülichs oder Jägerndorfs zu machen brauchte.

Die ungeheuren Schwankungen des Feldzuges von 1640, die weitschweifenden Züge der beiderseitigen Heere ohne irgend ein entscheidendes Zusammentreffen zeigten nicht die Erschöpfung der Kriegsführenden, — sie zehrten ja aus den deutschen Landen und preßten, bis sie hatten, was sie brauchten — wohl aber, daß keiner den Andern niederzuwerfen die Kraft habe. Nur, daß die kaiserliche Macht in der Defensive, wie sie war, je länger desto mehr dabei in Nachtheil kam. Die Dinge waren militairisch auf demselben Punkt, wie sie politisch die noch währenden Verhandlungen in Regensburg zeigten; ein kleines Gewicht mehr in diese oder jene Schaale der Wage konnte den Ausschlag geben.

Die kaiserliche Politik ergriff ein Project, das ihr das Uebergewicht versprach, ohne wesentliche Opfer aufzuerlegen.

Arnim, der aus der schwedischen Gefangenschaft entkommen war, braunte vor Begier, gegen diese Schweden zu kämpfen, „nicht anders", so war sein Ausdruck, „als wenn es gegen die Türken gelte". In der Stille wurden die Booth, Houwald, Krockow, andere Schwedenfeinde aufgemahnt; er selbst war bald in Dänemark, bald am polnischen Hofe, dann wieder in Dresden, in Königsberg. In Königsberg sprach er auch den Kurprinzen,

er glaubte ihn ganz gewonnen zu haben. Der Plan war, gleichsam in der Flanke der schwedischen Macht, in Schlesien und Polen, ein großes Heer zu werben, „darüber Sachsen das Capo sein werde.“ [174]) Arnim selbst war bereit, wenn der Kaiser den Evangelischen in Schlesien freie Religionsübung gewähre, den Befehl zu übernehmen. Herzog Franz von Lauenburg machte den Vermittler am Kaiserhofe; „er hat eine Capitulation bei Kais. Maj. erhalten, die sich mancher niemals eingebildet hätte“, heißt es in einem Briefe jener Zeit; „daß man so nahe heranrückt, mag wohl wegen der catalonischen und portugiesischen Unruhen geschehen sein, auch vielleicht, daß man das Wetter, so in England aufsteigen will, von Weitem gesehen.“

Der Plan des neuen Feldzugs war, daß, während Erzherzog Leopold und Piccolomini den von Regensburg zurückweichenden Gegnern durch das Voigtland die Saale hinab ins Braunschweigische folgten, Arnim mit dem neuen Heere, verstärkt durch die brandenburgischen und kursächsischen Völker, sich eben dahin wendete; im Braunschweigischen sollte dann trotz der regensburgischen Verhandlungen der Hauptstreich geführt, alles Land bis zu der Wesermündung hinab, besonders Bremen und Verden, genommen werden.

Zugleich nahm Hermann Booth die Pläne von 1639 wieder auf; es sollten die von den Schweden besetzten Hafenstädte in Pommern und Mecklenburg überfallen, die Besatzung niedergemacht, der Einfall in Liefland wiederholt werden. Booth unterhandelte mit den kühnen Schiffern von Dünkirchen, die lange schon, halb in Piratenweise, das Kriegshandwerk zur See trieben; und die Kronen Spanien und Dänemark boten eifrigst die Hand zu einem Unternehmen, das den Schweden die Seeverbindung mit den deutschen Küsten zu sperren, ja ihr dominium des baltischen Meeres zu brechen verhieß.

Man rechnete mit Sicherheit auf das Gelingen des „Hauptstreiches, nach welchem Alles im Reiche und zu Regensburg sollte gerichtet werden“, natürlich nach den Normen des Prager Friedens.

Auf das Lebhafteste ergriff Schwarzenberg solche Aussichten. Ein paar glückliche Ausfälle der Brandenburger nach der Priegnitz, nach Hinterpommern hatten ein wenig Luft geschafft; die ganze Havellinie mit Einschluß der Werbener Schanze war von den Brandenburgern besetzt; schon kamen einzelne Haufen, die Arnims Beauftragte in Polen geworben hatten, die Warthe hinab. Mochte Liliehöck drohend seine Streitkräfte bei Stargard sammeln, Stalhandsch sich von Niederschlesien aus bis Guben

und weiter in der Richtung nach Berlin ausdehnen, — jetzt galt es, Alles daran zu setzen, daß im nächsten Frühjahr der große Schlag erfolgen könne. Schwarzenberg mochte hoffen, daß Arnims Name in den Marken mächtig wirken, die Stände zu neuen Anstrengungen bereit machen werde. Er lud (13. October) die Stände, „so viele deren bei gegenwärtiger des Landes Dismembration und Zerrüttung aller Kreise zu erlangen sein mögen", zum 29. November nach Berlin, „wegen Continuirung des Krieges" mit ihnen zu berathen.

Bevor die Stände zu tagen begannen, kam die Nachricht, daß Georg Wilhelm gestorben sei.

Die zweite Gründung.

Friedrich Wilhelms Anfang.

Es war eine traurige Erbschaft, die Friedrich Wilhelm antrat.

Sein Haus war tief gesunken, in sich selbst zerrüttet, bei Freund und Feind verachtet; und Alles war dazu gethan, das Verlassen der Bahnen, die es so tief erniedrigt hatten, unmöglich zu machen. Der einzige ruhige Besitz, den Georg Wilhelm noch gehabt hatte, der Preußens, war mit seinem Tode außer Kraft bis zur neuen Belehnung und Huldigung; und welche Bedingungen die Krone Polen, die Stände des Herzogthums fordern würden, war unberechenbar.

So übernahm der junge Fürst das Regiment, „eine schwere und fast unerträgliche Regierungslast", wie er in einem seiner ersten Schreiben sagt.

Aber er war in der vollen Frische unentweihter Jugend,[175] von festem Gottvertrauen, durch innere Arbeit und den Ernst der Zeit früh gereift.

Er hatte die Jahre, in denen der jugendliche Geist seine Richtung fürs Leben empfängt, in den Niederlanden verlebt, unter den Eindrücken großer Verhältnisse, weltumfassender Interessen, kühn fortschreitender Bildung, man darf wohl sagen in der Atmosphäre eines neuen Zeitalters. Er lebte und webte in den Gedanken dieser neuen Zeit, in der der reformirte Geist die ganze Segensfülle seiner Wirkungen zeitigen zu sollen schien.

Dort im Feldlager und am Hofe seines Großoheims hatte er eine Fürstenart kennen lernen, die sehr anders war, als die im Reiche hergebrachte. Diese Oranier standen an der Spitze der Republik, weil sie ihr mit unermüdlicher Hingebung dienten; in Strömen war das Blut der Nassauer für die Niederlande geflossen; sie hatten die Liebe des freien Volkes, das in ihnen die Gründer seiner kirchlichen und politischen Freiheit,

die Träger seines Heldenruhmes sah. Solches Vorbild haftete tief in der Seele des jungen Fürsten; ihn bezeichnet sein Ausdruck: „ich will in meinem fürstlichen Regiment stets eingedenk bleiben, daß es nicht meine, sondern des Volkes Sache ist, die ich führe.“ [176]) Und in einem denkwürdigsten Moment seines Lebens sprach er sein fürstliches Bekenntniß in dem Wahlspruche aus: pro deo et populo. [177])

Noch ein Drittes darf hervorgehoben werden. In den deutschen Landen, vor Allem auch an dem Hofe seines Vaters lebte man in einem Dunstkreise reichspatriotischer Phrasen, verworrener Rechtstheorien, kirchlicher Verbitterungen, in dem die nächsten und einfachsten Aufgaben alles staatlichen Lebens mehr und mehr verdunkelt wurden und dem Blicke entschwanden. Wie anders erschien von den Niederlanden aus beobachtet das Wesen des Reiches, die spanisch-östreichische Politik, der vielgepriesene Eifer Schwedens für das Evangelium, Frankreichs für die Libertät. Hier lernte der junge Fürst die heimischen Dinge in ihrem europäischen Zusammenhange, in ihrem pragmatischen Werthe sehen.

Dann heimgekehrt hatte er eine andere schwerere Schule durchgemacht. Selbst Demüthigungen wurden ihm nicht gespart: „man hat uns nicht mehr wie einem Wildfremden getrauet, und von allen Consiliis ausgeschlossen“. Er mußte „gleichsam in einem kümmerlichen Zustand“ leben, daher, so sagt ein Schreiben Schwarzenbergs (17. October 1639) „bei S. F. D. Gram und innerliche Traurigkeit entsteht“. Es war eine schwere Prüfungszeit; sie drückte ihn nicht zu Boden. Sein stolzer und feuriger Geist wurde nur um so fester in sich und wie zu doppelter Spannkraft zusammengepreßt.

Nah und fern sah man in dem Regierungswechsel ein wichtiges Ereigniß. „Viele spitzen die Ohren und meinen, es werde nach dem alten Sprüchwort mit dem alten Schnee viel abgegangen sein“. Man glaubte zu wissen, daß der junge Fürst mit der Politik seines Vaters nichts weniger als einverstanden sei, daß er sofort die entgegengesetzte ergreifen werde. Diejenigen, die es fürchteten, und die es hofften, sahen nur diese Alternative „kaiserlich oder schwedisch“, rüsteten sich darauf, jene mit der höhnischen Zuversicht, daß das bisherige System nicht mehr zu beseitigen sei, diese mit dem ungeduldigen Eifer, daß jetzt oder nie ihre Zeit beginne.

Gab es noch einen dritten Weg? entschied sich der Kurfürst für ihn?

Seine Lage war unermeßlich schwierig, sie forderte die äußerste Behutsamkeit und Verwegenheit; mit jedem Schritt, den er wagte oder nicht wagte, handelte es sich für ihn um Alles. Mit dem ersten Versuch eines

freien Entschlusses mußte er fürchten in seiner Ohnmacht zusammenzubrechen, bei dem ersten Erfolg erwarten, daß sich die kämpfenden Mächte zermalmend auf ihn stürzten. Und mit welchen Mitteln sollte er wagen? In seinen Landen war weder die Kraft noch der Wille, sich zu erheben; es war jedes auf andere Art elend und in Auflösung. Es gab da wohl Gegner des bisherigen Wesens, Neider Schwarzenbergs, Anhänger Schwedens, kirchliche, ständische Partheien, aber eine kurfürstliche Parthei, eine Partei der Einheit, der gemeinsamen Vertheidigung und Rettung gab es nicht. Die alten reformirten Freunde seines Hauses waren zersprengt, ermattet, zum Theil landflüchtig, alle Stellen im Heer und in der Verwaltung, alle Aemter in den Händen von Personen, die nur zu sehr in die bisherige demoralisirende Weise eingewöhnt waren. Wo Männer finden, auf deren Treue, Hingebung, Energie er sich verlassen konnte? Und von woher draußen hätte ihm Hülfe oder Rath kommen sollen? Er kannte die Politik genug, um zu wissen, daß jeder Fürst in und außer dem Reich, jeder Staat, klein oder groß, nur nach eigenem Interesse ihm Freund oder Feind sein, daß er unter ihnen nun so viel gelten werde, als er sie zwingen werde, ihn gelten zu lassen; er wäre ein Thor gewesen, wenn er noch irgend Schutz vom Kaiser, vom Reich, von Polen, wenn er irgend Hülfe von Glaubensverwandten, Blutsverwandten hätte hoffen wollen. Er mußte sich auf sich selbst stellen; er mußte in dem Wust unwahrer und verwildeter Verhältnisse, welche Alles um ihn her erfüllten, das Wirkliche und Dauernde erkennen und erfassen; er mußte in seiner nächsten, der landesherrlichen Pflicht die Kraft und die Mittel finden, sie zu erfüllen.

Es war ihm aus dem Herzen gesprochen, wenn in der Trauerrede am Sarge des Vaters das Schlußgebet für ihn lautete: „Möge der Herr mit ihm sein, daß durch ihn wieder gebaut werde, was so lange wüst gelegen, daß er einen Grund lege, der für und für bleibe". Er hoffte mit Gottes Hülfe es zu vollbringen.

Anderen Fürsten hat das Schicksal des Staates, des Volkes, das in ihre Hand gelegt worden, ihre Aufgabe und mit ihr die Wege, die Mittel, sie zu lösen, gegeben. Seinen Staat sollte Friedrich Wilhelm erst schaffen, durch denselben ein staatliches Gemeingefühl der ihm Zugehörigen, ein Volk erst erwachsen. Er glich dem Künstler, dem seine Aufgabe sich entwickelt, indem er sie löst; und das dann geschaffene Werk ist ein Ausdruck seines eigensten Wesens; sein Geist lebt in ihm.

Der junge Fürst begann, als wolle er in des Vaters Weise fortgehen. Von dem, was er weiter zu thun Willens sei, scheint nach dem, was vorliegt, niemand unterrichtet gewesen zu sein. Er wird, wie es auch später seine Weise blieb, des Einen und Andern Meinung gehört, die nächstliegenden Fragen hin und her besprochen haben; aber auch Die, auf deren Ergebenheit er sich verlassen konnte, erfuhren, wie er sich entschlossen, erst aus den Befehlen, die er dann gab. Und auch diese Befehle enthielten nur das diesen Auftrag, diesen Beauftragten Angehende; genug, um deutlich verstanden, sicher ausgeführt zu werden, nicht mehr. Gleich die ersten Weisungen, die noch vorliegen, zeigen den klaren, festen, intuitiven Geist, der die Situation durchdringt, nach allen ihren Möglichkeiten voraussieht, für jede das dann Erforderliche vorausbestimmt, den Meister im Befehlen. Man fühlte sofort, daß ein fester Punkt da sei, und daß er zu wirken beginne.

Die wichtigste Frage, die dem jungen Fürsten entgegentrat, war die des Regiments in den Marken. Am Tage nach seinem Regierungsantritt[178]) sandte er seinen Kammerjunker Werner von Schulenburg an Schwarzenberg, mit der Aufforderung, der Graf wolle sich auch ferner mit der Mühwaltung des Statthalteramtes beladen lassen, auch sein rathsames Bedenken, was ferner, namentlich in Betreff des Regensburger Reichstags zu thun, einsenden, „die weil wir itzund in der Eile wegen großer Bekümmerniß uns noch nicht recht begreifen und also der Sache nicht reiflich nachdenken können". Er erklärte sich zufrieden, „daß die Festungen mit den jetzigen Commandanten und Volk auch ferner besetzt bleiben, könnte auch dem Feinde an dem einen und andern Ort Abbruch geschehen, so würde das uns lieb sein, wenn nur das vornehmste Absehn stets auf die Festungen gerichtet bleibe, wie bisher der Graf löblich und rühmlich gethan". Gesprächsweise „wie für sich" sollte Schulenburg den Grafen sondiren, ob er geneigt sei, sich auf kurze Zeit nach Preußen zu begeben, „um uns desto besser zu rathen, wie unsre schwere Regierung anzustellen", und wer einstweilen seine Stelle verwalten könne.

Schon waren zur Verhandlung über die preußische Belehnung Gesandte nach Warschau geschickt, und mit den noch versammelten preußischen Ständen wurde über die Gravamina weiter verhandelt. Es wurde dem Kaiser und den verwandten Fürsten in und außer dem Reich der Regierungswechsel notificirt; es wurde den Ständen der verschiedenen kurfürstlichen Territorien die gleiche Anzeige gemacht, auch denen von Pommern, diesen mit der Bemerkung, daß mit kaiserlicher und des Reiches Hülfe das Land seinem gebornen Landesherrn erhalten werden solle.

Hatte Schwarzenberg mit wachsender Unruhe auf Weisungen des neuen Herren gewartet, so empfing er jene Eröffnungen mit um so größerer Befriedigung. Jetzt glaubte er sicher zu sein; und er eilte die Dinge in der Bahn weiter zu führen, die er unumwundener, als er erwartet hatte, von dem jungen Fürsten gebilligt sah. Er ließ die ihm vertrauten Obristen gegen die Schweden streifen; er trat den aufgeregten Berathungen der Stände mit erneuter Zuversicht entgegen; er empfahl dem Kurfürsten, mit den Gesandten, die der Kaiser zu seiner Beglückwünschung nach Preußen senden werde, um einen Zuschuß von 50,000 Thalern zu weiteren Rüstungen zu verhandeln, für Pommern, das doch nicht leicht zu gewinnen sei, ein Aequivalent zu fordern, in den clevischen Dingen des Kaisers Fürsprache bei Sachsen und Neuburg nachzusuchen, um endlich zum Schluß zu kommen. Auch seine Herrschaften Huissen und Huckeswagen, fügt er hinzu, hätten die Hessen, seine clevischen Güter die Staaten eingenommen, wie er dann immer mit seinen Herren gemeinsam zu leiden habe.

Schon nach wenigen Tagen kamen ihm Anzeichen, daß die Luft doch nicht so ganz hell sei. Er erfuhr, daß der Kurfürst seine Räthe in Regensburg angewiesen habe, mit den Verhandlungen über Pommern innezuhalten, und was vorkomme, nur zum Bericht entgegenzunehmen; er erfuhr, daß die Geheimenräthe Balthasar von Brunn und Rumelian v. Leuchtmar nach Königsberg berufen seien. Noch mehr befremdete ihn, daß der Kurfürst Befehle an Burgsdorf in Küstrin, an Trotha in Peitz unmittelbar, nicht durch ihn, den „Director des Kriegsstaates", gesendet.

Und zu alle dem nahm die Berathung der noch versammelten Stände eine Wendung, die noch vor wenigen Wochen ganz unmöglich geschienen hatte. Sie beschlossen trotz der sehr nachdrücklichen Abmahnung des Statthalters, dem Kurfürsten die klägliche Lage des Landes und deren wahre Gründe darzulegen; sie forderten ihn auf, das Kriegsvolk zu reduciren, der Feindschaft mit Schweden, in welcher Form immer, ein Ende zu machen, „nicht dergestalt", sagten sie, als wenn sich J. kf. D. aus Dero Devotion gegen Kais. Maj. setzen oder von ihren wohlhergebrachten Rechten an Pommern etwas begeben sollen, sondern um aus der Gefahr des Krieges, und des eben jetzt drohenden neuen Einbruches der Schweden zu kommen". Sie flehten ihn an, seine getreuen Lande einem absoluten Dominat nicht ferner zu untergeben, sondern selbst die Regierung zu übernehmen, oder wenn das für jetzt noch nicht möglich sei, durch verständige treue Patrioten das Land regieren zu lassen.[179]) Und unter Denen, die

mit dieser Eingabe nach Preußen gesandt wurden, war Samuel von Winterfeld.

Der Kurfürst mochte bis dahin über die Stimmung der Marken nichts weniger als gewiß gewesen sein. Um so erwünschter kam ihm diese Erklärung. Für ihn lag Alles daran, nur erst die Zügel zu fassen, wie weit er sich auch hinüber beugen mußte, sie zu ergreifen. Und was die Stände forderten, entsprach bis zu einem gewissen Grade seiner eignen Auffassung der Sachlage. In dem Maaße, als er ihrem Rath und Willen Folge leistete, verpflichtete er sie zu thätiger Mitwirkung, zu nachhaltiger Unterstützung; wenn er dem Lande Ruhe gab, so that er nach seiner nächsten, der landesherrlichen Pflicht und war vor Kaiser und Reich gerechtfertigt. „Seine einzige Intention, erklärte er ihnen, sei dahin gerichtet, wie er seine bedrängten Lande und Leute aus der Kriegsflamme in eine beständige Ruhe und Friedenssicherheit setzen und wohl regieren könne." [180])

Er sandte Befehl an Schwarzenberg, daß hinfort jeder Angriff auf die Schweden und die von den Schweden besetzten Orte unterbleiben, der Krieg auf die Vertheidigung beschränkt werden solle. [181]) Er sandte Commissarien, die Officiere und Soldaten, die Schwarzenberg beim Regierungswechsel ohne besonderen Befehl durch Handschlag verpflichtet hatte, in aller Form zu vereidigen. Er befahl, daß die Truppen bis auf weitere Verständigung mit den Ständen sich mit dem Sommertractement müßten genügen lassen, zumal da die Compagnien tief unter dem in Rechnung gestellten Bestande seien.

Ehe diese Befehle nach Berlin kamen, hatten Schwarzenbergs allarmirende Vornahmen die Wirkung gehabt, die er vielleicht bezweckte. Axel Lilie war aus Mecklenburg gegen die Havel vorgegangen; Stalhandsch rückte aus der Lausitz heran, nahm das jüngst befestigte Zossen; schon streiften seine Reiter bis in die Nähe Berlins. Vergebens flehten die Stände und namentlich die Stadt Berlin, dem anziehenden Feinde mit gütlichen Mitteln entgegenzugehen und die nach Berlin zusammengezogenen Kriegshaufen bis auf die gewöhnliche Besatzung zu entlassen. Der Graf versicherte, Nachricht zu haben, daß Banner den Befehl zur Zerstörung Berlins gegeben habe; er behauptete, wenn Berlin falle, seien die Festungen separirt und nicht mehr zu halten, summa rerum beruhe auf Berlin; er ließ, um die Stadt sturmfrei zu machen, die Vorstädte, namentlich den Werder, niederbrennen. Schon hatte er Goldacker mit seinen Reitern nach Mecklenburg aufbrechen lassen; nun zog er sächsisches Volk

nach Brandenburg, sandte dem weichenden Stalhandsch einige Compagnien nach, die ihm die Quartiere im Beeskowschen und im Cottbusser Kreise entreißen sollten. Alles war im besten Gang, von Neuem die Kriegsflammen über die Marken aufschlagen zu lassen; da kam jener Befehl. Schwarzenberg war auf das Aeußerste aufgeregt; er sprach in den heftigsten Ausdrücken: „er befürchte, es werde eine terrible Resolution müssen gefaßt werden"; [182]) man deutete es dahin, „daß es auf eine allgemeine Preisgebung und Plünderung gemeint sei."

Noch wüster sprach sich die Stimmung der Truppen aus. Die meisten Obristen weigerten sich des geforderten Eides, da sie dem Kaiser geschworen hätten. Der von Rochow, der in Spandau Commandant war, erklärte, erst müsse er vom Kaiser seines Eides entlassen sein und eine neue Capitulation mit dem Kurfürsten errichtet haben. Noch weiter gingen die Reiterregimenter Lüdicke und Goldacker: „wie sie gehört, daß sie bis auf Weiteres auf das Sommertractement gesetzt seien, haben sie sich zusammengeschworen, sind mit ihren Officieren ausgerückt"; sie hauseten auf das Aergste in den Dörfern des Teltow, „wie es denn itzo fast einer Rebellion ähnlich ist." Auch das Krachtsche Volk in Berlin rottirte sich, zog vor des Zahlmeisters Haus, schickte sich an, es zu plündern und zu demoliren, bis man die Tobenden mit einigem Geld befriedigte.

Conrad Burgsdorf in Küstrin, der, längst der geschworene Feind Schwarzenbergs, sich gleich und mit Freuden dem neuen Regiment zugewandt hatte, empfahl dringend die strengsten Maßregeln: „E. Kf. D. möge dem Werk nun recht ins Maul greifen und dem Statthalter ohne Säumniß anbefehlen, die Obristen Rochow, Goldacker, Lüdicke u. s. w. in Arrest zu nehmen" (9. Februar); er fügt hinzu, Goldacker habe seinen Bruder, den Rittmeister, an den jungen Schwarzenberg nach Regensburg gesandt.

Was in Regensburg — der Kaiser selbst war dort — geplant worden, vermag ich nicht nachzuweisen. Die Bestätigung Schwarzenbergs als Statthalter in den Marken hatte das mit dem Regierungswechsel sofort erwachte Mißtrauen kaum beschwichtigt, so kamen jene Weisungen nach Regensburg, über Pommern nicht weiter zu unterhandeln. Freilich zugleich ließ der Kurfürst seine Versicherung wiederholen, daß er in pflichtschuldiger Treue gegen Kaiser und Reich verharre; nur wenn es unmöglich sei, Schweden mit einer Geldsumme zu entschädigen, wenn Schweden durchaus einen Theil Pommerns fordere, möge es ihm gestattet sein, über die Art der Abtretung und die dafür zu gewährende Entschädigung mit

der Königin zu verhandeln, und wünsche er, daß ein Beauftragter des Kaisers an diesen Verhandlungen Theil nehme; er erklärte, daß er nicht ohne Vorwissen des Kaisers abschließen werde und hoffe, daß ebenso der Kaiser nichts ohne ihn in Betreff Pommerns entscheiden werde.

Man war am Kaiserhofe an eine solche Sprache Brandenburgs nicht gewöhnt; man gab ausweichende Antworten. Es kam vor Allem darauf an, die Marken militairisch in der Hand zu behalten. Freilich war es gegen die mit Georg Wilhelm geschlossenen Verträge, daß auch die Commandanten und Besatzungen in den Festungen in des Kaisers Eid seien;[183]) aber man war zufrieden, daß sie ihre Pflicht so verstanden; es wurden Befehle an die Obristen erlassen, ihre Truppen bei einander zu halten und einer etwaigen Reduction nicht Folge zu leisten.[184]) So lange Schwarzenberg das Regiment dort hatte, durfte man unbesorgt sein; vielleicht erwartete man jene „terrible Resolution", um Weiteres folgen zu lassen.

Schwarzenberg wagte sie nicht. Mit jedem Tage, den er zögerte, wurde seine Stellung schwächer. Schon hatten einige Regimenter Fußvolk geschworen; Küstrin war in Burgsdorfs Hand. „Sobald wir", schreibt der Kurfürst später, „so weit gekommen, haben wir immer eine Ordre auf die andere folgen lassen, woraus der Graf spüren können, daß wir uns nicht von ihm nach seinem Willen wollten leiten lassen."[185]) Götze wurde berufen, sein altes Kanzleramt wieder zu übernehmen; es wurden dem Statthalter die ihm anvertrauten Blanketts und Rechenschaft über die verwendeten abgefordert; er wurde angewiesen, die für den Kurfürsten eingehenden Schreiben nicht wie bisher zu eröffnen, sondern nach Preußen zu schicken; es wurde der Geheimerath, der völlig in Abgang gekommen war[186]), neu besetzt und mit Weisungen versehen, die der schrankenlos gewordenen Gewalt des Statthalters ein Ende machten.

Schwarzenberg sah seine Macht in unerhörter Weise zerrinnen. Gewaltsame Dinge, die in seiner nächsten Nähe vorgingen, erschütterten ihn; vor seinen Augen fast wurde der Kammergerichtsrath v. Zastrow, den er zur Deliberation beschieden, von einem der gräflichen Cavaliere, dem v. Lehndorf, „unnöthiger Weise querellirt und dann freventlich entleibt". Dann kamen Briefe aus Regensburg: „ein Obrist aus Königsberg habe berichtet, er habe von einem S. Kf. D. vornehmen Diener erfahren, daß es um den Grafen übel stehe, da er etliche Male dorthin berufen und nicht gefolgt sei." Der Schrecken über diese Nachricht warf ihn nieder.[187])

Wenige Tage darauf starb er. Seine Vertrauten eilten, viele Papiere seines Nachlasses über Seite zu schaffen.[188])

Dem Kurfürsten kam dieser Todesfall sehr ungelegen; er konnte für den Augenblick nur die Schwierigkeit seiner Lage vergrößern. Dem Kaiser gegenüber war der Graf eine erwünschte Deckung gewesen; ihn hätte man für die einreißende militairische Anarchie verantwortlich machen können. Die Frage, wer des Grafen Nachfolger sein werde, ob sein Sohn, ob Burgsdorf oder wer sonst, wurde mit wachsender Aufregung besprochen; eifrige Lutheraner thaten das Ihrige, sie zu steigern: nur Calvinisten habe der junge Kurfürst bisher berufen, am Hofe wie im Rathe sollten überhaupt keine Lutheraner mehr geduldet, ja den Lutherischen ihre Kirchen entrissen werden. Ein Rescript des Kurfürsten, 21. März, daß ihm mit solchen Gerüchten Unrecht und zu viel geschehe, die Untersuchung über die Urheber und Verbreiter solcher Gerüchte diente nicht dazu, die Gemüther zu beruhigen.

Nach dem Antrag der Stände — sie forderten, daß nur zwei Obristen und 16 Compagnien bleiben sollten — hatte der Kurfürst Befehl gesandt, die Reduction der Truppen zu beginnen. Er hatte zugleich eine Untersuchung über die durch die Obristen und Officiere im Land erpreßten Forderungen und Obligationen angeordnet; und die von allen Seiten eingehenden Klagen und Beschwerden gaben ein nur zu scheußliches Bild davon, wie gewirthschaftet worden war, namentlich seit Schwarzenberg den Befehl erlassen hatte, nicht bloß an der fahrenden Habe, sondern auch an den Personen die Execution vorzunehmen.

Mit Entrüstung erhob sich die ganze Soldatesca gegen jene, wie sie meinte, schimpfliche Einmischung der civilen Obrigkeit; die Obristen und Officiere folgten den an sie erlassenen Befehlen nicht mehr, weigerten sich, Rechenschaft zu legen, vor dem Geheimenrath zu erscheinen; Goldacker, der dem verhafteten Lehndorf einen Paß zur Flucht gegeben, ließ sagen, er wolle kommen, aber an der Spitze seines Regiments; Rochow drohte, Spandau in die Luft zu sprengen; andere erklärten, der Kaiser werde sie schon manuteniren. Mit jedem Tage wurde die militairische Anarchie wüster; in unerhörten Excessen da und dort kam sie zum Ausbruch.[189])

Dieß geschah, während die Kaiserlichen, dem weichenden Banner und den Weimarischen unter Guébriant folgend, schon bis zur oberen Saale gekommen waren, die Werbungen Arnims in Schlesien den linken Flügel der Schweden bedrohten.

Der große Kriegsplan — der Kurfürst kannte ihn durch Arnim —

begann sich zu entwickeln. Georg von Braunschweig sah die ungeheure Gefahr, die gegen ihn heraufzog; er ließ den Kurfürsten dringend mahnen, sich endlich für die gute Sache zu entscheiden und sie damit zu retten. Des Kaisers Gesandter, Graf Martinitz, der Mitte März in Königsberg war, sprach eben so zuversichtlich Kſ. Maj. gnädige Erwartung aus, daß Brandenburg in dem bisherigen reichspatriotischen Eifer beharren und nicht dulden werde, daß sich ein unerträglicher fremder Dominat im Reich festsetze; er forderte, daß der Kurfürst seine Truppen, soweit sie nicht für die Festungen nöthig seien, unter Arnims Befehl stelle.

Aber von Gegenleistungen hatte Graf Martinitz kein Wort gesagt, weder in Betreff Jülichs und Jägerndorfs, noch Pommerns; und der Polenkönig, der die östreichischen Forderungen auf das Lebhafteste unterstützte, verzögerte die dringend gewünschte Belehnung mit Preußen durch immer neue Bedenken und Forderungen. Der Kurfürst wiederholte, daß er seiner Pflicht gegen Kaiser und Reich allerdings eingedenk sei und bleiben werde, aber die Marken seien so erschöpft, daß sie kaum mehr das für die Festungen nöthige Fußvolk erhalten könnten; seine Reiter gedenke er bis auf 300 Mann abzudanken und sie Kais. Maj. zur Disposition zu stellen.

Es war klar, daß in dem Maaße, als Banner weiter wich, die militairische Bedeutung der Marken in den Vordergrund treten mußte; es war vorauszusehen, daß demnächst die Schweden aus Schlesien, Pommern, Mecklenburg hereinbrechen würden, die Positionen zu nehmen, die sie von einander und von Banners Armee trennten. Daß Kaiser und Reich weder die Kraft noch den Willen hatten, das Land zu schützen, geschweige denn Pommern, wie der Prager Friede versprochen, wieder zu erobern, lehrte die Erfahrung und zeigten die Nachrichten aus Regensburg; es sei nicht löblich, wurde dort von Evangelischen wie Katholischen gesagt, den Reichskrieg um Brandenburgs Rechte auf Pommern willen fortzusetzen. Ja man glaubte zu wissen, der Kaiser werde, wenn er demnächst Pommern einnehme, es nicht dem Kurfürsten überlassen, sondern die Kriegsunkosten berechnen und Pommern so lange behalten, bis ihm solche von dem Kurfürsten erstattet seien. [190])

Eben jetzt faßte man die ersten Fäden einer Intrigue, die sich sehr bedrohlich anließ. Burgsdorf erhielt von einem Knecht, der aus Preußen kam, Briefe ausgeliefert, die Sebastian von Waldow, Schloßhauptmann, Oberschenk und Hauptmann zu Ruppin, aus Preußen an den jungen Schwarzenberg, an Goldacker u. A. geschrieben hatte. Es zeigte sich, in

welcher Weise Martinitz in Preußen thätig gewesen war, den schwarzenbergischen Anhang zu sammeln, welche Ränke geschmiedet wurden, das alte Spiel fortzusetzen. Dringend forderte Burgsdorf, einzuschreiten, „die von dem gefallenen Baume nachgelassenen Wurzeln auszureuten; nur eine heroische Resolution könne großem, erschrecklichem Unheil vorbeugen."

In der Mitte April war Banner, schon siech und sein nahes Ende fühlend, bis Halle gewichen; Arnim harrte in Dresden, an der Spitze des schlesischen Heeres vorzubrechen. Stalhandsch, der in Cottbus und Jüterbog stand, und Axel Lilie, der die Priegnitz besetzt hielt, begannen sich gegen die Havel in Bewegung zu setzen. Liliehöck in Stettin zog seine Truppen näher zusammen. So drohend erschien die Gefahr für Berlin und Brandenburg, daß der Geheimerath mit der Reduction inne zu halten befahl.

Der Kurfürst hatte nur diesen Moment erwartet, um endlich einen Schritt weiter zu thun. Eben jetzt hatte er ein erstes Zugeständniß von der Krone Polen errungen; er durfte vorläufig die Regierung des Herzogthums übernehmen. Er sandte Befehl nach Berlin,[191] Stalhandsch, Liliehöck, Axel Lilie um vorläufige Waffenruhe für die Marken anzusprechen; er schickte Winterfeld nach Hamburg, mit Adler Salvius in dem gleichen Sinne zu unterhandeln; er schickte Rumelian v. Leuchtmar nach Stockholm, die Friedensversicherungen der in Regensburg versammelten Stände, die Brandenburg damit beauftragt hatten, zu überbringen, zugleich die Königin über die Schritte der neuen Regierung aufzuklären und ihr „ein Armistitium und Cession der Hostilitäten" anzutragen;[192] gelegentlich und wie von sich sollte er den alten Plan Gustav Adolphs, die Hand der Königin betreffend, berühren.

Es traten unerwartete Ereignisse ein, deren Wirkungen den gethanen Schritt außerordentlich erleichterten.

Mitte April starb Herzog Georg von Braunschweig; auf ihn und sein Land hatte Banner bei seinem Rückzuge vorzüglich gerechnet; daß jetzt dort eine andere Politik eintreten werde, war vorauszusehen. Banner selbst starb am 10. Mai in Halberstadt; sein Tod wirkte zerrüttend auf die Armee; die deutschen Obristen weigerten den drei Generalmajors, die den Befehl übernahmen, den Gehorsam. Sie meinten, es sei Zeit, daß der deutsche Soldat die Dinge in die Hand nehme; sie und die Weimaraner seien stark genug, dem Reiche einen ehrenvollen Frieden zu verschaffen; die fremden Kronen wollten es nur verderben, um es zu zerstückeln; sie

bekämpften Deutschland nur mit deutschen Kräften.[193]) Zugleich erhoben sich in der Altmark die Bauerschaften, als zwei schwedische Regimenter, Slange und Heiking, dem weichenden Hauptheere den Rücken zu halten, sich dort einlagern wollten.[194]) Die schwedischen Generale, die vor Kurzem noch die kurfürstlichen Anträge zum Theil sehr hoffärthig abgewiesen hatten, erklärten sich jetzt nach Weisungen von Salvius bereit, eine vorläufige Waffenruhe für die Marken eintreten zu lassen, bis weitere Befehle aus Stockholm kämen.

Jetzt wäre der Moment gewesen, wo die kaiserliche und Reichsarmee mit raschen Schlägen hätte vorgehen müssen.[195]) Aber auch dort hatte der Tod lähmend eingegriffen. Am 29. April war Arnim in Dresden gestorben; noch auf dem Todbette hatte er gesagt: „sein ganzes Absehen wäre auf den jungen Kurfürsten gerichtet gewesen, dem habe er das ganze Werk in die Hände spielen wollen, aber er sei von dem jungen Herrn, seit er Kurfürst geworden, gar sehr despectirt worden."[196]) Mit Arnims Tode erlahmte auch die Bewegung Krockows von Danzig aus gegen Pommern; und was unter Golzens Führung in Schlesien geschah, war nicht der Mühe werth; nur das Heer an der Saale, an dessen Spitze demnächst Erzherzog Leopold Wilhelm treten sollte, ging behutsam vorwärts.

Man scheint am Kaiserhofe sich geraume Zeit über den Gang der Dinge in den Marken getäuscht zu haben; entweder man durchschaute nicht die Politik des jungen Kurfürsten, oder man getröstete sich seiner Ohnmacht und der eigenen Erfolge. Dann wurde einer jener Briefe von Salvius, welche die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Brandenburg vorschrieben, aufgefangen. Der Kaiser, sagt man, erblaßte, da er ihn las; er glaubte nicht anders, als daß der Kurfürst auf dem Wege sei, mit Schweden gemeinsame Sache zu machen, daß er nur nach Stockholm gesandt habe, um das in früheren Jahren verabredete Verlöbniß mit der jungen Königin abzuschließen. Auch der Kurfürst von Sachsen sprach seine lebhafte Besorgniß aus; er hob in einem Schreiben an den Kaiser wie entschuldigend hervor, daß Friedrich Wilhelm wohl nur aus jugendlicher Unerfahrenheit so bedenkliche Schritte gethan; er gab nicht undeutlich zu verstehen, daß der junge Fürst übel berathen sei.

Es wird nicht zufällig sein, daß jetzt Johann Adolph v. Schwarzenberg nach Berlin eilte, dort, wie Burgsdorf schreibt, seine Residenz nahm, auch seinen übrigen „estat" von Regensburg dahin nachkommen ließ. Er trat auf, als wenn er fordern könne, seines Vaters Nachfolger zu sein; Oberst Kracht stellte ihm Schildwachen vor die Thür, ließ sich von

ihm die Parole erbitten. Dann forderte der Graf in den dem Vater verpfändeten Aemtern die Huldigung; er sandte Befehle nach Sonnenburg, als wenn er bereits Ordensmeister sei. Die Freunde seines Vaters sammelten sich um ihn; „es sind viele", schreibt Burgsdorf (19. Mai), „die lamentiren, daß man dem Vater nicht die alte Gewalt gelassen habe, und daß dem jungen Grafen Unrecht geschehe, daß man ihn mehr vorziehen müßte." Unter den thätigsten war Sebastian von Waldow, der jetzt aus Preußen zurückkam, wo sein Bruder, der Marschall, in gleichem Sinne zu wirken bemüht war. Natürlich, daß die meuterischen Officiere, Rochow und Goldacker an der Spitze, sich ganz zu des Grafen Verfügung stellten. Mit jedem Tage wurde seine Einwirkung bedrohlicher; „schon sind die beiden Waldow, Otto von Marwitz, Blumenthal in Küstrin angelangt", schreibt Burgsdorf, „wenn sie allhier ankommen, so wird das Collegium um so viel mehr verstärkt und die Kette erweitert sein."

Der Kurfürst hatte den jungen Markgrafen Ernst zum Statthalter ausersehen, den Sohn des geächteten Jägerndorfers. Am 11. Mai kam er nach Berlin. „Der Karren", schreibt Burgsdorf, „ist so tief in den Koth geführt, daß wir sämmtlich und wenn unser noch mehr wären, ihn ohne große Mühe nicht werden herausziehen können."

Zum 18. Mai wurden die Stände wieder berufen. „Von diesem Landtag", schreibt Schwarzenberg, „werden alle weitern Disegni und Nachrichtungen abhangen, denn der Kurfürst will ohne Berathschlagung der Stände nichts von hoher Importanz oder von hauptsächlichen Sachen vornehmen und schließen; und die Stände sind fast alle den Schweden Freund, dem Kaiser Feind; vor Allem", fügt er hinzu, „ist Burgsdorf dem Kaiser sehr feind und alle Stände hangen an ihm."

Allerdings forderten die Stände von Neuem, daß den Feindseligkeiten ein Ende gemacht werde. Mit Unruhe sahen sie die Anwesenheit Schwarzenbergs, den erneuten Eifer der „Favoriten", den Widerstand der Soldatesca. Auf ihre Zustimmung gestützt, konnte Markgraf Ernst energische Schritte wagen.

Die Untersuchungscommission, die bisher Materialien gesammelt, begann ihre Sitzungen. Dem Grafen Schwarzenberg wurden die Wachen entzogen; es wurde in die verpfändeten Aemter und nach Sonnenburg Befehl gesandt, die geforderte Huldigung nicht zu leisten. Oberst Kracht wurde in Arrest genommen. Die Untersuchung gegen Goldacker ergab die schlimmsten Dinge; seit sieben Monaten hatte er seinen Reitern den Sold nicht ausgezahlt, der ihm richtig verabfolgt war; er weigerte sich

Rede zu stehen. Als Obrist Volkmar, der beauftragt wurde, ihn festzunehmen, am 28. Mai gegen Brandenburg anrückte, fand er die Zugbrücken aufgezogen, die Reiter kampfbereit; Goldacker hatte den Befehl, der erst am Morgen 6 Uhr an Volkmar gekommen war, durch Vertraute aus Berlin schon früher mitgetheilt erhalten. Er ließ es nicht zum Aeußersten kommen; mit 30 Reitern sprengte er davon, ging zu Piccolomini; der Rest des Regimentes wurde dem Georg v. d. Marwitz übertragen. Bald zeigte sich, wie auch er in Fürstenwalde Obligationen erpreßt, wie er Dörfer ausgeplündert, die Schulzen in Ketten gelegt hatte; er berief sich darauf, daß er in des Kaisers Dienst stehe; es wurde ihm „in Gnaden bewilligt, daß er seinen Marsch, um des Kaisers und Reiches Dienst nach Gebühr zu versehen, in Gottes Namen fortsetzen könne." Der trotzigste war Rochow; er hatte eben jetzt seinen Musterschreiber in Eisen schlagen, von dem Officiergericht zum Galgen verurtheilen lassen, um ein falsches Zeugniß über geleistete Zahlungen von ihm zu erpressen; er war persönlich nach Berlin gekommen, die geforderte Ablieferung des Schreibens zu verweigern, und dann nach Spandau zurückgegangen; seine Verständnisse mit dem jungen Schwarzenberg ließen das Schlimmste fürchten. Der Markgraf forderte ihn zum zweiten Male nach Berlin, „um ihm eine wichtige Sache zu eröffnen", kündigte ihm dann, als er kam, an, daß er seine Abdankung habe und Berlin nicht verlassen dürfe, bis ein anderer Commandant für Spandau ernannt sei.[197])

Endlich kam auch an Schwarzenberg die Reihe; man hatte chiffrirte Briefe von ihm aufgefangen, in denen er „unverantwortliche Reden geführt"; man las da: „er werde seines Theils Alles thun, was dem Kurfürsten Schaden bringe"; er hatte über die märkischen Stände, über einzelne Personen, namentlich Burgsdorf, Obrist Ribbeck, Götze Beleidigendes geäußert; es zeigte sich, daß er förmliche Instruction erhalten hatte, „die Leute durch Liberalität zu devinciren", Markgraf Ernst für die Sache des Kaisers zu erkaufen. Er wurde vor den Geheimenrath gefordert, Auskunft über die Briefe zu geben und die Richtigkeit der Dechiffrirung anzuerkennen. Namentlich die Stände waren in höchster Aufregung. Sie sandten dem Kaiser eine Protestation gegen die wider sie gerichteten Verunglimpfungen: „sie seien entschlossen, neben Kf. D., ihrem Herren, in Kf. Maj. und des Reichs Devotion noch ferner bis auf den letzten Tropfen ihres Bluts beständig und unverrückt zu verharren." Sie forderten von dem Kurfürsten die Erlaubniß, den Grafen, der sie als Majestätsverbrecher bezeichnet, auf dem Wege Rechtens zu verfolgen. Der Graf

hielt sich nicht mehr für sicher; in Gemeinschaft mit Rochow, von seinem Pagen, dem v. d. Schulenburg begleitet, entwich er aus Berlin;[198] seine Sachen und Papiere rettete sein Hofmeister v. Wallenrodt nach Magdeburg und Wittenberg; auch dieser ein Vasall des Kurfürsten, sein Vater war Regimentsrath und Kanzler in Preußen gewesen.

Man hatte allen Grund, vor des Grafen Rache zu zittern; und bot sein Anspruch auf das Meisterthum, die Beschlagnahme seiner Herrschaften Huissen und Neustadt, der dem Vater verpfändeten Aemter in der Mark dem Kaiserhofe nicht Vorwand genug zu den schlimmsten Maaßregeln? Man sprach schon davon, daß Herzog Franz Albrecht von Lauenburg, aus dem alten ascanischen Hause, den Lohn seiner reichspatriotischen Dienste in den brandenburgischen Kurlanden zu finden hoffe, daß Kursachsen für seine jülichschen Ansprüche, die dem Kaiser überlassen werden sollten, die noch brandenburgischen Herrschaften in der Lausitz zu erhalten wünsche.

Noch waren die Verhandlungen in Stockholm ohne Ergebniß. Die Kaiserlichen blieben im Vorgehen; die nothwendige Folge war, daß die Schweden sich mehr und mehr über die Marken ausdehnten; „um Gottes Barmherzigkeit und des jüngsten Gerichtes willen" flehten die Städte und Dörfer mehrerer Kreise um Rettung; sie konnten nichts mehr geben. Schon hieß es, daß kaiserliche Völker einrücken sollten.[199] Und nun weigerte sich Piccolomini, die brandenburgischen Reiter zu übernehmen, bevor der Erzherzog angekommen sei; auch diese zuchtlosen Haufen blieben noch im Lande. In offener Meuterei sammelten sie sich um Spandau; die Officiere erklärten, man könne das Volk nicht nach Belieben von dannen schicken, und daß man eines Jeden Anbringen und Beschwerde, von denen sie selbst nichts mehr wüßten, gegen sie annehme, sei unerhört; sie forderten, daß man alle Klagen niederschlage, die Obligationen, die sie einmal in Händen hätten, confirmire; sie drohten mit allem Schrecklichsten. Umsonst hielt Markgraf Ernst ihnen vor, daß sie als Patrioten und im Lande Geborne ihres Vaterlandes Ruin doch ansehen möchten. Tagelang wurde unterhandelt, ohne daß man zum Ziel kam.

Endlich am 14. Juli ward der Stockholmer Vertrag abgeschlossen. Es hatte bei den stolzen schwedischen Herren nicht wenig Anstoß erregt, daß der Kurfürst ein deutsches, nicht lateinisches Schreiben an die Königin gerichtet, sie Durchlauchtige, nicht, wie mit seinem Vater ausgemacht war, Durchlauchtigste genannt, ihnen selbst nur dieselben Curialien wie seinen eigenen Räthen gegeben hatte. Aber sie hatten Entschuldigungen dafür gefunden, ihnen lag für den Augenblick zu viel an Brandenburg. Die

Königin Mutter, die wahrlich nicht mit der ihrem Rang gebührenden Achtung von der schwedischen Regentschaft behandelt wurde, war nach Dänemark geflüchtet, Christians IV. Schutz anzurufen, und er schien entschlossen, für sie einzutreten; in dem Moment, wo die Kaiserlichen unaufhaltsam vordrangen, mußte Schweden auch noch einen dänischen Krieg fürchten, wenn nicht der junge Kurfürst für die Schwester seines Vaters vermittelnd eintrat.

So war ein Waffenstillstand auf zwei Jahre abgeschlossen worden.

Freilich forderten die Schweden die festen Plätze Driesen, Landsberg, Frankfurt, Crossen, Gardelegen; aber sie hatten diese bereits inne. Auch die Werbener Schanze, die noch von brandenburgischen Truppen besetzt war, sollte ihnen überlassen werden; sie wurde eben jetzt zerstört, damit sie nicht, so hieß es, von den Kaiserlichen in Besitz genommen werde;[200]) dafür blieb den Schweden die Altmark, die sie nur gegen jene Schanze hatten vertauschen wollen. Wenn ein anderer Artikel lautete, daß den kaiserlichen Truppen der Paß bei Küstrin, also der Weg nach Stettin, geschlossen sein solle, so entsprach das dem Interesse Brandenburgs nicht minder wie dem Schwedens. Aber die Schweden forderten zugleich das Recht, einen Residenten in Küstrin zu haben, der auf die Ausführung dieses Artikels achte, eine Bestimmung, die nicht bloß im höchsten Maaß unbequem, sondern erniedrigend war. Und auf alle weiteren Anträge, die jülichsche Frage, die kurpfälzische Sache, Jägerndorf u. s. w. betreffend, hatten sich die Schweden nicht eingelassen; das einzige wirkliche Zugeständniß, das sie machten, war, daß sie sich verpflichteten, ihr Kriegsvolk nicht anders als bei unvermeidlichen Durchzügen in die Marken kommen zu lassen, und auch dann nur unter Zuziehung kurfürstlicher Commissarien Quartier und Verpflegung zu nehmen. Ueber den Unterhalt und die Contributionen für die schwedischen Besatzungen sollten besondere Verträge geschlossen werden. Eine Reihe von Bestimmungen sicherten und erleichterten den gegenseitigen Verkehr auf den Land- und Wasserstraßen, andere beseitigten die Monopole, die willkührlichen Zölle u. s. w. Dieser Waffenstillstand sollte von der Auswechselung der Ratificationen an gelten, und Leuchtmar stellte einen Revers aus, daß der Kurfürst in drei Monaten ratificiren werde.

Für den Augenblick durfte dem Kurfürsten die Möglichkeit des Abschlusses genügen; er durfte hoffen, daß das Gerücht von den so weit gediehenen Verhandlungen und der Wunsch, der Ratification noch vorzubeugen, in Warschau wie in Regensburg zu größerer Nachgiebigkeit stimmen werde.

Vor Allem das Wichtigste war, die militairischen Verhältnisse in den Marken ins Klare zu bringen. Schleunigst wurde die Auflösung der Soldatesca zu Ende geführt; nur zur Besetzung der Festungen blieben vier schwache Regimenter Fußvolk, dreihundert Reiter in Sold; es wurden die Stände von Neuem berufen, die zu ihrem Unterhalt nöthigen Verwilligungen zu machen. Der von ihnen gegen Graf Schwarzenberg vorbereitete Proceß wurde dem Kammergericht überwiesen; die intercipirten Briefe hatten über die Intentionen und Gesinnungen der kaiserlichen Räthe, ja des Kaisers selbst Aufschlüsse gegeben, die man am Kaiserhofe recht unbequem finden mochte; nur um so ärgere Dinge wurden dort vom Kurfürsten und seinen Umtrieben erzählt und geglaubt. Er beauftragte seinen Gesandten am Reichstag (21. August), zu erklären: „allerdings stehe er mit Schweden in Verhandlung; aber es sei ihm nicht eingefallen, sich neutral zu erklären oder gar sich mit Schweden zu verbinden; es handle sich um nichts, als um eine Waffenruhe, wie seine Stände sie gefordert hätten und das völlig erschöpfte Land sie bedürfe; wenn die kaiserlichen Heere Pommern angreifen sollten, so hindere der Waffenstillstand sie daran nicht.“ Aber zugleich traten die brandenburgischen Gesandten auf dem zu Ende gehenden Reichstag mit Hessen und Braunschweig für die allgemeine und unbeschränkte Amnestie auf, widersprachen der geforderten Anerkennung des Prager Friedens als eines Reichsgesetzes, empfahlen die Herstellung auf den Stand von 1618.

Sie blieben in der Minorität; sich mußten sich „eine fast nachdenkliche Remonstration und Erinnerung“ von Seiten des Kais. Kämmerers, Grafen Leslie, gefallen lassen; sie selbst sagten, daß sie seit der schwedischen Handlung „den Kaiserlichen mehr ein Dorn im Auge, als in dem Credit, anderen Ständen und dem gemeinen Wesen zu helfen“, gewesen seien.

Der Kurfürst war eben jetzt in Betreff Preußens in Mitten der schwierigsten Verhandlungen.

Die preußische Belehnung.

Wir kennen bereits die ersten Schritte, die der junge Kurfürst that, um in den wirklichen Besitz seines Herzogthums zu gelangen. Er hatte den vom Vater berufenen und wieder berufenen Landtag fortgesetzt; ihm mußte Alles daran liegen, mit den Ständen zum Abschluß zu kommen, um an ihnen einen Rückhalt gegen Polen zu gewinnen. Die Gravamina enthielten Dinge unglaublichster Art; voran die Religionsbeschwerden, unter

diesen, daß ein Reformirter (Podewils) Obrister eines preußischen Regiments sei, daß in einem Privathause reformirter Gottesdienst gehalten, daß von dem Kurfürsten den Reformirten ein Stück Land zum Begräbnißplatz angewiesen sei, allerdings erst, nachdem ihnen die Bestattungen auf lutherischen Kirchhöfen versagt worden. Dann wurde gefordert, daß nur Eingeborne von Adel zu den Landesämtern, im Rath und in Legationen verwendet werden, und was durch Andere gethan, null und nichtig sein solle, dann daß Eingebornen von Adel bei Kauf oder Pacht landesherrlicher Güter vor den Bürgerlichen die Vorhand gelassen, daß auch die landesherrlichen Gnadenakte, Verleihungen von Aemtern, Lehen, Indigenat u. s. w. erst durch die Zustimmung der Stände oder der Regimentsräthe rechtsgültig sein sollten u. s. w. Der Kurfürst war bereit, so weit irgend möglich zu weichen; aber der wachsende Zwiespalt zwischen denen von Adel und den Städten machte die gewünschte Einigung unerreichbar.

Am polnischen Hofe war die Fortsetzung des Landtages sehr ungnädig aufgenommen worden; auf das Bestimmteste wurde die Erlaubniß, um die der Kurfürst nachsuchte, vor der Belehnung das Regiment zu übernehmen, versagt, sein persönliches Erscheinen vor dem Thron zum Lehnsempfängniß und zwar auf dem nächsten Reichstage gefordert. Noch mehr gerieth man darüber in Aufregung, daß er bereits Regierungshandlungen vornehme, daß er das eben erledigte Amt des Landhofmeisters dem von Tettau und dessen bisheriges Amt als Obristburggraf dem von Königseck übertrug; die von ihm ausgestellten Versicherungen und die Berufung auf die Vorgänge bei früheren Regierungswechseln warf man weit hinweg; man behauptete, daß während der Sedisvacanz dem Könige die Regierung zustehe und daß er sie durch seine Commissarien auszuüben habe,[201]) daß der König die Inspection über den Pillauer Hafen zu üben, die Commandanten der Festungen Pillau und Memel zu bestellen habe. Die geschehene Ernennung Tettaus wurde nicht anerkannt, Königseck sollte statt seiner Landhofmeister sein.

Man schien in Warschau in der That diesen Regierungswechsel benutzen zu wollen, um endlich die völlige Abhängigkeit des Herzogthums, die Abhängigkeit nicht von dem Könige, sondern von der Republik festzustellen. Man empfand dort lebhafter als je, wie gefährlich dieß Land für die Republik werden könne, wenn einmal das Haus Brandenburg aufhöre, ohnmächtig zu sein; und nach dem Recht der Oberlehnsherrlichkeit schien es in ihrem Belieben zu stehen, die Bedingungen zu machen, unter denen die Kurfürsten die Belehnung erhalten sollten.

Aber eben so natürlich war es, daß der Kurfürst sich auf alle Weise Bedingungen widersetzte, die für die Politik Polens ganz erwünscht sein mochten, aber weder seinen, noch den preußischen Interessen entsprachen und im Recht nicht begründet waren. Er machte geltend, daß das Recht, nach dem er seine „Erblandschaft" zu besitzen habe, ein für alle mal feststehe, daß er Vasall nicht der Republik, sondern des Königs sei. Er unterließ nicht, den König darauf aufmerksam zu machen, daß es die königliche Prärogative sei, die Belehnung zu ertheilen, und daß die Krone sich vorsehen möge, nicht auch dieß Recht zu verlieren. Nicht bloß dem Könige und der Königin, sondern auch den hohen Kronbeamten, den einflußreichsten Senatoren verpflichtete er sich, bedeutende Summen aus preußischen Einkünften zu zahlen; aber um sie zahlen zu können, müsse ihm die Regierung des Herzogthums übertragen sein. Mit Entschiedenheit verbat er, daß die königlichen Gesandten in Königsberg als Commissarien aufträten, „da wir uns durchaus keiner commissarischen Jurisdiction zu unterwerfen gesonnen sind"; er wies seine Gesandten in Warschau an, die Meinung, als ob Sedisvacanz sei und dem Könige die Anordnung einer Immediatregierung gebühre, „S. K. M.", so ist sein Ausdruck, „gänzlich zu benehmen, da wir es also durchaus nicht verstehen können und wollen".

Schon konnte man nicht zweifeln, daß man es mit einem Fürsten zu thun habe, der eben so entschlossen wie umsichtig sei und vor lärmenden Drohungen nicht weiche; man mußte besorgen, daß er, der unermüdlich war, zwischen seinen hadernden Ständen zu vermitteln, mit ihnen zum Schluß kommen und mit ihrem Willen die Stellung thatsächlich nehmen, für deren Gewährung man sich jetzt noch gut bezahlen lassen konnte. Am 21. April übergab der Woywode Graf Dönhof die Erklärung, daß K. M. nunmehr die völlige Regierung des Herzogthums an S. Kf. D. deferire und deshalb gratuliren lasse.[202])

Von demselben Tage datirt ein wichtiger Erlaß des jungen Kurfürsten. Nichts wurde im Lande schwerer empfunden als die Zolleinrichtungen der Spiringe und deren höchst drückende Handhabung. Diese Seezölle, denen sich Danzig zu erwehren verstanden hatte, ruinirten den Handel von Königsberg und Memel vollständig und lähmten den Verkehr des ganzen Landes. Eine Untersuchung, die gegen den Abraham Spiring in Pillau eingeleitet worden, ergab, daß er nichts weniger als ordnungsmäßig verfahre, daß er namentlich gewisse Erträge zu Gunsten des Königs verrechnet habe. Der Kurfürst entließ ihn 21. April seines Dienstes; er ließ am Warschauer Hofe erklären, die zwei Jahre des Köpnicker Vertrages

über die Seezölle seien abgelaufen und „auf inständiges Anhalten der Landschaft und aller Derer, die auf diese Orte gehandelt“ und da „die Spiringe die Schifffahrt und den Trafic auf diese Orte mächtig gehindert“ habe er die Entlassung verfügt. Man war darüber am Warschauer Hofe nicht wenig aufgeregt; nicht bloß der königlichen Autorität, auch den Einnahmen der Krone war damit Abbruch geschehen. Auf das Lebhafteste wurde Einsprache erhoben, es wurde mit Cassation des Zollrechtes in Pillau, mit Occupation des Hafens und der Festung gedroht; ohne Erfolg; man mußte einlenken, wenn man noch einige Einnahme aus den Seezöllen für die Krone retten wollte.

Noch mehr. Wir wissen, mit welcher Wendung der Dinge in den Marken dieser wichtige Act zusammenfiel, wie unmittelbar drauf die Unterhandlungen mit Schweden begannen. Der Kurfürst verbarg sich nicht, daß sie beim Könige und „bei andern Großen des Reichs“ allerlei „Einbildung und Argwohn“ erwecken würden,[203]) und er hatte noch den zweiten wichtigeren Act, den der Belehnung, zu ermöglichen; es wurde darauf bestanden, daß er sie persönlich vor versammeltem Reichstag empfange. Er erfuhr, daß der König den Plan habe, ihm die Hand seiner Schwester anzubieten; es war sehr klar, daß damit das schwedische Verlöbniß gekreuzt werden sollte. Und jene polnische Prinzessin war die Tochter einer Erzherzogin, einer Schwester des verstorbenen Kaisers; gewiß war die östreichische Politik bei jenem Plane mit thätig. Es konnte dem Kurfürsten nur erwünscht sein, daß man etwas fürchtete, was von seinem freien Entschluß abhing. Wenn er dann auch die Instructionen Leuchtmars und die schwedische Antwort dem Könige mittheilen ließ, so waren damit noch keines Weges alle Zweifel zerstreut; mochte man sich gefällig erweisen, um ganz sicher zu gehen.

Stark genug waren die Bedingungen der Belehnung, wie sie zuerst gefordert wurden. Dann gab der König Einiges nach, wenigstens, daß nicht polnische Befehlshaber über Pillau und Memel gesetzt, die Seezölle noch drei Jahre bestehen, aber nicht von den königlichen Verwaltern erhoben werden sollten, wogegen dem Könige auf den Titel dieser Zölle jährlich 25,000 Gulden zu zahlen seien. Aber es blieb die Befugniß der Republik, die beiden Festungen zu inspiciren; es blieb die Verpflichtung, ohne königliche Genehmigung nie mit den Feinden der Republik Neutralität zu schließen; es blieb die jährliche Zahlung von 30,000 Gulden ordentliche Subsidien an die Republik; vor Allem die beschämenden Bedingungen gegen die Reformirten und zu Gunsten der römischen Kirche wurden aufrecht erhalten.

Der König hatte die feierliche Belehnung auf den 8. October angesetzt. Aber schon wurde in den Provinzialconventen, die dem Reichstag vorausgingen, die preußische Frage mit großem Eifer verhandelt; der König, hieß es, habe die Regierung des Herzogthums gar nicht übertragen dürfen, die geschehene Uebertragung sei null und nichtig; mit der Uebergabe von Pillau 1626 habe das Haus Brandenburg das Leben verwirkt u. s. w. So wie der Reichstag zusammentrat (2. September), begannen in der Landbotenkammer die heftigsten Erörterungen, es kam zu ganz maaßlosen Beschlüssen; als der Senat sie verwarf, wurde die Aufregung nur noch heftiger; es wurde der Versuch gemacht, den Reichstag zu sprengen.

Schon war der Kurfürst auf dem Wege nach Warschau. Er hatte daheim wenigstens die Oberstände vollständig befriedigt, von ihnen eine Danksagung und Attestation ausgestellt erhalten, daß sie befriedigt seien.[204]) Er ließ diese in Warschau vorlegen und zugleich erklären, daß er auf keine neuen Bedingungen der Belehnung eingehen werde.

Aber die Städte Preußens waren nur um so erbitterter; sie hielten es für angemessen, sich mit ihren Beschwerden nach Warschau zu wenden. Auch vom Senat aus wurde jetzt ein Versuch gemacht, neue Bedingungen zu erpressen; er erwirkte vom Könige die Erlaubniß, über diese Beschwerden mit den Gesandten der Kurfürsten zu conferiren. Der Kurfürst befahl seinen Gesandten, die vermeinten Beschwerden anzuhören, aber nichts abzuschließen: „wir wollen uns in unserm Fürhaben dadurch nicht hindern lassen". Er erklärte, nicht eher in Warschau einziehen zu wollen, als bis er höre, daß der Reichstag geendet sei; mochte der König sehen, wie er dem bereits festgestellten Vertrage Nachachtung bei seinen Senatoren und Landboten schaffe.

Die Aufregung in Warschau war so groß, daß man alles Schlimmste fürchtete. Dem Kurfürsten ließ d'Avaux aus Hamburg Warnungen zukommen, namentlich möge er vor Gift auf seiner Hut sein. Tags nach der Beendigung des Reichstages, am 5. October, ritt er in Warschau ein, unter großem militairischen Gepränge empfing ihn der König; am 8. October folgte die Belehnung, „friedsam und still", wie ein Berichterstatter sagt; „es haben sich zwar einige unterstehen wollen, dagegen aufzutreten, aber der König hat sie bedrohen lassen, daß sie, wenn sie auftreten würden, von den Stiegen hinuntergeworfen werden sollten; den päpstlichen Nuntius haben S. K. Maj. auch so weit gestellt, daß er nicht öffentlich aufgetreten, sondern seine Protestation in Schriften übergeben".

Nach einer Reihe glänzender Festlichkeiten verließ der Kurfürst Warschau; den Vermählungsanträgen, die ihm gemacht waren, war er geschickt ausgewichen. Er eilte nach Königsberg zurück, die Verhandlungen mit den Ständen zu Ende zu führen, die Huldigung des Landes zu empfangen. Die Oberstände bewilligten die doppelte Trankſteuer, einen Hufenschoß, eine Steuer von ausgeliehenem Capital, „weil es des allgemeinen Landfriedens genießt, dem Land zu Hülfe". Aber die Städte, namentlich Königsberg, fuhren fort, jede Bewilligung zu weigern, bis ihnen willfahrt sei; der Landtag wurde verabschiedet, ohne daß man mit ihnen zum Schluß gekommen. Der Abschied (12. December) besagte: auch zur Abhelfung ihrer Beschwerden sei ein solcher Ausschlag gegeben, daß sie damit zufrieden sein würden, und bleibe nur noch die Aushändigung desselben nach, die erfolgen werde, wenn sie nach Exempel derer von Adel in Erklärung auf des Kurfürsten Propositionen sich ebenmäßig dankbar erzeigen würden. Es währte noch wochenlang, ehe sie sich wenigstens zur Huldigung verstanden; sie leisteten sie mit der Formel: „ohne Präjudiz ihrer wohlhergebrachten Rechte und Freiheiten."

Wie bezeichnend ist es, daß, als endlich die feierliche Bestattung des verstorbenen Kurfürsten geschehen sollte, bei der Krone Polen eine Weisung an die Stadt Königsberg ausgewirkt werden mußte, dafür zu sorgen, daß die Feier in der Schloßkirche nicht gestört werde.[205]) Nur so war der reformirte Gottesdienst, selbst in Anwesenheit des Landesherrn, vor den Insulten der lutherischen Bevölkerung sicher. Und wenn die Stände zur Bestattung je 20 Groschen von der Hufe bewilligt hatten, so mußte noch nach mehr als zwei Jahren an die Einzahlung der „freiwilligen Beisteuer" erinnert werden.

Und doch das Wenige, was erreicht war, bedeutete unendlich viel. Wie lästige, ja demüthigende Bedingungen der junge Fürst gegen die Krone wie gegen seine Stände hatte genehmigen müssen, er hatte nun die landesherrliche Gewalt in aller Form Rechtens; und er war entschlossen, sie in dem Sinne zu üben, der allein ihrem Wesen angemessen schien: daß sie so weit reiche, als nicht ausdrückliche Bestimmungen sie beschränkten, daß der Vortheil der Unbestimmtheit nicht mehr, wie bisher, von den Ständen und der Krone in Anspruch genommen und gegen den Erbherrn des Landes gerichtet werden dürfe.

Das Wesentliche war, die Strömung der Dinge hatte gewechselt, und man begann zu bemerken, daß die tiefste Ebbe vorüber und die Fluth eingetreten sei.

Waffenruhe in den Marken.

Wenigstens Preußen hatte jetzt der Kurfürst, und damit einen festen Punkt, für seine weitere Politik den Hebel zu stützen, Einkünfte von nicht unbedeutendem Betrage; er blieb noch Monate lang dort, um weiter Ordnung zu schaffen.

Was bisher in den Marken geschehen war, erschien kaum wie der Anfang eines Anfangs, wie der erste Schritt in die tiefen, durch die verderblichste Politik vereiterten Wunden. Freilich die schwarzenbergische Wirthschaft war gesprengt, der tief eingenistete östreichische Einfluß durchschnitten, die militairische Anarchie gebrochen; aber damit war das Land militairisch ohnmächtiger als vorher. Wie mußte man sich krümmen und winden, um sich nur zu halten; wie wenig war man auch nur des nächsten Erfolges gewiß. Es war zu berechnen, daß, wenn sich augenblicklich die Schwedischen und Kaiserlichen die Wage hielten und damit die Ohnmacht der Marken gefahrlos war, der nächste Augenblick der einen oder anderen Seite ein Uebergewicht geben könne, und was sollte dann werden?

Es gab nur eine Rettung. Es mußte die brandenburgische Kriegsmacht schleunigst reorganisirt und so erhöht werden, daß sie wenigstens eine gewisse Selbstständigkeit behaupten, wenigstens die wichtigsten Punkte des Landes decken konnte. Die Stände mußten die Einsicht haben, daß es jetzt einmal außerordentliche Anstrengungen zu machen gelte, um das Land vor den noch größeren Opfern zu sichern, die es den Kriegführenden gezwungen bringen mußte, wenn es wehrlos blieb.

Das war die Frage auf dem ständischen „Convent“, der im Herbst in Berlin gehalten wurde. Die Stände selbst hatten, als sie die Reduction forderten, die Beibehaltung von 16 Compagnien zu 150 Mann und von 300 Reitern vorgeschlagen. Jetzt erklärten sie, „mit Anziehung des großen Landverderbens“, es könnten nur 2000 Mann und 125 Reiter erhalten werden. Für die Proviantirung der Festungen war seit Monaten wenig oder nichts mehr geleistet worden; vergebens wurde ihnen die daraus entstehende Gefahr, namentlich für Küstrin eindringlichst vorgestellt; und als den Befehlshabern der Festungen „in Rücksicht auf den traurigen Stand ihrer Garnisonen“ gestattet wurde, die ihnen aus dem Vorjahre zustehenden Reste „aus den säumigen Kreisen zu exigiren“, wurden die heftigsten Klagen, namentlich von den Herren aus der Neumark, die am

wenigsten gelitten hatten, erhoben; die anderen Stände stimmten ihnen bei, sie drohten, „wohl gar ein Gravamen daraus zu machen". Wohl genehmigten die Stände insgemein den Anschlag auf 101,939 Thaler „für Unterhaltung und Kleidung der kurfürstlichen Soldatesca"; aber die Städte weigerten sich entschieden, nach der alten Quotisation von dieser Summe zwei Drittel zu übernehmen; sie sagten, „die von der Ritterschaft hätten sich meistentheils so weit befreit, daß sie von ihrem eigenen Drittel das Wenigste gäben, sie wälzten alle Last auf ihre und der kurfürstlichen Aemter Unterthanen; der Adel im Teltow und Havelland mit seinen Dörfern leiste in einem Jahre nicht so viel als das elend ausgebrannte Städtlein Mittenwalde, wo von 300 Bürgern nicht mehr 22 übrig seien, in einem Monat leisten müsse." Vor Allem erbittert waren sie, daß die Ritterschaft die Eröffnung des Landes zur Ausfuhr ihres Korns, Hopfens u. s. w. forderte und beifügte, es geschehe, damit des Kurfürsten Zolleinnahmen nicht geschmälert würden; „das sei nichts, die vom Adel würden sich ihrer Zollfreiheit schon zu bedienen wissen, sie dächten nur an ihren privaten Vortheil.[206])

Alles Bemühen, die Verhandlung in besseren Gang zu bringen, war vergeblich; ja demnächst erklärten die Stände: „wenn sie nicht von Haus und Hof wandern sollten, so müsse weiter reducirt werden; nicht mehr 16, nur 12 Compagnien könnten ferner erhalten werden, und auch diese zu erhalten falle dem Lande unerschwinglich schwer."[207]) Sie fügten Beschwerden über Burgsdorf hinzu, der, wie sie meinten, mehr Truppen halte, als er nach dem Anschlage dürfe; „sie seien der Hoffnung, der Kurfürst werde es nicht ungnädig vermerken und sein bis anhero hocherfreulich verspürtes Vertrauen und landesherrliche Affection gegen sie nicht schwächen noch fallen lassen, viel weniger anderen Leuten, so mehr auf ihren eigenen als den allgemeinen Nutzen und Frommen beflissen oder mit dem eines Humors und Schlages seien, der das Land mit schweren Rüstungen so unglücklich gemacht, Gehör geben und sich von ihnen verhetzen lassen."

So diese Stände Angesichts der handgreiflichsten Gefahr; die furchtbarsten Erfahrungen hatten sie nicht klüger gemacht; sie waren unverbesserlich.

Schon hatte sich die Kriegslage auf die bedrohlichste Weise geändert.

Die kaiserliche Politik hatte mit dem Schluß des Regensburger Tages (30. September) einen großen Erfolg erreicht. Die sogenannte Amnestie, die erlassen war, gab ihr, „bis die wirkliche Vereinigung aller Stände

mit dem Reichsoberhaupte erfolgt sei", freie Hand gegen diejenigen, die sich nicht fügten. Schon sprachen die kaiserlichen Heerführer davon, man müsse dem Brandenburger, der die Schwedenkönigin heimzuführen und so des Kaisers Rival zu werden gedenke, die Flügel beschneiden, damit er nicht zu hoch fliege. Des Kaisers Heere waren in Schlesien im Vorgehen, sie drangen zwischen Weser und Elbe immer weiter vor; so bedrohlich wurde ihr Uebergewicht in Norddeutschland, daß die Krone Dänemark ernstliche Rüstungen machte, ein Heer vor Hamburg zusammenzog; „denn der Dänenkönig will ein König in Niedersachsen sein ohne Absehen auf den Kaiser". [208])

Aber im October kam Leonhard Torstenson, den Befehl über das schwedische Heer zu übernehmen, er brachte frische Truppen mit; während in Hamburg die Präliminarien, die die Eröffnung des Friedenscongresses in Osnabrück und Münster auf den 25. März 1642 bestimmten, zum Schluß kamen, begann Torstenson behutsam seine Bewegungen, zunächst die Pässe der unteren Elbe zu sichern und sein Volk in den noch leidlich erhaltenen Dorfschaften bis zur Aller zu verpflegen, um so bald möglich durch die Mark hin mit dem schwer bedrängten Stalhandsch in Niederschlesien Verbindung zu suchen.

Die Ratification des Stockholmer Vertrages hatte im October ausgewechselt werden sollen; erst im November — nachdem die Dinge in Preußen etwas geordnet waren — erinnerte der Kurfürst an die noch nöthige Schlußhandlung, und wieder schoben die Schweden den Termin auf den Ausgang des December hinaus. Der Kurfürst sandte Leuchtmar und den neumärkischen Kanzler vom Borne nach Stettin, wo Johann Oxenstjerna, des Kanzlers Sohn, als Legat eintreffen sollte. Von beiden Seiten gab es neue Zögerungen; endlich im Februar 1642 kam es zu den ersten Besprechungen.

Sofort trat hervor, daß die Schweden „die bereits behandelten Conditionen nur zu ihrem Vortheil wenden", daß sie „freie Hand behalten wollten, das Land nach ihrem Gefallen zu verderben". [209]) Sie hatten es übel vermerkt, wie lebhaft sich gegen Leuchtmar, der aus Preußen über Stolpe und Cöslin gekommen war, überall die Stimmung für Brandenburg ausgesprochen, ja wie die Ritterschaft in Hinterpommern sich mit bestimmten Anträgen an den Gesandten ihres Erbherrn gewendet und dessen landesherrlichen Schutz und Fürsprache angesprochen hatte. Sie wurden mit jedem Tage in ihren Forderungen härter, in ihren Verhandlungen zäher.

Schon im Februar waren die Schweden wie die Kaiserlichen an der Elbe in Bewegung; beide rückten sie in der Altmark ein und sogen sie auf das Furchtbarste aus; dann nahmen die Kaiserlichen nach einem vergeblichen Versuche, sich in Mecklenburg festzusetzen, zurückgehend bei Barby, in der Zauche und im Teltow Quartier, indem ein Theil der Truppen nach dem Vogtlande abmarschirte. Ende März warf sich Torstenson, den Feind mit einem Scheinmarsche nach Westen täuschend, plötzlich in die entgegengesetzte Richtung, eilte bei Werben über die Elbe, drängte die Kaiserlichen auf Dessau zurück, ging nach Schlesien, sich mit Stalhandsch zu vereinigen. Es war für den Kaiser die schlimmste Wendung, die der Krieg nehmen konnte; sie verlegte die Entscheidung in seine eigenen Lande, während sich am Rhein Frankreich mit erneutem Eifer erhob; von der allgemeinen Friedenshandlung, die eben jetzt hatte beginnen sollen, war nicht mehr die Rede. Der Kaiser hatte den Herren von Braunschweig, um sie von Schweden abzuziehen, die Neutralität gewährt, die sie für ihre Lande forderten; ja selbst für die brandenburgischen Rheinlande wurde man am Kaiserhofe nachsichtiger.

Die staatische Execution war für den Augenblick beseitigt, indem Hoeffyser 1640 eine Abschlagszahlung erhielt, die durch Verpfändung eines clevischen Amtes gewonnen war. Dann folgte das Fallissement Hoeffysers, und indem die Admiralität von Holland die Concursmasse übernahm, wurde jene Schuld als Staatensache behandelt und um so gefährlicher für den Kurfürsten. Ein Abkommen, das Blumenthal nach den Instructionen, die er noch vom Grafen Schwarzenberg erhalten, verabredet hatte (17. Mai 1641), verwarf der Kurfürst, da die Herren im Haag „excessive Summen" ganz im Allgemeinen bezeichnet hatten; der Kurfürst forderte, daß erst die Liquidation, wie sie in dem Vertrage von 1629 ausdrücklich angeordnet war, vorgenommen werde. Aber die Hoffnung, einstweilen die Stände in Cleve und Mark zu angemessener Leistung zu bewegen, scheiterte um so mehr, als es nicht eben deren Interesse war, daß die landesherrliche Gewalt sich der Pressung und Ohnmacht entwand, bei der die Libertät so wohl gedieh; und die Herren Staaten verfuhren einstweilen, als ob der Tractat vom 17. Mai ratificirt sei, obschon ihn der Kurfürst verworfen hatte.[210]) So war ihm vorerst unmöglich, für seine Rheinlande Ernstliches zu thun. Noch standen dort außer den spanischen und staatischen Völkern hessische am Rhein, kaiserliche in der Grafschaft Mark. Es wäre schon von Werth gewesen, nur erst zwischen ihnen Position nehmen zu können. Angesichts der drohenden Offensive Torstensons

war man am Kaiserhofe nicht abgeneigt, die Neutralität jener Lande zu gewähren, wenn die Landgräfin Lippstadt und Kalkar räume. Gewiß fügte sie sich, wenn man Schweden dafür gewann; und den Schweden schien für ihre große Offensive das Freiwerden der hessischen Völker am Rhein erwünscht sein zu müssen. In diesem Sinne wurden Leuchtmar und Borne in Stettin instruirt: vor Allem sei dem Kurfürsten an der geschwinden Festsetzung der clevischen Neutralität gelegen, und es sei kein Zweifel, daß das Werk gelingen werde, wenn die Krone bei der Landgräfin einige Beförderung thun wolle; der Kurfürst habe durch Eröffnung des Waffenstillstandes, durch Abdankung seines Kriegsvolkes in der Mark, durch andere Thatsachen genugsam erwiesen, wie hoch ihm an der Wiederaufrichtung der Freundschaft mit der ihm so nah verwandten Königin gelegen sei.

Vergebliche Hoffnung! Als ein märkischer Edelmann gegen Liliehöck seine Freude über den bevorstehenden Abschluß äußerte, da der Kurfürst und sein Land sich dann etwas erholen würde, hatte der Schwede geantwortet: „ah, den Kurfürsten muß man nicht lassen aufkommen". Nicht bloß, daß für Torstenson das Meisterthum des Johanniterordens, für Stalhandsch und andere Generale Comthureien desselben ohne Weiteres in Besitz genommen wurden; man erfuhr, daß bei der Krone „Erinnerung gethan werde, die Altmark nicht wieder in des Kurfürsten Hände kommen zu lassen, sondern daselbst ein absonderliches königliches Regiment zu errichten".[211])

Nur mit schleunigem Abschluß hätte man den immer weiter greifenden Forderungen begegnen können; man hätte die 100,000 Thaler und 20,000 Scheffel Korn jährlich für die Besatzungen von Frankfurt, Driesen, Landsberg und Crossen bewilligen, sie in der gesetzten Frist von vier Wochen bewilligen müssen. Aber wie hätten die Herren Stände, welche die zur Vertheidigung des Landes nöthigen Mittel aufzubringen für unmöglich erklärt hatten, sich entschließen können, das zur Befriedigung der Schweden Erforderliche noch dazu zu bewilligen; sie versuchten, ob es nicht mit einem Viertel, mit der Hälfte genug sei.

„Mit Bestürzung", schreiben die Gesandten aus Stettin 12. Mai, „vernehmen wir, daß die Stände sich so gar schwierig und desperat erwiesen und daneben den Gedanken ergriffen haben, als ob das Werk in solchem Stande wäre, daß wir die Summe auf die Hälfte zurückhandeln könnten". Sie fügen hinzu, „die Stände möchten immerhin so verfahren, wann sie es mit ihrer gnädigsten Landesherrschaft zu thun hätten; hier handle man

mit solchen, die das Recht des Schwertes brauchten, und sich um alle Verfassung weniger denn nichts kümmerten".

Vergebens bemühte sich Markgraf Ernst bei den Ständen auf das Aeußerste; die Stände erklärten (6. Mai), daß die Altmark nicht zur Stelle, ja vielleicht gar nicht geladen sei, erwecke die übelsten Gedanken: „was helfen uns unsere Privilegien, was helfen uns die Urkunden und Documente, welche unsere Vorfahren mit so großer Mühe erworben, wenn die Lande zerstückt werden; und werden nicht die Kaiserlichen sich andere Stücke des Landes nehmen und sie zum Ersatz der Kriegskosten, anderweite Prätensionen zu schweigen, sich für immer aneignen?"

Und zugleich brach der alte Hader der Städte und des Adels mit neuer Heftigkeit aus; die Städte erklärten, um keinen Preis würden sie die ihnen zugemutheten zwei Drittel zahlen; auf die Kriegsleistungen habe diese Theilung erst Schwarzenberg 1638, ohne auf die Einrede der Städte zu achten, willkürlich angewandt, während sonst bei Türkensteuer und ähnlichen Leistungen zu halb und halb gezahlt sei. Sie sagten (17. Mai): „der Adel müßte, wenn es nicht zum Waffenstillstand komme, seinen pflichtschuldigen Dienst mit 1500 Lehnspferden leisten; würden ja doch bei jedem Verkauf adliger Güter eben darauf 1000 Thaler für das Lehnspferd gerechnet; zahle nun der Adel für jedes Lehnspferd auf das Jahr die Zinsen dieser Summe (60 Thaler), so gebe das 90,000 Thaler und damit erst sei die Gleichheit der Lasten hergestellt; das sei die wahre Landsünde, daß die vom Adel sich gegen ihre blutarmen Nächsten in den Städten solche Ungerechtigkeit und Unterdrückung ungestraft erlauben dürften".

Wie da zu irgend einem Schluß kommen? Schon forderten die Schweden den Wiederaufbau der Werbener Schanze; sie erklärten, nach dem Stockholmer Vertrage, der den Handel frei gebe, müßten alle während des Krieges entstandenen Zölle, ja müsse das Monopol des Salzhandels, das man fälschlich als Regal bezeichne, aufgegeben werden. Der Legat schien unerschöpflich in Forderungen. „Wir haben ihm endlich gesagt", schreibt Leuchtmar, „man scheine sich vorgenommen zu haben, den Kurfürsten zu drücken, ihm Alles aus der Hand zu reißen, ihn in Verachtung zu bringen".[212]) Borne reiste ab, ohne Abschied zu nehmen, zu nicht geringer Ueberraschung des Legaten; auf seinen Wunsch, daß wenigstens ein Termin zur Wiederaufnahme der Verhandlungen verabredet werde, erklärte Leuchtmar: sie müßten bis zur Ankunft des Kurfürsten in der Mark ausgesetzt bleiben, über die noch nichts bestimmt werden könne. Und wieder

auf Leuchtmars Wunsch, daß bis dahin die Feindseligkeiten ausgesetzt bleiben möchten, äußerte sich der Legat „kaltsinnig“ und in allgemeinen Vertröstungen. Auch Leuchtmar verließ (20. Mai) Stettin ohne irgend einen Abschluß.

Die Stettiner Verhandlungen hatten, wenn kein anderes Ergebniß, so doch das, völlig klar gemacht zu haben, wie sich Schweden zu Brandenburg in Wahrheit verhalte. Die schwedische Politik, die immer noch Vielen auch in der Mark als die der guten Sache und des Evangeliums erschien und sich selbst gern als solche bezeichnete, hatte sich in ihrer ganzen herrischen Selbstsucht, in ihrem Siegesübermuth gezeigt; sie hatte mit nackten Worten das jus gladii geltend gemacht, sie hatte ihr Gewaltrecht in Betreff der Altmark, der Ordensgüter in Wirkung zu setzen begonnen. Ebenso bestimmt wurde brandenburgischer Seits der Standpunkt des Rechts festgehalten; noch am Schluß der Verhandlungen hatte der Kurfürst erklären lassen, daß er Pommern „noch auf zwei Jahre abtreten und die Krone damit schalten und walten lassen wolle“; auf das Bestimmteste wies er jede Zumuthung zurück, die seine landesherrlichen Befugnisse in den Marken[213]) beeinträchtigen, oder dies „vornehme Glied des Reiches“ in seiner Integrität verletzen könne; er bezeichnete scharf die Linie, die ihn von der östreichischen Politik und dem System des Prager Friedens trennte, aber eben damit, so war sein Anspruch, habe für Schweden das Kriegsrecht gegen ihn und seine Lande aufgehört, und es könne sich nur um das Quantum der Leistungen handeln, welche das Land für die Garnisonen zu machen habe, welche die nicht mehr feindliche Schwedenmacht bei noch währendem Kriege mit dem Kaiser in einigen märkischen Plätzen zu halten veranlaßt sei.

Mehr als einmal hatte man in den Stettiner Verhandlungen bemerken können, „daß die Ministri mit ihren Principalen nicht allemal gleich gesinnt seien“. Auch aus Hamburg erfuhr man von der Spannung zwischen Adler Salvius und dem alten Kanzler; in der Regentschaft in Schweden wuchs, je näher die junge Königin dem Alter der Mündigkeit kam, die Rivalität ihrer Mitglieder. Schon wurden die Oxenstjernas verdächtigt, die Hand der Königin einem der Ihrigen gewinnen zu wollen; sie selber schien um so mehr die de la Gardies zu begünstigen; die Brahes galten dafür, beiden feind zu sein u. s. w. Aber einig waren diese großen Familien in den aristokratischen Tendenzen, in der immer weiter greifenden Zersplitterung der Krongüter, in der immer dreisteren Ausbildung der gutsherrlichen Gewalt, in der Schmälerung und Lähmung des politischen

Rechts der unteren Stände. Unter dem Namen und Schein der Monarchie war das oligarchische Regiment so gut wie fertig.

Der Kurfürst hatte an diesen Dingen ein doppeltes Interesse. Es war nicht eben zur Ehre der Regentschaft und der jungen Königin, daß deren Mutter immer noch am dänischen Hofe und von dänischem Gelde lebte; sie war von jener Oligarchie zurückgesetzt worden, weil sie nicht gut schwedisch, weil sie zu brandenburgisch gesinnt sei; der Kurfürst hielt sich verpflichtet, für seines Vaters Schwester vermittelnd einzutreten. Und wenn es sich um die Hand Christinens handelte, so hatte der unzweifelhafte Wille des großen Königs darüber eine Verfügung getroffen, die dem Kurfürsten ein Recht vor Andern gab.

Er beschloß eine Gesandtschaft nach Stockholm zu senden, die mit diesen beiden Fragen zugleich die des Waffenstillstandes behandeln sollte; er beauftragte neben Leuchtmar den Kanzler Götze, der einst die vertraulichen Verhandlungen über jenes Verlöbniß geführt hatte. Er gab ihnen zugleich auf, dem französischen Residenten in Stockholm in aller Weise zuvorkommend zu sein.[214]) Geflissentlich wurde diese Gesandtschaft mit einem gewissen Glanz ausgestattet, mit einer gewissen Ostentation abgeschickt.

Es war bezeichnend genug, daß, als die Gesandten nach Schweden kamen, die junge Königin veranlaßt wurde, in die Provinzen zu reisen. Allerdings wurde die Vermittelung in Betreff der Königin Wittwe gern angenommen, und trotz der dänischen Gegenbemühungen kam es zu einem Abkommen, nach dem sie fortan in Preußen ihre Residenz nehmen und dort, so lange die Regentschaft währen würde, bleiben sollte. Aber in Sachen des Waffenstillstandes zeigten sich die schwedischen Herren nichts weniger als günstig; sie forderten jetzt nicht 100,000, sondern 120,000 Thaler Contribution außer den 20,000 Scheffeln; sie hoben hervor, daß der Handel auf der Oder zu großer Beschwerde Stettins bedrückt werde; sie erklärten, daß diese und ähnliche Dinge abzustellen die Verhandlungen in Pommern fortgesetzt werden müßten.

Die Sendung nach Stockholm hatte in den weitesten Kreisen Aufsehen gemacht. Allerdings war sie im Wesentlichen mißlungen. Aber der Kurfürst, so wurde gesagt, sei im hohen Maaße mit dem Ergebniß zufrieden; also, schloß man, werden die Verhandlungen am schwedischen Hofe ein Ergebniß gehabt haben, das man schwedischer Seits mit dem officiellen Schein des Mißlingens verdecken will. Man glaubte nicht anders, als daß die Frage der Vermählung entschieden sei; man hatte Anlaß, sich das

ganze Gewicht der nun, so schien es, ganz nahen Vereinigung Schwedens mit Brandenburg zu vergegenwärtigen.

Dänemark und Polen näherten sich; am polnischen Reichstage wurde die Frage, was bei einem so hochbedenklichen Ereigniß zu thun sei, verhandelt; [215]) der polnische König ließ in den stärksten Ausdrücken Protest dagegen einlegen, daß sein Vasall und Lehusmann nach einer Krone trachte, auf die er selbst so großes, ja das ausschließliche Recht habe; er verpflichtete die Regimentsräthe in Preußen bei den Eiden, mit denen sie ihm verwandt seien, darauf zu achten, ob der Kurfürst in dieser Sache vorgehe, und sofort Anzeige davon in Warschau zu machen.

Und mit nicht minderer Sorge sah der Kaiser und die Krone Spanien die nahe Möglichkeit einer Verbindung, welche alle bisherigen Machtverhältnisse Europas aus den Fugen zu drängen drohte. Selbst in den Niederlanden begann man besorgt zu werden; der Handel und damit die Macht der Republik war gefährdet, wenn ein schwedisch-brandenburgisches Reich entstand, das die baltische Politik ohne weiteres beherrscht haben würde. Zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Könige von England wurde über eben diese Frage verhandelt; „und ich denke", sagte König Karl I. „er muß sich mit einer Verwandten des Kaisers vermählen, um so mit diesem zu irgend einer Verständigung zu gelangen, ich sehe sonst keine Rettung für ihn". [216])

Dem jungen Kurfürsten konnte es nur erwünscht sein, wenn die Höfe Europas mit Spannung erwarteten, was er thun oder nicht thun werde. Und wenn seine Räthe vor den Drohungen Polens, vor der Ungnade des Kaisers besorgt zu werden begannen, wenn die Regimentsräthe in Preußen ihn beschworen, die schwedische Heirath aufzugeben und die Polen durch bindende Erklärungen zu begütigen, so willfahrte er ihnen insoweit, daß er den polnischen Gesandten von der Grundlosigkeit der Gerüchte, denen man in Warschau Glauben geschenkt, überzeugte. Daß er nichts destoweniger die angeknüpften Verhandlungen fortsetzte, versteht sich von selbst; die Uebersiedelung der Königin Wittwe nach Preußen gab ihm eine neue Handhabe gegen diejenige Partei in Schweden, die ihm nicht bloß die Hand Christinens, sondern auch Pommern durchaus vorenthalten wollte. Aber zugleich ließ er es geschehen, daß von Vertrauten andere Heirathspläne in Paris, im Haag angeregt wurden, Pläne, deren jeder ihm weitere und erwünschte Beziehungen erschloß und die verschiedensten Interessen veranlaßte, den seinigen Rücksicht zu schenken.

Während er so behutsam, in kleinen Schritten vorgehend, nach allen

Seiten hin sich deckend, nur erst ein wenig mehr Raum, ein paar weitere Beziehungen zu gewinnen suchte, traten in den großen politischen Verhältnissen Wechsel unerhörter Art ein. Wie in keinem früheren Stadium des Krieges schwankte die Wage des Glücks; und in diesem Schwanken wurde das Gewicht Brandenburgs, so klein es war, entscheidend.

Torstensons Einfall nach Mähren im Sommer 1642 hatte am Kaiserhofe sehr ernste Sorgen gemacht; es war der Weg gerade auf Wien, auf dem der kühne Schwede vordrang. Man versuchte ihn durch eine drohende Bewegung in seiner Flanke abzuziehen; mit dem glänzenden Siege bei Leipzig (23. October) warf er die Kaiserlichen; es folgte ein zweiter furchtbarer Einbruch über Böhmen und Schlesien nach Mähren. Schon regte sich auch Fürst Rakoczy von Siebenbürgen; es hieß, daß er sich mit den Schweden vor Wien zu vereinigen gedenke.

Die kaiserliche Macht war in größter Gefahr, wenn es ihr nicht gelang, gegen Schweden selbst eine große Offensive zu veranlassen. Man wandte sich an Dänemark; mit großen Zusicherungen, die das Bisthum Bremen, die Elbfeste Dömitz und einige mecklenburgische Aemter betrafen, ließ sich König Christian gewinnen; auch Polen, auch der Großfürst von Moskau wurde bearbeitet und gewonnen.[217]) Wenn Schweden an der Newa und Düna, von Schonen und Holstein aus zugleich angegriffen wurde, so mochte es sehen, wie es sich wehrte. Der so eben erfolgte Tod Richelieus schien auch Frankreich zu lähmen; Baiern machte neue großartige Rüstungen; noch vor dem Frühjahr war Guébriant aus Schwaben bis an den Rhein zurückgeworfen. Mit neuen Hoffnungen begann man den Feldzug von 1643; man meinte in Wien, Torstenson werde demnächst in Mähren sein Nördlingen finden.

Friedrich Wilhelm war Anfangs 1643 noch in Königsberg. Es war hohe Zeit, daß er in die Marken kam. Der junge Markgraf Ernst hatte mit vollster Hingebung sein schweres Amt verwaltet; aber die stete Spannung, die Gefahr und Verantwortlichkeit seiner Lage, die rastlosen Aufregungen zerrütteten ihn körperlich und geistig; von Schreckbildern aller Art geängstigt, als wenn er verrathen werde, gefangen genommen, gemordet werden solle, in kläglichem Irrsinn verschied er (October 1642).

Um so mehr mochte der Kurfürst eilen nach den Marken zu kommen. Am 4. März traf er in Berlin ein. Er nahm sofort die Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes mit Schweden wieder auf; er ließ Bevollmächtigte der Stände mit nach Stettin gehen, wegen der vom Lande geforderten Leistungen das Nöthige sogleich zu veranlassen; „das ganze Moment“,

sagte er, „beruht auf dem Quantum an Geld und Getreide, das Schweden fordert". Aber auf das Hartnäckigste bestanden die Schweden auf diejenigen Punkte, die er abgewiesen hatte, namentlich, daß er die Werbener Schanze wieder baue und ihnen einräume; „noch sei Dömitz in Feindeshand, vielleicht bald den Dänen übergeben, die bis dahinauf die Elbe beherrschend die schwedische Macht völlig lähmen würden, wenn sie nicht in Werben ein Bollwerk habe".

Wie hätte der Kurfürst nachgeben, wie den Schweden eine Position zur Verfügung stellen sollen, mit der sie ihm, Elbe und Havel beherrschend, den Fuß wie auf den Nacken setzten: „er habe", schrieb er an Leuchtmar, 26. April, „des Kaisers und des ganzen Reiches höchste Indignation zu fürchten, wenn er es thue; man werde ihn als Reichsrebellen ächten und seiner Lande und Leute verlustig erklären; wenn in der Königin noch ein Blutstropfen der verwandten Art sei, so möge sie nicht fordern, was ihn zum Exulanten, wie es anderen widerfahren, machen und langsam, wenn je, wieder zu dem Seinen kommen lassen werde".

Schon hatten die Dänen schwedische Schiffe im Sunde aufgebracht, hatten ein Zollschiff vor die Insel Ruden gelegt; sie verfuhren, als seien sie die Herren im baltischen Meere. Die Sendung des jetzt dänischen Generals Baudits nach Danzig zeigte, daß auch Polen sich erheben werde. In aller Stille wurde auch um den Kurfürsten geworben; der König, sagten die dänischen Gesandten, werde nie dulden, daß Pommern an Schweden komme, er sei entschlossen, seine Krone daran zu wagen, damit der Kurfürst zu seinem rechten Besitz gelange.[218])

Natürlich nicht auf diese Erbietungen ließ sich Friedrich Wilhelm ein. Aber er instruirte jetzt seine Gesandten in Stettin, wie in dem Quantum, so in Betreff Werbens nachzugeben. Und die Schweden gestanden ihm gern dafür zu, daß die Lande „frei und in seiner Disposition" bleiben, daß dieser Vertrag sofort in Geltung treten, weitere Besserung vorbehalten bleiben sollte.

Die Schweden konnten sich über die Absicht des Kurfürsten nicht täuschen; er werde, sagten sie, die Ratification auf die lange Bank spielen, er wolle nur freie Hand behalten, um gelegentlich abspringen und dem Kaiser sagen zu können, daß es zum Schluß mit Schweden nie gekommen sei.[219]) Wenn sie trotzdem den Vertrag vom 28. Mai so schlossen, wie sie ihn schlossen, so hatten sie ihre guten Gründe dafür. Sie hatten beschlossen, gegen Dänemark, bevor dessen Rüstungen und die nordische Coalition fertig sei, den Krieg zu erklären, mit dem Angriffe zuvor-

zukommen; sie waren zufrieden, sich wenigstens die Neutralität der Marken zu sichern; sie ließen durch eine vertrauliche Mission dem Kurfürsten weitere Erbietungen machen, selbst in Betreff Pommerns, in Betreff der Vermählung Aussichten eröffnen.[220]) Denn schon brach kaiserliches Volk unter Krockow aus Schlesien auf, ging durch polnisches Gebiet, über die Warthe von Osten her in Pommern einzudringen, erreichte Ende August Cöslin und Belgard. Dann im Spätherbst, als Torstenson plötzlich aus Mähren aufbrach, um gegen die Dänen zu ziehen, wurden auch Krossen und Frankfurt von den Schweden geräumt und dem Kurfürsten zurückgegeben, damit er sie mit seinen Truppen sicher stelle;[221]) wie hätte Schweden jetzt noch auf den Wiederbau der Werbener Schanze bestehen können?

Mit jenem Vertrage vom 28. Mai war für die Marken das Wichtigste erreicht. Die Schweden verzichteten darauf, in diesen Landen nach dem Rechte des Krieges zu verfahren; sie gaben sie völlig und in ihrem ganzen Umfange der landesherrlichen Regierung und Jurisdiction zurück; selbst in den von ihnen noch besetzten Plätzen Landsberg, Driesen und Gardelegen, und in den Ordensgütern, „so von etlichen schwedischen Ministern possedirt werden“, hatte der Kurfürst selbst die Hoheit zu exercieren. Mochten noch schwedische Durchzüge erfolgen, sie durften nicht mehr wie durch Feindes Land geschehen; vertragsmäßig hatte das Land die hergestellte Herrschaft des Gesetzes und der bürgerlichen Ordnung.

Es hatte die größte Mühe gekostet, die Sache auch bei den Ständen durchzubringen; nur durch energische Einwirkung des Kurfürsten selbst und durch anderweitige Zugeständnisse, die er der Ritterschaft machte, war eine Verständigung über die Quotisation zu Stande gekommen. Nun übernahmen die Stände die Leistung des von Schweden Geforderten; sie verstanden sich dazu, überdies für das nächste Jahr 115,000 Thaler für die kurfürstlichen Truppen, 10,000 Thaler zu Legationskosten zu zahlen. Indem der Kurfürst die beiden Kreise Beeskow und Storkow, „als nicht zu den Marken gehörende Provinzien“ sich zu besonderer Contribution vorbehielt, wurde es möglich, die Zahl der Truppen weiter zu erhöhen.

Mochten dann auch die Kaiserlichen, den Schweden nachziehend, in der Altmark auf das Uebelste hausen, mochte Gallas mit Feuer und Schwert drohen, wenn Brandenburg sich nicht gegen den gemeinsamen Feind wende, er mußte weiter nach dem Norden, wo bereits die Dänen in schwersten Bedrängnissen des Retters harrten; und wenige Wochen später war er, von dem siegreichen Torstenson umgangen, auf flucht-

ähnlichem Rückmarsch, und dankte Gott, daß er unter den Wällen von Magdeburg wenigstens eine kurze Rast gewann, die dann freilich mit neuer Flucht endete.

So war, während noch ringsher der Krieg in ungeheuern Wogen brandete, hier in den Marken die zerstörende Fluth wenigstens zum Stehen gebracht; und mit der Ruhe, mit der Zuversicht geschützt zu sein, begann Stadt und Land aus der Erstarrung zu erwachen.

Der Kurfürst hatte schon von Preußen aus Commissare umhergesandt, den Zustand des Landes zu untersuchen. [222]) Wie furchtbar verwüstet und versunken war Alles: „die Aecker sind Wald geworden", sagt ein Bericht, „von den 2245 Hufen, die der Kurfürst in Niederbarnim hat, genießt er das Geringste nicht", sagt ein anderer. Aber schon 1645 war erkennbar, daß das Land sich aufnehme. [223])

Leider ist von denjenigen Acten, die über die große und wahrhaft landesväterliche Thätigkeit des Kurfürsten Aufschluß geben müßten, aus dieser Zeit so gut wie nichts erhalten. Das Einzelne, was vorliegt, ist wenigstens bezeichnend; so, daß er, aus Preußen kommend, mehrere hundert Lasten Getreide mitbrachte „zur Aussaat"; daß er die wüsten Hufen, die verlassenen Dörfer wieder zu besetzen, sofort Colonisten ins Land lud; daß er den alten Plan, Spree und Oder durch einen Canal bei Mülrose zu verbinden (1647), wieder aufnahm. [224]) Ja, schon dachte er an überseeischen Handel; bis Indien hin schweiften seine Gedanken, er unterhandelte schon 1647 mit dem holländischen Admiral Lieres und einigen Amsterdamer Kaufleuten über die Gründung einer ostindischen Compagnie. Es mußte doch endlich mit dem Frieden Pommern in seine Hand kommen; an den Besitz Stettins und der Odermündungen knüpfte er die größten Entwürfe.

Die Politik des Friedens.

Für die rheinischen Lande hatte bis jetzt so gut wie nichts geschehen können. Ihre Lage war auf das Aeußerste verworren.

Der Provisionalvertrag von 1629 hatte eine für Brandenburg höchst ungünstige Theilung geschaffen, und die Sorglosigkeit, mit der man dem Pfalzgrafen gestattete, dessen Ausführung zu verzögern, hatte die Interessen Brandenburgs nur noch mehr beeinträchtigt. Zwischen beiden Fürsten standen die Stände der gesammten Lande, nicht ohne den Anspruch, über ihnen zu stehen. Bald insgemein und Namens der Union, bald die der

einzelnen Landschaften für sich unterhandelten sie am Hofe zu Wien, bei den Generalstaaten, mit den Feldherren der in ihren Bereich kommenden Heere.

Allerdings gab es eine kurfürstliche Regierung in Cleve; aber sie hatte wenig zu regieren; und was vom Lande einkam, reichte kaum hin, sie zu erhalten. Von den clevischen Plätzen waren die meisten von den Truppen der Staaten besetzt, die, in Krieg mit Spanien, dem Reiche gegenüber sich neutral hielten. Die Spanier hatten alle Festungen der jülichschen Lande inne; ihnen gegenüber bis Goch und Kalkar hinab, hatten sich seit lange die Truppen der Landgräfin festgesetzt, stark genug, um die Verbindung der Spanier mit den Kaiserlichen in Hamm und Dortmund zu hindern. Und die Herren Stände sahen diese fremden Besatzungen in den Festen des Landes nicht ungern; um so mehr war ihre Libertät gegen die „possidirenden Herren" geschützt.

Verhältnisse, die dem Kurfürsten nach seiner Art unerträglich erscheinen mußten. Da brachten ihm die nordischen Verwickelungen, die 1643 eintraten, auch hier eine glückliche Wendung. Um die kaiserlichen Truppen möglichst weit hinwegzuziehen, warfen sich die Franzosen mit ganzer Macht auf den Oberrhein, während die Landgräfin vom Main her ihren Angriff unterstützen sollte. Zu dem Zwecke schien es wünschenswerth, einen Theil der hessischen Truppen aus dem Clevischen herauszuziehen, und die Landgräfin erbot sich, Kalkar und Goch dem Kurfürsten zu übergeben und die Neutralität Cleves anzuerkennen, mit der Bedingung, daß die Kaiserlichen ihrerseits ihm Hamm überließen. Zugleich hatten die Staaten es übernommen, die spanische Kriegsmacht in den Niederlanden zu beschäftigen; um sich mit möglichst starker Macht auf die untere Schelde werfen zu können, übergaben sie einige der von ihnen besetzten Plätze, namentlich Duisburg, Dinslaken und Ruhrort, dem Kurfürsten. Er eilte, die nöthigen Truppen zu werben, um diese Festungen zu besetzen.

Nächst dem Prinzen von Oranien hatte namentlich Frankreich diese Unterhandlungen unterstützt, während man in Wien jetzt, voll Hoffnung auf die große nordische Offensive gegen Schweden, alle Anträge des Kurfürsten in Betreff der rheinischen Lande zurückgewiesen, selbst die Anerkennung des factischen Besitzes der Lande verweigert hatte. Um so zuvorkommender war der französische Hof; man empfing dort den brandenburgischen Gesandten Winandt Rodt mit großer Aufmerksamkeit; man legte es ihm nahe, daß man die Tochter des Herzogs von Orleans mit

niemand lieber als dem Kurfürsten vermählen würde, man bat sich dessen Portrait aus. Man hörte mit lebhafter Theilnahme die Beschwerden über die abscheuliche Wirthschaft, welche die Commissarien und Obristen der Landgräfin im Clevischen geübt hatten, jener Herr von Krosigk, der für vier Tonnen Goldes Holz in den landesherrlichen Waldungen hatte schlagen lassen, jener Obrist Rabenhaupt, der des Kurfürsten Truppen, die in Xanten einrückten, überfallen, niedergemacht, die Stadt geplündert hatte; solche Verbrecher müßten, sagte Mazarin, dem Kurfürsten ausgeliefert, es müsse von der Landgräfin Genugthuung gegeben werden.[225]) Wenigstens die Wirkung hatte die französische Verwendung, daß die Landgräfin Xanten wieder räumen ließ und demnächst die Neutralität des Clevischen jetzt auch ohne Rücksicht auf die Räumung Hamms zugestand.

Das Wesentliche war, daß auch in den rheinischen Landen endlich einmal wieder brandenburgische Truppen erschienen. Zu ihrem Unterhalte machten wenigstens die Stände der Grafschaft Mark Bewilligungen auf ein Jahr; von den clevischen hoffte man durch die im Lande mannigfachen Verbindungen des Generals Norprath,[226]) der an die Spitze der Regierung gestellt wurde, demnächst gleiche Zugeständnisse. Norprath — er hatte früher in des Pfalzgrafen von Neuburg Dienst gestanden — war persönlich mit ihm zerfallen und wünschte nichts dringender, als einen Kriegszug gegen seinen früheren Herrn: „allerdings sei der Kurfürst wohl befugt, einen Eingriff in des Herrn Pfalzgrafen besitzende Oerter zu thun, um sich daraus seines Nachtheils de facto zu erholen". Während Torstenson die Kaiserlichen von Jütland über Magdeburg nach Böhmen jagte, um den nächsten Feldzug (1645) in Mähren zu führen, während Turenne die Rheinstädte von Philippsburg bis Mainz nahm, um im nächsten Frühjahr in den schwäbischen und fränkischen Kreis einzudringen, mehrte der Kurfürst in Cleve und Mark sein Kriegsvolk, um, wenn es die Gelegenheit gab, seinerseits in Action zu treten.

Wie gering waren seine Anfänge gewesen! Jetzt mußte Freund und Feind erkennen, daß er doch etwas bedeute und daß er auf dem Wege sei, noch größere Bedeutung zu gewinnen.

Es ist bezeichnend, wenn in Folge jenes xantischen „Affronts" einer seiner Gesandten schreibt: „jener Anlaß muß benutzt, es muß Himmel und Erde in Bewegung gesetzt werden, um zu zeigen, daß man sich nicht einen so edlen und hochherzigen Fürsten aussuchen soll, wenn man seinen Uebermuth üben will, einen Fürsten, den Gott dazu geschaffen hat, nichts

zu leiden, ohne Rechenschaft dafür zu fordern.[227]) Und in Stockholm verbittet sich Leuchtmar gewisse Forderungen: „es würde meinen Herren ungeachtet machen, als wenn derselbe keinen herzhaften Muth und Verstand hätte, damit ihn doch Gott mildiglich zu seiner Unterhanen großen Freude gesegnet hat". So war jetzt der Ton der brandenburgischen Minister; es war derjenige, den der Kurfürst wünschte. In dem Stolze, ihm zu dienen, in der Achtsamkeit auch auf den leisesten Wink, auf die möglichen Intentionen des Herrn zeigte sich, mit welcher Ueberlegenheit er sie leitete, mit welcher Sicherheit er sie an seine Art gewöhnte. Und schwierig genug, nach seiner politischen Lage oft und plötzlich wechselnd war seine Politik; bald da vordringend, bald dort ein wenig weichend, dann einen Umweg suchend, um wieder vorzugehen, dann wieder zögernd, um endlich einen entscheidenden Moment zu benutzen, und sofort im Erfolge wieder behutsam und sich mäßigend; er selbst immer rastlos thätig, nach allen Seiten hin achtsam, stets am Steuer, ganz Nerv, ganz Initiative. In späteren Jahren nennt ihn ein englischer Bericht einen wetterfesten Steuermann; er war es schon jetzt, und Jeder fühlte, daß mit dem Lootsen am Bord das Schiff sichern Cours fahre.

Vor Allem hatte er die Gabe, seine Leute zu wählen, Jedem die Stelle zu geben, für die er geeignet war. Auch die alten Räthe, die unter Schwarzenberg gearbeitet, die Löben, Fromhold, Seidel, Striepe folgten gern und mit wachsendem Eifer der neuen Führung, die erst ihre ganze Tüchtigkeit zur Geltung kommen ließ;[228]) sie arbeiteten Hand in Hand mit den alten Schwedenfreunden, den beiden Leuchtmar, dem feurigen Winterfeld, der nur zu bald starb, dem alten Kanzler Sigismund von Götze, der jetzt — unzählige Schriftstücke aus diesen Jahren sind von seiner Hand — in der Fülle glückender Arbeit sich zu verjüngen schien. Auch Conrad von Burgsdorf, der alte soldatische Intrigant, dessen Vergangenheit keineswegs vorwurfsfrei war, schien jetzt ein Anderer und mitgehoben durch den jugendfrischen Zug, der von dem Fürsten ausging; und war er in seinem neuen Amte als Oberkammerherr mit ebenso viel Gewandtheit wie Selbstgefühl thätig und mit einiger Ostentation brandenburgisch, so sah es ihm Friedrich Wilhelm gern nach, wenn er sich als eine Art Mentor fühlte oder doch dafür gelten wollte.

Schon wurde ein Kreis jüngerer Männer herangezogen und in die großen Geschäfte eingeführt, Anfänge, wenn ich so sagen darf, einer neuen staatsmännischen Schule: Otto von Schwerin, der Pommer Ewald von Kleist, Fabian von Dohna, der Jurist Wesenbeck, der eine Zeit lang

als Doppelsöldner gedient hatte. Es war nicht eine politische Doctrin, die sie verband, noch weniger persönliche Vertraulichkeit; es gab in diesen Kreisen Rivalitäten und Heftigkeiten in Fülle; aber sie Alle hatten den einen gleichen Richtpunkt; sie wetteiferten in Hingebung an ihren Herrn, der sie mit seiner Ruhmbegierde, seinem Feuer zu entzünden, ihnen das Selbstgefühl des Mitschaffens an einem großen und zukunftreichen Werke zu geben verstand.

Auch in weiteren Kreisen, in denen, wo bisher ausschließlich das eigenste Interesse und der neidische Eigenwille geherrscht hatte, regte sich ein neuer Geist. Wenn Prälat und Ritterschaft der Marken in Betreff fällig gewordener Zahlungen Moratorien forderten, so wiesen etwa sechzig adelige Gutsherrschaften die, wie es ihnen schien, zu nachsichtige Gewährung des Kurfürsten zurück, die, so sagten sie, „zur Verkleinerung seiner hohen Autorität, zur Schmälerung der Justiz, zur Verachtung des adligen Standes und Beschimpfung der ganzen märkischen Nation gereichen werde". [229]) Es waren meist Reformirte, die diese Erklärung unterzeichneten.

Freilich fehlte noch viel daran, daß solcher Geist auch nur in den Marken allgemein gewesen wäre; aber es waren doch erste Regungen eines Gemeigefühls, das allein den schlimmsten unter den Schäden der alten Zeit, die Libertät, innerlich zu überwinden die Kraft geben konnte. Und erst dann, wenn der alte Fluch des ständischen Wesens so innerlich gelöst war, konnte der Kurfürst mit fester monarchischer Hand durchgreifend das schaffen, was ihm schon klar vor der Seele stand: Pro deo et populo.

Und dies führt zu einem zweiten Punkte. Nicht die neue Weise, in der die brandenburgische Politik geführt wurde, wenigstens nicht sie allein, begründete die Bedeutung, die sie gewann. In diplomatischen Künsten waren andere Höfe nicht minder kühn, nicht minder gewandt; genug, daß der Kurfürst in dem klaren Bewußtsein seines Rechtes und seiner Pflicht, seiner „Staatsraison", denen, zwischen denen und trotz derer er sich emporzuringen hatte, in den Mitteln der Politik gewachsen zu sein verstand. Und er durfte sich ihrer, auch der zweideutigsten, nicht enthalten, wenn er, der Schwächere, nicht der Andern Opfer werden wollte.

Seine Ueberlegenheit lag in der Aufgabe, die er ergriff, in seinen politischen Gedanken.

In den ungeheuren Glückswechseln, deren der rastlos weiter rasende Krieg mit jedem Jahre wildere und erschütterndere brachte, waren die alten Grundlagen der christlichen Staatengemeinschaft völlig zerstört; alles

Recht, alles Maaß war dahin, alle Principien verwirrt; das Unerhörteste schien in jedem Augenblicke möglich, das Willkürlichste gerechtfertigt, wenn die Gewalt es vertrat. Ohne Erbarmen mit dem Untergange des deutschen Landes und Volkes trieb der Kaiser den Krieg weiter, weil es sein spanisch-östreichisches, sein Hausinteresse so forderte; daß Schweden die Sache des Evangeliums, Frankreich die der deutschen Libertät eben so nur als Vorwand brauchte, um sich an deutschen Eroberungen zu ersättigen, war nicht minder klar. Von den vornehmsten deutschen Fürsten waren die einen geächtet, landflüchtig, des Kaisers Gefangene, die anderen mit der Beute, die sie schon gemacht oder noch zu machen hofften, bei dem greuelhaften Kriege mitbetheiligt und Partei, Kursachsen so gut wie Baiern, die Welfen so gut wie die Landgrafen von Hessen. Daß der Fanatismus, der der Papisten gegen die Evangelischen, der Lutherischen gegen die Reformirten, die wildesten Leidenschaften zu schüren fortfuhr, daß die Tausende von Räthen, Commissarien, Lieferanten, Commandanten, Amtleuten nur um so mehr Gewinn machen konnten, je wilder und dauernder die Kriegswirthschaft im Reiche, die Zerrüttung aller bürgerlichen Ordnung, die Gesetzlosigkeit wurde, daß die verwilderten Horden, die sich als Kriegsheere durch die deutschen Lande wälzten, auf beiden Seiten überwiegend Deutsche „von Adel und Unadel", mit ihrem Troß von Buben, Weibern, Gaunern und Hehlern in dem währenden Kriegselende ihren „Nahrungsstand" hatten, — das Alles verhieß, den Jammer ins Endlose fortzusetzen und das deutsche Wesen bis in die Wurzeln auszubrennen.

Freilich die kämpfenden Mächte sprachen fort und fort vom Frieden, unterhandelten unabläßig; Jeder schob dem Andern die Schuld zu, daß nichts zu Stande komme. Es konnte nichts zu Stande kommen, so lange man fortfuhr, sich in dem Kreise von Tendenzen und Alternativen zu bewegen, die den Kampf hervorgerufen, ihn zu so ungeheuren Dimensionen angeschwellt hatten. Es mußte ein völlig neues Moment eintreten, die Schraube ohne Ende endlich stille stehen zu machen. Die Zukunft des deutschen Namens hing davon ab, daß es geschah und bald geschah.

Das alte Gemeinwesen der deutschen Nation war unrettbar dahin. Die Gesetze und Ordnung, auf denen es geruht, hatte kaiserliche Willkür und Gewalt zerstört; der ungeheure Krieg hatte die letzten Bande zerrissen, welche die Territorien noch irgend zusammengehalten hatten. Von allen den sittlichen Motiven, auf denen ein politisches Gemeinwesen ruht, und kraft deren sich alle Glieder in dem Ganzen getragen und gebunden

fühlen, war völlig nichts mehr übrig; nichts als das Zerrbild eines Reiches, das nur noch die Möglichkeit rechter staatlicher Gestaltungen hemmte.

Es gab nur noch Ein gemeinsames deutsches Interesse, Eine Rettung für die elenden Ueberbleibsel des deutschen Volkes: daß Frieden werde.

Den Frieden und nur den Frieden wollte Friedrich Wilhelm; den Frieden zunächst für seine Lande und Leute, wie er ihn mit der Waffenruhe schon eingeleitet, dann den allgemeinen Frieden, der endlich die künftige Ordnung der deutschen Dinge gründete und völkerrechtlich vor der Wiederkehr so greuelhafter Zeiten sicher stellte. Weder durch Drohungen, noch durch Verlockungen ließ er sich irre machen. Er begehrte nichts zu gewinnen, was er nicht zu fordern ein Recht hatte.

Der Zustand, in dem er seine Lande gefunden hatte, war der Art, daß vorerst jede andere Rücksicht hinter der, ihnen wieder Ordnung, inneres Leben, Wohlstand zu schaffen, zurücktreten mußte. Mit der alten patrimonialen Fassung des landesherrlichen Amtes war nicht mehr auszukommen; es mußte eine völlig neue Art von Regiment gefunden, es mußte mit den Herren Ständen oder trotz ihrer eine fürsorgende, eingreifende, Alles umfassende Regierung im Innern entwickelt werden; wie aus wilder Wurzel mußte sie einen neuen Staat schaffen.

Des Kurfürsten Lande lagen so, daß sie mit fast allen jetzt kriegführenden Mächten grenzten. Er konnte weder schwedisch noch östreichisch, weder polnisch noch französisch sein wollen; er mußte sich mit jedem nachbarlich zu verhalten, trotz aller politischen und confessionellen Differenzen das Gemeinsame hervorzukehren, darauf sich zu stellen verstehen.

In seinen Rheinlanden waren alle drei Confessionen in Uebung, in Preußen die römische neben der lutherischen Kirche in Geltung; er selbst war zu sehr von der rechten evangelischen Frömmigkeit, als daß er intolerant hätte sein können, und als Landesherr glaubte er keine höhere Pflicht zu haben, als Allen den gleichen Schutz und gegenseitigen Frieden zu sichern. Er war auf das Entschiedenste gegen das jesuitische Wesen, das diesen Frieden zu stören für Frömmigkeit hielt; er fand den lutherischen Haß gegen die Reformirten um so schmählicher, als beide evangelische Bekenntnisse ihm ihrer Wahrheit nach eins zu sein schienen. Er arbeitete unermüdlich, sie zu versöhnen, und er fand ihre Versöhnung, ihre Union, schon vorgezeichnet in dem augsburgischen Bekenntniß, wie es im Reiche gegolten, bis die Concordienformel dessen erste unentwickelte Gestalt als den Kanon der lutherischen Kirche aufgestellt hatte.

Es konnte den Kurfürsten nicht irren, wenn er mit solchen Gedanken dem kaiserlichen Dominat im Reiche, dem in dem furchtbaren Kriege verwilderten Reichssystem in den Weg trat. Er fühlte sich als ein Glied des Reiches; er kannte und anerkannte seine Pflicht gegen den Kaiser „als das Haupt"; aber nicht was kaiserliche Willkür oder gefälschte Majoritäten verfügt hatten, galt ihm für bindend, um so weniger, als des Krieges kein Ende war, so lange Kaiser und Reich in den Willkürformen beharrten, die dieser Krieg selbst erst geschaffen hatte. Gegen dies Zerrbild des heiligen römischen Reiches, gegen diese Trugformen des officiellen Deutschlands, gegen diese spanisch-östreichische Politik, die über sein Haus, seine Lande, das deutsche Vaterland so unermeßliches Unheil gebracht hatte, fühlte er sich moralisch nicht weiter gebunden. Er hielt es für sein Recht und seine Pflicht als deutscher Mann und deutscher Fürst, dem entgegenzutreten.

Das geschah auf dem Frankfurter Deputationstage; es ist die entscheidende Wendung in den Geschicken des Reiches, es ist der Anfang der deutschen Politik Preußens.

Der Frankfurter Deputationstag.

Mit dem Regensburger Reichstage hatte der Kaiser den ersten Schritt rückwärts gethan.

Er hatte nur den Schein gewollt, als kehre er zu den reichsverfassungsmäßigen Formen zurück. Er hatte einen neuen Hebel, die Kräfte Deutschlands für sich in Bewegung zu setzen, gewinnen wollen. Es war ihm über Erwarten gelungen.

Schon in Regensburg hatte Friedrich Wilhelm die allgemeine Amnestie, die Beseitigung des Prager Friedens, die Herstellung der Dinge auf den Stand von 1618 in Gemeinschaft mit Hessen und Braunschweig gefordert. Aber nicht mit diesen ergriff er dann, da seine Forderungen ohne Erfolg blieben, die Waffen gegen Kaiser und Reich. Die Erschöpfung seiner Lande gab ihm den Vorwand, sich von dem weiteren Kampfe fern zu halten, mit den Schweden, gegen die ihn Kaiser und Reich nicht schützten, Waffenstillstand zu schließen. Er forderte und empfing die kaiserlichen Belehnungen für die Kurlande, für Pommern; die für Jägerndorf, für die rheinischen Lande wurde ihm geweigert; um so weniger fühlte er sich dem Kaiserhofe zu Dank verpflichtet.

In Regensburg war beschlossen worden, einen Deputationstag nach Frankfurt zu berufen, um mit der Reform der Reichsjustiz, so sagte man, die völlige Eintracht im Reiche herzustellen. Die Berufung, die im Frühjahre 1642 erfolgen sollte, wurde verzögert, da die kaiserlichen Waffen im siegreichen Vordringen waren, die braunschweigischen Herren sich von Schweden trennten. Dann mit den Erfolgen Torstensons, mit dessen Sieg bei Leipzig änderte sich die Sachlage; der Kaiser genehmigte die Eröffnung des Tages in Frankfurt.

Mainz, Baiern, Cöln eilten zu Vorberathungen zusammenzutreten, sie mahnten in Dresden und Berlin, „zur Abwendung ferneren Unheils" schleunigst Theil zu nehmen. Sie selbst waren nichts weniger als mit dem, was man in Wien that und wollte, einverstanden; in erneuter Schärfe trat der alte Gegensatz der ligistischen gegen die östreichische Politik hervor; sie erwogen schon, „wie man das deutsche Wesen vom spanischen Interesse losmachen, den Kaiser dazu veranlassen müsse"; sie waren entschlossen, „sich in den spanischen Krieg nicht mehr zu mischen, nichts mehr dazu zu contribuiren".

Friedrich Wilhelm leistete vorerst jener Einladung nicht Folge: er besorge, es werde mit den Frankfurter Verhandlungen das Friedenswerk — es sollten demnächst in Osnabrück und Münster die „Generaltractate" beginnen — nur gehindert werden.

Schon hatte der Kaiser in den Kreistagen des Reiches neue Contributionen fordern lassen, hundert Römermonate. Er bemerkte ungnädig, daß in Frankfurt die Verbindung mit Spanien in Frage gestellt, daß dort gesagt werde, der rechte Weg, die Reichsjustiz zu reformiren, sei der Friede. Er zögerte mit der Eröffnung der Propositionen, angeblich, weil die Stimme für Brandenburg noch fehle. Er forderte den Kurerzkanzler auf, den Deputationstag aufzulösen und einen Reichstag zu berufen. Es unterblieb; das Kurcollegium lenkte ein wenig ein.

Jetzt im April sandte Friedrich Wilhelm seinen Rath, den Juristen Wesenbeck, „damit", so sagte er, „der im Reiche sich gegenwärtig ereignende üble Zustand nicht uns allein beigemessen und uns Schuld gegeben werde, als wollten wir die zur Beruhigung des Vaterlandes angestellten Zusammenkünfte der Gebühr nach nicht abwarten, noch des Reiches Wohlfahrt unserm tragenden Amte nach beobachten". [230])

Wesenbeck fand die Verhandlungen auf seltsamen Wegen. Vergeblich rangen die Stimmen für Oestreich und Burgund gegen die Forderung, vor Allem das Friedenswerk zu betreiben; aber mit ihnen waren die

kurfürstlichen Räthe darin einig, daß an den Generaltractaten die Fürsten und Stände nicht Theil nehmen dürften, sondern nur die Kurfürsten; und die Fürsten und Stände wieder wollten um keinen Preis den Kurfürsten einen Vorzug lassen, der in dem Reichsrechte nicht begründet schien. Noch verworrener wurde die Frage durch die Bemühungen Baierns, den fränkischen, baierischen und schwäbischen Kreis mit sich, die beiden rheinischen und den westphälischen mit Cöln zu „conjungiren", ein Plan, für den Frankreich bereits gewonnen sein sollte. Dann wieder schien sich Baiern mit den Kaiserlichen verständigt zu haben; daß die Verhandlungen, die mit der kurpfälzischen Familie in Wien gepflogen wurden, von dieser als doch vergeblich aufgegeben wurden, daß sich Stimmen erhoben, die diese Frage in Frankfurt vorzunehmen forderten, daß schon auch von der nothwendigen Wiedereinsetzung des Herzogs von Würtemberg, des gefangenen Kurfürsten von Trier gesprochen wurde, bedrohte die kaiserlichen und baierischen Interessen zugleich. Auch Kursachsen begann bei so heftigem und rücksichtslosem Eindringen auf den Kaiser für sein theures Werk, den Prager Frieden, zu fürchten. Es gab die bittersten Erörterungen, die heftigsten Scenen; mit jeder neuen Session wuchs der Zwiespalt und die Verwirrung.

Die kaiserliche Politik hatte vor Allem gehofft, diese Versammlung so zu benutzen, als wenn sie eine unbeschränkte Vollmacht habe, Namens des Reiches in allen beliebigen Fragen zu beschließen. Hatte sie in dem Regensburger Abschied zugestanden, daß in den Verhandlungen zu Osnabrück und Münster die Religionsbeschwerden erledigt werden, und „auch alle Reichsstände die Ihrigen dahin abordnen sollten", so hoffte sie in Frankfurt sich dieser lästigen Dinge zu entledigen. Und weder der Rath der Kurfürsten, noch die in dem zweiten Rathe vereinten Fürsten und Stände, wie sehr sie in den einzelnen Fragen opponiren mochten, hatten ein Bedenken dabei, die Competenz anzunehmen, die der Kaiser ihnen beilegte.

Kurbrandenburg ging von entgegengesetzter Ansicht aus; die Instruction des Kurfürsten wiederholte, daß nur „eine Zusammensetzung aller Interessenten von beiden Theilen" den Frieden schaffen könne. Und wenn Wesenbeck auch auf die gutachtliche Berathung aller sonst vorkommenden Fragen einging, so hatte er doch streng den Standpunkt festzuhalten, den der Regensburger Abschied vorzeichnete.

Gleich in den ersten Wochen seiner Anwesenheit kam zur Erörterung, die Religionsbeschwerden erst nach dem allgemeinen Frieden

vorzunehmen, für sie dann nach sechs Monaten einen Deputationstag aller drei Stände zu berufen.[231]) Im Kurfürstenrathe waren drei katholische Stimmen und die Sachsens schwankte; im Rathe der Fürsten und Stände befanden sich unter dreizehn Stimmen nur vier evangelische. Nur mit dem Princip, das Brandenburg vertrat, war es möglich, einen Beschluß zu hindern, dessen Zweck nur zu deutlich war.

Wieder kam die Frage vor, ob nicht die Kurfürsten allein befugt sein sollten, an der allgemeinen Friedenshandlung Theil zu nehmen. Auf das Aeußerste bemühten sich die kaiserlichen Räthe; „theils gütlich, theils mit Bedrohungen" suchten sie die katholischen Stimmen zu gewinnen. Nur Brandenburg opponirte im Kurfürstenrathe: „es widerspreche dem Abschiede von 1641; die anderen Stände hätten den bisherigen Krieg so hoch empfunden, wie die Kurfürsten, und der Friede solle sie eben so binden; es könne den Kurfürsten daraus eine schwere Verantwortung erwachsen, wenn sie den Mitständen im Reiche das jus armorum et pacis abstrickten." Es war ein seltsames Schauspiel, daß auch die katholischen Stimmen im Rathe der Fürsten und Stände, Würzburg voran, sich um das reformirte Brandenburg schaarten, mit der dringenden Bitte, zu verhüten, daß nicht die politischen mit den Religionssachen vermengt würden.[232])

In dem Maaße, als die Aussicht auf einen Krieg zwischen Dänemark und Schweden wuchs, wurde die Sprache der Kaiserlichen zuversichtlicher; der schwedischen Kriegserklärung folgte der Abzug Torstensons nach Holstein. Man sehe, hieß es, daß Schweden nicht den Frieden wolle, wenn es den, der die Vermittelung übernommen, so „ablohne". Schon hatten die Baiern bei Tuttlingen (24. November) Guébriants Heer vernichtet, waren nun Meister bis zum Schwarzwald und Bodensee. Zu Passau schlossen Baiern, der Kaiser, Spanien neue Verträge und verabredeten den Feldzug des nächsten Jahres. Wie herrlich ließ sich Alles an. Es wurde verbreitet, daß der Kaiser, Sachsen und Baiern den Prager Frieden „in etwas mitigiren wollten", um alle Reichsstände und ihre Mittel zum Kriege wider die Franzosen und Schweden zu vereinigen, man werde die noch sich Weigernden „dazu zwingen oder sie ausschließen";[233]) zu dem Zwecke sollte ein Reichstag berufen und „das große Werk" da vorgenommen werden. Einstweilen wurde in Frankfurt die Bewilligung von neuen hundert Römermonaten gefordert.

Wie hätte Brandenburg dem beistimmen, wie zu einer Reichspolitik die Hand bieten sollen, welche als Preis für die Fortsetzung des Krieges,

dessen Beendigung die dringendste Nothwendigkeit war, die Entwicklung des Prager Friedens verhieß. Und im Entferntesten nicht waren diejenigen, die nun so preislich als die Vertreter der deutschen Sache forderten und drängten und drohten, unter sich einig und für das Reichsinteresse geeint. Schon war es kein Geheimniß, daß Baiern „mit Frankreich aparte tractire, offensiv gegen einander nichts vorzunehmen, und daß Cöln mit in dem Vertrage begriffen sein solle"; und aus den Aeußerungen Kursachsens war zu entnehmen, daß es mit den Kaiserlichen und Katholischen gehen werde, wenn nur den Reformirten nicht zugestanden werde, unter dem Schutz des Religionsfriedens mitbegriffen zu sein.

Aber die Frage der Contribution für den dänischen Krieg allarmirte die katholischen Fürsten und Stände auf das Aeußerste; selbst der kurmainzische Gesandte Schwalbach sprach sich in den heftigsten Ausdrücken darüber aus: „weder Sachsen, noch Baiern zahle Contribution, Alles werde den geringern Ständen aufgebürdet; sein Kurfürst und andere geistliche Stände seien entschlossen, ihre Quota nicht zu zahlen, da kein Mensch wisse, was mit den Geldern gemacht werde; Mainz wolle lieber selbst zwei Regimenter werben und zu seines und des Reiches Diensten halten." Ja Schwalbach äußerte: „hinter alle dem Wesen stehe Baiern, das nur seine Privatsache im Auge habe; es werde schon auch dem Kaiser zu mächtig und wolle alle katholischen Stände unterdrücken". Nicht minder heftig sprachen Würzburg und Constanz im andern Rath; „gar teutsch" erklärte Würzburg, daß es sich gar nicht um die Religion handle, sondern daß eine neue Art von Dominat[234]) im Reich gegründet werden wolle. „In Summa, fügt Wesenbeck hinzu, es scheint bei den Herren Catholicis, als wollten sie selbst unter einander zerfallen, indem sie sehr perplex sind und fast dafür halten, daß eine große Veränderung im Werk sei". Und die Nachricht, daß in Passau Baiern, der Kaiser und Spanien sich von Neuem verbündet hätten, steigerte nur die allgemeine Besorgniß.

Die so Bedrohten fanden ihre natürliche Stütze in Brandenburg; und die Ruhe und Entschiedenheit, mit der Wesenbeck fortfuhr, die Ansicht seines Herrn gegen die Insolenzen des bairischen Gesandten, gegen die reichspatriotischen Phrasen Sachsens und gegen die jesuitische Logik der Kaiserlichen zu vertreten, gab den kleineren katholischen Ständen den Muth auszuharren. Auf Wesenbeck wandte sich die ganze Wuth der Gegner; die schnödesten Reden wurden ihm zu hören gegeben; „man sehe, daß Brandenburg bei dem gemeinen Wesen doch ganz nichts mehr thun

wolle; keiner sei beim Kaiser so treu als Sachsen; warum denn Brandenburg nicht endlich fortmache und das schwedische Fräulein nehme"?

Als aber Wesenbeck auch der Ansicht, daß das Reich der Krone Dänemark mit ganzer Kraft beistehen müsse, entgegentrat, als er den gefaßten Beschluß mit zu vollziehen Anstand nahm, auch die Aufforderung „zum Beistand des Dänenkönigs", die an den niedersächsischen Kreis zu richten beschlossen wurde, nicht mitunterzeichnen wollte, da schien es den vier andern Kurfürsten angemessen, einen ernsten Schritt zu thun. Sie erließen ein gemeinsames Schreiben nach Berlin: „fast mit Verwunderung hätten sie aus den Berichten ihrer Räthe ersehen, daß der brandenburgische Abgeordnete fast durchgehend alle Conclusa, namentlich die, welche von allen andern kurfürstlichen Räthen einstimmig gefaßt seien, mit vollziehen zu helfen sich geweigert, mit der Entschuldigung, nicht instruirt zu sein; Brandenburg werde nicht gemeint sein, gegen den Kurverein und das Herkommen Neuerungen einzuführen, wonach, was per majora beschlossen, vollzogen werden müsse; sie müßten das für ein sehr gefährliches und allerhand höchst schädliche consequentia nach sich ziehendes Werk halten und ansehen, und hielten sich verpflichtet, dem vorzubauen, indem sie Brandenburg ersuchten, bei dem Kurverein und löblichen Herkommen zu bleiben und seinen Gesandten demgemäß zu instruiren."[235])

Als wenn die Entsetzung Triers, die Austreibung des Pfälzer Kurfürsten nach dem löblichen Herkommen und dem Kurverein geschehen sei; am wenigsten von dieser gefälschten Majorität im Kurcollegium, von diesem Deputationstag, der nur für die Justizreform berufen war, konnte Friedrich Wilhelm Neigung haben, sich majorisiren zu lassen. Die abscheulichen Vorgänge in Pforzheim, wo Baiern „ohnerachtet der früher gethanen Sinceration" die Stadt und Umgegend, vierzig evangelische Kirchen, papistisch reformirte, die ähnlichen in Göppingen und andern schwäbischen Städten, über die vergebens Beschwerden in Frankfurt überreicht wurden, zeigten „die Obstination der Herren Katholischen";[236]) und wenn Dänemark in seiner schweren Bedrängniß dringend empfohlen hatte, daß man endlich der Landgräfin in der Frage der Religion nachgeben möge, weil sie nur so von den Feinden abgezogen werden könne, so widersprach Kursachsen: „entschieden seien die Reformirten nicht unter den augsburgischen Confessionsverwandten begriffen, höchstens könne man der Landgräfin per modum tolerantiae nachgeben, wenn sie dafür der Allianz mit dem fremden Kronen entsage".[237])

Friedrich Wilhelm ließ seinen Gesandten in Frankfurt in der einmal

eingeschlagenen Richtung fortfahren. Er antwortete den Kurfürsten (24. November), sich möchten sich versichert halten, daß er, was zu des Reiches Besten zu thun und im Abschied von 1641 vorgesehen sei, gern und in Uebereinstimmung mit ihnen fördern werde; also nur so weit und nicht weiter.

Die Dinge waren bereits in ein völlig neues Stadium getreten. Der große Kriegsplan, den man in Passau verabredet, hatte einen kläglichen Ausgang gehabt; der Zug der Kaiserlichen nach Holstein endete, wie schon erwähnt, mit dem fluchtgleichen Rückzug nach Magdeburg, und die Baiern hatten nach dem ruhmvollen Kampf gegen Turenne, mit dem sie Freiburg eroberten, nach der ruhmvolleren Vertheidigung Freiburgs gegen Enghien, endlich weichen, das Rheinthal den Feinden lassen müssen; Mannheim, das äußerst feste Philippsburg, Worms, Landau, Bingen, ja Mainz waren mit dem Herbst in der Gewalt der Franzosen.

Seit dem Frühjahr waren die Gesandtschaften der auswärtigen Mächte in Osnabrück und Münster; wie stolz hatten die kaiserlichen Botschaften sie damals angelassen, mit welcher Entrüstung jene französische Aufforderung an die Reichsstände alle und jeden, ihre Gesandtschaften zu schicken, zurückgewiesen. Jetzt im September, als Gallas seinen Rückmarsch begann und die Baiern das Rheinthal aufgaben, schlug die kaiserliche Politik andere Wege ein.

Nicht die wahrer Versöhnung. Der junge Graf Schwarzenberg kam (September) nach Frankfurt, wie es hieß, um nach Münster zu gehen. Er suchte Wesenbeck auf: „wie zum Frieden zu gelangen sehe er keinen Weg, wenn nicht Gott ein Mittel durch Heirathen schicke"; er meinte des Kurfürsten schwedische Heirath werde die Frage wegen Pommerns erledigen können, und die Forderungen Frankreichs am obern Rhein würde eine Vermählung des Erzherzogs in Tyrol (Ferdinand Karl) mit der Tochter des Herzogs von Orleans befriedigen u. s. w.

Dann, als diese Erbietungen völlig ohne Wirkung blieben, ward kaiserlicher Seits in Anregung gebracht, einen Kurfürstentag in Regensburg zu halten. Selbst Kursachsen erklärte sich entschieden dagegen: „es werde da nicht mehr als in Frankfurt zu Stande kommen, weil die Majorität der Katholischen den Evangelischen doch in nichts nachgebe, sondern Alles gleichsam par force zu ihren Absichten zu zwingen gedächte". Neue Contributionen, meinte selbst Mainz, auf die es doch nur abgesehen sei, könnten nicht anders als durch einen Reichstag bewilligt werden. Und Wesenbeck: „die Erfahrung zeige, daß mit Krieg dem gemeinen Wesen

ganz nicht mehr zu helfen; man müsse endlich zu den Friedenstractaten schreiten".

Drei Wochen später — schon war Gallas bei Magdeburg auf das Härteste bedrängt — meldete Wesenbeck, daß die Kaiserlichen jetzt die Generalfriedenshandlung auffallend lebhaft wünschten. Erst allmählig gelang es ihm, die Sache, wie er schreibt, zu penetriren; er bezeichnet als Grund die bedrohliche Wendung der bairischen Politik.

Baiern hatte in diesen Kriegen eine große Stellung, eine europäische Bedeutung gewonnen; die pfälzische Kurwürde, der Besitz der kurpfälzischen Lande war deren Grundlage. Diese galt es zu retten; daß Oesterreich jetzt dazu auch nicht das Geringste helfen könne, hatte der letzte Feldzug gezeigt; ja je tiefer das Glück und das Selbstgefühl der kaiserlichen Politik sank, desto argwöhnischer schien man in Wien gegen Baiern zu werden. Wie, wenn man dort sich entschloß, ohne Baiern, auf Kosten Baierns Frieden zu schließen? Für Baiern schien der Moment gekommen, das im Bunde mit dem Kaiser Gewonnene durch Verständigung mit des Kaisers Gegnern sicher zu stellen.

Anfangs October ließ sich der bairische Rath in Frankfurt vernehmen: „es werde endlich doch noch zu einem Religionskrieg ausschlagen, wenn nur ein rechter Papst komme; der jüngst gewählte (Innocenz X.) verspreche, ein solcher zu sein; er sei gut spanisch und östreichisch, er sei daran, der Krone Frankreich mächtig zu werden". Drohungen, die nicht verfehlten auf die minder mächtigen Evangelischen einen Eindruck zu machen. Aber Kurbaiern hatte zugleich die Hülfe gegen solche Gefahr in der Hand: „der Kaiser, Spanien und Frankreich würden bei jeder Friedenshandlung die catalonische Frage mit heranziehen und damit jeden Abschluß unmöglich machen; da müsse nun ein mächtiger Reichsstand beiden Kronen vorschlagen, mit dem Reich allein, allenfalls auch anderswo als in Münster und Osnabrück zu verhandeln, ohne Rücksicht auf den Kaiser und Spanien; dann könne Baiern mit Frankreich, Kursachsen mit Schweden zu verhandeln beauftragt werden". Schon hatte Baiern den Bischof von Bamberg für diesen Plan gewonnen, beide hatten ihn auf dem jüngsten fränkischen Kreistage vorgeschlagen, sie hofften auch den schwäbischen Kreis zu gewinnen; und wie hätte der Mainzer Erzbischof, nachdem er Mainz verloren, wie der von Cöln der Politik seines Bruders nicht folgen, diese rheinischen Kreise nicht Gott danken sollen, wenn ihnen nur endlich Frieden ward?[238]) Die Bedenken, die etwa Sachsen haben konnte, schienen sich mit jenem Erbieten zu erledigen, das dem Ehrgeiz des Dresdener Hofes neue Wege erschloß.

Dieß bairische Project bedeutete nichts anders, als Trennung vom Kaiser, um ein katholisch-bairisches Deutschland unter französischer, ein evangelisch-sächsisches unter schwedischer Schutzherrschaft dem östreichischen gegenüber zu stellen. Selbst wenn dann der Kaiser den weiteren Kampf aufgab, — die Einheit des Reichs, welche Baiern und Sachsen bisher mit so ostentiösem Eifer vertreten hatten, war dann für immer dahin, und das dreigetheilte Deutschland mochte sehen, ob es auch nur die Einheit eines geographischen Begriffes zu bewahren vermögen werde.

Daß diesem cynischen Plan Brandenburg seine Einwilligung versagte, verstand sich von selbst. Zwischen all den wilden Wegen, in denen sich die deutsche Politik umtrieb, war und blieb der einzige richtige der, den Friedrich Wilhelm zu fordern nicht müde wurde. Waren einmal alle Verhältnisse im Reich so vollkommen zerrissen und verwildert, war es bei der tiefen confessionellen Spaltung, bei der Stellung, die Baiern neben Oestreich, Sachsen neben beiden eingenommen, nach so unermeßlichen Beraubungen und Vergewaltigungen nicht mehr möglich, daß das Reich sich in sich verständigte und versöhnte, so blieb keine andere Hülfe, als unter Zutritt der fremden Mächte, wie theuer man ihn erkaufen mochte, zum Frieden zu gelangen.

Noch die letzten Stadien der Frankfurter Verhandlungen zeigten, wie der Kaiser, Baiern, die katholischen Stimmen, die Majoritäten beider Räthe nur darauf aus waren, zu überlisten, zu terrorisiren, zu übervortheilen. Was wurde da nicht versucht, um dem Kaiser die alleinige Vertretung für das Reich zu sichern, den Deputationstag als solchen an den Ort der Verhandlungen zu verlegen, damit er dem Kaiser Namens der gesammten Stände des Reichs zur Seite stehe, wenigstens ihn in Frankfurt bei einander zu halten, „damit es nicht das Ansehen habe, als wenn Kais. Maj. ganz von den Ständen ausgesetzt sei, damit die Auswärtigen noch einige Reflexion auf das Reich nähmen".[239]) Dann, als die Kaiserlichen nachgaben, daß wenigstens die Kurfürsten bei dem Generaltractate sich betheiligen sollten, wiederholte sich dasselbe Feilschen: als Collegium müßten die Kurfürsten mitwirken; „das heißt", sagte Mainz, „nach dem Reichsherkommen habe dann die Majorität zu gelten und Mainz das Wort zu führen, wenigstens müsse neben den einzelnen kurfürstlichen Gesandten zugleich das Kurcollegium als solches zur Stelle sein". Wie hätten die Fürsten und Stände sich sollen ausschließen lassen; ausdrücklich machten die fremden Kronen die Anwesenheit aller Stände zur ersten Bedingung, zwangen den Kaiser endlich nachzugeben. Also, hieß es, müsse

man den ganzen Deputationstag nach dem Ort der Friedenshandlung verlegen, denn dieser sei verfassungsmäßig Namens aller Stände. Als auch das zurückgewiesen ward, „da die Deputation dazu kein Mandat habe", so kam man auf den Ausweg, einen Reichstag zu berufen, der ja aus der Ferne die kaiserlichen Bevollmächtigten am Congreß überwachen und seine Forderungen durch sie vorbringen können, u. s. w.

Diese Erörterungen setzten sich, nachdem bereis thatsächlich der Deputationstag aus einander gegangen und viele Botschafter deutscher Fürsten nach Osnabrück und Münster gekommen waren, dort fort. Noch die letzten Versuche der Kaiserlichen und Katholischen, wenigstens die eigentlich deutschen Verhandlungen nach Münster, auf den Congreß der katholischen Mächte, zu verlegen, wenigstens zuerst über die Satisfaction der beiden Kronen zu verhandeln und dann erst von den inneren Angelegenheiten des Reiches, scheiterten an dem consequenten Widerstand Brandenburgs.

„Die Festigkeit, mit der Brandenburg den Kaiserlichen widerstanden, ist eine Sache von nicht geringer Bedeutung", schreibt der französische Minister Brienne seinen Gesandten am Congreß.[240])

Das Verdienst der brandenburgischen Politik bestand darin, daß sie den officiellen Formen des Reiches gegenüber die Principien vertrat und durchsetzte, die allein noch den Frieden im Reich ermöglichten.

Die beiden Kronen hatten in ihrem Bündniß von 1634 ausdrücklich als ihre Absicht die Zurückführung des deutschen Zustandes, „wie er a. 1618 vor Anfang dieser Wirren gewesen", ausgesprochen;[241]) sie hatten in allen bisherigen Verhandlungen mit dem Kaiser eben diese Bedingung vorangestellt; sie wiederholten sie in den Friedenspropositionen, die sie, jede für sich, am 1. Juni überreichten;[242]) sie forderten für jeden Stand im Reich die unverkürzte Geltung seiner landeshoheitlichen Rechte, alle „droits de souveraineté", wie es Art. VIII. des französischen Entwurfs hieß — Bedingungen, denen sich die östreichische Politik auf alle Weise zu entwinden suchte. Unter dem Vorwande, in den Formen deutscher Reichsgemeinschaft zu unterhandeln, hoffte sie wenigstens einen Theil der seit 1618 durchgesetzten Veränderungen im Reich, wenigstens deren Principien zu retten. So lange der Kaiser und mit dem Kaiser Baiern, Sachsen, Darmstadt, die römische Kirche u. s. w. den argen Gewinn, den sie in diesem Kriege gemacht, festhielten, blieb den fremden Kronen der Vorwand, den Krieg fortzusetzen.

Der einzige Weg zum Frieden war, daß die Amnestie in dem Sinn,

wie die beiden Kronen sie wollten oder zu wollen vorgaben, angenommen wurde.

Geschah das, so hatte man zugleich ihnen gegenüber eine feste Basis für die weiteren Verhandlungen, eben jenen Stand von 1618, den sie ja auch gegen sich mußten gelten lassen, wenn sie ihn gegen das Haus Oestreich geltend machen wollten. Und die Fürsten und Stände des Reichs hatten Grund genug, diese Basis gemeinsam zu vertheidigen; ja der Kaiser selbst, — schon bedrohte Torstenson zum zweiten Mal Wien und der Fürst von Siebenbürgen zog heran, sich mit ihm zu vereinen — schien sich und sein Haus nur noch durch die Annahme dieser Friedensbasis vor weiteren Demüthigungen sichern zu können.

Nicht die Reichsgemeinschaft hatte Brandenburg in Frage gestellt, wohl aber die derzeitige Form derselben und die für dieselbe in Anspruch genommene Competenz. Daß dann auf dem Congreß auch in den alten Reichsformen der drei Collegien, der Deputationen, des corpus Evangelicorum verhandelt würde, fand brandenburgischer Seits, nachdem die Möglichkeit der Mißdeutung und des Mißbrauchs entfernt war, keinen weiteren Widerstand. Ja die brandenburgische Gesandtschaft zum Congreß war ausdrücklich „zur Assistenz Kais. Maj." instruirt, ein Ausdruck, um deß Willen Schweden ihre Vollmacht anzunehmen sich weigerte.

Niemand konnte sich darüber täuschen, daß mit der wirklichen Friedenshandlung die schon ermattende Kriegsflamme von Neuem und heftiger aufschlagen werde; entscheidender als je zuvor, war jetzt jeder Erfolg im Felde.

Eben jetzt im Sommer 1645 schloß Schweden mit Dänemark Frieden, um sich mit ganzer Macht auf Deutschland werfen zu können; das nächste Ergebniß war, daß auch Kursachsen die Sache des Kaisers aufgab. Zu gleicher Zeit drangen die französischen und holländischen Heere in die spanischen Niederlande mit raschen Erfolgen ein, und der alte Plan, die Lande zu theilen, kam von Neuem in Erwägung.[243])

Aber weder das schwedisch-französische, noch das französisch-holländische Bündniß war fest genug, um die Verschiedenheit der kirchlichen und Machtinteressen, die in der Herstellung des Friedens sofort hervortreten mußte, außer Wirkung zu setzen. Die Staaten hatten nur gegen Spanien gekämpft, und mit dem Sinken der spanischen Macht sank ihr Kriegseifer. Und während Frankreich in seinen Friedensanträgen die Forderung voranstellte, daß der Kaiser auf jede weitere Betheiligung an dem spanisch-französischen Kriege verzichtete, forderte Schweden die Herstellung von

Kurpfalz, die Amnestie auch für die böhmischen Exulanten, die Freigebung des Evangeliums auch in den Erblanden; es sah in den geistlichen Gebieten des Reichs das gegebene Material zu den nothwendigen Ausgleichungen und Entschädigungen. Wie hätte Frankreich Baiern, wie die geistlichen Fürstenthümer, in denen es seine künftige Clientel im Reich sah, opfern sollen; es verbarg schon nicht mehr, daß es mit Schweden keineswegs auch zur Herstellung der confessionellen Verhältnisse, wie sie 1618 gewesen, sich verbündet habe, daß es den „Hugenottismus" am Mittelrhein nicht wieder mächtig sehen wolle.

Wie übermächtig die Krone Schweden in Deutschland auch war, ihre Heere bestanden zu neun Zehnteln aus Deutschen; geworben und bezahlt wurden sie mit deutschen Contributionen. Nicht viel anders war es mit den französischen Heeren auf deutschem Boden, ihren Hauptbestandtheil bildeten immer noch die alten Weimaraner. Deutschland erlag seinen eigenen Kräften um der östreichischen Politik willen, in deren Wesen es lag, nur so weit deutsch zu sein, als sie Deutschland beherrschte.

Wie, wenn nun ein Fürst auftrat, der mit der rechten Losung, unter der Fahne des Vaterlandes jene Tausende um sich her schaarte? Nur eines kleinen Machtkerns hätte er bedurft, und mit dem ersten Erfolg hätte die Lawine der populären Macht ihre unberechenbare Bewegung begonnen.

Daß der Fürst, welcher dereinst bei Warschau und Fehrbellin siegen sollte, in der vollen Kraft der Jugend nur um so ungeduldiger gewesen sein wird, sich mit den Waffen in der Hand zu erheben, wird keines Beweises bedürfen. Aber er hätte die Wege Wallensteins und Bernhards von Weimar zu gehn sich entschließen, er hätte die, wenn ich so sagen darf, legitime Macht seiner Stellung aufgeben und ein neues Exempel revolutionärer und übergreifender Gewalt versuchen müssen, um im glücklichsten Fall eine militairische Herrschaft zu gründen, gegen die sich sofort alle Interessen, alle Mächte erhoben hätten.

Nicht in usurpatorischer Weise war Friedrich Wilhelm gemeint seinen Staat zu bauen. Wohl aber sah er, wie immer nothwendiger es ihm wurde, sich militairisch stark zu machen, so stark, wie es irgend die Mittel seiner Lande erlaubten.

Freilich lähmte ihn da überall das ständische Wesen. Selbst in den Marken gelang es ihm nur mit Mühe, so viel, wie „die äußerste Nothdurft" forderte, für die Besetzung der Festungen und für deren Unterhalt bewilligt zu erhalten. „Mit großer Herzensbestürzung", sagen die Stände, „müßten sie vernehmen, daß mehr auf die Continuation und Vermehrung,

als Aufhebung und Verminderung solcher unerträglicher Lasten gedacht würde"; und weiter: „es wolle fast das Ansehen gewinnen, als wenn des Landes vincula, mit denen Herrschaft und Unterthanen vinculirt seien, hintangesetzt und die Stände in ihrer Libertät und Freiheit turbirt werden sollten". Sie meinen, „das sei nicht dem Kurfürsten in seiner landesväterlichen Affection, sondern Andern, welchen die acta publica so wenig, als der betrübt elende klägliche Zustand unsers geliebten Vaterlandes wissend, zuzuschreiben". Sie leben der Hoffnung, daß der Kurfürst hinfort „des Landes Lasten mehr nach dem Landesvermögen, als etwa nach der Necessität reguliren werde".[244]) Mit Noth gelang es dann wohl, Bewilligungen auf sechs, auf drei Monate weiter zu erhalten. Daß von den rheinischen Ständen noch weniger, daß von denen in Preußen gar nichts zu erreichen war, verstand sich von selbst.

Mußte der Kurfürst vorerst darauf verzichten, in den Friedenshandlungen mit dem Gewicht militairischer Bedeutung aufzutreten, was blieb ihm dann, sich und seinem Recht dort Geltung zu schaffen?

Auf das Lebhafteste empfand er die Gefahren seiner Stellung. „Auf der einen Seite", schreibt er einmal, „habe ich die Krone Schweden, auf der andern den Kaiser und sitze gleichsam mitten zwischen ihnen und erwarte, was sie mit mir anfangen oder thun, ob sie mir das Meinige lassen oder nehmen wollen". Aber es gab noch, außer jenen zweien, dritte, vierte Mächte, neben Frankreich und Spanien die Oranier in den Niederlanden, für die Niederlande selbst das Interesse des baltischen Handels und damit das Interesse für das Gleichgewicht der Uferstaaten, es gab die Rivalität Polens und Dänemarks gegen Schweden, in ferneren Kreisen Venedig, Rußland, England, kurz eine Fülle von Beziehungen und Gegenstellungen, die den, der sie zu berechnen verstand, Deckungen und Aushülfen mannigfachster Art boten.

Und Friedrich Wilhelm verstand sie zu benutzen, ohne jenen Vorwurf zu scheuen, der ihm gemacht wurde, „daß er immer die freie Hand behalten wolle". Er suchte die Hülfe und Sicherung, die das Reich ihm nicht mehr, eigene Macht noch nicht bot, in den Combinationen der europäischen Politik; er hatte den Vortheil, ihrer nur zu defensiven Zwecken, zur Sicherung von Rechten, deren Gültigkeit außer allem Zweifel war, zu bedürfen; er war, woher immer Gefahr ihm drohte, in der Lage, einfach darauf hinzuweisen, daß er nichts wolle, als was sein anerkanntes Recht sei.

Wie erzürnt man über ihn am Kaiserhofe, in Dresden, in München sein mochte, man konnte mit Fug nichts dagegen sagen, wenn er sich nicht

beliebigen Formen, gefälschten Majoritäten hatte unterwerfen wollen; und wenn er sich allerdings gebunden hielt durch die Pflicht, „mit der er“, so ist sein Ausdruck,[245] zuvörderst dem Reich und nachmals dem Kaiser als Haupt verpflichtet sei“, so war es nicht seine Schuld, daß dabei die östreichische Politik nicht ihre Rechnung fand.

Und hatte er Unrecht, wenn er gegen die stolzen Herren des schwedischen Hofes auf seiner Hut war? Freilich jüngst beim Beginn des dänischen Krieges waren sie ihm mit Erbietungen entgegengekommen, die einen minder vorsichtigen Politiker hätten täuschen können; aber als er für einiges Kriegsvolk zur Besetzung der von der Landgräfin abgetretenen Plätze am Rhein „Paß durch die schwedischen Quartiere“ forderte, war der Schwierigkeiten kein Ende. Jetzt hatte die Königin die Regierung selbst angetreten; sie war in dem Alter über ihre Hand zu verfügen, und daß es in Schweden Viele gab, welche die Entscheidung für den Kurfürsten hofften, war unzweifelhaft. Auch die Oxenstjernas nahmen den Schein an, als wünschten sie nichts mehr; aber sie fanden immer neue Einwürfe; sie wollten, daß der Kurfürst komme und bitte, um dann doch nicht zu gewähren. Und die stolze junge Königin, die ihrer Mutter Briefe zurückwies, wenn sie die Anrede „Majestät“ unterließ, zögerte sich zu entscheiden, war ungehalten, daß der Kurfürst nicht feuriger warb[246] und horchte eifersüchtig auf jedes Gerücht von dem Fräulein von Oranien[247] oder der französischen Prinzessin.[248]

Den Kurfürsten mochte die Hand der Königin weniger als je reizen. Am Berliner Hofe war die Ansicht, daß Schweden auf dem Wege sei, „aus der Monarchie in die Anarchie überzugehen“, und daß nicht bloß Holland und England, sondern auch, wenn auch versteckter Weise Frankreich dahin wirke,[249] „wie ja die Lilien jede Revolution deckten“. Wenn die Königin ihre Lage richtig würdigte, so hatte sie allen Grund, sich nach einer Stütze umzusehen; die Großen des Reichs dagegen hielten sie und das schwedische Volk in dem Taumel immer neuer Kriege, immer größerer Eroberungen. Kaum war der dänische Krieg beendet und schon wurde in den Kreisen der Reichsräthe besprochen, daß ein Krieg mit Polen unvermeidlich sei; „und wenn sich der Kurfürst rührt, so wird man ihm das Land kahl machen“.

Um so verbindlicher wurde der französische Hof gegen Brandenburg; nicht bloß, weil der Kurfürst der Krone mit dem Titel Majestät entgegengekommen war. Wie gern hätte man den Streit des Kurfürsten mit Pfalz Neuburg zu entscheiden übernommen; „man sagt“, schreibt Brienne,

„daß der Kurfürst seine Domainen in Preußen verkaufe, um gegen Neuburg den Krieg zu machen, daß er um das Fräulein von Oranien werben wolle, um dorther Hülfe zu gewinnen; man muß sehen, ob man den Krieg nicht hindern kann; beide Fürsten verdienen Beachtung, der eine ist immer auf Seiten des Kaisers und Baierns gewesen, aber er ist Katholik; der andere ist Calvinist und hat nicht mit dem Kaiser gebrochen, aber er ist ein Fürst von großer Erwartung, und man sagt, er wolle von einer Krone nichts wissen, wenn er nicht ihre Macht erhält, er halte es für seiner unwürdig, nur der Mann der Königin zu sein". [250]) Aber jene Beziehungen zu Oranien und den Staaten beunruhigten den Hof zu Paris, man fürchtete, daß Hugonottismus dahinter stecke. [251])

Genug, um die Beziehungen Brandenburgs zu der Zeit, als die Friedenshandlung begann, zu bezeichnen.

Die pommersche Frage.

Die ersten Monate der Congreßverhandlungen zeigen obenhin betrachtet nichts als widerliche Streitigkeiten um Titel, Rang, Etikette.

Der Krieg hatte alle alten Machtverhältnisse zerrüttet; es waren deren völlig neue thatsächlich vorhanden, aber völkerrechtlich noch nicht festgestellt; in der diplomatischen Etikette zuerst suchten sie gegenseitige Anerkennung und Geltung. Es war gleichsam ein persönliches Ringen der Staaten selbst; es war das Selbstgefühl jedes Einzelnen, das sich hier durchzusetzen und in dem Erfolge das Maaß seiner Schätzung zu finden hatte.

Friedrich Wilhelm scheute den Aufwand nicht, auf diesem Congreß in ansehnlicherer Repräsentation als irgend ein anderer Reichsfürst zu erscheinen. Er bestimmte für Münster die clevischen Räthe Friedrich von Heiden und Dr. Portmann, an dessen Stelle später Fromhold trat, für Osnabrück den alten geschäftskundigen Freiherrn von Löben, den Präsidenten des Consistoriums Dr. Fritze und Wesenbeck, der namentlich die Stimme von Pommern führte; er gab beiden Gesandtschaften in dem Reichsgrafen Johann von Sayn-Wittgenstein ein „vornehmes Haupt".

Allerdings wurden ihnen, wenn auch nach einigen harten Sträußen, die Ehren des Empfanges, so wie sie sie in Anspruch nahmen. Dann aber weigerte der französische Gesandte Servien den geforderten Titel Sérénité für den Kurfürsten, worauf die Brandenburger den König

Majestät zu nennen aufhörten.[252]) Dann scheiterte ihre Visite bei dem päpstlichen Nuntius, der in Münster mit dem venetianischen Gesandten das Geschäft des Vermittlers theilte, an dessen Erklärung, daß er nur katholische Cavaliere empfangen könne. Dann gab es Hader über den Titel Excellenz, den die kurfürstlichen Gesandten vor den fürstlichen forderten u. s. w.

Während die Etikettenfragen mit scheinbar ausschließlichem Eifer betrieben wurden und Alles in Athem hielten, wurden bereits Verhandlungen mannigfachster Art wie unter der Decke betrieben. Es wurde jener Versuch in Lengerich (10. Juli) gemacht, die Reichsstände unter östreichischer Führung zu vereinigen, das Princip der Majorität zur Geltung zu bringen, den Schwerpunkt der deutschen Verhandlungen nach Münster zu verlegen. Man wurde evangelischer Seits nur um so mißtrauischer; man ließ nicht unbemerkt, daß die kaiserlichen Bevollmächtigten fast sämmtlich Convertiten seien, an ihrer Spitze der Graf von Nassau.

Der erste officielle Schritt war die Ueberreichung jener Friedenspropositionen vom 1. Juni. Es fiel auf, daß die von Frankreich vorgelegten sich von den schwedischen nicht bloß in der Fassung unterschieden, daß die Zielpunkte beider Kronen nichts weniger als dieselben seien. Auch sonst trat ihre Rivalität beider immer schärfer hervor, und sichtlich hatte Schweden in dem Interesse der Evangelischen eine Waffe, die sich auch gegen Frankreich wenden ließ.

Wie hätten das die Kaiserlichen nicht zu benutzen versuchen sollen. Ihr erster Plan, die Reichsstände gegen beide Kronen mit sich zu vereinigen, war gescheitert; jetzt schien ihr Plan zu sein, die Evangelischen zu gewinnen, die Schweden zu befriedigen, um sich mit ganzer Kraft gegen Frankreich zu wenden, dessen Heere wenigstens am Rhein im entschiedenen Nachtheil waren.

Schon war Graf Trautmannsdorf zum Congreß gekommen, auch ein Convertit, aber milde in seinen Formen, mehr östreichisch als kirchlich, des Kaisers vertrautester Rath. Er eilte nach Osnabrück, sein Einfluß begann fühlbar zu werden; er schien der Mann, der Heilung bringen könne, der rechte „Aesculap“.

Bisher hatten die schwedischen Herren sich sehr zuvorkommend gegen die Brandenburger verhalten; sie hatten die Frage wegen Pommern kaum berührt; sie hatten den Ausweg, den die Hand der Königin bot, immer vorangestellt. Jetzt begannen sie kühler zu werden. Mit Sorge be-

merkten die brandenburgischen Gesandten, daß jene „viel von der lutherischen Religion redeten, dessen man vorhin bei ihnen nicht gewohnt gewesen". [253])

Schon hatte sich in der Berathung der Religionsbeschwerden gezeigt, wie die lutherischen Stände, Kursachsen voran, kaum Duldung für die Reformirten zuzugestehen gemeint seien; jetzt machten die Kaiserlichen darauf aufmerksam, „daß ja auch Sachsen vor Jahren in dem schönebeckschen Vertrage der Krone Schweden das ganze Pommern zum recompens angeboten habe". Schwedischer Seits wurde die Vertröstung hinzugefügt, daß man den Kurfürsten etwa mit Halberstadt, Minden, Verden entschädigen könne. Die sehr entschiedene Versicherung Wittgensteins, daß der Kurfürst auch nicht für Entschädigungen sein Erbland Pommern aufgeben, daß er eher seine Gesandten abberufen, als auf dieser Grundlage unterhandeln werde, diente nur dazu, die schon gereizten Stimmungen fast bis zum offenen Bruche zu treiben. Und die Kaiserlichen waren rasch zur Hand, diesen Zwiespalt zu nähren. [254])

Sie hatten gehofft, mit der Abtretung Pommerns Schweden zu befriedigen. In der That hatte darauf die erste Instruction der Königin gelautet; dann hatte sie zugelassen, die Hälfte Pommerns aufzugeben und als Ersatz Bremen und Verden zu fordern. Jetzt (7. Januar) überreichten die schwedischen Herren ihre definitive Forderung: ganz Schlesien, ganz Pommern mit dem Bisthum Camin, Wismar, Warnemünde, Bremen, Verden, Alles als Reichslehen, so daß Schweden, wie ja schon Spanien und Dänemark, mit in den Verband des Reiches trete, und zwar mit vier fürstlichen Stimmen. Trautmannsdorf war außer sich: „Schlesien fordern, heiße des Kaisers Augapfel fordern"; und Graf Lemberg äußerte an Wittgensteins Tafel: „das sei von dem Kurfürsten angestiftet, der in Schlesien den Ersatz für Pommern zu finden hoffe". Nach einer höchst heftigen Scene trennte man sich. [255])

Schon hatten auch die Franzosen ihre „Satisfaction" verzeichnet; sie forderten die obere und niedere Landgrafschaft Elsaß mit dem Sundgau und Breisgau, Breisach, Philippsburg u. s. w.; sie erklärten, daß Lothringen, dessen Verhältniß zu Frankreich bereits festgestellt sei, in diesem Frieden nicht mehr zur Sprache kommen könne.

Zu gleicher Zeit wurden die Religionsbeschwerden auf das Heftigste erörtert. Der katholischen Stände Replik war der Art, daß die evangelischen sich weigerten, sie anzunehmen; der von Schweden ausgesprochene Plan, geistliche Fürstenthümer zur Entschädigung zu verwenden, allarmirte

die französischen Botschafter auf das Aeußerste; d'Avaux selbst eilte nach Osnabrück, den Schweden ihre Ausschreitungen zu verweisen. Und zwischendurch traten die evangelischen und katholischen Stände zusammen, ihre politischen Gravamina zu verzeichnen, theils solche, die gegen den Kaiser gerichtet waren, andere der Fürsten gegen die Kurfürsten, z. E. daß diese für ihre Gesandten den Titel Excellenz prätendirten, andere der Städte gegen die fürstlichen Stände; endlich „hatten etliche Grafen ihre absonderliche Gravamina eingelegt".

Schon hatten die Kaiserlichen — im Mai — nachgegeben, daß die Schweden Pommern, Wismar, die Bisthümer Bremen und Verden erhielten, Brandenburg mit Halberstadt entschädigt werde. Man ließ es sich wenig kümmern, daß Wittgenstein mit einem hohen Schwur betheuerte, der Kurfürst werde in Ewigkeit nicht seinen Consens dazu geben, daß der Kurfürst selbst dem Markgrafen von Culmbach in einem ostensiblen Briefe erklärte, wenn das Herzogthum ihm auch entrissen werde, so werde er doch seinem kur- und fürstlichen Hause mit Willen nichts darin vergeben, daß die pommerschen Stände ihren Protest einsandten: „sie seien durch ihren Eid dem Kurfürsten pflichtig, sie könnten doch nicht wie das unvernünftige Vieh gehalten und veräußert werden". [256])

Die pommersche Frage wurde der Mittelpunkt der Verhandlungen, und die brandenburgischen Gesandten waren unermüdlich, sie in immer neuen Darlegungen zu erörtern, je anderen Mächten gegenüber andere Seiten derselben entwickelnd. Zum ersten Male trat die ganze Bedeutung dieses deutschen Grenz- und Küstenlandes ins volle Licht: die militairische, die es für die Vertheidigung Deutschlands oder, in Feindes Hand, zum Angriff zugleich auch gegen Polen und Dänemark habe, — die merkantile der Häfen von Stralsund, Stettin, Colberg, der Odermündungen, deren Besitz den Handel bis zum Riesengebirge hinauf beherrschte, — die politische, da mit dem Verluste Pommerns Deutschland von der baltischen Politik für immer ausgeschlossen, Schweden im Besitz des Dominats im Norden blieb.

Der Kurfürst erkannte, was es militairisch und politisch für ihn bedeute, ob das Küstengebiet, das den Marken in ihrer ganzen Breite vorlag, mit ihnen vereinigt, oder dem mächtigen Schweden überlassen werde; und niemand konnte ihn tadeln, daß er mit allen Mitteln, die ihm seine gute Sache gab, Widerstand leistete.

Wenigstens eine Wirkung hatte diese hartnäckig geführte diplomatische Vertheidigung; sie zwang die Gegner Brandenburgs, mit den Principien,

auf die sie sich stellten, herauszukommen; ihre politische Moral wurde vor den Augen der Welt entlarvt.

Und wahrlich, es hatte etwas moralisch Empörendes, daß Namens der Königin gegen den glaubens- und blutsverwandten Fürsten, der nie die Waffen gegen Schweden geführt, ein Recht der Eroberung geltend gemacht wurde, obenein mit der Phrase, daß das theure Blut des Königs für das Evangelium vergossen sei, desselben Königs, der diesem Fürsten die Hand seiner Tochter bestimmt hatte. Und wenn die Kaiserlichen die französischen Forderungen zurückwiesen, weil Elsaß, Breisgau u. s. w. nicht dem Kaiser, sondern dem Erzherzog von Tyrol gehöre, wie konnten sie dann die Stirn haben, den Schweden das Erbland des Kurfürsten zu bieten, dem sie obenein Jägerndorf vorenthielten, dem sie den Wunsch, seine Feste Hamm selbst zu besetzen, als Beleidigung anrechneten? Hatte denn Brandenburg das Reich in diesen ungeheuren Krieg gestürzt, daß es nun auch die Folgen seiner Verschuldung tragen mußte? Oder hatte die Solidarität von Kaiser und Reich, die nun von einem der vornehmsten Glieder ein solches Opfer für des Reiches Frieden und Rettung forderte, sich auch da bewährt, als man Brandenburg für den Prager Frieden mit der Zusicherung, ihm Pommern mit allen Kräften des Reiches zu retten, gewann? Oder sollte etwa der fromme Eifer, den die lutherischen Stände in Osnabrück gegen das reformirte Bekenntniß entwickelten, das Haus Brandenburg zu dem Opfer an Recht, Macht, Ehre verpflichten und geneigt machen, das man um der gemeinen deutschen Sache willen von ihm fordern zu dürfen glaubte? Mochte Schweden verfahren, wie es verfuhr, nach dem Rechte der Waffen und in Feindes Land; aber wenn Kaiser und Reich denen, die sich so offen als Reichsfeinde bekannten, die für die Sicherung Deutschlands wichtigsten Gebiete bereitwilligst überantwortete, ja den erklärten Reichsfeind in des Reiches Standschaft aufnahm, — und viele evangelische Stände begrüßten diesen Eintritt der dominirenden evangelischen Macht als das größte Heil, — dann in der That bedurfte es keines Beweises weiter, daß das Reich nichts mehr von jener Einheit und Solidarität an sich hatte, kraft deren allein es über das Recht Brandenburgs und über die alten Eide, die auf dasselbe geschworen waren, hinwegzuschreiten befugt gewesen wäre; dann war der Kurfürst um so weniger in seinem Gewissen gebunden, diesem Kaiser und diesem Reiche in dem zu Willen zu sein, was dem doch gemeinsamen Vaterlande für die Zukunft unersetzlichen Schaden, dauernde Gefahr brachte. Im rechten deutschen Interesse mußte Friedrich Wilhelm auf das Aeußerste Widerstand leisten,

und er durfte es mit dem guten Gewissen, damit keinerlei Pflicht zu verletzen, Niemandes Recht zu kränken.

Allerdings ward ihm von deutscher Seite keinerlei Unterstützung. Aber die pommersche Frage hatte zugleich ein europäisches Interesse.

Als Graf Trautmannsdorf, nach Münster zurückkehrend, sich so äußerte, als wenn er mit Schweden verständigt sei, waren die französischen Herren in hohem Grade beunruhigt; auf ihren Vorschlag, daß ja Brandenburg etwa in Schlesien entschädigt werden könne, wurde ihnen geantwortet: dann werde Frankreich nichts erhalten. Sie hatten dem Kurfürsten schon früher dringend empfohlen, daß er festhalten möge, dann werde Frankreich dafür sorgen, daß er wenigstens die Hälfte Pommerns und für die andere Hälfte Entschädigungen erhalte; der Kurfürst hatte das entschieden zurückgewiesen; „es befremde ihn", hatte er geantwortet, „ein Antrag, der, wenn er ihn annehme, noch mehr zu Frankreichs, als zu seiner eigenen desavantage ausschlagen werde". 257) Jetzt sahen sie Schweden im Begriff, eine Stellung in Deutschland zu gewinnen, welche den französischen Einfluß völlig paralysirte; und stand erst Schweden, im Reiche mächtig und an der Spitze der evangelischen Stände neben dem Hause Oestreich, so fand sich leicht genug der Punkt, in dem Beider Interessen sich gegen Frankreich vereinigten. Frankreich, so schien es, durfte Brandenburg nicht fallen lassen.

Und wie hätte Holland ertragen können, daß das baltische Meer, „die Mutter aller Commercien", völlig in Schwedens Gewalt komme. Wie hätte Dänemark, wie Polen, ja Rußland nicht die Gefahr erkennen sollen, mit der die schwedische Herrschaft auch über die deutsche Ostseeküste sie bedrohte; dann stand Polen zugleich von Liefland und der Oder her, Dänemark zugleich in Schonen und Holstein dem schwedischen Angriffe offen.

Der Kurfürst hatte Fabian von Dohna nach Paris gesandt, zunächst um die Titelfrage zu erledigen, dann, um in Betreff der jülichschen, der pommerschen Frage die guten Dienste Frankreichs zu erbitten. Man hatte ihn mit ausgesuchten Höflichkeiten empfangen, aber vorerst vermieden, irgend bestimmte Zusagen zu geben; „die Tractate und consilia gehen hier sehr und fast allzulangsam wegen des Cardinals Mazarin angeborner Furchtsamkeit, denn er immer besorgt, sich in etwas zu übereilen und auf zukünftige Dinge wartet, hoffend, aus deren Beschaffenheit einen großen Vortheil zu erlangen"; „man besorgt immer, die Katholischen von der

französischen Protection abzuschrecken, die dasjenige ist, was jetzt in Paris am eifrigsten gesucht wird". [258])

Den Cardinal beschäftigte zugleich ein anderes Project. Hatte Schweden sich tief mit den Kaiserlichen eingelassen, so versuchte er sich mit Spanien zu verständigen. Er erbot sich, Catalonien zurückzugeben, wenn die Niederlande in der Form einer Mitgift für die Infantin, die dem jungen Könige von Frankreich vermählt werden sollte, an Frankreich abgetreten würden; das übertreibende Gerücht fügte hinzu, daß selbst das Anrecht der Krone Spanien auf die längst befreiten Niederlande mit gefordert oder angeboten sei. Die Staaten und Oranien hoffte Frankreich damit zu blenden, daß es die Markgrafschaft Antwerpen den Staaten bestimmte, von denen es der Prinz als Lehen empfangen sollte.

Nur die große Umsicht des Prinzen-Statthalter hatte bisher die Staaten in jener französischen Verbindung erhalten, die der Republik so glänzende kriegerische Erfolge möglich gemacht hatte. Der höchste Ruhm der staatischen Waffen knüpfte sich an den Namen des Prinzen Friedrich Heinrich. Wie groß sein Verdienst um die Republik sein mochte, die „Patrioten" in Holland, die alten Anhänger Barnevelds hatte er nicht zu versöhnen vermocht. Sie begannen wieder rege zu werden, die nahe Gefahr fürstlichen Dominats und monarchicalen Regiments wurde das Gespräch in den Städten Hollands. Schon hatte der Prinz seinen Sohn mit der Königstochter von England vermählt, schon war auch die Verbindung des Prinzen von Wales mit dem Fräulein von Oranien eingeleitet; um so lebhafter Partei nahm Holland für die mächtige Erhebung des Parlaments gegen Karl I., gegen die stuartische Politik. Wie behutsam immer der Prinz jenes französische Project vorbringen mochte, die Herren von Holland sahen darin nur ein neues Zeugniß für das, was sie fürchteten; das mächtige Frankreich zum Nachbar zu haben, war eine ganz andere Gefahr, als von Spanien irgend noch kommen konnte; schon jetzt hatte Holland oft Mühe, seine Stimme gegen die der sechs anderen Provinzen durchzusetzen; sie hätten fortan in Frankreich einen Rückhalt gehabt. Seit dem letzten Feldzuge war der Prinz körperlich und geistig leidend; er siechte dahin; es schien dringend geboten, Sicherung zu schaffen, bevor der Sohn, rascher und kühner, als der Vater, nach Ruhm und Macht dürstend, in dessen hohes Amt eintrat. Holland forderte dringend den Frieden mit Spanien; selbst auf die Gefahr, die Union zu sprengen, wollte es ihn. [259])

Als Wittgenstein auf die Weisung des Kurfürsten die staatischen

Gesandten am Congreß ersuchte, sich der pommerschen Sache anzunehmen, waren sie gern bereit; aber sie deuteten zugleich an, daß die Staaten erst dann mit ihrem ganzen Einfluß eintreten würden, wenn sie in Betreff des Fräuleins von Oranien Sicherheit hätten.[260] Die Staaten wünschten also deren Verbindung mit dem Kurfürsten; vielleicht, weil sie die mit dem Prinzen von Wales fürchteten; sie standen noch mit Schweden, mit Frankreich im Bunde; aber im Begriff, mit Spanien abzuschließen, suchten sie eine „nähere Allianz" mit Brandenburg, deren Spitze sich gegen Schweden kehrte.

Im März sandte der Kurfürst Ewald von Kleist nach dem Haag, die Verhandlungen vorzubereiten, zu deren Abschluß er, wenn er aus Preußen zurückgekehrt sei, „eine solenne Ambassade" an die Republik abordnen werde.

Die Absendung Kleistens brachte in Osnabrück große Aufregung hervor: „warum man nicht nach Stockholm gesandt habe, um die Hand der Königin zu bitten? die Königin werde sich auf das Schwerste beleidigt fühlen; und man wisse wohl, daß Kleist den Staaten anbieten solle, die pommerschen Häfen in Besitz zu nehmen und sich zur Vertreibung der Schweden aus Pommern mit dem Kurfürsten zu vereinigen". Man konnte erwiedern, daß ja Oxenstjerna selbst der Meinung gewesen sei, des Kurfürsten Wünsche seien unausführbar, weil er der Königin zu nahe verwandt, weil er nicht lutherisch, weil er mit Ständen zu regieren nicht gewohnt sei; ja daß er jüngst erklärt habe, die Königin sei entschlossen unvermählt zu bleiben; und welcher Freundschaft habe sich Brandenburg von Seiten der Schweden zu rühmen? habe nicht jüngst ein schwedisches Heer unter Wittenberg statt von Zerbst nach Schlesien gerades Weges zu ziehen, seinen Marsch verheerend durch die märkischen Landschaften im Süden der Havel genommen, gleich als habe man den Kurfürsten reizen wollen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, um dann einen Vorwand zu haben, ihm den Krieg zu erklären und so mit Pommern ein Ende zu machen.[261])

Ebenso, wie die Schweden, erkannte der französische Hof die außerordentliche Bedeutung der neuen Verbindungen, die sich vorbereiteten. Er warnte Schweden auf das Eindringlichste: Dänemark brenne vor Eifersucht und harre nur der Gelegenheit, die Scharte des letzten Krieges auszuwetzen, und der Polenkönig habe immer noch nicht seinen Anspruch auf die schwedische Krone aufgegeben; um so mehr habe Schweden darauf zu achten, daß Brandenburg nicht zum Aeußersten getrieben werde; schon

unterhandle auch Dänemark im Haag, und die gemeinsamen Feinde Schwedens und Frankreichs würden alle Anstrengungen machen, diejenigen zu vereinigen, denen Eifersucht, Hoffnung oder eigene Gefahr wünschenswerth mache, daß sich die Lage der Dinge, die jetzt für Frankreich und Schweden so lachend sei, verändere. [262])

Den Kurfürsten mahnte man, daß er mit den Schweden zum Schluß komme; „bei dem ombrageusen Humeur der schwedischen Nation“ und in Rücksicht auf den Frieden und die Ruhe Europas möge er in Etwas nachgeben, sich mit der Hälfte Pommerns begnügen, um für die andere Hälfte reichlich entschädigt zu werden. [263])

Von Neuem Verhandlungen eingehendster Art; immer neue Vorschläge, um eine mittlere Linie zu finden; von allen Seiten Drängen und Drohen gegen Brandenburg, daß es für diesen Ersatz, für jene Aussicht sich das ganze, das halbe Pommern abdingen lasse; von brandenburgischer Seite immer neue Formen, auszuweichen, Zeit zu gewinnen, Beistand zu suchen. Auch der Plan war schwedischer Seits in Vorschlag, daß der Kurfürst in offene Allianz mit ihnen trete und ein Aequivalent für Pommern bezeichne; für diesen Fall — er hätte Brandenburg völlig aus seinem bisherigen politischen System gerissen — forderte Wittgenstein als Ersatz Magdeburg, Halberstadt, Hildesheim, Osnabrück, Minden und in Schlesien Sagan und Glogau. Das warfen die Schweden weit hinweg; sie lachten über die Anmaßung der Ohnmacht.

Während im Sommer und Herbst 1646 die Verhandlungen um Pommern — auch die staatischen, die polnischen Gesandten betheiligten sich an denselben — mit immer heißerem Eifer geführt wurden, war auf dem Kriegstheater eine große Veränderung eingetreten.

Frankreich hatte immer noch nicht mit Baiern abgeschlossen; es zögerte, es stellte immer neue Forderungen, selbst die, daß der Kurprinz als Geißel nach Paris geschickt werde. Indeß hatte Baiern einen Theil seiner Truppen nach der Oberpfalz gesandt, und deren Vereinigung mit den Kaiserlichen (Januar 1646) zwang Wrangel, aus Böhmen zu weichen. Er zog durch Niedersachsen, Westphalen; er wünschte sich mit Turenne zu vereinigen, um Baiern völlig niederzuwerfen.

Die Staaten hatten der Krone Frankreich ihre Mitwirkung zu einem neuen Angriff auf Flandern verweigert; und wenn ihr auch vom Kaiser die Abtretung des Elsaß, Breisachs, Philippsburgs zugestanden war, so hatte er ausdrücklich seine Verbindung mit Spanien und die Sache Lothringens aufzugeben sich geweigert. Wie weit sonst Schweden und

Frankreich auseinander gingen, zu einem Gewaltstoß gegen die kaiserliche Macht waren sie einig.

Jene kaiserlichen und bairischen Völker hatten sich von Eger durch Franken an die Mainmündung hinabgezogen; sie trennten Turenne, der in der Rheinpfalz stand, von Wrangel, der nach Oberhessen vorrückte; sie glaubten völlig sicher zu sein, als Turenne rheinabwärts zog; sie meinten, er ziehe nach Flandern. Dann plötzlich erschien das französische Heer, dem die staatische Besatzung in Wesel den Uebergang gestattet hatte, mit den Schweden vereint in der Nähe von Frankfurt, und vereint überschritten sie im Rücken der Gegner den Strom, eilten unaufhaltsam weiter zur Donau, waren im September vor Augsburg. Wie mit einem Schlage lag Baiern am Boden; von Neuem waren die Erblande bedroht. An der oberen Donau nahmen die Franzosen, am Bodensee und bis Donauwörth die Schweden Winterquartiere, um sich für den entscheidenden Stoß im nächsten Frühling zu pflegen, während General Wittenberg von Niederschlesien aus nach Böhmen vordrang, von dort aus die schwedischen Besatzungen in Mähren verstärkte, dann in Oberschlesien sein Winterlager nahm.

Erfolge, die die Friedenshandlungen in die heftigsten Schwankungen brachten; es kam so weit, daß die Kaiserlichen den Congreß zu verlassen drohten. Der Uebermuth der Schweden wuchs ins Ungemessene; „mag Trautmannsdorf die Pest oder der Teufel holen, Frieden soll es mit Gottes Hülfe doch werden“[264]).

Ausgangs October kam der Kurfürst nahe bei Osnabrück vorüber. Er war auf dem Wege nach dem Haag. Er hatte der Königin von Schweden den Rücken gewandt.

Ob es ihm möglich gewesen wäre, ihre Hand zu gewinnen, wenn er sich ihren Launen und den herrischen Uebermuth der schwedischen Großen hätte fügen wollen, mag dahin gestellt bleiben. Er hatte sorgsam jeden Schritt gemieden, der ihn als Bittenden hätte erscheinen lassen. Was immer endlich seinen Entschluß bestimmt haben mag, für den Augenblick und für die Folgezeit war derselbe von der größten politischen Bedeutung.

Wohl mochte den jungen Fürsten der Glanz einer Krone gereizt haben, an der so hoher Ruhm, so stolze Macht haftete. Mit Christine vermählt, hätte er eine schwedisch-brandenburgische Macht gegründet, die die einst in gleicher Weise gegründete östreichisch-burgundische in der Beherrschung Deutschlands für immer paralysirt hätte. Aber in dieser Verbindung wäre das Haus Brandenburg eben so entdeutscht worden, wie es

das habsburgische bereits war; es hätten die deutschen Lande des Hauses nothwendig den überlegenen Impulsionen der schwedischen Politik folgen müssen; das evangelische Deutschland hätte seinen Schwerpunkt ebenso außer Deutschland erhalten, wie seit so lange das katholische; die nächste Folge wäre gewesen, daß Frankreich Namens der deutschen Libertät den Rest Deutschlands an sich gezogen hätte. Daß der Kurfürst auf die schwedische Verbindung verzichtete, erhielt sein Haus der Nation, rettete ihr eine Zukunft.

In der Nähe von Osnabrück, in Lengerich, empfing er seine Gesandten vom Congreß (29. October). Sie legten ihm den Stand der Dinge dar; von Neuem hatten die schwedischen Herren Particularverhandlungen angeboten; der Kaiser, so hatten sie gesagt, habe ihnen ganz Pommern überlassen und den Kurfürsten für hinlänglich entschädigt erklärt, wenn ihm die drei Bisthümer Brandenburg, Havelberg und Lebus überlassen und der Besitz von Crossen und dem Ordenslande Preußen anerkannt werde; Schweden aber ziehe vor, nur Vorpommern, jedoch mit dem guten Willen des Kurfürsten zu besitzen, und an Entschädigungen für ihn solle es nicht fehlen.

Also Schweden und der Kaiser waren Handels eins, und der Kurfürst hatte die Wahl zwischen der schnöden Alternative. Wie, wenn er nun endlich einmal die Waffen ergriff? Polen war in Rüstung, Dänemark warb, beide gegen Schweden; er selbst hatte bereits 8000 Mann unter den Waffen. Seinen märkischen Ständen hatte er im Juni mitgetheilt, daß ihm angesonnen werde, sein Erbland Pommern abzutreten; er hatte ihnen darlegen lassen, was es auch ihnen bedeute, wenn eine so mächtige Krone so nahe „ihren Fuß setze und befestige", und was das Land schon habe leiden müssen, weil er nicht in der Verfassung gewesen, „sich considerabel zu machen". Er hoffte, wenn es zum Schlagen käme, sie zu energischen Anstrengungen zu drängen; „da sie einst zum Prager Frieden gerathen, müßten sie nun auch zur Rettung des Landes, das ihm um jenes Friedens Willens entrissen werde, helfen." Und war nicht von den Truppen, die Schwedens Siege erkämpften, der größte Theil, man rechnete 30,000 Mann im Feld und in den Festungen, deutsches Volk? zeigten nicht immer neue Meutereien, daß sie des herrischen Schwedenthums herzlich satt seien?

Der Kurfürst gab seinen Gesandten Befehl, die Frage zu erörtern, ob er die Waffen ergreifen oder weiter unterhandeln solle.

Sie haben die Gründe für und wider aufgezeichnet. Für die Waffen, sagen sie, spreche des Kurfürsten Lage, seine jugendliche Kraft, sein

unerschrockner und hoher Geist, der Unrecht und Beleidigungen von Uebermüthigen, die Alles nach ihrer Willkür zu entscheiden gedächten, nicht länger ertrage. Sie erkannten, wie gerade jetzt ein kühner Entschluß auf die Deutschen im schwedischen Heer, auf viele Fürsten und Stände wirken, wie vielleicht auch Frankreich gern helfen werde. Aber die Gefahr eines solchen Wagnisses schien ihnen größer, als die Hoffnung des Gelingens; sie fürchteten die Zweideutigkeit der französischen, die Unversöhnlichkeit der kaiserlichen Politik, die Uebermacht der Schweden, ihre Rache; sie widerriethen dem Kurfürsten einen Schritt, der leicht „Alle gegen ihn vereinen, ihm auch den Rest seiner Lande kosten könne".

In diesen Tagen ist französischer Seits gegen den Kurfürsten die Besorgniß ausgesprochen worden: es könnte wohl zum Abschluß des Friedens geschritten werden, ohne daß man auf seine Zustimmung warte; und er darauf: er hoffe, daß es nicht dazu kommen werde; „man hat mir", sagt der französische Diplomat, der dieß berichtet,[265]) „brandenburgischer Seits mehrfach gesagt: wenn Schweden mit Gewalt und ohne unseren Willen ganz Pommern behält, wie kann es dann entwaffnen? und wenn Schweden nicht entwaffnet, so kann weder der Kaiser noch die anderen Mächte entwaffnen und so wird kein Friede sein".

Der Kurfürst hoffte Alles von der eingeleiteten Verbindung mit den Staaten; Hand in Hand mit ihnen, selbst schon im Besitze einer kleinen Truppenmacht, von der einige Regimenter in Cleve und Mark mit den staatischen sich verbinden konnten, durfte er hoffen den Insolenzen der Schweden und der Kaiserlichen den Weg zu verlegen.

Aber noch war dieß Bündniß mit den Staaten nicht geschlossen. Und die clevischen Stände hatten von dem Augenblick an, wo er in ihrem Lande Truppen zusammenzuziehen begonnen, auf das Aeußerste entgegengearbeitet; sie verweigerten jede Beisteuer zu ihrer Erhaltung, sie erklärten, daß in ihr Land und in ihre festen Plätze keine brandenburgischen Truppen kommen dürften, wenn auch die Landgräfin, so wie die Staaten nur unter der Bedingung Calcar, Duisburg u. s. w. geräumt hätten, daß der Kurfürst die Festungen besetze. Noch im Mai 1646 hatten die Hochmögenden „freundnachbarliche" Mahnungen an sie gesandt, das Nöthige zu verwilligen, da den Staaten an der Versicherung dieses Grenzlandes zum höchsten gelegen sei. Die clevischen Stände wußten im Haag ihre Sache als die der Libertät und der Abwehr fürstlichen Dominates darzustellen, als dieselbe Sache, für welche die Patrioten in Holland einst die Waffen ergriffen hätten, für die sie jetzt den Oraniern entgegenarbeiteten. Daß wochen=

lang die staatischen Gesandten in Münster in der pommerschen Frage keine Weisungen erhielten, zeigte daß im Haag das Wetter umsetze.[266]) Dann im September, als der Prinz-Statthalter von einem Schlaganfall betroffen war, und damit die Nachfolge seines Sohnes, des rascheren, herrischeren Wilhelms II. in nahe Aussicht gerückt war, ging in den Generalstaaten die Resolution durch (12. September): „da die Stände von Cleve unmöglich des Kurfürsten Truppen unterhalten könnten, seine Commissionare aber früheren Versicherungen entgegen mit Execution drohten, ja schon damit vorgingen, so hätten sie den clevischen Ständen nicht weigern können, ihnen ihre Intercession beim Kurfürsten zu bewilligen und diesen zu ersuchen, daß er seine Truppen abdanke oder aus Cleve abführe, oder wenigstens dafür sorge, daß diese Sache zu keinen Weiterungen zwischen ihm und den Ständen führe".

Anfangs November war der Kurfürst in Duisburg; gleich bei ihrer „unterthänigsten Begrüßung" zeigten die Herren Stände, daß sie nicht im Geringsten zu weichen gemeint seien. Die Mittel zum ferneren Unterhalt der Truppen waren vollständig erschöpft. Es gab nur noch einen Ausweg.

Seit nun fünf Jahren unterhandelte der Kurfürst mit dem alten Pfalzgrafen von Neuburg. Der Kurfürst weigerte sich, die fernere Geltung des Provisionalvertrags von 1629 anzuerkennen, der den Pfalzgrafen unverhältnißmäßig begünstigte; und der Pfalzgraf hatte auf Grund desselben immer weitere Uebergriffe gemacht, Zahlungen, zu denen er verpflichtet war, nicht geleistet, in dem Bestande der kirchlichen Verhältnisse in Jülich, Berg, Ravensberg, den der Vertrag sicher gestellt hatte, in gewaltsamer Weise geändert, sich verlassend auf den militairischen Schutz der Spanier und auf den diplomatischen des Polenkönigs, mit dessen jüngster Schwester er seinen Erbprinzen Philipp Wilhelm vermählt hatte. Schon als der Kurfürst auf Norpraths Rath seine Rüstungen im Rheinlande begann, hatte der Pfalzgraf in Warschau selbst Drohungen von Zwangsmaßregeln gegen Preußen veranlaßt, aber die wieder aufgenommenen Unterhandlungen hinzuzögern verstanden. Jetzt sandte ihm der Kurfürst mit der Anzeige seiner Ankunft in Duisburg ein Ultimatum (2/12. November), ob er ohne weiteren Aufenthalt die behörige und billige Satisfaction leisten und unter Vermittelung der Staaten, die sich dazu erboten, auf Grund der Verträge von 1609 und 1614 Richtigkeit machen wolle. Da der Pfalzgraf eine ausweichende Antwort gab (15. November), rückten des Kurfürsten Truppen 1000 Mann Leibgarde, 200

Dragoner, 100 Mann Fußvolk unter Ehrentreich Burgsdorff ins Bergische ein und breiteten sich bis in die Nähe von Düsseldorf aus.

Der Kurfürst hatte seinen Oberkämmerer Conrad von Burgsdorf nach dem Haag vorausgesandt, um seine formelle Werbung zu überbringen. Dann kam er selbst, von Wenigen begleitet; in der Stille, in bürgerlicher Einfachheit wurde die Vermählung gefeiert (23. November).[267]

Ein Akt von eigenthümlicher Bedeutsamkeit war vorausgegangen. Gleich am Tage nach seiner Ankunft (13. November) begab sich der Kurfürst, von Prinz Wilhelm begleitet, in die Versammlung der Herren Staaten General; von den Deputirten aller Provinzen empfangen, trat er ein. Dann nach Eröffnung der Sitzung ergriff er das Wort; er erinnerte an die alte Verbindung seines Hauses mit dieser löblichen Republik, er wünsche mit ihr in eine dauernde und sichere Allianz zu treten; es sei bekannt, was für unbillige und unchristliche Postulate die Krone Schweden auf seine pommerschen Erblande anstrenge; aus Liebe zum Frieden habe er sich endlich überwunden, ein ansehnliches Stück von Pommern gegen ein annehmliches und genügsames Aequivalent zu opfern, und er bitte sie, daß sie ihm in einer so gerechten und billigen, auch ihren selbsteigenen Status nicht wenig afficirenden Sache ihre Assistenz leisten möchten; ebenso bitte er, da der Pfalzgraf von Neuburg gar unfreundlich und unbillig mit ihm umzugehen fortfahre, um die von den Staaten ihnen beiderseits jüngst angebotene Interposition; er schloß mit der Anzeige, daß er sich mit dem ältesten Fräulein von Oranien „in eine Allianz der heiligen Ehe einzulassen im Begriff sei", er wünsche auch hierüber der hochmögenden Herren advis zu vernehmen und hoffe, daß sie es sich lieb und angenehm würden sein lassen.[268]

Nach seinem Wunsche wurden Commissare der Staaten ernannt, mit seinen Räthen die Artikel der Allianz zu entwerfen. Er wünsche, ließ er erklären, eine aufrechte Allianz zu seiner und seines Hauses hochnöthigen Defension und Conservation, mit dem ausdrücklichen Beifügen, daß er durch dies Verbündniß keinen Menschen zu offendiren, noch sich vom h. R. Reich zu separiren oder dem schuldigen Respect, damit er Ks. Maj. und dem Reich verwandt sei, das Geringste zu derogiren gemeint sei.[269]

Bald genug wurde es ersichtlich, daß die Herren Staaten es eben nicht eilig hatten mit dem Abschluß der Allianz, daß der Einmarsch in das Bergische nicht eben ihre Zustimmung fand, daß am wenigsten auf Unterstützung gegen die clevischen Stände zu rechnen sei; und die Truppen im Bergischen, wo das platte Land völlig ausgesogen war, vermochten sich kaum zu

ernähren. Der Prinz Statthalter selbst mag zum Einlenken gerathen haben. Er schrieb (2. December) an den Pfalzgrafen: der ihm nun nahe verbündete Kurfürst habe nichts Anderes bezweckt, als den zu lange verschleppten Verhandlungen Nachdruck zu geben, in denen er nur das fordere, was ihm in den früheren Verträgen von England, Frankreich und den Staaten garantirt sei; es gebe noch Mittel, die Sache zu einer verständigen Ausgleichung zu bringen und so weiteren Unannehmlichkeiten vorzubeugen.

Allerdings hatte der Pfalzgraf Schritte gethan, sich sicher zu stellen; er hatte bereits im October in Polen verursacht, Kriegsvolk, das dort abgedankt wurde, in seine Dienste zu nehmen, um Preußen oder die Marken anzufallen; vom Warschauer Hofe war nach Paris der Antrag gesandt, Jülich gegen den drohenden Ueberfall zu schützen. Aber für den Augenblick war er wehrlos. Auf die ernsten Mahnungen des Prinzen, vor ernsteren Schritten besorgt, die bei weiterer Weigerung zu drohen schienen, erklärte er sich zu unterhandeln bereit; er bat nur, daß ohne Vermittler und nicht durch Gelehrte, sondern durch Cavaliere verhandelt werde. Neuen Winkelzügen, die er versuchte, wurde damit ein Ende gemacht, daß der Kurfürst (14. December) die Abführung seiner Truppen aus dem Bergischen verfügte; als dann unter der Hand Neuburgischer Seits geworben, nach Bielefeld Garnison gelegt, in Polen zu raschen Schritten gegen Preußen gedrängt wurde, — der Erbprinz galt dafür diese Dinge zu betreiben, — erhielt Ehrentreich Burgsdorf Befehl, als von sich aus dem Pfalzgrafen vorzustellen, wie schwere Gefahr er über sich bringe, wie der Kurfürst kaum mehr zu begütigen sei. Er hatte die gewünschte Wirkung.

Nun endlich kamen die Verhandlungen in Fluß; der Oberkammerherr Conrad von Burgsdorf führte sie; Anfang April war der Vertrag fertig, welcher den provisorischen Besitzstand dahin ordnete, daß Ravensberg mit Cleve und Mark dem Kurfürsten blieb, und die kirchlichen Verhältnisse in den beiderseitigen Ländern auf den Stand von 1612 zurückführte.[270]) Namentlich dieser Bestimmung hatte der Pfalzgraf, mit dem äußersten Widerstreben, endlich sich gefügt; die ganze Nacht, sagte er, habe er in höchster Angst zugebracht, in der Erwartung, daß der Teufel kommen und ihn holen werde; es tröstete ihn wenig, daß Burgsdorf ihm sagte: der Kaiser habe auch in seinen Erblanden die evangelische Religion nunmehr freigelassen; der Pfalzgraf meinte: wolle der Kaiser zum Teufel fahren, so begehre er nicht, ihm zu folgen, er habe unlängst von dem päpstlichen Nuntius in Münster einen Verweis empfangen, daß er im Religionswesen so

weit gewichen.[271]) Es sollten aus diesen angeblichen Gewissensscrupeln noch arge Dinge genug erwachsen.

Aus dem Haag zurückgekehrt hatte der Kurfürst die cleve-märkischen Stände zum 14. Januar nach Cleve berufen; in beweglicher Weise stellte er in seinen Propositionen „die Nothdurft und Nothwendigkeit" dar, da bei der Friedenshandlung in Münster und Osnabrück „Alles in crisi, ja seine nobelsten Länder in Gefahr ständen", als gute Patrioten zu handeln und für die Erhaltung der Truppen das Nothwendige zu bewilligen. Die Herren Stände antworteten mit langen Reihen von Beschwerden; umsonst versuchte der Kurfürst persönlich mit ihnen zu unterhandeln; sie wurden nur um so hartnäckiger; sie beauftragten Aitzema, ihren bestallten Agenten im Haag, den Schutz der Hochmögenden nach dem Xantner Vertrage von 1614 anzurufen, namentlich den Schutz des Rechtes, „daß die Städte nicht in die Hände des Kurfürsten oder seiner Miliz kämen, sondern in den Händen der Magistrate und Bürgerschaften blieben und von denselben defendirt würden". Sie schlossen mit den Ständen von Jülich-Berg auf Grund der alten Union der „erbvereinigten Lande" ein „ewiges Erbverbündniß zur gemeinsamen Vertheidigung ihrer Freiheiten, Privilegien, Altherkommen, Gewohnheiten, Rechte u. s. w."; sie waren in ihrem Widerstande gegen die possidirenden Fürsten der Zustimmung und Unterstützung der Hochmögenden gewiß, wie bald genug offenbar wurde. Der Kurfürst blieb Jahr und Tag in Cleve, ohne das Geringste zu erreichen, mit einem Widerstande ringend, der immer trotziger und erbitterter wurde.

Die Hoffnungen, mit denen er im Herbst 1646 seine Reise nach dem Rhein und Holland unternommen hatte, waren zerronnen. Wie hätte er noch hoffen können, in der pommerschen Frage gegen Schweden sein Spiel zu halten? Noch während seines Aufenthaltes im Haag erhielt er „sehr allarmirende Nachrichten aus Osnabrück". Schweden fordere, wird den Hochmögenden Herren gemeldet (17. December), nicht bloß ganz Vorpommern, sondern auch Stettin, Wollin, Stift Camin, Colberg; es werde von allen Gesandtschaften, namentlich der französischen, kaiserlichen und venetianischen, der Schluß der Tractate auf das Heftigste gefordert; es sei die höchste Gefahr im Verzuge; ja wenn der Kurfürst sich nicht entscheide, werde ihm das Werk über den Kopf weggenommen werden; Schweden erkläre, daß die Herren Staaten nichts dagegen einwenden würden, theils weil sie in Allianz mit Schweden seien, theils weil sie in derselben aus-

drücklich der Krone das dominium maris Baltici eingeräumt und zugestanden hätten.

Allerdings hatten die Dinge in Osnabrück einen sehr üblen Gang genommen. Die Schweden glaubten, oder gaben vor zu glauben, daß der Kurfürst entschlossen sei, ihnen Pommern mit Gewalt zu entreißen, daß er mit dem Könige von Dänemark und dessen Sohn, dem Erzbischof von Bremen, im Verständniß sei.[272]) Sie hatten Trautmannsdorfs Zusicherung, daß, wenn sich der Kurfürst ihrem Anspruch auf Vorpommern nicht füge, Kaiser und Reich ihnen das ganze Herzogthum übergeben und garantiren würden; sie preßten die Kurfürstlichen mit dieser argen Alternative, entweder Abschluß ohne Brandenburg und mit Verlust von ganz Pommern, oder Verständigung mit ihnen auf eine Theilung, die mit jeder neuen Erörterung für Brandenburg ungünstiger gestellt wurde.

Vergebens versuchten seine Gesandten, wenigstens Stettin — sie boten zwei Millionen Thaler als Ersatz —, wenigstens das rechte Oderufer zu retten; vergebens bemühte sich d'Avaux, den immer neuen Zumuthungen Schwedens entgegenzutreten; „man arbeitet", schreibt er, „Tag und Nacht; nichts als Conferenzen, Zuschriften, Erörterungen hin und her; aber Oxenstjerna hört nichts; Einwendungen, Vernunftgründe, Bitten, Alles umsonst". Schon forderte Oxenstjerna auch Gollnow, Garz, einen Strich Landes am rechten Oderufer hinab, ja Pyritz, Colbatz; er schien dem Kurfürsten die Annahme unmöglich machen zu wollen, um ganz Pommern von Kaiser und Reich trotz Brandenburg zu erhalten.

Der Kurfürst hatte nichts unterlassen, um persönlich im Haag, dann von Cleve aus die Hochmögenden, die Herren von Holland, die einflußreichsten Männer in Amsterdam über die Wichtigkeit der pommerschen Frage auch für die Interessen der Niederlande aufzuklären; „er wolle nicht vorhalten", schrieb er dem Burgemeister von Amsterdam (31. December), „daß dasjenige, so wir in Mangel verhoffter Zusammensetzung einzugehn möchten genöthigt werden, nicht zu remediren sein wird und mit Verlauf der Zeit den Staaten sowohl als uns hochschädlich und präjudicirlich fallen dürfte". Bei den weitläuftigen Formen staatischer Verhandlungen war kaum noch die Vorfrage eingeleitet, und mit dem Hinsiechen des Prinzen Statthalter wuchs der Eifer und der Einfluß der Patrioten, die um der clevischen Dinge Willen nicht eben eifrig für den Kurfürsten waren; officieller Weise begnügte man sich den Schweden Mäßigung zu empfehlen und vermittelnde Vorschläge zu machen. Vor Allem das Verlangen nach dem spanischen Frieden drängte in Holland jede andere Rücksicht in den

Hintergrund; um so weniger hörten die Schweden auf ihren guten Rath, sie forderten nur um so mehr, um so trotziger. Nur d'Avaux zügelte sie noch; es war nicht im französischen Interesse, daß Schweden und der Kaiser in einer Weise gegen Brandenburg abschlossen, die sie solidarisch verband. Es mußte ein Abkommen gefunden werden, dem der Kurfürst zustimmte; d'Avaux versprach vollste Entschädigung, wenn der Kurfürst folge.

Servien war nach dem Haag geeilt, den Abschluß der spanisch-holländischen Präliminarien wo möglich noch zu hindern. War es ein abgekartetes Spiel, daß Schweden „auf die Extremitäten bestand", damit Frankreich auf dem Congreß den Versöhnlichen spielen und einstweilen im Haag gegen Spanien arbeiten könne? War nicht vorauszusehen, daß demnächst die Rollen wechseln, Frankreich mit allem Ungestüm, wie jetzt Schweden, vordringen werde?[273]) Es galt, den Moment zu treffen, wo man zwischen Scylla und Charybdis, immerhin mit einigem Verlust, hindurchschlüpfen könnte.

Der Kurfürst weilte noch in Cleve; er beauftragte Kleist, im Haag dem Prinzen und seiner Gemahlin zu melden, wie die Sachen ständen, und von ihnen zu vernehmen, ob es nicht besser sei, von zweien Uebeln das geringere zu erwählen und, wie er sich ausdrückte, „lieber etwas von unserm Lande zu verlieren, als das ganze quitt zu gehen". Er ließ den Staaten sagen, er hoffe vor aller Welt und auch bei denen, so es mit betreffe, entschuldigt zu sein, wenn er weiche, „angesehen wir von allen Interessenten verlassen und uns von niemandem mit einiger Hülfe begegnet wird".[274])

Er hatte bereits seinen Entschluß gefaßt; er hatte Wittgenstein, der nach Cleve gekommen war, zur Eile zu mahnen, mit seinen letzten Erbietungen zurückgesandt. Am 17. Januar empfing d'Avaux des Grafen Eröffnungen: der Kurfürst sei gewillt, Vorpommern gegen angemessene Entschädigung den Schweden zu überlassen. Als Entschädigungen wurden in Aussicht genommen die Bisthümer, Camin, Minden, Halberstadt, das Erzstift Magdeburg nach dem Tode des derzeitigen Administrators August von Sachsen.

Aber die Schweden weigerten sich, vorerst irgend einen Vorschlag mehr anzunehmen: sie hätten lange genug gewartet; sie seien es müde, herumgezogen zu werden. Es kostete die Arbeit mehrerer Tage, daß sie nur erst Gehör schenkten; die Forderung der Oderlinie wiesen sie mit Lachen hinweg; mit Mühe gelang es den Vermittlern, Colberg, mit größerer Mühe, die Abtretung der Domainen in Hinterpommern, die schwedi-

schen Officieren überwiesen waren, zu erhalten; den Besitz von Gollnow, die Simultanbelehnung hielt Oxenstjerna auf das Hartnäckigste fest, und durchaus beharrte er dabei, daß Schweden am rechten Oderufer hinab einen Strich Landes behalten müsse; es wurde der Ausweg gefunden, die Bestimmung der Breite dieses Striches später in gütlicher Verständigung zu finden. Der Versuch der Kaiserlichen, die Verhandlung zu stören, noch unmittelbar vor dem Abschluß wiederholt, scheiterte.[275]) Am 28. Januar (7. Februar) wurden die festgestellten Punkte, auf die energische Forderung d'Avaux's schriftlich verfaßt und von den beiden Parteien unterzeichnet, der französischen Gesandtschaft übergeben.

Tags darauf kamen neue Weisungen aus Stockholm: die Königin befehle, daß auch nicht ein Fuß breit von Pommern abgetreten werde. Sofort versuchten die schwedischen Herren, alles mühsam zu Stande Gebrachte wieder in Frage zu stellen.[276]) Zugleich erhob sich bei der Frage der Entschädigung Brandenburgs Widerstand von allen Seiten. Es protestirte der Administrator von Bremen als erwählter Coadjutor von Halberstadt; es protestirte das Haus Braunschweig wegen der Nachfolge in Magdeburg, da vor Kurzem ein welfischer Prinz für diese designirt war; den Titel von Minden führte der eifrig katholische Bischof von Osnabrück; Mecklenburg hoffte das Stift als Entschädigung für Wismar, Braunschweig wünschte es, ich weiß nicht für welche Verdienste; Trautmannsdorf erklärte, Braunschweig habe schon, als nur erst von Magdeburg und Halberstadt die Rede gewesen, gedroht, den Krieg fortzusetzen; gebe man auch Minden dahin, so sei das Aeußerste zu befahren. Ihm ward entgegnet, daß dann die Forderungen für Brandenburg auf Schlesien gerichtet werden würden. Das vor Allem fürchteten die Kaiserlichen; mochten lieber noch so viele Hochstifte, die sie 1629 zu restituiren gedacht, geopfert werden, zumal wenn darüber zwischen den Evangelischen selbst desto mehr Hader entstand.

Und während in Betreff Brandenburgs die Frage sich mit jedem Tage unlösbarer zu verwirren schien, tagten die Gesandtschaften beider Kronen in Ulm mit Baiern; es kam im März zum Waffenstillstand, dem sich auch Cöln, Mainz, Darmstadt anschloß.

Der Kaiser hatte seine letzten Bundesgenossen im Reich verloren; „Trautmannsdorf kommt täglich in die Wohnung des Herrn d'Avaux, wie ein armer Supplicant, um Gnade und Erbarmen zu bitten". In seiner Gegenwart sagte d'Avaux zu den schwedischen Gesandten: „kurz, wir sind die Herren; sie müssen thun, was wir wollen".[277])

Der Friedensschluß.

Wir sahen, es gab einen Moment, wo Friedrich Wilhelm die Waffen gegen Schweden zu erheben im Begriff stand. Er gewann es über sich, den Bedenken seiner Räthe zu weichen, in der Hoffnung auf das Bündniß, das demnächst im Haag geschlossen werden sollte, in der Hoffnung, mit den Staaten vereint eine dritte Partei zu bilden, eine Partei des Friedens, des Gleichgewichts in Deutschland und Europa, der erhaltenden Politik.

Die Herren von Holland rechneten anders. Ihnen war der Kurfürst willkommen gewesen, um die stuartischen Pläne im Haag zu kreuzen; nachdem es geschehen, hatten sie mit jener Allianz keine Eile; kaum daß die ersten vorläufigen Besprechungen nach Monaten zu Stande kamen. Die Rückgabe der clevischen Plätze, in denen noch staatische Besatzung lag, weigerten sie unter begütigenden Vorwänden.

Der Kurfürst mußte erkennen, daß er nicht richtig combinirt hatte. Seit dem Tode des Prinzen Statthalter, bei dem tiefen Mißtrauen gegen seinen Nachfolger und dessen Tendenzen, unter dem heftigen Ringen der spanischen und französischen Einflüsse im Haag verlor die Politik der Staaten mehr und mehr ihre Richtung; sie wurde unberechenbar.

So blieb dem Kurfürsten, dem herrischen Ungestüm der Schweden gegenüber, keine andere Hülfe als die französische; und wir sahen, mit wie lebhaftem Eifer, mit welchem Erfolg sich d'Avaux bemühte.

Dafür, so hieß es, erwarte man auch, daß der Kurfürst seinen Einfluß im Haag, namentlich bei der Prinzessin Mutter im Interesse Frankreichs verwenden werde, „das ja allein seine Sache vertrete".[278]) Man ließ merken, daß man auf die Dankbarkeit, auf aufrichtige und völlige Hingebung des Kurfürsten rechne.

Ihn verletzte der zugleich zudringliche und hoffärtige Eifer dieser französischen Herren, die Art, wie sie ihr Verdienst um ihn herausstrichen, der Ton, den sie gegen ihn sich erlaubten.[279]) Und wenn ihm aus Paris die Aeußerung des dortigen Ministers gemeldet wurde, „man bedaure, daß er so zurückhaltend sei, werde aber trotz dem für ihn thun, was man könne, ohne mit Schweden zu brechen",[280]) so bestätigte das seine Voraussetzung, daß für Frankreich im entscheidenden Augenblick das Einvernehmen mit Schweden immer wieder maaßgebend sein werde.

Allerdings hatte d'Avaux den immer neuen Forderungen der Schweden

gegenüber die Punctationen vom 28. Januar (7. Februar) mit Entschiedenheit festgehalten, hatte auch heftige Worte nicht gespart, den Launen und Maaßlosigkeiten der Schweden entgegenzutreten, hatte endlich die Frage der schwedischen und brandenburgischen Entschädigungen so weit geordnet, daß (Anfang Mai) die betreffenden Artikel geschlossen werden konnten. „Um des edlen Friedens willen" hatte der Kurfürst nachgegeben.[281])

Aber inzwischen hatten jene Verhandlungen in Ulm die Lage der Dinge außerordentlich verändert; der Abfall Baierns war vor Allem ein Erfolg Frankreichs; Frankreich sammelte die alten Gegner Schwedens, Baiern, Cöln, Mainz um sich, während Schweden, wie gewaltig es mit seinen Heeren in Deutschland sein mochte, weder Brandenburg, noch Sachsen, noch die Welfen für sich hatte. Die Spannung zwischen beiden Kronen fand immer neue Nahrung; „mag man in Stockholm nicht vergessen, schreibt Mazarin, daß die Schweden mehr fürchten müssen, uns zu verlieren, als wir Lust haben, sie zu halten.[282]) Um so schroffer kehrten die schwedischen Herren den evangelischen Eifer hervor; sie forderten Parität in den Reichsgerichten, Religionsfreiheit in den kaiserlichen Erblanden; sie verwarfen für den Besitzstand der Evangelischen im Reich das Normaljahr 1624, das Trautmannsdorf zugestanden; sie forderten durchaus Herstellung auf den Stand von 1618. Man war in Paris in großer Aufregung; nichts anderes, hieß es, wolle Schweden, als ein lutherisches Kaiserthum, und es werbe dafür, daß es dem Fürsten zufalle, welchen die Königin zu ihrem Gemahl wählen werde.

Wrangel sammelte die Völker, die im oberen Deutschland frei geworden, am Main, setzte sich nach Böhmen in Marsch; wie konnte von dem Kaiser nach dem Abfall Baierns noch Widerstand erwartet werden? wollte er nicht das Aeußerste befahren, so mochte er eilen, auf dem Congreß das nachzugeben, was Schweden forderte und Frankreich fürchtete.

Die Katholischen in Münster waren in der größten Sorge, daß es geschähe; von Frankreich ermuntert und gedeckt, traten sie den schwedischen, den evangelischen Forderungen heftig und höhnisch entgegen: „man müsse endlich den Religionskrieg beginnen, und Gott Alles befehlen". Zugleich arbeiteten die Jesuiten, die spanischen Einflüsse am Kaiserhofe; sie verdächtigten Trautmannsdorfs Eifer für den Frieden; er wurde zurückberufen. Man bot Alles auf, die Truppenmacht in Böhmen zu verstärken, der Kaiser selbst ging nach Eger. Sofort nach dem Abfall Baierns waren kaiserliche Avocatorien an die in bairischem Dienst stehenden Völker

erlassen worden; sie hatten auf das in so schnödem Wechsel der Politik demoralisirte Heer rasche Wirkung; auch Johann von Werth und andere Generale gingen zum Kaiser über. Maximilians Armee begann sich „aus Unlust zum Frieden und wegen des kärglichen Soldes" aufzulösen. Das Glück Oestreichs schien sich noch einmal zu erheben.

Mit äußerster Sorge sah Friedrich Wilhelm diesen Gang der Dinge; er sah sich, mochte Schweden, mochte der Kaiser siegen, am Rande des Verderbens. In einer höchst denkwürdigen Aufzeichnung erörtert er seine Lage.[283]) Jetzt, sagte er, müsse er sich zu einer Partei entschließen; aber welche Partei könne er noch wählen? Sich zum Kaiser zu wenden, sei zu spät, würde die Marken vorerst den Schweden Preis geben; eine Niederlage könne die kaiserliche Macht völlig und für immer niederwerfen; und wenn sie siege, so habe ja die Erfahrung gezeigt, was Brandenburg von Oestreich zu erwarten habe; den Katholischen gelte einmal als Regel, daß den Ketzern kein Glaube zu halten sei. Die Partei der Schweden zu ergreifen, sei nicht minder trostlos; jedermann wisse, wie sie bisher mit Brandenburg verfahren. Man werde vielleicht meinen, er solle in dem Stande, wie bisher bleiben, alles Ungewitter über sich ergehen lassen; es sei unmöglich, sein Land gehe darüber zu Grunde. Er sieht keine Hülfe als eine Allianz mit Schweden, offensiv oder defensiv, „damit", so sagt er, „wird für die Zukunft entstehen, daß ich mich durch eine Armee considerabel machen, auch nachmals mit der Landgräfin, mit Braunschweig und Lüneburg mich conjungiren könnte, um dann den Schweden, wenn sie gar zu unbillig werden, vorzuschreiben, was wir denn wollten; und wird der Kaiser nachmals erfahren, daß er getreue Chur- und Fürsten im Reich gehabt; man wird künftig daraus schließen, daß es nicht aus Leichtfertigkeit geschehen, sondern aus Liebe zum Reich und eines jedweden Vaterland; denn was wäre dem Kaiser und dem Reich gedient mit armen, von Land und Leuten verjagten Chur- und Fürsten". Er halte also dafür und schließe dahin, „daß solche Allianz in Gottes Namen anzufangen, auch künftig bei der Posterität genugsam zu verantworten sei".

Allerdings befahl er, daß seine Räthe in diesem Sinne verfahren sollten;[284]) aber Wittgenstein und Fromhold, die zu diesem Zweck nach Schweden gehen sollten, machten begründende Einwendungen; sie baten, erst mit Adler Salvius, der sich immer den Interessen Brandenburgs geneigter gezeigt hatte, von der Sache sprechen zu dürfen; auch dieser widerrieth die Sendung. Schon hatte sich die Lage der Dinge durchaus geändert.

Der Prinz von Oranien war im März gestorben; seinem Nachfolger

Wilhelm II. trat das unverhohlene Mißtrauen in den Weg: „die Herren von Holland wollen den Frieden um jeden Preis und sie, die die mächtigsten sind und mit den sechs andern Provinzen machen was sie wollen, sind entschlossen mit Spanien nicht weiter Krieg zu führen". Somit änderte sich das Machtverhältniß im Felde. Vergebens hatte Wrangel in Böhmen einzudringen versucht; die Kaiserlichen zwischen Eger und Pilsen hielten ihm Stand. Die Spanier in den Niederlanden, jetzt nicht mehr von Holland her gefährdet, ergriffen die Offensive; Turenne wurde schleunigst dorthin beordert, aber der Kern seines Heeres, die alten Weimaraner, voll Wuth, daß man sie „wie Sclaven nach Frankreich führen wolle", empörten sich, zogen neun Regimenter stark von dannen in ihre Heimath. Selbst die Neutralität hatte Cöln nicht gegen den Uebermuth der Schweden geschützt; der Kurfürst sagte die Neutralität auf. Der alte Baiernherzog, dem die Schweden auf dem Congreß auch die Kurwürde zu entziehen forderten, näherte sich dem Kaiser, schloß mit ihm (im September) den Pilsener Vertrag. Immer schwerer wurde es Wrangel, sich in der Oberpfalz zu behaupten; endlich im Oktober begann er seinen Rückzug durch Thüringen nach Niedersachsen; die Kaiserlichen folgten ihm, drängten ihn über die Weser, brachen in Hessen ein.

Aber zugleich hatte Frankreich die größten Erfolge in Italien davon getragen; auch Neapel hatte sich empört, sich unter dem Schutz Frankreichs als Republik constituirt.

Der spanische Hof setzte seinen ganzen Einfluß in Wien daran, daß der deutsche Krieg fortgesetzt werde; dann war Frankreich um so weniger im Stande, große Kräfte auf Italien zu verwenden. Und schon hatten die spanischen Waffen in Catalonien Lerida wieder genommen und behaupteten es; Erzherzog Leopold Wilhelm drang an der Sambre vor, nahm Landrecis; mit dem Kriegsvolk des Lothringers vereint, bedrohte er die Picardie.

Die europäische Krisis war in ihrer vollsten Höhe. Alle bisher auf den Frieden gewandte Mühe schien vergebens, Alles stand wieder in Frage.

Jetzt kam dem Kurfürsten ein Erbieten Frankreichs höchst lockender Art. Schon im April war in Paris der Wunsch geäußert, daß er seine Truppen dem Könige abtreten, lieber noch, daß er die Partei der beiden Kronen nehmen möge, man werde ihm dafür alle Vortheile, die er nur wünsche, gern zukommen lassen.[285]) Jetzt nach dem Abfall der Weimaraner, den man auf das Peinlichste empfand, galt es um jeden Preis,

deutsche Völker als Ersatz zu schaffen. Man bot dem Kurfürsten eine Allianz „zur Sicherung und Förderung des Friedens"; Frankreich versprach, daß die ihm als Aequivalent bestimmten Territorien, so wie die von den Schweden in den Marken noch besetzten Plätze ihm sofort eingeräumt werden sollten, und zur „besseren Effectuirung", damit er „12,000 Mann auf den Beinen haben könne", bot Frankreich jährlich eine halbe Million Kronen „ohne Wiedererstattung".[286]

Mit aller Höflichkeit nahm der Kurfürst diese Erbietungen entgegen, ließ sich auch auf weitere Verhandlungen darüber ein.[287] Aber unmöglich konnte er sich darüber täuschen, daß „die Sicherstellung des Friedens" nur auf Fortführung des Krieges und gegen den Kaiser gemeint sei, daß Frankreich Brandenburg nur „zu einem Instrument neuer Unruhe im Reiche und wider das Haus Oestreich und dessen Anhänger" gebrauchen wolle.

Schon vorher, noch ehe der Pilsener Vertrag geschlossen war, wurde von Wien aus ein Project betrieben, das auch von Kopenhagen aus lebhaft empfohlen wurde; es war „ein Verbündniß zur Vertreibung der Schweden"; man rechnete auf den Beitritt Sachsens, Braunschweigs, der Hansestädte; der Kaiser sandte Blumenthal, auch Brandenburg für diesen Plan zu gewinnen.[288] Es gab im Rathe des Kurfürsten Stimmen, die den Beitritt empfahlen, „nicht als ob für E. Kf. D. großer Nutzen dabei sein werde, denn Dänemark und die Staaten werden entweder Pommern für sich behalten wollen unter dem Vorwande, daß E. Kf. D. es nicht genug gegen Schweden schützen können, wie jetzt Frankreich mit Casale thut, oder sie werden die Kriegskosten so hoch anstrengen, daß sie E. Kf. D. unerschwinglich sein würden; zu geschweigen, was dem Herzogthum Preußen widerfahren könnte, wenn man mit Schweden feind wäre; sondern weil es disreputirlich wäre, wenn E. Kf. D. die Hände in den Schooß und nicht mit anlegten?"[289]

Der Kurfürst faßte die Lage der Dinge anders; sie erschien ihm furchtbarer, als in irgend einem früheren Moment. Seit der mit Baiern geschlossenen Conjunction fühlte man sich am Kaiserhofe obenauf; „man glaubte, man bedürfe keines Menschen mehr". „Wenn diejenigen Stände, die neutral geworden, wieder in den Krieg eintreten, so wird die höchst verderbliche Kriegsflamme nur immer mehr und weiter angezündet, das Werk wird zu einem Religionskriege hinausschlagen"; so der Kurfürst; er fürchtete den Sieg der einen Partei ebenso wie den der anderen. Wenn die Katholischen triumphiren, so ist es um die politische Libertät und das

Kleinod des Glaubens zugleich gethan; wenn sie mit fremder Hülfe feste Punkte am Elbstrome und an der Seeküste gewinnen, so werden diese den Spaniern, die jetzt Frieden mit den Staaten haben, oder den Staaten und den Dänen überlassen werden; und wenn die Schweden siegen — schon sind schwedische Kriegsschiffe in der Elbe erschienen — so werden sie auch in der Westsee festen Fuß fassen, das dominium dort wie in der Ostsee suchen; das wird England so wenig wie Dänemark und Holland dulden wollen; es wird ein neuer furchtbarer Kampf über den ganzen evangelischen Norden Deutschlands sich ergießen. Schon haben die Schweden gedroht, daß sie, wenn die Katholischen vordringen, Pommern auf viele Meilen Weges mit einem „liefländischen Zaune" umziehen, das ist, Alles in Asche legen werden, damit ihren Gegnern unmöglich werde, ihnen zu folgen. [290])

Es gab nur ein Mittel, dieser ungeheuren Gefahr zu begegnen.

Schon waren auf dem Congreß die Satisfactionen für Frankreich, für Schweden, die wichtigsten Fragen über die Religionsverhältnisse im Reiche festgestellt, wenn auch die Kaiserlichen die früher so gut wie zugestandene Freiheit der Religion in den Erblanden wieder in Frage stellten. Man mußte, das war Friedrich Wilhelms Ansicht, das so mühsam bis auf diesen Punkt gebrachte Friedenswerk, dem er selbst so große Opfer gebracht, festhalten, es mußte Alles an die Durchführung dieses Friedens gesetzt werden. Ihm schien der Moment gekommen, die größeren Stände in diesem Sinne zu vereinen, sich mit ihnen zur Aufstellung einer bewaffneten Macht zu verbinden, die sich „beiden kriegenden Theilen considerabel machen", den Frieden erzwingen könne.

Friedrich Wilhelm sandte Burgsdorf an den braunschweigischen Hof und nach Dresden; er ließ dort erklären, daß er ein für alle Mal resolvirt sei, keinen Krieg mehr zu haben oder zu dulden, es möge auch gehen, wie es wolle; er erbot sich, 5000 Mann aufzubringen, und forderte sie auf, dasselbe zu thun, und diese Truppen dann so nach Magdebur hin aufzustellen, daß man um diesen höchst wichtigen Platz, der in Gefahr sei, in zwei oder drei Tagen 15,000 Mann vereinigt haben könne; auf den äußersten Fall werde Brandenburg mit zwölf, ja fünfzehntausend Mann eintreten.

Seit dem Pilsener Vertrage hatte Wrangel es aufgegeben, in Böhmen einzudringen, auch aus Niedersachsen, aus Hessen hatte er weichen müssen; er war auf das linke Mainufer zurückgegangen. Ihm gegenüber, seine Verbindungen mit Norddeutschland sperrend, standen die Kaiserlichen

unter Holzapfel von Fulda an längs dem Südabhange des Thüringer Waldes, auf ihrem linken Flügel die Baiern; zugleich drang Lamboy, gleichsam ihr rechter Flügel, vom Cölnischen aus durch Westphalen bis tief nach Friesland hinab vor. Wenn jetzt Norddeutschland sich erhob, so schien der Schwedenmacht der Garaus gemacht werden zu können. Mit den größten Versprechungen versuchte der Kaiserhof den Kurfürsten zu sich herüberzuziehen; er bot nicht bloß ganz Pommern, sondern auch die Ueberlassung der vier Bisthümer, die ihm als Entschädigung zugesichert waren, auch das Kriegsobristenamt, wie es Erzherzog Leopold Wilhelm gehabt, das Kreisdirectorium des niedersächsischen und westphälischen Kreises.[291])

Der Kurfürst lehnte so lockende Erbietungen ab; er wiederholte seine Bitte: „Kais. Maj. wolle nicht durch längeren Gebrauch der zweifelhaften Waffen, sondern durch friedliche Consilia und Disponirung sämmtlicher Interessenten zur Annahme billig mäßiger Bedingungen den Frieden schaffen". Er sandte Ewald von Kleist an den kaiserlichen Hof, dringende Vorstellungen wegen endlicher Ueberweisung der Festung Hamm zu machen, damit auch dort die höchst nöthige Neutralität möglich werde.

Er hatte die Sorge, daß man in Wien, um Kursachsen zu gewinnen, dessen jülichsche Ansprüche wieder hervorkehren,[292]) Hamm oder Jülich den Sachsen überweisen werde. Die Kaiserlichen dehnten sich im Jülichschen aus, und Pfalz-Neuburg begann, trotz des neulich geschlossenen Vertrages, wieder die Evangelischen zu drücken. Unter diesen Umständen hielt Friedrich Wilhelm für nothwendig, sich auf das Aeußerste gefaßt zu machen, während er die Unterhandlungen in Dresden mit Eifer fortsetzen ließ. Es wurden die brandenburgischen Völker in Cleve und Mark trotz aller Einwendungen der Stände verstärkt, das „clevische Defensionswerk" begann die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen. Gingen die Braunschweiger und Sachsen auf des Kurfürsten Pläne ein, so war die dritte Partei da, und mächtig genug, entscheidend zwischen die Kämpfenden zu treten.

Während von Wien aus der Geheimsecretair Schrötter nach Dresden gesandt wurde, den Burgsdorfischen Verhandlungen irgendwie noch eine für Oestreich günstige Wendung zu geben, sprachen die Schweden in den drohendsten Ausdrücken über dieß Vornehmen, das „ihr ganzes Werk über den Haufen stürzen könne"; man müsse Kurbrandenburg nicht aufkommen lassen, man müsse die Extreme versuchen und den Ausgang Gott anheim geben. Man schickte sich an, zum nächsten Frühling „ein großes Volk

hinauszubringen",[293]) es hieß, daß Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrück es führen werde, der Schwestersohn Gustav Adolphs.

Nicht minder bedenklich erschien dem französischen Hofe die Bildung einer dritten Partei im Reiche; „sie verspricht uns nichts Gutes", schreibt d'Avaux an Cardinal Mazarin, „die Deutschen sind alle einig im Haß gegen die Fremden".[294]) Und in Frankreich selbst begann es zu gähren; es waren die Anfänge der Fronde.

Auch an Kurcöln, an Baiern hatte Friedrich Wilhelm sich gewandt, und seine Erbietungen fanden bei beiden freundliche Aufnahme.[295]) Es zeigte sich deutlich, daß in München die Rücksicht auf Frankreich größer war, als die wieder erneute Freundschaft mit dem Kaiser; man müsse, lautete die baierische Antwort, in den Kaiser dringen, nicht ein so genaues Auge auf die ausländischen Sachen zu schlagen und selbige so tief mit dem deutschen Wesen zu vermischen; es gebe kein anderes Mittel, den deutschen Frieden zu schaffen, als eine „fördersame beiderseits schiedliche Vereinigung und Zusammentretung sämmtlicher Stände". In den eben jetzt dem Congreß vorliegenden Religionsfragen zeigte Baiern, wie Cöln, die versöhnlichste Stimmung.[296])

Aber am Kaiserhofe sprach man bestimmter als je aus, „daß der deutsche ohne den spanischen Frieden mit Frankreich keineswegs gemacht werden, auch Kais. Maj. von der Krone Spanien Interesse nimmermehr sich trennen, noch es außer Acht lassen könne".[297]) Die kaiserlichen Diplomaten waren sichtlich bemüht, die Congreßhandlungen hinzuhalten; sie brachten mehrere Forderungen vor, die der schon festgestellten schwedischen Satisfaction entgegen waren; sie nahmen Dinge, die Trautmannsdorf schon zugestanden, wieder zurück; ja sie machten ebenso, wie Schweden, Anspruch auf einige Millionen Satisfaction für die kaiserliche Soldatesca, die das Reich aufbringen müsse.[298])

Kleistens Aufenthalt am Hofe zu Prag wurde immer peinlicher; er bat den Kurfürsten, sich auf einige Wochen beurlauben zu dürfen.

Noch im Oktober hatte der kaiserliche Feldherr Holzapfel, der alte strenge Reformirte, den Kurfürsten zur Vereinigung mit dem Kaiser aufgefordert;[299]) jetzt überzeugte auch er sich von der Nothwendigkeit der „dritten Partei", empfahl sie den hessischen Landständen. Seit dem Herbst war der Würzburger Bischof Johann Philipp von Schönborn zum Erzbischof von Mainz gewählt; er ließ dem Kurfürsten seine volle und freudige Zustimmung zu dem, was er im Werke habe, melden; er möge nur darauf dringen, daß bei dem, was vom Grafen Trautmannsdorf schon zugestanden,

beharrt werde, wenn auch der Bischof von Osnabrück und andere geistliche Fürsten dem Kaiser hart anlägen, es zu limitiren.[300]) Auch die Landgräfin sandte einen ihrer vertrautesten Räthe nach Cleve: sie sei bereit, wenn ohne Nachtheil ihrer Entschädigung ein allgemeiner deutscher Frieden erreicht werden könne, ihre Verbindung mit den beiden Kronen aufzugeben und an ihrem Theil so viel zu thun, daß die Verfassung der „evangelischen Union" auf 30,000 Mann komme.[301])

So schien sich Alles nach Wunsch zu fügen. Wenn Kursachsen zustimmte, so traten die mächtigsten evangelischen Fürsten unter Zustimmung von Baiern, Cöln, Mainz zwischen die Kämpfenden; und sie waren stark genug, den Frieden zu erzwingen.

Seit drei Wochen unterhandelte Burgsdorf in Lichtenberg; vergebens wies er darauf hin, wie sie Alle zu Grunde gingen, wenn sie länger so sitzen blieben; vergebens erklärte er, daß Brandenburg mit Sachsen dafür stimmen wolle, den Kaiser in seinen Erblanden in Sachen der Religion nicht so hoch zu restringiren. Mit jeder neuen Besprechung zeigte sich der alte Kurfürst zäher; endlich gab er die Erklärung: „was Brandenburg wolle, sei schön und gut, aber nicht räthlich, man müsse besorgen, daß solche neue Union den Schweden so gut, wie dem Kaiser und den Katholischen nicht wenig Nachdenken verursachen werde; seit dem Prager Frieden seien die Evangelischen weder vom Kaiser, noch von den katholischen Ständen gekränkt worden".[302]) Nun wurden auch die braunschweigischen Herren bedenklich: wenn Kursachsen zweifelhaft sei, könnten sie sich nicht pure erklären.[303]) Natürlich, daß auch die Landgräfin sich zurückzog.

„Kursachsen hat ein viel anderes Absehen; den Räthen dort spukt noch der Pragerische Friede im Kopfe, vermeinen, wenn derselbe fiele, welcher doch allbereit ziemlich durchlöchert, werde die chursächsische Reputation auch fallen, und ihre Intention, als wenn Kursachsen der Evangelischen Dictator sein sollte, gleichsam labefactirt werden". So war Burgsdorfs Ansicht.

Allerdings war die evangelische Dictatur Sachsens dahin. Schon war so gut wie festgestellt, daß Pfalzgraf Karl Ludwig wenigstens die Unterpfalz zurückerhalten und eine achte Kurwürde für ihn gegründet werden würde. Und wie stolz stand das reformirte Kassel da, wie mächtig erhob sich das reformirte Brandenburg. Noch versuchte Kursachsen, wenigstens in die Friedensartikel Bestimmungen zu bringen, die die Calvinisten niederhielten; durchaus nicht als augsburgische Confessionsverwandte

sollten sie gelten dürfen, geduldet sollten sie sein, „wenn sie wollten und sich ruhig verhielten".

Mit äußerster Entrüstung las der Kurfürst diese Meldungen. Er erließ Befehl an seine Gesandten, beim Congreß zu erklären: „er sei nicht gesonnen, sich von der augsburgischen Confession und deren Namen auszuschließen zu lassen und bei seinen mehrentheils lutherischen Unterthanen den Namen zu haben, daß er sich gleichsam in ein neues Recht einbetteln müsse, da er sich mit Mund und Hand zur augsburgischen Confession bekenne". Er forderte, daß im Friedensinstrument die beiden so nahe verwandten Bekenntnisse mit dem gemeinsamen Namen „evangelisch" bezeichnet werden sollten; er werde in die Insertion eines besonderen Artikels von den Reformirten nicht einwilligen, „sondern dasselbe an dem Orte suchen, da er es wohl erlangen wolle, und sich dabei mainteniren".

Diese sehr ernste Sprache verfehlte ihren Eindruck nicht, zumal ein Schreiben Schwerins an Fromhold bekannt wurde, in dem es hieß: „er bitte um Gottes Willen, man möge sehen die Sache in Ordnung zu bringen; der Kurfürst habe mit beweglichem Eifer unter Vergießung vieler Thränen in der Geheimrathssitzung von der Sache geredet und sich erklärt, daß, wenn man ihn nicht für einen augsburgischen Confessionsverwandten halten und so nennen wolle, er bei dem evangelischen Wesen ferner nichts thun, sondern die Hand abziehen wolle". Am 13. April kam der VII. Artikel des Friedens in der Fassung zu Stande, der den Reformirten das gleiche Recht mit den Lutheranern gewährte, und zwar in einer Formel, die sie als innerhalb des augsburgischen Bekenntnisses stehend bezeichnete. Die wiederholten Proteste, die noch Kursachsen erhoben hat, schließlich der gegen den Ausdruck des Artikels, es sei so mit einhelliger Beistimmung des Kaisers und aller Stände beschlossen, sind ohne weiteren Erfolg geblieben.[304])

Es war ein denkwürdiges Ergebniß, das Friedrich Wilhelm erreicht hatte; es war der Anfang jenes großen evangelischen Friedenswerkes, das, in seinem Hause von Geschlecht zu Geschlecht weiter erbend, sich dereinst in der Union vollenden sollte.

Aber die große politische Combination, mit der er dem weiter rasenden Kriege Halt zu gebieten gehofft hatte, war mißlungen, und er konnte sich nicht über die Gründe täuschen, die sie hatten mißlingen lassen.

„Er müsse Frieden haben und suchen, es möge ausschlagen, wie es wolle", hatte er in Lichtenberg erklären lassen. Aus den Marken ward

ihm berichtet, daß die Schweden jetzt statt der 120,000 Thaler Contribution 140,000 forderten; „die Armuth des Landes ist furchtbar, die Leute können in Wahrheit nicht mehr, die Last ist zu groß und währt zu lang; es ist die unaufhörliche Contribution der fressende Wurm, der Alles zu Grunde richtet".[305]) Die Schweden forderten für die Grafschaft Ravensberg, die sie nicht mehr besetzt hielten, 50,000 Thaler Contribution. Mit „höhnischen Worten" sprach man in Stockholm von den großen Dingen, die der Kurfürst vorhabe, und daß man ihn schon niederhalten werde.[306]) Schon begann man sich fleißig nach der jülichschen Sache umzuthun; Pfalzgraf Karl Gustav, in dem man jetzt den künftigen Gemahl der Königin sah, war ja auch ein Enkel von einer der Schwestern des letzten Herzogs von Jülich-Cleve.

Nicht minder trieben die Kaiserlichen Contributionen in Ravensberg, in der Grafschaft Mark ein. Vergeblich forderte Kleist, nach Prag zurückgekehrt, Nachlaß; vergebens drängte er, die schon zugesagte Räumung Hamms zu bewerkstelligen; man hielt ihn mit immer neuen Wendungen hin: General Lamboy habe schon den Befehl erhalten, mache sich schon zum Abmarsch fertig u. s. w. Als endlich die Kaiserlichen von Hamm aus das Land umher zu durchstreifen, es auszuplündern begannen — um zu sehen, meinte Kleist, was man dem Kurfürsten bieten könne,[307]) — da befahl dieser einige kurcölnische Dörfer in dem Schutzbereich Lamboys in gleicher Weise zu behandeln, zu nicht geringem Erstaunen der Kaiserlichen, daß auch er endlich nach dem spanischen Sprüchwort erst nehmen, dann fordern lerne.

Nicht diese oder irgend eine andere deutsche Frage hemmte den Abschluß des Friedens;[308]) selbst nicht die der Geldentschädigung für die schwedische Soldatesca, obschon der Kaiserhof den Schein annahm, daß es der Fall sei; die Fürsten und Stände beseitigten diesen kaiserlichen Vorwand mit dem Zugeständniß, daß die Zahlung der fünf Millionen von den sieben Kreisen mit Ausschluß des östreichischen, burgundischen und bairischen übernommen werde.[309]) Die Fragen, um die es sich jetzt noch handelte, waren recht eigentlich die, von denen der ungeheure Krieg ausgegangen war.

Mit der größten Hartnäckigkeit forderten die Schweden, versagte der Kaiser die Amnestie und freie Religion für seine Kron- und Erblande. Es war die Frage um die Sicherstellung der von Ferdinand II. durchgeführten Reaction, um die innere Consolidirung der kaiserlichen Lande, um ihre Schließung den übrigen deutschen Landen gegenüber, in denen die

Beschränkung des Reformationsrechts der Fürsten durch das Normaljahr 1624 nothwendig zu einer gewissen confessionellen Toleranz führte. Von Seiten der Reichsstände wurde dem Kaiser, um den Frieden zu ermöglichen, auch dieser Artikel (Tandem omnes) zugestanden und damit die Libertät in den kaiserlichen Landen aufgegeben.[310]) Für Schweden war es der Vorwand, den Kampf fortzusetzen.

Der zweite Punkt betraf die europäische Stellung des Hauses Oestreich; Frankreich forderte, daß der Kaiser sich verpflichte, die Krone Spanien, wenn der spanisch-französische Krieg fortgesetzt werde, nicht zu unterstützen, und daß der burgundische Kreis, so wie der Herzog von Lothringen nicht in dem Reichsfrieden mit begriffen sei. Damit stellte man dem Kaiser die Alternative, entweder um des Reiches Willen Spanien preiszugeben oder um Spaniens Willen sich das Reich völlig zu entfremden.[311])

Die kaiserliche Politik schwankte keinen Augenblick. Seit dem holländischen Frieden — er wurde Anfangs 1648 proclamirt — hob sich das Glück der spanischen Waffen überall; im April erfolgte die Gegenrevolution in Neapel; die Franzosen wurden ausgetrieben; in Prag feierte man dieß frohe Ereigniß mit Tedeum und Festturnier.

Aber schon hatte sich Turenne, bei Mainz den Rhein überschreitend, mit Wrangel vereinigt; sie zogen der Donau zu, überschritten sie, drangen gegen den Lech vor. In dem Gefecht des 17. Mai fand der wackere Holzapfel seinen Tod; der alte Kurfürst Maximilian flüchtete, sein Heer löste sich auf; furchtbar heerend ergossen sich Wrangels wilde Schaaren über das Baiernland, erst der hoch angeschwollene Inn hemmte ihr Weiterstürmen (Juli).

Von Franken aus hatte Wrangel einen Theil seines Heeres unter Königsmark gegen Böhmen gesandt; das kaiserliche Hoflager flüchtete nach Linz. Ende Juli erschienen die Schweden vor Prag, nahmen die Kleinseite.

Es galt die Lebensfrage der östreichischen Politik; „man rüstet sich hier", schreibt Kleist aus Linz, „eifriger als je zum Kriege". Er fügt hinzu: „die kaiserlichen Gesandten beim Friedenscongreß werden demnächst abberufen werden; es scheint, man geht dort um als mit dem Todtentanz, und Einer verliert sich nach dem Anderen und sucht den Frieden anderswo".[312])

Immer heftiger drängten die Reichsstände auf dem Congreß zum Abschluß; sie waren bereit, ohne den Kaiser und das Haus Oestreich, Namens des Reiches abzuschließen.[313]) Noch hofften die Kaiserlichen

auf irgend eine glückliche Wendung; Friedrich Wilhelms Stimme gegen jenen Abschluß zu gewinnen, traten sie ihm jetzt endlich Hamm ab. Nicht darum widersprachen seine Gesandten dem Friedensschlusse ohne den Kaiser; solcher Friede hätte ja doch dem Kriege kein Ende gemacht, die deutschen Lande nicht von den fremden Heeren befreit, er hätte Deutschland zu einer französisch-schwedischen Dependenz gemacht.[314])

Schon drangen die Schweden auch von Schlesien aus in Böhmen ein, nahmen Tabor. Pfalzgraf Karl Gustav, zum Generalissimus der schwedischen Armeen bestellt, landete mit neuen Truppen, zog die Elbe hinauf, nach Böhmen hinein. Wrangel, der noch am Inn stand, rüstete sich, von Neuem vorzugehen; es galt Wien, während Karl Gustav, so hieß es, Willens sei, nach dem Fall der Altstadt Prag sich zum Könige von Böhmen ausrufen zu lassen.

Da endlich gab der Kaiser seine Sache verloren. Am 24. October wurde das Friedensinstrument unterzeichnet.

Das Ergebniß.

Mit diesem Frieden schloß die größte Krisis, welche die europäische Staatenwelt bis dahin durchgemacht hatte.

Formell war der Friede geschlossen worden von dem Kaiser und seinen „Föderirten und Adhärenten" auf der einen, von den Kronen Schweden und Frankreich und ihren „Verbündeten" auf der anderen Seite, Bezeichnungen, in denen so gut wie alle Staaten des christlichen Abendlandes begriffen waren. Der Friede war, wie der Krieg, recht eigentlich ein europäischer, der erste europäische.

Nicht, daß er einen allgemeinen, einen dauernden Friedensstand geschaffen hätte; er brachte weder eine Ausgleichung der entgegengesetzten Interessen, die zum Kampfe geführt hatten, noch fand man sich wie 1815 in einem neuen einigenden Principe zusammen, aus dem man eine neue Ordnung der Dinge hätte schaffen wollen. Aber indem sich die unausgesöhnten Gegensätze der Principien, Interessen, Richtungen in der Form von gegenseitigen Verträgen und Garantien banden und sicher stellten, bildete sich eine neue Weise der Staatengemeinschaft und eine neue Norm ihrer Bewegung.

An die Stelle der alten päpstlich-kaiserlichen Doctrin vom heiligen Reiche, welche die Ferdinande noch einmal geltend zu machen, auf welche sie den Dominat des Hauses Oestreich zu gründen versucht hatten, setzte

dieser Friede das europäische Völkerrecht, das heißt, die Summe der positiven Bestimmungen, welche die geschlossenen Verträge enthielten; und die Norm des europäischen Staatensystems wurde das Gleichgewicht.

Wenigstens im Princip war nun die Gemeinschaft aller christlichen Staaten, ihre Solidarität für die Erfüllung dieses Friedens und die Erhaltung des Friedensstandes völkerrechtlich gegründet;[315] es war ein rein politischer Begriff statt des kirchlich feudalen, den im geistlichen Bereich die Reformation gebrochen, als das bestimmende Motiv der europäischen Staatenwelt anerkannt.

Nicht das Reich als solches war unter den paciscirenden Mächten, noch weniger im Namen und Auftrage des Reiches hatte der Kaiser abgeschlossen; sowohl auf des Kaisers Seite, wie auf der der beiden Kronen wurden die ihnen verbündeten „Kurfürsten, Fürsten und Stände" als mitpaciscirende genannt. Die meisten Artikel des Friedens sind der Feststellung der deutschen Verhältnisse gewidmet, theils der territorialen und confessionellen, theils der der „landesherrlichen Obrigkeit"; und das Territorialrecht der Fürsten und Stände wird in dem französischen Entwurfe der Friedensurkunde als droit de souveraineté bezeichnet.

Das Maaß dieser neuen reichsrechtlichen Verhältnisse ist fortan, daß auch die hochgesteigerte Schwedenmacht für Pommern, Bremen, Verden in die Reichsstandschaft eingetreten ist. Jeder Fürst und Stand im Reiche ist von nun an so von der Reichsgewalt unabhängig und auf sich selbst gestellt, wie es die Krone Schweden als Reichsstand ihrer Macht nach ist und wie bisher das Haus Oestreich für seine Reichslande allein hat wollen gelten lassen; jeder Stand ist „Kaiser in seinem Territorium".

Dieser Friede, so wird ausdrücklich bestimmt, soll dem nächsten Reichsabschiede einverleibt, es soll auf dem nächsten Reichstage über eine Reihe von Bestimmungen, die der Friede vorbehalten, über die Competenzen der Reichsgewalt, über die Reichspolizei, über die Reichsgerichte, über eine beständige Wahlcapitulation, mit einem Worte, über die Summe der künftigen Reichsverfassung entschieden werden; Entscheidungen, die zum Theil erst nach Menschenaltern, zum Theil nie erfolgt sind.

Das Reich im alten Sinne hat zu existiren aufgehört. Was unter dem alten Namen weiter vegetirt, ist ein völlig neues und ein völlig unfertiges Wesen unter der Garantie der europäischen Mächte.[316] Die Reichsverfassung ist nicht mehr staatsrechtlich und in der lebendigen Gemeinschaft derer, welche sie umschließt; sie ist völkerrechtlich festgestellt und unter der Obhut und Controle Europas. Jeder einzelne Kurfürst, Fürst

und Stand des Reiches steht fortan nicht mehr allein und ganz im Reichsrechte, sondern zugleich und ohne Mittel im europäischen Völkerrechte, und mehr in diesem, als in jenem; denn das Völkerrecht bestimmt und garantirt seine reichsrechtliche Stellung.

So schließt die mehr als hundertjährige Reformbewegung des Reichs. Der letzte Versuch, es monarchisch und zu Einem Staate zusammenzufassen, ist völlig gescheitert, weil man den einzig rettenden Gedanken, den nationalen trotz der Confessionen, nicht zu fassen vermocht hat. In dem officiellen Deutschland, wie es nun geworden, giebt es keine Nation mehr, giebt es nur noch die souverainen Territorien, in die sie zerbröckelt ist; und die Bedeutung der neuen Reichsgestaltung ist, daß jede Möglichkeit einer neuen, nationalen Reform, auch die Hoffnung auf sie ausgeschlossen ist.

Die Zukunft muß zeigen, ob die zerrissenen Glieder des Reiches für sich das Bedürfniß staatlicher Gestaltung und Sicherung erfüllen können, zu dem die Nation in ihrer Gesammtheit nicht hat gelangen können und nicht mehr gelangen soll.

Mit bewunderungswürdiger Energie hat die kaiserliche Politik den langen Kampf um die Obmacht Oestreichs im Reiche und über Europa geführt. Auf Kosten Deutschlands hat sie verstanden, den Krieg zu führen und den Frieden zu schließen. Sie hat der Nation immer nur die Alternative gelassen, unter Oestreich geeint oder ohne Oestreich nichts zu sein. Und unter dieser Bedingung, daß Deutschland in seiner Gesammtheit politisch nichts mehr sei, haben sich die beiden Kronen mit dem Hause Oestreich verständigen können und den Frieden geschlossen. Auf die Ohnmacht Deutschlands wird das Gleichgewicht Europas gegründet, und diese Ohnmacht hat der Friede vollkommen organisirt und unter die Obhut Europas gestellt.

Nicht bloß Deutschland in seiner Gesammtheit, sondern jeder deutsche Fürst und Stand war mit diesem Frieden politisch matt gesetzt. Denn der Rest von Gemeinschaft im Reiche, den noch der Friede ließ, weit entfernt Schutz, Kraft, Selbstgefühl zu geben, war und blieb doch eine Schranke, die jeden, der nur innerhalb derselben stand, in der freien Theilnahme an der allgemeinen Politik, in der Freiheit seiner Bewegung hinderte; und die Sicherungen, die größeren Vortheile, welche die Verbindung mit anderen Mächten gewährte, ließ auch den Wunsch, sich in der Reichsgemeinschaft wieder zusammenzufinden und zu erstarken, völlig ersterben.

In der Form des Reiches, des officiellen Deutschlands gab es keinen Fortschritt, keine Zukunft, kein neues Leben mehr.

Nicht bloß die Ohnmacht Deutschlands in seiner Gesammtheit hat der Frieden begründen wollen und begründet, nicht bloß die einzelnen Fürsten und Stände mit der Doppelstellung, die er ihnen gab, matt gesetzt. Es war das Interesse Schwedens und Frankreichs so gut wie Oestreichs, auch für die Zukunft dafür zu sorgen, daß sich innerhalb des Reiches kein Territorium, kein deutscher Staat zu einer Macht entwickelte, welche die deutschen Interessen hätte vereinigen, das vielleicht einst wiedererwachende nationale Leben vertreten können. Der Friedensschluß stellte das Verhältniß der drei Mächte zu Deutschland, wie die Wechsel des Krieges es entwickelt hatten, für immer fest; militairisch, wie politisch beherrschten sie Deutschland.

Allerdings hatte das Haus Oestreich den Frieden ohne Spanien schließen, die alleinige Beherrschung Deutschlands aufgeben müssen. Aber dafür war es in seinen deutschen Landen desto mächtiger, unumschränkt geworden. Es hatte in den Erblanden, in der Krone Böhmen die Libertät gebrochen, das Evangelium ausgerottet; es hatte sie völlig aus der Competenz der Reichsordnungen, aus der verfassungsmäßigen Einwirkung des Reichswesens gelöst, und der Frieden gewährleistete diese innere Umgestaltung; es hatte monarchisch im Innern unendlich mehr gewonnen, als an Macht über Deutschland und in Europa verloren. Der Krieg selbst hatte gezeigt, wie es, je weiter auf sich selbst zurückgedrängt, desto stärker in der Defensive wurde; im sicheren Besitze von Böhmen und Tyrol, den beiden mächtigen Bastionen gegen Westen, beherrschte es das Gebiet der oberen Donau; es umfaßte, wie hier Kurbaiern, so von Böhmen und Schlesien her Kursachsen.

Frankreich und Schweden waren in erster Reihe Garanten des geschlossenen Friedens. Mochte das Haus Oestreich, das mehr als ein Drittel des Reichsgebietes besaß, auch ferner des Reiches Haupt heißen, Schweden und Frankreich hatten die angenehme Stellung, die schützende Hand über das Reich zu halten.

Frankreich hatte mit dem Elsaß das linke Ufer des Oberrheins gewonnen, es hatte Lothringen thatsächlich vom Reiche abgelöst; mit dem Verlust der Vogesen und der vorliegenden Moselfestungen stand Deutschland nach Westen hin offen. Und an Schweden waren die wichtigsten Positionen an der Ost- und Westsee gekommen; es beherrschte die Mündungen der Oder, Elbe, Weser, damit den ganzen Norden Deutschlands.

Der Verlauf der Friedenshandlung selbst zeigt, wie die drei Mächte, so feind sie einander in allem Anderen sein mochten, darin einig waren, daß die deutschen Gebiete zwischen ihnen lose, ohnmächtig, gleichsam Stoßkissen ihrer gegenseitigen Rivalität blieben, und daß keins von ihnen sich zu irgend bedeutendem Umfange vergrößere.

Wie treu hatte Hessen-Cassel an der Seite der beiden Kronen gekämpft; es hatte auf den Erwerb von Minden, Fulda, Paderborn u. s. w. gehofft; es hätte der Kern einer Machtbildung zwischen Main und Nordsee werden können, eines niederdeutschen Staates, dessen Bedeutung sich sehr bald entwickelt haben würde. Wohl erhielt Hessen sechs Tonnen Goldes Satisfaction für seine Miliz, aber an neuen Gebieten nur die Abtei Hersfeld.

Noch weniger gelang es dem Hause Braunschweig, sich in den niedersächsischen Landen, wie es gehofft hatte, auszudehnen; es verlor die Coadjutoreien von Magdeburg, Bremen, Halberstadt, Ratzeburg, ohne dafür, wie es forderte, Minden, Osnabrück, Hildesheim als Ersatz zu erhalten.

Wohl wurde das kurpfälzische Haus hergestellt, mit einer achten Kurwürde ausgestattet; aber von seinen Gebieten erhielt es nur die rheinischen zurück. So verstümmelt war es hinfort außer Stande, die große politische Stellung, die es mit dem Beginn des Krieges verloren, wieder zu gewinnen, und der deutsche Westen war um so schutzloser.

Am kühnsten und stolzesten hatte sich Baiern erhoben; es war in den Wechseln des Krieges bald an des Kaisers, bald an Frankreichs Seite immer höher gestiegen; es schien auf dem Wege, der rein deutsche Großstaat zu werden. Aber die letzten Entscheidungen hatten es an der Seite der unterliegenden Macht getroffen. Es behielt die Kurwürde, die Oberpfalz; aber es lag fortan mit seinem ganzen Gebiete zwischen Tyrol und Böhmen.

Mit Baiern hatte Kursachsen versucht, an der Hand der kaiserlichen Politik emporzusteigen; aber es verstand nicht, sich zur rechten Zeit von ihr loszumachen, um als die führende Macht des evangelischen Deutschlands die Hülfe Schwedens in ihren Schranken zu halten. Es hatte die Lausitzen gewonnen, aber um einen Preis, der der Albertinischen Politik zum zweiten Male den Vorwurf eines „Judaswerkes" brachte. Jetzt mit dem Frieden blieb es in seinem territorialen Besitze, behielt das Directorium der evangelischen Stände; aber zu einer freien Politik neben Oestreich und trotz Schweden erhob es sich nicht mehr.

Die Friedensverhandlungen haben uns gezeigt, wie die drei Mächte beflissen waren, auch Brandenburg niederzuhalten. Es war in durchaus andrer Lage, als die genannten Häuser. Es hatte weder, wie Baiern und Sachsen, neue Erwerbungen zu behaupten, die es dem unseligen Kriege dankte, noch, wie Hessen, Belohnung für geleistete Dienste zu fordern, noch, wie Kurpfalz, ein stolzes Emporstreben mit politischem Märtyrerthum gebüßt. Es hatte nichts als sein Recht gewollt; aber eben dies Recht hatte der Frieden beeinträchtigt.

Mit Pommern vereint hätten die Marken eine politische und militairische Stärke gewonnen, die für den Norden Deutschlands, für die baltische Politik entscheidend geworden wäre. Die Theilung Pommerns, die der Frieden bestimmte — die Feststellung der Theilungslinie war besonderen Verhandlungen vorbehalten — stellte die Marken unmittelbar unter den Druck der Uebermacht Schwedens, gab ihr die Odermündungen.

Mochten immerhin die Entschädigungen, die der Kurfürst erhielt — die Bisthümer Halberstadt, Camin, Minden, und nach dem Tode des derzeitigen Administrators Magdeburg — an Areal und Einkommen bedeutender sein, als der Theil Pommerns, der abgerissen wurde[317]), politisch hatte er in mehr als einer Hinsicht verloren.

Allerdings schlossen sich die Gebiete von Magdeburg und Halberstadt unmittelbar an die Marken an, aber nach einer Seite hin, wo die Arrondirung der Marken nicht von großer Bedeutung war; und so lange Magdeburg noch in fremder Hand blieb, lag Halberstadt fern ab, während Vorpommern mit Rügen die Marken seewärts arrondirt und gegen Schweden gedeckt hätte.

Es war immerhin von Bedeutung, daß mit Magdeburg die wichtigste Position an der Elbe, mit Minden der wichtigste Paß an der Weser an Brandenburg kam, daß die Grafschaft Ravensberg mit dem Territorium von Minden ein zusammenhangendes Gebiet bildete, daß Brandenburg mit den neuen Erwerbungen in den niedersächsischen Kreis eintrat, in dem westphälischen verstärkt wurde. Aber mit Freuden hätte Friedrich Wilhelm diese Vortheile daran gegeben, um ganz Pommern zu erhalten; er bot der Krone Schweden Magdeburg, Halberstadt und Minden, und zwei Millionen Thaler obenein, wenn sie auf Pommern verzichtete.

Mit dem Besitz Pommerns hätte der Kurfürst das erhalten, was er am lebhaftesten wünschte, den Weg ins Meer, die Möglichkeit des Seehandels und der Begründung einer Seemacht, die Seeverbindung mit Preußen,

eine Stelle in der baltischen Politik. Die Küste von Hinterpommern bot ihm nichts als einen unbedeutenden Hafenplatz, den von Colberg im Fürstenthum Camin, welcher als Mündung der nicht schiffbaren Persante für das pommersche und märkische Hinterland, für deren Handel fast ohne Bedeutung war.

Pommern hätte der Kurfürst nach vollem und anerkannten Erbrecht besessen. Die Entschädigungen, die er erhielt, waren geistliche Gebiete, die zu weltlichen Fürstenthümern gemacht wurden. Nicht bloß Oestreich, sondern auch Frankreich hatte solche Beraubung der Kirche mit Widerstreben zugestanden; nichts lag näher als die Besorgniß, daß die Kirche — der Papst hatte gegen den Frieden Protest eingelegt — dereinst auf das Restitutionsedict zurückgehen, das ihr Entrissene wieder fordern werde.[318]

Nur zu bald sollte sich zeigen, wie hülflos Brandenburg durch den Frieden geworden war und was es heiße, daß die Schwedenmacht ihm auf dem Nacken saß.

In Nürnberg war eine Commission zur Abwickelung des Friedensgeschäftes niedergesetzt. Der Kurfürst beeilte sich, seinen Antheil an der ersten Zahlung von 3 Millionen, welche die Schweden sogleich erhalten sollten, zu entrichten; er versprach sofortige Einzahlung seines Beitrages zu den weiteren 2 Millionen, wenn sie ihm die nicht streitigen Gebiete räumten und ihre Besatzungen aus den Marken abführten. Dies geschah langsam genug, bis zum Frühling 1650.

Aber sie behielten ganz Pommern besetzt, da die Grenze noch nicht regulirt sei und der Kurfürst die Cessionsacte wegen Pommerns noch nicht ausgestellt habe. Vergebens hatte er versucht, erst in Münster, dann in Nürnberg die Feststellung der Grenze zu erwirken; diese müsse in Pommern geschehen, hieß es am Hofe zu Stockholm.

Ich unterlasse es, die äußerst verwickelten Verhandlungen, die über diese Dinge seit Anfangs 1649 gepflogen wurden, im Einzelnen zu verfolgen.

Sie zeigten das tiefe Mißtrauen Schwedens gegen Brandenburg, ein Gemisch von Verachtung des ohnmächtigen Nachbarn und von unruhiger Besorgniß, als könne er doch gefährlich werden. War doch bei der polnischen Königswahl 1648 von Vielen seine Wahl gewünscht worden; und mit dem neugewählten Könige stand er im besten Einvernehmen, empfing von ihm auch in Betreff Preußens Beweise aufrichtigen Entgegenkommens. Nur um so rücksichtsloser glaubten die Schweden ihre Uebermacht fühlen lassen zu müssen.

Hatte der Friede bestimmt, daß die Oder mit einem Strich Landes auf beiden Seiten, den weitere Verhandlungen abgrenzen sollten, an Schweden komme, so dehnte nun Schweden seine Forderungen in Betreff des rechten Oderufers weiter und weiter aus; ja es forderte, da der Krone auch die Forterhebung der neuerrichteten Zölle und Licenten in Pommern und Mecklenburg zugestanden sei, daß auch die hinterpommerschen Zölle und Licenten von Schweden forterhoben würden; es erklärte, nicht eher Hinterpommern räumen zu wollen, als bis das zugestanden sei.

Alle Bemühungen, alle Erbietungen Brandenburgs waren vergebens; in Nürnberg wurde der Hauptexecutionsreceß unterzeichnet (Juni 1650), ohne daß auf die dringenden Forderungen des Kurfürsten auch nur Rücksicht genommen war. Nicht minder erfolglos waren seine Bemühungen am Kaiserhof; schöne Worte genug gab man dort zu hören, aber man that nichts und weniger als nichts für Brandenburg; man mochte sich in der Stille Glück wünschen, daß dem jungen Herrn in Brandenburg ein Hemmschuh angelegt sei.[319]) Unter rastlosen und doch vergeblichen Verhandlungen verlief das zweite, das dritte Jahr nach dem Friedensschluß; „statt vorwärts zu kommen, geht die Sache immer mehr zurück; während diejenigen, die der Krone Schweden Feinde gewesen, längst in ruhigem Besitz sind, muß Brandenburg, das doch stets gute Freundschaft mit Schweden gehalten, das Seinige von Außen ansehen".[320]) Die Schweden waren und blieben in Hinterpommern und genossen die Einnahmen des Landes.

Die Berichte, die aus Stockholm kamen, zeigten nur zu deutlich, daß man dort auf neuen Krieg sinne, daß man entschlossen sei, den nächsten Anlaß zu benutzen, um den Schrecken der schwedischen Waffen zu erneuen. Dänemark, Polen zitterte bei den Rüstungen, die zum Frühjahr 1651 in Schweden gemacht wurden. Oder wollte Schweden die pommersche Frage bis zum Bruch treiben? Friedrich Wilhelm glaubte Alles, was irgend ehrenhafter Weise möglich war, nachgegeben zu haben; aber man forderte immer Neues und immer herrischer; bei dem ersten Versuch, sich dieser furchtbaren Pressung der nordischen Uebermacht zu entziehen, mußte er deren niederschmetternden Ansturz fürchten.

Wer hätte ihm geholfen? Was die Garantien des westphälischen Friedens bedeuteten, zeigte der Gang der pommerschen Frage. Frankreich war durch die Unruhen der Fronde erschüttert, und mit der sinkenden Macht der Regentin und Mazarins sank der Einfluß der Krone in den europäischen Angelegenheiten. In England war die republikanisch-militairische Gewalt im vollsten Siegen; sie war bis zur Hinrichtung des

Königs fortgeschritten, „einer That", schreibt Friedrich Wilhelm, „bei der alle Potentaten der Christenheit interessirt seien, zumal sie bei denen, so zur Republik incliniren, ein böses Exempel geben und allerhand schädliche und gefährliche Consequenzen nach sich ziehen werde".[321]) Schon erhob sich Cromwells Macht, siegte in Irland, in Schottland über die Freunde Karls II.; es waren eben so viele Niederlagen der oranischen Politik, der sich der Kurfürst so nah verbunden fühlte.

Wie große Hoffnungen hatte er auf das Bündniß mit den Staaten gesetzt. Allerdings war es anfangs des Jahres 1650 zu eingehenderen Verhandlungen über die Formel des Bündnisses gekommen; er hatte vorgeschlagen, den westphälischen und niedersächsischen Kreis mit in dasselbe zu ziehen; er hatte gehofft, so eine Einigung zu Schutz und Trutz zu schaffen, die, so meinte er, ihn auch in Pommern und Preußen gegen Schweden decken werde. Sechs von den Staaten waren dafür, daß seine sämmtlichen Lande als in diesem Bündniß begriffen bezeichnet würden; aber die die Herren von Holland widerstanden dem auf das Hartnäckigste; sie wollten nur Cleve, Mark, Ravensberg, Minden genannt wissen. Sie lähmten die Verhandlungen mit den Ständen der beiden Kreise durch immer neue Schwierigkeiten; in ihrer Eifersucht auf die statthalterliche Macht, die sie um keinen Preis durch Brandenburg gestützt sehen wollten, versagten sie jede weitere Minderung der holländischen Besatzungen im Clevischen; die hoeffyserfche Schuld gab ihnen den Vorwand, Wesel, Rees, Emmerich, Orsoy, Büderich besetzt zu halten. Freilich erhob sich Wilhelm II. wider die Staaten von Holland, demüthigte sie; nun endlich schien dem Bündniß nichts mehr im Wege zu stehen.[322]) Aber der frühe Tod Wilhelms zerstörte Alles; acht Tage nach seinem Tode gebar seine Wittwe den einzigen Erben Wilhelm III. Das Uebergewicht Hollands entschied für eine Regierung ohne Statthalter; das glorreiche Haus der Oranier, dem die Niederlande Alles dankten, war in den Privatstand hinabgesetzt. Daß der Kurfürst mit der Großmutter des kleinen Prinzen zur Vormundschaft bestellt war, gab den Staaten nur um so mehr Anlaß und Vorwand wider ihn; unter dem Schein freundnachbarlichen Einvernehmens suchte sie ihn möglichst fern zu halten und ihrerseits die schützende Macht in Cleve-Mark zu spielen.

Schon mußte er sehen, daß auch Schwächere seine gepreßte und isolirte Lage, seine tiefe Erschöpfung, sein Friedensbedürfniß zu mißbrauchen für ungefährlich hielten.

Er hatte nach seiner Ansicht — denn sein Recht auf die ganze jülich-

clevische Erbschaft hielt er für völlig unzweifelt — außerordentlich viel in jenem Provisionalvertrag von 1647 zugestanden; und dieser Vertrag war ein Jahr vor dem westphälischen Frieden geschlossen, es war in diesem in Betreff der jülichschen Frage nichts bestimmt worden.[323]) Jetzt begann der alte Pfalzgraf, unermüdlich in immer neuen Kniffen und Ränken, trotz jenem Vertrag von 1647 die Reformirten und Lutheraner in Jülich und Berg von Neuem zu bedrücken, die Herstellung ihrer Kirchen und Güter, für die der Vertrag den Stand von 1612 normirt hatte, zu versagen, geltend zu machen, daß auch für diese Lande das Normaljahr des westphälischen Friedens 1624 zu gelten habe. Er unterhandelte mit den Bischöfen von Münster, Osnabrück, Cöln um eine Allianz, die gegen Brandenburg gerichtet schien; hatte doch sein Erbprinz geäußert, daß der Kurfürst keinen Fuß breit Landes im Clevischen behalten solle.[324]) Die Art, wie sich Schweden auf dem Friedenscongreß der Frage gegen Brandenburg angenommen — denn auch Karl Gustav von Pfalz Zweibrücken, der schon zum Nachfolger in Schweden bestimmt war, erhob Ansprüche — mochte den Neuburger auf schwedische Zustimmung hoffen lassen; in Wien war für ihn der mächtige Einfluß der beiden Grafen von Fürstenberg thätig, mit deren Schwester sich der alte Herr vermählt hatte. Mit Erzherzog Leopold Wilhelm, dem Statthalter in Brüssel, stand er im vertraulichsten Einvernehmen,[325]) und in den belgischen Grenzlandschaften lag der landflüchtige Herzog von Lothringen mit seinem Kriegsvolk, zu jedem Gewaltstreich mit Freuden bereit; schon dehnten einzelne seiner Haufen ihre Quartiere auch ins Clevische aus, mit der Drohung, in größerer Zahl zu kommen, wenn man nicht Contribution zahle.[326])

Sollte Friedrich Wilhelm warten, bis man über ihn herfalle? mußte er nicht empfinden, wie man in kleinen Schritten, unter schielenden Rechtsvorwänden, von dem allgemeinen Bedürfniß, den mühsam errungenen Frieden aufrecht zu erhalten, gedeckt, ihn tiefer und tiefer hinabdrückte, wie man, je mehr er hinnahm, desto mehr sich gegen ihn erlaubte, als dürfe man ihm Alles bieten? Sollte er Deutschland und Europa das klägliche Schauspiel der Ohnmacht und Geduld, das sein Vater unter den furchtbaren Wechseln des Krieges mit nur zu schwerem Schaden für sein Haus gegeben, jetzt im Frieden um so unentschuldbarer, wiederholen? Am wenigsten „Hiobs Geduld" war in seiner Natur; am wenigsten, mißachtet zu werden, ertrug er. Er durfte nicht länger säumen, sich aufzurichten; es war für ihn der Moment gekommen, der Welt zu zeigen, daß er selbst der Hüter seines Rechts und seiner Ehre sei; jetzt mußte er die politische

Bedeutung Brandenburgs erfassen und geltend machen, oder sie war für immer verloren.

Und nicht bloß um diese handelte es sich. Fast noch nothwendiger war es für die inneren Verhältnisse seiner Territorien, für seine Stellung zu ihnen, daß er entschlossen vorwärts ging.

Seit Anfang 1647 hatte er fort und fort mit seinen Ständen in den Rheinlanden unterhandelt. Was er versuchen mochte, er kam nicht einen Schritt weiter mit ihnen; er selbst mußte, um sie nicht völlig aus der Hand zu geben, da und dort weichen. Er reducirte sein 1646 formirtes Kriegsvolk, behielt im Clevischen nur seine Compagnie Leibgarde und eine kleine Garnison in Duisburg, verlegte den Rest, etwa 1500 Mann, nach Lippstadt, Hamm, Herford, Bielefeld. Die märkischen Stände bewilligten mit Müh und Noth noch eine Contribution, die clevischen forderten, daß auch die Leibgarde zurückgezogen werde, „weil sonst böse effectus zum Untergang der treuen clevischen Unterthanen unfehlbar daraus entspringen würden". Als das Kriegsvolk des Herzogs von Lothringen, der in spanischem Dienst stand, wie schon in Jülich so auch im Clevischen Quartier zu nehmen drohte und der Vorschlag gemacht wurde, brandenburgische Truppen heranzuziehen (December 1648), protestirten die in Wesel versammelten clevischen Stände gegen jeden andern Schutz des Landes, als den der „lebendigen Sauvegarde", welche man von den Generalstaaten erbitten werde. Als von ihnen die Huldigung gefordert wurde, hatten sie dieselbe versagt, ja zum Landtag zu erscheinen sich geweigert, bis ihre Beschwerden erledigt seien; trotz aller kurfürstlichen Verbote hielten sie wieder und wieder Versammlungen: „das stehe nach Herkommen und Reichsrecht ihnen zu, auch ohne des Landesherrn Einwilligung"; sie sprachen von „verkehrten und verderblichen" Rathschlägen fremder Minister gegen des Landes wohlhergebrachte Privilegien; sie erklärten endlich: „sie würden, wenn nicht in Monatsfrist ihnen Satisfaction in ihren Beschwerden geschehen sei, nach ihrer Pflicht solche Mittel ergreifen, die in allen göttlichen und menschlichen Rechten, auch in den Landesprivilegien fundirt und zugelassen seien". Als sich endlich die Stände der Grafschaft Mark, die clevischen Prälaten, Ritterschaft und Städte, bis auf Wesel, mit dem „Haupt=Landesreceß" beruhigten [327]), dafür 700,000 Thaler zur Abtragung der alten Kammerschuld bewilligten, nun endlich der Handschlag als Treugelöbniß gegeben und der landesherrliche Receß dafür „ausgeantwortet" werden sollte, erneute die Stadt Wesel ihren Protest; des Kurfürsten Räthe protestirten: „und werde der Kurfürst solchen Schimpf

gebührend zu ressentiren wissen". Endlich nach langem Her- und Hinreden leisteten die von Wesel ihren Handschlag mit dem Vorbehalt ihres Protestes, und die kurfürstlichen Räthe nahmen ihn an salva reprotestatione.

Es war ein halbes Werk; aber der Kurfürst mußte, da seine Anwesenheit in den östlichen Provinzen dringend nothwendig war, irgend wie zum Schluß kommen, das Weitere der Zeit überlassend. Und die Herren Stände konnten zufrieden sein mit dem was sie erreicht hatten, der Hauptreceß gab ihnen Handhaben genug, weiter zu gravaminiren, weitere Uebergriffe zu machen und nebenbei auch die Zahlung jener 700,000 Thaler bis auf Weiteres hinauszuschieben. Sie vertrauten auf die Staaten; sie wollten um keinen Preis brandenburgisch sein. Sie hielten die Union der gesammten jülich-clevischen Lande aufrecht, die, wie sich immer die Fürsten, welche Erbrechte in Anspruch nähmen, unter sich verständigen möchten, unverrückt bleibe und in der Einheit der gesammten Stände ihren Ausdruck habe; sie sahen den Provisionalvertrag als ungültig an, und forderten in wiederholten Sendungen an den kaiserlichen Hof, daß gegen denselben eingeschritten werde. In ihren Augen war die landesherrliche Macht nichts und die ständische Libertät alles.

Und wie hätten die Stände in Preußen auch nur den Gedanken ertragen, brandenburgisch zu sein? Sie sahen mit Sorge und Unwillen, wie des Kurfürsten Regierung auch ohne Berufung des Landtages sich durchzuhelfen verstand; wo sollten sie gravaminiren und queruliren, wenn sie nicht mehr zu gemeinem Landtage berufen wurden; sie versuchten dessen Berufung zu erzwingen. Die Landräthe, die nach Königsberg geladen wurden, weigerten sich, „zu einer solchen extraordinairen Zusammenkunft der Landesverfassung zuwider" zu erscheinen, forderten die Regimentsräthe auf, über die Rechte des Vaterlandes zu wachen und für die Berufung eines Landtags zu sorgen.[328]) Als die große Bauernbewegung der Kosacken gegen die polnische Herrschaft schleunige Rüstungen auch in Preußen zu fordern schien, weigerten die aus den Ständen zu „extraordinairer Convocation" Berufenen jede Berathung und forderten den allgemeinen Landtag. Viele Stände des Herzogthums wandten sich an die Krone Polen mit der Aufforderung, daß sie einen ordentlichen Landtag berufe.

Wer hätte leugnen können, daß die Stände in Preußen, so gut wie die am Rhein, in ihrem formellen Recht waren? Aber hatte die Erfahrung des letzten Menschenalters nicht allen Territorien gezeigt, wie ohnmächtig und schutzlos bei jeder Gefahr von Außen sie mit ihrer ständischen

Libertät seien? hatte dies faule, selbstsüchtige, rechthaberische Ständewesen irgendwo und irgendwann eingestanden für die Ehre des Landesherrn, für die Sicherung des Landes, für den Schutz und die Förderung der Bevölkerungen, deren Obrigkeit zu sein den Einzelnen nicht mehr als Pflicht, sondern nur als nutzbares Recht galt? mußte nicht jeder Verständige erkennen, daß es noch andre Dinge zu schützen und zu fördern gebe, als der Herren Stände eigene Rechte, daß nicht um ihretwillen allein der „Staat" sei?

Auch die Stände in den Marken meinten nicht anders, als daß nun, nachdem der Krieg zu Ende, nicht eiligeres zu schaffen sei, als Nachlaß aller Anspannung, Erholung von allen Opfern und Sorgen, Herstellung des ständischen Wesens und Unwesens, wie es in der alten guten Zeit gegolten. Als der Kurfürst die Stände im August 1650 nach Berlin berief, um ihre Hülfe für die schwedische Satisfaction u. s. w. zu fordern, forderten sie vor Allem Reduction der Truppen, legten einen Entwurf vor, wie mit acht Compagnien (1600 Mann) das Land hinreichend gedeckt, wie mit nicht ganz 5000 Thaler monatlich die brandenburgische Militairorganisation zu bestreiten sei, „und stehen sie hingegen auch in der unterthänigsten Zuversicht, S. Kf. D. werde ihre unterthänigst gehorsamste Bezeigung nicht zu ihrem eigenen Verderb und Schaden gereichen lassen, noch ex absoluta potestate ihnen das zulegen, was von gesammten Ständen nicht bewilligt, ihnen auch zu leisten unmöglich sei.[329])

Daß der Kurfürst trotzdem seine Truppen nicht minderte, das für ihren Unterhalt Nöthige weiter erheben ließ, brachte die Herren Stände zu großer Entrüstung: solches gereiche ihnen zu wirklicher Beschimpfung, und wüßten sie nicht, womit sie es verschuldet hätten; bei anderen Potentaten werde es viel anders gehalten; in Magdeburg hörten die Kriegscontributionen auf, in Mecklenburg, wo man doch auch noch mit Schweden in allerlei Differenzen stehe, ebenso; in Kursachsen, in Lüneburg sei bereits viel Volk abgedankt; im ganzen Reich werde kein Exempel gefunden, daß nach geschlossenem Frieden den Unterthanen ein Mehreres sollte aufgebürdet und von der Soldatesca nichts abgedankt werden, und haben wir, so ist ihr Ausdruck, „unser unglückliches Fatum billig zu beklagen". Der Kurfürst stehe vorgedachten Potentaten weder an Macht, noch Weisheit und Verstand nach, warum er ihnen denn an Güte und Mildigkeit nachstehen wolle, diesen eigentlich fürstlichen Tugenden, „durch welche Fürsten den Göttern gleich geachtet würden". Sie verwahren ihr Recht auf das Feierlichste: „es seien freiwillige, nicht nothwendige Bewilligungen, wenn sie zum Unterhalte von Truppen im Frieden etwas gewährten".[330])

In der Antwort darauf bezeichnet der Kurfürst mit treffendem Wort das Wesentliche: „er sei gern bereit, Alles, was S. Kf. D. status publicus nur immer leide und zugebe, zur Erleichterung des Landes zu thun; das Beispiel anderer Potentaten passe nicht, da keiner von ihnen erst eine Provinz noch zu gewinnen oder zu verlieren habe; S. Kf. D. habe im Hinblick auf das bonum publicum viel von seinem Recht nachgegeben, sein Privatinteresse gänzlich zurückgesetzt und nur auf den Reichsfrieden und das Wohl seiner Lande und Leute gesehen; aber nun müßten sie auch ansehen, daß das Herzogthum Hinterpommern mit den Marken Einem Landesherrn von Gott und Rechtswegen zustehe, daß diese Lande gleichsam membra unius capitis seien; sie müßten für Pommern eben so eintreten, wie wenn es um ein Stück der Marken gehe.

Ich lege diese Verhandlungen so ausführlich dar, weil hier zum ersten Mal in voller Entschiedenheit der neue Staatsgedanke dem ständischen und partikularistischen Wesen entgegentritt.

Der Kurfürst war keineswegs gemeint, wie es nach dem Sinn der Herren Stände in den Marken, dem Rheinland, Preußen gewesen wäre, nur der Inhaber verschiedener obrigkeitlicher Rechte und landesherrlicher Güter in verschiedenen Territorien zu sein, in jedem je nach der Herren Stände Rath und Interesse eine andere Politik zu treiben, in Preußen sich nach Polen, in Cleve nach Holland, in den Marken nach Schweden u. s. w. zu richten, wie zu Georg Wilhelms Zeit geschehen war. Er wollte sie ihrer begründeten Rechte nicht berauben, noch sie niederbrechen, wohl aber sich und seinen Staat über sie emporheben und das für denselben zurückfordern, was die öffentliche Gewalt nie hätte aufhören sollen festzuhalten und hochzuhalten. Und wenn die Herren in der Mark ihm sagten, „er habe das Mittel, ihnen zu helfen, sofort zu helfen und in Allem zu helfen, wie solches genugsam demonstrirt werden könne", so mutheten sie ihrem Fürsten nichts Geringeres zu, als daß er darauf verzichte, mehr zu leisten, als sie ihm die Mittel gewähren würden durchzuführen. Sie begriffen nicht und wollten nicht begreifen, daß es nur einen Weg gebe, die Wiederkehr solches Schimpfes und Elendes, wie man in der furchtbaren Kriegszeit erduldet, unmöglich zu machen; sie entsetzten sich bei dem Gedanken, daß ihr Landesherr ihnen „wider die alten Landesreverse ex plenitudine potestatis" den Schutz und die Ehre einer großen und rettenden Gemeinschaft aufdringen, daß er trotz der Libertät einen brandenburgischen Staat schaffen könne.

Aber wie den Widerstand der Stände überwinden? wie den zähen

Partikularismus der Territorien überholen? wie die neugewonnenen Lande heranziehen und in die neue Gemeinschaft eingewöhnen?

Es wäre Thorheit gewesen, von der Einsicht und dem guten Willen Derer, die mit eigenem Interesse betheiligt waren, die Opfer zu erwarten, welche das Neue forderte, das entstehen mußte, größere Thorheit, mit den Fragen der äußeren Poltik zu warten, bis die im Innern gelöst wären, oder umgekehrt. Beide gingen sie Hand in Hand. Die Macht Brandenburgs war so stark oder schwach nach außen, als der Kurfürst seiner Stände Herr war oder nicht Herr war; und er wurde ihrer in dem Maaße Meister, als er nach außen hin sicherer, freier, energischer aufzutreten, seinen „Staat" zur Geltung zu bringen verstand.

Denn wie getrennt sich die Territorien fühlen mochten, deren Landesherr er war, in seiner Person waren sie vereinigt; sie alle zusammen bildeten seinen „Staat"; die Ehre seines Namens haftete an jedem derselben in gleichem Maaß. Er stand für alle den andern Mächten gegenüber, und dies Gegenüberstehen gab ihnen die Solidarität eines Interesses, das hoch über den Particularismus und die Libertät der einzelnen Gebiete hinweg neue Formen und neue Thätigkeiten schaffen mußte. Dem Ausland gegenüber mußten sie empfinden lernen, daß sie membra unius capitis, Glieder eines Hauptes seien, sie mußten sich gewöhnen, jedes für das andere so einzutreten, wie wenn es nur ein Stück ihrer selbst wäre.

Noch waren die Lande weit entfernt, so zu denken; noch sahen diejenigen, die officiell ihre Vertreter waren, nicht über die engen Grenzen ihres „Vaterlandes" hinaus; ihnen waren noch „die Landesreverse, daran Herrschaft und Unterthanen vinculirt sind", die Summe des öffentlichen Wesens; sie wehrten sich noch mit aller Zähigkeit gegen den staatlichen und monarchischen Gedanken, der sie schon umspann und umspannte. Es galt, in gemeinsamer Gefahr, Arbeit, Ehre, Waffenthat jene zu überholen und diesen unwiderstehlich emporsteigen zu lassen; es galt, der Welt zu zeigen, was der bei jeder Huldigung erneute Jubelruf „Brandenburg!" fortan bedeuten wolle.

Wer hätte nach dem furchtbaren Kriege, den man durchlebt, nicht geschaudert bei dem bloßen Gedanken an neuen Krieg; die Erinnerung der durchlebten Greuel rechtfertigte die Furcht der Menschen um so mehr, als der Frieden doch nichts weniger als Eintracht und Versöhnung gebracht hatte. Diese Furcht war es, die Schweden auszubeuten verstand, seine Macht ins Ungemessene zu mehren. Auf diese Furcht speculirte die kaiserliche Politik, wenn sie nach so ungeheuren Verlusten an Macht und

Einfluß mit kleinen Quälereien und Willkürlichkeiten wieder ein wenig Raum zu gewinnen suchte, speculirten die Jesuiten im Reich, wenn sie wieder da und dort sich eindrängten, wo sie nicht mehr sein durften, und in kleinen Rechtsübergriffen versuchten, ob sie schon größere wagen durften. Auch der Pfalzgraf von Neuburg meinte, wenn er den Provisionalvertrag auf seine Art deutete und ein Wenig verletzte, er könne es darauf wagen.

Schon einmal, in der schweren Krisis von 1646, hatte Friedrich Wilhelm losbrechen wollen. Jetzt schien ihm der Moment gekommen, der Welt zu zeigen, daß auch er den Degen zu ziehen wisse.

Die Weltlage schien in hohem Maaß günstig. Schwedens Macht, wie groß immer sie sein mochte, war doch wesentlich durch das Bündniß mit Frankreich bedingt; aber in Frankreich hatte die Partei der Prinzen den vollen Sieg davongetragen, im Bunde mit Spanien hatte sie gesiegt, Mazarin lebte als Flüchtling beim Cölner Erzbischof. Und das Verhältniß Schwedens zu den Staaten wurde immer gespannter, sie näherten sich Dänemark; es schien, als Holland den Sundzoll in Pacht nahm und Schritte that, seinen von Schweden immer härter belasteten Ostseehandel zu sichern, zu einem Conflict kommen zu müssen, in dem den Staaten die Freundschaft Brandenburgs überaus wichtig werden mußte. Zugleich waren die Dinge in Großbrittanien in ein Stadium getreten, das die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nahm; Karl II. war in Schottland feierlich gekrönt, und rüstete mit aller Macht einen Einfall nach England; sechs von den Staaten der Union hatten sich geweigert, die Republik England anzuerkennen; auch Holland begann die Sache der Stuarts mit anderem Auge anzusehen, seit die Sorge um die oranische Politik abgethan war. Bei der außerordentlichen Spannung der europäischen Verhältnisse waren alle Chancen für diejenige Macht, die zuerst mit den Waffen in der Hand auf dem Plan zu sein verstand.

Im Frühling 1651 verbreitete sich das Gerücht, daß der Kurfürst rüste, daß er Truppen werbe, Pulver ankaufe, seine Festungen armire. In Stockholm horchte man hoch auf. Des Kurfürsten vertraulicher Besuch am Dresdener Hofe, diplomatische Sendungen dahin, dorthin schienen ein großes Vorhaben anzukündigen. Dann ging er selbst nach dem Sparenberg, seine Regimenter in den Marken brachen auf, marschirten nach Westen.

Daß irgend ein Schlag geführt werden solle, war klar; aber wen sollte er treffen? Die Bischöfe von Münster und Osnabrück erließen Avocatorien an ihre Vasallen und Unterthanen, deren viele in brandenburgischen Dienst

schen Dienst getreten waren (31. Mai, 9. Juni). Die Schweden, die eine Flotte gerüstet hatten, um den Sund zu sperren, hielten sie zurück; sie brachten in den Unterhandlungen über Pommern neue Anträge vor, namentlich den Austausch Gollnows gegen das Bisthum Camin, d. h. auch den Colberger Hafen wollten sie an sich bringen. Die polnisch-schwedische Friedenshandlung, die im April in Lübeck hatte beginnen sollen, stockte in den Vorfragen. In Wien hieß es Ende Mai, der Kurfürst wolle den Pfalzgrafen von Neuburg in seiner Residenz zu Düsseldorf überfallen; man erging sich in sehr scharfen Aeußerungen darüber: „ein Adler habe schlechte Ehre, wenn er einen alten Hahnen überwände". Klügere meinten nicht anders, als daß die Evangelischen insgemein zusammensteckten und ein „Generalreligionskrieg" im Werk sei.

Die Welt war in größter Spannung. Mitte Juni endlich brach das Wetter los.

Anmerkungen.

Zur Einleitung.

1. (S. 9.) Maximilian von Baiern schreibt 31 Oct. 1616: „sollte es dahin gerathen, daß man von jedwedem östreichischen gesuchten und nicht erwiesenen Interesse oder vielmehr ihrer ragion di stato wegen gleich alles müßte unterlassen, was ihnen nicht annehmlich oder gefällig, so haben E. L. zu erachten, was für Disreputation und Schimpf nicht allein unser Haus zu erwarten, sondern auch, daß man sich von nun an einige Hoffnung nicht zu machen habe, das bairische Territorium eine Spanne groß zu extendiren, mit was Fug und Recht es auch sein mag; welche östreichische gesuchte Souverainetät über das Haus Baiern auch in andern Fällen zum schädlichen und schimpflichen Exempel wird wollen gezogen werden." Bei Wolf, Maximilian I. IV. p. 68.

2. (S. 10.) Die Worte sind aus der magna horologii campana, die zuerst 1629 erschien (ed. II. p. 34), einer der lehrreichsten Broschüren vor der großen Wendung des Krieges.

3. (S. 10.) Aus einer Relation der brandenburgischen Geheimen Räthe an den Kurfürsten, 30. Jan. 1630. Berl. Arch. Daß u. a. die Grafschaft Ruppin für Colalto bestimmt sei, wurde in Berlin erzählt und geglaubt; Schreiben des Kurfürsten von Sachsen auf eine kurbrandenburg. Anfrage wegen desselben Gerüchtes, 28. Febr. 1629.

4. (S. 11.) So wurde in der Altmark das Heberstorfische Regiment abgedankt, das Pappenheimsche von 18 auf 10 Fähnlein gemindert. Schreiben des Kurfürsten von Mainz an Kurf. Georg Wilhelm, 18. April 1629. B. A.

5. (S. 11.) Kaiserliches Decret an die Stände von Hessen 12. März 1625 bei Villermont Gesch. Tillys p. 249.

6. (S. 12) „Denn die Zahl derer, die Katholiken von Geburt sind, ist am kaiserlichen Hofe nicht groß", sagt der päpstliche Nuntius Caraffa in einer Denkschrift von 1629 bei Hurter Friedensbestrebungen Kaiser Ferdinands II. p 255.

7. (S. 13.) Die Ausdrücke des Textes sind aus einem kaiserlichen Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen 4. März 1620 bei Müller, fünf Bücher p. 320.

8. (S. 14.) Die Gesandten von Frankreich und England erklärten 1624: „es stehe männiglich vor Augen, daß das Gegentheil, Spanien, die Liga, und andere mit einer absoluten Monarchie umbgingen, vermittelst deren nicht allein Fürsten und Stände des Reichs, sondern auch sie, die Könige, selbsten so zu demüthigen, daß sie das Haupt nicht mehr, obgleich sie gern wollten, aufrichten können sollten." Aus einer brandenburgischen Instruction d. d. Cüstrin 27. Oct. 1625, aus dem Berliner Staatsarchiv, dem im Folgenden alle diejenigen Angaben in den Anmerkungen, bei denen keine andere Hinweisung steht, entnommen sind.

9. (S. 14.) „Die zwei größesten Status oder Stände, so die andern alle in der ganzen Christenheit gleichsam in einer bilantzen und gleichen Gewicht halten, sind die beiden Häuser Frankreich und Oestreich." Aus dem Rathschlag Bedenken und Gutachten an alle christlichen Potentaten u. s. w. 1631; das französische Original dieser merkwürdigen Brochüre ist mir nicht zu Gesicht gekommen.

10. (S. 15.) Es handle sich um l'affranchissement général de tout l'Europe de dessous le joug injuste de la tyrannie de la maison d'Autriche.

Schwanken und Sinken Brandenburgs.

11. (S. 24.) Aus den Relationen des Geh. Rathes vom 17. Januar und dem Schreiben des Kurfürsten an sie vom 29. Jan. 1620. Ich bemerke, daß die Datirungen nach der Gewohnheit des brandenburgischen Hofes durchweg alten Styls sind', wenn nicht ausdrücklich das Gegentheil bemerkt ist oder Schriftstücke katholischer Kanzleien und Personen citirt sind.

12. (S. 26.) Oxenstierna, der diese Verhandlungen führte, meldet dem Könige, Soltwedel 16. Sept. 1620, den Verlauf und wie er die Stimmungen der Räthe, der fürstlichen Personen gefunden habe: matrem quidem nihil celantem, nihilque non audentem, ut filia domum Regis mei deducta hoc auctumno S. M. R. jungeretur u. s. w. (nach Hammarstrand). Die Kurfürstin Wittwe hatte die junge Fürstin zu ihrer Schwester nach Wolfenbüttel gebracht; von dort aus wurde sie nach Wismar geführt, wo schwedische Orlogschiffe zur Ueberfahrt bereit lagen.

13. (S. 27.) Dorthin war Bellin gesendet worden, und das Ergebniß seiner Sendung meldet ein Bericht Pruckmanns vom 26. Sept. 1620.

14. (S. 27.) Ich verweise auf die lehrreiche Darstellung von Rod. Reuss la déstruction du protestantisme en Bohème 1868, in der namentlich die gleichzeitigen Flugschriften vortrefflich benutzt sind.

15. (S. 29.) Receß vom 21. Januar 1621. Relation der Geh. Räthe vom 4. Jan., 19. Febr., 17. April 1621.

16. (S. 29.) „Des Grafen conservation beruhe zum guten Theil auf der des Kurfürsten, seine fortuna sei mit dessen fortuna sehr verbunden, beide führen gleichsam auf einem Schiff." Aeußerung Bethlen Gabors gegen Schwarzenberg im April 1626.

17. (S. 30.) Ich beziehe mich auf die von Schwarzenberg geschlossenen Verträge vom 10. März 1622, 11. Mai und 23. Oct. 1624 bei v. Mörner p. 79, 86, 92 Ueber die geschickte aber sehr selbstsüchtige Administration des Grafen in den Rheinlanden giebt jetzt v. Haeften U. A., V. p. 62. Näheres. Graf Schwarzenberg galt für streng katholisch; in der Relazion von Grimani 1641 (Fontes Rer. Aust. II. 16. p. 284 heißt es von ihm: che se bene e perfettissimo Cattolico, disponera ad ogni modo assolutamente del cuore di esso Prencipe Calvino.

18. (S. 31.) Abraham von Dohna in einem undatirten Schreiben (1623) an Pruckmann: „ich vernim das lantgravii Mauritii profectio ad regem mehrentheils instinctu serenissimi Electoris erfolget sei ad incitandum protinus regem, ut acriores usque stimulos Saxoni admoveat ipsumque tandem permoveat ad firmiores conatus." Ich verfolge die Bildung dieser „evangelischen Liga" nur so weit, als sie in den Gesichtskreis des brandenburgischen Hofes fällt. Sie ist von P. Goldschmidt de liga evangelica anno MDCXXV 1864 und eingehend in Gustav Adolf von G. Droysen 1869. p. 187 ff. behandelt.

19. (S. 31.) Louise Juliane schildert so Friedrich Spanheim (Ezechiels Bruder) in seiner schönen Gedächtnißschrift (Mém. p. 176). Auch die leidenschaftliche Herzogin

von Braunschweig, des Kurfürsten Schwester, auch die heranblühende Markgräfin Eleonore, seines Vaters Schwester, die sich demnächst mit dem Bruder des geächteten Pfalzkurfürsten verlobte, waren in gleicher Richtung, wie einzelne Notizen in den Relationen der Geh. Räthe ergeben.

20. (S. 32.) Die im Text angeführten Worte sind aus einem Briefe des reformirten Predigers Bergius an den von Donep (? Donop) „königlich dänemarkischen Commissar;" der Brief ist nur fragmentarisch in einer Abschrift vorhanden, auf dessen Umschlag Graf Schwarzenberg geschrieben hat: „Dr. Bergiussens Brief an Donep." Das zur Berichtigung Cosmars p. 132. 177.

21. (S. 33.) Aus einer brandenburg. Instruction vom 27. Oct. 1625, in der u. a. die Uebersicht der Verhandlungen mit den französ. und englisch. Gesandten über die zu errichtende Coalition (im Sommer 1624).

22. (S. 33) Oxenstierna an Camerarius 10. Oct. 1624 (Moser V. p. 61) . . oportet ut S. R. M^ti^ certa civitas ac portus in mari Balthico atque alius ad oram Germani maris detur, ubi militem exponere, classem habere et quo se tuto recipere possit; necesse enim est ut S. M^ti^ aliqua certa belli sedes sit.

33. (S. 33.) Des von Bellin Instruction d. d. 18. Nov. 1624 „betrifft die Redressirung der deutschen Fürsten libertät, restitution des Pfalzgrafen, dazu eine Armee von 36 Reg. zu Fuß, jedes von 1184 Köpfen, und 6000 Pferden, unter Königl. schwedischem Directorio .... zu dem Zweck einer Tagefahrt in Grafenhaag am 20. April 1625 zu eigentlicher Handlung dieses Werkes". Son Altesse (von Brandenburg) espère, puisque les dits Princes ont ci-devant offert à l'Electeur de Saxe de lui entretenir m. 12 hommes a piè et m. 1 chevaux en cas qu'il voulut entreprendre la restitution de la cause évangelique qu'en cette occasion ils ne manqueront pas à leur devoir. Bellins Vortrag in London, 12. Jan. 1625, bei Rusdorff I. p. 451.

24. (S. 34.) Ut timore haud vano metuimus, ne magnanima illa consilia per Suecum et Electorem proposita a Dano subverterentur et eluderentur, ita fieri nunc deprehendimus etc. Rusdorff an Oxenstierna, 15. März 1625. II. p. 27. Außer den Angaben von Rusdorff (Mém. et Nég. I. p. 450 u. ff.) und andern bekannten Nachrichten habe ich besonders die Papiere der Bellinschen Gesandtschaft, so wie eine Instruction für den Tag im Haag d. d. 27. Oct. 1625 benutzt.

25. (S. 35.) Aus dem Schriftstück: „Conferenz mit dem Herzog von Siebenbürgen wegen der vorseienden Conföderation im Haag" s. u. Die Botschaft aus Siebenbürgen wird im September 1625 in Berlin erwartet, wie Schwarzenberg in einem Briefe aus Beeskow 25. August schreibt.

26. (S. 35.) Das ist die „Instruction auf einen kurf. unbenannten Rath nach dem Grafen Haag wegen der Conföderation zwischen Frankreich und England, dazu sich die Kronen England und Frankreich auch verstehen wollen." d. d. Cüstrin 27. Oct. 1625.

27. (S. 35.) Mon maistre est continuellement sommé et par ménaces pressé de reconnoistre le duc de Bavière. Bellins Schreiben aus London bei Rusdorff I. p. 452. In der Instruction vom 27. October 1625 heißt es: „. . . . ingestalt uns der Kaiser durch seinen Abgesandten Hannibal von Dohna Abschrift derer Vollmacht so sich der großbrittanische Gesandte unlängst bei dergleichen Tractaten gebraucht gehabt, darinnen auch unser gedacht worden, fürzeigen lassen und zwar nicht wohl damit zufrieden gewesen"

28. (S. 36.) De n'interprêter en mauvaise part la modération et la circonspection de S. A. E. représentant qu' icelle n'avoit pas changé ses intentions et opinions u. s. w. Schreiben vom 30/20 December 1625. Rusdorff I. p. 663.

29. (S. 36.) Nach Rusdorff Mém. p. 666. Schreiben vom 30/20 December 1625,

Mansfeld habe von England Geld gefordert pour pouvoir se mettre en état de se conjoindre avec Bet. Gabor ... et de marcher ci-après ou en Silésie ou en Bohème. Daß Mansfeld durch den Marsch nach Schlesien Bethlen Gabor, der noch zurückhielt, zum Entschluß zu bringen hoffte, aber des Erfolges noch nicht gewiß war, „daher genugsam zu schließen, daß ich mich damals noch zu keiner Conjunction erbieten konnte", ergiebt sein Schreiben an Johann Ernst von Weimar 30/20 Oct. 1626, nachgewiesen von Großmann Ernst von Mansfeld in der Schlacht an der Dessauer Brücke. 1869. p. 14.

30. (S. 37.) In den Acten des Berl. Archives ist wenig über diese Sendungen. Rusdorff schreibt II. p. 163 (14. Jan. 1626): ad haec demonstrabamus Sueco adstipulante et in societatem veniente Brandenburgum et Danum tum quoque promptiores et faciliores futuros ad accessionem.

31. (S. 38.) Aus der Relation „Conferenz mit dem Herzog von Siebenbürgen über die vor seiende Conföderation im Haag" (s. d.), die sicher in dieses Jahr, nicht in 1625 gehört, da das Bündniß zwischen England, den Staaten und Dänemark (9. Dec. N. S. 1625) darin erwähnt wird.

32. (S. 39.) Aus einem Gutachten des Kanzlers vom 13. Juli 1626, „ob Neutralität oder zum Kaiser zu treten rathsam", in dem — das Concept lag mir vor — die im Text angeführten Worte gestrichen sind.

33. (S. 40.) Nach einem Schreiben Schwarzenbergs an den Kanzler, 15. Juli 1626, in dem er ihn auffordert, an die Könige und die Staaten zu schreiben, um diese Verläumdung zurückzuweisen.

34. (S. 41.) Aus den Briefen Schwarzenbergs an Pruckmann vom 12., 14. Juli und einem undatirten. Cosmar (p. 51) hat „despotisiren" für despectiren, „infirm" für närrisch gelesen, obschon Schwarzenberg groß und deutlich schreibt.

35. (S. 41.) Des wackeren Knesebeck Aeußerungen über diese „erlogenen" Angaben, von denen er zuerst 1630, indem er die Acten las, Kenntniß erhielt, hat Cosmar p. 51: „Man kann hieraus sehen, wie es bei Hofe zu der Zeit zugegangen, wie übel man J. kf. D. Räthe bei demselben angegeben, und die mit mir gegessen und getrunken, so ehrvergessene Falschheit gebraucht ...... es sei Gott befohlen."

36. (S. 43.) So bezeichnet es der „articulirte Bericht" der clevisch-märkischen Landschaft, der 84 Klageartikel gegen Schwarzenberg aufzählt, d. d. 29. Nov. 1641. „Das Geld, das der Graf schlagen lassen, sei 1/3 ja 1/2 schlechter gewesen, als die Stücke, wonach sie conterfeyt worden."

37. (S. 44.) Es ist der spätere Mühlroser Canal, dessen militärische Bedeutung schon in Richelieu's Mem. (V. p. 121 Pet.) hervorgehoben wird (un très large canal). Aus G. Droysen Gustav Adolph 1. p. 100 entnehme ich, daß bereits 1616 der staatische Gesandte Dietrich Sticke ihn befahren hat; der Canal habe 13 „sehr tüchtige Schleusen, daß ich dergleichen nicht viel gesehen"; wenn man noch zwei mehr anlege, so würden Fahrzeuge bis 50 Last ihn befahren können.

38. (S. 46.) Nach einer Aeußerung Wallensteins gegen Arnim, Neiße 13. Juli N. S. 1627 bei Kirchner das Schloß Boitzenburg p. 233.

39. (S. 46.) Der kurfürstliche Receß vom 30. März 1627 sagt: es sei auf diesem Ausschußtag so confus tumultuarie und anders als bei vorigen Conventen Herkommen, zugegangen, dabei auch so viel Grübelns und Syndicirens vorgenommen und insonderheit der reformirten Religion und deren so derselben zugethan, von etlichen so sinistre und mal à propos gedacht, daß u. s. w.

40. (S. 47.) Aus dem von Schwarzenberg concipirten kurfürstlichen Handbefehl vom 22. Juli 1627.

41. (S. 49.) Schwarzenberg an Pruckmann, Jägersburg (in der Neumark)

1. Sept. 1626. Ueber die Vorgänge in Preußen 1626 hat Dr. Lohmeyer in den Pr. Bl. 3. F. Band V. p. 281 ff. aus den Königsberger Archiven Lehrreiches mitgetheilt.

42. (S. 50.) Die angeführten Worte sind aus der Vorrede der „Neuen Auflegung deß im Jahre 1627 in der churfürstlichen Hauptstadt Mainz durch Herman Meres zu Druck erlassenen und so genannten erneuerten Berichts vom Preußischen Abfall u. s. w. gedruckt in der hochfürstlichen Residenzstadt Würzburg 1701." Das Original von 1627 habe ich nicht gesehen.

43. (S. 51.) Dieß Moment in dem großen Zusammenhang des Krieges ist jetzt von Reichard, die maritime Politik der Habsburger im siebzehnten Jahrhundert 1867, gründlich und mit weitem Blick dargelegt.

44. S. 53. Der brandenburgische Agent Bergmann an den Kurfürsten Thorn, 9. Jan. 1629: la patience laquelle avec l'ayde de Dieu Vous monstrera le chemin pour corriger et amender tout .... en monstrant à tout le monde une si grande et heroique patience, und in so winselndem Ton weiter. — Pater Lamormain schreibt in einem Dankbriefe 23. Juni 1629: gratias (ich weiß nicht für welchen Dienst) a tanto principe non promerui nec promereri possum.

45. (S. 53.) Aus einem Bericht von Conrad v. Burgsdorf 7. April 1629. Charnacé sagte, als er zu der Friedenshandlung mit Polen nach Preußen kam, ihm habe von dem bevorstehenden Uebertritt des Kurfürsten der Prinz von Dänemark zu seiner großen Freude gesagt.

46. (S. 55.) Es war der ravensbergische Landschreiber Biermann, er hatte diesen Plan in Königsberg angeregt, worauf (Febr. 1628) der Kurfürst an den Pfalzgrafen schrieb. Den weiteren Verlauf dieser geheimen Verhandlung kenne ich nicht. Ueber Schwarzenbergs Verfahren und dessen ganze Sendung giebt die responsio, die 1645 brandenburgischer Seits veröffentlicht wurde, Auskunft. Der früher erwähnte „articulirte Bericht der clevischen Stände von 1641" sagt ausdrücklich, „daß der Graf dem Neuburger die besseren Bedingungen angeboten habe" Oxenstierna äußert 1651 gegen den brandenburgischen Agenten Schlezer: der Kurfürst sei durch den Grafen, „der sich dermalen bestechen lassen, in der clevischen und jülichschen Lande Theilung ziemlich hinters Licht geführt worden." Schlezers Bericht v. 2. Aug 1651.

47. (S. 55.) So sagte man in Königsberg dem französischen Gesandten Charnacé. Erklärung vom 2. Juli 1629.

48. (S. 55.) So sagt der „articulirte Bericht" von 1641; daß Schwarzenberg von dem Pfalzgrafen überreich belohnt worden, ist ausgemacht; s. das kurfürstliche Schreiben vom 8. Dec. 1646 bei Baczko IV. p. 268. Aus den Acten des Dresdener Archives entnehme ich, daß Schwarzenberg zugleich über die sächsischen Ansprüche zu negociiren versuchte.

49. (S. 57.) So die dritte der Forderungen, die der Kurfürst an Charnacé stellte: „wenn gegen praesentem statum Prussiae sive ducalis sive regalis was attendiret werden wolle, es wehre sub praetextu Imperii vel ordinis Teutonici vel quovis alio, das alsdann alle Partheien als respublica Polona, Prussia ducalis et regalis und Schweden selbst conjunctim sich darwieder setzen sollten contra quemcunque wer es auch sei."

50. (S. 58.) Dieß ist der „Congreß von Fischhausen", dem dann eine mehrwöchentliche Verhandlung über die Ausführung des Waffenstillstands folgte. Den Abschluß bildet der Vergleich vom 6. Nov. 1629 (v. Mörner p. 102) der übrigens nur Angelegenheiten des Herzogthums feststellt.

51. (S. 58.) Diese Notizen sind aus einem Antwortschreiben Knesebecks vom 5. Oct. 1629 und Curt Bertram von Pfuels Bericht über eine Unterredung mit

Gustav Adolph, Demmin 16. Febr. 1631, und aus Schwarzenbergs Schreiben an der Kurfürsten 18. Jan. 1630.

52. (S. 59.) So meldet nach den vertraulichen Aeußerungen des kais. Rittmeisters Friedrich Götze der Geheimrath Striepe nach Königsberg 30. Jan. 1630.

53. (S. 60.) Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an den Kaiser 26. Sept. 1629. Derselbe Obrist Hatzfeld, der in Pommern sich das Amt Klempenow erpreßte, ließ sich von der Uckermark 50,000 Thlr. in specie verschreiben und blieb und zehrte nun im Lande, bis sie gezahlt wurden; Schwarzenberg an den Kurfürsten 18. Jan. 1630.

54. (S. 62.) Sehr denkwürdig sind die jubelvollen Begrüßungen, die dem Kurfürsten in den Marken zu Theil wurden; cf. das Salve academicum vom Prof. Magirus in Frankfurt und das Festprogramm der Universität vom theologischen Decan Gregorius Franck. Magirus sagt Namens der Marken: Nempe negabamus tonderi, ut decoriari possemus. Sentire Phryges nisi verbera nolunt. Für den Collegialtag von 1630 liegt jetzt die lehrreiche Darlegung von Otte Heyne der Kurfürstentag in Regensburg von 1630 vor.

55. (S. 63) Diesen Gesichtspunkt bezeichnet Art. 1 der Propositionen: „...... wann die getreuen Chur-, Fürsten und Stände mit ihrem von Gott eingesetzten Oberhaupt einmüthig zusammentreten und sich mit demselben rechtschaffen und treulich conjungiren werden, das sich das Reich, ihr gemeines Vaterland deutscher Nation, vor einigem auswendigen Potentaten ganz nichts zu befahren habe."

56. (S. 63.) „Wodurch Dänemark so zu sagen gleichsam succum et sanguinem aus dem halben Reich an sich zeucht", schreibt Schwarzenberg später (13. Mai 1639).

57. (S. 64.) Richelieu Mém. VI. p. 413: il se résolvoit à la guerre sans être assuré de l'alliance du Roi.

58. (S. 65.) In Richelieu's Memoiren (VI. p. 360) heißt es: ... et de préférer le repos de l'Allemagne à celui de l'Italie ...... Eckenberg les y voulut contraindre faisant que l'Empereur revoquât l'édit, ce qui en un moment eût apaisé la Saxe et les protestans, sans lesquels le roi de Suède ne pouvoit rien ...... et de plus il prétendoit rejetter la haine de l'édit sur les électeurs catholiques &c. — Die spanische Denkschrift muß, da sie im Theat. Eur. II. p. 209 steht, zugleich gedruckt und verbreitet worden sein. Näheres darüber bei Heyne p. 86.

59. (S. 68.) Der Gesandte war Peter Bergmann, und das Memorial, das er empfing, ist vom 31. Mai 1630. Darin heißt es: „wir hätten schon früher den Versuch gemacht, wenn nicht die Interposition des Königs von Dänemark dazwischen gekommen wäre." Bergmann ging von Danzig, wo er bis Ende Juni blieb, nach Stettin, von wo sein erster Brief vom 9/19. Juli ist.

60. (S. 68.) Aus der ausführlichen Relation des von Wilmersdorf über seine Verhandlungen in Stettin Mitte Juli (Berl. Arch.), aus der Helbig, Gustav Adolph p 12 ff. einen Auszug giebt.

61. (S. 68.) Im Ausschreiben (26. Juni 1630) an den Domdechanten zu Brandenburg Velten von Priort sagt der Kurfurst: „er würde zu dieser Deliberation gern alle Stände gehört, in allen Kreisen darüber proponirt und dann den Ausschuß anhero gefordert haben, aber es gehe nicht wohl an." Dann das höchst anziehende Protokoll dieser Verhandlungen vom 5. bis 12. Aug. 1630 im landst. Archiv zu Berlin. Die Anwesenden von der Ritterschaft erboten sich, 50,000 Thaler in den Kreisen aufzubringen, wenn die Städte eben so viel zahlten, doch möge man sie bei den heimgebliebenen Ständen „durch ein bewegliches Schreiben" entschuldigen.

62. (S. 70.) Bericht des Rumelian Leuchtmar genannt von Kalkheim (Kalchun) 19. Nov.; er traf den König in Ribnitz 19. Oct. Derselbe hatte früher als Hofmeister die

Markgräfin Katharina nach Siebenbürgen begleitet. Ueber die Friedensanträge, die Georg Wilhelm im Namen der sämmtlichen Kurfürsten durch Götze machen ließ, s. Richelieu VI. p. 533; und über die gleichzeitige Forderung der conjunctio armorum, die der König durch den Oberst Mitzlaff nach Berlin sandte, s. Chemnitz I. p. 114. Die mir vorliegenden Acten bestätigen die Richtigkeit ihrer Angaben. Von der Zusammenkunft beider Kurfürsten in Annaburg 21—27. Dec., jetzt Näheres bei Heyne p. 174, wo auch das sehr sachgemäße Gutachten des Kanzler Götze. Ein kurfürstl. Schreiben an Charnacé bittet um dessen Hülfe, daß der König sich erkläre circa media, quibus contrahi possit. In denselben Tagen wurde das schwedisch-französische Bündniß in Bärwalde geschlossen.

63. (S. 70.) Die fast täglichen Relationen des Markgrafen Sigismund ergeben den Verlauf der Dinge in den Marken. Curt Bertram von Pfuel, der zum Könige gesandt war, berichtet von seiner Verhandlung mit ihm am 16. Febr. in Demmin, Relation vom 26. Febr. 1631.

64. (S. 71.) An den Reichskanzler (Arkiv I. p. 365). Ich finde ein Schreiben von Foppius Aitzema d. d. Hamburg 4. März 1631 citirt, in dem es heißt: le dit Roi s'est mis en pais de Mecklenbourg soubs esperance que tout y fust incliné à révolter, mais tout va lentement.

65. (S. 72.) Seine Instruction für den Obristen Grafen von Ortenburg (Fürstenwalde 29. April), der Tags darauf in Berlin war. Die Angaben im Theatr. Europ. II. p. 3˙3 sind zwar sehr detaillirt, aber nicht genau.

66. (S. 72.) „Worunter, so viel wir vermerken können, denn vornemlich auf den tractum maritimum ganz oder doch guten Theils und zuvörderst auf die Seehäfen des Orts, aufs wenigste, so viel das dominium maris baltici betrifft, gesehn sein mag." Georg Wilhelm an Graf Schwarzenberg 25. Juli 1631, wo diese Verhandlungen ausführlich erzählt werden.

67. (S. 72.) Im 4. Art. fordert der König, wie der Kurfürst schreibt, „das ganze directorium belli in unserm Lande und zwar dergestalt, daß S. K. M. auch mit unsern eigenen Festungen, wie sie es gut befinden werden, zu gebahren, die ihrigen Guarnisonen, wie sie wollten, hineinzulegen, und die Unsrigen hinaus zu commandiren, ja auch unsere Commandeurs und Officiere nach ihrem Gefallen abzusetzen und in summa so viel das Kriegswesen betrifft, absolute und liberrime zu schaffen und zu befehlen haben sollten."

68. (S. 74.) Das war am 9. Juni; erst da „weiln sich die Stände nicht accomodiren wollen", sagt ein Berliner Brief in der „historischen Relation continuatio III", die Jacob Frame 1631 edirt hat. Daß der König sich begnügte 1. mit weiterer Ueberlassung Spandaus, 2. mit dem allzeit offenen Paß und Repaß bei Cüstrin, 3. mit einer monatlichen Contribution, die in weiteren Verhandlungen vorher bestimmt werden sollte — ergiebt das Schreiben des Kurfürsten an Schwarzenberg, 25. Juni 1631. Ausführlicheres hat Chemnitz I. p. 171.

69. (S. 76.) Schon am 27. Juni ließ Georg Wilhelm an Arnim schreiben, er habe sichere Nachricht, daß Tilly nach Kursachsen einrücken und es mit Gewalt entwaffnen wolle; er hoffe, daß der Kurfürst bei den Leipziger Verabredungen bleiben werde, und fordere Arnim auf, sich der Sache „mit höchstem Vermögen anzunehmen, damit der Kurfürst nicht zu einem Andern und Widrigen bewogen werden möge." Am 5. September war Georg Wilhelm bei der sächsischen Armee, bei der Schlacht schwerlich. Der erste gedruckte Bericht über die Vorgänge dieser Tage „kurtze jedoch gründliche und waarhaffte Relation &", der bis zum 17. Sept. reicht, erwähnt seiner gar nicht.

70. (S. 77.) Des Kanzler Oxenstierna Propositionen an Kursachsen 1. Aug. 1635

bei Chemnitz II. p. 746. „4. hat der gottseligste König zu Ausführung dieses Krieges nicht allein die schwedische, sondern vornehmlich die deutsche Nation gebrauchet, also daß bei itziger Zeit der vornehmste und grosseste Theil so Officiere als Soldaten von hohem und niedern Stande in der deutschen Nation bestunden." Beim Tode des Königs 1632 waren vier Fünftel der Officiere und Gemeinen Deutsche.

71. (S 78.) Corpus formatum evangelicum per se subsistens in ipso corpore Imperii Romani; also „ein engerer und weiterer Bund."

72. (S. 78.) Breyer, Beiträge zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges p. 207. Die Zusicherung Magdeburgs ergiebt ein Brief von Knesebeck an Götze (nach Frankfurt), Torgau 1. März 1632.

73. (S. 79.) Am ausführlichsten über diesen Plan ist Oxenstiernas Bericht, Berlin 4. Febr. 1633, bei Geijer II. p. 252; er selbst habe auf des Königs Befehl mit Sigismund von Götze (Frankfurt, Febr. 1632) darüber mehrfach verhandelt. Und Götzes Berichte und Correspondenzen bis 1645 kommen wiederholentlich auf diese Verhandlungen zurück und geben von den Einzelnheiten Nachricht. Die Sache selbst wird als chose accordée von Feuquières im Aug. 1633 an König Ludwig XIII. berichtet (Lettres et Nég. II. p. 39.) Oxenstierna giebt zwei Hauptmotive an: „daß S. M. Pommern nicht cediren wolle und gleichwohl fände, daß solches ohne merklichen Schaden und großes Misverständniß Kurbrandenburgs nicht erhalten werden könne; — dann daß der König auch darauf sähe, daß sofern Schweden und Brandenburg mit ihren Descendenzien conjungirt werden möchten, in Europa kaum ein solcher Staat zu finden wäre und der auch wem immer die Spitze zu bieten vermöchte."

74. (S 81.) Schwarzenberg an Knesebeck, 2. Juli 1632. Cleve 2. Juli 1632.

75. (S 81.) Aus einer Erklärung der Stände in dem Bericht der clevischen Regierung, 18/28. Nov. 1637. Ueber ihre heftige Opposition gegen Schwarzenberg Näheres bei v. Haeften U. A., V. p. 59.

76. (S. 82.) Götze an Knesebeck, Frankfurt 17. Febr. 1632. Schwarzenbergs Schreiben aus dieser Zeit sind merkwürdig durch die Bemühung, sich wieder möglich zu machen; er erinnert an seine Verdienste, an seine Treue; vor Allem sorgt er für seine Privatinteressen. Bald reclamirt er das Silberzeug, 20,000 Thlr. an Werth, das er nach Wittenberg gerettet, wo es Kursachsen habe einschmelzen lassen, bald die Herstellung der Ordensgüter in Mecklenburg; dann wieder fordert er für die ihm geschenkte Herrschaft Neustadt in der Grafschaft Mark Contributionsfreiheit; wiederholentlich spricht er von der Anklageschrift (wegen des Düsseldorfer Vertrages), die der von Rochow im Kammergericht dem Kurfürsten überreicht habe; er beruft sich auf sein gutes Gewissen, daß er sich nicht von dem Pfalzgrafen habe bestechen lassen.

77. (S. 82.) Markgraf Sigismund Statthalter schreibt 19. Juli 1632: „Gott verhüthe in Gnaden, daß die widrige Parthei nicht wieder dieser Orten zu mächtig werde." Nach dem Prager Frieden (1635) fürchtet man immer nur, daß der Kaiser auf das, „was vor dem Jahr 1630 verlaufen und sinistre interpretirt werden könne", zurückkommen möge.

78. (S. 82.) So die merkwürdigen Besprechungen in Liebenwalde (Nov. 1631); auf das Protocoll derselben wird Götze verwiesen (16/6. Juli 1632, als er nach Dresden ging, wo der König erwartet wurde), für den Fall, „das etwas vorkäme, die Alliance mit Schweden zu treffen." Auch das Kriegsdirectorium in der Mark ließ man den Schweden, um vor dem Kaiser als gezwungen zu erscheinen.

79. (S. 83.) „Weiln es nur difficultäten und unvernehmen machen werde, es auch keinem helfen könnte, sondern würde allein den katholischen materie zu cavilliren geben;" Knesebeck an Götze, Torgau 1. März 1632, mit der Bemerkung: es sei

die nachfolgende Erklärung der Augsb. Conf. (die Aug. var.) gar nicht von den Reformirten, sondern von den Lutherischen selbst gemacht.

80. (S. 83.) Schon am 1. März schreibt Knesebeck an Götze aus Torgau: „der König habe selbst schon so viel zu verstehen gegeben, daß ihm lieb sein würde, wenn S. Kf. D. ihr Volk nach Schlesien schickte."

81. (S. 84.) Georg Wilhelms Resolution, Königsberg 19/9. Aug. 1632, sagt: man möge Arnim disponiren, daß Glogau von brandenburgischen Truppen allein besetzt werde, eben so Sagan und Beuthen, „denn es liegen diese Orte dergestalt nahe an unserm Lande, daß sie dieselben gleichsam gegen Schlesien verschließen." Den Versicherungen Arnims traute man nicht: „und ist in denselben nichts Verbindliches, sondern sind allein gute Worte und Vertröstungen ..... sollte Gott den Sieg geben und sich Kursachsen und Arnim nicht der Billigkeit nach erklären oder erweisen, so wird man das brandenburgische Kriegsvolk absordern und mit den schwedischen ein absonderliches corpus formiren, wohl 7000 Mann stark; wollen uns nicht versehen, daß Kursachsens corpus uns daran zu verhindern begehren werde." Markgraf Sigismunds Relation vom 21. Aug, 1632.

82. (S. 84.) Außer der vortrefflichen Darstellung von Chemnitz habe ich verschiedene brandenburgische Berichte benutzt. Das vereinte Heer zählte: Schweden 27 Compagnien Fußvolk, 15 Comp. Reiter, Sachsen 27 Comp. zu Fuß, 11 Comp. Reiter, Brandenburger 15 Comp. zu Fuß, 9 Comp. Reiter.

83. (S. 84.) Arnim schreibt 4. Nov. an Johann Georg: es könne keine guten Ausgang haben, „einen für seinen Herrn haben und für seinen Feind achten, — den ich verletzen soll, daß ich den scheue und zu offendiren mich fürchten müsse." Aber er verfuhr trotzdem nach eben dieser Weisung.

84. (S. 87.) Ausführlich bei Geijer III. p. 276. In der am 19. Jan. nach Berlin gesandten sächsischen Registratur heißt es: „..... wenn Sachsen und Brandenburg das Werk auf sich nehmen und es dahin richten wollen, daß die Cron ein recompens erlangen möcht, wollten sie JJ. DD. alles Volk und die eingenommenen Plätze abtreten" u. s. w.

85. (S. 88.) Registratur der in Dresden verglichenen Punkte 12. März 1633. Landgraf Georg, der gleichfalls in Dresden war, ging am Tage vorher nach Böhmen, die Unterhandlungen mit dem Kaiser einzuleiten, mit Vorwissen Georg Wilhelms, wie dessen Meldung an Oxenstierna (bei Chemnitz II. 29) ergiebt.

86. (S. 89.) „Das beste Mittel, den Gegentheil zum Frieden zu bringen, werde nicht so sehr auf einen Convent zur kompositionshandlung als auf eine gute und wohlgegründete verfassung und einmütigkeit und conjunctio consiliorum et virium unter allen, die in societate belli versiren, neben einem vollkommenen ernst und eyffer bestehen." Kurbrand. Antw. auf das kursächs. Schreiben vom 30. April 1633.

87. (S. 89.) Feuquières berichtet seinem König von dieser jalousie des Kurfürsten von Sachsen ausführlich, 22. Aug. 1633. Lettres et Nég. p. 64. Schon 21. Juli (p. 46): .... lui a tellement ôté la créance dans tout ce parti, qu'il semble que tout veuille se tourner vers l'Electeur d. Br., qui de sa part n'oublie rien de ce qu'il croit le pouvoir rendre le plus considérable dans son parti. Und später (p. 178): .... fonder son établissement sur la diminution de l'autorité du Duc de Saxe qui l'avoit jusqu' à présent traité comme son inférieur.

88. (S. 90.) Schwarzenberg war Nov. 1632 nach Königsberg beschieden, blieb dort bei der Kurfürstin, während der Kurfürst (Mai 1633) nach Berlin ging. Ich vermag nicht anzugeben, wann der Graf dorthin gefolgt ist; sicher ist er im Sept. 1633 in Berlin. Feuquières schreibt 21. Sept. 1633: la désunion entre Messieurs de son conseil et le comte de Schwartzenbourg, à lequelle les uns et les autres ne sont que déjà trop

disposés. (Lettres et Nég. II. p. 123.) In diese Zeit gehören die persönlichen Verhandlungen des Kurfürsten mit Rusdorf über eine Verständigung zwischen Kurpfalz, Sachsen und Brandenburg. S. Arkenholz Mém. conc. la Reine Christine III. p. 130.

89. (S. 90.) Nach dem Schreiben Arnims an den Kurfürsten von Sachsen 29. Juni 9. Juli 1633 bei Helbig; Wallenstein und Arnim p. 22, vergl. Gindely in den Sitzungsberichten der K. K. Akademie 1862. Jan.

90. (S. 91.) Auch die neuesten Darstellungen über Wallenstein scheinen mir die im Text ausgesprochene Ansicht über Wallensteins beginnende Differenz mit dem spanischen Hofe zu bestätigen, wenn man über die Formalien und die Courtoisie der Unterhandlungen nicht den Kernpunkt außer Augen läßt.

91. (S. 92.) De Norté (Feuquières, Lettres et Nég. II. p. 133) schreibt von dieser entrevue im Oct.): à la persuasion d'une personne, en qui il ne faut pas fier et qui est autant notre ennemi que de la couronne de Suède, qu'on en puisse avoir en Allemagne, et qui néanmoins occupe si fort l'esprit de ce Prince, qu'il lui fait faire une partie de ce qu'il veut.

92. (S. 92.) Schreiben an Arnim, Brandenburg 16. Oct. 1633. Den Vertragsentwurf, 9. Oct., „zur Restabilirung des Religions- und Profanfriedens wie derselbe tempore Rudolphi, Mathias und dann bei jetziger Kaif. Maj. vor diesem entstandenen Unwesen sich befunden gegen diejenigen, so denselben ferner zu turbiren obstiniret", hat Chemnitz II. p. 273. Anderes giebt Helbig in dem Aufsatz: Wallenstein und Arnim p. 31.

93. (S. 93.) Schon im August 1633 schreibt Feuquières an den König: les mécontentemens que le dit Electeur et ceux de son conseil ont du procédé altier dont jusques aujourd'hui l'Electeur de Saxe a usé en leur endroit, les portent à un tel ressentiment u. s. w. Lettres et Nég. II. p. 39. Sachsens Anträge ergeben sich aus Arnims Verhandlungen in Berlin, 27. Januar 1634, über die Helbig (Ferdinand II. und Wallenstein p. 26) aus dem Dresdener Archiv einiges mehr, als ich im Berliner Archiv vorfand, mittheilt.

94. (S. 95.) Eigenhändiges Schreiben Georg Wilhelms an Arnim, 31. Aug. 1634.

95. (S. 95.) Es waren die Fußregimenter Obrist Herzog Franz Carl von Lauenburg, Obrist Conrad von Burgsdorf, Obrist Ehrentreich von Burgsdorf, und die Reiterregimenter Obrist Conrad von Burgsdorf, Obrist Volckmann.

96. (S 95.) Am 10. Dec. 1633 meinte de Norté noch das Gegentheil (Feuquières II. p. 184): Vous assurant que d'autant que Borstorf avoit porté l'Electeur à écouter des traités, d'autant que Schwartzenberg à été contraint et ses pensées secrètes ne démentent point ses actions u. s. w.

97. (S 96.) Chemnitz II. p. 496. Schreiben Georg Wilhelms an Johann Georg, 31. Aug. 1634. Schwarzenberg an Knesebeck, Cöln a. S. 3. Sept. 1634. Für den Fall, daß Banner weiter gehn und den Kurfürsten um sein Volk bringen wolle, könne man an Herzog Franz Carl Vollmacht geben, sich von ihm zu trennen, „der muß sie in hoher Geheim halten und nicht vorweisen bis es hochnöthig, denn sonsten, wen einer der under dem Banner zu stehn überdrissig und gerne unter GL. Arnim baldte sein wollte, der kunnte sich dieser Ordre leicht misbrauchen." Chemnitz erwähnt einer solchen Weisung schon im Juni (II. 492), ich habe die Bestätigung dafür in den Acten nicht gefunden.

98. (S. 98.) Es soll dieser Vertrag „in vim einer freiwilligen transaction zwischen dem Kaiser als Oberhaupt und den Ständen des Reichs und nachmals, in der Form einer pragmatischen Sanction gefasset, inter leges Imperii publicas referirt, auch alle Kaiser durch die Capitulation darzu in specie verbunden, selbige dem curfürstlichen Verein mit eingeruckt, dem Cammer Gericht insinuiret und darüber festzuhalten und zu sprechen anbefohlen worden."

99. (S. 98.) So in dem Bericht über eine Conferenz zwischen Kurfürst Georg Wilhelm und Arnim, 26. Jan. 1635.

100. (S. 99.) Ueber den Unterschied der Pirnaer und Prager Artikel giebt es eine ganze Literatur von Brochüren; einiges davon hat Rommel VIII. 367.

101. (S. 99.) Ich beziehe mich auf das vortreffliche Gutachten Levins von Knesebeck, von dem ein Auszug bei Chemnitz II. p. 182 ff. zu lesen ist.

102. (S. 100.) „Die Anwesenden der getreuen Stände", geladen 17. Dec. 1634, versammelt 3. Jan. bis 25. Jan. 1635. Sie fordern, daß von den 29 Compagnien Fußvolk 20, von 30 Compagnien Reiter 12 bis 14 bleiben sollen.

103. (S. 101.) Verhandlungen mit Arnim 26. Jan. 1635. Einiges aus dem reichen Material dieser Verhandlungen hat Chemnitz l. c. und Helbig, Prager Frieden p. 37.

104. (S 101.) Das Project sandte Götze 2. Mai 1635 nach Berlin; vorbehalten wird für Schweden ein Hafen ubi adpellere et cum Magdeburgo correspondere commodius possit.

105. S. 101. Sendung Schwarzenbergs, Februar, März 1635. Er hatte u. a. vorzustellen, daß „Kursachsens L., weil sie mehr Erben als wir hätten, wohl einsmals nach Abgang unserer Erben zu den sämmtlichen Landen kommen könnten." Schreiben Georg Wilhelms an Schwarzenberg nach Dresden, 17. Februar.

106. (S. 101.) Johann Georgs von Sachsen Schreiben, 30. Mai 1635. Ein kursächsisches Memorial aus Prag, 30. Mai, erklärte in Betreff des kursächsischen Commandos: es sei so zu verstehen, daß von dem kaiserlichen und Reichskriegsvolk 60,000 Mann unter dem Könige von Ungarn, 20,000 unter Kursachsen stehen sollten; „will der Churfürst oder der Churprinz von Sachsen der Führung diser Truppen enthoben sein, so soll einem Fürsten augsburgischer Confession" (also keinen Falls Kurbrandenburg) „das Generalat mit unterthänigstem Rath und Willen von Chursachsen und Churbrandenburg durch Kais. Maj. anvertrauet und übergeben werden."

107. (S. 102) Den schönen Brief Arnims an Johann Georg hat Helbig, Prager Frieden p. 58, abgedruckt.

108. (S. 102.) Die Propositionen sind datirt 24. Juni: „die Kürze der Zeit habe es wieder unmöglich gemacht, die gesammten Stände zu berufen." Die ständischen Antworten liegen in einem sehr merkwürdigen Protocoll vom 25. bis 28. Juni vor. Daß die Stände die Meinung hatten, den Frieden widerrathen zu haben, ergeben ihre Erklärungen vom Januar 1641. Schon Erasmus Seidel in dem von ihm verfaßten Ehrengedächtniß für Georg Wilhelm, das bei dessen Leichenfeier 1642 veröffentlicht wurde, läßt den Charakter dieser Versammlung unbeachtet; er sagt: „nach angehörtem Ihrer sämmtlichen Churbrandenburgischen Landstände unterthänigstem Gutachten" habe der Kurfürst den Frieden angenommen. S. die Leichenpredigt von Bergius p. 84.

109. (S. 103.) La guerre avec la Pologne sembloit être la guerre propre à la Suède. Richelieu VIII. p. 254.

110. (S. 103.) Diese Seite der Verhandlungen hat Wuttke, Friedrichs des Großen Besitzergreifung Schlesiens II. p. 68, aus Sienkiewicz Scarbie historyi polskiej, Paris 1830, mitgetheilt.

111. (S. 105.) Die Beschwerde Georg Wilhelms an den Kurfürsten von Sachsen geht 10. August von Berlin ab. Oxenstierna sendet seine Forderung durch Hans Wolf von der Heiden am 4. August von Magdeburg ab, am 12. August hat Heiden Audienz beim Kurfürsten.

112. (S. 105.) „Sollte aber von Chursachsens L. diese gar nicht zu erlangen sein, sondern sie ließen darauf ein Misfallen vermerken, und urgirten beständig den Friedensschluß ohne einiges Ausziehn und Bedingen pure et per omnia zu acceptiren, und unser

Gesande befindet, daß außerdem wir in große Gefahr mit Land und Leuten gerathen dürften, so mag er endlich, jedoch mit vorgehender Bezeugung, daß wir die Nothdurft erinnert und weil wirs nicht erheben können, von aller Verantwortung frei sein wollen, unserthalb zu acceptiren unbedingt erklären." Memorial vom 29. Juli 1635. Unter demselben Datum vollzog er eine Beitrittsurkunde, damit sie Schwarzenberg für den Nothfall gleich zur Hand habe. Danach hat v. Mörner p. 113 diesen Vertrag als d. d. 29. Juli 1635 bezeichnet, obschon er erst später abgeschlossen ist.

113. (S. 105.) Das Einzelne dieser höchst anziehenden Verhandlungen Schwarzenbergs, die in seinen täglichen Berichten vom 7. bis 17. August vorliegen, übergehe ich. Die kaiserliche Zustimmung und Gegenerklärung ist vom 11. Sept. 1635, v. Mörner p. 117, wo das Einzelne ausführlich dargelegt ist.

114. (S. 107.) Er war 1617 geboren. Schwarzenberg sendet ihm 1638 nach Hamburg noch einmal dreihundert Thaler: „weiter werde der Churfürst auf seine Briefe nicht Antwort geben."

115. (S. 109) Nach einem Vortrage, den der französische Gesandte Baron de Norté dem Kurfürsten von Sachsen am 9. März 1635 machte.

116. (S. 111.) Aus dem Bericht über die Conferenz zwischen Arnim und Kurfürst Georg Wilhelm, 26. Jan. 1635.

117. (S. 111.) So bezeichnet es die Flugschrift „Leichbestattung des Prager Friedensschlusses" 1639, p. 33.

118. (S. 112.) Georgs von Braunschweig Promemoria über seine Conferenz mit dem Kurfürsten von Sachsen zu Gartow, 29. Oct. 1635; bei Decken III. p. 237.

119. (S. 114.) Verhandlungen in Brandenburg, 23. Sept. 1635. Es sollten sächsische Besatzungen in Brandenburg, Rathenow (500 Mann), Havelberg (500 Mann), Plauen, Löckenitz bleiben.

120. (S. 115.) Bericht des Otto von Marwitz aus Perleberg, 10. Nov. 1635. Marwitz war als „Resident" im Hauptquartier, und seine zahlreichen Berichte liegen der folgenden Darstellung zu Grunde.

121. (S. 117.) Une nouvelle ruse des Espagnols; Richelieu IX. p. 14. Die Angabe vom Elbzoll entnehme ich aus einem Schriftstück, das die kurbrandenburgischen Forderungen bei der Kaiserwahl enthält, datirt vom 17. Mai 1636.

122. (S 117.) Aus der Instruction vom 17. Mai 1636. Mit Schwarzenberg waren in Regensburg die Geh. Räthe Levin von Knesebeck, Blumenthal, Dr. Fritze.

123. (S 118) Nach Markgraf Sigismunds Schreiben vom 19. und 24. Oct. 1636. Das Folgende nach der ständischen Beschwerdeschrift vom 8. Jan. 1641 und dem kaiserlichen Schreiben vom 27. Nov. 1636.

124. (S. 119) Schreiben Schwarzenbergs an den Kurfürsten und an den Geheimsekretair Johann Stellmacher (nach einer archivalischen Angabe vom 3. Nov.) in Antwort auf Briefe vom 12. Oct.

125. (S. 119.) Daß es 1636 geschehen, entnehme ich der 1660 von Bartholomäus Stoschius gehaltenen Leichenpredigt auf die Kurfürstin p. 70. Aus einem Brief des Kurfürsten an seinen Sohn in Holland (16. Juni) ergiebt sich, daß die Fürstinnen bereits in Königsberg waren.

126. (S. 119.) Die abschlägige Antwort des Kurfürsten auf das erste Gesuch der clevischen Stände ist vom 20. Mai 1636. Ueber die holländischen Bemühungen um Neutralität berichtet Chemnitz III. p. 44. Ueber diese noch wenig aufgeklärten Bemühungen Hollands findet sich das Wichtigste in Leo ab Aitzema Zaken van Staet en Oorlogh II. p. 410 ff., dessen Oheim Foppe van Aitzema diese Verhandlungen in Wien und Regensburg betrieb.

127. (S. 120.) Ich entnehme diesen Beschluß aus den Geh. Raths-Verhandlungen vom 9. Dec. 1638. In Peitz war vom Geheimerath vielleicht niemand anwesend. Daß Arnim, Klitzing, Moritz August von Rochow damals in Peitz waren, ergiebt sich aus andern Acten. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Gedanke, für den Kurfürsten einen Theil der Kriegsdirection zu erhalten, nicht erst jetzt in Peitz entstand. Die Instruction, mit der in Folge der Verhandlungen Bernhard Goldacker nach Regensburg gesandt wurde, datirt Peitz 6/16. Nov. 1636. Leider sind die Vorgänge dieser Wochen nicht mehr völlig aufzuklären.

128 (S. 120.) Die weiteren Verhandlungen des Markgrafen Sigismund mit Sten Bjelke berichtet Pufendorf IX. §. 54, der hier, da Chemnitz vom Ende 1636 bis 1641 verloren ist, Hauptquelle wird; er hat Chemnitzens musterhafte Darstellung benutzt, aber nicht bloß sie.

129. (S. 121.) Das Wesentliche über diese Vorgänge ist in der Geschichte des Geheimenrathes p. 167 mitgetheilt. Fortan saßen im Geheimenrath: Knesebeck († Sept. 1638) Blumenthal, Sebastian Striepe, Dr. Fritze, Dr. Erasmus Seidel, Balthasar v. Brunn, Dr. Frommhold.

130. (S. 124.) Wenigstens hat Schwarzenberg bereits 1638 die „große Rüstung" als das Unglück des Landes bezeichnet, was er schwerlich gethan hätte, wenn er dazu den Anstoß gegeben hätte.

131. (S. 124.) Nach dem Bericht Blumenthals, 2. Juli 1637 (wo auch die formula juramenti) und nach einem Schreiben Schwarzenbergs an Blumenthal, 22. Aug. 1638. Woher das Geld, das man baar verausgabte, gekommen, kann ich actenmäßig nicht nachweisen; Pufendorf IX. p. 14 sagt: Pecuniam suppeditantibus Hispanis et Schwartzenbergio comite. Daß der Graf solche Art Vorschußgeschäfte mit seinem Herrn machte, ist unzweifelhaft; als Sicherheit waren ihm Domainen verschrieben.

132. (S. 125.) Sie schwören „wider alle Ih. Kf. M. und des Reichs Feinde zur Handhabung des Prager Friedensschlusses" getreu zu sein; der Eid erwähnt, daß der Kaiser „dieß Volk Inhalts einer absonderlichen mit dem Churfürsten verfaßten Capitulation diesem übergeben"; ihr Eid an den Churfürsten lautet nur auf das, „was er zu der Pommerschen Expedition und Recuperirung anordnen wird."

133. (S. 126.) Manches aus diesen Briefen, besonders über Schenkenschanz und Breda, ist von v. Raumer in den beiden kleinen Abhandlungen Friedrich Wilhelms Jugendjahre 1853. 54. mitgetheilt.

134. (S. 126.) Dieß Schreiben erwähnt Cosmar, Schwarzenberg p. 292; es ist auch im Original undatirt und die beigelegte Dechiffrirung an mehreren Stellen unrichtig. Das Schreiben scheint sich auf die erneuten Anträge der clevischen Stände (Oct. 1637) zu beziehen.

135. (S. 126.) „Gleich als ob ihr unserer Regierung müde und überdrissig worden." Schreiben bei Cosmar p. 304. Aus Erasmus Seidels Bericht über die ständischen Verhandlungen in Cleve (25. Juli 1640) ergiebt sich, wie hoch die Stände sich erboten haben, wenn der Kurfürst „Dero Herrn Sohn mit genugsamer Plenipotenz anhero abzuordnen sich hätten bewegen lassen."

136. (S. 127.) In hoc proelio Brandenburgicus miles prae reliquis laudem tulit; Carve, Itinerar. I. p. 203. Banner verlor, von Goldacker verfolgt, viele Todte, 1300 Gefangene; Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, 17. Juli 1637.

137. (S. 128.) Wenigstens finde ich nichts der Art; auch Pufendorf IX. §. 13 erwähnt zwar, daß der brandenburgische Obrist Vorhauer, als er Stargard nahm (schon im Mai), die Stände „ad homagium Brandenburgico praestandum" aufgefordert,

aber bemerkt durchaus nichts der Art bei dem späteren Vordringen der kaiserlichen Truppen.

138. (S. 128.) Einiges aus diesen denkwürdigen Verhandlungen hat Pufendorf IX. p. 58. Wenn er in Betreff der kaiserlichen Agenten bemerkt: Multa de Poloni, Dani, Saxonis, Brandenburgici conspiratione jactabant .... Polonum et Danum de Suecia inter se dividenda agere u. s. w., so habe ich für die Theilnahme Brandenburgs an derartigen Entwürfen in den Acten keine Bestätigung gefunden.

139. (S. 129.) „Ich habe übel gethan, daß ich auf einen Knecht gehalten", sagt der Kurfürst von Brandenburg in der Flugschrift „Allamodisch Picket Spiel aus dem Italienischen ins Deutsche vertiert" (s. l. et a.); die oft sinnreichen Beziehungen der Schrift bezeichnen das Jahr 1637 als das der Abfassung.

140. (S. 129.) „Es ist auch solche Negotiation durch der gesammten Herren Churfürsten absonderliche intervention secundirt worden." Schwarzenbergs Schreiben an den Kurfürsten den 23/13. Mai 1639; „vor anderthalben Jahren", sagt er, „sei es geschehen."

141. (S. 131.) So werden sie später angeredet als „Patrioten und im Lande geborene." Alle im Text angeführten Zahlen sind aus Schwarzenbergs Briefen an den Kurfürsten u. a. und somit gewiß zuverlässiger als die officiellen Zahlen, die Stuhr Brand. Preuß. Kriegsverf. p. 150 mitgetheilt hat.

142. (S 130.) So Schwarzenberg, 27. Aug. 1638; aus andern Briefen Schwarzenbergs sind die übrigen Angaben über das Heerwesen. „Es ist zu beklagen, daß die Officiere so viel in den Beuttel gestochen und kaum den sexten mann gelienert haben."

143. (S. 130.) „Die furchtbare Devastation des Landes", sagen die Stände 1641, „stammt nicht bloß von dem praeposterus belli modus, sondern von der elenden Disciplin; denn da ist der Officiere und Reuter Unbilligkeit so groß, daß sie das ganze Land gleichsam zu ihrem eigenthum und raub gemacht, die gemeinen Schatzungen aber zum guten Theil in ihren privatseckel gesteckt." Sie nennen als einen der furchtbarsten den Obristen Moritz August von Rochow; aber auch von Flans, Waldow, Goldacker, Dargitz werden entsetzliche Dinge berichtet.

144. (S. 130) In einem Schreiben des Königs von Dänemark, 15. Juli 1638, heißt es: es sei der Leute Gedanke, daß von des Kaisers Seite alles nur zum Verderben abgesehen sei und daß die undisciplinirte Soldatesca alles, wohin sie komme, ruinire.

145. (S. 130.) Dieß erhellt aus Schwarzenbergs Schreiben vom 15. Oct. 1638.

146. (S. 131.) Ipse semper toxicum sibi propinatum credidit non obscura in praepotentem ministrum suspicione. Pufendorf XIX. p. 102. Dasselbe sagte der Kurfürst 1680 dem englischen Gesandten: He expressed it in such words as if the designe come from thence (vom Kaiser) and as if he was thought fit to be distroyed for being a heretic. Raumer, Beiträge I. p. 445. Und schon in einem Rescript an die Gesandtschaft in Osnabrück d. d. Königsberg 28. Febr. 18. März 1646 sagt der Kurfürst: „der junge Graf Schwarzenberg werde nicht leugnen können, daß sein Vater sonderlich dahin getrachtet, wie er unsere clevischen lande an sich bringen mochte, so ihm auch vielleicht gelungen wäre, wenn man uns nur aus dem Wege räumen können."

147. (S. 131.) Der Vertrag, Köpnick am 22. Juni 1638: v. Mörner p. 126. Noch am Tage vor der Unterzeichnung schreibt Knesebeck (28. Juni) an den Residenten Bergmann in Danzig, er hoffe, man werde mit unverweislicher Manier aus der Sache kommen, jedenfalls werde sich der Kurfürst „zu keinem telonco in mari durchaus nicht verstehen;" ebenso spricht sich Hoverbeck, der Gesandte am polnischen Hofe, gegen den Abschluß aus (UA. I. p. 28). Natürlich war am polnischen und am kaiserlichen Hofe der Abschluß desto erwünschter. Daraus wird man schließen dürfen, von wem in des Kur=

fürsten Umgebung für denselben gearbeitet wurde. Ueber die Spirings s. Erdmannsdorffer UA. I p. 21.

148. (S. 133.) Er läßt sich monatlich 1000 Thlr. vom Ruppiner Kreise zahlen; der Morzin hat sein „Haus" plündern lassen und dort 40,000 Thlr. baar mitgenommen u. s. w.; er fordert (18. Oct. 1638) von dem Bürgermeister von Fürstenwalde für das Salz, das er ihm verkauft (er hat es Lübecker Bürgern auf der Elbe abnehmen lassen), das Geld mit Zins auf Zins: er schickt 20 Dragoner ab, „solchen Gesellen beim Kopf zu nehmen und anhero zu bringen, damit er lerne, daß man so hohe Officiere nicht mit solchen Händeln betrügen solle."

149. (S. 133.) Schwarzenberg an Blumenthal, 22. August: es würde sich nicht schicken, sagt er ihm und fordert ihn zugleich auf, von Burgsdorf und Klitzing „sich nicht abzusondern", um auf ihre „bösen Discurse" zu achten.

150. (S. 134.) Schwarzenbergs Bericht an den Kurfürsten, Spandau 19. Decbr. 1638, der „die in Berlin zurückgelassenen Geheimen Kammergerichts- und Kriegsräthe" am 9. Dec. die Frage berathen ließ, nemlich Dr. Fritze, Striepe, Dr. Seidel, Frommhold. Jene Aeußerungen sind die Striepes. Frommhold sagt: „Mit der Einnehmung der kaiserlichen Völker könnte zwar forma status etlicher Maaßen evertirt werden, aber wenn die Feinde der Stadt Meister würden, so würde Serenissimi status universalis evertirt."

151. (S. 136.) „und des ungereimten Dinges viel mehr", schreibt Schwarzenberg 19. Nov. 1638 über den Leipziger Kreistag. Anderes über andere Kreistage bei Londorp IV. p. 697.

152. (S. 136.) Schon auf der Goldmünze, die zur Feier der Einnahme von Breisach geschlagen wurde: Ducatus Saxon. Brisacensis.

153. (S. 136.) Nach Marschall Guébriants Brief vom 25. Juni 1639 bei Röse II. p. 545.

154. (S. 137.) „Und thut mir Herr Generallieutenant zu viel Ehre an, indem er dafür hält, ich noch unter den deutschen Fürsten der guten Parthei allein übrig sei, ihren Krieg zu führen." Bernhard an Gen. Wikvoort, bei Rommel IV. p. 541.

155. (S. 138.) Le Laboureur in der Histoire du Maréchal Guébriant, 1656, p. 101: Brisac était nécessaire à la France pour la conservation de l'Alsace et de la Lorraine, qu'elle enferme .... elle nous donne un passage pour porter nos armes partout où il sera besoin pour la liberté germanique.

156. (S. 139.) Von seinem ersten Antrage meldet der Kurfürst an Schwarzenberg 30. Sept. 1638: er sei Schwager des Adam von Pontz, Marschalls bei der Königin Wittwe von Schweden, habe auch von daher ein Empfehlungsschreiben an den Statthalter in Liefland (d. d. 28. Juni 1638) ihm beim Ankauf in Liefland förderlich zu sein. Schwarzenberg (22. Oct. 1638) findet die Sache „von großem Nutzen und hohem Nachdruck, wenn sie könnte ins Werk gerichtet werden; aber das Werk ist noch gar zu roh, darum er noch Bedenken getragen habe dem Grafen Gallas davon zu sagen." In den folgenden Monaten reift dann das Project. Daß Schwarzenberg von Anfang bis zu Ende im Geheimniß war und daß die Aussagen des Elvers (Cosmar Schwarzenberg p. 393) guten Grund hatten, kann nach den Acten über Boothes Expedition nicht zweifelhaft sein. Ueber den Zug Pufendorf XI. § 81, Theatr. Europ. IV. 70, Lengnich VI. p. 154 u. s. w. Im Einzelnen weichen die Angaben über denselben sehr von einander ab. Nach einer Angabe bei Pufendorf (de Reb. Gest. Frid. Wilh. M. I. p. 21 ed. 1695) hat d'Avaux die Ansicht geäußert, daß mit diesem Unternehmen die spanische Seerüstung (s. u.) in Zusammenhang gestanden, daß die Absicht gewesen sei, spanische Schiffe in die Ostsee zu senden und Pillau zu occupiren.

157. (S. 140.) So Pufendorf XI. p. 68. Es werden die Welfen gemeint sein, die der Kaiser schwer gefährdete; unter andern bot er der Krone Dänemark, um sie gegen Schweden zu gewinnen, einen Theil des cellischen Landes.

158. (S. 140.) Schreiben an Schwarzenberg, 4. Juni 1639, mit der Bemerkung: „Dieß Schreiben ist de verbo ad verbum S. kf. D. vorgelesen und hat derselbe es abgehn zu lassen expresse befohlen."

159. (S. 141.) Schreiben Schwarzenbergs an den Kurfürsten, 6/16. Dec. 1639. Dessen Antwort, 26. Januar: „Es macht uns nicht wenig perplex, das, nachdem wir ehe unser lande und leute ganz ruiniren und verderben lassen, als von der unterthänigsten getreuen devotion gegen Kais. Maj. im geringsten aussetzen wollen, nun auch noch den endlichen Verlust davon tragen und dadurch den Reichsfrieden erwerben sollen."

160. (S. 141.) Assistée des vaissaux même du Roi d'Angleterre. Estrades, Lettres et Nég. I. p. 41.

161. (S. 144.) Ut tractatus pacis justus ...... instituatur et in aequilibrio omnium rerum publicarum constituatur securitas universalis; singulae Europae respublicae non possunt aequilibrium servare nisi stabilito in Germania inter protestantes et pontificales aequilibrio. 23. Jan. 1640.

162. (S. 146.) Aus dem Gutachten der Reichsstände, 21. Dec. 1640; bei Londorp IV. p. 1105.

163. (S. 147.) Friedrich Wilhelm sagt in seiner Instruction für die Gesandten nach Schweden, Gerhard Rumelian von Kalchun gen. Leuchtmar und Hans Georg v. Borke, vom 28. Dec. 1641: „Unsres Ortes aber haben wir mit solchen consiliis niemals einige Gemeinschaft gehabt, sondern waren eben darum in schweren Verdacht bei unserm in Gott ruhenden Herrn Vater gesetzt, gleicher Maaßen wie auch andere redliche Leute um solcher Ursach Willen äußerst verfolgt wurden." Damit im Widerspruch ist eine Aeußerung Friedrich Wilhelms an der Tafel des Prinzen von Oranien, die Brasset in einem Briefe an Mazarin, 26. Nov. 1646, meldet (Groen van Prinsterer Archives de la maison d'Orange II. p. 172); er habe gesagt: qu'il se fourra dans les affaires, qu'il faut qu'un jeune prince s'ayde de soy-mesme u. s. w. Aeußerungen, die da in bestimmter Tendenz gemacht sind, und durch zahlreiche andere Angaben als unrichtig erwiesen werden.

164. (S. 147.) Schwarzenberg schreibt 19/9. Dec. 1640, wie die Herren Staaten und die Frau Landgräfin es in den clevischen Landen anstellen und sich unfreundlich, ja, was die Hessen betrifft, „als argist viande bezeigen"; er vermuthet, daß die Lande ganz dem Reich abgerissen werden sollen, „wie denn der Staaten unbilligkeit und vorgenommene proceduren nicht undeutlich zu verstehen geben." Im November erfolgte das Executionsdecret der Staaten, „alle J. kf. D. Renthen und Gefälle dieser Orten in possession und die betreffenden Diener in der H. H. Staaten General Pflicht zu nehmen, die unwilligen zu cassiren und andre an ihre Stelle zu setzen." Sie berechneten die ursprünglich 100/M. Thlr. hoefysersche Schuld durch Zins auf Zins zu 1,126,955 Gulden und rechneten noch andere Posten zu 50,000, 30,000, 20,000, 280,000 Gulden auf. Die Verhandlungen, die mir in Christian von Heimbachs Berichten vorgelegen, zeigen die Herren Staaten von ihrer widerwärtigsten Seite. Jetzt sind diese Dinge in den UA. IV. p. 14 ff. V. p. 85 ff. ausführlich dargelegt.

165. (S. 148.) Ich beziehe mich auf die merkwürdige Eingabe von Königsberg, 30. März 1639 unterzeichnet: „Die Räthe, Gerichte und sämtliche Gemeinden daselbst alle als ein Mann einmüthiglich."

166. (S. 148.) Responsum vom 10. März 1637. Der König nimmt das früher

ertheilte Recht zurück, salvo in simili necessitatis bellicae casu supremi directi dominii jure. Urk. bei Baczko V. p. 283.

167. (S. 148.) Ich beziehe mich auf den fiscalischen Proceß, den die Regimentsräthe gegen die von Königsberg veröffentlichte Schrift einleiteten; über den Einiges bei Baczko V. p. 130 ff.

168. (S. 148.) Selbst die Ausdrücke der polnischen Erlasse waren verletzend. Nach dem resultatlosen Auseinandergehn des Landtags von 1639 schreibt der König: Non potest nobis non esse molestum .... quare benigne fraterneque a Ser.te V. efflagitamus, daß ein neuer Landtag berufen werde. Mit der größten Hartnäckigkeit wird gefordert, daß die Berufung die Formel indicente eam ex auctoritate regia enthalten müsse. Ich entnehme diese Dinge aus den eingehenden Berichten Hoverbecks, des brandenburgischen Residenten in Warschau.

169. (S. 148.) Hoverbeck meldet aus Warschau, 8. Juni 1640, über die Klagen des preußischen Adels: „Und wäre es schon so weit gekommen, das man ein newes Collegium von märkischen Räthen eingeführt, welche Abscheyde auch gegen die Regimentsräthe ertheilten, und dieselben nicht allein verachten, sondern auch zum höchsten gefährden."

170. (S. 149.) „Obrist Waldow, Obrist Hake und viele andere mehr", schreibt Schwarzenberg 31. Jan. 1641. Es blieben Burgsdorf, Rochow, Kracht, Volkmar, Trotha, und die Reiterobristen Goldacker, Lüdicke.

171. (S. 149.) „Daß der Graf fast alle unsere Officiere dermaßen an sich gezogen daß der größere Theil von ihm dependiret u. s. w." Aus der Instruction Friedrich Wilhelms für die Gesandtschaft nach Schweden, 1. Mai 1641, die Pufendorf I. p. 14 fast wörtlich übersetzt mittheilt (jetzt UA. I. p. 525). Noch eingehender zeigen die Stände von Barnim und Teltow in ihren Beschwerden, Herbst 1641, wie der Graf seine Bedienten „zu Officieren, Räthen, Haupt- und Rathleuten herfürgezogen, sie in allem Stolz und Uebermuth prahlen lassen" u. s. w.

172. (S. 150.) So heißt es in dem Schutzbrief, den Georg Wilhelm für des Grafen Herrschaft Huckeswagen, Königsberg 18/8. Juli 1640, ausstellte.

173. (S. 150.) Gleich nach des Grafen Tode forderte der Sohn die Huldigung zunächst in den Aemtern diesseits der Oder, Saarmund, Fehrbellin, Neuendorf, Oderberg, „gleich als wäre er daselbst condominus oder gar Landesherr." Schreiben des Markgrafen Ernst, 23. Mai/2. Juni 1641 (jetzt UA. I. p. 468).

174. (S. 151.) So meldet Burgsdorf an Götze 19. Mai 1641 nach den Angaben der sächsischen Obristen Hans Rochow und Christo, denen Arnim kurz vor seinem Ende diese und andere Dinge anvertraut hatte. Aehnliche Meldungen hat ein Schreiben von Samuel von Winterfeld aus Hamburg, 18. Mai 1641 (jetzt UA. I. p. 536).

Die zweite Gründung.

175. (S. 155.) Juventas .... in qua nihil excusandum habes, sagt Cornelius Tollius 1646 in der Rhenana gratulans p. 4.

176. (S. 156.) In dem schwerinschen Tagebuch über die Erziehung der kurfürstlichen Prinzen heißt es, 4. Dec. 1668: Als wir zu S. kf. D. gingen, haben dieselben den Prinzen diese Sentenz in calamum dictirt: sic gesturus sum principatum, ut sciam rem populi esse, non meam privatam, und dabei versprochen, welcher dieselbe zuerst memoriter wissen werde, der solle sechs Ducaten haben." Handschr. der Berl. Bibliothek.

177. (S. 156.) Inschrift der Denkmünze, die nach der Erwerbung der Souverainetät in Preußen geprägt worden ist.

178. (S. 158.) So muß ich die Angabe der ersten Ausgabe berichtigen, die darin

begründet war, daß in Schwarzenbergs Schreiben vom 12/22. Dec. 1640 (nicht 2/12. Dec. wie Cosmar Beilage VIII druckt) gesagt wird, Schulenburg sei am 9/19. Dec. mit dem Schreiben vom 2/12. Dec. angekommen. Das Memorial für Schulenburg trägt wie UA. I. p. 373 richtig angegeben ist das Datum 2. Dec. mit der ausdrücklichen Bemerkung St. N.; Schulenburg hat also trotz der Weisung „sich äußersten Fleißes zu bemühen, daß er sicher und ohne allen Aufenthalt bei dem Herrn Grafen zu Cöln a/Sp. oder Spandaw ankomme", über 16 Tage Zeit gebraucht.

179. (S. 159.) Diese Eingabe der Stände ist die früher mehrfach erwähnte vom 8. Jan. 1641. Es liegt mir der Bericht vor, den die Deputirten nach ihrer Rückkehr aus Königsberg (s. d. aber wohl vom 2. April) an die Stände erstatteten (Landst. Arch. in Berlin); er zeigt, wie man gegenseitig behutsam verfuhr; ich erwähne dieß, damit man nicht etwa ein vorgängiges Einverständniß durch Winterfeld vermuthe.

180. S. 160. So in dem Dankschreiben der Stände an Joh. Fried. v. Leuchtmar, den Erzieher des Kurfürsten, den Bruder Rumelians. d. d. 3. April 1641.

181. (S. 160.) Das kurfürstliche Rescript an Schwarzenberg vom 9. Januar befiehlt Mäßigung, das vom 18. Januar Einstellung der Feindseligkeiten, das vom 23. Januar wiederholt diese Befehle.

182. (S. 161.) So schreibt der Oberhauptmann v. Ribbeck nach Königsberg, 31. Jan.

183. (S. 162.) Schwarzenberg schreibt an den Kurfürsten, 4. Febr. 1641: „Der dem Kaiser geleistete Eid verstehe sich wohl eigentlich auf den Fall, wenn einige Völker im Felde zur Recuperirung der Pommerschen Lande oder sonst gebrauchet und mit den kaiserlichen Truppen conjungirt werden sollten .... auf die aber, welche in den Festungen liegen, so lang sie darin verbleiben, kann sie (die Eidespflicht) nicht extendirt werden."

184. (S. 162.) Dieß erhellt aus einem Schreiben Goldackers an den Kurfürsten, 11. Apr. 1641: er würde dem Befehl zur Reduction der Compagnie Funk nachgelebt haben, „wenn nicht J. Kurf. Gn. in dem letzten Schreiben allergnädigst anbefohlen" u. s. w.

185. (S. 162.) Aus der Instruction für die nach Schweden bestimmte Gesandtschaft, 1. Mai 1641.

186. (S. 162.) Schwarzenberg schreibt 31. Jan. 1641: „Von Geheimräthen sei niemand als Sebastian Striepe zur Stelle; einstweilen habe er nebst Striepe den Kammergerichtsrath Dequede zur Deliberation dessen, was er in dieser Relation schreibe, gezogen, und werde also bei allen andern continuiren." Die zunächst ernannten Räthe waren der von Ribbeck und Otto Marwitz.

187. (S. 162.) „Darüber er endlich in solche Bestürzung gerathen, daß er der medicorum, so ihn eröffnet, einstimmiger Aussage nach ex moerore animi et perturbatione sensuum gestorben, denn sonsten alle anderen viscera gesund gewesen." Aus der im Text angeführten Instruction vom 1. Mai 1641. Den Bericht der Geheimenräthe vom 14/4. März 1641, dem Tage des Todes, hat ziemlich vollständig Cosmar, Schwarzenberg Beil. XI.; sie führen neben jener Regensburger Nachricht als Grund des Todes an, daß die 6 Capitäne des Rochowschen Regiments „mit starker Instanz" Geld begehrt.

188. (S. 163.) „Die Briefe, wegen welcher mir so angst war" schreibt Johann Adolph Schwarzenberg an Graf Leslie, 23. Mai 1641. Das Uebrige aus den Gravamina der Stände von Barnim und Teltow, Herbst 1641, Art. 30; sie bemerken, daß die Versiegelung des Nachlasses versäumt sei, während der Graf bei Georg Wilhelms Absterben Alles habe versiegeln lassen, „worüber ein wunderbares und seltsames Nachdenken cursiret."

189. (S. 163.) Namentlich die Vorgänge in Altstadt Brandenburg sind entsetzlich:

„Da haben die Goldackerschen Reuter alles Hausgeräth, Kisten, Schränke, Thüren, Fenster zerschlagen, die Wände an den noch gar wenigen vorhandenen Häusern eingestoßen, Riegel und Balken herausgerissen, die Dielen aufgerissen, das Holz in den Häusern oder auf der Thorwache verbrannt, ihre Pferde in die Gärten und Weinberge getrieben" u. s. w. Bericht der Geheimenräthe, 10. Nov. Der Rath von Brandenburg schreibt 21. Mai: „Die Gewalt der Soldaten ist sehr groß geworden, also wenn auch zehn Bürger krumm und lahm oder gar todt geschlagen worden, so müssen doch alle Soldaten Recht und die Bürger unrecht haben."

190. (S. 164.) So meldet der jüngere Schwarzenberg an Leslie, 5. Juli 1641.

191. (S. 165.) Mit Stalhandsch unterhandelte Conrad von Arnim (dessen Bericht an Burgsdorf, 1. Mai), mit Liliehöck Johann Friedrich von Buch (in Wollin) 27. April, mit Axel Lilie Isaak Ludwig von Gröben, 24. April; an Banner war Hempo von Knesebeck gesandt.

192. (S. 165.) So die mehr erwähnte Instruction für Leuchtmar, 1. Mai 1641. Pufendorf I. p. 14 giebt sie fast vollständig. (Jetzt UA. I. p. 522.) Daß eine Aufforderung zu Verhandlungen schwedischer Seits schon bei der Condolenz geäußert war, entnehme ich aus Pufendorf de rebus Suec. XIII. p. 70. Winterfeld schreibt 19. Mai aus Hamburg: (jetzt UA I. p. 539) „Daß (in der Instruction für Leuchtmar) in puncto einer Heirath nichts in mandatis, consilium non improbo; ich versteh aber von einem vertrauten Freunde, daß die Inclination gar gut, und wohl übel dürft genommen werden, wenn davon gar nichts sollte erwähnt werden, könnte leicht alle Negotiation darüber zu Wasser werden." cf. Chemnitz, 1641. p. 16.

193. (S. 166.) Le Laboureur Hist. du Mar. Guébriant p. 313 .... L'empire, que les Couronnes vouloient ruiner pour le partager entr' elles puisqu' elles ne le combattoient que par ses propres forces.

194. (S. 166.) So Hempos von Knesebeck Bericht, 21. Mai 1641: „Die Bauern erheben sich unter dem Prätext, daß ihnen darüber von den Kaiserlichen zugesetzt und leicht etliche Regimenter in die Altmark geschickt werden können."

195. (S. 166.) Burgsdorf hat nach einem aufgefangenen Bericht Johann Adolphs von Schwarzenberg gesagt: „Wenn 499 dießmal die Schweden nicht schlägt und ruinirt, so ...." Die weiteren Chiffern sind unverständlich.

196. (S. 166.) Burgsdorf an den Kanzler v. Götze, Berlin 19. Mai 1641 (jetzt UA. I. p. 455).

197. (S. 168.) Daß so verfahren werden solle, meldet des Markgrafen Schreiben an den Kurfürsten vom 17/27. Mai 1641; die Verhaftung folgte am 19. Mai. Die Jagdgeschichte bei Pöllnitz, Mém. I. p. 25, ist ohne Werth. — Die Richtigkeit der Dichiffrirung der Briefe Schwarzenbergs wurde später kaiserlicher Seits in Abrede gestellt (UA. I. p 484 und p. 491). Die Aeußerung brandenburgischer Beauftragter gegen Erzherzog Leopold Wilhelm im Hauptquartier Genthin: „der Kurfürst habe dieß Wort Schwarzenberg nicht begehrt gar hoch anzustrengen, weil ihm der Graf nicht sonderlich schaden könne, aber die Räthe haben solche Injurie nicht wollen auf sich sitzen lassen" u. s. w.

198. (S. 169.) Er entwich vor dem ihm gesetzten Termin (5. Aug.) „bei nachtschlafender Zeit und besetzter Wache auf ungewöhnliche Art und mit verächtlicher Hintansetzung S. Kf. D. desfals an ihn ergangnen Befehls, heimlich." Schreiben der Stände an den Kurfürsten, 10. Aug. 1641.

199. (S 169.) Markgraf Ernst an den Kurfürsten, 28. Juli/7. Aug. 1641.

200. (S. 170) Die Instruction für Leuchtmar und Brunn (sie wurden zur Auswechselung der Ratificationen des Vertrages vom 14. Juli gesandt, die nicht zu Stande kam) vom 28. Dec. 1641, sagt: die Werbener Schanze anlangend, sei schon, da

dieselbe mitten im Lande und nicht zu behaupten, im Nov. 1640 auf dringende Bitte der Stände deren Demolirung beschlossen und von dem hochseligen Kurfürsten eingeleitet, sie sei vollzogen gewesen, ehe die Unterhandlung mit Schweden begonnen.

201. (S. 172.) So die puncta cum Sermo Electon per legatos S. R. Mis tractanda die 15 Mai 1641. (UA. I. p. 65). „Wir müssen mit Schmerzen und Verwunderung vernehmen, das uns solche Sachen angemuthet werden, die wir für ganz inpracticabel halten." Des Kurfürsten Schreiben vom 22. März 1641. Orlich III. p. 20.

202. (S. 113.) Das Gelöbniß, das der Kurfürst dagegen überreichte, hatte statt der Worte der früheren Fassung (Orlich I. p. 67) ducatum juxta privilegia gubernaturos et gravamina, si quae inrepserint, juxta pacta abolituros die Formel: ducatum juxta privilegia gubernaturos, si quid etiam praeteritis temporibus a pactis feudalibus per iniquitatem temporum recessit, id ad orbitam suam et normam eorundem pactorum et jurium quorumvis redacturos correcturos et rovocaturos. Also die Gravamina, damit das Verhältniß des Kurfürsten zu den Ständen, wurde aus der Pflichtnotel gegen den König fortgelassen.

203. (S. 174.) Schreiben Winterfelds an den Kurfürsten, Hamburg 1. Juni 1641. Ueber den andern Plan, den Prinzen Johann Casimir, des Königs Bruder, mit der Schwester des Kurfürsten zu vermählen, Pufendorf I. 21, habe ich keine archivalische Nachricht.

204. (S. 175.) So in dem gedruckten Erlaß vom 12. Dec. 1641 und in dem Schreiben des Kurfürsten an seinen Gesandten, d. Przasnitz 30. Sept. 1641. Schreiben des Kurfürsten an seinen Gesandten, Ortelsburg, 24. Sept. 1641, bei Orlich III. p. 29, 30.

205. (S. 176.) Ne quid turbarum forte daretur per Lutheranos, befiehlt der König auf Hoverbecks Antrag den Räthen der drei Städte Königsberg, ut sedulo praecaveant omnes turbas nec patiantur ullos motus concitari, dum Dr. J. Bergius orationem funebrem habiturus esset in templo arcis. So Martin Schookius in dem handschriftl. liber primus de vita et rebus gestis Friderici Guilelmi Electoris, ein weitläufiges, nur hier und da lehrreiches Werk, das übrigens schon vor 1666 geschrieben worden ist.

206. (S. 178.) „so und weilln wir nur pro patria de damno vitando, die Ritterschaft aber de lucro privato captando sorgfältig ist, so haben wir desto mehr Ursach, wider solches und dergleichen der Ritterschaft suchen zu vigiliren." Erklärung der Städte, 1. Nov. 1641.

207. (S. 178.) Sie berechneten ihre Leistungen auf das Jahr: für die Soldatesca 97,638 Thlr. und 308 Wispel 18 Scheffel Futterkorn (5467 Thlr. 12 Gr.), 16000 Thlr. zu Bekleidung, 5000 Thlr. Legationsgelder, also 118,638 Thlr. baar. Eingabe der Stände vom 14. Jan. 1642.

208. (S. 179.) Schreiben des kaiserlichen Gesandten in Hamburg, Reichshofrath von Lützow, an Erzherzog Leopold Wilhelm, Hamburg 2. Oct. 1641.

209 (S 179.) Dieß aus einem Schreiben des Kanzlers vom Borne, Küstrin 11. April 1642. Einiges aus den betreffenden Berichten Leuchtmars hat Orlich I. p. 81 abdrucken lassen. Ein Brief aus Stolpe, 15/25. Januar, schreibt von der „unermeßlichen Freude Pommerns;" er sagt: „also groß und sehnlich ist die Begierde einiger Fried und Sicherheit bringenden Erquickung."

210. (S. 179.) So nach dem Bericht des jüngeren Heimbach 2/12. Aug. 1641. Diese Dinge, die ich im Text nur summarisch behandelt habe, sind jetzt eingehend in UA. V. p. 97 ff. erläutert. In Rücksicht auf die Malversationen Schwarzenbergs, über welche die märkisch-clevische Landschaft einen „articulirten Bericht" im Herbst 1641

einsandte (84 Artikel) wurde bei seinem Tode seitens der clevischen Regierung auf seine Herrschaften „im Niederland“ Beschlag gelegt, und der kurfürstliche Landrentmeister Lucas von Blaspiel „verarrestirt.“ Dieß ergiebt sich aus der anziehenden Correspondenz des jungen Grafen mit seinem Rath und Oberamtmann Johann von Herding, Propst zu Soest und Kaiserswerth. Ein Schreiben von Johann von Broel gen. Plater (Emmerich, 27. Juni 1641) spricht davon, wie der selige Kurfürst von dem Grafen „hinters Licht geführt worden.“

211. (S. 181.) Aus Leuchtmars Bericht, Stettin 18/28. Mai 1641.

212. (S. 182.) „Sollte man dafür halten, daß S. kf. D. aus Furcht oder Kleinmuth zu diesem Waffenstillstand geschritten wären, und daß sie deshalb Alles über sich würden gehen lassen, so wäre es gewiß ein sehr großer Irrthum Gott der Allmächtige hätte sie mit einem so herzhaften Gemüth begabt und armirt, daß jetziger Zeit unter den Prinzen wenige oder keine seien, so es ihnen darin vorthun möchten.“ So Leuchtmar (Relation vom 19/29. März 1642.)

213. (S. 183.) In jurisdictione civili et oeconomia lautet die oft wiederkehrende Bezeichnung.

214. (S. 184.) Die Creditive sind vom 17. Juli, also auch wohl die Instruction. UA. I. p. 566. Die Gesandten erhalten zugleich Creditive an die Königin, an die Regentschaft, an den König von Dänemark.

215. (S. 185.) Art. IX. der Propositionen: Quod princeps feudatarius connubium agitet in domo inimica. Pufendorf de reb. Suec. XV. 75.

216. (S. 185.) Bericht des Herrn van Heenvliet an den Prinzen von Oranien, 29. Jan. 1642. Groen v. Prinsterer Arch. II. p. 6. Nach Pöllnitz, Mem. I. p. 30, soll dem Kurfürsten durch den König von Polen die Hand der Erzherzogin Maria Anna, Tochter des Kaisers, angeboten worden sein, die 1634 geboren war.

217. (S. 186.) Ueber diese Dinge, die Pufendorf (de bell. Suec) im Wesentlichen treffend schildert, lagen mir einige Papiere vor, welche er nicht gekannt hat; ich darf hier bei denselben nicht verweilen.

218. (S. 187.) Ich folge hier den Angaben Pufendorfs de rebus Suec. XV. 75—85 und den weniger eingehenden von Chemnitz IV. 3. p. 53. Acten über diese dänisch-brandenburgische Verhandlung haben mir nicht vorgelegen.

219. (S. 187.) So äußerte sich der Legat Johann Oxenstierna gegen Hempo von Knesebeck nach dessen Bericht vom 14. Aug. 1643.

220. (S. 188.) Diese Verhandlungen, die erst Baron von Effern, dann Transehe von Roseneck führte, enthielten doch wohl mehr, als Pufendorf auch in der schwedischen Geschichte (XV. 36. 85), und Chemnitz (IV. 3. p. 94) erkennen läßt. Die „bewußte Sache“, die in den betreffenden Schreiben vom 22. Juni, 4. Sept., 27. Sept. 1643 erwähnt wird, ist eben die Hand der Königin. In dem Schreiben vom 24. Sept. empfiehlt der Kurfürst den Herren der schwedischen Regentschaft die Förderung der Sache, die er durch der Königin Secretär Baron von Effern vor Kurzem habe eröffnen lassen, und mit Fortführung dieser Sache habe er den Roseneck, der diese Schreiben überbringt, betraut. Vergl. jetzt UA. I. p. 597.

221. (S. 188.) Der Vertrag, der bei Pufendorf auf den 18. (28.) Mai datirt wird, wird seit dem Februar 1644 verhandelt und kommt 5/15. Juni zum Abschluß zwischen Lilieström und Rumelian von Kalchheim genannt Leuchtmar, v. Mörner p. 133.

222. (S. 189.) So nach einer Angabe Orlichs I. p. 97; ich habe bisher auch in den märkischen Amtsacten, die ich zu sehen Gelegenheit gehabt, nichts Näheres über diese Commissarien gefunden.

223. (S. 189.) Torstenson sagt 1645, 14. Jan., von des Kurfürsten Land und

Unterthanen: „Sintemal selbige in gutem Zustand, also das nicht allein die alten Inwohner zu dem Ihrigen sich wieder gefunden, sicher wohnen, den ackerbau, handel und wandel ungehindert fortsetzen, sondern auch andrer herrschaften unterthanen sich unter des Churfürsten Schutz begeben und gleich den Seinigen, dessen Lande zum besten und mehreren Aufnehmen, ihre Nahrung treiben thun." Chemnitz IV. 5. p. 32.

224. (S. 189.) Eine archivalische Notiz vom 11. Febr. 1648 erwähnt, daß Conrad von Burgsdorf gegen den Canal u. a. eingewendet habe, Schweden werde es nie zugeben, daß S. Kf. D. die Oder in die Spree führe.

225. (S. 191.) Ich folge den Berichten von Winandt Rodt, die vom August 1643 bis zum Ausgang 1644 reichen. Namentlich die über seine Verhandlungen mit d'Avaux in Münster sind lehrreich. Jetzt in den UA. I. p. 622 ff. Der Vertrag mit Hessen ist in Cassel 12. Oct. 1644 zum Abschluß gekommen. v. Mörner p. 135.

226. (S. 191.) Erst durch die weiteren Untersuchungen von Erdmansdörffer und v. Haesten (UA. IV. p. 149 ff. V. p. 108 ff. und die dazu gehörigen Actenstücke) hat die Thätigkeit Norpraths Licht erhalten: ich muß mich begnügen auf sie zu verweisen.

227. (S. 192.) .... que Dieu a fait naistre pour ne rien souffrir sans en tirer raison; cela augmentera l'opinion que toute la terre a conçue de sa magnanimité et courage et donnera subject aux autres à songer à eux mesmes devant que de l'aller attaquer. Winandt Rodt an Leuchtmar, 28. Oct. 1644 (jetzt UA. I. p. 628). Die folgende Worte sind aus einem Schreiben Leuchtmars aus Stettin, 18/28. Mai 1642.

228. (S. 192.) So schreibt Burgsdorf dem Kurfürsten über den Kriegsrath Marwitz, 12. April 1641: „Welcher ein ehrlicher, begüterter Mann ist, der obgleich derselbe bei Lebzeiten des Herrn Meister furchtsam gewesen, wiewohl ich weiß, daß er sich ihm in unterschiedlichen, unbilligen Dingen opponirt, so hat der Graf wohl andern vornehmen Räthen Furcht eingejagt."

229 (S. 193.) Protest vom 13. Juli 1643. An der Spitze der Unterzeichneten steht die Gräfin Lynar, dann Frau Kanzler Löben, und dann folgen die Pfuel u. s. w.

230. (S. 197.) Instruction vom 25. März 1643. Der Kurfürst beschickte den Tag, „nicht allein als ein Churfürst des Reichs, sondern auch als ein Herzog von Pommern", und sollte die Stimme für Pommern der baireuthische Kanzler von Feilitzsch zu führen aufgefordert werden.

231. (S. 199.) Wesenbecks Bericht vom 13. Juni 1643. In dem Fürstenrath waren die katholischen Stimmen: Oestreich, Burgund, Baiern, Würzburg, Münster, Costnitz, Abt von Weingarten, Fürstenberg, Cöln; die evangelischen: Braunschweig, Pommern, Hessen, Nürnberg. Die Stimme von Jülich-Cleve ruhte.

232. (S. 199.) Nach der Instruction des Kurfürsten vom 29. Mai und Wesenbecks Berichten aus dem Juli. Auch Chemnitz 1643 p. 114 ff. hat Ausführliches über die Verhandlungen.

233. (S 199.) Wesenbecks Bericht vom 9. Jan. 1644.

234. (S. 200.) „und das dieselbe nicht ex religione wie theils catholici vermeinten, sondern andern politicis principiis status et dominatus herauszusuchen." Wesenbeck 27. Febr. 1644.

235. (S. 201.) Das Schreiben des Kurfürsten von Mainz, Cöln, Baiern und Sachsen vom 20. Jul. 1644, UA. I. p. 855; es ist erst am 7. Nov. in Berlin angelangt. Das Schreiben an den König von Dänemark wurde am 25. April unterzeichnet „und sonderlich hat Kursachsen vermeint, daß an dessen Verschickung keine Minute zu versäumen." Wesenbeck 30. April.

236. (S. 201.) Bei den „allerhand harten und heftigen Discursen", die darüber in Frankfurt gehalten worden, wurde u. a. gesagt: „daß bei sothaner obstination und

da man denen Evangelischen auch in ihren schwersten gravaminibus im geringsten nicht nachzugeben gedächte, gar schwerlich weder zu innerlicher noch auch consequenter äußerlicher Beruhigung des Reichs werde zu gelangen sein." Wesenbecks Bericht vom 20. Aug. 1644.

237. (S. 202.) Wesenbecks Bericht vom 9. Juli 1644.

238. (S. 203.) Wesenbecks Berichte vom 1. und 22. Oct. 1644 mit den darauf erfolgten Bescheiden des Kurfürsten.

239. (S. 204.) Erklärung von Mainz; nach Wesenbecks Bericht vom 20. Januar 1645.

240. (S. 205.) La fermeté avec laquelle le député de l'El. d. Br. a resisté aux Imperiaux n'est pas une chose de legère considération. Brienne an d'Avaux und Servien, Paris 8. Juli 1645, in (Jean le Clerc) Négoc. Secr. II. 2. p. 88. Der brandenburgische Secretarius Schlezer berichtet, 9. Juli 1645, Serviens lobende Aeußerungen über das brandenburgische Votum „wegen des juris suffragii vor die gesamten Reichsstände à l'opposition de tous les autres." Was Chemnitz über diese Dinge (die Verhandlungen in Lengerich) berichtet, ist stark schwedisch gefärbt, und Pufendorf (de reb. Suec. XVII. 73) hat dieselben Actenstücke vor sich gehabt. Ich muß es mir versagen, diese Dinge eingehender aus den Acten darzulegen, und verweise auf die Darstellung Pufendorfs (de r. g. F. G. II. 27).

241. (S. 205.) Postquam regum omnium Europae intersit statum Germaniae, qualis ante hos motus fuit, manere salvum .... ut is, qui fuit a. 1618 ante horum motuum exortum reducatur tam ratione religionis et ecclesiae quam libertatis publicae.

242. (S. 205.) In Art. 3 der schwedischen Propositionen: per universalem et illimitatam amnistiam ...., alle Stände des Reichs, auch Pfalz, Würtemberg, Baden, Augsburg ꝛc. restituantur plenarie in suum statum in sacris et profanis, in quo ante exortos a. 1618 imperii motus prosperrime floruere. Und im französischen Entwurf Art. VIII. .... seront maintenus dans tous les autres droits de souveraineté qui leur appartiennent et spécialement dans celui de faire confédérations tant entre eux qu'avec les princes voisins pour leur conservation et sureté.

243. (S. 206.) Die Theilung, die namentlich Ende 1645 wieder Gegenstand der Erörterung wurde, wird u. a. in der lehrreichen Brochüre: „Münstersche Zeitung und Gespräch", mit dem Motto aus Tacitus: Deliberant, dum fingere nesciunt besprochen, offenbar von einem recht Kundigen.

244. (S. 208.) Aus der „Supplication, welche die Deputirten der Ritterschaft und Städte S. kf. D. übergeben, 17. Jan. 1645." Landständ. Arch. in Berlin.

245. (S. 209.) In dem eigenhändigen „Bedenken, ob ich einige Parthie itzo oder ins künftige annehmen solle;" es ist vom Frühling 1647, s. u.

246. (S. 209.) Dieß nach einer Menge von Briefen, namentlich von Adolph Friedrich Schlezer, dem brandenburgischen Residenten in Stockholm, von Löben aus Osnabrück u. a. Die Königin Wittwe sandte im Februar 1645 ein von Burgsdorf verfaßtes Schreiben an Christine, daß sie sich endlich entschließe, — gleichzeitig 7. Febr. Götze ein großes Promemoria an den Reichskanzler u. s. w. Die plötzliche Abreise des Kurfürsten nach Königsberg, Januar 1645, wurde bei Hofe selbst so gedeutet, daß demnächst die Hochzeit folgen werde, wie eine gedruckte „Zeitung aus Berlin, 27. Jan. 1645" angiebt.

247. (S. 209.) Daß diese Frage „weder levendig gheworden", sagt ein Brief an Lord Jermin aus dem Haag, 17. Mai 1645, gedruckt in der Brochüre: Eenighe extracten uyt verscheydenen Missiven gevonden in de Lord Digbys Cabinet. s. a.

248. (S. 209.) In der damals oft gedruckten bibliotheca gallo-suevica — sie

wurde im December in Paris bekannt und, wie Mazarin 22. December schreibt, der burgundische Rath Antonius von Brun für deren Verfasser gehalten — heißt es XXV.: De Montpenseriae Aureliani Ducis f. procis et ambitoribus deque ejus nuptiis, an Mantuae, an Berlini, an Olyssiponae, an Oxonii, an Cracoviae celebrandae (so in den drei Ausgaben, die mir vorliegen). Weiteres darüber UA. I. p. 206.

249. (S. 209.) Quo tutius de Regno per stipendiarios istius proceres disponere queant. Dänische Relation in Négoc. secr. I. p. 473.

250. (S. 209.) Brienne an seine Gesandten am Congreß, 20. Juli 1645. Négoc. secr. II. p. 104 .... on dit qu'il ne veut songer à une couronne, quand l'autorité ne le doit point regarder, estimant indigne d'être seulement le mari de la Reine.

251. (S. 210.) Qu'il y a du Hugenotisme dans cette affaire. d'Avaux und Servien an Brienne, 8. Nov. 1644.

252. (S. 211.) Servien entgegnet: Une chose faicte ne peut être non faicte. Selbst d'Avaux mißbilligt seine opinastreté. Bericht von Münster, 13. Mai 1645. Im Uebrigen verweise ich auf die reichhaltigen Actenauszüge über die Friedenshandlungen, in den UA. IV. p. 350—736, welche die summarische Darstellung, auf die ich mich beschränken muß, ergänzt.

253. (S. 212.) Löben an Burgsdorf, Osnabrück 23. Nov. 1645. Und des Kurfürsten Resolution, Königsberg 26. Nov. 1645, auf die Forderung, die Reformirten von dem jus reformandi auszuschließen; es sei überhaupt verwerflich: „wir seind Gott Lob des Verstandes, daß wir uns über die Gewissen unserer Unterthanen keines Imperii anmaaßen, sondern dasselbige Gott allein anheimstellen."

254. (S. 212.) Vous pouvez juger comme les Impériaux sont soigneux de fomenter cette division. Die französischen Botschaften an Brienne, 11. Nov. 1645. Nég. secr. II. 2. p. 203. Briennes Tadel über die Schweden: ils sont en état de rupture avec Br. 23. Dec. 1645, ib. p. 236.

255. (S. 212.) „daß sie darüber beinahe von Worten zu streichen gerathen wären." Chemnitz 1646. p. 35 und ihm folgend Pufendorf de rebus Suec. XVIII. 61: ut prope a verbis ad verbera perventum esset.

256. (S. 213.) Chemnitz 1646. p. 151. Pufendorf de rebus Suec. XVIII. 117 übersetzt ihn: Se non inconsultos pecorum instar alienari posse.

257. (S. 215.) Antwort des Kurfürsten an Wittgenstein, 3. Jan. 1645. Und in dem Rescript vom 13. Dec. 1645: Pommern ist gleichsam eine Vormauer unsers Kurfürstenthums und die linea correspondentiae unsers Etats in Preußen, dergestalt, daß wenn wir diese Lande sollten abtreten, beide unsere status hierdurch zugleich würden ruinirt und verderbt werden."

258. (S. 216.) Aus der Relation, die Dohna nach seiner Rückkehr, am 9. Sept. 1646, im kurfürstlichen Rath verlesen. Sie ist nach der ausdrücklichen Weisung des Kurfürsten zugleich ein Bericht über den Zustand Frankreichs, des Hofes, der Verfassung; also ähnlich wie die schon damals berühmten venetianischen Relationen.

259. (S. 216.) Quand mesmes ils seroient contrainets de se séparer des autres provinces. de Willhem an Zuylichem, 31. Oct. 1645. Groen van Prinsterer Archives II. p. 149

260. (S. 217.) Pufendorf II. 42: Ni Elector circa matrimonium cum Auriaca certi quid statuet. Pufendorf ist einem Bericht von Löben vom 4. Mai 1646 gefolgt, der jetzt UA. IV. p. 440 auszugsweise mitgetheilt ist.

261. (S. 217.) Unter den vielen Schriftstücken, die diese Frage behandeln, ist eins der lehrreichsten, das Pufendorf nicht benutzt hat, ein Schreiben von Conrad von Burgsdorf an Wittgenstein, 8. März 1646, in dem der Kurfürst gegen den Vorwurf

vertheidigt wird, daß er die schwedische Heirath „kaltsinnig" betreibe; der Kurfürst sehe nicht, daß er sich noch einige Hoffnung machen könne.

262. (S. 218.) Pour unir tous ceux qui par envie, par espérance et par interest peuvent contribuer en quelque façon à faire changer la face des affaires, qui est à présent si riante et si avantageuse pour nous. Mém. du Roi, 29. Sept. 1646 Négoc. secr. III. p. 327.

263. (S. 218.) Winandt Rodt, Osnabrück 1. Juli 1646. D'Avaux hatte zu ihm gesagt: Toute fois, si V. A. E. veut prendre cette généreuse résolution, en considération du repos et de la paix publique de céder la moité de la Pomeranie, en recevant pourtant une satisfaction entière sur cette pièce-là, et si Messieurs les Suédois ne se contentent pas de cela, il n'y sera ny Roi, ny prince, ny république, qui ne s'opposera.

264. (S. 219.) Oxenstiernas Aeußerung in dem Briefe an Servien in Bougeant, Histor. du traité de Westph. II. p. 587.

265. (S. 221.) Abbé St. Romain, Münster 1. Jan. 1647, der von dort aus zum Kurfürsten nach dem Haag gesandt war. UA. II. p. 18.

266. (S. 222.) Brasset an Mazarin 26. Nov. 1846 .... je vous suplie de vouloir considérer que le régime de cet état est sujet en pluralité, qui se rend de jour en jour plus jalouse de sa domination absolue. (Groen van Prinsterer Archives IV. p. 172.)

267. (S. 223.) Daß die Vermählung als ein Erfolg der Prinzessin Mutter gegen die französische Politik angesehen wurde, ergiebt die Aeußerung des Grafen Wilhelm von Nassau: qu'elle pense avoir emporté ce prince que la France gardoit pour Mademoiselle (von Orleans) et s'en tient assez glorieuse. Brasset an Mazarin, 17. Dec. 1646. Groen van Prinsterer Archives II. 4. p. 178.

268. (S. 223.) Die Angaben Pufendorfs II. 70 sind kurz und sachgemäß; für die Liebhaber von Decorationsstücken bieten die holländischen u. a. Zeitungen der Zeit ein reichliches Material, wovon denn auch Einiges in das Theat. Eur. übergegangen ist; auch der Rede ist da erwähnt, „woselbsten S. kf. D. eine schöne Oration betreffend Dero Ankunft und fürnämlich den heurath gethan" Ich folge einem Schriftstück des Titels: „Memorial und wiederhohlter eigentlicher Inhalt der Propositionen, welche S. kf. D. in öffentlicher Verhandlung der Herren Staaten General am 13/23. Nov. selbst in Person mündlich abgelegt"; es ist der mit sehr vielen Correcturen versehene Entwurf der „schönen Oration" (jetzt UA. IV. p. 62 ff.)

269. (S. 223.) Instruction vom 8. Dec. 1646: „das Fundament dieser Alliance muß sein mutua fida firmaque amicitia et reciproca conjunctio."

270. (S. 229.) Der Vertrag vom 8. April 1647 bei v. Mörner p. 136 ff. Das Arrangement wurde erst durch den Vertrag vom 20. Mai 1649 vollendet, in dem der Kurfürst Ravenstein an den jungen Pfalzgrafen überließ für die beiden Aemter in Ravensberg, die diesem der Vater überwiesen hatte, v. Mörner p. 150.

271. (S. 225.) Aus den Berichten Burgsdorfs: „in summa, die Jesuiten haben diesen guten Fürsten dermaaßen im Gedräng und in der Klemme als die Schulmeister ihre Schulknaben." Schreiben vom 12. April 1647. Den ganzen Verlauf der Verhandlungen geben Burgsdorfs Berichte, die jetzt UA. IV. p. 258 u. 359 abgedruckt sind. Sehr lehrreich ist ein Denkschreiben des jungen Pfalzgrafen an seinen Schwiegervater, den König von Polen, (9. März 1647), der zu Abschluß des Vertrages il più vivo et efficace stimolo gewesen sei. Er bemerkt, er habe den Kurfürsten befunden essere molto diverso di quello che alcuni spiriti inquieti hanno cercato d'imprimere.

272. (S. 226.) Schreiben Schlezers an den Oberkammerherrn Conrad von Burgsdorf, Stockholm, 5. Dec. 1646.

273. (S. 227.) Das war die Ansicht, die Kleist in einem Schreiben aus dem Haag, 27. Jan. 1647, dem Kurfürsten darlegte.

274. (S. 227.) Schreiben des Kurfürsten an Kleist, Cleve 2. Jan. 1647 (jetzt UA. IV. p. 10).

275. (S. 228.) D'Avaux schreibt: En effet les Impériaux ont toujours appuyé et favorisé jusqu' au bout la prétention des Suédois sur toute la Poméranie non seulement afin d'être quittes de la récompense destinée à l'Electeur de Br., mais aussi pour se rendre nécessaires à la couronne de Suède, après qu'elle lui auroit fait tant maltraiter ce Prince. Aus d'Avaux Mem. vom 22. Febr. in den Nég. hist. IV. p. 25.

276. (S. 228.) d'Avaux Memoiren vom 22. Febr. 1646 in den Nég. secr. IV. p. 27. Für diese Verhandlungen, von denen ich hier nur das Wesentlichste geben konnte, liegen nun die ausführlichen Berichte UA. IV. p. 490 ff. und der Bericht der staatischen Gsandten UA. III. p. 15 ff. gedruckt vor.

277. (S. 228.) Motifs de la France pour la guerre d'Allemagne, p 443.

278. (S. 229.) Schreiben an den Herzog von Longueville, 29. Jan. 1647. Nég. secr. IV. p. 13.

279. (S. 229.) So d'Avaux's Schreiben an den Kurfürsten, 24. Febr. 1647: (Nég. secr. IV. p. 30), mit der Anrede Monsieur statt Monseigneur.

280. (S. 229.) Schreiben des brandenburgischen Agenten Wicquefort, 8. März 1647: Lionne habe zu ihm gesagt: Que V. A. E. s'estoit tenu trop couvert ce que n'aurait pas empêché de faire pour Elle .... si on l'eut pu fair sans rompre absolument avec les Alliés.

281. (S. 230.) So in einer lehrreichen Recapitulation dieser Verhandlungen, die Burgsdorf am 14. Jan. 1648 dem Dresdener Hofe machte. Daher in der Friedensformel (I. P. O. XI. 1) als Grund der Entschädigung für den Kurfürsten: quod ad promovendam pacem universalem juribus suis in Pomeraniam .... cesserit.

282. (S 230.) d'Avaux an Mazarin, 14. Mai 1647, bei Bougeant III. p. 288.

283. (S. 231.) „Bedenken ob Ich einige partie itzo oder ins Künftige annehmen solle, darinnen etliche obstacula, welche vorgewandt werden mochten, als nemlich, das man sich dem Kaiser, dem Reiche, Polen und Spanien hiedurch zuwider machen würde und dan warum man diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen solle und müsse." Das Schriftstück ist nicht datirt; auf dem Umschlag findet sich — wohl von C. W. v. Raumers Hand — die Notiz „bald nach dem Regierungsantritt;" und Ranke, Neun Bücher I. p. 41., der dieß Actenstück benutzt hat, nennt es „einen Aufsatz, der aus den ersten Regierungsjahren des Kurfürsten übrig ist." Aus dem Inhalt ergiebt sich, daß es nach dem März und vor dem Juli 1647 geschrieben ist. Jetzt ganz abgedruckt in UA. IV. p 552.

284. (S. 231.) „Dieses ist nun meine intention und meinung, und begehre Ihr als Räthe solche zu secundiren."

285. (S 232.) Briefe von Wicquefort vom 2 und 27. April 1647: On m'a fait donner grande espérance sous main. Die Franzosen hatten, ohne beim Kurfürsten anzufragen, Werbungen in Preußen versucht, aber die Regimentsräthe hatten sie untersagt, worüber man in Paris sehr ungehalten war: C'estoit la moindre recognoissance, que l'on estoit obligé de rendre aux Princes dont on a besoin, sagte Brienne zu Wicquefort.

286. (S. 233) Es liegen über diese Allianz zwei sehr lehrreiche Begutachtungen, die eine vom Kanzler Götze (ohne Datum) vor, beide sind für die Ablehnung. Diese Gutachten fallen nach den historischen Angaben, die sie enthalten, in den August. Jetzt sind beide Gutachten in UA. I. p. 667 abgedruckt; sie werden dort als kurz vor Mitte

Januar 1648 verfaßt bezeichnet. Sicherer ist, daß das andere nicht von Schwerin, sondern von Geh. Rath v. Striepe verfaßt ist.

287. (S. 233.) Pufendorf scheint III. 20. diese Verhandlungen zu meinen, doch hat er die Actenstücke wohl nicht vor sich gehabt, die ich benutzen konnte. Seinen Ausdruck: quam in rem Elector valde pronus erat, kann ich nicht für sachgemäß halten.

288. (S. 233.) Erst ein kaiserliches Schreiben vom 14. Juli 1647; dann Blumenthals Sendung mit Credenz vom 19. Aug.; des Kurfürsten Resolution aus Cleve, 15. Oct. 1647. Blumenthal hatte als kaiserlicher Kriegscommissar schon im Frühjahr 1647 dem Kurfürsten gegen die Anmaaßungen des Bischofs von Osnabrück, der von der Grafschaft Mark Verpflegung für 3000 Mann forderte, gute Dienste geleistet.

289. (S. 233.) Aus dem oben angeführten Gutachten von Striepe. Die Ligue zwischen Spanien, Brandenburg und den Staaten, die im Mai 1647 für ausgemacht gehalten wurde (Négoc. secr. IV. p. 103), ist, so viel ich sehe, nie ernstlich in Rede gewesen.

290. (S. 234.) Dieß aus der höchst lehrreichen Instruction für Burgsdorf, Sparenberg, 11/1. Dec. 1647, deren Anlaß sich gleich ergeben wird. Jetzt vollständig in den UA. IV. p. 762 ff.

291. (S. 235.) Diese Erbietungen wurden (im Nov.) durch den paderbornschen Kanzler Buschmann gemacht, Meiern IV. p. 799 ff. Eine Andeutung darüber hat Pufendorf III. 21. In den Burgsdorfischen Verhandlungen wird auf sie Beziehung genommen, weitere Acten haben mir darüber nicht vorgelegen.

292. (S. 235.) Daß der kaiserliche Secretair mit dieser Offerte nach Dresden gekommen, berichtete Burgsdorf aus Lichtenberg, 2. Jan. 1648.

293. (S. 236.) Schlezers Berichte aus Stockholm, namentlich vom 25. Dec. 1647, 1. Jan., 12. Febr , 4. März 1648.

294. (S. 236.) Schreiben von d'Avaux, 30. Dec. 1647: Le tiers parti qui se forme entre les Electeurs de Saxe et de Brand. et la maison de Brunswick auquel d'autres princes entreront, ne nous promet rien de bon .... (Bougeant III p. 397).

295. (S. 236.) Otto v. Schwerins Sendung nach Cöln, 31. Oct. Brief eines Ungenannten (quem nosti) an Burgsdorf aus München, 27. Dec. 1647.

296. (S. 236.) Friedrich Wilhelm an Maximilian, 18. Jan. 1648, dessen Antwort 22. Jan.

297. (S. 236.) Schreiben Maximilians von Baiern an Friedrich Wilhelm, 29. Jan. 1648.

298. (S. 236.) Aus der Burgsdorfischen Verhandlung in Dresden, 14. Jan. 1648. (Dresd. Archiv). Pufendorf de reb. Suec. XIX. 220: Ita dum a prius conventis aut oblatis tam longe nunc recedunt Caesarei, haud obscure patebat, nihil ipsos aliud agere, quam ut ludificando pacem extraherent.

299. (S. 236.) Holzapfel an den Kurfürsten 23/13. Oct 1647. Das Folgende nach Rommel IV. p. 724 ohne Zeitangabe; die Verhandlung mit den hessischen Ständen war Mitte November. Die Verhandlungen über den Nachlaß der Contribution, welche die Landgräfin noch von der Grafschaft Mark forderte s. UA. IV. p. 751. ff.

300. (S. 237.) Blumenthals Schreiben an den Kurfürsten, Frankfurt a. M., 12. Dec. 1647.

301. (S. 237.) Rommel IV. p. 734. Diese Verhandlung scheint sehr geheim betrieben zu sein, um dem Kaiser nicht „Ombrage zu geben."

302. (S. 237.) Burgdorfs Schreiben aus Zossen, 20. Jan.: „Ich beklage nichts mehr als die edle Zeit, die ich in dem verfluchten Lichtenberg habe zubringen müssen."

303. (S. 238.) Burgsdorf Gesammtbericht über seine Mission, Cleve 4. Mai 1648.

304. (S. 238.) Die Materialien zu dieser höchst anziehenden Verhandlung finden sich bei Meiern IV. p. 239—286, vergl. UA. IV. p. 664 ff. 683 u. s. w. Ich übergehe das Einzelne.

305. (S. 239.) Burgsdorfs Bericht, Küstrin, 15. Febr. 1648.

306. (S. 239.) Schlezers Bericht, Stockholm, 15. April 1648.

307. (S. 239.) Kleistens Bericht, Prag 14. März 1648: „Es ist aus allem Verfahren dieses Orts abzunehmen, daß diese geübten Thätlichkeiten wo nicht befohlen, doch darum connivirt worden, damit man sehe, wie man sich dagegen verhalte und ob es einige Veränderung der Resolutionen nach sich ziehen werde" Trautmansdorf wandte auf den Kurfürsten das Sprüchwort tomar y pedir an; Kleist antwortet, daß dies besser sei als pedir sin tomar, welches er nun lange Zeit her practisirt habe.

308. (S. 239.) Die beiden Kronen waren übereingekommen, de se relâcher sur les articles de l'intérêt public de l'Allemagne, à proposition qu'on les satisferait sur leurs intérêts particuliers. Servien bei Flassan, Hist. de la dipl. franç. III. p. 159.

309. (S. 239.) „Ein vornehmer ehrlicher deutscher Mann in Prag" sagte zu Kleist: Satisfactio militae utrinque premitur; utinam quos illa maxime premet, illi ne frustra fiat in tempore curent iungendo animos manusque Germanos, nulli factionum sed soli Imperio adhaerentes. Kleistens Bericht vom 30. Mai.

310. (S. 240.) „Kais. Maj. haben durch das Friedensmittel ihre Königreiche zu Erbkönigreichen gemacht", sagt Burgsdorf in den Lichtenberger Verhandlungen. Conferenz vom 14. Jan. 1648. (Dresd. Arch.)

311. (S. 240.) So entwickelt Kleist in seinem Bericht vom 15. Jan. 1648 dieß „gefährliche und dem Friedenshandel höchst schädliche artificium."

312. (S. 240.) Kleistens Schreiben aus Linz, 21. Juli.

313. (S. 240.) „C'était traiter l'Empereur avec trop de mépris et disposer souverainement sans lui non seulement des intérêts de l'Empire, mais de ceux de sa maison", so die Opposition einiger Stände. Servien Mem. vom 14. Sept. 1646, bei Bougeant III. p. 476.

314. (S. 241.) Je vois dans cette Cour (de Br.) tant de vastes desseins de tous côtés, que je crois qu'il sera difficile de fixer ce Mercure, leur fausse prudence allant à ne désespérer personne de leur amité, ce qui est une fort mauvaise politique, parceque bien souvent, qui ne veut point avoir d'ennemis, se trouve sans amis. Schreiben de la Courts an Lionne, 14. Sept. 1648.

315. (S 252.) J. P. O. 17. 4: Qui .... contravenerit, poenam pacis fractae ipso jure incurrat ... pax vero conclusa in suo robore permaneat teneanturque omnes hujus transactionis consortes, universas et singulas hujus pacis leges contra quemcunque ... tueri.

316. (S. 242.) J. P. O. 17. 2. Sed haec transactio perpetua lex esto et pragmatica Imperii sanctio.

317. (S. 246.) Brandenburgischer Seits wurde das entschieden verneint; „man werde das nicht finden", sagte Schlezer den Herren in Stockholm, „wenn man bedenke, daß der Kurfürst Magdeburg sobald nicht genießen werde, daß Sachsen vier stattliche Aemter davon erhalten, daß Graf Tettenbach die Grafschaft Reinstein vom Stift Halberstadt behalte und daß bald alle Canonicate in diesen Stiftern in ihrem Stand verbleiben und nicht eingezogen würden." Schlezers Schreiben vom 29. Febr. 1649. Die Stadt Magdeburg betrieb am Kaiserhofe ihre Anerkennung als Reichsstadt, wie denn Neumann aus Wien mehrfach über Otto von Guerickes Anwesenheit und sein „reichsstädtsches Vorhaben" berichtet.

318. (S. 247.) Neumanns Bericht aus Wien, 21/11. Dec. 1650, über die Verzögerung der Lehnbriefe der zu Fürstenthümern erklärten Bisthümer: „Jetzt kommt

das päpstische arcanum fast ungescheut heraus: weil man nemlich noch in dem Gedanken stehen thut, es werde wieder eine Zeit kommen, daß man alles über einen Haufen werfen könne, damit sodann desto bessere Ursache sei, diese Fürstenthümer, welche separat geblieben, der Clerisey wieder zuzuwenden."

319. (S. 248.) Der brandenburgische Agent in Wien schreibt 9/19. April 1651: Mit allzuleiser Manier komme man in Wien nicht durch, es gelte da das Wort des Tacitus: nihil profici patientia, nisi ut graviora tanquam ex facile tolerantibus impetrentur.

320. (S. 248.) Aus einem kurfürstlichen Memorial, über dessen Mittheilung an den Kanzler Oxenstierna Schlezer aus Stockholm, 16. Aug. 1651, berichtet.

321. (S. 249.) Aus einem Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, 7. Mai 1649. Seine Verhandlungen mit Montrose und Karl II. füllen das Jahr 1649 und die folgenden.

322. (S. 249.) Der brandenburgische Agent Doege schreibt aus dem Haag, 27. Aug. 1650: „Remoti sunt quam plurimi, qui remoram injicere negotiis soliti erant; princeps majore cum auctoritate rem promovebit, so viel Monate, als wir Jahre geduldet, haben wir nun nicht nöthig, rebus permanentibus, ut nunc sunt." Und am 14. October meldet er, wie günstig jetzt in den Staaten die Sache der Allianz stehe: „Den schwedischen Herren ist es nicht ganz nach ihrem Sinn; aus England schreiben sie, daß E. kf. D. mit der Allianz fürhaben, das Haus Oranien in diesem Staat zu befestigen und hernach auch das Königl. Haus von Stuart zu unterstützen und wieder aufzurichten, und suchen alle jalousie zu erwecken." Im November starb Prinz Wilhelm II. Ich bedauere, über die Verbindung des Kurfürsten mit dem Prinzen aus dem Berliner Archive nicht nähere Nachweise geben zu können; auch in denen des Haag, so weit Groen van Prinsterer sie benutzt hat, scheint nichts sich vorzufinden.

323. (S. 250.) I. P. O. IV. 58: .... quia vero etiam causa Juliacensis successionis inter interessatos, nisi praeveniatur, magnas aliquando turbas in Imperio excitare possit, ideo conventum est, ut ea quoque pace confecta ordinario processu coram Caesarea Majestate vel amicabili compositione vel alio legitimo modo sine mora dirimatur.

324. (S. 250.) Aus des Kurfürsten Instruction für den an den kaiserlichen Hof gesandten Blumenthal, Spremberg 24. Mai 1651.

325. (S. 250.) Der brandenburgische Agent in Brüssel, Staveren, meldet 9. März 1651, daß der Pfalzgraf „une femme de nulle condition, mais pourvue tant de lettres de crédence que d'instruction escrite et signée de sa propre main an den Erzherzog gesandt habe und daß man die Sache sehr geheim betreibe. Er meldet auch von den Unterhandlungen des Pfalzgrafen mit Cöln à faire une ligue pour s'opposer contre toutes les forces estrangères pour tout cas.

326. (S. 250.) Berichte der clevischen Stände, 8. Febr. 1651, der clevischen Regierung vom 20. Febr., 7. März 1651.

327. (S. 251.) d. d. Cleve, 9. Oct. 1649, jetzt UA. V. p. 390. Die anziehenden Verhandlungen des Kurfürsten mit den Ständen, die in meiner Darstellung übergangen werden mußten, sind in der vortrefflichen Auswahl der da mitgetheilten Actenstücke und die sachkundigen Einleitungen zum ersten Male ins volle Licht getreten.

328. (S. 252.) Relation an des Kf. D. wegen des Verlaufs der Extraordinar-Verfassung zu Königsberg, den 9. März 1649 bei Baczko V. p. 288.

329. (S. 253.) Dieß aus der Erklärung der Stände vom 18. Sept. 1650.

330. (S. 253.) So die ständischen Erklärungen vom 18. Sept. und 30. Nov. 1650 (Landständ. Archiv) sie sagen: es geschehe ihnen viel zu viel, wenn man sie in re mere liberi arbitrii so hart adstringire und wider die alten Landesreverse ex plenitudine potestatis höher, als sie selbst nicht wollen und können, collectiren und exequiren wolle.

Leipzig,
Druck von Giesecke & Devrient.



Geschichte

der

Preußischen Politik

von

Joh. Gust. Droysen.

Zweite Auflage.

Dritter Theil.

Der Staat des großen Kurfürsten.

Zweite Abtheilung.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1871.

Der

Staat des großen Kurfürsten

von

Joh. Gust. Droysen.

Zweite Auflage.

Zweiter Band.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1871.

Inhalt.

Der Feldzug von 1651.

Die Ereignisse, bis an deren Schwelle unsere Darstellung geführt hat, erscheinen in der herkömmlichen Ueberlieferung weder bedeutend an sich noch in ihren Wirkungen nennenswerth.

Aber sie sind in der tiefen Erschlaffung Deutschlands, die dem furchtbaren Kriege folgte, die ersten Pulsschläge wiederkehrender politischer Action. Und Angesichts ihrer ist am kaiserlichen Hofe gesagt worden: „der Kurfürst von Brandenburg ist nach dem Kaiser an Land und Leuten der größte und considerabelste Herr im Reich und hat eine überaus große Ambition sich noch größer zu machen."

Wenigstens, daß er die Ambition hatte, nicht unter dem zu bleiben, was er gelten konnte, daß er die Energie besaß, in Mitten tiefster Erschöpfung die Kräfte zu einer That zu spannen, daß er die Einsicht hatte, wagen zu müssen, — das zeigen die Vorgänge von 1651.

Die deutschen, die europäischen Verhältnisse lagen so, daß auch ein verwegener Versuch gelingen zu können schien.

Es wäre irrig, wenn man meinen wollte, daß der Friede von 1648 eine neue Ordnung der Dinge geschaffen habe. Weder ein neues Staatensystem noch eine Neugestaltung des Reichs gab er.

Die Siege Frankreichs und Schwedens hatten den Kaiser zu diesem Frieden gezwungen; er hatte in demselben die Bedingungen aufgegeben, auf die der Dominat des Hauses Oestreich gegründet war; er hatte der Waffengemeinschaft mit Spanien entsagt, die Parität der Bekenntnisse im Reich, die volle Libertät der Reichsglieder anerkannt.

Mit der Hälfte dieser Zugeständnisse zu rechter Zeit hätte er die Partheien im Reich versöhnen, die Einheit der Nation retten können. Er hatte erst nachgegeben, als die Eroberung seine Kronlande erreichte, seine Erblande bedrohte. Sie zu retten, hatte er so viel Reichsgebiet und Reichs-

gewalt aufgegeben, als die beiden Kronen forderten. In der Form einer Garantie des Friedens hatte er ihnen eine Competenz über die inneren Angelegenheiten Deutschlands zugestanden, die im Reich nur noch Raum zu localen Bildungen ließ.

Dreißig Jahre Krieg hatten die deutschen Lande von den Alpen bis zum Meer in Eine Brandstätte verwandelt, sie entvölkert. Das vordem der Zahl nach größte, durch den Umfang seines Gebietes und dessen Lage in der Mitte Europas mächtigste Volk war auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen, sein Wohlstand bis auf die Wurzeln verkommen, Handel und Gewerbe todt, die Fluren verwildert. Auf lange hinaus waren die Elemente der Macht dahin.

Nicht der Friede von 1648 schuf ein neues Staatensystem; aber daß die Mitte Europas politisch und national so zusammengebrochen war, veränderte alle Bedingungen des Gleichgewichtes; in ungeheuren Schütterungen rangen die äußeren Glieder um das, was werden sollte.

Im Westen kämpfte Spanien weiter gegen Frankreich, mit größerer Anstrengung, mit besserem Erfolg; es erwehrte sich Portugals, es behauptete Italien, es hatte mit der seemächtigen Republik der Staaten einen billigen Frieden geschlossen, der den Heeren in den burgundischen Landen ihre ungetheilte Kraft gegen Frankreich zu richten gestattete. Aber schon trat England, so lange in inneren Kämpfen zerfleischt, mit heran, nach dem Königsmorde mit der ganzen Hast und Kühnheit einer militärisch abschließenden Revolution nach Außen gewandt, zunächst gegen Holland um die Herrschaft der Meere zu ringen.

Und Schweden, von der Beute und dem Ruhm des deutschen Krieges nicht gesättigt, nach neuem Raub um so viel gieriger als es mächtiger geworden war, stand wie zum Sprunge bereit gegen Dänemark, Deutschland, Polen. Schon hatte Polen, durch den Abfall seines Bauernvolks in der Ukraine auf das Tiefste erschüttert, zugleich Krieg mit diesem und der wüsten Macht der Moscowiter, die unter dem neuen Hause Romanow nach dem Westen und nach dem Meer drängte. Die „Barbaren des Ostens", die Moscowiter, die Kosacken der Ukraine, die Tartaren der Krim drohten die abendländische Welt längs der Nordseite der Karpathen eben so zu überfluthen, wie im Süden derselben die Türken, die schon das Donauland bis über Ofen und Gran hinauf inne hatten.

Wie immer die Bewegungen im Osten und Westen sich schließlich klären mochten, Eins war seit dem Frieden von 1648 gewiß: daß nur noch ein Staatensystem sich bilden könne, dessen Schwerpunkt nicht mehr

in der Mitte Europas lag, dessen Mitte nicht mehr beherrschend die Peripherien überragte, sondern, wie eingesunken zwischen ihnen, allem schmutzigen Ab- und Einfluß von allen Seiten her offen, mehr und mehr in sich versumpfen werde.

Die Summe jener Verträge von 1648 war, daß die deutschen Territorien zwischen Oestreich und Frankreich, Oestreich und Schweden lose, ohnmächtig, im Namen des Reichs formlos und unformbar blieben.

So heftig in allem Andern die drei großen Mächte in Osnabrück und Münster gegeneinander gestanden, darin waren sie einig, dafür gemeinsam thätig gewesen, daß innerhalb des Reiches kein Machtgebiet entstände, groß genug, um die deutschen Interessen zu sammeln und zu vertreten, dem vielleicht einst wieder erwachenden Leben der Nation einen Kern der Einigung zu bieten.

Vor Allem hatten sie dafür gesorgt, den Besitzstand des Hauses Brandenburg in einer Weise zu ordnen, die dessen dauernde Inferiorität sicher stellte. Die weit zerstreute Lage der brandenburgischen Territorien, der confessionelle Gegensatz in ihnen und gegen das reformirte Bekenntniß des Landesherrn, die Libertät der Stände, in Preußen unter dem Schutz der polnischen Krone und der Adelsrepublik, in den rheinischen Landen unter dem noch eigensüchtigeren der Staaten, endlich die Nähe der schwedischen Uebermacht in Liefland, Pommern, den Weserlanden, — das Alles schien dazu angethan, die Besorgniß, als könne aus diesen allerlei Territorien je eine norddeutsche Macht werden, für immer zu beseitigen.

In demselben Sinn war gegen Brandenburg bei der Ausführung des Friedens verfahren worden. Der Uebermuth Schwedens fand in dessen Bestimmungen immer neue Vorwände, es zu drücken, zu erniedrigen, zu brutalisiren. Erst nach Jahr und Tag hatte die schwedische Verwaltung das Fürstenthum Halberstadt, erst nach zwei Jahren das Fürstenthum Minden geräumt, die beide gleich nach der Ratification in des Kurfürsten Hand hätten kommen müssen. Zur Uebergabe Hinterpommerns und des Fürstenthums Cammin wurde noch gar keine Anstalt gemacht: erst müsse die Grenze festgestellt sein, sagten die Schweden; aber sie hinderten diese Feststellung, indem sie immer weiteres Gebiet, als ihnen zugestanden war, in Anspruch nahmen; es war nur zu deutlich, daß sie das ganze brandenburgische Pommern in der Hand zu behalten wünschten, das ihnen zum Westen Polens den Zugang gab, wie Liefland zum Osten. Einstweilen

erhoben sie dort die Einkünfte, trieben Contributionen ein, holzten die Forsten aus trotz aller Proteste Brandenburgs; ihre Regimenter pflegten sich in den hinterpommerschen Quartieren; sagte man doch am Hofe zu Stockholm von den deutschen Landen, sie sind wie Mehlsäcke, je mehr man darauf schlägt, desto mehr geben sie Mehl heraus[1]). Mit dem herrischen Verfahren der Krone wetteiferte der Hochmuth und die Habgier der schwedischen Generale und Obersten, der Civilbeamten; sie alle hatten gelernt, wie man sich die Taschen füllt, und übten diese Kunst mit doppeltem Eifer in dem Gebiet, das doch nicht schwedisch bleiben sollte; sie sogen die Domainen, die Ordensgüter aus, die ihnen hier von der Krone als Dotationen überwiesen waren; und während sie praßten und prunkten, sagten sie den jammernden Ständen: es sei mehr als zu viel, wenn ein Edelmann zwei- oder dreihundert Thaler Einkommen habe. Des Rechtes, das der Kurfürst auf diese Lande habe, lachten sie.

Nicht bloß erniedrigend war seine Lage diesem Nachbar, diesem neuen Mitstand im Reich gegenüber. Er stand wie vor der Degenspitze Schwedens, außer Stande auszuweichen oder vorzugehen. So unzweifelhaft sein Recht war, niemand vertrat es. Wenn er den Kaiser anrief, so war die Antwort Achselzucken; wenn er sich an die Reichsdeputation in Nürnberg wandte, so warf man ihm vor, daß er immer noch nicht zum Schluß wegen Pommerns komme; und der Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrücken, welcher in Nürnberg Schweden vertrat, versicherte: nur Brandenburg verzögere den Abschluß.

Wenigstens äußerlich, wenigstens in den Formen der diplomatischen Etikette bemühte sich Friedrich Wilhelm zu zeigen, daß er noch nicht am Boden liege. Aber er mußte fürchten, daß Schweden irgend einen Anlaß, eine unvorsichtige Wendung benutzen werde, die Waffen gegen ihn zu erheben[2]); und Kaiser und Reich hätten auch das geschehen lassen, Frankreich, von Spanien bedrängt, hätte mit Freuden solchen Preis für schwedische Hülfe gezahlt.

Und zu alle dem mußte der Kurfürst noch den Schein bewahren, als ob er doch in allen großen Interessen, denen des Evangeliums und der deutschen Freiheit mit Schweden eins sei. Schon wühlten wieder die Papisten im Reich; sie hatten die Majorität in der Nürnberger Commission; mit den Erfolgen Spaniens gegen Frankreich schwoll ihre Zuversicht; Spanien hatte Neapel wieder, es war Meister in Norditalien, es war in Elsaß und Lothringen, auf den Grenzen des burgundischen Kreises im Vordringen. Was Oestreich hatte opfern müssen, hofften sie durch Spanien

wieder zu gewinnen, das den westphälischen Frieden nicht angenommen hatte, so wenig wie die römische Curie. Sie gaben das Restitutionsedict keineswegs für immer auf. Und des Kurfürsten Entschädigung für die Hälfte Pommerns und die Odermündungen war Cammin, Minden, Halberstadt und die Aussicht auf Magdeburg.

Wenn irgendwo in deutschen Landen, so hatte man am Hofe zu Berlin zu empfinden, was der Friede von 1648 bedeute.

„Unser edles Vaterland ist unter dem Namen der Freiheit und Religion jämmerlich zugerichtet; wir haben unser Blut, unsre Ehre und unsern Namen hingegeben und nichts damit ausgerichtet, als daß wir uns zu Dienstknechten, fremde Nationen berühmt und die wir kaum den Namen nach kannten, zu Herren gemacht haben. Was sind Rhein, Weser, Elbe, Oder anders als fremder Nationen Gefangene? was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß Andere damit spielen?[3])

Die Basis des neuen Staatensystems, das sich zu bilden begann, war die Ohnmacht Deutschlands; der Zweck des Friedens, sie dauernd zu erhalten, im Interesse fremder Mächte zu erhalten, von denen die eine — nicht oft genug und nicht hart genug kann es gesagt werden — den kaiserlichen Namen trug.

Denn mit dem Frieden waren die östreichischen Reichslande eben so gut von dem Körper des Reichs gelöst, wie die, welche an Schweden mit, an Frankreich ohne den Titel der Reichsstandschaft überwiesen waren; eben so gut wie der burgundische Kreis und die alten Reichslehen in Italien, welche Spanien besaß. Die Krone Böhmen mit Schlesien und Mähren gehörte eben so wenig zu den zehn Reichskreisen wie der Rest Ungarns, den das Haus Oestreich noch besaß. Der östreichische, der burgundische Kreis stand nicht unter den Reichsgerichten und in der Reichsexecutionsordnung, zahlte nicht zu den Lasten des Reichs: die andern acht hießen und waren die Zahlkreise.

Und weiter: mit dem Frieden von 1648 war das Reich in allen seinen Competenzen, in seiner ganzen Verfassung in Frage gestellt; es war ein Ding ohne Form, ein leerer Name, ein Problem. Erst der nächste Reichstag sollte die Verfassung feststellen. Das Friedensinstrument bestimmte, daß er sechs Monate nach erfolgter Ratification zusammentrete; die kaiserliche Politik fand es angemessen, die Berufung weiter und weiter hinauszuschieben. Einstweilen war sie bemüht, von dem, was sie völkerrechtlich aufgegeben, das und jenes thatsächlich wieder zu gewinnen, da und dort ihre Fäden wieder anzuknüpfen, Competenzen zu üben, die der

nächste Reichstag erst feststellen sollte. Sie mischte sich in die unzähligen streitigen Verhältnisse zwischen den Territorien und in denselben, zwischen den Confessionen und deren Besitzstand; sie ließ den Reichshofrath judiciren und gab auf künftige Römermonate Anweisungen; in den Reichsstädten, den kleineren Territorien erneute sie ihren alten Einfluß. Was das Interesse Oestreichs im Reich brauchte und suchte, mußte der kaiserliche Name decken.

So die deutschen Zustände nach dem Frieden von 1648. So trostlos sie waren, trostloser war, daß man sie ertrug. Aber mußte man sie ertragen?

Der Brandenburger war so gepreßt, so ausgemattet, wie nur irgend ein Fürst im Reich. Es konnte ihm nicht in den Sinn kommen, den einmal geschlossenen Frieden in Frage zu stellen; er mußte ihn nehmen, wie er war. Aber er hatte ein Recht darauf, daß dessen Bestimmungen auch ihm gehalten, daß sie nicht einseitig und willkührlich gegen ihn gedeutet wurden.

Mochten Andere sich darin gefallen, „den so theuer erkauften Frieden", wie man officiell sagte, als ein heiliges Werk und den Namen Kaiser und Reich als das rettende Heiligthum der Nation zu preisen, ihm war der Friede nicht erfüllt und bei Kaiser und Reich fand er keinen Schutz. Er sah, daß er mit seinem Recht zum Spiel der Mächtigen und zum Gespött der Ohnmächtigen werde, wenn er es nicht selbst verträte. Noch war im Reich, im Osten und Westen Alles formlos, im Schwanken, unberechenbar; wollte er sich aufrichten, so mußte er eilen, so lange die neue Ordnung der Dinge noch weich und im Werden war.

So ergriff er die Initiative. Er erhob sich zu einem Gewaltact, zu einem Act der Selbsthülfe trotz Kaiser und Reich. Er trat plötzlich mit Waffengewalt ein an einer Stelle, die, scheinbar fernab von dem, was ihn am schwersten belastete, ihm in dem großen Machtconflict des Westens eine Rolle zu bieten schien.

Die Vorbereitungen.

Weder die Ueberlieferungen, noch die Actenstücke jener Zeit legen die Combinationen dar, auf die der junge Fürst sein Unternehmen stellte. Aus dem Zusammenhang der Thatsachen ergiebt sich das Wesentliche.[4])

Nur eine Macht gab es, die ihn gegen Schweden decken zu können, nach ihrem eigenen Interesse decken zu müssen schien. Die Staaten konnten es nicht geschehen lassen, daß sich die schwedische Uebermacht noch weiter

über die baltischen Küsten ausdehnte, daß die Herrschaft der Ostsee, „der Mutter aller Commercien“, völlig in Schwedens Hand falle.

Seit 1647 unterhandelte Friedrich Wilhelm um ein Bündniß im Haag. Aber immer wieder scheiterte das Werk an den Bedenklichkeiten Hollands, das nur Cleve und Mark, nicht auch die entlegneren brandenburgischen Lande zu garantiren übernehmen wollte.

Seit der junge Prinz Wilhelm II., des Kurfürsten Schwager, Statthalter geworden, waren die Staaten von Holland um so widerstrebender; sie sahen des Prinzen Energie und Thätigkeit, sie fühlten die wachsende Gewalt seiner Popularität; mit doppeltem Mißtrauen überwachten sie Alles, was oranisch war oder schien. Selbst daß der Kurfürst — im Frühjahr 1650 — den Abschluß einer Allianz mit Schweden, die jetzt Oxenstjerna befürwortete, fürchten ließ [5]), wäre erfolglos geblieben, wenn nicht der Stand der Dinge im Haag sich plötzlich verändert hätte.

Es erfolgte jener Zug des Prinzen gegen Amsterdam, die Demüthigung der stolzen Stadt (3. August [6]), die Gefangensetzung der sechs einflußreichsten Magistrate von Holland, der vollständige Sieg der oranischen Politik.

Es war diejenige Parthei niedergeworfen, die 1647 den Separatfrieden mit Spanien durchgesetzt, damit die große Richtung der Politik, in der die Union gegründet und emporgeblüht war, aufgegeben hatte, um die Interessen der kaufmännischen Aristokratie von Holland an ihre Stelle zu setzen. [7]) Nicht bloß die sechs anderen Provinzen, die mit Widerwillen das drückende Uebergewicht Hollands trugen, sprachen dem muthigen Prinzen ihren Dank aus; die Staaten von Holland selbst, die Edel Großmögenden, gaben in aller Ergebenheit ihre Gutheißung zu dem, was geschehen war, und fügten sich in Allem den Forderungen des Prinzen. [8])

Er hatte die umfassendsten Pläne. Er wußte, daß nichts dem Volk der Niederlande fremder und unbegreiflicher war, als Frieden mit der Macht zu haben, gegen die man seit drei Menschenaltern nicht aufgehört hatte zu kämpfen. Er schickte sich an, den Kampf gegen Spanien wieder aufzunehmen; er verständigte sich mit Mazarin. Er wollte sich zur Vermittlung erbieten, die, so durfte man erwarten, Spanien zurückweisen werde; dann sollten im nächsten Frühling die staatischen und die französischen Heere von Norden und Süden zugleich in Belgien einbrechen, dort den entscheidenden Schlag führen. Zugleich rüstete sich des Prinzen Schwager Karl II., den die Schotten nach seines Vaters Hinrichtung als König anerkannt hatten, nach Schottland zu gehen, von dort an der Spitze der

nun vereinten Royalisten und Presbyterianer nach England vorzudringen, den legitimen Thron der Stuarts herzustellen.

Den Kurfürsten knüpfte das verwandtschaftliche wie das politische Interesse an diese oranisch-stuartische Verbindung. Er befahl seinem Kriegscommissar für Cleve-Mark Alles aufzubieten, damit die Stände dort noch auf ein Jahr den Unterhalt der Truppen ermöglichten: er könne sie zur Zeit durchaus nicht entlassen aus höchst triftigen Gründen, „die wir", so sagt er, „noch zur Zeit keinem Menschen, auch unsern intimis selbst nicht geoffenbaret."[9])

Des Prinzen plötzlicher Tod im November 1650 veränderte Alles.

Die nächste Wirkung war, daß Mazarin der feudalen und parlamentarischen Opposition, deren er nur noch durch große Erfolge nach Außen hätte Meister bleiben können, erlag und als Flüchtling Frankreich verließ. In Madrid und Brüssel athmete man auf; jetzt waren es die Machthaber in Paris, die Prinzen von Geblüt, Orleans und Condé an der Spitze, welche den Spaniern Frieden antrugen.

Und in den Niederlanden ergriff die so eben niedergeworfene Parthei sofort das Ruder. Behutsam, unter dem Schein treuer Fürsorge für das gemeine Beste, begünstigt durch den Umstand, daß der Erbe des Hauses Oranien Wilhem III. erst nach des Vaters Tod geboren wurde, leitete sie eine völlige Umgestaltung der Unionsverfassung ein.

Die Losung dieser Parthei, der „Cabale"; wie die Gegner sie zu nennen begannen, war: Friede mit Jedermann, Friede um jeden Preis. „Krieg führen ist nicht der Städte Werk; die Neutralität steht ihnen am besten an; so lange sie neutral sind, können sie Handlung treiben."[10]) Man hatte Kriegsruhm übergenug; und sollte man einen Säugling zum Statthalter der Union machen, um sofort einen Stellvertreter für ihn zu bestellen? etwa Graf Wilhelm Friedrich, den Statthalter von Friesland, der die Truppen gegen Amsterdam geführt hatte? oder Graf Johann Moritz, den Helden von Brasilien, den man vor vier Jahren aus der Mitte zu glänzender Erfolge abberufen hatte und der nun des Kurfürsten Statthalter in Cleve war?

Die Herren von Holland begannen damit, thatsächlich die Befugnisse des Statthalters in ihrer Provinz auszuüben, die Truppen, auch des Prinzen Leibwache in Pflicht zu nehmen. Die Dinge wenigstens unionsmäßig weiter zu führen, trat am 18. Januar eine außerordentliche Versammlung aller Provinzen im Haag zusammen. Holland setzte es durch, daß das hohe Amt eines Generalstatthalters, eines Chefs der Land- und Seemacht, das

sich von Neuem der Freiheit so gefährlich gezeigt habe, beseitigt wurde. Dann schritt man dazu, die Kriegsmacht zu reduciren; die Besatzungen in den clevischen Festungen, in Staatsflandern, Princeland und den anderen Generalitätslanden schienen zur Sicherung der Landesgrenzen zu genügen. Bisher hatten die sechs Provinzen die Republik England nicht anerkannt; jetzt scheute Holland sich nicht mehr Cromwells Gesandten im Haag zu empfangen und die Sache Karls II., den man so lange als den legitimen König und des Prinzen Statthalter Schwager geehrt hatte, zu verläugnen. Man nahm den Schein an, als halte man die Erfolge Cromwells wie die der Fronde für Siege derselben großen Principien, welche in den Vereinigten Staaten nur das Haus Oranien gefährdet habe und welche nun erst und für immer gefestigt seien.[11]) Und als die Stände von Cleve, in Besorgniß vor den lothringischen Kriegsvölkern an ihrer Grenze, im Haag um den vertragsmäßigen Schutz „durch lebendige Sauvegarden" baten, wurde der Garantievertrag und der durch denselben verheißene Schutz durch staatische Garnisonen auch auf den Fall gedeutet, wenn des Kurfürsten Regierung in Cleve Contributionen, die von den Ständen nicht bewilligt seien, erhebe oder von derselben „fremde Kriegsvölker", kurfürstliche, ins Land geführt würden.[12])

Die Cabale war im besten Gang. Aber das neue statthalterlose Regiment, das „Regiment von Wenigen und nicht einmal den Besten",[13]) war in den Provinzen nichts weniger als populär; selbst in Holland war und blieb der gemeine Mann oranisch. Die beiden englischen Gesandten St. John und Strickland, die mit anmaaßlicher Pracht, mit einem Comitat von mehr als hundert Edelleuten eingezogen waren, wurden nur mit Mühe vor Insulten geschützt. Was sie beantragten, war die völlige Union beider Republiken; sie warfen den bloßen Handelsvertrag, den Holland anbot, weit hinweg.

Um so mißtrauischer wurden die Provinzen; nichts schien schimpflicher als die „nähere Vereinigung" mit der königsmörderischen Republik „als mit einem Volke, da man Aversion vor hat." Die Nachricht von Karls II. Krönung in Schottland, von Cromwells Erkranken wurde mit Jubel begrüßt; die Aufläufe vor der Wohnung der Gesandten wiederholten sich, wurden bedrohlicher; schon hieß es im Parlament, man könne mit Ehren nicht länger im Haag verhandeln. St. John reiste ab, die meisten Herren des Comitats folgten ihm, „da sie keinem angenehm seien, auch niemanden vertrauen könnten." Noch wurde weiter verhandelt, aber in gereiztem Ton, mit steigender Entfremdung.

Mit Sorge sahen die Führer der holländischen Parthei die Erregung wachsen; auf allen Gassen hörte man das Lied vom kleinen Prinzen, „der doch Statthalter müsse sein“. In den Reformverhandlungen wurden immer ernstere Bedenken laut; selbst die Beauftragten von Rotterdam, anfangs die eifrigsten für die Neuerung, sprachen schon von der Nothwendigkeit, wieder ein Haupt an die Spitze der Union zu stellen.[14]). Friesland hatte noch seinen Statthalter, jenen Graf Wilhelm Friedrich, und gleich nach des Prinzen Tod hatte ihn auch Gröningen zum Statthalter gewählt; er warb jetzt um die Prinzessin Agnes, die jüngere Schwester der Kurfürstin; und die Mutter, die Prinzessin Hoheit, wie man sie nannte, verschob ihre Antwort, „bis sie mit dem Kurfürsten gesprochen haben werde“. Man hatte wohl zu beachten, daß der Kurfürst, nach dem kleinen Prinzen der nächste Erbe des Hauses Oranien, ein sehr großes Interesse an den Dingen im Haag habe; und er rüstete, während die Union entwaffnete und auch die Truppen, die sie im Dienst behielt, sichtlich erbittert waren. Wer konnte berechnen, was geschehen werde, wenn er mit Heeresmacht am Rhein erschien, wenn er für die Sache des Prinzen aufrief?

Freilich für den Augenblick war in der Familie selbst Zwiespalt. Gleich nach dem Tode Wilhelms II. hatte seine junge Wittwe, die Prinzeß Royal, die Vormundschaft und die ganze Verwaltung der Güter und Herrschaften des Hauses übernommen. Dagegen war Seitens der Prinzeß Hoheit und des Kurfürsten Einsprache gethan: ihnen gebühre die Vormundschaft um so mehr, da die Prinzeß Royal selbst noch unmündig sei. Mit großem Geschick benutzten und nährten die Herren von Holland diesen Zwiespalt; bald war zu erkennen, daß die Prinzeß Royal bei ihnen Rückhalt suchte und fand. Nur um so mehr hatten sie Anlaß, vor der oranischen Parthei, vor dem Kurfürsten auf ihrer Hut zu sein. Sie wußten, daß es ihm nur einen Entschluß kostete und er hatte das schwedische Bündniß; und man war mit Schweden bereits in sehr peinlichen Verwickelungen wegen des Sundzolls, wegen des baltischen Handels. Wie wenn nun jene Allianz geschlossen wurde, wenn Schweden, das auf neue Unternehmungen brannte, seine Völker in Bremen und Verden mit denen des Kurfürsten zugleich gegen das Gebiet der Union losbrechen ließ? auf wessen Beistand hätte man rechnen können?

Allerdings war jetzt in Frankreich die Parthei der „Freiheit“ oben auf; aber die Prinzen, das Parlament, die Frondeurs waren nichts weniger als einig. Die Prinzen eilten vor Allem die Statthalterschaften der Provinzen an sich zu reißen, und die Machthaber in Paris rivalisirten gegen

den stolzen Condé, den „alten Fuchs" Longueville. Mit jedem Tage zeigte sich die neue Ordnung der Dinge unfähiger; die Armee löste sich in Partheien auf; schon stand Turenne mit seinen Kriegshaufen bei den Spaniern in Geldern, mit denen des Lothringers vereint, die er so oft bekämpft hatte. Um so thätiger war Mazarin, der sich nach Brühl am Rhein begeben hatte; täglich correspondirte er mit der Königin.[15]) Hatte Orleans seinem Schwager Lothringen Erbietungen gemacht, um sein Heer an sich zu ziehen, so bot Mazarin diesem die Zurückgabe seines Herzogthums, wenn er ihm helfen wolle, die Empörung in Frankreich niederzuwerfen.[16]) Er hielt unablässig die „weiten Pläne" Spaniens im Auge; er sah in dem, was in den Staaten vor sich ging, in den Forderungen der englischen Republik, eine „spanische Intrigue".[17]) Daß er auch mit dem Kurfürsten in Beziehung trat, ist zu vermuthen; die Kurfürstin sandte, als sie nach Aachen kam, einen ihrer Cavaliere, ihn zu begrüßen;[18]) weiteres ergeben die Acten nicht; aber die ausführlichen Berichte des brandenburgischen Residenten aus Paris zeigen, mit welcher Aufmerksamkeit der Kurfürst die dortigen Vorgänge verfolgte.

Es kam für ihn noch ein besonderes Interesse hinzu. Es wurde in Paris alles Ernstes davon gesprochen, daß man das Fürstenthum Oranien, das ja in Frankreich liege, einziehen müsse, um Longuevilles Verdienste um die Freiheit zu belohnen. Von anderer Seite wurde dafür gearbeitet, es der Prinzeß Royal, die es für sich zu erhalten wünschte, durch Ausspruch des Pariser Parlaments zuzuwenden. Der Kurfürst ergriff diesen Anlaß, eine besondere Gesandtschaft an die Königin abzusenden; aber, so meldete der holländische Resident aus Paris nach dem Haag, „es sind dem Muthmaßen nach andere Geschäfte dahinter verborgen; man wird im Haag wissen, daß sich die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in Lichtenberg gesprochen, daß sie sich mit Eiden verpflichtet, hinfort keine Wahl aus dem Hause Oestreich zu dulden; Pfalz, Mainz, Trier werden sich ihnen anschließen; auch wäre der Krone Frankreich nicht zuwider, daß ein neuer Krieg in Deutschland entstehe, wenn sie auch nicht mehr so viel Mittel hat wie früher, ihn im Gang zu halten."[19])

Wohl mochte das in sich zerrüttete Frankreich nach irgend einer Rettung umherspähen. Der Friede mit Spanien, auf den die Prinzen so gut wie die Frondeurs ihre Hoffnung gesetzt, war in den Vorfragen gescheitert; die Krone Spaniens fühlte sich stark genug, nicht weniger zu fordern als die Rückgabe alles dessen, was Frankreich ihr in so vielen Feldzügen entrissen. Der Friede mit den Staaten und das Verständniß

mit Cromwell gab ihr freie Hand gegen das verhaßte Frankreich. Sie hatte ihre Heere in Belgien, in Catalonien, in Mailand verstärkt,[20]) von dem noch besetzten Frankenthal aus Werbungen im oberen Deutschland gemacht. Von den lothringischen Regimentern hielten die einen eine Reihe Festen von Frankenthal bis zur Mosel, andere die an der Mosel hinab im Bisthum Metz und im Lütticher Land besetzt, andere standen im spanischen Geldern. Schon war der größte Theil Flanderns wieder gewonnen, nur Dünkirchen und ein Paar kleine Festen in der Nähe waren noch in französischen Händen; jetzt zogen zwei spanische Heere gegen Dünkirchen, nahmen im Norden der Stadt Veurne, im Süden Mardyk, begannen sie selbst einzuschließen, während ein drittes Heer in Artois dem zum Ersatz heranrückenden Feinde den Weg sperrte. Im Mai waren die spanischen Werbungen in Deutschland so weit, daß sie sich in drei großen Colonnen in Marsch setzten, über Frankfurt nach Luxemburg zu gehen.[21]) Nur ihre Ankunft schien der Erzherzog Statthalter zu erwarten, um sich zum entscheidenden Schlage zu erheben.

In dem Maaße, wie sich die spanische Macht erhob, wuchs die Bewegung unter den eifrig Katholischen im Reich; ihnen schien endlich die Zeit nahe, wo die gute Sache, die der Kaiserhof hatte aufgeben müssen, durch die Krone Spanien triumphiren werde; unter ihren Siegen hofften sie das verhaßte Friedenswerk zerfallen zu sehen.

Vor Allen der alte Pfalzgraf von Neuburg war thätig, die neue Wendung der Dinge zu seinem Vortheil auszubeuten.

Es galt, den Provisionalvertrag von 1647 abzuthun. Der Kurfürst hatte ihn damals erzwungen, indem er mit einigen tausend Mann ins Jülichsche einbrach mit der Erklärung, nicht eher zu weichen, als bis ihm der Pfalzgraf die alten Verträge erfüllt habe. So war jener Vertrag zu Stande gekommen, in dem bestimmt wurde, daß in den Erbschaftslanden die kirchlichen Verhältnisse in dem Bestand von 1612 erhalten bleiben und daß diese Bestimmung auf zehn Jahre gelten solle, wenn nicht inzwischen der Erbfolgestreit geschlichtet sei. Man hatte sich in dieser Formel vereinigt, nachdem ausdrücklich die Annahme des in Osnabrück schon festgesetzten Normaljahres 1624, die der Pfalzgraf forderte, abgelehnt worden war. Unermüdlich in Rabulistereien, wie er war, begann er gleich nach Verkündigung des allgemeinen Friedens, den er selbst nicht unterzeichnete, geltend zu machen, daß das in demselben festgesetzte Normaljahr die Bestimmungen von 1647 beseitige; er wandte sich mit Beschwerden über die kurfürstliche Regierung, die die Ausführung jenes Friedensartikels hindere,

an den kaiserlichen Hof; er bewirkte, daß Kurcöln und Braunschweig zu kaiserlichen Commissarien bestellt wurden, nicht um die streitige Frage zu untersuchen, sondern „die kirchlichen Verhältnisse in Jülich und Berg nach dem Stand von 1624 herzustellen.“[22]) Gestützt auf diese reichsoberhauptliche Entscheidung — gleich als habe der Kaiser das Recht, allein und ohne Weiteres die Artikel des Friedens zu erklären — begann der Pfalzgraf die Evangelischen in beiden Landen zu bedrücken, sie mit Einquartierungen zu belasten, ihre Kirchen, ihre Friedhöfe einzuziehen, ihre Prediger auszutreiben. Die Bedrängten wandten sich an den Kurfürsten als Mitherren auch ihres Landes; auf seine Abmahnung antwortete der Pfalzgraf mit höchst schnöden Gegenbeschuldigungen, mit ärgeren Bedrückungen, mit neuen Klagen in Wien; es folgten neue kaiserliche Mandate an die Commissarien.[23]) Die Bedrängten riefen — im Frühling 1650 — die Staaten an als Garanten des Provisionalvertrages; diese ergriffen ohne Weiteres Repressalien, sie ließen von ihren Garnisonen in Orsoy und Rheinberg katholische Priester aus dem Jülichschen aufgreifen und gefangen setzen. Da erhob der Pfalzgraf großen Lärm; die noch in Nürnberg tagende Executionscommission erließ zugleich mit dem Kaiser Weisungen an die beiden Commissarien, protestirte bei den Generalstaaten gegen ihr „wider alles Völkerrecht, Reichsabschiede und Billigkeit streitendes Verfahren.“ Zugleich wandten sie sich gegen den Kurfürsten; er wurde bezüchtigt, fremde Mächte in die Angelegenheiten des Reiches zu ziehen; die kaiserlichen Commissarien setzten ihm einen Tag, vor ihnen zu erscheinen. Daß er den Tag „rückstellig machte“, wurde am Hofe zu Wien sehr ernsthaft genommen, als eine Sache von höchst bedenklichen Consequenzen; einstweilen bestellte man — der Erzbischof von Cöln war gestorben — an dessen Statt den Bischof von Münster, den kriegerischen Bernhard von Galen, als Commissarius, sandte auf neue Klagen des Pfalzgrafen neue Mandate (1. Februar); im vollen Gefühl des siegreichen Vordringens erließ der Pfalzgraf (7. März) ein Edict, in dem „alle Pacta und Privilegien, die dem Stand von 1624 zuwider seien, in den Landen Jülich und Berg für aufgehoben und ungültig“ erklärt wurden.

Man scheute die Herren Staaten nicht mehr, die mit sich selbst genug zu thun hatten; wie hätte man sich um den Kurfürsten und seine Proteste kümmern sollen. Man schien ihn geflissentlich zu reizen; wenn er sich endlich hinreißen ließ, den Evangelischen in beiden Landen mit der That zu helfen, desto besser, so rief man des Reichs Executionsordnung wider ihn auf. Schon unterhandelte der Pfalzgraf mit Münster und Osnabrück,

mit Trier und Cöln um ein Bündniß „zu gegenseitigem Schutz auf jeden Fall." Sein Erbprinz, der noch papistischer war als der Vater, ließ sich vernehmen: „der Kurfürst solle keinen Fußbreit Landes am Rhein behalten."

Nur diese brandenburgischen Gebiete, ein schmaler Streif Landes, unterbrachen die Kette von Territorien gut katholischer Fürsten, die sich von der Mosel bis fast zur Emsmündung erstreckten, Trier, Jülich-Berg, Cöln-Westphalen, Paderborn, Münster, Osnabrück; und Franz Wilhelm von Osnabrück, der wittelsbachische Bastard, jener rücksichtslose Vorkämpfer des Restitutionsedictes, der gründlicher als irgend ein anderer Prälat in seinen Gebieten reformirt hatte, war durch den Frieden von 1648 gezwungen worden, sein Bisthum Verden an Schweden, sein Bisthum Minden an Brandenburg abzutreten, ja es war bestimmt worden, daß Osnabrück sebst nach ihm an einen evangelischen Bischof übergehen solle. Wenn jetzt Spanien siegte, dann war die Zeit da, die Verträge von 1648 zu revidiren, die ja ohne Spanien geschlossen, die vom heiligen Stuhl nicht anerkannt waren. Wahrlich, es hatte einen guten Sinn, wenn demnächst in Rom daran gedacht wurde, für die Sache des Pfalzgrafen die Schätze der Propaganda zu verwenden.[24])

So die große westeuropäische Krisis, die mit dem Tode Wilhelms II., mit der Flucht Mazarins einsetzte. Man durfte von der erneuten Gefahr einer Universalmonarchie, die Europa bedrohe, sprechen.[25])

Noch war sie in ihren ersten Stadien; noch schien es möglich, sie zu brechen. Aber es war Gefahr im Verzuge.

Des Kurfürsten Plan.

Im Frühjahr 1651 war Graf Moritz von Nassau in Berlin gewesen.

Gleich darauf ließ der Kurfürst Unterhandlungen in Dresden anknüpfen. Er erbot sich, um für immer jeden Anlaß zu Mißtrauen und Streit mit dem erbverbrüderten Kurhause zu beseitigen, für die sächsischen Ansprüche auf Jülich drei, vier Aemter des Fürstenthums Magdeburg an Kursachsen abzutreten.[26]) Er ließ zugleich auf die Rüstungen aufmerksam machen, die im westphälischen, ober- und kurrheinischen Kreise begonnen seien und trotz kaiserlicher Abmahnung fortgesetzt würden; er wies darauf hin, daß Frankenthal noch immer nicht von den Spaniern geräumt und an Kurpfalz überwiesen sei, daß von den lothringischen Völkern im Elsaß, an der Mosel, im spanischen Geldern die Reichsgrenze auf das Aeußerste

gefährdet sei; und wenn so viel Fürsten und Stände des Reichs, ja fast das ganze Europa sich in Verfassung setze, scheine es geboten das Gleiche zu thun und sich in den niederdeutschen Kreisen zu einem Defensionswerk zu einigen.[27]) Er bat um eine persönliche Zusammenkunft mit Johann Georg. Auf dem Wege zum Rhein — es hieß, er begleite seine kränkelnde Gemahlin in die Bäder von Spaa — verweilte er einige Tage auf Schloß Lichtenberg. Man wetteiferte in gegenseitiger Aufmerksamkeit und Herzlichkeit, der Brandenburger entzückte Alles durch seine geistvolle Unterhaltung, seine heitere Anmuth, seine glänzenden Geschenke; er hat auch, sagen die sächsischen Berichte, unsern gnädigsten Herrn zu einem Vater angenommen.

Der Dresdner Hof meldete Alles sofort nach Wien. Dort war man schon über die brandenburgischen Rüstungen in Unruhe; man hatte Anlaß genug zu vermuthen, daß des Kurfürsten Geduld gegen den Pfalzgrafen zu Ende sei; man sagte für gewiß, er wolle ihn „in Düsseldorf überrumpeln.“[28]) Man fürchtete größere Combinationen, die umfassendsten Einverständnisse; man glaubte, daß bereits Hessen, Braunschweig, Kurpfalz, die Staaten mit im Plan seien; vor Allen die Schweden „fürchtete man aufs Aeußerste.“

In der That hatte der schwedische Kanzler jüngst den bestimmten Wunsch einer Allianz mit Brandenburg wiederholt; ein sicheres Zeichen, daß das Verhältniß zwischen beiden Höfen sich freundlicher gestalte, war, daß die Conferenzen wegen der pommerschen Sache, die vor einem Jahre abgebrochen waren, im März wieder eröffnet wurden. Schweden schien — denn der Congreß in Lübeck stockte in den Vorfragen — ganz dicht vor einem Kriege mit Polen; zugleich wuchs die Spannung Schwedens mit dem neuen Regiment in Holland, man reizte sich mit gegenseitigen Tariferhöhungen und Einfuhrverboten. Um so wichtiger war es dem Stockholmer Hofe, Brandenburg jetzt nicht aus der Hand zu lassen. Aber in Stettin zeigten sich die schwedischen Herren nichts weniger als entgegenkommend; namentlich seit der Lichtenberger Zusammenkunft wurde der Ton, in dem sie verhandelten, so gereizt und hochfahrend, als ob sich Schweden vom Kurfürsten alles Uebelste zu versehen habe; jene Rüstungen, ward in Stockholm gesagt, bedeuteten nichts anderes, als daß der Kurfürst unter dem Vorwande, den Pfalzgrafen zu bekriegen, ein Heer gegen Schweden zusammenbringen wolle und daß er mit der Krone Polen im Einverständniß handle. Nur um so mehr steigerten sie ihre Forderungen; sie deuteten den Ausdruck des Friedensinstrumentes so,[29]) als ob auch

Colberg noch an Schweden kommen müsse; sie warfen dem Kurfürsten vor, daß er allein den Abschluß verzögere, ihn unmöglich mache und die Krone Schweden verläumde, als ob sie die Schuld trage.[30])

Freilich für jetzt lag dem Kurfürsten Alles daran, die Verhandlung mit guter Manier hinzuziehen. Sein Interesse, seine ganze Kraft war auf den Rhein gerichtet.

In und außer dem Reich wußte das Gerücht schon gewiß, was er dort wolle. Aber seinen Plan, sein Ziel kannten auch die Vertrautesten nicht. Daß er sich gegen den Pfalzgrafen wenden wolle, schloß man aus der Richtung seiner Reise, aus den Rüstungen in Minden, in der Grafschaft Mark. Gegen den Pfalzgrafen hatte er ein vertragsmäßiges Recht zu schützen, hatte er kraft dieses Rechts mehr als 62000 Evangelische in ihrem Glauben zu vertreten; es war für persönliche Beleidigungen, die sich der Pfalzgraf in seinen Zuschriften wiederholt erlaubt hatte, endlich Genugthuung zu fordern.[31])

Aber wenn er nur aus diesen Gründen, für diese Zwecke die Waffen erhob, so schienen die Bedenken derjenigen seiner Räthe, welche dringend abmahnten — und deren waren die meisten — sehr beherzigenswerth. Allerdings, sagten sie, hat der Pfalzgraf zu dergleichen nachdrücklichen Wegen Anlaß genug gegeben; aber noch sind nicht alle friedlichen Mittel erschöpft und die gewaltsamen von nichts weniger als sicherem Erfolg; der Pfalzgraf wird seiner Gewohnheit nach alle Katholischen aufrufen, Himmel und Erde in Bewegung setzen; er wird thun, als wenn die Reichsverfassung, das Friedenswerk, alle löbliche Ordnung an ihm gebrochen sei; das Reich wird Execution verhängen, und sie zu vollstrecken werden sich Reichsstände genug finden, denen das Aufnehmen des Hauses Brandenburg ein Aergerniß ist; Schweden wird in der pommerschen Sache um so halsstarriger werden und der Polenkönig für seinen Schwager, wie er schon früher gedroht, eintreten; Alles wird wider das Haus Brandenburg sein und für dasselbe niemand.[32])

Nicht minder erheblicher Art waren die finanziellen Bedenken, die erhoben wurden: des Kurfürsten Aemter seien meist alle verkauft oder versetzt, und von den Ständen, die schon die Friedensgarnisonen mit äußerstem Widerstreben unterhielten, werde man keine weitere Bewilligungen erhalten; zu Subsidien von irgend einer Seite her sei keine Aussicht.[33])

Nur einzelne im Rath des Kurfürsten waren der Ansicht, daß der Handel mit dem Pfalzgrafen eine Ehrensache für ihn geworden sei, daß er dem Unwesen ein Ende machen, „den alten Ganner in Düsseldorf zur

Raison bringen müsse". Sie empfahlen, ihn in Düsseldorf zu überfallen, sich seiner Person zu bemächtigen, sein Land zu besetzen, um so mehr, da die 160,000 Thaler, die er und sein Land nach dem Vertrag von 1647 als Recompens habe zahlen sollen, noch immer nicht gezahlt seien. Der alte Oberkammerherr Burgsdorf, der immer noch die erste Stelle im Rath und die Leitung der Geschäfte hatte, rieth, nicht die bisherige Politik des Unterhandelns zu verlassen, nicht über Demonstrationen hinauszugehen, nicht sich auf Wege zu begeben, auf denen die getreuen Stände, auch die brandenburgischen, schwerlich folgen würden.

Seit Ausgang Mai war der Kurfürst auf dem Sparenberg; dort werden die verschiedenen Ansichten heftig genug wider einander gerungen haben.[34]) Es wurde ein vorläufiger Kriegsplan festgestellt; indem der Kurfürst genehmigte, auch jenseits des Rheins im Jülichschen vorzudringen, dort Brügge, Heinsberg und Düren, die Hauptplätze gegen die spanisch-niederländische Grenze sofort zu besetzen, damit das noch von den Spaniern besetzte Jülich zu flankiren, schien er auf den Fall zu denken, daß der bevorstehende Kampf größere Dimensionen gewinnen werde. Er lud den Grafen Friedrich von Waldeck ein, als General-Major in seine Dienste zu treten, den treusten Anhänger des Hauses Oranien und demselben verschwägert.[35])

Unmittelbar vor seiner Abreise vom Sparenberg sandte der Kurfürst Blumenthal nach Wien, mit dem Auftrage, dort anzuzeigen, daß er sich „aus hochdringenden Ursachen, nach lang erwogener Sache, zu einer Entreprise auf .... (der Name ist in der von Schwerins Hand geschriebenen Instruction ausgelassen) entschlossen habe." Blumenthal wurde angewiesen, erst gegen Ende Juli am kaiserlichen Hoflager einzutreffen, den Schritt, den der Kurfürst gethan, in dem rechten Licht darzustellen, namentlich darzulegen, wie der Pfalzgraf, schon mit dem Lothringer, mit Münster und Osnabrück im Verständniß, Alles zu einem Gewaltact vorbereitet habe, daß man sicher wisse, er habe nur des Kurfürsten Abreise nach Preußen erwarten wollen, um sich dann der brandenburgischen Lande am Rhein zu bemächtigen.

Blumenthal war allerdings von dem festgestellten Kriegsplan unterrichtet; aber er kannte seinen Herrn genug, um zu vermuthen, daß hinter jenem Plan noch andere, weitere Dinge verhüllt seien; daß der Kurfürst noch keinen obersten Befehlshaber für den Feldzug ernannt hatte, noch Alles selbst in der Hand behielt, schien zu beweisen, daß sein Ziel, sein letzter Gedanke weit hinaus reiche. Nur einen Anhaltpunkt gab es: die beab-

sichtigte Besetzung der drei Grenzfestungen gegen die Niederlande; würde der Kurfürst eine so provocirende Aufstellung gegen Spanien genehmigt haben, wenn er nicht mit derselben oder mit dem Gerücht, daß er sie nehmen werde, bestimmte Wirkungen bezweckte? „Wenn ich nur eigentlich wüßte," schreibt Blumenthal aus Wien, „was der Finalscopus wäre, ob und wie weit die Staaten-General in dieser Sache interessirt sind."[36])

Die ersten Schritte, die der Kurfürst that, waren in der That von der Art, daß es unklar blieb, ob er in dem Angriff auf den Pfalzgrafen nur den Ausgangspunkt zu größeren Combinationen sah, oder ob er diese suchte, um den Angriff gegen den Pfalzgrafen desto sicherer durchzuführen.

Allerdings war zunächst seine ganze Aufmerksamkeit auf den Haag gerichtet. Ob der Gang, den die Dinge dort nahmen, dem entsprach, was Graf Moritz bei seinem Besuch in Berlin mitgetheilt haben mochte, vermag ich nicht zu sagen. Noch war die große Staatsveränderung bei Weitem nicht zum Abschluß gekommen; eben jetzt handelte es sich um eine Hauptfrage, um die neue Militärverfassung, und Friesland widerstand hartnäckig den Anträgen Hollands. Daneben wurde unter wachsender Aufregung über die nähere Vereinigung mit England verhandelt; der englische Gesandte beschwerte sich (27. Mai) über die unerträgliche Langsamkeit der Verhandlung; je ernstere Nachrichten über die Fortschritte Karls II. in Schottland kamen, desto ungeduldiger wurde sein Drängen, desto lebhafter die Spannung in den Generalstaaten und in den Provinzen.

Während der Kurfürst seine Truppen, etwa 4000 Mann, eilig, ohne die Ankunft der aus den Marken beorderten Regimenter abzuwarten, auf Duisburg vorgehen ließ, begab er sich selbst nach Cleve, wo Graf Moritz zugleich als sein Statthalter und als Befehlshaber der staatischen Garnisonen im Clevischen stand. Von dort aus erließ er am 13. Juni sein Manifest gegen den Pfalzgrafen; zugleich verkündete er durch ein Patent den jülich-bergischen Ständen, aus welchen Gründen er sich „hochgenöthigt befinde", sich eines und andern Platzes in beiden Landen zu bemächtigen; er verspricht den Ständen — er braucht den Ausdruck: „unserer Ritterschaft, Städten und gemeinen Unterthanen" — Schutz aller ihrer Rechte und Freiheiten; er befiehlt ihnen, dem Pfalzgrafen hinfort keine Steuern und Dienste, keinen Gehorsam mehr zu leisten, sondern „sich einzig und allein zu ihm, seinen Erben und Nachkommen zu halten".

Am 14. Juni rückten seine Truppen vor Angermund, besetzten das Städtchen bis auf das Schloß, nahmen am 15. Angerort; dann wandte sich ein Theil derselben gegen Düsseldorf, plünderte das vor den Wällen der

Stadt liegende Pempelfort; ein anderer Theil ging über den Rhein, marschierte nach Brügge; auch auf Brügge wurde kein ernstlicher Angriff gemacht.[37])

Der Kurfürst schreibt am 19. an Blumenthal: „er habe aus gewissen Erheblichkeiten den ihm bekannten Kriegsplan geändert.“[38])

Wurde der Kriegsplan geändert, weil der Angriff auf Düsseldorf, auf Brügge mißlungen war? oder begnügte sich der Kurfürst mit bloßen Demonstrationen gegen beide Plätze in Folge des geänderten Kriegsplans? und warum hatte er ihn geändert?

Für ihn lag Alles daran, „die Staaten mit ins Spiel zu ziehen“; je nachdem es ihm gelang oder mißlang, hatte er den Umfang seines Unternehmens zu bestimmen. Die Entscheidung hing davon ab, wie der Kampf der Partheien im Haag sich wenden, ob Holland durchdringen oder den andern Provinzen erliegen werde.

Frieslands und Gröningens mochte er durch Graf Wilhelm Friedrich gewiß sein; bei den Staaten von Geldern fanden seine Eröffnungen die bereiteste Aufnahme. Nach dem Haag sandte er Schwerin; der Auftrag, den er ihm gab, zeigt, wie behutsam er verfahren zu müssen glaubte; Schwerin sollte ihn entschuldigen, daß er fünfzig Mann von der Besatzung zu Wesel zu seiner persönlichen Bedeckung sich erbeten habe, da er, „um den Herren Staaten keine Jalousie zu geben“, keine von seinen Truppen mit ins Clevische habe bringen wollen; zugleich ließ er bitten, daß ihm zu demselben Zweck noch 150 Mann angewiesen werden möchten.

Schwerin fand die Lage der Dinge über Erwarten übel. „Die Provinz von Holland hat einen Widerwillen, sich in die Differenzen des römischen Reichs zu mischen, vielweniger dieselben zu befördern; sie will, daß Alles in Ruhe und Frieden bleiben soll.“ Man war da in großer Aufregung über das Manifest vom 13. Juni und den Beginn der Feindseligkeiten[39]), noch mehr darüber, daß Graf Moritz jene 50 Mann hergegeben habe.[40]) Man mochte darin ein Zeichen sehen, daß er seinen Entschluß gefaßt habe, daß er auch den zweiten Schritt thun werde; und wer war populärer als der Held von Brasilien, der Gründer jener herrlichen Colonie, die freilich seitdem und mit so schwerer Schuld der Staaten von Holland wieder verloren war; und im Frühjahr hatte er ihren Antrag, eine neue Expedition dorthin zu führen und das Land wieder zu nehmen, abgelehnt, um jene Reise nach Berlin zu machen.

Den Herren von der Cabale schien es nothwendig, den oranischen Stimmungen eine Diversion zu machen. Prinz Wilhelm II. hatte eine

schriftliche Erklärung über sein Unternehmen gegen Amsterdam verfaßt und in die Hände des Rathspensionärs von Holland niedergelegt. Das Schriftstück wurde jetzt an die Staaten von Holland gebracht und verlesen; es wurde von den Edel-Großmögenden beschlossen, Untersuchung gegen die bei dem Unternehmen Betheiligten einzuleiten, zugleich eine Resolution gefaßt, daß das Geschehene ein Attentat auf Freiheit, Hoheit und Souveränetät der Provinz gewesen sei, und daß die sechs Männer, welche der Prinz gefangen gesetzt, sich „als treue Liebhaber des Vaterlandes“ erwiesen und Dank verdient hätten. Es war eine Demonstration, deren Bedeutung und Gewicht niemand verkennen konnte.

Dann wurde in der Versammlung der Hochmögenden von Seiten Hollands empfohlen, den Antrag des Kurfürsten mit geziemender Entschuldigung abzulehnen, beide Fürsten zum Frieden zu ermahnen und die Vermittelung der Staaten anzubieten. Wenigstens der Antrag der Mediation wurde genehmigt.

Man sieht, wie diese Dinge den Plan des Kurfürsten trafen. Daß er bereit sei, in der Richtung der oranischen Politik mitzugehen, ja die Initiative zu ergreifen, hatte sein Vorgehen bis Brügge gezeigt. Aber wenn es den Herren von Holland gelingen konnte, die bloße Mediation durchzusetzen, wenn ihr Einfluß so viel mächtiger war als die öffentliche Meinung und das Gewicht des oranischen Namens, so hatte er allen Grund, nicht weiter zu gehen; um so weniger, als die Stände, auch die in der Grafschaft Mark,[41]) in höchster Aufregung waren, in Jülich und Berg der papistische Fanatismus hoch aufflammte.[42])

Der Kurfürst hatte der Prinzessin Hoheit seinen und seiner Gemahlin Besuch versprochen. Am 22. Juni in der Nacht traf er im Haag ein; von Seiten der Staaten wurde nicht Notiz davon genommen.

Eben jetzt war die Nachricht eingelaufen, daß die Spanier sich zum Sturm auf Dünkirchen anschickten, daß eine englische Flotte von 18 Schiffen vor dem Hafen liege, „die nichts aus- noch einlasse“, daß König Karl II., 16000 Mann stark, vordringe, während Cromwell „immer noch still liege“. Tags nach des Kurfürsten Ankunft stellte die englische Gesandtschaft ihr Ultimatum: in acht Tagen müsse entweder die Vereinigung beider Republiken angenommen sein oder sie würde abreisen.[43])

Der Kurfürst seiner Seits zeigte recht geflissentlich, daß er als Freund zu Freunden komme. Er ließ die vornehmsten Herren der Regierung begrüßen, ihnen die Lage der Dinge darlegen, sie aufmerksam machen, daß des Pfalzgrafen Sohn in Brüssel sei, spanische Hilfe zu fordern, daß die

Republik England und die Krone Spanien in höchst bedrohlichem Einverständniß seien. Das Memorial, das er dann überreichen ließ, wiederholte nur jenen Antrag auf eine Bedeckung für seine Person in dem Bereich des clevischen Landes, eine Forderung, die, wenn einmal die Staaten dort das Besatzungsrecht hatten, sich so gut wie von selbst zu verstehen schien.

Die entscheidende Frage drängte sich in dem Gegensatz des englischen Ultimats und dessen, was der Kurfürst beantragte, zusammen. „Viele Gemüther, schreibt man nach Düsseldorf, gelten dafür, seinem Wunsche geneigt zu sein." Die Staaten von Geldern empfahlen die Alliance mit Brandenburg; Gröningen und Friesland hatten eben jetzt an die Prinzessin Hoheit gesandt, die Werbung ihres Statthalters zu unterstützen; und nach des Kurfürsten Rath gab sie für ihre Tochter das Jawort. Das Haus Nassau, an dem das Herz des Volkes von Niederland hing, für immer abzuthun gleich dem der Stuarts, war der ausgesprochene Zweck des englischen Antrages; ihn durchzusetzen war jenes drohende Ultimatum gestellt, das jedes patriotische Gefühl empören mußte.

Aber statt in Antwort darauf der Gesandtschaft sofort Valet zu geben, wurde die Sache, so groß war der Einfluß der Herren von Holland, nur noch ernstlicher erwogen; „Holland und Seeland, so hieß es, werden zur Erhaltung und Befreiung ihrer Commercien wohl abschließen, im Nothfall absonderlich." Also ein Abschluß ohne die Union und trotz ihrer.

Daneben gingen die fortgesetzten Verhöre über das Attentat auf Amsterdam; Tag für Tag beschäftigten sie das Publicum, erinnerten es an die Gefahren der „Tyrannei". Und in den Differenzen über die oranische Vormundschaft fanden die Anwälte der Prinzeß Royal Gelegenheit auch den Kurfürsten so darzustellen, als ob er der Freiheit und dem Gesetz mit Willkür und Gewalt entgegenzutreten für fürstlich halte.[44]) Zugleich wurde Graf Moritz vorgeladen, um sich wegen jener funfzig Mann zu verantworten; es wurde den Herren Bylandt, Wylich von Lottum, Spaen, anderen Officieren aus Cleve und Mark, die Patente vom Kurfürsten angenommen, die Beurlaubung aus dem staatischen Dienst geweigert. Die schließliche Antwort auf den kurfürstlichen Antrag war: ohne ausdrückliche Bewilligung aller conföderirten Provinzen könne auf denselben nicht beschlossen und es müßten dieselben zu diesem Zweck erst „beschrieben" werden.

In ähnlicher Weise, nur in rücksichtsvolleren Formen ausweichend, vertagte man die Verhandlung mit England; es war wohl ein Compromiß zwischen Holland und den andern Provinzen, daß man nach beiden Seiten

hin unter solcher Form versagte; „die moderaten Consilien" blieben oben auf; „man will hier, daß Alles in Ruhe und Frieden bleiben soll."

Am 29. Juni reiste der Kurfürst ab, Tags drauf der englische Gesandte; dieser, indem er die glänzenden Geschenke, die ihm von Seiten der Staaten gesandt wurden, wieder zurück schickte; der Kurfürst sich mit bestem Dank verabschiedend, als wenn er von dem Eifer der Herren Staaten für sein Interesse durchaus befriedigt sei und die angebotene Mediation, die ja ihnen als Garanten zukomme, gern annehme, wenn der Pfalzgraf sie bestimmt und ohne Vorbehalt angenommen haben werde, wie nach der Versicherung der Herren im Haag ja schon geschehen sei.

Es mußte sich zeigen, ob dem so sei. Der Kurfürst rechnete auf einen anderen Verlauf der Dinge.

Der zweite Plan.

Daß man am Hofe zu Düsseldorf höchst alarmirt war, daß man den geschehenen Angriff ein Attentat gegen den Reichsfrieden, gegen die allerheiligste Religion u. s. w.,[45]) ein himmelschreiendes Unrecht, das dem friedfertigsten aller Fürsten im Reich angethan sei, nannte, lag in der Natur der Sache. Der Erbprinz war sofort nach Brüssel geeilt, den Erzherzog Statthalter, den Herzog von Lothringen um Hülfe zu bitten;[46]) Graf Johann von Nassau Siegen, der katholisch geworden war, erbot sich zu jeder Hülfe; Landgraf Ernst zu Rheinfeld, der im Begriff war es zu werden, eilte selbst nach Düsseldorf. Im Reich nah und fern war große Aufregung, und kaum an irgend einem Hofe fand man des Kurfürsten Verfahren auch nur entschuldbar. In Wien arbeiteten die Grafen Fürstenberg, mit deren Schwester der alte Pfalzgraf sich jüngst vermählt hatte; und wer in Wien hätte jene Vorgänge nicht entsetzlich finden sollen? man erging sich bei Hofe in den heftigsten Ausdrücken;[47]) man sprach davon, des Reiches Acht über den Kurfürsten zu verhängen.[48])

Aber „an den höchsten Orten haßt jeder den Krieg", meldete Blumenthal gleich nach seiner Ankunft. Der Kaiser war früh gealtert, kränkelte, und noch hatte er seinem Sohn die deutsche Königswahl nicht gewonnen; seine Mittel waren durch die langen Kriege völlig und auf lange hinaus erschöpft; die furchtbaren Maaßregeln zur Ausrottung der Ketzerei hatten in den Kron- und Erblanden einen Zustand hervorgebracht, in dem der bloße Namen eines Religionskrieges Alles in Frage gestellt hätte. Man

glaubte zu sehen, und Blumenthal verstand vortrefflich diese Furcht zu nähren, daß die Staaten, Schweden, wohl gar die evangelischen Fürsten im Reich, Kurpfalz und Hessen gewiß, mit im Verständniß seien. Den Versicherungen des schwedischen Gesandten, daß sein Hof jenen Dingen völlig fremd sei, glaubte man nicht; und daß er hinzufügte, der Kurfürst habe sich mit Polen verbunden, um demnächst Schweden anzugreifen, machte seine Betheuerungen noch verdächtiger. Es schien nur ein weiteres Zeichen umfassender Verabredungen, daß eben jetzt Kurpfalz die endliche Rückgabe von Frankenthal forderte; man antwortete, daß von dem Abzuge der spanischen Besatzung nicht die Rede sein könne, so lange nicht der Friede am Unterrhein hergestellt sei. Aber zugleich gab man Blumenthal die besten Versicherungen von der Friedensliebe des Kaisers; man gestand ihm auch wohl, daß der Pfalzgraf nicht ganz ohne Schuld sei. Man wies den Antrag Fürstenbergs zurück, die für Spanien geworbenen 4000 Mann dem Pfalzgrafen zu überlassen; der spanische Gesandte selbst hatte dringend abgerathen. Es war deutlich, daß der Kaiser Alles zu vermeiden wünschte, was „Größere mit hineinziehen könne"; selbst das bereits am 3. Juli vorgelegte Abmahnungsschreiben an den Kurfürsten ließ er noch unvollzogen; der Kaiser persönlich sprach es aus, daß er den Frieden wolle, daß er Commissarien zur Ausgleichung zu schicken beabsichtige.[49])

Auch die größeren katholischen Fürsten am Rhein, Cöln und Mainz voran, waren nicht eben geneigt, sich in einen Handel einzulassen, hinter dem, so meinten sie, Schweden, Frankreich, Holland stehe; sie mahnten zum Frieden. Auch der Erzherzog Statthalter, dem Friedrich Wilhelm vom Haag aus Erklärungen gleich den in Wien vorgebrachten geschickt hatte, sandte einen seiner Officiere, zur Einstellung der Feindseligkeiten zu rathen und seine Vermittlung anzubieten. Und der Lothringer erwiederte des Kurfürsten Mittheilung mit der Zusendung eines Rathes, der unter dem Erbieten zu vermitteln sich die Lage der Dinge ansehen sollte.[50])

Vor Allem auf den Lothringer hatte man in Düsseldorf gerechnet; natürlich hatte er auch dort sich zu Allem erboten, was man wünschen mochte. Dem länderlosen Herrn kam es nur darauf an, sein Volk dort auf dem Kampfplatz zu haben und ein Stück Land für sich zu gewinnen.[51]) Schon zog ein Theil seiner Regimenter die Mosel hinab; er ließ dem Kurfürsten sagen: wenn es S. Kurf. Durchl. Wille sei, sich an des Pfalzgrafen Ländern zu erholen, so werde er ihm gern dazu helfen und zu dem Ende Assistenz leisten.

In dem Rath des Kurfürsten fehlte es nicht an solchen, die der Meinung

waren, man müsse diese Hülfe annehmen, man müsse, da man einmal das Spiel angefangen, alle Mittel benutzen es zu gewinnen.[52])

Es wäre die Politik eines Abentheurers gewesen; am wenigsten zu dem eigentlichen Ziel, das der Kurfürst verfolgte, hätte sie geführt. Noch gab es andere Wege. Zur Offensive hatte er die Staaten nicht mit sich reißen können; vielleicht, daß es mit der Defensive gelang, sie ins Spiel zu ziehen.

Er hatte auf Anlaß der staatischen Mediation, auf die Zusicherung, daß der Pfalzgraf sie annehme, seine militärischen Bewegungen eingestellt. Erst am 10. Juli kamen die Committirten der Staaten nach Cleve; sie mußten bekennen, daß der Pfalzgraf keineswegs unbedingt ihre Vermittlung angenommen habe. Sie eilten nach Düsseldorf. Schon durch eigene Werbungen stark und in Zuversicht auf die schon heranziehenden Lothringer war der Pfalzgraf nur um so widerstrebender, sprach von schon erlassenen kaiserlichen Mandaten, forderte, daß, wenn unterhandelt werden sollte, auch das katholische Spanien, die katholischen Kurfürsten an der Mediation Theil nehmen müßten, daß überhaupt dieselbe erst eintreten dürfe, wenn die brandenburgischen Truppen aus Jülich und Berg durchaus zurückgezogen seien. Vergebens wurde von den Herren aus dem Haag auf besseren Bescheid, auf entschiedenes Ja oder Nein gedrungen; man hielt sie mit allen möglichen Aufmerksamkeiten hin, um für die Ankunft der Lothringer Zeit zu gewinnen.

Das Heranziehen dieser fremden Kriegsvölker gab dem Kurfürsten den Vorwand, seine Truppen von Neuem vorgehen zu lassen. Am 17. Juli wurde Angermünd genommen, am 19. Rattingen; dann Haus Horst, schon südlich von Düsseldorf. Die noch vor Brügge liegenden Truppen brachen auf vorzudringen, besetzten die festen Häuser Horst und Forst.[53]) Zugleich ließ Graf Moritz seines katholischen Neffen Feste Siegen angreifen.[54]) Der Kurfürst übertrug dem General Otto v. Sparr das Commando der ganzen Armee.[55])

Auf erneutes dringenderes Ansuchen der staatischen Committirten erklärte er sich bereit, die Mediation seiner Seits anzunehmen, „im Vertrauen", daß die Staaten sein Interesse und das der Evangelischen in Jülich und Berg zu vertreten wissen würden.

Er konnte voraussehen, welchen Lärm sein erneutes Vorgehen in Wien machen werde. Es schien zweckmäßig, die Besorgniß dort noch zu steigern. Er schrieb am 15. Juli an Blumenthal, er solle des Kaisers Gunst in aller Weise zu gewinnen suchen, er selbst wolle gern den Frieden

und werde sich mit dem Fürstenthume Berg begnügen; „wir wollen allhier die bleiernen Kugeln brauchen, braucht ihr die goldenen." Er rechnete darauf, daß man in Wien diesen Brief so gut wie die früheren auffangen und öffnen werde.

Zugleich mußte Graf Moritz nach dem Haag melden, daß der Kurfürst sich in Cleve nicht mehr sicher halte, sondern nach Wesel gehen werde, wo er seinen eigenen Truppen näher sei, und daß er, Graf Moritz, im Begriff stehe mit Aufträgen nach Brüssel zu gehen. Die Herren von Holland hatten kurz vorher nach Wien die dringende Bitte gesandt, der Kaiser möge gegen Brandenburg in aller Strenge nach der Kreisordnung einschreiten, es sei das einzige Mittel, das Reich vor großen Unruhen zu bewahren. Jetzt vernahm man im Haag mit Bestürzung, was Graf Moritz meldete; die Einen fürchteten nichts Geringeres, als daß der Kurfürst mit Schweden, mit Frankreich im Verständniß sei; die Andern, daß er sich rasch, vielleicht unter Beistand des Erzherzogs mit dem Pfalzgrafen verständigen, dann sich auf Cleve werfen, die staatischen Besatzungen dort austreiben werde.[56]) Man schickte schleunigst Verstärkungen den Rhein hinauf, besonders nach Wesel, befahl dem Commandanten die höchste Vorsicht, namentlich gegen fremde Officiere und Soldaten, die sich etwa verkleidet einschleichen möchten; man schickte sich an, ein fliegendes Lager auf den Rhein zu legen.

Schon war noch ein anderes Mittel in Bewegung gesetzt. Was sollte aus der Herren Stände Libertät werden, der Heeresmacht des Kurfürsten gegenüber? drohte ihr nicht sichtlich ein Attentat nach dem Muster des Amsterdamer Vorgangs vom vorigen Jahr? Am 14. Juli hielten die Stände der vier unirten Landschaften in Wesel eine Zusammenkunft; sie beschlossen eine Erklärung und veröffentlichten sie des Inhalts: „ihre gnädigsten Landesherren hätten sich unterstanden ein großes Kriegsvolk zu armiren, ohne der Landstände Vorbewußt, Consenz und Bewilligung"; sie wiesen die Eingesessenen des Landes, namentlich alle Drosten, Richter, Rentmeister, alle Gebot und Verbot habenden Bedienten an, sich „zur Gravirung der Unterthanen" nicht gebrauchen zu lassen; sie ermächtigten zur Weigerung der Contribution und zur Wiederforderung des Erpreßten. Also Acte förmlicher ständischer Souveränetät. Zugleich forderten sie die Staaten auf, zum Schutz der Lande nach der übernommenen Garantie einzuschreiten.[57])

Sofort ließ der Kurfürst mehrere dieser Herren Stände, die als Amtleute und Drosten in seiner Pflicht waren, festnehmen; andere flüchteten,

unter ihnen der Freiherr Wylich von Winnenthal, der Präsident des clevischen Gerichtes, unter den schlimmen der schlimmste. Nicht alle Stände billigten ihr Verfahren; vierzehn Herren von Adel erließen einen Protest gegen jenes Placat vom 14. Juli, als dem Kurfürsten „verkleinerlich und schimpflich.“[58])

Am 21. Juli standen die lothringischen Völker unter Feldmarschall de Fauge noch bei Andernach. Es waren kaum 2000 Mann;[59]) mit den Truppen, die der Pfalzgraf, sein Schwager Fürstenberg, Landgraf Ernst geworben, mochte die ganze Heeresmacht, die dem Kurfürsten gegenüberstand, der seinigen gleich sein. Vorerst hatte er sie nicht zu fürchten, vielmehr man fürchtete ihn; man war auf das Aeußerste besorgt, daß er auch die Beienburg nehmen werde, den Paß an der märkischen Grenze, der das Wupperthal beherrschte.[60])

Da überraschte er den Pfalzgrafen mit einem eigenthümlichen Schritt; es werde ihm, schrieb er, fremd vorkommen, daß er ihn thue; er forderte ihn zu einer persönlichen Zusammenkunft auf, um ihn, wie er hoffe, zu überzeugen, daß seine Intention „ungeachtet der Vortheile, die er durch göttliche Verleihung und durch seine Waffen erhalten habe und in Kurzem weiter erlangen könne, nur auf die allgemeine Ruhe und des Pfalzgrafen eigenes Beste gerichtet sei.[61])

Er konnte voraussehen, daß der Pfalzgraf auf die Lothringer hoffend seinen Antrag zurückweisen werde. Es geschah, und zwar in so schroffer Form, wie nach dem, was vorausgegangen, begreiflich war. Warum also hatte der Kurfürst das Erbieten gemacht?

Wechsel der Basis.

Seine ursprüngliche Combination war mißlungen. Er war zum zweiten Mal im Haag gewesen,[62]) in aller Stille, nicht um zu unterhandeln, sondern zu beobachten. Er mochte gehofft haben, daß das Einrücken der Lothringer in die Erbschaftslande auf die Herren im Haag Eindruck machen werde; er sah vielmehr, daß sie völlig gleichgültig blieben, daß unter allen Gesandtschaften keine mehr Ansehen hatte als die spanische.

Und wie stumpf war die Mediation der staatischen Committirten gewesen. Freilich war man im Haag eifersüchtig darauf, daß jede Mitwirkung andrer Mächte ausgeschlossen blieb; aber es zeigte sich, daß die Staaten nur darum die schützende Hand über die Erbschaftslande halten wollten,

damit ihnen der Vorwand blieb, die Festungen im Clevischen als Barierre zu behalten, daß sie nur darum das Recht ihrer Garantie geltend machten, damit dieser höchst abnorme Zustand deutscher Festungen am Rhein trotz Kaiser und Reich erhalten werde.

Unter dem Schutz der Staaten war 1609 der provisorische Zustand hier gegründet worden, der noch bestand; seit der Pfalzgraf Convertit geworden, hatte Brandenburg nur um so mehr seinen Rückhalt gegen die spanisch-katholische Uebermacht im Haag suchen müssen. Seit dem Tode des Prinzen Statthalter war die staatische Politik von Grund aus verändert; der Versuch, sie auf ihre alten Bahnen zurückzuführen, war gescheitert; die alten Garantieverträge wurden eine Gefahr für das brandenburgische Interesse. Der Kurfürst mußte eine andere Basirung suchen.

Aber er mußte höchst behutsam verfahren; es durfte auch nicht den Schein haben, als ob er seine Verpflichtungen gegen die Staaten, die der Staaten gegen ihn nicht im vollsten Maaße für geltend erachte.

Nicht minder groß als im Haag, das wußte er, war das Friedensbedürfniß am Kaiserhofe. Er hatte dort fürchten lassen, daß der begonnene Hader zu einem allgemeinen Kriege ausschlagen könne, aber immer von Neuem versichert, daß er ihn nicht dazu werden zu lassen wünsche, daß er nur für das Künftige Sicherheit und eine genügende Satisfaction wolle. Jetzt hatte der Pfalzgraf fremdes Kriegsvolk ins Reich gerufen, jetzt hatte er die zum Frieden gebotene Hand zurückgewiesen; wenn jetzt die Kriegsflamme weiter griff, wenn das gefürchtete incendium generale folgte, so war der Pfalzgraf und nur er Schuld daran.

Allerdings hatte das erneute Vorgehen der brandenburgischen Truppen, Nassau's Angriff, die Hindeutung auf das Fürstenthum Berg in Wien die größte Aufregung hervorgebracht; „das heiße das Faustrecht wieder einführen und die kaiserliche Autorität für nichts ansehn." Der alte Johann de Werth erbot sich, 4000 Mann Reiter zu werben; von Cassel, von Braunschweig lief die Versicherung ein, daß man dem Handel völlig fremd sei; es zeigte sich, daß die gefürchteten großen Verbindungen des Kurfürsten gar nicht vorhanden seien, daß er vielleicht ganz isolirt stehe; nur um so empörter war man über den Gewaltact; schon klagte auch Sachsen als Kreisoberster, daß der Kurfürst „die verwilligten 100 Römermomate difficultire"; ob er sich denn „ganz dem Reich entziehen wolle"? In Blumenthals Gegenwart sprach man davon, daß man mit Kurbrandenburg verfahren müsse wie einst mit Kurpfalz, und wenn man einen Evangelischen an die Stelle bringe, werde alle Welt damit zufrieden sein.[63]) Der schwedische

Hof erbot sich, die Execution zu übernehmen.[64]) Noch wies der Kaiser äußerste Maaßregeln zurück; aber, so war Blumenthals Meinung, „er wird endlich auf Andrängen der Katholischen nachgeben müssen".

Der Kurfürst ließ die Gefahr ganz dicht an sich heran kommen. Er mußte den Moment erwarten, wo es ihm Dank einbrachte, wenn er der kaiserlichen Mahnung Folge leistete und damit das von den Staaten so eifersüchtig gehütete Privilegium, allein in den Erbschaftslanden mitzusprechen, beseitigte.

Aber zugleich hatte er, wenn er so verfuhr, eine andere Gefahr zu meiden. In Wien war natürlich die größte Neigung, diesen ganzen Handel reichsrechtlich zu behandeln; und in der That bot er die schönste Gelegenheit, Competenzen, die mit den Verträgen von 1648 abgethan waren, wieder zur Geltung zu bringen. Mit der Ernennung der kaiserlichen Commissarien, mit den wiederholten kaiserlichen Mandaten auf des Pfalzgrafen Antrag war der Weg dazu geöffnet; immer wieder kam man in Wien auf diese schon angeordnete Form zurück, wenn schon der Kurfürst sie von Anfang an nicht anerkannt hatte.

Es war ein kecker Schachzug, daß er die Intercession kaiserlicher Commissarien in den pommerschen Verhandlungen forderte, während er gegen den Neuburger, trotz der schon ernannten Commissarien, in Waffen stand. Wenn er der Hülfe von Kaiser und Reich da, wo sie ihm nöthig genug war, entbehren und selbst für sich sorgen mußte, so durfte sie nicht an einer andern Stelle, wo sie ihm entbehrlich war, als durch die Reichsordnung geboten, eintreten wollen, zumal in einem Handel, der aus noch viel willkürlicherer Deutung der Verträge von 1648 erwachsen war, als der Grenzstreit in Pommern. Wenn er sich von der Politik der Staaten loszulösen begann, wie hätte er sich der noch viel verworrneren und zweideutigeren des officiellen Römischen Reichs unterordnen, wie sich den völlig controversen Reichsordnungen unterwerfen sollen, die durch den Frieden von 1648 antiquirt waren und erst von Neuem verfaßt werden sollten?

Nach diesen Gesichtspunkten hatte Blumenthal in Wien zu verfahren; immer von Neuem drang er darauf, „seinem gnädigsten Herrn nicht mit mandatis vor den Kopf zu stoßen". Nicht als Reichsoberhaupt, sondern als befreundete Macht mußte sich der Kaiser zu Brandenburg verhalten wollen; erst dann war es möglich, dem Rathe des Wiener Hofes Folge zu geben, seine Vermittelung anzunehmen.

Es kam darauf an, ob es möglich sein werde, in so verwickelten und rasch weitertreibenden Verhältnissen ein so fein combinirtes System durchzuführen.

Zunächst ließen sich die Dinge in Wien übel an. Man bestürmte den Kaiser, endlich einzuschreiten; mehrere Stände des westphälischen Kreises riefen seinen Schutz an; angesehene „Kriegspersonen" ermahnten zur Eile, so lange es noch möglich sei, die aufgehende Feuersbrunst eines allgemeinen Krieges zu dämpfen. Den aufregendsten Eindruck machte die Klage, welche die clevischen Stände, fast alle evangelischer Confession, nach Wien schickten, und ihre beigefügte Erklärung, daß sie in Folge dieses Kriegszustandes sich ihrer Dependenz frei und ledig erachteten, daß sie, von Kaiser und Reich ungeschützt, sich unter andere Protection begeben würden. Cleve lag den Staaten nah und bequem; unzweifelhaft, daß es dort als ein neues Generalitätsland willkommen gewesen wäre. Bedurfte es weiteren Beweises, daß es höchste Zeit sei, einzuschreiten?

Der Kaiser widerstand nicht länger; er beauftragte Graf Hatzfeld an den Rhein zu gehen, um Frieden zu schaffen; er gab ihm Vollmacht, im Nothfall Volk zu werben und mit den vornehmsten Ständen der Nachbarschaft zu communiciren, wie die Sache nach Inhalt der Kreisordnung zu erledigen sei. Ein officielles Schreiben (5. Aug.) sprach von der schuldigen Parition, deren der Kaiser nochmals gewärtig sei, von Herstellung in den früheren Stand und daß in puncto religionis der Kurfürst sich der kaiserlichen Commission gebührend zu unterwerfen habe.

Aber unter der Hand wurde Blumenthal von Hatzfeld selbst über den Zweck dieser Sendung unterrichtet und daß er Weisung habe, dieselbe nichts weniger als zu beschleunigen, damit der Kurfürst seine Entschlüsse fassen könne; und wenn derselbe vorher, seiner Ehre unbeschadet, Frieden mache, so wäre es „ein gewünschtes Werk"; der Kurfürst werde gut thun, wenn er dem Kaiser melden wolle, daß es „aus unterthänigstem Respect gegen Kais. Maj." geschehen sei.

Als wenige Tage drauf ein Handschreiben des Kurfürsten an den Kaiser (vom 5. Aug.) einlief, daß er „Kais. Maj. zu unterthänigster Ehre bereit sei, die Sache in Güte beilegen zu lassen", war man am kaiserlichen Hofe aufs höchste befriedigt. „Keine Sache in der Welt, schreibt Blumenthal am 19. Aug. in höchster Freude, hätte jetzt mehr und besser à propos kommen können."

Die Freude währte nicht lange. Sein nächstes Schreiben, zwei Tage später, zeigt, wie sich plötzlich Alles verändert hat, wie höchst bedrohlich die politische Lage geworden ist. Er mahnt zum schleunigsten Abschluß; es liegt Alles daran, daß man des Lothringers los werde: man wird ihm von Wien aus schreiben, sein Volk zurückzuführen, aber es ist mehr als zweifel-

haft, ob er folgen wird; die Spanier werden sich einmischen, und sie sind sicher, darüber nicht zum Bruch mit Holland zu kommen; sie werden den Handel am Rhein so lange fortsetzen, als sie im Kriege mit Frankreich sind; sie werden sagen, der Herzog von Lothringen sei dort aus eigenem Antrieb, in eigenem Interesse, da er selbst Ansprüche auf Cleve und Mark habe. Blumenthal hat harte Worte mit dem spanischen Gesandten gewechselt: das habe sein Herr nicht um Spanien verdient, daß man drei Regimenter Spanier mit gegen ihn ins Feld sende. Der Gesandte hat das zwar höchlich in Abrede gestellt, aber doch gesagt, der König könne den Herzog, dem er durch Tractate verpflichtet sei, nicht verlassen.

Also die spanische Politik war mit eingetreten. Das lothringische Kriegsvolk war ihr vorgeschobener Posten, und sie war sicher, daß man vom Haag aus sie nicht hindern werde. Jene gefürchtete spanisch-katholische Combination, der der Kurfürst mit seinem dreisten Vorgehen im Juni hatte zuvorkommen wollen, war nun in Folge eben dieses Vorgehens zu Stande gekommen und in voller Action; die Politik der Staaten, die er nicht mit sich zu reißen vermocht hatte, gab den Gegnern die Zuversicht des Gelingens.

Der drohende Angriff.

Es ist nicht mehr zu ergründen, welche Umstände den Hof zu Madrid oder den Erzherzog Statthalter bestimmten, Parthei zu nehmen. Der Wechsel trat ein, nachdem der Lothringer den Rhein überschritten hatte, während Graf Moritz in Brüssel war.[65])

Die lothringischen Völker waren am 25. Juli über den Rhein gegangen, vereinten sich mit dem pfalzgräflichen Feldmarschall v. Reuschenberg. Am 30. streiften ihre Reiter gegen Rattingen, sie wurden zurückgetrieben; am 5. Aug. wiederholten sie den Versuch, auch da zogen sie sich nach einem kurzen Gefecht wieder zurück.

Aber fort und fort verstärkte sich die Heeresmacht in und um Düsseldorf; auch cölnisches, triersches Volk zog zu.[66]) Auf die erneuten dringenden Mahnungen der staatischen Committirten, auf ihren Vorschlag, in Essen zur Verhandlung zusammengekommen, antwortete der Pfalzgraf mit der Gegenforderung, daß man Neuß oder Cöln wählen möge, damit die zahlreichen Gesandtschaften, die eintreffen würden, von Bayern, Mainz, Cöln, dem Erzherzog Statthalter, die kaiserlichen Commissarien ein angemessenes

Unterkommen „und einen guten Trunk Wein“ finden könnten. Das hieß die staatische Mediation zur Seite schieben und die Zeit hinziehen, um immer weitere Verstärkungen anrücken zu lassen. Vor allen der Erbprinz schürte und trieb zum Aeußersten; er hatte keinen andern Gedanken als die Kirche zu retten und den Kurfürsten „abzustrafen“.

Zum dritten Mal war der Kurfürst im Haag. Eben jetzt vollendete der Abschluß des neuen Verfassungswerkes und die gleichzeitig erlassene Amnestie wegen des Attentats auf Amsterdam den Sieg der „moderaten Consilien“. Der letzte Rest einer Hoffnung schwand damit dem Kurfürsten.

Wie ernst ihm seine Lage erschien, zeigte sich darin, daß er in diesen Tagen seinen Residenten in Stockholm anwies, die im vorigen Herbst von Schweden gewünschte Allianz seiner Seits in Anregung zu bringen, daß er durch seinen Gesandten auf dem Congreß zu Lübeck dem schwedischen und französischen Gesandten in gleichem Sinn Eröffnungen machen ließ.[67]) Er mochte auf Erfolg hoffen, da die rasch schwellende Bewegung, die ihre Spitze jetzt gegen ihn wandte, zugleich eine entschieden katholische und antifranzösische war. Zugleich entschloß er sich, die staatische Mediation „einfach und ohne Bedingung“ anzunehmen.[68]) Dann stand er, wenn es zum Verhandeln kam, doch nicht völlig isolirt den katholischen Helfern des Pfalzgrafen gegenüber.

Aber noch schien ein Weg möglich, den Dingen eine andere Wendung zu geben.

Die beiden Gefechte bei Rattingen hatten dem Pfalzgrafen zeigen können, daß er mit seiner großen Kriegsrüstung keineswegs ohne Weiteres das brandenburgische Heer niederrennen könne. Und einstweilen mußte sein bergisches Land diese Tausende, Freund und Feind, erhalten; so gern die Herren in Düsseldorf ihr Volk ins Märkische hätten einbrechen, dort den Krieg sich einnisten lassen,[69]) es war unmöglich, so lange das Bergische bis Rattingen, ja bis Haus Horst hinauf in Feindes Hand war.

Der Kurfürst wußte, daß die kaiserlichen Commissarien kommen würden, daß man in Wien nichts mehr wünsche als Beilegung des Streits vor ihrer Ankunft. Für ihn war es das Wichtigste, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Und noch war er militärisch in solcher Lage, daß er sich nichts vergab, wenn er dem alten Herrn in Düsseldorf zum zweiten Mal die Hand der Versöhnung bot. Er betraute Graf Waldeck, der bisher noch nicht in seinen Dienst getreten war, mit dieser Sendung.

Am Morgen des 12. Aug. war Waldeck beim Pfalzgrafen. Er konnte ihm sagen, daß der Kurfürst, um ihm einen Beweis seiner Friedensliebe zu

geben, Rattingen räume, sofort auch die anderen Plätze in Berg und Jülich, die er besetzt habe, aufgeben werde.[70]) Zu der persönlichen Zusammenkunft, die er vorzuschlagen hatte, fand er den Pfalzgrafen bereit, verabredete mit ihm einen einstweiligen Waffenstillstand, eilte nach Cleve des Kurfürsten Genehmigung einzuholen.

An dieser fehlte es nicht.[71]) Waldeck meldete sie sofort dem Kanzler in Düsseldorf; er habe gemerkt, daß das Mitleiden, so er den Kurfürsten mit einem so alten abgelebten Herrn zu haben gebeten, dessen Herz gerührt habe; wenn wir nur zusammenkommen, habe er gesagt, soll Alles gut werden; aber er bitte um Eile, damit nicht an beiden Orten ein böses Auge dazu komme und das gute angefangene Werk wieder umstoße.[72])

Wenigstens in Düsseldorf war große Aufregung über die eingeleiteten Verhandlungen. Die Kriegsobristen meinten, sie hätten die Feinde zum Abzug aus Rattingen genöthigt, sie wollten nun in die Mark einbrechen; sie waren schon auf dem Marsch, als der Trompeter in Düsseldorf einritt, der jene zustimmende Antwort des Kurfürsten überbrachte.[73]) Ihnen wurde der Befehl nachgesandt, in ihre früheren Quartiere zurückzukehren; der Pfalzgraf bestimmte Sonnabend den 19. August zur Zusammenkunft.[74])

Zur bestimmten Zeit trafen sich beide Fürsten bei den Zelten, die auf freiem Felde bei Angerort hergerichtet waren, jeder mit zahlreicher Begleitung; auch die staatischen Committirten waren auf des Kurfürsten Einladung zur Stelle. Der Kurfürst ging rasch und zuversichtlich ans Werk; er ließ dem alten Herrn die Wahl, ob man einen neuen Provisionalvertrag oder einen völligen Abschluß machen solle; er unterbrach, als die Räthe weitläufig aus den Acten zu referiren begannen, den Vortrag mit den Worten: „Vetter, wir sind hergekommen, Frieden und Freundschaft zu machen, nicht um alle die Acten nachzusehen; lassen wir, wenns E. L. gefällt, das Disputiren." Das Erbieten der Committirten mitzuhelfen, lehnte der Pfalzgraf ab; nur Waldeck blieb. Man hatte bis zur Tafel wenigstens Einiges abgemacht; da kam über Tisch die Meldung an den Kurfürsten, daß sich lothringisches Kriegsvolk in der Nähe zeige; in höchster Aufregung erhob man sich, eilte zu den Pferden, machte sich zum Kampf fertig. Es war ein lothringischer Obrist, der erschien, gegen die Verhandlung ohne Theilnahme seines Herren, des Herzogs, Einsprache zu thun.

Der Zweck der Zusammenkunft schien völlig verfehlt; mit Mühe gelang es Waldeck und den Committirten, daß die Fortsetzung der Unterhandlung am Montag und die Verlängerung des Waffenstillstands verabredet wurde.[75])

Der Waffenstillstand war inzwischen auf die übelste Weise gebrochen. Reuschenberg und de Fauge hatten, sobald Rattingen geräumt war, unbekümmert um des Pfalzgrafen Befehle — falls sie überhaupt an sie gelangt waren — ihren Marsch nach dem Märkischen fortgesetzt, in Herbede ihr Hauptquartier genommen, sich rechts und links an der Ruhr ausgebreitet, entsetzlich gehaust. Den entlegneren Städten Bochum, Unna, Kamen schickten sie, ohne darum gebeten zu sein, Sauvegarden zu, „Landaussauger und Preßsoldaten", wie der Kurfürst sie nennt, die vorgeschobenen Posten zu weiterer Occupation.

Der Kurfürst erfuhr von diesem Einfall am Sonntag; dennoch ritt er Montags früh nach Angerort. Er wartete Stunden lang; aus Düsseldorf erschien niemand.

Dort war Verwirrung an allen Enden. Man hatte den alten Pfalzgrafen bestürmt, den heillosen Vergleich nicht einzugehen: täglich komme neues lothringisches Volk, er sei des Kurfürsten Meister. Vergebens drängte der Committirte van Gent, der mit nach Düsseldorf gegangen war, die Ordre zu weiterer Waffenruhe zu erlassen; erst wurde dieselbe in ungenügender Form concipirt, dann, als sie abgesendet werden sollte, sagte der Secretair, sie liege beim Pfalzgrafen, der Pfalzgraf, er habe sie verloren. In der Nacht zum Montag kam der Erbprinz und viele Officiere aus dem Felde, den Waffenstillstand zu hindern; auch geistliche Herren waren zahlreich im Schloß und in unruhiger Thätigkeit; der Pfalzgraf sei krank, hieß es. Endlich gelang es Herrn van Gent zu ihm zu dringen; aber all sein Bitten und Mahnen war vergebens. Da ward gemeldet, daß ein Trompeter vor dem Stadtthor sei, Namens des Kurfürsten zu fragen, ob es S. D. beliebe, zu kommen oder nicht. Man beschloß ein paar Herren vom Hofe nach Angerort zu senden, um den Pfalzgrafen als krank zu entschuldigen. Sie trafen den Kurfürsten, als er im Begriff war, hinwegzureiten. Er war im hohen Grade entrüstet über die „Indiscretion, mit der man ihm begegnet", diese späte Sendung sei nichts weniger als eine Satisfaction; er werde nicht unterlassen, Kais. Maj. und die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs von dem Geschehenen zu benachrichtigen. Waldeck und Gent bemühten sich wenigstens die Fortsetzung der Verhandlungen offen zu halten; er gab endlich nach, daß es geschehe, und zwar in Essen.

Aber die Officiere, die Patres, die Räthe des Pfalzgrafen waren außer sich, daß doch verhandelt werden solle; „um Gottes Willen" flehte Reuschenberg ihn an, nicht abzuschließen, da der Kurfürst nur ihn übervortheilen, ihn um Land und Leute bringen wolle. Der Erbprinz wandte

sich mit Klagen und Anklagen nach Wien: „sein Vater sei in Angerort, von all den Calvinisten gleich wie von brüllenden Löwen umringt, einzig und allein gewesen, habe sich allzu weit mit dem Religionswesen herausgelassen; trotz aller ihrer unterthänigsten Devotion für das Haus Oestreich, trotz alles ihres Religionseifers verlasse man sie; man möge doch bedenken, was erfolgen werde, wenn man die zwei allein noch übrigen katholischen Fürsten im Reich unterdrücken lasse; daß es Gott erbarme."

Aber am Kaiserhofe war und blieb die Ansicht, daß man den Streit am Rhein abthun müsse „bevor Größere sich einmischten". Man hatte die Sicherheit, daß der Kurfürst zum Abschluß bereit sei; man ließ ihm Zeit, die Verständigung mit dem Pfalzgrafen zu suchen; wenn sie nicht gelang, so waren die kaiserlichen Beauftragten, Graf Hatzfeld und der triersche Kanzler Anethanus, mit Vollmachten versehen, als Friedensstifter einzuschreiten. Wenn dann gelegentlich des Kaisers Autorität und sein reichsoberhauptlicher Einfluß in jenen Territorien erweitert werden konnte, desto besser; aber selbst diese Rücksicht trat zurück gegen die Hauptsache, „das locale Feuer zu löschen, damit nicht ein allgemeiner Brand daraus werde."

Eben das war jetzt auch des Kurfürsten Interesse; es war für ihn kein Nachtheil, daß der Pfalzgraf durch den schlimmen Eifer seiner Umgebung, den schlimmeren des Lothringers und seiner Soldatesca mehr und mehr ins Unrecht kam. Nach dem Affront bei Angerort folgten trotz des Waffenstillstandes jene Aussendungen von Sauvegarden, Widerstand einzelner Ortschaften gegen diese ungebetenen Gäste, blutige Conflicte da und dort. Bei Bochum kam es zu einem förmlichen Gefechte. Erst der Beginn der Essener Verhandlungen brachte den Abzug der Feinde aus der Mark und Waffenruhe auf dreitägige Kündigung.

Am 28. August kamen Räthe der beiden Partheien, staatische und cölnische Räthe als Vermittler auf dem Rathhause zu Essen zusammen Aber wie hätte man sich verständigen sollen. Mit jedem Zugeständniß der brandenburgischen Räthe spannten die pfalzgräfischen ihre Forderungen höher; schon Zugestandenes, schriftliche Zusagen ihres Herrn nahmen sie zurück, leugneten, daß sie gegeben seien. Und statt als Vermittler mit Eifer einzugreifen, sahen die Herren aus dem Haag nur darauf, das Recht der staatischen Garantie sicher zu stellen, die cölnischen nur darauf, eben diese Garantie zur Seite zu schieben; jene, ohne auch nur die Gewähr für die Waffenruhe bis zum Schluß der Verhandlungen übernehmen zu wollen, diese mit dem Entschluß, es ohne die kaiserlichen Commissarien nicht zum Abschluß kommen zu lassen.

Es schien unmöglich, irgend einen Ausweg zu finden; „mit jedem Tage, schreibt Waldeck, kommen Briefe, so wohl Blasebälge genannt werden können; aber der Kurfürst bleibt beständig zu Respect Kais. Maj. und Nutzen des Röm. Reiches, abwartend, daß man einen Streich gegen ihn thue, was Gott verhüte; es würde einen Gegenstreich geben, daß man sich verwundern sollte."

Auch der Kurfürst hatte seine Werbungen fortgesetzt; er hatte seine Festen und Häuser im Märkischen zum Theil mit aufgebotenem Landvolk besetzt; er hatte während die Gegner im Bergischen zerstreut lagen, den besten Theil seiner Macht bei Duisburg in einem Lager vereint,[76]) dort an der Mündung der Ruhr in den Rhein hatten sie eine Stellung, die zur Abwehr und zum Angriff gleich günstig war.

Mit Sorge sahen die Herren im Haag das Wachsen, die Concentrirung der kurfürstlichen Kriegsmacht. Eben jetzt kam die Nachricht aus England, daß Karl II. die schottische Grenze überschritten habe, daß er auf dem Wege nach London dem Heere Cromwells um zwei Tage voraus sei, daß eine Erhebung aller Gemäßigten gegen die Militärherrschaft des Protectors erwartet werde.

Wie hätte man im Haag nicht fürchten sollen, daß mit dem Siege der stuartischen Politik die oranische wieder aufleben werde; und der Kurfürst war jetzt in der Rüstung, ihr einen Rückhalt zu geben. Die holländischen Herren riethen ihm dringend, zu seinem Besten sein Lager aufzulösen; sie konnten sich darauf berufen, daß es auf clevischem Boden liege, wohin ja nach den Verträgen nur staatische Truppen zur Sicherung der Festungen kommen dürften. Und der Kurfürst befahl die Auflösung des Lagers (8. Sept.).

Gleich darauf am 12. September kündigte der Pfalzgraf den Waffenstillstand, „weil seinen billigen Forderungen nicht nachgegeben sei und weil er seine und die lothringischen Truppen nicht länger seinen Unterthanen auf dem Halse lassen könne". Nun konnten nach drei Tagen die Feindseligkeiten von Neuem beginnen; das Gerücht sagte, die Lothringer würden über den Rhein zurückgehen, um ins Cleve'sche einzubrechen. Der Congreß von Essen löste sich auf (15. Sept.).

Also Cleve war bedroht. Auf des Kurfürsten Anfrage, was Seitens der Staaten zum Schutz des Landes geschehen würde, lautete die Antwort: „sie würden keine fremden Truppen im Bereich der Kanonen der von ihnen besetzten Festungen dulden"; darüber hinaus mochte geschehen, was da wollte. „Sie hatten mehr Jalousie gegen den Kurfürsten als gegen den Pfalzgrafen, sie blieben darum bei der puren Neutralität".

Schon war die Anzeige der beiden kaiserlichen Commissarien, daß sie in Cöln eingetroffen seien, in des Kurfürst Hand. Die Herren im Haag hatten ihre Rechnung darauf gestellt, daß er sich um keinen Preis dem Ansinnen des kaiserlichen Hofes fügen werde; sie hatten das als eine Verletzung seiner Hoheit bezeichnet. Am 19. Sept. empfing er die kaiserlichen Commissarien in Cleve.

Es begann der letzte Act des verworrenen Spiels und vielleicht der merkwürdigste.

Der Vergleich.

Die beiden Herren traten mit dem vollen Gewicht reichsoberhauptlicher Machtvollkommenheit auf. Sie erklärten, daß vorerst die Waffen niederzulegen seien, daß sie kaiserliche Mandate hätten, im Nothfall alle Reichskreise aufzubieten, daß sie dem Pfalzgrafen davon sofort nach Kündigung des Waffenstillstandes Nachricht gegeben, daß sie ihn bestimmt hätten, noch weitere vier Tage die Waffen ruhen zu lassen, um des Kurfürsten Erklärung zu vernehmen. Sie forderten von diesem Anerkennung der 1649 vom Kaiser bestellten Commission; sie forderten weiter, daß jetzt ein Verfahren zur definitiven Regelung des ganzen Erbschaftsstreites festgestellt und die oberste Entscheidung durch Kaiser und Reich in demselben vorbehalten werde; sie verwiesen die Entscheidung über Schadenersatz und künftige Sicherstellung auf fernere Erörterungen. Sie luden Deputirte der Stände dieser Lande zum 3. Oct. nach Cöln, um sie mit ihren Beschwerden zu vernehmen.

So schien sich hier die kaiserliche Autorität in vollstem Umfang installiren, sie schien die Stelle, welche die Staaten mit ihrer „puren Neutralität" aufgegeben, als Lohn für die eben so pure Neutralität des Wiener Hofes gewinnen zu wollen.

Nur ein Kleines fehlte zum Gelingen; der Kurfürst war nicht der Neuling in der Politik, sich die Frage so falsch stellen zu lassen. Wie die Dinge lagen, handelte es sich zunächst darum, daß der Pfalzgraf genöthigt werde, auf die Entscheidung der Waffen zu verzichten, gegen ihn, der die brandenburgischer Seits so oft gesuchte Verständigung immer wieder zurückgewiesen, hatte sich die kaiserliche Autorität zu wenden, gegen ihn und das fremde Kriegsvolk, das er ins Reich gerufen und dessen er nicht mehr mächtig war. Waren die lothringisch-spanischen Regimenter abgeführt,

dann mochten die kaiserlichen Commissarien helfen, daß das Weitere geordnet werde; in den Formen, die in einer Reihe von Verträgen seit 1609 zwischen beiden possidirenden Fürsten festgestellt waren, hatte man alles Nöthige, die obwaltenden Differenzen zu schlichten. Entstanden waren sie nur dadurch, daß der Pfalzgraf mit dem Geltendmachen des Normaljahres 1624 einen dieser Verträge verletzt, daß der kaiserliche Hof, ohne auf die Einwendungen Brandenburgs zu achten, jene Commission von 1649 bestellt hatte; war es denn ein Reservatrecht des Kaisers, die Artikel des westphälischen Friedens zu interpretiren? oder durch welchen reichsverfassungsmäßigen Act war der Hof zu Wien autorisirt, die Rechtsverhältnisse dieser Territorien zu reformiren? Die kaiserlichen Commissarien mochten ihren ganzen Einfluß verwenden, um zu vermitteln; aber die Schiedsrichter durften sie nicht spielen wollen.

So die Gesichtspunkte, von denen des Kurfürsten Gegenerklärung vom 20. Sept. ausging. Das Erste war, daß er der Forderung der kaiserlichen Commissarien eine vorher zu erfüllende Bedingung entgegenstellte. Es war die, daß der Pfalzgraf nicht bloß auf vier Tage, sondern bis zum Abschluß des Vergleichs zur Waffenruhe verpflichtet werde. Wie hätten sie es weigern können?[77])

Damit aber hörte die Möglichkeit auf, über die rechtlich begründeten Verhältnisse hinaus auf den Kurfürsten einen Druck auszuüben, ihm Zugeständnisse abzuzwingen für die guten Dienste, die man kaiserlicher Seits ihm zu leisten scheinen wollte. Es war nur die Anerkennung einer Thatsache, wenn er zugab, daß über die Geltung des Normaljahres ein Zweifel obwalte. Er durfte es als einen Ausdruck seines „besonderen Respectes" gegen den Kaiser bezeichnen, wenn er weiter zugab, daß über diesen Zweifel eine kaiserliche Commission entscheide; nur nicht jene frühere, die er nie anerkannt; er schlug vor, daß den vom Kaiser 1649 ernannten Commissarien von ihm so gut wie vom Pfalzgrafen je zwei andere beigefügt würden; es wurde ihm, so sehr sich der Pfalzgraf dagegen wehrte, zugestanden. Die neue Commission, zwei reformirte Fürsten neben Braunschweig, zwei andere Bischöfe neben dem von Münster, sollte des Pfalzgrafen Erweis für 1624, des Kurfürsten Gegendeduction entgegennehmen und entscheiden; bis zur Entscheidung sollte der vorige Stand gelten.

Vergebens forderte der Pfalzgraf Schadenersatz, Satisfaction, Sicherstellung; er wurde auf rechtliche Entscheidung verwiesen; selbst ein Vorbehalt, „seine besonderen Desiderien dem Kaiser vorzutragen", wurde ihm

versagt[78]); einstweilen mochte er sehen, wie er die Lothringer aus seinem Lande schaffe.

Eine weitere Bestimmung in dem Vergleich betraf die Stände der Lande. Gewiß sehr gern gaben die Commissare ihre Zustimmung, daß festgestellt würde, sie sollten sich, wenn sie sich beschwert glaubten, nicht an auswärtige Mächte, sondern an ihre Landesherren wenden. Damit war einer der wichtigsten Punkte in der staatischen Garantie getroffen.

Aber an die Stelle dieser Garantie ein kaiserliches Aufsichtsrecht treten zu lassen, war keineswegs die Meinung des Kurfürsten. Möchten die Stände von Jülich und Berg auf die Ladung der Commissarien nach Cöln gehen, denen von Cleve und Mark verbot er desgleichen zu thun; bei einer zweiten Ladung im Januar wiederholte er sein Verbot.[79])

Am 11. October war der Vergleich fertig.[80]) Der Kurfürst sprach gegen die Committirten der Staaten sein Bedauern aus, „daß er gezwungen gewesen sei, ohne Zuthun und Mediation der Herren Staaten abzuschließen". Mochten sie in bündigster Form alle Rechte, die ihnen aus den früheren Garantieverträgen zuständig seien, vorbehalten, sie hatten allen Grund zu bedauern, daß „diese Tractaten mit Ausschließung ihrer gemacht seien".

Allerdings die Sorge, welche ihnen die Vorgänge in England gemacht hatten, war nun vorüber; am 3. September hatte Cromwell bei Worcester gesiegt und König Karl hatte England als Flüchtling verlassen. Aber am 9. October folgte die Navigationsacte; sie war recht eigentlich gegen den holländischen Handel und die Doctrin vom freien Meere, auf die er sich stützte, gerichtet; sie war denen, welche den Frieden um jeden Preis vertraten, ein Schlag ins Gesicht; nach zwei Monaten war der Krieg zwischen England und den Staaten erklärt.[81])

Ergebniß.

Geschickt genug hatte Friedrich Wilhelm die Verhandlungen zum Schluß geführt.

Aber entsprach dieser Abschluß den Anstrengungen, die er gemacht, den Kosten, die er aufgewendet, den Hoffnungen und Besorgnissen, die der Beginn des weitaussehenden Unternehmens erregt hatte?

Er war nur eben ohne Verlust davon gekommen. Den nächsten Zweck seines Angriffs, die Sicherstellung der Evangelischen in Jülich und Berg, hatte er nicht erreicht; in jenen weiteren Combinationen, in der

Hoffnung, den großen Schritt aus der nur territorialen in die europäische Politik zu thun, hatte er sich vollständig verrechnet. Er hatte keinen neuen Freund gewonnen und diejenigen verloren, die er etwa gehabt oder die dafür gegolten es zu sein; selbst die reformirten Höfe von Heidelberg und Cassel hatten sich beeilt zu erklären, daß sie nichts weniger als mit ihm seien. Es war offenbar geworden, wie isolirt er stand.

Und in seinen eigenen Landen hatte eben dieß Unternehmen die bedenklichsten Oppositionen entzündet. Die Stände in Cleve und Mark waren auf das Heftigste erregt; er hatte ohne alle Schonung ihrer Privilegien Steuern, Werbungen, Einquartierungen verfügt; er hatte Männer, die nach ihrem guten Recht zu verfahren meinten, ins Gefängniß geworfen, ihnen den Weg zu ihrer, wie sie sagten, höchsten Obrigkeit, dem Kaiser, verlegt. Die Stände der Kurmark hatten auf seinen Antrag um Geldhülfe auf die Landesreverse verwiesen, nach denen er sie vorher hätte befragen müssen als in einer Sache, an der des Landes Gedeihen und Verderben hange; sie hatten von den unsäglichen „Mitteln und Spesen", die der Krieg kosten werde, von dem „Seufzen und Winseln der getreuen Unterthanen" gesprochen, auch bemerkt, daß er nachgerade „mit Landen und Leuten genugsam gesegnet sei", um nicht noch mehr zu begehren. Nicht minder fürchtete man in Halberstadt, in Minden den miles perpetuus. Die Stände in Preußen mochten Gott danken, daß sie für ihre Verfassung und Libertät den Schutz der Republik Polen hatten; sie betrieben am Hofe zu Warschau, daß die Berufung eines allgemeinen Landtags befohlen werde.

Bedenklicher noch mußte die Lage der Dinge erscheinen, wenn man auf das Ausland sah. In mehr als einem der Gutachten, die der Kurfürst damals von jedem seiner Geheimenräthe forderte, ist von der „Disreputation" die Rede, in der Brandenburg sei. Was war es anders als ein Zeichen dieser Disreputation, wenn die Krone Polen nach beendeter Sache einen Botschafter nach Cleve sandte, dem Kurfürsten mit stolzen Worten anzukündigen: „der König finde es beleidigend für seine Person, daß der Kurfürst nicht seine des Oberlehnsherren Vermittelung angerufen habe, und nehme den Pfalzgrafen, als seinen Freund und Schwager, in seinen besonderen Schutz, dem er Nachachtung zu geben wissen werde."[82]) Und in Wien rüstete man sich, die jülichsche Sache vor dem Kaiser zu Recht zu entscheiden, bestellte Referendarien aus den kaiserlichen Räthen, bezeichnete die Reichsfürsten, die den Spruch fällen sollten, traf die Einleitung, „die sämmtlichen Prätendenten an den kaiserlichen Hof zu laden". Namentlich

Kursachsen betrieb die Sache in Wien auf das Eifrigste, in der Hoffnung, jetzt bei der allgemeinen Entrüstung über das brandenburgische „Attentat" einen günstigen Entscheid zu erzielen.[83]) Und nun gar Schweden; der Kurfürst hatte sich gleich nach dem clevischen Vergleich entschlossen, in Betreff der Grenzlinie in Pommern nachzugeben; statt nun abzuschließen, kamen die schwedischen Herren mit der Frage der Zölle; sie erklärten, daß nach dem Frieden von 1648 ihnen die Seezölle im brandenburgischen Pommern allein zuständen, und daß sie das Land nicht eher räumen würden, als bis der Kurfürst dieß ihr Recht anerkannt habe.[84]) Ja mehr noch: es kam in Stockholm ein Project zum Vorschein und fand Beifall, dahin gehend, daß Polen das Herzogthum Preußen zur Entschädigung erhalten und dafür Liefland definitiv der Krone Schweden abtreten, Brandenburg entweder mit Bremen und Verden oder mit einer Geldsumme entschädigt werden solle. Der Plan war von dem französischen Gesandten vorgelegt, er war empfohlen worden als „ein Mittel, das Haus Oesterreich und die deutschen Fürsten in Zügel zu behalten"; und daß die Krone Polen und der Adel in Polen wie in Preußen mit Freuden darauf eingehen würden, bezweifelte man keinen Augenblick.[85])

Also auf Kosten des Kurfürsten sollte der Friede zwischen Schweden und Polen geschlossen, sollte dem in sich zerrütteten Frankreich in seinem schweren Kampf gegen Spanien eine Hülfe geschaffen werden. Damals forderte der französische Hof von seinem Gesandten in Stockholm eine Nachricht über den Kurfürsten, und Chanuts Antwort lautete: „er halte ihn für einen Fürsten von viel Urtheil und guter Gesinnung, aber er habe den Erbfehler seines Hauses, sich zu sehr leiten zu lassen; und da er nicht so glücklich gewesen, bedeutende Männer zu finden, auf die er die Last und Sorge der großen Geschäfte legen könne, so seien sie in große Verwirrung gerathen; sein Haus sei sehr verschuldet; ein Herr von Burgsdorf, der ihn so lange geleitet, prunke nun in Berlin in seinen Reichthümern, die er der Gnade seines Herrn verdanke, spotte über seine Nachfolger in der Gnade und deren Leitung; auch die Prinzessin von Oranien habe große Macht über den jungen Fürsten, und seine Gemahlin beginne Einfluß auf seine Entschließungen zu üben."

So wurde damals geurtheilt, so und noch härter an den Höfen im Reich, den geistlichen wie weltlichen. Man sprach mit sittlicher Entrüstung von dem Attentat auf den ehrwürdigen und frommen Pfalzgrafen von Neuburg; man meinte, ein solches Abenteuer unreifen Ehrgeizes oder mißleiteter Ungeduld habe zum wenigsten solche Demüthigung verdient. Die

Wohlgesinnten hofften, daß der junge Herr sich für alle Zeit eine Lehre daraus nehmen werde.

Daß er selbst die Bedeutung dieses Mißerfolges und die größere Gefahr seiner Lage erkannte, zeigen die nächsten Schritte, die er für nothwendig hielt. Aber es findet sich keinerlei Thatsache oder Aeußerung, daraus zu schließen wäre, daß er das, was er gethan, bereut, die Art, wie er es gethan, für unpolitisch oder unrecht gehalten hätte. Denen unter seinen Räthen, die ihm so gerathen, blieb sein volles Vertrauen.

Die stolze Politik eines mächtigen Staates zu machen, lag außer dem Bereich seiner Mittel. Aber er hatte so kühn gewagt, wie ihm möglich war. Und daß er keineswegs einen Stoß in die Luft gethan, ward bald genug erkannt.

Vor Allem, es war die Frage, die für ihn die wesentliche war, um einen entscheidenden Schritt weiter gebracht.

Der westphälische Friede hatte ihm, wie allen Fürsten und Ständen, die freie Ausübung der Landeshoheit, das Recht der Souveränetät gebracht; sie sollte, so hieß es in dem Friedensinstrument, von niemand, unter keinerlei Vorwand beschränkt werden dürfen.

Wie weit entfernt war er vorerst, sie auch der That nach zu haben. Für das Herzogthum Preußen galt jene Bestimmung überhaupt nicht; und die Krone Polen war beflissen, das Recht ihrer Oberhoheit um so höher zu spannen, je ohnmächtiger sie selbst war.

Das brandenburgische Pommern war immer noch in der Hand der Schweden; die Art, wie sie die Frage der Seezölle behandelten, zeigte, daß sie, wenn sie endlich doch es räumen müßten, in der Verwaltung des Landes die Hand mit im Spiel behalten wollten.

In Cleve hatten die Staaten kraft ihres Besatzungsrechtes, kraft der Garantie eine mehr als bloß militärische Mitregierung. Da und überall war der Wiener Hof beflissen, sich einzumischen, die alten Bezüge der kaiserlichen Oberhoheit, die der Friede gelöst haben sollte, wieder aufzunehmen, zu verfahren, als ob Kaiser und Reich in alter Weise noch beständen, nicht erst, wie der Frieden bestimmte, sich neu constituiren sollten.

Und welche Handhaben dazu die ständischen Verhältnisse der Territorien boten, hatten die Vorgänge in den Erbschaftslanden nur zu deutlich gezeigt. Wie auch hätten die Herren Stände nicht Alles daran setzen sollen, die alte Libertät und Anarchie zu retten? was hätte aus dem Particularrecht der Länder und Ländchen, was aus den Freiheiten und Privi-

legien der Prälaten, Ritterschaft und Städte werden sollen, wenn jene Souveränetät des Friedensinstrumentes zur Wahrheit wurde?

Aber war dieß Wesen darum gut, darum erträglicher, weil es sich in allen deutschen Gebieten wiederholte? Sollte der alte Reichsschlendrian, der das Reich und die Nation in so furchtbares Elend gebracht, wieder aufleben und weiter wuchern, jetzt wo mit dem Frieden, mit den fremden Garanten des Friedens, mit dem Trugbild ohnmächtiger Souveränetät die Kraftlosigkeit und Schutzlosigkeit jedes Reichsstandes nur um so größer geworden war?

Wie verhängnißvoll immer jener Friede gewesen sein mochte, verhängnißvoller als Alles wäre es gewesen, wenn das deutsche Wesen in seine alten Formen zurückgesunken, wenn der einzige Keim neuer Bildungen, den es in sich trug, erstickt wäre, der Keim, aus dem in der Verwesung des Reichs staatliche Bildungen erwachsen konnten.

Gegen solches Versinken und Versumpfen hatte sich Brandenburg erhoben; immerhin mit einem Gewaltact, aber gegen einen Mitstand im Reich, der nicht müde wurde unter der Larve des Rechtes Unrecht zu üben, gegen Competenzen, die nicht mehr galten oder in Frage gestellt waren.

Die Vorgänge von 1651, nach den alten Reichs- und Kreisordnungen rechtlich unmöglich, waren der erste Versuch, die neuen Rechtsprincipien, die das Friedensinstrument ausgesprochen, practisch anzuwenden.

Wie wenig immer erreicht sein mochte — kaum der Anfang eines Anfangs — es war schon ein Großes, daß verhindert war, was gedroht hatte.

Gedroht hatte, daß die papistischen Umtriebe den Nordwesten des Reichs überwucherten und in die spanisch-burgundische Politik hineinrissen. Auf die Gefahr, einen allgemeinen Brand zu entzünden, wie mit brennender Lunte neben der offnen Pulvertonne stehend, hatte Friedrich Wilhelm ihnen Halt zugerufen; und sie machten Halt; sie scheuten fortan jene Grenzen.

Gedroht hatte ferner, daß auf diesen Anlaß Kaiser und Reich und Reichshofrath und Reichsexecutionsordnung sich erheben und die rasch fortschreitende Rückbildung zu den alten Reichsformen, jenen Scheinformen von Friede, Recht und Ordnung, die immer nur das Gegentheil von dem enthielten, was sie besagten, vollenden, die Schlinge zuschnüren würden. Mit unermüdlicher Behutsamkeit hatte der Kurfürst sich heraus-

gewunden, er hatte jenes Princip von 1648 wenn nicht durchgekämpft, so doch festgehalten und factisch behauptet. Es war, trotz Oestreich und ohne Schweden und Frankreich, behauptet von einem Fürsten, der nicht wie Spanien oder Oestreich, wie Schweden oder Dänemark schon außer dem Reich souverän war, sondern nach der Meinung der großen Mächte sich mit dem Schein und Namen der Selbstherrlichkeit begnügen, von ihnen sich als Schützling behandeln und gelegentlich verhandeln lassen sollte. Wenigstens Ein deutscher Fürst hatte gezeigt, daß er nicht gemeint sei es geschehen zu lassen.

Erreicht war wenigstens ein Weniges. Es war das Mitregieren fremder Mächte vorerst in einem der kurfürstlichen Territorien zwar nicht beseitigt und unmöglich gemacht, aber seines Scheines entkleidet, in seinem Grund und Wesen entlarvt; es war die Landeshoheit da noch nicht hergestellt, aber sie begann sich zu fühlen und fühlbar zu machen, trotz der Herren Staaten und der Stände und der kaiserlichen Intervention; sie begann sich aufzurichten.

Freilich nach diesen Vorgängen von 1651 war Friedrich Wilhelm völlig isolirt; Alles war gegen ihn; „ich weiß keinen, weder in- noch außerhalb des Reichs," sagt ein Gutachten dieser Zeit, „welchem E. Kf. D. dergestalt zu trauen hätten, daß sie sich nicht vor und wider ihn in etwas vorzusehen hätten." Mit Mißachtung und Entrüstung nannte man den Namen Brandenburg: alle Gutgesinnten waren empört, daß es den theuer erkauften Frieden zu stören gewagt, die Gefahr eines neuen allgemeinen Brandes über das Reich gebracht habe, in den Augen der Lutheraner wie Katholiken ein neuer Beweis, wie gefährlich, wie gewaltsam, wie radical der Calvinismus sei; und selbst die reformirten Mitfürsten Hessen und Kurpfalz verleugneten die Gemeinschaft mit dem Brandenburger.

„Es ist eine ganz generale Regel, sagt dasselbe Gutachten, „daß je geringere Macht derjenige hat, vor dem ich mich zu besorgen habe, je größer ist die Sicherheit, wenn er noch geringer werden könnte."[86]) Alle, die Schwachen wie die Starken, hätten Ja und Amen gesagt, wenn so mit Brandenburg geschehen wäre.

So stand jetzt der Kurfürst. Er konnte wie einst Hutten sagen: ich hab's gewagt. Er mußte vorwärts.

Es folgte eine Entwicklung seiner äußeren Politik, welche zeigte, daß er aus dem falschen Zirkelschluß der Territorialpolitik für immer hinaus sei. Es folgten Reorganisationen im Innern, die, zum ersten Male

umfassend und durchgreifend, die Umbildung der Territorien zu Einem Staat begannen und für immer entschieden.

Die Reorganisation.[87])

Gleich nach dem Abschluß des clevischen Vergleichs forderte der Kurfürst von jedem seiner Geheimienräthe ein Gutachten über seine politische Lage; er stellte ihnen die Fragen: wie er sich zu den verschiedenen Potentaten in und außer dem Reich bei jetzigen Conjuncturen zu verhalten, wem zu trauen, oder vor wem sich zu hüten habe, ob und mit wem er Allianz suchen solle.[88])

Es fehlte nicht an sorgenvollsten Aeußerungen, an Mahnungen, von allen Händeln fremder Potentaten fern und in den Grenzen einer rechten Neutralität zu bleiben, in Streitigkeiten mit Reichsgliedern Kais. Maj. unpartheiische, rechtmäßige Decision zu erwarten, und „was das Beste, ein gutes Gewissen zu haben und zu behalten". Es wurde wohl das „hochgepriesene Beispiel" Joachims zur Nachahmung empfohlen, der sich den Ruhm eines communis pacificator imperii erworben habe. Der Krieg dagegen, sagt eines dieser Gutachten[89]), ist wie „wenn man eine goldene Angelruthe benutzt, um einen armseligen Fisch zu fangen; sie kostet mehr als man damit fängt; oft auch gewinnt man nur Disreputation damit, oder muß das übel Gewonnene mit neuen Kriegen behaupten und den Helfern mehr zahlen als man gewonnen hat".

Ein andres Gutachten,[90]) das Blumenthals, der noch unter Schwarzenberg Burgdorfs Gegner gewesen, dann in kaiserliche Dienste getreten und Reichshofrath geworden war, beginnt mit einer sehr offenen Kritik des burgsdorfischen Einflusses: „obwohl er, seit ihm der stets gehoffte Wiedereintritt in des Kurfürsten Dienst zu Theil geworden, ein herzliches Mitleid gehabt, daß auf solche Weise der damalige status schwerlich bestehen könne, vielmehr in Kurzem auf einmal zu des Kurfürsten Disreputation und eigenem höchsten Mißfallen und Unbefriedigtheit zerfallen müsse, so erfreue er sich aus innerstem Grund seines Herzens, daß sein gnädigster Herr das nun selbst erkenne und redressiren wolle; denn die gewisseste Anzeige der Besserung sei, wenn man den üblen Zustand, in dem man sich befinde, vollkommen erkannt habe, die heilsamen Mittel ergreife und steif und fest darüber halte". Er antwortet klug und treffend auf jene Fragen; aber die Hauptsache ist, sagt er, „daß E. Kf. D. ihre Sicherheit auf ihre eigene Macht, auf ihre eigenen Kräfte und deren Vermehrung sowohl in

öconomischer wie politischer Hinsicht, und dann auf ihre eigene Autorität stellen, daß E. Kf. D. alle ihre actiones zur Ehre des großen Namens Gottes und zur Gründung und Beförderung des Heils und der Wohlfahrt ihrer Unterthanen jeder Zeit lenken und bestimmen."

Was Blumenthal aussprach, war eben das, was der Kurfürst immer gewollt, immer verfolgt hatte, freilich mit der Vorsicht und Zurückhaltung, die in jenem Vorwurf, der gegen Burgsdorf gerichtet war, nicht eben gewürdigt wurde. Und doch war sie nothwendig gewesen, um zu dem Punkt zu gelangen, auf dem man jetzt stand und von dem aus Blumenthal so bequem tadeln konnte, daß er nicht rascheren Schrittes erreicht sei.

Erinnern wir uns der traurigen Anfänge von 1640. Nur durch Burgsdorf war es möglich gewesen, die Marken den Händen Schwarzenbergs zu entwinden; es gab damals keinen General oder Obristen, keinen Festungscommandanten in den Marken, der gegen den Grafen und seinen Anhang aufzutreten gewagt hätte; und in Burgsdorf, dem märkischen Edelmann, sahen die Stände ihren Vertreter und Führer gegen das eben so selbstsüchtige, wie streng fiscalische Regiment des verhaßten katholischen Grafen aus den Rheinlanden; Burgsdorfs Eintritt bezeichnete ihnen das Ende des „absoluten Dominats". Die Berufung des Markgrafen Ernst, die Verträge mit Schweden, alle äußeren Verhältnisse zeigten, daß der junge Kurfürst keineswegs in Burgsdorf einen leitenden Minister nur von anderer Richtung gewählt haben wollte; aber so lange der schwere Krieg währte, so lange die Libertät in Preußen und die höchst gespannten Verhältnisse in den Rheinlanden den Kurfürsten zwangen, sich wesentlich auf seine Kurlande zu stellen, konnte er nicht anders, als die nur märkische Richtung, die Burgsdorf vertrat, gewähren lassen; um so mehr, da mehrere der alten Geheimenräthe, der Kanzler v. Götze, der unermüdliche Arbeiter Striepe, der gewandte und vielseitige v. Löben sich ihm anschlossen. Der Kurfürst überschätzte ihn nicht; wie oft hatte er Anlaß, sein gereiztes Selbstgefühl durch reiche Schenkungen zu begütigen, wie oft es hinzunehmen, wenn er von Verhandlungen an fremden Höfen Geldsummen heimbrachte, die weit über das Maaß angemessener Belohnungen hinausgingen; er kannte sein mehr als anstößiges Privatleben, und nur zu merklich war unter den Hofleuten der Einfluß des Oberkammerherrn und seiner renommistischen Formen, die damals für cavaliermäßig galten. Die junge Kurfürstin, so wird erzählt, sei nicht müde geworden, auf die Entfernung des ihr widerwärtigen Edelmannes zu dringen.[91]) Der Kurfürst scheute mit Recht einen plötzlichen Wechsel; aber daß er Blumenthal in seinen Dienst

zog, daß er Sparr für das Heerwesen berief, daß jüngere, wie Schwerin, Waldeck, Claus Ernst von Platen, Somnitz zu den wichtigsten Aufträgen gewählt wurden, löste das Verhältniß zu Burgsdorf mehr und mehr, bis endlich im Anfang 1652 seine Verabschiedung erfolgte. Von Untersuchung gegen den, wie viele glaubten, vielfach Schuldigen, von Acten der Ungnade gegen den „gestürzten Günstling" war nicht die Rede, einfach darum nicht, weil der Kurfürst in Burgsdorf nie einen Günstling gesehen hatte, sondern den Diener, dem er auch jetzt noch die geleisteten Dienste anrechnete; er ließ ihm die Papiere, die ihn compromittiren konnten, aus dem Archiv überweisen; er nahm nicht Notiz von den Klatschereien und üblen Nachreden, mit denen der Undankbare ihm vergalt; sein Tod, noch im Jahre 1652, machte weiteren Aergernissen ein Ende.

Früher sind die Bemühungen erwähnt worden, die der Kurfürst machte, seine verwüsteten Lande wieder empor zu bringen. Je länger, je mehr hatte ihn Burgsdorf gehemmt; dem Plan, die Spree mit der Oder durch einen Canal zu verbinden, war er entgegengetreten, „weil es den Schweden Ombrage geben würde"; er hätte von den Territorien seiner Güter hergeben müssen, die der Canal durchschneiden sollte. Und wie seine Ansichten den Geheimenrath bestimmten, sollte sich in einem sehr bezeichnenden Fall zeigen.

Schon 1647 hatte Curt Bertram von Pfuel, der mit dem Prager Frieden sich aus dem Geheimenrath hatte zurückziehen müssen, den Kurfürsten in Cleve aufgesucht, um ihm einen Plan „zur Verbesserung und Aufnehmung des kurfürstlichen Estats" vorzulegen. Sein Gedanke war, durch ein neues Besteuerungssystem, durch gleiche Vertheilung der Steuerlast nach dem wirklichen Vermögen, durch Ermittelung und Feststellung desselben in den Städten und auf dem platten Lande die zerrütteten Finanzen zu ordnen und dem erschütterten Credit in dem nachgewiesenen Gesammtvermögen eine neue Basis zu geben. Der Kurfürst fand den Plan „nach reiflicher Erwägung" durchaus zweckmäßig und ausführbar; er wies den Geheimenrath in Berlin an, dem Pfuel „alle Beförderung zu leisten".

Pfuel begann damit, dem Geheimenrath den Entwurf zu umfassenden statistischen Erhebungen zuzustellen, auf die das neue System begründet werden sollte; in einem beigefügten Publicandum an die Ritterschaft, die incorporirten Städte und Kreiscommissarien wurde hervorgehoben, wie das durch den langen Krieg ruinirte Land noch viel schlimmer durch die Art, wie die Contribution von ihnen erhoben werde, leide; „durch diese nach Unverstand, nach Gunst, nach Haß, und nur zu oft zu merklichem

eigenen Nutzen angelegten und ausgeschriebenen, darauf ungerechtfertigst abgemahnten, sonderlich durch die Militärexecutionen unbarmherzig erpreßten Kriegscontributionen seien viele tausend Land- und Stadtleute von Brod und Nahrung, von Haus und Hof, an den Bettelstab und ins Elend getrieben".[92])

Allerdings war der Zustand des Landes trostlos. Im Teltow allein waren seit 1624 von 1175 Bauernstellen 841, von 720 Kossathenstellen 420 wüst geworden[93]); und wem anders fielen die verlassenen Felder zu, als dem Gutsherrn? Er war die Bauern los geworden, ohne sie erst auskaufen zu müssen; auf den wüstgewordenen Feldern konnte er um so größere Schaafheerden halten, deren Wolle den sichersten Ausfuhrartikel gab; und wenn er die Stellen, um die für sein erweitertes Hoffeld nöthigen Dienste zu beschaffen, theilweise wieder besetzte, so geschah es zu minderen Recht, als der früher angesessene Hufner gehabt hatte. Damals entstanden die großen Güter, und nur zu oft wurden die so zu Hoffeld geschlagenen, einst contribuablen Hufen gleich den alten Ritterhufen steuerfrei.[94])

Nicht diese Gesichtspunkte waren es, welche die in Berlin anwesenden Räthe, unter ihnen der alte Kanzler Götze, ins Auge faßten.[95]) Wenn sie voraussetzten, daß Pfuels Plan auf eine Steuerausgleichung gehe, wenn sie eine solche widerriethen, weil daraus „ein ganz confuses Chaos" werden müsse, wenn sie empfahlen, es bei der bisherigen Weise zu lassen, in der verfassungsmäßig die Quoten der verschiedenen Stände und Kreise feststünden und der Kurfürst wisse, was er zu erwarten habe, wenn sie beifügten, solche Maßregel werde den Schweden allerlei Nachdenken verursachen und im Lande selbst Ombrage machen, so war das freilich nicht dem dringenden Bedürfniß der Reform, nicht der Aufgabe und dem hohen Standpunkt einer obersten Behörde entsprechend, jedoch immerhin nicht ohne allen Grund. Aber sie verwarfen auch jene Erhebungen und zwar aus Gründen höchst auffallender Art: „wie will man denn jemanden, der das Seine zu thun und als getreuer Patriot die Last des Vaterlandes mitzutragen bereit ist, zwingen, sein ganzes Vermögen zu entdecken, als wären E. Kf. D. getreue Unterthanen Hörige und Leibeigene? unser Bemühen ist immer gewesen, gute Vertraulichkeit und Correspondenz zwischen der gnädigen Herrschaft und den Landständen zu erhalten, aber solchem unsern Intent laufen jene Rathschläge ex diametro entgegen; denn es ist in Wahrheit sehr hart, einen liberum et ingenuum hominem so rudement zu tractiren und ad pandenda patrimonii sui arcana zu zwingen".

Sie schließen mit dem Antrag, wenn der Kurfürst die Sache weiter führen wolle, „dem von Pfuel andre Leute zu adjungiren, sie aber, welche in dieser Sache mit keiner Verantwortung zu thun haben wollen, daraus zu lassen."

So scharf war damals dem Kurfürsten diese märkische Richtung im Geheimenrath entgegengetreten. Er hatte den Plan fallen lassen.

Jetzt, nach der Entlassung Burgsdorfs, welcher der Tod Striepes (1649), der des alten Kanzlers Götze (Dec. 1650) vorausgegangen war, nach der Krisis von 1651, war Größeres möglich und nothwendig; jetzt war Raum für die „Männer der neuen Ordnung", für ein neues System.

Die Grundzüge desselben ergaben sich aus den gemachten Erfahrungen, den gegebenen Verhältnissen, der Individualität des Kurfürsten. Man würde vergebens nach einem Vorbilde suchen, nach dem er sich habe richten wollen.

Angesichts der Gefahren, die ihn umgaben, und in der herausfordernden Stellung, die er, um sich, seine Lande, sein Recht zu schützen, hatte nehmen müssen, erkannte er die Nothwendigkelt, seine Kraft zu sammeln und zu ordnen, auf alle Fälle gerüstet zu sein. Auf fremde Hülfe konnte er nicht rechnen; auf seine eigene Macht, auf seine eigene Autorität, wie Blumenthal es ausgesprochen, mußte er seine Sicherheit stellen. Er hatte den Grafen von Waldeck, der sich in den Düsseldorfer Verhandlungen auf das Beste bewährt hatte, zum Eintritt in seinen Geheimenrath bewogen; voller Ideen und Projecte, von organisatorischem Talent, in dem Ehrgeiz, eine bedeutendere Wirksamkeit zu gewinnen, als ihm seine Besitzungen im Reich und in den Niederlanden boten, wurde er dem Kurfürsten ein willkommener und eifriger Helfer.[96])

Drei Dinge waren es, auf die sich das neue System gründete: einheitliches Regiment, Ordnung der Finanz, Organisation der Armee.

Allerdings hatte der Geheimerath von seinem Ursprung an die Bestimmung gehabt, alle Interessen des kurfürstlichen Regiments zu vereinigen und unter Direction des Kanzlers wahrzunehmen. Aber Graf Schwarzenberg hatte ihn mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, ihn fast aussterben lassen. Mit des Grafen Sturz und in dem ausgesprochenen Gegensatz zu dessen Art des Regiments war er wieder in volle Thätigkeit gesetzt worden; aber weder die Competenz dieses Collegiums, noch dessen Geschäftsführung war geordnet; es erschien überwiegend als eine Institution für die Marken, in der gelegentlich auch von den anderen Territorien und von Fragen der allgemeinen Politik gehandelt wurde.

Unter Götze's Führung, unter Burgsdorfs Einfluß waren mehr und mehr die Mißstände des Collegialsystems an höchster Stelle hervorgetreten.

Der Kurfürst hatte zunächst die Stelle des Kanzlers nach Götze's Tod unbesetzt gelassen; sein Aufenthalt am Rhein, seine Berathungen mit den dort um ihn versammelten Geheimenräthen vermittelten den Uebergang zu einer anderen Ordnung. Durch Rescript vom 4. December 1651 wurde sie eingeführt.

Scheinbar enthält dasselbe nur eben eine neue Vertheilung der Arbeiten. Es wurden die Geschäfte in etwa zwanzig verschiedene Titel getheilt, und jeder derselben, mit Ausnahme der Finanzen und der Militärsachen, je einem der Räthe zu steter Bearbeitung überwiesen, zugleich derjenige, der für den Fall einer Behinderung für ihn einzutreten habe, bestellt. Der Kurfürst selbst behielt sich vor, die eingehenden Sachen zu eröffnen und an die Betreffenden zu vertheilen, ihr Referat entgegenzunehmen, um, wenn er die Sache dazu angethan hielt, darüber im Rath Vortrag halten und stimmen zu lassen; auf Grund dieser Berathung wollte er dann entweder in der Sitzung selbst oder „im Geheim" (aus dem Cabinet) entscheiden, worauf der betreffende Rath das Weitere zu veranlassen und zu überwachen hatte.[97])

Man sieht, was das bedeutete. Allerdings sollten alle Geschäfte, „unsere geheime und Landessachen", wie das Rescript sagt, in den Geheimenrath münden; aber dieser sollte nicht ein oberstes Regierungscollegium, nicht die Centralregierung sein. In seiner Gesammtheit war er eine berathende Behörde, zusammengesetzt aus den Vertretern der verschiedenen Departements. Nach deren Vortrag und, wenn es ihm angemessen schien, nach Anhörung des Geheimenrathes, entschied der Kurfürst; er selbst regierte nicht mit dem Geheimenrath, sondern durch die einzelnen Räthe; im Geheimenrath oder aus dem Cabinet befahl er, was geschehen solle.[98])

Die Theilung der Geschäftszweige war, abgesehen von den Finanzen und den Militärsachen, nicht im heutigen Sinn principiell; bei Weitem die meisten inneren Angelegenheiten blieben den Statthaltern und Regierungen der Territorien und ihren Verhandlungen mit den Ständen. Das Wesentliche war, daß in dem Geheimenrath für jedes Territorium und dessen Angelegenheiten ein Rath bestellt war, so daß alle jene Fäden hier zusammenliefen und nach ihrem Interesse für das Ganze, nach ihrem Zusammenhange auch mit den allgemeinen Fragen der Politik beobachtet und geleitet werden konnten.[99]) Da hatte Schwerin die pommerschen, Seidel

die preußischen, Platen die minden-halberstädtschen, Tornow die kurmärkischen Sachen zu bearbeiten, während von den auswärtigen Waldeck die französischen und dänischen, Kleist die polnischen und schwedischen, Löben die den Kaiserhof betreffenden erhielt u. s. w. Für Graf Moritz von Nassau wurde „keine gewisse Expedition" bestimmt, weil er nicht immer bei Hofe sein könne, doch solle er von den Verhandlungen unterrichtet, auch ihm, wenn er anwesend sei, freigegeben werden, „was er zu expediren übernehmen wolle". Aehnliches wurde für Blumenthal, den Statthalter von Halberstadt, bestimmt.

Im Lauf der Zeit ergaben sich manche Modificationen. Namentlich überzeugte sich der Kurfürst von der Unmöglichkeit, selbst, so zu sagen, sein Kanzler zu sein; „um seinen Staat besser zu fassen und sich einige Erleichterung zu schaffen", übertrug er die laufenden Geschäfte des Geheimenrathes 1652 Blumenthal als Director, dann (1656) dem Grafen Schwerin als Oberpräsidenten; nur um so bestimmter entwickelte sich das Verhältniß des Cabinets zum Geheimenrath.[100]) Die wachsende Masse der Geschäfte führte weiterhin dazu, das minder Wichtige ohne unmittelbare Mitwirkung des Kurfürsten zu erledigen; zu einer festen Scheidung der Ressorts kam es nicht.

Nur die der Finanzen und des Kriegswesens wurde schon 1651 abgesondert und in eigenthümlicher Weise organisirt.

Die Finanzen des Kurfürsten waren gründlichst zerrüttet, nicht bloß in Folge der langen, furchtbaren Kriegszeit und der Rüstungen von 1651, sondern und mehr noch durch den Mangel an Ordnung und Controle, durch die „vielen Unterschleife, die sich bisher eingeschlichen", durch die immer lähmende und verzettelnde Einwirkung der Stände, die sich in allen deutschen Territorien wiederholte und welche mehr als alles andere die Hülflosigkeit, die Erniedrigung des deutschen Wesens in den dreißig Kriegsjahren verschuldet hatte, selbst durch sie nur noch gesteigert war.

Auch in anderen Territorien sind damals Versuche gemacht worden, Abhülfe zu schaffen; Seckendorfs „deutscher Fürstenstaat", der 1656 erschien, zeigt, wie eingehend auch theoretisch diese Fragen erörtert worden sind. Der Weg, den Friedrich Wilhelm einschlug, hatte mit den finanziellen zugleich sehr bestimmte politische Ziele.

Zwei Grundfehler hatte das hergebrachte System: einmal die verfassungsmäßige Gesondertheit jedes Territoriums und die damit zusammenhängende Vielheit coordinirter und ständisch gelähmter Finanzverwaltun-

gen; sodann die Naturalwirthschaft, in der der Ertrag der Domainen, Bergwerke, Jagden, Forsten u. s. w. fast für die Verwaltung drauf ging.

Mit dem Rescript vom 4. December 1651 begründete der Kurfürst eine Centralstelle für seine Finanzen. Er ernannte vier Mitglieder des Geheimenrathes, Waldeck, Schwerin, Blumenthal und Dr. Tornow zu Staatskammeräthen und gab ihnen in einer eingehenden Instruction (von Schwerins Hand) die Grundsätze an, nach denen sie zu verfahren hätten.

Das Einzelne und Technische muß ich übergehen. Vor Allem forderte er von ihnen, daß „das Einkommen in eine richtige Verfassung gebracht, die Ausgaben damit recht proportionirt werden", weil man „viele Lande und Leute eher nicht recht genießen könne", vielmehr sie „ohne solche Balance zu Beschwer und Confusion dienen". Er wies sie an, wie sie über alle Einnahmen, Ausgaben, Schulden u. s. w. Buch zu führen, wie sie „in allen unsern Landen die Rechnungen sowohl unsrer Domainen, wie auch bei den Landschaften, Städten und Contributionseinnehmern zu betreiben" hätten; „wir haben, sagt er, seit dem hergestellten Frieden unsre Gedanken vornehmlich darauf gerichtet, daß wir einen präcisen Staat aller unsrer Lande stets bei uns haben, damit wir die Verbesserung unsres Einkommens um so viel leichter befördern und den vielen Unterschleifen und Unordnungen abhelfen können." Er beauftragte sie, dafür zu sorgen, daß Alles, was in den einzelnen Landschaften über die ordentlichen Ausgaben einkomme, „zu unserm eigenen Gewahrsam gebracht und mit der Zeit ein Vorrath gesammelt werde". Er überträgt ihnen das ganze Finanzwesen, seine Chatoulle, seine persönlichen Einkäufe mit eingeschlossen, und verpflichtet sich, „wenngleich einer oder der andere auf unrechten Bericht etwas dagegen erhielte, solches auf ihr unterthänigstes Erinnern wiederum abzustellen".

In Betreff der Domainen — und damit trifft er den zweiten Hauptfehler — trägt er ihnen auf, zu untersuchen, ob es nicht besser sei, den Hofstaat, wie zunächst für das nächste Jahr geschehen soll, allezeit aus baaren Mitteln zu unterhalten und die Aemter an gute Wirthe zu verpachten. „Theils durch die Hofhaltung", die bisher auf die Naturallieferungen der Domainen gestellt gewesen ist, „theils durch die in den Aemtern gewesenen und zum Theil noch seienden vielen Diener" sind dieselben „sehr ruinirt". Es ist das dringendste Bedürfniß, daß sowohl der Vergeudung am Hofe, wo hunderte mit zehren, als der faulen und unordentlichen Verwaltung auf den Gütern durch Baarzahlung hier und dort, durch Einführung der Geldwirthschaft ein Ende gemacht wird.[101])

Schon im Anfang 1652 werden die Publicationen „zur Arendirung" erlassen; die Amtsräthe in den verschiedenen Aemtern haben bereits ihre Anschläge über die vorhandenen Vorräthe eingeliefert und werden angewiesen, sie zum Verkauf bereit zu halten. Die Amtskammer selbst braucht fortan nicht als besondere Behörde zu bestehen, sie wird mit der Hofrenthei vereinigt.[102])

Zugleich wird dem Staatskammerrath aufgetragen, ein genaues Verzeichniß der zum Hofstaat gehörigen Personen und ihrer Besoldungen zu machen, „in dem S. Kf. D. deren zwar seinem Stande gemäß, aber nicht unnütze haben will", und zugleich einen Anschlag, was „der so verfaßte Hofstaat" kosten wird, festzustellen. Sie sollen jede Woche die Rechnungen des Hofstaates revidiren, um allen Unterschleif gründlichst abzustellen.

So wie man einmal ernsthaft anfaßte, zeigte sich, wie heillos überall gewirthschaftet war. In Cleve war 1641 der Nettoertrag der Domainen jährlich 40,000 Thaler, in der Grafschaft Mark 8000 Thaler, und sie waren seitdem durch Verpfändung, durch Kriegsschäden u. s. w. bedeutend gemindert.[103]) Im Herzogthum Preußen, wo fast 50,000 Hufen landesherrlicher Güter waren, verschlangen, wie die spätere Darstellung zeigen wird, die Kosten der Verwaltung fast den ganzen Ertrag. In den Marken waren die Mißstände fast nicht minder groß. Die bei den Zöllen Angestellten waren mit ihren Zahlungen im Rückstande, während sie die Schiffer und Frachtfuhrleute „übersetzten und unordentlich mit ihnen procedirten"; namentlich von Hamburg kam Klage darüber, „und die Kaufmannschaft sucht andere Wege zu Wasser und zu Lande".[104]) Eine ganze Reihe landesherrlicher Güter in den Marken war zum Theil für unverhältnißmäßig geringe Schuldforderungen Edelleuten überwiesen worden, von denen mehr als einer die Zeit günstig hielt, solchen Besitz gewissermaßen erblich an sich zu bringen".[105]) Die Instruction für den Staatskammerrath empfahl daher dringend „die Einlösung derjenigen Pfandschaften, woraus die Creditoren unbillig Wucher ziehn".

In der That der Kurfürst brauchte nicht neue Provinzen zu erobern, um seinen Staat emporzubringen; und sein ganzer Sinn war darauf gerichtet, die größeren friedlichen Eroberungen im eigenen Lande zu machen, die durch Ordnung, Aufsicht, Gewöhnung an Treue und Pflicht zu gewinnen waren.

Freilich es gab da unermeßlich zu thun, tief eingerostete Schäden zu beseitigen, den zähesten Widerstand der faulen Gewohnheit und des Eigennutzes zu brechen; und bei Weitem nicht wurde es möglich, auch nur in den

Marken leidliche Ordnung zu schaffen. Auch die zunächst eingeführte Form der Finanzverwaltung drang noch nicht hindurch; von den Maßregeln, die man ergriffen, zeigten sich einzelne in der Ausführung als fehlerhaft, andere, so die der Prägung von Scheidemünze tief unter dem reichsüblichen Werth [106]) als verderblich. Erst allmählig lernte man; mehr als ein Versuch sollte noch mislingen, mehr als ein Conflict mit den Ständen noch durchgekämpft werden.

Aber es war doch ein Anfang gemacht; es waren die richtigen Principien erkannt, um die schlimmsten Schäden der feudalen Wirthschaftsweise zu beseitigen, ohne daß man sich zu dem Radicalismus ihrer Ausführung hinreißen ließ, der demnächst in Schweden den Namen der Reductionen so furchtbar machen sollte. Nicht minder vermied man die Gefahr, an der Frankreich krankte, die Gefahr, durch das abstract durchgeführte System der Verpachtungen auch die Zölle und Steuern in die Hände von Unternehmern fallen zu lassen, welche sich auf Kosten des Staats und der Pflichtigen zugleich bereicherten; „es wird uns zwar", schreibt der Kurfürst, „von vielen gerathen, unsre Wasser- und Landzölle ebenfalls zu verpachten, aber wir können uns noch nicht dazu verstehen." [107]) Es leitete ihn nicht bloß das fiscalische Interesse; überall bestimmten ihn zugleich die Rücksichten, die er auf des Landes Gedeihen, auf „seiner armen Unterthanen Aufnehmen" zu nehmen habe; mit Vorliebe braucht er den Ausdruck, daß er sich ihnen „als ein rechter Landesvater" zu erweisen habe. Auf das Behutsamste und mit selbstständiger Kunde verfuhr er in allen diesen Dingen der inneren Verwaltung; er widmete ihnen unausgesetzt seine Sorgfalt, „da ein wohlbestelltes Regiment", so ist sein Ausdruck, „auf nichts fester und gewisser beruht, als auf eine acurate Oeconomie und deren sorgfältige Beobachtung", und da man in ihr, und nur in ihr „die Mittel gewinnt, allen anstoßenden Mächten alle Augenblicke begegnen zu können".

Freilich mit den finanziellen Mitteln allein war es nicht gethan; die Sicherheit des Landes forderte noch etwas anderes, als daß Mittel vorhanden seien, im Nothfall Kriegsobristen in Dienst nehmen und Volk werben zu können. Es mußten dauernde militärische Einrichtungen, eine feste und allezeit fertige Kriegsverfassung geschaffen werden, und dazu bedurfte es vor Allem einer einheitlichen und geregelten Leitung der einschlagenden Geschäfte.

In dem Rescript, das die Thätigkeiten des Geheimenrathes ordnet, heißt es: „alle Sachen, so die militia concerniren und Expedition fordern, es sei denn, daß wir sie ins Geheim und allein resolviren, sollen in des Grafen

von Waldeck Expedition gehören und ihm in ordinariis der von Putlitz und Ewald von Kleist adjungirt werden". Also Waldeck erhielt diese Expeditionen und ihm, dem General, wurden zwei Männer der Verwaltung beigegeben. Dem Feldzeugmeister Otto von Sparr blieb, wie es scheint, der Oberbefehl der Armee, wie er ihm im Sommer 1651 übergeben war; aber die Militärverwaltung erhielt Waldeck; von ihm und, wenn der Kurfürst selbst resolvirte, durch ihn wurde sie geführt. Es war der entschiedene Gegensatz der collegialischen Form, welche früher auch in militärischen Sachen, wohl nach dem Muster des kaiserlichen Hofkriegsrathes, beliebt worden war.[108])

Eine Kriegsmacht, die allen anstoßenden Mächten in jedem Augenblick hätte begegnen können, dauernd in Sold zu halten, würden die Mittel des kurfürstlichen Etats nicht hingereicht haben, und von den Ständen — wir kommen darauf zurück — wären am wenigsten für diesen Zweck Bewilligungen zu erwarten gewesen. Indem man Aushülfe suchte, kam man auf Combinationen eigenthümlicher Art.[109])

Die eine war, daß man sich entschloß (1654) „etliche Völker in Wartegeld zu nehmen", und zwar in der Art, daß die Dörfer (Amtsdörfer) angewiesen wurden, bereits gediente und mit guter Kundschaft versehene Leute auch mit Weib und Kind aufzunehmen, ihnen freie Wohnung, Brodkorn u. s. w. nebst 3 Thaler jährlich Wartegeld zu geben gegen die Verpflichtung, sich, wenn sie einberufen würden, zu stellen und gegen den gewöhnlichen Sold zu dienen; bis dahin wurde ihnen gestattet ihrem Erwerb nachzugehen; eine Maßregel, die zugleich für den Wiederanbau des verödeten platten Landes die besten Folgen versprach.

Die andere Maßregel griff tiefer ein. Rechtlich bestand überall noch die alte Lehnsfolge und Landfolge und deren Pflicht zur Landesvertheidigung. Daß sie so völlig hatten verkommen können, war eine der schlimmsten Folgen der Libertät; in dem Maße, als man dieser Herr wurde, konnte man die alte Pflicht wieder geltend und den veränderten militärischen Verhältnissen entsprechend machen.

Schon 1651 hatte der Kurfürst in der Grafschaft Mark, als der Einfall der Lothringer sie bedrohte, die Amtseingesessenen aufgeboten, die Pässe und Landwehren zu besetzen, während er sein Kriegsvolk nach Duisburg zusammenzog. Als 1654 die clevischen Lande von Condé und Lothringen bedroht schienen — die staatischen Besatzungen deckten nur das Gebiet der Festungen auf Kanonenschußweite — ließ er „die Lehnsleute Sattelmeier

und den Ausschuß" aufbieten, das Volk in Compagnien theilen, Officiere bestellen, übertrug seinem Obristlieutenant Hundebeck das Commando; der Grafschaft Mark wurde befohlen, die Festung Hamm, wenn die kurfürstliche Besatzung zum Rhein abrückte, mit „Landschützen" zu besetzen. Im Jahr drauf, als bei drohendem Kriege Kolberg stärker besetzt werden mußte, wurden 400 Mann von der pommerschen „Landfolge" in die Festung commandirt, die terminweise von andern aus der Landfolge abgelöst wurden.

Versuche, aus der alten Land- und Lehnsfolge ein dauerndes „Defensionswerk" zu schaffen, waren in Preußen seit 1602 mehrere gemacht worden; natürlich da wie überall in der Weise, daß der Gutsherr mit seinem Vasallendienst zugleich für seine Gutsunterthanen genug that, selbst die Werbung in seiner „Herrschaft" versagen konnte. Neben der Lehnsfolge und der bürgerlichen Bewaffnung, der zunächst die Vertheidigung der eigenen Stadt oblag, standen die „Wibranzen" aus den Aemtern — im Jahr 1639 neben 2000 Ritterpferden, 700 Wibranzen; sie waren schon nicht mehr bloß loses Volk unter Waffen; sie wurden ordentlich „gedrillt", sie erhielten, wenn sie zum Drillplatz eingezogen wurden, Sold und Verpflegung, ihre Hauptleute reisten jährlich zweimal in die Aemter, sie, ihre Waffen und Bekleidung zu inspiciren.

Man sieht, welche Elemente der Weiterbildung da vorhanden waren. Die großen Rüstungen von 1655 führten sie einen großen Schritt vorwärts. Da wurde angeordnet, daß, wer zum Lehndienst aufgerufen nicht erschien, nach der ersten Ladung 50, nach der zweiten 100, nach der dritten 200 Thaler Strafe zahlen müsse; es wurde unter ähnlichen Strafen von den Städten auf zehn Häuser, von dem platten Lande (den Rittergütern) auf zwanzig Hufen ein Bewaffneter gefordert. Es folgte ein General-Aufgebot „Mann für Mann". So zunächst für Preußen. [110])

Man hätte mit dem aufgebotenen Volk nichts als todte Masse gehabt, wenn man es nicht durch Abrichtung und Disciplin soldatisch zu machen verstand. Noch bestanden die Compagnien des Fußvolks ungefähr zu zwei Dritteln aus Musketieren, einem Drittel aus Pikenieren; die 32 Griffe mit dem Spieß, die mehr als 40 mit der Muskete, das Dubliren der Reihen, das Schließen der Glieder, das Aufmarschieren aus der Colonne in Linie [111]) mußte geübt sein, um den Massen das Gefühl der Festigkeit und des sichren Erfolges zu geben. Ausgebildete waren dann, auch wenn man sie vom Pflug oder aus der Werkstatt einberief, in kürzester Frist wieder eingewöhnt, zumal wenn man sie in altgediente Compagnien ein-

ordnete; man hatte das Material, im gegebenen Fall die Armee rasch und in tüchtiger Weise zu verdoppeln.

Ich wage nicht zu sagen, in wie weit man die Wirkungen dessen, was man so angeordnet, im Voraus übersah und berechnete. Aber demnächst im Gedränge der Gefahr zeigte sich, daß es richtig gedacht und praktisch wirksam war.

Und das ist in dieser wie in allen Neuerungen Friedrich Wilhelms das Bezeichnende. Es ist die gesunde Empfindung für das Wirkliche und Wirksame, mit der er die Dinge erfaßt; es ist der große und sichere Instinct des Staatszweckes, der ihn leitet. Dieser erfüllt ihn ganz; auf ihn bezieht, von ihm aus bestimmt sich ihm Alles.

Was jetzt geordnet worden, war noch bei Weitem kein abschließendes und fertiges Werk; es waren Grundzüge, die in der Ausführung sich näher bestimmen, in mehr als einer Umformung sich berichtigen und vertiefen sollten.

Aber der Gedanke war gefunden, der eines Regiments, das sich über die hergebrachten Hemmungen des bloß territorialen und ständischen Wesens, über die falsche Alternative von Libertät und dynastischer Landesherrlichkeit erheben, und die Summe der öffentlichen Macht, alle ihre Functionen in der Hand des Regenten monarchisch vereinigen sollte. Nicht ein höchstes Collegium, nicht Minister für die verschiedenen Verwaltungszweige, noch ein einzelner Premierminister, sondern der Kurfürst persönlich regierte.

Man hat von Louis XIV. gesagt, er zuerst habe es unternommen, sein eigener Minister zu sein; er habe die ministerielle Allgewalt, in der Richelieu und Mazarin das Wesen des modernen Staates entwickelt, mit der Majestät des Königthums vereinigt; seine nächste Bedeutung für die europäische Geschichte liege darin, daß er diese Vereinigung vollzogen; alle Fürsten, die als Selbstherrscher sich einen Namen gemacht, seien seinem Vorbilde gefolgt.

Ein Jahrzehnt, bevor Ludwig XIV. die Zügel der Regierung selbst ergriff, hatte der Kurfürst jene neue Ordnung seines Staatswesens gegründet, nicht indem er, wie der junge Monarch Frankreichs, eine fertige ministerielle Allgewalt in seine Hand nahm — er hatte damit begonnen, die Anfänge einer solchen, wie sie Graf Schwarzenberg gemacht, zu zerbrechen — sondern so, daß er selbst erst die einheitliche Gewalt schuf, kraft deren aus so und so vielen Territorien Ein Staat, aus der hergebrachten deutschen Landeshoheit die Monarchie werden sollte. Nicht nach dem Vor=

bilde Ludwig XIV. hat er Selbstherrscher zu sein versucht; in ihm selbst war das Bild des Staates, der wohl monarchisch, aber doch wesentlich aus deutschem Wesen und im reformirten Geist sich gestalten sollte, eines Staates, von dem er, als er begann, nichts fand, als die leere Stelle, wo er ihn gründen, die wüsten Stoffe, aus denen er ihn auferbauen konnte, und welchem am Ende nichts als die Majestät des Königthums, ja von dieser auch nur der Name fehlen sollte.

Es kostete noch lange und schwere Kämpfe, ihn aufzurichten, Kämpfe gegen die Reichsgewalt, gegen das Ausland, gegen die eignen Stände.

Die deutsche Frage.

Der Friede von 1648 hatte bestimmt, daß sechs Monate nach der Ratification ein Reichstag gehalten werden solle.

Am 8. Februar 1649 waren die Ratificationen ausgewechselt; aber Jahr auf Jahr verging, ohne daß ein Reichstag zusammenkam.

Nach dem, was ihm das Friedensinstrument zu erledigen zugewiesen hatte, war seine Aufgabe eine andere als die irgend eines früheren Reichstages. Das Reich war ohne Verfassung und Regiment, so lange diese constituirende Versammlung aller Glieder des Reichs nicht eine neue Ordnung der Dinge vereinbart hatte.

Das Reichsoberhaupt hatte kein Interesse dabei, es zu festen Formen kommen zu lassen, die einmal geordnet dem im Trüben fischenden östreichischen Einfluß das Spiel verdorben hätten. Und der Kurerzkanzler, der das Directorium der Reichsgeschäfte führte, der kluge Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst zu Mainz, glaubte besser als mit einem neuen Reichsrecht sei dem gemeinen Wesen gedient, wenn man diplomatisirend die Dinge hinhalte und den Umständen Rechnung trage.

Desto rühriger war die Krone Schweden, ihre Gegenstellung im Reich zu organisiren. Sie trat für ihre Fürstenthümer Bremen und Verden mit den Herzogen von Braunschweig, dem Grafen von Hoya, dem Landgrafen von Cassel zu der sogenannten hildesheimischen Allianz zusammen (14. Febr. 1652), deren Zweck dem Wortlaut des Vertrages nach, bloß „auf Conservirung von Land und Leuten" gerichtet war. Aber die Verbündeten verpflichteten sich zu einer geordneten Kriegsverfassung, zu steter Kriegsbereitschaft ihrer Contingente. Schon darin unterschied sich dieser Bund von den üblichen Kreisvereinigungen; er nannte sich zwar für den niedersächsischen Kreis bestimmt, aber mit Cassel griff er in den rheinischen, mit Hoya und Verden in den westphälischen hinüber.[112])

Mit dieser Union verband Schweden sofort ein weiteres Project. Schon 1642 in der Schrift des sog. Hyppolithus a Lapide, die für ein

Programm der schwedischen Politik gelten durfte, waren in Betreff der Kaiserwahl Vorschläge sehr radicaler Art gemacht; es war empfohlen worden, durch die Reichsstände insgemein die Capitulation feststellen, die Wahl vollziehen zu lassen: nur so könne man, was die dringendste Nothwendigkeit sei, das Haus Oestreich zur Seite schieben; man müsse, um eine Dotation für den künftigen Kaiser zu schaffen, theils gewisse östreichische Lande einziehen und in Kronlande des Reichs verwandeln, theils den Kurfürsten ihre Zölle und andere stattliche Stücke, die ihnen das Haus Oestreich für die Wahl zugewandt, wieder nehmen und der kaiserlichen Krone zuweisen.[113]) Hiernach war zu verstehen, wenn die Schweden in das Friedensinstrument den Ausdruck gebracht hatten: „über die Königswahlen und die beständige Wahlcapitulation solle der nächste Reichstag Bestimmungen treffen[114])"; es war damit das Recht der Kurfürsten zu wählen und in der Form der Capitulationen „neue Gesetze und Statuten für das Reich zu machen" in Frage gestellt.

Daß von Schweden dieser Gedanke festgehalten, daß „bereits stark dafür gearbeitet werde", war reichskundig. Was half, wenn er durchdrang, dem Hause Oestreich die mit so vielen Freveln erkaufte Majorität der katholischen Kurfürsten? es hatte dann doppelt zu bereuen, daß es zur Verwandlung so vieler geistlicher Reichsfürstenthümer in weltliche seine Zustimmung gegeben. Und den Kurfürsten im Reich entging mit dem Wahlrecht der Mittelpunkt ihrer „Präeminenz", ihr „größtes und köstlichstes Kleinod"; ja mehr als das, sie waren dann von der Majorität der Kleinen und Kleinsten abhängig, die, meist evangelisch wie sie waren, unfehlbar der Führung der kühnen und rücksichtslosen Politik Schwedens folgten. Der Friedensstand des Reiches wiederholte und verewigte dann die Gegenstellung des furchtbaren Krieges, und die Krone Schweden hatte die Geschicke Deutschlands in ihrer Hand.

Begreiflich, daß Friedrich Wilhelm die drohende Gefahr am lebhaftesten empfand. Aber er sah zugleich, welche Waffe sie ihm gegen Schweden, welche Handhabe in den deutschen Dingen bot.

Man war bisher am Kaiserhofe mehr als gleichgültig gegen sein Interesse gewesen; vergebens hatte Krockow, der nach Wien gesandt war, um Intercession wegen Pommerns gebeten; der Auftrag, den der Kaiser an Kursachsen und Braunschweig gab, in Stockholm die Ueberweisung Pommerns zu befürworten, steigerte nur den Uebermuth der Schweden. Zu der Forderung der Seezölle fügten sie jetzt auch noch die von rückständigen 200,000 Thaler Armistitiengelder: auch diese müßten gezahlt sein, ehe

Hinterpommern geräumt werden könne. „Sie werden mit stetigen und nichtigen Vorwänden so lange fortfahren, bis sie von den Polen entweder Alles erlangt oder gar keine Hoffnung mehr dazu haben.“ [115]) Der Kurfürst erbot sich, ihnen bis zu rechtlicher Entscheidung die Seezölle zu lassen; selbst der Reichshofrath erklärte, daß Brandenburg in vollem Recht sei, wenn es auf die Räumung Pommerns bestehe.

Dem siechen Kaiser lag nichts mehr am Herzen, als die Nachfolge im Reich sicher zu stellen. Kam es nicht vor dem Reichstag zu der gewünschten Wahl, erhielt Schweden wegen der Reichsfürstenthümer, mit denen es noch nicht belehnt war, Session auf demselben, so mochte er die Hoffnung auf die Wahl des jungen Königs von Ungarn aufgeben. Es war auch im Interesse des Hauses Oestreich, wenn Brandenburg hartnäckig in der pommerschen Sache den Schweden widerstehend den Vorwand gab, ihnen die Investitur für Pommern, Bremen, Verden noch vorzuenthalten.

Auch die Präeminenz der Kurfürsten deckte jetzt noch der Widerstand Brandenburgs; mochten sie endlich lernen, daß sie sehr wenig in ihrem Interesse handelten, wenn sie ihn so ohne allen Beistand gegen Schweden ließen, oder gar wenn Kurcöln aus Rücksicht auf Pfalz Neuburg, Kursachsen in erneuter Hoffnung auf die jülichschen Lande, der Hof von München auch jetzt nach Maximilians Tod in der hergebrachten Weise wider ihn Parthei hielten.

Die Kurfürsteneinung war während des langen Krieges völlig in Abgang gekommen; der alte Johann Georg von Sachsen war der letzte, der sie beschworen; „sollte er Todes verfahren, ehe er andere wieder aufgenommen, so ist jene ganze Einigung verloren und es ist sehr zu zweifeln, ob die übrigen Fürsten eine Erneuerung derselben zulassen werden.“ Bald waren von Berlin aus Unterhandlungen um die Erneuerung der Union, um die Berufung eines Reichstages im Gang. [116])

Nur um so lebhafter forderten jetzt die Fürsten und Stände namentlich Norddeutschlands den Reichstag. Björnclou, der seit acht Monaten in Wien als schwedischer Gesandter war, aber seine Creditive noch nicht überreicht hatte, weil er für seine Königin Titel in Anspruch nahm, die ihr erst die förmliche Belehnung geben konnte, erklärte jetzt, daß er Auftrag habe, über die Investitur zu verhandeln; die Erbietung schien genügend, sie zu erhalten; um so herrischer wurden die schwedischen Commissare, die in Stettin mit den Brandenburgern tagten. Aber auf den Widerspruch Brandenburgs in Wien versagte der Kaiser die Investitur.

Der Kurfürst hatte keineswegs die Zustimmung aller seiner Räthe in seinem bisherigen Verfahren gegen Schweden gehabt; manche meinten, nur Schweden könne ihm den Besitz der säcularisirten Bisthümer sichern, die der Kaiser und die römische Kirche nicht aufhören würden zurückbringen zu wollen; Waldeck setzte seine ganze Energie daran, Brandenburg in starrer Opposition gegen das Haus Oestreich zu halten, in der Hoffnung durch enge Verbindung mit den evangelischen Reichsfürsten mehr mit Schweden zu erreichen als durch den Kaiser; selbst Blumenthal hatte Nachdruck auf das doch gemeinsame Interesse mit Schweden gelegt: man möge sich nach Möglichkeit überwinden und um eines Geringen willen die Erlangung des Uebrigen nicht aufhalten. Jetzt begann sich zu zeigen, was es bedeute, daß der Kurfürst hart gegen Schweden hielt, daß er an seinem Theil es möglich machte, den entscheidenden Reichstag, ja die Königswahl ohne Schweden, wenn es in seinem Trotz verharrte, zu halten.

In des Kurfürsten Hand lag es, die herrische Schwedenmacht mit ihrer deutschen Politik auflaufen zu lassen.

Nicht ohne Erstaunen sah „die ehrbare Welt" jetzt den Kaiserhof die Berufung des Reichstages betreiben. Es kamen Botschafter an die Kurfürsten, ihre Zustimmung einzuholen[117]). Der Kaiser ließ andeuten, daß er zugleich die Wahl eines römischen Königs wünsche. Er sprach gegen Krockow den Wunsch aus, demnächst, wenn er sich nach Prag begeben werde, den Kurfürsten dort zu empfangen.

Die Dinge waren endlich im rechten Gleis. Mochte man in Wien noch voller Bedenken sein, ob man wagen dürfe, Schweden nicht zum Reichstag zu laden, ob es nicht genüge, wenn man die Ladung bedingungsweise fasse[118]), mochten Kurpfalz und die drei geistlichen Kurfürsten vor einer so schweren Beleidigung der mächtigen Königin warnen, Friedrich Wilhelm erklärte dem kaiserlichen Gesandten, der des Reichstags wegen zu ihm kam: „je lebhafter Schweden auf dem Reichstage zu erscheinen wünsche, desto mehr habe man Grund zu fordern, daß es den Frieden, kraft dessen es dort zu erscheinen einen Anspruch habe, erst selbst erfülle".

Im Juli 1652 kam der Kaiser nach Prag; nach und nach fanden sich die meisten Kurfürsten dort ein; Friedrich Wilhelm nicht: er sei, sollte Krockow, wenn er gefragt würde, erklären, noch nicht in der Lage, daß dem Kaiser seine Ankunft angenehm sein könne, er wünsche vor dem Kaiser mit Dank zu erscheinen, nicht mit Beschwerden; zu Andern sollte er sagen, daß der zwischen Holland und England entbrannte Krieg ihn noch nöthige in Cleve zu bleiben.

Allerdings war das schonende Verfahren des Kaisers nicht eben geeignet, die Schweden zu entmuthigen; es gab eine Parthei am Hofe, die eine Allianz mit der Krone Schweden wünschte, da der Kaiser sich auf sie besser als auf irgend einen Fürsten im Reich verlassen könne. Der spanische Gesandte, der am kaiserlichen Hofe den größten Einfluß hatte, wirkte in diesem Sinn. Man war nicht abgeneigt, einen Indult auszustellen, der die Berufung Schwedens zum Reichstag auch ohne Investitur gestatte. Jetzt kam Benedict Oxenstjerna nach Prag als außerordentlicher Gesandter, um die Belehnung in aller Form zu empfangen. Mit größter Sorge sah Krockow, wie sich die Gesichter aufheiterten; er fürchtete, daß die Investitur wegen Bremen und Verden ertheilt werden und Schweden dann für diese Session nehmen, die Belehnung mit Pommern gern entbehren werde. Oxenstjerna hätte erreicht, was er wollte, wenn er die stattlichen Lehnsgebühren, auf die man längst lüstern war, mit sich gebracht hätte. Aber die Schwedischen Herren waren nicht gewohnt zu zahlen, sondern zu fordern; da offenbar wurde, daß er mit leeren Händen gekommen, eilte man, den schon ausgefertigten Indult zu cassiren.

Nur um so dringender empfahl man dem Kurfürsten, wegen der Zölle es nicht zum Aeußersten zu treiben, mit der angebotenen Hälfte des Ertrages zufrieden zu sein; wenn er auch das Recht auf seiner Seite habe, so sei es doch ganz unmöglich, dasselbe von Reichs wegen geltend zu machen; schon habe der Kurfürst von Heidelberg erklärt, daß er für die Herstellung Pommerns auch nicht einen Kreuzer zahlen werde; und wenn man ja, was Gott verhüte, zu den Waffen greifen wolle, so sei der Ausgang höchst zweifelhaft, und auf den Beistand der Reichsstände gar nicht zu rechnen, von denen die einen zu Schweden hielten, die andern dem Kurfürsten die Entschädigungen, die er erhalten, mißgönnten.

Freilich das Hauptgeschäft, um das es sich in Prag handelte, die Verabredung zur Wahl eines römischen Königs, kam damit nicht weiter. Die glänzenden Zusicherungen, welche bereits jeder der anwesenden Kurfürsten für seine Wahlstimme erhalten hatte, steigerte den reichspatriotischen Eifer derselben zur Ungeduld.[119]) Dringend baten Mainz und Sachsen den Brandenburger, daß er kommen möge, dann werde sich leicht alles Weitere finden; sie erinnerten an die Gefahr, die der Präeminenz der Kurfürsten drohe, und daß auf dem Reichstag Schweden und Frankreich gemeinschaftlich den Wortlaut des Friedensinstrumentes geltend machen würden. Der Kaiser selbst schickte den Grafen Hatzfeld nach Berlin, wohin der Kurfürst zurückgekehrt war, ihn auf das Verbindlichste um seinen Besuch in Prag zu bitten.

Es handelte sich um eine große Entscheidung. Das Friedensinstrument hatte in völlig unzweifelhafter Weise die Frage der Wahl dem nächsten Reichstage vorbehalten, wenn auch der Wortlaut unbestimmt ließ, in welchem Maaße. Der Kurfürst hatte bisher immer die Verträge von 1648 in ihrem ganzen Umfang gelten zu lassen und geltend zu machen gefordert; wenn er sich jetzt, mit Berufung auf jenen Artikel — und niemand hätte ihm einen Vorwurf daraus machen können, — gegen die Einleitung einer Wahl, bevor der Reichstag darüber entschieden, erklärt hätte, so würden die übrigen Kurfürsten nicht haben wagen dürfen, sie vorzunehmen, und das Haus Oestreich hätte den Schwerpunkt seiner Politik vielleicht für immer verloren. Wenn er der Aufforderung des Kaisers und der übrigen Kurfürsten folgte, um mit ihnen die Wahl zu verabreden, so hieß das den Frieden in einem wesentlichen Punkt auf eine Weise deuten, die der Krone Schweden den vielleicht ersehnten Vorwand gab, den Frieden für gebrochen zu erklären, und dann traf Brandenburg die nächste und schlimmste Gefahr. Waren die Worte des Friedensinstrumentes in Betreff der Wahl unklar, so handelte es sich darum, ob die Schweden auch hier ihre Deutung durchsetzten, oder ob die Wähler des Reiches dem zuvorkommen sollten, indem sie ihr altes Recht ausübten. Die Frage der Wahl bedeutete, ob trotz Schwedens ein Act vollzogen werden sollte, der wenigstens die ersten Fürsten des Reichs unter sich und mit Oestreich einigte und einig zeigte, oder ob der Machteinfluß der beiden Kronen, der wie ein Keil in das deutsche Wesen getrieben war, es völlig auseinander sprengen sollte.

Daß die katholischen Kurfürsten die Wahl wünschten und östreichisch wünschten, lag in der Natur der Sache; und Kursachsen ging ein für allemal mit Oestreich; Kurpfalz hatte mehr vom Kaiser zu hoffen, als von den Schweden zu fürchten. Die Entscheidung und die ganze Gefahr hatte Brandenburg.

Friedrich Wilhelm hatte noch völlig freie Hand. Daß Schweden drohte, der Kaiser bat, konnte ihn nicht vergessen machen, daß sein Entschluß für weit hinaus entscheidend sein werde. Das Kaiserthum im Hause Oestreich war weder für ihn und sein Haus, noch für das deutsche Wesen, noch für sein Bekenntniß eine erfreuliche Aussicht. Entsetzlich, wie seine Glaubensverwandten in den Kron- und Erblanden gedrückt wurden; und das Friedensinstrument hatte für sie keine Sicherheit bestellt, nur die Fürbitte der evangelischen Stände für sie vorbehalten. War augenblicklich die Stimmung am Kaiserhofe für Brandenburg günstig, so konnte

jeden Augenblick der jesuitische, der spanische Einfluß, die größere Gunst für Kursachsen, für Pfalz Neuburg wieder empor kommen; und selbst mit Schweden hatte die östreichische Politik sich mehr als einmal gegen Brandenburg und auf dessen Kosten verständigt.

Unter den vertrauteren Räthen des Kurfürsten ist die Frage, ob der Einladung Folge zu leisten, sehr lebhaft erörtert worden. Fast nur Blumenthal sprach dafür[120]); er hielt es für die allein richtige Maxime, daß Brandenburg mit dem Kaiser und der Kaiser mit den Reichsgliedern gehe; er hob hervor, daß man gewiß gern bereit sein werde, dem Kurfürsten jetzt endlich zu gewähren, was er zu fordern ein Recht habe, nicht bloß in Betreff der pommerschen Sache, sondern auch in denjenigen Dingen, die das kaiserliche Haus unmittelbar angingen, der sog. breslau'schen Schuld und der Zurückgabe Jägerndorfs.

Der Kurfürst entschied sich für die Reise. Der Empfang, der ihm bereitet wurde, zeigte, wie man ihn auszuzeichnen wünschte. Auch in Betreff seiner Forderungen fand er die größte Zuvorkommenheit. Man erinnerte sich sehr wohl, daß schon seit Markgraf Hans von Cüstrin Zeiten jene Schuld von 180,000 Thaler stehe und nicht verzinst sei; man versprach, sofort die nöthigen Berechnungen zusammenstellen zu lassen und hoffte die Sache noch in Prag oder demnächst in Regensburg zu erledigen. Man wiederholte in Betreff Jägerndorfs, was man schon 1636 anerkannt hatte, daß die Confiscation von 1621 den agnatischen Rechten des Kurhauses nicht habe Abbruch thun dürfen, und daß der Kurfürst seit dem Tode des Markgrafen Ernst rechtmäßiger Erbe sei; man bedauerte nur, daß man das Land dem Fürsten Liechtenstein nicht ohne Weiteres nehmen könne, und versprach die Sache so zu erledigen, „daß des Kaisers Affection für den Kurfürsten offenbar werden solle". Der Kurfürst von Mainz, der sich für diese Verständigung auf das lebhafteste bemüht hatte, sagte gut dafür, daß das Versprochene und mehr als das gern und mit Dank geleistet werden solle. In Betreff Pommerns erließ der Kaiser ein Rescript, in dem er erklärte, daß Schweden, bevor es nicht Hinterpommern geräumt habe, weder die Investitur noch einen Indult erhalten, auch nicht zur Session auf dem Reichstage gelassen werden solle[121]). Ja man fand es nur billig, wenn der Kurfürst dafür, daß er nun schon volle vier Jahre den Besitz und die Erträge Pommerns entbehre, eine Entschädigung erhalte, „und werde der Kaiser gern auf anderweite Ergötzlichkeit denken"[122]).

Nach etwa achttägigem Aufenthalt verließ Friedrich Wilhelm Prag,

nicht ohne die Hoffnung, mit dem Kaiserhause endlich zu einem guten und dauernden Verhältniß, wie er es lebhaft wünschte, zu kommen.

Den Rückweg nahm er über Dresden, um von dem alten Kurfürsten in die Kurfürsteneinung aufgenommen zu werden.

In derselben Zeit wurde auf dem niedersächsischen Kreistage — es war die erste Wirkung des hildesheimschen Bündnisses — der schwedische Gesandte für das Fürstenthum Bremen trotz des Protestes von Brandenburg-Halberstadt zur Session zugelassen[123]).

Regensburg und Augsburg.

Der kaiserliche Hof hatte sich nach Regensburg begeben; im Lauf des December sammelten sich dort allmählig die Stände oder ihre Gesandtschaften[124]). Sofort trat der schwedisch-brandenburgische Conflict in den Vordergrund.

Der schwedische Gesandte forderte Session, um der Eröffnung der kaiserlichen Propositionen beizuwohnen. Dem entgegen stand das Prager Decret, auf das ein neues kaiserliches Rescript den Reichserbmarschall ausdrücklich verwies. Nach mehrfachen Erörterungen her und hin erklärte Friedrich Wilhelm, daß er, um den Streit in Güte zu schlichten, sich der Krone Schweden erboten habe, für die Ueberlassung der Seezölle in Hinterpommern 130,000 Thaler zu zahlen, daß seine Bevollmächtigten noch sechs Wochen in Stettin bleiben würden, auf die Annahme dieses Erbietens zu warten, daß er nach dieser Frist allerdings weder an diesen Vorschlag noch an die Punctationen über die Grenztheilung gebunden sein wolle; in der Hoffnung, Schweden werde so billige Vorschläge annehmen, ließ er die Eröffnung des Reichstages auf einige Wochen zu vertagen beantragen. Ein kaiserliches Decret vertagte die Verlesung der Propositionen „auf vier oder fünf Wochen“.

Während die schwedischen Herren in Regensburg versicherten, daß der Entscheid mit jedem Tage in Stettin zu erwarten sei, daß der Courier, den man von Regensburg hinzuschicken beschlossen, ihn schon vorfinden werde, daß sie selbst ja nichts wünschten, als zugelassen zu werden, wurde in Stockholm selbst in sehr anderer Weise gesprochen: diese Verschiebung, die man ein lächerlich Ding nannte, werde das Mittel sein, die hinterpommersche Sache noch in 30 Jahren nicht zu erledigen, man werde die Gesandtschaft aus Regensburg abberufen, es sei Schweden an dem Reichs-

tag nicht so viel gelegen, um sich da von den Deutschen beschimpfen zu lassen[125]).

Und einstweilen nahmen die Vorberathungen in Regensburg einen Gang, der nur zu deutlich zeigte, bis zu welchem Grade das Reichswesen in Auflösung sei. Daß es ein gemeines deutsches Interesse sei, dem Uebermuth der Schweden entgegen zu treten, wollte niemand gelten lassen; von allen Seiten wurde gemurrt, daß man Geld und Zeit verthun müsse um Brandenburgs willen. Und gab es nicht gegen Brandenburg selbst ganz analoge Klagen? im Interesse der Stadt Hervord, die reichsunmittelbar zu sein behauptete, beantragte das Collegium der Städte beim Kaiser, Kurbrandenburg nicht eher zur Session zu lassen, bis der Stadt ihr Recht zugestanden sei. Zugleich forderte Pfalz Neuburg Session für Cleve-Jülich, da Brandenburg „durch das Attentat von 1651 seine vermeinten Prätensionen auf diese Lande ipso jure et facto verwirkt und sich deren verlustig gemacht habe".

Daß das kaiserliche Ausschreiben erklärt hatte, es sollten auch die abwesenden Stände durch die Beschlüsse der Anwesenden gebunden sein, erschien den Evangelischen im Fürstenrath unerträglich: von ihnen seien nur 30, von den katholischen 54 Stimmen anwesend, über Religionssachen dürfe nach dem Friedensinstrument nicht per majora entschieden werden, und wer könne sich durch die Mehrheit mit Reichssteuern belasten lassen? höchstens könne man zugeben, daß Steuern mit $^2/_3$ oder lieber mit $^5/_6$ der Stimmen für bewilligt gelten sollten. Wenn Kurbrandenburg die evangelischen Mitstände aufforderte, sich des jammervollen Zustandes der Evangelischen in den Erblanden so wie in mehreren Reichsstädten anzunehmen, wie ihnen nach dem Friedensinstrument das Recht der Intercession für dieselben zustehe[126]), so ging der kaiserliche Hof so weit, die anwesenden evangelischen Grafen und Herren aus seinen Landen, „bei Vermeidung kaiserlicher Ungnade", ausweisen zu lassen, nicht ohne anzügliche Bemerkungen darüber, daß einer derselben, der über Berlin gekommen, zur kurfürstlichen Tafel geladen worden sei und für seine Klagen „ein mitleidiges Gehör" gefunden habe[127]). Die kursächsische Gesandtschaft hatte jene Evangelischen gedrängt, nur schleunigst abzureisen, da man für sie gar nichts thun könne; Kurpfalz, wo freilich mit den Katholischen um nichts glimpflicher verfahren wurde, erklärte, „es befinde sich in seinem estat nicht also befestigt, daß es sich dieser oder anderer der Religion halber Bedrängter sonderlich annehmen könne". Wohl mochten jene Evangelischen „mit thränenden Augen" erklären, sie setzten ihre ganze Hoffnung nächst

Gott auf den Kurfürsten von Brandenburg; aber sein Bemühen für sie verstimmte den kaiserlichen Hof nur zu merkbar.

Indeß wurde von Cöln Beschwerde erhoben über die lothringischen Völker, die von spanischen und condéschen Regimentern unterstützt, in seinem Stift Lüttich heerten und Contribution eintrieben; von Trier, daß sie schon bis eine Stunde von Trier brandschatzten und sich immer weiter zum Rhein hin bewegten; von beiden, daß es dem Kaiser und dem ganzen Reich zum höchsten Despect gereiche, wenn das gleichsam im Angesicht des Reichstags geschehen könne und daß der Kaiser zwar den von Starhemberg gesendet habe, aber „mit gütlichen Worten". Allerdings, erklärte der Herzog von Lothringen, habe er als Reichsfürst, der sein Land durch den Frieden verloren habe, vom Reich Entschädigung, eine Million Thaler zu fordern, und nicht eher werde er weichen, als bis sie gezahlt sei; und Spanien machte geltend, daß es wegen des Herzogthums Luxemburg ein Schutzrecht über das Erzstift Trier habe. Andere lothringische Völker heerten an der oberen Mosel und im Elsaß, in dem vom Reich an Frankreich abgetretenen Lande, so wie in den Gebieten der zehn freien Städte; „es ist zu beklagen, sagte Cöln, daß so gar keine Verfassung im Reich ist und sich kein Stand des andern annimmt". Das Reich lag nach Westen hin völlig offen. Es tauchte der Argwohn auf, daß jene Gewaltsamkeiten jenseits des Rheins mit Wissen und Willen des kaiserlichen Hofes geschähen, daß er vorerst in dieser Form die Krone Spaniens unterstütze, die sich allerdings nichts besseres wünschen konnte, als das unbeschützte und wehrlose deutsche Land hinter sich zu haben, da zu werben, zu zehren und zu heeren. Man fand darin, daß der spanische Hof immer noch nicht seine agnatische Zustimmung zur Abtretung des Elsaß an Frankreich gegeben habe und der Kaiser sie zu betreiben unterließ, eine Bestätigung für das, was man argwöhnte; ja man fürchtete, daß Frankreich geflissentlich mit solchen Dingen gereizt, ein neuer Krieg mit Frankreich gewünscht werde, daß Oestreich „unter diesem Prätext eine neue Armada ins Reich führen und auf Kosten der evangelischen Stände unterhalten wolle".

Nicht mindere Gefahr schien im Osten des Reichs zu drohen; der schwere Kampf Polens gegen die verbündeten Kosacken, Tartaren, Moscowiter nahm so furchtbare Dimensionen an, daß der polnische Gesandte in Regensburg erklärte, wenn Kaiser und Reich nicht eiligst helfe, so werde die Republik erliegen und den wilden Horden der Weg über Schlesien ins Reich hinein offen sein.[128]) Aber der Kaiserhof schien bei diesen Nothrufen völlig taub: Polen habe bei dem vorigen schweren Kriege ja auch

nichts für Kaiser und Reich gethan. Man meinte, die Absicht sei, Polen erst tiefer in Noth kommen zu lassen, um dann die Wahl eines Erzherzogs als Bedingung der Hülfe zu fordern.

Dazu endlich die Schwedenmacht im Norden, die wie mit gezücktem Schwerte dastand, in jeder, auch der willkürlichsten Deutung des Friedens ihr Interesse gegen das Reich und die ihr nächstgelegenen Territorien durchzusetzen. Denn dasselbe Spiel mit den Licenten, das sie gegen Brandenburg trieb, wiederholte sie in Mecklenburg; und im Münsterlande hielt sie auf deutsche Kosten die Festung Vechte besetzt, bis alle Satisfactionsgelder gezahlt seien. Schon bedrohte sie auch die Stadt Bremen, die sie als landsässig in Anspruch nahm; sie hatte bereits beim niedersächsischen Kreistage durchgesetzt, daß sie nicht mehr zur Session zugelassen wurde.

Mit vollem Recht machte der Kurfürst geltend, daß er in seinem Widerstand gegen die Krone Schweden nicht bloß sein Sonderinteresse, sondern und vor Allem seine Pflichten gegen Kaiser und Reich, „die gemeine Wohlfahrt und deren einigen und wahren Grund, nemlich die Vollziehung und Stabilirung des innern Friedens im Reich“ im Auge habe[129]). Der Ertrag der pommerschen Zölle, um den es sich jetzt noch handelte, war an sich unbedeutend; selbst den Besitz Hinterpommerns hätte der Kurfürst ohne zu schwere Einbuße noch länger entbehren können[130]). Aber ihn zu erzwingen, war für ihn und das Reich eine Ehrensache; es kam darauf an, daß den Schweden überhaupt einmal ernstlicher Widerstand gezeigt, daß das tief erniedrigte deutsche Wesen in irgend einem Interesse vereinigt werde.

Die schwedische Diplomatie rechnete darauf, daß die in Regensburg versammelten Stände, welche schon die Vertagung der Propositionen höchst übel empfanden, bald genug des Wartens müde sein würden; sie hoffte, weiter zögernd mit halben Zugeständnissen in Stettin die Session in Regensburg durchzusetzen, und dann hatte sie gewonnen Spiel. Schon erklärte Graf Kurz, der Reichsvicekanzler, daß am 10. März die Propositionen jedenfalls verlesen werden sollten; mehrere fürstliche Gesandte traten zusammen, eine Eingabe für die Zulassung Schwedens an den Kaiser zu richten; die kurbairische Gesandtschaft erklärte, wenn man Schweden nicht zulasse, werde sie selbst nicht mehr erscheinen; das Kurcollegium beschloß einen Antrag an den Kaiser, daß er einen Courier nach Berlin senden möge, „um endliche und gewisse Resolution zu haben, damit es theils fernerer Dilation nicht bedürfe, theils auch keine Ungelegenheit im heiligen römischen Reich entstehe“.

Wie gern auch der kaiserliche Hof dem allgemeinen Drängen gefolgt

wäre, die Wahl, die er wünschte, nöthigte ihn fest zu halten. Und es war nicht schwer nachzuweisen, wie die Angaben der schwedischen Herren in Regensburg über den Stand der Stettiner Verhandlungen mit den dort geführten Protocollen in Widerspruch seien. Aber der Kurfürst mußte erkennen, daß er den Bogen nicht zu straff spannen, daß er den Schweden keinerlei Vorwand in Händen lassen dürfe. Er entschloß sich, seine Forderungen wegen der Seezölle zu ermäßigen, auf die früher von Schweden eingeschlagene Theilung ihrer Erträge, auf deren Erhebung durch die Schweden einzugehen. Er ließ in Regensburg eine neue Vertagung der Propositionen bis zur Annahme dieser Erbietungen beantragen; er schlug vor, einstweilen vorläufige Berathungen, namentlich der Wahlcapitulation vorzunehmen; er sprach ausdrücklich den Wunsch aus, daß diese nicht bloß im Rath des Kurfürsten, sondern, nach dem Wortlaut des Friedensinstrumentes, auch von den anderen Ständen erörtert werden möchte. (23. März.)

Daß der Kaiser diese weitere Vertagung bewilligte, brachte unter den Versammelten große Aufregung hervor; größere, als das Collegium der Kurfürsten die Berathung der Capitulation allein begann. Und was Brandenburg jetzt angeboten, erklärten die Schweden, sei ein ganz neuer Vorschlag, für den die Commissarien in Stettin keine Instruction hätten und erst neue Weisungen aus Stockholm erwarten müßten.

Woche auf Woche verging, ohne daß die ersehnte Nachricht aus Stettin kam. Ausgangs März überreichte Brandenburg dem Kaiser ein Memorial in dem es hieß: „S. Kf. D. habe es nothwendig erachtet, das ganze Werk in seinem wahren Grunde zu beleuchten; es gelte, aus so vielerhand gefährlichen Zweifelhaftigkeiten mit Recht, Bestand und Reputation des Reichs hinauszukommen und in dieser wichtigen, voller Gefahr steckenden Sache den rechten Entschluß zu fassen; die sicherste und beste Resolution sei, via regia zu verfahren und Gott, dem rechten Richter aller menschlichen Gedanken, das Uebrige anheim zu geben; so möge denn der Kaiser den Schweden zur Räumung Pommerns einen Termin setzen und nach dessen Ablauf zur Eröffnung des Reichstags schreiten, der Königin aber anzeigen, daß ihre Gesandten nicht eher zugelassen werden könnten, als bis sie dem Frieden ein Genüge gethan."

Schon der Antrag war in den Augen der schwedischen Herren zu Regensburg eine unerhörte Beleidigung. Um keinen Preis durfte ihm Folge gegeben werden; sie setzten alle Hebel in Bewegung, es zu hindern. Unter den Kurfürsten und Ständen wurden die ängstlichsten Bedenken, die

bittersten Mißbilligungen laut. Aber die brandenburgischen Gesandten setzten ihren ganzen Eifer dagegen; es war klar, daß die Königswahl ohne ihre Zustimmung nicht geschehen könne, und nur bei Brandenburg hatte bisher Cöln und Trier in der lothringischen Sache Unterstützung gefunden, nur Brandenburg hatte in Betreff der Wahlcapitulation den Wünschen der Fürsten Rücksicht geschenkt. So unerträglich die Brandenburger mit ihrem Eigensinn waren, wie die Dinge lagen, durfte man es nicht mit ihnen verderben.

So kam ein Gutachten zu Stande, das wenigstens in der Hauptsache dem Antrag entsprach (7. April). Der Kaiser sandte einen Courier nach Schweden mit einem Schreiben, das zwar keinen Termin setzte, aber doch eine endgültige Erklärung forderte und die Hoffnung aussprach, „daß die Königin in der bis zur Eröffnung des Reichstags noch übrigen Frist das Nöthige thun werde, damit dann ihre Gesandtschaft an den Berathungen Theil nehmen könnte“[131]).

Man hatte allen Grund gespannt zu sein, wie die stolze Königin auf dies verblümte Ultimatum antworten werde. In der Mitte April hatte man in Regensburg Nachrichten aus Holstein, daß 36 schwedische Orlogschiffe zu einem Einfall in das Herzogthum Preußen versammelt seien, um Kurbrandenburg zu züchtigen, daß es Schweden von der Reichsbelehnung und Session bisher ausgeschlossen. Von den eigenthümlichen Vorgängen am Hofe zu Stockholm, von den Einwirkungen des spanischen Gesandten Pimentell und der rasch wachsenden Neigung der Königin zur römischen Kirche wußte man diesseits der Ostsee noch wenig oder nichts.

Wie freudig war man überrascht, als am 2. Mai die brandenburgische Gesandtschaft dem Kaiser meldete, daß sein ernstliches Wort den gewünschten Effect gehabt habe, daß die schwedischen Commissarien in Stettin den 1. (11.) Juni zur Räumung Hinterpommerns angesetzt hätten; der Kurfürst bitte, Kais. Maj. wolle über diese höchst rühmlich begonnene Sache auch ferner die Hand halten.

Also die Räumung hatte Schweden zugesichert. Aber es war deutlich genug zu erkennen, daß Brandenburg noch voll Mißtrauen sei. Man glaubte in Berlin zu wissen, daß die Herrn in Stettin schon längere Zeit die Weisung zum Abschluß in Händen gehabt, sie erst auf die Nachricht von dem kaiserlichen Ultimat hervorgeholt hätten; am 9. (19.) April war in Stettin der Abschluß vollzogen, aber mit einer Clausel, die noch weitere Zögerungen voraussehen ließ. Zugleich kamen Schreiben der Königin an den Kaiser und an die Reichsstände, in denen sie ihren lebhaften Wunsch

aussprach, daß der junge König von Ungarn gewählt werden möge[132]). Und dem zur Seite ging ein Memorial der schwedischen Gesandtschaft an den Kaiser, voll heftiger Beschwerden über den Kurfürsten und das Verfahren seiner Gesandtschaft, mit der Forderung, nun sofort zu den Propositionen zu schreiten und die längst erbetene Session zu gewähren.

Wie, wenn sie nun gewährt wurde? Schon war der Wahltag angesetzt. Die kaiserlichen Räthe meinten, daß genug geschehen sei, um das in Prag in Betreff Pommerns Versprochene zu erfüllen; in Betreff Jägerndorfs und der breslau'schen Schuld erklärte Graf Kurz: „der Kaiser erinnere sich wohl, was er versprochen, und hoffe, daß man die Sache noch in Regensburg zu des Kurfürsten Befriedigung zu Ende bringen werde." Aber dazu geschehen war noch nichts, erneutes Drängen half zu nichts; die nahe Wahl ließ zu keinem andern Geschäft Zeit; Alles, was erreicht wurde, war, daß der Kaiser für beide Forderungen eine Commission in vier Wochen zu berufen versprach. Am 18. Mai brachen die Kurfürsten und kurfürstlichen Gesandten nach Augsburg auf, wo die Wahl vor sich gehen sollte.

In Berlin, wohin die Nachrichten von Regensburg erst in zehn bis zwölf Tagen kamen, erwartete man nichts weniger als solchen Verlauf der Wahlfrage. Allerdings hatte der Kurfürst in Prag sich für die Vornahme der Wahl erklärt, aber unter Bedingungen, von denen ihm noch keine erfüllt war. Er war der Meinung, daß nach dem Wortlaut des Friedensinstrumentes der Reichstag über die Wahl zu hören sei, und die in Regensburg Versammelten wurden erst durch die feierliche Eröffnung, durch die kaiserlichen Propositionen zum Reichstag. Er erwartete, daß diesen Gesichtspunkt, den das Kurfürstencollegium nicht hoch anschlagen mochte, die Fürsten und Stände um so hartnäckiger festhalten, daß namentlich Schweden ihn vertreten werde. Als Anfangs April ein kurmainzischer Gesandter die formelle Einladung zur Wahl nach Berlin brachte, war man nicht wenig erstaunt, zu erfahren, daß den Versammelten von Fürsten und Ständen die auf den 24. Mai anberaumte Wahl einfach zur Kenntnißnahme mitgetheilt sei; der Kurfürst sagte dem Gesandten: „er willige seinerseits nur unter der Bedingung in die Wahl, daß weder seine besonderen Forderungen, noch die dem Reichstag zustehenden Befugnisse darüber zu kurz kämen."

In solchem Sinn war die Instruction abgefaßt, mit der Freiherr v. Blumenthal als Wahlbotschafter gegen Ende April abreiste[133]). Es schien sich von selbst zu verstehen, daß die Verhandlung über die Frage, ob

eine Wahl vorzunehmen sei, ob und in welchem Umfang die Fürsten und Stände an der Capitulation Theil nehmen sollten, die Nothwendigkeit, erst den Reichstag zu eröffnen, die Wahl weit über den angesetzten Termin hinausschieben werde. Blumenthal erhielt die Weisung, „unter der Hand und unvermerkt" für den Aufschub zu wirken; zur Erleichterung der Verhandlung über Jägerndorf und die breslau'sche Schuld sollte er ein Aequivalent an Land und Leuten, etwa das Fürstenthum Glogau, in Vorschlag bringen. Vor Allem wurde ihm ans Herz gelegt, für die bedrängten Evangelischen in den Erblanden einzutreten.

Blumenthal reiste langsam über Nürnberg, wo er sich einige Tage verweilte, nach Augsburg. Er hatte die beste Zuversicht. Er kannte ja die Herren des kaiserlichen Hofes persönlich, er hatte als Reichshofrath unter Graf Kurz gearbeitet; durch ihn selbst hatte einst der Kaiser Glogau den Schweden anbieten lassen; und sein ganzes Bemühen war darauf gerichtet, die Beziehungen Brandenburgs zum Kaiserhofe möglichst intim und dauernd zu machen; er hoffte, daß man ihm sofort mit Gewährung jener „Privatforderungen" entgegenkommen und so seinen Einfluß am berliner Hofe gegen Waldeck und andere Gegner Oestreichs verstärken werde.

In Donauwörth erwarteten ihn Platen und Frommhold, um ihn nach Augsburg zu begleiten. Von ihnen erfuhr er die jüngsten Vorgänge in Regensburg und daß die kaiserliche Politik alle Schwierigkeiten, alle Verzögerung zu beseitigen verstanden habe; man habe wiederholentlich das Fürstencollegium bei Graf Kurz versammelt und diese Zusammenkünfte unter dem Namen „außerordentliche Sessionen" Beschlüsse fassen lassen; da sei denn auch die Frage der Wahl und der Wahlcapitulation behandelt und durch Mehrheit der Stimmen ganz nach dem Wunsch des Kaiserhofes entschieden; und mit diesen Beschließungen meine man den Forderungen des Friedensinstrumentes genug gethan zu haben; auch nicht von den evangelischen Fürsten sei ein ernstlicher Versuch zum Widerstand gemacht worden, und mit jenen Zuschriften der Krone Schweden sei auch das letzte Bedenken geschwunden.

Blumenthal mußte sich überzeugen, daß die Dinge sehr anders, viel weiter seien, als er erwartet hatte. Aber seine Instruction lautete auf Versagung der Wahl, bis die Forderungen des Kurfürsten erfüllt seien. In Augsburg angekommen, begab er sich zum Kurfürsten von Mainz, trug ihm vor, daß sein Herr bei dem beharre, was er im April geantwortet habe. Mit Bestürzung, sagte dieser, höre er, daß man um solcher Privat=

sachen willen, ganz gegen die Goldene Bulle, die Wahl verzögern wolle; gewiß sei dies nicht des Kurfürsten Wille, er habe ja des Kaisers Wort; die Räthe, die ihm zu solchem Argwohn gerathen, meinten es nicht gut mit ihm oder sähen nicht, was ihm aus solcher Verzögerung für Schaden und Disreputation entstehen könne; er wolle seinerseits gewarnt haben. Noch peinlicher war es, daß der Kaiser in der Audienz, in der er Blumenthal empfing, sich ähnlich äußerte: „er sei dem Kurfürsten ansehnliche Summen und Satisfaction wegen Jägerndorf schuldig; das alles könne bei der Commission in Regensburg abgemacht werden; hier in Augsburg habe er weder die Acten noch Räthe, die von der Sache Wissenschaft hätten; er bitte den Kurfürsten, ihm, dem Kaiser, und seinem Hause nicht solchen unverdienten Schimpf anzuthun; er sei mit den andern Kurfürsten und sie mit ihm einig, und er bitte, die Wahl so vor der Thür nicht aufhalten zu wollen"; er schloß mit einer Andeutung, daß er mit der Königin von Schweden durchaus verständigt sei.

Auch die letzte Hoffnung schlugen die Aeußerungen von Graf Kurz und Graf Auersberg nieder; beide sprachen es klar aus, daß der Kaiser Glogau, den wichtigen Paß an der Oder, „seiner daran hängenden Erblande wegen", nicht aufgeben werde, daß überhaupt an Entschädigung durch Land und Leute nicht zu denken sei; auch Schwarzenberg habe 1636 beide Prätensionen vorgebracht, wäre aber auf geschehene Demonstration davon abgestanden, und man hoffe von Blumenthal dasselbe; man werde sonst, fügte Auersperg hinzu, an Seneca's Spruch denken müssen: wer zögernd giebt, hat nicht geben wollen[134]).

Blumenthal klagt einige Wochen später einmal: „wir haben mehr als dreißig Sachen verzeichnet, über die wir keine Befehle erhalten." Er hätte von anderer Kühnheit und Energie, von anderem Selbstgefühl sein müssen, als er war, um auf eigne Verantwortlichkeit das zu thun, was der Augenblick forderte; wenn er dem rastlosen Weitergreifen der Kaiserlichen mit dem Warten auf Weisungen aus Berlin den Vorsprung von je drei Wochen ließ, so gab er ihnen den Sieg in die Hand.

Mit jedem Tage ließen sich die Dinge übler an. „Wir sind in großer Angst und Fluctuation", schreiben die Gesandten dem Kurfürsten; sie fürchten, daß sein wachsendes Ansehen im Reich den empfindlichsten Stoß leiden werde, ja daß der noch größere Schimpf zu befahren sei, daß ohne Brandenburg zur Wahl geschritten werde. Auch in der Feststellung der Wahlcapitulation sei all ihr Einreden umsonst; die Forderung der Parität im Reichshofrath, der freien Religionsübung in Wien für die evange-

lischen Fürsten, deren Gesandten und Agenten werde selbst von Pfalz und Sachsen nicht unterstützt; es seien dies Sachen, heiße es, die nicht in die Capitulation, sondern in die Reichsversammlung gehörten; sie hätten sich mit einer feierlichen Protestation begnügen müssen.

Von allen Seiten wurde ihnen ihr Widerstand zum Vorwurf gemacht: Monate habe man in Regensburg um Brandenburgs willen verlieren müssen, man wünsche nicht, in Augsburg dasselbe Spiel wiederholt zu sehen, man sei nicht darauf eingerichtet, hier Wochen lang zu bleiben. Am 29. Mai in der Nacht wurde die Capitulation zu Ende gelesen, ohne daß die Erinnerungen Brandenburgs zur Aufnahme kamen: „man kann, hieß es, keine weiteren Aenderungen machen"; am andern Morgen lag sie dem jungen Könige von Ungarn vor, der „seines Ortes" nichts bei derselben zu erinnern fand.

Fast im letzten Augenblick, am 30. Mai, trafen neue Weisungen des Kurfürsten ein: die Wahl so lange als immer möglich zu verzögern und fest darauf zu bestehen, daß den Evangelischen in den Erblanden zuvor Sicherheit gegeben werde, mit den anwesenden Kurfürsten „von mehreren Subjecten zur königlichen Wahl" zu reden, so zu verfahren, daß der Kaiser sehen möge, „daß die Wahl in unserm freien Willen stehe" [135]); Weisungen, die sich auf die Berichte gründeten, welche vor etwa drei Wochen aus Augsburg gesandt worden waren; für die jetzige Lage der Dinge paßten sie nicht mehr.

Die Wahl war auf den folgenden Tag angesetzt; es gab kein Mittel mehr, sie aufzuhalten; selbst das Versagen der brandenburgischen Stimme hätte nichts mehr genützt; am 31. Mai wurde König Ferdinand IV. einstimmig gewählt.

Friedrich Wilhelm mußte mit dem, was geschehen war, zufrieden sein; aber, so schrieb er seinem Gesandten, „wenn der Kaiser durch ihr Verfahren, wie sie meldeten, disgustirt sei, so habe er mehr Anlaß, es gegen den Kaiser zu sein; wenn man ihm die Verschiebung der Proposition als großen Dienst zur endlichen Erhaltung Pommerns anrechnen wolle, so könne er darin keine große Gnade und Wohlthat des Kaisers erkennen."

Allerdings war das die Auffassung des Kaisers und seines Hofes; daß man, nach Regensburg zurückgekehrt, nicht sofort zur Verlesung der Propositionen schritt, sondern erst die Krönung des Neugewählten im Dom zu Regensburg vornahm, ward als ein neuer Act besonderer Rücksicht für

Brandenburg ausgegeben, da inzwischen die Nachricht von der am 16. Juni geschehenen Räumung Hinterpommerns eintraf.

Wie vortrefflich hatte die östreichische Politik operirt. Sie hatte erreicht, was ihr vor Allem und allein am Herzen lag; mochte nun des Weiteren der Reichstag und des Reiches Geschäfte laufen wie sie wollten.

Eröffnung des Reichstags.

Gleich nach der Krönung schreibt Blumenthal dem Kurfürsten: „E. Kf. D. können nicht glauben, wie der kaiserliche Hof sich geändert hat; es ist hochnöthig, daß man gut Acht habe und vor Allem dahin trachte, wie die Kurfürsten und vornehmsten Fürsten mögen einig werden; hier aber gehet es also zu, daß die meisten für das Reich reden und ein jeder sucht dabei sein Privatinteresse und meint, er könne dasselbe nicht erhalten, ohne etwas nachzugeben, welches in allen Sachen das Gefährlichste ist." Am Tage der Propositionen wiederholt er: „in Summa, der Hof ist sehr geändert, die Fürsten, sonderlich die evangelischen, sind sehr perplex." Acht Tage später: „ich kann nicht absehen, was aus diesem Handel hier werden soll; die meisten Kurfürsten, fast alle Fürsten und Reichsgrafen sind disgustirt, die Baiern sind ganz unzufrieden, wiewol sie es sich nicht wollen merken lassen, Cöln ist ganz disgustirt weggezogen, Trier desgleichen und selbst die Kurpfälzer ziehen stärkere Saiten auf." Er bemerkt, daß unter allen vornehmen Sachen die vornehmste sein werde dahin zu wirken, daß der spanische Gesandte sich nicht, wie bisher, in alle Dinge mische, sondern ihm sein Handwerk gelegt werde, „denn sonst wird in ganz Kurzem aus übel ärger werden."

Daß Seitens der officiellen Reichsregierung nichts geschehen werde, die Geschäfte des Reichstages zu fördern und im gemeinen Interesse helfend und vermittelnd einzugreifen, war nur zu klar. Und doch lag Alles daran, daß man diesem völlig aufgelösten, völlig ohnmächtigen, völlig unhaltbaren Zustand des Reichs ein Ende machte, daß man Formen fand, in denen das immerhin tief veränderte Wesen des Reichs wenigstens das zu leisten vermochte, was ohne den schwersten Schaden für alle und für jeden nicht unterbleiben durfte. Und außer diesen allgemein constituirenden Fragen hatte der Reichstag zugleich zahllose dringende Geschäfte und Streitfragen zu erledigen, die aus allen Theilen des Reichs an ihn kamen. Dringender als Alles war der Schutz der schwergefährdeten Reichsgrenze

gegen Westen, waren die Hülferufe Polens gegen die Barbaren im Osten, war die Bedrängniß, die der schwere Krieg zwischen England und den Staaten den norddeutschen Städten und ihrem Handel brachte. Oder war das alles nichts und brauchte von weiteren Reichsgeschäften nicht die Rede zu sein, weil die östreichische Politik mit der Wahl das erreicht hatte, was sie wollte? Man sprach am kaiserlichen Hofe nur noch von demnächstiger Abreise und war spanischer als je.[136])

Jeder, die Kleinen wie die Großen, die Katholischen wie die Evangelischen klagten über den Kaiser und seine Räthe; selbst Johann Philipp von Mainz barg im vertrauteren Gespräch seinen Mißmuth nicht;[137]) aber nach seiner friedenssüchtigen Art schmiegte er sich, wo er gern widerstanden hätte. Und wer hätte mehr wagen, wer des Kaisers Ungnade auf sich ziehen mögen? Die Brandenburger, die so hartnäckig, so ohne Bedenken ihres Weges gingen, sah man kopfschüttelnd an; man mied sie.

Aber man konnte nicht leugnen, daß das Verfahren Brandenburgs, wenn auch nicht staatsklug und gewinnend, doch tadellos sei; Brandenburg hatte sich überall fest und gemäßigt gehalten; es hatte energisch für die bedrängten Evangelischen gesprochen, ohne die Katholischen zu erzürnen; es hatte die Präeminenz der Kurfürsten gewahrt und zugleich die Anträge der Fürsten und Stände in Betreff der Capitulation auf das Lebhafteste vertreten; es hatte sich den bedrängten Kurfürsten am Rhein bereit erklärt, von ihnen „nicht abzusetzen", sondern das Seine zu thun, damit sie ihrer Bedränger frei würden;[138]) es empfahl dringend die Unterstützung Polens, des englischen Königs, der Staaten gegen Cromwell: „der Krieg gegen die Republik England, die Rettung der Niederlande sei eine Sache, die alle Potentaten angehe; wenn diese beiden Republiken verbunden würden und sich gegen die souverainen Herren wendeten, so würde keiner derselben ihnen bastant sein."[139])

Freilich vorerst waren alle diese Bemühungen ohne Erfolg: „das Reich ist wie ein aufgelöster Besen", schrieb Blumenthal, „wenn E. Kf. D. Pommern nicht schon hätten, so würde ich mein Leben wetten, daß wir es durch Hülfe des Kaisers und der Stände in zwanzig Jahren nicht und vielleicht nie würden erlangt haben."[140]) Er fügt hinzu: „Cöln und Trier haben erklärt, sie würden in keiner Sache mehr votiren, wenn man nicht entweder Geld bewillige, um den Lothringer zu befriedigen, oder sich in Verfassung setze, um ihn abzuwehren; es geht aber zu einem Ohre herein, zum andern hinaus; Geld wollen die Stände nicht bewilligen, und

Rüstung in den Kreisen („Kreisverfassungen") will der Kaiser nicht; er fürchtet, wenn die Stände oder das Reich ein Heer hätten, würde seine Autorität so groß nicht bleiben, noch die Stände so sich eingreifen lassen, wie jetzt täglich geschieht."

Der Kurfürst von Trier erklärte öffentlich: „er sei gut spanisch hergekommen, ziehe aber gut französisch wieder ab." Und die Schweden hatten kaum den pommerschen Handel abgethan, so wandten sie sich gegen Bremen mit gewaffneter Hand und sagten in Regensburg jedem, der es hören wollte: „sie müßten die Stadt haben, es möchte auch gehen, wie es wolle."

Der Kurfürst war nicht schwedisch noch im hildesheimischen Bunde, er war nicht spanisch noch französisch; er hatte die hartnäckigste Opposition gegen Schweden durchgeführt, und das Verfahren des kaiserlichen Hofes gegen die Evangelischen, in den Reichssachen, gegen ihn selbst drängte ihn mit jedem Tage mehr in Opposition gegen Oestreich. „Ich verspüre wohl", schrieb er eigenhändig an Blumenthal 12. Juli, „daß meine Prophezeiung gar zu zeitig wahr wird, dieweil man mich jetzt, da ich Alles gethan, ebenso abzufertigen sucht, wie meinem Herrn Vater sel. geschehen. Ich muß es Gott und der Zeit befehlen und es mir so viel zu Nutze machen, daß ich und meine Nachkommen sich nicht noch einmal betrügen lassen. Es thut mir sehr wehe, daß man genugsam zu verstehen giebt, daß man mir nichts geben will, deswegen ihr hierin auf meinen und meines Hauses Respect sehen werdet, und wenn man mir ja das Meinige mit Gewalt — so lange es Gott zuläßt — länger vorenthalten will, ich aufs Wenigste nicht beschimpft werde. Die armen Evangelischen aber kann ich nicht verlassen, sondern will Gottes Gnade höher halten als des Kaisers und aller Menschen, es gehe mir auch wie es wolle. Vielleicht weiset mir Gott schon, daß ich mich zu viel auf Menschen und deren gute Worte verlassen. Sollt euch also ihrer und des gemeinen Reiches mit allem Ernst annehmen."

Er hatte das volle Gefühl, eine Niederlage erlitten zu haben, und sie vorerst hinnehmen zu müssen. Er mußte auf bessere Gelegenheit hoffen.

Freilich war endlich Ende Juli jene Commission ernannt, auf die der Kaiser vertröstet hatte. Aber gleich ihre erste Erklärung entmuthigte selbst Blumenthal vollständig. Die östreichischen Herren erkannten die breslau'sche Schuld und deren Zinsen völlig an; aber die eine Hälfte dieser Summe sei an Kursachsen übertragen, für die andere Hälfte habe

der Kaiser wegen der seit lange nicht gezahlten Contribution von Crossen eine Gegenrechnung von ungleich größerem Betrage, so daß der Kurfürst nicht Geld zu empfangen, sondern zu zahlen haben werde. Diese Forderung beruhte auf jener „Mitleidenschaft", die brandenburgischer Seits nie anerkannt, östreichischer Seits nie durchgesetzt worden war. Fast noch beleidigender war der Bescheid wegen Jägerndorf: das Herzogthum sei einfach dem Kaiser heimgefallen, da mit Markgraf Ernst die belehnte Linie ausgestorben sei; der Kaiser habe also gar keinen Anlaß, irgend eine Entschädigung dafür zu leisten; habe der Kurfürst eine andere Ansicht, so stehe ihm der Weg Rechtens, natürlich bei den kaiserlichen Gerichten in Schlesien oder dem Reichshofrath, offen. Eine Entschädigung endlich für die vier Jahre lang entbehrten hinterpommerschen Einkünfte wurde völlig abgelehnt als eine Sache, die nicht den Kaiser, sondern das Reich angehe.

Und schon war der junge Pfalzgraf von Neuburg angekommen, jetzt, nach dem Tode seines Vaters, das von diesem, so sagte er, zu säumig betriebene Recht seines Hauses zur Geltung zu bringen. Er wurde vom kaiserlichen Hofe mit der größten Aufmerksamkeit behandelt. Bald wandten sich Alle, die etwas am Hofe erreichen wollten, evangelische wie katholische, an ihn um Fürsprache und Empfehlung. Der junge Herr ließ sich öffentlich vernehmen, daß das Haus Brandenburg sich seiner jülich-clevischen Rechte verlustig gemacht habe und daß er mit Kursachsen bereits verständigt sei. Den brandenburgischen Räthen schien die Gefahr so groß, daß sie dringend Verständigung mit Dresden empfahlen, so lange noch der alte Kurfürst lebe.[141])

Nun trafen auch Deputirte der jülich-clevischen Stände in Regensburg ein, an ihrer Spitze der von Winnenthal, wie man glaubte, auf Betreiben des Pfalzgrafen; sie hatten den Auftrag, Kaiser und Reich zum Schutz der Libertät der Stände dort anzurufen und vor Allem die Abführung der brandenburgischen Garnisonen aus Hamm und Lippstadt, die Schleifung der beiden Festungen zu fordern. Wie hätten nicht alle Stände des westphälischen Kreises — sie waren ja meist katholisch — einstimmen, wie nicht der kaiserliche Hof solchen reichspatriotischen Eifer gutheißen sollen?

Bisher hatte Blumenthal wenigstens in seinen alten Beziehungen mit Graf Kurz einige Hülfe gehabt; und er war unermüdlich, in Berlin zu bitten, daß man dem so einflußreichen Reichsvicekanzler die 16,000 Thaler aus den brandenburgischen Römermonaten, auf die ihn der Kaiser angewiesen, zahlen möge; sonst werde er sich solche Anweisung auf irgend

6*

einen andern Reichsfürsten geben lassen und dem gefällig sein. Jetzt aber kam Graf Auersperg mehr und mehr in Gunst, wurde vom Kaiser zum Reichsfürsten gemacht mit einer Dotation von 30,000 Thaler; bald war er, wie Blumenthal schreibt, der Mann, „nach dessen Kopf Alles geht; er wird wie ein Altar respectirt, und wenn er durch den Saal geht, ist kein geringeres Bücken, als wenn der Kaiser selbst kommt."

Von nun an schwand auch der bisher noch gewahrte Schein, als ob die kaiserliche Politik „reichspatriotisch" sei und nicht östreichisch sein wolle. In allen Fragen, die sie angingen, war sie der Majorität im Kurcollegium gewiß; und im Fürstencollegium hatte sie sie nicht minder, sobald die neuernannten Fürsten Session nahmen, sieben an der Zahl, alle katholisch, alle aus dem Kreise des östreichischen Beamtenthums. Man hatte den Eindruck, daß der Kaiser den Reichstag in der Hand habe.[142] Die Opposition Schwedens wurde, Dank den jesuitischen Einwirkungen in Stockholm, lahm und lahmer; die Evangelischen waren ohne Führung und schlimmer als das, da Kursachsen herkömmlich das Directorium hatte, — Kursachsen, das da erklärte: „es sei kein besser Mittel, sich zu mainteniren, als J. Kais. M. Respect zu augmentiren."[143] Die Erörterungen über die Reichsangelegenheiten gingen mit jedem Tage trostloser und die kaiserliche Politik schien zufrieden, wenn die Verhandlungen fortfuhren sich im Kreise zu drehen. Schon galt die baldige Abreise des Kaisers für unzweifelhaft; und noch war nichts gethan; man sagte, die ganze Berufung des Reichstages sei nur pro forma gewesen.

Und in demselben Maße wurde rücksichtsloser gegen Brandenburg verfahren. Schon konnte es geschehen, daß der Pfalzgraf von Neuburg, ohne in Berlin vorzufragen, den westphälischen Kreistag berief, um die Rüstung gegen den Lothringer beschließen und einen Kreisobristen wählen zu lassen. Und wie dem Kurfürsten zum Hohn gewährte der kaiserliche Hof den ständischen Gesandten aus Cleve-Mark Gehör. Der Bemerkung: „was Kais. Maj. in seinen Erbländern begegnen werde, wenn solche landständische Praktiken aufkommen dürften"? entgegneten die Kaiserlichen, „daß J. M. beide Partheien hören und ihnen gerecht werden müsse." Ein kaiserliches Decret befahl die Demolirung von Hamm und Lippstadt und die Abführung der kurfürstlichen Soldateska.[144] Die immer erneuten Bitten für die Evangelischen in den Kron- und Erblanden hatten nur härteren Druck zur Folge; und wenn dann Blumenthal warnte, hervorhob, daß man mit solcher „unerhörten Härtigkeit alle kaiserlichen Acquisita in Frage stellen werde", antworteten die Kaiserlichen: „das wollten sie

nicht hoffen, aber wenn es geschehen sollte, würden sie S. Kais. M. Dienst und Sicherheit zu beobachten wissen." Von jenen Versprechungen, die in Prag gemacht worden waren, war kaum mehr die Rede, und Blumenthal selbst bekannte, daß er keine Hoffnung mehr habe; er klagte sich an, daß er nicht wohl gerathen habe.

Hatte der Kurfürst gehofft, mit Oestreich zu einer dauernden Verständigung zu kommen, so zeigte sich jetzt, daß man ihn nur hatte mißbrauchen wollen. Hatte er das Seine gethan, in dem Kurverein einen Kern deutscher Gemeinschaft und gleicher Fürsorge für das gemeine Wesen herzustellen, so gab jeder Tag neue, ärgere Beweise, „wie jeder von ihnen nur darauf sein Absehen hat, sich Gunst und Vortheil zu gewinnen." [145]) Und doch war nicht blos Brandenburg den Schweden gegenüber in steter Gefahr und des Rückhaltes bedürftig, den nur die geeinte Wehrkraft Deutschlands geben konnte; Cöln und Trier waren schon unter der entsetzlichen Pressung feindlicher Invasionen, jeden Tag konnten auch die oberrheinischen Gebiete von Mainz und Kurpfalz überschwemmt sein. Aber die furchtbaren Erfahrungen der letzten dreißig Jahre schienen völlig vergessen; geflissentlich schien man davon, daß dieser Reichstag das Wesen des Reichs neu zu ordnen habe, abzusehen, gleich als ob der verfassungslose und formlose Zustand der für Deutschland normale sein und bleiben solle. Die östreichische Politik schien nichts anderes zu wünschen.

Daß sich so enthüllte, wohin sie führe, daß mit jedem Tage lebhafter empfunden wurde, welcher Gefahr das Reich insgemein und jeder in demselben zutreibe, gab dem Hofe zu Berlin die Möglichkeit, aus der vergeblichen Defensive entschlossen zum Angriff überzugehen. Es war die Politik, die Waldeck, immer ein Gegner von Blumenthals „Maxime", schon vor der Prager Zusammenkunft empfohlen hatte; im September kehrte er aus Bad Wildungen, wo er einige Monate verweilt hatte, nach Berlin zurück.

Mit der Mitte October änderten des Kurfürsten Rescripte an Blumenthal ihren Ton; [146]) sie sprachen tadelnd über die „Privatdiscurse", die er führe; sie wiesen ihn an, die Sache des englischen Königs mit mehr Eifer zu unterstützen, mit den Gesandten der evangelischen Fürsten und Schwedens fleißiger als bisher zu communiciren; sie forderten mehr Energie, mehr Selbstgefühl, schärferes Entgegentreten. Wenn Blumenthal sich entschuldigend das Mißliche eines solchen Verfahrens hervorhob, so wiederholten sie nur bestimmter dieselben Weisungen. „Wir wollen", heißt es in einem Rescript, „in allen diesen Reichssachen nicht den Kaiser-

lichen favor, so wir jedoch hoch achten, sondern Gottes Ehre und unser ruhiges Gewissen unsern Zweck sein lassen, es gehe uns hiernächst wie es der Höchste verhängt hat; wenn Kursachsen meint, es sei kein besserer Weg sich zu mainteniren, als Kais. Maj. Respect zu augmentiren, so stellen wir das dahin; wir aber sind gänzlich der Meinung, daß nächst der Ehre Gottes kein ander Mittel sei, sich zu schützen, als wenn über die Goldene Bulle, die Reichsabschiede und die zulässigen Verfassungen strict gehalten werde; welche nothwendig fallen müssen, wenn jeder nur seine Sache und kaiserlichen Respect suchen wollte." [147])

Was in den Ordnungen des Reichs noch zulässig sei, darüber hatte das Friedensinstrument bestimmte Weisungen. Es war nicht des Kurfürsten Schuld, daß die Verträge von 1648 so und nicht anders geschlossen waren; aben waren sie einmal völkerrechtlich garantirt und eine pragmatische Sanction für das Reich, so durften sie nicht von Oestreich überfahren oder von der katholischen und katholisirenden Majorität beliebig gedeutet werden; der Kurfürst war nicht gemeint, mit ihnen, mit sich und dem deutschen Wesen spielen zu lassen.

Die kaiserlichen Propositionen hatten die Fragstellung so geschickt verwirrt, daß man Monate lang sich wie im Kreise umtrieb. Erst mit dem September traten zwei Fragen von constitutiver Bedeutung in den Vordergrund, die über die Majorität bei Bewilligung von Reichssteuern und die der Parität der evangelischen und katholischen Stimmen in den Deputationstagen.

Das Friedensinstrument hatte den alten Schaden der Reichssteuer behandelt, aber nicht zum Schluß gebracht; bezeichnend genug faßte es diese Frage zusammen mit der von der itio in partes in Religionssachen. Es war natürlich für den Kaiserhof von größtem Interesse, eine Form der Bewilligung aufrecht zu erhalten, in der auch die nicht zahlenden, wie Trident, Brixen, Oestreich, Burgund mit entscheiden konnten, ob und was die Stände der acht „Zahlkreise" aufbringen sollten. Wie man östreichischer Seits verfahren zu dürfen glaubte, zeigten die letzten 100 Römermonate. Im Friedensinstrument stand, die Stände hätten versprochen, eine Zahlung auf dem nächsten Reichstage zu bewilligen. [148]) So bestritten das Versprechen war, sofort verfuhr der kaiserliche Hof, als ob schon die Bewilligung erfolgt sei, gab Anweisungen auf einzelne Territorien an Zahlungsstatt oder erließ den mächtigeren — so dem Dresdner Hofe — die betreffende Summe, nachdem nicht viel weniger an die kaiserlichen Räthe gezahlt war, damit sie diesen Erlaß bewirken möchten; das war der

Weg, die Majorität für Bewilligungen zu gewinnen, die dann von den kleineren Ständen, namentlich von den Städten, unnachsichtig gefordert wurden. Für die breslauische Schuld und Jägerndorf bot man dem Kurfürsten an, ihm sein Contingent an den 100 Monaten für die Kurmark zu erlassen, also 120,000 Thaler, eben so, was davon noch für Cleve, Mark, Minden u. s. w. rückständig sei, was man auf 100,000 Thaler berechnete; die Zinsen der Schuld, hoffe man, werde er fallen lassen, der Kaiser sei ärmer als er und habe „120 Millionen Goldes Capitalschulden" zu bezahlen.

Fast noch dringender war die Frage der Parität in der Reichsdeputation. Das Friedensinstrument hatte sie ganz unzweifelhaft ausgesprochen; es fand auch keine Schwierigkeit, die Zahl der deputirten Fürsten und Stände durch „Adjunction" zu vermehren, damit die Parität der Bekenntnisse hergestellt werde. Aber wie sollte man die drei evangelischen und vier katholischen Kurstimmen ausgleichen? Die Majorität des Kurcollegiums erklärte, es sei durchaus kein Ausweg zu finden. Kam sie damit durch, so war nicht bloß die im Frieden angeordnete Gleichstellung der Bekenntnisse in eclatanter Weise gebrochen, sondern in dem ständigen Ausschuß des Reichs, der so umfassende Befugnisse hatte, stand neben den paritätischen Städten und Fürsten die feste katholische Majorität der Kurstimmen.

Die evangelischen Fürsten — und alle weltlichen, bis auf Kurbaiern, Pfalz Neuburg und die neuernannten, aber noch nicht zur Session gelangten, waren evangelisch — erkannten die Gefahr, die ihnen drohte. Sie hatten nach dem Friedensinstrument die gleiche Souverainetät mit den Kurfürsten; sie hatten gehofft, unter Führung Schwedens an der Königswahl, an der Abfassung der Capitulation, an allen Functionen des Reiches den gleichen Antheil zu erringen; von Schweden so gut wie im Stich gelassen,[149]) warfen sie sich auf diese Frage, ihren Anspruch durchzusetzen; sie gaben ihr eine Wendung, mit der sie auch von den Katholischen die meisten gewannen.

„Hier ist großer Allarm," schreibt Blumenthal. Die Fürsten hatten gefordert, daß in den Deputationstagen nicht, wie bisher, nach den drei Collegien, sondern nach Köpfen gestimmt werde; nur so durch die „Conjunction" sei, da im Kurcollegium nicht mehr Parität sei, dem Frieden nachzukommen. Auf das Entschiedenste erhoben die katholischen Kurfürsten und Sachsen dagegen Einspruch; die Präeminenz der Kurfürsten sei bedroht.

Die mittleren Wege, die Brandenburg vorschlug, wurden verworfen; die Fürsten beharrten bei ihren Forderungen.

Beide Collegien kamen überein, das Votum der Städte zu fordern. Die Reichsstädte, um die man sich bisher so gut wie nicht gekümmert hatte, begannen mit einem Protest gegen das bisherige Verfahren, da ihr Collegium nach dem Friedensinstrument eben so eine Stimme wie die der Kurfürsten und Fürsten habe; dann trugen sie ihre Beschlüsse vor. Kurfürsten und Fürsten traten ab, um über das Gehörte zu berathen. „Nun ist", schreibt Blumenthal, „Gebrauch, daß die Fürsten im Saal eine Stufe höher sitzen als der Boden ist, die Herren Kurfürsten aber sitzen zwei Stufen höher. Als wir nun den Herren Fürsten unsere Meinung, nämlich daß die Sache bedenklich wäre, durch den Mainzer Kanzler sagen lassen, und sie mitten im Saal standen, haben sie fingirt, sie würden es nicht glauben können, daß das unsere Meinung sei, wenn wir nicht näher zu ihnen träten. Darauf sind die Kurfürstlichen dicht an den Rand ihrer Stufen getreten und haben ihre Meinung gesagt; und die Fürsten antworteten: es sei gegen ihre Reputation, daß die Kurfürstlichen oben ständen; sie würden nicht weiter handeln, jene seien denn erst heruntergestiegen. Da ein solches die Kurfürstlichen nicht thun wollen, hat man sich wieder niedergesetzt und sind die Kurfürsten in ihrer Präeminenz geblieben." 150)

Der Zwiespalt war so schroff wie möglich; vom kaiserlichen Hofe geschah weniger als nichts ihn auszugleichen.

Nun griff Brandenburg ein. Der Kurfürst tadelte die Gesandten, daß sie in diesen Dingen „zu leise gegangen"; er begreife nicht, „was sie Ursach hätten, sich bei diesem Werk also kühl anzustellen." Er befahl ihnen, daß sie nicht in die „Conjunction" willigen, aber die Parität fordern sollten; eben so wie er über die Rechte der Kurfürsten und ihres Collegiums gehalten habe, wolle er das Friedensinstrument aufrecht erhalten sehen, es nicht durchlöchern lassen; es müsse Parität im Kurcollegium geschaffen werden, „etwa durch die Gründung einer neuen evangelischen Kur". Zugleich gab er seinen Gesandten in Betreff der Reichssteuern nähere Weisung: es sei durchaus der Unterschied von freiwilligen und nothwendigen festzuhalten, für die nothwendigen eine Majorität von zwei Dritteln der Stimmen zu fordern, auf Revision der Matrikel, gehörige Berechnung und Controlle zu dringen.

Vergebens versuchte Blumenthal mit dem Hinweis auf die schon üble Stimmung des Kaisers und der Kurfürsten, auf die Schwierigkeit, von einem schon gefaßten Beschluß des Kurcollegiums zurückzutreten, gelindere

Maßnahmen zu veranlassen. Ihm wurde die harte Antwort (26. Nov.): „ihr scheint gar ein ander Concept und Deutung unsrer Meinung von diesem Punkt zu haben oder weiter hinaus zu sehen, als unsre Gedanken sich erstrecken." Er mußte sich fügen.

Jene brandenburgischen Eröffnungen über die Parität machten allerdings einen außerordentlichen Eindruck. Im Kurcollegium sagte man: das hieße den Kurverein verletzen, die Kurfürsten den Fürsten gleich machen; wie viel Kurfürsten man endlich machen solle? Die Forderung, die Frage von Neuem mit den Fürsten zu verhandeln, wurde von allen Stimmen verworfen. Der Kurfürst von Mainz ließ nach der Sitzung Blumenthal zu sich bescheiden: „er sei nur von adligem Geschlecht, aber er werde der Dignität seines Kurfürstenthums nimmermehr etwas vergeben; er werde sich solcher Novität mit allen Kräften, so lange noch ein warmer Athem aus seinem Munde gehe, und wenn er ganz allein damit stehe, widersetzen."

Auch im Fürstenrath hatte ein kaiserliches Rescript die Katholischen bestimmt, von der Conjunction abzustehen; die Evangelischen beharrten bei ihrer Meinung. Ihrem ausführlichen Votum wurde die Aufnahme ins Protocoll versagt, ihres Protestes nicht geachtet. Die Sache sollte, als in beiden Collegien durch Majorität entschieden, zur Verhandlung den Städten zugesandt werden. Die Brandenburger forderten zuvor die Aufnahme des Votums der evangelischen Fürsten: „sie würden, wenn man ihrer Forderung nicht nachgebe, nicht umhin können, sich zu den evangelischen Fürsten zu begeben."

Man stand dicht vor der förmlichen Spaltung, „vor der Ruptur wenigstens dieses Reichstages".

Sie zu vermeiden, beantragte Blumenthal, die Sache auf einige Zeit zu vertagen; Kursachsen empfahl, des Kaisers Entscheidung einzuholen; des Kaisers Antwort lautete: „da auf Seiten des Kurfürsten einiger Abfall geschehen, solle die Sache bis Weihnachten vertagt sein; einstweilen werde ein Courier an den Kurfürsten gesendet werden, dessen Resolution zu vernehmen."

Mit dieser Vertagung waren die Evangelischen keineswegs zufrieden, sie schrieben sie der Anhänglichkeit Blumenthals an Oestreich zu[151]) und hofften auf Waldeck. Sie fühlten sich sicher, seit der Kurfürst von Brandenburg ihre Sache zu der Seinigen machte, seit er ihnen den Rückhalt gab, den sie von Schweden vergebens erwartet hatten. Es war in demselben Sinne, wenn schon vorher der Kurfürst die Weisung gegeben hatte, sich des Directoriums der Evangelischen anzunehmen, das in kursächsischer

Hand übel genug verwahrt schien, [152]) „nicht unvermerkt und in unlöblicher Weise", sondern „wenn in Sachen der Religion Kursachsen sich der Direction nicht unterziehen will, mit guter Bescheidenheit und nach förmlichem Ansuchen bei Sachsen".

Es konnte scheinen, als ob Brandenburg sich an die Spitze der evangelischen Partei gegen die katholische, der Fürstenpartei gegen die Kurfürsten stellen werde. Schon hoffte man in Paris auf die Herstellung einer französischen Partei im Reiche, an deren Spitze Brandenburg treten werde.

Wenigstens den Feinden Frankreichs feindlich zu begegnen fand der Kurfürst eben jetzt Anlaß. Der trostlose Gang der Dinge an der deutschen Westgrenze, der Hülferuf der rheinischen Kurfürsten bestimmte ihn, zu ihrem Schutz sich zu erheben.

Der Schutz der Reichsgrenze.

Der Herzog von Lothringen hatte nach höchst weitläuftigen Verhandlungen sich anheischig gemacht, gegen terminweise Zahlung von 300,000 Thalern die noch von seinen Völkern besetzten Festen zu räumen. Er konnte darauf rechnen, daß es mit der Annahme des Vorschlags in den drei Collegien, daß es mit der wirklichen Zahlung noch weite Wege haben werde. Vorerst war es ihm wichtiger, die noch besetzten Festen auf Reichsboden zu behalten, den kurtrierschen Hammerstein bei Neuwied am Rhein, den Falkenstein, den sickingenschen Landstuhl und Homburg, die den Weg von Mainz und Speier zur Saar beherrschten, endlich Saarwerden an der Grenze von Elsaß, wo sein Volk den Franzosen gegenüberstand, wie um Stenay und Arras die spanischen und condéschen Truppen.

Das Heer des Lothringers war vielleicht 5000 Mann stark, [153]) das des Prinzen Condé, in dem viele französische Edelleute, ungefähr von gleicher Stärke. Ueber weites Gebiet, in viele Festen zerstreut, suchten sie nicht den Feind zu entscheidenden Schlachten; der ganze Krieg löste sich auf in Belagerungen, Handstreiche, verheerende Streifzüge, unermeßliche Erpressungen in Feindes und Freundes Land; und in den deutschen Territorien links vom Rhein fanden sie nirgends Widerstand, mit einer Handvoll Leuten konnten sie weite Gebiete in Schrecken setzen und ausheeren; für die Truppen, die nicht in festen Plätzen lagen, waren die Reichslande am Rhein die bequemsten Winterquartiere.

Im Sommer 1653 hatte Condé seine Feste Stenay, Lothringen St. Menehould verloren; seit Graf Harcourt mit 800 Mann frischer Truppen

nach dem Elsaß gekommen war, schien hier das Uebergewicht der Franzosen entschieden. Condé und Lothringen fanden für gut, im Stift Lüttich Winterquartiere zu nehmen; wieder von spanischen Regimentern unterstützt, brachen sie dort ein mit der Verkündigung: das Land und dessen Stände bei allen Privilegien zu schützen und gegen die Willkührherrschaft ihres Bischofs, des Kurfürsten von Cöln, vertheidigen zu wollen. Auch das Gebiet von Stablo, Cornelismünster, das Reich von Aachen wurde von den wilden Haufen besetzt. Sofort ließ die Krone Frankreich in Regensburg erklären: auch sie werde ihre Völker nach dem Boden des Reiches vorgehen lassen, wenn man es ihren Gegnern gestatte; und diesseits des Rheins war Breisach französisch, in Philippsburg eine französische Garnison. Zugleich wurde dem Cölner Kurfürsten französische Hülfe angeboten, ihm angezeigt, daß 50 Compagnien bei Sedan zusammengezogen würden, sich ihm zur Verfügung zu stellen.

Schimpflich genug, daß der Kaiser Jahr und Tag diesen Scandal mit den lothringischen Völkern angesehen und sich immer nur bemüht hatte, dem Herzog einen Tribut vom Reich zu schaffen, ein Bemühen, welches die burgundische Stimme am Reichstag bestens unterstützte; schimpflicher, daß man muthmaßen durfte, im Einverständniß mit dem kaiserlichen Hofe habe der Erzherzog Statthalter in Brüssel diese neuen Invasionen veranlaßt.[154]) Wer sollte des Reiches Grenzen hüten, wenn der Kaiser sie verrieth?

Der Kurfürst von Cöln fürchtete die französische Hülfe und hoffte nichts von Kaiser und Reich. Er selbst, die nächstgesessenen Fürsten und Stände waren ungerüstet; niemand dort hatte Lust, sich auf den mißlichen Handel einzulassen. Er wandte sich an den Hof zu Berlin (6. Jan.).

Sofort war Friedrich Wilhelm zu helfen entschlossen;[155]) der Zusage folgte nach zwei Tagen die Meldung, daß 800 Mann unter dem Generalfeldzeugmeister Sparr auf dem Marsch seien (22. Jan.). Zugleich wurden die westphälischen Kreisstände zu einer Besprechung nach Minden geladen, es wurde dem Dresdener Hofe, den braunschweigischen Herzögen auf das Eindringlichste geschrieben, Berufung des ober- und niedersächsischen Kreistages beantragt, Hessen-Cassel, Würtemberg aufgerufen: „in Gestalt sich die evangelischen Stände sehr considerabel machen würden, wenn sie bei dieser Occasion einem katholischen Kurfürsten assistiren und durch einmüthige Zusammensetzung es dahin bringen würden, daß fremde Völker von des Reiches Boden weichen müßten.“ Es wurde nach Regensburg der gefaßte Entschluß „wirklicher Assistenz“ gemeldet: „der Kurfürst könne nicht länger zusehen, daß vom burgundischen Boden und gleichsam unter dem

Schilde von Freunden und Mitständen das Reich und dessen vornehmste Glieder unterminirt würden."[156])

Wenn nun, Angesichts solcher Vorgänge, der kaiserliche Hof die Stirn hatte, ein neues Rescript wegen Demolirung der Festungen Lippstadt und Hamm zu erlassen[157]) und den Bischof von Münster zu beauftragen, „daß er sich nicht davon solle abwendig machen lassen", so war das jetzt, wo die Lothringer vom Hammerstein aus jeden Tag über den Rhein hervorbrechen konnten, mehr als arg. Und nicht weniger arg, daß die cleve-märkischen Deputirten auch jetzt noch in Regensburg wegen Abschaffung aller kurfürstlichen Soldateska in ihrem Lande queruliren und fordern durften, daß der Kurfürst ohne des Landes Vorwissen „solche Hostilität und erschreckliche Gefahr" nicht über das Land bringen dürfe. Friedrich Wilhelm war nicht gemeint, sich durch diese Querulanten und ihre Libertät aufhalten zu lassen; an den Statthalter von Cleve erging die Weisung, „die Landvölker" aufzubieten.

Freilich, des Kurfürsten Eifer fand bei den Mitständen im Reich wenig Anklang. Kursachsen hatte Bedenken her und hin: Kreistage seien sehr weitläufig und würden nicht viel ergeben; es sei Sache der Nächstgesessenen beizuspringen; Fürsprache der kaiserlichen Majestät bei Spanien, dem Erzherzog Statthalter und Lothringen werde am sichersten helfen. Hessen-Cassel bedauerte, keine Völker bereit zu haben, auch sei solche „absonderliche Hülf" weder gerathen noch zukommlich. Und in Regensburg entsetzte man sich vor der Möglichkeit, daß große Hostilität daraus werden könne, glaubte, daß Kurbrandenburg den Krieg wolle, ihn mit Braunschweig und in Minden verabredet habe, wies erst auf einige Wochen die Verhandlung zurück „wegen mangelnder Instruction", beschloß dann einzuschreiten „nach der Reichsexecutionsordnung", d. h. daß erst der gefährdete Kreis „seine vires zur Assistenz anstrenge", und zwar „mit dem einfachen oder Römerzug". „Langsam verstehe ich", schreibt Blumenthal, „wird Kurcöln gefressen werden, ehe der Succurs kommt". Nur die Braunschweiger Herren waren, wenn auch nicht auf die „nähere Zusammensetzung" zu dem „Universalwerk", so doch auf Grund der „Kreisordnung" zu gemeinsamer Action bereit; sie rüsteten trotz des Hildesheimer Bündnisses, und obschon Schweden wegen Verden den Tag in Minden unter stumpfen Vorwänden ablehnte, gegen den niedersächsischen Kreistag in Hamburg protestirte, weil schon in Minden verhandelt sei.[158])

Indeß kam ein zweiter Hülferuf aus Lüttich (6. Febr.), zur höchsten Eile mahnend. Schon waren auch die französischen Völker auf dem Wege

ins Bisthum, um nichts minder schlimme Gäste als die Lothringer und Condé's Haufen; die Spanier schickten sich an, ihre meisten Völker ins Cölnische zu werfen, „weil der Kurfürst die Franzosen gerufen"; die auf dem Hammerstein griffen Rhein auf und ab Cölns Vasallen, Beamte und Unterthanen auf, um hohes Lösegeld zu erpressen; im Trierschen wurde ähnlich gehaust; die nach Jülich, nach den Plätzen in Luxemburg Geflüchteten wurden von den spanischen Garnisonen dort ausgeliefert. Es war entsetzlicher Jammer; schon begann auch auf der rechten Rheinseite das Flüchten.

Man sieht, was es bedeutete, daß Friedrich Wilhelm marschieren ließ; er zeigte in Braunschweig an, daß er entschlossen sei, mehr Truppen nachzusenden, wenn es nöthig sei; und nöthig wurde es, wenn seine erneuten Mahnungen in Dresden, Cassel, Stuttgart, wie schon vorauszusehen war, keine Wirkung hatten. Brandenburg trat ein, damit die Reichsgrenze Schutz, der Reichsfeind einen Gegner finde, während die eifrigst Katholischen — Münster an der Spitze — still saßen, der Pfalzgraf von Neuburg den Durchmarsch der Brandenburger verbat und die Schweden sich mit Heeresmacht auf Bremen warfen, die Stadt, der so eben in Regensburg Session unter den freien Städten des Reichs zugesprochen war, zur Unterthänigkeit zu zwingen.

Daß Graf Königmarks Angriff auf Bremen mit Condé's und Lothringens Einbruch ins Lüttich'sche im Zusammenhang stehe, war nur zu wahrscheinlich. Noch an einem dritten Punkt geschah höchst Auffälliges.

Spanien hatte bisher die Abtretung des Elsaß nicht anerkannt, und die Krone Frankreich weigerte sich, die drei Millionen Entschädigung an den Erzherzog von Tyrol zu zahlen, bevor die spanische Zustimmung erfolgt sei. Nicht blos, daß nun der Kaiser die drei Millionen vom Reich forderte; er hatte Hoffnung, den Elsaß obenein wiederzugewinnen. Graf Harcourt war aus dem Hause Lothringen; wie lange und wie mit Ruhm er den Lilien gedient, die Aussicht, ein Fürstenthum im Elsaß oder in Deutschland zu erhalten, gewann ihn völlig.[159]) Er lag in dem festen Breisach; im tiefsten Geheimniß spann er seinen Verrath weiter; man hoffte, sein Beispiel werde den großen Anhang des Hauses Guise in Frankreich mitreißen, Mazarin zum zweiten Mal und für immer stürzen.

Anfangs Januar wurde bekannt, daß Graf Harcourts Sohn in Paris, der dort bei den Jesuiten erzogen wurde, festgenommen, bald darauf, daß er selbst seines Hofamtes entsetzt sei. Also der Verrath war verrathen; aber Harcourt hatte den Elsaß so gut wie in seiner Hand.

Aber warum warf Frankreich nicht alle verfügbaren Truppen sofort nach dem Oberrhein, namentlich Breisach zu retten? warum eilten seine Heere erst, dem Kurfürsten von Cöln zu helfen, nach Lüttich?

Noch währte der Seekrieg der Staaten gegen England; nur mit Mühe behauptete sich ihre Seemacht, ihr Handel litt unermeßlich. Schon wurde das Volk schwierig, der Ruf nach dem Oranier erneute sich. De Witt mußte Frieden haben; es schien das wirksamste Mittel, den Protector fürchten zu lassen, daß Holland in das alte, innige Bündniß mit Frankreich, das der Friede von 1647 gelöst hatte, und damit zur oranischen Politik zurückkehren werde. Schon war Dänemark mit Holland in Allianz; König Karl II. rüstete in Norwegen zu einer neuen Landung in Schottland.

Nur um so kühner wurde Cromwells Politik. Ein Gesandter des Protectors erschien am Hofe zu Stockholm; er wurde auf das Zuvorkommendste empfangen; „fast jeden Tag war er mit dem spanischen Gesandten zusammen", und Pimentell hatte ganz der Königin Ohr. Das Unerhörte, ein Bündniß zwischen der Tochter Gustav Adolphs, der katholischen Majestät und dem Usurpator von England, war so gut wie fertig,

In Regensburg sahen Katholiken wie Protestanten mit Staunen, wie die schwedischen Gesandten dem spanischen „den Hof machten", man glaubte zu erkennen, daß der Angriff auf Bremen nicht wider des Kaisers Willen erfolge.[160]) Noch bewahrte der kaiserliche Hof den Schein, sich und das Reich um jeden Preis in dem „theuererkauften Frieden" halten zu wollen; aber condé'sche Werber erhielten die Erlaubniß, in den Erblanden zu werben. Jetzt wurde bekannt, daß die Vermählung des jungen Königs Ferdinand IV. mit der Infantin Maria Theresia beschlossene Sache sei, und sie war die älteste Tochter Philipp IV. und seine Erbin.

„Welche entsetzliche Aussicht", schreibt der staatische Gesandte in Paris an de Witt, „wenn demnächst die sämmtlichen Lande des Hauses Oestreich wieder vereint sein werden, wie zu Karls V. Zeit."[161]) Nur daß jetzt diese spanisch-östreichische Macht auf den Beistand der gewaltigen Kriegsmacht Schwedens, der emporsteigenden Seemacht Englands rechnen durfte.

Im Haag erkannte man wohl die Größe der Gefahr; man sah, daß der furchtbare Kreis sich zu schließen im Begriff war, der die Staaten noch schwerer als Frankreich bedrohte. Aber war das einzige Mittel ihn zu sprengen, die Allianz mit Frankreich? mit demselben Mazarin, der sich vor vier Jahren mit dem Prinzen von Oranien gegen die Freiheit der Staaten verbündet hatte? Die leitenden Staatsmänner in Holland kannten den Preis, um den sie den Frieden mit Cromwell erkaufen konnten; „die ewige

Ausschließung des Hauses Oranien" entsprach auch ihrem Interesse. In aller Stille, ohne Frankreich, unterhandelten sie in London. Aber sie unterhandelten noch; sie wußten wohl, welchen Widerstand bei den übrigen Provinzen, welche Erbitterung im Volke eine so schimpfliche Bedingung hervorrufen würde.

Frankreich warf, was es an Kriegsvolk frei machen konnte, nicht nach dem Elsaß, sondern nach Lüttich; „denn das Lütticher Gebiet reicht von der französischen Grenze bis zu der der Staaten, so daß das Bisthum als Passage für die Hülfstruppen, die man sich gegenseitig senden wird, dienen kann". Eben darum sah man im Haag nicht ungern, daß diese Passage von den Spaniern besetzt wurde; von der Verbindung mit Frankreich abgeschnitten, konnte man den Frieden mit England um so mehr nothwendig nennen.

So die Lage der Dinge. Des Kurfürsten rascher Entschluß, marschieren zu lassen, galt zugleich der oranischen Sache; begreiflich, daß er in Holland „sehr übel genommen wurde".[162])

Zugleich ließ der Kurfürst in Regensburg dringend mahnen, über die Reichssubsidien für Karl II., die er beantragt hatte, zum Schluß zu kommen. Karl II. ließ ihn ersuchen, 500 Mann „alte Knechte", die ihn als Leibgarde nach Schottland begleiten sollten, zu werben und nach Holstein zu schicken.

Man sieht, es ist ungefähr die Combination von 1651, die sich dem Kurfürsten wiederholt, aber in größeren Dimensionen, in schärferen Gegenstellungen, vor Allem darin günstiger, daß Brandenburg jetzt nicht eine europäische Verwickelung herbeiführen muß, um seine Stellung in Deutschland zu gewinnen, sondern daß seine deutsche Stellung ihm ein freies und klargezeichnetes Auftreten den wirren Rivalitäten der Mächte gegenüber giebt. Seit lange zum ersten Mal sieht man in deutschen Landen eine Politik, die weder östreichisch noch französisch, weder spanisch noch schwedisch ist.

Freilich, in Paris begriff man nicht, daß Brandenburg und die evangelischen Fürsten nicht kamen, um Schutz und Hülfe zu bitten; man entschloß sich, ihnen mit Erbietungen entgegen zu kommen. Man sprengte aus, demnächst werde in Meudon eine Conferenz gehalten werden, zu der Kurbrandenburg, Kurpfalz, die Braunschweiger, Hessen-Cassel u. s. w. erscheinen würden. Und der geschäftige Wicquefort überreichte dem Cardinal eine Denkschrift, in der er nachwies, wie diese Allianz, die der Kurfürst wünsche, ein europäisches Bedürfniß sei.[163]) Aber er verbarg nicht, daß

der Kurfürst von Frankreich den Titel „Bruder“ fordere, bevor weiter verhandelt werde; und in Regensburg war es allgemein bekannt, daß dieses Titels wegen zwischen Bautorte und Blumenthal die Schreiben ihrer Souveraine nicht ausgetauscht wurden.

Der Kurfürst war nicht gemeint, sich um jeden Preis Frankreichs Gunst zu erkaufen, wenn ihm auch außer der gleichzeitigen Action Frankreichs französische Subsidien zu weiteren Rüstungen erwünscht gewesen wären.[164]) In Regensburg lag zunächst der Schwerpunkt der brandenburgischen Politik. Dort wurde, während seine Truppen dem Rhein zu marschierten, unter den pedantischen Formen der Reichshandlung ein erbitterter Kampf gekämpft, der Kampf um die Lebensfrage des deutschen Wesens.

Der Conflict in Regensburg.

Zweierlei war es, was den Frieden von 1648 für die östreichische Politik unleidlich machte: daß sie sich von Spanien hatte trennen und daß sie eine förmliche Revision der Reichsverfassung, einen constituirenden Reichstag hatte zusichern müssen.

Den ersten Schaden hatte sie bereits so gut wie völlig ausgeheilt, und die beschlossene Vermählung des Nachfolgers im Reich mit der Infantin zeigte der Welt, daß Spanien und Oestreich ihr gemeinsames Interesse für immer sicher zu stellen eilten.

Wenn es in gleicher Weise gelang, mit den versprochenen Reichsreformen fertig zu werden, so hatte Oestreich von dem Frieden, der sich so arg angelassen, den reinen Gewinn der freien Verfügung über die Ketzer in den Kron- und Erblanden, der Beseitigung aller Concurrenz des Reichs in den doch deutschen Landen des Erzhauses.

Der Kaiser konnte hoffen, den Reichstag auch des Weiteren völlig zu beherrschen; seine Räthe mit dem Kurerzkanzler um die Wette sorgten dafür, daß sich die Berathungen möglichst in Nebenwege verliefen. Als es endlich zu den constituirenden Berathungen kommen sollte, begann man zur Eile zu drängen, da der Kaiser heim wolle.

Da ward man höchst peinlich davon überrascht, daß Brandenburg, welches man mit der jülichschen, der jägerndorfischen, der breslauischen Sache am Schnürchen zu haben meinte, mit den Bestimmungen des Friedens Ernst zu machen begann; noch peinlicher davon, daß es nicht ungestüm noch übergreifend, sondern gemäßigt und das Wohl des Reiches sehr

richtig bezeichnend bald diese, bald jene, schon auch katholische Stimmen für sich gewann.

Der erste harte Zusammenstoß war der in der Frage der Parität gewesen und Oestreich hatte nicht gesiegt. Um keinen Preis durfte es irgend Wesentliches im Sinn des Friedensinstruments neu ordnen lassen; wenn es nicht möglich war, die vorbehaltenen Punkte formell und im östreichischen Sinn zu erledigen, so mochte der verworrene und breiartige Zustand des Reiches bleiben, wie er seit dem Frieden war; um so besser konnte der kaiserliche Einfluß anstatt einer Reichsregierung gelten und fortfahren im Trüben zu fischen.

Von Neuem hieß es, der Kaiser wolle den Reichstag schließen und abreisen. Vielleicht hätte er es gleich nach jenem „Abfall" Brandenburgs gethan; aber noch waren zwei Dinge durchzusetzen, die ihre Schwierigkeit hatten.

Der 100 Römermonate, die angeblich 1648 bewilligt worden waren, war man ziemlich gewiß; man wünschte deren noch 50 oder 60 (5 oder 6 Mill. Thaler) neu bewilligt zu erhalten, etwa für die großen Unkosten, die dieser Reichstag dem Kaiser verursacht habe.

Wichtiger noch erschien ein Zweites. Schon Kaiser Ferdinand II. hatte einige um das Haus Oestreich verdiente östreichische Edelleute, die Liechtenstein, Eggenberg, Lobkowitz, in den Reichsfürstenstand erhoben. Es schien ein vortreffliches Mittel, die durch so viele Säcularisationen verkürzte katholische Majorität im Fürstenrath herzustellen, wenn man noch mehr zuverlässige Diener des Hauses in gleicher Weise beförderte. So wurde Piccolomini, Auersperg, Dietrichstein hinzugefügt.[165]) Freilich, der Reichstag von 1641 hatte gewisse Bedingungen festgestellt, unter denen solche neue Fürsten erst zur Session gelangen könnten. Eggenberg hatte sie erfüllt; Lobkowitz war im December glücklich eingeführt, ohne, wie vor Allem gefordert wurde, ein reichsunmittelbares Reichsgebiet zu besitzen, wofür er zur Matrikel gezogen werden konnte. Es galt, auch die Andern hineinzubringen.[166])

Während um diese Dinge geworben und intriguirt wurde, war ein neuer, heftiger Streit entbrannt, der um die dauernde Wahlcapitulation.

Gleich in der Vorfrage, ob eine solche zu verfassen ausführbar und nützlich sei, ergab sich die heftigste Discussion. Das Kurfürstencollegium wünschte, daß darüber „im pleno der drei Collegien" entschieden werde. Die evangelischen Fürsten forderten Vorberathung in einer Deputation, also mit Parität der Confessionen. Aber beide Directoren des Fürsten-

rathes, Oestreich und Salzburg, weigerten sich, den Schluß nach der Mehrheit der Stimmen zu machen; den trotzdem begonnenen Deputationsberathungen versagte ein kaiserliches Decret die Genehmigung.

Die brandenburgischen Gesandten hatten geschwankt, wofür sie sich erklären sollten. Um Alles gern hätte Blumenthal endlich einmal entschieden nach des Kaisers Wunsch gestimmt; aber er mußte neue Verweise fürchten; er bat um bestimmte Befehle, indem er die Gefahr für das Vorrecht des Kurfürsten, die dann gewiß verlorne Hoffnung auf Jägerndorf, ja auf die breslauische Forderung hervorhob.

Wieder lautete die Weisung aus Berlin auf einen mittleren Weg: „allerdings müsse die Präeminenz der Kurfürsten gewahrt werden, und es sei bedenklich, „des Reiches Wohlfahrt an gar zu viele Interessen und Sentiments zu theilen“; aber eben so billig sei es, daß man doch erst der evangelischen Fürsten Monita lese, ehe man sie verwerfe[167]); sie sollten dahin wirken, aber mit Bescheidenheit, daß die Evangelischen sich mäßigten; es seien die von Brandenburg bei der Wahl in Augsburg gemachten Bemerkungen wohl von der Art, daß sie Alle befriedigen könnten; man hoffe, daß die Fürsten nicht weiter gehen und Brandenburg nöthigen würden, „von ihnen zu dissentiren oder sonst den Widrigen Gelegenheit zu geben, sich über die Uneinigkeit zwischen Brandenburg und den Evangelischen zu freuen.“

Noch merkwürdiger war ein zweiter Entscheid. Blumenthal wiederholte mit dem Wunsch, abberufen zu werden, seine sehr ernsten Bedenken: der meisten Fürsten Sinn gehe dahin, den Kurfürsten nichts als das nackte Wählen zu lassen, die übrigen Rechte der Kurfürsten aber, auf denen deren Präeminenz beruhe, „mit ihnen ganz gemein zu machen“. Er ersuche den Kurfürsten, im Geheimenrath erwägen zu lassen: worin diese Rechte bestehen, ob es S. Kf. D. und dero Landen dienlich sei, sie aufzugeben. Allerdings, lautet die Antwort, sind gewisse Rechte, das der Wahl, der Kurfürsteneinung, des geschlossenen Kurcollegiums nicht aufzugeben; aber daneben sind andere, „die ihnen nicht ausdrücklich von den Reichsgesetzen gegeben sind“, und an diesen wird die kurfürstliche Dignität theils gar nichts, theils nicht so viel verlieren, daß man darüber in Uneinigkeit mit den Evangelischen kommen möchte.[168])

Also der Kurfürst war bereit und entschlossen, diese oligarchische Sonderstellung der Kurfürsten aufzugeben und zwischen den Ständen des Reiches diejenige Gleichheit eintreten zu lassen, die, freilich ganz gegen den alten schnörkelhaften Bau des Reichswesens, mit dem Princip der Souve-

rainetät im Friedensinstrument begründet war. Eben dieser Reichstag war durch den Frieden dazu bestimmt, auf der nun einmal völkerrechtlich festgestellten neuen Basis das öffentliche Recht des Reichs zu ordnen, und nur das bereitwillige Zusammenwirken aller, namentlich der vornehmsten Glieder des Reiches war im Stande, den Widerstand der östreichischen Politik zu überwinden. Wenn der Kaiser immer wieder vom Schluß des Reichstages sprach, so machte Brandenburg geltend, derselbe dürfe nicht eher enden, als bis die neue Ordnung der Dinge festgestellt sei; der Kaiser dürfe nicht abreisen, bevor man die Propositionen erledigt habe. Unablässig war es bemüht, darzulegen, wie alle Stände ein gleiches Interesse hätten, ein solches, das in Wahrheit größer und mächtiger sei, als die noch so lockenden Sonderinteressen, und daß man allerseits nachgeben, sich verständigen müsse, wenn man nicht Aergerem, als man schon erfahren, entgegen gehen wolle. Dem altöstreichischen divide et imperabis trat er mit der Politik des Einigens und Ausgleichens, des gegenseitigen Helfens entgegen, in der richtigen Erkenntniß, daß in dieser Richtung die deutsche Aufgabe liege, die gelöst werden müsse und deren Lösung den, der sie brachte, zum Träger der deutschen Interessen gegen die undeutschen Oestreichs machen mußte. Conjunge et imperabis.

Die Frage der Capitulation kam nach jenen Vorgängen nicht mehr auf den Tagezettel, so wenig wie die Parität nach den Vorgängen im December. Wohl aber war die Angelegenheit der neuen Fürsten jetzt so weit vorbereitet, daß der erste Schritt geschehen konnte. Einige der 1641 festgestellten Bedingungen waren ihnen durch kaiserliche Indulte, gegen welche Brandenburg vergebens Protest einlegte, erlassen, wegen anderer sollten sie Reverse ausstellen; dann, so gaben auch die evangelischen Fürsten nach, durften sie im Fürstenrath Session nehmen.

Der Ansagezettel vom 27. Febr. besagte, daß folgenden Tages früh 8 Uhr die vechtische Sache verhandelt werden solle; eine Stunde vorher wurde angezeigt, daß die Session mit Einführung der neuen Fürsten beginnen werde. Die Evangelischen waren höchst überrascht, sie hatten kaum noch Zeit, sich zu besprechen; Portmann, der die Stimme für Hinterpommern führte, empfahl, sofort bei Dr. Volmar, als dem östreichischen Directorium, zu protestiren und Aufschub zu fordern, bis die Reverse beigebracht seien. Indeß war Volmar bereits zum Sitzungssaal gekommen; er entgegnete: „die neuen Fürsten und der kaiserliche Commissarius, Bischof von Osnabrück-Regensburg, seien im Begriff einzutreten; ihnen und besonders Kais. Maj. werde es schimpflich sein, jetzt noch die Einführung auszusetzen;

sie sei beschlossen und die Reverse dem Beschluß gemäß ausgestellt." Man forderte diese zu sehen; es hieß, sie seien beim Kurerzkanzler; man ließ sie von dort holen; es fand sich, daß wesentliche Punkte ausgelassen seien.[169]) Portmann forderte „Namens S. Kf. D." die evangelischen Fürsten dringend auf, die Einführung nicht zu gestatten: sie könnten den Weg jetzt erkennen, wie man die Evangelischen in Sclaverei zu bringen suche. Wenigstens so weit folgten die Evangelischen, daß sie jetzt noch die Punkte formulirten, die in den Revers aufzunehmen seien; gegen die Zusage, daß es geschehen solle, gaben sie die Einführung zu; nur Portmann und die Gesandten für Braunschweig-Celle und Mecklenburg entfernten sich.

Die Opposition in dieser Sache wurde am Kaiserhofe besonders übel vermerkt; sie zeigte, daß Brandenburg wachsam und energisch, daß es geeignet und Willens sei, für diejenigen ein Mittelpunkt zu bilden, welche zu begreifen anfingen, daß das deutsche Interesse nicht in der Linie der östreichischen Politik liege. Schon daß sich die Evangelischen so zu Brandenburg hielten, war bedenklich genug; noch viel bedenklicher, daß es mit jener Hülfesendung auch Trier und Cöln gewann. Man glaubte nicht anders, als daß die Liga mit Frankreich fertig sei; man wußte von einem Briefe, den Waldeck nach Regensburg geschrieben, in dem es hieß: „wenn die andern Fürsten der Kreise, in denen der Kurfürst Gebiet habe, sich nicht in Verfassung setzen wollten, so werde sich der Kurfürst nicht hindern lassen, es seiner Seits zu thun und die andern nöthigen, das Gleiche zu thun".[170]) Man glaubte, daß des Kurfürsten Völker über den Rhein gehen sollten, sich mit den französischen zu vereinigen, die bereits 6000 Mann stark ins Lüttichsche eingerückt waren.

„Daß dem Kaiser bei diesem Handel nicht wohl zu Muthe sei, dessen habe ich vollkommen Gewißheit und Bericht," schreibt Blumenthal am 23. Februar.

Der Ausgang.

Am Montag den 2. März erschien der lothringische Gesandte Fournier, der bisher über die Satisfaction seines Herrn in Regensburg verhandelt hatte, im Fürstenrath, um die Stimme für Lothringen zu führen. Der kurcölnische Gesandte für Hildesheim protestirte gegen die Aufnahme des Reichsfeindes in die Session, andere Stimmen schlossen sich an; das Directorium vertagte die Sitzung, „damit der lothringische Gesandte durch öffentliche Abweisung nicht beschimpft werden möchte".

Kurcöln hatte desselben Tages ein Memorial, in dem es die arge Wirthschaft der spanischen und lothringischen Völker in seinen Landen darlegte, zur Dictatur gegeben. Zwei Tage darauf erfolgte Fourniers Erklärung, daß sein Herzog die Satisfaction von 300,000 Thalern anzunehmen und die Abführung seiner Völker vom Reichsboden zu befehlen beschlossen habe.

Das kaiserliche Decret zur Annahme dieses Erbietens sollte Sonnabend den 7. März zur Berathung kommen. Da eröffnete das östreichische Directorium, daß der Erzherzog Statthalter „aus sonderbaren Ursachen und ohne Zweifel auf Befehl J. M. des Königs von Spanien" den Herzog Karl von Lothringen in Arrest habe nehmen lassen.[171])

„Ich glaube," schreibt Blumenthal, „es sind nicht zwanzig Personen in dieser Stadt, die nicht froh über diese Gefangennehmung sind." Natürlich gab man östreichischerseits dem Vorgang die Bedeutung, als wenn damit für alles Geschehene Genugthuung gegeben sei.

In jener Sitzung brachte das Directorium, „da nun die lothringische Frage erledigt sei", andere Geschäfte zur Verhandlung. Bei der Umfrage erinnerte Hildesheim, daß wohl das cölnische Memorial zur Tagesordnung gestellt werden könne. Burgund erwiederte lateinisch: das sei ein famos Libell, für den König von Spanien beleidigend, enthalte völlig unwahre Angaben, müsse, bevor man es in die Versammlung bringe, erst corrigirt werden. Hildesheim sprach sein Erstaunen aus, wie man den Einfall spanischer Truppen ins Lüttich'sche und deren Verhalten dort, das durch die mitgesandten Protocolle bezeugt sei, bestreiten könne. Da unterbrach Burgund lateinisch: der Herr für Hildesheim müsse lateinisch sprechen, damit man ihn verstehen könne. Und Hildesheim: er spreche hier, wie es im Reich und den Reichsversammlungen Herkommen sei; es scheine, als wenn Burgund sich entweder selbst zum Director machen wolle, oder mit dem Directorium colludire. Burgund beharrte bei seinem Protest und forderte dessen Aufnahme ins Protocoll. Und das Directorium fügte hinzu: es sei nicht die Behandlung des Memorials geweigert, sondern nur gefordert, daß es erst corrigirt werde; von Collusion mit Burgund könne keine Rede sein, da ja das Directorium die Verhandlung des Memorials nicht beantragt habe. Hildesheim schloß mit der Bemerkung: es scheine, als wolle man einem Gesandten, der seines Herrn Sache urgire, „das Maul mit Gewalt stopfen".

Schon war Botschaft nach Wien an des arretirten Herzogs Bruder Franz von Lothringen gesandt, sich schleunigst über Regensburg nach den

Niederlanden zu begeben, um in seines Bruders Stelle zu treten[172].) Die lothringenschen Truppen wurden einstweilen unter den Befehl des Herzogs von Lingeville gestellt und blieben in ihrer bisherigen Stellung.

Als Gründe der Arretirung gab das Manifest des Erzherzog Statthalters die Zügellosigkeit und abscheulige Barbarei, die der Herzog seine Truppen habe üben lassen, und gewisse heimliche Einverständnisse und Entwürfe an. Man sagte in Regensburg, er habe mit den spanischen Gouverneuren der Grenzfesten in Artois und Flandern verabredet, alle an demselben Tage den Franzosen zu übergeben. Indeß war General Sparr, den sich der Cölner Kurfürst zum Befehlshaber auch seiner Truppen erbeten hatte, mit seinen Brandenburgern bis gegen Lippstadt gekommen, und die Franzosen, etwa 6000 Mann stark, nahten sich der Stadt Lüttich. Aus Brüssel kamen Eilboten an den Kurfürsten von Cöln mit dem Erbieten, das Stift zu räumen, wenn auch die Franzosen abzögen. Schon war es kein Geheimniß mehr, daß Holland seinen Frieden mit Cromwell so gut wie geschlossen. Damit hatte für Frankreich die Occupation des Lütticher Landes ihren Zweck verloren. Unter Stahrenbergs Vermittlung wurde in Tirlemont ein Vertrag zwischen Cöln, Spanien und Frankreich geschlossen, der die Neutralität des Stiftes und die Räumung auch des Hammersteins sicherstellte.[173])

Dennoch bat Cöln, daß Sparr weiter marschieren möge. Die Gefahr schien noch keineswegs vorüber; die Lothringer auf dem Hammerstein weigerten sich, zu weichen; der Pfalzgraf von Neuburg versagte den Brandenburgern, die über Elslohe heran marschierten, den Paß durch das Bergische; sie richteten ihren Marsch auf Andernach. Indeß hatte sich der Hammerstein nach kurzer Beschießung ergeben.[174])

Wenigstens einen zweiten Dienst konnten die Brandenburger oder doch die Drohung mit ihnen leisten. Der Cölner Kurfürst war mit seinem Lütticher Domcapitel im Hader, ließ ein Mitglied desselben arretiren und nach einer Feste am Rhein abführen; darüber entstand Lärm in der Stadt, das Schlimmste war zu fürchten; Sparr eilte auf des Kurfürsten Bitte nach Lüttich, und die Furcht vor seinen anrückenden, schon ganz nahen Brandenburgern stellte rasch die Ruhe wieder her.[175])

Verbindlich genug war das Dankschreiben, das der Cölner nach Berlin sandte; aber im Vertrage von Tirlemont hatte er „keinen andern Stand im Reich erwähnt und mit eingeschlossen"; und so war die Krone Spanien ihrer Verbündeten nicht mächtig, daß sich Condé durch den Vergleich hätte gebunden halten sollen; er hatte ihn nicht unterzeichnet. Seine

Obersten „ließen sich ohne Scheu vernehmen", daß sie im nächsten Winter ihr Quartier im Reich nehmen würden; schon nach wenigen Wochen kamen Streifparthieen von ihnen auch ins Clevische.[176] Der Reichstag war zu Ende gegangen ohne die geringste Vorsorge gegen die Wiederkehr solcher Gefahr und solcher Schmach, wie man sie erlitten hatte.

Von diesem Ausgang des Reichstages nur noch Weniges. Schon Ende Februar hatte der Kaiser ankündigen lassen, daß er seine Abreise auf den 20. April festgesetzt habe und daß die Stände sich über die wichtigsten Gegenstände, die sie noch vornehmen wollten, verständigen möchten. Natürlich kam man darüber zu neuen Controversen.

Indeß verlautete, daß ein kaiserlicher Antrag auf neue Römermonate bevorstehe. Man sprach davon, wie unermeßliche Kosten dem Kaiser dieser Reichstag gemacht, welches Opfer er damit, daß er so lange geblieben, dem gesammten Reich gebracht habe. Auch erfuhr man, daß er dem englischen Könige 100,000 Thaler „aus den Römermonaten, die man ihm hoffentlich bewilligen werde", angeboten habe.[177] Freilich waren auch noch die 100 Römermonate, die 1648 in Aussicht gestellt waren, formell zu bewilligen. Man hoffte, wenn man nur Brandenburg gewinnen könne, wohl zum Ende zu kommen.

Es blieb am kaiserlichen Hofe nicht unbemerkt, wie lebhaft Blumenthal wünschte, wenigstens die breslauische Sache fertig zu machen. Man bot ihm ein neues Arrangement; Graf Schwarzenberg hatte auf die Aemter, die sein Vater inne gehabt und die eingezogen waren, eine vom Kurfürsten anerkannte Forderung von 300,000 Thalern; diese erbot man sich an den Grafen aus den Römermonaten, die man demnächst beantragen werde, zu bezahlen; man ersuchte Brandenburg, seinen Einfluß anzuwenden, daß die Bewilligung Seitens der evangelischen Fürsten erfolge.

Blumenthal empfahl dem Kurfürsten die Annahme; aber, fügte er hinzu, seine Mitgesandten Platen und Portmann seien nicht gleicher Ansicht mit ihm, sie nähmen Anstand, das Geringste, was nicht ausdrücklich befohlen sei, vorzunehmen, weil es ihnen Ungnade oder Ungelegenheit bringen möchte, obschon auch Platen bekenne, daß die Stände die Bewilligung wohl machen würden, wenn Brandenburg sie empfehle.[178]

Der Kurfürst sah die Frage doch sehr anders an. Er habe, schrieb er an Blumenthal, in Rücksicht auf die große Gefahr, in der das Reich sei, und um des Kaisers Fürsorge für das Reich zu stärken, seine Stimme zur Wahl seines Sohnes gegeben, aber solche Bedingungen beigefügt und in der Wahlcapitulation solche Anträge gemacht, die die alte Harmonie

zwischen dem Haupt und den Gliedern und zwischen den Gliedern unter sich hätten herstellen können. Aber keineswegs sei er gemeint „um einiges particulären Vortheils Willen“ etwas zu thun oder zu gestatten, was den andern Ständen und ihren Unterthanen zur Beschwer gereiche und wider sein Gewissen und Reputation sei; noch weniger wolle er sich „mit vielerlei Vertröstung die Augen blenden lassen oder zu dem Vorwurf Grund geben, als habe er, was er vornehme, nicht wohl überlegt“, oder als sei er „in seinen festgegründeten consiliis und genommenen Resulutionen“ nicht beständig zu verharren gemeint, sondern mit einigen hundert tausend Thalern „hin und wieder zu locken“; es gereiche ihm „zu besonderem Gefallen“, daß Platen und Portmann in Betreff der neuen 50 Römermonate „ihre Fürsichtigkeit“ bezeugt hätten; er könne sich in keiner Weise dazu verstehen, daß darein gewilligt, noch weniger, daß andere Stände in seinem Namen dazu bewogen würden, da sein ganzes Bemühen darauf gerichtet sei, daß der Reichstag fortgesetzt und zum gewünschten Schluß gebracht werde. „Nachdem wir aber jetzt gesehen, daß derselbe gleichsam zerschlagen, daß außer der Wahl, Einführung der neuen Fürsten und Feststellung der 100 Römermonate nichts ausgerichtet wird, daß das Friedensinstrument in größerer Unrichtigkeit als zuvor sich befindet, daß so viele mächtige Potentaten auf den Grenzen des Reichs in Waffen, die gesammten Reichsstände hingegen bis auf den Grund ausgemergelt und ruinirt sind, so können wir nicht zugeben, daß der armen, auf den äußersten Grad ausgesogenen Menschen Klagen und Seufzer auf uns fallen, denen diese neue Last neben ihrer ordentlichen Schuldigkeit gegen ihre Herrschaft und der Unterhalt der nöthigen Defensionsvölker unerschwinglich sein würde“; vielmehr möge dem Kaiser in aller Ehrerbietigkeit zu Gemüthe geführt werden, „in welchem Maaße wir gegen Kais. Maj. in der Wahl und sonst unsre gute Intention zur Genüge an den Tag gegeben; es erfordert aber unsre obliegende Schuldigkeit, daß wir bei dieser Conjunctur und da das Reich unsere Vorsorge als eines von J. Kais. M. innersten Räthen erheischet, wir unsres kurfürstlichen Amtes nicht vergessen“. Er befahl Blumenthal, mit den dargelegten Gründen auch andere Stände dahin zu bestimmen, „daß sie ihre Kräfte zusammenhalten und in dieser Frage nicht weichen“. „Wenn der Reichstag künftiges Jahr continuirt und wie es des Reiches Wohlfahrt fordert, abgethan sein wird, so werden wir nicht unterlassen, Kais. Maj. wirklich zu bezeugen, daß man derselben, so weit die Kraft und die Zeitläufte es zugeben, nach Möglichkeit zur Hand zu gehen beflissen sein wird.[179])

Schon vorher hatte der Kurfürst ein sehr energisches Schreiben[180]) an den Kaiser gerichtet, die Fortsetzung des Reichstages zu fordern. Auch Andere begannen sorgenvoll die Consequenzen zu erwägen, welche die Schließung des Reichstages haben würde. In der Berathung über das kaiserliche Mandat, welches den Schluß auf den 27. April definitiv festsetzte, und alle noch unerledigten Fragen, eben die wichtigsten für die Verfassung des Reichs, für dessen Schutz nach Außen, für die Sicherstellung der Evangelischen, theils auf einen andern Reichstag, theils an die Reichsdeputation verwies, wurde es ausgesprochen, daß das Friedensinstrument die Aufgaben dieses Reichstages festgestellt habe und daß man ihn nicht schließen, sondern höchstens auf einige Zeit vertagen dürfe.

In vertrauteren Berathungen erörterte man, daß wenn der Reichstag so wie das kaiserliche Mandat wolle, geschlossen werde, das Friedensinstrument „ganz durchlöchert" sei, daß eben dahin die Absicht des kaiserlichen Hofes gehe, daß die kaiserlichen Minister vom Abschluß des Friedens an nur darauf bedacht gewesen seien, denselben thatsächlich unwirksam zu machen, die Stände der verschiedenen Bekenntnisse in Spaltung zu erhalten, den Reichshofrath durchaus nicht paritätisch zu reformiren, sondern dahin zu arbeiten, daß möglichst alle Sachen vor denselben gezogen werden könnten.[181])

Vor Allem gefährlich mußte es erscheinen, die Reichskriegsverfassung in dem Zustande zu lassen, in dem sie war. Der entsetzliche Zustand in den überrheinischen Landen zeigte, was es heiße, daß der Kaiser das Directorium habe. Es lag Alles daran, eine Ordnung zu schaffen, die es möglich machte, für die Sicherheit des Reiches auch ohne den Kaiser und trotz der östreichischen Politik einzustehen. Schon Mitte März war ein Ausschuß niedergesetzt, diese Frage zu behandeln. Aber wenn der kaiserliche Hof dabei blieb, mit dem Ende April den Reichstag zu schließen, so war keine Hoffnung, diese höchst schwierige Frage zum Schluß zu bringen.

Umsonst bemühten sich die brandenburgischen Gesandten mit den evangelischen Fürsten, den Dingen noch eine andere Wendung zu geben; im Kurfürstenrath stimmten auch Pfalz und Sachsen wie der kaiserliche Hof wünschte, im Fürstenrath wurden die Evangelischen ebenfalls überstimmt. Sie stellten, als die Collegien zusammentraten (14. April) über des Kaisers Abreise zu beschließen, die Forderung, daß nicht allein die Processe beim Reichshofrath, sondern „alle Mandate, Decrete, Commissionen und Sentenzen in suspenso bleiben, daß kein Stand gegen den

andern etwas attendiren, keiner gegen seine Unterthanen von Reichs wegen Execution vornehmen solle". Auf den Widerspruch des östreichischen Directoriums erklärte Brandenburg: wenn solches nicht beliebt würde, müßten die Stände dabei beharren, daß der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur vertagt werde. „Gott gebe", fügt die Relation an den Kurfürsten hinzu, „daß dieser Punkt von den Evangelischen beherzigt werde, weil sonst viele evangelische Bürger und Unterthanen von katholischen Ständen ins Elend gejagt werden dürften, ehe ein neuer Reichstag zusammentritt."[182])

Auf Grund der gefaßten Beschlüsse erfolgte am 29. April die kaiserliche Resolution über den Schluß. Es war nicht geringe Gefahr, daß jetzt in der unschicklichen Eile des Schließens Dinge höchst präjudicirlicher Art durchgebracht würden. Die brandenburgische Gesandtschaft hatte die bestimmtesten Instructionen, zu wachen, daß nicht die Schlinge zugezogen werde.

Die einzelnen zum Theil sehr heftigen Debatten dürfen übergangen werden. Es wurde noch erreicht, daß der Ausschuß wegen der Reichsdefension Bericht erstattete, daß für den nächsten Deputirtentag, um die Parität herzustellen, einer der drei evangelischen Kurfürsten alternirend zwei Stimmen führen sollte; in Betreff des Reichshofraths und andrer Fragen legten die evangelischen Fürsten mit Brandenburg Verwahrung nieder; sie sprachen noch einmal beim Kaiser für die Evangelischen in seinen Kron- und Erblanden, worauf ihnen die „gewöhnliche Resolution" wurde, „der Kaiser werde nachsehen und den evangelischen Ständen eine Antwort wiederfahren lassen."

Den Geldpunkt betreffend hatte der Kaiser am 23. April den Antrag auf Bewilligung von 60 Römermonaten stellen lassen.[183]) Noch immer wurde wegen der breslauischen Schuld weiter gehandelt; am 15. Mai kamen jene Römermonate im Kurfürstenrath zur Umfrage; alle andern erkärten sich bereit zu bewilligen und über die Summe mit den andern Collegien zu verhandeln; Brandenburg's Votum lautete: für diesmal könne sich S. Kf. D. zu nichts verstehen. Ein paar Stunden darauf kam an Blumenthal die kaiserliche Resolution wegen der breslauischen Schuld, „daraus zu verspüren, warum man so lange zurückgehalten"; sie war der Art, daß nach den kurfürstlichen Weisungen nicht darauf eingegangen werden konnte.

Folgenden Tages traten die drei Collegien über die Römermonate zusammen. Ungeachtet des brandenburgischen Widerspruchs wurde die Bewilligung des Kurcolegiums verlesen. Als Beschluß der Fürsten wurde

mitgetheilt, daß erstens die 100 Monate durch Majorität bewilligt seien; die Evangelischen protestirten: es könne hier die Mehrheit der Stimmen nicht gelten, da es sich um eine freiwillige Subsidie, nicht um eine nothwendige handle; sie setzten durch, daß gesagt werde: die mehreren hätten sie verwilligt. Dann in Betreff der neuen 60 Monate sagte das Directorium: manche hätten sich mit mangelnder Instruction entschuldigt, andere 40, andere 30 Monate bewilligt mit der Bedingung, daß davon die Zahlung für den Herzog von Lothringen abgehen solle; der mehrere Theil aber habe Hoffnung gemacht, daß ihre gnädigen Herren dem Wunsche Kais. Maj. Folge leisten würden. Auch dagegen protestirten die Evangelischen; es mußte gesagt werden, daß ein Theil sich so habe vernehmen lassen. Die Städte endlich beschwerten sich, daß auf die 100 Monate vor erfolgter Bewilligung schon Anweisungen erfolgt und zum Theil durch Execution beigetrieben seien; sie forderten, daß es bei den 63 Monaten, die an den meisten Orten schon gezahlt seien, bleiben, und daß ganz eingeäscherten Städten wie Wimpfen auch diese Zahlung erlassen werden möge; mit den neuen 60 Monaten wolle Kais. Maj. sie verschonen.

Endlich am 17. Mai sollte die feierliche Verlesung des Reichsabschiedes geschehen; zu derselben wurden die Stände in den kaiserlichen Hof geladen, weil Kais. Maj. nicht wohl genug sei, sich zu den versammelten Ständen ins Rathhaus zu begeben. Mehrere von den Evangelischen erschienen darum nicht.

Schon bei der vorläufigen Zusammenstellung der gefaßten Beschlüsse hatten die evangelischen Fürsten ihre Monita eingereicht mit der Forderung, daß sie in den Abschied eingerückt würden. Die Verlesung zeigte, daß sie nicht aufgenommen seien.

Gleich nach der Sitzung versammelten sich die Evangelischen und Kurbrandenburg, ein Memorial an den Kaiser zu richten, in dem sie freie Religionsübung für die am kaiserlichen Hofe zu Wien befindlichen evangelischen Gesandten, Agenten, Reichshofräthe u. s. w., so wie die in dem Friedensinstrument angeordnete Parität im Reichshofrath forderten und sich gegen alle Functionen desselben, so lange nicht evangelische Räthe neben den katholischen in gleicher Zahl bestellt seien, verwahrten. Der Kaiser reiste bereits am 18. Mai ab; sie mußten sich begnügen, ihr Memorial dem Reichsvicekanzler durch Kurbrandenburg und Magdeburg zu überreichen; er verweigerte es, eine Bescheinigung des Empfanges auszustellen: das sei nicht stili, auch alle Secretaire bereits abgereist. Nach einigen Tagen wurde ihnen durch Volmar mündlich eröffnet, daß Kais.

Maj. „mit sonderbarer Befremdung" vernommen, daß etliche evangelische Stände, nicht einmal alle, nach geschlossenem Reichstage, also dem Herkommen zuwider, ein Ansuchen gethan; es müsse bei den früheren kaiserlichen Erklärungen lediglich sein Bewenden haben, und könnten die evangelischen Gesandten, Agenten, Räthe u. s. w. „auf wenig Stunden außerhalb der kaiserlichen Residenz" ihre Religion üben. Diesen Bescheid schriftlich auszustellen, weigerte sich Volmar.

Bei genauerer Durchsicht des Reichsabschiedes fanden sich noch andere sehr bedenkliche Stellen; auch gegen diese legten die Evangelischen Verwahrung ein, die wieder durch Kurbrandenburg und Magdeburg am 24. an Volmar überbracht wurde. Volmar nahm das Schriftstück gar nicht an; er habe eine kaiserliche Resolution ihnen mitgetheilt, nicht um eine neue Antwort darauf zu erhalten; er wollte nicht ihr Briefträger sein, und könne man ja diese Sachen mit der Post an den Kaiser schicken."

So endete dieser Reichstag. Die östreichische Politik hatte allen Grund, sich über ihre Erfolge Glück zu wünschen. Von allen den großen Dingen, die das Friedensinstrument angeordnet, war nichts zu Stande gebracht als eine Revision der Kammergerichtsordnung, die für den kaiserlichen Hof sehr gleichgültig war, wenn daneben der Reichshofrath unverändert blieb.

Es war nicht bloß der unklare, formlose, hülflose Zustand des deutschen Gemeinwesens erhalten, sondern durch die Differenzen zwischen Kurfürsten und Fürsten, zwischen beiden und den Städten nur ärger geworden; und indem dieser, und nur dieser Reichstag im Friedensinstrument zur neuen Constituirung des Reiches bestimmt gewesen war, durften die in demselben festgestellten Principien selbst als beseitigt gelten. Zu dem Allen hatte die kaiserliche Politik die Wahl Ferdinands IV. erreicht, mit einer Wahlcapitulation, die sich der Wiener Hof gar wohl gefallen lassen konnte; auf ein Menschenalter hinaus war das Hauptinteresse Oestreichs im Reich wieder sicher gestellt.

Unter unendlichem Jubel, mit ungewöhnlicher Pracht hielt der Kaiser am Pfingsttage seinen Einzug in Wien. Wenige Wochen darauf erkrankte der junge König Ferdinand IV.; am 9. Juli starb er.

Nach dem Reichstag.

„Zwar ist bei den jüngst vorgenommenen Reichshandlungen die Wohlfahrt und Beruhigung des Reiches allenthalben an die Spitze gestellt,

als wenn Kais. Maj. zu diesem Endzweck allein den Reichstag berufen habe; aber näher betrachtet zeigt sich, daß der eigentliche Zweck nur gewesen, die Wahl und Succession im Hause Oestreich zu erhalten und das aristokratische Regiment allgemach in einen statum monarchicum zu verkehren." So äußert sich ein braunschweigisches Gutachten nach beendetem Reichstag;[184]) schon sei Oestreich daran, mit jenen neu ernannten Fürsten die Majorität im Fürstenrath zu gewinnen; und wenn erst dieser „unter das östreichische Joch" gebracht sei, so werde die Reihe auch an das Kurfürstencollegium kommen und an demselben sich das Beispiel der Polyphemshöhle wiederholen.

Ein Mittel, solcher Gefahr vorzubeugen, sieht das Gutachten darin, „wenn man Brandenburg, welches bei diesem Reichstag für die gemeine Libertät gute Consilien geführt, bei so guter Intention erhalten, auch etwa Cöln auf die Seite der Fürsten bringen könnte"; dafür kann man ihnen zusagen, auch ihr Interesse wahrzunehmen und nichts zu beabsichtigen, als daß jeder Stand im Reich seine alten Rechte behalte, insbesondere der Präeminenz der Kurfürsten in keiner Weise zu nahe treten zu wollen.

Auch das Ausland hatte mit Aufmerksamkeit das Ringen Brandenburgs erst gegen Schweden, dann gegen die kaiserliche Politik verfolgt; in Paris war man über den Kurfürsten des Lobes voll, wenn man auch nicht umhin konnte, zu bedauern, daß er nicht mit gleichem Eifer ein vertrauteres Verhältniß mit Frankreich suche.[185])

Wie man in Berlin selbst die Ergebnisse des Reichstages und die veränderte Stellung Brandenburgs ansah, ergiebt eine Vorlage an den Geheimenrath zur Begutachtung von 14 Punkten;[186]) ein Schriftstück, das seiner Bedeutsamkeit wegen der Hauptsache nach mitgetheilt zu werden verdient.

1) Man habe bemerkt, daß etliche Reichsstände, namentlich unter den Evangelischen, in Betreff der Capitulation und in andern Sachen dem kurfürstlichen Collegium zu nahe treten wollen unter dem Vorwand, als ob der Stände Freiheit und des Reiches Wohlfahrt es erfordere; diesem Vorhaben sei S. Kf. D. begegnet und habe zu Nutz der Evangelischen, zur Befestigung der deutschen Freiheit und sonderlich zur Erlangung der eigenen Sicherheit solche Consilien geführt, daß die genannten Stände nicht allein erfahren, welchen Nachdruck es habe, wo ein Kurfürst für das gemeine Beste rede, sondern auch S. Kf. D. Rath und Willen gefolgt seien und ferner zu folgen versprochen hätten. Sei

demnach zu erwägen, wie dies Einvernehmen ferner zu erhalten und zu befördern sei.

2) Ueber solches Verfahren hätten sich die anderen Kurfürsten disgustirt gezeigt und in demselben eine Trennung Brandenburgs, einen Bruch der Kurfürsteneinung sehen wollen; man habe deshalb, was in Regensburg zwischen den kurfürstlichen Gesandten vorgegangen, bei deren Herren wieder auszugleichen gesucht und es dahin gebracht, daß sich Cöln mit S. Kf. D. näher verbunden, Trier dasselbe zu thun gewünscht, Sachsen seine Affection versichert habe.[187]) Sei zu erwägen, wie dies fortzusetzen und zu beständiger Wirkung zu bringen sei.

Allerdings kam es zu einer Verbindung Brandenburgs einerseits mit Cöln, andrerseits mit den drei braunschweiger Herren, Verbindungen, welche im diplomatischen Europa dafür galten, gegen die drohende Macht des Hauses Oestreich gerichtet zu sein.[188])

3) Während gegen das Friedensinstrument, gegen die Ehre der evangelischen Kurfürsten und den Nutzen aller Evangelischen die Parität in den Deputationstagen von den Katholischen umgestoßen und von einigen Evangelischen aufgegeben worden sei, habe S. Kf. D. solches gehindert und für den nächsten Deputationstag das geforderte Zugeständniß erhalten. Es sei zu erwägen, wie ein dauerndes Ergebniß zu gewinnen sei.

4) Durch die meisten Stimmen sei eine große Anzahl Römermonate bewilligt worden, dadurch S. Kf. D. Lande oder auch anderer Reichsstände Unterthanen ganz hätten ausgesogen und mittelbarer Weise die Religion gedrückt werden können. S. Kf. D. habe die beinahe verlorne Sache in so weit wieder hergestellt, daß die Zahlung von dem freien Willen jedes Standes abhänge.

5) Wie das Reich jedermann zum Raube gleichsam offen gestanden und man jedem, der martialisch gefordert, Tribut gezahlt habe, so habe S. Kf. D. nicht allein durch seine Vota in Regensburg, sondern auch durch seinen Entschluß kräftigen Widerstandes es in so weit abgewendet, daß die Wirkung davon in etwas sowohl in der bremischen Sache als auch jenseits des Rheins zu sehen sei. Es werde zu bedenken sein, wie man beständige Sicherheit erlangen könne.

In der That hatte der Kurfürst den schwedischen Befehlshaber im Fürstenthum Bremen erinnert,[189]) die Dinge nicht zum Aeußersten zu treiben, und Graf Waldeck warb ein Regiment, wie man glaubte, die Stadt Bremen zu unterstützen. Der bald mit erneuter Heftigkeit wieder entbrannte Kampf gab dem Kurfürsten Anlaß, in Gemeinschaft mit den

Braunschweigern und mit Cöln eine bedeutende Truppenmacht aufzustellen, um den niedersächsischen und westphälischen Kreis gegen Schweden zu sichern und der begonnenen Vermittlung zwischen Schweden und der Stadt Bremen Nachdruck zu geben.[190])

6) „Da die Direction der Waffen im Reich in des Kaisers Händen absolut gestanden und dadurch allen Reichsständen, namentlich dem Kurhaus Brandenburg, merklicher Schaden zugefügt worden, habe S. Kf. D. dieselbe so weit in der Kreisstände Hände gebracht, daß diese, wenn sie davon Gebrauch machen wollen, es mit Nutzen thun können. Weil aber wenige Kreise in ihren gehabten Versammlungen solchen Vortheil beobachtet, so sei zu überlegen, wie der verhoffte Zweck zu erreichen."

Es war eine der wichtigsten Entscheidungen, die der Reichstag gebracht; der Kaiser stand nicht mehr an der Spitze des Reichskriegswesens.[191]) Wenn jeder Fürst und Stand im Reich seine Schuldigkeit that und wenn man wenigstens nach Außen hin in dem Interesse des Vaterlandes einig war, so war mit der Kriegsverfassung der Kreise die Form gefunden, die Gefahren zu beseitigen, welche die Verträge von 1648 mit der völligen Libertät über das Reich gebracht hatten. Nach diesen blieb dem Reiche nur noch die Form der Föderation, und die Kreisordnung gab den Weg, sie zunächst militärisch gesund und stark zu entwickeln.

7) Weil S. Kf. D. wegen seiner clevischen Landstände, wegen der Prätensionen einiger katholischen Geistlichen[192]) und wegen anderen Sachen vom Reichshofrath durch Citationen und Mandate sehr beunruhigt worden, so habe auf Mittel, dem zu begegnen, gedacht werden müssen, und sei demnach anderen Reichsständen vorgeschlagen, denselben, weil er nicht dem Friedensinstrument gemäß bestellt sei, zu recusiren; man habe in dieser Sache „harte Schreiben" an Kais. Maj. abgehen lassen, und sei jetzt zu erwägen, wie man die damit gewonnene Zeit benutzen und Alles, bis der Reichshofrath richtig bestellt, in guten Stand zu setzen oder sonst Sicherheit zu finden habe.

8) Nachdem S. Kf. D. wegen Unterhalts der Garnisonen und des Defensionswerkes viel Widerwärtigkeiten erfahren und namentlich im Clevischen fast alles „mit Hingebung Dero Respects" habe kaufen müssen, sei es nothwendig geworden, dahin zu wirken, daß solchem verdrießlichen Wesen durch einen Reichsschluß begegnet werde; dieser sei gefaßt, und sei nun zu erörtern, wie man demselben Wirkung zu geben habe.

Diese unscheinbare Bestimmung Art. 180 des „jüngsten Reichs-

abschiedes" steht an principieller Wichtigkeit der über das Reichskriegswesen zur Seite. Bisher hatte es von dem Belieben der Landstände abgehangen, ob sie und was sie zur Landesdefension bewilligen wollten, und wenn sie sich, wie hundertfache Beispiele des entsetzlichen Krieges zeigten, bei offenbarster Landesnoth weigerten, irgend ein Opfer zu bringen, so hatten sie mit ihren Rechten und Privilegien Schutz bei den Reichsgerichten suchen und finden können. Jetzt war entschieden: daß die Landsassen und Unterthanen schuldig seien, in Besetzung und Unterhaltung der Festungen, Plätze und Garnisonen ihren Landesherrn „mit hülflichem Beitrag gehorsamlich an die Hand zu gehen", und daß sie beim Reichshofrath und Reichskammergericht dagegen Protest zu erheben „sich nicht gelüsten lassen", sondern von denselben ab und zu schuldiger Parition gewiesen werden sollten. Man sieht, damit ist die Libertät der Landstände an ihrer Wurzel getroffen; sie haben nicht mehr zu fragen, ob die geforderten „Defensionsgelder" mit Recht gefordert werden, ob sie zu hoch sind, ob man für die Bewilligung ihnen anderweitige Zugeständnisse gewähren werde; und der Weg der Klage an den Kaiser und die Reichsgerichte ist ihnen abgeschnitten.

Wir werden sofort sehen, wie der Kurfürst diesen Artikel zur weiteren Regelung innerer Fragen verwendete. Die nächstfolgenden Punkte, die der Geheimerath erörtern soll, betreffen Verhältnisse, die nicht das Reich, sondern Brandenburg in seinen besonderen Beziehungen angehen; auch sie bezeichnen deutlich, wie bedeutend die Lage der Dinge verändert ist.

9) Während die Schweden früher im niedersächsischen Kreise Alles nach ihrem Willen gethan haben, hat jetzt S. Kf. D. Vornehmen dort mehr Beifall gefunden; und

10) im westphälischen Kreise ist der Pfalzgraf von Neuburg daran gewesen, sich oder wenigstens seinen Diener, den Feldmarschall Reuschenberg, ins Kreisoberstenamt zu bringen, das ist gehindert und wird nach mehrerer Stände Versicherung auch künftig nicht geschehen, vielmehr

11) ist in demselben Kreise, wo man weder dem Kurfürsten selbst, noch dessen Vater eine Stimme für die clevischen Lande hat zugestehen wollen, jetzt von den meisten Kreisständen die Zusicherung auf drei Stimmen (für Cleve Minden, Ravensberg) gegeben worden.

12) Da S. Kf. D. sich früher keines einzigen Reichsstandes hat versichert halten, noch darüber auch nur eine Zusage erhalten können, ist jetzt ein guter Anfang mit Kurcöln und Braunschweig gemacht und das Heranziehen noch anderer Reichsstände vorbehalten. Auch darüber, wie über die

früheren Punkte, hat der Geheimerath zu erwägen, wie weiter zu verfahren sein wird.

13) Man hat besorgt, daß die Vereinigung der Evangelischen Anlaß zu einer katholischen Liga geben könnte; dem sei zwar durch das Bündniß mit Cöln vorgebeugt, doch sei theils noch die Rede von Verhandlungen zwischen mehreren Katholischen, theils gehe die Verhandlung mit den Evangelischen langsam vorwärts und müsse man daher überlegen, was da zu thun sei.

In diesen beiden Artikeln ist eins der bedeutendsten Momente bezeichnet, das die brandenburgische Politik nach dem Reichstag bewegt. Der Gedanke der Union zunächst unter den evangelischen Reichsfürsten, der Union zur Gründung eines Defensionswerkes, um als dritte Parthei zwischen den großen Mächten Freiheit und Existenz zu sichern, ist schon 1647 von dem Kurfürsten ausgesprochen, es ist dessen Verwirklichung versucht worden;[193]) an dem Widerstande Sachsens ist der Plan damals gescheitert. Jetzt, wo Oestreich, um den großen Erfolg der Kaiserwahl mächtiger, in dem noch währenden Kampfe zwischen Spanien und Frankreich Parthei zu nehmen droht, scheint es an der Zeit, jenen Gedanken wieder aufzunehmen; und nach dem, was der Kurfürst für Cöln und Trier gethan hat, darf man hoffen, die Union über die Schranken des Bekenntnisses zu erheben, die Anfänge eines allgemeinen Reichsbundes zu schaffen.

14) „Da nach Ausweis vieler Schreiben aus Regensburg und von andern Orten her, S. Kf. D. außer aller Consideration gewesen, nunmehr aber von Königen und Republiken gesucht werde, so ist die Ursache, wodurch Sie in Consideration gekommen, zu untersuchen, dieselbe beizubehalten, und, wie man beständig sich bei solchem Zustand manuteniren könne, ein unveränderlicher Schluß zu machen."

So die Vorlage für den Geheimenrath. Außer der sehr merkwürdigen Darlegung der Situation bietet sie noch Aufklärungen anderer Art. Der Ton, in dem sie gefaßt ist, scheint sagen zu wollen: wie recht ich hatte, wie meine Ansicht durch den Erfolg bestätigt ist, wird man nun wohl anerkennen müssen. Erinnern wir uns jener lebhaften Erörterungen vor dem Beginn des Reichstags, und daß es Blumenthals Ansicht war, für welche sich der Kurfürst entschied. Wie bald hatte sich gezeigt, daß Blumenthal mit seinem Vertrauen auf den kaiserlichen Hof sich gründlichst verrechnet hatte. Er selbst empfand auf das Peinlichste den Mißerfolg seiner Politik; eine vertrauliche Mittheilung Waldecks, daß er für ihn beim Kurfürsten auf eine Belohnung so großer Verdienste und Mühe=

waltung angetragen und ob ihm die Summe von 10,000 Thaler recht sei, hatte er mit Dank angenommen und wohl verstanden; er bat am Schluß des Reichstages, „krank, wie er sei, da S. Kf. D. laboriose und gesunde Männer brauche", sich auf seine Statthalterschaft nach Halberstadt zurückziehen zu dürfen.[194])

Seit dem Herbst 1653, sahen wir, war in Berlin die Richtung, die er vertrat, verlassen worden, Waldeck an die Spitze der Geschäfte getreten. An dessen Namen knüpfte sich die Wendung der brandenburgischen Politik, die wir dargestellt, die erneuten Versuche zu einer Föderation unter den Reichsfürsten, die großen Combinationen, die über die Reichsverhältnisse hinaus in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen versuchten, Combinationen, die auf offenen Kampf gegen die spanisch-östreichische Macht, gegen die „Monarchie" gerichtet waren. Selbst gegen den Kaiser die Waffen zu erheben, lag nicht außer Waldecks Gedanken;[195]) er empfahl und betrieb den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich, um den Schützling Spaniens in Jülich-Berg zu treffen, vielleicht zugleich der oranischen Sache in den Niederlanden aufzuhelfen; er bot das Regiment, das er durch seinen Bruder hatte werben lassen, dem französischen Hofe zu Dienst an. Daß in eine brandenburgischen Enclave in Schlesien kaiserliches Volk eingedrungen war, den evangelischen Pfarrer weggejagt, die Kirche einem Meßpriester übergeben hatte,[196]) schien zu zeigen, wessen man sich von Oestreich zu versehen habe; daß Holland seinen Frieden mit Cromwell mit der Acte van Seclusie erkaufte, daß es dem oranischen Interesse und dem Mündel des Kurfürsten damit den schlimmsten Streich versetzte, schien eine Beleidigung, die man nicht hinnehmen dürfe. Im April war in Paris das Gerücht, daß Brandenburg die holländischen Besatzungen aus Cleve werfen und einige der unirten Provinzen, die mit jener Acte höchst unzufrieden waren, an das Reich bringen wolle; ein Gerücht, das zeigt, was man unter Waldecks Einfluß möglich glaubte. Voll kecker Entwürfe, in der Ungeduld hervorragender Begabung nach raschen und glänzenden Erfolgen begierig, suchte er die brandenburgische Politik in Bahnen zu führen, die, wenn die Dinge glückten, große Ergebnisse sicherten.

Aber war in demselben Maße ihr Unterbau fertig und sicher? selbst die wichtigste unter den Allianzen, die Waldeck gesucht, die mit den drei braunschweigischen Höfen, war nicht viel mehr als ein halbes Werk;[197]) alles Weitere, was er eingeleitet, war und blieb in den Stadien diplomatischer Vorspiele, gab „Ombrage" nach allen Seiten, ohne feste Stützpunkte für den Moment ernster Gefahr zu schaffen. Was er, der Reichsgraf, der

Anhänger der Oranier, im Sinne trug, war nicht sowohl brandenburgische Politik, als große Politik mit den Mitteln Brandenburgs.

Daß er im Geheimenrath auf mancherlei Bedenken gestoßen, zeigt seine Vorlage; das bisher Erreichte schien ihn nach allen Richtungen hin zu rechtfertigen.

Die Gutachten auf Anlaß jener Vorlagen sind nicht mehr vorhanden. Aber der nächst weitere Gang der Ereignisse zeigt, daß der Kurfürst doch nicht ganz so entschied, wie Waldeck gewünscht haben mochte. Er trat nicht in nähere Verbindung mit Frankreich, so lebhaft in Paris gewünscht wurde, ihn und „seine Liga" zu gewinnen. Gegen die Acte van Seclusie legte er Verwahrung ein, aber in rücksichtsvollsten Formen (9. Mai), und er ließ demnächst auf eine Anregung vom Haag her den Wunsch aussprechen, mit den Herren Staaten „in alter vertrauter Freundschaft" zu leben und diese auf die ihm verbündeten Reichsstände Cöln, Braunschweig u. s. w. ausgedehnt zu sehen.[198]) Am Wenigsten ließ er den Schein aufkommen, als habe er aufgehört, mit dem kaiserlichen Hofe in freundlichen Beziehungen zu stehen; ja er knüpfte deren mit der Krone Spanien an, die wie seltsamer Art der Anlaß dazu sein mochte, in Paris dafür galten, dem französischen Hofe Jalousie geben zu sollen.[199])

Er hatte Waldeck gern um sich, er ging bis zu einer gewissen Linie auf seine Ideen ein,[200]) er ließ seinem Ehrgeiz, seinem raschen treibenden Geist weiten Spielraum; das Ausland konnte in dem Grafen wohl seinen leitenden Minister, die Seele der brandenburgischen Politik sehen. Aber eben so nahe stand ihm Fürst Moritz von Nassau, Sparr, Schwerin, Männer von sehr anderer Ansicht und am wenigsten mit Waldeck darin einverstanden, daß man immer weiter hinausgreifen, auf jeden nächsten Wurf Alles setzen, daß man die ganze Action des Staates in die auswärtige Politik verlegen müsse, während im Innern noch Aufgaben schwierigster Art zu lösen blieben, von denen zugleich die Mittel für die Action nach Außen abhängig waren. Noch war man nirgends mit den Landständen zu einem auch nur erträglichen Verhältniß gekommen; dann forderte das tiefzerrüttete wirthschaftliche Leben von Stadt und Land Fürsorge und Aufhülfe; dann war der kirchliche Friede immer von Neuem gefährdet, am Rhein durch die unermüdlichen Wühlereien der Jesuiten von Düsseldorf, in den alten Landen durch den Haß der Lutheraner gegen das reformirte Bekenntniß und die Einflüsse der Wittenberger Theologen.

Wie weit war man noch davon entfernt, ein befestigtes politisches Dasein zu haben; man suchte noch erst die Wege, die man einschlagen, die

Aufgaben, die man fassen müsse, um dieser noch schwankenden Bildung ein festes Gepräge und in dem Zusammenhang der Staatenwelt eine feste Stelle, eine Nothwendigkeit zu geben. Kaum erst ein Anfang dazu war auf dem Reichstage gemacht, und Manchem erschien es als das einzige Ergebniß, daß man nur weit und weiter hinaus wie ins offene Meer treibe. Dann und wann ist wohl an die politischen Traditionen des Hauses erinnert worden; aber es lag auf der Hand, daß man von ihnen völlig hinweg sei, daß es unmöglich sei, zu ihnen zurückzukehren. Noch weniger hätte man daran denken können, sich in der Analogie der andern deutschen Territorialstaaten zu bewegen; man stand äußern Gefahren gegenüber, wie sie keinem andern so nahe waren und so verhängnißvoll werden konnten; kein anderer hatte so zerstreut liegende, in ihren Interessen, Beziehungen und Rechten so verschieden geartete Territorien; man wußte ihnen eine künstliche Gemeinschaft zu schaffen, man mußte für diese Bruchtheile deutschen Landes und Lebens, so zu sagen, den Generalnenner zu finden lernen. Man konnte von fremden Staaten in und außer dem Reiche wohl Einzelnes entlehnen, militärische Einrichtungen, Formen der Verwaltung, der Besteuerung u. s. w.; aber alles das mußte, um in den eigenthümlichen, höchst schwierigen Bedingungen hier Wurzel zu fassen, gar sehr modificirt werden, und war dann in seinen Wirkungen doch anders, als dort, woher man es entnommen; um so achtsamer, thätiger, erfindungsreicher mußte man sein. Worauf es vor Allem ankam, daß stetig, im Zusammenhang, nach allen Richtungen gleichmäßig und aus einem Gesichtspunkte gearbeitet werde, daß ein fester Mittelpunkt da sei, „nach dem alle Rathschläge wie die Linien in einem Zirkel sich streckten", das war des Fürsten Sache und darin hatte er seine eigenste Begabung. Es war nicht irgend eine Virtuosität noch wechselnde Liebhabereien, die sein Thun bestimmten; es war noch weniger ein im Voraus bestimmendes System, eine politische oder kirchliche Doctrin, nach der er „seinen Staat" formte. Seine Art glich der des gesunden Lebens, das aus jeder Speise das Nährende, aus jeder Erregung das Kräftigende, aus der Arbeit Gesundheit und Lust zu neuer Arbeit gewinnt. Er lebte und webte in seinem Staat; auf ihn bezog, von ihm aus bestimmte sich ihm Alles. Stets in Mitten der Geschäfte und unermüdlich in ihnen, bei jedem Einzelnen in der lebendigen Empfindung des Ganzen, in Allem großen Sinnes und für alles Bedeutende voll Interesse, nach allen Richtungen hin weiten Blickes, belebend und impulsirend, mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit wirkend, so führte er sein Regiment.[201])

Das ist der Eindruck, den das Lesen der Acten dieser an Thätigkeit so reichen Jahre giebt. Da gehen den Regensburger Verhandlungen, dem Cölner Zuge, den großen politischen Combinationen zur Seite die eingeleiteten Reformen in der Verwaltung, die Organisation der Armee, die Ordnung der Finanzen. Es werden die Arbeiten begonnen, die Oder mit der Spree zu verbinden, um den durch den schwedischen Besitz von Stettin gelähmten Oderhandel in die Elbe zu führen. Es werden Eisenhammer, Glashütten, Kupferwerke angelegt. Zugleich beginnt Dr. Turnow Vorarbeiten zu einem allgemeinen Landrecht, zu einer umfassenden Justizreform. Die Kurfürstin gründet in ihrem Oranienburg mit der thätigen Hülfe Schwerins eine Musterwirthschaft, die dem Garten- und Wiesenbau in den Marken Eingang schafft. Die endlich erfolgte Rückgabe Hinterpommerns und der verwahrloste Zustand des Landes fordert umfassendste Thätigkeit; die erste Sorge ist die Befestigung Colbergs, die Sparr zu leiten erhält; dann wird dort eine „Akademie ritterlicher Uebungen" errichtet, die Jugend des hinterpommerschen Adels zum Kriegsdienst wissenschaftlich vorzubereiten, damit die Junker, nachdem sie ihre Schule gemacht, — auch französisch und spanisch wird da gelehrt — auswärtige Dienste, „besonders in der französischen Garde" suchen, um nach solchen Wanderjahren als erfahrene Officiere in den kurfürstlichen Dienst zurückzukehren.[202]) Schon sind die Anleitungen getroffen in Duisburg eine Universität zu errichten[203]), deren feierliche Inauguration durch Fürst Moritz von Nassau demnächst (14. October 1655) erfolgt, dem thätigen Jesuitencollegium in Düsseldorf gegenüber, das die Pfalzgrafen von Neuburg mit besonderer Vorliebe pflegen und für ihre Umtriebe in Cleve und Mark benutzen, ein rechter Vorposten des reformirten Bekenntnisses und des freien wissenschaftlichen Geistes. Denn diesem will der Kurfürst in seinen Landen eine sichere Stätte bereiten; als eifernde Geistliche gegen den Vortrag der Cartesianischen Philosophie auf der neuen Universität Beschwerde erhoben, war seine Antwort, daß keiner der Professoren für seine Lehren einer Synode oder Kirchenversammlung verantwortlich sei.

Freilich, bereites Entgegenkommen und williges Eingehen, ein Verständniß dessen, was er wollte, fand er bei seinen Unterthanen im Entferntesten nicht.

Auf jedem Schritt trat ihm die Stumpfheit und Rohheit, an welche sich die Menschen in dreißig furchtbaren Kriegsjahren gewöhnt hatten, in den Weg; überall hemmte und lähmte ihn der Wust verkommener Formen, die Trägheit und der selbstsüchtige Trotz des alten Rechts, das

mit dem Untergang der alten Zustände seine Bedingungen und seine Rechtfertigung verloren hatte und doch überall in die neue Ordnung der Dinge hinüberwucherte.

Die alte Libertät empfand sehr wohl, was ihr die im Friedensinstrument bezeichnete völlige Landeshoheit, die Souverainetät bedeutete. Mit den eingeleiteten Reformen in den Finanzen und im Heerwesen, die sehr bald die Linie erreichten, wo sie die Rechte und Interessen der Herren Stände trafen, begann der entscheidende Kampf. Fast in jedem der deutschen Territorien des Kurfürsten — Preußen war vorerst noch durch Polen gedeckt — nahm er einen andern Verlauf, den merkwürdigsten in den Marken und in Cleve-Mark.

Die Stände.

Man hat wohl von den brandenburgischen Ständen gesagt, daß sie mit Einsicht auf die Pläne ihres Fürstenhauses eingegangen seien, sie mit Eifer und nach Kräften unterstützt hätten.

Nur in sehr beschränktem Maße ist das richtig. Allerdings war der Kurfürst, wenn er sein Kriegsvolk erhalten und mehren wollte — und er habe nun einmal, sagte er ihnen, die Behauptung seines Landes und Staates auf die Waffen gestellt — zunächst auf die Hülfe der märkischen Stände angewiesen. Schwer genug lag die Contribution auf dem Lande; in 28 Monaten, klagen sie, vom 1. September 1650 ab, hätten sie 340,765 Thaler auf die kurfürstliche Soldateska gesteuert, mehr als in den Zeiten des Krieges, wobei man noch nicht einmal die doppelte Metze und die Licenten rechne; sie hätten auf dem Landtag von 1652 so hohe und ansehnliche Summen bewilligt, wie kein Potentat im Reich seit dem Frieden von seinen Unterthanen erhalten habe.[204])

Aber in demselben Maße wurden ihre Gravamina mannigfacher und ihre Forderungen eingreifender. Was ihnen die Recesse vom 12. Mai und 8. Juni 1652 gewährt hatten, genügte ihnen keinesweges; kaum daß das Versprechen des Kurfürsten, demnächst den Landtag „ohne Verlierung einiger Zeit“ zum Schluß zu bringen, beruhigte.

Die Wiederberufung verzögerte sich; sie begannen zu besorgen, daß sie überhaupt nicht mehr erfolgen, von Abstellung der Gravamina nicht mehr die Rede sein solle. Endlich zum 15. Mai 1653 wurde der Landtag berufen. Man begann mit höchst beweglichen Klagen: bei den Unterthanen werde, wenn man nicht endlich zum ersehnten Abschluß komme, über die

Maßen große Ungeduld und Unwillen sich regen; schon seien die Obrigkeiten in den Städten und auf dem Lande bei dem gemeinen Pöbel in dem Verdacht, als werde ihre Nothdurft nicht genügend vorgetragen und sie nur unbilliger Weise in Aengsten gelassen; es werde den Ständen im höchsten Maß despectirlich sein, wenn sie wieder ohne einigen Schluß entlassen würden; es gehe in den Nachbarländern darüber schon mancherlei Urtheil, es werde ihnen zu noch mehrerer Verkleinerung gereichen. Sie berufen sich auf des Kurfürsten „Clemenz und Gütigkeit, wie denn darin große Häupter und Potentaten sich gleichsam der Gottheit nahen und daher von der heiligen Schrift Götter genannt werden“; sie erklären sich bereit, ihrer Seits „Alles, was mensch- und möglich ist, zu thun“, aber zu einem Abschluß müsse es kommen.[205])

Wohin geht also die Absicht der Stände? Wollen sie den miles perpetuus beseitigen, so müssen sie nicht das irgend Mögliche zu leisten versprechen, sondern daran erinnern, daß zur Vertheidigung des Landes das Lehnsaufgebot da ist, und daß Vasallen und Unterthanen nicht bloß die Pflicht, sondern auch das Recht haben, das Land zu vertheidigen. Wollen sie das Interesse derer, für die sie auf dem Landtage sprechen, das Interesse des tief erschöpften Landes vertreten, so müssen sie fordern, daß die Militärorganisation sich nach den Mitteln richtet, die das Land aufbringen kann, nicht die Last des Landes so gesteigert werde, wie die Militärorganisation fordert.

Was die Herren Stände gewollt haben, zeigt der Receß vom 26. Juli 1653. Er enthält nicht bloß eine Bestätigung aller früheren Recesse, er erweitert auch den von 1652 noch um eine Reihe wichtiger Zugeständnisse. Sie sind für die sociale Stellung des märkischen Adels normativ geworden; sein Herrenrecht, der Vorzug seines Blutes, ist in ihnen vertragsmäßig begründet.

Seit einem Jahrzehnt war in den ritterschaftlichen Anträgen die Forderung aufgekommen, adlige Güter nicht in bürgerlichen Besitz kommen zu lassen, „sintemalen doch Adel und Bürgerstand nicht zusammenwachsen und in vornehmen Zusammenkünften und Aufwartungen sich schwerlich vergleichen werden“; jetzt ist das zugestanden, nur mit dem Vorbehalt, daß der Kurfürst getreue Bediente von der Bürgerschaft bei Verleihung heimgefallener Lehen nicht gänzlich ausschließen wolle.[206]) Das bisher nur in der Neumark geltende Privilegium, daß dem kurfürstlichen Fiscal nicht gestattet sein soll, denen vom Adel in ihre Gerichte einzugreifen, wird jetzt auf alle Marken ausgedehnt. Selbst die Ehegemeinschaft

zwischen Adel und Nichtadel erhält eine Schranke völlig neuer Art: „wenn eine adlige Tochter sich außerhalb ihres Standes, aber an einen honesten Mann verheirathet", so soll das Gericht nach Stand und Lage des Mannes entscheiden, wie viel an ihrer Mitgift aus dem Lehnsgut zu kürzen ist. Unter den Beschwerden von 1643 ist auch die gewesen, daß der Adel in dem uckermärkischen, stolpischen, dramburgischen und arenswaldischen Kreise von Alters her über seine Unterthanen und deren Kinder die Leibeigenschaft gehabt, und daß sich viele der Subjection ihrer Junker entziehen, um in die Aemter und Städte zu gehen; in dem Receß von 1653 heißt es: „die Leibeigenschaft soll an den Orten, da sie eingeführt und gebräuchlich ist, allerdings verbleiben", und im Zweifelsfall soll nicht der Junker für seinen Anspruch, sondern der Unterthan gegen denselben den Beweis zu führen haben; also die Präsumtion soll für die Leibeigenschaft sprechen.[207]) Die Auslassung der Namen der Kreise, wo die Leibeigenschaft hergebracht sei, hat dann nicht verfehlt, ihre Wirkung zu üben.

Für diese und ähnliche Zugeständnisse machten die Stände ihre Bewilligungen; aber beachte man wohl, in welcher Gestalt.

Der Kurfürst hatte 1652, auf jenen Plan von Curt Bertram von Pfuel zurückgehend, den Ständen vorschlagen lassen, „durch eine durchgehende unpassionirte Gleichheit die Last der Contribution zu erleichtern, indem dieselbe zugleich ein Mittel zu besserem Aufnehmen des Landes und zu vertraulicher Einigkeit sei". Die Ritterschaft hatte den Vorschlag verworfen, „weil sie dadurch aus ihrer Verfassung geworfen werden möchte".[208]) Aber eben so wenig war man gemeint, „den verhaßten Namen der militärischen Contribution, worauf in Ermangelung der Mittel die Execution stracks auf den Fuß folgt", ferner zu behalten. Man verstand sich zu einer Bewilligung von 530,000 Thalern in sechs Jahren, die terminweise und nach der alten Quotisation der Kreise, Städte u. s. w. aufgebracht werden sollte; man verwilligte auf dieselbe Zeit noch die doppelte Metze.

Also keinesweges verpflichtete man sich zu einer dauernden Leistung; man gewährte nicht die Mittel zu einer dauernden militärischen Organisation; wenn sie dem Kurfürsten für seinen status so nothwendig schien, so war das seine Sache, und er mochte nach sechs Jahren neue Bewilligungen mit neuen Zugeständnissen erkaufen. Man hatte die Schraube ohne Ende in der Hand.

Merkwürdig, daß sich der Kurfürst auf ein solches Provisorium einließ; merkwürdiger, daß er dafür so große Gewährungen machte, wie der

Receß enthält. Vielleicht hat man in den leitenden Kreisen die Consequenzen nicht geahndet, die sich aus den nun vertragsmäßig festgestellten Artikeln entwickeln ließen; vielleicht hat man nur gemeint, das Unvermeidliche, das dem Lauf der Dinge Entsprechende, das schon thatsächlich Geltende rechtlich anzuerkennen. Und wie einmal die Lage der socialen Verhältnisse war, mochte es kaum ein anderes Mittel geben, die unteren Schichten wieder zu ordnen und wurzelfest zu machen, als indem man den Obrigkeiten in Stadt und Land weiteste Befugniß und ein eigenes Interesse an der Festigung der lose gewordenen Massen gab.

Vielleicht ist noch ein anderes Moment zu beachten. Allerdings vollendet der Receß von 1653 dies Ständewesen in den Marken; aber er ist zugleich der Wendepunkt für dasselbe. So viele Befugnisse eingeräumt werden, es ist keine einzige von wirklich politischer Natur darunter, weder die des Zusammenkommens und Beschließens ohne landesherrliche Berufung, noch der unmittelbaren Theilnahme am Regiment, noch der Verbindung nach Außen hin; es ist nicht das Geringste zugestanden, was die landesherrliche Prärogative beschränkte, das werdende Wesen des Staates beeinträchtigen könnte. Das Unheilvolle der alten Libertät war überall, daß die Function der öffentlichen Macht in Privatbesitz gekommen, zu nutzbarem Recht geworden waren, und daß die Herren Stände, gleichsam autonome Fragmente der öffentlichen Macht, das Regiment des Ganzen mit führten oder wohl allein führten; es war, wenn der Ausdruck erlaubt ist, die Landesverfassung zugleich Staatsverfassung. Und mit Recht hießen an manchen Orten die Stände „Staaten"; jeder von den Herren hatte seinen „Staat" so gut wie der Landesherr. Die große Frage der Zeit war, wie dieser verworrene und unbehülfliche Zustand zu regeln sei, wie die öffentliche Macht, deren feste Schließung in ungeheuren Erlebnissen als unentbehrlich erkannt war, sich mit denen, die so viele der ihr gebührenden Attribute an sich gebracht, auseinandersetzen solle. Anderer Orten geschah es so, daß etwa die „Staaten" zum Staat wurden, oder so, daß monarchische Willkühr, militärische Usurpation, Empörung der unteren Classen die Libertät entrechtete. In den Marken kam man zu einem andern Ergebniß, und der Receß von 1653 vollendet es. Die Stände sind und heißen Obrigkeiten; als solchen wird ihnen ihr Recht und Vorrecht gelassen und erweitert; die Summe der Communalverhältnisse ist fortan in ihrer Hand; aber auch nur diese. Es scheidet sich die Staatsverfassung von der Communalverfassung; die „Städte und ihre Unterthanen", die „Ritterschaft und ihre Unterthanen", die Kreise, die Provinzen sind unter

dem Kurfürsten und „seinem status"; und dieser kurfürstliche status, nicht mehr ständisch und territorial, ist im Stande, in gleicher Weise sich zu seinen anderen Territorien zu verhalten, für alle und über alle der Staat zu sein.

Eben dies war es, was die Stände in den rheinischen Landen fürchteten; sie begriffen, daß nur ihr politisches Recht sie vor dem schütze, was sie den absoluten Dominat des Kurfürsten nannten[209]); sie wollten um keinen Preis brandenburgisch werden.

Und sie hatten die Mittel in Händen, den Kampf mit Erfolg zu führen. Sie waren gesichert durch die kaiserlichen Privilegien der Union aller Erbschaftslande, durch die Reverse ihrer früheren Fürsten; nur mit dem Vorbehalt ihrer Rechte hatten sie einst Brandenburg und Pfalz Neuburg zur einstweiligen gemeinsamen Regierung zugelassen, ihnen die einstweilige Theilung des Regiments gestattet. Sie hatten diese Zeit des Provisoriums vortrefflich benutzt, ihre Privilegien zu erweitern, wie denn der Kurfürst in dem Hauptlandesreceß von 1649 die umfassendsten Zugeständnisse gemacht hatte, um nur zum Schluß zu kommen. Nur um so schwieriger wurden sie; sie hatten die Garantie der Staaten, die gern bereit waren, der Libertät gegen den Kurfürsten jede Hülfe zu leisten; sie waren seit jener Intercession kaiserlicher Commissare im Herbst 1651 auch mit dem Wiener Hofe in Verbindung getreten, ja der von Hatzfeld hatte ihnen „rund heraus" gesagt: sie sollten sich unmittelbar an den Kaiser wenden.[210]) Sie eilten reichspatriotisch der Aufforderung Folge zu leisten, den Kaiser, als „der erbvereinigten Lande Ober- und Lehnsherrn, auch rechtmäßigen Executor des Friedensschlusses", anzurufen.

Im Januar 1652 hatte der Kurfürst die Stände nach Rees berufen, die Einzahlung der zur Abtragung der alten Kammerschuld bewilligten 600,000 Thaler mit ihnen festzustellen und zugleich 50,000 Thaler zur Erhaltung der Garnisonen zu fordern. Es lag ihm daran, vor seiner Rückkehr nach Berlin irgendwie die Dinge hier in Ordnung zu bringen; um so mehr, da der Ausgang des Unternehmens von 1651 seine Lage überaus erschwert hatte und der Reichstag bevorstand. Die Stände hielten da und dort Privatzusammenkünfte, die einen geneigt zu bewilligen und zu entschuldigen, die andern um so eifriger, erst Abstellung aller Beschwerden zu fordern. Fünfmal wiederholte der Kurfürst die Ladung zum Landtag, ohne Erfolg. Er konnte seine Abreise nicht länger verschieben; schon auf dem Rückwege erließ er ein Schreiben an die Stände (5. Oct.), in dem er versprach, daß den Beschwerden abgeholfen, die Reverse ausgefertigt, die Räthe auf die Recesse vereidigt werden sollten, sobald seine

Anträge bewilligt seien; er machte sie für die Folgen fortgesetzter Renitenz verantwortlich.

Schon hatte man sich zum Widerstande förmlich verschworen. Am 16. September waren neun clevische Cavaliere, unter ihnen der Präsident Wylich v. Winnenthal, fünf märkische Edelleute, unter ihnen der von Romberg zu Bladenhorst, auch einige städtische Abgeordnete zusammengekommen, die weiteren Schritte zu berathen; am 9. November hatten diese Patrioten, wie sie genannt wurden, eine Zusammenkunft in Cöln mit jülich-bergschen Ständen; sie banden sich jeder durch einen körperlichen Eid, „keinem Menschen zu offenbaren, was daselbst gehandelt worden". Das Verabredete wurde, so weit nöthig, den in Wesel versammelten Ständen von Cleve und Mark mitgetheilt; sie genehmigten, daß eine Deputation nach Regensburg gesendet werde; sie schlossen eine Vereinigung alle für einen Mann zu stehen, wenn dieser Sendung wegen Rechenschaft gefordert werden sollte, jeden Verlust oder Schaden, der daraus den Einzelnen entstehen werde, gemeinschaftlich zu tragen und zu ersetzen.[211]) Sie erließen an die Amtleute und Richter Weisungen, „bei ihren auf die Union geleisteten Eiden" die nicht verwilligten Gelder nicht zu erheben.

Mit der Sendung nach Regensburg zögerte man, bis die vollzogene Wahl dem Kaiser freie Hand gab. Nicht in der Versammlung aller Stände (im Juni zu Wesel), sondern in einer besonderen Zusammenkunft Weniger wurde der Beschluß gefaßt. Es gelang, von Cöln und Trier schriftliche Erklärungen an den Kaiser zu gewinnen, daß die Stände bei ihren erlangten Privilegien geschützt werden müßten; man hoffte, gleiche Erklärungen in Heidelberg zu erhalten. Gegen die Sendung protestirten zwölf Edelleute und drei Städte, weil die Sache in Wesel nicht berathen, vielmehr beschlossen sei, auf dem zum September berufenen Landtag zu erscheinen; diesem Protest wurde mit sittlicher Entrüstung, mit der Aufforderung (4. August) geantwortet, sich „nach Maaß der mit leiblichen Eiden beschwornen Union zu verhalten".

Im August 1653 begab sich die Deputation „der unirten Lande", wie man jetzt sagte, über Heidelberg zum Reichstag, an ihrer Spitze der kurfürstliche Rath Wylich zu Winnenthal, der kurz vorher „seinen Dienst quittirt hatte", weil er, wie er angab, mehre Vormundschaften zu führen habe und seine Güter verwalten müsse.[212]) In Regensburg wurden sie ohne Weiteres als Beauftragte der Stände angenommen; es wurde auf die Erinnerung, daß nicht die gesammten Stände ihr Mandat vollzogen hätten, daß sie nur von einer Fraction derselben geschickt seien, keine Rücksicht

genommen. Die Aufforderung der brandenburgischen Gesandten, erst mit ihnen zu conferiren, wiesen sie von der Hand und baten, sie mit ferneren Anträgen der Art zu verschonen; auf die „gnädigen Vorhaltungen", die nach des Kurfürsten Weisung dem von Wylich gemacht wurden, lautete dessen Antwort: er sei sehr dankbar, daß der Kurfürst keine Ungnade gegen ihn habe, es würde nie so weit gekommen sein, wenn er Zutritt zu ihm hätte finden können; wenn aber schlechte, unbekannte Leute zu hohen Aemtern erhoben und Andern über den Kopf gesetzt würden, so sei es Pflicht, des Landes Gerechtsame zu wahren; auf dem einen wie andern Wege werde er nicht aufhören, S. Kf. D. treu und hold zu sein, wie es einem ehrlichen Cavalier und getreuen Lehnsmann zieme.

Die Anträge, welche diese Herren beim Kaiser machten, waren sehr umfassender Art[213]): die „erbvereinigten" Stände hätten sich, weil sie gegen die kaiserlichen Rescripte und den Hauptreceß gravirt seien, laut ihrer Union zusammengethan, den Schutz des Kaisers anzurufen; vor Allem müßten sie wünschen, daß die im Friedensinstrument zugesicherte Entscheidung des Erbstreites endlich erfolge; sie bäten, daß Kais. Maj. die gänzliche Abführung der Soldateska, die Beseitigung der Werke von Hamm und Lippstadt befehle, durch Pönalmandate die Erhebung ungewilligter Schatzungen verbiete, daß er die Union und die Landtagsrecesse bestätige, sie berechtige, was sie zu des Landes Nutzen und Dienst nöthig finden, selbst zu veranschlagen und zu erheben; im Fall diese Bitten, so schließen sie, nicht Gewährung finden sollten, müßten die Landstände Hand und Fuß nicht ruhen lassen, sondern zur Beibehaltung ihrer Privilegien sich kraft ihrer beschwornen Union selbst vertreten, und wäre wohl zu considiren, daß die Lande an den Grenzen des Reiches gelegen seien.[214]) Auf die Abführung der spanischen Besatzung aus Jülich, der staatischen aus den clevischen Festen richteten sie keinen Antrag; ausdrücklich hatten die clevischen Stände erinnert (12. September), daß sie ihrerseis nur das landesherrliche Kriegsvolk abgeschafft wissen wollten.

Wir haben früher berichtet, wie bereit der Reichshofrath und der Kaiser selbst war, einzuschreiten, wie namentlich am 16. October ein kaiserliches Decret Demolirung von Hamm und Lippstadt, Abführung der Garnisonen, Abstellung der nicht bewilligten Schatzungen befahl.

Am Hofe zu Berlin hatte man diese Dinge anfangs nicht besonders beachtet oder nicht beachten wollen; man hatte kein Bedenken gehabt, den Grafen Moritz von Nassau Monate lang in Berlin verweilen zu lassen. Erst im Juli kehrte der Statthalter zurück; bald enthüllte sich die ganze Gefahr.

Man glaubte, daß der Mittelpunkt der Intrigue der junge Pfalzgraf Philipp Wilhelm sei, der seit dem März dem Vater in der Regierung gefolgt war. Gleich nach dessen Tod hatte er seinen Ständen in Jülich und Berg die umfassendsten Zugeständnisse gemacht;[215]) daß er an die alte Union der Lande erinnerte, sie vor Allem festzuhalten empfahl, gewann ihm die Herzen; dann war er nach Regensburg geeilt; glänzend, hochbegabt, voller Pläne, hatte er dort die Augen Aller auf sich gezogen; er sprach so, als wenn Brandenburg durch die Vorgänge von 1651 sich alles Rechtes auf die Rheinlande verlustig gemacht habe.

Auch er betrieb die Entscheidung des Erbschaftsstreites; er mochte hoffen, daß der Kaiser für ihn, den Schwager des Polenkönigs, den eifrigen Katholiken, entscheiden werde; er suchte den Kaiser zu überzeugen, daß die Allianz, über die der Kurfürst im Haag unterhandle, nur den Zweck habe, der Entscheidung, wenn sie gegen ihn falle, sich zu widersetzen.[216]) Zurückgekehrt berief er den westphälischen Kreis, in dem Jülich-Cleve das Directorium hatte, ohne die brandenburgische Zustimmung einzuholen, zu einem Kreistag nach Essen, um Rüstungen gegen die Lothringer beschließen und sich zum Kreisobersten wählen zu lassen. In Regensburg hatte er seinen General Reuschenberg zurückgelassen, mit dem die Deputirten unter der Hand Alles besprachen; von ihm selbst ist ein Schreiben an sie (10. August) erhalten, in dem er sie auffordert, den schuldigen Respect gegen ihn in Acht zu nehmen und ihm Alles getreulich mitzutheilen. In Regensburg und in Essen zeigte sich deutlich dieselbe leitende Hand.[217])

Daß der kaiserliche Hof, daß der Pfalzgraf sich zu solchen Dingen herbeigelassen, mochte ihre Politik entschuldigen; aber entrüstet war der Kurfürst, daß die Stände von Cleve und Mark, statt ihrem Treueid nachzuleben, Politik machen wollten, daß sich Einzelne erdreisten durften im Namen Aller aufzutreten, ohne öffentlich von ihnen verleugnet zu werden; ja diese Herren hatten am Hofe zu Heidelberg sich herausnehmen dürfen zu sagen: „durch Rauben, Plündern, Blutvergießen habe er den Amtleuten hart zugesetzt, dem Lande Hunderttausende abgepreßt"; sie hatten ihn vor dem Kaiser und dem ganzen Reich „gleichsam für einen Tyrannen und der das Reich in Unruhe gestürzt und wohl noch Schlimmeres thun werde, ausgerufen". Aber eben so klar war, daß man jetzt nur daran denken könne, noch größern Schaden durch Vorsicht zu verhüten; denn wenn auch ein Theil der Ritterschaft in beiden Landen, auch einzelne Städte nicht mit jenen Verschwornen einverstanden waren, so meinten doch auch sie, daß den Beschwerden abgeholfen, die Soldateska abgeführt, der

Hauptreceß in allen seinen Punkten vollzogen sein müsse, bevor man zu einem neuen Landtag erscheinen könne.

Es kam darauf an, sich mit diesen zu verständigen und jene völlig ins Unrecht zu setzen. Dahin lautete die Instruction, mit der Nassau zurückkehre.

Es war ein Großes, daß ihm gelang, am 2. September den Landtag von Cleve zu eröffnen. Aber das Versprechen, in allen Punkten den Wünschen der Stände nachzukommen, wenn sie die Deputation förmlich zurückberiefen, machte keinen Eindruck; eben so wenig die sehr ernste Ansprache des Statthalters, in der er darlegte, daß die nothwendige Folge eine Sequestration des Landes, danach das Haus Oestreich so lange getrachtet, sein werde, „was denn anders nicht geschehen kann als mit höchster Kriegsmacht, worinnen mit Gewalt wird gegangen werden". „Gott der Allmächtige", so schloß er, „strafe diejenigen, welche an diesem Unheil und Blutvergießen Ursach sind, und erleuchte mich und Eure Herrlichkeiten, dem Unheil vorzubeugen, auch recht zu bedenken, ob es nun Zeit sei, den Hamm zu schleifen und die Lippstadt mit weniger Volks zu besetzen, wodurch J. Kf. D., welcher unser aller Beschirmer nothwendig sein muß, außer aller Positur und Kraft gestellt werden würde, und ob die Herren Stände, das ganze Land und alle Benachbarten, die es mit treffen würde, sich alsdann nicht zu spät beklagen möchten, welches Gott gnädig verhüte."[218])

Der Landtag blieb hartnäckig. Man konnte nicht anders als mit Nachgiebigkeit in allen Punkten zum Schluß kommen; selbst die Entlassung der wenigen nicht im Lande geborenen Beamten, selbst die Verwendung der Einkünfte aus den Domainen nur im Lande und zum Nutzen des Landes und die Zusicherung, die Ueberschüsse nicht anderswohin abzuführen, mußte zugestanden werden. Dafür bewilligten endlich die Stände eine außerordentliche Steuer von 50,000 Thaler.

Mit Widerstreben ertheilte der Kurfürst diesem Receß vom 14. Oct. seine Genehmigung (16. December); er tadelte Nassau's zu große Nachgiebigkeit.

Schon hatte sich erfüllt, was er fürchtete. Die Stände forderten sofort Weiteres, Dinge „die der landesherrlichen Dignität und Superiorität zu nahe traten"[219]): daß für die Recesse von 1649 und 1653 die kaiserliche Bestätigung eingeholt, daß ein kaiserliches Commissorium etwa auf den Bischof von Münster ausgestellt werde, für die Abführung der Truppen aus Hamm und Lippstadt zu sorgen, daß demselben der Auftrag ertheilt werde, „über die Beobachtung der Recesse zu wachen und die vorfallenden

Contraventionen jedesmal abzuschaffen." In der That hatte der Kaiser bereits auf Antrag der Deputation, „die zu Kſ. Maj. Gefallen gereiche", Decrete dieses Inhalts erlassen, am 1. December auch die Confirmation der Recesse vollzogen, auch die Versicherung beigefügt, daß die Erbschaftsfrage demnächst entschieden werden solle.[220] Der kaiserlichen Huld gewiß, ließen die klugen Herren den Pfalzgrafen, dem man am kaiserlichen Hofe den Tag von Essen übel genommen, zur Seite liegen.

Daß alle diese Decrete des Kaisers ohne die geringste rechtliche Kraft seien, war nicht schwer nachzuweisen.[221] Die Deputation, auf deren Anträge er decretirte, war nicht legitimirt; es gab nach dem Friedensinstrument keinen Rechtstitel mehr, nach dem der Kaiser ohne Weiteres hätte decretiren und in den Bereich der Landeshoheit eingreifen können;[222] am wenigsten war er befugt, in ungehörter Sache einen Fürsten des Reichs gleichsam unter die Aufsicht eines anderen zu stellen. Freilich mit Protesten und Rechtsdeductionen war hier nicht zum Schluß zu kommen.

Es folgte jene Invasion der lothringischen und condé'schen Völker, das Jammern und Flüchten am ganzen Niederrhein, der Hülferuf des Kurfürsten von Cöln. Warum waren nun die tapferen Cavaliere der Union, die trotzigen Städte nicht zur Stelle, zu beweisen, daß sie des landesherrlichen Schutzes nicht bedürften? oder schützte der Kaiser ihr bedrohtes Land? schützte er es etwa damit, daß er jetzt neue Decrete zur Demolirung von Lippstadt und Hamm, zur Abführung der Truppen erließ? Die Feigheit und Erbärmlichkeit der ständischen Libertät, wie im Trierschen, Cölnischen, so namentlich in den Erbschaftslanden, kam Angesichts dieser schmachvollen Invasionen in ihr volles Licht.

Der Kurfürst, wie früher erwähnt, ließ sofort Kriegsvolk nach dem Rhein hin marschieren. Er beauftragte den Statthalter in Cleve, die Landvölker aufzubieten, Officiere zu bestellen, das Volk in Compagnien zu theilen, dem Obristlieutenant Hundebeck den Befehl zu übertragen; er wies ihn an, dies Aufgebot erst zu erlassen, nachdem die bewilligten 50,000 Thaler veranlagt seien, „sie möchten sonst Ursach nehmen, Schwierigkeiten zu machen und Verzögerung zu suchen". Er fügte hinzu, daß in Regensburg die Assistenz so gut wie beschlossen sei, „daher wir nicht hoffen wollen, daß jemand dagegen zu sprechen Ursach haben werde". Er ordnet an, wo Landwehren und Schanzen zu errichten, welche Plätze mit Landvolk zu besetzen, wie die Vasallen, die Landschützen zu vertheilen seien.

Das Aufgebot, mehr noch die Nachricht, daß brandenburgisches Kriegsvolk heranrücke, brachte bei den Ständen die äußerste Bestürzung hervor.

Sie beschlossen (3. März) eine Eingabe an den Kurfürsten, welche keines Commentars bedarf: „die an Kurcöln versprochene Assistenz drohe eine äußerst gefährliche Ruptur mit dem Herzog von Lothringen; ohne des Landes Vorwissen dürfe nach den Privilegien des Landes und dem Receß von 1649 in solchen und dergleichen wichtige Sachen nichts vorgenommen, noch weniger Kriegsvolk ins Land geführt werden; sie bäten demnach, der Kurfürst möge gleich dem Bischof von Münster, von Paderborn, dem Herzoge von Neuburg und andern Mitgliedern des westphälischen Kreises, die ferner im Reich gesessen und so großer schrecklicher Gefahr nicht unterworfen seien, ihr Land mit dieser Assistenz und daraus folgender Hostilität verschonen und seine zum Succurs bestimmten Völker wieder umkehren lassen; wenn, wie sie nicht hofften, dem nicht gewillfahrt werde, so würden sie genöthigt sein, Gott und der Welt zu verkündigen, daß sie an dem großen Unglück unschuldig seien u. s. w.

Es war nicht die Zeit, sich um das Lamentiren der Herren Stände zu kümmern. Sparr kam mit seinem Kriegsvolk, und wir wissen, was sein Erscheinen wirkte. Die Gefahr der fremden Invasion war damit keineswegs vorüber; die condé'schen Völker blieben in bedrohlicher Nähe. Der Kurfürst trug nicht das geringste Bedenken, das Kriegsvolk im Lande zu lassen, Hamm und Lippstadt in wehrhaftem Stande zu erhalten.

Die Herren Stände mochten die Faust in der Tasche ballen. Die Nachrichten aus Regensburg zeigten, wie Kurbrandenburgs Bedeutung im Reich emporwachse, wie entschlossen der Kurfürst vordringe. Die Deputation eilte, was noch irgend möglich war, in Sicherheit zu bringen; sie beantragte und erhielt ein kaiserliches Decret, daß die Einwohner von Cleve und Mark gegen Geldstrafen über 600 Gulden an den Reichshofrath oder das Reichskammergericht sollten apelliren dürfen; sie forderten eine Clausel im Reichsabschied, die Libertät der Lande gegen die Besteurung zu Zwecken der Reichsdefension sicher zu stellen. Als trotzdem jener Artikel 180 des Abschiedes verlesen wurde, legten sie (17. Mai) „in der Kurmainzischen Dictatur heimlich eine Protestation nieder“.

So hatten sie ja Alles aufs Beste verwahrt; sie hatten zum Schutz ihrer Union und Libertät gegen den Kurfürsten Dutzende von kaiserlichen Decreten und gegen den Reichsabschied ihren heimlichen Protest, den Recurs nach Speier und Wien obenein. Nach beendetem Reichstag lud Winnenthal — Romberg war schon vorher heimgekehrt — die Stände von Cleve und Mark ein, ihnen über den Verlauf seiner Sendung und wie Großes erreicht sei, Bericht zu erstatten.

Da erschien der Landdrost von Spaen mit einem kurfürstlichen Befehl, den Freiherrn Wylich von Winnenthal wegen Majestätsbeleidigung zu verhaften; und der Obristlieutenant Hundebeck stand mit einem Commando Reiter vor der Thür, den Arrestanten in Empfang zu nehmen. Trotz alles Protestes und Geschreis, mit Gewalt wurde er abgeführt und, als die Herren Stände ihre Waffen ergriffen und die Pferde bestiegen nachzueilen, mit Niederschießen gedroht, wenn er sich rühre.[223]) Ein gleicher Verhaftbefehl war gegen Romberg erlassen; er hatte sich aus dem Staube gemacht.

Ob das Verfahren rechtlich in aller Ordnung war, mag dahingestellt bleiben; den Ständen erschien es als ein Act empörender Gewalt. Sie riefen den Kaiser, Kursachsen, Pfalz Neuburg, die Generalstaaten an; sie hielten mit den Ständen von Jülich und Berg eine Zusammenkunft in Neuß; sie erließen eine Erklärung, das Geschehene sei gegen die Recesse, gegen göttliches und menschliches Recht, der Kurfürst könne gar nicht Richter sein über einen clevischen Edelmann, nur eine Commission von zwölf Ständemitgliedern, zu der vier kurfürstliche Räthe gezogen würden, dürfe ihn vernehmen; Majestätsbeleidigung gegen einen Kurfürsten gebe es nicht. Indeß wurde der Arrestant über Lippstadt nach Spandau abgeführt, Romberg bei Strafe der Confiscation seiner Güter aufgefordert sich in Berlin zum Verhör zu stellen.

Auch der Kurfürst hatte von dem Geschehenen in Wien Anzeige gemacht und den Kaiser gebeten, wenn deshalb Klage an ihn komme, dieselbe ab- und an ihn als den Landesherrn zu verweisen. Nach drei Monaten kam die Antwort: weder die Stände noch ihre Deputirten hätten Uebles gethan, sondern immer nur allen schuldigen Respect und höchste Devotion gegen den Kurfürsten gezeigt; der Kaiser wolle zwar niemanden „in seine etwa habende Hoheit, Jurisdiction und Gerechtsamkeit eingreifen, aber eben so müsse er als Oberhaupt des heiligen Reiches jeden in seinen Rechten und Privilegien schützen“ u. s. w. Das kaiserliche Schreiben wurde ad acta gelegt und der Proceß fortgesetzt.

Mit neuen Sendungen und Rechtsdeductionen bestürmten die Stände den Hof zu Wien, forderten „Schutz und nothdürftige Rechtshülfe, Pönalmandate und daß gegen den von Spaen und seine Helfershelfer nach der peinlichen Halsgerichtsordnung verfahren werde.“ Aber sie selber unterließen weislich irgend etwas zu thun, was sie, die Einzelnen, hätte in Gefahr bringen können; um so mehr da die kurfürstliche Regierung entschlossen schien, die Schraube schärfer anzuziehen.

Es erschien ein vom clevischen Rath Dr. Ising verfaßtes Gutachten im Druck, welches aus den Acten nachwies, daß die Stände nicht das Recht hätten, eigenmächtig ohne Berufung des Landesherrn sich zu versammeln, noch weniger mit auswärtigen Potentaten zu unterhandeln.[224]) Bald darauf wurde bekannt gemacht, daß das im Reichsabschied angeordnete allgemeine Defensionswerk ausgeführt werden und der Landtag zu dem Zweck sich am 25. November in Cleve versammeln solle.

Freilich traten vorher viele von den Ständen zusammen und beschlossen, daß sie zwar auf dem Landtag erscheinen, aber, bevor ihnen eine völlige Satisfaction gegeben sei, nichts bewilligen wollten; sie verpflichteten sich „vermöge des auf die Union geleisteten leiblich ausgeschworenen Eides daran festzuhalten und in keiner Weise davon abzugehen". Aber sie kamen doch und verhandelten.

Es wird erzählt, daß die Hauswirthe in Cleve die Cavaliere nicht hätten aufnehmen wollen, weil sie nicht ihre Zeche zu zahlen pflegten, obschon sie ihre Auslösung aus der Landescasse bezahlt erhielten, und daß auf Befehl des Kurfürsten 2000 Thaler angewiesen worden seien „zu einiger Beruhigung der Wirthe".

Gefordert wurde jetzt: die Stände sollten die Werbungen für König Karl II. von England bewilligen, die vom Reichstage genehmigt seien, und ihren Theil an dem Defensionswerk übernehmen, wie Art. 180 des Reichsabschiedes sie verpflichte. Jene Werbungen kauften sie ab mit 50,000 Thaler; in dem Defensionswerk verlangten sie auf Grund des Recesses von 1649 die Ernennung der Officiere und die Direction ihres Contingentes; daß der Receß sich nur auf die Landesvertheidigung beziehe und daß es sich jetzt um etwas ganz Anderes, um ein Reichsdefensionswerk handele, in dem nach der Ordnung des Reichs die Kreisobersten die Direction hätten, wollten sie nicht gelten lassen. Und daß ihnen die Befugniß, sich nach Belieben zu versammeln und auswärtige Verbindungen zu unterhalten, bestritten werde, galt ihnen als Bruch ihrer Privilegien. Ohne abzuschließen löste sich der Landtag auf.

Und somit hatten die Herren Stände sich das formelle Recht salvirt, nichts zu leisten und, wenn der Kurfürst, wie sie voraussahen, dennoch fordern und nehmen werde, wie ihn jener Art. 180 berechtigte, über Gewalt zu schreien und bessere Zeiten zu erwarten.

Wirrsal genug stand in Aussicht. Nicht darum, weil die Frage des Erbrechtes zu entscheiden einleitende Maßregeln getroffen wurden. Jedermann wußte, daß das nur zum Schein geschehe und daß der Kaiser die

Sache hinziehen werde, „so lange seinem Hause kein Krieg dienet". Auch die Stände, die so dringend die nöthige Entscheidung gefordert hatten, wünschten sie keineswegs; ihre Libertät gedieh am besten unter getheiltem, provisorischem Regiment; und wenn die zur Zeit possidirenden Fürsten durch neue Prätendenten beunruhigt wurden, desto besser für die Libertät.

Des Pfalzgrafen Gunst am Kaiserhofe war schnell vergangen. Die Pläne und Hoffnungen des Wiener Hofes hatten unerwartet einen schweren Schlag erlitten; der jüngst zum römischen Könige gewählte Ferdinand IV. war am 9. Juli gestorben; damit stand man plötzlich wieder vor allen Schwierigkeiten einer neuen Königswahl, die man bei der Kränklichkeit des Kaisers zu beschleunigen wünschen müßte; man hatte dieselben Controversen über die Reichsverfassung, über den Reichshofrath, über die Wahlcapitulation, deren man sich so eben mühsam erwehrt hatte, dieselbe Opposition der evangelischen Fürsten zu erwarten, deren Führer der Kurfürst von Brandenburg war, dem man Kaiserlicher Seits so übel mitgespielt, so übel Wort gehalten hatte. War es für das Haus Oestreich eine Lebensfrage, daß dem jetzt einzigen Sohn des Kaisers, dem Erzherzog Leopold Ignatius die Nachfolge im Reich gesichert werde, so mußte man eilen, sich der Kurstimmen zu versichern.

Die geistlichen Kurfürsten meinte man billig haben zu können. Der von Heidelberg hatte Anspruch auf vier der schönsten Aemter im Jülichschen; das Friedensinstrument hatte ihn auf den Rechtsweg verwiesen; jetzt autorisirte ihn der Kaiser zur Besitzergreifung und wies den Pfalzgrafen von Neuburg an, die Güter zu räumen. Der Neuburger wandte sich in seiner Noth nach Brüssel; der Cölner Kurfürst bemühte sich, Aufschub zu gewinnen, damit in so gefährlichen Zeiten hier nicht Unheil entstehe.[225])

Auch Kursachsen suchte am Rhein seinen Preis für die Wahl; es erinnerte in Wien an seine alten Ansprüche. In dieser Sache waren die ernestinischen Höfe Eines Sinnes mit dem Dresdner; von Altenburg und Weimar kam ein schlauer Vorschlag nach Dresden: der Kaiser sei nicht ohne Ursach in Sorge, daß ihm bei der Wahl Frankreich oder Baiern in den Weg komme; der Kurfürst möge sich durch ein Handbrieflein die Festung Jülich ausbedingen; zwar läge spanische Besatzung da, aber der Kaiser werde leicht eine spanische Ordre erlangen können, wie mit Frankenthal geschehen sei, um die Wahl von 1653 zu fördern; die Besatzung könne einstweilen für eine spanische gelten und dann nach geschehener Wahl „die kur- und fürstlich sächsische Fahne fliegen lassen."[226])

Und nun hieß es, daß auch Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrücken,

der soeben den schwedischen Thron bestiegen, seine Ansprüche auf die Erbschaftslande geltend machen wolle. So gut wie Pfalz Neuburg war er Enkel von einer jüngern Schwester des letzten Herzogs von Jülich, während Brandenburg von der ältesten Schwester stammte. Beruhte Brandenburgs Recht darauf, daß allein die älteste Schwester erbe, wie hatte dann 1609 Pfalz Neuburg zum Mitbesitz zugelassen werden können? war der Linie der zweiten Schwester ein Recht zugestanden, wie konnte man da die der dritten Schwester, die Zweibrückner, ausschließen?[227])

Mit dem November 1654 war der bremische Streit beendet. Die schwedischen Völker in Bremen und Verden wurden nicht entlassen, sondern gemehrt. Und mit der Abdankung Christinens war die Vertraulichkeit Schwedens mit Spanien und Oestreich schnell zu Ende, die alten Beziehungen mit Frankreich leicht erneut. Frankreich suchte Hülfe gegen Spanien, kräftigere als die bloße Opposition gegen den Kaiser. Wie wenn nun Karl Gustav Jülich forderte und nahm und so, wie früher die Oranier, im Bund mit Frankreich die spanischen Niederlande im Rücken faßte? Die Herren im Haag hätten es nicht gehindert; ihr Motto war: „Frieden in unsern Tagen, Frieden überall";[228]) noch weniger der Kaiser, in dessen Landen die Evangelischen nichts sehnlicher wünschten als eine schwedische Invasion; am wenigsten die katholischen Fürsten am Rhein, Trier, Cöln-Lüttich, Pfalz Neuburg, Münster, wenn sie auch ein Bündniß, wie es hieß, gegen die lothringischen und condé'schen Völker zu schließen eilten.[229])

Es kam anders, wie man erwartet hatte. Karl Gustav mied den Westen; er stürzte sich auf Polen.

Der schwedisch-polnische Krieg.

1655—1657.

Es ist eine billige Weisheit, aus geschichtlicher Nothwendigkeit, etwa aus der, daß ein norddeutscher, ein evangelisch-deutscher Staat habe entstehen müssen, das Emporkommen Brandenburgs zu erklären. Solche Nothwendigkeiten schaffen nicht, sie ermöglichen nur; sie können erfüllt werden, oder auch unerfüllt bleiben. Es hieße das geschichtliche Thun um den besten Theil seines Werthes und seiner Verantwortlichkeit kürzen, wenn man verkennen wollte, daß, was da geschieht, durch Wahl und Entschluß, durch Willen und That geschieht, nicht ohne die Schuld geschieht, die an jeder That haftet.

Immerhin mag Vielen, welche unter der Ohnmacht des Reiches, unter der drückenden Uebermacht Schwedens, unter dem Zwiespalt der Confessionen in Deutschland litten, der Gedanke gekommen sein, daß sich in Norddeutschland eine Macht bilden müsse, die das deutsche Interesse gegen Schweden und trotz Oestreich, das evangelische gegen Oestreich trotz Schweden vertrete. Immerhin mag auch Mancher des Brandenburgers Bemühen in solchem Sinn gedeutet und anerkannt haben, daß er etwas, was gut, rühmlich, nothwendig sei, zu leisten versuche. Aber ob es ihm gelingen werde und gelingen könne, mag den Klugen mehr als zweifelhaft erschienen sein; „seine Fantasie, sagte man, ist fast immer mit Projecten und Entwürfen beschäftigt die unausführbar sind". [230])

Allerdings hatte er da und dort einen Erfolg gehabt; aber sah er nicht, daß mit jedem Schritt weiter sich neue Schwierigkeiten, größere Gefahren wider ihn aufthürmten?

Er hatte Schweden gezwungen, Hinterpommern zu räumen; war nicht zu berechnen, daß Schwedens Rache ihm größern Schäden schaffen werde, als jener Besitz ihm Gewinn bringen konnte? Er hatte dem kaiserlichen Hof unmöglich gemacht, das Friedensinstrument nach östreichischem Interesse zu deuten und zur Seite zu schieben; aber hatte er gewonnen, was Oestreich verloren hatte? hatte er Dank und Freunde und eine feste,

schützende Ordnung im Reich damit gewonnen? Der Cölner hatte sich seine Hülfe wohl gefallen lassen; aber auf dem Reichstage stimmte er nicht nach dem Wunsch Brandenburgs; und die dort mit Brandenburg stimmten, die evangelischen Fürsten, sie waren weit entfernt, auch des Weiteren sich zu des Kurfürsten Politik zu halten; die ernestinischen Herren standen in der jülichschen Sache wider ihn und zu Kursachsen; die welfischen Herzöge, sein eigener Schwager in Cassel blieben im hildesheimischen Bunde, trotz der Verbindung mit ihm.

Und wenn er dann wenigstens seiner Lande völlig mächtig, des guten Willens seiner Vasallen und Unterthanen gewiß gewesen wäre. Neuer Anfänge, eingeleiteter Reformen gab es da genug; aber mit jeder neuen Maßregel wuchs der Widerstand der Stände, wurde erbitterter; selbst die in den Marken, denen mit dem Receß von 1653 vollauf gegeben zu sein schien, traten, sehr aufgeregt über den wachsenden Steuerdruck, über die Begünstigung der Reformirten, ohne kurfürstliche Berufung zusammen und forderten Abstellung der Beschwerden, Vollziehung des Recesses. Er ließ sie dann freilch hart an, daß sie sich unberufen versammelt hätten, daß sie verführen, als müsse er erst durch ihr Dreinreden bewogen werden, zu halten, was er versprochen; und seinem Befehl, auseinander zu gehen (19. Mai), leisteten sie Folge; aber hatte er sie damit befriedigt? war er um so viel stärker, den von außen drohenden Gefahren zu begegnen? Entweder, das schien die einfachste politische Klugheit zu lehren, er mußte sich mit seinen Ständen und Unterthanen verständigen und ihre Sympathien gewinnen, wenn er in der auswärtigen Politik, in dem Kampf der Mächte eine Rolle spielen wollte, oder er mußte, selbst mit Opfern, sich die Gunst des Kaisers, die Nachsicht Schwedens, die Fürsprache der Staaten, der polnischen Republik gewinnen, um seine Stände dahin zu bringen, wohin er sie haben wollte, und den Ausbau im Innern, wie er ihn begonnen, hinauszuführen. Aber daß er, „wie das Volk Israel bei der Herstellung des Tempels", mit der einen Hand an dem Werk bauen und mit der andern Hand die Waffen halten wollte, das schien nicht weise, das versprach kein gutes Ende.

Schlimm genug ließen sich die Dinge an, seit die Krisis im Osten herandrohte. Alle anderen Verwicklungen am Rhein, im Reich, mit Polen, mit dem Kaiser schienen für das Haus Brandenburg von untergeordneter Bedeutung, diplomatische Schachzüge; von Schweden her drohte ihm ein Kampf um die Existenz. „Wohin ich sehe, steht mir Brandenburg im Wege", hatte der junge König gesagt.[231])

Daß Friedrich Wilhelm diesen Kampf voraussah, daß er entschlossen war, ihn aufzunehmen, zeigen die rastlosen Rüstungen, die er trotz alles Widerstandes seiner Stände, trotz der tiefen Erschöpfung seiner Lande betrieb. Aber eben so klar war, daß er militärisch noch nicht fertig war, daß er den Zusammenstoß noch hinauszuschieben wünschen mußte.

Aber hatte er nicht schon 1653 Dinge gewagt, die zum Aeußersten führen konnten?

Mit sicherer Fühlung hatte er da sein Tempo genommen; es war ein Moment, wo die schwedische Politik in sich unsicher und im Schwanken war. Verweilen wir einen Augenblick dabei; es ist der Punkt, von dem aus der weitere Gang der Dinge sich erklärt.

So stolz und staunenswürdig die schwedische Macht war, sie hatte ihre stillen Schäden, welche die Spannung der immer neuen Kriege, die Eroberung und Plünderung in fremden Landen, die Gewöhnung des Herrseins und Soldatseins nur gesteigert, nicht ausgeheilt hatte. Mit dem Frieden brachen diese Schäden auf. „Die heimgekehrten Soldaten und Officiere," heißt es in einem Gesandtschaftsbericht, „können sich an den Zwang und die Genügsamkeit daheim nicht gewöhnen." Die alte Eintracht der Stände, wie sie Gustav Adolphs Tage bezeichnet, war dahin. Die Zeit der Minderjährigkeit seiner Tochter hatte der Adel benutzt, in Masse Güter der Krone an sich zu bringen, die Bauern tief und tiefer „in die Knechtschaft hinabzudrücken", seine alte Pflicht zu Dienst und Aemtern im Staat und Heer in ein ausschließendes Recht zu verwandeln, dem gebornen Adel Herrenrecht über die „schlechtbürtigen Stände" zu sichern. Schlimmeres als die alte Libertät, oligarchisches Regiment in einem einheitlich mächtigen, militärischen Staat war hier fast reif. Von der jungen Königin, wenn sie selbst das Regiment übernehme, hatte man Rettung gehofft. Sie war von glänzender Begabung, kühnen Geistes, von königlichem Selbstgefühl, aber überreizt und übersättigt von so viel Ruhm, nach dem Erstaunlichen und Unerhörten lüstern, ein weiblicher Alcibiades, nur unschön, unsauber, cynisch. Gelangweilt von dem Zwang und den wachsenden Mühen ihrer königlichen Pflicht, faßte sie den Gedanken, inmitten ihrer Glorie von der Bühne abzutreten. Seit dem Ausgang von 1651 war ihr Wille im Lande bekannt; je länger sie zögerte ihn zu erfüllen, desto tiefer wurde die innere Gährung, desto unsicherer die äußere Politik; um die Zeit, da jene pommersche Frage in Regensburg spielte, glaubte man in Schweden, daß die Bauern verschworen seien, aufzustehen, „allen Adel todtzuschlagen". Daß die Königin für die östreichische Wahl sprach

und sprechen ließ, war ein erstes Zeugniß ihrer Hinneigung zur spanischen Politik, des Einflusses, den Don Pimentel auf sie gewonnen; er war der Vertraute ihrer schon weiter schweifenden Gedanken, die heimlich anwesende Jesuiten zu nähren verstanden. Sie schien nur noch den Beifall Spaniens und Oestreichs zu suchen; ohne Befragen des Reichsraths befahl sie den Angriff auf Bremen. Es war ihr letzter Act; im Juni 1654 übergab sie die Krone an Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken; mit fester und kühner Hand ergriff er das Steuer.

Die Spannungen im Innern zu überholen und die dominirende Stellung Schwedens zu behaupten, gab es nur ein Mittel. „Andere Staaten," hatte Adler Salvius in Lübeck gesagt, „führen Krieg, weil sie reich sind; Schweden muß Krieg führen, weil es arm ist".[232]) Thaten Ruhm, Beute, das waren die Mittel, den innern Kampf zu lösen; in dem Rausch neuer Kämpfe und Siege mußte Adel und Volk seinen Hader bis auf Weiteres betäuben.

Der bremische Krieg war im Gange; Karl Gustav konnte ihm weitere Dimensionen geben, er konnte auf Anlaß der Zweibrückner Ansprüche sich auf Cleve-Jülich wenden, zugleich als Pfand das zu leichten Kaufs aufgegebene Hinterpommern wieder besetzen. Allerdings schickte er sofort gegen Bremen — die ersten Angriffe waren mißlungen — Verstärkungen; aber nachdem der Waffenehre genug gethan, zeigte er sich zu unterhandeln bereit. Die Dinge im Reich waren nicht mehr wie vor 1648; wenigstens Brandenburg war gerüstet, der schwedische Einfluß auf die evangelischen Fürsten gesunken; weitere Gefährdung Bremens hätte auch die Braunschweiger Herren gegen Schweden in Waffen gebracht, und sie hätten wie bei Brandenburg so bei Holland Rückhalt gefunden. Der König brauchte rasche glänzende Erfolge, solche, die möglichst weit außer dem Bereiche und der Concurrenz der Westmächte, die in dem eigensten Machtgebiet Schwedens lagen. Die neugewonnenen Provinzen an der Elbe und Weser brachten dem Schatze gute Einkünfte, gaben der Krone Sitz und Stimme im westphälischen und niedersächsischen Kreise, wie Pommern im obersächsischen, waren vortrefflich als Werbeplätze, denn nach wie vor bestand das schwedische Heer zur Hälfte aus deutschem Volk; aber militärisch waren sie nur wie Außenwerke, wie vorgeschobene Posten, allenfalls Stützpunkte für einen dänischen Krieg. Die Zukunft Schwedens stand auf dem baltischen Meere und dessen Beherrschung.

In Betreff der baltischen Frage hatte Deutschland mit dem großen Kriege den letzten Rest seiner Bedeutung verloren. Die Odermündungen,

Rügen, Wismar waren schwedisch, mit den Licentämtern waren auch Warnemünde und die hinterpommerschen Häfen unter Schwedens Hand; den Kieler Hafen und Neustadt, das die lübische Bucht beherrschte, hatte der Herzog von Holstein Gottorf, der in der unvermeidlichen Vetternrivalität mit Dänemark bei Schweden Rückhalt suchte, mit dessen Tochter Karl Gustav seit Kurzem vermählt war.

Aber noch waren wichtigste Positionen der Ostsee im Besitz Dänemarks, Polens; und der Großfürst von Moskau drängte nach der Küste.

Dänemark hatte im Frieden von 1645 Bedeutendes opfern müssen, Gothland, Oesel und am Kattegat Halland. Aber noch hatte es den Sund, jenseits des Sundes Schonen, Blekingen, Landschaften, die geographisch zu Schweden zu gehören schienen; es hatte Bornholm, das die Fahrt von Stockholm nach den Odermündungen beherrschte, das ganze Norwegen. König Friedrich von Dänemark hätte nach Umfang und Reichthum seiner Lande der Krone Schwedens vollauf die Wage halten können, wenn seine Macht gesammelt, nicht durch Handfesten schlimmster Art, durch die übermüthige Mitherrschaft des Adels gebunden gewesen wäre.

Die Seekante von der Leba bis Dünamünde gehörte zur Republik Polen, Westpreußen mit dem mächtigen Danzig unmittelbar, die Herzogthümer Preußen und Kurland als polnische Lehen. Seit dem Waffenstillstand von 1635 hatte Schweden Liefland zu einstweiligem Besitz; aber mit der definitiven Abtretung einen ewigen Frieden zu erkaufen, weigerte sich Polen durchaus; zweimal war der Friedenscongreß in Lübeck an dieser Frage gescheitert.

Rußland war durch den Frieden von 1617 völlig von den baltischen Küsten zurückgeworfen; „auch nicht mit einem Boot", sagte damals Gustav Adolph auf dem Reichstag, „kann der Großfürst von Moskau fortan in die Ostsee kommen." Jetzt hatte er einen Kampf gegen Polen begonnen, der schon auch die schwedische Herrschaft an der Düna zu bedrohen schien.

Es war der Kampf, der sich aus dem großen Bauernaufstand am Dnieper, der Empörung der Kosacken gegen die polnische Adelsherrschaft entspann. Die Kosacken traten Anfangs 1651 unter die Herrschaft des Großfürsten; dann fiel Smolensk in seine Hände, dann Witebsk, Polozk, nur noch wenige Meilen von der Grenze Lieflands; seine Horden streiften verheerend durch Lithauen bis an die Grenzen Preußens.

Die baltische Frage hatte noch eine andere Seite. Noch immer galt in Holland die Ostsee als die Mutter aller Commercien, und die Hollän-

der vor Allen hatten den baltischen Handel. Aber er wurde in doppelter Weise belästigt.

Dänemark hatte mit dem Sund den Schlüssel zur Ostsee; es behandelte denselben als ein Binnenwasser, das es nach Belieben schließen und öffnen könne; es hatte in dem Sundzoll eine unerschöpfliche Finanzquelle, zumal seit es begonnen hatte, ihn nicht mehr auf die Schiffe, sondern auf die Waaren zu legen (1566) und fort und fort zu steigern; „auf Waaren", so sagt ein holländischer Autor zu den Dänen, „die in eurem Lande nicht aufgehn oder verzehrt werden, und von Waaren, die in eurem Lande nicht entstehn oder gemacht werden." Wenn im Frühling die Schifffahrt wieder begann und hunderte von Schiffen in den Sund kamen, war ein neuer Tarif da und danach mußte bezahlt werden; es sind einmal, als mit Holland um 30,000 Thaler gestritten wurde, 700 holländische Schiffe mit Beschlag belegt worden, bis die Summe gezahlt war.

Den ersten Stoß erlitt das System durch den Frieden von 1645, in dem den Schweden die freie Fahrt durch den Sund und die Belte gestattet werden mußte; dieselbe Freiheit galt für die schwedischen Häfen in Pommern, in Liefland und Esthland; um so mehr hatte Dänemark die weitere Ausdehnung der schwedischen Macht zu fürchten. Und war nicht zu besorgen, daß die anderen Seemächte, die an dem baltischen Handel betheiligt waren, Frankreich, England, vor allen Holland sich gern mit Schweden verbinden würden, wenn es galt den dänischen Raubzoll am Sund zu beseitigen?

Freilich auch Schweden drückte schwer genug auf den Handel. Von Gustav Adolph sagte man, er habe jährlich 1,500,000 Thaler an Licenten aus den Ostseeprovinzen gewonnen. Nach ihm waren diese Zölle in den einzelnen Häfen fort und fort gesteigert; es waren die in Mecklenburg, in Hinterpommern wenigstens im Mitbesitz Schwedens geblieben. Schweden nahm, was es den Dänen im Sund abgetrotzt hatte, für sich, indem es sich vampyrhaft an den Küsten von Wismar bis Reval festsog. Nur Danzig und Elbing, die den Handel von Polen, Pillau und Memel, die den von Lithauen hatten, waren noch frei; begreiflich, daß die Schweden auch deren Meister zu werden, damit den ganzen Ostseehandel unter ihre Tarife zu bringen wünschten.

So die Elemente der Krisis, die über den Osten Europas hereinbrach. Der junge Schwedenkönig brauchte Krieg, und er hatte seine militärische Schule in den wildverheerenden Zügen von 1642—1648, seine diploma=

tische in den Friedensexecutionsverhandlungen in Nürnberg gemacht. Erfüllt von der Leidenschaft der Größe, in deren Phrase die Königin geschwelgt hatte, radical in seinen Entwürfen, verwegen sie hinauszuführen, suchte er ein Feld für Thaten, die denen Gustav Adolphs ebenbürtig wären.

Und nun weigerte Polen ihm die Anerkennung als König des Reichs, das dem Polenkönige, dem letzten der Wasas, nach Erbrecht zustehe. Wer konnte zweifeln, daß er sich gegen Polen erheben werde, wer zweifeln, daß die tief zerrüttete Republik, die den wüsten moscowitischen Horden nicht gewachsen war, der gewaltigsten Kriegsmacht der damaligen Welt erliegen müsse.

Daß Karl Gustavs Plan dahin gehe, zeigten die Aeußerungen des Grafen Schlippenbach, der des Königs Thronbesteigung anzukündigen in Berlin war: „der russisch-polnische Krieg gefährde die Interessen der Krone Schweden; der König wünsche des Kurfürsten Freundschaft, ein möglichst inniges Bündniß mit ihm; aber er müsse zu seiner Sicherung die preußischen Häfen haben, er werde Brandenburg auf das Reichlichste dafür entschädigen; jetzt spreche Gott zu den Menschen nicht mehr durch Propheten oder Träume, die Fürsten müßten in der günstigen Gelegenheit, die er ihnen biete, seinen Ruf erkennen.“ [233])

Also die Theilnahme Brandenburgs wünschte Karl Gustav, die Theilnahme an unabsehbaren Plänen, aber mit der Bedingung unbedingter Hingabe, und als erstes Zeugniß derselben die Ueberweisung von Pillau und Memel mit ihren ergiebigen Seezöllen. Die Forderung zeigte, wie groß die Gefahr der Weigerung sein werde.

Friedrich Wilhelm sandte zur Beglückwünschung einen seiner kundigsten Räthe, Joh. Ulr. v. Dobrczensky, nach Stockholm mit der Weisung, sich in aller Weise zuvorkommend und eingehend zu äußern, nur wenn das Gespräch auf die Häfen von Pillau und Memel komme, zu erklären, daß von einer Abtretung derselben nicht die Rede sein könne.

Schon 1653 bei dem Vordringen der Russen hatten die Stände in Preußen um Sicherung des Landes, um Berufung eines Landtages gebeten. Jetzt (18. Dec.) sandte der Kurfürst an die Oberräthe Propositionen zum Zweck eines Defensionswerkes, die vorerst den Aemtern mitgetheilt werden sollten, um im April auf einem außerordentlichen Landtag beschlossen zu werden. [234]) Bald ging Sparr nach Preußen, die Befestigung von Pillau und Memel zu betreiben und auch sonst Fürsorge zu treffen. Auch in den Marken und am Rhein wurden in der Stille Vorbereitungen

gemacht, wenn auch noch nicht neue Werbungen begannen. Es genügte vorerst, daß die allgemeine Meinung war, Brandenburg habe 8000 Mann marschbereit und habe die Mittel, das Doppelte und mehr zu werben und zu bewaffnen. In Wahrheit konnte man etwa 4000 Mann und 600 Reiter ausrücken lassen, ohne die Festungen zu entblößen.

Theils in besonderen Gutachten, die von den einzelnen Geheimenräthen gefordert wurden,[235]) theils in wiederholten Berathungen des Geheimenrathes, unter Vorsitz des Kurfürsten, wurde die Frage erörtert, welche Wege einzuschlagen, welche Stellung zu Polen, zu Schweden, zwischen beiden zu nehmen sei. Am Entschiedensten sprach Waldeck gegen Neutralität, für ein entschlossenes Eintreten und zwar in der von Graf Schlippenbach angedeuteten Weise, wenn anders der Kurfürst sich nicht durch seinen Lehnseid gegen die Krone Polen gebunden erachte; aber diesem Eide gegenüber stehe seine Pflicht für die Sache des Evangeliums und das unzweifelhafte deutsche Interesse; Polen werde nicht aufhören ihn in Preußen zu drücken und zu lähmen; er müsse wirklich Herr in dem Herzogthum werden, damit er wie ein rechter Regent nach seinem Belieben das Regiment dort führen könne; es sei unwürdig, daß ein Kurfürst des Reichs unter einem Könige stehe, dessen Wahl durch Bestechungen gemacht werde; sich der polnischen Sache hingeben, heiße nichts anderes, als auch die deutschen Territorien Brandenburgs in Noth bringen und mit dem Schaden voraussichtlich auch Schande erleiden; Oestreich werde nicht säumen für den letzten Reichstag Revanche zu nehmen und „des von Ulm Desseins" endlich hinauszuführen. Sein Gedanke war auch jetzt noch, die Politik, die er bisher empfohlen, die Opposition gegen Oestreich und Spanien in Gemeinschaft mit Frankreich und den evangelischen Fürsten im Reich festzuhalten, den Schweden gegen Polen die Hand zu bieten, wenn sie Brandenburgs Pläne in der deutschen und antiöstreichischen Richtung stützten.[236]) Sehr bestimmt hob Hoverbeck dagegen hervor, daß allerdings der Eid in Consideration komme, daß das Recht auf Polens Seite sein werde; mit den Polen sei man sicherer daran, die vollauf mit sich selbst zu thun hätten und nie des Herzogthums Meister werden würden; Schweden dagegen wolle sichtlich die Herrschaft auf der Ostsee, und dazu bedürfe es der preußischen Häfen, die das beste Kleinod der kurfürstlichen Lande seien, für die einst Kaiser Ferdinand II. ganz Schlesien geboten habe. Andere, Schwerin, Knesebeck, Somnitz stellten voran, daß die Dinge für jetzt noch nicht in dieser Alternative seien, daß man den Polen nur auf ganz bestimmte Punkte verpflichtet sei, daß man abwarten müsse, ob sie um Weiteres

unterhandeln wollten, daß man die Verbindungen mit Schweden fortsetzen könne, ohne sich „zu sehr zu vertiefen", daß man sich bemühen müsse zwischen beiden Kronen zu vermitteln. In der Sitzung vom 15. März concludirte der Kurfürst: man sei einig, daß das Herzogthum sich in Verfassung setzen, daß man außerdem Truppen hinsenden werden müsse, da nicht von den Schweden allein, sondern auch von den Moscowitern Gefahr drohe, auch die Polen vor ihnen weichend sich nach Preußen werfen könnten; zum Schutz des Landes sollten 4000 Mann zu Fuß und 1500 Pferde Marschordre erhalten; übrigens gelte der Waffenstillstand von 1635 noch weitere sechs Jahre; Polen werde ihn nicht brechen; ob es Schweden thun werde, müsse man erwarten. Er stellte zu künftiger Berathung: „ob er nur bei Preußen bleiben und sich defendiren, ob er von Polen Session und Votum für Preußen fordern, ob er sich völlig frei machen solle." [237])

Eben diese Frage war in den schriftlichen Gutachten erörtert und sehr verschieden beantwortet worden. Auf das Entschiedenste hatten Blumenthal und Canstein widerrathen, „sich mit Schweden auf eine Theilung Polens einzulassen." Waldeck hatte geantwortet: „wenn solches geschehen könnte, ohne wider Gottes Befehl zu handeln, der einem Andern sein Gut zu nehmen, ja dessen zu begehren verboten, und wenn Mittel gefunden werden könnten es zu vollbringen, so würde niemand ein solches Unternehmen anders als gut und löblich finden."

Der Kurfürst dankte den Herren Räthen für ihre gründlichen Erörterungen; ob er die eine oder die andere Ansicht theilte, sprach er nicht aus; wenigstens darin mochte er Waldeck Recht geben, daß es wenig helfe, „über das Recht eines Königs, sonderlich zu einem Kriege zu disputiren, da die Macht ihm so lange Recht giebt, bis der oberste Richter zugleich Urtheil und Execution hervorscheinen läßt."

Ende März kam Wolfsberg als schwedischer Resident nach Berlin. Daß der König rüste, verbarg er nicht; aber es gelte, Liefland vor den Moscowitern zu sichern; was Schlippenbach geäußert, wurde nicht weiter erwähnt: „der König wünsche mit Brandenburg in den deutschen Dingen Hand in Hand zu gehen, mit ihm die Sache des Evangeliums zu vertreten"; des Kurfürsten Vermittelung zwischen Polen und Schweden betreffend hatte er keinen Auftrag: „man habe in Stockholm keine Anzeige, daß er von Polen Vollmacht dazu habe."

Wohl wurde Dobrczensky angewiesen, in gleich entgegenkommendem Sinn sich in Stockholm zu äußern. Aber man entnahm aus Wolfsbergs kühlen und ausweichenden Erklärungen die Gewißheit, daß Karl Gustav

seinen Entschluß gefaßt habe, daß er auch ohne Brandenburg vorgehen werde.

Des Kurfürsten höchst besorgliche Mittheilungen nach Warschau hatten am dortigen Hofe je länger je weniger Eingang gefunden; man begann mehr Argwohn gegen ihn als Furcht vor Schweden zu empfinden; man sprach von „unnöthigen Schrecken und leeren Drohbildern, die Brandenburg mache, von ketzerischen Zeitungen." Die Zusicherungen, die man von Wien erhielt, gaben Aussicht auf Frieden mit dem Moscowiter; man verließ sich darauf, daß Holland, Dänemark, Frankreich die Republik nicht könnten fallen lassen; im schlimmsten Fall werde der König das Aufgebot des ganzen Adels erlassen und Hunderttausende würden da sein, den heiligen Boden des Vaterlandes zu vertheidigen; und wenn der brandenburgische Gesandte entgegnete, dies Mittel werde schlimmer sein als die Krankheit und doch nichts gegen das feste und disciplinirte Kriegsvolk Schwedens mit den losen Massen ausgerichtet werden, so glaubte man ihm nicht. Man forderte vom Kurfürsten, daß er, den Schweden den Weg von Pommern her zu sperren, 2000 Mann an der Netze aufstelle, doch müßten diese Truppen, wenn sie auf polnisches Gebiet kämen, der Republik vereidigt werden; man machte ihn für die Sicherung von Memel und Pillau verantwortlich.

In solcher Stimmung war der Warschauer Hof, als der Kurfürst von der Ankunft und den Erklärungen Wolfsbergs Nachricht sandte, mit der dringenden Bitte, ihm auch jetzt noch die Vermittelung möglich zu machen und die Punkte anzugeben, auf die er Namens der Republik unterhandeln und abschließen könne. Allerdings sandte König Johann Casimir solche; aber voran stand, daß ihm das Wappen Schwedens nach wie vor zu führen zustehe, daß Liefland ihm als ein Erbland für sich und seine Familie abgetreten werde; auch müsse sich der Kurfürst verpflichten, wenn seine Vermittelung nicht zum Frieden führe, mit den Waffen für Polen einzutreten. Alle Einwendungen gegen diese höchst unangemessenen Vorschläge waren vergebens; sie steigerten nur den Argwohn, der sich auf dem Reichstag (Ende Mai) offen aussprach. Daß die directe Verhandlung mit Schweden beschlossen, daß eine glänzende Gesandtschaft unter Graf Lesczinsky abgefertigt wurde, zeigte dem Kurfürsten, daß die Katastrophe unvermeidlich sei.

Schon füllte sich Vorpommern mit Kriegsvolk; von jenseits der Elbe und aus Mecklenburg kamen neugeworbene Regimenter hinzu; anfangs Juni hatte Feldmarschall Wittenberg 17,000 Mann bei einander. Fast

eben so groß war das Heer, das in Schweden zum Einschiffen bereit stand; in Liefland waren etwa 7000 Mann unter den Waffen.

„Man lebt in Warschau so, als wenn man von den Schweden gar nie gehört", schreibt Hoverbeck von dort (19. Juni). Lesczinsky hatte ja Vollmacht, den Frieden abzuschließen. Wie aber, wenn Schweden ihn versagte? wenn es den Krieg wollte, weil die Republik außer Stand war, ihn zu führen?

Die unglücklichen Feldzüge erst gegen die Kosacken, dann gegen die Moscowiter hatten die Ohnmacht der Republik in entsetzlicher Nacktheit gezeigt; auch der Blindeste hätte sehen können, wie von Grund aus krank dies Staatswesen war. Aerger als selbst im Reich deutscher Nation hatte hier die Libertät die Wucherfülle ihres Unsegens entwickelt; und man prunkte mit dieser Freiheit, verachtete andere Völker, die zu lernen begannen, in Zucht, Ordnung und Unterordnung stark zu sein. Was die Anarchie an natürlicher Thatkraft und nationalem Zusammenhalt noch übrig gelassen, lähmte Schwelgerei und Buhlerei, ewiges Ränkespinnen von Weibern und Priestern, die Rivalität der Großen, der Haß der Confessionen, endlich die Eifersucht der Lithauer gegen die Polen, beider gegen das königliche Preußen, das sich immer nur als durch Personalunion, durch den gemeinschaftlich gewählten König mit jenen beiden verbunden ansah. Und wieder jedes Palatinat, jede Starostei war wie ein Staat für sich, freilich nach dem Muster des ganzen Staates, mit tumultuarischen Land- und Kreistagen, mit einer Ueberfülle von Ehren und Aemtern, mit der elendesten Selbstverwaltung des Herrenthums kleiner und kleinster Gutsherren, nur daß von diesen Hunderttausenden geborner Edelleute die meisten arm waren, ein bettelstolzes Proletariat, zum Theil in Brod und Dienst der Magnaten.

Je näher die Gefahr kam, desto loser, verworrener und taumelhafter schien Alles zu werden. In Litthauen hatte schon der Moscowiterkrieg die Zustände völlig aufgelöst; die Radzivills, reformirten Bekenntnisses, hätten sich am liebsten an Brandenburg-Preußen angeschlossen; gegen sie rivalisirten die Pac, die Sapieha; der Unterschatzmeister Gonsiewsky verstand, es vorerst mit Allen zu halten. In Großpolen hoffte man auf den Kurfürsten, wie denn Opalinsky, der Palatin von Posen, der vielfache Beziehungen zum Berliner Hofe hatte, den Antrag an Berlin stellte, brandenburgische Truppen zum Schutz des Palatinats zu senden; aber der Posener Bischof wandte sich an den Kaiser. Es gab eine Parthei, die den Beistand des Kaisers mit dem Köder der dereinstigen Wahl seines Sohnes zu gewinnen hoffte,

und die nur zu einflußreichen Jesuiten im Lande waren in dieser Richtung thätig, während in Lithauen schon daran gedacht wurde, von dem Zaaren mit der künftigen Wahl jetzt den Frieden zu erkaufen. Mit der Aufregung wuchs der Lärm und der Zwiespalt; „es ist zu befürchten", schreibt Opalinsky nach Berlin, „daß eine allgemeine Zerrüttung eintritt."

Und der König besaß nicht die Kraft, die Dinge zusammenzuhalten; aus dem geistlichen Stande, aus dem Cardinalscollegium zum Thron berufen, mit der Wittwe seines Bruders und Vorgängers in kinderloser Ehe, von ihr und ihren französischen Hofdamen nur zu abhängig, schwankte Johann Casimir zwischen königlicher Ohnmacht, Liebeshändeln und frommem Eifer, gedrückt am meisten von dem Gefühl, daß er, ohne eigenes Hausgut, unter so vielen reichen Magnaten nur als König nicht ein armer Mann sei.[238])

Daß dieser König, diese Republik keinerlei Rückhalt gewähre, wußte der Kurfürst seit lange. Um so mehr hatte er sich gerüstet, um so mehr bemühte er sich um den Frieden. Er sah voraus, daß die Republik, wenn es zum Kriege kam, von seinem Herzogthum die größten Opfer, von ihm selbst die Anspannung aller Kraft fordern werde. Denn so verstanden die Polen seine Pflicht als Vasall, ihr Recht der Lehnsherrlichkeit. Und doch war er, der mächtigste Fürst unter der Krone Polen, kein Glied der Republik, hatte weder eine Stimme bei der Königswahl, noch Sitz im Senat; das Herzogthum mußte vielmehr einen jährlichen Tribut zahlen, mußte außerdem, wenn der polnische Reichstag ein Extraordinarium bewilligte, dasselbe mit 30,000 Gulden leisten. In das ständische und Steuerwesen, in die Regierung und Rechtspflege Preußens griff die Krone durch Commissarien, Rescripte, Controllen aller Art ein, wie kein polnischer Magnat in seinen Gütern sich hätte gefallen lassen; an sie gingen die Appellationen der Processe in Preußen, und die Beschwerden gegen den Landesherrn war sie immer bereit zu hören; sie correspondirte mit den Oberräthen unmittelbar, berief Landtage, erließ Universalien und forderte Gehorsam. Den deutschen Fürsten in Preußen sah man als einen fremden Mann, als einen Eindringling an, den man auf Schritt und Tritt überwachen, den man wo möglich aus dem Besitz bringen müsse. Und wenn man auf seine Kosten Gefahr meiden oder Gewinn machen konnte, so hatte gewiß kein polnischer Patriot das Geringste dagegen.

Aber es war nicht blos eine polnische Frage, um die es sich in Preußen handelte; an jenen baltischen Dingen hatten alle Seemächte, namentlich Holland ein Interesse.

Schon vor dem Thronwechsel in Schweden hatten die Herren Staaten der Republik Polen ein Bündniß antragen lassen, in dem sie sich erboten, zum Schutz der Republik jedes Jahr vom Frühling bis zum Herbst zwanzig Kriegsschiffe in der Ostsee zu halten.[239]) Der polnische Resident war auf seiner Rückreise in Berlin gewesen, hatte auch dort zu einem Bündniß aufgefordert; Friedrich Wilhelm hatte dem entsprechend Anträge im Haag übergeben zu lassen;[240]) aber nach der ersten freundlichen Erwiederung folgte nichts Weiteres. Die Herren Staaten schienen wohl Danzig, nicht aber auch Pillau und Memel decken zu wollen. „Ich bitte zu sondiren", schreibt Schwerin an Weimann, 3. Januar, „ob man sich die Gurgel will gutwillig abstechen lassen; Preußen ist unser Augapfel und das Herz unseres Staates."

Das freilich war kein Grund, der die Herren im Haag bewegen konnte; immer sahen sie in dem Kurfürsten zuerst den Freund der Oranier; sie wünschten sich nichts Besseres, als daß er nicht aufhöre bedrängt und abhängig zu sein; seine Geheimnisse zu schonen, wenn sie mit deren vertraulicher Mittheilung Dank in Stockholm oder beim Protector gewinnen konnten, schien ihnen nicht nöthig; mochte er sehen, wie er den Schaden einbringe. Daher des Kurfürsten Mahnung an Weimann, mit äußerster Vorsicht zu handeln, „damit es nicht scheine, als habe er dem Wolf das Wasser zu trüben gesucht; bei Wenigen und ohne Bassesse" soll er die Sache betreiben.[241])

Schon jene Eröffnungen im Haag, dann die fortgesetzten Werbungen in den brandenburgischen Landen weckten Schwedens Argwohn oder gaben doch den Vorwand, Argwohn zu zeigen. Graf Schlippenbach, hieß es nun, habe gar nicht den Auftrag gehabt, sich so zu äußern, wie er gethan; von Memel und Pillau wurde in Stockholm nicht mehr gesprochen, aber auch nicht mehr von dem Bündniß mit Brandenburg. Man erfuhr in Berlin, daß Karl Gustav in tiefstem Geheimniß in Warschau ewigen Frieden angeboten habe für die Abtretung Lieflands und der Häfen Pillau und Memel, „darauf rechnend, daß nichts so Impertinentes oder Unbilliges gefordert werden könne, das von der tief zerrütteten Republik nicht zu fordern und zu erhalten sei." Und zugleich wurde von Stettin aus das Gerücht verbreitet, Polen habe sich zu jenen Abtretungen erboten, wenn Schweden Hülfe gegen die Moscowiter leisten wolle.

Auch Friedrich Wilhelm hielt es nicht für unmöglich, daß die Polen auf diesen Köder anbissen, daß sie, um der augenblicklichen Verlegenheit zu entgehen, die Positionen aufgäben, die den Schweden, wie 1626, sofort

die Ausgangspunkte geworden wären, die untere Weichsel zu nehmen und Danzig von der Landseite her zu fassen. Er rechnete darauf, daß man in Holland weiter sehen werde.

In der That machte das Gerücht von diesem Project dort einen erstaunlichen Eindruck. Der Handelsstand, namentlich in Amsterdam, war der Meinung und sprach sie aus, daß man Memel und Pillau so gut wie Danzig durchaus schützen müsse, daß der holländische Handel, der, seit Reval, Riga, Stettin schwedisch geworden, schon außerordentliche Verluste erlitten habe, keinen baltischen Hafen weiter in Schwedens Besitz oder unter schwedische Tarife kommen lassen dürfe. Aber keinesweges sofort waren die Staatsmänner im Haag geneigt, dieser Ansicht Folge zu geben; nur zu deutlich war, „daß die dominirende Cabale, de Witt und was daran hängt, einem andern als denen von Amsterdam nach den Augen sieht." [242]) Freilich, auch sie glaubten nicht, daß Cromwell bestehen werde; im März, als in England eine große royalistische Verschwörung ausbrach, Karl II. als König proclamirt wurde, hatten auch sie von dem sofortigen Abschluß der brandenburgischen Allianz gesprochen; aber mit blutiger Energie unterdrückte der Protector die Bewegung, und sofort waren die Herren im Haag wieder bedenklich: „es sei dem Kurfürsten doch nicht Ernst, er sei mit Schweden im Verständniß."

Allerdings sprach so der schwedische Gesandte im Haag: „es geschehe auf des Königs Wunsch, daß der Kurfürst so eifrig werbe"; und der französische Gesandte bestätigte, was der Schwede sagte. Man glaubte im Haag, daß Königsmark vom Bremischen aus gegen die Staaten vordringen solle; man fürchtete, daß der Kurfürst dann die clevischen Festungen fordern und nehmen werde. Man unterhandelte über den vorgelegten Entwurf mit Brandenburg weiter, aber man stellte in Betreff Pillaus und Memels Bedingungen, die den Kurfürsten schon während des Verhandelns banden, ohne die Staaten zu verpflichten. Man rüstete in aller Stille eine bedeutende Flotte für die Ostsee; man ließ merken, daß man große Dinge vorhabe; „durch den Kurfürsten, aber auf ihren eigenen Namen wollen sie sie ausführen." [243])

Also wie Schweden, ebenso wollten die Staaten sich des Brandenburgers nach ihrem Ermessen bedienen, mit Unterhandlungen ihn hinhalten, bis er nicht mehr freie Hand habe zu wählen.

Denn auch Karl Gustavs Aeußerungen wurden, je näher der Tag er Einschiffung kam, desto vager und beunruhigender. Er wünsche, sagte er zu Dobrczensky, die innigste Verbindung mit Brandenburg; bei

dem bevorstehenden Auseinanderfallen der Republik Polen werde er dem Kurfürsten gern die größten Vortheile zuwenden; aber die Unterhandlungen im Haag könne er nicht gutheißen, sie seien ein Zeichen des Mißtrauens gegen Schweden; um den Danzigern nicht Anstoß zu geben, werde er nicht von Preußen aus gegen Polen vorgehen; wenn der Kurfürst vorziehe, vorerst neutral zu bleiben, so sei ihm das genehm; er werde Benedict Oxenstjerna nach Stettin senden, dort mit Brandenburg zu verhandeln.[244])

Die Lage des Kurfürsten war so peinlich wie möglich; sichtlich wollte Karl Gustav erst den Feldzug eröffnen, dann mit ihm abschließen; wenn der Gewaltstoß, wie nicht zu zweifeln, gelang, so war es in des Königs Hand, welche Bedingungen er ihm gewähren wolle. Die Neutralität, die der König jetzt empfahl, wäre ersprießlich gewesen, wenn das Bündniß mit den Staaten ihr Rückhalt gab; eben dies Bündniß bezeichnete der König als ein Hinderniß der Verständigung; ohne dasselbe war die Neutralität nichts als das geduldige Zusehen, bis Polen erlegen und Preußen von der Schwedenmacht umschlossen war. Oder sollte man, diesen Gefahren zu entgehen, sofort mit dem vollen Vertrauen, das der König forderte, sich ihm anschließen, das brandenburgische Heer unter seinen Befehl stellen, mit ihm gegen Polen marschieren? Das hätte die östreichische Politik, das hätten die Staaten nicht geduldet, und der Pfalzgraf von Neuburg war Johann Casimirs Schwager; am Rhein war mehr, Besseres, Gewisseres zu verlieren, als auf Kosten Polens, in der Abhängigkeit von Schweden zu gewinnen.

Am Hofe zu Berlin, unter den Räthen, den Ständen, war die aufgeregteste Stimmung, der heftigste Gegensatz der Ansichten. Die Einen tadelten die Regierung, daß sie sich so weit, die Andern, daß sie sich nicht schon weiter mit Schweden eingelassen. Wolfsbergs Eifer und das Kommen und Gehen schwedischer Herren steigerte die Ungeduld derer, welche jetzt die Zeit großer Erfolge für Brandenburg gekommen sahen;[245]) „ich bitte euch um Gottes willen", sagte ein schwedischer General in Schwerins Hause, „haltet die Sache in Holland hin; ihr werdet sehen, daß sie euch nicht nöthig sein soll."

Dann, als auch de Lumbres nach Berlin kam,[246]) Seitens des französischen Hofes den Schwedenkönig beim Beginn des Feldzugs zu begrüßen, empfahl Waldeck den Abschluß des französischen Bündnisses, das am Rhein Sicherung und vielleicht mehr bringen könne.[247]) Jetzt, zu so großer, naher Gefahr so weitaussehende Projecte zu empfehlen, hielt der

vorsichtige Schwerin für unverantwortlich; ihm schien es unräthlich, irgend einen festen Plan zu fassen, bevor sich die Lage der Dinge mehr geklärt habe.

Andere wieder — und wie es scheint, war das die unter den märkischen Ständen vorherrschende Ansicht — sahen keine andere Hülfe, als daß man Kaiser und Reich anrufe, Alles daran setze, den Wiener Hof zu gewinnen.

Freilich Kaiser und Reich hätten Anlaß genug gehabt, einzutreten. Nur durch nicht schwedische Territorien konnten die in Vorpommern gesammelten Heere nach Polen gelangen; wie, wenn nun der Kurfürst den Marsch durch Hinterpommern und Neumark versagte, wenn er den obersächsischen Kreis, selbst den Kaiser anrief, ihn und seine Territorien nach der Executionsordnung zu schützen? Und war nicht in Frankfurt der Reichsdeputationstag versammelt? konnten da nicht sofort entscheidende Schritte veranlaßt werden? Wenn nur nicht das ganze Reichswesen so durch und durch wurmstichig und ohnmächtig gewesen wäre. Allerdings sollte seit dem October 1654 in Frankfurt getagt werden; im November, als der brandenburgische Deputirte Portmann anlangte, war noch niemand sonst gekommen; im Januar erschienen die kaiserlichen Commissarien, unter ihnen Dr. Volmar, der Convertit; im April hieß es, Bayern habe vorgeschlagen, den Deputationstag überhaupt aufzugeben, die Berufung eines Reichstags zu veranlassen. Von Eröffnung der Sitzungen war auch im Juni noch nicht die Rede: die kaiserlichen Propositionen seien noch nicht angelangt. Dem Wiener Hofe und den Katholischen schien die Versammlung, in der Parität der Stimmen galt, jetzt Angesichts der schwedischen Kriegsdrohungen doppelt gefährlich; sie meinten nicht anders, als daß es nicht blos auf Polen, sondern auf die katholische Welt insgemein abgesehen sei. Schon jetzt in dem vorläufigen Zusammensein der Deputirten zeigten sich Spannungen, Verbitterungen, confessionelle Verhetzungen so bedenklicher Art, daß wenigstens hier von irgend einem Act des gemeinsamen deutschen Interesses nicht die Rede sein konnte. Und, was übler war, das Mißtrauen wandte sich mehr und mehr gegen Brandenburg; mit Erstaunen erfuhr man in Berlin, daß der kaiserliche Gesandte in Stockholm gesagt habe, „des Kurfürsten Zweck sei kein anderer, als die Schweden wieder aus dem Reich zu bringen." Und in Frankfurt wurden nicht minder „wunderliche Dinge" von den Plänen des Kurfürsten erzählt und geglaubt; schon zu Schlippenbach hatte der Kurfürst von Mainz gesagt: „wie man nur dem Brandenburger trauen könne, dessen Gesinnung Schweden

auf dem letzten Reichstag kennen gelernt habe; nimmermehr werde er Treue halten."[248]) Ob auch nur die Evangelischen im Reich, auch nur, dem geschlossenen Bündniß nach,[249]) die Braunschweiger die Hand rühren würden, wenn den deutschen Landen des Kurfürsten Gefahr drohe, war mehr als zweifelhaft; sie hatten ja in ihrem Hildesheimer Bunde mit Schweden den besten Vorwand, nichts zu thun; was sollten sie sich um das polnische Herzogthum Preußen kümmern? Wie dankbar Cöln und Trier vor einem Jahre die brandenburgische Hülfe gegen die fremden Invasionen acceptirt, mit wie lautem Ruhme der Braunschweiger, Cassel, Andere des Kurfürsten tapfere Opposition auf dem Reichstage gepriesen hatten, jetzt, wo er des Gegendienstes gar sehr bedurft hätte, war niemand, der solcher Pflicht sich erinnerte. Der schöne Plan einer sichernden Föderation der deutschen Fürsten unter Brandenburgs Vortritt, den Waldeck so lebhaft empfohlen und mit so vielem Eifer eingeleitet hatte, wie sachgemäß und einfach sein Gedanke schien, er vermochte diejenigen, auf die er rechnen mußte, nicht zu überzeugen, noch ihr Mißtrauen zu überwinden. Genug, wenn die Katholischen und der Wiener Hof jetzt nicht die immer erneuten Proteste des deutschen Ordens gegen die Säcularisation Preußens hervorholten und sie für den Teutschmeister geltend machten, der ein östreichischer Erzherzog war.

Weder im Reich noch in der Republik Polen hatte Friedrich Wilhelm den geringsten Rückhalt; und ihm gegenüber stand die stürmisch andrängende Uebermacht Schwedens, die über ihn hinweg, ihn mit sich reißend, sich auf Polen zu stürzen im Begriff war. Wenn Schweden den noch auf sechs Jahre geltenden Vertrag von 1635 brechen wollte und die Mächte, die ihn vermittelt hatten, Frankreich, England, die Staaten, es nicht hinderten, wenn die schwedische Kriegsmacht sich erhob mit der ausgesprochenen Absicht, einen der europäischen Staaten niederzuwerfen und zu theilen, ohne daß die Gesammtheit der übrigen Mächte im Interesse des europäischen Gleichgewichts herbeieilte, den furchtbaren Schlag abzuwehren, wie hätte da der Kurfürst sich zu Ehren des gefährdeten Rechtes zwischen Hammer und Amboß legen sollen? War Polens oberlehnsherrliches Verhalten zu Preußen und zu seinem Hause bisher der Art gewesen, daß er sich und seine ganze Existenz mit in die schlechte Concursmasse der Republik zu werfen die Pflicht gehabt hätte? gegen seine eigenen Lande und Unterthanen, gegen sein Herzogthum selbst hätte er es nicht verantworten können. Nicht seine Schuld war es, daß Polen in sich zerrissen und zerrüttet, in dem Uebermaß der Libertät unfähig war, im Verhältniß seines

Umfangs mächtig zu sein; nicht dafür spannte er die Kräfte seiner Lande auf das Aeußerste und rang er der Libertät in seinen Landen die Opfer an Freiheiten und Rechten ab, welche die Einheit seines Staates forderte, um sich für die polnische Wirthschaft in die Schanze zu schlagen. Gewarnt, Rathschläge gegeben, Erbietungen gemacht hatte er genug; ihn selbst brachte nun die Rath- und Thatlosigkeit, der Unverstand der Adelsrepublik in die schlimmste Gefahr.

Von Polen hatte er nichts zu hoffen, von Schweden Alles zu fürchten. Die Erbietungen Karl Gustavs hatten ihn nicht geblendet; die Mißachtung, die in den Bedingungen lag, mit denen sie ihm gemacht wurden, die Frivolität, die Zudringlichkeit, die wechselnde Willkühr, mit der die schwedische Diplomatie an ihm, so zu sagen, umhertastete, mochte noch so tief sein fürstliches Selbstgefühl verletzen, er hatte nicht Macht genug, das Gebührende darauf zu thun, und seine fürstliche Pflicht gebot ihm, nicht nach persönlichen Empfindungen, sondern nur im Interesse seiner Lande, gleichsam aus dem Ich seines Staates zu empfinden und zu handeln. Mochte Karl Gustav noch so schöne Worte geben, mochte er mit Achselzucken sagen: „ihr Hof und ihre Manieren bestehen in nichts als Suspicionen und Irresolutionen", nach welchem Recht oder welcher Moral war denn dieser nachgeborne Prinz von Pfalz-Zweibrücken auf dem schwedischen Thron befugt, von dem Kurfürsten zu erwarten oder zu fordern, daß er die Vortheile annehme, welche die schwedische Politik ihm zu gewähren in ihrem Interesse fand? unter Bedingungen, mit denen er sich für immer der Macht verschrieb, die schon schwer genug auf Brandenburg und Deutschland drückte?

Für den Augenblick freilich konnte Friedrich Wilhelm nur daran denken, sich weder verstricken noch niederrennen zu lassen. Er mußte sich schmiegend und biegend, weiter unterhandelnd, seine Kräfte sammeln und zusammenhalten, um endlich, wenn das gefährdete Gleichgewicht Europas den Gegenschlag brachte, eintreten und vorantreten zu können. Mochte die höchst thätige schwedische Diplomatie noch so geschickt verbreiten, als sei Brandenburg bereits ganz auf des Königs Seite, die brandenburgischen Truppen nach Stettin commandirt, sich mit Schweden zu vereinen, und was der Lügen mehr waren, schon erfuhr der Kurfürst, daß man sie selbst im Haag nicht mehr recht glaube; und eben so gewiß war, daß in Stockholm „der König, der Hof und das ganze Volk wegen der staatischen Seerüstungen und besonders wegen der Unterhandlungen mit Brandenburg bestürzt seien und nicht wohl wußten, was sie thun sollten, und daß sie

nun ausstreuten, sie seien mit Sachsen vollkommen alliirt, und daß der König sich in allen Fällen auf Cromwell verlasse".[250])

Allerdings gab Friedrich Wilhelm dem Schwedenkönige für seine schönen Worte eben so schöne Worte; er erwiederte ihm mit gleicher Herzlichkeit und persönlicher Verbindlichkeit. Auf die Nachricht von Oxenstjernas Sendung antwortete er: „er hoffe, derselbe werde den Versicherungen des Königs nachleben und dadurch ein festes Fundament zu einem guten Vertrauen legen"; er fügte hinzu, daß er mit dem Könige auf ein Schiff zu treten entschlossen sei und sich auf des Königs Verheißungen verlasse, um nicht weniger an dem zu hoffenden Glück wie an dem hazard mit Theil zu nehmen.[251]) Aber eben diese Verheißungen, diese Theilnahme waren noch nicht formulirt; und wenn Dobrczensky den König um eine einstweilige schriftliche Erklärung bat, die des Kurfürsten Lande, Häfen, Zölle u. s. w. sicher stelle, so verwies Karl Gustav das und alles Weitere auf seine Ueberkunft nach Pommern. Er lud Dobrczensky ein, auf der königlichen Flotte mit hinüberzufahren; den andern Gesandten hatte er es abgeschlagen.

Die Welt sollte sehen, daß er Brandenburg habe; wollend oder nicht, es durfte nicht anders als auf seiner Seite stehen. Von dem Erfolge seines Zuges sprach er mit voller Siegesgewißheit; „er hat den Ehrgeiz eines Alexander; wenn ihm dieser Versuch gelingt, wie er hofft, so wird er sich bald anderswohin wenden, er wird das Feld der Siege Gustav Adolphs suchen; das ist die Meinung seiner Vertrauten und daß der Feldzug in Polen nicht lange dauern wird".[252])

Die Stettiner Conferenz.

Des Königs Plan war, von der Düna und der Oder zugleich nach Polen einzubrechen.

Als die polnische Gesandtschaft, die Ende Mai beschlossen war, Graf Johann Lesczinsky mit 160 Personen, endlich Anfangs Juli in Stockholm eintraf, ging man allerdings noch einmal auf Unterhandlungen ein, aber der Befehl zum Vorrücken sei bereits gegeben. Dennoch setzten die Herren ihre Bemühungen bis zum 24. Juli fort, indem der König immer von Neuem versicherte, daß er nichts mehr als den Frieden wünsche, schließlich sie einlud, die Verhandlungen in Pommern fortzusetzen, da er seine Abreise dorthin nicht länger verschieben könne.

Bereits am 24. Juni war das Heer in Liefland von Riga aufgebrochen,

hatte am 9. Juli Dünaburg erreicht, das die Russen bisher belagert hatten; diese zogen sich zurück. Tags darauf ergab sich die Festung; Lithauen stand den Schweden offen. Und in Polen hieß es, an Allem sei König Johann Casimir schuld; man berieth über seine Absetzung.

Am 6. Juli empfing Friedrich Wilhelm ein Schreiben des Feldmarschall Wittenberg, in welchem er den Paß durch Pommern „auf einige Tage" forderte, sich berufend auf den westphälischen Frieden und das Völkerrecht; er müsse auf Befehl seines Königs in einigen Tagen in Action treten. Wohin sein Marsch gerichtet sei, gab er nicht an. Die Antwort, die sofort abgefertigt wurde, sagte, daß ihm auf die so gestellte Forderung kein Bescheid gegeben werden könne, und verwies ihn auf die Reichsordnungen und an den Kreisobristen des obersächsischen Kreises.[253])

Erst mehrere Tage später lief die Anzeige Oxenstjernas ein, daß er in Stettin angelangt sei und die brandenburgischen Commissäre erwarte. Daß mit ihm Liljeström zu den Unterhandlungen beauftragt war, von dessen Uebelwollen man nur zu viele Beweise hatte, ließ wenig Gutes erwarten.

Friedrich Wilhelm betraute Waldeck und Schwerin mit diesen Verhandlungen. Als sie in Stettin ankamen (16. Juli), war das schwedische Heer bereits abmarschiert; es hieß, die Polen hätten die Feindseligkeiten mit einem Einfall in das Amt Neustettin eröffnet; man wollte wissen, daß in Polen die äußerste Erbitterung gegen Johann Casimir herrsche, daß von seiner Absetzung gesprochen werde.

Des Kurfürsten Instruction ging von der Versicherung des Königs aus, daß er auch jetzt noch den Frieden suche und wünsche; sie zeichnete, wenn dieser nicht zu erhalten sei, sehr bestimmt die Linie, bis zu der er dem Könige entgegenkommen, die allgemeinen politischen Gesichtspunkte, in denen er sich mit ihm vereinigen wolle. Nicht die Gebiete, die Schweden als Preis des Bündnisses anbot, waren ihm die Hauptsache; er forderte vor Allem eine Erklärung unter Garantie Frankreichs und der Staaten, daß Schweden keinerlei Hoheit oder Oberhoheit über Preußen, dessen Häfen und Zölle in Anspruch nehmen werde, wenn der Republik Polen ein Ende gemacht werde. Er trage Bedenken, sagte er in einer Nebeninstruction, mit der Republik, obschon er von ihr so behandelt sei, daß er sich seiner Pflicht gegen sie erledigt achten könne, förmlich zu brechen; er wünsche eine „Communicationslinie" zwischen der Neumark und seinem Herzogthum zu erhalten, sowie daß das Bisthum Ermeland, das ganz von seinem Gebiet umschlossen sei, nur von seinen Truppen besetzt werde.[254]) Die wesentlichste Bedingung, die er stellte, war, daß

Schweden sich zu einem ewigen Bündniß verstehe und sich verpflichte, ihm das, was er habe und etwa hinzu erhalte, nicht blos zu lassen, sondern zu garantiren.

Gleich die erste Besprechung zeigte, daß vom Frieden nicht mehr die Rede sei; er habe gar keine Instruction darauf, sagte Oxenstjerna; überdies sei es mit Polen jetzt so beschaffen, daß, wenn man auch die Waffen niederlege, die Republik, von allen Seiten angegriffen und nach dem Beschluß der Großen, ihren König abzuschaffen, in Stücken gehen müsse. Er sprach es geradezu aus, daß man Polen theilen müsse; „der eine Theil soll unser, der andere euer sein".

Tag für Tag wurde verhandelt und scharf disputirt; im Wesentlichen verständigte man sich nicht.[255]) Immer lebhafter klagte Oxenstjerna über Mangel an Vertrauen; das Bündniß, das im Haag verhandelt werde, sei zum Despect seines Königs; warum man immer wieder für Polen spreche? es sei nur zu gewiß, daß der Kurfürst Alles nach Warschau mittheile.

Während man in Stettin drohte, suchte man in Berlin zu gewinnen, zu verführen, die Meinung zu verbreiten, daß die Allianz fertig, Brandenburg und Schweden in freudigster Waffengemeinschaft seien; das häufige Kommen und Gehen schwedischer Officiere ließ ja keinen Zweifel, daß es so sei; daß Schlippenbach am 14. Juli incognito in Berlin gewesen, war sofort stadtbekannt; es galt dafür, daß er den vollzogenen Allianzvertrag überbracht habe. Beim Glase Wein, unter „herzbrüderlichem Zutrinken" sprachen die Schweden mit den Herren vom Hofe, den Geheimenräthen, den Kriegsobersten von den künftigen Siegen und Erwerbungen, und erfuhren dabei, was sie erfahren wollten; auch was im Geheimenrath verhandelt war, wußten sie Tag für Tag. Es wurde nothwendig, neben der eigentlichen Correspondenz nach Stettin eine andere zu führen, über die im Rathe verhandelt wurde.

Am 29. Juli, als Oxenstjerna nach Wolgast abgereist war, den König bei seiner Ankunft zu begrüßen, kam nach Stettin die erste Nachricht von den unglaublichen Erfolgen Wittenbergs. Neustettin links lassend, war er am 27. bis an die Netze marschiert, das dort aufgestellte polnische Heer anzugreifen; nach den ersten Kanonenschüssen hatten die Polen einen Trompeter geschickt, Ergebung angeboten, den König von Schweden als Protector anerkannt; worauf das Adelsaufgebot sich aufgelöst, die Soldaten schwedischen Dienst genommen hatten. Die Woiwoden, Starosten, Edelleute von Großpolen schwuren, „dem Könige von Schweden fortan so treu und gehorsam zu sein, als sie bisher den Königen von Polen gewesen".

Vier Tage später kam der König mit den in Schweden geworbenen Regimentern nach Stettin. Alles war voll Jubel und großer Thaten gewiß. Nach Empfang jener Siegesnachricht hatte der König gesagt: „nun soll der Kurfürst erfahren, wie gut ich es mit ihm meine, da mein Glück mich nicht verändern soll".[256] Aber er ließ merken, daß ihm die Freundschaft Brandenburgs nicht so gar nöthig sei; die Möglichkeit, daß der Kurfürst ein Bündniß mit dem Kaiser suchen werde, wenn man ihn so hart dränge, wies er, als nicht der Rede werth, zurück. Er drängte auf Entscheidung: „nimmer und in Ewigkeit nicht werde er die Staaten in die Ostsee kommen lassen oder ihnen verstatten, darüber etwas zu tractiren"; und Schlippenbach versicherte: lieber werde der König alle anderen Interessen zurücksetzen, ja mit Dänemark eine Allianz machen.

Der Kurfürst hielt es für nothwendig, jetzt, wo er mit seinen Landen zwischen dem Heere des Königs und dem Wittenbergs lag, nach dem Haag die Weisung zu schicken, daß man mit guter Manier und bestem Glimpf bis auf weiteren Befehl den Abschluß verzögere.[257] Aber daß der König ihm ein „Diploma wegen seiner securität" auszustellen versprach, ihn zu einer Besprechung nach Schwedt oder Gramzow zu kommen aufforderte, schien doch des Guten zu viel; es wurde geantwortet: die Form eines Diploma brauche der Obere gegen seine Untergebenen; wenn die Securität in Form eines Tractates festgestellt sei, werde der Kurfürst gern kommen sich mit dem Könige zu besprechen.[258]

Mit jedem Tage wurde Karl Gustav ungeduldiger, drängender. Er ließ Waldeck aufs Schloß kommen (3. Aug.): er sei entschlossen, dem Kurfürsten das beste contentement zu geben, aber bis zum Ende des Kriegs müsse ihm Memel eingeräumt, ein schwedischer Commandant in Pillau, der immerhin auch dem Kurfürsten vereidigt werden könne, bestellt werden.[259]

Selbst Schwerin wurde schwankend: wenn der König abreise, ehe abgeschlossen, sei kein gutes Ende zu erwarten; es seien Leute um den König, die diese Allianz ungern sähen, eben die, welche dem Kurfürsten allezeit feind gewesen, aber der König bleibe beständig. Kühl und fest lautete des Kurfürsten Weisung: wegen der beiden Häfen keinerlei Temperament vorzuschlagen oder anzunehmen, bei der ursprünglichen Instruction zu verharren, auch ungeschlossener Sache, aber mit gutem Glimpf, sich zu verabschieden und dabei zu erklären: wie die Schweden nach dem Völkerrecht ihren Paß durch Pommern genommen, so werde der König ihm nach demselben Recht seinen Paß in das Herzogthum zu nehmen gestatten.[260]

Allerdings waren die Bedingungen, die der König gewähren wollte, „so gar nachtheilig, über die Maaßen schimpflich und ungleich“, wie der Kurfürst sagt, „so, als ob das Land schon sein und wir sein wirklicher Diener oder Vasall“. Der König forderte, daß 4000 Mann Brandenburger — so viele waren in den Marken zum Ausmarsch fertig — unter seinen Befehl gestellt, daß ihm Werbungen in den kurfürstlichen Landen gestattet, daß vom Kurfürsten nicht fremde Truppen zu Hülfe genommen würden, vor Allem, daß das Bündniß mit den Staaten nicht zum Schluß komme; „in summa, schreibt der Kurfürst, daß wir aller Hülfe und Freundschaft in der Welt beraubt sein und von S. Maj. allein dependiren sollen.“ Und dafür gewährte Schweden freilich, daß Preußen ferner nicht unter polnischer Lehnshoheit stehen sollte, aber mit solchen Vorbehalten, namentlich in Betreff Pillau's, der Seezölle, der Commercien, daß eine nicht geringere Abhängigkeit des Herzogthums von der Krone Schweden vorauszusehen war. „Es kommt allmählich heraus, was man mit uns vorhat; auf diese Weise würden wir uns mittelst solcher Freundschaft und Alliance ein unruhig Gewissen, den Verlust unserer höchsten Regalien, des Schlüssels zu unserm Lande, Schimpf und Spott vor der Welt erhandeln, während wir bei der Defension des Unsrigen ein freudiges Gewissen und gute, feste Zuversicht zu Gott hätten, er werde uns bei dem Unsrigen schützen.“

Und gleichsam zur Erläuterung kamen jetzt von Sparr, von General Kanneberg Briefe, die sie von Feldmarschall Wittenberg empfangen hatten, in denen er sich beschwerte, daß brandenburgische Truppen aus der Neumark nach Pommern marschiert seien, ohne daß ihm Anzeige davon gemacht sei; als sei dem Kurfürsten in der That nicht mehr gestattet, in seinem Lande seine Truppen marschieren zu lassen, weil es den Schweden beliebt habe, ihren Marsch durch dasselbe zu nehmen.[261])

Der Kurfürst befahl am 6. August, die Verhandlungen in Stettin abzubrechen mit gutem Glimpf und mit der Erklärung: daß er auch ferner zur Mediation zwischen beiden Kronen bereit sein und zu dem Ende Jemanden schicken werde, der dem schwedischen Hauptquartier folgen solle, daß er erwarte, der König werde ihn und seine Lande nicht gefährden, noch ihn in den zur Defension nothwendigen Maßregeln hindern.

Die Nachricht, daß die Verhandlung abgebrochen sei, brachte in Stettin „eine unglaubliche Bestürzung“ hervor; es galt für einen großen Gewinn, daß Schwerin wenigstens noch einen vollen Tag blieb und der König ihn sprach; der König selbst bezeigte große Freude, als ihm Hoffnung

gemacht wurde, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen; in Arenswalde wolle er einen Beauftragten des Kurfürsten erwarten.

„Diese Besprechung mit dem Könige, schreibt Schlippenbach an Schwerin, muß Gott selbst angestiftet haben; wenn ich den Gang der Verhandlung bisher bedenke, kann ich nicht anders als glauben, daß Gott ein so importantes und großes Werk en dépit de tout le monde et de tous les diables will vollzogen haben. Die Erwähnung der Souverainetät ist nur das Unkraut gewesen, welches der Teufel unter den guten Weizen hat säen wollen. Gott laß mich sterben, ehe dieser Brief nach Berlin kommt, wenn der König die Souverainetät ohne Assecuration nicht nachzugeben andere Ursache hat, als weil er daraus für beide Theile viel Inconvenienzien besorgt, und dagegen im anderen Stande mit besserer Sicherheit S. Kf. D. auf alle Posterität etabliren und groß machen kann." Mit einem Gruß an Waldeck, „welcher die Tractaten ganz valedicirt", bittet er diesen, „daß er mehr auf das öffentliche Beste und das gemeinsame Interesse sehen möge, als auf das point d'honneur; wenn wir erst eins sind, so wollen wir uns schon Ehre und Respect genug machen."

Am 13. August kamen Schwerin und Dobrczensky wieder zum Könige; sie trafen ihn in Fürstenau bei Arenswalde, wo das Heer Ruhetag hielt. Es war bereits die Nachricht eingetroffen; daß Johann Casimir Warschau aufgebe, daß Fürst Radzivill, in dessen Besitz die wichtigsten Festen in Lithauen waren, sich für Schweden erklärt habe; Wittenberg stand zwei Märsche über Posen hinaus und erwartete nur das Nachrücken des Königs, um auf Warschau zu marschieren; die schwedische Flotte lag in der Danziger Bucht vor Anker. Der König versicherte von Neuem, daß er des Kurfürsten Freundschaft wünsche, aber er war Angesichts des so leichten Sieges noch weniger nachgiebig als zuvor. Beide Herren folgten dem Zuge; man unterhandelte weiter, mit immer geringerer Aussicht; schon lehnte der König auch die Neutralität für das Herzogthum ab: er werde es gleich den anderen Gliedern Polens ansehen und behandeln.

Während der Verhandlungen in Fürstenau war Weimann (16. Aug.) nach Berlin gekommen; er hatte, selbst mit ceremoniellen Schwierigkeiten, den Abschluß des Vertrages bis zum 5. August hingezögert, dann, da de Witt mit völligem Abbruch drohte, abgeschlossen. Wie hieß man in Berlin jetzt dies Schutz- und Trutzbündniß willkommen; freilich enthielt der Vertrag, daß die Zölle in Preußen nicht erhöht werden dürften; diese Clausel hatte de Witt „die Seele des Vertrages" genannt; sie entzog dem Kurfürsten die Möglichkeit, eine ergiebigste Quelle der Einnahmen höher

zu bringen; aber dafür verpflichteten sich die Staaten, den Kurfürsten im Besitz aller seiner Lande zu schützen, und wenn sie angerufen würden, in drei Monaten 4000 Mann zu senden, oder dafür monatlich 16,000 Thaler zu zahlen, oder Schiffe, Waffen, Geschütz zu stellen, wogegen der Kurfürst den Staaten mit 2000 Mann bereit sein sollte.

Weimann meldete, daß die staatische Flotte segelfertig sei und im Begriff stehe, in See zu gehen. Sofort ratificirte der Kurfürst den Vertrag, sandte Weimann nach dem Haag zurück mit der Aufforderung, die vertragsmäßige Hülfe von 4000 Mann nach Pillau zu senden, mit der Bitte, ihm eine Anleihe von 200,000 Thaler zu 6 Procent zu gewähren, die er nach dem Frieden mit jährlich 25,000 Thalern zurückzahlen und wofür er den Zoll in Pillau als Unterpfand geben wollte.[262])

War dieser Abschluß des staatischen Bündnisses so gut wie eine Absage gegen Schweden, so entschloß sich der Kurfürst zugleich zu einem noch bedeutsameren Schritt. Er näherte sich dem kaiserlichen Hofe.

Seine Beziehungen mit Wien waren seit dem Regensburger Reichstage mehr als kühl gewesen; man glaubte in Wien nicht anders, als daß er mit Schweden seit lange verständigt sei; seine erste Anzeige, „daß er sich, um einen etwaigen Angriff auf seine Reichslande abzuwehren, in Verfassung habe setzen müssen, daß die Schweden den Durchzug durch Hinterpommern gefordert hätten“, beantwortete der Kaiser mit sehr allgemeinen reichsoberhauptlichen Phrasen.[263])

Aber die Nachricht von den staunenswürdigen Erfolgen der schwedischen Waffen hatte in Wien wie in Frankfurt den tiefsten Eindruck gemacht; „die Consternation ist nicht wohl zu beschreiben“ wurde (3. Aug.) aus Frankfurt geschrieben. Die Katholischen meinten, die Intervention zu Gunsten der Evangelischen in den Kron- und Erblanden des Kaisers, die sich Schweden im Friedensinstrument vorbehalten, werde nun thatsächlich gemacht werden; es werde nun dem Kaiser und den Kurfürsten nicht zu verdenken sein, wenn sie sich in Rüstung setzten, und da ihnen allein die Last zu schwer fallen dürfte, die oberen Kreise mit zu Hülfe nähmen. Volmar sprach bereits davon, „daß es mit einem Deputationstag nicht mehr zu machen sei, daß man in hellen Haufen von Frankfurt aufbrechen und sich nach Regensburg begeben müsse“. Denn auf dem Reichstage hätte der Kaiser die sichere Majorität der Katholischen gehabt.

Um so mehr drängten die Evangelischen zur endlichen Eröffnung der Verhandlungen; namentlich auch Portmann forderte sie, wenn auch noch

nicht alle Deputirte anwesend seien; er erhielt die Antwort: es sei noch nicht Befehl dazu von Wien eingetroffen.[264])

Es war klar, daß in Frankfurt wenig oder nichts zu erreichen sei, am wenigsten wider den östreichischen Einfluß, daß man sich nach Wien selbst wenden müsse. Und war die Stellung, die Brandenburg Schweden gegenüber genommen, nicht so, daß die östreichische Politik damit zufrieden sein konnte? war nicht die wiederholte Anrufung des obersächsischen Kreises gegen die übel hausenden Durchmärsche der Schweden, war nicht der Abschluß mit den Staaten eine Garantie, welche dem Mißtrauen des Kaiserhofes ein Ende machen mußte?

Der Kurfürst sandte Löben nach Wien, zunächst den Kaiser aufzufordern, daß er das Gewicht seines Ansehens den Bemühungen Brandenburgs um Vermittelung des Friedens beifüge. Wenn ihm zugleich aufgegeben wurde, an Jägerndorf und die breslauische Schuld zu erinnern, so mochte es geschehen, um den lauernden Blicken der schwedischen Gesandtschaft in Wien den eigentlichen Zweck der Sendung zu verbergen. Denn in der That sollte er sondiren: ob äußersten Falls auf kaiserlichen Beistand zu rechnen sei, ob der Kaiser auch den Besitz von Preußen zu schützen geneigt sein werde, „sonderlich wenn es vom Reich als ein Reichslehn recognoscirt werde.“ Er sollte erinnern, daß einst Schlesien zu Polen gehört habe, und daß der Schwedenkönig, wenn er die Krone Polen gewonnen, auch wohl diese Ansprüche hervorsuchen könne; denn allem Anscheine nach, so sollte er in einem vertrauten Gespräch äußern, strebe Schweden darnach, „in den nordischen Gegenden eine neue monarchiam aufzurichten.“[265])

Löben sollte seinen Weg über Dresden nehmen und auch am dortigen Hofe wegen Sicherstellung des sächsischen Kreises verhandeln. Er kam erst Mitte October in Wien an. Die reißend schnellen Erfolge der schwedischen Waffen — schon am 25. September stand Karl Gustav vor Krakau — hatten die ganze Lage der Dinge verändert; man mußte auf das Unerhörteste gefaßt sein.

Und von Warschau aus hatte Karl Gustav, während er selbst nach Krakau hinauf marschierte, Steenbock mit der Artillerie und etwa 2000 Mann stromabwärts gesandt, um bei Sakroczin und Nowodwor, da wo der Bug in die Weichsel mündet, ein verschanztes Lager zu errichten, den Bug und die Weichsel zu überbrücken, sie mit Brückenköpfen zu sichern. Es war die beherrschende Position der mittleren Weichsel; sie befestigen hieß die Offensive gegen Preußen einleiten.

Die Sicherung Preußens.

Seit dem Anfang des Jahres hatte Waldeck unablässig getrieben, möglichst große Werbungen zu machen, möglichst viel Volk nach Preußen zu führen, um gleich beim Beginn des Feldzugs dort entscheidend auftreten zu können. Auch Blumenthal, der im April am Hofe war, hatte dringend dazu gerathen: vielleicht daß man so Schwedens Plan gegen Polen unmöglich mache; geschehe es nicht, so müsse man besorgen, daß der König sich von Polen, Pommern und Liefland aus auf Preußen werfe.

Der Kurfürst folgte ihrem Rath nicht; er zögerte so lange als möglich, aus guten Gründen.

Die Stimmungen in Preußen waren vorerst nicht der Art, daß man große Anstrengungen von den Herren Ständen hätte fordern, willige Folgeleistung erwarten können. Sie hätten zu allererst ihre Gravamina vorgebracht und sich im Uebrigen darauf berufen, daß es des Kurfürsten Pflicht sei, das Land zu schützen. Sie waren überdieß „fast ganz unter sich zerrüttet"; und das Regiment, das die vier Oberräthe führten, hatte nicht die Kraft und Einigkeit, irgend durchzugreifen. „Die Universität, die Ministerien, die drei Städte Königsberg sind gegen die Oberräthe, die Ritterschaft unter sich uneins in Religions- und Ständesachen, indem der eine das für das höchste Glück hält, was der andere für das höchste Verderben ansieht, der eine das für ein Privilegium und Freiheit preist, was der andere für eine Beschwerde hält, der eine sich nach der polnischen Regierung sehnt, vor der der andere den größten Abscheu hat; ihnen insgesammt sind die Pächter und Pfandinhaber der kurfürstlichen Güter zuwider. Dann wieder haben die Oberräthe Streit über Streit mit dem Hofgericht und dem Hofrichter; die von der Ritterschaft sind wider die sämmtlichen Städte, die kleinen Landstädte wider die großen, in den Städten selbst fast allenthalben der Rath wider die Gemeine, die Zünfte und Handwerker wider den Rath und die Kaufleute und was dergleichen mehr". [266])

Man hatte im Februar in Berlin überlegt, wie man die Stände in Preußen dahin bringen könne, das zur Vertheidigung des Landes Nöthige zu thun. Waldeck selbst hatte gerathen, man müsse den Oberräthen die Gefahr ihrer Verantwortung vorstellen und sie bei glücklichem Erfolg Belohnungen hoffen lassen, man müsse den Landräthen auf Oberämter und andere Gnaden Aussicht machen, den andern vom Adel Landrathstellen versprechen, Werbepatente zukommen lassen, sie durch „Verehrungen"

oder „beim Glase Wein gewinnen", auch wohl „mit Manier schrecken", nur ja nichts wirklich geben, ehe sie geleistet hätten, nur ja verhüten, daß die Stände unter dem Vorwande, daß das Land schutzlos sei, mit fremden Mächten um Neutralität unterhandelten, wie früher geschehen. Kurz man schätzte, und mit vollem Grund, den preußischen Adel in seiner Libertät ungefähr so, wie sich der polnische Adel demnächst in so schmachvoller Weise zeigte. Und was die Städte betrifft, so erfuhr man, daß bereits Karl Gustavs Agenten in Königsberg mit dem besten Erfolg thätig waren; die drei Städte fürchteten nichts als die Minderung ihrer Commercien und ihrer Libertät, Mehrung der scharfen brandenburgischen Herrschaft.

Hätte der Kurfürst früher sein Kriegsvolk senden wollen, als die äußerste Noth vor Aller Augen war, er hätte fürchten müssen, daß die Stände ihn wegen Bruchs ihrer Privilegien in Warschau verklagten, daß königliche Commissarien erschienen, die Truppen hinauszuweisen, vielleicht das Land der Unterthanenpflicht zu entbinden, vielleicht es mit polnischen Truppen zu besetzen.

Nicht minder gebieterisch war die finanzielle Rücksicht. Wenn bereits im Frühjahr die Regimenter nach Preußen geführt worden wären, so hätten sie das Land im Voraus „aufgezehrt und ausgemattet". Denn dazu, die übrigen kurfürstlichen Lande zu den Kosten des preußischen Defensionswerkes mit heranzuziehen, war wenig Aussicht; „keines einzigen Landes Landstände", sagt Waldeck, „werden sich in das preußische Werk mischen wollen; sie dazu zu zwingen, kann wegen der Reichsconstitutionen nicht geschehen, vermöge deren ihnen der Kaiser und die Kreisobersten die Hand bieten werden". Eben darum empfahl er auf die Souverainetät Preußens hinzuarbeiten; „wenn es unter Garantie von Frankreich, Holland und den evangelischen Ständen unter S. Kf. D. Souverainetät wieder ans Reich gebracht werden könnte, so würde mehr Erfolg zu hoffen sein." Das würde, meinte er, auch das rechte Mittel sein, die Stände in Preußen zu gewinnen; „dann erst, wenn nicht mehr die Appellation an den polnischen Hof möglich, kann man mit Strafen vorgehen, auch Gnaden mit Erfolg erzeigen und ohne die Furcht, daß, wenn sie genossen, die Herren ihres Weges gehen."

Darum war in jenen Erörterungen im Februar und März eine der wichtigsten Fragen, „wie man S. Kf. D. Lande vereinigen könne". Man hatte zu besorgen, daß in der heranziehenden Gefahr das Wenige, was man bisher dem Particularismus und der Libertät abgerungen, wieder zu Grunde gehen werde. Waldeck schrieb noch aus Stettin: „mesnagiren

E. Kf. D. um Gottes Willen die Affection der Stände; denn Sie sehen, wie es dem Könige von Polen ergeht."

Auf das Lebhafteste mußte man empfinden, daß die äußere Gefahr zugleich die innere Frage, ob monarchisches oder ständisches Wesen, zur Entscheidung treibe.

Es war von nicht geringem Werth, daß Pommern und die Marken die schwedischen Kriegsvölker in bedrohlicher Nähe sahen; aber auch in Betreff ihrer fürchtete Waldeck, daß man den Bogen zu scharf spannen möchte; er empfahl dem Kurfürsten, zwar nicht zu versprechen, daß er nicht mehr begehren wolle, als was er gefordert, aber ihnen auch nicht zu hart zuzusprechen, sondern es zu machen, wie der König von Schweden, der bitte und sage, die Noth zwinge ihn.

Bedenklicher ließ es sich in den Rheinlanden an. Die Opposition dort, durch Winnenthals Verhaftung nicht gebrochen, sondern nur erbitterter, hatte den nächsten Anlaß ergriffen, den Kampf aufzunehmen. Auf die Ladung zu einem Landtag im Frühjahr hatte sie eine neue Mahnung „an die beschworene Union bei Strafe des Meineides" erlassen;[267]) als dennoch Befehl zu werben einlief, als die Werbungen wirklich begannen, wandten sie sich an den Kaiser und forderten Schutz ihrer Privilegien, riefen die Garantie der Staaten an; sie hofften auf die im Haag herrschende Mißstimmung gegen Brandenburg, und ihr Agent Leo Aitzema war mit Eifer und Geschick bemüht, die Politik ihrer Libertät zu fördern.[268]) Aber da folgte der Abschluß des Haager Bündnisses; „da ist bei etlichen Ständen eine große Verschlagenheit verspürt worden," schreibt Prinz Moritz 6. Aug. Freilich riefen sie nochmals des Kaisers Hülfe an, forderten Pönalmandate gegen den Kurfürsten „bei Strafe von 50 Mark Goldes"; sie ließen eine Missive an die Staaten in Druck erscheinen, in der sie darlegten, wie himmelschreiend gegen sie verfahren sei.[269]) Sie riefen die Deputirten, die sie nach Berlin gesandt, zurück. Aber der günstige Moment war für sie vorüber.

Jetzt kam ihnen der Kurfürst einen Schritt entgegen; auf Fürbitte der Prinzessin von Oranien „aus söhnlichem Respect gegen ihre Hoheit und angeborner Güte und Gnade gegen seine Unterthanen"[270]) entließ er Winnenthal aus seiner Haft gegen eine Caution von 200,000 Thaler Seitens der Stände für sein künftiges Wohlverhalten; er übertrug zugleich der Prinzessin die Verhandlungen mit dem nach Cleve berufenen Landtag. Sie hatte Mühe genug; die Opposition beherrschte die Versammlung durchaus; sie war im Begriff, unverrichteter Sache abzureisen; da endlich im letzten Augenblick entschloß sich die Mehrheit zum Nachgeben;

es kam zu einem Abschluß, der günstiger war, als man hatte erwarten dürfen.[271])

Die Hauptsorge war, ob es gelingen werde, mit den preußischen Ständen zum Schluß zu kommen. Die Nachrichten, die von den Berathungen in den Aemtern für den zum April ausgeschriebenen Landtag einkamen, lauteten nicht sehr tröstlich. Die Oberräthe meldeten (20. April), wenn die Anträge des Kurfürsten Erfolg haben sollten, müsse er versprechen, selbst ins Land zu kommen, die Officiere für das Volk, das geworben werden solle, aus den Landeingesessenen zu nehmen, die Völker auch der Landschaft schwören zu lassen, die Landstände bei der Einnahme und Ausgabe der bewilligten Gelder zuzuziehen u. s. w. Der Kurfürst entschloß sich, Waldeck und Hoverbeck als seine Commissarien zum Landtag zu senden; er legte ihnen ans Herz, den äußersten Fleiß anzuwenden; er gab ihnen für den äußersten Fall eine vollzogene Assecuration für die Privilegien des Landes mit.

Schon die Vorbesprechungen mit den einzelnen Landboten zeigten große Schwierigkeiten; sie meinten nicht anders, als daß nur von dem Schutz des Landes gegen die Moscowiter die Rede sei, und man mußte sie vorerst bei dem Glauben lassen; die meisten von der Ritterschaft hatten in ihren Mandaten, sich auf kein anderes Defensionswerk einzulassen, „als welches auf die Dienstpflichtigen und Wibranzen gerichtet sei", und falls die Noth überhand nehme, wolle „das Land Mann für Mann auf sein"; sie erklärten, mehr zu bewilligen müsse ein neuer Landtag berufen werden, auch müßten vor Allem erst die Gravamina erledigt sein. Die Commissarien stellten ihnen vor, daß dann der Kurfürst gezwungen sein werde, entweder bei Schweden Schutz zu suchen, und da könnten sie leicht ermessen, was aus ihren Privilegien werden würde, oder polnische Hülfe anzurufen, die, wie sie wüßten, bei der jetzigen Lage Polens höchst unzulänglich sein werde, „und sei zu besorgen, daß jeder nach Belieben sich in diese Lande impatroniren und nach Gefallen drin hausen werde". Darüber entsetzten sich zwar die Herren Stände, aber sie wüßten, sagten sie, keinen Ausweg, ihr Mandat binde sie.[272])

Klügere meinten, es habe mit der Gefahr nicht so viel auf sich, der Kurfürst habe große Dinge im Reich vor, wolle nur in Preußen eine Armee zusammenbringen und einstweilen unterhalten. Es schien nothwendig, dem Vorschlage eine bestimmtere Fassung zu geben, „damit die Landschaft aus ihrer Sicherheit und gefaßtem Wahn gebracht und ihre consilia beschleunigt werden möchten."

Da aber ergab sich eine neue Schwierigkeit; die Herren Oberräthe billigten zwar den neuen Antrag, erklärten aber, daß sie ihn nicht gern vorbringen würden. Nach den Freiheiten des Herzogthums durfte in Abwesenheit des Kurfürsten kein officieller Act anders als durch die Oberräthe vorgenommen werden; daß des Kurfürsten Commissarien „als fremder Potentaten Abgesandte" vor den Herren Ständen auftreten sollten, schien diesen durchaus unangemessen. Unter den Ständen selbst wurde von General v. Kalkstein der Vorschlag gemacht, sich in corpore zu Waldeck zu begeben, wo dann nach den einleitenden Worten der Oberräthe Hoverbeck den neuen Antrag entwickelte.

Er ließ merken, daß ihr Land wohl auch von der Seeseite her in Gefahr kommen könnte; er wies auf die höchst drohenden Rüstungen Schwedens hin. Demgemäß forderte er umfassende Werbungen und zur Deckung derselben die Bewilligung einer Accise, die etwa 600,000 Thaler im Jahre tragen müsse; er stellte die Wahrscheinlichkeit des allgemeinen Aufgebots in Aussicht; und es dürfte dann wohl räthlich sein, daß auch die Städte im Lande, auch die cölmischen und andere freie Leute, die bisher von ihren Gütern keine Dienste thäten, zu des Vaterlandes und ihrer eigenen Sicherheit das Ihrige zu thun bewogen würden.

Diese Anträge riefen großes Erstaunen hervor. Die Oberstände erklärten, die Defension des Landes liege dem Kurfürsten ob, und erst wenn die Mittel der Kammer nicht ausreichten, hätten die Stände hinzuzutreten; die Landräthe empfahlen, das Fehlende durch eine Umlage zu ergänzen; die von der Ritterschaft erklärten, dazu kein Mandat zu haben. Die Städte waren einverstanden, daß zunächst der Landesherr für die Vertheidigung des Landes aufkommen müsse; in die Accise könnten sie nicht willigen, da sie nicht die „eigentlichen Consumenten", sondern ihre Bürger treffe, übrigens würden sie solche Anstalten machen, „wie sich jede Stadt am besten für sich selbst defendiren könne".

Acht Tage währte das wüste Deliberiren hin und her; Manche meinten ihrer Ehre damit zu nahe getreten zu sein, daß sie vor den Commissarien erschienen waren: „es sei das erste Mal in ihrem Leben gewesen und solle das letzte Mal gewesen sein". Andere ließen „insolente Reden" hören; Andere, die im Privatgespräch „die größte Devotion gegen S. Kf. D." bezeugt, nahmen andern Tags zurück, was sie versprochen hatten. Aber, so meinte Hoverbeck, „die Noth lehrt sie wohl beten".

Schon wurde im Lande geworben und zwar von Officieren, die der Kurfürst hereingesendet hatte. Die Nachrichten, die man aus Polen bekam,

zeigten, daß die Gefahr in der That so groß sei, wie die Commissarien gesagt hatten; Einzelne, so Graf Fabian von Dohna, Obrist v. Kalkstein, „des alten Querulanten Sohn", der Landvoigt v. Eulenburg waren gewonnen und halfen den Commissarien werben und zureden; die Stände baten (18. Mai) auf höchstens zehn Tage nach Hause gehen zu dürfen, um in den Aemtern zu verhandeln und mit besseren Instructionen zurückzukehren.

Nicht ohne Bedenken willigten die Commissarien ein;[273]) der Erfolg war über Erwarten günstig. Ueberall in den Aemtern wurde dahin geschlossen, daß die gravamina ausgesetzt bleiben, daß die Deputirten Vollmacht haben sollten, in Betreff des Defensionswerkes Alles zu beschließen und auszurichten, „was sie vor Gott, S. Kf. D. und der Posterität zu verantworten sich getrauten". In solchem Sinn bewilligten die zurückgekehrten Deputirten, was der Kurfürst gefordert hatte, und überließen ihm die weiteren Anordnungen, wie er selbst (4. Juni) mit lebhaftem Dank anerkannte.

Sofort wurden auf die bewilligte Accise Gelder aufgenommen. Es wurde Memel und Pillau so gut möglich ausgerüstet; die Werbungen nahmen raschen Fortgang, nach einigen Wochen waren 4000 Mann unter den Waffen. Dann als die Stettiner Verhandlungen keine Hoffnung mehr ließen, sandte (5. Aug.) der Kurfürst den Oberräthen den Befehl, „Angesichts nach Empfahung dieses Schreibens" ein Generalaufgebot zu publiciren, „so daß sich jeder mit seinem Gewehr und Nothdurft so gefaßt hält, bei nächster Weisung Mann für Mann auf zu sein". Er verhieß selbst nach Preußen zu kommen, und zwar an der Spitze seiner Armee.

Ende August war er mit seinen Rüstungen in den Marken fertig; er habe, sagte er dem französischen Gesandten,[274]) in Preußen 7000 Mann regelmäßige Miliz und 4000 Mann geworbenes Volk, 8000 Mann seien marschfertig in den Marken und 4000 Mann aus den westlichen Landen im Anmarsch; zu neuen Regimentern seien Patente ausgestellt, er hoffe mit diesen seine Gesammtstärke auf 12,000 Mann Fußvolk und 10,000 Reiter zu bringen, ohne die preußischen Truppen und die 4000 Mann, die er von den Staaten zu erwarten habe; er rechne außerdem auf 6000 Mann von Cöln und den Braunschweiger Herren, auf 5000 Mann vom Landgrafen von Hessen. Schon waren einige staatische Schiffscapitaine angekommen, die Führung der Kriegsfahrzeuge, die er im frischen und curischen Haff bauen lassen, zu übernehmen; und die holländische Flotte von 36 Schiffen konnte in wenigen Wochen eintreffen.

Karl Gustav hatte den brandenburgischen Gesandten, die ihm folgten,

unter erneuten Versicherungen seiner Freundschaft für den Kurfürsten, erklärt, daß von der Neutralität des Herzogthums Preußens nicht die Rede sein könne; er hatte hinzugefügt, daß er den Marsch der brandenburgischen Armee dorthin als einen Act der Feindseligkeit ansehen, ihren Durchmarsch durch das königliche Preußen nicht gestatten werde. Er hatte auch nicht den Schein eines Rechtes zu solchem Verbot; ob er die Mittel habe, es durchzusetzen, mußte sich zeigen.

In den ersten Septembertagen setzten sich die brandenburgischen Regimenter in Marsch; am 8. reiste der Kurfürst von Berlin ab, ihnen zu folgen. An demselben Tage, wo Karl Gustav von Warschau aufbrach, auf Krakau zu marschieren, ging er von Köslin nach Danzig.

Das königliche Preußen harrte seiner mit Sehnsucht; er schien der einzige Retter. Schon früher hatte der Bischof von Ermeland um seinen Schutz gebeten;[275]) die Danziger hatten durch ihren Syndicus in Berlin auf Verständigung über gemeinsame Schritte angetragen. Die Woiwodschaften des polnischen Preußen waren völlig ungerüstet; in der Bucht von Hela lagen 32 schwedische Schiffe, stark genug besetzt, um sich einzelner Küstenpunkte bemächtigen zu können. Von den Polen, den Lithauern war keinerlei Beistand zu erwarten; so gut wie die Stände dort den König von Schweden als Protector proclamirten, konnten die in Preußen sich den Schutz suchen, der ihnen angemessen schien; und was war natürlicher, als daß sie sich mit dem Kurfürsten zu gemeinsamer Defension verbanden.

Aber die Stadt Danzig hatte Bedenken, dessen Kriegsmacht zu nahe kommen zu lassen; der Kurfürst selbst und seine Leibgarde durfte durch die Stadt ziehen, wurde dort glänzend genug empfangen (24. Sept.), aber das Heer mußte auf dem Gebiet des Kloster Oliva die Stadt umgehen.[276]) Den Marsch auf Mewe verbat sich der dortige Hauptmann Stanislaus Radzivill, Großkanzler von Lithauen: er habe alle seine Güter in Lithauen und Volhynien verloren, nichts aus dem Schiffbruch seines Wohlstandes gerettet als diese Hauptmannschaft, die ein Durchmarsch völlig ruiniren würde. Der Kurfürst führte sein Heer über Montau und Stuhmsdorf in sein Gebiet nach Marienwerder und Riesenburg.[277])

Auf des Kurfürsten Anlaß hatte Ludwig v. Weiher den Adel seiner Woiwodschaft nach Dirschau berufen. Tumultuarisch genug war die Versammlung (28. Sept.). Die Herren meinten zuerst, der Kurfürst sei mit Schweden im geheimen Einverständniß und der Nachricht von dem staatischen Bündniß sei kein Glaube zu schenken. Darüber beruhigt riefen Einzelne: also sei er unser Protector und wer dem widerspricht, den wollen

wir niedersäbeln; dann Andere: nein, er sei unser König, wenn er uns unsere Religion lassen will; Andere: noch haben wir einen König, er sei einstweilen unser Protector. Sie tobten über den Woiwoden, der nicht gekommen, sondern „mit seinen Liebsten nach Danzig gefahren sei", der das Land aussauge unter dem Vorwand zu werben und doch nicht werbe: jetzt sei nicht Zeit zu Landtagen, der Woiwode müsse zum Kurfürsten reisen und abschließen. Dann kam die Nachricht, daß die Schweden Konitz (24. Sept.), daß sie Tuchel (26. Sept.) genommen hätten, daß ihre Partheien schon bis Lauenburg streiften. Andern Tags erschien der Woiwode; er war bereit, sofort sich mit einigen der Herren in des Kurfürsten Hauptquartier zu begeben und abzuschließen, „es ist sonst Alles verloren".

Der Kurfürst nahm sein Erbieten, die westpreußischen Stände zu einem Landtag zu berufen, an; wenn ein Vergleich mit den westpreußischen Ständen zu Stande komme, wolle er gern, wie Weiher gewünscht, einige Compagnien an die Weichsel und in den Werder schicken, damit dort alles Volk bewaffnet werden und ausziehen könne. Er forderte, daß sich das königliche und herzogliche Preußen zur Defension vereinige, daß man beiden Königen davon Anzeige mache, an den schwedischen den Antrag auf Neutralität stelle und sich erbiete, gemeinsam zum Frieden zu arbeiten; er empfahl, daß das königliche Preußen sich mit gleicher Anstrengung aller Kräfte rüste wie das herzogliche, wo alle Dienstpflichtigen einberufen und daneben auf je 10 Hufen ein Mann zum Fußvolk gestellt sei.[278])

Auch aus Masovien kam Nachricht, daß man sich dem Kurfürsten anzuschließen geneigt sei; auch Podlachien schien dazu bereit; und wie gern hätte Herzog Johann von Kurland sich unter seines kurfürstlichen Schwagers Schutz gestellt. Um den festen Kern der brandenburgischen Macht schien sich das ganze Küstengebiet der Republik bis zur Netze und zum Bug hinauf zu Schutz und Trutz vereinigen zu können und dann stark genug zu sein, der Gewaltlust der Schweden Halt zu gebieten. Das Herzogthum wurde das Asyl für Tausende Vornehmer aus Lithauen und Polen, die sich und ihre Schätze dorthin flüchteten.

Die Nachrichten aus Polen waren der Art, daß sie den höchsten Eifer Aller entzünden mußten. Schon war Johann Casimir über die Grenzen seines zusammenbrechenden Reichs nach Schlesien geflüchtet; Lithauen, soweit es nicht von den Moscowitern besetzt war, ergab sich den Schweden. Der tapfere Czarnecky, der Krakau vierzehn Tage gehalten hatte, capitulirte am 18. October auf freien Abzug. Die polnische Armee löste sich auf, die Quartianer unter dem Großbannerherrn der Krone Koniecpolsky

unterwarfen sich und traten in schwedischen Dienst, der Krongroßfeldherr Stanislaus Potocky huldigte mit 11,000 Mann dem Schwedenkönige; die Magnaten, die Bischöfe, Woiwoden, Starosten, Alles unterwarf sich; Viele, so der Krongroßmarschall Lubomirsky, in der Hoffnung, daß nun die Republik ohne Königthum unter schwedischem Protectorat beginnen werde; die Meisten bereit, Karl Gustav als König von Polen zu proclamiren. Nur daß zugleich das Plündern und Brandschatzen der Schweden, ihr bald rücksichtsloser und beleidigender Hochmuth die Abgefallenen lehrte, daß Untreue weder Dank noch Lohn bringe.

Angesichts solcher Vorgänge hätte man von den Verhandlungen in Marienburg raschen Erfolg erwarten sollen. Aber da war „Alles ohne Rath, in Confusion und zerschnittener Meinung";[279]) die Danziger Herren erklärten, sie seien, da die Einladungsschreiben keine bestimmten Anträge enthalten, ohne hinreichende Instruction. Thorn und Elbing meinten, sich nicht von Danzig trennen zu können. Man vertagte die Berathungen auf den 18. October; ein paar Tage später begannen sie wirklich. Wieder wurde die Besorgniß geäußert, als suche der Kurfürst „nur sein absonderliches Interesse", wieder hatten die Städte allerlei Winkelzüge, baten um zwanzig Tage Bedenkzeit. Vergebens stellte man den Thornern und Elbingern vor, daß sie sich selbst nicht vertheidigen könnten, vergebens den Danzigern, daß man von ihnen nichts wolle als Zustimmung zur Vereinigung und im Nothfall den Rückzug der vereinten Truppen unter den Schutz ihrer Wälle. Danzig verließ sich auf seine eigene Macht und den verheißenen Schutz der Staaten.

Nach dem Fall Krakau's begann die schwedische Armee, jetzt durch die polnischen Regimenter mehr als verdoppelt, sich zum Marsch nach Preußen hinab zu sammeln; zugleich setzte sich die in Lithauen unter Graf Magnus de la Gardie in Bewegung. Schon hatte der Culmer Woiwode für sein Gebiet sich in den Schutz des Kurfürsten begeben; er und die Woiwoden von Marienwerder und Pomerellen, so wie der Bischof von Ermeland erschienen in des Kurfürsten Hauptquartier und vollzogen dort den Vertrag der Vereinigung.[280])

Es wurde noch ein Versuch gemacht, in Marienburg auf Grund dieser Rinsker Artikel mit den Ständen zu verhandeln (17. Nov.). Die Danziger erklärten, die zwanzig Tage Bedenkzeit seien ja kaum abgelaufen; die Thorner und Elbinger desgleichen; sie wollten „nicht ausgeschlossen sein aber auch zur Zeit noch nicht zutreten". Man mußte zufrieden sein, den ausgefertigten Vertrag wenigstens mit den „Senatoren und Ritterschaft

des königlichen Preußens", auszuwechseln; er verpflichtete sie, 4000 Mann zu stellen, 500 Mann Brandenburger zur Mitbesetzung von Marienburg anzunehmen, dem Kurfürsten die wichtigen Festen Lauenburg, Dirschau, Graudenz, Straßburg anzuvertrauen.

Aber von Rüstungen, von ernsten Anstrengungen auch nur der Ritterschaft war keine Rede. Jeder mißtraute dem Andern, der Starost dem Woiwoden, die Ritterschaft den Städten; „einiger lutherischen Prediger unzeitiger und unbegründeter Verdacht" gegen den calvinistischen Brandenburger fand überall offene Ohren. Von dem flüchtigen Könige, von den flüchtigen oder abgefallenen Senatoren, Generalen, Bischöfen kamen Mahnungen, dem Kurfürsten nicht zu trauen, wenigstens keine Brandenburger in die Marienburg einzulassen, wenigstens sie nur in die Stadt, nicht ins Schloß zu legen.

Schon streiften einzelne schwedische Partheien ins Culmische, andere über Lauenburg bis an die Danziger Bucht; die Gefahr rückte sichtlich näher; bei den polnischen Besatzungen, namentlich in Marienburg, nahm die Desertion überhand. Jetzt erst (25. Nov.) verstand sich Weiher dazu, die Brandenburger einzulassen. Jetzt nahm auch Straßburg dankbar eine Besatzung an, die es vor vier Wochen, eben so wie Graudenz, mit Protest zurückgewiesen hatte; jetzt lud auch Thorn den Kurfürsten ein, „den Schlüssel des Landes" zu besetzen, nur freilich nicht so stark, wie es nothwendig war, um ihn zu behaupten. [281])

Der klägliche Ausgang der Verhandlungen mit dem königlichen Preußen veränderte die Lage Friedrich Wilhelms außerordentlich. Was frommte es ihm, wenn ihm jetzt der König von Polen die Souverainetät im Herzogthum anbieten ließ unter der Bedingung, daß er die Vertheidigung des königlichen Preußen übernähme und 2000 Reiter nach Schlesien sende, ihn nach Danzig zu führen. [282]) Bei der Lässigkeit der Stände, bei dem völligen Mangel an Rüstung und dem gänzlichen Verfall der Festungen war das Land nicht zu halten, wenn nicht die drei großen Städte mit ihrem Geld und Volk vorantraten, woran nicht mehr zu denken war. [283])

Aber ließen die Herren im Haag nicht ihren Einfluß in Danzig für ihren Verbündeten thätig sein? Nicht einmal das, wozu das Bündniß sie unmittelbar verpflichtete, leisteten sie; die versprochenen 4000 Mann kamen nicht; es lief die Nachricht ein, daß sie ihre Schiffe aus dem Sund nach Hause entboten hätten, um im nächsten Frühjahr wieder auszulaufen.

Die ersehnten Geldsendungen kamen eben so wenig; man meinte, der Fall, wo die Staaten nach dem Vertrage helfen müßten, sei noch nicht eingetreten.[284])

Die Aussicht auf die staatische, auf irgend eine Hülfe schwand mehr und mehr. Freilich, mit Erbietungen war der französische Hof sehr freigebig, aber immer hieß es, man könne füglich nicht etwas thun, was den Schweden Bedenken erregen würde;[285]) man besorgte, daß Brandenburg sich mit dem Kaiser verständige, ihm in der Wahl zustimme, ihm endlich möglich mache, seine Waffen für Spanien zu erheben. Und wenn Friedrich Wilhelm sich überwand, einen Gesandten nach London zu schicken, um des Protectors Fürsprache bei Schweden in Anspruch zu nehmen, so sah man dort in dem polnischen Kriege nichts als die großen Erfolge der protestantischen Waffen und war erstaunt, daß der Brandenburger nicht freudig an dem Kampfe gegen den Papismus Theil nehme.[286]) Denn eben jetzt hatte der Protector, um dessen Bündniß seit Monaten sowohl Frankreich als Spanien geworben, sich für Frankreich entschieden; „ein Ereigniß, das die Aufmerksamkeit der Herren im Haag völlig in Anspruch nimmt"; mehr als Mediation hatte Brandenburg von ihnen nicht mehr zu hoffen.

Aber auch im Haag begann man davon zu sprechen, daß „die balance Europas" bedroht sei; wie sollte sich Spanien erhalten, wenn mit dem Landangriff Frankreichs sich die Seemacht Englands vereinte, sich nach Dünkirchen, dem Golf von Genua, Westindien warf? wie das Haus Oestreich sich retten, wenn, mit ihnen im Bunde, Karl Gustav in Schlesien einbrach, die mißhandelten Protestanten in den Kron- und Erblanden aufrief, Rakoczy von Siebenbürgen, der 30,000 Mann unter den Waffen hatte, zugleich durch Ungarn vordrang?[287])

Nach solchen Erfolgen der Schwedenmacht, so völligem Zusammenbrechen eines großen Staates schien alles Unmögliche möglich, die Zukunft Europas unberechenbar. Mochte Holland im Westen noch die Wage halten, den Osten schien es seinem Schicksal überlassen zu wollen. Dort stand jetzt Alles auf dem Kurfürsten und seine Kriegsmacht; wenn sie nicht stark genug war, wenn er die Neutralität aufgab oder nicht behauptete, dann durchriß die wilde Bewegung unrettbar Alles; „es würde", schreibt Weimann, „eine unendliche Confusion, eine gänzliche Verheerung des Vaterlandes, Zerrüttung der Christenheit und Einbruch fremder, barbarischer Völker nebst unsäglichem Jammer und Elend geben."

Wo mehr als in Wien hätte man Anlaß gehabt, den furchtbar drohenden Gang der Dinge zu würdigen? Konnte man sich Besseres wünschen

als das Entgegenkommen Friedrich Wilhelms, das die Sendung Löbens bezeichnete?

Die ersten Eröffnungen, die er erhielt, waren kühl und mißtrauisch; mit dem Schein verbindlicher Erwiederung sandte man den Grafen Starhemberg nach Preußen, sich zu überzeugen, ob wirklich der Kurfürst gerüstet sei, ob er nicht doch mit Schweden unter einer Decke spiele; allerdings sollte er des Kaisers Wunsch aussprechen, mit Brandenburg vereint das Reich zu schützen, wie denn der Kaiser zu diesem Zweck ein Heer von 25,000 Mann geworben habe; aber die erste Bedingung war, daß der Kurfürst sich verpflichte, zur römischen Königswahl in östreichischem Sinn zu helfen.[288])

Im Feldlager bei Rinsk, also auf königlichem Gebiet, in Mitten der Verhandlungen mit den Woiwoden und Städten des königlichen Preußens, traf Starhemberg den Kurfürsten. War noch über dessen Intentionen zu zweifeln? Er befahl Bonin, mit Starhemberg nach Wien zu eilen, dort um baldige und bestimmte Erklärung zu bitten. Er sandte ihm einige Tage später, nach dem Abschluß des Bündnisses mit den preußischen Ständen, das Schweden vielleicht als „Ruptur" ansehen werde, die Weisung nach (20. Nov.) zu versichern, daß er, es komme wie es wolle, sich mit Schweden nicht ohne den Kaiser vergleichen wolle, wenn sich der Kaiser in gleicher Weise verpflichte. Dann später, als er schon nach Königsberg hatte zurückweichen müssen (24. Dec.): er hoffe, der Kaiser werde bereits Anstalten zu der höchst nöthigen Assistenz gemacht haben; „Kais. Maj. wolle sich meiner in dieser äußersten Noth gnädig annehmen und sowohl um des allgemeinen als Kais. Maj. eigenen Interesses willen eine Diversion machen."

In Wien zog man es vor, Bonin und Löben „mit Scheintractaten zu amüsiren"; vergebens drängten beide, zeigten, wie der Kurfürst, ganz ohne Hülfe gelassen, mit den Schweden sich endlich werde vergleichen müssen. Fürst Auersperg, „der die Jesuiten zur Hand und zu Willen hat", beherrschte den kranken Kaiser völlig, selbst der „verständige und kluge" spanische Gesandte hatte keinen Einfluß mehr.[289])

In den stärksten Ausdrücken trat dieser dem Fürsten Auersperg entgegen, wies ihn darauf hin, was dem Hause Oestreich die Freundschaft des Kurfürsten bedeute, der jetzt an der Spitze einer bedeutenden Kriegsmacht die Krone Polen retten, der einst das Haupt der Protestanten in Deutschland sein könne; er erklärte ihm geradezu, daß, wenn er das Haus Oestreich um solchen Bundesgenossen bringe, er eines Tages dafür dem

Könige, seinem Herrn, verantwortlich sein werde.[290]) Es war vergebens; „es wird", schreibt Bonin, „E. Kf. D. gehen wie dem Könige von Polen und wird heißen: wer liegt, der liegt."

Wohl warb man in den kaiserlichen Landen, aber höchst lässig und am wenigsten in der Absicht, irgendwie mit den Schweden in Conflict zu kommen; man fürchtete, daß dann sofort alle evangelischen Stände zu ihnen halten würden. Und in Frankfurt, wo endlich 26. Sept. der Deputationstag eröffnet war, arbeiteten die kaiserlichen Commissarien nicht etwa dahin, daß die Stände, die Kreise sich rüsteten, sondern nur, daß die Klagen Evangelischer in Reichsstädten, in katholischen Territorien, die in Menge kamen, nicht erledigt, daß der Zwiespalt die Confessionen erst recht entzündet werde; zumal seit Brandenburg auch für die Waldenser auftrat und Verwendung für sie beim Herzog von Savoyen forderte.[291]) Schon war es so weit, daß im Kurfürsten- und Fürstenrath das Directorium die Erklärungen der Evangelischen in Sachen der Capuziner von Hildesheim, der Evangelischen in Kaufbeuern ins Protokoll zu nehmen sich weigerten; „wenn es so weiter geht", sagte Culmbach, „wird man sich bald wieder bei den Köpfen fassen."

Gelang es, die Erbitterung im Reich so weiter zu steigern, so hatte die kaiserliche Politik den Rücken sicher und konnte sich nach anderer Richtung hin wenden.

Es hieß im Reich, daß ein Feldzug nach Italien im Werk sei; „so lange den Evangelischen nicht die Unlust wegen Ausrottung ihrer Mitglieder in den Erblanden genommen ist, verstehen sie sich für Kais. Maj. zu nichts. Das löbliche Haus Oestreich muß sehen, daß es eine gute Stütze in Italien bekommt, und wenn es dann je angefochten wird, sich des Reichs, wenn es von selbigem hülflos gelassen wird, eben so bedienen, wie sich die Fremden dessen gebrauchen."[292])

Nach vierwöchentlichem nutzlosen Verhandeln verabschiedete sich Bonin beim Kaiser, der ihn mit den üblichen Versicherungen seiner herzlichen Freundschaft für den Kurfürsten und Erbietung aller möglichen Dienste entließ. Löben blieb in Wien. „Unser Rath ist", heißt es in der letzten Depesche Bonins aus Wien, „daß E. Kf. D. Ihre Armee auf jede Weise zu conserviren suchen, denn ohne dieselbe werden Sie nachmals so wenig bei Kais. Maj. als dem Könige von Schweden considerabel sein und, wenn Sie sich selbst nicht helfen können, wenig Hülfe von Andern zu gewärtigen haben. Kann es geschehen, daß E. Kf. D. dem König mit Tractaten auf- und von Feindseligkeiten abhalten, aber so, daß Sie

nichts schließen und bis zum Frühling statum deliberandi nehmen und freie Hand behalten, so wäre es am besten und sichersten; wo nicht, so werden unseres Erachtens E. Kf. D. wohl thun, sich so zu conserviren, wie sie können."

Der Königsberger Vertrag.

Die Kriegsmacht, welche Friedrich Wilhelm nach dem Uebergang über die Weichsel vereinigt hatte, war über 20,000 Mann stark.[293]) „Was ich davon gesehen", schreibt de Lumbres aus Königsberg, 27. Nov., „sowohl Reiterei wie Fußvolk ist sehr gut." Vielleicht die Hälfte der Regimenter waren neu errichtete, unter den etwa 16 Reiterregimentern eins der Dienstpflichtigen des Herzogthums, unter den 11 Regimentern Fußvolk drei, die aus Wibranzen bestanden; diese und die im Herzogthum Geworbenen mußten zum Theil erst exercirt werden.[294])

Viele von den Generalen und Obristen hatten bereits in fremden Heeren in gleichem Rang gedient; „es sind Leute von Kopf und Hand", sagt de Lumbres, „die andern sind nicht von gleicher Tüchtigkeit." „Der größte Uebelstand ist", fügt er hinzu, „daß alle diese Officiere sich noch nicht kennen; sie haben verschiedene Ansichten und vertreten sie mit Hartnäckigkeit, was den Kurfürsten oft in Verlegenheit setzt."[295])

Aus solchen Elementen mußte erst ein gleicher militärischer Typus gebildet werden, eine Aufgabe, die doppelt schwer war, da diese Armee zunächst in einer Weise beschäftigt wurde, die in der peinlichen Mitte zwischen Neutralität und Demonstration stand.

Zum „Capo über die Armee" war der Generalfeldzeugmeister Otto von Sparr ernannt,[296]) ein Befehlshaber nicht von kriegerischer Genialität, aber von Erfahrung, Festigkeit, völliger Zuverlässigkeit, „mehr geeignet", sagt de Lumbres, „Pläne eines Andern auszuführen, als selbst deren zu geben, mehr geeignet für ein kleines als für ein großes Heer, für den Vertheidigungskrieg als für Feldschlachten."

Die Verzögerungen der Marienburger Verhandlungen hatten es unmöglich gemacht, gleich beim Einmarsch die festen Punkte an der Weichsel zu besetzen; die Truppen waren auf das herzogliche Gebiet, das bei Marienwerder die Weichsel berührte, geführt und über das Oberland cantonnirt, während Waldeck mit den „Vortruppen" weiter zog, die Deckung der Grenzen gegen Masovien, Podlachien und Lithauen zu ordnen.

Aus aufgefangenen Briefen vom 28. Oct. erfuhr man, daß Steenbock aus Nowodwor am 3. Nov. dem Könige nach Warschau entgegengehen, daß Graf Magnus de la Gardie aus Lithauen aufbrechen und auf Nowodwor marschieren werde.[297] Zu derselben Zeit kamen Schwerin und Dobrczensky aus Krakau zurück; sie brachten erneute Freundschaftsversicherungen des Königs, aber zugleich, daß er die Aufhebung des staatischen Bündnisses und gemeinsame Erhebung der preußischen Seezölle fordere. Ihre weiteren Angaben ließen keinen Zweifel, daß der König seine Heere vereinige, um sich nach Preußen zu wenden.

Auf des Culmer Woiwoden Einladung rückten brandenburgische Regimenter Anfang November ins Culmerland; der Kurfürst selbst nahm sein Hauptquartier dort in Rinsk, wo der Bischof von Ermeland und die drei Woiwoden ihre Verschreibung am 12. Nov. ausstellten.

In derselben Zeit war Graf Magnus, der sich in Lithauen verzögert hatte, mit etwa 7000 Mann über die Memel bei Welunen gegangen und zog langsam dicht an der Grenze des Herzogthums herauf, mit Waldeck in stetem Verhandeln um den Durchzug nach Ermeland.

Waldeck hatte Weisung, denselben nicht zu gestatten. Er brannte vor Ungeduld die Offensive zu ergreifen; seine Ansicht war, daß man nicht warten müsse, bis die schwedische Uebermacht da sei; er tadelte lebhaft, daß Sparr nicht in Güte oder mit Gewalt Thorn besetzen lasse;[298] er bat den Kurfürsten um die Erlaubniß, sich auf die Marschcolonne des Feindes zu stürzen: man könne ihn dann desavouiren und er seine Entschuldigung in den Drohworten der Schweden oder in anderen Gründen, die sich wohl finden ließen, nehmen. Der Kurfürst befahl ihm, in der Defensive zu bleiben und beim Vordringen der Schweden über die Grenze, wenn er nicht völlig gewiß sei, sie mit Hülfe der Polen der nächsten Woiwodschaft zu schlagen, sich nach Königsberg zurückzuziehen.[299] Dringender wiederholte Waldeck seinen Vorschlag (10. Nov.): die Schweden lägen wenige Meilen von ihm, zerstreut und schlecht gedeckt; aus den Verhandlungen, die er mit Graf Magnus gehabt, sei klar, daß man ihn nur hinhalten wollte; der Graf habe seine Truppen auf gute Quartiere in Preußen vertröstet; es heiße dort, habe man den Kaiser bezwungen, so werde man mit dem Kurfürsten wohl auch fertig werden. Er schrieb in gleichem Sinne an Schwerin, in lebhafter Unruhe, daß der Kurfürst seinem Rath nicht folge: „Sie werden einst sehen, daß nach allen Diensten, die ich mit so großer Mühe geleistet habe, eine allgemeine Ungnade die Belohnung sein wird". Wieder lautete der Befehl auf die bloße Defensive.

Der Kurfürst sandte einen zweiten, dritten Botschafter an Karl Gustav; für ihn lag Alles daran, Zeit zu gewinnen, bis von Wien, von Holland her irgend etwas geschähe, ihn zu erleichtern, bis in Polen ein Rückschlag gegen die schwedische Fremdherrschaft eintrete, dessen Anfänge sich bereits bei den Bauern in Galizien und in der Gegend von Czenstochau zeigten, bis dahin seine Kriegsmacht unversehrt zu erhalten. Für jetzt lag sie an den Grenzen von Tilsit bis ins Culmerland und an der Weichsel vertheilt, auf ihrem linken Flügel von Graf Magnus, auf dem rechten von Karl Gustav bedroht; sie zu erhalten, mußte er in der Richtung auf Königsberg zurückweichend sie sammeln.

Nach einiger Rast in Warschau setzte sich Karl Gustav (27. Nov.) in Marsch, auf beiden Seiten der Weichsel in Preußen einzubrechen; er selbst, mit einem zur Hälfte aus polnischen Quartianern bestehenden Heere, in der Richtung auf Straßburg. General Kanneberg, der die Linie der Drewentz besetzt hatte, begann an demselben Tage sich langsam zurückzuziehen, während, wie erwähnt, die eben in Marienburg abgeschlossenen Verhandlungen wenigstens die Folge hatten, daß der Woiwode dort einige Hundert Mann Brandenburger aufnahm. Im Besitz Marienburgs war es möglich, den reichsten Theil des Landes, den Werder, zu decken und dem Feinde den Weg zur Küste zu verlegen;[300] in Verbindung mit Elbing und Danzig wäre diese Stellung so gut wie unangreifbar gewesen; sie hätte weit hinauf die Weichselniederung gedeckt. Jetzt war Thorn auf sich allein angewiesen; es ergab sich (5. Dec.) bei der ersten Aufforderung.

Gleich beim ersten Vordringen hatten die Schweden einige brandenburgische Posten aufgehoben;[301] die Quartianer schweiften verheerend ins herzogliche Gebiet. Somnitz war zum Könige gesandt, des Kurfürsten lebhaftes Verlangen nach endlichem Abschluß der so lange verhandelten Tractaten auszusprechen, über diese völlig ungerechtfertigten Feindseligkeiten Beschwerde zu führen; der Kurfürst wisse nicht, daß er mit Schweden im Kriege sei; wenn Johann Casimir nicht mehr König von Polen, der Bestand der Republik rechtlich zu Ende sei, so habe die Lehnsabhängigkeit des Herzogthums aufgehört, und es sei keinerlei Rechtsgrund erkennbar, Truppen des Kurfürsten anzugreifen. Karl Gustav entgegnete, daß er dem Kurfürsten die Nichtbesetzung Thorns als ein Zeugniß freundschaftlicher Gesinnung anrechne; er verbarg nicht, daß der Kurfürst im Stande sei, seine großen Pläne zu zerstören; aber wenn die brandenburgischen Waffen sich gegen ihn kehrten, werde er den Oestreichern das eroberte Polen überlassen,

um sich mit ganzer Macht auf ihn zu werfen und ihn, wenn er könne, zu vernichten.

Der König marschierte ohne Aufenthalt weiter, während Steenbock auf der Westseite der Weichsel durch Pomerellen auf Oliva vordrang, Graf Magnus sich über Ermeland[302]) mit der Armee des Königs in Verbindung setzte. Am 20. December hatte der König bereits sein Hauptquartier in Kreuzberg, einen Marsch von Königsberg. Elbing hatte ihm ohne Weiteres und mit Freuden die Thore geöffnet; Mewe, Dirschau waren mit Gewalt genommen, die brandenburgischen Besatzungen dort in schwedische Regimenter gesteckt; die Besatzung von Marienwerder wurde beim Abzuge von den Quartianern zusammengehauen; da und dort ereilten schwedische Parteien die zurückweichenden Brandenburger und behandelten sie auch im eigenen Land als Feinde. Es schien, als suche man schwedischer Seits die Dinge zum Aeußersten zu treiben.

Noch war keineswegs der Krieg erklärt; es wurde fort und fort unterhandelt. Freilich forderte Karl Gustav jetzt auch, daß das Herzogthum ein Lehen der Krone Schweden werde, daß der Kurfürst den Sold für die Quartianer zahle u. s. w.; er war bereit ihm dafür Ermeland zu überlassen.[303]) Es gab darüber lange und lebhafte Discussionen; aber daß man sich feindlich gegenüberstehe, wurde auch schwedischer Seits in Abrede gestellt. Wenn die brandenburgischen Gesandten sich über die Räubereien der Quartianer, über den Angriff der schwedischen Parteien beklagten, bedauerte der König das Geschehene: nie sei ihm eine Expedition unerwünschter gewesen, als diese; wenn sie noch ernstlicher sich beschwerten, daß er tief in des Kurfürsten eigenes Gebiet, ja bis auf eine Stunde von seiner Residenz vorgerückt sei, entschuldigte er es mit der Unkunde seiner Quartiermeister[304]) und zog sich einen Marsch weit zurück: „er werde gern den Feindseligkeiten Einhalt thun, wenn des Kurfürsten Truppen ihre Streifzüge einstellten und in Hoffnung auf raschen Abschluß". Er sandte 29. Dec. Graf Schlippenbach nach Königsberg, den Kurfürsten zur Taufe seines kürzlich geborenen Sohnes einzuladen; er sandte auf des Kurfürsten Wunsch am 2. Januar früh Oxenstjerna nach Königsberg, den Vertrag zum Abschluß zu bringen.

Es war ein im höchsten Maß abnormer Zustand, nicht Krieg, nicht Frieden. Der König, der auf das Aeußerste begierig war, den Kurfürsten zu gewinnen, setzte ihm den Degen auf die Brust, um ihn zu überzeugen, daß sie Freunde seien. Weil ihm die brandenburgischen Streifparteien lästig zu werden begannen, hatte er sich zurückgezogen; aber er ließ einen

Theil seines Heeres bei Wehlau über den Pregel gehen, gegen Samland vorrücken, als solle Königsberg von allen Seiten umschlossen werden. Auch das gab den Verhandlungen Oxenstjerna's keinen rascheren Fortgang; zwei, dreimal war er im Begriff abzureisen, und blieb doch: „der Kurfürst spricht mit mehr Festigkeit als je zuvor".[305] Täglich zogen neue Streifparteien hinaus, fochten oft mit gutem Erfolg; der Kurfürst war unermüdlich, „immer zu Pferde, Alles selbst zu ordnen";[306] die Truppen begannen Selbstvertrauen zu gewinnen.

Daß diese Armee nicht einfach niederzurennen, Königsberg nicht mit einem Handstreich zu nehmen sei, war klar; schon kamen Nachrichten aus dem oberen Polen, die sehr beunruhigend lauteten; und Danzig, Marienburg, Bromberg waren noch unbezwungen; in den Marken sammelten sich neue Regimenter. Karl Gustav mußte sich irgend wie mit dem Kurfürsten verständigen, ihn gewinnen.

Hatte Friedrich Wilhelm nicht um so mehr Grund, sich zu versagen? Der eben eintreffende Gesandte Johann Casimirs widerrieth dringend den Abschluß: Johann Casimir sei zurückgekehrt, sammle Truppen, schon beginne sich Polen zu erheben; halte der Kurfürst zur Republik, so solle das königliche Preußen ihm in gleicher Weise wie das herzogliche zu Lehen gegeben werden. Auch der Bischof von Ermeland, der Woiwode von Marienburg, die Danziger versprachen alles Beste.

Aber vorerst war der größte Theil des Landes in des Königs Gewalt, von seinen schwedischen und polnischen Völkern überschwemmt; sie hinaus zu treiben hätte des Kurfürsten Macht nicht genügt; die kurfürstlichen Truppen waren bis auf die nächste Umgegend von Königsberg zurückgedrängt; es war unmöglich, so umstellt, sich lange zu halten. Im Lande, in Königsberg selbst war die Stimmung verzweifelt; nur zu leicht fanden die Aufreizungen, die Vorspiegelungen der Schweden Eingang, vieler Orten von den lutherischen Predigern mit Eifer unterstützt, als sei der Calvinismus an allem Unglück des Landes Schuld. Die Königsberger jammerten über den Untergang ihres Handels, über die entsetzliche Last der Einquartierung, sie wollten durchaus Frieden; schon war ein Complott entdeckt worden, das von schwedischen Agenten angezettelt war, des Kurfürsten Magazine anzustecken.

Noch war es möglich, auf erträgliche Bedingungen abzuschließen; dringend sprachen dafür die Oberräthe, die Landräthe, die anwesenden Landstände,[307] auch die vornehmen Polen und Lithauer, die in großer Zahl nach Königsberg geflüchtet waren; namentlich Gonsiewsky, der

Schatzmeister von Lithauen, und der Bischof von Wilna empfahlen auf das Lebhafteste den Abschluß, der allein so viele polnische Edelleute und Edelfrauen, die Kostbarkeiten, die sie mit sich hergerettet, retten könne.

Der Kurfürst konnte auf irgend eine Hülse von Außen nicht mehr rechnen; nach Berichten aus Wien war zu fürchten, daß der Kaiser sich für Karl Gustav entschied, der ihm ein Stück Polen und jegliche Unterstützung bei der römischen Königswahl angeboten. Nicht blos Cromwell, auch die befreundeten Herzöge von Braunschweig mahnten, im Interesse der evangelischen Welt den Conflict in Preußen zu beendigen.[308])

So entschied sich endlich der Kurfürst. Er hatte genug gethan, um gerechtfertigt zu erscheinen; er wich der Gewalt, und alles Unrecht war auf Seite Schwedens.[309])

Am 17. Januar wurden in Königsberg die Urkunden des Vertrages unterzeichnet.[310])

Die erste bestimmte, daß die Schweden in 24 Tagen das Herzogthum und das Bisthum Ermeland, die brandenburgischen Truppen die Festen im königlichen Preußen, die sie noch inne hatten, Marienburg und Schlochau, räumen sollten; der Kurfürst gab das Marienburger Bündniß auf, aber die Stände im königlichen Preußen verpflichtete sich Karl Gustav in Gnaden aufzunehmen; den ins Herzogthum geflüchteten Polen und Lithauern — es waren mehr als 6000 — sollte freistehen, entweder in des Königs Gnade zurückzukehren oder unter des Kurfürsten Schutz an ihrer Freiheit und ihren Gütern ungekränkt im Herzogthum zu bleiben.

Die zweite Urkunde stellte zunächst fest, daß das Herzogthum Seitens der Krone Polen im Stich gelassen, und damit der Lehensnexus zerrissen sei; in Folge dessen trägt der Kurfürst hinfort das Herzogthum als Lehen der Krone Schweden; aber der König versteht sich zu einer Reihe von Zugeständnissen, welche, wenn man es so nennen darf, die innere Souverainetät im Wesentlichen enthalten. Die Competenzen des Oberlehensherrn in der inneren Verwaltung und in der Apellationsinstanz, welche unter der Krone Polen so höchst drückend gewesen waren, sind beseitigt, der jährliche „Tribut", den das Herzogthum hatte zahlen müssen, so wie die Verpflichtung außerordentlicher Steuern aufgehoben. Ein nicht minder bedeutsames Zugeständniß war, daß zwar die Lehensverbindlichkeit sofort in Kraft treten, die Huldigung aber und mit ihr der Vasalleneid erst nach einem Jahr geleistet werden solle, eine Bestimmung, über die lange genug unterhandelt wurde, um über ihre Bedeutung keinen Zweifel zu lassen.[311]) Dagegen mußte sich Friedrich Wilhelm in Betreff der Seezölle dazu verstehen,

ihre Einnahmen mit Schweden zu theilen, in Gemeinschaft mit Schweden den Tarif festzustellen und ihre Verwaltung zu führen; als Ersatz für diese Schmälerung seiner Einnahmen erhielt er Ermeland. Er mußte sich verpflichten, dem Könige, wenn er „in einem während dieses Krieges gewonnenen polnischen oder preußischen Gebiet wegen dieses Vertrags angegriffen werde", 1000 Mann Fußvolk und 500 Reiter zu Dienst zu stellen. Das Herzogthum sollte schwedischem Kriegsvolk zum Durchzug offen stehen, schwedischen Kriegsschiffen die Häfen geöffnet sein, doch so, daß sie auf Kanonenschußweite von den Strandbatterien entfernt bleiben; selbst Kriegsschiffe im baltischen Meere zu halten, sollte dem Herzogthum Preußen nicht gestattet sein.

Man sieht, was sich Schweden ausbedingt, ist die militärische und handelspolitische Beherrschung des Herzogthums.

Die dritte Urkunde ordnete die Verbindung Ermelands als schwedisches Lehen mit dem Herzogthum; nur Stadt und Hauptmannschaft Frauenburg blieb als militärisch beherrschende Position den Schweden.

Wohl hatten diejenigen von des Kurfürsten Räthen Recht, welche diesen Vertrag nicht eben glorreich fanden.[312]) Warum hatte man, wenn man doch nicht das Begonnene durchzuführen die Kraft oder den Willen hatte, nicht lieber gleich im Beginn des Krieges die schwedischen Anträge angenommen, die damals so viel günstiger gewesen waren? in der Uebermacht Schwedens, in der Unzulänglichkeit der brandenburgischen Rüstungen hätte man eine Entschuldigung gehabt; jetzt an der Spitze einer so bedeutenden Kriegsmacht solchen Unterwerfungsvertrag schließen, schien weder ehrenvoll noch gerechtfertigt, schien nur dazu angethan, die Achtung und Beachtung Europas, die man kaum zu gewinnen begonnen, für immer zu verscherzen.

Der Kurfürst selbst war in sehr ernster Stimmung; wenn auch im Vertrage dies und jenes vortheilhaft schien, er war nun Vasall Schwedens; vor dieser Krone, vor diesem Könige hatte er sich demüthigen müssen. Aber er durfte sich sagen, daß er richtig und nach der Pflicht, die er seinem Staate schulde, gehandelt habe.

Auch auf schwedischer Seite waren viele mit diesem Abschluß unzufrieden, bei dem, wie der König sagte, „die Desseins vieler Uebelwollenden zurückbleiben". Die rechten Schweden hätten lieber gesehen, daß man mit dem Kurfürsten kurzen Proceß gemacht, sein Herzogthum zur Krone gelegt, sein Kriegsvolk in die schwedische Armee gesteckt hätte; wozu ein Vertrag, mit dem man den Gegner doch nicht befriedigte oder gewann? wozu der

Schein, als sei man seines guten Willens gewiß, während doch die einzige Garantie für seinen guten Willen der Zwang sein werde.

Der König selbst hatte den Vertrag mit lebhafter Freude begrüßt. Er sah, daß ohne den Kurfürsten seine verwegenen Entwürfe gegen Polen nicht auszuführen seien; nun hatte er ihn mit Zugeständnissen gewonnen, die verhältnißmäßig gering waren; er hoffte, daß Friedrich Wilhelm, nachdem er sich zu dem schweren ersten Schritt entschlossen hatte, den zweiten und dritten werde folgen lassen. Und die Bewegung in Polen ließ sich so ernst an, daß er mit seiner schwedischen Kriegsmacht in die bedenklichste Lage kommen mußte, wenn es ihm nicht gelang, den Kurfürsten zu einer näheren Allianz, zu gemeinsamer Action zu gewinnen.

Eine Zusammenkunft beider Fürsten im schwedischen Hauptquartier zu Bartenstein (20.—25. Januar) besiegelte vor den Augen der Welt die neue Freundschaft.[313] Den Gegenbesuch in Königsberg, den Karl Gustav versprochen, hinderte ein plötzliches Erkranken der Kurfürstin; es gab den Vorwand, die begonnene Besprechung über ein Offensivbündniß, das Karl Gustav angeboten, noch auszusetzen. Der König eilte seinen Heeren nach, sich der beginnenden Bewegung in Polen entgegen zu werfen.

Der Marienburger Vertrag.

Mit dem Abschluß des Königsberger Vertrages begann eine Bewegung in der europäischen Diplomatie, welche zeigte, wie schwer die Entscheidung des Kurfürsten ins Gewicht falle.

Im Haag wie in Wien hatte man darauf gerechnet, daß er dem Könige, der ihn brutalisirt hatte, und dem schwedischen Interesse, das das seinige ausschloß, sich um keinen Preis fügen werde. Wenn man den Schein annahm, als glaube man, daß er ins Geheim mit Karl Gustav verständigt sei, so geschah es, um sich die Mühe und Kosten des Beistandes zu ersparen, und in der Zuversicht, daß er stark genug sei, die Bewegungen der Schweden zu lähmen, die Entscheidung zu verzögern.

Jetzt war er mit Schweden verständigt; das Herzogthum Preußen war ein schwedisches Lehen. Wie sollte sich Curland, wie das königliche Preußen und Danzig halten, wenn er zu dem ersten auch den zweiten Schritt that? Man mochte im Haag überlegen, was aus den Commercien werden solle, wenn die Häfen von Reval bis Wismar im Besitz oder unter Controlle Schwedens waren. „Man ist hier beschäftigt", schreibt der

staatische Gesandte aus Paris, „zu untersuchen, welchen Schaden die Staaten davon haben und künftig haben werden."

Noch ernster war die Gefahr für Oestreich. Im Rücken gesichert und auf noch engere Verbindung mit dem Kurfürsten rechnend, konnte sich Karl Gustav auf Schlesien werfen und dort mit der Losung evangelischer Freiheit eine Bewegung wecken, die sofort nach Ungarn, Böhmen, in die Erblande sich fortgesetzt hätte.

Fort und fort drängte Cardinal Mazarin zu diesem Unternehmen; er zahlte an Karl Gustav Geld mit vollen Händen, damit er sich auf Oestreich stürze. Schwer ringend mit der spanischen Macht, sah er die Unmöglichkeit, ihrer auf dem Festlande Meister zu werden, so lange ihr der Kaiser in Italien und den Niederlanden den Rücken hielt.

Zur See hatte er gegen sie die mächtige Hülfe Englands gewonnen. Mit der ganzen Energie, die der Kampf für das Evangelium und die Aussicht auf Gewinn in den spanischen Colonien geben konnte, warf sich der Protector in den Kampf gegen Spanien. „Gott habe ihn unter Andern und vielleicht namentlich deshalb erhoben, damit er allen Fleiß anwenden solle, die evangelischen Fürsten und Potentaten in guter christlicher Einigkeit bei einander zu halten; denn welcher Geist die Papisten regiere, zeige sich in den unmenschlichen Proceduren mit den Waldensern und in dem, was in der Schweiz geschehen sei. Jedweder, er sei lutherisch oder reformirt, denn er mache darin keinen Unterschied, dürfe die jetzigen Conjuncturen nicht mißbrauchen wollen nach seiner Ambition oder Begierde, seine Grenzen zu erweitern, sich und die Seinigen zu bereichern und die Commercien an sich zu ziehen, sondern habe mit höchstem Fleiß auf das gemeine evangelische Interesse zu sehen."[314])

Zu dieser kühnen Aggressivpolitik, in der sich Schweden und Cromwell gegen den Papismus, beide mit Frankreich gegen das Haus Oestreich zusammenfanden, war nun, so schien es, Friedrich Wilhelm hinzugetreten. Er, der im Osten wie Holland im Westen die Balance zwischen den Vorstürmenden und sich mühsam Vertheidigenden hätte halten können, schien seinen Vortheil an der Seite derer zu suchen, die Unrecht und Gewalt zu üben als das natürliche Recht der Macht, als die Moral großer Staaten proclamirten.

Es war nicht ganz so. Aber Friedrich Wilhelm zweifelte nicht, daß man geneigt sein werde, wider ihn zu verfahren, als wenn es so wäre. Er eilte vorzubauen.

Er kannte die Art des Wiener Hofes und die der Herren im Haag genug, um zu wissen, daß sie vorerst nichts direct gegen ihn vornehmen würden. Mit einem verbindlichen Schreiben kündigte er in Wien den vollzogenen Tractat an; er sandte Bonin nach dem Haag, dort so gut es ging zu versichern, daß derselbe nichts gegen die staatische Allianz enthalte.

Aber er argwöhnte, daß der Pfalzgraf von Neuburg, des Polenkönigs Schwager, den Anlaß benutzen werde, das hinauszuführen, was er während des Regensburger Reichstages versucht hatte, daß er die katholischen Fürsten im Reich gewinnen, bei Spanien und dem Kaiser, vielleicht unter der Hand auch bei den Staaten Unterstützung finden werde. Der Kurfürst wußte noch nicht, daß der Pfalzgraf, der schon mit Kurcöln, Kurtrier, Münster in Allianz getreten war, sich auf das Eifrigste bemühte, auch Mainz, Münster, Darmstadt und andere Stände für das Defensionswerk zu gewinnen, daß auch schon daran gearbeitet wurde, die Braunschweiger und Cassel mit heranzuziehen,[315]) daß er den Antrag gestellt hatte, „von der gesammten Alliirten wegen die Krone Frankreich zu beschicken",[316]) daß er zugleich beim römischen Stuhl hatte werben lassen, ihm die polnische Krone zuzuwenden, ein Antrag, der in Rom nicht ohne Beifall gehört wurde.[317])

Zugleich zeigten die Berichte aus Frankfurt, daß der Deputationstag mehr und mehr der Mittelpunkt der confessionellen Umtriebe wurde, denen er durch die Parität seiner Zusammensetzung hätte wehren sollen, und daß „die nothwendigsten, dem Reich angelegensten Sachen", welche Kurbrandenburg empfahl, „durch andere Impertinentien gekreuzt und gar zurückgesetzt würden." Die Forderung der ausgewiesenen Kapuziner gegen Hildesheim, die Beschwerden der Evangelischen in Augsburg, Aachen, Kaufbeuern u. s. w. gaben Anlaß zu endlosen Verhandlungen; mit jedem Tage wurde der Widerspruch der Katholischen heftiger, und die östreichischen Gesandten verstanden ihn zu schüren und zu vergiften; es sei, sagte man, Kais. Maj. Absehen, daß die Evangelischen und Katholischen gänzlich mit einander zerfielen, damit sich diese wieder ganz zu Oestreich schlagen müßten. Ja, als nach einer Sitzung die Katholischen, beunruhigt über dies verletzende Verfahren, das die evangelischen Mitstände erbittern müsse, im Saal zurückbleibend „allerlei nachdenkliche Discurse" führten, äußerte Volmar: jetzt müsse das Princip der Katholischen sein, daß die Zugeständnisse, die im Frieden von 1648 den Evangelischen gemacht seien, nur für einstweilige gelten dürften, daß sie, was damals metu armorum geschehen,

für nicht bindend erachteten, und also mit der Zeit das ganze Friedensinstrument, als metu armorum aufgerichtet, über einen Haufen zu stoßen sei.[318]) 60,000 Mann, sagte der Jesuit Berk, der Beichtvater des Cardinals von Hessen, „bringe der Kaiser für nächsten Sommer ins Feld und werde damit die Evangelischen lehren, das Friedensinstrument zu halten“, das heißt so zu halten, wie es der Kaiser und die Jesuiten deuteten. Man rechnete darauf, daß der entflammte katholische Eifer zugleich die Verbindungen, die Frankreich angeknüpft, durchreißen, den kaiserlichen Hof in den Stand setzen werde, trotz des Friedensinstruments der Krone Spanien zu Hülfe zu kommen. Schon im Mai war in Baireuth und Bamberg für einige Tausend Mann Kaiserliche, die nach den Niederlanden marschieren sollten, Quartier angesagt.[319]) Zugleich kamen kaiserliche Schreiben an den Kurerzkanzler, zur Assistenz Polens aufzufordern, mit der Anzeige, daß der Kaiser bei Krakau ein Lager von 8000 Mann aufzuschlagen, 15,000 Mann in Schlesien aufzustellen gedenke.

Die steigende Wirkung der katholischen Agitation machte sich im Clevischen fühlbar; in Jülich und Berg erneute der Pfalzgraf die Bedrückungen der Evangelischen, die nach den Verträgen von 1651 nicht mehr vorkommen durften. Von ihm glaubte sich Friedrich Wilhelm alles Uebelsten versehen zu müssen.

Unmittelbar nach dem Abschluß mit Schweden (5. Febr.) hatte er an den Fürsten Statthalter in Cleve die Weisung gesandt, in den dortigen Landen bis auf 6000 Mann Rekruten[320]) zu beschaffen, „es möge verdrießen, wen es wolle, denn itzo keine Landstände zu consideriren sind;“ er wolle seine Armee auf 25,000 Mann bringen; und am 14. März: der Fürst möge mit den Werbungen fortfahren, „denn es nothwendig ist wegen des großen Intents, welches ich fürhabe“; 6000 Mann sollen in Preußen stehen bleiben, „mit den andern aber werde ich selbst agiren und sehen, wo der Wind ans Land bringen wird; wer stille sitzt und in unsre Händel sich nicht mischt, der wird wohl fahren; der es aber nicht thut, könnte den Schwarm auf den Leib bekommen.“ Unter den Ständen in Cleve und Mark war große Bestürzung, bei so schweren Zeiten so viel zahlen und leisten zu sollen, „um diese Lande in eine öffentliche Feindschaft und desto gründlicheres Verderben zu stürzen.“

Allerdings vor ihren Augen geschahen Dinge, die nichts Gutes verkündeten. Truppen aus Münster und Westphalen gingen bei Düsseldorf über den Rhein; andere stießen aus den cölnischen und jülichschen Oberquartieren zu ihnen; Anfang Februar kam der Pfalzgraf von Neuburg

nach Düsseldorf, ließ hier und in Siegburg schleunigst neue Festungswerke anlegen, Magazine errichten. Hatte er mit seinen rheinischen Alliirten einen Handstreich gegen Cleve im Sinn? stand Spanien, stand der Kaiser hinter ihnen?

Seine Rheinlande auf alle Fälle zu decken, trat der Kurfürst jetzt in die Unterhandlungen ein, die Frankreich seit 1653 gesucht und die er bisher hingehalten hatte.

Es ergaben sich dabei Aufklärungen sehr lehrreicher Art. Französischer Seits wurde die Möglichkeit hervorgehoben, daß Schweden gewisse Ansprüche auf Oldenburg und Münster erheben, daß es eine Uebermacht in Deutschland gewinnen könne, gegen welche die Krone Frankreich das Reich zu schützen sich verpflichtet halte. Frankreich stellte die Frage der römischen Königswahl in nachdrücklicher Weise in den Vordergrund und wünschte Sicherheit dafür, daß sie nicht wieder auf das Haus Oestreich falle. Wenn es als Candidaten der Wahl neben dem Kurfürsten von Baiern auch den Pfalzgrafen von Neuburg mit großer Anerkennung seiner persönlichen Eigenschaften nannte, wenn es den Wunsch äußerte, nicht blos Braunschweig, Hessen-Cassel, Weimar, sondern auch die katholischen Fürsten im Reich zu dieser Allianz einzuladen, wenn es hervorhob, daß der Wiener Hof mit sehr großem Eifer rüste, daß sich bereits die Fürsten am Rhein zu einer Liga vereinten und Pfalz-Neuburg den Befehl über deren Defensionswerk übernehmen werde, so war nicht schwer zu durchschauen, wie Cardinal Mazarin seinen Plan combinirt hatte. Zugleich mit den evangelischen und katholischen Fürsten, mit Brandenburg und dem Pfalzgrafen tractiren, die Einen mit den Andern im Schach halten und Alle gegen Oestreich zusammenkoppeln, um möglichst mit Ausschließung Schwedens im Reich die Führung zu gewinnen, das war es, was jetzt Frankreich zu erreichen hoffte.

Aber eben so klar war, daß Frankreich zunächst und vor Allem einen Theil der brandenburgischen Kriegsvölker wünsche, um den Spaniern gegenüber in den Niederlanden stark genug zum entscheidenden Schlage zu sein. Wie Schweden, rechnete Frankreich auf die Armee, die der Kurfürst freilich weder für das schwedische noch für das französische, sondern für sein und seiner Lande Interesse gebildet hatte und zu verwenden gedachte.

Waldeck, den der Kurfürst mit de Lumbres zu unterhandeln beauftragt hatte, begann mit der vertraulichen Mittheilung, daß man schwedischer Seits vor dieser Annäherung freundschaftlichst gewarnt habe. Er wieder=

holte den lebhaften Wunsch des Kurfürsten, mit seinem Kriegsvolk dem Könige „wo möglich in eigner Person“ zu Hülfe zu kommen. Auf die weitaussehenden Dinge, die de Lumbres vorbrachte, ließ er sich nicht weiter ein, als zur Courtoisie gehörte. In der Abfassung der Artikel fand er immer neue Bedenklichkeiten und Anstände, und die Nachgiebigkeit de Lumbres' zeigte, wie lebhaft Frankreich den Abschluß wünsche.[321]) Worauf es ankam, war, daß die Rheinlande sichergestellt wurden; dies geschah in der Form, daß man sich gegenseitig zum Schutz der deutschen Territorien, die man entweder ererbt oder durch den Frieden von 1648 habe, verpflichtete, und zwar Frankreich mit 1500 Reitern und 5000 Mann Fußvolk, der Kurfürst mit 600 Reitern und 1400 Mann Fußvolk, unter Vorbehalt größerer Hülfe, wenn sie nöthig werde.

Wenigstens festgestellt wurden die Artikel des Vertrages im Laufe des Februar. Aber die Ratification vollzog der Kurfürst vorerst noch nicht; und wenn de Lumbres meldete, sein Hof sähe ungern den vertrauten Verkehr, in dem Bonin im Haag mit dem spanischen Gesandten stehe, so beruhigte ihn der Kurfürst mit der Versicherung, daß es nach seiner Weisung geschehe und daß er seinerseits das gute nachbarliche Verhältniß zwischen Cleve und Brabant zu erhalten wünsche.

Diesen französischen Verhandlungen zur Seite gingen andere merkwürdigere.

Es zeigte sich sehr bald, daß in dem Königsberger Vertrage manche Punkte unklar seien; Dobrczenski wurde nach Elbing gesandt, mit Oxenstjerna über diese Dinge zu unterhandeln, auch für den Bischof von Ermeland, für die westpreußischen Stände die Gewährungen zu fordern, die ihnen im Vertrage vorbehalten waren. Sofort ergriff der Reichskanzler die Gelegenheit, von dem Abschluß der näheren Allianz, die der König wünsche, zu sprechen, zugleich um des Kurfürsten „wohlvermögende Mediation“ bei den Staaten zu bitten. Es war wohl zu merken, daß „den Schweden allerdings nicht wohl zu Muthe sei“ und daß sie „die wachsenden Umtriebe zu dämpfen“ suchten. Namentlich beunruhigte sie die Menge vornehmer Polen in Königsberg, deren heimliches Getreibe nach Lithauen und Polen hinein; sie wollten durchaus, daß „zur Dämpfung dieser giftigen Feinde“ Energisches geschehe; namentlich Confiscation empfahlen sie als heilsames Mittel. Freilich war es ein seltsames Ding, daß eben jetzt einer der den Schweden am meisten Verdächtigen, der Castellan von Sandomir, der vor etwa vierzehn Tagen mit Päßen des Kurfürsten abgereist war, als polnischer Bevollmächtigter mit dem Starosten von

Radom nach Königsberg kam. Sie meldeten, daß Johann Casimir wieder nach Polen gekommen, daß das Heer und der Adel Polens reuevoll zur Treue zurückgekehrt und entschlossen sei, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln. Schon sei, sagten die königlichen Schreiben, die sie mitbrachten, den Feldherren Befehl gegeben, so schnell wie möglich vorzudringen, um den Feind von Königsberg abzuziehen; noch wenige Tage, und die polnischen Fahnen würden bei Warschau wehen; der König verweile noch in Gallizien, um die schon anrückenden Hülfstruppen der Tartaren und Kosacken zu erwarten; das allgemeine Aufgebot des Adels sei erlassen. Der Starost legte Vollmachten des Königs und des Senats vor, die ihn, den Bischof von Ermeland, den General Czarnecky und einige andere Personen beauftragten, ein engeres Bündniß mit dem Kurfürsten abzuschließen. Zugleich ließ ihn der König auffordern, auch Koniecpolsky, der noch mit einigen tausend Quartianern beim schwedischen Könige stand, auch Fürst Boguslav Radzivill, der sich den Schweden angeschlossen, zum Abfall zu bewegen.[322])

In der That wuchs die Bewegung in Polen wie in Lithauen reißend schnell; die Erbitterung über die herrischen, räuberischen, ketzerischen Fremdlinge stachelte Alles auf; in der wunderbaren Rettung von Czenstochau sah man die unmittelbare Hülfe der wunderthätigen Himmelskönigin, die dort verehrt wurde; daß Johann Casimir ihr in feierlichem Gottesdienst das Königreich weihte und das Gelübde that, in demselben die alleinseligmachende Kirche mit allem Fleiß zu schützen und auszubreiten, gab dem nationalen und religiösen Enthusiasmus den höchsten Schwung.

Vom Kurfürsten erwartete man, daß er als getreuer Vasall es machen werde wie die anderen Magnaten. Daß er zögerte, den eben mit Karl Gustav geschlossenen Vertrag zu brechen, daß er sich nicht mit seiner ganzen Macht erhob, den Schweden in den Rücken zu fallen, galt für Verrath am Vaterlande; bald genug sprachen die Potocky, Lanskoronsky, Sobiesky, alle, die ihren ersten Treubruch mit einem zweiten gesühnt, nur noch von der Felonie des Kurfürsten und daß er das Herzogthum verwirkt habe.

Sie übersahen einen Umstand. Friedrich Wilhelm hatte die Kräfte aller seiner Territorien angespannt, um das Heer zu werben, das jetzt die Polen zu ihrem Besten zu verwenden hofften, weil ja Preußen ein polnisches Lehen sei. Mit den Mitteln seines gesammten Staates hatte er dem Herzogthum das geleistet, was die Krone Polen zu leisten weder fähig noch Willens gewesen war, trotz ihrer Oberlehnsherrlichkeit, „kraft

deren sie dem Herzogthum beizustehen und es zu erhalten obligirt gewesen wäre."[323]) Nicht er hatte das Herzogthum von der Republik abgerissen, sie hatte es fallen lassen; sie hatte thatsächlich aufgehört zu sein, „als der König aus dem Reich gegangen, dasselbe ohne König und gleichsam ganz verlassen gestanden, die Reichsstände in Polen und Lithauen größtentheils den König von Schweden als ihren Schutz- und Oberherrn angenommen und sich ihm untergeben"; ja, ihrer Tausende waren mit den Schweden gegen Preußen marschiert, den Kurfürsten, „als der dem Schicksal und dem gemeinen Frieden der Republik sich hartnäckig widersetze", zur Unterwerfung zu zwingen.[324])

Daß er dann seinen Frieden mit Karl Gustav gemacht hatte, änderte allerdings die militärische Sachlage gar sehr. Jetzt konnte der König mit dem größten Theil seiner Macht nach Polen eilen, der schwellenden Bewegung dort zu begegnen; mit wenigen Truppen sandte er Graf Magnus nach Liefland zurück, die Moscowiter im Schach zu halten, die im Begriff waren, sich für Polen zu erklären; im königlichen Preußen ließ er seinen Bruder Pfalzgraf Adolph Johann, dem die 1500 Mann, welche dem Vertrag nach von dem Kurfürsten zu erwarten waren, zugewiesen wurden.

Aber war der Fall, den der Vertrag bezeichnete, schon eingetreten? Nicht zur Offensive gegen Johann Casimir hatte sich der Kurfürst verpflichtet, noch weniger dazu, den Schweden Marienburg zu erobern; und eine moralische Verpflichtung, irgend mehr zu leisten, als der Buchstabe des Vertrags besagte, hatte er wahrlich nicht. Er leistete auch einer zweiten Mahnung, seine 1500 Mann zu stellen, keine Folge.

Und den Starosten von Radom empfing er, obschon der schwedische Resident förmlich Einsprache dagegen erhob; er empfing ihn wieder, nachdem er in Danzig gewesen war. Von dem Großfürsten von Moskau kam ein Gesandter nach Königsberg mit dem Erbieten gegenseitiger Freundschaft, dem Antrag zu einer Verbindung gegen Schweden; und der Kurfürst nahm keinen Anstand, die Sendung zu erwiedern, obschon die Russen bereits den Kampf gegen die Schweden begonnen hatten.

Die übeln Nachrichten aus Hinterpommern, aus der Neumark und Uckermark über die Durchmärsche der schwedischen Truppen, wo sie hausten, als wären sie in Feindes Land, gaben dem Kurfürsten zu immer neuen und doch vergeblichen Beschwerden Anlaß. Er hatte allen Grund, immer wieder daran zu erinnern und, wo es irgend die Gelegenheit ergab, thatsächlich zu zeigen, daß ihn der Königsberger Vertrag keineswegs so binde, wie die Schweden glaubten und glauben machen wollten, daß er, abgesehen

von den bestimmten Verpflichtungen, nach wie vor die völlige Freiheit seiner Entschließungen habe und übe. In der Natur der Sache lag es, daß er jetzt noch, eben so wie zu Anfang des Krieges, den Frieden zwischen beiden Kronen wünschen mußte, deren Krieg ihn, und nicht blos in seinem Herzogthum, in so schwerer Weise gefährdete; die Erbitterung der Kämpfenden machte den Frieden mit jedem Tage unmöglicher, und die immer weiter greifende Betheiligung anderer Mächte drohte dem Kampf die unheilvollste Dauer und Ausdehnung zu geben. Schon hieß es, die Staaten unterhandelten mit Dänemark um eine Diversion zu Gunsten Polens, und die staatische Flotte habe Befehl, Danzig, das von der schwedischen Flotte blokirt war, zu entsetzen. Daß der Großfürst von Moskau sich gegen die Schweden wandte, war die Einleitung zu dem russisch-polnischen Bündniß, das die östreichische Politik, von Holland unterstützt, mit lebhaftem Eifer betrieb. Der Kaiser, hieß es, ziehe Truppen in Schlesien zusammen, er werde, sobald jenes Bündniß geschlossen, in seinem oder Erzherzog Leopolds Namen sein Heer nach Polen einrücken lassen, Holland und Dänemark mit ihm in Coalition treten.[325])

Denn der Zug Karl Gustavs nach Polen hinein war so gut wie völlig mißlungen. Er war nach dem glänzenden Gefecht bei Golumbo (18. Febr.) bis Jaroslaw in Gallizien vorgedrungen; aber gleich darauf verließ ihn auch Koniecpolsky mit dem Rest der Quartianer, verstärkte nun die feindliche Armee, während die seinige durch die Gewaltmärsche und die aufreibenden Kämpfe dieses Winterfeldzuges zusammenschmolz. Er mußte sich zum Rückzug entschließen; er sandte dem Markgrafen von Baden Befehl, ihm von Warschau entgegenzukommen; unter stetem Kampf marschierend erreichte er selbst den Paß von Nisko am San. Dort verließ ihn auch Sapieha mit den Lithauern, der nun, mit Czarnecky vereint, da wo San und Weichsel sich verbinden, den Schweden den Weg verlegte. Sechs Tage lag der König dort bei Sandomir wie festgebannt, in äußerster Gefahr; endlich durch eine seiner kühnsten Bewegungen brach er durch; die erwarteten Truppen des Markgrafen traf er nicht, sie waren nur bis zur Pilica gekommen, dort völlig geschlagen (7. April); mit äußerster Anstrengung erreichte er mit dem Rest seines tapfern Heeres Warschau (15. April).

Das südliche Polen war verloren; von allen Seiten drängte die lawinenhaft wachsende Bewegung des enthusiasmirten Adels und Volkes nach, auf Warschau hin. Karl Gustav ließ dort eine Besatzung unter Wittenberg, mit der Weisung, die fast offene Stadt so gut möglich zu

befestigen; er ließ einen Theil seines Heeres unter seines Bruders Befehl in der schon befestigten Position von Sakroczyn und Nowodwor, wo der Bug in die Weichsel mündet. Er selbst eilte nach Preußen.

Schon in den Bartensteiner Besprechungen mit dem Kurfürsten hatte er nicht verschwiegen, daß er nicht stark genug sei, das besiegte Polen auch militärisch zu behaupten, daß er darauf rechne, sich mit des Kurfürsten Kriegsvolk zu verstärken. Er hatte in den Tagen von Golumbo Oxenstjerna beauftragt die Unterhandlungen darüber zu beginnen: er möge dem Kurfürsten die Palatinate Kalisch und Posen, oder wenn er Pillau und Memel abtreten wolle, noch Sieradien und Lenczyc dazu anbieten nebst dem Titel König von Polen; „er beabsichtige", fügt er hinzu, „mit dem Fürsten von Siebenbürgen auf gleiche Weise zu verhandeln", auch die Russen, die Kosacken sollten mit Stücken Polens ersättigt werden. Bald folgten andre Projecte; der Grundgedanke in allen war die Theilung Polens. Der französische Hof, so viele Gründe er hatte, Polen zu halten, ging auf den Gedanken einer Theilung ein; er ließ seine Vermittlung auf der Grundlage anbieten, daß Johann Casimir das eigentliche Polen behalte, für Schweden ein Königreich Preußen gebildet werde, zu dem auch die Herzogthümer Preußen und Kurland gehören sollten.[326]) Nur so schien es möglich, das Uebergewicht Schwedens, das nach einer Universalmonarchie über die Protestanten, so gut wie Spanien nach der über die Katholiken strebe, zu binden und dem französischen Einfluß in Deutschland Raum zu lassen.

Friedrich Wilhelm fuhr fort höchst zurückhaltend zu sein. Erst auf die Nachricht von dem begonnenen Rückzug des Königs, und nachdem die Marienburg sich ergeben, meldete er dem Kanzler (29. März), daß er seine 1500 Mann senden werde, „obwohl der Casus, in welchem vermöge der Pacta solche Völker zu liefern, noch nicht entstanden, aus sonderbarer Courtoisie".[327])

Je schwerer sich die Verluste erwiesen, die Karl Gustav auf seinem Rückzuge erlitten, und je drohender die Bewegung Polens wuchs, desto schwerer fiel die Bedeutung der brandenburgischen Armee und der Entschluß, den der Kurfürst fassen werde, ins Gewicht. Die Ansichten seiner Räthe gingen weit auseinander, und die immer neuen Erwägungen dienten nur dazu, die außerordentlichen Schwierigkeiten der Frage ins Licht zu setzen.

Auf polnischer Seite wuchs der Uebermuth den Erfolgen voraus ins Ungemessene; wenn erst die Horden der Ukraine und des Tartarenchans heran seien, hofften sie die Handvoll Schweden ins Meer zu werfen, auch

Liefland wiederzunehmen, den Kurfürsten des Herzogthums zu berauben. Auch der Tartarenfürst warf ihm die Felonie vor, die er begangen, drohte sein Land zu verwüsten, wenn er nicht zur Sache Polens zurückkehre.

Noch bot Karl Gustav Großes für den Beistand Brandenburgs. Aber es war klar, daß in dem Moment, wo er aufhörte auf ihn zu hoffen, für ihn kein anderer Weg blieb als den Kurfürsten zu entwaffnen, um sich im Besitz des ganzen Preußenlandes zu behaupten.

Mit dem größten Eifer ließ der Kurfürst die Werke von Königsberg, von Pillau verstärken; er selbst ging nach Memel, die Arbeiten dort zu besichtigen. Bis zum Ausgang April hatte er seinen Entschluß noch nicht gefaßt. Hatte doch der Starost von Radom ihm neuerdings wiederholt, daß Johann Casimir den Königsberger Vertrag entschuldige als durch Nothwendigkeit geboten, und nur wünsche, daß der Kurfürst nicht einen weitergehenden schließe, sondern sich neutral erkläre, wie auch allgemein von den Ständen des Herzogthums gewünscht werde.

Also schon schien es den Polen genug, wenn der Kurfürst nur unbetheiligt bleibe; er sandte Waldeck und Platen nach Frauenburg (3. Mai) an den Kanzler, die von ihm gewünschte „nähere Allianz“ nicht abzuschließen, aber einzuleiten.

Ihrer Instruction gemäß stellten sie den Wunsch des Kurfürsten voraus, auch jetzt noch zwischen beiden Kronen den Frieden zu vermitteln, den Schweden jetzt allen Grund habe zu wünschen; sie hoben dann hervor, wie schwer es für Brandenburg sein werde, einen Vertrag zu schließen, der offensiv gegen die Krone Polen sei, wie mit einem solchen zugleich die Moscowiter und Tartaren, zugleich der Kaiser, der Papst und deren Anhang im Reich herausgefordert würde; welche Sicherung, welche Entschädigung dem Kurfürsten dann werden solle?

Der stolze Oxenstjerna war weit entfernt einzuräumen, daß „der schwedische Zustand“ so gefährlich sei, wie sie ihn ansähen; er suchte sie in „den Schranken festzuhalten, in denen sie gelegen“, als bedürfe es keines neuen Vertrages. Her und hin verhandelte er mit ihnen. „Nichts ist wichtiger“, schrieb er dem Könige, „als der kurfürstliche Tractat, und nichts geht langsamer.“

Die Gefahr für die Schweden mehrte sich. Das lithauische Heer hatte die Belagerung von Warschau begonnen; Czarnecky drang in Großpolen vor, nahm Lowicz, bedrohte Pomerellen und damit die Verbindung der Schweden mit Stettin. Zugleich brach in Lithauen der Aufstand los, „sowohl die Vornehmsten wie die Armen“ erhoben sich gegen den schwedischen

Druck. Aus dem oberen Weichsellande rückte Johann Casimir gegen Warschau herab; von allen Seiten strömte das Adelsaufgebot herbei, den jubelnden Zug zu mehren.

Um so ungeduldiger wurde Karl Gustav, mit dem Kurfürsten zum Schluß zu kommen. Danzig hatte seine Erbietungen abgewiesen. Er erhielt Nachricht, daß die holländische Flotte bereits in See gegangen sei; er eilte die Befestigung von Haupt anzuordnen, um die mächtige Stadt möglichst zu lähmen. Aber gegen die 6000 Mann, die sie im Dienst hatte forderte Haupt eine starke Besatzung; mit jedem Tage zeigte sich mehr die Unmöglichkeit, mit den Truppen, die verfügbar waren — die in Krakau Warschau, Posen, andern Punkten im Süden, waren wie auf verlornen Posten — auch nur Preußen zu behaupten, wenn nicht des Kurfürsten Heer hinzukam.[328])

Freilich, es war eine kleine Erleichterung, daß von den Holländern statt der gefürchteten Kriegserklärung eine Gesandtschaft nach Preußen kam, den König zu beglückwünschen und Mediation anzubieten, daß sie über die Debloquirung des Danziger Hafens zu verhandeln begann. Wenigstens einige Zeit konnte man so die Gefahr, die von der See her drohte, hinhalten. Um so mehr mußte man eilen, in dieser Zeit Entscheidendes zu Lande zu thun.

Am 26. Mai war der König wieder in Marienburg. Er befahl die Unterhandlungen mit Brandenburg wieder aufzunehmen. Er verhehlte nicht, daß er jetzt des Beistandes bedürfe; werde er ihm nicht, so sei es möglicherweise sein Untergang, gewiß der des Kurfürsten. Er ließ ihm die umfassendsten Erbietungen machen; „ich wünsche," schrieb er, „daß es je eher je lieber zum Schluß komme, da es an allen Orten gährt."

Schon war auch Johann Casimir vor Warschau angelangt; die Stadt war nun von mehr als 100,000 Mann eingeschlossen. Einen ersten Sturm hatte die Besatzung abgewehrt; aber sie war verloren, wenn nicht Entsatz kam. Nun nahten auch die Horden der Tartaren; selbst die Position von Nowodwor schien in großer Gefahr. Czarneckys Heer, das im Begriff war das Netzebruch zu gewinnen, hatte Karl Gustav zurückgeschlagen; aber im Osten waren die Russen in die schwedischen Gebiete eingebrochen, hatten die Newa überschritten, bedrohten Finnland. Nur ein großer Sieg konnte Schweden retten, nur der Kurfürst konnte ihn ermöglichen.

Behutsam, mit dem Mißtrauen, zu dem er gegen Schweden wahrlich berechtigt war, hatte er unterhandelt. Die französischen Gesandten

drängten ihn zum Abschluß; nur so schien es ihnen möglich, Polen noch zur Annahme von Vermittlungsvorschlägen zu bewegen, die sie nicht müde wurden zu empfehlen. Auch die staatischen Gesandten gestanden zu, daß für ihn unter den gegenwärtigen Umständen der Vertrag mit Schweden unvermeidlich sei.

Schon trafen ihn Acte offenbarer Feindseligkeit Seitens der polnischen Krone. Nicht blos daß sie im Herzogthum und in Königsberg selbst Verbindungen unterhielt, die eine gewaltsame Erhebung bewirken sollten; es waren Schreiben aufgefangen worden, die dem General Czarnecky befahlen, „des Kurfürsten deutsche Lande mit Feuer und Schwert zu verwüsten“; es kam die Nachricht, daß er in die Neumark, in Hinterpommern eingebrochen sei. Zugleich waren Tartarenschwärme „von Polen geführt“ in Preußisch-Lithauen eingebrochen, hatten viele Bauern gefesselt in die Dienstbarkeit weggeschleppt.

Und so verfuhr man polnischer Seits, nachdem der König die Nothwendigkeit des Königsberger Vertrages anerkannt hatte, und während er fortfuhr mit dem Kurfürsten diplomatisch zu verkehren, ohne Aufkündigung des Friedens, ohne den Versuch einer Rechtfertigung, daß er so hinterrücks gebrochen wurde. Wenn der Kurfürst jetzt mit den Schweden abschloß und seine Waffen gegen Polen wandte, so war er in Nothwehr und vor Gott und der Welt gerechtfertigt.

Es kam noch ein anderes großes Motiv hinzu. Der Krieg hatte bereits einen wahrhaft entsetzlichen Charakter angenommen; von beiden Seiten schürte man alle wildesten Leidenschaften; der Fanatismus, der Nationalhaß, die Blutgier und Beutegier steigerten sich in immer gräßlicheren Ausbrüchen. Die Verruchtheiten, welche die schwedische Soldatesca geübt, überboten die Polen, wenn sie einzelne schwedische Haufen überwältigten; vor Allem der aufgebotene Adel war von unersättlicher Wildheit und Grausamkeit; der in der Nähe der deutschen Grenzen warf sich auf die dort zahlreiche deutsche Bevölkerung und kühlte den alten Haß gegen die Ketzer und Fremdlinge in dem Blut der Weiber und Kinder; „wer nur deutsch gekleidet war“, galt für vogelfrei; der Schrecken verbreitete sich bis tief in die Neumark hinein; die Bauern flüchteten aus den Dörfern, die Aecker blieben unbestellt.[329]).

Seit jenem königlichen Gelübde in Lemberg hieß es, der König habe gelobt, „alle Deutschen und Evangelischen aus der Krone Polen und den incorporirten Landen zu vertilgen“;[330]) überall wühlten die Pfaffen und Mönche, bis in die lutherischen Städte Preußens hinein reichten ihre Ver-

bindungen.[331]) Wie hätte Karl Gustav nicht der Welt verkündigen sollen, daß er nur zum Schutz des Evangeliums gegen die Papisten kämpfe[332]); mit rücksichtsloser Härte verfuhr er gegen den Klerus, gegen die Klöster und deren Güter, vor Allem gegen die Jesuiten; auch vom Kurfürsten forderte er, daß er sie aus Braunsberg vertreibe. Dessen Warnung, nicht die Dinge auf das Aeußerste zu treiben, warf er weit hinweg; in seinen Augen waren die Senatoren, Magnaten, Bischöfe, Edelleute, die ihm als Protector Treue geschworen, Rebellen gegen ihn. Als die Insurrection immer furchtbarer heranschwoll, als ein drohender Aufruf an die halsstarrigen Rebellen, zum Gehorsam zurückzukehren, vergeblich blieb, schleuderte er das furchtbare Decret vom 18. Mai ins polnische Land: jedes Rebellen Unterthan in Dorf und Stadt soll freie Hand haben, seinen Herrn zu ermorden; wenn er dessen Kopf abliefert, soll für ihn und seine Nachkommen die Leibeigenschaft aufgehoben sein; die Güter der Herren sollen ihm anheimfallen u. s. w. Also zum Religionskrieg der Sclavenkrieg.

In Königsberg, unter den Augen des Kurfürsten, kam es zu Ausbrüchen wilder Wuth. Noch waren mehr als 6000 Polen dort; sie mochten zu rasch vergessen, daß sie hier als Flüchtlinge waren; je mehr sich das Glück ihres Königs hob, desto übermüthiger wurden sie. In den letzten Maitagen verbreitete sich das Gerücht, daß sie am Pfingstdienstage die Stadt in Brand stecken wollten, daß man eilen müsse, diese verwegenen Menschen zu entwaffnen; am 1. Juni begann der Pöbel einzelne von ihnen zu insultiren, ihnen die Säbel zu zerbrechen, die Kleider zu zerreißen. Der Versuch der Gegenwehr, das Schreien und Säbelschwingen der Hinzueilenden, ihre drohende Aufstellung um die katholische Kirche trieb die Wuth der Menge zum Aeußersten; es wurde ein förmlicher Sturm auf die Kirche gemacht, sie wurde genommen, geplündert; dann ergoß sich der Aufruhr auf die Häuser polnischer Herren, die erstürmt, zerstört wurden. Mit Mühe machte das energische Einschreiten der Truppen dem wilden Vorgang ein Ende; um dem „katholischen Potentaten" zu zeigen, daß er nicht gemeint sei, solchen Frevel zu dulden, ließ der Kurfürst die strengste Justiz an den Betheiligten üben.[333])

Nur zu wahrscheinlich war, daß jene Polen arge Dinge geplant hatten; der Unterschatzmeister von Lithauen, Gonsiewsky, der bis dahin in Königsberg eine seinem Rang entsprechende Rolle gespielt hatte, war bei Nacht und Nebel entwichen, und demnächst lief ein Schreiben Johann Casimirs ein, ihn zu rechtfertigen, daß er sein dem Kurfürsten gegebenes Wort gebrochen.[334])

Gleich darauf (18. Juni) kam Maidel, der Jägermeister von Lithauen, nach Königsberg, auch einer von den jüngst erst zur Treue zurückgekehrten, jetzt mit der königlichen Weisung an den Kurfürsten, zu seiner Pflicht zurückzukehren und sein Lehenscontingent zu stellen; zugleich hatte er Schreiben des Königs an die Stände des Herzogthums, die sie des Treueides gegen den Kurfürsten entbanden. Schon war der Befehl entworfen, den Ueberbringer „persönlich anzusprechen und verantwortlich zu machen". Der Kurfürst begnügte sich mit der Weisung an die Oberräthe, die Schreiben an die Stände zurückzuhalten und das Verhalten Maidels genau zu überwachen.[335]) Aber konnte man wissen, was er schon angestiftet? und war solcher Mißbrauch diplomatischer Sendungen, um zu Aufruhr und Verrath aufzurufen, nicht eben so schlimm und schlimmer als das schwedische Manifest vom 18. Mai?

Wahrlich, es war hohe Zeit, daß einem Kriege, der so geführt wurde und in immer wildere Bahnen trieb, ein Ende gemacht wurde. Schon zeigten die Berichte vom Frankfurter Deputationstag, wie auch im Reich der Religionshaß daran war, in lichte Flammen auszubrechen, wie namentlich die Katholischen das sonst immer gemiedene allgemeine „Defensionswerk" betrieben und dem Kaiser anlagen, der gefährdeten Sache der Kirche mit Ernst zu helfen.

Man sieht, daß es keine leere Phrase war, wenn Friedrich Wilhelm sagte: „es sei Gefahr an allen Enden und könne leicht die ganze Christenheit mit eingeflochten, den alarmirten barbarischen Nationen zum Raub werden".[336]) Immer wieder versicherte er, daß er nur den Frieden zwischen den beiden Nationen herzustellen und damit die ihm von Gott anvertrauten Lande vor Gefahr und Desolation zu schützen wünsche. Er durfte, wie jetzt die Dinge standen, der wilden Wuth der Polen nicht weiteren Raum lassen.[337])

Auch die schwedischen Diplomaten berechneten, daß er sich so entscheiden müsse, und weigerten ihm dies und jenes, was er forderte; sie trieben es so weit, daß die brandenburgischen Räthe Marienburg verließen, „um sich weitere Weisungen von ihrem Herrn zu erbitten". Das machte Eindruck. Die Möglichkeit, daß er jetzt noch abspringe, lag nahe genug; und Karl Gustavs ausdrücklicher Befehl lautete auf den Abschluß.

Am 25. Juni wurden die Artikel von den beiderseitigen Unterhändlern vollzogen. Sie wurden brandenburgischer Seits bezeichnet als Declaration des Königsberger Vertrages.[338])

Der Hauptvertrag enthielt in der That nicht viel mehr. Der Kur-

fürst verpflichtete sich, den Schweden mit 4000 Mann Hülfe zu leisten, wenn sie in den einzeln genannten Palatinaten von Preußen, Groß- und Klein-Polen angegriffen würden; Hülfe gegen die Moscowiter wurde ausdrücklich ausgeschlossen; Schweden sagte 6000 Mann Hülfe zu, wenn der Kurfürst in Preußen und Ermeland angegriffen würde. In jenen Bereichen sollte der Oberbefehl bei Schweden, in diesen bei dem Kurfürsten sein u. s. w.

Erst die Neben- und Secretartikel enthielten die Hauptsache, gleich als wenn der Stolz der Schweden die wahre Lage der Dinge habe verhüllen wollen. Für das laufende Jahr verspricht der Kurfürst mit seiner ganzen Kriegsmacht den Schweden zu Hülfe zu ziehen, und Schweden verzichtet so lange auf die Stellung der 4000 Mann.

Als Ersatz der Kriegskosten und als Satisfaction überläßt Schweden dem Kurfürsten die vier Palatinate mit voller Souverainetät und verpflichtet sich, ihn ins Künftige im Besitz derselben zu schützen. In Betreff des Herzogthums bleibt es bei dem Lehensverhältniß zur Krone Schweden; aber es wird dasselbe in wesentlichen Punkten noch weiter zu Gunsten des Kurfürsten modificirt, und die Krone Schweden übernimmt die Garantie aller so dem Kurfürsteu erwachsenen Rechte. Zugleich verpflichtet sich der König, fortan die Durchzüge schwedischer Truppen von Pommern her unter die Controlle brandenburgischer Commissäre zu stellen, jede Abweichung von der gewiesenen Straße auf das Strengste zu verbieten, für Quartier und Verpflegung sie bezahlen zu lassen u. s. w.

So Großes hattte sich Karl Gustav entschließen müssen für die sofortige Hülfe zu gewähren. Am 28. und 29. Juni kamen beide Fürsten in Preußisch-Holland zusammen, den Feldzugsplan zu verabreden.

Allerdings mit seiner ganzen Macht, so weit es die Lage der Dinge gestatte, verpflichtet sich der Kurfürst im Felde zu erscheinen, aber keineswegs so, daß seine Armee einfach unter schwedischen Befehl gestellt wird; sie bleibt unter Befehl des Kurfürsten oder des Generals, den er damit beauftragt; die militärischen Operationen werden gemeinschaftlich festgestellt und von jedem in völlig selbstständiger Weise ausgeführt. Wie in diesem, so in allen Artikeln hatte sich Brandenburg mit äußerster Vorsicht, mit unverhohlenem Mißtrauen verclausulirt; wie politisch so militärisch war, abgesehen von dem Lehensverband Preußens, der Kurfürst gegen Schweden nicht im Geringsten weiter gebunden, wie Schweden gegen ihn.

Ob Friedrich Wilhelm in den vier Palatinaten eine dauernde Erwer-

bung zu machen geglaubt habe, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hatte er in ihnen und in ihrer Souverainetät eine Art Pfand für den Fall, daß es endlich zu den Friedensverhandlungen käme, die niemand mehr wünschte als er.

Er sprach es von Neuem aus, als er Maidel zurücksandte (1. Juli); „bei diesem ungewissen und zerrütteten polnischen Zustande", schrieb er an Johann Casimir, „und da Gott gleichsam selbst einige Aenderung zeuge, bitte er ihn, die Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die ihm sein Gesandter überbringen werde und deren Zweck kein anderer sei, als daß S. K. M. wieder Frieden und Ruhe bekomme".

Was er ihm vorschlagen ließ, war nichts Geringeres, als Polen in eine erbliche Monarchie zu verwandeln;[339]) der König von Schweden sei mit diesem Plan einverstanden.

Die Schlacht von Warschau.

Jene Erbietungen an Johann Casimir waren in Preußisch-Holland verabredet worden. Es war unter allen Zugeständnissen, die Karl Gustav dem Kurfürsten gemacht, das größte; es bezeichnete, daß er der brandenburgischen Politik wich, die das Königreich Polen, wenn auch nicht völlig in dem alten Umfang, erhalten wollte.

Der Kurfürst versprach, sein Heer, so weit er es nicht zur Besetzung des Herzogthums zurücklassen müsse, an der Südgrenze seines Landes um Soldau zusammenzuziehen. Er mochte hoffen, daß die jüngsten Erbietungen und die Nachricht von dem geschlossenen Vertrage auf Johann Casimir Eindruck machen würden.

Karl Gustav selbst eilte mit seinen besten Truppen südwärts, um Warschau zu entsetzen. Auf halbem Wege erfuhr er, daß Wittenberg, von der Uebermacht der Polen aufs Aeußerste bedrängt, durch Mangel an Lebensmitteln und Munition gezwungen, am 1. Juli capitulirt habe; gleich drauf, daß trotz des ausbedungenen freien Abzugs Wittenberg selbst und andere hohe Officiere gefangen nach Zamosc abgeführt seien.

Einen schwereren Schlag hatten die schwedischen Waffen nie erlitten. Der Jubel der Polen war unermeßlich.[340]) Wenn sie sich sofort auf Nowodwor warfen, mit ihrer ungeheuren Uebermacht den Platz umschlossen, so war auch Prinz Adolph Johann verloren. Der Prinz fragte an, ob er nicht das Lager verlassen solle, um wenigstens die Truppen nach Thorn zu

retten. Der König befahl ihm zu bleiben; in Eilmärschen erreichte er am 8. Juli Nowodwor.

Er fand die Lage der Dinge ernst genug; es schien die größte Eile nöthig, den Feind zu treffen, bevor die schon nahenden Tartarenhorden, die auf 30,000 Bojaren mit ihren Knechten gerechnet wurden, herankamen. Aber erst mit der brandenburgischen Armee war er stark genug, einen entscheidenden Schlag zu führen. Er schrieb noch desselben Tages dem Kurfürsten: der größte Theil der polnischen Streitkräfte sei bei Warschau vereint, das lithauische Heer unter Paul Sapieha stehe um Praga, Czarnecky auf der andern Seite des Stroms bei Warschau; beide Theile seien nur durch die Schiffbrücke, die geschlagen worden, verbunden; er gedenke gegen die Lithauer und diese Brücke einen Handstreich zu versuchen; der Kurfürst möge eilen, heranzukommen, damit sich beide Armeen möglichst bald vereinen könnten.[341])

Aber zunächst war Gefahr, daß die Polen ihre Uebermacht an Reitern benutzten, um einen Theil derselben oberhalb Nowodwors über den Bug und Narew zwischen das schwedische und brandenburgische Heer zu werfen. Noch hielt sich Radzivills Feste Tykoczin am oberen Narew, schwer bedrängt von dem Adel Masoviens und Podlachiens. Der König sandte einige Regimenter unter Radzivill und Douglas den Narew hinauf zum Entsatz, zugleich mit dem Befehl, bis dahin alle Brücken und Schiffe zu zerstören (9. Juli). Er forderte den Kurfürsten auf, sie mit seinen bei Johannisburg stehenden Truppen zu unterstützen. Er sandte zugleich ein anderes Corps über die Weichsel, das den Weg von Warschau nach Thorn frei zu halten bis Blonie streifte. So rechts und links hinausschlagend, den Gegner bald da, bald dort treffend, suchte er ihn zu verwirren und hinzuhalten, bis die ersehnte Conjunction ihn in den Stand setzte, den entscheidenden Schlag zu führen.

Aber immer noch zögerte der Kurfürst. Wieder am 13. schreibt ihm der König, noch dringender zur Eile mahnend: Gonsiewsky mit einem Theil der lithauischen Armee sei auf dem Wege nach Ostrolenka, nahe dem Narew; durch ihr scheinbares Glück übermüthig, würden die Polen auch die billigsten Friedensvorschläge nicht annehmen; nur die wirkliche Vereinigung beider Armeen könne ihren Uebermuth brechen. Man begann im schwedischen Lager Argwohn zu schöpfen; man glaubte, daß der Kurfürst noch ins Geheim unterhandle, daß er mit Gonsiewsky im Verständniß sei.

Der Kurfürst war am 10. Juli von Königsberg zur Armee, die bei

Soldau marschfertig stand, abgereist.[342]) Dort kam allerdings Maidel von Neuem zu ihm; die Vorschläge vom 1. Juli hatte Johann Casimir abgelehnt.[343]) Sichtlich hatte man in Warschau geglaubt, daß es mit der Conjunction nicht Ernst sei, daß der Kurfürst die Grenze nicht überschreiten werde; schwedische Gefangene hatten ausgesagt, daß auch in Nowodwor dieselbe Meinung sei. Nach Maidels Erklärungen befahl der Kurfürst den Aufbruch seiner Armee; am 14. Juli rückte sie über die Grenze nach Schrinsk.

Mit unverhohlener Freude begrüßte Karl Gustav den entscheidenden Schritt. Jetzt endlich konnte er die Offensive ergreifen. „Die Brücke bei Warschau", schrieb er nach Schrinsk, „ist von dem hochgeschwollenen Wasser gebrochen, eine neue unterhalb der Stadt wird erst angelegt; die lithauische Armee steht nun getrennt von der auf der Warschauer Seite;" er meinte, man werde ihr „eins beibringen können", wenn man schnell vordringe.

Allerdings war sie ohne Verbindung mit Czarnecky, überdieß durch die Aussendung Gonsiewskys geschwächt, der Ostrolenka erreichte, nachdem Tycoczin bereits entsetzt, Douglas schon zurückgekehrt war. Wohl stellte auch der Kurfürst einige Reiterhaufen zu der Streifparthie, mit der Karl Gustav den Narew aufwärts zog (24. Juli), die Lithauer hinwegzuschrecken. Aber zur Conjunction schritt er noch nicht; er forderte noch einmal den Weg des Friedens zu versuchen, und Karl Gustav war außer Stande es zu weigern.

Man ersuchte de Lumbres nach Warschau zu gehen, da den Vorschlag zu wiederholen, daß der König mit Schweden und Brandenburg in Allianz trete, Polen in eine erbliche Monarchie verwandele, mit dem Recht des Königs, seinen Nachfolger zu ernennen. Auf die Bedenken des Gesandten erklärte der Kurfürst: „S. Maj. könne auf ihn und den König von Schweden sein vollkommenes Vertrauen setzen, und wenn S. M. die Streitkräfte, die Sie an der Hand habe, mit den ihrigen vereine, so werde der Plan unfehlbar gelingen".

Der Gesandte kam am 20. Juli nach Warschau. Er fand Alles voll Kampfbegier und kriegerischem Enthusiasmus; niemand wollte von Verhandlungen hören; der König sollte gesagt haben, die Schweden habe er den Tartaren zum Frühstück geschenkt und den Kurfürsten wolle er in ein Loch stecken, wohin weder Sonne noch Mond scheine.

Die Revue, welche vor einigen Tagen gehalten war, hatte über 1000 Standarten gezählt; man schätzte die Quartianer und das Adelsaufgebot diesseits der Weichsel auf 80,000 Mann Reiter, die Knechte (Hollota)

ungerechnet; jenseits der Weichsel standen 30,000 Mann. Die Tartaren waren nur noch wenige Märsche entfernt; wenn sie heran seien, hieß es, werde man sich auf den Feind werfen; des Erfolges war man gewiß.

Der Königin Einfluß bewirkte, daß de Lumbres wenigstens gehört wurde. Auch sie hatte sich wohl mit Gedanken einer monarchischen Reform getragen; in ihren Kreisen war man der Ansicht, daß dies der Weg sei, Polen zu einem der mächtigsten Reiche zu machen.[344]) Aber wie hätte sie jetzt, inmitten einer solchen Kriegsmacht, im vollen Siegen, aus der Hand des Usurpators und des abtrünnigen Vasallen ein solches Erbieten annehmen sollen? Eben so klug wie stolz, glaubte sie de Lumbres' Sendung benutzen zu können, um noch ein paar Tage zu gewinnen und zugleich der Krone Frankreich Angenehmes zu erzeigen; sie vertraute ihm, wie der Einfluß des östreichischen Gesandten Lisola sie hemme; der Kaiser wolle diesen Frieden nicht, weil der Krieg, der hier Schweden und Brandenburg beschäftigte, ihm freie Hand in Deutschland gebe.

Die weiteren Besprechungen zeigten, wie sich alle Erbitterung auf den Kurfürsten richte; wenn man auch, hieß es, mit Schweden zu unterhandeln sich entschließe, der Kurfürst könne, als Vasall der Krone, in keinem Fall zugelassen werden. Die Meinung des Senates war, Liefland müsse zurückgegeben, das Herzogthum als verfallenes Lehen eingezogen werden. Der König und der Senat fertigten am 25. Juli Schreiben an den Kurfürsten ab, in denen sie ihm unter den härtesten Vorwürfen über sein bisheriges Verhalten[345]) befahlen, das schwedische Heer, und zwar innerhalb dreier Tage, zu verlassen, widrigenfalls man sich jeder weiteren Rücksicht gegen ihn entbunden halten, und wie er die Waffen in das Herz der Republik getragen, so seine Herrschaften und Lande heimsuchen werde. Schon wurde gesagt, nicht das Herzogthum müsse man heimsuchen, da es der Krone heimfallen werde, man müsse die Tartaren nach Pommern und den Marken schicken; da könnten sie Ersatz für die ihnen versprochene Plünderung Königsbergs finden.

Vier Tage lang wurde mit de Lumbres unterhandelt; die Ungeduld, die Unzufriedenheit unter dem in Waffen versammelten und mitpolitisirenden Adel wurde immer lauter: geflissentlich scheine die Zeit versäumt werden zu sollen, wo man die Schweden noch allein finden, sie niederrennen könne; viele Edelleute aus Großpolen ritten heim. Endlich war die Nachricht da, daß die Tartaren bis auf einen kleinen Tagemarsch nahe seien. Nun erhielt de Lumbres die schließliche Antwort: den Frieden mit Schweden suche man nicht, wolle ihn aber auch nicht zurückweisen; aber wenn es

zu Tractaten komme, müsse man als Vermittler neben Frankreich auch den Kaiser, Dänemark und die Staaten fordern.

Mit diesem Bescheid wollte der Gesandte am 27. Juli zurückreisen; aber die Ankunft und der feierliche Empfang des Tartarenagas gab den Vorwand, ihm den zum Geleit nöthigen Trompeter zu versagen. Mit dem Morgen des 28. Juli begannen auch die polnischen Truppenhaufen nach der Seite von Praga hinüberzugehen, nur wenige sollten bei Warschau zurückbleiben. Der Plan war, mit etwa 80,000 Mann an den Bug und Narew zu marschieren, wo Gonsiewsky schon stand, mit den Tartaren die Position von Nowodwor einzuschließen, den Feind dort entweder auszuhungern, oder, wenn er den Rückzug nach Thorn versuchte, durch die Uebermacht zu erdrücken. Den Kurfürsten glaubte man noch in Plonsk, „drei Meilen vom Lager"; man glaubte, daß er „nach der ihm anklebenden Neigung" seine Völker mit Schweden nicht conjungiren werde; man hoffte, daß er schleunigst zurückgehen werde.

Während der Einleitungen zu jener Bewegung, am Vormittag des 28. Juli, fuhr de Lumbres aus Warschau zurück. Er erstaunte, zwei Meilen von der Stadt die anrückenden conjungirten Armeen zu treffen.

Die Entscheidung hatten die drohenden polnischen Schreiben vom 25. gebracht. Bis dahin hatte der Kurfürst immer noch gehofft, daß man sich in Warschau „zum Frieden bewegen lassen werde". Die Briefe überzeugten ihn vom Gegentheil. Sofort befahl er den Aufbruch; am Abend lagerte sein Heer neben dem schwedischen Lager. Mit dem Könige, der denselben Tag von seinem völlig geglückten Streifzug zurückkam, verabredete er den Plan zum sofortigen Angriff. Noch während der Nacht begannen die Truppen über die Bugbrücke zu defiliren. Hier vom Lager aus sandte Friedrich Wilhelm seine Antwort nach Warschau, beklagend, daß es so weit habe kommen müssen, noch einmal bezeugend, daß er nur den Frieden gewünscht habe, daß derselbe längst schon möglich gewesen, wenn man seinen Rathschlägen hätte folgen wollen.[346])

Das conjungirte Heer zählte gegen 9000 Mann Schweden, 8600 Mann Brandenburger, über 50 Geschütze. Da die schwedische Reiterei stärker war als die brandenburgische, wurden, um jeden der beiden Flügel auf 30 Vierecke (Escadronen) Reiter zu bringen, fünf schwedische dem Kurfürsten, zwei brandenburgische dem Könige überwiesen.[347]) Das Fußvolk bildete zwölf Brigaden, von denen neun brandenburgische waren. Der verabredete Plan war darauf gegründet, daß die Schiffbrücke bei Warschau noch nicht hergestellt, die polnische und lithauische Armee noch

getrennt sein werde. Man wollte die Lithauer unter Sapieha, die man bei Praga vermuthete, schlagen, oder, wenn sie wichen, die Brücke völlig zerstören, dann zurückmarschieren, über die Brücken bei Nowodwor und Zakroczin auf die rechte Seite der Weichsel gehen und die polnische Armee bei Warschau, so hoffte man, in einer „Hauptaction" vernichten. Man nahm nur auf drei Tage Lebensmittel mit.

Am Freitag den 28. Juli gegen Mittag war die vereinte Armee über den Bug. Auf dem Marsch kam ein polnischer Trompeter noch mit Briefen seines Königs an den Kurfürsten „voll harter und schmählicher Bedrohungen".[348]) Bald darauf, als auf halbem Wege nach Praga Halt gemacht war, traf auch de Lumbres ein. Er theilte den beiden Fürsten den Verlauf seiner Unterhandlungen mit; er sagte ihnen, daß sie die lithauische Armee nicht treffen würden, da dieselbe auf dem Marsch nach dem Bug sei, daß die Weichselbrücke fertig sei, daß die polnische Armee über dieselbe theils gegangen sei, theils noch gehe, um sich mit den Tartaren zu vereinigen und den Lithauern zu folgen. Er versuchte, bei so veränderter Sachlage nochmals Verhandlung zu empfehlen. Man beschloß, nur um so mehr zu eilen, damit man den Feind träfe, bevor er völlig herüber sei. Rechts die Weichsel, links den Wald von Bialalenka, marschierte man weiter, der König mit dem rechten Flügel voran.

Als man Abends sieben Uhr ein Dorf, dreiviertel Meile von Praga, erreichte, wurde von den Vortruppen gemeldet, daß sie auf den Feind gestoßen seien. Sofort wurde Alles zum Gefecht geordnet.

Der Wald zieht sich hier bis nahe an den Strom heran; durch dies schmale Defilée ging der König mit dem rechten Flügel vor, griff sofort des Feindes Vortruppen an. Es entspann sich ein Gefecht, in dem der Feind weichend sich hinter die Verschanzungen zurückzog, die das südwärts ansteigende Terrain deckten. Links hin war, da der Wald hier endet, freies Feld, hier und da sumpfig und buschig, durch ein paar Hügel geschlossen; während das Geschützfeuer und wiederholte Ausfälle aus den Retranchements die Angreifenden hemmten, brach der Feind, als wolle er diese abschneiden, von jenen Hügeln her am Saume des Waldes entlang jagend, heran; der König warf ihm einige Schwadronen entgegen und trieb ihn zurück. Schon war auch das Fußvolk, auch der linke Flügel durch den Wald herangekommen und an dessen Saume aufgerückt. Die einbrechende Nacht hinderte Weiteres zu unternehmen. Gegen Mitternacht zog man sich zurück, um, rechts von der Weichsel, in der Front und links vom Wald gedeckt, ein paar Stunden zu ruhen.

Was mit dem eiligen Anmarsch, dem sofortigen Angriff nach dem ermüdenden Marsch in der Sonnenhitze hatte erreicht werden sollen, war nicht erreicht. Die Polen waren nicht, wie der König nach seiner bisherigen Erfahrung vermuthet haben mochte, vor seinem ersten ungestümen Stoß gewichen; jener harte Chock von der Linken her bewies, daß sie voll Kampflust und Zuversicht seien, daß sie geschickt geführt wurden. Und aller Vortheil des Terrains war auf des Feindes Seite; er übersah von seiner höheren Position aus den Aufmarsch der Alliirten, er hatte in jenem Paß, durch den er seinen Chock gemacht, gleichsam das Thor zu der einzigen Aufstellung, die sie nehmen konnten. Noch hatten sie nicht — der Staub und die einbrechende Dunkelheit hatten es gehindert — eine sichere Uebersicht des Terrains; sie sahen nur vor sich die Höhen verschanzt und mit Geschütz besetzt, zu ihrer Linken jene mehreren Hügel, die den Paß schlossen.

In dem nächtigen Kriegsrath war nicht die Rede davon, das begonnene Unternehmen aufzugeben, sondern nur, wie man es hinausführen solle. Der König, der Kurfürst, mehrere Generale ritten bei Tagesanbruch hinaus zu recognosciren. Man erkannte, daß um die linke Flanke zu sichern, eine „kleine Colline", die links am Ende des Waldsaumes lag und den Paß beherrschte, genommen werden müsse. Dann konnte man den linken Flügel auf sie gestützt, den rechten an die Weichsel gelehnt, die Verschanzungen des Feindes irgend wo zu durchbrechen versuchen.

Unter dem Schutze des Morgennebels rückten die Alliirten in Schlachtordnung; während der rechte Flügel den Angriff begann, schon von jenseits der Weichsel her durch das Feuer einiger Geschütze, welche die Königin dort auffahren lassen, belästigt, zog der Kurfürst den linken Flügel gegen die Colline hin. Er fand sie vom Feinde, auch mit einigen Stücken, besetzt. Das zum Theil sumpfige Terrain verzögerte seinen Anmarsch, namentlich die Geschütze konnten nicht sobald durch. Ohne sie abzuwarten, griff er an; der Feind wich, ließ seine Kanonen im Stich.

Von dieser Höhe aus sah man, wie eine Masse Tartaren über das Dorf Bialalenka dahinzog, dem Walde zu, sichtlich um die Alliirten zu umgehen. Der Kurfürst eilte, die Waldecke, an deren Spitze die Colline lag, rechts und links zu besetzen; nur diese, da tausend Schritt südwärts der Feind in Masse auf und um einen Hügel, der mit einem geschlossenen Schanzwerk versehen war, stand.

Er hatte sehr mit Recht seine Truppen zusammengehalten. Während

die Tartaren in ziemlicher Entfernung von seiner Linken in den Wald hinein, durch denselben, in den Rücken des Königs stürmten, warfen sich von dem Schanzhügel her gegen 6000 Quartianer auf ihn. Er bestand ihren „furiosen" Anprall, warf sie zurück, verfolgte sie bis an die Verschanzungen. Jetzt kamen die Tartaren, die vergeblich den Rücken der Schweden angefallen, vom Könige abgeschlagen, durch den Wald zurück; auf sie warf der Kurfürst einen Theil seiner Reiter, der sie völlig zersprengte, niederschlug, in den Sumpf hinter Bialalenka jagte.

Sichtlich schob sich der Schwerpunkt des Gefechtes mehr und mehr nach der freieren linken Seite. Nur mit Mühe waren endlich die brandenburgischen Geschütze herangekommen; der durchtretene und zerfahrene Sumpfboden dort war weder für Fußvolk noch Reiter mehr passirbar.

Der König selbst war zur Colline gekommen; er bemerkte, wie die Verbindung zwischen beiden Flügeln nur noch durch die weiter rückwärts liegenden Waldwege möglich sei; er überzeugte sich, daß in dem weiten Blachfeld links die Entscheidung gesucht werden müsse; er beschloß sich hinter den brandenburgischen Flügel hinweg durch den Wald zu ziehen, auf dessen Linken aufzurücken, die ganze Schlachtordnung so zu ändern, daß die Colline der Stützpunkt der äußersten Rechten wurde.

Gewiß ein Manöver höchst schwieriger Art, das nur mit durchaus geübten Truppen und bei fester Führung gewagt werden konnte. Namentlich die Colline, um die sich die Schwenkung wie um ihre Axe drehte, mußte völlig sicher gehalten werden; der Kurfürst und seine Brandenburger durften auch nicht einen Augenblick wanken.

Sofort wie der Feind die Einleitungen zu dieser Bewegung bemerkte, schickte er sich zu einem zweiten mächtigern Stoß an. Ein Ausfall aus den Retranchements hielt den abziehenden schwedischen Flügel fest; neue Schaaren Tartaren brachen über Bialalenka hervor, den Brandenburgern in Front, Flanke und Rücken, während Massen von Quartianern sich zugleich von der Richtung des Schanzhügels her auf sie warfen.

Der brandenburgische Flügel war in sehr ernster Gefahr; aber des Kurfürsten Leibgarde zu Fuß warf die Quartianer zurück; der furchtbare Angriff der Tartaren erschütterte auch nicht einen Augenblick seine dicht geschlossenen Vierecke; vor Allem dieser „hohen Conduite", hat nachmals der Feldmarschall Wrangel erklärt, sei „die herrliche Victorie" zu danken gewesen.

Der Feind setzte zu einem dritten Gewaltstoß an; er sammelte seine besten Truppen in acht mächtigen Schlachthaufen zu beiden Seiten des

Schanzhügels, um gegen die schwächste Stelle der feindlichen Aufstellung vorzudringen, und sie durchbrechend den Eingang in den Wald zu gewinnen, so beide Flügel auseinander zu reißen. Der schwedische Flügel hatte bereits seinen Abmarsch begonnen; er wäre, jetzt schon tiefer im Walde, im schlimmsten Fall ein Rückhalt für die Brandenburger gewesen, wenn sie hätten weichen müssen. Aber schon beim ersten Anlauf wurde jener Stoß durch das brandenburgische Fußvolk, namentlich die Leibgarde gebrochen; vor dem schweren Geschützfeuer wich endlich die ganze Angriffsmasse.

Das geschah um die Mittagszeit. Der König zog ungehindert durch den Wald, nahm den linken Flügel und während er weiter ins Freie vorging, rückten die brandenburgischen Escadronen, eine nach der andern sich ihm anschließend, in die neue Aufstellung ein.

Mit diesem Abmarsch waren die Retranchements des Feindes so zu sagen todt gelegt. Er eilte seine Geschütze von dort abzufahren, auch seinerseits eine neue Stellung zu nehmen.

Der Weichsel parallel zieht sich von dem Schanzhügel eine Dünenreihe, eine halbe Meile lang südwärts, dort einige hundert Schritt vor einem todten Weichselarm und der ihn fortsetzenden sumpfigen Niederung endend; der südliche Theil dieser Dünenreihe ist von einem Gehölz, dem Holz von Praga, bedeckt. In dem Raum zwischen dieser Dünenreihe und dem Strom standen die Tausende von Husaren, Quartianern, Adelsaufgebot, Heiducken der einzelnen Magnaten, die mit Sensen, Säbeln, Beilen u. s. w. bewaffneten Knechte (Holloten) auch drei Regimenter deutsches Fußvolk. Diese Massen, die bisher Front nach Norden gestanden, wandten sich nun ostwärts, während eine Schlachtlinie, aus den besten Truppen gebildet, das freie Feld bis Bialalenka hin besetzte.

Der Plan Karl Gustavs war, mit seinem Flügel vorrückend, die Linke durch den Sumpf gedeckt, der sich hinter Bialalenka nach Brudno weiter südwärts zieht, Feld zu gewinnen, sich immer weiter an dem Sumpf hinschiebend den Feind zu tourniren; eine Bewegung, die des Kurfürsten Flügel, indem er folgte, mehr und mehr von seinem Stützpunkte entfernen mußte. Der Feind ließ sich leicht aus Bialalenka drängen, das in Flammen aufging; er steckte auch Brudno in Brand; er ließ den Alliirten Zeit sich in Schlachtordnung zu stellen.

Karl Gustav nahm die drei schwedischen Brigaden auf den äußersten linken Flügel, stellte sie dort hakenförmig auf, um die drohenden Tartarenmassen in Schach zu halten; sechs brandenburgische Brigaden bildeten

das Centrum der Linie, drei andere den äußersten rechten Flügel, der in dem Maße, als der König nach links avancirte, sich auf Bialalenka hinzog.

Da plötzlich, etwa um 5 Uhr, stürzte sich der Feind von den Höhen, mit erschrecklichem Geschrei, in furchtbarer Heftigkeit auf den rechten, den linken Flügel, das Centrum zugleich, während die Tartaren das brennende Brudno umgehend den Rücken der Linie bedrohten, die Bagage erreichten. Das erste Treffen des schwedischen Flügels wurde durchbrochen, mit Mühe hielt das zweite den furchtbaren Ansturz auf; der König jagte mit der nächsten Schwadron des dritten auf die Tartaren los, zwang sie zur Flucht. Das Centrum hatte Stand gehalten; der brandenburgische Flügel trieb nach hartnäckigem Kampfe die Quartianer in die Flucht. Der Kurfürst war hier, der König dort in Mitten des Handgemenges, in großer Gefahr.

Kaum, daß sich die erschütterte Schlachtlinie der Alliirten wieder geschlossen, so warfen sich von Neuem 10,000 Tartaren auf des Königs Flügel. Sie wurden abgetrieben, verfolgt; aber auch damit war Entscheidendes nicht gewonnen. Der sinkende Abend und die ungeheuere Anstrengung des Tages nöthigte, Ruhe zu machen. Bei einem Wäldchen, in dem man sich schleunigst verhaute, kaum einen Musketenschuß weit vom Holz von Praga, lagerte die Spitze der Alliirten, von da theils bis Brudno, theils bis an den Sumpf, im Dreieck das übrige Heer.

Die Absicht des Königs, sich links schiebend den Feind zu tourniren, war eben so gescheitert, wie der frühere Plan, nach der Weichselbrücke durchzubrechen. Man mußte bekennen, daß der Feind besser geführt wurde[349]) und mit größerem Muth, mit hartnäckigerer Ausdauer kämpfte, als die Schweden bisher von ihm gewohnt waren; der Kampf zweier Tage schien ihn noch nicht einmal mürbe gemacht zu haben; mehrmal in der Nacht wurde man durch seine Ueberfälle allarmirt.

Die Lage der Alliirten begann peinlich zu werden. Allerdings hatte sich bis jetzt an ihren Vierecken, „den wandernden Castellen", wie der Tartarenaga sie nannte, jeder noch so wilde Ansturz gebrochen. Aber die mitgenommenen Vorräthe gingen zu Ende, es fehlte an Trinkwasser; wie, wenn der Feind auf den Gedanken kam, diese Castelle auszuhungern?

Man durfte nicht noch einen Tag ohne Entscheidung kämpfen; um jeden Preis mußte gesiegt werden.

Die Disposition für den dritten Tag, den Sonntag 30. Juli, zeigte, daß die Absicht, den Feind aus seiner Stellung hinaus zu manöveriren,

aufgegeben war, daß man sich entschlossen hatte, den entscheidenden Punkt zu forciren.

Der Feind hatte das Holz von Praga mit Retranchements gedeckt, im Innern verhauen, es stark, auch mit einem deutschen Regiment Fußvolk besetzt. Hinter dem Holz lag eine zweite Höhe, die ebenfalls verschanzt, mit Kanonen besetzt, mit Truppen bedeckt war. Auf den Dünen, vom Holz von Praga bis zum Schanzhügel standen die lithauischen Völker, in dem Paß zwischen dem Holz und dem todten Weichselarm die Tartaren nebst einigen Regimentern Lithauer und Quartianer.

Erst nach sieben Uhr theilte sich der Nebel. Sofort begannen die Alliirten ihre Bewegung. Das Centrum der Schlachtlinie, die brandenburgischen Brigaden Fußvolk, war zum Sturm auf das Holz von Praga bestimmt; links rückte des Königs Flügel über das Wäldchen hinaus, das Holz von Praga rechts lassend, um das Vorbrechen der Tartaren aus dem Paß zu hindern, während der Kurfürst mit dem rechten Flügel gegen die Dünen avancirte, um den Feind dort festzuhalten.

So rechts und links gedeckt, rückte Sparr mit 1000 commandirten Musketiren und den Geschützen, indem das übrige Fußvolk folgte, gegen das Holz; er mußte, um seine Aufstellung zu nehmen, unter dem Holz hinziehend, dem heftigen Feuer aus den Retranchements die Seite bieten; dann begann auch er eine lebhafte Kanonade, die er eine Stunde lang fortsetzte; endlich ließ er die Sturmcolonne unter Obrist Syberg vorgehen. So mächtig war der Stoß, daß der Feind schleunigst das Holz verließ. Rastlos weiter stürmend, von dem übrigen Fußvolk gefolgt, drang Sparr jenseits des Holzes auf jene zweite Verschanzung vor; nach ein paar Salven verließ der Feind auch sie; die Auflösung der dichten Colonnen, das Flüchten zur Weichsel, die wilde Verwirrung zeigte, daß der Sieg entschieden sei.

Sobald der Kurfürst das Holz von Praga erstürmt sah, warf er sich, mit sechs Escadronen die Dünen hinauf sprengend, auf die dort stehende Reiterei, jagte sie in die Flucht, sandte Friedrich Waldeck und Wrangel ihnen nach, die sie bis in die Sümpfe hinter Bialalenka trieben.

Der König war inzwischen in Gefahr, von der ganzen Tartarenmasse, die von dem Paß aus ihn zu umgehen versuchte, in dem Rücken gefaßt zu werden; er warf ihnen sein zweites Treffen entgegen, jagte sie in die Flucht. Während er sie bis in die Wälder von Grochow verfolgte, hatte Sparr auch die Schanze an der Brücke genommen; die Brücke selbst hatten die Fliehenden in Brand gesteckt, Praga stand in Flammen.

Die Niederlage der Polen war vollständig. Viele kamen auf dem Schlachtfeld, in den Sümpfen, von der Brücke stürzend, durch den Strom schwimmend, um. Johann Casimir war mit dem Rest seiner Truppen südwärts geflüchtet, ihm schon voraus die Königin. Der Rath von Warschau überbrachte dem Kurfürsten die Schlüssel der Stadt. Am Montag war die Weichselbrücke hergestellt. Am Abend zogen der König und der Kurfürst mit einem Theil ihrer Truppen ein.

So die erste Schlacht der preußischen Armee.

Des Kurfürsten Kriegsmacht und seine Führung hatte sich der des Schwedenkönigs völlig ebenbürtig gezeigt; er hatte die entscheidende Position am zweiten Schlachttag genommen und behauptet, sein Fußvolk den entscheidenden Sturm am dritten ausgeführt.

Zahllose Flugblätter und Zeitungen verbreiteten die Nachricht von der dreitägigen Schlacht bei Warschau über das staunende Europa. Wie geschickt auch die Schwedischen den Ruhm ihres Königs und ihrer Truppen voranzustellen verstanden, es war nicht zu verbergen, was die Brandenburger gethan; man empfand, daß in die Reihe der Kriegsmächte Europa's eine neue eingetreten sei, und zwar mit einem Siege, der dazu angethan war, das stolze Schweden neidisch zu machen, und nicht blos Schweden zu beunruhigen.

Die französischen Gesandten nannten in ihren Berichten nach Paris die Schlacht „ein unerwartetes Zusammentreffen der beiden Armeen, die sich suchten, ohne zu wissen, wo sie gegenseitig standen". Die Herren Staaten im Haag ließen, als die Prinzessin Hoheit ihnen die eben eingelaufene Siegesnachricht zuschickte, ihren Dank sagen, aber keinen Glückwunsch beifügen. Am kaiserlichen Hofe, der in Prag verweilte, war „nicht geringe Bestürzung, wie auch nicht weniger Jalousie und furchtsame Reflexion auf den Kurfürsten". Und vom Frankfurter Deputationstage wurde gemeldet: „der kaiserliche Gesandte ist durch die Zeitung allerdings sehr bestürzt, hat sich endlich durch einen guten Trunk getröstet mit der Anzeige, daß auf einen verdorbenen und betrübten Markt ein fröhlicher Krämer gehöre". Auch an den evangelischen Höfen sprach man nur von dem unvergleichlichen Muth der Schweden, von ihren neuen Lorbeern.

Der russische Antrag.

Johann Casimir war in der Richtung von Lublin geflohen. Bald sammelten sich seine zersprengten Schaaren; schon am 11. August waren bei 50,000 Mann um ihn. Gegen de Lumbres und Avaugour, die ihm nachgeeilt waren, um von Neuem zu vermitteln, äußerte er sich mit rasch erneuter Zuversicht.

Nach Karl Gustavs Sinn wäre es gewesen, den Feind nicht mehr zu Athem kommen zu lassen, ihn zu einer zweiten Schlacht zu zwingen, ihm den Frieden zu dictiren. Er eilte südwärts in der Richtung von Radom, als wolle er ihm den Weg nach Gallizien verlegen; er drohte Alles mit Feuer und Schwert zu vernichten, wenn der Friede nicht angenommen würde.

Mochte das seinem Interesse entsprechen, das Friedrich Wilhelms war ein anderes.

Auch er wollte den Frieden, aber nicht den, welchen der Stolz und Uebermuth der Schweden forderte. Für ihn gab es noch andere Rücksichten, als ihren Beifall zu gewinnen. Daß er sich mit ihnen conjungirt hatte, beunruhigte die europäische Politik nur zu sehr.

Schon lag auf der Danziger Rhede eine bedeutende holländische Flotte; daß die Herren von Amsterdam ein Auge auf Pillau hätten, ward nur zu glaubhaft berichtet. Von Neuem wurde in Kopenhagen, wohin vom Haag der erbitterte Gegner Schwedens, Conrad van Beuningen, gesandt war, an eine Schilderhebung gegen Schweden gedacht; zehn dänische Orlogschiffe hatten sich mit der holländischen Flotte vereint, Danzig zu schützen.

Der Wiener Hof, der bisher nur diplomatisch thätig gewesen war, am polnischen Hofe gegen den Frieden, bei dem russischen Großfürsten für die Allianz mit Polen gearbeitet hatte, schickte sich zu ernsteren Schritten an; ein kaiserliches Heer mit zahlreichen Geschützen, hieß es, werde in Schlesien gesammelt, um nach Pommern zu gehen. Wie Spanien die Dinge ansah, zeigte sich darin, daß der Prinz von Condé seine Völker nach der clevischen Grenze zusammenzog. Schlimmer als Alles war, daß die Moscowiter, wenn auch noch nicht in offener Allianz mit Polen, in der ganzen Breite von der Newa bis zur Düna gegen die schwedischen Provinzen vordrangen, daß sie in den Tagen der Warschauer Schlacht mit

Dünaburg den Schlüssel Lieflands gewannen; drei Wochen später standen sie vor Riga, begannen die Belagerung der Stadt.

Nicht des Kurfürsten Schuld war es, daß sich Karl Gustav in ein Unternehmen eingelassen hatte, das eben so die materiellen Kräfte Schwedens überstieg, wie es, auf den Umsturz eines alten großen Staates gewandt, die europäische Politik herausforderte. Am wenigsten für Schwedens Macht und Größe sich zu opfern, hatte er ein Intresse oder eine Pflicht. Karl Gustav konnte, wenn die von allen Seiten heranschwellenden Fluthen zusammenschlugen, sich in sein Nordland zurückziehen; das Haus Brandenburg war nicht in der Lage, solchen Phantasiekrieg zu führen. Er lag wie zwischen Hammer und Amboß.

Für die Ruhe Europa's war die Schwäche Polens und die Uebermacht Schwedens gleich gefährlich. Auf ein europäisches Interesse mußte der Kurfürst seine Politik zu gründen verstehen, wenn sie Bestand haben sollte. „In der Mitte ist unser Heil", schreibt einer der Räthe; „eine richtige Balance zwischen Polen und Schweden herzustellen", das war und blieb der Gedanke der brandenburgischen Politik.

Wie peinlich es dem Stolz der Oxenstjerna, de la Gardie, Wrangel sein mochte, nur die Hülfe Brandenburgs hatte das kleine kriegsgewaltige Heer vor der herabrollenden Lawine der polnischen Volkserhebung gerettet. Und nicht weiter als zu dieser Rettung hatte sich der Kurfürst verpflichtet.[350] Wollte Karl Gustav mehr, wollte er den Frieden dictiren, so mochte er selber sehen, aber dabei nicht vergessen, in wie großer Gefahr Riga, Narva, Reval, ja Finnland war, und sich erinnern, daß er die vier Palatinate eben so wie Preußen zu decken vertragsmäßig verpflichtet war.

Friedrich Wilhelm hatte ein Recht, die Bedeutung seiner Allianz zu fühlen und die Schweden fühlen zu lassen; er am besten wußte, daß sie gegen Polen schon nichts mehr unternehmen konnten, als er geschehen zu lassen für gut fand.

Daß er forderte, in die Devensive zurückzugehen und so über den Frieden zu verhandeln, zeigten die Vorgänge der nächsten Wochen.[351]

Karl Gustav war bis Radom gegangen, wie sich bald zeigte, um die Besatzungen der kleinen Festen in Südpolen an sich zu ziehen; nur Krakau blieb stark besetzt. Der Befehl des Königs vom 11. August, die Werke von Warschau zu schleifen, alles Werthvolle, alle Kunstgegenstände aus den Schlössern einzupacken und die Weichsel hinabzuschicken, zeigte, daß auch Warschau nicht gehalten werden solle.

Der Kurfürst war bis an die Pilica gefolgt, theils um des Königs Bewegung zu stützen, theils um den Einmarsch Derfflingers in die vier Palatinate zu decken, der mit den in den Marken neugeworbenen Regimentern bereits die Grenze Posens erreicht hatte.

Ende August standen die Schweden von Nowodwor rechts bis Lowicz, links bis Pultusk, das offene Warschau vor der Front noch haltend, während die Brandenburger sich hinter ihnen nach der Grenze des Herzogthums zogen.

Hatte Karl Gustav sich darin finden müssen, die Theilung Polens aufzugeben, so hoffte er wenigstens zur Eroberung Danzigs, die erst dem Besitz Preußens seinen vollen Werth gab, auf des Kurfürsten Beistand rechnen zu dürfen. Er schlug ihm vor, die Reiterei der conjungirten Armee nach Podlachien und Brzesc zu legen, um gegen den drohenden Anmarsch der Lithauer und Tartaren unter Gonsiewsky das Herzogthum zu decken und ihnen zugleich die Verbindung mit den Moscowitern zu verlegen; das conjungirte Fußvolk wünschte er gegen Danzig zu führen.[352])

Friedrich Wilhelm hatte nicht eben Neigung, sein Heer so zu zerreißen, es so aus der Hand zu geben; am wenigstens jetzt wollte er dem Schein, den die Schweden zu verbreiten beflissen waren, als sei er nur „ein Anhängsel ihrer Politik"[353]) Vorschub leisten. Der bewaffnete Adel in Samogitien, Lithauen, Podlachien, der über die Grenzen des Herzogthums einzubrechen drohte, gab seinen Truppen vollauf zu thun, wie denn eben jetzt die bei Wirballen vordringenden Massen durch Wallenrodt glücklich zurückgeschlagen und in die Wälder gejagt waren.[354])

Gonsiewsky hatte sich erboten, wenn die brandenburgischen Truppen ihre Verheerungen in Podlachien einstellten, auch seinerseits die Grenzen des Herzogthums achten zu wollen.[355]) Der Kurfürst antwortete entgegenkommend. Er meldete dem Könige, daß er es gethan, „um Mord und Brand zu verhüthen", und daß er seine Truppen auf die Grenze zurückgezogen habe, daß er auch sein Fußvolk zu deren Schutz vor Gesindel nicht entbehren könne; zugleich wies er auf die Gefahr hin, die auch für Schweden entstehe, wenn man mit einem Angriff auf Danzig den Punkt berühre, den die Staaten um jeden Preis zu decken entschlossen seien; sie müsse man vor Allem beruhigen, die mit ihnen in Elbing eingeleiteten Unterhandlungen zum Abschluß bringen.

Auch den Plan auf Danzig gab der König für jetzt auf.

In den ersten Septembertagen kam der moscowitische Kanzler nach Königsberg; er trug da erstaunliche Dinge vor: sein Zaar habe Liefland

so gut wie vollständig inne, der Kurfürst möge sich von Schweden trennen, sich mit ihm conjungiren, das Herzogthum so von ihm zu Lehen nehmen, wie er es früher von Polen gehabt. Auf des Kurfürsten Einwendungen, namentlich daß er mit den Staaten zu genau verbunden sei und ohne sie nichts schließen könne, antwortete der Russe: sein Zaar sei ein großer Monarch und könne den Kurfürsten wohl schützen; er habe Geld genug, und hätte er nur einen Hafen, so wolle er Schiffe genug bauen lassen, daß die Schiffe Anderer aus der Ostsee wegbleiben müßten. Alle Einwendungen halfen nichts, immer wieder kam der moscowitische Staatsmann darauf zurück, daß der große Zaar Preußen in seinen Lehnsschutz nehmen wolle.

Weder der Kurfürst noch seine Räthe täuschten sich über die ernste Gefahr, welche „die großen Desseins der Barbaren" in sich trugen; „wenn Brandenburg nicht freie Hand bekommt, die Sache in aequilibrio zu halten, wenn Schweden unterkommt und die Moscowiter mit Riga einen Hafen gewinnen, so ist die allerhöchste Gefahr da und S. Kf. D. wird dann erst recht vor der Hölle wohnen."[356])

Traurig genug, daß die deutschen Städte und Stände bis Dorpat und Reval daran waren, jetzt so unter die Herrschaft der Moscowiter zu fallen, wie sie vor hundert Jahren sich den Polen ergeben, wie vor zweihundert Jahren das halbe Preußen polnisches Land, die andere Hälfte polnisches Lehen geworden war, und zwar darum, weil das Reich deutscher Nation diese seine Colonien im Osten nicht zu schützen vermocht hatte. Jetzt war die Polenmacht in demselben Falle, wie damals das Reich; sie hatte sich selbst und ihre Dependenzen, sie hatte das Herzogthum Preußen weder schützen können noch wollen; sie hatte dem Kurfürsten die Souverainetät geboten, wenn er sich für die Republik in die Schanze schlagen wolle, und ein zur Hälfte polnisches Heer hatte ihn gezwungen, Schwedens Vasall zu werden. Schweden hatte ihm den souverainen Besitz der vier Palatinate gegeben, damit es mit seiner Hülfe sich des Andringens der Polen erwehre; mit der Warschauer Schlacht hatte er den Preis gezahlt. Nun stürmte der Moscowiter auf die Schweden von Narwa bis Riga heran, forderte die Lehnsherrlichkeit über Preußen, drohte mit Feuer und Schwert, wenn sie geweigert werde. Weder Polen noch Schweden hatte die Macht oder den Willen, das Herzogthum zu vertheidigen; noch weniger hätte es mit den eignen Mitteln sich retten können. Es war verloren, wenn es nicht den Schutz seines Landesherrn hatte, wenn er nicht mit der Gesammtkraft seiner Territorien für sein Preußen eintrat.

Er antwortete dem Russen: er habe sich resolvirt, Preußen hinführo von Niemand zu Lehen zu tragen.

„Darauf", so schreibt Schwerin, „wird man wohl endlich die consilia richten müssen; ich sehe nicht, was daran fehlen sollte, daß S. Kf. D. sich in die ehemalige Freiheit dieses Landes wieder einsetzen sollte." Die Souverainetät bedeutete die Befreiung eines deutschen Landes von hundertjähriger Fremdherrschaft; die Souverainetät erringen hieß zwischen Polen und Schweden eine Macht stellen, die der baltischen Welt den Frieden sicherte, hieß, da die Republik Polen nicht mehr die Kraft hatte, ein Wall zu sein gegen die andrängenden Moscowiter, Tartaren, Kosacken u. s. w., die alte Bedeutung der Marken jenseits der Weichsel erneuen, um die abendländische Christenheit vor den „Barbaren des Ostens" zu schützen.

In diesem Gedanken hatte Friedrich Wilhelm in Stettin verhandelt. Er hatte ihn in allem Wirrwarr der Politik und des Krieges fest im Auge behalten; er schien mit der Warschauer Schlacht ganz nahe daran, das Ziel zu erreichen.

Aber je näher dem Gipfel, desto mühevoller und gefährlicher wurde jeder nächste Schritt; es bedurfte der höchsten Anstrengung, festen Willens, größter Besonnenheit, um alle Hemmnisse der inneren und äußeren Politik zu überwinden.

Damals wurde ein portugiesischer Jude in Amsterdam bewundert, der drei, vier Schachspiele zugleich zu spielen verstand. Wie viel künstlicher war das politische Schachspiel des Kurfürsten, der zugleich gegen und mit Schweden, Polen, dem Zaar, dem Kaiser, den Staaten, den evangelischen und katholischen Ständen im Reich sein Spiel machen, zugleich mit den Fragen der großen Politik die Landstände in jedem seiner Territorien und ihre Velleitäten, ihren Widerstand berechnen mußte.

Denn selbst die in Preußen, die mit so gutem Willen begonnen hatten, begannen schwierig zu werden, als zu den Lasten der großen Rüstung auch die Verheerungen des Krieges über ihr Land kamen, mehr noch, als sie inne wurden, daß der Lehnsvertrag mit Schweden einen guten Theil ihrer Libertät durchschnitten hatte, ja daß es des Kurfürsten Absicht war, sich im Herzogthum „absolut zu machen". Schon mit dem Landtag im Frühling 1656 begannen die Controversen über die unbewilligten Contributionen, über die ohne ständisches Zuthun geschlossenen Verträge, über das beseitigte Recht der Appellation an ein oberlehnsherr=

liches Tribunal u. s. w., Controversen, die bald genug zu der ganzen Schärfe der Alternative Libertät oder Souverainetät heranreifen sollten.

Schon hatten auch die Stände in Pommern, in den Marken über den unerhörten Druck der Kriegskosten, über die argen Durchzüge schwedischer Kriegsvölker, bald über die verheerenden Einfälle polnischer Horden zu klagen; die der Neumark traten mit dem Feinde in Unterhandlung, schlossen einen Waffenstillstand mit ihm auf zwei Monate, ein Eingriff in die landesherrliche Prärogative, welche der Kurfürst auf das Strengste zu verweisen für nothwendig hielt.[357])

Und in den rheinischen Landen war die Opposition wieder in voller Arbeit, geführt jetzt von dem ständischen Syndicus Dr. Neuß und dem unermüdlich rührigen Consulenten der Stände Leo Aitzema im Haag. Je weniger die Herren von Holland ihrem Bündniß mit dem Kurfürsten nachgekommen waren, desto erwünschter waren ihnen die Lamentationen der clevischen Stände, die ihnen Gelegenheit gaben, den Kurfürsten fühlen zu lassen, wie unzufrieden sie mit seiner inneren und äußeren Politik seien; sie drückten auf die clevische Regierung, um, wie man meinte, dem Kurfürsten Pillau abzupressen, oder ließen doch Schweden fürchten, daß dies ihre Absicht sei, damit ihnen in den Elbinger Verhandlungen desto mehr zugestanden werde.[358])

Und wieder der französische Hof wies immer von Neuem sehr theilnehmend auf die große Gefahr hin, die den brandenburgischen Landen am Rhein von Düsseldorf her drohe, und war sehr betreten darüber, daß der Kurfürst seit der Warschauer Schlacht sich nicht mehr recht davor fürchten und desto beflissener um Frankreichs Gunst werben, der französischen Politik fügsam sein wollte.

Ungleich dringender als am Rhein war die Gefahr für Pommern und die Neumark. Wenn der Kurfürst gegen jene polnischen Invasionen auf Reichsgebiet den obersächsischen Kreis aufrief, so entgegnete das Directorium Kursachsen, „er selbst habe sich ja mit Schweden zum Angriff auf Polen vereint, und was die Polen zur Abwehr thäten, gehe den Kreis nichts an.“ Noch weniger fand die Erwähnung der Reichsgrenzen am kaiserlichen Hofe irgend eine Berücksichtigung; dort jubelte man, daß der Moscowiter so tapfer vorging, und daß Schweden „nicht im Stande sein werde, einen so mächtigen Feind zu dämpfen.“ Was konnte man in Wien Besseres wünschen, als daß der eine der Garanten des westphälischen Friedens matt gesetzt wurde; dann hatte man seinen Druck in Deutschland nicht mehr zu fürchten und konnte versuchen auch den andern abzuschütteln,

konnte es wagen, trotz jenes Friedens den Spaniern in den Niederlanden Truppen zuzusenden, ihnen in Italien zum Kampf gegen Frankreich an die Seite zu treten. Schon ward kaiserliche Acht über den Herzog von Modena, Frankreichs Verbündeten, verhängt, „ohne Rechtserkenntniß, ohne der Kurfürsten und Fürsten Consenz, gleichsam in eigener Sache"; ja der Kaiser forderte Frankreich auf endlich „seine drei Millionen an den Erzherzog zu Inspruck zu zahlen oder den Elsaß zurückzugeben, widrigenfalls man die Possession mit Gewalt suchen werde." Darum war jetzt Frankreich so eifrig, Bündnisse mit den Reichsfürsten zu schließen, sie auf die Gefahr, die ihrer Libertät vom Reichsoberhaupt drohe, aufmerksam zu machen. Auf dem Deputationstage zu Frankfurt wurden jetzt Mainz, Trier, Bayern, Cöln nicht müde, das allgemeine Defensionswerk, zu dem Brandenburg so oft vergebens gemahnt, zu empfehlen und zu fordern, sie forderten auch die braunschweiger Herren und Cassel auf, ihrem Bunde beizutreten.[359]) Nur daß die kaiserliche Gesandtschaft, je reichspatriotischer sie sich ausließen, desto kühler wurde: „es sei nicht noth, daß die Stände mit Werbungen sich bemüheten, sintemalen Kais. Maj. zur Beschützung des Reiches allbereits genug auf den Beinen hätten, und dürften die Stände nur die nöthigen Quartiere denselben assigniren"; Aeußerungen, die der mainzische Kanzler mit dem Bemerken wieder berichtete: „es sei das ein gar nachdenkliches Zumuthen, darin die Kurhäuser und Stände des Reiches wohl nimmer willigen würden, in Betracht, daß solche Protection gar leicht wie vormals geschehen, eine Subjection werden dürfte."[360])

In Mitten der ungeheuren Krisis, die mehr und mehr die ganze europäische Staatenwelt ergriff, war das Reich ohne Steuer, ohne Richtung, ohne Politik; man jammerte und zürnte, daß der theuer erkaufte Friede in Gefahr sei und daß Brandenburg höchst undeutsch, höchst unverantwortlich sich in Dinge einmische, die das Reich nichts angingen; nur die unendliche Ohnmacht und Verworrenheit hinderte das officielle Deutschland daran, Maßregeln zu ergreifen, um die „Ambition Brandenburgs" in den Schranken reichspatriotischer Pflicht zu halten.

Die Souverainetät.

Kaum sechs Wochen waren seit der Warschauer Schlacht verflossen, und Karl Gustavs Lage war übler als vor derselben.

Die wiedergesammelte Polenmacht schickte sich an vorzugehen.

Gonsiewsky konnte, wenn er den Bug überschritt, die Verbindung mit den Moscowitern gewinnen, deren linker Flügel bereits bis Wilna sich ausdehnte, während das Hauptheer Riga belagerte, der rechte Flügel Esthland überschwemmte, Finnland bedrohte. Und noch waren die Elbinger Verhandlungen ohne Ergebniß; in jedem Augenblick konnte, wenn sie sich zerschlugen, die staatische Flotte auf der Danziger Rhede in Action übergehn. Geschah das, so folgte unzweifelhaft auch ein dänischer Angriff auf Schweden, vielleicht von Schonen und Norwegen aus. Und Schweden selbst war in voller Gährung.

Freilich die schwedischen Herren im Hoflager zu Frauenburg, der König selbst fuhren fort in hohem Ton zu sprechen. Dies polnische Kriegswesen ohne Zucht, Uebung und Führung verachteten sie gründlichst; das seien „Fliegenschwärme, die höchstens lästig werden könnten." Sie sprachen von den Erbietungen der Kosacken, die bereit seien in Polen einzubrechen und mit ihren alten Herren Abrechnung zu halten, von dem nahen Abschluß mit dem Fürsten von Siebenbürgen, der sich Gallizien zu verdienen wünsche; die Verbindung mit ihm sei durch Krakau gesichert, das der polnische Großmarschall mit seinen Reitermassen wohl nicht überreiten werde.

Aber des nächsten und für den Augenblick wichtigsten Bundesgenossen fühlten sie sich nicht mehr sicher.

Sie gaben dem Kurfürsten schöne Worte genug; sie thaten, als wenn ihnen sein Vortheil, seine Sicherung vor Allem am Herzen liege; sie versäumten keine Gelegenheit ihn zu erinnern, wie das hochgefährdete Evangelium in der innigen Verbindung Brandenburgs mit Schweden seine Stütze gegen den anschwellenden Papismus finden müsse. Zwischendurch fiel auch wohl ein drohendes Wort; namentlich Graf Schlippenbach verstand es, in einem Athem von der guten Sache, dem Evangelium, ewiger Treue zu sprechen und „mit Donner, Blitz und Hagel, mit Betrügereien" um sich zu werfen, was denn hinterdrein mit „den gloriosen und tapfern Humoren, daran man im schwedischen Lager gewöhnt sei", entschuldigt wurde. Dann wieder wußte man höchst geschmeidig und verführerisch zu sein, wenn man den Ehrgeiz Waldecks locken, die kluge Geradheit Schwerins berücken, den klaren und ruhigen Somnitz blenden oder die früher schwedischen Officiere im brandenburgischen Heere mit dem Tone alter Kameradschaftlichkeit in der Hand behalten wollte.

Der Kurfürst kannte ihre Künste hinlänglich, er hatte ihren Uebermuth bitter genug erfahren; und wenn sein Rath Bonin demnächst dem

Polenkönige, als er kriegsgefangen bei ihm Audienz hatte, seines Herrn Lage und Ansicht darlegte und sagte: „derselbe sei den Schweden im Herzen so feind, als vielleicht S. Maj. selber ihnen bis auf diese Stunde noch nicht gewesen sein möchte", so war das kaum zu viel gesagt. Nur daß Neigung und Abneigung ihn in seinen politischen Entschlüssen nicht bestimmten und bestimmen durften, nach der vielleicht schwersten Pflicht des fürstlichen Regimentes, je persönlicher es ist, desto weniger persönlich sein zu dürfen.

Die Berichte, die er aus dem Haag, aus Paris, Wien, London erhielt, zeigten, mit welchem Eifer die schwedische Diplomatie beflissen war, die Meinung zu verbreiten, „als wenn der König ihn aus Mitleiden überhalte und schütze", als wenn es sein einziges Verdienst sei, daß er „die Ehre, nun und für ewige Zeiten der Schweden Schweif zu tragen", mit bescheidenem Dank erkenne. Die zahlreichen Zeitungen und Flugblätter über die Schlacht von Warschau, die vom schwedischen Lager aus verbreitet wurden, sprachen so, „als wenn der König Alles gethan, gerathen, verrichtet habe"; [361]) „wird etwas gethan, so hats Schweden gethan, verloren, so hats Brandenburg verloren." Es gehörte zum guten Ton in der schwedischen Armee, über die brandenburgischen Truppen „schimpflich Klage zu führen." [362])

Der Kurfürst wäre thöricht gewesen, wenn er der Politik Schwedens weiter getraut hätte, als er berechnen konnte, daß sie ihn benutzen zu können meinte, wenn er nicht vorausgesetzt hätte, daß sie möglicher Weise auch ohne Rücksicht auf ihn, auf seine Kosten ihren Frieden mit Polen machen, namentlich Pillau und Memel zu gewinnen suchen werde.

Nicht unerwünscht kamen ihm jene insolenten Anträge des Moscowiter Kanzlers. Er theilte dem Könige mit, daß er demselben Audienz ertheilt habe, daß der Zaar Tractate mit Schweden wünsche, daß er seinem Gesandten Eulenburg vorläufige Weisungen gegeben habe. Karl Gustav sprach seinen lebhaften Dank für des Kurfürsten „beständige Freundschaft" aus und verstand sehr wohl, was diese Ankündigung bedeute. [363])

Friedrich Wilhelm hatte noch vor der Warschauer Schlacht Ewald von Kleist nach Kopenhagen gesandt, dort darzulegen, daß seine Conjunction mit Schweden ihn „nicht weiter, als so weit es das Herzogthum Preußen und das polnische Wesen betreffe", engagire, seine sonstigen Verpflichtungen und freundschaftlichen Beziehungen so wenig wie seine Gesinnung ändere. Nach der Schlacht ließ er dem dänischen Könige angelegentlich empfehlen,

sich mit Schweden zu verständigen, da der Zwiespalt beider Kronen, welche die rechten Hüter des Evangeliums seien, den Papisten „ein angenehm Spiel und Kurzweil“ mache; er bot seine Vermittlung an. Die Antwort lautete entgegenkommend genug: nur müsse auch die staatische Gesandtschaft zur Verhandlung zugelassen werden. Einstimmig hatte der Reichsrath votirt, es sei durchaus nicht gegen den Wunsch Dänemarks, vielmehr in dessen Interesse, wenn das Haus Brandenburg aus diesen Wirren einen Zuwachs an Macht und Selbstständigkeit gewinne. Auch von Dänemarks Bereitwilligkeit, zu verhandeln, gab der Kurfürst in Frauenburg Nachricht, indem er zugleich darauf aufmerksam machte, daß ein moscowitischer Gesandter in Kopenhagen eingetroffen sei.[364]) Karl Gustav dankte bestens auch für diese Bemühungen des Kurfürsten; aber sie zeigten ihm zugleich, wie die Politik seines Vasallen über den Kreis hinaus, in dem er sie zu halten wünschte, geschäftig war.

Nicht minder fühlbar wurde ihm diese „freie Hand“ in den Elbinger Verhandlungen. Geflissentlich benutzte der Kurfürst jeden Anlaß, zu zeigen, daß er in Allianz mit den Staaten sei, daß er großes Gewicht auf die vertrauliche Verbindung mit ihnen lege; und es war nichts weniger als ein Geheimniß, daß diese Allianz die Garantie aller kurfürstlichen Lande, also auch Preußens, auch Memels und Pillau's enthielt.

Die Herrschaft des baltischen Meeres war es, die Karl Gustav als das letzte Ziel seines Kampfes gegen Polen ansah; er hätte sie gewonnen, wenn er des Kurfürsten und mit seiner Hülfe Danzigs Meister geworden wäre. Jetzt stand nicht blos Danzig ungebeugt da; Berichte, die er aus dem Haag empfing, zeigten ihm, daß das Verständniß des Kurfürsten mit Holland weiter war, als die Elbinger Verhandlungen vermuthen ließen.

Der Kurfürst kannte die Art der Holländer. Daß er von den leitenden Staatsmännern im Haag nicht eben Freundschaftsdienste zu erwarten habe, wußte er längst, und das Verhalten einer der bedeutendsten unter ihnen, Beuningens, der in Kopenhagen Kleist's Bemühungen auf das Aeußerste erschwert hatte,[365]) war ein neuer Beweis dafür. Er hätte sie haben können, wenn er ihnen Pillau in irgend einer Form überlassen hätte; aber die holländische Herrschaft in der Ostsee konnte für ihn eben so wenig erwünscht sein, wie die schwedische oder die irgend einer andern Seemacht; schon genug, daß der holländische Einfluß in Kopenhagen so groß war. Da gaben die Eröffnungen des moscowitischen Kanzlers ein Mittel an die Hand, die Herren von Holland zum Nachdenken zu bringen.

„Die großen Desseins der Barbaren machen hier große Besorgniß", meldet Weimann; namentlich in Amsterdam war große Aufregung; „man fängt an, den früheren Zustand eben so zurückzuwünschen, als man vor diesem aus Haß gegen Schweden nach nichts so sehr als einem moscowitischen Einfall Verlangen getragen; auch in Dänemark wird man besorgt und kommt auf andere Consilien." Wenn Handel und Wandel allarmirt war, so wich der kluge Rathspensionär; und die Gesandten in Elbing sahen mehr nach Amsterdam als nach dem Haag; es waren Leute, mit denen sich sprechen ließ.

Sie gaben Einiges auf, namentlich die Forderung, daß Danzig fortan einen eigenen Staat bilde; sie begnügten sich, die Neutralität für Danzig auszubedingen. Am 10. September wurde der Elbinger Vertrag abgeschlossen, ein Vertrag wesentlich handelspolitischer Art, mit dem die Frage der Herrschaft in der Ostsee bis auf Weiteres vertagt war.

In Holland wurden mit lebhaftem Dank die guten Dienste anerkannt, die der Kurfürst in diesen schwierigen Verhandlungen geleistet habe; „jedermann," heißt es in den Berichten von dort, „eifert hier heftig, man müsse mit S. Kf. D. gut Freund bleiben, der Staat könne ihn nicht verlassen, noch er den Staat."[366]) Man tadelte Beuningen, daß er in Kopenhagen fortfahre, zu hetzen und zu schüren. Man sprach, und nicht bloß in den Kreisen der Prinzessin Hoheit davon, daß in den Elbinger Verhandlungen — denn noch forderten die Hochmögenden einige Aenderungen, bevor sie ratificirten — „der preußische Lehnsvertrag zur Sprache gebracht und auf einen andern Fuß gesetzt werden müsse."[367])

Das lehnte der Kurfürst bestimmt ab, „damit das gemeine Werk dadurch nicht gehindert werde." Nicht in diesem Zusammenhange, nicht als ein Anhängsel der holländischen Handelspolitik wollte er die Souverainetät; um so weniger, da die Holländer sofort in den Licenten von Pillau und Memel ihren Preis gefordert haben würden. Er ließ im Haag wohl vertraulich sagen, daß er in Betreff Pillau's, wenn ihm zur vollkommenen Libertät geholfen würde, gern auf ein Temperament eingehen werde, „nur daß er der Meister bleibe." Aber zum Ziele konnte er auf diesem Wege nicht kommen wollen; genug, wenn er von dieser Richtung her einen Druck mehr auf den Punkt geben konnte, wo die Entscheidung lag.

Die Verhandlungen mit dem polnischen Hofe, welche die beiden französischen Gesandten geführt, hatten sich zerschlagen. Am 6. September verließen sie Lublin. Es kamen Nachrichten von dem begonnenen Vor=

rücken der Polen, von Erfolgen, die sie gewonnen; ein schwedisches Regiment, daß zur Verstärkung nach Krakau gesandt war, hatten sie niedergemacht; Warschau wurde demnächst genommen. Gonsiewsky hatte den Bug überschritten, drohte in das Herzogthum einzubrechen;[368]) ob ihn Radzivill, der mit sechs schwachen schwedischen Regimentern den Narew deckte, aufhalten könne, war mehr als zweifelhaft. Zugleich drang Czarnecky mit dem königlichen Heer über die Pilica in Großpolen vor; ein Seitencorps wandte sich nach Kalisch, umschloß die Stadt, schnitt so die Besatzungen in Siradien und Lanczyc von Posen ab.

Die schwedische Armee war durch die Anstrengungen der letzten Monate, durch die grassirende Pest, durch Einschiffung einiger Tausend Mann nach Riga sehr geschwächt; andere dreitausend Mann lagen in Krakau, Posen, Kalisch, Konitz u. s. w. zerstreut. Der König schwankte, ob er nach Liefland gehen oder in Preußen bleiben solle; daß er vorerst die festen Punkte an der Weichsel von Nowodwor bis Haupt zu halten wünschte, war natürlich.[369]) Wo aber blieb dann der Schutz des Herzogthums, der vier Palatinate, zu dem er sich im Marienburger Vertrage verpflichtet hatte? Er hatte, als er den Kurfürsten aufforderte, die polnische Lehnsherrlichkeit abzuwerfen, geltend gemacht, daß „mit dem Lehnsschutz die Lehnspflicht cessire;“ konnte nicht mit gleichem Recht nun dasselbe gegen die Krone Schweden geltend gemacht werden?

Auch des Kurfürsten Heer war sehr geschwächt, viel zu schwach, um die weite Grenze von Soldau bis Memel zu decken; wenn er von Neuem außerordentliche Anstrengungen machte, im Herzogthum neue Truppen ausheben, in den Marken und am Rhein werben ließ, so geschah das nicht, um der Vasallenpflicht gegen Schweden gerecht zu werden. Manchen in seiner Umgebung erschien, was er von seinen Landen forderte, übermäßig und bedenklich; unter den Vertrauteren kam es zur Erwägung, ob es nicht an der Zeit sei, mit Johann Casimir in directe Verhandlung zu treten. Er lehnte es ab: „es werde vergeblich sein, wenn er sich nicht erbiete, mit auf die Schweden zu schlagen; das gedenke er nicht zu thun, da er Aussicht habe, von ihnen gute Satisfaction zu erhalten.“ Aber er gestattete, daß der Bischof von Ermeland, der in Königsberg ein Asyl gefunden hatte, in eigenem Namen einen seiner Canonici an Johann Casimir sandte, eine Verständigung einzuleiten.[370]) Er hoffte, gegen eine Invasion Gonsiewsky's durch die früheren Verabredungen geschützt zu sein; er hatte Waldeck die Instruction gegeben, sich durchaus innerhalb der Grenze und nur defensiv zu halten.

Karl Gustav war seit Ende August in Frauenburg. Er hatte zu wiederholten Malen den Wunsch geäußert, den Kurfürsten zu sprechen; auch die Königin, die nach Frauenburg gekommen war, sprach denselben Wunsch aus. Der Kurfürst kam nicht.

Er selbst hatte von den Verabredungen, die er, „um Mord und Brand zu hindern", mit Gonsiewsky getroffen, nach Frauenburg Meldung gesandt. Also er unterhandelte; wer konnte wissen, worüber sonst noch. Man konnte sich nicht verbergen, daß die Stimmung am Königsberger Hofe sich merklich abkühle, sich gegen Schweden kehre; und derjenige, auf den man am sichersten rechnen zu können meinte, Graf Waldeck, stand bei den Truppen an der Grenze. Der Versuch, durch Bestechungen nachzuhelfen, mislang; Schwerin schickte die Verschreibung über eine Starostei im königlichen Preußen dem Reichskanzler zurück (28. Sept.).

Schon hatte Gonsiewsky den Narew überschritten, hatte Radzivill nicht weit von seiner Feste Tycoczin geworfen, ihn gezwungen, sich über die preußische Grenze zurückzuziehen. Zugleich kam die Nachricht, daß Czarnecky bereits im Palatinat Lenczyc sei, nach Pomerellen wolle. Der Feind schien in weiten Bogen rechts und links die schwedischen Stellungen an der Weichsel umgehen, vielleicht vor Danzig sich vereinigen zu wollen. Es lag Alles daran, den Kurfürsten zu thätigem Eingreifen zu bewegen; nur wenn Waldeck den Lithauern, Derfflinger dem Heer Czarnecky's sich in den Weg legte, war ein großes Unglück zu hindern.

Dem Kurfürsten schien der Moment gekommen, die Schweden auf die Frage zurückzuführen, die ihnen in den Stettiner Verhandlungen so ungeheuerlich erschienen war. Er sandte Schwerin und Jena (14. Sept.) nach Frauenburg mit dem Auftrag, darzulegen, wie dringend nothwendig der Friede mit Polen sei, um so mehr, da es wohl aller Anstrengung bedürfen werde, die Moscowiter in gebührenden Schranken zu halten; auch seien die Verträge zwischen Preußen und Schweden nicht allerseits bestimmt und genügend, es werde nöthig sein, sie zu revidiren.[371]) Sofort stimmte der König dem bei: sie seien allerdings nicht so, daß sie ein rechtes Fundament rechter Freundschaft auch für die Nachkommen bilden könnten. Als dann Schwerin an die Dinge erinnerte, die vor einem Jahre in Stettin unerledigt geblieben, lachte der König, fragte, ob wohl der Kurfürst gegen die Moscowiter helfen wolle und unter welchen Bedingungen.

Aber er sandte Schlippenbach nach Königsberg. Der König, sagte der gewandte Graf, trete mit Freuden alle Rechte der Majestät und

Souverainetät über das Herzogthum ab und wolle an demselben so wenig behalten, wie er an der Türkei habe; die einzige Schwierigkeit sei, trotz der Souverainetät ein solches Band zwischen beiden Potentaten zu erhalten, bei dem sie allezeit ihre Sicherheit finden könnten; das scheine nur möglich, wenn man wenigstens nominell[372]) den Lehnsverband beibehalte; aber für etwas müsse etwas gewährt werden. Er erhielt zur Antwort, daß der Kurfürst gewiß genug gewähre, wenn er nicht so hart auf die vier Palatinate bestehe, die Schweden in dem Vertrage ihm mit voller Souverainetät gewährleistet habe und deren Besitz es schon nicht mehr zu sichern im Stande sei. Folgenden Tages meldete Schlippenbach dem Kurfürsten, daß der König eine Besprechung mit ihm wünsche. Der Kurfürst antwortete, er sei sehr gern dazu bereit, doch müsse erst die Frage der Souverainetät in Ordnung gebracht sein. Mit diesem Bescheide reiste Schlippenbach zurück.

Man mochte im schwedischen Hauptquartier darauf gerechnet haben, daß die halbe Möglichkeit der Souverainetät Wunder wirken werde; man mochte zögern in der Hoffnung, daß die Ereignisse den Kurfürsten zwingen würden zu handeln, bevor man ihm irgend etwas zugestanden.

Allerdings waren schon am 4. September ein paar Streifparthien von Gonsiewsky's Heer ins Amt Lyck gekommen; dann hatte Radzivill, der in der Nähe stand, Waldeck aufgefordert, mit über die Grenze zu gehen, um den Feind zu werfen, bevor er völlig gesammelt sei. Das hatte Waldeck, seiner Instruction gemäß, abgelehnt; er selbst rieth dem Kurfürsten dringend zum Frieden, „der ganz in seiner Hand stehe"; er bat um Verstärkung, da der Feind einen Angriff zu beabsichtigen scheine. Auch darüber hatten Schwerin und Jena in Frauenburg gesprochen, und der König hatte geantwortet, daß sich Steenbock aus der Gegend von Plock[373]) demnächst in Marsch setzen und den nöthigen Rückhalt geben werde. Aber Steenbock kam nicht, und auch Radzivill erhielt Befehl, weiter von der Grenze zurück Quartier zu nehmen. Mochte Waldeck sehen, wie er das Herzogthum decke.

Und nun kam de Lumbres nach Königsberg zurück, meldete von den Lubliner Verhandlungen, daß die Polen nicht anders Tractate beginnen wollten, als wenn Karl Gustav zuvor Preußen verlassen habe, und nur mit Ausschließung des Kurfürsten, der ein Vasall der Krone Polen sei.[374]) Zugleich waren über Danzig Schreiben unter Reichssiegel und mit Johann Casimirs Unterschrift an die Oberräthe im Herzogthum eingelaufen, einfach oberlehnsherrliche Befehle, „zum deutlichen Zeichen,"

schreibt der Kurfürst nach Frauenburg, „was man polnischer Seits im Sinne habe."

Gar sehr mit Recht erwartete er, daß die schwedischen Herren jetzt um so zäher sein würden „als hätten sie einen Vorsprung erlangt, mehr Luft und Wasser bekommen". Als Schwerin und Jena (3. October) zum zweiten Mal nach Frauenburg kamen, empfing sie Schlippenbach mit der Nachricht: viele hätten sich verwundert, daß der König in jene Nebenverhandlung über die Souverainetät gewilligt habe; und in der ersten Conferenz that der Reichskanzler, als wisse er von den Dingen, die in Königsberg besprochen seien, nichts, und als müsse es bei dem Lehnsnexus bleiben; „man werde ihn nicht aufheben können, ohne zuvor den schwedischen Reichsrath gehört zu haben". Tags darauf lenkte der Reichskanzler ein wenig ein; wie übel mußte die schwedische Sache stehen, wenn sie anfingen klein beizugeben. So lebhaft Schwerin immer die Souverainetät gewünscht hatte, sie aus der Hand Schwedens zu empfangen, schien ihm hochbedenklich; „er bitte", schrieb er dem Kurfürsten, „noch einmal in Erwägung zu ziehen, ob man sie aufgeben oder durchsetzen solle." Die Souverainetät fordern oder annehmen, hieß den Bruch mit Polen unheilbar machen, ganz an Schweden gekettet bleiben; „wenn Ew. Kf. D. jetzt die gewünschte Satisfaction erhalten, so wird später nicht mehr möglich sein, eine andere Resolution zu fassen, während jetzt noch einige Entschuldigung dafür vorgebracht werden kann, daß die bisherigen Tractate mit Schweden geschlossen sind; dieses allein wird einem freien Willen und genommenen Vorsatz zugeschrieben werden."[375])

Also Schwerin scheute vor dem Schritt zurück, den nur noch der Erfolg rechtfertigen konnte; er lehnte die Verantwortlichkeit ab, aus einem Grunde, der ihn kleiner zeigt, als vielleicht das Vertrauen seines Herrn, gewiß der Ernst des Momentes verdiente. Der Kurfürst tadelte ihn nicht; jene Bedenken konnten ihn nicht mehr irre machen.

Er kannte die diplomatischen Künste des getreuen Alliirten; „um des Königs Majestät aus der vermeinten Sicherheit zu bringen,"[376]) ließ er Ewald von Kleist, der so eben aus Kopenhagen zurückgekehrt war, nach Frauenburg eilen (4. Oct.). Er hatte dem Könige zu melden, daß der Czaar 20,000 Mann auserlesenes Volk bei Wilna gesammelt habe, deren Bestimmung sei, sich mit Gonsiewsky zu vereinigen, daß der Adel von Samogitien in Waffen sei und sich den Moscowitern anschließe. Dann über seine dänischen Verhandlungen befragt, theilte er dem Könige mit: daß das Anerbieten brandenburgischer Mediation noch eben zur rechten Zeit gekom-

men sei, daß ohne sie die großen Erbietungen des Zaaren, gar sehr zum Präjudiz Schwedens, sofort angenommen sein würden, daß die dänische Galeote, die ihn herübergebracht, noch in Pillau liege und Befehl habe, zehn Tage auf S. Maj. Antwort zu warten. Der König schien von beiden Nachrichten, namentlich von dem Termin der zehn Tage unangenehm überrascht: er werde die Sache mit dem Reichskanzler berathen. Kleist hatte noch eine dritte Pille ihm zu bieten; er fragte: wie es mit Steenbocks Marsch stehe? Der König antwortete: derselbe habe bereits Befehl, mit seinem ganzen Corps zu Waldeck aufzubrechen, dann weiter zu eilen, um Riga zu entsetzen; auf die Erwiderung, daß dann seine Unterstützung nur sehr vorübergehend sein werde, wandte der König das Gespräch auf andere Dinge.

Hatte der König gegen Kleist wie gegen Schwerin die Frage der Souverainetät mit allgemeinen Zusicherungen an seinen Reichskanzler gewiesen, so schien dieser schon in der zweiten Conferenz (5. Oct.) den Bogen noch höher spannen zu wollen. Am dritten Tage warteten Schwerin und Jena vergebens auf die Ansage einer neuen Conferenz; sie ließen am folgenden Morgen anfragen, und erhielten zur Antwort: es werde im Laufe des Tages wohl eine Conferenz sein; wann, sei noch nicht zu bestimmen. Sie warteten bis Abends spät, schickten dann, erhielten zur Antwort, am andern Morgen sechs Uhr werde der Kanzler sie empfangen. Als sie kamen, war er noch nicht aufgestanden; der Diener brachte ihnen die Antwort, daß ihnen die Stunde angesagt werden solle. Gegen zehn Uhr ließ der Kanzler sie rufen, empfing sie mit der Erklärung, daß dies keine eigentliche Conferenz sein solle, sprach ein Paar Stunden mit ihnen „über allerlei Charteken", sichtlich „um sie auszuforschen und mürbe zu machen".

Endlich am 10. legte er ihnen ein Project vor, über das sie, wie Schwerin schreibt, „über alle Maßen heftig sich beschwerten";[377]) Schwerin brauchte gegen den Kanzler den Ausdruck: „der König habe sein Wort nicht gehalten." Jena reiste sofort ab; Schwerin blieb unter dem Vorwand, daß ein Leiden am Fuß ihm nicht zu reisen gestatte.

Die schwedischen Herren begannen einzulenken, gute Worte zu geben. Schwerin wiederholte, daß die Souverainetät das einzige sei, was Schweden dem Kurfürsten gewähren könne und daß, wenn er nicht freie Hand bekomme, die Dinge nicht zu halten sein würden. Er schrieb dem Kurfürsten: „ich halte dafür, daß, wenn die Schweden Ew. Kf. D. nicht Satisfaction geben, sie unser Herr Gott mit Blindheit geschlagen hat, sie ins Unglück stürzen und Ew. Kf. D. dessen nicht theilhaftig machen will; die Zeit

ist da, daß Ew. Kf. D. ohne Vexationen von dem einen und andern bleiben können."

Da kam die Nachricht von einer schweren Niederlage der Alliirten. Schwerin ließ melden, daß er sofort abreisen werde. Die schwedischen Herren waren „sehr consternirt"; sie baten dringend, daß er bleibe; er ging, ohne sich beim Könige zu verabschieden. [378])

Allerdings war es ein schlimmer Schlag, den die Alliirten erlitten hatten. Immer dichter hatte Gonsiewsky seine Haufen, allein Tartaren bei 18,000 Mann zusammengezogen; da trotz aller Mahnungen Steenbock sich nicht in Marsch setzte, hatte der Kurfürst seinem Regiment Wallenrodt, das am Niemen stand, Befehl gegeben nach Lyck zu eilen. Ehe er völlig heran war, erfolgte Gonsiewsky's Angriff. Radzivill stand mit seinen sechs Regimentern, kaum 600 Mann im Ganzen, noch nahe genug, um heranzueilen; die sechs Regimenter Waldecks waren zum Theil eben erst geworbenes Volk, er war ohne Artillerie; er hoffte, vom Lyckfluß im Rücken gedeckt, sich halten zu können, bis Wallenrodt, der nur noch eine Meile entfernt stand und sechs Geschütze mit sich hatte, herankam. Aber als die Tartaren eine Furth gefunden hatten und im Rücken der Aufstellung erschienen, begannen die dort stehenden Brandenburger „schimpflich die Flucht zu nehmen"; vergebens suchten Hohendorfs Dragoner und Radzivills Regimenter die Schlacht zu halten; der erdrückenden Uebermacht mußten auch sie weichen. Die Niederlage war vollständig; fast alle Fahnen und Standarten wurden verloren, auch Wallenrodt's Regiment zersprengt, seine Geschütze genommen, Fürst Radzivill, mehrere Generale und Obristen gefangen. Verheerend ergossen sich die wilden Sieger über das Land; der nächtige Feuerschein brennender Dörfer trug die furchtbare Kunde weit hinaus; „man hört von nichts als Morden, Sengen und Brennen, Gefangene fortschleppen." [379])

In Königsberg wie in Frauenburg faßte man diese Niederlage sehr ernst, aber in verschiedener Weise auf. Der Kurfürst beeilte sich das Land zu decken; seine energischen Dispositionen und Waldecks Eifer, „die Schande wieder auszulöschen" [380]) ließen den Feind nicht weiter als bis in die paßreiche Gegend von Johannisburg bis Angerburg und den Angerfluß vordringen. Zugleich erhielt Derfflinger Befehl aus seinem festen Lager bei Driesen aufzubrechen und so schnell als möglich über die Weichsel zu kommen.

Des Königs erste Sorge war, seine Armee zu sichern. Er sandte an Steenbock, der in der Richtung auf Johannisburg marschierte, Befehl, sich

links ab auf Allenstein und Gutstadt zurückzuziehen. Der Befehl traf Steenbock, als er zwei Meilen von Johannisburg stand; seinen Marsch fortsetzend hätte er des Feindes linke Flanke bedroht und ihn gezwungen, über die Grenze zurückzuweichen.[381] Er wandte sich links nach Rastenburg, stellte sich hinter Waldeck auf. Nun freilich stellte ihn Karl Gustav ganz zu des Kurfürsten Verfügung,[382] aber zugleich gab er anheim, ob es nicht besser sei, Steenbock halten zu lassen bis Derfflinger heran sei, Derfflinger selbst über Mehlsack anrücken zu lassen. Das hieß vorerst den Terrainabschnitt bis zum Angerfluß, ja bis zur Alle dem Feind Preis geben und obenein ihm den Paß von Johannisburg, den Weg südwärts der Seen offen lassen. Schon zeigten die allnächtlichen Feuerscheine, daß die Verheerung zwischen Spierdingssee und Alle vordringe.

Und dazu kamen übelste Nachrichten von jenseits der Weichsel. Am 4. October hatte Czarnecky nach fünftägigem Bombardement Lenczyc zur Capitulation gezwungen; auch einiges brandenburgisches Volk, auch Bonin, den der Kurfürst als Commissar zur Besitznahme des Palatinats dorthin gesandt, war den Polen in die Hände gefallen; der Weg nach Bromberg stand ihnen offen; sie eilten nordwärts.[383] Derfflinger war noch eben zur rechten Zeit ihnen voraus über die Weichsel gekommen; Karl Gustav sandte ihm den Befehl zu, nach Mehlsack zu marschieren „bis des Kurfürsten Ordre ihn erreiche".

Dem Kurfürsten begann das Verfahren des Königs, das hartnäckige Zögern Steenbocks verdächtig zu erscheinen. Schon war Waldeck wieder im Vorgehen; aber Steenbock blieb stehen trotz wiederholter Anträge zu cooporiren. Der Kurfürst wies Waldeck an (18. Oct.), ihm zu erklären, daß, „wenn er weiter cunctire, die brandenburgischen Truppen Ordre hätten, von ihm hinweg und an den Memelstrom zu gehen."

Die Drohung bedeutete mehr als den bloßen Abmarsch; sie bedeutete völlige Trennung des Kurfürsten von der Sache Schwedens, Abschluß mit Polen.

Schon waren in Königsberg einige Officiere Gonsiewsky's, dem Kurfürsten einen förmlichen Waffenstillstand anzubieten, zugleich zu melden, daß ihr General Vollmacht auch zum Friedensabschluß mit ihm habe. Auch der Bischof von Ermeland legte Schreiben Johann Casimir's vor, die unter der Bedingung der Rückkehr zu den alten Lehnsverhältnissen einen Separatfrieden boten.

Diese Dinge wurden sogleich in Frauenburg bekannt und erregten große Sorge; man glaubte wenigstens etwas thun zu müssen. Man sandte,

die in so übler Weise abgebrochenen Verhandlungen wieder anzuknüpfen, Graf Schlippenbach nach Königsberg. Er hielt es für angemessen, im hohen Ton zu beginnen; die Möglichkeit, daß der Kurfürst mit Polen Frieden mache, behandelte er als eine Lächerlichkeit; die Gefahr sei klein, die Macht Schwedens groß; von den bisherigen Tractaten zu weichen, sei Schweden nicht im geringsten schuldig. Schwerin entgegnete ihm: sie könnten ja nicht halten, wozu sie sich verpflichtet hätten; schon jetzt seien sie schuldig in den vier Palatinaten zu assistiren, bald würden sie auch für Pommern und die Marken ihre tractatenmäßige Hülfe leisten sollen, während es schon vor Augen liege, daß sie es nicht einmal im Herzothum könnten; sie würden wählen müssen, entweder zu gewähren, was der Kurfürst fordere, oder zu gewärtigen, daß er mit Polen schließe.[384])

Im Herzogthum selbst wünschte und forderte man schleunigsten Abschluß mit Polen; die vielen Flüchtlinge, die nach Königsberg kamen, machten entsetzliche Schilderungen von der Verheerung des Landes, von der Verzweiflung der Einwohner. Die Stände begannen „hart zu sprechen"; sie meinten, das seien die Folgen der gesuchten Souverainetät, die sie jetzt doppelt verwünschten. Sie wandten sich an die Kurfürstin, baten, daß sie sich des unermeßlichen Jammers erbarme; auch sie wünschte, daß dem unheilvollen Kriege ein Ende gemacht werde, nicht bei den schwedischen und brandenburgischen Waffen sei die gerechte Sache, und wenn erst der Kaiser mit eintrete, bleibe keine Aussicht auf ein gutes Ende.[385])

Die Lage war so gespannt wie möglich; „ich weiß nicht", schreibt Schwerin an Weimann, „ob ich die innere oder äußere Lage am meisten beklagen soll; mein Herr wolle sich alle Augenblicke denken, als wenn er uns in einem Feuer sehe, da wir nicht heraus können."

Indeß war Derfflinger herangekommen; er hatte Goltz' starkes Regiment zu Fuß und an Reitern sein eigenes Regiment, das Görtzke's, Hille's, im Ganzen 23 Compagnien; alles vortreffliche Truppen.[386]) Sofort begann das Vorrücken, Feldmarschall Steenbock übernahm den Oberbefehl. Am 19. stand Waldeck bereits in der Nähe von Lyck; dem über Oletzko weichenden Feinde eilte man nach; am 22. October erreichte man ihn bei Philippowo, jenseits der Grenze. Trotz der schon genommenen Abrede machte Steenbock von Neuem Schwierigkeiten; erst auf inständiges Bitten entschloß er sich, den Angriff zu unterstützen. Waldeck mit dem linken Flügel begann ihn; gleich der erste Chock, den Obrist Görtzke machte, erschütterte den Feind; bald war er vollständig geschlagen, in völliger Auflösung. Viele Standarten, viele Gefangene, eine große Beute fiel in die

Hände der Sieger; Fürst Radzivill und andere Gefangene des Tages von Lyck wurden befreit.[387])

Steenbock ging zurück nach Rhein, „um auf die Vorgänge jenseits der Weichsel zu achten". Von den Brandenburgern eilten, da Gonsiewsky nach Samogitien zu wollen schien, die Regimenter Sparr und Goltz in der Richtung nach Tilsit ihm voraus; sie schlugen das dort an der Grenze versammelte samaitische Aufgebot, nahmen Viele, die Führer selbst gefangen.

Erfolge, die wohl eine augenblickliche Erleichterung brachten, aber des Kurfürsten Verhandlungen mit den Schweden lähmten, mit Polen nicht förderten. Polnischer Seits fuhr man fort, den Frieden zu bieten, wenn der Kurfürst „seine Schuld bekenne und die alten Eide erneue". Von irgend einer Satisfaction, von Schutz gegen die nahe Schwedenmacht war nicht die Rede: „mit den Schweden werde man nicht eher verhandeln, als bis sie Preußen völlig verlassen hätten." Und wieder schwedischer Seits that man, als ob man den Kurfürsten gerettet habe, als ob er Gott danken müsse, wenn man ihn in den bisherigen Tractaten lasse, sie nicht gegen ihn verschärfe; auch der König sprach, als ob er, der ewigen Forderungen müde, über die brandenburgischen Räthe aufgebracht sei.[388]) Als der Kurfürst ihm durch einen seiner Kammerjunker ein Handschreiben sandte, um endliche Resolution zu bitten, berief der König alle seine Räthe, hielt eine fünfstündige Sitzung mit ihnen, schickte die Antwort zurück: „er wünsche mit dem Kurfürsten persönlich zusammenzukommen, um Alles richtig zu machen; dessen Räthe wären dies Jahr wohl alle Narren."[389])

Um so rascher, meinten die Einen, müsse man mit Polen abschließen; um so weniger, rieth Schwerin, dürfe der Kurfürst jene persönliche Zusammenkunft gewähren, bevor die Schweden das Geforderte bewilligt hätten. „Alles," schrieb er der Prinzessin Hoheit, „ist hier in Krisis; man muß fürchten oder hoffen, daß bald große Revolutionen eintreten.

Allerdings schien der Umschwung der Dinge ganz nahe. Die Moscowiter hatten sich freilich von Riga zurückgezogen, aber nur, so schien es, um sich bei Wilna zu sammeln und dann in voller Macht, mit Gonsiewsky vereint, weiter zu operiren. Und Czarnecky hatte bereits Bromberg hinter sich; mit jedem Tage konnte man die Nachricht von Johann Casimir's Einzug in Danzig erwarten.

Die stolze Stadt, auf ihre mächtigen Fortificationen, ihre 6000 Mann geworbenes deutsches Volk, ihre Orlogschiffe trotzend, hatte die im Elbinger Vertrag ihr gebotene Neutralität abgelehnt; wenn Johann Casimir mit

seinem Heer hinzukam, so mochten die Schweden sehen, was aus ihnen werde.

Und noch hatten die Herren im Haag den Elbinger Vertrag nicht ratificirt, sie hatten noch gewisse „Elucidationen" gefordert; wie hätten sie jetzt Lust haben sollen zu schließen?

Zugleich ließen die Gerüchte aus dem Reich kaum mehr zweifeln, daß auch der Kaiser endlich die Waffen ergreifen wolle. Es war vorauszusehen, daß dann auch Dänemark sich erheben werde. Furchtbar schwoll von allen Seiten die Gefahr für Karl Gustav.

Freilich konnte er sofort den Frieden haben, wenn er sich entschloß Preußen zu räumen. Die französischen, die staatischen Gesandten bemühten sich, ihn dazu zu bestimmen; dann könne man ihm, schlug de Witt vor, Pillau und Memel überlassen, wofür er den Kurfürsten entschädigen möge.[390]) Aber ertrug es sein Stolz, seine Ehre, seine Armee, mit solchem Frieden abzuschließen? konnte er so nach Schweden zurückkehren, wo die innere Gährung nur eines Anlasses zum Ausbruch bedurfte?

Selbst die Waffenruhe während der Verhandlungen, welche die Vermittler vorschlugen, wies er zurück. Er rechnete auf den Fürsten von Siebenbürgen, der sich zum Einfall in Polen anschickte,[391]) auf die Kosacken, die sich ihm angeboten hatten. Aber es konnte noch Wochen lang währen, bevor diese Diversionen gemacht wurden; einstweilen hatte er die Uebermacht des Feindes ganz nahe, der er in der That nur gewachsen war, wenn des Kurfürsten Macht zu ihm stand. Der aber stellte Bedingungen, die in den Augen der Schweden unerhört und beleidigend waren, Bedingungen, welche die Kette gelöst hätten, an der man ihn für immer zu halten gedacht hatte. Und doch durfte man ihn um keinen Preis verlieren; er hätte in jedem Augenblick mit den Polen abschließen, seine Macht der ihrigen zulegen können.

Jene brüske Abreise Schwerins aus Frauenburg hatte gezeigt, daß mit Scheinerbietungen nicht mehr durchzukommen sei. Eben so wenig Eindruck machte der Versuch, mit jener schnöden Erklärung auf des Kurfürsten Handschreiben Furcht einzujagen.[392]) Daß Johann Casimirs Heer sich Danzig nahte, zwang dazu, alles Volk nach der Weichsel zu ziehen; nur der Kurfürst konnte dieser Aufstellung den Rücken sichern. Von Neuem ward Schlippenbach nach Königsberg zum Kurfürsten gesandt (1. Nov.).

Er bot die Souverainetät ohne allen Vorbehalt, völlige Aufhebung der früheren Tractate; ein ewiges Bündniß zwischen Preußen und Schweden sollte an deren Stelle treten; auch die Forderung, daß es nicht blos gegen

Polen, sondern auch gegen die Moscowiter gelten solle, wurde nachgelassen; man verzichtete auf den Mitbesitz des Pillauer Hafenzolles, auf das Recht Schwedens, dessen Tarif mit zu bestimmen. Aber durchaus forderte der Graf, daß das Bündniß auch gegen Danzig gelte, daß der Kurfürst Truppen stelle, die Stadt zu bewältigen. Es kam darüber zu den heftigsten Erörterungen; in der Conferenz vom 14. November erklärte Schwerin gegen Schlippenbach: er würde den für einen Verräther halten, der dem Kurfürsten rathe, sich gegen Danzig feindlich zu erweisen. Der ganze Vertrag schien daran scheitern zu sollen.

„Ich weiß mein Lebtag nicht,“ schreibt Schwerin, „daß die Wechsel so geschwind gekommen sind und die consilia so getäuscht haben, als itzt.“ Es fehlte nicht an solchen, die laut tadelten, daß man nicht bei den bisherigen Verträgen geblieben sei; auch die Kurfürstin kam nicht darüber hinweg, daß man „keine gute Sache“ habe; „das arme Volk und die Kinder“ gingen ihr zu Herzen; sie sah in den furchtbaren Verheerungen, die schon auch tief in Pommern und die Neumark hineinreichten, eine Strafe des Himmels. Das Elend im Herzogthum, namentlich an der Südgrenze, war maßlos; „ein Aufstand im Lande ist sehr zu befürchten“. Selbst Schwerin begann zu schwanken, fürchtete, daß man zugleich mit Polen und Schweden verhandelnd „sich zwischen zwei Stühle setze“, wenn nicht die Herren Staaten ins Mittel träten; „sie allein können uns aus der großen Gefahr ziehen“.[393]) Aber sie hatten jetzt nur das Interesse, zu dem Elbinger Tractat auch die Elucidationen zu erhalten; jede neue Nachricht aus dem Haag zeigte, „daß sie ihre Freunde als Knechte, und Tractate als Netze ihres Vortheils ansehen, im glücklichen Zustand sicher, im unglücklichen timid und schier nicht zu bewegen.“[394])

Friedrich Wilhelm mußte sehen, wie er sich selber helfe. Sein bestes Mittel war die reale Macht, die er in die Wagschale werfen konnte, und daß er ein einfaches und in sich wahres Ziel verfolgte. Dem Drängen der Schweden, dem Dräuen der Polen gegenüber blieb er ruhig auf seinem Wege; „sie werden noch mehr Wasser zu ihrem Wein gießen“, sagte er. Er wünschte mit Gonsiewsky Waffenstillstand, um sein unglückliches Land zu erleichtern, mit Schweden den neuen Vertrag, damit der wilde Uebermuth der Polen sich mäßige und sich zu einem möglichen Frieden verstehe, in jedem Fall die Souverainetät über das Herzogthum, das weder Schweden noch Polen zu schützen den Willen, in Abhängigkeit zu halten die Kraft hatte.

Er hatte Eulenburg zum Zaaren gesandt, der, betreten über den

Elbinger Vertrag, in Sorge stand, daß die Staaten mit Schweden gegen ihn auftreten möchten; dann war seine Hoffnung, einen Hafen an der Ostsee zu gewinnen, dahin; darum erklärte er sich bereit, mit Schweden in Unterhandlung zu treten; er bat, daß der Kurfürst die Vermittelung übernehmen möchte. „Er kriecht zu Kreuze," schreibt Schwerin. Und wenn die Moscowiter nicht herbeizogen, war Gonsiewsky wenig zu fürchten.

Zugleich trafen Karl Gustav schwere Verluste. Mit Sehnsucht hatte er die neuen Truppen erwartet, die Graf Königsmark in Deutschland geworben. Sie waren in Wismar eingeschifft, hatten glücklich die Höhe von Reeser Zooft erreicht; in den letzten Octobertagen trieb sie ein Sturm auf die Danziger Rhede; sofort sandten die Danziger ihre Orlogschiffe gegen sie; der Graf und seine Officiere wurden gefangen, die Geworbenen traten in den Dienst der Stadt.

Wenige Tage später starb der Reichskanzler Erich Oxenstjerna; zwei Tage vor seinem Tode hatte er gesagt: der Vertrag mit dem Kurfürsten koste ihm das Leben; er bitte Gott, ihn von hinnen zu nehmen, bevor derselbe geschlossen sei; Schweden habe so lange den einen Plan verfolgt, festen Fuß in Pilla und Preußen zu fassen; nun es erlangt sei, gebe man es wieder hin; für viele Millionen sollte das Reich Schweden darauf nicht eingehen.

Und am 15. November zog Johann Casimir in Danzig ein; sein Heer, 12,000 Mann, blieb eine Meile oberhalb der Stadt in verschanztem Lager. Ganz Kassubien und Pomerellen, die Verbindung Karl Gustavs mit Pommern war in seiner Gewalt.

Jetzt endlich gab Karl Gustav Befehl zum Abschluß des Vertrages. Er gab in allen wesentlichen Punkten nach.

Mit diesem Vertrag von Labiau, der am 20. November geschlossen wurde, hat Schweden die Souverainetät des Kurfürsten über das Herzogthum und Ermeland anerkannt. Beide Souveraine verpflichteten sich für die Dauer dieses Krieges zu gegenseitiger Hülfe nach den Bestimmungen des Marienburger Vertrages. Auch nach hergestelltem Frieden sollte zwischen beiden ein dauerndes Bündniß bestehen, jeder dem andern zur Vertheidigung der ihnen dann zugehörenden polnischen und preußischen Lande nach geschehener Aufforderung mit 2500 Mann Fußvolk und 1500 Reitern zu Hülfe kommen. Der Kurfürst verpflichtete sich, dahin zu wirken, daß im Friedensschluß die Krone Schweden das königliche Preußen mit Pomerellen und Kassubien, ferner Curland, Semgallen, Samogitien,

Liefland abgetreten erhalte; er verpflichtete sich ferner, die vier Palatinate, wenn die Krone Polen ihre Rückgabe zur Bedingung des Friedens mache, ohne Anspruch auf Entschädigung aufzugeben.

Nur in einem Punkt hatte der Kurfürst weichen müssen. Er hatte einen Artikel gewünscht, der sein Recht ausspräche, zum Schutz seiner Häfen Kriegsschiffe zu halten. Schweden erklärte: die Souverainetät bedeute, daß das Recht, welches die Krone Polen über das Herzogthum gehabt, an den Kurfürsten gekommen sei, und die Krone Polen habe nie das Recht gehabt, Kriegsschiffe zu halten; sie sei, wenn sie den Versuch habe machen wollen, durch die nordischen Kronen daran gehindert worden.[395])

Deutlicher brauchte die schwedische Politik nicht zu sprechen. Was man gegenseitig von aufrichtigem Vertrauen und innigster Freundschaft zu wiederholen nicht müde wurde, war Curtoisie.

Friedensversuche.

Es mag um die Zeit des Labiauer Vertrages gewesen sein, daß eine Denkmünze ausgegeben wurde, die Friedrich Wilhelm auf die Warschauer Schlacht hatte prägen lassen. Sie zeigt das Schlachtfeld mit brennenden Dörfern; darüber in der Luft kämpfen zwei Adler, über denen ein dritter, der ein Schwert trägt, wie zur Entscheidung schwebt. Die Umschrift oben sagt: opus hic erat arbitro; die unten: mox mox restingui juvat.[396])

Man sieht, wie der Kurfürst seine Stellung aufgefaßt sehen wollte. Die Denkmünze giebt gleichsam das Epigramm seiner Politik.

Die französischen, die staatischen Gesandten bemühten sich, zwischen Schweden und Polen zu vermitteln. Wochenlang kamen sie nicht über die Vorfragen hinaus; den Vorschlag, während der Verhandlungen Waffenruhe eintreten zu lassen, hatte Karl Gustav zurückgewiesen. In ganz anderer Weise als die vermittelnden Mächte war Brandenburg dabei betheiligt, daß Frieden werde; und sein Interesse forderte einen Frieden, der in sich die Garantie der Dauer trug.

Auch Karl Gustav versicherte, daß er den lebhaften Wunsch habe, den Krieg beendet zu sehen; aber ehe er auf Preußen verzichte, wolle er sich lieber in Stücken hinaustragen lassen.

Auch Johann Casimir erklärte, daß er lieber mit Schweden als mit den Moscowitern abschließen werde; aber ehe er Preußen abtrete, möge der Krieg lieber noch hundert Jahre währen und wenn Polen darüber zu Grunde gehen sollte.

Und doch war die Macht Schwedens nicht groß genug, die Polen zu dem zu zwingen, was es von ihnen forderte. Und das große Polenvolk, so wild erregt und voll Haß gegen die Schweden es war, besaß nicht Kraft genug, sie über die Grenzen zu werfen.

Friedrich Wilhelm stand zwischen ihnen; er spannte die ganze Kraft aller seiner Territorien an, um in Preußen militärisch stark zu sein; er hielt sein Heer bei einander, behielt es völlig in der Hand, um so viel möglich sein Herzogthum zu decken und im gegebenen Moment das entscheidende Gewicht in die Wagschale zu werfen. Er war nicht so an die Krone Schweden gekettet, daß er ihrer Politik weiter, als er in dem Vertrage sich verpflichtet hatte, hätte folgen müssen; er war nicht so den Polen feind, daß er vergessen hätte, wie viel gefährlicher als die Ohnmacht der Republik ihm die Uebermacht Schwedens sei. Er war in der Lage, die einen fürchten und die andern hoffen zu lassen. „Nichts", schreibt der französische Gesandte, „macht auf den König Eindruck, so lange nicht Brandenburg sich von ihm trennt; darauf arbeitet Polen mit aller Kraft durch den Kaiser, durch Rußland, durch Dänemark."

Das sind die Momente, die die Vorgänge in den nächsten Monaten nach dem Labiauer Vertrage bestimmen. Daß auch Oestreich, auch Dänemark mit in Action traten, veränderte dann mit der allgemeinen Sachlage auch die Politik des Kurfürsten.

Der Vertrag von Labiau wurde von Freund und Feind so aufgefaßt, als wolle Karl Gustav einen neuen gewaltigen Schlag gegen Polen führen.[397]) Man glaubte es um so mehr, da die Artikel des Vertrages durchaus geheim gehalten wurden.

Allerdings mochten die schwedischen Staatsmänner gehofft haben, den Kurfürsten auch über den Wortlaut des Vertrages hinaus mit sich zu reißen, ihn mit der Souverainetät an die Consequenzen ihrer Politik gekettet zu haben; mit dieser Souverainetät schien er für immer von Polen geschieden, sie schien mit dem schwedischen Besitz des königlichen Preußens zu stehen und zu fallen.

Fünf Tage nach dem Abschluß des Vertrages (25. November) schrieb Kurfürst an Karl Gustav, daß der König von Polen „sehr perplex und zu den Friedenstractaten überaus geneigt sei", daß er „vielfältig den Wunsch

an die Hand gegeben", einen seiner vertrauten Räthe über die Lage der Dinge zu sprechen; es werde natürlich nicht geschehen, wenn schwedischer Seits irgend ein Bedenken dagegen sei. Karl Gustav konnte nicht zweifeln, daß es auch ohne seine Zustimmung geschehen werde; er gab sie, allerdings mit dem Bemerken, daß auch dieser Versuch, ihr gemeinsames Interesse zu trennen, an der aufgerichteten treuen Freundschaft scheitern werde. Der Kurfürst ließ Bonin, der, aus polnischer Kriegsgefangenschaft auf Ehrenwort entlassen, auf seinen pommerschen Gütern lebte, nach Danzig gehen; er wies ihn an, auch an Karl Gustav zu berichten.

Des Königs Plan war, sobald irgend der Eisgang der Weichsel es gestatte, bei Dirschau eine Brücke zu schlagen, um den Feind aus Pomerellen zu jagen. Er forderte den Kurfürsten auf (2. December), ihm außer den drei brandenburgischen Regimentern, die er schon hatte, noch mehr Truppen zu überlassen, um das Culmer Land zu decken; man müsse Gonsiewsky beobachten, der vorzudringen versuchen werde, um den Weichselübergang zu hindern; er schlug ihm vor, die Truppen, die er in den Marken habe, gleichzeitig nach Posen vorgehen oder zu den Schweden in Pommern stoßen zu lassen; er sprach den Wunsch aus, sich mit ihm über das, was weiter zu thun sei, zu besprechen.

Der Kurfürst sandte Schwerin und Jena; er gab ihnen ein Memorial mit, das die Situation in sehr bezeichnender Weise darlegt.

Es beginnt mit dem Dank für des Königs Erklärung, „daß er einen honorablen Frieden allen verhofften Progressen vorziehe"; für ehrenvoll werde jeder Verständige einen Frieden halten, der das gewähre, um deß Willen man den Krieg begonnen; und was als Grund des Krieges bei dessen Anfang in den schwedischen Staatsschriften ausgesprochen sei, daß der König von Polen den Titel von Schweden führe und Liefland zurückfordere, darüber werde man jetzt mit Polen leicht zum Abschluß kommen können. Sie sollten dem Könige vorstellen, daß er dem Doppelkriege mit den Polen und Moscowitern nicht gewachsen sei, daß er entweder, um von Polen Abtretungen zu erzwingen, dem Zaaren Gebiete abtreten müsse, die schon lange in schwedischem Besitz seien, oder, um dies zu vermeiden, sich entschließen möge, mit Polen Frieden zu machen; auch wenn nicht ganz Westpreußen an Schweden komme, werde ein Frieden, der den Verzicht Polens auf Liefland und den schwedischen Titel bringe, ein ehrenvoller sein.

Also der Kurfürst rieth, von dem, was im Labiauer Vertrag als Schwedens Satisfaction bezeichnet war, nachzulassen. Indem er sich bereit

erklärt hatte, um des Friedens willen eventuell auf die vier Palatinate zu verzichten, die ihm zugesprochen waren, hatte er ein Recht darauf, von Schweden zu erwarten, daß es um des Friedens willen gleiche Mäßigung zeigen werde.

Weiter entwickelt das Memorial die Gefahren eines fortgesetzten Krieges, die Unmöglichkeit, ihn in bisheriger Weise weiter zu führen. Es erinnert daran, mit welchem Eifer und Vertrauen sich bei des Königs Ankunft die Polen und Lithauer ihm hingegeben hätten; jetzt sei solche Stimmung nicht allein erloschen, „sondern in bittern Haß und Verzweiflung verkehrt"; der nationale, der confessionale Gegensatz breche überall in wildester Gestalt hervor. Sollte der Krieg fortgesetzt, sollte er „gleichsam auf die Exterminirung der polnischen Nation gerichtet werden", so möge man wohl bedenken, daß man, wenn es auch nach Wunsch verliefe, solche Nationen zu Nachbarn bekomme, welche viel gefährlicher sein würden als die polnische, welche kein fertiges Heer halte, keinen Staatsschatz habe, in ihren Consilien langsam und getheilter Meinung sei, trotz ihres papistischen Eifers in den großen deutschen Krieg sich nicht gemischt habe.

Selbst eine bedeutsame Erinnerung an die inneren Verhältnisse Schwedens, an die Gefahr eines Aufstandes dort fehlt nicht, „dazu diese Nation so geneigt ist, daß keiner der vorigen Könige davon befreit gewesen". Wenn dem Könige, der seine Person immer von Neuem aussetze, etwas Menschliches begegne, so sei das Schlimmste zu besorgen; es dürfte dann Alles mit einem Mal über den Haufen gehn"[398]).

Man war schwedischer Seits nicht eben geneigt, sich von Brandenburg Lection geben zu lassen; man versuchte wieder einmal, im hohen Ton zu sprechen; der König, sagte Graf Schlippenbach, könne und wolle Schwerin nicht empfangen, der jüngst den Respect gegen ihn so gröblich verletzt habe; er forderte ihn auf, umzukehren und zu veranlassen, daß eine schicklichere Persönlichkeit gesandt werde. Schwerin erklärte, daß er erwarten werde, ob ihm der König die Audienz ausdrücklich versage. Zwei Tage verstrichen darüber, dann war der König „anders disponirt" und empfing Schwerin und Jena.

Indeß war es möglich geworden, die Brücke bei Dirschau zu schlagen. In den letzten Decembertagen gingen die Schweden nach Pomerellen hinüber. Sie fanden die Hauptmacht des Feindes nicht mehr; Czarnecky war, der Unthätigkeit müde, hinweggezogen, um, wie es hieß, Winterquartiere in der Neumark zu nehmen. Bei Conitz erreichte ihn die schwedische

Vorhut. Er wich, aber er warf sich nach Cujavien, um sich, so schien es, mit der lithauischen Armee zu vereinen und sie endlich in Thätigkeit zu bringen. Aber die Schweden eilten ihm voraus nach Culm, verlegten ihm den Weg.[399])

Gonsiewsky war bisher, kleine Raubzüge auf der Grenze abgerechnet, unthätig gewesen; er negociirte mit dem Kurfürsten, schon nicht mehr blos wie im August, um den Waffenstillstand; auch zu einem Friedensschluß, hatte er versichert, sei er bevollmächtigt, wenn nur der Kurfürst Commissare senden wolle, mit ihm abzuschließen. Den zu ihm gesandten, Auer und Sereta, wiederholte er den Dank dafür, daß seine Gemahlin, wie so viele Edelfrauen, Edelleute, Prälaten in Königsberg ein Asyl gefunden hätten; der König werde kein Bedenken tragen, dem Kurfürsten seinen Abfall zu verzeihen, habe ihm ja auch schon früher in Aussicht gestellt, seine Rückkehr zur gerechten Sache mit einigen Starosteien in Pomerellen zu belohnen. Ihm wurde geantwortet, des Kurfürsten Wille sei, von keinem Lehnsverband mehr zu hören und ohne Satisfaction auf nichts einzugehen; er habe sich vor Ausbruch des Krieges, dann während der Flucht des Königs, endlich vor den Tagen von Warschau auf alle Weise für die Rettung Polens bemüht, ohne Gehör gefunden zu haben; ja vor Warschau sei ihm „mit seltsamen und unziemlichen Erbietungen“ begegnet worden; wenn er jetzt wiederhole, daß er zum Frieden geneigt sei, so möge, man sich nicht einbilden, daß er „aus Schwachheit oder auf alle Bedingungen“ Frieden wünsche; „er sei ein vornehmes Glied des Reiches und bleibe in seinem Stand und Wesen, auch wenn das Herzogthum zu Grunde gerichtet werde“.[400])

Auch von dem Adel in Großpolen kamen Erbietungen. Während von dort aus die Neumark und das Herzogthum Crossen mit Raub und Brand heimgesucht wurde, ließ der Adel von Posen und Kalisch die Kurfürstin Wittwe in Crossen wissen, daß man sich gern den Kurfürsten zum Herrn gefallen lassen wolle, wenn er ihnen Frieden schaffe, da man so wenig moscowitsch wie schwedisch werden wolle; nur müsse ihnen Sicherung gegeben werden, daß man nicht Contributionen von ihnen fordern, noch geworbenes Volk in ihr Land legen werde.[401])

In Danzig selbst war die Uneinigkeit auf ihrem Gipfel. Zweimal hielt der König großen Rath. In dem ersten waren die Lithauer und die moscowitisch Gesinnten daran, durchzusetzen, daß der Friede mit dem Zaaren, den immer noch die Successionsfrage hemmte, abgeschlossen werde. Nur mit äußerster Anstrengung hielten die, welche den Abschluß mit

Schweden wollten — „Danzig und alle Preußen" — die Sache hin; sie machten geltend, daß der Zaar den Seehäfen und den Commerzien noch verderblicher sein würde als Schweden; sie erklärten, daß sie den Schweden lieber denn den Moscowiter als Herrn leiden wollten. Sie hofften auf die Ankunft der Königin, welche, wie man wußte, die moscowitische Succession mehr als Alles fürchtete. Karl Gustav selbst hatte gewünscht, daß sie käme, hatte ihr freien Paß nach Danzig angeboten. Aber sie war nur bis Conitz gekommen, wo sie Czarnecky traf, dann umgekehrt.

In Danzig, sagt Bonin, gewann seitdem eine dritte Parthei die Oberhand; es waren die, „welche zum Frieden keine Lust hatten, sondern dem Hause Oestreich dienen und die evangelische Religion verfolgen wollten". Diese begannen „in die Trompete des heiligen Krieges zu blasen"; die Priester von den Kanzeln, auch in des Königs Gegenwart, predigten gegen den gottlosen Frieden und daß es Gott nicht gefalle, wenn der König „bei guter Gesundheit und im Mannesalter hinter die Mauern krieche und sein tapferes Volk ohne Führer lasse; mit Tanzen und Musicieren könne man freilich das Verlorne nicht wieder gewinnen und Gottes Segen verdienen". Wenn der König dazu gebracht wurde, Danzig zu verlassen, so war die Hoffnung auf den Frieden mit Schweden zu Ende; die ihn wünschten, schlugen in der zweiten Rathsitzung einen Kriegsplan vor, der den König in Danzig festhielt: Czarnecky solle zurückberufen werden, sich mit dem Heer in den großen Werder legen, so sich wie ein Keil zwischen die schwedischen Stellungen schieben. Aber Czarnecky's Erklärung lautete, daß, wenn der König nicht bald ins Reich komme, mit seiner Gegenwart das Volk zusammenzuhalten, so werde er Lubomirsky's Beispiel folgen und sich zu Rakoczy schlagen; eine Drohung, deren Sinn sogleich erhellen wird. Bonin schließt seinen Bericht mit der dringenden Mahnung, „die päpstlichen blutigen Rathschläge und des Hauses Oestreich Parthei in Polen nicht stärker werden zu lassen."

Völlig planlos und zusammenhanglos taumelte diese polnische Anarchie weiter. Man hätte eher „aus Sand einen Strick drehen" als die polnische Libertät einigen können.

Freilich solcher Freiheit gegenüber erschien das Regiment, wie es der Kurfürst in seinen Landen und schon auch im Herzogthum führte, als heilloser Druck, als „deutsches Joch". Die Polen verachteten und bemitleideten den Adel im Herzogthum, daß er es ertrug; und die Stände in Preußen selbst, Adel wie Städte, sahen mit Entsetzen, daß es um ihre Libertät geschehen, daß es hohe Zeit sei, sie zu retten, bevor die schon

drohende Souverainetätserklärung ihnen „die Kehle zuschnüre". Aber wenn Einzelne von den Räthen, unter ihnen Schwerin, empfahlen, den Ständen vor Erklärung der Souverainetät eine Versicherung ihrer Rechte und Freiheiten zu geben, um sie zu beruhigen, widerriethen es Andere, weil das der Souverainetät präjudiciren würde; und die Assecuration wurde nicht gegeben. In so schweren Zeiten schien es nicht räthlich, von den Deliberationen der Herren Stände, von ihrem vielleicht guten Willen die raschen Entschlüsse, die Anspannung zu erwarten, ohne welche die Rettung nicht möglich war. Der Kurfürst forderte dieselbe Anspannung von allen seinen Territorien, er zog sie in die Mitleidenschaft dessen, was in Preußen geschah; auch Pommern, die Neumark, Sternberg, Crossen litten von verheerenden Invasionen, auch die Rheinlande waren daran, unter dem Vorwande des polnischen Krieges überzogen zu werden. Das Alles freilich war gegen die Landesprivilegien jedes Gebietes, gegen die ständische Libertät; aber es war zur Rettung des Ganzen und Aller. Mit rücksichtsloser Strenge wurden auch die Widerstrebenden gezwungen, sich zu fügen; mochten sie lernen, daß sie membra unius capitis seien, sich daran gewöhnen, daß über ihre Libertät und ihren Particularismus der Staat sei, der freilich alle ihre Kraft fordere, aber dafür ihnen auch die Gesammtbürgschaft ihrer vereinten Kräfte und die Ehre der Macht gebe.

Auch am polnischen Hofe war die Einsicht aufgetaucht, daß das Unglück der Republik die Libertät sei, daß Polen mächtig sein könne, wenn die Freiheit so viel opfere als nöthig sei, Einheit, Ordnung, festes Regiment zu schaffen. Aber selbst die Noth hatte hier nicht ihren Segen; selbst die nationale Erhebung blieb formlos und unfruchtbar. Die Libertät selbst erschien als Preis des Kampfes, den hinauszuführen sie unmöglich machte.

Vielleicht Karl Gustav hätte da Neues schaffen können. Wie glänzend und überwältigend war sein erster Zug durch Polen gewesen; Alles hatte sich ihm unterworfen; wie ein bildsamer Stoff lag die Nation in seiner Hand. Aber er faßte seine Aufgabe nur als Eroberer, nur in schwedischem Sinn, nur nach dem System, mit dem Schweden im deutschen Reich verfahren war; sein einziger politischer Gedanke war die Theilung Polens.

Ein neues Project der Theilung war es, mit dem er jetzt den Fürsten von Siebenbürgen und die Kosacken zur Invasion nach Polen lockte; er

versprach jenem den Süden der Republik mit Krakau und Brzesc, diesen die östlichen Palatinate.

Und wieder die Polen suchten die Hülfe, die sie sich in innerer Sammlung nicht zu geben verstanden, damit, daß sie ihre Krone als Preis ausboten. So war der Zaar, so der Kaiser mit der Succession gelockt worden. Als nun Rakoczy's Invasion nicht mehr zweifelhaft war, eilte der Krongroßmarschall Fürst Lubomirsky, der elend genug die Schweden in Krakau belagerte, auch ihm, dem Vasallen der hohen Pforte, die Succession anzubieten: nur müsse er sich verpflichten, die dann verwittwete Königin zu heirathen, seinen Sohn von Jesuiten erziehen zu lassen, der Republik jetzt Subsidien zu zahlen.

Rakoczy hatte mit Schweden seit lange unterhandelt, aber noch nicht völlig geschlossen; jetzt in Gallizien einrückend, verkündete er in einem Manifest (31. Dec.), daß ihm „durch eine ansehnliche Botschaft die Krone Polen übertragen sei, und daß er mit seinem Heere komme, unter Gottes Hülfe den zerstörten Zustand der Republik wieder zurechte bringen." Er marschierte in der Richtung auf Krakau; Lubomirsky gab die Belagerung der Stadt auf, zog dem Siebenbürger entgegen, noch ungewiß, ob als Freund oder Feind.

Die Nachricht von diesen Dingen schien doch endlich in Danzig Eindruck machen zu müssen. Es kam hinzu, daß auch der Moscowiter, der sich in Betreff der Succession betrogen glaubte, Friedensanträge durch den Kurfürsten an Karl Gustav gesandt hatte[402]) und sein Heer ruhen ließ. Und Czarnecky's Zug zu Gonsiewsky war mislungen; er lag nun in Cujavien.

Daß Johann Casimir für seine Person jetzt gern abgeschlossen hätte, war nach den Nachrichten, die der Kurfürst hatte, unzweifelhaft. Und wieder der Kurfürst gewann von Karl Gustav, mit dem er sich jetzt in Preußisch-Holland traf (25. Jan.), daß man das Fehlen der großen Vollmacht der Republik Polen und ähnliche formelle Schwierigkeiten, die bisher die Verhandlungen behindert hatten, unbeachtet ließ und den Vermittlern vorschlug, in der Form eines Congresses, wie zu Osnabrück, zu verhandeln dem Fürsten von Siebenbürgen den Beitritt offen zu halten.

Die Dinge schienen im besten Gang. Da erfuhr man, daß Johann Casimir am 10. Februar Danzig verlassen habe. Czarnecky war mit einigen tausend Pferden kühn durch das Culmer Land und nach Danzig geritten und hatte den König abgeholt. Bald ergab sich, daß die

Gewißheit des östreichischen Bündnisses und Lisola's Einfluß die Dinge entschieden habe.

„Die Thür zum Frieden mit Polen ist nun geschlossen," sagte Karl Gustav. Wohl rief er nun die Vermittler und ganz Europa zu Zeugen an, daß Polen den schon verabredeten Congreß, den endlichen Frieden vereitelt habe. Aber die Lage der Dinge war darum nicht minder vollständig verändert.

Mit dem jetzt nicht mehr zweifelhaften Eintreten Oestreichs gewann der Krieg unberechenbare Dimensionen. Dänemark hatte den Winter hindurch gerüstet; zum Februar war ein Reichstag nach Odensee berufen, um von den Ständen Bewilligungen zu weiteren Rüstungen zu fordern.[403])

Und des Fürsten von Siebenbürgen war Karl Gustav noch keineswegs sicher. Er erfuhr, daß polnische Gesandte in dessen Lager seien, daß sie Hoffnung hätten, ihn ganz zu gewinnen, daß viele Große, denen die moscowitische und die östreichische Succession eben so widrig war wie die schwedische Herrschaft,[404]) bereit seien, sich für ihn zu erklären, bei dem die Libertät am besten gewahrt schien. Aber selbst wenn er sich nicht gewinnen ließ, dem polnisch-östreichischen Heer schien er mit seinen losen Haufen in keinem Fall gewachsen.

Ihn politisch festzuhalten und militärisch zu stützen, entschloß sich Karl Gustav zu einem neuen Zuge nach dem oberen Weichselland.

Er entschloß sich dazu ohne den Kurfürsten, gegen dessen Bedenken. Vergeblich, daß ihm Schwerin, dann Waldeck vorstellen mußte, wie wenig Aussicht auf Erfolg dieser Zug habe, wie unermeßlich die Gefahr wachse, wenn Oestreich und Dänemark die Waffen ergriffen; der König werde gezwungen sein sich gegen Dänemark zu kehren, werde den Kurfürsten aufgeben müssen, schon seien kaiserliche Heere auch an den Grenzen der Mark gesammelt, Kursachsen sei in sehr bedenklicher Stimmung, überall im Reich wachse die Aufregung; noch sei der Friede zu gewinnen, wenn den Polen Thorn zurückgegeben, der Danziger Werder geräumt, die Feste Haupt aufgegeben werde.[405]) Der König lehnte Alles ab mit der Versicherung, daß er „in allen Conjuncturen" nicht aufhören werde, „sein bereitwilliges, dankbares Gemüth zu zeigen"; „Gott wird diesen Feldzug segnen, daß dem Feinde endlich alle billigen conditiones abgezwungen werden."

Daß nicht das der Zweck des Zuges sei, noch weniger, daß es dessen Wirkung sein werde, wird man am kurfürstlichen Hofe wohl durchschaut haben. Wie hätte die Schwedenmacht den polnischen König, den sie nicht einmal in Preußen festzuhalten vermocht, in dem weiten Polen fassen

sollen? Nur 4000 Mann konnte Karl Gustav mit sich nehmen; was er unter seines Bruders Befehl in Preußen zurück ließ, reichte kaum hin, den immer kühneren Ausfällen der Danziger Trotz zu bieten. Vertragsmäßig stießen 4000 Mann Brandenburger zum Heer des Königs; der Kurfürst übergab dem Grafen Waldeck den Befehl über sie.[406]) Aber sofort wurde er ersucht, „um der gemeinsamen Sache willen", mehr Truppen nachzusenden, vom Herzogthum aus gegen den Bug vorzugehen, thätig einzugreifen.

Er lehnte es ab; er unterließ es mit Rakoczy, was Karl Gustav dringend wünschte, in irgend unmittelbare Beziehung zu treten. Ohne ihn war jener neue Theilungsplan gemacht; wie hätte er sich für denselben, der die einzig denkbare Friedensbasis vernichtete, hazardiren sollen?

Nur zu bald sollte sich zeigen, daß Karl Gustav mit seinem Zuge nur eine andere Bewegung habe maskiren wollen.

Die Verträge von Wehlau und Bromberg.

Die Gewalt der Umstände hatte die brandenburgische Politik in eine Richtung getrieben, die eben so sehr dem Selbstgefühl des Kurfürsten wie dem Interesse seines Staates zuwider war.

„Dieser Kurfürst," hat Karl Gustav zum französischen Gesandten gesagt, „ist zu mächtig; man muß seinem Ehrgeiz, dessen Größe Niemand so kennt, wie ich, Grenzen setzen; man muß sich den Plänen eines Fürsten entgegenstellen, der sich dereinst furchtbar machen wird, wenn man nicht vor ihm auf seiner Huth ist." Aber er fuhr fort ihn mit Freundschaftsversicherungen zu überschütten.

Der Kurfürst täuschte sich keinen Augenblick darüber, daß keine Macht der Christenheit ihm gefährlicher und feindseliger sei als die schwedische. Er fuhr fort, alle Kraft anzuspannen, um in den erdrückend freundschaftlichen Umarmungen Schwedens die Hand frei zu halten.

Aber es war schon das dritte Jahr, daß diese übergroßen Anstrengungen währten; und noch war des Krieges kein Ende zu sehen; er drohte nur noch größere Ausdehnung zu gewinnen.

Wenigstens von einer Seite her hatte Friedrich Wilhelm vom ersten Beginn des Krieges an Beistand erwartet; der staatische Vertrag vom 5. August 1655 hatte ihm denselben auf die bündigste Weise zugesichert.

Daß Holland nichts von dem leistete, wozu es sich verpflichtet hatte, weder Geld noch Schiffe und Truppen, daß Herr de Witt und seine Parthei aus Scheu vor Cromwell auch nicht einmal diplomatisch für ihren Bundesgenossen eintraten, hatte den Kurfürst gezwungen, Vasall der Krone Schweden zu werden. Vergebens hatte er, um seinerseits dem Vertrage nachzukommen, ihren Schiffen die erhöhten Hafenzölle in Pillau und Memel erlassen; sie hatten das bestens acceptirt und thaten zum Entgelt das Ihrige dazu, daß der Moscowiter sich mit in den Kampf mengte. Dann freilich erschraken sie über die Schlacht von Warschau, mehr noch über die Gefahr, daß Riga in die Hand der Russen kommen könne. Aber statt nun ernst und energisch zur Schlichtung der baltischen Wirren zu arbeiten und den Dank für die Elbinger Verhandlungen, den sie so lebhaft aussprachen, zu bethätigen, verstärkten sie mit einigen hundert Mann die Besatzung Danzigs, trieben in Kopenhagen zum Bruch mit Schweden und thaten, was sie konnten, die ständische Opposition in Cleve zu reizen und zu stützen.

Es ist schon oben gelegentlich erwähnt worden, wie die Dinge im Clevischen sich um die Zeit der Schlacht von Warschau plötzlich änderten. Monate lang hatte die ständische Opposition sich stille gehalten; die mit der Prinzessin Hoheit verabschiedeten Steuern waren ohne Schwierigkeit eingegangen, Goltz, Hille, andere Obristen hatten in Cleve und Mark ungehindert geworben. Aber in derselben Zeit, als die holländische Flotte aus dem Sund nach Danzig unter Segel ging, kam in die clevischen Stände neuer Eifer. Sie erließen (27. Juni) eine Dank- und Ehrenerklärung an den von Winnenthal, einen Protest gegen die Contributionen und Werbungen, einen Aufruf an die jülichschen Stände um Assistenz, an den Kaiser um Schutz. Vergebens suchte Prinz Moritz sie zu begütigen, die allerdings drückenden Lasten mit der notorischen Nothwendigkeit, mit dem jüngsten Reichsabschied zu rechtfertigen. Der Reichsabschied, entgegneten die Stände, befuge die Landesherren zur Besteuerung nur für die Reichsdefension, das polnische und preußische Wesen gehe sie nichts an. Sie erließen Mahnschreiben an die Räthe und Beamteten, sich ihres Eides auf die Reserve zu erinnern. Als dennoch die Werbungen fortgesetzt, die Contributionen beigetrieben wurden, wurde der Widerstand nur heftiger und trotziger. Auf ein Gerücht, daß Condé, „ein Souverain, der zur Zeit kein Land und Leute possidirt", einen Theil seiner Völker ins Clevische legen werde, sandten die Stände ihren Syndicus Dr. Neuß (30. Aug.) nach dem Haag, dort um „lebendige Sauvegarden" zu bitten. Seine An-

träge fanden die beste Aufnahme; je fester die Verbindung des Kurfürsten mit Schweden zu werden schien, desto eifriger mahnten die Herren von Holland, die theure Libertät zu retten. Als ein neues Steueredict (27. Sept.) einlief, folgten neue Zusammenkünfte der Stände, neue Proteste, neue Sendungen nach dem Haag, folgte Seitens der Staaten von Holland — die übrigen Staaten waren keineswegs gleicher Ansicht — die förmliche Resolution, zu helfen, wenn das Land mit fremden Einlagerungen und mit nicht bewilligten Contributionen beschwert werde.

Sofort eilte Weimann zum Rathspensionär: die Resolution zeige nur zu deutlich, wie der Staat gegen den Kurfürsten gesinnt sei; die clevischen Stände seien vom Haag aus förmlich aufgewiegelt und gepreßt worden zu klagen, damit der Staat Anlaß habe, sich einzumischen und in dem Gebiet einer fremden Obrigkeit zu inquiriren; sein Herr werde sie weder als Richter, noch als Inquisitoren dulden. Herr de Witt meinte: es habe nicht so viel zu bedeuten, er werde es schon so machen, daß der Kurfürst nicht zu klagen haben solle. In ähnlicher Weise sprach Weimann zu andern der Herren Regenten: falls sie meinten, daß das ein Mittel sei, den Kurfürsten von Schweden abzuziehen oder Pillau an Holland zu bringen, so würden sie bald ihres Irrthums inne werden; der Kurfürst sei von solcher Generosität, daß er auf alle Fälle sich lieber einem freundlichen Feind, als feindlichen Freunden anvertrauen werde. Auch Aitzema, der tapfer bei den Herren von Holland geworben, sagte zu Weimann: Holland gehe in den clevischen Dingen weiter, als man begehrt habe, es helfe den Ständen an einer Seite so stark aufs Pferd, daß sie auf der andern Seite wieder herunter fielen.[407])

Nun aber kam die wirkliche Gefahr. Im October, als die polnische Macht von allen Seiten auf Danzig marschierte, wurden die Rheinlande von der Nachricht erschreckt, daß die condé'schen Völker im vollen Anmarsch seien. Condé, hieß es, sei in Dienst des Königs von Polen getreten, werde in dessen Auftrag des Kurfürsten rheinische Lande angreifen, Cleve oder Mark nehmen und vom Kaiser confirmirt werden. Und plötzlich erschien der Neuburger, der in seinem Lande an der Donau Residenz genommen, in Düsseldorf, mit der Absicht, wie von dort aus vertraulich gemeldet wurde, des Kurfürsten üble Lage in Preußen zu benutzen, um sich im Clevischen festzusetzen, wozu er des Kaisers Gutheißung habe; namentlich auf Calcar sei sein Augenmerk gerichtet.[408]) Seine Werbungen, die eifrigen Schanzarbeiten bei Düsseldorf ließen das Schlimmste fürchten. Zu gleicher Zeit kamen kaiserliche Mandate an den Prinzen Statthalter

und die Regierung, die Stände nicht in ihren Rechten zu kränken; sie wurden im Lande mit Jubel begrüßt.

Daß der Statthalter sofort Befehl nach Hamm und Lippstadt sandte, drei Compagnien über den Rhein zu schicken, erschien den Herren Ständen als Verfassungsbruch: die Regierung habe gar kein Recht zur Vertheidigung des Landes, die liege den Herren Staaten ob, die mit der spanischen Regierung so wohl befreundet seien, daß ihre Intercession genügen werde. Als sie sahen, daß die Regierung, trotzdem das Nöthige thun werde, begehrten sie, daß man sie, die Stände, in ihrem Namen werben und die Defension übernehmen lasse, „welches ihnen belobt und in allen Gnaden abgeschlagen worden ist.“ [409]) Nun sandten sie, trotz ausdrücklicher Warnung, daß solche Schickung ohne des Landesherrn Bewilligung, „sie verantwortlich mache“, von Neuem nach dem Haag. Wohl war man bereit zu helfen: aber die Garnisonen hätten nur zu schützen, „so weit das Canon reicht“, und wenn mehr geschehen solle, müßte eine jährliche Recognition von zwei Tonnen Goldes gezahlt werden.

Das vernahmen die Patrioten mit äußerster Bestürzung; aber mit noch größerer, daß neue Werbungen auf 375 Pferde und 1700 Mann Fußvolk befohlen seien. „Es ist eine solche Alteration bei Adel, Bürger und Bauern, daß leicht gefährliche Resolutionen gefaßt werden können.“ Man fürchtete, die Stände würden „in ihrer Desperation“ den Neuburger anrufen; Prinz Moritz erfuhr im Haag, es sei die Rede davon, „sich ganz von dem Kurfürsten zu separiren, sich zu einem andern Herren zu setzen.“ Aller Orten gab es Zusammenkünfte; man erhitzte sich um so mehr, je weniger man Rath wußte; und dabei konnte man stündlich Condé's feindlichen Einfall erwarten. [410])

Prinz Moritz und die Regierung hatten, unbekümmert um alles Geschrei, Truppen herangezogen, Calcar rasch mit Erdwerken gedeckt; die erbetenen Kanonen versagten die Herren von Holland „ohne die begehrte Recognition“; man erhielt deren zwölf von der Prinzessin Hoheit, zwölf andere, die Prinz Moritz besaß, wurden ebenfalls auf die Wälle gebracht, die Festung war in vier Wochen leidlich fertig und armirt, „welches dann,“ schreibt der Prinz (13. Dec.), „bei den Ständen sowohl wie bei den Benachbarten und Katholischen ein Aufsehen verursacht, und ist allbereits mehr Respect und Gehorsam, denn zuvor.“ Prinz Condé unterließ es zu kommen, seine Völker blieben im spanischen Geldern. Die Herren Stände fuhren fort, nichts zu bewilligen, Placate ausgehn zu lassen und ihren

pflichtschuldigen Dissens zu erkennen zu geben, „der Hoffnung lebend, auch S. Kf. D. unterthänigst bittend, daß ihnen diese ihre abgenöthigte Kundgebung nicht in Ungnaden gedeutet werde.“ [411])

Die Bewegung endete sobald nicht; aber sie verlor ihren acuten Charakter, seit die holländische Politik ihren Cours änderte. Die mit Johann Casimirs Ankunft in Danzig beginnenden Friedenshandlungen machten für die Staaten die gute Stimmung Brandenburgs, dessen Gewicht von allen Seiten empfunden wurde, doppelt wichtig.

„S. Kf. D. kommt bei ihnen täglich mehr in Consideration und nimmt das alte Vertrauen dermaaßen zu, daß sie rund heraus sagen, der Staat könne S. Kf. D. und dero Wesen nicht verlassen ohne gemein Verderben.“ [412]) Als die Verhandlungen scheiterten, der Abreise Johann Casimirs der neue Zug des Schwedenkönigs, seine Verbindung mit Rakoczy folgte, wurde Holland um so thätiger, den Kurfürsten von Schweden abzuziehen, weil nur dann, wenn es gelang, möglich wurde, das Versprechen zu erfüllen, mit dem man in Kopenhagen den Entschluß zum Kriege durchgesetzt hatte, das Versprechen, „daß Schweden keinen Fußbreit Landes von Dänemark abreißen solle.“ [413])

Daß Holland jetzt den Angriff Dänemarks wünschte, geschah schon nicht mehr allein aus Rücksicht auf die baltischen Verhältnisse. Fast noch mehr trieb, was im Westen geschah, zu rascher Action.

Holland hatte die emporkommende See- und Handelsmacht der Engländer nicht niederhalten können; schon 1656 war zwischen England und Frankreich ein Handelsvertrag geschlossen, dessen Wirkungen man in Amsterdam lebhaft empfand. Französische Caper belästigten auch die neutrale Flagge der Holländer auf das Aeußerste; als de Ruyter bei Livorno einige dieser Caper aufbrachte, antwortete Frankreich mit Embargo auf alle holländischen Schiffe und Güter, drohte seinen Gesandten aus dem Haag abzurufen, „weil man“, so sagte der junge König, „in meinen Meeren, die mir souverain und eigenthümlich gehören, meine Schiffe weggenommen hat;“ und die Politik der „Navigation und Commercien“ hatten auch da sich schmiegen zu müssen geglaubt. Aber jetzt, im Frühjahr 1657, als Karl Gustav bis an den Fuß der Karpathen vorgedrungen war, schlossen Mazarin und Cromwell förmlich eine Allianz gegen Spanien, verbanden sich zu einer Expedition gegen das spanische Flandern, dessen Hafenplatz Dünkirchen an England kommen sollte. [414]) Wie sollte die spanische Macht dieser furchtbaren Verbindung widerstehen, wie Oestreich, wenn Karl Gustav jetzt nach Frankreichs Wunsch sich gegen Schlesien und

Böhmen wandte und die Evangelischen aufrief, sich auch nur halten können? Es war ein furchtbarer Schlag für Spanien, daß die Silberflotte von Admiral Blake bei Teneriffa (27. April) vernichtet wurde; halb gezwungen schloß sich nun Portugal der antispanischen Verbindung an. Den Gewaltstößen „der drei, welche die ganze Welt zu zwingen versuchen“[415]) ihren Heeren und ihren Principien schien das Haus Oestreich erliegen, es schienen die letzten Reste eines Gleichgewichts der Mächte zu Grunde gehen zu müssen.

Und gerade jetzt, als diese unermeßlichen Gefahren heraufzogen, starb (2. April) Kaiser Ferdinand III.; es war nicht mehr bei seinen Lebzeiten zur Wahl eines Römischen Königs gekommen; sein Erbe in den Kron- und Erblanden, König Leopold Ignatius, war erst siebzehn Jahre. Daß Frankreich, Schweden, England Alles daran setzen würden, seine Wahl im Reich zu hindern, war vorauszusehen; jede andere zwang das Haus Oestreich zum Kampf auf Leben und Tod.

Noch Kaiser Ferdinand hatte die Allianz mit Polen eingeleitet, aber gezögert abzuschließen. Jetzt begriff man in Wien, daß keine Zeit zu verlieren sei. Am 27. Mai wurde der Vertrag unterzeichnet, der ausdrücklich als die Grundlage einer umfassenden Liga bezeichnet wurde.[416]) Zugleich gelang es in Constantinopel die schärfsten Befehle gegen den Fürsten von Siebenbürgen zu erwirken; die Pascha's von Ofen, Temesvar, Bosnien zogen aus, des entsetzten Vasallen Land zu unterwerfen. Aber in derselben Zeit lag die venetianische Flotte nach mehreren Siegen über die des Großherrn vor den Dardanellen, unter Moncenigo zu neuem Kampf bereit.

In so großen Dimensionen entwickelte sich der europäische Kampf von 1657. Die Lage der brandenburgischen Länder, des Kurfürsten Stimme im Reich, seine militärische Stärke machte es zu einer Frage von europäischem Interesse, ob er sich endlich ganz der glänzenden Aggressivpolitik der drei Mächte anschließen, ob er sich für die östreichisch-polnische Seite gewinnen lassen werde.

Eben dieselben Momente, die es für die kämpfenden Mächte so wichtig machten, daß er sich klar und rasch entscheide, gaben ihm die Motive und die Möglichkeit zu warten. Er hatte in aller Weise dargethan, daß sein Interesse der Friede zwischen Polen und Schweden sei; und er hatte am wenigsten darum, weil beide sich von dem fortgesetzten Krieg jetzt größeren Vortheil versprachen, davon abzugehen; er hatte am wenigsten ein Interesse dabei, daß der Krieg, neue Mächte mit hereinziehend, um so un-

heilbarer werde. Was hatten die Staaten, was gar Frankreich und England, oder Spanien und Oestreich bisher für ihn oder für den allgemeinen Frieden gethan? Vor einem Jahr, als ihm Dänemarks Eintreten höchst willkommen gewesen wäre, hatte Holland es zurückgehalten; jetzt bedeutete ein dänischer Krieg neben dem polnischen die Zerstörung der noch möglichen Friedensbasis. Er wies Ewald von Kleist an, in Kopenhagen Alles daran zu setzen, daß man sich nicht für den Krieg entscheide.

Seine Bemühungen waren vergebens. Der Kriegseifer wuchs am dänischen Hofe mit der Aussicht, jetzt durch einen raschen Angriff die Verluste des Friedens von 1645 wieder einzubringen; Karl Gustav hatte ja vollauf im fernen Gallizien zu thun, und schon rückten die Oestreicher heran, ihn völlig festzuhalten. „Auch wir", sagte der Reichshofrath v. Gersdorf, „sind mehr auf billige Satisfaction, als auf die Waffen gerichtet; aber einstimmig hat der Reichsrath beschlossen, eher Alles daran zu setzen, als in der bisherigen unerträglichen, tief empfundenen Vilipendenz, Schaden und Zwang zu sitzen; jedem von uns steht vor Augen, daß Schweden die Monarchie an der Ostsee will; uns ist es nicht um ein particulares Accommodement zu thun, bei dem wir am wenigsten sicher sein würden, sondern und am meisten darum, daß an der Ostsee ein jeder das Seine in Frieden genieße und die gemeine Sicherheit durch einen gemeinen Frieden stabilirt werde." Am 11. Juni wurde das dänische Kriegsmanifest erlassen; die Flotte ging in See, von Schonen, von Norwegen aus rückten die Heere vor; zur See und zu Lande zugleich wurde das Fürstenthum Bremen angegriffen.

Nicht dieser dänische Angriff nöthigte Karl Gustav seine polnische Expedition aufzugeben; für den Schaden, den ihm die schlaffe Dänenmacht augenblicklich bringen konnte, hätte er überreichen Ersatz gefunden, wenn er sich hätte entschließen wollen den Handschuh aufzunehmen, den ihm der Wiener Hof hingeworfen. Wollte er nicht in den großen Kampf gegen das Haus Oestreich mit eintreten, so war es zwecklos, die zusammengeschmolzenen Regimenter des unvergleichlichen Heeres in den Strapazen des polnischen Krieges und an der Seite der wüsten Schaaren Rakoczy's zu verbrauchen.

Daß der König nicht auf Krakau operirte, sondern auf das rechte Weichselufer ging, sich auf Brzesc wandte, zeigte, daß sein Feldzug kein strategisches Object mehr hatte, daß er nur noch Schrecken verbreiten wolle. Die Kriegserklärung der Dänen gab ihm dann den Vorwand, plötzlich dies Kriegstheater zu verlassen.

Gleich nachdem Brzesc genommen und an Rakoczy übergeben war, am 21. Mai, erklärte der König, daß er zurückgehen werde.[417] Es geschah unter unerhörten Verwüstungen; „die Getreidefelder wurden niedergebrannt, unzählige polnischen Adels niedergehauen, kein Wald noch Morast gab mehr Schutz gegen die Menge der Kosacken."

Später ist in schwedischen Staatsschriften geltend gemacht worden, daß das Zögern, die Weigerung des Kurfürsten, seine Schuldigkeit zu thun, die großen Erfolge, die der König zu erringen gehofft habe, vereitelt hätten, daß der Kurfürst schon damals mit den Gegnern Schwedens unter einer Decke gespielt habe.

Allerdings hatte der König wiederholentlich außer dem Contingent, das vertragsmäßig gestellt werden mußte und gestellt war, neue Truppensendungen, thätiges, selbstständiges Eingreifen wo möglich des ganzen brandenburgischen Heeres gefordert; er hatte dem Kurfürsten Brzesc angeboten, ihn aufgefordert, es von Preußen aus in Besitz zu nehmen, mit dem Fürsten Rakoczy in Allianz zu treten.[418] Er trug ihm das ganze königliche Preußen mit Danzig, Elbing und Thorn an, in Tausch gegen das so viel gefährdetere Herzogthum;[419] er schlug eine Zusammenkunft vor, um gemeinsam in Betreff Oestreichs zu berathen. Er hätte um Alles gern Brandenburg völlig in seine Politik verflochten und von der Polens unversöhnbar getrennt.

Auch ein minder plumpes Verfahren hätte nicht mehr viel erreicht. Daß die brandenburgischen Unterhandlungen mit Gonsiewsky ihren Fortgang hatten, daß auf dessen Wunsch Schwerin sich auf die Grenze begeben, daß Fürst Radzivill ihn zu dieser Friedensconferenz zu begleiten sich erboten habe, das Alles meldete der Kurfürst selbst an Karl Gustav. Aber eben so bereit erklärte er sich zu der vom Könige gewünschten Zusammenkunft, sandte auf dessen Wunsch 1000 Reiter und 800 Dragoner auserlesenes Volk an den Narew, den König zu empfangen und zu geleiten, aber mit dem ausdrücklichen Befehl, sich zu keinem andern Zweck verwenden zu lassen. Der König war sehr erfreut, diese Truppen da zu finden; er meinte, sie den schon von allen Seiten mächtig nachdrängenden Massen des Feindes entgegenwerfen zu können;[420] sie beriefen sich auf ihre Ordre; er mußte zufrieden sein, daß sie ihn sicher nach Thorn durchbrachten.

Schon waren die schwedischen Truppen, die in Pommern standen, und ein Theil derer in Preußen auf dem Marsch nach Holstein; dann zog Steenbock auch die bisher noch bei Rakoczy gelassenen Truppen zusammen und führte sie aus Polen hinweg. Endlich (25. Juni) verließ Karl Gustav

selbst Thorn, ohne den Kurfürsten gesprochen zu haben; unter irgend einem Vorwande hatte dieser abgelehnt zu ihm zu kommen.

In den Marienburger Verhandlungen im Februar, als Schwerin von der Möglichkeit gesprochen hatte, daß eine Schilderhebung Dänemarks den König nöthigen werde das Kriegstheater in Preußen und Polen zu verlassen, hatte derselbe geantwortet: „wenn ich das thue, so mag mein Vetter frei sagen, daß ich unredlich und leichtfertig an ihm handle; ich will ehrlich bei dem Kurfürsten aushalten.“ Jetzt war er gegangen.

Bald gab der kühne Zug der Schweden nach Holstein, nach Jütland hinauf, der Kampf in Schonen und auf der norwegischen Grenze der Welt Stoff in Fülle, den Alexander des Nordens von Neuem zu bewundern, und darüber zu vergessen, daß er den bisherigen Schauplatz seiner Thaten in einem grausenhaften Zustand, seine bisherigen Bundesgenossen wie auf verlornem Posten zurückgelassen.

Dem Fürsten von Siebenbürgen hatte er, als Steenbock sich von ihm trennte, rathen lassen, er möge sich sobald möglich zurückziehen und seinen Frieden machen. Wie auch hätte der Fürst sich halten können; in wenigen Wochen hatte sein Heer sich aufgelöst, mit kaum 3000 Mann entkam er nach Siebenbürgen. Nur Krakau hielt General Würz mit seinen Schweden noch gegen die Oestreicher.

Dem Kurfürsten schrieb Karl Gustav sofort nach seiner Abreise aus Polen (5. Juli) eigenhändig und deutsch in den ausschweifendsten Ausdrücken der Anerkennung und Dankbarkeit: „die ganze Welt werde des hochedlen Fürsten constantes Gemüth und absonderliche Generosität, daß er bei so schweren Zeiten in seiner Freundschaft weder wanke noch weiche, admiriren; seinerseits sei er nicht gesonnen, das Werk hier in irgend einem hazard zu hinterlassen, sondern habe seine Maßregeln so getroffen, daß er dem Verbündeten stets alle getreue Assistenz und Handbietung leisten könne.“ [421])

In einem officiellen lateinischen Schreiben motivirte er seinen Abzug aus Polen durch die Nothwendigkeit, seine eigenen Lande zu schützen: meuchlings habe ihn der Däne angefallen; der gleichzeitige Einfall der Oestreicher in Polen und der Dänen ins Bremische zeige, was dahinter sei; es sei nicht blos seine und Schwedens Sache, die ihn hinwegführe, sondern die der ganzen evangelischen Welt; das evangelische Deutschland wolle man treffen, indem man gegen Schweden gehe; nie habe Rom einen kühneren Schlag geführt. [422])

Zugleich versicherte er, in acht Wochen werde er zurückkommen; er

empfahl, die Verhandlungen mit Polen lebhaft fortzusetzen; er lasse Schlippenbach und Johann Oxenstjerna zurück, damit sie sich bei den Unterhandlungen betheiligen könnten; er habe ihnen völlige Gewalt gegeben, wenn die Polen zu friedlichen Gedanken sich möchten leiten lassen, mit gleicher Sincerität und Friedensliebe zu beiderseitiger Reputation und Befriedigung abzuschließen.[423])

Des Königs Absicht war deutlich genug. Mit seinem plötzlichen Abmarsch warf er dem Bundesgenossen, der so wenig eifrig zum Angreifen gewesen war, die ganze Last der Vertheidigung zu; er machte ihn gleichsam zur Nachhut des Invasionszuges, der die Macht niederwerfen sollte, deren enge Beziehungen zu Brandenburg eben so offen ausgesprochen, wie in der Natur der Sache begründet waren. Er hatte den Kurfürsten nicht gefragt, ob er solche Rolle zu übernehmen gemeint sei; er that, als ob sie sich aus den Verträgen und aus der Lage der Dinge von selbst ergebe. Wenn aber der Kurfürst, wie zu erwarten stand, lieber unterhandeln als kämpfen wollte, so durfte er ja nach den Verträgen nicht abschließen ohne Schweden, und die gemeinsamen Verhandlungen gaben die Gewähr dafür, daß nichts geschlossen werde wider das Interesse Schwedens. Entweder man machte sie resultatlos, und dann hatte der Kurfürst mit seinen Grenzen zugleich die des schwedischen Preußen zu decken; oder man schloß mit Polen ohne Oestreich und Dänemark, und sprengte so die eben begründete Liga. Mochte man den Polen selbst Preußen zurückgeben müssen, um Dänemark niederzuwerfen, — sobald es geschehen war, konnte man mit desto größerer Zuversicht nach Preußen zurückgehen, sich entweder mit Oestreich auf Kosten Polens oder mit Polen auf Kosten des Kurfürsten auseinandersetzen. Denn, wie Karl Gustavs Ausdruck lautete, „daß ihm der Kurfürst sein Glück zumessen, dasselbe durch Hinzulegen oder Hinwegnehmen seiner Hülfe zuwägen wolle, werde er nicht dulden und hoffe er es demselben einst zu entgelten.“[424])

Verwegen und radical in seinen Entwürfen richtete er seine Gedanken schon über das nächste Ziel, die Beseitigung der dänischen Rivalität, hinaus. Nicht blos, daß er seinem Schwiegervater, dem Herzog von Gottorp, die Souverainetät in Schleswig-Holstein zudachte; er bot der Republik England Dithmarsen an der Elbe, Oldenburg an der Weser, das durch Erbgang demnächst der Krone Dänemark zufallen mußte; ja auch Ostfriesland, Münster wurden in den Erbietungen an den Protector genannt, auch Schlesien; gleich als sollten bereits für den nächstweiteren Krieg, den zur Vernichtung Oestreichs, die Positionen besetzt werden.[425])

Von alle dem erfuhr der Kurfürst natürlich nichts; der getreue Alliirte sollte glauben, daß der Zug gegen Dänemark nur die nothgedrungene Abwehr eines Angriffs sei, den die brandenburgische Vermittelung abzulenken sich vergeblich bemüht habe. Um seine Friedensliebe ins vollste Licht zu setzen, erbot sich Karl Gustav durch Graf Schlippenbach, auch jetzt noch jemanden an die Grenze zu senden, um mit den Dänen Verständigung zu versuchen; er ließ bitten, daß der Kurfürst sich noch einmal der Sache annehme und zu diesem Zweck Ewald von Kleist ins schwedische Lager abfertige.

Konnte der König glauben, daß Friedrich Wilhelm mit so groben Künsten sich werde täuschen lassen? Hatte er nach den Erfahrungen, die er bisher mit ihm gemacht, Grund, vorauszusetzen, daß die besonnene, behutsame Politik, die ihm so oft schon, wenn er die Hand zu fassen meinte, nur den Handschuh gelassen, jetzt plötzlich rathlos sein, sich am Narrenseil führen lassen werde?[426])

Freilich am kurfürstlichen Hofe war die Aufregung, der Zwiespalt der Ansichten außerordentlich groß. Seit Wochen war Lisola dort, unermüdlich mit Gründen, Vorspiegelungen, Bestechungen auch, den Einfluß, den der Bischof von Ermeland, der von Wilna, die Gonsiewska, die Pac übten, zu steigern. Aber die kühne Gewandtheit Schlippenbachs, unterstützt von d'Avaugour, Blondel, Terlon, war nicht minder thätig, und sie hatten wenigstens einen bedeutenden Vertreter am Hofe, den Grafen Waldeck, der den Augenblick gekommen sah, mit dem Kampf gegen das Haus Oestreich Brandenburg auf den Weg des Ruhmes und der Größe zu führen, den Karl Gustav ihm neidlos erschloß. Wohl konnte man ihm entgegnen, daß von dieser Neidlosigkeit bisher wenig zu verspüren gewesen, daß von den Trophäen von Brzesc, den 40 Kanonen, die Waldeck mit dem schwedischen General gemeinsam erbeutet, auch nicht eine an Brandenburg gekommen sei, trotz der Verträge; der König habe mit seinem Abzuge den gemeinsamen Krieg, zu dem er sich in den Verträgen verpflichtet, einseitig und ohne Zustimmung seines Bundesgenossen aufgegeben, sein Heer habe beim Durchmarsch durch Pommern mit Raub und Brand wie in Feindesland gehaust; man sei nicht mehr an ihn gebunden, da er sich selber losgesagt habe. Auch Ruhigere meinten, daß man jetzt sich zu Polen wenden, daß man in jene Liga eintreten müsse, die allein noch Schutz biete gegen die wilden Pläne Schwedens, des Protectors, des Cardinals. In demselben Sinn schrieb die Prinzessin Hoheit aus dem Haag; sie empfahl bei

der Wahl im Reich, die schon alles in Spannung setzte, rasch und entschlossen die Sache Oestreichs zu ergreifen.[427])

Und war es nicht nahezu eine Insolenz, wenn Mazarin am brandenburgischen Hofe die Wahl des Pfalzgrafen von Neuburg empfehlen ließ?[428]) oder versüßte es die Pille, wenn hinzugefügt wurde, daß eine Liga mehrerer deutscher Fürsten mit Frankreich und Schweden geschlossen sei, zu der auch dem Kurfürsten der Zutritt offen stehe, eine Liga, die Pommern und Bremen vertheidigen werde? Konnte man nackter den Krieg in Deutschland, die Wiederholung des grauenvollen Krieges vor 1648 in Aussicht stellen?

„Eilen Sie," schreibt die Prinzessin Hoheit (27. Juli) dem Kurfürsten, „die Zeit ist sehr kurz." Nicht minder höchste Eile empfahl die Königin von Polen; „alle Welt," hatte sie an die Kurfürstin Mutter sagen lassen, „ist über die Blindheit des Kurfürsten erstaunt; sieht er nicht, daß ihm der Untergang droht? er hat keinen Augenblick Zeit zu verlieren; es ist nicht möglich, die äußersten Entschlüsse länger hinauszuschieben; die Polen wollen von keinem Congreß, von keiner Mediation mehr hören; wenn der König von Schweden von Unterhandeln spricht, so ist das Fanfaronade."[429])

Für den, der am Steuer stand, gab es doch noch andere Motive als die der Ungeduld, sich aus einer schwierigen Lage herauszuziehen, wie der gut oder übel gemeinte Eifer derer, die Einfluß zu üben wünschten, empfahl, noch andere Möglichkeiten, als sich entweder in die Scylla der östreichischen oder die Charybdis der französischen Liga zu begeben. Es kam darauf an, zwischen beiden hindurchzusteuern.

Die Art, wie Lisola drängte, wie der polnische Hof dem Vasallen den Abfall zu verzeihen sich erbot, zeigte, daß man auf jener Seite von richtiger Einsicht in die Lage der Dinge noch ungemein weit entfernt sei. Freilich war für Brandenburg eine Stelle in der östreichischen Liga vorbehalten; aber weder die Polen ließen sich für das, was sie forderten, zu irgend weiteren Erbietungen herbei, noch schienen die Oestreicher bemerken zu wollen, daß in des Kurfürsten Hand zur Zeit auch eine Wahlstimme liege.

Anderer Seits war dem Schwedenkönige daraus, daß auch er neben der polnischen Frage, neben dem „schwedischen Preußen" die Interessen seiner übrigen Länder beachtete, am wenigsten brandenburgischer Seits ein Vorwurf zu machen; dieselbe Befugniß hatte sich der Kurfürst so oft in so nachdrücklicher Weise vorbehalten, daß er jetzt zufrieden sein konnte.

wenn das gleiche Verfahren Schwedens ihm ein neues Motiv gab, es auch ferner zu thun. „Da jetzt," schrieb er (4. Juli) an Karl Gustav, „unverhofft so viele und mächtige Feinde E. M. bedrohen und das Interesse Ihrer Staaten fordert von hier hinwegzugehen, so sind damit die Grenzen unseres Landes in größerer Gefahr." Die Verträge verpflichteten Schweden, zum Schutz des Herzogthums auf geschehene Forderung sofort 6000 Mann ins Feld rücken zu lassen, auch zum Schutz der vier Palatinate, Pommerns, der Marken, so lange der Krieg währe, einzutreten; und im Weichsellande waren kaum Truppen genug zur Besetzung der Festungen zurückgeblieben. Es war für Graf Schlippenbach eine peinliche Lage, als der Kurfürst bei der sichtlichen Gefahr der Grenzen die vertragsmäßige Hülfe, wenigstens doch 3000 Mann forderte; der zähe Diplomat hatte die Stirn, zu erklären: „sein König würde sie gern stellen, doch habe Frankreich den Wunsch geäußert, daß es nicht geschehe."

Aber er schlug neue weitaussehende Dinge vor: jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, mit dem östreichischen Hofe Abrechnung zu halten; der König sei bereit, die Hand zu bieten, daß Brandenburg und Sachsen Schlesien gewönnen; er ließ merken, daß man in Dresden zu Allem entschlossen sei. Jena's Berichte meldeten sehr andere Dinge; ein vornehmer kurfürstlicher Rath habe zu einem aus Anhalt, „den er für lutherisch gehalten," gesagt: „man müsse Kurbrandenburg nicht allzu mächtig werden lassen, es würde sonst noch ganz andere Händel machen, als vordem der Kurfürst Fridericus."

Auch Lisola machte Vorschläge weitaussehender Art: Schweden sei und bleibe eine Gefahr für Deutschland und für Polen, so lange es Pommern besitze; Polen und Oestreich würden Pommern gern in des Kurfürsten Hand sehen, es ihm erobern helfen, um so mehr, als damit für Dänemark die beste Diversion gemacht werde; und zum Ersatz für Ermeland, das als geistliches Gut nicht weggegeben werden könne, solle Elbing mit dem Werder an Brandenburg kommen.

Und wieder Schlippenbach empfahl dem Kurfürsten, mit Polen allein abzuschließen, das Gott danken werde, von Oestreich und der Aussicht auf einen König Erzherzog loszukommen; Schweden sei bereit, auf Preußen zu verzichten, es dem Kurfürsten zu überlassen, nur Danzig müsse polnisch bleiben; selbst die Neutralität des Kurfürsten werde seinem Könige genehm sein, nur müsse es eben nur Neutralität sein.

Diese, so sagte der Kurfürst den französischen Herren, wünsche er, um demnächst ins Reich zurückkehren zu können, wo neue Werbungen und die Wahl in Frankfurt seine Anwesenheit forderten. Er werde, so sagte er

Schlippenbach, den größeren Theil seines Heeres mit hinweg führen, es bei Cüstrin und Landsberg lagern lassen, um dann dem Könige zu weiteren Unternehmungen bereit zu sein. Aber er verbarg nicht, daß er sehr betreten über die frostige Abweisung sei, welche Kleist erfahren habe, der doch auf Schlippenbachs Wunsch nochmals mit Dänemark zu vermitteln versucht habe.[430])

Sogleich folgte noch ein zweites Aergerniß. Graf Josias Waldeck führte zwei kurfürstliche Regimenter nach Pommern ab; er sollte die Brücke bei Dirschau passiren; den Antrag des Prinzen Adolph Johann, an einem Angriff auf Danzig Theil zu nehmen, mußte er ablehnen. Der Prinz ging voraus über die Brücke; er ließ Waldeck ohne Nachricht über die Nähe des Feindes, der sich nun mit Uebermacht auf die Brandenburger warf; auf das Tapferste behaupteten sie sich, nur gab das Weichen einer Escadron dem Feinde einen augenblicklichen Vortheil. Nun eilten die Schweden herbei und vollendeten den Sieg. Schlippenbach, der bereits nach Königsberg abgereist war, schrieb über das Gefecht von Dirschau an Schwerin in einer Weise, die den Kurfürsten empörte: „die Brandenburger sind gleich anfangs so schrecklich ausgerissen, daß unsere Leute den Schlagbaum bei der Brücke zuschlagen, mit gefällten Piken und angelegten Musketen sie wieder zum Stehen bringen müssen; Gott sei geklagt, daß die Leute so viel gekostet haben und doch nichts leisten." Der Kurfürst befahl „strenge Inquisition." Nicht blos Waldecks Bericht zeigte, daß Schlippenbachs Angaben falsch seien; auch der Prinz Generalissimus und selbst die Danziger erkannten die tüchtige Haltung der Truppen an. „Es thut mir leid," schrieb Graf Friedrich Waldeck dem Prinzen, „daß man dergestalt verfährt, daß S. Kf. D. Ursache zur Offense bekommen und niemand mehr mit den Herren Schweden sich wird conjungiren wollen."

Bei der Armee war die Erbitterung gegen die Schweden allgemein, am größten bei denen, die, wie Derfflinger, früher in schwedischem Dienst gestanden; um jeden Preis und für immer von ihnen loszukommen, das war das allgemeine Verlangen. Und wie erst waren sie, die in befreundetem Lande ärger als der Feind hausten und ungestraft hausen durften, bei den Bürgern und Bauern verabscheut. In dem Haß gegen die Fremden und gegen die Fremdherrschaft begann sich ein Zug gemeinsamer patriotischer Empfindung zu entwickeln; und der Abzug ihrer Regimenter unter neuen Freveln und Plünderungen wurde überall als das Ende der entsetzlichen Bundesgenossenschaft mit Jubel begrüßt.

Seit Wochen verhandelte der Kurfürst mit Polen; endlich Mitte

September kam die entscheidende Nachricht. Polen hatte in der Frage nachgegeben, auf die ihm Alles ankam, in der Frage der Souverainetät.

Es gab nichts, was den polnischen Patrioten unleidlicher, schimpflicher erschienen wäre; aber es lag auf der Hand, daß man den Schweden in Preußen, wenn Brandenburg auf ihrer Seite blieb, nichts anhaben könne; und gleich das erste Eindringen Karl Gustavs in Holstein hatte gezeigt, daß die dänische Macht unfähig sei, zu widerstehen. Polen hatte die Hülfe Oestreichs mit unerhörten Zugeständnissen gewonnen, und doch zögerten die östreichischen Heere vorzugehen, sie wagten es nicht, so lange noch ein schwedisch-brandenburgischer Angriff auf Schlesien möglich war. Es war eben so sehr ein östreichisches wie polnisches Interesse, Brandenburg zu gewinnen; was sollte aus der Kaiserwahl werden, wenn es auf der Seite der Gegner blieb? Am Lebhaftesten drängte Dänemark, nachzugeben; man hatte sich da zum Kriege entschlossen in der Hoffnung auf die Staaten und die Liga, gegen die Zusicherung des Wiener Hofes, daß Alles geschehen solle, Brandenburg zu gewinnen; nun verleugneten die Staaten von Holland, was „Privatleute" versprochen hatten;[431]) nun stand immer noch die östreichische Armee vor Krakau; und wenn zwischendurch, den Brandenburger mürbe zu machen, Czarnecky in die Neumark, Gonsiewsky in die Gegend von Tilsit einbrach, so erleichterte das Dänemark nicht.

Es war vor Allem Dänemarks Interesse, des Kurfürsten Forderung durchzusetzen; „um die Frage der Souverainetät willen", sagte König Friedrich, „dürfe der Abschluß mit dem Kurfürsten nicht zurückgelassen werden". Endlich am 8. Juli meldete Kleist aus Kopenhagen: „ihm sei von hoher Hand insgeheim entdeckt, daß dem Wunsche Dänemarks nachgegeben sei; der polnische Gesandte habe hinzugefügt, daß Polen schon früher einmal resolvirt gewesen sei, die Souverainetät zu bewilligen."

Möglich, daß Karl Gustav von dieser Wendung der Verhandlungen eben so schnell Kunde hatte, daß der den sofortigen Abschluß zwischen Brandenburg und Polen voraussah, daß er eben darum Kleist mit der Mediation, die er selbst gewünscht hatte, so abfallen ließ. Für den Kurfürsten war damit der Moment gekommen, den ersten entscheidenden Schritt von ihm hinweg zu thun. Er schrieb ihm (24. Sept.) „S. Maj. Versicherung, in acht Wochen mit seiner Armee zurückzukommen, sei unerfüllt geblieben; so schwer es ihm gefallen sei, so vielen mächtigen Feinden gegenüber allein gelassen, ihren Angriffen zu widerstehen und sie mit Tractaten hinzuhalten, so habe er doch erwägen müssen, daß es dem Könige nicht zu verdenken sei, wenn er die Conservation seines König-

reiches dem unzweifelhaften Ausgang des Krieges hier vorgezogen habe;[432]) aus Rücksicht darauf habe er weit über die acht Wochen hinaus gewartet; aber da sich der König mehr und mehr in den dänischen Krieg vertiefe, die wiederholten Vermittlungsversuche gescheitert seien, keine Hoffnung auf des Königs Wiederkunft zu verspüren sei, nach dem Falle Krakau's auch der Anmarsch der Oestreicher drohe, so habe er auf den dringenden Wunsch der Stände seines Herzogthums mit dem General Gonsiewsky und andern dazu Bevollmächtigten, etwas verabredet, dadurch diese Lande vor unvermeidlicher Ueberziehung und gänzlicher Einäscherung versichert werden möchten. Die verabredeten Punkte, die er mitsende, erwarteten nur noch die Ratification des Königs von Polen."

Karl Gustav sandte das Schreiben unerbrochen zurück, weil die Adresse deutsch geschrieben sei und im Titel Großmächtiger, nicht Großmächtigster stehe.

Allerdings war die mit eingesandte Punktation von Wehlau (1. Sept.) sehr unverfänglicher Art, ein einfacher Neutralitätsvertrag, dem auch Oestreich, der Zaar, Dänemark beitreten sollten. Aber ein Secretartikel besagte: daß er keine Gültigkeit haben solle, da er nur zu anderweitigen Zwecken geschlossen sei. Der Zweck war, ihn den Schweden und Franzosen mitzutheilen, und einstweilen die Verträge festzustellen.

Merkwürdig genug, daß der so vorsichtige Kurfürst sich so zu sagen aufs Ungewisse mit Polen einließ. Allerdings waren drei Artikel zu Königsberg durch Lisola zu Stande gebracht und unterzeichnet worden; aber sie enthielten das nicht, was dem Kurfürsten das Wichtigste war, die Souverainetät.[433]) Sie konnten höchstens als eine Basis zu weiterer Unterhandlung gelten.

Auch diese wurde zu Wehlau geführt; Gonsiewsky und der Bischof von Ermeland waren polnischer Seits, Schwerin und Somnitz von Seiten des Kurfürsten dort, Lisola vermittelte. Die polnischen Herren versuchten allerdings von der diplomatisch für sie günstigeren Lage Vortheil zu ziehen; aber am 18. September kam der Kurfürst selbst nach Wehlau; und er wird nicht unterlassen haben, mit dem Bewußtsein, daß die reale Macht in seiner Hand sei, zu sprechen. Man gab ihm jetzt, was er forderte, und er forderte mit Mäßigung; man war zufrieden, die Verträge so formuliren zu können, daß sie die Ehre der Republik in keiner Weise verletzten. Am 19. September wurden sie unterzeichnet.

Der eine ist der eigentliche Friedensvertrag. Der Kurfürst verzichtet auf Alles, was er in diesem Kriege oder durch Verträge mit Schweden

gewonnen hat, also auf die vier Palatinate, auf Ermeland, namentlich auf Braunsberg. „Aus Rücksicht darauf und aus anderen gerechten Gründen" soll er hinfort das Herzogthum in voller Souverainetät besitzen."[434]) Ein ewiges Bündniß soll die Republik und das Herzogthum verbinden in der Art, daß im gegebenen Fall der Kurfürst den Polen mit 1500 Mann Fußvolk und 500 Reitern zu Hülfe sein wird, in gleicher Weise die Republik dem Herzogthum.

Der zweite Vertrag erklärte, daß als das geeignetste Mittel, für Polen, Lithauen und beide Preußen den Frieden herzustellen und dauernd zu sichern, ein Schutz- und Trutzbündniß gegen jeglichen Feind erscheine, und daß zu dem Ende, wenn innerhalb der nächsten zehn Jahre Schweden oder dessen Verbündete das Herzogthum oder andere Lande des Kurfürsten angreifen würden, Polen ihm zu Hülfe kommen, daß eben so der Kurfürst, wenn die Republik von ihnen angegriffen werde, wenigstens 6000 Mann Hülfstruppen stellen werde.[435])

Also nicht in die Liga, die zwischen Polen, Oestreich, Dänemark geschlossen war, trat der Kurfürst; er behielt sich vor, mit Dänemark, mit Oestreich besondere Verträge zu schließen. Nicht zum Angriff auf Schweden verband er sich mit Polen; er hatte die Eroberung des schwedischen Pommerns, die in den Königsberger Artikeln in Aussicht gestellt war, behutsam von der Hand gewiesen.

Ueber weitere Satisfactionen, hieß es in diesem zweiten Vertrage, werde bei der Ratification durch den König selbst Beschluß gefaßt werden, und bis diese erfolgt sei, solle der Kurfürst durch diese Verträge in keiner Weise gebunden sein. Sehr bald kam die Meldung, daß der König über den Abschluß der Tractaten hoch erfreut sei; „da der Kurfürst wegen Braunsberg nachgegeben, werde ihm in den drei Stücken Lauenburg, Bütow und Elbing Satisfaction gegeben werden". Er wünschte eine persönliche Zusammenkunft, „besonders deshalb, weil des Königs von Ungarn Generale an diese neue Freundschaft nicht glauben wollten".[436])

Am 30. October kam der Kurfürst nebst seiner Gemahlin nach Bromberg. Sie wurden von den polnischen Majestäten mit großem Glanz empfangen, mit der ausgezeichnetsten Aufmerksamkeit bewirthet. Namentlich die Königin schien den anwesenden Oestreichern zeigen zu wollen, daß sie nun erst auf einen glücklichen Ausgang hoffe.

Aber sofort ergab sich eine sehr ernste Schwierigkeit. Wie zufrieden die Polen sein mochten, daß der Kurfürst das Bisthum Ermeland, das seine Truppen inne hatten, zurückgab, so wenig geneigt waren sie, Elbing

und den reichen Werder, wo freilich noch die Schweden die Herren waren, ihm zuzuweisen. Es wurde veranlaßt, daß der König wenigstens Danzig darüber höre; natürlich erklärten die Danziger Herren, ein so wichtiges Glied des Landes Preußen könne nicht abgetrennt werden, es sei gegen die Incorporationsacte, kraft deren sich die Preußen der Krone Polen zugewandt hätten.

De Lumbres unterließ nicht, im Interesse Polens auf die große militärische Wichtigkeit Elbings aufmerksam zu machen, die natürlich eben der Grund war, weshalb der Kurfürst die Stadt zu haben wünschte.

Es muß bis hart an ein völliges Zerwürfniß gekommen sein; der Kurfürst schickte Befehl an Sparr (4. November), die auf dem Abmarsch nach den Marken begriffenen Truppen heranzuziehen; „denn die Polen wollen uns hier Gesetze vorschreiben.“ Der König war nicht in der Lage es darauf ankommen zu lassen;[437]) die Bemühungen der Königin und die Nachgiebigkeit des Kurfürsten brachten es endlich zu einem befriedigenden Schluß.

Der Kurfürst verzichtete auf den Werder; er verpflichtete sich, Elbing, das, sobald es den Schweden genommen sei, in seinen Besitz kommen solle, gegen eine Summe von 400,000 Thaler zurückzugeben, doch so, daß es ihm zustehe, vor der Rückgabe die Befestigung der Stadt zu schleifen. Die Starosteien Lauenburg und Bütow, die bis 1637 den pommerschen Herzögen gehört, wurden ihm zu Lehn übergeben. Unter der Form, daß sich die Krone Polen auf drei Jahre zu 40,000 Thaler Subsidien verpflichte, wurde dem Kurfürsten als Pfand für 120,000 Thaler das Amt Draheim überlassen.

So wurde endlich am 6. November der Bromberger Vertrag unterzeichnet. Polen verpflichtete sich 5000 Reiter und 3000 Mann Fußvolk, der Kurfürst 2000 Reiter und 2000 Mann Fußvolk zur Defension zu stellen.

Auch Lisola hatte sich bemüht, die Verständigung herbeizuführen, aber mit der Anmaßung, als ob sein Hof das Recht habe, sie zu fordern, als ob der Kurfürst sich seiner Leitung anvertraut, der König seinen Weisungen zu folgen habe. Er war sehr betreten, als die entscheidenden Feststellungen ohne ihn gemacht waren. Und so wie nun von weiteren Schritten, von dem Vorgehen gegen die Schweden in Pommern und Preußen die Rede war, zeigte sich, daß die Instructionen des Wiener Hofes tief unter aller Erwartung blieben, daß sie jeden Schritt untersagten, der irgend die Wahlhandlung in Frankfurt gefährden könne.

Diese Haltung Oestreichs veränderte die Situation außerordentlich. Mit Befriedigung sahen die französischen Herren, die anwesend waren, daß die Liga nicht so fest sei, wie sie gefürchtet hatten, daß die Polen wie Brandenburger voll Mißtrauen gegen Oestreich seien, daß sich namentlich der Kurfürst in Betreff der Wahl noch keineswegs für Oestreich entschieden habe. Die Eröffnungen des Schwedenkönigs, die sie überbrachten, daß er bereit sei, unter brandenburgischer Vermittelung mit Polen Frieden zu schließen, fanden bei der Königin, die mehr wie je Einfluß hatte, die beste Aufnahme. Und der Kurfürst hatte ja nie anderes gewünscht, als einen sicheren Frieden zwischen beiden Kronen; er wiederholte, daß er Alles zu thun bereit sei, um ihn herzustellen.

Man trennte sich in der Hoffnung, diese Friedenshandlung recht bald zu einem gedeihlichen Schluß zu führen. Schlippenbachs Ankunft in Berlin zum Zweck dieser Verhandlungen war bereits angekündigt; gleich nach des Kurfürsten Rückkehr sollten sie beginnen.

Der Wiener Hof hatte mit seinem zweideutigen Verhalten die Offensive, zu der Brandenburg bereit gewesen war, gelähmt. Das schon entworfene Bündniß mit Dänemark verschob der Kurfürst zu vollziehen, bis er mit Oestreich verständigt sei. Da er nicht in die Liga getreten war, konnte er unbedenklich die Vermittelung übernehmen, die Frankreich und jetzt auch Polen lebhaft wünschte; und wenn sie gelang, so war es vorerst nicht nöthig, dem zweiten Wehlauer Vertrage Folge zu geben.

Wie aber, wenn sie nicht gelang?

Schon begann sich mit dem nordischen Kriege, mit dem Spaniens gegen Frankreich und England die deutsche Frage in einer Weise zu verwickeln, die das Reich von Neuem zum Kriegstheater Europa's zu machen drohte.

Der schwedisch-dänische Krieg.

1657—1660.

Die deutsche Frage war nicht mehr die der Reichsverfassung, der Reichsreform. Der letzte Reichstag hatte den Beweis geliefert, daß diese Dinge mit dem Frieden von 1648 in eine Sackgasse geführt seien. Die ordentliche Reichsdeputation, die dann bestellt wurde, war nur der Anfang zu jener neuen Form eines permanenten Congresses der deutschen Staaten, die erst bis 1806 unter dem Namen des immerwährenden Reichstags bestanden hat, dann nach sieben Jahren des Rheinbundes und des französischen Protectorates, nachdem die wach gewordene Nation das Joch der Fremdherrschaft gebrochen, 1815 als Bundestag hergestellt, 1850 reactivirt wurde.

Die deutsche Frage, die damals nicht die Nation, — sie war politisch nicht mehr und noch nicht, — aber die Höfe in und außer dem Reich beschäftigte, war die Kaiserwahl.

Es handelte sich darum, ob das Haus Oestreich das Kaiserthum, mit dem es allein noch an Deutschland geknüpft war, behaupten, ob es der Krone Frankreich gelingen werde, ihm auch noch diese Position zu entreißen.

In dem Allianzvertrage, den Frankreich vier Wochen nach Kaiser Ferdinands III. Tode mit England geschlossen hatte — wenigstens in dem Text, der von den Niederlanden aus verbreitet wurde[438]) — las man Artikel 14: daß der Protector sich verpflichte, Alles anzuwenden, daß der König von Frankreich zum Kaiser gewählt werde, oder doch die Wahl nicht auf einen Prinzen des Hauses Oestreich falle. Es war ganz nach der stolzen Politik, mit der Cardinal Mazarin das Selbstgefühl Frankreichs zu steigern verstand, daß er noch in Mitten des schweren Kampfes gegen die spanische Linie des Hauses Oestreich die deutsche Linie aus der Stellung zu werfen unternahm, die für sie die wesentliche Bedingung ihrer Machtexistenz war.

Nach der Goldenen Bulle sollte in der Wahlstadt kein Unbetheiligter weilen dürfen, am wenigsten Gesandtschaften fremder Mächte. Mazarin

sandte, nachdem die Wahl zum August anberaumt war, eine höchst glänzende Gesandtschaft nach Frankfurt, an ihrer Spitze einen der hervorragendsten und bedeutendsten Männer aus dem hohen Adel Frankreichs, den Marschall Herzog von Grammont, mit ihm Lionne Marquis de Fresne, den spätern Minister Ludwigs XIV.; sie seien nur gekommen, sagten sie, wegen der Ueberschreitungen des Friedens von 1648, die Kaiser Ferdinand III. begangen habe, und sein Sohn, der König von Ungarn, fortsetze, Abhülfe zu fordern, widrigenfalls die Krone Frankreich genöthigt sein werde, die Waffen gegen Deutschland zu ergreifen.

Sofort begann in Frankfurt und von Frankfurt aus das Spiel und Gegenspiel der Partheien. Auch eine spanische Gesandtschaft erschien, aber mit leeren Händen, mehr gemieden als gesucht; Alles drängte sich zu den Franzosen, warb um ihre Gunst, entzückte sich an ihren Festen und hielt die Hand offen, um von ihren überreichen Spenden auch einen Theil zu erhalten; und als ihr Bericht an den König über die Personen, denen sie gezahlt, die Summen, die sie gezahlt hatten, von den Spaniern aufgefangen und veröffentlicht wurde, da sprachen sie mit graziöser Dreistigkeit ihr Bedauern aus, daß die Rechenschaft, die sie ihrem Könige leisten müssen, in die Hände derer gekommen sei, für die sie nicht geschrieben; damit schien die Sache erledigt, erledigt auch denen, die das Geld ja auch nicht in der Absicht genommen hatten, daß es allgemein bekannt werde. Nur um so sicherer hatten die französischen Diplomaten ihre Freunde an der Hand; sie waren wie die Herren in diesem deutschen Wahlcongreß.

Sie hatten Mainz, Cöln, Kurpfalz, das mit Kurbaiern über das Vicariat im heftigsten Hader war, den Pfalzgrafen von Neuburg, der mit französischer Hülfe, wenn nicht die deutsche Krone, so doch Cleve und Mark zu gewinnen hoffte, den Bischof von Münster, der, auf die Union rheinischer Fürsten sich stützend, seine Stadt Münster mit Heeresmacht überfiel, ihre alte Stadtfreiheit zu brechen. Sie hatten die höchst kundigen und höchst thätigen Grafen Wilhelm und Franz von Fürstenberg, Cölner Domherren, deren Einfluß am Cölner und Münchner Hofe so groß war; sie hatten vor allen Christian von Boineburg, den kurmainzischen Kanzler, der, wie man auch von seinem Uebertritt zur römischen Kirche und von seinem Patriotismus denken mag, durch umfassenden Blick und immer erfinderische Gewandtheit unter den deutschen Staatsmännern jener Zeit einer der bedeutendsten war.[439])

Noch war die ordentliche Reichsdeputation versammelt; die alte Regel, daß mit dem Tode des Kaisers ihr Mandat erlösche, ward eben so für nichts geachtet wie die, daß zur Wahlzeit keine Fremden in Frankfurt sein dürften; sie müsse ja, hieß es, die Gravamina der Fürsten und Stände in den Verhandlungen der Capitulation vertreten. Ihr zur Seite die Verhandlungen um die Stiftung eines Reichsfürstenbundes, den die katholischen Freunde Frankreichs, die evangelischen Schwedens mit großem Eifer betrieben.

Daß Schweden, selbst Mitglied der Deputation, mit seinem ganzen Einfluß gegen Oestreich wirken werde, verstand sich von selbst; hatte doch König Leopold Ignatius das Bündniß mit Polen, das der Kaiser, sein Vater, geschlossen, sofort erneut und erweitert.

Dies Bündniß, so sagten Viele, sei eine Herausforderung gegen Schweden; mit ihm habe der Kaiser gegen eine Macht, die Glied des Reiches sei, den Krieg erklärt, und so den Frieden von 1648 gebrochen; Oestreich habe die Gefahr eines Reichskrieges über die Nation gebracht. Nicht minder eiferten die Freunde Frankreichs, daß Ferdinand III. nicht aufgehört habe, Spanien zu unterstützen, trotz des Artikels Circulus des Friedensinstrumentes; nicht blos habe er Werbungen für die Spanier in den Niederlanden gestattet, er habe auch ein Heer von 12,000 Mann nach dem spanischen Italien gesandt, weil sich angeblich der Friede nur auf die Reichslande beziehe, und doch habe er zugleich einen Vicar des Reichs in Italien bestellt, und zwar in der Person des Herzogs von Mantua, der im offnen Kriege gegen Frankreich stehe. Die meisten waren einig,. daß das Haus Oestreich so ernstlich wie je nach der Universalmonarchie und Unterdrückung der deutschen Libertät trachte;[440]) man glaubte zu wissen, daß die Vermählung des jungen Königs von Ungarn mit der spanischen Erbtochter, die schon seinem verstorbenen Bruder verlobt gewesen, ausgemachte Sache sei; also nach König Philipp IV. Tod werde die unermeßliche Macht Karl V. wieder in einer Hand sein;[441]) zudem sei unzweifelhaft die Succession in Polen der Preis, für den Oestreich zu Polens Hülfe habe marschieren lassen. Es sei Zeit, dem Hause Oestreich den Glauben, als müsse aus ihm gewählt werden, zu benehmen, und den Frieden Europa's, den nur der ungemessene Ehrgeiz dieses Hauses gefährde, für die Dauer zu sichern; daß Oestreich dem Reich vierzehn Kaiser gegeben, sei kein Grund bei demselben zu bleiben; im Gegentheil, um so mehr müsse der Beweis geliefert werden, daß es noch Wahlfreiheit gebe.

Ob Mazarin's eigentlicher Gedanke gewesen, seinem Könige die

Kaiserkrone zu gewinnen, mag dahingestellt bleiben; die Wahl eines Oestreichers war er entschlossen in jedem Fall zu hindern. Seine Gesandten sprachen so, als ob es eine Beleidigung für die Krone Frankreich sei, an die Wahl des noch nicht einmal mündigen Königs Leopold Ignaz zu denken. Es sind von spanischen Truppen Briefe aufgefangen worden, in denen es hieß: „wenn der König von Ungarn nach Frankfurt komme, werde ein französisches Heer den Rhein hinabgehen, ihn in Frankfurt zu belagern und so die Wahl auf einen andern Ton zu intoniren". Und die Stimmungen in Frankfurt waren so, daß man Frankreichs hochherzigen Schutz der Libertät und Wahlfreiheit um so höher pries.

Für das Interesse Frankreichs war es zunächst das Wichtigste, durch ein langes Interregnum den Einfluß des Wiener Hofes im Reich zu lähmen, den schon so losen Verband des Reiches noch loser zu machen, die Fürsten und Stände an die leitende Hand und den Schutz Frankreichs zu gewöhnen. Nur zu gern bot der Mainzer Kurfürst die Hand dazu; den theuer erkauften Frieden zu sichern, den er so gern als sein eigenstes Werk ansah, hätte er von dem, um deß Willen der unglückliche Frieden allein Werth hatte, eins nach dem andern hingegeben; und er sah ihn erst dann gesichert, wenn auch Spanien und Frankreich ihren Frieden geschlossen hätten. Mit Wärme ergriff er und Boineburg die Aufforderung Mazarins, daß das Kurcollegium, also in dessen Namen Kurmainz und sein Minister, den Frieden zwischen Spanien und Frankreich vermitteln möge.

Und in derselben Richtung wirkte die schwedische Politik. Ihre Freunde in Norddeutschland, die Braunschweiger, Mecklenburger, der Herzog von Gottorp, hatten den Protest des niedersächsischen Kreises gegen den dänischen Einfall ins Bremische erhoben, Kursachsen, als Vicar des Reichs, denselben Protest wiederholt; die Frage über diesen Reichsfriedensbruch ward in der Reichsdeputation zu Frankfurt verhandelt, trotz des Protestes von Oestreich, da während des Interregnums eine Reichsdeputation nicht tagen könne. Also, hieß es, die einzige Art, wie sich die Stände außer den Kurfürsten während des Interregnums an der Wohlfahrt des Reiches betheiligen könnten, wage Oestreich zu hindern. Björnclou legte in einem Memorial dar (22. September), daß Oestreich den Reichsfrieden gebrochen: denn nicht als König von Ungarn, die ungarischen Stände hätten das Gegentheil beschlossen, sondern als König von Böhmen und Erzherzog sei König Leopold Ignaz in Polen, also gegen Schweden, das ja ein Reichsstand sei, eingerückt. Schweden forderte förmlich, daß zur Wahl nicht ge-

schritten werde, so lange der doppelt gebrochene Reichsfrieden nicht hergestellt sei.

Schon wenige Wochen nach Beginn des Wahltages waren die Geschäfte in vollster Verwirrung. „Das Recht der Kurfürsten und die Goldene Bulle wird bei diesem Wahltage einen argen Stoß bekommen, indem spanische, französische, dänische, venetianische, siebenbürgische, tartarische und vieler Fürsten und Völker Gesandte hier sind und bleiben wollen." Es war ein europäischer Congreß, um über „das ohne Haupt stehende Reich" zu verhandeln; nur der böhmischen Gesandtschaft machte man Schwierigkeiten, da die Krone Böhmen nur an dem Act der Wahl, nicht an den vorhergehenden Berathungen Theil zu nehmen habe. Im November wurde, „um das Pacificationswerk in die Hand zu nehmen", wie Frankreich wünschte, die Wahlsache vertagt. Viele der Gesandten, auch die brandenburgischen, reisten einstweilen hinweg.

Was sie beobachtet hatten, war vor Allem tiefes Mißtrauen gegen Brandenburg: „ein Jeder sucht hier seinen Privatnutzen, die Diener ihre Vergrößerung, der Herr und das gemeine Beste mag fahren wie es will; uns gönnt keiner die Macht; es ist gewiß, daß sie uns fürchten und die Armee apprehendiren." Boineburg, der sich gern Allen angenehm machte, hatte zu ihnen gesagt: „es schicke sich niemand besser zum Kaiser als Kurbrandenburg, wenn der Kurfürst nur katholisch wäre"; er fügte hinzu, „daß, wie er höre, der Kurfürst unter andern fürstlichen Tugenden auch die habe, freigebig zu sein, auch daß er sehr human sei und wegen der Religion niemanden irritire." Die Gesandten erwiederten, „katholisch zu sein wäre kein wesentliches Erforderniß; Se. Kf. D. begehrten die Wahl nicht, auch wenn sie dazu gelangen könnten." In ihrem Schlußbericht sagten sie: „in Beidem, in der nähern Alliance mit Frankreich und in der Wahlsache, haben wir uns dem Befehl gemäß erzeigt und Sr. Kf. D. freie Hand erhalten". [442])

Dahin also war seine Weisung gegangen; noch wußte niemand, wie er sich entscheiden wolle.

Es lag weder im Interesse seines Staates noch in seinem Charakter, sich mit der Bequemlichkeit einer faulen Alternative zu begnügen; er hatte eben so wenig Beruf und Neigung, sich in den Schweif der französischen Herrlichkeit zu begeben, wie etwa irgend eine Verpflichtung oder gar Dankbarkeit ihn band, dem Hause Oestreich durch Dick und Dünn zu folgen. Das schnöde Verfahren des Wiener Hofes bei der letzten Wahl war unvergessen. Mochten andere Kurfürsten um der Hunderttausende willen, die

Frankreich spendete oder versprach, oder für Anwartschaften und Gewährungen im Reich, mit denen Oestreich die Wahlen zu dirigiren geübt war, sich so oder so entscheiden, Brandenburg war in der Lage, aber zugleich in der Nothwendigkeit, nach politischen Motiven zu verfahren.

Im Rath des Kurfürsten hatten die ersten Erörterungen über diese Frage in der Zeit stattgefunden, als Karl Gustav Polen verließ, um gegen Dänemark zu ziehen, als er Cromwell zu gemeinsamer Action aufforderte und ihm deutsche Gebiete verhieß, als englische Truppen zu den französischen Heeren in Flandern stießen. Damals erschien Lisola am kurfürstlichen Hofe; er nahm die Miene an, als ob der Wiener Hof den Kurfürsten zum größten Dank verpflichte, wenn er ihm die Verzeihung des Polenkönigs und den ferneren Lehnsbesitz Preußens vermittle, als ob er dafür dessen Stimme zur Königswahl fordern dürfe; er benahm sich, als ob die Sache ohne Weiteres entschieden, als ob der König von Ungarn das geborne Haupt des Reichs sei.

Fast mehr noch als die Schweden waren die französischen Diplomaten in Königsberg über Lisola's Thätigkeit und Einfluß beunruhigt. Sie hatten eine lange Reihe von Verdiensten Frankreichs um den Kurfürsten herzurechnen, seine Ausgleichung mit Schweden 1655, die Souverainetät, die Beruhigung des Neuburgers, Dinge aus früherer Zeit zu geschweigen; sie waren erstaunt, daß er auch nur daran denken könne, sich mit dem Wiener Hofe einzulassen, den er in seiner Bedrängniß vergebens angerufen, der den Ständen in Cleve jeden Vorschub leistete. Sie erstaunten noch mehr, als ihnen das Schreiben Friedrich Wilhelms an Kurcöln in die Hand kam,[443]) welches in ziemlich deutlichen Ausdrücken die Wahl des Königs von Ungarn als die einzig mögliche bezeichnete.

Mochten sie inne werden, daß man hier nicht gemeint sei zu thun, wie sie forderten. Nach Prag, an den Hof des jungen Königs von Ungarn, sandte der Kurfürst (29. Juni) den Amtsrath Kittelmann mit Ausdrücken bereitwilligsten Entgegenkommens; aber er forderte eben das, was 1653 schon versprochen und nicht gehalten war, Zurückgabe Jägerndorfs oder als Ersatz dafür Glogau, Erledigung der Breslauer Schuld; falls man auf diese Forderungen erst sollte eingehen wollen, wenn er sein Verhältniß zu Schweden, so wie Lisola es beantragt, geändert habe, so sollte geantwortet werden, daß jene und diese Dinge völlig getrennt seien und bleiben müßten.[444])

Sofort nahm der Wiener Hof den Schein an, als sei ihm eine unbedingte Zusage geworden; namentlich in Frankfurt verfuhren die östreichi-

schen Diplomaten so, suchten damit Stimmen zu gewinnen; „sie lachen, daß, da ihnen so bange der Wahl halber gewesen, diese ihnen gleichsam angeboten werde; sie hätten sich nicht sehr nach ihr gedrängt, aber ausschlagen hätten sie sie auch nicht wollen.“

Dann folgte jene Pause in den Frankfurter Verhandlungen, die Bromberger Zusammenkunft. Mit Befriedigung sahen die Oestreicher, wie sich der Kurfürst immer weiter von Schweden entfernte, wie er sich an Polen band; sie berechneten, wie er, wenn die eingeleitete Friedenshandlung mißlang, sehr bald in der Lage sein werde, der Hülfe Oestreichs zu bedürfen, sie zu suchen; dann konnte man ihm den Preis machen. Einstweilen hielt man Kittelmann mit allgemeinen Versprechungen hin und mehrte, indem man weder für Dänemark noch für Polen das that, was die Liga forderte, die Verlegenheiten Brandenburgs.

Und doch hätte Alles daran gelegen, rasch zu fester Einigung zu kommen und der höchst bedrohlichen Verbindung der drei Mächte entgegenzutreten, bevor ein neuer Erfolg ihr Uebergewicht unwiderstehlich machte, und namentlich auf Deutschland einen Rückschlag gab, der eben jetzt, bei währendem Interregnum, von unberechenbarer Wirkung werden konnte.

Noch war es möglich. Wie stolz die französischen Herren in Frankfurt sprechen mochten, der Erfolg ihrer Waffen war weder in Italien noch in den Niederlanden dem entsprechend. Seit Monaten kämpften sie mit Cromwells Völkern vereinigt in Flandern, und das ganze Ergebniß war am Ende des Jahres, daß sie Mardyk genommen hatten. Ihnen gegenüber standen dort mit den Spaniern Tausende französischer Edelleute, die den ministeriellen Despotismus Mazarins[445]) verabscheuten, an ihrer Spitze der Prinz Condé, — standen Tausende englischer Cavaliere, die hier gegen den verhaßten Usurpator und für den legitimen König kämpften. In England selbst hielt nur Cromwells eiserne Hand den Aufruhr nieder; er hatte sich nicht mit Karl Gustav zum Angriff auf Dänemark verbinden wollen; jene maßlosen Entwürfe gegen das Haus Oestreich hielt er nicht an der Zeit.

Was wäre jetzt, wo sich die Schwedenmacht auf Dänemark stürzte, einfacher und leichter gewesen, als sie im Rücken zu fassen? Hatte Oestreich eine andere Absicht haben können, als es die Liga mit Polen und Dänemark schloß, Dänemark zur Offensive reizte? Auch das letzte Bedenken mußte schwinden, als man sah, wie bereit Brandenburg war, sich von Schweden zu trennen, gegen Schweden voranzugehen. Hier gegen Schweden ein entscheidender Stoß, hätte Spaniens Widerstand in Flandern und

Italien verdoppelt; und mit siegreichen Waffen in der Hand hätte man den Artikel Circulus für erloschen erklären, man hätte dem Ehrgeiz Frankreichs Schranken setzen, das deutsche Wesen dem schwedischen und französischen Einfluß zugleich schließen können. Mochten die rheinischen Kurfürsten, mochten die Fürsten in Norddeutschland noch so dienstbeflissene Anhänger Frankreichs und Schwedens sein, es hatte nichts zu bedeuten, wenn Oestreich und Brandenburg sich verstanden.

Der Kurfürst wäre thöricht gewesen, sich von Schweden zu entfernen und Polen zu nähern, sich die Möglichkeit der Verbindung, die Frankreich mit immer neuem Eifer suchte, entgehen zu lassen, um Oestreich suchend, bei den Evangelischen in und außer dem Reich Verdacht und arge Nachrede zu wecken, — er wäre thöricht gewesen, sich von denen abzukehren, die in erster Reihe ihm Gefahr drohten, und zu denen hinüberzutreten, denen erst sein Zutritt die Möglichkeit des Erfolges gab, wenn er kein anderes Motiv gehabt hätte, als die Zuversicht auf den guten Willen Oestreichs oder den Wunsch, nun auch Jägerndorf und die Zahlung der breslauischen Schuld zu erhalten.

Indem er sein Verhalten aus den großen Motiven der allgemeinen Politik bestimmte, indem er in ihr eine Stellung nahm, die sofort die schwerste Gefahr, die Rache Schwedens über ihn bringen mußte, indem er es auf sich nahm, diesen Kampf zu bestehen, trat er weit über den Bereich der deutschen Territorialpolitik hinaus. Er that es, während Oestreich zögerte und finassirte und nicht den Entschluß fand, so einzugreifen, wie die Lage der Dinge es forderte; er that es mit dem Bewußtsein des Zusammenhanges, welchen der Kampf, dem er entgegen ging, mit dem Wohl und Wehe des gesammten deutschen Wesens habe. Er ergriff ein großes deutsches Interesse, indem er sein eigenes vertrat.

Dies ist der Punkt, welcher die große Wendung der deutschen Dinge bezeichnet, die das Jahr 1658 bringen sollte.

Sie vollzog sich weder rasch noch leicht; sie war mehr als einmal daran, völlig zu scheitern.

Beim Beginn seines Zuges gegen Dänemark hatte Karl Gustav nicht ohne Sorge auf das, was in seinem Rücken drohte, gesehen. Die westpreußischen Festen waren schwach besetzt, Vorpommern konnte Czarnecky ungehindert durchheeren; die Gegner waren stark genug, seine schwachen Posten in Holstein aufzuheben und den Paß an der Eider zu sperren; und wenn sich die holländische Flotte mit der dänischen verband, war ihm auch das Meer geschlossen. „Ich habe," schrieb er, „nächst Oestreich keinen mehr an-

zuklagen, als Brandenburg." Aber er nahm den Schein an, als wolle er ernstlich den Frieden mit Polen, als glaube er nicht, daß der Kurfürst sich von ihm kehre: er wiederholte ihm die Versicherung seines persönlichen Vertrauens, „es seien nur gewisse perverse Leute, die S. Kf. D. von der bewährten Freundschaft abzuziehen versuchten".

In den Tagen, da der Kurfürst in Bromberg war, erstürmten die Schweden Friedrichsödde am kleinen Belt; es war der letzte und stärkste Punkt, den die Dänen in Jütland hatten. Karl Gustav bot ihnen Frieden, freilich unter unerhörten Bedingungen.

Die Verhandlungen in Berlin um den polnischen Frieden hatten kaum begonnen, als jene Nachricht dahin kam; Schlippenbachs Sprache wurde härter, heftiger, „so als ob sein König mit gehobenem Stock dastehe"; durch der Polen „insolente und hochtrabende Forderungen" werde der Friede unmöglich. Anfangs December verließ er Berlin.[446])

Jedermann mußte sehen, daß Gefahr im Verzuge sei. Detlef Ahlefeld, der dänische Gesandte in Berlin, drängte und bat, rief die Artikel der Liga an, beschwor den Kurfürsten, endlich den Vertrag zu ratificiren und in Action zu kommen. Aber Oestreich lähmte Alles.

Im October hatten die östreichischen Truppen unter Hatzfeld einen faulen Angriff auf Thorn gemacht, dann sich zurückgezogen, bald Winterquartiere gesucht. Umsonst forderten die Polen, daß man vorgehe, Dänemark durch eine energische Diversion erleichtere; Czarnecky sei bereit, zum zweiten Mal nach Pommern einzubrechen. An ihm, versicherte Hatzfeld, solle es nicht ermangeln; aber Brandenburg sei ja nicht aus der Stelle zu bringen, fordere noch Monate Rast für seine Völker; im tiefsten Vertrauen wies er aus den Verhandlungen des Kurfürsten mit dem östreichischen Hofe nach, daß man sich der schlimmsten Dinge von demselben zu versehen habe. Hoverbeck sah mit Sorge, wie die Stimmung der Polen kälter, argwöhnischer wurde. Endlich entdeckte er den Grund; er konnte Briefe vorlegen, die Hatzfelds Angaben Lügen straften, er konnte nachweisen, daß Oestreich in den Unterhandlungen mit Brandenburg durchaus die Gegenseitigkeit der Unterstützung weigere, die man fordere und fordern müsse. Nun sandte der Kurfürst Löben an den Hof nach Prag, kategorisch zu erklären, daß man weitere Vertröstungen und dilatorische Resolutionen für abschläglichen Bescheid nehmen werde, nach vier Tagen abzureisen. Man empfing ihn eben nicht freundlich, man fand es sonderbar, daß er seine Anträge nicht schriftlich überbringe, damit man sie reiflich debattiren könne; einer der Herren sagte: „wenn die östreichische Macht sich so weit in die septen-

trionalischen Lande vorthue, so werde der Feind hinter ihrem Rücken her und nach Schlesien gehen". Ohne den gewünschten Bescheid reiste Löben zurück.[447])

Aber mit Dänemark hätte der Kurfürst abschließen, in Gemeinschaft mit den Polen vorgehen können? Man hatte in Berlin die Nachricht und glaubte sie, daß Schlippenbach unter der Hand in Prag negociire; seinen Secretär Habbaeus hatte Löben dort gesehen; das Verfahren erst Lisolas, dann Hatzfelds ließ dem schlimmsten Argwohn Raum. Und als die Minister in Prag auf die zweideutigen Conferenzen mit dem Schweden angeredet wurden, sagten sie zur höchsten Ueberraschung Kittelmanns:[448]) mit Schweden sei der König von Ungarn gar nicht in Feindschaft; in Krakau hätten die östreichischen Truppen nur den Siebenbürgner angegriffen, dann seien sie durch das ihnen befreundete Polen bis Thorn marschiert, wo freilich die schwedische Besatzung einen Ausfall gegen sie gemacht habe; aber man habe vermieden, sich mit ihnen zu engagiren.

Noch peinlicher wurde des Kurfürsten Lage dadurch, daß Karl Gustav nach der Besitznahme von Friedrichsödde Truppen nach Pommern überzuschiffen begann; 4000 Mann standen in Wollin, wie es hieß, durch das brandenburgische Pommern nach Preußen zu marschieren; und inzwischen hatten die Holländer die schwedischen Erbietungen zum Frieden mit Dänemark mit Eifer ergriffen. Seheſtädt in Prag, Ahlefeld in Berlin erklärten: ihr König werde, da man ihn völlig im Stich gelassen, den Frieden, wie er denn sei, annehmen.

Nichts wäre für den Kurfürsten gefährlicher gewesen. Er wußte, daß König Friedrich persönlich zum Aeußersten entschlossen sei, mochten die dänischen Großen noch so lebhaft den Frieden wünschen; wenn Karl Gustav über Brandenburg beruhigt war, so konnte man berechnen, daß er den Dänen solche Bedingungen stellen werde, deren Annahme selbst der Reichsrath nicht empfehlen konnte.

Der Kurfürst sandte wenige Tage nach Schlippenbachs brüsker Abreise einen Vertrauten nach Wismar an Karl Gustav, den Wunsch auszusprechen, daß die polnische Friedenshandlung wieder aufgenommen werden möge. Karl Gustav sah mit Befriedigung, daß der Kurfürst einlenke: „sagt meinem Herrn Vetter, daß er nichts als Freundschaft von mir zu vermuthen hat; aber er hat viele Nachbarn, die ihn vielleicht mit großen Promessen von Schweden möchten abwendig machen; ich hoffe, daß er allezeit auf das evangelische Wesen sehen wird, daß dasselbe nicht zu Grunde gerichtet werde".[449]) Neben einem sehr freundlichen, eigenhändigen

Briefe des Königs und einer Einladung, Schwerin zu einer Conferenz mit Schlippenbach nach Neubrandenburg zu schicken, überbrachte der Botschafter ein officielles Schreiben vom 6. December, das in seinen stolzen und drohenden Ausdrücken sichtlich für die Veröffentlichung bestimmt war, die es denn bald genug fand.[450])

Die Nachricht von dieser Sendung nach Wismar, dieser Conferenz, die Schwerin sofort an Kittelmann nach Prag sandte, brachte da denn doch einigen Eindruck hervor. Namentlich der spanische Gesandte, der ernste und weitblickende Penneranda machte die eindringlichsten Vorstellungen. Schon vor Löbens Ankunft hatte er über das unheilvolle Zögern seine Mißbilligung ausgesprochen; wenn man die Dinge nicht anders angreife, werde er es seinem Könige berichten und nichts mehr mit der Sache zu thun haben. Als „die auerspergische Faction" in Betreff Jägerndorfs und der breslauischen Schuld immer neue Winkelzüge auf die Bahn brachte, wiederholte er seine Beschwerde in stärkerer Form: das Haus Oestreich sei in solcher Lage, daß, wenn Brandenburg von ihnen das Hemd vom Leibe fordere, man es geben müsse. Die spanischen Waffen begannen namentlich in den Niederlanden in Nachtheil zu kommen; noch einen Feldzug allein durchzuhalten schienen sie kaum im Stande; am wenigsten durfte den Schweden das Uebergewicht im Osten gelassen werden, das England und Frankreich so geschickt gegen Spanien auszubeuten verstanden.

Auch die feste Sprache, die Kittelmann führte, war sehr peinlich. Schon einmal war er daran gewesen, abzureisen; man begütigte ihn noch. Dann erhielt er die Weisung zu erklären, daß, wenn man ferner zögere, der Kurfürst genöthigt sein werde, andere consilia zu fassen, die hernach nicht mehr zu ändern stünden. Die östreichischen Herren hatten den Ausweg ergriffen, als ob es sich nur um Jägerndorf und die breslauische Schuld handle, hatten in dieser ein Arrangement vorgeschlagen, in Betreff Jägerndorfs sich erboten, ein Aequivalent von Polen zu erwirken, das an Oestreich große Summen schulde, hatten zwischendurch Bedenken über Waldecks Werbungen im Westphälischen ausgesprochen, den Verdacht geäußert, daß sie gegen Pfalz Neuburg gerichtet seien; schließlich erklärten sie: der König von Ungarn habe seinen guten Willen gezeigt, indem er für die breslauische Schuld 300,000 Thaler an Graf Schwarzenberg zu zahlen übernehme, der dafür die ihm noch verpfändeten Aemter in Halberstadt und den Marken abtreten werde; aber wegen Jägerndorfs halte des Königs Majestät sich nicht obligirt zu antworten, geschweige denn ein Aequivalent zu geben.[451]) „Kurz, man sieht," schreibt der kluge Kittelmann, „daß sie nur haben Zeit

gewinnen wollen, zu sehen, ob der Kurfürst ganz auf ihre Seite treten wolle, und nun, nachdem es geschehen, haben sie die Malice, daß sie gleichsam nichts davon wissen wollen, in der Zuversicht, der Kurfürst werde wegen Jägerndorfs nicht wieder zurücktreten wollen."

Aber mit jener Sendung nach Wismar wurde ihre Zuversicht doch bedenklich erschüttert. Nun endlich beauftragten sie Lisola und Montecuculi, der nach Hatzfelds Tod dessen Commando erhalten, in Berlin ernstlich zu verhandeln; daß es nicht eher geschehen, entschuldigten sie damit, daß die Acten wegen Jägerndorfs für Lisola, der nicht deutsch verstehe, erst ins Lateinische hätten übersetzt werden müssen.

Um den Jahresanfang begannen in der That die Unterhandlungen; die beiden Oestreicher brachten überschwängliche Versprechungen, „wie der Versucher im Evangelium", sagte der Kurfürst zum französischen Gesandten.[452]) Er wollte außer bindender Zusage für Jägerndorf nur die Defensiv-Allianz, gültig auf zehn Jahre. Noch feilschten sie, boten statt der geforderten 10,000 Mann nur 6000; „ich besorge," schreibt Ahlefeld, „wenn sie wirklich schließen und in Betreff der Zahl und der Zeit nachgeben, so werden sie doch den Vertrag nicht erfüllen, so lange die Wahl nicht geschehen ist."

Aber zugleich hatte Schweden seinen Residenten in Berlin beauftragt zu melden, daß nächstens Graf de la Gardie zur Fortsetzung der Friedenshandlung eintreffen werde, daß Schweden Frankfurt a. O. als Ort der Verhandlungen annehme, daß es gern zu Zugeständnissen bereit sein, ja selbst Preußen unter Umständen aufgeben werde. So klar es war, daß Karl Gustav Brandenburg und Polen nur hinhalten, den Abschluß mit Oestreich hindern wollte, so verfehlte doch dies Entgegenkommen nicht, den Oestreichern „Ombrage zu geben". Es kam ein erstes, ein zweites Zugeständniß aus Prag, jedes mit der lebhaftesten Anpreisung des besten Willens, herzinnigster Treue; nur immer die Hauptsache blieb noch aus.

Am 25. Januar hatte man in Berlin eine Nachricht, die Schweden seien in Seeland gelandet. Sie erwies sich als falsch. Aber sicher war, daß die schwedischen Truppen aus Jütland nach Friedrichsödde zusammengezogen wurden; und der harte und anhaltende Frost ließ fürchten, daß der Belt bald fest sein werde.

Der Kurfürst brannte vor Ungeduld; jeden Tag konnte das geschehen sein, was das Gerücht vorausgesehen. Montecuculi und Lisola versicherten, daß sie eben so wie er die Verzögerung beklagten; sie verstanden sich zu einer militärischen Conferenz, der außer ihnen Ahlefeld, Sparr,

Derfflinger beiwohnten (13. Febr.), damit Alles fertig und verabredet sei, sobald die wirkliche Conjunction stattfinde; aber erst müsse sich Brandenburg in der Frage der Wahl erklärt haben, es müsse feststehen, daß das Bündniß nicht blos gegen Schweden, sondern gegen Jedermann gelte.

Gewiß nicht die ganz nahe Gefahr Fünens, vielleicht die wachsende Erbitterung der Polen, die schon, da Oestreich die Liga nicht gehalten, die Abführung der östreichischen Truppen aus Krakau forderten, bewirkte den nächstweiteren Schritt: am 15. Februar erklärte Montecuculi, daß er zum Abschluß mit Brandenburg instruirt sei. Das Zugeständiß, welches er brachte, war, daß wenn das schwedische Pommern erobert werde, der König von Ungarn darauf keinerlei Anspruch machen wolle, sondern Stettin mit Damm, Demmin, Anclam, Wolgast, Greifswald, Stralsund und Wollin vom Kurfürsten allein besetzt werden sollten.[453]) Es wurde ein Off- und Defensivbündniß geschlossen, 10,000 Mann Oestreicher, 8000 Mann Polen, 3000 Brandenburger, die der Kurfürst auf 10,000 zu erhöhen sich bereit erklärte, sollten in vier Wochen conjungirt sein und unter persönlichem Befehl des Kurfürsten vorgehn. Er war entschlossen,[454]) mit diesem „Corpus von 32,000 Mann nach Holstein zu gehn und dem Feinde, um den Krieg desto eher zu endigen, dort eine Bataille zu liefern". Montecuculi reiste zu seinen Truppen, um, wie er sagte, Alles zum Marsch fertig zu machen. Die brandenburgischen Regimenter, welche Kanneberg, Waldeck, Andere in den Rheinlanden und Westphalen geworben, marschierten eilig der Elbe zu. Es wurden Avocatorien erlassen, welche alle kurfürstliche Unterthanen, die in fremden Armeen dienten, heimriefen, fremde Dienste zu nehmen untersagten; es wurden schwedische Pulverschiffe, die Pillau passiren wollten, schwedische Commandos, die durch kurfürstliches Gebiet zogen, angehalten. Alles zeigte, daß der Ausbruch des Kriegs ganz nahe sei.

Schon war der entscheidende Schlag gefallen; die Schweden waren über den Belt gegangen, die Dänen geschlagen: am 12. Februar stand Karl Gustav in Odensee. Und über das gefrorne Meer stand ihm der Weg weiter nach Seeland offen; man hatte für Kopenhagen, für die eingefrorne dänische Flotte zu fürchten.

Es galt die höchste Eile, wenn man Dänemark noch retten wollte. Der Kurfürst sandte Couriere über Couriere an Montecuculi, dessen Marsch zu beschleunigen; er erklärte dem dänischen Residenten, aufbrechen zu wollen, sobald die Oestreicher bis an die Grenze seines Landes gekommen seien; er zürnte, daß nicht schon Alles bei einander sei; er rief Gott zum Zeugen an, daß er nicht schuld an der Verzögerung sei, Gott solle ihn strafen, wenn

er eine Ader an seinem Leibe habe, die nicht mit der größten Ungeduld verlange, den Feind anzugreifen.[455] Alles um ihn her, seine Räthe, seine Generale und Obristen waren voll Eifer und Hoffnung; jeder empfand, daß der Moment gekommen sei, mit den Schweden endlich Abrechnung zu halten, vor Allen Derfflinger, „dessen Geist die andern dominirt"; und ihm hatte Montecuculi beim Abschied sein Wort gegeben, seine Truppen sofort an die pommersche Grenze zu führen.

Aber Montecuculi blieb vorerst ruhig in seinen Winterquartieren um Zduny, fünf Märsche südlich von Posen; auf die Nachricht von den Vorgängen in Fünen schrieb er: „er hoffe, die Sache werde so schlimm nicht sein." Von Posen, von Berlin aus wurde er bestürmt; wenn man jetzt die Zeit versäume, ließ ihm der Kurfürst durch General Goltz vorstellen, jetzt, wo die schwedischen Truppen erschöpft seien und zerstreut lägen, in Pommern und Preußen kaum genug, um die Festungen zu halten, in den Herzogthümern und Jütland, außerhalb Friedrichsöddes, kaum 3000 Pferde, so werde der Feind sich bald stark genug machen, daß aller Alliirten Kräfte ihm nicht mehr gewachsen sein würden; und man werde neben dem Schaden auch „die unauslöschliche Blame haben, daß man mit dem Könige von Dänemark nicht aufrichtig gehandelt, sondern ihn, da er im Vertrauen auf die ihm angebotene Hülfe den Krieg begonnen, jetzt, wo er sie am meisten nöthig habe, schändlich verlassen habe". Wenn Schweden erst Seeland habe, so werde man bald am Sundzoll merken, was die Schwedenherrschaft bedeute; Karl Gustav werde sich dann ins Reich wenden, die größeren Stände an sich ziehen oder zur Neutralität zwingen, die geringeren über den Haufen werfen, die Alliirten zu einem schimpflichen Frieden zwingen; wenn Oestreich auf Holland hoffe, so sei da zwar große Aufregung über die Gefahr Dänemarks, aber zugleich Scheu vor zu schweren Unternehmungen, und Schweden werde die Staaten leicht durch den Protector schrecken oder durch Zolltractate begütigen; der Moscowiter sei gegen Polen und Oestreich mißtrauisch und aufgebracht und werde von Schweden leicht zum Frieden, ja wohl gar zur Allianz zu bewegen sein.[456]

Montecuculi war ganz derselben Ansicht und ersuchte Goltz, sich zu überzeugen, daß er völlig bereit sei, auf den ersten Befehl des Kurfürsten aufzubrechen. Aber die Truppen waren nichts weniger als bereit, sie lagen lässig und zerstreut in den Winterquartieren.

Inzwischen war König Leopold Ignatius von Prag nach Frankfurt aufgebrochen; eine der ersten Nachrichten, die der Kurfürst von dort erhielt, war, daß Herr Volmar dem schwedischen Gesandten erklärt habe:

Brandenburg begehre dringend von Oestreich den Angriff gegen Schweden, aber der König, sein Herr, werde nie darein willigen; man habe dem Kurfürsten zwar einige Hoffnung dazu gemacht, aber es sei nur geschehen, um ihn in seinem Ungestüm aufzuhalten, und man werde fortfahren, so den Schweden nützlich zu sein.[457]) Freilich waren diese Aeußerungen dann von dem Fürsten Lobkowitz in Abrede gestellt, auch der lebhafte Wunsch geäußert worden, daß sie nicht nach Berlin gemeldet werden möchten. Sie mußten nur eine Mahnung mehr sein, nicht ohne Oestreich vorzugehen, nicht Montecuculi mit seiner Armee im Rücken stehen zu lassen, sich vorzusehen, daß nicht Oestreich trotz des geschlossenen Vertrages auf Kosten Brandenburgs Schweden gewinne, seinen Einfluß im Reich für König Leopolds Wahl in die Wagschaale zu werfen.

In staunenswürdiger Kühnheit war Karl Gustav von Fünen aus zu Eis über Langeland und Laaland nach Seeland gegangen. Den Dänen sank aller Muth; sie ersuchten des Protectors Gesandten, den Frieden zu vermitteln. Während das siegesstolze Heer, ohne irgend Widerstand zu finden, auf das schlecht befestigte Kopenhagen marschierte, wurde unterhandelt, am 27./17. Februar der Präliminarvertrag abgeschlossen. Mit 1500 Mann zu Fuß und 3000 Pferden hatte Karl Gustav Dänemark gezwungen, die Abtretung Schonens, Blekingens, Hallands, Drontheims, Bornholms, die Souverainetät des Herzogs von Gottorp zu gewähren.

Aber noch blieben wesentliche Bestimmungen in den flüchtig entworfenen Artikeln festzustellen; solche, die, wie die Souverainetät Schleswigs, die gemeinsame Fernhaltung aller fremden Flotten vom baltischen Meer, die Räumung streitiger Gebietstheile, zu neuen Differenzen führen konnten und mußten. Gleich bei den ersten Maßregeln zur Ausführung des Friedens ergaben sich Schwierigkeiten bedenklicher Art; sie wurden mit jedem weiteren Schritt größer. Es verlautete, daß Dänemark seine Truppenwerbungen in den Niederlanden fortsetzte. Selbst Frankreich schien von so unerhörten Erfolgen Schwedens nicht sehr erbaut, und Oestreich hatte sich alles Schlimmsten zu versehen.[458]) Noch jetzt konnte ein rasches und entschlossenes Vordringen die furchtbare Entwickelung der nordischen Dinge brechen. Dringend wurde von Kopenhagen aus darum gebeten.

Noch einmal versuchte es Friedrich Wilhelm bei Montecuculi (19. März). Er erhielt zur Antwort (26. März): „die östreichische Armee sei ganz bereit, in vier Wochen, wenn der Kurfürst befehle, an der Warthe zu stehen; er habe dasselbe bereits an Czarnecky mitgetheilt; es sei zu bedauern,

daß Dänemark, trotz seiner Macht und seiner günstigen Lage, nicht das Geschick oder den Muth gehabt habe, den Krieg ein halbes Jahr auszuhalten, und daß es, ohne die Alliirten zu erwarten, sich gebeugt und einen so wenig ehrenvollen Frieden geschlossen habe; er hoffe, die Alliirten würden nun um so fester zusammenhalten."

Aber am polnischen Hofe machte Oestreich, wie Hoverbeck meldete, darauf aufmerksam, daß der Kurfürst ein doppeltes Spiel zu spielen scheine, da er, dem der Oberbefehl über die conjungirte Armee übertragen sei, immer noch zögere, Marschordre zu geben. Und in Frankfurt fuhren die östreichischen Herren fort, in höchst sorgenvoller Weise auf die Gefahr eines Reichskrieges hinzuweisen, den Brandenburg begierig sei herbeizuführen und den man schon haben würde, wenn nicht Oestreich ihn von dem Einfall in Pommern oder Holstein zurückhalte; man verstand es, das hohe Verdienst des Königs von Ungarn ins Licht zu setzen, der, so sagte man, nicht gestatten werde, das Friedensinstrument zu brechen und die Krone Schweden, die ein Stand des Reiches sei, anzugreifen.

Jena schreibt in dieser Zeit einmal: „heutigen Tages spielen die Staatsleute aus den Taschen." Bei aller Vorsicht hatte sich der Kurfürst von der östreichischen Diplomatie doch hinters Licht führen, sich in eine Lage bringen lassen, die, so schien es, ihn nach allen Seiten bloß stellte.

War nicht vorauszusehen, daß Karl Gustav, nun mit Dänemark fertig, sich auf den Kurfürsten werfen werde, der ihm immer wieder in den Weg trat, der schon die Hand gehoben hatte, ihm den schlimmsten Streich zu versetzen? Und konnte Friedrich Wilhelm nicht mit Zuversicht darauf rechnen, daß sich Polen für ihn nicht eben in die Schanze schlagen, daß Oestreich ihn so gut wie den Dänenkönig im Stich lassen, daß die deutschen Fürsten, nicht blos die katholischen Freunde Frankreichs, dem theuer erkauften Frieden zu Liebe es geduldig mit ansehen, vielleicht ihren kleinen Gewinn dabei zu machen suchen würden?

Es fehlte nicht an Anzeichen, daß Schlimmes im Werk sei. In Frankfurt hatte Björnclou dem brandenburgischen Gesandten das Begehren seines Königs mitgetheilt, daß ihm Pillau, Hinterpommern und die Neumark geöffnet werden möge, „zum Paß nach Polen"; ein Begehren, das, da es nach dem Bromberger Vertrag nicht gewährt werden konnte, nicht viel anders hieß als einen casus belli suchen. Wie weit hinaus der Plan ging, schien die Verbindung, die der König durch Wolfsberg eben jetzt mit Magdeburg anknüpfen ließ, erkennen zu lassen.

Die Stadt Magdeburg hatte bisher sich geweigert, dem Administrator

die Huldigung, dem Kurfürsten die Eventualhuldigung zu leisten, indem sie auf Grund ihrer Privilegien reichsfrei zu sein behauptete; sie hatte sich an die Krone Schweden mit der Bitte gewandt, ihre Sache bei Brandenburg zu vertreten. Wolfsberg ging nach Magdeburg; man mußte schließen, daß Karl Gustav für seinen nächsten Feldzug sich dieser wichtigen Position versichern wolle.[459]) Dann war Wolfsberg nach Halle zum Administrator Herzog August von Sachsen gegangen; von dort erfuhr man, daß er Anträge weitgehender Art gemacht, daß er für den Anschluß des Administrators an Schweden den erblichen Besitz Magdeburgs versprochen habe. War der Administrator vielleicht nur die Brücke zum Dresdner Hofe? mit der jülichschen Frage konnte man diesen und die Ernestiner zugleich ködern. Und der Landgraf von Cassel, die welfischen Herren hatten schon in Berlin ihre ernste Besorgniß aussprechen lassen, daß das polnische Wesen den theuer erkauften Frieden im Reich gefährden könne; sie rüsteten auf das Eifrigste.

So drohenden Verhältnissen gegenüber erscheint das Verhalten des Berliner Hofes auffallend anders, als man es nach seiner bisherigen Haltung erwarten sollte. Es ist auch jetzt noch höchst behutsam, aber nichts weniger als unruhig oder deprecirend, höchst verhüllt, aber unter der Hülle von einer Bestimmtheit, die den Eindruck macht, als ob man mehr die Gunst als die Ungunst der Lage empfunden, als ob man gefühlt habe, wie man mit dem peinlichen Laviren her oder hin weiter gekommen sei und den Wind gewonnen habe. Freilich nun erst begann die Fahrt auf hoher See und, um in dem Bilde zu bleiben, in fliegendem Sturm.

Gewiß nicht darauf baute man Hoffnungen, daß Karl Gustav von Dänemark nicht nach Wismar, Stettin oder Marienburg, sondern nach Schweden gegangen war, wo er freilich für lange vollauf zu thun finden konnte, wenn er sich mit den höchst üblen inneren Verhältnissen seines Reiches beschäftigen wollte. Eben so wenig darauf, daß jetzt Oestreich gar eifrig zu werden schien, am polnischen Hofe zu einer Invasion nach Pommern drängte, mit der Ratification des brandenburgischen Vertrages über Erwarten schnell zur Hand war.

Wohl aber mochte man erkennen, daß Karl Gustav den ersten Schritt über den Gipfel seiner Macht hinüber gethan habe. Was er mit demselben von der Krone Dänemark erzwungen, war zu viel, als daß sie es hätte ertragen können, nicht genug, um sie völlig ohnmächtig zu machen; und wie hätte Holland, das mit Schweden immer noch über die „Erläuterungen des Elbinger Vertrages" verhandelte, jenen Artikel von der Ausschließung

fremder Flotten hinnehmen, wie geschehen lassen sollen, daß sich Dänemark demselben fügte? Wie man im Haag dachte, zeigte sich darin, daß die Sendung einer „außerordentlichen Flotte" in die Ostsee beschlossen war, daß sie mit lebhaftem Eifer gerüstet wurde. Selbst Cromwell war mit der Art, wie Schweden verfuhr, keineswegs zufrieden; er ließ durch Jepson, den er jetzt nach Berlin sandte, seinen Wunsch, daß der Kurfürst mit Schweden in Frieden bleibe, aussprechen, hinzufügen, daß, wer gegen Schweden die Waffen ergreife, auch Englands Feind sei; aber er verbarg nicht, daß er nicht gut heiße, wie Schweden den Frieden, an dem er als Vermittler betheiligt sei, einseitig deute.[460]) Frankreich endlich zögerte, auf die von Schweden gewünschte Offensivallianz einzugehen;[461]) es hatte für den Augenblick kein wichtigeres Interesse als die Verhandlungen in Frankfurt, und die Dinge dort lagen so, daß auf die Stimme Brandenburgs Alles ankam; bis zur Entscheidung dort hätte Frankreich keinen schwedischen Angriff auf Brandenburg gestattet.

Damit waren ein paar Monate gewonnen; dann mußte man weiter sehen; einstweilen nahm Friedrich Wilhelm seine Stellung so gedeckt wie möglich.

Am 20. März sandte er an Karl Gustav ein Schreiben nach Schweden, ohne Glückwunsch zum dänischen Frieden, ohne eine bedauernde Andeutung über das Erkalten ihrer Freundschaft, einfach „dienstfreundlich" die Bitte aussprechend, daß der König die bereits eingeleitete Friedenshandlung mit Polen so bald möglich fortsetzen lassen wolle, „da in deren Beschleunigung", so drückte er sich aus, „meine Sicherheit allein besteht." In gleichem Sinn wurde Goltz an den polnischen Hof gesandt; und Mazarin that Alles, um den Fortgang dieser Bemühungen zu unterstützen. Zu demselben Zweck sandte Holland den Herrn Isbrand, zugleich mit der Zusicherung, demnächst die Garantie des Wehlauer Vertrages, d. h. der Souverainetät Preußens, förmlich zu übernehmen.

Ungefähr in derselben Zeit (23. März) brachte Freiherr v. Fernamont des Königs von Ungarn Ratification des Vertrages vom Februar, der zugleich die Garantie der Souverainetät in sich schloß. Die Artikel waren bereits in die Oeffentlichkeit gekommen und von den Schweden und ihren deutschen Freunden, als auf Bruch des Reichsfriedens gemeint, heftig angegriffen worden. Dies gab dem Kurfürsten den Vorwand, seiner Seits, „da mehrere Artikel auf die veränderten Umstände nicht mehr paßten", die Ratification hinauszuschieben, sie von einer modificirenden Erklärung in Betreff jener Artikel abhängig zu machen.

Man sieht, der Kurfürst hat sich von Schweden losgemacht, ohne sich auf Discretion der östreichischen Politik ergeben zu haben. Aber wird nicht Frankreich aufhören, ihn zu decken, wenn er sich nicht bestimmt von Oestreich scheidet, wie er weder kann noch will? wird er einen Weg finden, sich auch von Frankreich loszumachen, ohne völlig ins östreichische Fahrwasser zu treiben?

Die Wahl von 1658.

Es würde unangemessen sein, von den deutschen Höfen, welche das Recht der Kaiserwahl hatten, nicht anzunehmen, daß sie ihre Entschließungen aus Gesichtspunkten des allgemeinen und Reichsinteresses faßten. Auch wenn diese Fürsten und ihre Minister durch Rücksichten anderer und zum Theil sehr bedenklicher Art bestimmt wurden, dann nur um so mehr hatten sie Anlaß, sich auf allgemeine Gründe zu stellen, um das, was sie thaten, vor sich selbst und der „ehrbaren Welt" zu rechtfertigen.

Gründe genug lagen vor, in der Wahl von dem Hause Oestreich abzugehen.

Daß der Wiener Hof trotz der ausdrücklichen Bestimmungen des Friedens von 1648 Spanien gegen Frankreich unterstützt, gegen Schweden sich mit Polen vereinigt habe, wurde von beiden Kronen mit dem heftigsten Vorwurf ausgesprochen. Vor Allem darauf gründeten sie ihre Einsprache gegen eine östreichische Wahl; es fehlte nicht an der Drohung, daß sie in derselben einen casus belli sehen würden. Nichts schien für Deutschland nothwendiger, als die Erhaltung des „so theuer erkauften, so durch Gottes unverdiente Gnade endlich hergestellten Friedens"; sollte man die Schrecken eines neuen Krieges, neuer Invasionen über das Reich bringen, um aus dem Hause Oestreich einen Kaiser zu haben?

Daß man dem Hause Oestreich den Krieg der dreißig Jahre danke, wurde mehr und mehr die allgemeine Meinung; wenigstens daß aus dem Joch des östreichischen Kaiserthums die „teutsche Freiheit" und das Evangelium gerettet sei, rechneten sich die beiden Kronen als ihr Verdienst an. Hatte der Hof zu Wien in den zehn Jahren seit jenem Frieden, der die Parität der Bekenntnisse und die Autonomie der Reichsglieder sicher stellte, den Beweis geliefert, daß er das, wozu er sich da verpflichtet, ehrlich zu halten und auszuführen den Willen habe? Der letzte Reichstag konnte statt der Antwort darauf sein.

Auch wer am nachsichtigsten urtheilte, wer anerkannte, daß der Wiener Hof durch die inneren Schwierigkeiten seiner deutschen und außerdeutschen Lande und durch seinen unabweislichen Zusammenhang mit der spanischen Linie des Hauses in seiner Politik bestimmt und entschuldigt sei, mußte doch zugeben, daß darum eine östreichische Wahl mit nichten um so wünschenswerther sei. Selbst abgesehen von der Kriegsdrohung der beiden Kronen, sie hatten ihre Stellung zu Deutschland eben darum im Kriege erringen und im Frieden vertragsmäßig feststellen können, weil sie gegen den Einfluß und Druck der spanisch-östreichischen Macht im Reich den rettenden Schutz gaben. Oestreich wieder an die Spitze des Reiches stellen, hieß ihre Gegenstellung im Reich dauernd nothwendig machen.

Jedes patriotische Gefühl mußte darauf gewandt sein, allen Einfluß fremder Mächte aus dem Reich zu bannen. Mochte Spanien mit Burgund, Oestreich mit den Erblanden und noch loser mit Böhmen zum Reich gehören, mochte die Krone Schweden, die Doppelkrone Dänemark-Norwegen Reichslande inne haben, die einzige Möglichkeit, das eigentliche Deutschland trotzdem selbstständig zu erhalten, war, daß man keiner fremden Krone die des Kaiserthums hinzufügte. Hatte der Friede von 1648 das eigentliche Deutschland zwischen Frankreich und Schweden, Spanien und Oestreich gestellt, so mochte man dieser Zwischenstellung in der Wahl des neuen Kaisers einen positiven Ausdruck geben. Ein Reichsoberhaupt aus diesen eigentlich deutschen Bereichen gewählt schien das Reich davor zu sichern, daß es weder in seinen Freiheiten gehemmt, noch außerdeutschen Interessen zu folgen gewungen werde; es schien, indem es den fremden Mächten die Gewißheit gab, daß Deutschland, friedlich in ihrer Mitte, sich von ihren Rivalitäten fern halten werde, das Reich vor jeder fremden Einmischung, vor jeder Gefahr von Außen zu sichern. Mochten dann Oestreich und Spanien, Schweden und Dänemark als europäische Mächte rivalisiren und hadern, so viel sie wollten, als Glieder des Reichs standen sie in der großen Friedensgemeinschaft des Reichs und durch sie freilich in einem Theil ihrer Macht gebunden, aber auch geschützt. Das Reich war der natürliche Ausgleicher der europäischen Rivalitäten; der Reichsregierung fiel die schöne Aufgabe zu, selbst ohne Ehrgeiz und Eroberungsgelüste, vermittelnd und beruhigend das öffentliche Recht und den Frieden Europa's zu vertreten.

Diese hohe irenische Rolle zwischen den kriegsgewaltigen Mächten zu spielen, der Christenheit diesen Dienst der Weisheit, Gerechtigkeit und

Mäßigung zu leisten, dem deutschen Vaterlande in dieser Mission eine neue Bedeutung zu gründen, das war der reichspatriotische Ehrgeiz des Kurerzkanzlers von Mainz und seines Boineburg. Und der an Gebiet mächtigste geistliche Fürst im Reich, Maximilian von Cöln, Lüttich, Hildesheim, Herzog von Baiern, vereinigte sich mit dem Mainzer, diesen Gedanken zu verwirklichen.

Mainz und Cöln hatten zunächst dazu den Erzherzog Leopold Wilhelm ausersehen, den Deutschmeister und gewesenen Statthalter der Niederlande; er lehnte den Antrag im Interesse seines Neffen, des Königs von Ungarn, ab.

Dem Vorschlage Frankreichs, den Pfalzgrafen von Neuburg zu wählen, stellte Schweden das Bedenken entgegen, daß dafür die kurbrandenburgische Stimme nicht zu gewinnen sein werde;[462]) es empfahl den jungen Kurfürsten von Baiern, gegen den niemand etwas einwenden könne; aus dem Hause Wittelsbach, das jetzt drei Kurfürsten und einen König zähle, werde er dem Reich ein würdiges Haupt sein. Mit dem größten Eifer war Frankreich thätig, in München für die Annahme der Wahl zu wirken; um den Anfang des Jahres schien der Erfolg gewiß.

Aber war der Grundgedanke jenes irenischen Systems gesund, der Realität entsprechend, reichspatriotisch? sicherte man Deutschland und den Frieden der Welt, wenn man das Reich möglichst ohnmächtig zwischen die kriegerischen Mächte Europa's stellte? Freilich mit jener friedseligen und diplomatischen Rolle, die man der künftigen Reichsregierung zuwenden wollte, ersparte man den Territorien die schweren militärischen Anspannungen, mit denen jetzt Brandenburg seine Lande erschöpfte, um sich in den nordischen Wirren zu behaupten; mit jener unschuldsvollen Zwischenstellung des Reichs, die sich weder für das Haus Oestreich, noch für dessen Gegner entschied, gab man dem „ehrlichen Deutschen" das schöne Bewußtsein, unpartheiisch in den Händeln der Welt, in ungestörtem Frieden nachsinnen zu können, wo Recht und Unrecht sei, um schließlich seine tugendhafte Entrüstung in die Waagschale zu werfen. Wie aber, wenn es den kriegsgewaltigen Mächten einfiel, sich nicht darum zu kümmern, wie sich die guten Deutschen die Welt dachten? wie, wenn sie die ideale Bannlinie, die das heilige Reich umschließen sollte, nicht respectirten? War irgend ein vernünftiger Grund da, zu vermuthen, daß die Stände des Reichs auf den Ruf der Kreisverfassung, der Reichsexecutionsordnung schneller zur Hand sein, bereitwilliger ihre Römermonate zahlen würden, wenn ein ohnmächtiges Reichsoberhaupt, ein Kaiser der „Zahlkreise" ihn ergehen

ließ? daß sie weniger der Gunst und dem Gelde fremder Potentaten zugänglich sein würden als bisher, wo die spanisch-östreichische Macht des Reichsoberhauptes immer noch ein gewisses Gegengewicht hatte bieten können? Glaubte man wirklich, daß der Wiener Hof, die Krone Spanien der noch so vernunftgemäßen Ohnmacht des künftigen Reichsoberhauptes sich unterordnen, daß das waffenstrotzende Schweden, das in der vollen Lust des Ehrgeizes, der überlegenen geistigen und socialen Bildung einer großen Zukunft emporstrebende Frankreich sanft wie ein Lamm der Stimme des Friedens und des öffentlichen Rechts, wenn der Kurerzkanzler sie erhob, folgen werde?

Am wenigsten konnte man glauben, auf diesem Wege das zu erreichen, um deß Willen man den theuer erkauften Frieden durchaus erhalten zu müssen so gern vorgab. Gewiß bedurfte das tiefgesunkene deutsche Wesen des Friedens, um sich in seinem wirthschaftlichen Leben wieder aufzurichten; und den unverdrossenen Fleiß des Landmannes in der Pfalz, in Franken, in Niedersachsen belohnten die wiederbestellten Fluren, Obst- und Weingärten mit reichem Erntesegen. Aber der städtische Verkehr, der belebende Großhandel vom und zum Meere war gebrochen; daß erst dreißig Jahre lang Kriegsvolk aus aller Welt sich mit deutschem Gelde die Taschen gefüllt, daß dann Schweden kraft des Friedensschlusses aus den verarmten Reichslanden noch Millionen baares Geld gezogen hatte, daß nun die schwedischen Zölle längs der ganzen deutschen Ostseeküste, schwedische und dänische Zölle bei Glückstadt, Stade, in der Wesermündung, von den holländischen in den Rheinmündungen nicht zu sprechen, den Verkehr von und nach Deutschland brandschatzten, das war, wie wenn einem durch Blutverlust erschöpften Körper immerfort mehr Blut entzogen wird. Bis zur Schwedenzeit waren die Seezölle mäßig gewesen; schon Gustav Adolph hatte das Geld zu seinem deutschen Kriege aus den Licenten erst Lieflands und Preußens, dann Pommerns und Mecklenburgs entnommen; dann hatten die Herren Spiring aus Holland ihm jenes Tarifsystem vorgeschlagen und eingerichtet, das die Erträge jedes Seehafens um das Fünf- ja Zehnfache steigerte; der Großhandel, also in erster Reihe Holland, das auch anderswo Getreide, Flachs, Holz kaufen, auch anderswohin seine Colonialwaaren und Fabrikate absetzen konnte, bezahlte diese Differenz nicht; aber der deutsche Producent machte um so weniger Gewinn, der deutsche Consument bezahlte um so theurer; und die dem wirthschaftlichen Leben zugemutheten Opfer dienten nicht, die öffentliche Macht daheim desto stärker zu dessen Schutz zu machen, sondern machten die Macht und den

Reichthum fremder Völker nur um so fähiger und gieriger, um so größere Opfer zu erzwingen.

Unter solchen Bedingungen — ich unterlasse es, diese höchst anziehenden Dinge weiter zu erörtern — war es unmöglich, daß sich das wirthschaftliche Leben Deutschlands wieder hob und so der Friede seine ausheilende Kraft bewährte; es war unmöglich, so lange diejenigen, welche das officielle Deutschland waren, nicht begriffen, daß ein Friedensstand, der die Rhein-, Weser-, Elbe-, Odermündungen in fremder Gewalt und unter der Willkür fremder Tarife ließ, schlimmer sei als die noch so schwere Kraftanstrengung, solches Joch erst zu zerbrechen, dann für immer fernzuhalten.

Die rheinischen Fürsten und ihre Staatsmänner waren von Erwägungen solcher Art sehr weit entfernt. Wenn sie jenen Weg, den sie einschlugen, darum wählten, weil sie Frankreich fürchteten und an dem Glück des Hauses Oestreich verzweifelten, oder wenn sie es thaten, weil sie reichlich Geld und Gnaden von Frankreich dafür erhielten oder erwarten durften, so war das zwar nicht reichspatriotisch, vielleicht auch nicht klug gerechnet, aber es war erklärlich. Wenn aber ihr Verfahren auftrat mit dem Anspruch, ein durchdachtes politisches System zu sein, so ist es nicht möglich, hart genug über dasselbe zu urtheilen, wie hoch immer die Staatsmänner, von denen es ausging, Johann Philipp von Mainz und Boineburg, gepriesen worden sind, auch von dem großen Leibniz, der wenige Jahre später unter ihnen seine publicistische Laufbahn begann. Es war eine Politik der Utopien, der Selbsttäuschung, die nur zu sehr vergaß, daß der Staatsmann mit derben Realitäten zu thun hat, und daß er in ihnen wie sie sind, nicht wie er sie sich denkt oder wünscht, die Bedingungen, die Schranke und Energie seines Thuns hat, — dieselbe Politik, die dann in immer neuen „Inventionen" bemüht war, die Ohnmacht als Macht wirken zu lassen, ähnlich wie damals so viele Adepten das „große Geheimniß" suchten, wie man aus Blei oder Eisen oder Werthloserem Gold machen könne; — dieselbe Politik, welche zwölf Jahre später, als Frankreich sich zu einem gewaltigen Schlage gegen Holland erhob, ein Project zur Eroberung Aegyptens ausarbeitete und dem stolzen Ludwig XIV. vorlegte, in der Hoffnung, er werde lieber dem folgen, was die Staatskünstler am Rhein sich ausgedacht, als das ausführen, was er selbst für ruhmvoll und dem Interesse seiner Macht entsprechend hielt.

Wer immer in diesem irenischen System die Einigung Deutschlands möglich und das Reich zu erneutem Einfluß auf Europa befähigt sehen

mochte, Friedrich Wilhelm war nicht der Fürst für eine so eunuchenhafte Politik. Er hatte mit seinem und seiner Territorien angestrengtestem Vermögen gearbeitet, hatte auch Härte und schweren Druck seiner Lande nicht gescheut, um seinen Stand zu behaupten; nun ins dritte Jahr hatte er die Wucht eines schweren Krieges auf sich; er stand vor der entscheidenden Wendung desselben. Wie hätte er sich jetzt um die Staatsklügeleien der Politiker am Rhein oder um die deutschen Sympathien auf der „Frankfurter Meß" viel kümmern sollen? Die sehr ernste Wirklichkeit schrieb ihm vor, was er zu thun und zu lassen habe.

Er an seinem Theil war entschlossen, sich dem schwedischen Joch zu entziehen und das französische nicht auf sich zu nehmen. Er täuschte sich keineswegs über die östreichische Politik; er wußte, wessen er sich von ihr zu versehen habe; aber sein eignes Interesse, das Deutschlands, die allgemeine Lage der Dinge wies ihn an sie. Und bedurfte sie seiner nicht in gleichem Maße? Es kam Alles darauf an, ob die Linie des gemeinsamen Interesses zu finden und in genügender Weise zu sichern möglich sei.

Es war, als der Wahltag im Herbst 1657 begann, noch keineswegs ausgesprochen, daß Brandenburg östreichisch wählen wolle; aber daß es geschehen werde, schien nach der allgemeinen Lage der Dinge wahrscheinlich. Zunächst war nur Kursachsen bestimmt für Oestreich; dann begann auch Trier sich herüber zu wenden. Die Bemühungen von Cöln, Mainz, Frankreich, den jungen Kurfürsten von Baiern zur Annahme der Wahl zu bestimmen, hatten in dem Moment, wo sie gelungen schienen, die entgegengesetzte Wirkung.

Und mehr noch, zwischen Mainz und den französischen Herren brachte dies Mißlingen in München, das Mißlingen der mit so gewichtiger Miene angekündigten Friedensvermittelung mit Spanien eine augenblickliche Verstimmung hervor, der der Kurerzkanzler einen Ausdruck geben zu müssen glaubte. Er lud den König von Ungarn ein, nach Frankfurt zu kommen, um seine Wahlstimme für Böhmen abzugeben, als stehe der Wahl nichts mehr im Wege.[463])

Mit dem Ausgang März kam auch die brandenburgische Gesandtschaft, an ihrer Spitze Fürst Moritz von Nassau, an Hoheit der Geburt und militärischem Ruhm keinem der Anwesenden, auch dem glänzenden Herzog von Grammont nicht nachstehend, wenn schon in dessen Denkwürdigkeiten von ihm gesprochen wird, als wenn er nur ein vornehmer Schwätzer gewesen sei, den man mitgeschickt habe, um die Honneurs der Gesandtschaft zu machen.

Die Namen des Fürsten, Jena's, Cansteins deuteten allerdings eine bestimmte politische Richtung an. Aber ihre Ernennung war schon vor Monaten erfolgt; war die Lage der Dinge noch dieselbe?

Der Kurfürst bezeichnet sie in einer Zuschrift vom 30. März — „damit ihr nun eigentlich unsere Intention wissen mögt" — als höchst schwierig und die äußerste Aufmerksamkeit fordernd. Er habe sich freilich mit der Krone Polen verglichen, habe dann, um der von Schweden drohenden Gefahr zu begegnen, mit Oestreich ein Bündniß einleiten, selbst daran denken müssen, das praevenire gegen Schweden zu spielen. Aber da die Oestreicher ihre rechte Intention nie hätten an den Tag geben wollen, da sie am polnischen und dänischen Hofe alle Schuld der Verzögerung auf ihn geschoben, im Reich und in Frankfurt zugleich ihn auf das Höchste gravirt hätten, als dränge er, den Frieden des Reichs zu brechen; da ferner inzwischen der dänische Friede geschlossen sei, da endlich die Befreundeten im Reich ihm von weiterem Vorgehen abriethen mit der Versicherung, daß ihm dann von Schweden nichts Feindliches widerfahren werde, so habe er rathsam gefunden, die Sache jetzt nicht weiter zu präcipitiren, wenn schon Oestreich sehr dränge, die Conjunction fortzusetzen und die Allianz zu ratificiren. Dazu komme, daß Schweden den Durchmarsch durch Pillau, Pommern und die Neumark begehre, den er nach dem Vertrage mit Polen nicht gewähren könne; auch hätten die Polen den desperaten Entschluß gefaßt, wenn Schweden wieder durch Reichsland kommend sie angreife, ihrer Seits ins Reich einzubrechen und da so viel Schaden anzurichten, als sie von den Schweden erlitten hätten. Ohne ungeheure Gefahr für den ober- und niedersächsischen Kreis könne er keinen Entschluß fassen; aber lange könne es in diesem Zustand nicht bleiben; es gebe keinen Ausweg, als den Frieden zwischen Polen und Schweden, und sie hätten mit allem Eifer in Frankfurt dahin zu arbeiten, daß derselbe auch von dort aus gefordert und gefördert werde; wenn, wie vielleicht zu erwarten, Oestreich denselben hindern wolle, so sollten sie dem Hinziehen der Wahl, falls die andern Kurfürsten es wünschten, nicht entgegen sein. Vor Allem müsse von Frankfurt aus die Krone Schweden von jeder Feindseligkeit gegen brandenburgisches und anderes Reichsland abgemahnt, auch ihr der Durchmarsch nach Polen versagt werden, um so mehr, da sie bei dem obersächsischen Kreistage sich feierlich verpflichtet habe, wenn die Polen keine Invasion ins Reich machten, sich deren gleichfalls enthalten zu wollen. „Ihr seht selbst, in was für Gefahr unser Estat steht und wie hochnöthig es sein will, mit allem unausgesetzten Fleiß an Rettungsmittel zu denken."[464])

Also des Kurfürsten erste Forderung war, daß das Reich sich endlich entschließe, zum Schutz der norddeutschen Reichslande wenigstens mit der Forderung des Friedens, mit bestimmten Erklärungen gegen die Krone Schweden einzutreten.

Aber die Versammlung in Frankfurt stellte das Verhältniß zu Frankreich voran. Frankreich gab schon die Hoffnung auf, die Wahl Leopold's zu hindern; es erklärte, daß ihm gleichgültig sei, wer gewählt werde, daß es aber in der Wahlcapitulation die bindendste Verpflichtung des Reichsoberhauptes, Frankreichs Feinde nicht zu unterstützen, fordern müsse, damit es nicht zu neuem Kriege gegen das heilige römische Reich genöthigt werde. Mainz, Pfalz stimmten mit Eifer bei, Cöln erklärte „ohne Scheu und öffentlich, um des Reiches Ruhe willen habe es die Pflicht, diesen Artikel (XIII.) der Capitulation durchzusetzen, möge es verdrießen, wen es wolle." Diese drei drohten mit Protesten, mit förmlicher Secession. Die Braunschweiger, Cassel, die meisten Evangelischen und viele Katholische forderten als die erste Pflicht die „Satisfaction" Frankreichs; schon wurde von einem engeren Bündniß dieser Kurfürsten und Fürsten mit Frankreich gesprochen, „wenn es nicht schon geschlossen ist." [465]) Die öffentliche Meinung war vollkommen von diesen Vorstellungen beherrscht: „in der ganzen Stadt und auf der Messe ist die Rede, Kurmainz wäre allein derjenige, welcher des Reiches Wohlfahrt wahre, sich des Reiches Sicherheit und Freiheit angelegen sein lasse, wie noch nie von katholischer Seite geschehen, [466]) Brandenburg hingegen habe die evangelische Parthei verlassen und stehe wider alles Verhoffen diesem hochherzigen Werke entgegen; die Evangelischen hätten gar kein Vertrauen mehr zu Brandenburg; das Bündniß mit Oestreich, dem das mit Spanien folgen werde, könne, so sagen sie, mit der deutschen Freiheit, dem Evangelio, dem Interesse des Reichs, dem eigenen Interesse des Kurfürsten nicht zusammengereimt werden." Nicht blos Mainz und der cölnische Fürstenberg, auch Trier, auch Sachsen, jeder für sich, warnten den König von Ungarn vor Brandenburg; „wenn es auch jetzt etwas in Decadence sei," sagte Fürstenberg, „so werde es doch bald wieder herfürkommen." Natürlich waren die östreichischen Herren um Brandenburg um so weniger bemüht, als es isolirter stand; man könne ja, hieß es jetzt, für Jägerndorf die kleine Grafschaft Reinstein geben; und die evangelischen Freunde meinten, in Betreff des von Schweden begehrten Durchmarsches werde es das beste Mittel sein, alle Gefahr eines Zerwürfnisses zu beseitigen, wenn Brandenburg denselben einfach gewähre.

Friedrich Wilhelm hatte wohl Grund indignirt zu sein. „Es befremdet uns nicht wenig,“ schreibt er den Gesandten, „daß, wenn von Sicherheit des Reiches geredet wird, solches bloß und allein auf die rheinischen Kreise restringirt wird, daß man nur daran denkt, der einst möglichen Gefahr derselben zu begegnen, und die wirkliche und schon vorhandene Gefahr für die brandenburgischen Lande und den ober- und niedersächsischen Kreis für nichts achtet, nicht anders, als wenn diese Kreise oder wenigstens unsre Lande nicht zum Reich gehörten.“ Vor drei Jahren habe er umsonst beim Reiche nachgesucht, sich seiner gegen die Schweden anzunehmen; als er sich dann mit Schweden einlassen müssen, sei „an allen Höfen des Reiches viel Widerwärtiges“ geäußert, ja in öffentlichen Versammlungen die Invasion der Polen in seine Lande mit Beifall begrüßt worden; jetzt, wo er sich mit Polen verglichen und seit Jahr und Tag nichts gesucht, als daß das Reich sich seiner gegen Schweden annehme, finde er nichts als lauter Unwillen, und werde als Vorwand dazu das Bündniß mit Oestreich benutzt, während er doch, ehe von demselben die Rede gewesen und er von Oestreich alle Widerwärtigkeit zu besorgen gehabt, keinen besseren Beifall von jemand im Reich zu verspüren gehabt. Wenn er sich je so gegen einen Stand im Reich erwiesen, so würde er sich nicht beschweren: „da aber die unpartheiische Welt bezeugen muß, daß wir uns des gemeinen Wesens und eines jeden Hauses im Besondern treulich und eifrig angenommen, so müssen wir bekennen, daß es uns nicht wenig zu Gemüth geht, daß wir solche Kaltsinnigkeit verspüren müssen.“

Seit den ersten Apriltagen war die officielle Berathung der Capitulation im Gang; sie zeigte, daß das Kurcollegium völlig gespalten war: Mainz, Cöln, Pfalz stand gegen Sachsen, Baiern, Trier. Friedrich Wilhelm schrieb seinen Gesandten: „unser Staat und die Beschaffenheit dieser Zeit ist also gestaltet, daß wir in einem und andern etwas behutsam gehen und vor gänzlicher Beipflichtung einer Parthei uns hüten müssen; wenn wir aber auch eine gewisse Parthei ergreifen sollten, welches dann bloß und allein bei dieser Zeit Läuften um unserer Lande Sicherheit geschehen würde, so ist doch unsere Intention nie gewesen, allemal dergestalt beizufallen, daß wir Salutem Imperii aus den Augen setzen wollten.“

Mit jeder neuen Abstimmung zeigte sich, daß Brandenburgs Stimme entscheide und daß man sie zu gewinnen suchen müsse. Und was für Brandenburg das Erste und Wesentliche war, wußte jeder; es stellte einen

förmlichen Antrag auf Schritte zur Herstellung des Friedens zwischen Polen und Schweden. Gern waren die Oestreicher und ihr Anhang bereit, zum Frieden zu helfen, nur müsse Frankreich nicht die Vermittlung erhalten; gern war Frankreich und dessen Anhang bereit, denselben Frieden zu fördern, aber die erste Bedingung sei das Aufgeben der polnisch-östreichischen Liga. Endlich erklärte Oestreich, daß es die französische Mediation zwar nicht gut heißen, aber geschehen lassen werde; sofort beschloß das Kurcollegium nach dem Antrag Brandenburgs.

„Gott der Allerhöchste hat die Gnade gegeben, daß noch selbigen Tags, wo wir Sr. Kf. D. Wunsch ausgesprochen, so resolvirt worden," schreibt Jena 4. Mai. An Schweden, Polen, den König von Ungarn, den Kurfürsten wurden im Namen des Kurfürstenconvents Schreiben erlassen, zum Friedensschluß aufzufordern, an Schweden und Polen zugleich mit dem ausdrücklichen Ersuchen, das Reichsgebiet weder mit Feindseligkeiten noch Durchmärschen zu belästigen.[467])

„Den Herren Schweden ist eben wohl nicht am besten bei der Sache und lassen sich nichts Bedrauliches mehr vernehmen, vielmehr daß sie zum Frieden geneigt sind und ihre Kräfte lieber anders wohin wenden."[468])

Karl Gustav war in Gothenburg, vollauf beschäftigt mit den inneren Angelegenheiten Schwedens, zugleich mit Dänemark über die Ausführung des Roschilder Friedens unterhandelnd, die schon an allen Ecken stockte. Er hatte auf des Kurfürsten Schreiben vom 20. März, das die Förderung der polnischen Verhandlungen forderte, entgegenkommender, als erwartet werden konnte, geantwortet.[469]) Zugleich bat Schlippenbach dringend um eine Besprechung mit Schwerin, die in Prenzlau stattfand. Er wiederholte, daß des Königs Absichten die besten seien, daß sich Alles zu des Kurfürsten contentement und Sicherheit fügen werde, dem die ganze Welt zu der bisher geführten conduite gratuliren müsse; der König werde demnächst nach Holstein kommen und wünsche lebhaft, daß der Kurfürst ihm einige seiner Räthe entgegenschicke, um mit ihnen, mit denen der braunschweigischen und hessischen Fürsten, denen Englands und Frankreichs über die dänischen, polnischen und andere Dinge zu verhandeln.[470]) Um den 21. Mai reisten Schwerin und Weimann nach Holstein ab, zu nicht geringer Bestürzung der östreichischen Herren in Berlin. Man beruhigte sie mit der Versicherung, daß die Ratification des Vertrages mit Oestreich bereits in der Kanzlei sei.

Schon waren die Dinge in Frankfurt um einen sehr ernsten Schritt weiter gekommen.[471]) Es war über den Artikel XIII der Wahlcapitulation,

der dem künftigen Kaiser die Unterstützung der Feinde Frankreichs untersagen sollte, lebhaft gestritten. Die Oestreicher hatten erklärt, daß ein solcher Artikel nicht zu ertragen sei. Der päpstliche Nuntius San Felice legte Verwahrung dagegen ein: die Truppen Cromwells in Flandern zu bekämpfen, hindre das Friedensinstrument, das nur von Frankreich spreche, den Kaiser nicht; es ihm in der Capitulation versagen, würde der Ehre und der katholischen Religion zuwider sein.[472]) Es standen drei gegen drei Stimmen; Brandenburg entschied für die Beschränkung.

Es war vorgeschlagen, eine ähnliche Sicherung für Schweden und dessen Reichslande vorzunehmen; auch die Freunde Oestreichs, erbittert über jenes Votum Brandenburgs, waren dazu geneigt; die brandenburgischen Gesandten erklärten, wenn es geschähe, würden sie sich der schließlichen Abstimmung über den ganzen Artikel enthalten, d. h. auch die französische Satisfaction unentschieden lassen. Nun drängten die Franzosen selbst, daß man den Passus für Schweden auslasse; nur Kursachsen blieb für denselben.[473])

Noch war die Gesandtschaft des Kurcollegiums an Brandenburg, Polen, Schweden nicht abgefertigt. Der König von Ungarn verzögerte seine Erklärung über diese Sache; und ohne diese, sagte Sachsen, könne man nicht zur eigentlichen Instruction schreiten. Die brandenburgischen Gesandten kehrten den Spieß um: oft genug habe Brandenburg auf die Gefahr jenes Krieges aufmerksam gemacht und gefordert, sich der Sache so anzunehmen, daß jeder Stand des Reichs bei dem Frieden von 1648 und den Reichsconstitutionen sicher bleiben und auf allen Fall wirkliche Hülfe und Assistenz vom Reich haben möge; die Zögerung Oestreichs dürfe nicht weiter aufhalten; sie bäten jetzt darüber Resolution zu fassen, damit ihr Herr „seinen Staat danach machen und wissen könne, wessen er sich zu getrösten". Sofort erklärte sich Trier zu wirklicher Assistenz bereit, mit dankbarer Erinnerung an Brandenburgs Hülfe 1654; nicht minder Cöln, mit dem Wunsch, daß der alte Kurverein vorgenommen und zu diesem Zweck werkthätig gemacht werde. Auch Kursachsen versicherte, zur Hülfe der Reichsordnung gemäß bereit zu sein. Die Abstimmung über diese Assistentia Electoralis am 15. Mai gab einen einmüthigen Beschluß. Es schien, daß sich in dieser Richtung, in der Einigung zum gegenseitigen Schutz nach Außen, ein positives Ergebniß bilden werde, ein Ergebniß zugleich, gegen das Frankreich nichts einzuwenden hatte, wenn nur die Capitulation um so unannehmbarer wurde.

In der That war man östreichischer Seits über Artikel XIII äußerst

aufgeregt; noch mehr, als die Fassung von Artikel XXXVI so beliebt wurde, daß, wenn der künftige Kaiser wider die Capitulation handeln und „auf Collegialerinnern" nicht davon abstehen werde, die Kurfürsten ohne Weiteres zu einer neuen Wahl schreiten sollten. Es sei unmöglich, hieß es am Hofe, eine solche Capitulation anzunehmen. Man schickte einen Reichshofrath nach Berlin, da es unmöglich des Kurfürsten Meinung sein könne, das Reichsoberhaupt so zu binden. Der Erzbischof von Trier, der sonst immer mit Brandenburg stimmte, sprach vertraulich mit einem von der Gesandtschaft: diesmal sei es Brandenburgs Stimme, die den Kaiser mache, aber nicht in Brandenburgs Interesse sei es, ihn so zu binden und zu erniedrigen, daß nicht Dankbarkeit, sondern Erbitterung die Folge sein müsse; die Freundschaft Oestreichs werde ihm tausendmal mehr nützen können — er wies auf die jülichsche Frage hin — als die Frankreichs oder die des Tyrannen von England. Selbst Prinz Moritz sprach sich in einem vertraulichen Schreiben für ein versöhnlicheres Verhalten aus: schon lüste Mainz danach, sich im letzten Augenblick den Dank Oestreich zu gewinnen.[474])

Nicht minder lebhaft wurde von der Gegenseite gearbeitet. Jena meldete an Schwerin, daß ihm von Seiten des französischen Hofes 6000 Thaler geboten seien, er habe sie abgelehnt. Alles, was sich gegen eine östreichische Wahl sagen ließ, faßte Waldeck in einer Denkschrift zusammen, die er (17. Mai) von seinem Schloß Rohden aus dem Kurfürsten übersandte; er war im Begriff, in schwedische Dienste zu treten.[475])

Man konnte in Frankfurt wohl die Meinung haben, als wenn da der Mittelpunkt der Entscheidungen sei; aber der Wahlkampf war nur Ein Punkt in dem militärisch-diplomatischen Kampf, der sich von den Mündungen des Tajo bis an die Newa und den Bosporus ausdehnte. Die spanisch-östreichische Politik suchte in der Wahl ihr sinkendes Glück zu stützen, während die aggressiven Mächte, Mazarin, Cromwell, Karl Gustav, dort das Gefecht möglichst heftig unterhielten, die Aufmerksamkeit dorthin ziehend anderer Orten die entscheidenden Schläge zu führen.

Im Lauf des Mai begannen jene heftigen Kämpfe um Dünkirchen, die mit dem Falle der Stadt, mit der Niederlage des spanischen Entsatzheeres, mit der Besitznahme des westlichen Flanderns endete. Damit schien das Uebergewicht der französisch-englischen Macht vollkommen entschieden, und Mazarin wie Cromwell verstanden es, die Welt zu überreden, daß die Macht Spaniens nun gebrochen sei.

Die schon in Ausbruch begriffene Empörung[476]) in Frankreich

verstummte und der unumschränkten Gewalt des Minister-Cardinals beugten sich auch die Trotzigsten unter den Großen. Und die militärische Gewaltherrschaft in England, gegen die sich schon die Independenten mit den Royalisten die Hand geboten, schien mit diesen Siegen, die die letzte Hoffnung der Stuarts niederwarfen, für die Zukunft gesichert.

Auch Karl Gustav eilte, neue Kriege zu suchen, bevor der durch den Rausch der Siege betäubte innere Hader in seinem Volk mit der Entnüchterung wieder erwachte. Er hatte es weder mit Polen und Brandenburg, noch mit Dänemark zu einem Abschluß kommen lassen.

Er machte immer neue Forderungen, nahm zurück, was er angeboten; seine Diplomaten und Agenten wußten mit Vorschlägen, Drohungen, Gerüchten aller Art die Luft zu füllen, um die Gegner zu verwirren und zu entmuthigen. Seine „formidablen Rüstungen" ließen das Schlimmste fürchten.

Niemand zweifelte, daß sie gegen Brandenburg gerichtet seien; denn Dänemark war noch ganz von schwedischen Truppen besetzt und nach dem Roschilder Frieden verpflichtet, eine Allianz mit Schweden zu schließen, welche den besten Theil der dänischen Truppen an Schweden überweisen sollte; und die Macht der Polen und Oestreicher — noch immer waren sie beschäftigt Thorn zu blockiren — bedeutete gegen Schweden wenig, wenn nicht Brandenburg mit in Action trat. Der Kurfürst war der eigentliche Feind Schwedens, auf ihn wandte Karl Gustav seinen ganzen Zorn; „er ist zu mächtig, seinem Ehrgeiz muß eine Schranke gesetzt werden," sagte er zu Terlon.

Schon Mitte Mai hatte man in Berlin Nachricht, daß 16 Regimenter Schweden unter Pfalz Sulzbach durch Mecklenburg nach der Uckermark, Wrangel aus Holstein durch Lauenburg in die Altmark einbrechen, der König durch die Priegnitz auf Berlin marschieren werde; „es geschehe durch Güte oder Gewalt, der König wolle sich Brandenburgs versichern".[477]) Auch Polen, auch Oestreich sahen, daß mit Brandenburg ihr schützender Wall zusammenbrechen würde. Man eilte, sich auf alle Fälle bereit zu machen. Montecuculi zog seine Truppen im Posenschen hart an der märkischen Grenze, Czarnecky sein Volk gegen die Warthe hin zusammen, um je nach der Richtung des Angriffes dem Kurfürsten über Frankfurt oder Schwerin zu Hülfe zu eilen;[478]) Berlin wurde befestigt, täglich arbeiteten 4000 Mann an den Wällen und Bastionen.[479]) In Preußen übergaben die Oestreicher die wichtige Position von Frauenburg den brandenburgischen Truppen; der Statthalter Fürst Radzivill dislocirte seine Truppen

so, daß jeden Augenblick die Verbindung mit der polnischen Armee an der unteren Weichsel vollzogen werden konnte.

In derselben Zeit, da der König den lebhaftesten Wunsch aussprechen ließ, Bevollmächtigte des Kurfürsten, wenn er nach Holstein komme, dort zu treffen, um alle Differenzen völlig auszugleichen, ließ er seine Infanterie und Artillerie aus Seeland nach Kiel überführen, ließ er aus Schweden neue Regimenter in Wismar landen und in Mecklenburg Quartiere nehmen, ließ er 8000 Mann zur See nach Preußen gehen, die Nehrung zu verschanzen und zu durchgraben;[480]) seine Truppen in Elbing streiften schon ins herzogliche Preußen, versuchten einen Angriff auf Frauenburg.

Mit dem furchtbarsten Angriff drohend, fuhr er fort, dem Kurfürsten Erbietungen zu machen, deren Annahme die vollendete Demüthigung gewesen wäre: erst Austausch Hinterpommerns gegen das königliche Preußen, dann Verzicht auf die Souverainetät, damit das Herzogthum mit in den Frieden mit Polen eingeschlossen werden könne, endlich Herstellung der alten Allianz und, als Zeichen des vollen Vertrauens, Ueberlassung des brandenburgischen Fußvolks an Schweden, Ueberweisung der Festungen Driesen und Peitz an schwedische Besatzungen. Entweder völlige Unterwerfung oder Krieg, das war die Alternative, die Karl Gustav dem Kurfürsten stellte; er ging wie mit dem Messer auf ihn los: „ich muß meine Sicherheit gegen Brandenburg mit den Waffen suchen, denn im Guten läßt es sich nicht thun," so schrieb er am 1. Juli an Björnclou; er befahl in der Rathsitzung 30. Juni: nach Dänemark zu schreiben, „daß die Commissare schließen sollen; mit Nächstem wolle er aufbrechen und in Action treten, und das meist Magdeburgs wegen."[481])

Er war bereits in Flensburg, umgeben von den Gesandten der ihm befreundeten Mächte; auch die des Kurcollegiums, die ihn zum Frieden mahnen sollten, auch Botschafter von Cassel, von den braunschweigischen Fürsten waren anwesend.

Am 30. Juni trafen Schwerin und Weimann ein. Sie erhielten nicht sofort Audienz; man versuchte zu erfahren, was für Instructionen sie hätten. Fürst Johann Georg von Anhalt, Graf Schlippenbach, die Herren von Cassel und Braunschweig bemühten sich, in der außerordentlich gespannten Lage zu begütigen, Aushülfen zu finden. Des Königs Erklärung lautete: er könne sie nicht empfangen, bis er wisse, was sie brächten; sollten sie vom Frieden mit Polen und von der Zurückgabe des königlichen Preußens sprechen wollen, so würde Se. Maj., da er das nicht ohne Alteration hören könne, sie nicht zur Audienz empfangen.[482])

Vergebens versicherten sie, daß sie nichts Widriges oder Feindseliges vorbringen würden, sie seien auf den ausdrücklichen Wunsch des Königs gesandt und bäten vor allem Andern zur Audienz gelassen zu werden. Sie erkannten sehr bald, daß man sie hinziehen, daß man „ihnen und dem Kurfürsten den Unglimpf, nicht den Frieden gewollt zu haben, zuschieben wolle". Der König setzte eine „Audienzcommission" nieder, welche mit Zuziehung des sächsischen und der beiden braunschweigischen Gesandten als „Deputirten" diese Differenz untersuchen und entscheiden sollten (2. Juli). Einem so unerhörten Verfahren widersprachen Schwerin und Weimann: „es sei nicht üblich, vor erlangter Audienz in Conferenz zu treten; die „Deputirten" selbst beklagten, wie unförmlich man schwedischer Seits gehe, und wie unglücklich sie seien, daß man sie zum Mittel des Bruches brauchen wolle.

Der Kurfürst hatte seine Gesandten angewiesen, so viel irgend möglich zu thun, damit der Friede erhalten bleibe, aber bestimmte und sicherstellende Antwort zu fordern, sich nicht durch Winkelzüge hinziehen zu lassen. Sie konnten nicht zweifeln, was zu thun sei. Sie wiederholten ihre Forderung; es wurde ihnen die Antwort: der König werde sie nicht eher empfangen, bis sie eine Vollmacht zur völligen Herstellung der Freundschaft vorlegten; der König könne keinen Unterschied finden zwischen einem Feind und dem Verbündeten eines Feindes.[483]) Schlippenbach, der ihnen diese Antwort meldete, fügte hinzu: das Herz im Leibe blute ihm, wenn er das Labyrinth von Gefahren sehe, in das sich S. Kf. D. stürze; er beschwöre sie, dessen höchsten Schaden und Gefahr zu bedenken, zu sehen, mit welchen Leuten sie in Bündniß seien, ob ihre Victoria zu Gottes wahrer Ehre und dem evangelischen Besten sein werde; „und wenn gleich die halbe Welt wider uns aufstände, die wenigsten von ihnen werden schwedisches Brod essen." [484])

Schwerin und Weimann erklärten sofort schriftlich ihr Bedauern, daß ihre Sendung nutzlos geworden; sie fügten hinzu, daß ihr Herr den Frieden wie bisher streng halten werde, „und wird S. Kf. D. dagegen etwas widerfahren, so getrösten sie sich des Beistandes Gottes und des Reiches"; falls ihnen noch etwas mitzutheilen sei, möge man es ihnen nach Hamburg zuschicken. An demselben Tage reisten sie ab (4. Juli). Der ihnen nachgesandten Einladung, zurückzukehren, da der König sie empfangen wolle, leisteten sie nicht Folge.

Sie eilten nach Berlin; sie mochten erstaunen, zu erfahren, daß der

schwedische Resident Wolfsberg auf des Königs Befehl bereits am 22. Juni Berlin verlassen habe, nach Magdeburg gegangen sei.

Der Bruch war vollständig. Der Kurfürst sagte dem französischen Gesandten, „ihm bleibe nichts übrig, als Satisfaction mit dem Degen in der Hand zu suchen“.[485] Er erneute die Avocatorien; er beschleunigte seine Rüstungen; jetzt wurden die Ratificationen des östreichischen Vertrages ausgewechselt; die Königin von Polen kam nach Berlin, das geschlossene Bündniß wurde noch fester geknüpft; zum Zeugniß aufrichtiger Hingebung versprach sie dem Kurfürsten, daß die Krone Polen zu der von ihm gewünschten Sicherstellung der Evangelischen in der Republik ein Decret erlassen, daß polnischer Seits den Ständen Preußens die Souverainetät des Herzogthums angekündigt und sie ihrer Pflicht gegen die Krone Polen entlassen werden sollten.[486]

Karl Gustav hatte es für angemessen gehalten, zugleich dem Reich Hohn zu bieten. Er hatte der Gesandtschaft des Kurcollegiums auf die Aufforderung, seine Truppen nicht durch anderer Reichsglieder Gebiet zu führen, „mit diesen schimpflichen Formalien“ geantwortet: man könne die Völker nicht auf einen Mantel setzen und durch die Luft führen;[487] er hatte in seinem officiellen Schreiben an das Collegium des Kurfürsten den Ausdruck gebraucht: da das Haus Oestreich ihn nicht seine Kriege außerhalb des Reiches führen lasse, so werde es Niemanden Wunder nehmen, wenn aus der in Deutschland kaum erloschenen Kriegsflamme ein neues Feuer aufschlage, das auch die unschuldigen Reichslande mit ins Verderben stürze.[488]

Die Drohung war handgreiflich genug. Schon riefen die Herzöge von Mecklenburg des Reiches Hülfe gegen die Einquartierungen und Durchmärsche an, mit denen ihr Land erdrückt werde. Der Kurfürst meldete nach Frankfurt, daß nach sichrer Nachricht die Schweden aus Holstein und Mecklenburg auf Havelberg oder Magdeburg marschierten; er forderte die kurfürstliche Assistenz. Er ließ die Flensburger Vorgänge in einer Druckschrift veröffentlichen, in der er „dem ehrlichen Deutschen“ die ganze Schmach und Gefahr, die von Schweden dem Reiche drohe, darlegt: „dein edles Vaterland war leider im letzten Kriege unter dem Vorwand der Religion und Freiheit gar jämmerlich zugerichtet, und an Mark und Bein dermaßen ausgesogen, daß von dem einst so herrlichen Körper schon nichts mehr übrig ist, als das Skelett; wem noch deutsches Blut im Herzen warm ist, muß darüber weinen.“ Die Darlegung schließt mit den Worten: „gedenke ein jeder, der kein schwedisches Brod essen will, was er für

die Ehre des deutschen Namens zu thun habe, um sich gegen sein eigenes Blut und sein einst vor allen Nationen berühmtes Vaterland nicht zu versündigen. Gedenke, daß du ein Deutscher bist."

So, als eine deutsche Sache den Kampf, der bevorstand, zu bezeichnen, hatte man brandenburgischer Seits allen Grund. Nur zunächst und am handgreiflichsten betraf er das Interesse Brandenburgs. „Wir sind," heißt es in eben jener Druckschrift, „mit dem letzten Kriege schier Dienstknechte fremder Nationen geworden; was sind Rhein, Weser, Elbe, Oderstrom anders als fremder Nationen Gefangene? was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß andere damit spielen?" Recht eigentlich einen Kampf der Befreiung von fremdem Joch galt es, einen Kampf gegen diejenige Macht, die in die Standschaft des Reiches nur eingetreten schien, um dessen Frieden und Recht desto frecher zu verletzen und desto schimpflicher zu knechten.

Ob solche Gedanken im Reich einen Widerhall finden würden, mußte sich zunächst in Frankfurt zeigen.

Am 21. Juni war die Wahlcapitulation im Kurfürstencollegio dictirt worden. Es war der officielle Anfang des Wahlactes; die Bürger der Stadt wurden nach der Goldenen Bulle eingeschworen, die Thore gesperrt; aber auch jetzt noch nicht forderte Kurmainz die fremden Gesandtschaften auf, die Stadt zu verlassen.

Rasch wurden die ersten Artikel der Capitulation angenommen; dann folgte der verhängnißvolle Art. XIII, ob dem künftigen Kaiser versagt sein solle, bei dem jetzigen Kriege in Italien[489]) und im burgundischen Kreise gegen Frankreich und dessen Bundesgenossen Hülfe zu leisten; drei Stimmen waren dafür, drei dagegen. Brandenburg zögerte zwei Tage, dann stimmte es für jenen Artikel, aber mit dem Zusatz: daß eben so Frankreich und dessen Bundesgenossen keinem Feinde des Kaisers, der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs Hülfe leisteten. Es war die Formel, mit der der Krone Schweden der Beistand Englands und Frankreichs entrissen wurde (3. Juli).

Die Aufregung über diese Wendung war so groß wie möglich. Die Oestreicher so gut wie die Franzosen waren außer sich; man sprach von völliger Ruptur. Die Schweden konnten sich nichts Besseres wünschen; ihnen lag jetzt Alles daran, die Wahl zu verzögern, ja unmöglich zu machen. Schon zwei Tage vorher hatte der Kurerzkanzler den Vorwand, daß ein außerordentlicher schwedischer Gesandter auf dem Weg nach Frankfurt sei, benutzt, die Wahl drei Wochen hinauszuschieben.[490]) Der

König von Ungarn ließ zur Abreise rüsten: er wolle warten, bis man die Krone, die man werthlos gemacht, anzunehmen ihn bitten werde. Trier sagte dem Mainzer ins Gesicht, er sei an allem Unglück schuld; er drohte, bei weiterer Zögerung mit den gleichgesinnten Kurfürsten nach Nürnberg zu gehen und dort zu wählen. Der Mainzer erwiederte: er möge thun, was er nicht lassen könne; man werde in Frankfurt den rechtmäßigen Kaiser wählen, und zwar den Pfalzgrafen von Neuburg, und die meisten Reichsstände würden ihm zufallen. Daß Schweden diese Wahl jetzt lebhaft wünschte, war bekannt genug.

Zugleich spann Björnclou eine doppelte Intrigue. Durch Kursachsen erfuhr er, daß der König von Ungarn Frieden und Freundschaft mit Schweden wünsche; Kursachsen vermittelte, daß er mit Graf Kurz eine geheime Zusammenkunft hatte. Wenn seine Erbietungen angenommen würden — der Neuburger versprach sie am Warschauer Hofe zu empfehlen — so war Brandenburg isolirt und der Rache Schwedens preisgegeben.

Noch wirksamer schien ein Zweites. Die ordentliche Reichsdeputation bestand immer noch, und die fürstlichen Deputirten waren die natürliche Opposition gegen die Präeminenz der Kurfürsten; je mehr sie opponirten, desto patriotischer erschienen sie; Björnclou verstand es vortrefflich, zu thun, als wenn Schweden an ihrer Spitze recht eigentlich das populäre Interesse und die deutsche Freiheit vertrete. Jetzt wurde eine patriotische Demonstration in Scene gesetzt. Nicht blos die Mitglieder der Deputation, sondern alle reichsfürstlichen und ständischen Gesandten forderten Audienz beim versammelten Kurcollegium, um wegen der Wahlcapitulation gehört zu werden, wie das Friedensinstrument sie dazu berechtige. Sofort brachte Mainz, wie immer nach Popularität und Sympathien begierig, den Antrag empfehlend ins Collegium; Cöln und Pfalz stimmten für die Zulassung; die vier andern Stimmen forderten auf Brandenburgs Antrag, daß die Herren zuerst ihre Legitimation vorlegen sollten. Natürlich hatten sie keine.[491])

Aber das waren die kleineren Sorgen. Unendlich schlimmer war die Frage über Art. XIII und den brandenburgischen Zusatz, über welche endlich doch abgestimmt werden mußte. Auf das Heftigste waren Sachsen, Baiern, Oestreich gegen beide; umsonst stellte Brandenburg vor, daß ohne diesen noch einzig möglichen Mittelweg die Verwirrung und der Bruch unheilbar sein werde: Mainz, Cöln, Pfalz würden dann für sich wählen und im Verein mit fast allen Fürsten und Ständen unter dem Schutz Frankreichs und Schwedens abwarten, wer sich entgegenstellen werde. Die

Oestreicher forderten, daß wenigstens eine Wendung genommen werde, die Alles auf den Besitzstand nach dem Frieden von 1648 stelle. Die brandenburgischen Herren gaben, mit Vorbehalt der Genehmigung ihres Herrn, ihre Zustimmung. Aber sofort nach der Sitzung — denn auch das Geheimste erfuhren die Gegner gleich — erschien die ganze französische Gesandtschaft bei Prinz Moritz: dieß Votum sei gegen die Zusage, die der Kurfürst noch jüngst in Paris wiederholen lassen, ihr König werde es für den höchsten Affront achten, und müßten sie demselben ausdrücklich vorbehalten, den Schweden und andern Bundesgenossen gegen Oestreich und wen sie bei Oestreich fänden, Hülfe zu leisten.[492])

In jenem Zusatz und der beigefügten Clausel lag für Oestreich die letzte Möglichkeit der Annahme; und von Brandenburg hing es ab, ob sie gewährt oder versagt werden sollte. Jetzt waren die östreichischen Herren sehr beeifert, das, was der Kurfürst noch zu wünschen hatte, zu versprechen, der König von Ungarn ließ durch Graf Kurz sagen: in Betreff Jägerndorfs gelobe er, ihm vollkommenes contentement zu geben: nicht minder solle ihm, da Pfalz-Neuburg sich so völlig zu Schweden und Frankreich gestellt, in der jülichschen Succession jede Gunst widerfahren. Der spanische Gesandte hatte mit Prinz Moritz eine geheime Zusammenkunft, um ihm für beide Zusicherungen des Königs von Spanien Wort zu verpfänden, überdies Subsidien zu versprechen; „er begehrte nur, daß wir in der clausula reciproca fest und beständig bleiben.“

Natürlich hielt Brandenburg sie fest; es gelang, eine Redaction zu finden, welche die Kurstimmen vereinigte (15. Juli); auch König Leopold Ignatius, der sich zur Session eingefunden, ließ, nachdem er „in einem absonderlichen Gemach zwei Stunden lang“ die Artikel mit seinen Räthen nochmals verlesen, erklären, „daß er sie der Goldenen Bulle und dem Herkommen gemäß zu sein befinde“. Es stand nichts mehr der Vornahme der Wahl entgegen; und da nun ihr Ausfall vorauszusehen war, hielt auch Mainz für nöthig, den Umständen Rechnung zu tragen.

Noch einmal versuchte Björnclou Aufenthalt zu machen; er forderte (15. Juli), daß ihm, bevor er der Wahl wegen die Stadt verlassen müsse, auf die mehreren Memorialien, die er eingereicht, eine Antwort gegeben werde; er fügte ein Schreiben seines Königs bei voll harter Beschuldigungen gegen Brandenburg und Oestreich, voll Beschwerden über Beleidigungen, über Verletzung des Friedensinstruments, über die unverantwortliche Mißachtung der Reichsdeputation.

Kurmainz stellte den Antrag, die Wahl nicht weiter zu verzögern,

und das Kurcollegium stimmte ihm zu. Am 18. Juli erfolgte die Wahl in herkömmlicher Weise.[493]) Der Erwählte nannte sich, trotz der lebhaften Bemühungen der Jesuiten, als Kaiser nur mit dem Namen Leopold.

Es war, so schien es, ein wichtiges Resultat erreicht. Die Wahl war trotz der Intriguen Schwedens vor dem Ausbruch des neuen Krieges zu Stande gekommen; sie war trotz der Intriguen Frankreichs auf das Haus Oestreich gefallen; sie war trotz der Bemühungen Oestreichs in solcher Weise clausulirt worden, daß nicht die Kräfte des Reiches für die spanisch-östreichischen Hausinteressen verwendet werden konnten; es war trotz der Intriguen Schwedens und Frankreichs der Capitulation eine Form gegeben, die in Betreff des Krieges Kaiser und Reich nur unter der Bedingung band, daß auch Frankreich gebunden sei. Die Gefahr, daß ein Theil der Kurfürsten und Fürsten dem mächtigen Zuge der französischen und schwedischen Politik folgen werde, schien eben so glücklich beseitigt, wie ihre Selbstständigkeit gegen das Haus Oestreich völlig sichergestellt. In der besonnenen mittleren Linie, die Brandenburg gezeigt und festgehalten, konnten sich alle deutschen Interessen vereinen und ihre Sicherheit gründen.

Aber Frankreich hatte nur scheinbar das Feld geräumt, um in anderer Form um so größern Erfolg zu gewinnen.

Wir erwähnten, daß seit dem Herbst 1657 den Verhandlungen des Deputationstages die mehrerer Fürsten über die Gründung eines Bundes zu gemeinsamem Schutz zur Seite gingen. Die brandenburgischen Gesandten hatten den Verhandlungen „bis zur Adjustirung des Projects" beigewohnt, denn als im Juni die Aufnahme Frankreichs in den Bund zur Sprache kam, als der Versuch gemacht wurde die Frage der Wahlcapitulation mit hereinzuziehen, befahl der Kurfürst seinen Gesandten das Werk aufzuhalten, zu dem Zweck daran zu erinnern, daß man doch auch Bayern und Sachsen zur Theilnahme auffordern müsse, daß Schweden den Bedingungen des Bundes nicht Genüge leisten könne, so lange es mit Polen und Oestreich nicht in Frieden sei; „ihr habt also nichts zu acceptiren, auch den Receß nicht zu vollziehen, sondern ferneren Bericht abzustatten und unsere Erklärung zu erwarten" (28. Mai).[494])

Um so eifriger arbeiteten die Anderen. Am 14. August wurde die Acte des rheinischen Bundes von den drei rheinischen Kurfürsten, von Münster, Pfalz-Neuburg, von Schweden-Bremen, den drei braunschweiger Herren und Hessen-Cassel vollzogen; folgenden Tages trat derselben

auch Frankreich bei.[495]) Kurmainz nahm den Ruhm in Anspruch diese reichspatriotische Verbindung geschaffen zu haben.

Man that, als ob trotz der Wahlcapitulation Gefahr drohe, gegen die man sich sicher stellen müsse. „Zu keines Menschen Offension, am wenigsten gegen Kaiser und Reich", lautete die Formel der Verbindung, sondern, wie es in der französischen Beitrittsurkunde heißt, „zu gegenseitiger Vertheidigung und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe im Reich". Jeder der Verbündeten hielt sein Contingent kriegsbereit, zusammen ein Corps von 10,000 Mann, zu dem Frankreich 2400 Mann stoßen zu lassen übernahm. Sie bestellten einen Bundesrath unter dem Directorium von Mainz, der in Frankfurt seinen Sitz nehmen sollte; der Bund sollte angewandt sein, weitere Mitglieder zu werben; nur Kurbrandenburg sollte, so lange nicht der Friede mit Schweden hergestellt sei, ausgeschlossen bleiben, eben so lange sollte das schwedische Pommern als nicht mit in die Pflicht des Bundes gehörend gelten, dagegen der Krone Schweden, wenn sie in Wismar, Bremen, Werden angegriffen oder ihre dahin sich zurückziehenden Völker thätlich verfolgt würden, ohne einige Exception und Respect die bundesmäßige Hülfe geleistet werden; sie erklärten ausdrücklich, „was in Polen, Preußen, Pommern und der Mark Brandenburg Feindliches fürlaufen möchte, wollten sie dahingestellt sein lassen." Also die östlichen brandenburgischen Reichslande gab dieser Rheinbund Preis; über die westlichen, Minden, Ravensberg, Cleve, Mark, schwieg er. Den Schweden blieb in jedem Fall der Rückzug nach Bremen und Verden sicher.

Die Fürsten des Bundes — sie ließen sich gern Defensionisten nennen — waren keineswegs der Meinung, Vasallen der Krone Frankreichs geworden zu sein; die doctrinäre Politik des Mainzer Hofes gefiel sich in dem Gedanken, mit diesem Bunde die unzulängliche Wahlcapitulation ergänzt zu haben und kraft desselben stark genug zu sein, um das Wort des Friedens zu sprechen.[496]) Der Bundesrath erließ demnächst wohlstylisirte Aufforderungen an Kurpfalz, Wittenberg, Darmstadt, Bamberg u. s. w. dem Bunde beizutreten, an Brandenburg, Schweden, den Kaiser, die Waffen niederzulegen; Kurmainz bemühte sich weiter um den spanisch-französischen Frieden, und als sein Kanzler Boineburg und der cölnische Fürstenberg von Mazarin eingeladen wurden, mit bei der Friedenshandlung am Fuß der Pyrenäen thätig zu sein, da war ja vor Mit- und Nachwelt der Beweis geliefert, daß der rheinische Bund recht eigentlich das Aequilibrium Europa's halte, und daß das eigentliche Deutschland

durch die Staatsweisheit seines Kurerzkanzlers endlich seine Stelle in der großen europäischen Politik gefunden habe. Die Ohnmacht erging sich in Anmaßung und beides gab sich für deutsch und patriotisch aus.

Wenn während des Krieges der dreißig Jahre mit Schweden der Heilbronner Bund aufgerichtet war, wenn weiter evangelische wie katholische Stände sich an Frankreich angeschlossen hatten, so war die militärische Vergewaltigung, welche damals die spanisch-östreichische Politik durchzusetzen im Begriff war, eine Entschuldigung dafür; und furchtbar genug hatte das Reich und jeder Stand im Reich den innern Zwiespalt gebüßt; Deutschland hatte darüber herrliche Lande am Rhein, an den Küsten verloren, der Rhein war in seinem obern Lauf nicht mehr „Deutschlands Strom, sondern Deutschlands Grenze".

Wenn Friedrich Wilhelm 1656 in Allianz mit Frankreich getreten, schwedischer Vasall für Preußen geworden war, so war es geschehen, weil er, von Kaiser und Reich ohne alle Hülfe gelassen, keinen andern Weg der Rettung fand; und er hatte den nächsten Anlaß benutzt, sich von den Ketten der schwedischen Macht loszumachen und Hand in Hand mit Oestreich der erdrückenden Aggression der drei Mächte entgegenzutreten.

Das freie Bündniß der emporkommenden evangelischen Militärmacht in Norddeutschland mit dem allmächtigen katholischen Hause Oestreich hätte der Kern einer deutschen Vereinigung werden können, die, wie immer die inneren Spannungen und Unbehülflichkeiten des Reiches sein mochten, zunächst die Grenzen des Reichs zu sichern und den selbstsüchtigen Einfluß fremder Mächte auszuschließen vermocht hätte, eines deutschen Bundes, in dem das Haus Oestreich nur die Stelle der in Deutschland bedeutendsten Macht gehabt hätte. Die Fürsten des rheinischen Bundes zogen es vor, in dem Moment, wo sich an jeden von ihnen Brandenburgs Wort: „gedenke, daß du ein Deutscher bist", richtete, sich neben Oestreich-Brandenburg, neben der officiellen Einheit des Reichs in aller Form zu constituiren, und sich mit Schweden, mit Frankreich zu gegenseitiger Defension zu verpflichten. Der Gewinn Frankreichs und Schwedens war nicht, was der Bund ihnen an Kräften zuführte, sondern daß er die Kraft Deutschlands völlig zerlegte und paralysirte. Vor Allem Frankreich hatte unermeßlichen Gewinn davon: „diese Allianz giebt dem Könige Gelegenheit, seine Freunde und seinen großen Credit im Reich zu unterhalten, sie öffnet ihm die Thür, seine Minister indirect zu allen Berathschlagungen des Reichs einzuführen, sie macht ihn zum Mitgliede des Raths der deutschen Fürsten, ohne ihn davon abhängig zu machen."[497])

So unheilvollen Ganges entwickelten sich die Geschicke Deutschlands. Der Ausgang des furchtbaren Krieges, den die Politik der Ferdinande über Deutschland gebracht, hatte noch die Möglichkeit gelassen, dem Reich auf Grundlage des Friedensinstruments eine neue Ordnung zu geben, die, wenn auch lose, wenn auch nur zur Vertheidigung der doch gemeinsamen Interessen alle Glieder des Reichs zusammengehalten, ihnen die Sicherung eines einigen Reichskriegswesens gegeben hätte. Auf dem Regensburger Reichstag war diese Möglichkeit an der Lässigkeit und den faulen Sonderinteressen der Reichsglieder, an dem mißtrauischen Gegensatz der Bekenntnisse, an den Intriguen Oestreichs gescheitert. Noch blieb die Möglichkeit, an die Stelle des Reiches ein freies Bündniß der Reichsglieder zu setzen, und die Gewaltacte Schwedens, die emporschwellende Macht Frankreichs mahnten die deutschen Interessen im Reich, sich zusammenzuschließen, um den schon daherstürmenden Wettern zu begegnen. Statt dessen suchten und fanden die Staatsmänner von Mainz und Cöln die Wege der großen Politik, in der sie die ehrenvolle Rolle übernahmen, Frankreichs und Schwedens Siege über Oestreich und Brandenburg, so viel an ihnen lag, zu erleichtern und die Niederlage der deutschen Waffen, die des Kaisers und des bedeutendsten evangelischen Reichsfürsten, als eben so viele Triumphe deutscher Freiheit zu verkünden. Sie organisirten eine Kriegsmacht des Bundes, während es weder eine Kriegsverfassung des Reiches noch der Kreise gab, bestellten eine oberste Behörde, einen Bundesrath, der ihrer Action Richtung und feste Organisation gab, während weder die ordentliche Reichsdeputation noch ein Reichstag da war und das Directorium der Reichsregierung bei dem Kurerzkanzler war, dem Haupt des rheinischen Bundes.

Der zweite dänische Krieg.

Um die Zeit der Kaiserwahl stand die schwedische Kriegsmacht zum Angriff auf Brandenburg und Preußen fertig. Karl Gustav mußte wünschen, sie hinzuhalten, bis die im Roschilder Frieden bedungene Allianz mit Dänemark geschlossen war und ihm den Rücken sicherte; er konnte erwarten, daß der erste Schlag gegen Brandenburg die östreichische Wahl scheitern machte und das Reich entweder ohne Haupt ließ oder ihm ein solches gab, das sich mit Schweden und Frankreich gegen Oestreich, Brandenburg, Polen wandte.

Aber die Wahl erfolgte vor dem Abschluß mit Dänemark. Der Hof zu Kopenhagen hatte alles Mögliche nachgegeben, nur einen Punkt versagte er hartnäckig, die gemeinsame Action zur Ausschließung aller fremden Flotten aus dem baltischen Meer. Wenn man des schwedischen Joches je frei werden wollte, so mußte man der Seemacht Hollands den Weg durch den Sund offen halten; und der staatische Gesandte Beuningen wiederholte, daß Holland nie die Forderung Schwedens genehmigen, daß es mit ganzer Macht eintreten werde, Dänemark gegen dieselbe zu schützen.[498])

Karl Gustav konnte für jetzt den Dänen nachgeben, um den schon eingeleiteten Feldzug zu beginnen; weder Dänemark, das völlig zusammengebrochen und entmuthigt war, hätte sich zu erheben gewagt, noch würde die holländische Politik mehr als bisher für Brandenburg und Polen gethan haben, zumal wenn ihr Schweden in den immer noch nicht fertigen Erläuterungen des Elbinger Vertrages nachgegeben hätte.

Aber wenn Dänemark so ohnmächtig, wenn die holländische Politik so friedenssüchtig und schwerfällig war, wie sie waren, warum dann nicht lieber mit einem raschen und gewaltigen Schlage die Gefahren, die da doch eintreten konnten, im Voraus abthun? Kopenhagen war völlig unbewehrt; es schien ein Leichtes, die Stadt durch plötzlichen Ueberfall zu nehmen, den König zu völliger Unterwerfung zu zwingen, ihn ganz zu beseitigen, seine beiden Kronen mit der Schwedens zu vereinigen. Das Alles, so hoffte der König, sollte geschehen sein, bevor man sich im Haag besann, was man thun wolle; wenn die Flotte kam, so fand sie mit den schwedischen Batterien von Helsingburg und Cronenburg den Sund geschlossen.

Je weniger der dänische Hof von dem, was im Plan war, ahnete, desto sicherer war der Erfolg. Bis zum letzten Augenblick ließ man ihn in der Zuversicht des Friedens. Die schwedischen Officiere in Holstein blieben im freundlichsten Verkehr mit denen der dänischen Truppen in Glückstadt und Rendsburg. Dem Roschilder Vertrage gemäß war das meiste dänische Kriegsvolk bereits den Schweden überwiesen, mehrere Regimenter bereits nach Riga, Preußen, Pommern gesandt. Die schwedischen Truppen wurden bei Kiel zusammengezogen, fast alle eingeschifft; sie seien, hieß es, nach Preußen bestimmt.

Karl Gustav selbst ging am 15. August in Kiel an Bord. Er sandte Douglas nach Riga, mit dem Befehl, sich Curlands zu bemächtigen, den Herzog, des Brandenburgers Schwagers, gefangen zu nehmen. Er befahl dem Pfalzgrafen von Sulzbach, der in Holstein blieb, nach drei Tagen die

dänischen Truppen zu überfallen, die Festungen, namentlich Rendsburg, mit List oder Gewalt zu nehmen.

Noch im Moment der Einschiffung Karl Gustavs wußte auch in seiner Umgebung Niemand, wohin die Flotte gehen werde. Am 17. August wurde bei Korsör angelegt. Am 21. stand das Heer vor Kopenhagen.

Aber die geforderte Unterwerfung wurde geweigert. Der erste Sturm auf die Stadt mißlang. Karl Gustav eilte, die Hauptorte in Seeland zu besetzen, Kronenburg wurde genommen. Aber Kopenhagen hielt sich; mit jedem Tage wuchs die Energie und der Enthusiasmus des Widerstandes, die Erbitterung gegen einen Feind, der so treulos, so nach Piratenart den Krieg erneute.

Karl Gustav hatte, um seinen Plan zu verdecken und die Streitkräfte der Alliirten möglichst weit hinwegzuziehen, siebzehn Orlogschiffe in die Danziger Bucht gesandt, bei Putzig Truppen aussetzen lassen. Man besorgte in Berlin und Warschau, daß die Schweden aus Preußen auf die Warthe zu marschieren würden, um sich zwischen die Alliirten zu werfen, daß der König selbst von Wismar aus gegen Berlin oder gegen Schlesien vordringen werde. Montecuculi glaubte, daß die schwerste Gefahr an der Weichsel drohe; er schlug vor, daß sich die Armeen in der Gegend von Thorn conjungiren sollten. Der Kurfürst zögerte noch mit seinem Entschluß; ein Schreiben aus Bremen vom 12. August gab an, daß Karl Gustav geäußert habe, er werde gegen Brandenburg marschieren und hoffe dem Kurfürsten eine Bataille zu liefern, bevor die Oestreicher zu ihm gestoßen seien.[499]) Jeder Tag brachte neue zum Theil widersprechende Gerüchte.

Endlich am 24. August kam aus Hamburg die sichere Nachricht, daß die Schweden in Holstein am 19. August das dänische Regiment, das in den Dörfern um Glückstadt friedlich im Quartier gelegen, überfallen und niedergemacht, die Steinburger Schanze genommen, sich in Rendsburg einzuschleichen versucht, als das mißlungen, die Festung zu beschießen begonnen hätten. Zwei Tage später kam der Hülferuf der schleswig-holsteinschen Regierung und Landräthe (Glückstadt, 22. August), der zugleich an den niedersächsischen Kreis, die Kurfürsten, Kaiser und Reich gerichtet war. Es kam die Nachricht von der Landung auf Seeland, der Hülferuf des Dänenkönigs. Damit war die Lage der Dinge klar.

Gleich die erste Nachricht aus Holstein überzeugte den Kurfürsten, daß Karl Gustav einen neuen Schlag gegen Dänemark beabsichtige. Er erkannte, daß der Moment zum Handeln gekommen sei, daß man „nicht

stille sitzen, sondern den Schweden entweder eine empfindliche Diversion machen oder sie in Holstein selbst angreifen müsse."[500]) Eine Diversion in Preußen hätte, da Thorn, Elbing, Marienburg stark befestigt und gut besetzt waren, so viel Zeit gekostet, daß inzwischen Dänemark verloren sein konnte; jedenfalls blieben dann den Schweden die Contributionen, die Werbungen in Schleswig-Holstein und Jütland, die Verbindung mit Bremen und Verden; sie konnten, wenn ihre Festungen in Preußen gefallen waren, mit neuem Kriegsvolk nach Preußen und den Marken kommen. Wenn man nach Holstein eilte, entriß man ihnen ein weites und reiches Gebiet, ihre Verbindungen mit dem niedersächsischen Kreise; kam dann, wie der staatische Gesandte in Berlin mit Bestimmtheit verhieß, die holländische Flotte in die Ostsee, so war der stolze Schwedenkönig in die Defensive geworfen.[501])

Der Kurfürst sandte (26. August) an Montecuculi, der auf dem Marsch nach Thorn war, und an Czarnecky, sie „zu einer guten Cavalcade nach Holstein" aufzufordern; er schrieb dem östreichischen Feldmarschall: er möge sich gefallen lassen, sich alsofort nach Empfang dieses Schreibens mit seiner Armee anher zu verfügen und dieser Expedition beizuwohnen, auch sich durch nichts abhalten zu lassen, „allermaaßen wir denn auf uns nehmen, solches gegen Kais. Maj. zu verantworten."[502]) Am 30. antwortete der Feldmarschall: er werde diesem Befehl gemäß sofort umkehren und seinen Marsch möglichst beschleunigen. Czarnecky erklärte eben so seine bereiteste Zustimmung; aus Warschau meldete Hoverbeck: „die Freude, die Ihre Majestäten und der ganze Hof über des Kurfürsten Resolution empfindet, ist fast nicht zu beschreiben."

Schnell genug, schon am 17. Sept., waren die Reiterregimenter der drei Armeen auf dem Rendezvous bei Wittstock, die Fußvölker sollten nachfolgen. Die mecklenburgischen Herzöge begrüßten die „Reichsarmee" und den Kurfürsten, der sie führte, als Retter und Befreier. Der Herzog von Sachsen-Lauenburg empfahl ihm sein Ländchen. Der Fürstbischof von Lübeck sandte aus Eutin die besten Versicherungen. Der Kurfürst ließ 3000 Mann „Commandirte" unter seinem General Pfuel und dem östreichischen General Spork über Mölln auf Oldesloe marschieren, während er selbst mit seinen und den kaiserlichen Völkern durch das Lauenburgische auf Hamburg ging, die Polen folgen ließ. Statt eines Kriegsmanifestes war jene Staatsschrift „an den ehrlichen Deutschen", die in eben diesen Tagen veröffentlicht wurde.

Die Schwedischen in Holstein hätten Alles eher als den Entschluß

zum Angriff und die Raschheit der Ausführung erwartet; der Anmarsch „verursachte solchen Schrecken", daß der Commandirende, Pfalz Sulzbach, alle Regimenter, bei 3000 Pferde, vor Rendsburg zusammenzog und die tapfere Festung eng einschloß. Er beeilte sich, noch möglichst viel Contribution und Recruten aus dem Lande zu pressen.

Schon waren die Dänen, von holländischen Schiffen unterstützt, Meister der Elbe; sie sperrten den Schweden die Verbindung mit Bremen und Verden. Spork marschierte auf Neumünster. Das erste Zusammentreffen war für die Schweden unglücklich; der Pfalzgraf wagte kein zweites, er gab die Belagerung von Rendsburg auf. Noch hatte er zwei Märsche voraus; seine Bagage und ein Regiment in Tönningen, einige Hundert Mann auf Schloß Gottorp zurücklassend, eilte er ohne Rasttag bis an den kleinen Belt zurück; dort zog er, nachdem er auf zehn Meilen in der Runde Alles niedergebrannt, seine Truppen in die Feste Friedrichsödde zusammen; hier in unmittelbarer Verbindung mit den 19 Regimentern in Fünen, deren Commando Graf Friedrich Waldeck erhalten hatte, war er stark genug, die Alliirten zu erwarten. [503])

Sie folgten, ohne sich mit der Belagerung von Gottorp, von Tönningen aufzuhalten; die polnischen Regimenter wurden nordwärts bis Kolding und über Friedrichsödde hinaus bis Horsens vorgeschoben, der Kurfürst nahm (Ende October) sein Hauptquartier in Flensburg; die Fußvölker nahten nachrückend der Eider. Etwa 30,000 Mann stark standen die Verbündeten in Holstein, Schleswig, Jütland. [504])

Weder diesen Verlust Jütlands und der Herzogthümer, noch den Widerstand Kopenhagens hatte Karl Gustav bei seinem Unternehmen in Rechnung gezogen. Und nun kam die holländische Flotte von 35 Orlogschiffen unter Jacob van Wassenaar, Herrn von Opdam, durch den Kattegat, unter ihrem Schutze eine Flotte von Transportschiffen mit Lebensmitteln, Brennholz und andern Bedürfnissen für das eng blokirte Kopenhagen. Noch zwang der Südostwind beide Flotten, vor dem Sund zu ankern.

Karl Gustav hatte gehofft, daß England ihm die Holländer vom Halse halten werde; es schien ihm undenkbar, daß der Protector ruhig zusehen werde, wenn die Holländer sich der Entscheidung im Sund bemächtigten; es sei, hatte er ihm sagen lassen, ein neuer Versuch des Hauses Oestreich, sich an der Ostsee festzusetzen; die Sache des Evangeliums fordere, daß man dessen Helfershelfer, die Staaten, zurückjage. Aber in der Mitte September erfuhr er, daß Cromwell gestorben sei; die Frage der Nach-

folge, die Berufung seines Sohnes Richard verzögerte die Entscheidung, auf die er mit Zuversicht rechnete.

Vielleicht diese Hoffnung und der Wunsch, nicht die Feindseligkeiten gegen Holland begonnen zu haben, veranlaßte ihn, einen Plan zurückzuweisen, der einen sichern Erfolg versprach: sich mit dem günstigen Winde rasch auf die ankernden Holländer zu stürzen, die vernichtet sein konnten, bevor sie die Anker aufgewunden; er hatte 45 Orlogschiffe diesseits im Sund, von denen ein Theil vor der Kopenhagener Rinne lag, die dänischen Schiffe am Auslaufen zu hindern. Er zog es vor, den Feind zu erwarten und ihm die Fahrt auf Kopenhagen zu sperren.

Am 8. Nov. ging die holländische Flotte in den Sund, bei scharfem Nordwind in so rascher Fahrt, daß das Doppelfeuer von Kronenburg und Helsingburg so gut wie wirkungslos blieb. Während Admiral Wrangel manövrirte, über Wind zu kommen, entspann sich das Gefecht. Stundenlang wurde mit größter Hartnäckigkeit ohne Entscheidung gekämpft. Karl Gustavs Bericht sagt, die Nachricht, daß neun bis zehn dänische Schiffe in Sicht gekommen, habe Wrangel bestimmt, das Gefecht abzubrechen. Er war nicht mehr im Stande, ihnen den Weg zu sperren; während er sich auf den Hafen von Landscrona zurückzog, erreichte Wassenaar um die Abenddämmerung die dänischen Schiffe bei der Insel Ween.[505])

Nun beherrschte die Flotte der Alliirten das Meer; die holländische Transportflotte erreichte unbehindert Kopenhagen. Karl Gustav zog sein Heer aus der Nähe der Stadt zurück, verschanzte sich eine Stunde landeinwärts auf einem günstig gelegenen Erdrücken. Wie aus der Ueberrumpelung eine Belagerung geworden war, so veränderte sich die Belagerung jetzt in einen Krieg, der, da der Feind die See beherrschte, bedenklicher wurde, je länger er währte, wenn nicht dem nordischen Eroberer sein „getreuester Alliirter", der Winter, Hülfe brachte.

Auch anderer Orten erlitt die schwedische Armee schwere Verluste. Freilich Curland war genommen, der Herzog mit seiner Familie in brutalster Weise in die Gefangenschaft geführt; und mit den Moscowitern war Waffenstillstand geschlossen,[506]) sie begannen sich in Wilna zum Angriff gegen Polen zu sammeln. Aber in Drontheim, in Bornholm erhob sich die Bevölkerung, verjagte die schwedischen Truppen und Beamteten. Im December ergab sich Thorn; kaum daß die Schweden von Elbing und Marienburg aus noch einzelne Streifzüge wagten. Die Besatzungen in Pommern, in Wismar hielten sich stille, als wenn damit die Schuld des Reichsfriedensbruches von schwedischer Seite gemieden sei, während sie den

Frieden in Mecklenburg, in Lauenburg und dem dazu gehörenden Lande Hadeln, vor Allem in Holstein offen genug gebrochen hatten.

Noch hielt sich im schleswig-holsteinschen Lande des Königs Schwiegervater, der seit dem Roschilder Frieden souveraine Herzog von Gottorp; er hoffte mit dem wohlbesetzten Schloß Gottorp und dem Regiment Osten in Tönningen die Neutralität, die er forderte, wohl behaupten zu können; er protestirte gegen die Durchmärsche durch sein Land. Aber man umstellte Gottorp, man drohte mit Sturm. Er mußte sich überzeugen, daß weiterer Widerstand unmöglich sei; der Kurfürst gewährte einen Vertrag, in dem der Herzog gegen Zusicherung dessen, was er besaß, Neutralität gelobte, Schloß Gottorp den Alliirten übergab, sich selbst in seine Festung Tönningen zurückzog. [507])

Der Kurfürst hatte in Kopenhagen melden lassen, er sei bereit, einen Theil der Armee nach Seeland zu senden, mit dem übrigen Volk Friedrichsödde zu nehmen und dann nach Fünen zu gehen; er bat, die nöthigen Schiffe in die Kieler Bucht zu senden, um dort die Einschiffung vorzunehmen. Aber der holländische Admiral blieb nach der Schlacht im Sunde ruhig vor Kopenhagen. Es kamen wohl fünf holländische Orlogschiffe und Transportschiffe in Menge nach Kiel; aber sie lagen, auf Order wartend, im Hafen. Holland ließ den Schweden die See nach Danzig, Wismar, zwischen den Inseln frei. [508])

Um so bedenklicher war, daß die Insel Alsen in der Hand der Schweden war. Es standen dort 2000 Reiter; jeden Augenblick konnte von Fünen und den andern Inseln her das Doppelte und Dreifache hinübergebracht werden, und dann war die Armee der Alliirten auf das Schlimmste gefährdet; ein Ausfall von Alsen nach Sundewitt hätte sie gezwungen, hinter die Schlei, ja Eider zurückzugehen.

Und nun kam die Nachricht aus dem Haag, daß England auf die Nachricht von der Schlacht im Sund 21 Kriegsschiffe ausgesandt habe, den Schweden zu helfen, daß die Bestürzung in Holland groß, daß nicht zu berechnen sei, wie man sich entschließen, ob man sich fügen werde, um nicht mit England in Krieg zu kommen; und der englische Gesandte im Haag erklärte ja, daß Alles nur gegen Oestreich gemeint sei, daß der Protector keineswegs Dänemark wolle vernichten lassen, daß er dahin trachten werde, auch den Kurfürsten abzuziehen. [509])

Der Kurfürst ließ nach dem Haag antworten: „wenn nur die Herren Staaten bei ihrer Resolution bleiben, so wollen wir England

nicht fürchten." Doppelt wichtig war es jetzt, irgend einen Schlag zu thun.

Sobald Gottorp genommen und das Fußvolk heran war, verlegte der Kurfürst sein Hauptquartier nach Düppel, dicht bei Alsensund. Er traf die Vorbereitungen zum Uebergang mit großer Vorsicht. Von zwei dänischen Orlogschiffen gedeckt, ließ er dicht oberhalb von Schloß Sonderburg kaiserliches und brandenburgisches Volk übergehen, zuerst je dreihundert Mann unter Obrist Strozzi und Obristleutnant Zastrow, dann folgten zweite, dritte 600 Mann. Die Schweden machten auch nicht den Versuch, ihren Aufmarsch zu hindern; sie theilten sich, 1200 Mann unter dem General Aschenberg zogen sich ins Sonderburger Schloß, der Rest nach Nordburg zurück.

Gegen Abend waren die zum Angriff bestimmten Truppen übergeschifft; sie setzten sich in Stadt Sonderburg fest, rüsteten sich zum Sturm; man bot dem General Aschenberg vorher Capitulation an; er bat um 30 Stunden Bedenkzeit. Ehe sie verstrichen waren, legten einige schwere Schiffe auf der Seeseite des Schlosses an; am Morgen des 16. December war das Schloß geräumt; die ganze Bagage, 1200 Pferde, 24 Kanonen blieben dem Sieger. Dann ging es auf Nordburg; Obrist Knust, der dort commandirte, wagte keinen Widerstand, mit 8 Compagnien ergab er sich auf Discretion.[510])

Es war eine glänzende Waffenthat, und der Kurfürst dankte in dem Kriegsrath, den er am 23. in Sonderburg hielt,[511]) den Generalen und Truppen für die „bezeugte Tapferkeit und gute Conduite, er hoffe auch künftig mit ihrem Rath und Meinung, die er geziemend in Obacht nehmen werde", glücklich zu kämpfen. Sie stimmten seinen Vorschlägen bei, daß man Alsen besetzt halten, nach Jütland vorgehen und Friedrichsödde — denn schon war auch Kolding durch Czarnecky genommen — einschließen müsse, und daß zur Sicherung des Rückens Oldesloe, Eutin, Rendsburg, Gottorp besetzt gehalten werde.

Mit der Ausführung dieser Beschlüsse endete das denkwürdige Jahr 1658. Es hatte einen Umschwung der Verhältnisse gebracht, dessen Bedeutung mit jedem Tage mächtiger hervortrat. Die gewaltige Schwedenmacht, die sich seit einem Menschenalter gewöhnt hatte, im Norden und gegen Deutschland den Herrn zu spielen, war in die Defensive geworfen, war namentlich hier in den festländischen Besitzungen des Königs von Dänemark vollständig gelähmt und auf einen letzten Punkt am Belt zusammengepreßt; sie hatte von dem weiten Terrain, das sie noch vor

wenigen Monaten militärisch beherrschte, das verloren, was sie für Deutschland furchtbar machte; ihre Weserlande waren durch den Verlust Holsteins abgeschnitten; von Wismar, von Vorpommern aus durfte sie nicht wagen, vorzubrechen, um nicht neue Gefahren über sich zu bringen; mit dem Verlust Thorns war sie auf das Delta der Weichsel zurückgeworfen.

Der Zauber der Unüberwindlichkeit, der bisher an den schwedischen Waffen gehaftet, begann zu erlöschen. Dieselbe Kühnheit des Entschlusses und der Ausführung, mit der die schwedische Kriegführung so oft ihre Gegner erschreckt und niedergedrückt hatte, war jetzt in dem Zuge nach Jütland gegen sie gewandt worden und hatte sie flügellahm gemacht. Und während sie eigensinnig auf den Punkt, der nur wie im Vorübergehen und zur Einleitung des Feldzugs gegen Deutschland hatte genommen werden sollen, ihre ganze Energie wandte und sich dort immer tiefer verwickelte, verlor sie ihren deutschen Gegnern gegenüber den Hebel des moralischen Druckes und das Uebergewicht der Initiative.

Wohl hätte der deutsche Patriotismus Grund gehabt, nach der tiefen Erniedrigung des deutschen Namens diese ersten Erfolge deutscher Waffen — denn ausdrücklich als Reichsheer wurde die kaiserliche und brandenburgische Macht in Jütland bezeichnet — mit Freuden zu begrüßen. Jene Erniedrigungen waren dem deutschen Wesen aus der spanisch-östreichischen Verbindung, der intoleranten und dynastischen Politik, die sie vertrat, erwachsen; diese Erfolge waren die Frucht der Verständigung zwischen dem Hause Oestreich und der nächst bedeutendsten Territorialmacht im Reich, einer evangelischen, die nicht mehr wie früher Kurpfalz, früher Kursachsen ihre Kraft auf die Opposition gegen Oestreich wandte, sondern sich mit Oestreich in den doch gemeinsamen Interessen verständigte, um die Ehre und Unabhängigkeit des deutschen Namens gegen die Insolenz einer fremden Macht zu vertreten.

Es war nicht ohne Grund, wenn man an dieser Verständigung wie an jenen Erfolgen dem Kurfürsten das wesentliche Verdienst zuschrieb; „ganz Europa", wurde aus Wien geschrieben, „giebt ihm dies Zeugniß." Nicht minder gestand man ihm polnischer Seits bereitwillig zu, daß seine Politik den Anfang der Rettung, daß seine Führung der vereinten Armeen die entscheidende Wendung des Krieges gebracht habe. [512])

Aber es fehlte viel daran, daß er überall, wo er es erwarten durfte, bereitwillige Unterstützung und entgegenkommendes Vertrauen gefunden hätte.

Zu seinem größten Leidwesen, schrieb er dem dänischen Könige, habe die conjungirte Armee nicht mehr zu leisten vermocht, da ihr die versprochenen Schiffe nicht geschickt worden seien.[513]) Es war die Schuld der holländischen Flotte; und Admiral Wassenaar gehörte zu der Parthei de Witts, die um keinen Preis in Differenz mit England kommen wollte, auch darum nicht, weil dann die Acte der Seclusion in Gefahr kam; und schon die Erfolge Brandenburgs erschienen als eine hochbedenkliche Förderung der oranischen Interessen. Im Haag hieß es, Frankreich und England seien verständigt, Holland werde, wenn man es zum Bruch kommen lasse, unweigerlich gezwungen sein, sich in das spanisch-östreichische Interesse zu werfen, „und weil sich schier männiglich davor grauet, so wird ihre Unsicherheit täglich größer." Freilich de Witt und seine Freunde wollten Dänemark nicht sinken lassen, aber auch mit Schweden es nicht völlig verderben; sie lavirten; ihr Verhältniß zu ihren Verbündeten wurde mit jedem Tage zweideutiger.

Und in Preußen schien die Kraft der Alliirten mit der endlichen Einnahme Thorns völlig erschöpft. Vergebens drängte der Statthalter Fürst Radzivill zu rascherer Action, vergebens gewann er mit dem Elbinger Kastell „Bollwerk" den Schlüssel des Haffs, andere Forts an der Nogat, überschritt diese unmittelbar bei der Festung Marienburg, entriß dem Feinde die neuen Schanzen der Nehrung. Er wurde elend von den Kaiserlichen, noch elender von den Polen unterstützt; vergebens war sein Einreden gegen die Capitulation von Thorn, die der schwedischen Besatzung freien Abzug gestattete und so den Schweden in Marienburg eine höchst ersehnte Verstärkung zuführte. Das entsetzliche Plündern und Wüthen der Polen trieb die Beraubten zu Hunderten in den schwedischen Dienst; die schwedische Macht verstärkte sich auf gefahrdrohende Weise, begann verheerende Streifzüge ins Oberland; schon hatte man zu fürchten, daß Douglas, der bis wenige Stunden vor Memel herangerückt war, in das Herzogthum einfallen, die Verbindung mit dem Schwedenheere an der Weichsel gewinnen werde. Dringend bat Fürst Radzivill um Verstärkung; „denn mit den Polen allein kann ich nichts unternehmen, und wenn nur eine halbe Schwadron von ihnen durch Preußen zöge, würden sie es ganz verderben."

Noch schlimmer war, daß im Herzogthum, namentlich in Königsberg, sich die Stimmung gegen die Souverainetät und die „fremde Herrschaft" immer mehr verbitterte; und nur zu klar war, daß polnischer Seits diese Auffässigkeit und die Hoffnung auf Abwerfung der Souverainetät genährt,

ja daß mit den Schweden heimliche Einverständnisse gepflogen wurden; es begannen Rottirungen, „und unter die Volksmassen", schreibt Radzivill, „mischen sich Personen von Stande, Geistliche, hohe Staatsofficiere."

Wenn die polnischen Patrioten des Krieges müde waren, der, so meinten sie, eigentlich nur im Interesse Brandenburgs weiter geführt werde, so suchte der Wiener Hof den Schein, als habe er nur die Waffen ergriffen, um wie erst „den König von Polen zu restituiren", so nun „des Kurfürsten Freiheit und Sicherheit zu protegiren." So äußerte sich (October) der kaiserliche Gesandte im Haag, der dort um eine „Zusammensetzung und Union" unterhandelte, deren Bedingungen man dem Kurfürsten vorenthielt.[514])

Jena war bald nach der Wahl nach Wien gesandt, um die in Frankfurt unerledigt gebliebenen Forderungen in Richtigkeit zu bringen. Vor Allem sollte er darlegen, daß die Mißstimmung gegen Oestreich in Holland und selbst in England von dem schweren Druck herstamme, den die Evangelischen in den kaiserlichen Landen erlitten, so daß des Kurfürsten erster und dringendster Wunsch sei, seinen Glaubensverwandten von der kaiserlichen Regierung diejenigen Zugeständnisse zu erwirken, welche zugleich die innere Ruhe und Kraft der kaiserlichen Lande völlig sicher stellen würden. Die Antwort lautete einfach, der Kaiser könne ihnen salva conscientia nichts nachgeben. Je mehr Jena darauf drang, daß es geschehe, desto schroffer wurden die Entgegnungen: der Kaiser werde den Evangelischen, auch denen in Schlesien, nicht das Geringste gewähren, auch nicht Eine Schule ihnen zu halten gestatten, sondern sich einfach nach dem Friedensinstrument halten; was könne man ihm endlich mehr als sein Land nehmen.

Um nichts besser erging es mit der Forderung wegen Jägerndorfs. Dafür die Grafschaft Regenstein zu geben, fand man jetzt aus Rücksichten auf Braunschweig bedenklich, und nebenbei war sie im Besitz des Grafen Tettenbach, der an seinem Schwiegervater Graf Kurz einen Fürsprecher hatte. Noch weniger war man geneigt, dann Jägerndorf selbst zu restituiren; „das hindern die Pfaffen und daß der Kurfürst ein mächtiger evangelischer Herr ist." Umsonst machte Jena geltend, daß der Kurfürst in Frankfurt „aus bloßer Generosität, um des Kaisers Ungelegenheit nicht weiter zu treiben und sein Vertrauen zu zeigen", davon abgestanden sei. Man hielt ihn Wochen lang mit leeren Ausflüchten hin; dann, als man erfuhr, daß die holländische Flotte abgesegelt, daß sie im Sund Meister sei, wurde man völlig zäh;[515]) man begann nun dem Kurfürsten

Vorwürfe zu machen: er suche mit der jägerndorfischen und evangelischen Sache ganz andere Dinge, als er öffentlich vorgebe, er habe nur den Oberbefehl begehrt, um die Kaiserlichen gegen Pommern mit zu verwenden, das für Brandenburg erobert werden solle, der Kurfürst schone in Jütland seine Truppen und verbrauche die Kaiserlichen u. s. w. „In Summa", schreibt Jena, „wer kann ihnen noch trauen? sie vermeinen, Ew. Kf. D. nicht mehr zu bedürfen; ich als ein einfältiger Mann habe es zu Berlin und Frankfurt gesagt, daß kein Dank da sein werde, und daß, wenn sie es weg haben, sie Alles vergessen und nach ihrer Art hoch sprechen werden".[516]) Er verließ Wien, ohne irgend etwas erreicht zu haben.

Unter den Anträgen, die Jena in Wien zu machen gehabt hatte, war auch der, da die Fortsetzung des Deputationstages undienlich sei, so bald als möglich einen Reichstag zu berufen.[517]) Die ordentliche Reichsdeputation hatte während der Wahlhandlung eine Stellung zu gewinnen gesucht, die über ihr Mandat weit hinausreichte; die Mehrheit ihrer Mitglieder hatte, obschon Oestreich, als Directorium im Fürstenrath, ihre Competenz bestritt, sich versammelt und Beschlüsse gefaßt; Kurmainz hatte mit Zustimmung des Kaisers, aber ohne die der Kurfürsten, gleich nach der Wahl die förmliche Fortsetzung der Deputation auf den 1. Oct. in Frankfurt angesetzt und ihre Competenz auch auf die Wahrung der Sicherheit des Reichs ausgedehnt; und als ein kaiserliches Rescript Nürnberg zum Versammlungsort bestimmte, hatte er die Einladung nach Frankfurt erneut, denn die Deputation sei durch den Reichstag, der sie eingesetzt, nach Frankfurt gewiesen.

In der That fanden sich dort einige Deputirte ein, von den sieben kurfürstlichen drei, von den sechszehn fürstlichen sieben, von den Städten keine. Diese Minorität, in der fast nur die Genossen des rheinischen Bundes repräsentirt waren, constituirte sich trotz der Einsprache des Kaisers, Brandenburgs, Sachsens u. a. und begann thätig zu werden, natürlich nur um die Securität des Reichs und den theuer erkauften Frieden zu hüten; nur daß dies die Wirkung haben mußte, im Interesse Schwedens und Frankreichs die militärische Action der Reichsarmee zu lähmen.

Und zugleich trat der rheinische Bund in Thätigkeit; trotz der Abmahnungen des Kaisers, der Proteste Brandenburgs ratificirten die Fürsten des Bundes den Vertrag; Ausgangs November traten die „Allianzräthe" in Frankfurt zusammen, erließen Schreiben an den Kaiser, an Polen, an Kurbrandenburg, an Montecuculi, von weiteren Feindseligkeiten in Reichslanden abzustehen, „widrigenfalls ihre Principalen sich genöthigt

sehen würden, mit ihren bereitstehenden Völkern sich defensive dagegen zu stellen." Allerdings erhielten sie abweisende Antworten; Friedrich Wilhelm ließ seine Geheimenräthe in der Antwort ihr Erstaunen über dies bis dahin unerhörte Verfahren ausdrücken, daß ihm „dergleichen Schreiben von der Mitstände Bedienten, von denen Niemand wisse, wie weit sie dazu autorisirt seien, zugeschickt würden."

Aber die Spaltung des Reichs war da und begann ihre Wirkungen zu üben; natürlich, daß der Bundesrath den Ehrgeiz hatte, etwas zu leisten; seine Ausschreiben unterließen nicht zu bemerken, „daß auch die Krone Frankreich als consors pacis mit hinzugetreten sei."[518])

„Wir müssen es", schrieb Friedrich Wilhelm an Kurcöln, „für eine besondere Strafe, die der gerechte Gott über das römische Reich verhängt hat, achten, daß auch die vornehmsten Säulen desselben von dem rechten Wege, dasselbe in beständigem Frieden und sicherer Ruhe zu halten, von den Widerwärtigen sich haben ablenken lassen." Er fügt hinzu, „er wolle hoffen, daß sie wieder zu denen treten würden, die kein anderes Absehn noch Plan bei ihrem Werk haben, als vom Reich fremde Gewalt und die Total-Eversion, die allein von dem Gegentheil gesucht wird, abzuwälzen."

Diesem Doppelschaden des rheinischen Bundes und der Reichsdeputation gegenüber gab es nur Ein verfassungsmäßiges Mittel; wenigstens die Deputation hätte mit der Berufung des Reichstags sofort ein Ende gehabt. Aber der kaiserliche Hof hatte nicht Lust ihn zu berufen; da wären alle die Fragen von Neuem zur Sprache gekommen, die er 1654 glücklich abgewehrt hatte, da wäre von den Evangelischen in den Kron- und Erblanden gehandelt worden, da hätte Brandenburg von Neuem und nun mit stärkerem Gewicht sich bemühen können, der Unklarheit der Reichsverhältnisse, die der östreichischen Politik erwünscht war, ein Ende zu machen. Vor Allem den Spaniern in Flandern und Italien zu helfen, lag dem Wiener Hofe am Herzen; Angesicht eines Reichstages wäre das unmöglich geworden.

Für den Augenblick begnügte man sich noch, diese Hülfeleistungen zu maskiren; „es sei der Erzherzog von Tyrol, der die Truppen nach Flandern sende, und er habe um so mehr Grund dazu, da Frankreich ihm die drei Millionen für den Elsaß, die der Frieden von 1648 stipulirt, immer noch nicht gezahlt habe." Aber daß die beste Hülfe für Spanien der allgemeine Krieg sein werde, lag auf der Hand; in diesem Sinn suchte man die Union im Haag, und des Reiches war in jener Instruction mit

keiner Sylbe erwähnt. Man hoffte die militärisch bedeutendsten Reichsglieder neben Brandenburg mit in Action zu bringen; Baiern hielt „dem Kaiser zu Dienst" seine geworbenen Völker bei einander;[519]) Sachsen war bereit sich in Verfassung zu setzen und mit einzutreten, wenn es etwas von den jülichschen Landen bekomme; man ermunterte Kursachsen, sich Magdeburgs zu bemächtigen; auch die braunschweigischen Herren versuchte man zu gewinnen. Das Weitere, so mochte man hoffen, werde folgen, wenn die Gewalt der Umstände zwinge, Schweden, das doch einmal den Frieden des Reichs gebrochen habe, auch in seinen Reichslanden, namentlich an der Weser, anzugreifen; „ob man sich denn durch einen Strohhalmen binden lassen wolle", hatte der östreichische Gesandte im Haag zu dem brandenburgischen gesagt; auch Dänemark empfahl lebhaft den Angriff auf die Weserlande. Erfolgte derselbe, so war die rheinische Allianz in gewissem Sinne gerechtfertigt; und schon beantragte Kurmainz in Paris, daß der vertragsmäßige französische Succurs „zu den andern ligirten Truppen" stoße.[520])

Aber war es im Interesse des Reichs, im Interesse Brandenburgs, dem Kriege mit Schweden weitere Dimensionen zu geben? Der commandirende General in Stettin hatte Befehl, bei der ersten Bewegung brandenburgischer Völker gegen Pommern das Land auf neun Meilen Weges einzuäschern, und er hatte geäußert, ihn werde in solchem Fall nichts daran hindern und er werde mit seinen eigenen Gütern den Anfang machen. Ausdrücklich auf den Schutz von Bremen und Verden war der rheinische Bund verpflichtet; ein Angriff da wäre das Signal zum deutschen Kriege gewesen; es hätte sich die Situation wiederholt, die zum Frieden von 1648 geführt hatte.

Brandenburgs Stimme hatte in der Wahlcapitulation für den Artikel entschieden, der die kaiserliche Hülfe in Flandern verbot. In dieser Scheidung Oestreichs von Spanien lag die Möglichkeit, die beiden Kronen, welche die deutsche Freiheit gegen die spanisch-östreichische „Monarchie" schützen zu müssen glaubten, auseinander zu halten. Es lag Alles daran, den Kaiser in dem deutsch-östreichischen Interesse festzuhalten; dann war es möglich, während Frankreich mit Spanien vollauf zu thun hatte, Deutschland von dem Joch der schwedischen Uebermacht zu befreien; und man deckte Deutschland für die Zukunft auch gegen Frankreich in dem Maße, als man Schwedens Macht zurückzuschieben vermochte.

In diesem Sinne hatte Friedrich Wilhelm seine Beziehungen zu Frankreich geformt. Er hielt durchaus das Bündniß, das er 1656 mit

der Krone geschlossen, aufrecht; aber er zeigte geflissentlich, daß er in Allem, was dieser Vertrag nicht ausdrücklich enthalte, unabhängig, daß er nicht gemeint sei, sich in dem Gängelbande der französischen Politik zu bewegen; in den Wahlhandlungen hatte Frankreich sehen können, daß es auf nichts Weiteres zu rechnen habe. Wenn der Cardinal gegen Brand, den kurfürstlichen Gesandten in Paris, zwar seinen Dank wegen jener Clausel aussprach, aber betreten war über die Allianz Brandenburgs mit Oestreich, wenn dann Servien diese Allianz zwar sehr begreiflich fand, aber über die reciproke Clausel sehr bestürzt war, wenn man endlich auch diese sich gefallen ließ, aber sich sehr unzufrieden über des Kurfürsten Stellung zur rheinischen Allianz, über seinen Marsch nach Holstein äußerte, so ließ der Kurfürst nicht minder lebhaft beklagen, wie wenig Frankreich ihn bisher gegen Schweden vertreten, wie lau es die Friedenshandlung mit Schweden betrieben habe, wie de Lumbres und Avaugour, dann Terlon, Blondel u. s. w. stets Partei für Schweden genommen hätten, und wie sie ihm „mit großer Heftigkeit" die Wahl des Neuburgers zugemuthet hätten. Aber er wiederholte die Versicherung, daß er dessenungeachtet mit Frankreich in beständiger Freundschaft zu bleiben wünsche und, die Defensive gegen Schweden abgerechnet, nie Etwas thun werde, worüber der König sich im Geringsten beschweren könne. Und wieder Mazarin ging so weit zu äußern, daß er allerdings den Angriff Schwedens auf Dänemark für ungerechtfertigt halte, daß er dem Feldzuge des Kurfürsten nichts in den Weg legen werde, nur müsse den Kaiserlichen der Durchmarsch durch die clevischen Lande nach Flandern versagt bleiben.

Der Kurfürst hatte, als er mit der Armee nach Holstein aufbrach, Herrn Blondel wissen lassen, daß er vorziehen müsse, seine Begleitung zu entbehren, „weil der Kaiser große Jalousie darob nehmen möchte"; und der eitle Mann, der nur zu gern seinen diplomatischen Verdiensten Triumphe persönlicher Liebenswürdigkeit hinzugefügt hatte — die Acten sprechen von einer bedenklichen Scene im Garten zu Königsberg — schied mit der Drohung, Frankreich werde zwischen Polen und Schweden Frieden machen mit Ausschließung des Kurfürsten.[521]) Mazarin sandte ihn nach Constantinopel.

Nach Brand's Berichten war Frankreich nichts weniger als in der Lage, ernste Besorgniß zu erregen. „Der Cardinal hat kein anderes Interesse, als daß dem Kaiser so viel Arbeit als möglich zugeschnitten werde, damit er nicht Hülfe nach Flandern sende. Man droht zwar dem Kaiser und Allen, die ihm wegen Flandern Zuschub leisten werden, alles

Schlimmste, aber dazu gehören große Mittel, die man lieber anderweitig verwendet. In Italien hat der Cardinal den Herzog von Modena verloren und Savoyen ist im Begriff abzuspringen. In Catalonien und gegen Portugal steht Spanien vortrefflich; in Flandern geht es zwar den Spaniern übel, aber sie haben noch eine starke Reiterei, und das Bündniß mit England ist seit des Protectors Tod nicht mehr so fest als früher; dazu kommt, daß 5000 Engländer so viel zu unterhalten kosten wie 15000 Franzosen oder Deutsche; und die Franzosen müssen da, weil die Engländer zur See und fast der französischen Häfen Meister sind, um so mehr die Oberhand zu Lande zu behalten suchen; so ist die Verbindung mit England die Ursache, daß beide französische Armeen, die von Turenne und Laferté, in Flandern bleiben müssen; endlich ist die Stimmung in verschiedenen Provinzen Frankreichs so schlimm, daß man jeden Tag den Aufstand fürchten muß, zumal wenn das Kriegsblatt sich wenden sollte."

Für den Augenblick war kein Anlaß, Frankreich zu fürchten; und wenn der Cardinal gegen Brand äußerte, der Kurfürst müsse es ihm hohen Dank wissen, daß er die von Pfalz Neuburg und Schweden gesuchte Allianz zurückgewiesen habe (9. Nov.), so lag darin kein Motiv, das bisherige Verhalten zu ändern. Brand wurde beauftragt, dem Cardinal des Weiteren darzulegen, daß die Waffen gegen Schweden nur zur Vertheidigung ergriffen seien, und daß Schwedens Vorhaben sich mit dem Interesse Frankreichs durchaus nicht reime; da Brandenburg zu diesem Kriege „mit Gewalt genöthigt sei", so könne Frankreich den Schweden keine Hülfe leisten, noch sie dem Kurfürsten versagen; „der Cardinal wird leicht beurtheilen, daß er uns andern Falls Anleitung geben würde, uns weiter von ihm zu trennen und uns mit denen fester zu engagiren, die ihm nicht so gar genehm sein möchten"; gegen die Hülfe des Kaisers in Flandern habe der Kurfürst seine Stimme geltend gemacht, aber wenn den Schweden von Frankreich Unterstützung käme, so werde er nicht gegen sein eigenes Interesse handeln und diejenigen zurückweisen, die sich seiner mehr annehmen als Frankreich; den rheinischen Bund mißbillige er eben darum, weil er die Schweden in ihren Desseins unterstütze.

Man sieht, wie der Kurfürst, in Allianz so gut mit Oestreich wie mit Frankreich, zwischen beiden seines eigenen Weges geht. Denn mit solchen Allianzen ist er keineswegs gemeint in des Alliirten politisches System übergegangen zu sein; er ist dem Einen und Andern so weit verbündet, als der Vertrag die Punkte des gemeinsamen Interesses ausdrücklich

bezeichnet, genau so weit und keinen Schritt weiter; und indem er jede Consequenz, die der Alliirte nach seinem Interesse geltend zu machen sucht, als „ein novum" abweist, behält er in Allem, wozu er sich nicht ausdrücklich verpflichtet hat, „die freie Hand", nach seinem politischen System zu verfahren.

So läßt er jetzt trotz Frankreich die Schweden das Gewicht seiner Waffen fühlen; freilich im Bunde mit Oestreich, aber mit nichten, um die Herstellung der alten spanisch-östreichischen Politik zu fördern; freilich im Bunde mit Polen, aber die Sicherstellung der Evangelischen in der Republik ist unter den Wirkungen dieses Bündnisses, und die Souverainetät Preußens hat ein durchaus deutsches Land von der slavischen Herrschaft frei gemacht; freilich im Bunde mit Holland, aber wenn der Dänenkönig den Zoll von Glücksstadt an die Staaten verpfänden will, so wird brandenburgischer Seits dagegen Einspruch erhoben, damit nicht der Elbhandel unter die Willkühr holländischer Tarife verfalle. Und am Hofe des jungen Protectors läßt der Kurfürst auch auf das Verfahren der Schweden gegen den Herzog von Curland aufmerksam machen: sie hätten die von der Herzogin eingerichtete reformirte Gemeinde völlig zerstört, sie hätten überall nach nichts mehr getrachtet, als die Reformirten zu vertilgen; er hoffe, der Protector werde das Wohlwollen, das sein Vater dem Herzoge immer gezeigt, dem empörend behandelten Fürsten bewähren.[522]) Mit Dänemark ist ein neuer festerer Vertrag eingeleitet, aber dem Herzog von Gottorp, dem man in Kopenhagen gern das Schicksal des Curländers gegönnt hätte, hat ein Vertrag die Souverainetät gesichert, die ihm in Roschild ausbedungen worden; der schleswig-holsteinschen Exspectanz des Hauses Brandenburg, an die man in den Verhandlungen mit anderen Höfen wohl erinnert, wird in den Verträgen mit Dänemark mit keiner Sylbe erwähnt, obschon die Bedrängniß Dänemarks wohl dazu hätte dienen können, diesen alten Ansprüchen neue Bedeutung zu geben.

„Was sind Rhein, Weser, Elbe, Oderstrom anders als fremder Nationen Gefangene? was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß Andere damit spielen?" Wenn es ein gemeinsames deutsches Interesse war, dem Schaden und der Schande solcher Abhängigkeit ein Ende zu machen, so war die brandenburgische Politik auf dem Wege dazu. Ihr eigenstes Interesse fiel mit dem Deutschlands zusammen; jeder diplomatische oder militärische Erfolg, den sie gewann, kam der deutschen Sache, dem in aller Zerrissenheit doch Gemeinsamen des deutschen Wesens zu Gute. In der Hofburg zu Wien war die Pflicht des Reiches nur die

Maske des halb deutschen, halb undeutschen Wesens der östreichischen Macht; am Mainzer Hofe und in der rheinischen Genossenschaft hatte man nur die Phrase der deutschen Politik. Im Hauptquartier des Kurfürsten war ihre Wahrheit und ihre Zukunft.

Der Krieg in Jütland.

Die Kriegführung dieser Zeit hat ihre besondere Art. Sie ist eine Verbindung des Festungskrieges, den die Oranier im Kampfe für die Unabhängigkeit der Niederlande bis zur Meisterschaft entwickelt hatten, und jener Form, die dem langen deutschen Kriege seinen furchtbar verheerenden Charakter gegeben hatte; man könnte sagen, des Occupationskrieges. Denn er war darauf gewandt, des Gegners Lande zu besetzen, so gründlich als möglich auszubeuten und auszusaugen, mit ihren Mitteln die eigene Macht zu nähren und zu mehren, den ausgematteten Gegner zu erdrücken. Das militärische Genie Gustav Adolphs hatte ein neues Moment hinzugefügt, das dann die Banner, Bernhard von Weimar, Torstenson entwickelten: das der kühnen, strategisch entscheidenden Bewegungen, der niederschmetternden Plötzlichkeit. Das Geheimniß der schwedischen Siege lag in dem, was Friedrich der Große einmal „das stolze Vorrecht der Initiative", genannt hat. Immer dem Gegner um allen Vortheil des Angriffs voraus, hatte die schwedische Armee mit der stolzen Zuversicht des Sieges zugleich das große Reizmittel reicher Beute in dem Lande des überrannten Gegners. Vor Allem das war es, was Tausende aus allen Ländern den Schweden zuführte; denn „Alles läuft dem zu, der offensive gehet." [523])

Karl Gustav hat diese Art der schwedischen Kriegführung bis zur höchsten Virtuosität ausgebildet. Die Welt war voll Staunens über seine unermeßlichen Erfolge; nichts schien ihm unerreichbar, niemand im Stande ihm zu widerstehen; es schien das Recht eines solchen „heroischen" Geistes, sich über alle Bedenken der Politik und Moral hinwegzusetzen und mit seinem Schwert zu entscheiden, was gelten solle und was nicht.

Aber er durfte nicht aufhören zu siegen; mit dem Nimbus der Unüberwindlichkeit wäre nicht blos der beste Theil seiner Macht, es wäre auch die einzige Rechtfertigung seiner wilden Politik geschwunden, und die enttäuschte Meinung der Welt hätte sich mit ekler Abkehr für die Verirrung ihres Urtheils gerächt.

Selbst dem Rückzug aus Polen hatte Karl Gustav die Gestalt einer neuen Offensive zu geben verstanden; und das musterhaft organisirte System schwedischer Lohnschreiberei, das in Königsberg und Elbing, im Haag und in Frankfurt zugleich thätig war,[524]) sorgte dafür, daß sich die ehrbare Welt mit immer neuer Bewunderung, und der schwedische Soldat mit dieser Bewunderung immer von Neuem berauschte. Und als sich „der zürnende Löwe" zum zweiten Sprunge gegen Dänemark erhob, sich auf Kopenhagen stürzte, da hieß es: „das ist die Gerechtigkeit der schwedischen Waffen, eines rechten Königs Dräuen ist wie der Zorn eines Löwen." [525])

Aber der Ueberfall war mißlungen; der König begann eine Belagerung, in der ihm der wachsende Widerstand einer erbitterten Bürgerschaft, einer patriotisch entflammten Jugend, eines zum Aeußersten entschlossenen Königs entgegentrat. Durch den Sieg der holländischen Flotte, durch die Zufuhren, die sie brachte, hatte die Stadt wenigstens nothdürftig Lebensmittel und Feuerung, sich den Winter durch zu halten.

Und inzwischen war Holstein, Schleswig, Jütland verloren, es war die Verbindung mit Bremen und Verden durchschnitten, die mit Wismar, Pommern, Preußen, Curland höchst unsicher, der König mit dem besten Theil seines Heeres in Seeland und Fünen abgeschnitten, sobald es dem holländischen Admiral gefiel, die Schlinge zuzuziehen.

Karl Gustav rechnete darauf, daß England den Holländern solchen Vorsprung nimmermehr gestatten werde; er bot dem Protector von Neuem die Abtretung seiner und der dänischen Weserlande. Aber die Verhandlungen in London zeigten, daß der schwächere Richard Cromwell noch weniger als sein Vater zugreifen, daß er die Vernichtung Dänemarks nicht gutheißen werde.

Allerdings darauf ging Karl Gustavs Plan; wenigstens die Inseln schien er für immer der Krone Schweden einverleiben zu wollen; Seeland, Fünen, Falster, Langeland schloß er mit einer Festungskette zusammen, welche mit Landskrona an Schonen gebunden war. Aber er mußte Kopenhagen haben, da den Frieden dictiren, bevor das Meer wieder offen war. Anfang Februar waren die Vorbereitungen zum entscheidenden Sturm fertig.

Er wurde am 18. Februar begonnen; dem ersten mißlungenen Versuch folgte ein zweiter, dritter; trotz ungeheurer Anstrengungen gelang nichts. Das entscheidende Unternehmen war gescheitert.

Warum ließ Karl Gustav nun nicht seine bedeutende Streitmacht in Fünen nach Friedrichsödde übergehen, die lästigen Alliirten aus der

Halbinsel zu jagen? warum ergriff er nicht von Pommern aus, oder an der Weichsel die Offensive?

Er hatte wohl Pläne der Art. General Würtz hatte von Stettin aus einen Versuch gemacht, die Elbfeste Dömitz zu überrumpeln; dann wäre der Weg nach Magdeburg, ins Bremische offen gewesen; dann, wenn die Alliirten, in ihrer Rückzugslinie bedroht, unsicher wurden, hätte auch das Vorbrechen von Friedrichsödde aus desto leichteren Erfolg gehabt; und das Regiment Osten in Tönningen war in aller Stille noch in schwedischer Pflicht, der Herzog von Gottorp, der jetzt dort residirte, hing trotz der Neutralität an der Sache seines königlichen Schwiegersohnes; mit einem Schlage hätte sich hier Alles gewandt. Aber der Anfall auf Dömitz war mißlungen.[526])

Sofort hatte der König andere Befehle an General Würtz gesandt. Sie waren aufgefangen worden; sie zeigten, daß der Plan sei, in die Marken einzubrechen, sich dort einzulagern. Der Statthalter in Berlin, Graf Dohna, hatte Zeit, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen und sich mit de Souches, der ein kaiserliches Heer in Schlesien sammelte, in Verbindung zu setzen.

Dann war General Würtz unerwartet mit einem „fliegenden Corps" von 2500 Reitern aus Stettin aufgebrochen, nach Preußen zu gehen; er hatte am Tage seines Abmarsches (1. Februar), der Regierung in Colberg angezeigt, daß er in aller reichsconstitutionsmäßigen Weise durch des Kurfürsten Gebiet ziehen werde. Die Regierung hatte an demselben Tage ihre Proteste und die Erklärung, daß ein Durchmarsch für Reichsfriedensbruch gelten und gehörigen Orts angebracht werden müsse, ihm zugesandt.

Aber Würtz zog hindurch. Man war im Hauptquartier Viborg nicht ohne Sorge um Preußen; man fürchtete, daß auch Douglas aus Curland sich dahin ziehen, daß der Prinz Generalissimus einen Schlag gegen Königsberg versuchen werde. Aber Radzivills Bitte, Hülfe aus Jütland nach Preußen zu senden, wurde zurückgewiesen; es schien nothwendig, hier mit ungeschwächter Macht dem Feinde auf dem Nacken zu liegen.[527])

Auch von Friedrichsödde aus versuchten die Schweden durchzubrechen. Ein erster Ausfall wurde glänzend zurückgewiesen. Man hätte die Festung erstürmen können; der Kurfürst fand es besser, daß der Feind dort bleibe, „weil er da alle Zeit etliche tausend Mann halten muß, die durch Mangel und täglichen Dienst zu Grunde gerichtet werden"; Fünen konnte er dann um so leichter nehmen; „und dann", so schrieb er (19. Febr.) nach dem Haag,

„hoffe ich bald vor Kopenhagen zu sein; wenn nur erst die versprochenen Schiffe hier sind, so hoffe ich, in einem Monat mehr zu schaffen, als es sonst in einem Jahre geschehen möchte.“ [528])

Die Nachrichten aus dem Haag ließen keinen Zweifel, daß demnächst eine Verstärkung der Flotte unter de Ruyter nach dem Sund gehen werde, und dessen Name bürgte für entschiedene Maßregeln. De Witt hatte versichert: „man werde festhalten und die Partei nimmermehr verlassen; ihm selbst scheine es ein Wunderwerk, wie Alle einig seien und bereitwilliger zahlten, als es je zu Zeiten der Prinzen von Oranien, bei aller ihrer Autorität, geschehen sei.“ Mit höchstem Eifer, selbst Sonntags, wurde an der Ausrüstung von 42 Kriegsschiffen und 60 Flüten im Texel gearbeitet.

Mit Besorgniß sah Cardinal Mazarin die Gefahr Schwedens; mehr noch beunruhigte ihn, daß sich in der Verbindung Oestreichs mit Brandenburg eine deutsche Macht darstellte, die trotz der rheinischen Allianz den andern Garanten des Friedens von 1648 matt zu setzen im Begriff stand. Eben jetzt hatte Spanien sich bereit erklärt, die Bedingung zu gewähren, die zwei Jahre vorher Frankreich als diejenige bezeichnet hatte, für welche es den Frieden blindlings unterzeichnen wolle, die Hand der ältesten Infantin für den jungen König Ludwig XIV. Es war dieselbe Infantin, die dem zu früh verstorbenen König Ferdinand IV. bestimmt gewesen war, die man in Wien für Kaiser Leopold ausersehen hatte, um die alte Verbindung der beiden Linien des Hauses zu festigen; und noch hatte die Krone Spanien keinen Infanten, des Königs zweite Ehe seit 1649 war kinderlos. Es war zu erwarten, daß Oestreich Alles aufbieten werde, es nicht zu diesem Frieden kommen zu lassen, mit dem Spanien von der östreichischen zur bourbonischen Familienverbindung übertrat, mit dem auf Frankreich dasselbe Recht der spanischen Erbschaft überging, das vor anderthalb Jahrhunderten die Größe des Hauses Habsburg begründet hatte. Noch lagen die Dinge so, daß mit raschen und kühnen Zügen der französischen Politik ihr Spiel verdorben werden konnte. Für sie war schon der Tod des alten, mächtigen Protector ein schwerer Schlag gewesen; die Führung Englands wurde loser und weicher; die Mißerfolge Karl Gustavs trafen Frankreich fast so schwer, wie Schweden selbst; die neuen Rüstungen Hollands drohten den nordischen Dingen ein rasches Ende.

Man war am Kaiserhofe voll Zuversicht; der Kaiser, hieß es, rüste mit aller Macht, 10,000 Mann für den Krieg in Flandern, 6000 Mann

für Italien, trotz der beschwornen Capitulation; er habe sich im Voraus von den Jesuiten seines Eides entbinden lassen;[529]) ein drittes Heer war schon in Schlesien zusammengezogen; daß ein Einfall nach Pommern beabsichtigt werde, war kein Zweifel.[530])

Mazarins Aufgabe war nicht leicht; sie war nicht ohne seine Schuld jetzt schwerer, als sie noch vor wenigen Monaten gewesen war. Er hatte auch nicht einmal seinen Einfluß auf Schweden benutzt, des Königs gewaltsames Verfahren gegen Polen, gegen Dänemark zu mäßigen; er hatte es geschehen lassen, daß auch Holland und Brandenburg, die mit einiger Behutsamkeit in der mittlern Linie zu halten gewesen wären, auf die Seite Oestreichs treten mußten. In dieser großen Bundesgenossenschaft fühlte sich der kaiserliche Hof stark genug, den Kampf aufzunehmen; sie mußte Mazarin zu sprengen, er mußte Holland, Brandenburg abzuziehen, den Norden zu beruhigen suchen, um Karl Gustavs Hand gegen Oestreich frei zu machen.

Gegen Holland setzte er den Hebel in London ein. Dort war die Stimmung noch „voll Neid und Bitterkeit" über die Schlacht im Sund, über die neuen Rüstungen Hollands sehr aufgeregt; sie forderte Frieden mit Spanien, Krieg mit Holland. Der Antrag Frankreichs, zu verhüten, daß Schweden nicht unterdrückt werde, zündete; drei Tage lang debattirte das Parlament darüber; vergebens erschien der holländische Gesandte an das Barre des Hauses, sich zu beschweren, daß der Protector ihm Audienz verweigert habe, darzulegen, daß die holländische Rüstung nicht gegen Schweden gemeint sei.[531]) „Es gelte", sagte man ihm, „die wahre protestantische Sache zu handhaben und die Gerechtigkeit in einer gerechten Sache zu schirmen; Holland und Brandenburg hätten sich dergestalt mit dem Hause Oestreich verknüpft, als wenn sie gleichsam die reformirte Religion abgeschworen und sie ferner zu vertilgen entschlossen seien." Es wurde bebeschlossen, dem Protector die Direction der Flotte in soweit zu übergeben, als nöthig sei, der englischen Nation Ehre und Respect zu manuteniren. In der letzten Märzwoche segelten 36 Schiffe und zwei Brander, unter dem Admiral Montague, nach dem Sund.

Im Haag erklärten Frankreich und England, daß sie entschlossen seien, dem Kriege der beiden nordischen Kronen ein Ende zu machen; sie forderten die Staaten zur Mitwirkung auf, die ja gleich ihnen und mehr noch als sie den baltischen Frieden wünschen müßten. De Witt konnte nicht zweifeln, daß beide Mächte einig seien; die Eile Englands erschreckte ihn; das Erbieten gemeinsamer Mediation schien ihm den einzig

möglichen Ausweg zu zeigen; er erbot sich, mitzuwirken, daß die Lage der Dinge, wie sie der Friede von 1645 bestimmt, hergestellt würde. Die beiden Mächte beharrten dabei, daß der Friede „auf den Fuß und nach dem Wortlaut des Roschilder Friedens“ zu fordern sei.

Die englische Flotte war bereits im Sund (19. April), während noch im Haag verhandelt wurde; mit den 24 Orlogschiffen, die Karl Gustav in Landskrona hatte, war sie der Flotte Wassenaars weitaus überlegen. Sobald die Nachricht, daß Montague im Sund sei, nach dem Haag kam, erhielt de Ruyter Befehl, sobald irgend der Wind es gestatte, auszulaufen; es wurde eine außerordentliche Gesandtschaft nach Kopenhagen beschlossen (28. April), dem Könige anzuzeigen, daß eine Flotte und 4000 Mann ihm zu Hülfe kommen würden, „zur Abwehrung der befürchteten Oppression“, daß er ausharren möge.[532]) Aber die „Pacificationscabale“ hatte besser gerechnet; der Wind hinderte das Auslaufen der Flotte noch fast vierzehn Tage; schon zog England auch die Zugeständnisse zurück, die es in Aussicht gestellt hatte; Wassenaars Flotte konnte von der Uebermacht erdrückt sein, ehe de Ruyter im Kattegat war. Es blieb nichts übrig, als dem Projecte Englands und Frankreichs beizutreten.

Am 21. Mai wurde das Haager Concert unterzeichnet, in dem die drei Mächte sich verpflichteten, den Frieden im Wesentlichen auf Grund der Roschilder Tractaten herzustellen, wenn er in drei Wochen, nach Ankunft de Ruyters, nicht geschlossen sei, sich jeder Hülfe und Assistenz zu enthalten und sich weiterer Mittel zur Herstellung des Friedens zu verständigen. In Betreff Brandenburgs wurde bestimmt, daß der Kurfürst, wenn er in sechs Wochen seinen Beitritt erkläre, in allen seinen Rechten und Besitzungen garantirt sein, auch zu den Verhandlungen zugelassen werden solle, um seine particularen Interessen wahrzunehmen. Ein besonderer Artikel des Vertrages fügte hinzu, daß die drei Mächte sich auch bemühen würden, den Frieden zwischen Polen und Schweden herzustellen, doch so, daß der dänische Friede dadurch weder bedingt noch aufgehalten werden solle.[533])

Mit diesem Haager Concert war die Lage der Dinge völlig verrückt. Es war klar, „daß Alles zum Besten der Schweden abgesehen sei“;[534]) nur in einem Punkt, auf den Karl Gustav das größte Gewicht gelegt hatte, trat das Concert auch ihm zu nahe: das baltische Meer sollte fremden Flotten nicht geschlossen sein.

Das Concert bestimmte, daß während der drei Wochen Frist die englische wie die staatische Flotte unthätig bleiben, weder Kopenhagen schützen

oder alliirte Truppen übersetzen, noch den Schweden hülfreich sein solle. Das hieß die Lage Dänemarks um so viel verschlimmern, als es bisher auf die Unterstützung Hollands sich verlassen hatte.

Es schien unzweifelhaft, daß König Friedrich, so von Holland verlassen und der Pression der drei Mächte preisgegeben, den Particularfrieden werde annehmen müssen. Und dann folgte der mit Polen von selbst; dort war das Mißtrauen und die Erbitterung gegen die Kaiserlichen allgemein; man meinte, sie lägen nur im Lande, um die nächste polnische Königswahl für Oestreich zu sichern; selbst die Königin neigte sich der Politik Frankreichs zu, an das sie so viele persönliche Interessen knüpften.

Für Brandenburg hatte freilich das Concert einige Fürsorge getroffen;[335]) aber als mitpaciscirende Macht wurde es nicht angesehen; der Kurfürst war für die Zukunft, so weit Frankreich ihn nicht zu decken für gut fand, den Insolentien Schwedens preisgegeben.

Zweierlei war klar, einmal, daß die Herren Staaten theils aus Furcht vor England, theils um ihren „Kaufhandel" nach der Ostsee sicher zu stellen, sich in eine „Absurdität" hatten verwickeln lassen, die bei Freund und Feind ihre Achtung tief sinken machte; hatten sie doch de Ruyter mit Instructionen ausgeschickt, die denen Wassenaars widersprachen, ohne diese zu ändern;[336]) und den Alliirten erklärten sie: nach den drei Wochen seien sie, wie England, befugt, für die Parthei einzutreten, die sie vorher gehalten. Es war der größte Gewinn für Frankreich, die staatische Macht diplomatisch und moralisch matt gesetzt zu haben.

Sodann eben so klar war, daß das Concert seine Spitze gegen den Kaiser kehrte, dessen es mit keiner Sylbe erwähnte.[337]) Es wurde die Meinung verbreitet, als wenn Oestreich allein den europäischen Frieden gefährde, als wenn Jeder, der nicht gegen Oestreich mit schreie und mit helfe, Verrath an der öffentlichen Sicherheit Europa's übe, als wenn Schweden in möglichster Stärke erhalten werden müsse, um den petulanten Ehrgeiz des Kaiserhofes von Norden her in Schranken zu halten, wie Frankreich von Westen her mit so vieler Selbstverleugnung thue.

Und nun nahm Mazarin die deutschen Verhältnisse in einer Weise in die Hand, die deutlich zeigte, wie er daran war, die letzte Masche seines Netzes zu schürzen, Europa diplomatisch zu beherrschen.

Er hatte im Reich den Deputationstag und den rheinischen Bund. Freilich, die Deputation war höchst unvollständig, aber sie behauptete, in aller Form Rechtens zu bestehen; sie hielt Sitzungen, faßte Beschlüsse, sie protestirte gegen die kaiserliche Berufung der Deputirten nach Regens-

burg. Bei ihr überreichte der französische Gesandte Gravel Namens seiner Krone ein Ersuchen, die vom Kaiser gebrochene Capitulation zu schützen und gegen die für Spanien bestimmte Hülfsleistung zu protestiren. Und die Reichsdeputation richtete, „sich vor schwerer Verantwortung zu verwahren", ein eindringliches Abmahnungsschreiben an den Kaiser (18. April).

Dem zur Seite gingen die Verhandlungen des rheinischen Bundes, die, um dem Kriegstheater näher zu sein, seit Ausgang Januar in Hildesheim gehalten wurden. Da proponirte Kurmainz, „die Völker zu Fuß und zu Roß sofort zusammenzuziehen, eine Generalsperson zu ernennen". Besonders Cöln und der Pfalzgraf von Neuburg waren voll Eifer, letzterer nicht ohne die Hoffnung, mit dem Generalat des Bundes betraut zu werden.[538]) Schon waren von Seiten Frankreichs 52 Cornet Pferde auf dem Marsch zum Rhein; sie mit den Cölner und Neuburger Truppen bildeten ein Corps von 12,000 Mann. Der französische Gesandte im Haag sagte zu Weimann: „man werde den Durchzug der Kaiserlichen nach Flandern nicht gestatten; man wisse, daß sie den Marsch über Ruhrort nehmen sollten; man werde ihnen dort zuvorzukommen wissen."

Freilich, ob die Deputation, der rheinische Bund bis zu activer Feindseligkeit gegen den Kaiser mitgehen werde, mußte dem Cardinal sehr zweifelhaft erscheinen; weder die Staatsmänner von Mainz, noch die Hessen, die Braunschweiger hatten Lust, über reichspatriotische Phrasen hinauszugehen; und so lange weder Kursachsen noch Kurbaiern, noch selbst Kurpfalz sich dem „Unfug in Frankfurt" zuwandten,[539]) war der Gewinn aller dieser französisch-schwedischen Umtriebe nur die Lähmung des Reichszusammenhanges, an dem nicht viel mehr zu lähmen übrig war. Nicht der Reichszusammenhang, sondern das Bündniß Brandenburgs mit dem Kaiser gab der Welt die Empfindung, daß politisch Deutschland noch da sei; und wenn jüngst der östreichische Volmar in Frankfurt geäußert hatte, „das Reich werde nicht eher Ruhe haben, als bis die Schweden aus den Grenzen des Reichs vertrieben und hinter ihre Scheeren zurückgedrängt seien, und daß nun die Zeit sei, dies ins Werk zu richten",[540]) so war damit genau das Interesse bezeichnet, das Brandenburg mit Oestreich verband, und in dem Dänemark und Polen zu ihnen standen.

Mazarin erkannte sehr richtig, daß Brandenburg der zusammenhaltende Schlußstein dieser Verbindung sei, in der es zugleich militärisch eine hervorragende Stellung hatte. Für das Interesse Frankreichs schien

nichts wichtiger als den Kurfürsten, in ähnlicher Weise wie es mit Holland geglückt war, „aus seinem Concept zu bringen".

In derselben Zeit, da im Haag die Intrigue zu jenem Concert angesponnen wurde, begann der Cardinal seine diplomatischen Batterien gegen Brandenburg spielen zu lassen.

Er äußerte Anfang März gegen Brand: die Schweden seien allerdings zu rücksichtslos gegen den Kurfürsten verfahren, der Kurfürst habe allen Grund, ihnen zu mißtrauen; aber sei nicht Frankreich in derselben Lage? freilich, Brandenburg müsse Karl Gustav „als Usurpatoren" fürchten, während Frankreich sich nur zu beklagen habe, daß es von seinen ambitiösen Plänen keinen Gewinn habe; aber der Kurfürst werde besser thun, eben so wie Frankreich, ein Auge zuzudrücken, als noch einmal alle seine Interessen aufs Spiel zu setzen; Frankreich sei zu jeder Unterstützung des Kurfürsten bereit, aber nicht, um damit dem Vortheil Oestreichs zu dienen.

Der Cardinal hatte zugleich geäußert, daß demnächst ein Gesandter in des Kurfürsten Hauptquartier abgehen solle. Ohne zu fragen, ob es erwünscht sein werde, kündigte er dessen Ankunft bei Schwerin an, schrieb zugleich dem Kurfürsten: „er könne nicht unterlassen, ihm im Allgemeinen zu sagen, daß, wenn er eine ernste Erwägung seiner wahren Interessen machen wolle, er finden werde, daß sie niemals in besserer Sicherheit sein würden, als unter der Protection und der Freundschaft der Krone Frankreichs; Se. Kf. D. werde diese Wahrheit erkennen, wenn er den Versuch machen und die alten Maximen seines Hauses wieder aufnehmen wolle, von denen er sich ein wenig entfernt habe".[541])

Der Cardinal wählte zur Sendung an den Kurfürsten einen deutschen Publicisten, der dafür bekannt war, noch mehr Stirn als Geist zu besitzen,[542]) der in der Zeit der Wahlhandlung einige Flugschriften veröffentlicht hatte, in denen die deutschen Höfe mit großer Insolenz beurtheilt waren. Dieser, Johann Frischmann, früher Rath am Hofe zu Mömpelgard, nun französischer Resident in Straßburg, erschien Anfangs April im Hauptquartier zu Viborg. Er überbrachte ein zweites Schreiben des Cardinals, ebenfalls vom 28. Februar, ganz in dem Sinn des frühern: „der König, von dessen Freundschaft diese Sendung ein recht ausdrückliches Zeugniß sei, habe erwogen, daß, obschon der Kurfürst sich von seinen wahren Interessen ein wenig abgekehrt habe, nur unerwartete Umstände und gleichsam ein widriger Wind ihn von dem rechten Cours entfernt hätten; er sei überzeugt, daß derselbe nicht ungern sehen würde, den Hafen wieder zu gewinnen, wenn er mit Ehre und Sicherheit zurückkehren könne; er

beschwöre ihn, so schloß der Cardinal, die Sache in ernste Erwägung zu ziehen".

Der Cardinal hatte sein Maß nach den Schilderungen genommen, die ihm seine Gesandten, die Terlon, Blondel, de Lumbres, von dem Kurfürsten und dessen Hof gemacht hatten; er mochte hoffen, mit diesem Ton väterlicher Ermahnung, wenn dann die geniale Frechheit Frischmanns hinzukam, dieselben Erfolge zu erzielen, die ihm an so vielen deutschen Höfen entgegen getragen wurden.

Der Kurfürst hatte schon vor Frischmanns Ankunft auf jene ersten Schreiben geantwortet (7. April), zunächst dankend für die so weise Beurtheilung seiner Lage, daß das Verfahren Schwedens ihn gezwungen habe, den Weg zu wählen, auf dem er sich jetzt befinde; „wenn seine Vorfahren die Maxime gehabt hätten, die Interessen anderer Fürsten der Erhaltung ihres eigenen Staates vorzuziehen, so gestehe er, daß er sich von derselben entferne; er fühle sich in seinem Gewissen gezwungen, die Länder, die er durch die Gnade Gottes besitze, zu vertheidigen, und sehe nicht ein, mit welchem Grunde er darüber von irgend jemand getadelt werden könne";[543]) es wäre an ihm, sich zu beklagen, daß er von Frankreich vernachlässigt sei, vier Gesandte des Königs nach einander hätten ihm dessen Hülfe zugesagt, ohne daß ihm deren im Geringsten zu Theil geworden; doch wolle er lieber die Versprechen dieser Herren für Courtoisien, die sie auf eigene Hand gemacht hätten, annehmen, als sagen, daß ihm der König sein Versprechen nicht gehalten habe.[544])

Am 17. April war Frischmann in Viborg angekommen; man ließ ihn acht Tage warten, bevor er Audienz erhielt. Dann begannen die Conferenzen. Schwerin und Jena, die der Kurfürst damit betraut hatte, sparten dem Herrn keine Vorhaltung. Er wieder kehrte vor Allem die Frage des kaiserlichen Hülfszuges nach Flandern hervor; er fand die mündliche Erklärung, daß der Kurfürst denselben nicht billige, ungenügend; er forderte nicht bloß, daß der Kurfürst seine Autorität dagegen interponire, sondern sich verpflichte, „wenn das nicht verfange, seine Macht dazu zu gebrauchen und es mit Gewalt zu hindern".

Eben in diesen Tagen kamen die bösen Nachrichten aus dem Haag, am 30. April die Artikel des Concertes, auf welche Holland abzuschließen im Begriff stehe. Frischmann wurde um so zudringlicher, er forderte jene Erklärung schriftlich;[545]) als ihm nach einigen Tagen eine ziemlich leere Formel überreicht wurde, erklärte er: er habe erwarten dürfen, daß man sie französisch gebe, denn deutsch verstehe man an seinem Hofe nicht. Man

erwiederte ihm: da er, ein Deutscher, in seines Königs Namen französisch schreibe, so würde ihnen nicht verdacht werden können, daß sie in deutscher Sprache geantwortet; doch würden sie künftig lateinisch schreiben und lateinische Antwort erwarten. Frischmann forderte, auch in die Erklärung aufzunehmen, daß, wenn der Kurfürst nicht im Stande sei, die wichtigen Pässe in seinen Landen am Rhein gegen die kaiserlichen Durchmärsche zu sichern, sein König selbst deren Sicherung zu übernehmen befugt sein solle.[546])

Man brach hier vorläufig die Conferenzen ab, da der Kurfürst im Begriff sei, nach Friedrichsödde zu marschieren, auch von allen Seiten der Abschluß des Friedens mit Spanien berichtet werde (17. Mai).

Nicht Frischmann und das französische Säbelrasseln am Rhein machte dem Kurfürsten Sorge, wohl aber die Wirkung des holländischen Abfalls auf die Entschlüsse in Kopenhagen, die Pression der englischen Flotte, die Erbitterung des polnischen Hofes gegen Oestreich. Sein Gesandter im Haag hatte in den allerstärksten Ausdrücken gegen das unglückliche Concert, gegen den Treubruch, den die Republik begehe, gesprochen; er selbst schrieb ruhiger, aber in sehr ernstem Ton den Hochmögenden.[547]) Je nackter der Zweck dieser unerhörten Form der Intervention hervortrat, die Krone Schweden zu decken und ihr allen Gewinn ihrer brutalen Angriffe auf Dänemark und Polen zu sichern, als wenn es eine europäische Nothwendigkeit sei, daß Schweden weit über das Maß der Verträge von 1648 hinauswachse, — je eifriger Frankreich war, die Macht seines natürlichen Verbündeten gegen Deutschland zu mehren, und je ohnmächtiger sich Holland zeigte, die schlimmste Gefährdung des Gleichgewichts zu hindern, um so nothwendiger war es, das Aeußerste zu versuchen, damit Dänemark sich halte. An Kopenhagen mußte diese verhängnißvolle Politik der Westmächte scheitern, oder Schweden und Frankreich reichten sich in Deutschland die Hände.

Friedrich Wilhelm erkannte die ganze Größe der Gefahr. Um Alles gern wäre er sofort nach Seeland gegangen; aber auf welchen Schiffen? Fünen lag dicht vor der Küste; aber auch zu dieser kurzen Fahrt hätte man des Schutzes von Kriegsschiffen bedurft, und die dänischen waren nicht zur Hand. Irgend etwas mußte geschehen; jener Marsch auf Friedrichsödde war ein Zeichen, daß der Kurfürst nicht zu weichen gedenke.

Seit Wochen schon hatte die zusammengeschmolzene Besatzung die äußeren Werke aufgegeben und demolirt, sich auf das Castell am Meere zurückgezogen; nur dies blieb noch zu nehmen. Am 24. Mai begann man die Laufgräben zu eröffnen; die Schweden warteten den Sturm nicht ab,

sie zerstörten, was zu zerstören war, verließen am 26. Mai die Festung; ihre Schiffe führten sie nach Fünen über.

Länger als sonst blieben die Nachrichten aus Kopenhagen aus. Der Kurfürst hatte am 25. April Marwitz angewiesen, sich auf das Aeußerste zu bemühen, daß es nicht zum Particularfrieden komme. War es doch geschehen?

Allerdings war König Friedrich auch jetzt noch entschlossen, nicht zu weichen. In der Audienz, in der der englische Gesandte ihm mittheilte, daß Schweden die angebotene Verhandlung anzunehmen Willens sei, hatte er erwiedert (8. Mai): „er wolle sich lieber noch zehn Jahre belagern lassen, als einen Roschilder oder Particularfrieden eingehen.“ Und bei dem Volk von Kopenhagen war der Eifer „über alle Beschreibung groß“; sie drohten den, der vom Roschilder Frieden zu sprechen wagte, zu steinigen. Aber unter denen von Adel griff die Entmuthigung um sich; mehr als einer der Reichsräthe meinte, es sei keine Hülfe mehr: nach dem Haager Concert könne Schweden eine Insel nach der andern nehmen, seine Schiffe vor Kopenhagen legen, alle Zufuhren absperren, ohne von jemand gehindert zu sein.[548]) Der englische Gesandte verstand auch auf die Geistlichen, auf Bürgermeister und Rath einzuwirken; bei Hofe wies er auf den unweigerlichen Entschluß der drei Mächte, auf den ganz nahen Abschluß mit Polen hin: Brandenburg stehe schon in heimlichen Unterhandlungen mit Schweden. Schwedische Briefe, die aufgefangen waren, schienen das nur zu deutlich zu bestätigen: „der Kurfürst“, hieß es da, „wolle den Kopf gern aus der Schlinge ziehen;[549]) Mazarin habe bereits sechs Millionen für die Armee, die nach Deutschland gehen solle, anweisen lassen, und de Ruyters Flotte werde erst ankommen, wenn Kopenhagen über sei.“ Vergebens bemühte sich Marwitz, den üblen Gerüchten zu widersprechen; man glaubte ihm nicht mehr; man that, als wenn nur er den Entschluß des Königs, der allein noch retten könne, hindere.[550])

Da traf am 26. Mai ein Schreiben des Kurfürsten an den König ein, das allem Zweifel ein Ende machte; er forderte von Neuem und dringender Schiffe, um mit Heeresmacht nach Seeland zu kommen, oder wenigstens einen Angriff auf Fünen zu unternehmen; er hoffe noch, daß Holland sich eines Besseren besinnen werde. Die Freude am Hofe war über alle Beschreibung groß, „das Geschrei ist gleich durch die ganze Stadt gelaufen“; Alles war entschlossen, das Aeußerste zu wagen und zu tragen.

Unmittelbar nach der Einnahme von Friedrichsödde theilte Friedrich Wilhelm dem Kriegsrath seine Absicht mit, nach Fünen überzugehen.[551])

Montecuculi äußerte Bedenken; er wiederholte sie in einem zweiten Kriegsrath nur noch bestimmter: niemand werde die Ueberfahrt vor den schwedischen Schiffen schützen.

In der That hatte sich Montague auf die Nachricht, daß de Ruyters Flotte um Skagen heransegele, in den Kattegat gelegt, ihre Verbindung mit Wassenaar zu hindern, bis die Waffenruhe verkündet sei. Diese wurde nun von den staatischen Unterhändlern angenommen. Trotzdem blieb der Kurfürst bei seinem Entschluß; Montecuculi gab gegen eine Verschreibung des Kurfürsten, daß er alle Verantwortung gegen den Kaiser und die Schadloshaltung wegen etwaigen Verlustes übernehmen wolle, seine Zustimmung.

Drei dänische und fünf holländische Schiffe unter dem dänischen Capitain König, zusammen 476 Kanonen stark, lagen in der Koldinger Bucht;[552]) am 8. Juni wurden 1500 Kaiserliche unter Strozzi, 1500 Brandenburger unter General Goltz auf Prahmen und Boten eingeschifft, unter ihrem Schutz zunächst die kleine Insel Fanö, südwärts von Middelfart, zu nehmen. Zu gleicher Zeit sollte Czarnecky von Friedrichsödde aus nördlich von Middelfart landen. Die Polen kamen glücklich hinüber, aber konnten sich nicht halten, da der südliche Angriff nicht erfolgte. Wind und Strom verzögerte ihn drei Tage lang; man sah, wie der Feind massenhaft Truppen auf die kleine Insel warf, sich dort verschanzte; erst am 10. Juni konnte man lavirend sich der Insel nähern; unter dem Feuer der Batterien mußten sich die Schiffe die letzte Strecke an den Ankern fortwinden; eine Schute mit 160 Brandenburgern sank. Endlich gelang es, die Landung zu erzwingen, den Feind vom Ufer zurückzudrängen; fünfmal brach er aus seinen Schanzen und Batterien hervor, nach zweistündigem blutigen Kampf räumte er das Feld.[553])

Immerhin war die Eroberung Fanös eine schöne Waffenthat; aber sofort nach Fünen, das nur einen Musketenschuß entfernt lag, überzugehen, dem dicht mit Batterien besetzten Strand gegenüber die Fahrzeuge zum Einschiffen anlegen zu lassen, war unmöglich ohne die Unterstützung einer größeren Zahl schwerer Schiffe.

Am 18. Juni war der Waffenstillstand der Flotten abgelaufen; der Kurfürst rechnete darauf, daß dann Wassenaar bereit sein werde, ihn zu unterstützen. Der Officier, den er zu ihm sandte, wurde in mehr als schnöder Weise empfangen, Tage lang hingehalten, mit Vorwürfen überhäuft, als wenn der Kurfürst das höchst nöthige Friedenswerk störe; ohne das Geringste erreicht zu haben, kehrte er zurück.

Es war nur zu klar, daß die Holländer durchaus das Uebergehen auf die Insel hindern wollten; sie fürchteten, daß die Kaiserlichen sich dort festzusetzen beabsichtigten. Und einstweilen nahmen die Schweden unter dem Schutz des Waffenstillstands, der wieder und wieder prolongirt wurde, die festen Punkte, die noch auf Moen, Falster, Laland in den Händen der Dänen waren und von wo aus Kopenhagen proviantirt wurde.

Der Kurfürst entschloß sich zu einem zweiten Angriff, der sich unmittelbar auf Middelfart richten sollte. Am 6. Juli wurde er versucht; 16 schwedische Schiffe unter dem jüngeren Wrangel lagen zwei Stunden abwärts hinter Friedrichsödde, aber der Wind hinderte ihr Herankommen. Unter dem Schutz der wenigen Kriegsschiffe, die zur Verfügung waren, auf 60 Schuten und vielen kleineren Fahrzeugen sollte die Ueberfahrt gemacht werden, während das übrige Heer in Schlachtordnung am Ufer stand. Unter dem heftigen Feuer des Feindes nahten die Fahrzeuge der Insel; aber es war unmöglich, den Strand zu erreichen. Montecuculi hat nach Wien berichtet, die Schuld treffe die holländischen Schiffe, die nur zum Schein gefeuert, nur Pulver ohne Kugeln geladen hätten. Gewisser ist, daß während der Ueberfahrt der Wind umsetzte, so daß es unmöglich wurde, den Angriff fortzusetzen.[554])

Die Nachrichten aus Kopenhagen lauteten höchst bedenklich; „wenn Fünen nicht genommen wird, ist der Particularfrieden zu besorgen; nicht vom König und den Reichsräthen; aber der Bevölkerung Kopenhagens graut vor einem Winter wie dem vorigen, der Mangel wird unerträglich." Schon zwei Tage nach jenem mißlungenen Versuch ließ der Kurfürst im Kriegsrath vortragen, daß er einen dritten machen wolle; Montecuculi widerrieth: es würde sehr schwer sein, man müßte mit wenigstens 2000 Mann zugleich landen können, da der Feind überall sehr stark verschanzt sei. Der Kurfürst befahl, was man irgend von Fahrzeugen an der schleswigschen und jütischen Küste aufbringen könne, im Belt, bei Aarhus, bei Aalborg zu sammeln; sein Plan war, an mehreren Punkten zugleich zu landen; in zwei, drei Wochen konnte die Rüstung fertig sein.

Aber eben jetzt setzten die Dinge in sehr bedrohlicher Weise um.

Bisher hatten die drei Mächte in Kopenhagen so wenig wie bei Karl Gustav Erfolg gehabt. Das Haager Concert war wie ein Messer ohne Schneide; die beiden mächtigen Flotten lagen da, um sich gegenseitig unschädlich zu machen, und den Schweden war zu jeder beliebigen Insolenz freie Hand gelassen. Man fing Briefe Karl Gustavs an Wrangel auf, in denen er ausdrücklich aussprach, daß er den Stillstand der Flotten

„nutzbarlich zu gebrauchen" fortfahren solle.[555]) Schon nahm Wrangel auf die holländische Flagge, wenn sie ihm in den Weg kam, keine Rücksicht; als endlich ein paar holländische Orlogschiffe förmlich von ihm gejagt und auf den Strand getrieben wurden, lichtete Wassenaar die Anker, verband sich mit de Ruyter und segelte den Schweden nach. Sofort setzte sich auch Montague in Bewegung, den Holländern zu folgen; schon legten diese bei, das Gefecht anzunehmen. Es gelang dießmal noch, die Sache zu begütigen und als Mißverständniß zu erklären. Aber jeden Augenblick konnte sich das Mißverständniß erneuen und schlimmer verlaufen.[556]) Es war die Folge des „absurden" Concerts. Die Prolongation des Waffenstillstands machte es den Schweden möglich, die in Aarhus gesammelten Fahrzeuge zu überfallen, nachdem die vor der Bucht liegenden fünf Kriegsschiffe, meist Holländer, genommen waren.

Während die staatische Flotte so Verluste litt und nichts weniger als Ehre erntete, wurde im Haag ein neues Concert verabredet; man beschloß den Frieden, im Wesentlichen auf die früheren Bedingungen, zu erzwingen, beide Könige zuerst nochmals zur Annahme in vierzehn Tagen aufzufordern, den, der sich weigern werde, für recusant zu erklären und mit gemeinsamer Macht zur Folgeleistung zu zwingen (24. Juli).

Es mußte sich zeigen, ob die Ausführung so tapfer und einmüthig sein werde, wie der Entschluß erscheinen sollte. Einstweilen spielten die englischen und mehr noch die staatischen Unterhändler am Sund eine nichts weniger als beneidenswerthe Rolle; sie hatten weder Achtung bei den Schweden, noch Dank bei den Dänen. Nur Herr von Terlon, der Franzose, war oben auf, höhnte über die Reichsarmee, machte Witze über den Kurfürsten, beklagte den König Friedrich, daß er nicht „absolut regiere", „betrübte die frommen Holländer" mit gar schlimmen und allarmirenden Gerüchten, die er in Umlauf setzte; und als die Nachricht von dem zweiten Concert kam, verließ er Kopenhagen, „da sein König nicht gutheißen könne, daß man ein gekröntes Haupt zu etwas zwingen wolle". Jedermann wußte, daß er nur ins schwedische Lager gehe, „um den König von allen Affairen zu unterrichten".[557])

Daß er auf Weisungen aus Paris so verfahre, sagte der französische Gesandte im Haag unumwunden, wie denn derselbe sich auch geweigert hatte, jenes Artikels wegen, der die Zwangsmaßregeln festsetzte, das neue Concert zu unterzeichnen. Im Haag schrieb man auch dies auf Rechnung der wachsenden Mißstimmung Frankreichs gegen das republikanische England. Man flüsterte davon, daß in den Friedensbesprechungen Frank-

reichs mit Spanien ein Artikel die Zurückführung Karls II. nach England betreffe. Nur um so fester glaubte die antioranische Parthei sich an England ketten zu müssen; nur um so erbitterter wurde die Stimmung des Volks gegen die „Pacificationscabale". Nicht blos die Provinzen Gröningen, Friesland, Oberyssel protestirten gegen das neue Concert, sondern auch Amsterdam. „Es sieht gar wunderlich aus und ist den Rädelsführern nicht gar wohl dabei, sonderlich da England einen andern Herrn oder Unruhe mit und in sich selbst bekommen sollte; die Klügsten vermeinen, daß solche Veränderungen bevorstehen, daß, wenn Dänemark nur noch geringe Zeit festhält, das ganze Werk redressirt werden könnte."

Wie wirkte das Alles zum Vortheil der französischen Politik und ihres schwellenden Uebergewichtes! Nichts wolle Frankreich, verkündete sie, als den Frieden der Welt; und ihre Bewunderer im Reich wiederholten mit Salbung, welchen Beweis von Selbstverleugnung und Friedensliebe der allerchristlichste König eben jetzt gebe, wo er der Krone Spanien die Hand der Versöhnung biete. Freilich, sagte der Cardinal zu Brand, er müsse „die rauhe und ungestüme Begierde" des Schwedenkönigs tadeln; aber es sei Frankreichs und Brandenburgs Interesse in gleichem Maaß, daß die Krone Schweden nicht zu Grunde gerichtet, sondern erhalten werde, damit sie den weitaussehenden, der deutschen Freiheit und dem evangelischen Wesen nachtheiligen Anschlägen Spaniens und Oestreichs allezeit etwas in den Weg legen könne. So süße Worte brauchte man in Paris, während Frischmann drängte, und Terlon in Kopenhagen höhnte, und de Lumbres am Warschauer Hofe zur Vorsicht gegen die Ränke Brandenburgs mahnte.

Man hatte im Hauptquartier des Kurfürsten Anderes zu thun als Herrn Frischmanns immer neue Erwägungen anzuhören; es geschah ihm, daß er Wochen lang keine Conferenz, keine Audienz erhalten konnte. Endlich am 26. Juni hatte er ein Schreiben seines Königs zu überreichen, das dem Kurfürsten wohlmeinend noch einmal empfahl, sich der Politik des Friedens anzuschließen, eines Friedens, in dem man auch für seine Interessen gesorgt habe; wenn er nicht darauf eingehe, so möge er den Gesandten beurlauben.[558]) In der Besprechung, die darauf folgte, forderte der Kurfürst, daß ihm die Proposition schriftlich übergeben werde; Frischmann weigerte es. Was man ihm antrage, sagte der Kurfürst, sei wie in der Fabel, wo der Wolf die Hunde auffordere, die Heerde zu verlassen; und wo sei Garantie, daß Schweden den Frieden halten werde? er kenne die Gaunerverträge (traités de poltron) der Schweden aus Erfahrung.

Frischmann ward noch zur Tafel gezogen, es ward noch des Königs Gesundheït getrunken; aber die äußerste Mißstimmung des Kurfürsten sprach sich unverhohlen aus, und Frischmann that das Seine, sie zu reizen.[559]) Er forderte die von ihm eingereichten Schriftstücke zurück; man gab sie ihm, dann reiste er ab. In den nächsten Frankfurter Zeitungen las man diese Vorgänge der letzten Tage mit Bemerkungen höchst verletzender Art, sichtlich von Frischmann selbst.[560]) Wenige Wochen später wurde, auf irgend einen privaten Anlaß Wicquefort in Paris, der noch dafür galt in brandenburgischem Dienst zu stehen, in die Bastille gesetzt.

Wollte man den Kurfürsten schrecken? suchte man einen Anlaß, Weiteres gegen ihn vorzunehmen? Auf seine Beschwerde des Residenten wegen antwortete man entschuldigend: man ließ ihn wissen, daß ein anderer Gesandter zu ihm kommen werde. Man ersah dazu einen Herrn Desminieres, zur Zeit Geschäftsträger bei den Höfen des rheinischen Bundes, der, so schreibt Brand, die Impertinenz gehabt habe, sich zu rühmen, er kenne den Kurfürsten und sei in Holland Genosse seiner Ausschweifungen gewesen. Eben darum mochte ihn der Cardinal gewählt haben. Ausdrücklich verbat man sich diesen Herrn; aber der Affront blieb.[561])

Auf diesem Punkt standen die Dinge, als der Wiener Hof plötzlich sein Heer aus Schlesien vorgehen, in das schwedische Pommern einbrechen ließ.

Der Angriff auf Schwedisch-Pommern.

Schon im Frühjahr war dem Kurfürsten von Wien aus der Angriff auf Pommern vorgeschlagen: „der dänische Hof habe den Vorschlag lebhaft unterstützt; es werde das beste Mittel sein, Dänemark zu erleichtern; gerade von Pommern aus habe Polen, der Kurfürst und Dänemark den größten Schaden erlitten; Schweden habe kein Recht, den Schutz des Reichs für dieses Reichsland zu fordern, das es zum Mittelpunkt seiner kriegerischen Bewegungen nicht blos gegen Polen, sondern gegen Mitstände im Reich gemacht habe.“

So klar es war, daß ein Angriff auf Pommern den Gegner besonders hart treffen werde, dennoch hatte der Kurfürst auf den Antrag nicht eingehen wollen, theils um nicht die Marken neuen Durchmärschen und vielleicht feindlichen Invasionen auszusetzen, theils in Voraussicht, daß solcher Angriff auf eine schwedische Provinz die Allianz nicht fester, wohl

aber ihre Gegner thätiger machen, daß er vielleicht das Signal zum allgemeinen Kriege sein werde.[562])

Es hätte eines Angriffs auf Pommern nicht bedurft, wenn die holländische Flotte die Truppen der Alliirten gleich nach der Schlacht im Sunde nach Seeland übergesetzt, wenn sie wenigstens ihren Uebergang nach Fünen ermöglicht hätte. Mit dem Haager Concert war der militärische Zweck des Einmarsches in Jütland zur Hälfte hinfällig; ein so großes Heer, wie man dorthin geführt hatte, um auch auf den Inseln gegen Schweden zu kämpfen, war zur bloßen Occupation der Halbinsel nicht erforderlich. Und je mehr die Westmächte in Kopenhagen zum Separatfrieden drängten, desto nothwendiger konnte es scheinen, König Friedrich in seinem Widerstande gegen denselben durch die einzig noch mögliche wirksame Operation, den Angriff auf Pommern, zu unterstützen. Aber es fragte sich, ob Dänemark auch jetzt noch in der Lage war, eine Hülfe dieser Art zu wünschen, ob es sie wünsche trotz der Consequenzen, die sich unvermeidlich daran knüpften, auf die Gefahr eines allgemeinen Krieges.

Nach dem zweiten Versuch gegen Fünen sandte der Kurfürst seinen Rath Somnitz nach Kopenhagen, mit dem König über den Zug nach Pommern zu sprechen: ein kaiserliches Heer stehe in Schlesien bereit; es sei nur nöthig, daß der König die Aufforderung dazu erlasse, da der Angriff auf Pommern nur zur Vertheidigung Dänemarks unternommen werden dürfe; die Alliirten würden stark genug in Jütland bleiben, um das Unternehmen auf Fünen sofort, wenn Schiffe zum Uebergang zur Stelle seien, zu wiederholen. Zugleich sollte Somnitz darauf aufmerksam machen, wie schwach Bremen und Verden besetzt seien; die dänischen Truppen in Jütland unter Feldmarschall Eberstein seien stark genug, die Schweden dort auszutreiben, und man werde ihnen, wenn es nöthig sein sollte, sofort zum Succurs kommen.

Somnitz hatte am 25. Juli Audienz; die Aeußerungen der Reichsräthe waren nichts weniger als entgegenkommend: es werde hochgefährlich sein, wenn der König sich noch tiefer einflechte; sie fragten, ob auch brandenburgische Truppen nach Pommern gehen würden, „widrigenfalls werde für Dänemark die Nachbarschaft der Kaiserlichen schädlicher sein, als die der Schweden."[563])

Indeß war vom Kaiserhofe die Weisung an Montecuculi (16. Juli) eingelaufen, dem Kurfürsten von Neuem und dringend die Nothwendigkeit des Zuges nach Pommern darzulegen. Ihm gegenüber hob der Kurfürst die sehr ernsten Bedenken hervor, die gegen den Zug sprachen, die Gefahren,

die dem Reich von Frankreich her, die ihm selbst von Frankreich und Schweden erwachsen würden; er stellte eine Reihe von Bedingungen, von denen er seine Zustimmung abhängig machen müsse, namentlich daß sich auch Polen und Dänemark, wenn auch mit wenigen Truppen dabei betheiligen, daß, wenn Pfalz-Neuburg die Zeit zu einem Angriff auf Cleve benütze, der Kaiser zur Vertheidigung des Landes Hülfe sende, daß im Falle eines französischen Angriffs die für Pommern bestimmten 12,000 Mann kaiserliche Truppen nicht abberufen noch gemindert würden; er forderte endlich, daß sich der Kaiser verpflichte, wenn das Unternehmen auf Pommern mißlinge, im Frieden den Feinden in keinerlei Weise brandenburgisches Gebiet zu überlassen; wenn aber dem Feinde Pommern entrissen werde, daß dann der Kaiser nicht etwa unter dem Namen der Kriegskosten oder anderem Vorwand Pommern beanspruche, sondern Brandenburg das Land in Besitz nehmen lasse.

Man war noch in Besprechung dieser Bedingungen, und Graf Montecuculi versprach sein Bestes zu thun, daß sie angenommen würden; da kam Anfangs August ein Courier mit der Nachricht, daß der Kaiser den Einmarsch befohlen habe, und daß de Souches bereits auf dem Marsch durch die Neumark sei.[564])

Ein Verfahren, das allerdings nichts weniger als rücksichtsvoll gegen Brandenburg war. Es war nicht schwer zu erkennen, warum der Wiener Hof, der sonst immer langsam zum Entschluß und zögernd in der Ausführung war, so plötzlich einen Act von so bedenklicher Kühnheit wagte. Am 4. Juni waren die Präliminarien zwischen Frankreich und Spanien und in denselben die verhängnißvolle Eheverabredung, welche die künftige Verbindung beider Kronen in Aussicht stellte, unterzeichnet. Es schien nur noch Einen Weg zu geben, um diese Präliminarien nicht zum Frieden werden zu lassen. Pommern angreifen hieß Frankreich den Handschuh hinwerfen; man mußte erwarten, daß ihn Frankreich aufnehmen werde; man durfte hoffen, daß Spanien gern den Anlaß ergreifen werde, den unglücklichen Frieden aufzusagen.

Der Kaiser wagte jenen Schritt auf die Gefahr eines allgemeinen Krieges. Aber er traf mit demselben den besten Alliirten Frankreichs an der empfindlichsten Stelle; er rechnete auf desto hartnäckigeren Widerstand in Kopenhagen; er hatte Brandenburg auch wider Willen solidarisch mit der östreichischen Politik verbunden, denn der Kurfürst konnte sich weder auf diesen Anlaß von ihm trennen, noch die Kaiserlichen allein Pommern in Besitz nehmen lassen.

Friedrich Wilhelm sah die ganze Bedeutung des Geschehenen. Nicht die Möglichkeit des Krieges auch mit Frankreich erschreckte ihn; es mußte über kurz oder lang doch zum Austrag zwischen Deutschland und Frankreich kommen; mochten die Herren vom rheinischen Bunde dann, wenn es zum Ernst kam, ihre Parthei nehmen; selbst mit ihren Truppen verstärkt, war Frankreich im Feld nicht übermächtig, wenn die Schwedenmacht im Schach gehalten war.

Aber wenn Brandenburg sich mit Oestreich auf so schwere und weitaussehende Dinge einlassen sollte, so durfte es am wenigsten in der Form geschehen, die der kaiserliche Hof für angemessen gehalten hatte; es war nach diesem Vorgang doppelt nothwendig, demselben in völliger Freiheit der Action an die Seite zu treten und ihn zu der Einsicht zu nöthigen, daß er kein anderes Verhältniß, als das der im bestimmten Fall gleichen und gemeinsamen Interessen in Rechnung ziehen dürfe, daß Brandenburg nur eben so weit an den Kaiser gebunden sei, als der Kaiser an Brandenburg gebunden und verpflichtet zu sein anerkenne und bethätige.

Eben so rasch wie vorsichtig trat der Kurfürst auf die neue Situation ein. Er sprach seine Mißbilligung des östreichischen Verfahrens, auch in einem Schreiben an den Kaiser, auf das Nachdrücklichste aus. Aber zugleich traf er die Vorbereitungen, mit einem Theil des Heeres nach Pommern zu marschieren. Bereits am 20. August vollzog er die nöthigen Instructionen. In Jütland sollten je 1500 Brandenburger und Kaiserliche nebst 3000 Polen zurückbleiben, die mit den 3000 Dänen hinreichend schienen, das Land zu behaupten; „dem Feld-Marschall de Souches ist zu befehlen, daß er Damm attakirt, wozu ihm aus der Mark schweres Geschütz zu senden ist; dann soll er die Brücke bei Wollin ruiniren und da Posto fassen.“ Ferner: „es dient ihm zur Nachricht“, daß brandenburgische Truppen, 1500 Mann, Stargard sofort besetzen, und bei Greifenhagen eine Brücke schlagen und verschanzen werden. Der Kurfürst selbst wird mit den aus Jütland abmarschierenden Regimentern am 28. aufbrechen, durch Mecklenburg auf die Pässe der Peene marschieren u. s. w.

In der letzten Septemberwoche erreichte er die vorpommersche Grenze bei Tribsees, während de Souches bereits die schwedischen Besitzungen am rechten Oderufer genommen, Wollin besetzt und, durch 2000 Mann Brandenburger unter Dohna aus der Mark verstärkt, die Einschließung Stettins begonnen hatte.

Auf Alles eher war Karl Gustav gefaßt gewesen, als daß die Oestreicher, daß gar Brandenburg es wagen werde, sein Reichsland Pommern

anzugreifen. Schon der Alliirten Zug nach Jütland hatte seine Armee „mehr geschwächt, als eine Niederlage in offener Feldschlacht"; auch die Vorräthe und Werbungen in Bremen und Verden waren ihm damit abgeschnitten; aus Preußen empfing er nichts mehr; wenn Pommern in Feindes Hand kam, versiegten ihm die letzten außerschwedischen Hülfsquellen.

Er wußte bereits von dem Anmarsch der Kaiserlichen, vielleicht schon von der Besetzung Greifenhagens, als die englischen und holländischen Commissarien mit jenem zweiten Haager Concert erschienen und erklärten: in vierzehn Tagen vom 19. August an gerechnet müsse Friede sein. Der König antwortete den Herren: „ihr macht Projecte mit der Feder, ich aber mit dem Degen und damit will ich es ausführen; neue Projecte begehre ich nicht".[565]) Den Holländern sagte er: wie sie sich unterstehen könnten, vor ihm zu erscheinen, da sie seine öffentlichen Feinde seien; er drohte sie in Arrest legen zu lassen. Vergebens trat Admiral Montague mit energischen Worten, die Hand am Degen, ihm entgegen; ihm ward zur Antwort: „so lange ihr Engländer euch in euren Schranken haltet, seid ihr meine Freunde; wo nicht, so achte ich euch gleich den Andern." Er war empört, daß diese Republiken, „die Einen Krämer, die Andern Königsmörder", ihm Gesetze vorschreiben wollten.

Sehr unlustig schieden die Herren von ihm. Auch König Friedrich hatte sie nicht eben als Retter empfangen; namentlich den Holländern warf er vor, was sie an Dänemark gethan: „soll ich zu Grunde gehn, so sollt ihr die ersten sein, die ich mitnehme; ich werde nichts Particuläres vornehmen." Sie baten dringend, der König möge ihren Vorschlag annehmen, dann sei Schweden recusant und dem Einschreiten der beiden Flotten verfallen. Die Reichsräthe beschworen den König, sich auf diesen klugen Weg einzulassen; endlich gab er nach. Die Herrn Vermittler gingen von Neuem ins schwedische Lager. Karl Gustav antwortete ihnen: er wollte auf diese Weise nicht tractiren, er werde die Holländer nimmermehr als Mediatoren ansehen; der dänische König möge Commissarien senden, mit denen er einen räsonnablen Frieden schließen wolle. Die Herren kamen zurück, erklärten nicht etwa Karl Gustav für recusant, sondern forderten von König Friedrich, daß er Commissarien hinaussende, sonst müßten sie ihn für recusant erklären und gegen ihn einschreiten.

Auch dazu verstand sich dieser, ernannte Commissarien; worauf Herr Slingeland noch einen Wunsch hinzufügte, den, daß der König als Bedingung von Schweden die endliche Annahme des Elbinger Vertrags mit

den Erläuterungen fordern möge, weil sonst Holland diesen für seine Commercien hochwichtigen Tractat einbüßen dürfte. Der König wies „solche unverschämte Zumuthungen“ zurück: sie sähen, in welchem Zustand er sei und ließen ihre Flotte müßig liegen, mit der sie selbst ihre Forderung durchsetzen könnten. Wenigstens, so baten sie, möchte man in der Ausfertigung der Vollmachten ihre Namen nicht nennen, da der König von Schweden so gar ungnädig gegen sie sei und man fürchten müsse, daß er um ihret Willen Alles wieder umstoße.[566]) Nun gingen die Commissarien und die Mediatoren hinaus zum schwedischen Lager; es waren schon vier Tage über den Termin verflossen; Karl Gustav verbat sich die Mediation, wenn er auch den freundschaftlichen Beistand Englands und Frankreichs gern annehme;[567]) gegen die Holländer wiederholte er: was sie sich einbildeten, daß sie mit zur Conferenz kämen, da sie seine Feinde seien. „Die Holländer haben still geschwiegen und hat man es ihnen verübelt, daß sie sich zum andern Male so tractiren lassen.“ Wenigstens von dem Stolz der Republikaner war in diesen „Patrioten“ nicht viel; und der Admiral Wassenaar war zu sehr von de Witt's Parthei, als daß er die Ehre seiner Flagge hätte höher halten sollen, als den Frieden mit England; er fuhr fort, mit der mächtigen Flotte zu diplomatisiren.

Dänemark war trotz so ausdrücklicher Versicherungen, die es noch jüngst wiederholt hatte, auf vollem Wege zum Particularfrieden, und alle Proteste des kaiserlichen, des brandenburgischen Gesandten waren umsonst. Auch das gewann man vom König Friedrich, daß er eine schriftliche Declaration seiner Bedingungen seinen Commissarien mitgab: „in wenigen Tagen,“ sagten die Holländer, „werde dann der Friede gemacht sein; wenn nicht, so sei Schweden als recusant überwiesen.“ Daß wenigstens der Abschluß nicht ohne Mediatoren gemacht werde, setzte Marwitz durch. Die holländischen Herren so gut wie die englischen waren getheilter Ansicht. Es kam zu heftigen Auftritten zwischen Montague und Algernon Sidney; Montague segelte, man sagte ohne Befehl aus London, mit dem größten Theil der Flotte zurück. Und unter den holländischen Herren hielt Vogelsank, der Pensionär von Amsterdam, gegen Slingeland das Interesse Dänemarks, oder ließ sich wenigstens nicht völlig von den Drohungen des Schwedenkönigs einschüchtern. Ihm gelang es durchzusetzen, daß an Wassenaar die ernste Weisung gesandt wurde, „Ordre zu pariren“, selbst im Belt zu bleiben, de Ruyter mit 40 Schiffen in den Sund zu schicken, das Meer rein zu halten.

War es Trotz, war es Berechnung, daß Karl Gustav dem Abschluß

hier immer neue Schwierigkeiten in den Weg legte, gewiß ist, daß seine Sache damit nicht ins Bessere kam.

Allerdings gab ihm der Angriff des Kaisers auf Pommern Stoff zu den heftigsten Anklagen in und außer dem Reich; jetzt, hieß es, solle das ausgeführt werden, was Wallenstein angefangen; der Kaiser wolle Pommern nur besetzen, um es zu behalten. In England sagte man: das Evangelium sei in Gefahr; in Holland: als Herr in Pommern sei der Kaiser gefährlicher als Schweden; im Reich sah man eine der Grundbedingungen des theuer erkauften Friedens in Gefahr; und Frankreich that überall das Mögliche, Karl Gustavs Friedensliebe und Gewissenhaftigkeit, und wie er unschuldig unterdrückt und beraubt werden solle, darzulegen.

Fast noch schlimmer erschien der pommersche Handel, als bekannt wurde, daß de Souches die Stadt Damm hatte auffordern lassen, sich „ihrem natürlichen Erbherrn, dem Kurfürsten, zu übergeben". Also, hieß es, man will nicht blos durch Recht der Eroberung Schweden kürzen, sondern man macht ein Erbrecht geltend, das mit dem Friedensinstrument abgethan ist, für das der Kurfürst reichliche Entschädigungen erhalten hat. Jetzt wandte sich alles Geschrei gegen Brandenburg: jetzt sehe man, um welchen Preis es sich an das Haus Oestreich verkauft und die Sache des Evangeliums und der deutschen Freiheit zugleich daran gegeben habe.

Karl Gustav hatte Björnclou nach Paris eilen lassen, die schon eingeleitete Diversion nach Deutschland zu beschleunigen. Auch von Cöln, Mainz, Pfalz-Neuburg kamen Bevollmächtigte dorthin: „wenn nur ein starkes französisches Corps komme, so werde die Armee des Rheinbundes, so verschieden an Nation, Disciplin, Humor und Religion die Truppen jetzt seien, mit demselben bald in eins verschmelzen".[568]) Und wenn auch Mainz und Cöln lieber wünschten, „Mediatoren zu werden", wenn auch der Bischof von Münster sich bemühte, Brandenburg und Neuburg auszusöhnen, so war doch Schweden und Neuburg einverstanden, daß ein Angriff auf das Clevische und auf die nächsten östreichischen Lande dringend nöthig sei.

Zugleich suchte Karl Gustav Holland zu sich herüberzuziehen. Er sandte Coyet nach dem Haag mit allen möglichen Erbietungen, Handelsfreiheit in Schweden, freien Sund, Abtretung von Fünen, von Glückstadt u. s. w. Ja selbst auf Brandenburg machte er einen Versuch der Verständigung; er ersah sich dazu Graf Friedrich Waldeck, der des Kurfürsten Art kannte; er sandte ihn zunächst an den Landgrafen von Cassel, dessen Gemahlin des Kurfürsten Schwester war, um durch ihn und sie an

den Kurfürsten Vorschläge zu einem Separatabkommen gelangen zu lassen, einem Abkommen, das er lockend genug zu machen glaubte, wenn er ihm auch jetzt noch die Geltung des Vertrages von Labiau zusicherte.[569])

Aber sein Waffenglück war im Sinken. Im Weichsellande fiel eine Festung nach der andern; Graudenz erstürmten die Polen und Kaiserlichen (14. Sept.), die Feste Haupt die Danziger, Straßburg die Brandenburger; am Ende des Jahres hatten die Schweden nur noch Elbing und Marienburg. In Curland drangen Polen und Brandenburger ein; als Radzivill die Regimenter Schönaich und Polentz sandte, wurde auch Goldingen und Libau genommen; am Ende des Jahres war nur Mitau und Bauschke noch in schwedischem Besitz.

Die Verluste schienen Karl Gustav nur hartnäckiger zu machen. Er fuhr fort, das Haager Concert zu verwerfen; schon gab de Ruyter den Dänen seine Schiffe zu einem Angriff auf Schonen, der guten Erfolg hatte; aber Wassenaar hielt sich fern und die holländischen Commissarien fuhren fort, dem König Friedrich zuzusetzen, daß er die Tractaten annehme, bevor der Feind, auf das Aeußerste gebracht, irgend Etwas thue, was Allen Verderben bringe.

Karl Gustav rechnete auf die Schlaffheit Hollands, auf die Uneinigkeit der Alliirten, die mit ihren Erfolgen wuchs, auf Frankreich. Frankreich schien nach dem Einfall der Kaiserlichen in Pommern, der die ganze Lage der Dinge veränderte, die Spitze nehmen zu müssen, um Oestreich in der Linie der Inferiorität zu halten, auf die es in dem Frieden von 1648 zurückgedrängt war. Schon war am Hofe zu Warschau und unter dem polnischen Adel die Stimmung gegen Oestreich so schlimm wie möglich; man forderte durchaus den Frieden, man meinte nicht warten zu können, bis auch Dänemark ihn schließe; man wollte die Kaiserlichen um jeden Preis aus dem Lande haben, zumal seit ein plötzliches Erkranken des Königs die Möglichkeit einer Wahl, während die östreichischen Truppen im Lande seien, ganz nahe gezeigt hatte. Schon war man geneigt, den Frieden anzunehmen, wenn Schweden die Festen, die es in Preußen noch inne hatte, an die vermittelnden Mächte in Sequester überließ; und Frankreich war bereit, die Besetzung derselben zu übernehmen. Aber Karl Gustav verwarf das als eine „Indignität“.[570])

Und in Kopenhagen war man nicht minder gegen den Wiener Hof aufgebracht, der so viel versprochen und nichts geleistet habe, der das Unglück Dänemarks nur benutzen wolle, um seine Macht bis an die Mündungen der Elbe und Oder auszudehnen, und damit nur bewirke, daß auch

die letzte Hülfe, die Dänemark habe, die holländische, sich zurückziehe. Gegen Brandenburg war man nicht minder mißgestimmt; hatte es doch dem Herzog von Gottorp die Souverainetät gelassen, die er dem Roschilder Frieden dankte; man ließ es geschehen, daß die dänischen Kaper auch Colberger und Pillauer Schiffe aufbrachten, und blieb dabei, trotz aller Reclamationen.[571]) Man hätte gern einen Separatfrieden geschlossen, wenn nur Schweden irgend mäßige Bedingungen hätte annehmen wollen; und die Holländer hätten gern dazu geholfen, daß man auch minder mäßige annahm, wenn nur Schweden ihnen den Elbinger Vertrag und die Erläuterungen dazu gewährt hätte;[572]) aber Coyets Verhandlungen im Haag zeigten, daß Schweden nur Zeit gewinnen und trennen wollte.

Nur Brandenburg, sagte man im Haag wie in Warschau, in Kopenhagen wie in Paris, sei Schuld, daß es nicht zum Frieden komme. Der Kurfürst hindere ihn, sagte man, im Interesse Oestreichs.

Allerdings hatte der Kurfürst sich auf das Aeußerste bemüht, daß die Alliirten nur gemeinschaftlich mit Schweden abschlössen. Hatte er es geschehen lassen müssen, daß Dänemark, daß Polen mit Schweden gesondert verhandelten, so warf er wenigstens das ganze Gewicht seines Einflusses und das ganze Recht seiner Allianzen mit in die Wagschale, um zu hindern, daß die Polen nicht vor den Dänen, die Dänen nicht vor den Polen zum Schluß schritten. Immer von Neuem ließ er geltend machen, daß man nur durch die gemeinsame Action den Uebermuth Schwedens so weit gehemmt habe; ein Separatfrieden mit der einen Krone werde Schweden in den Stand setzen, sich mit aller Kraft auf die andere zu stürzen, um sofort, wenn diese bewältigt sei, den Frieden zu brechen, den sie so eben gewährt; die einzige Sicherheit sei, daß die gemeinsam Bedrohten nur gemeinsam Frieden schlössen. Er hatte im Haag schon vor dem Concert vorstellen lassen, daß die Herren Staaten im eigensten Interesse bei der Allianz bleiben, den Drohungen Englands und Schwedens nicht weichen müßten; „mögen sie bedenken, daß es um ihre Freiheit sowohl, als um unser Aller Freiheit in solchem Fall geschehen wäre.“ Jetzt begann man auch im Haag nachdenklich zu werden; de Witt sah die wachsende Erbitterung des Volkes nicht ohne Sorge; selbst in Amsterdam wurde laut und heftig gegen seine feige und schimpfliche Politik gesprochen; mit der Abdankung des Protectors, dem erneuten Hader zwischen Parlament und Armee, den erneuten royalistischen Schilderhebungen schwand auch der Vorwand daß man aus Rücksicht auf England nicht anders könne. Ja Montague verließ, wie erwähnt, mit einem Theil der Flotte den Sund

und kehrte nach England zurück; Downing, der englische Gesandte im Haag, sprach es gegen Weimann mit den feierlichsten Betheuerungen aus (5. Sept.): „sie lernten von Tag zu Tage mehr der Schweden Bosheit und wüste Pläne kennen und würden sich nicht länger herumführen lassen, wie bisher; selbst gegen den Einmarsch in Pommern wären sie nicht mehr, wenn nur dafür gesorgt werde, daß die Oestreicher sich dort nicht einnisteten.“ 573)

Wie jetzt die Sachen lagen, war der Stolz und Trotz Karl Gustavs der beste Alliirte des Kurfürsten. „Kann Schweden, wie nur immer, den Winter erreichen“, schreibt ihm Weimann, „so werden Ew. Kf. D. das Spiel auf der einen oder andern Seite in die Hände bekommen.“ Daß Frankreich den Widerstand Schwedens nährte, um die beiden seemächtigen Republiken mit ihren pomphaft angekündigten Zwangsmaßregeln zu blamiren, war völlig im Interesse Brandenburgs; mochte Holland und England inne werden, daß sie nicht ohne die Alliirten die Maßregeln durchführen könnten, die sie gedroht hatten, daß sie mit ihrem Eifer für den dänischen Particularfrieden diesen am wenigsten erreichten; „wir wünschen nicht allein, daß Schweden sich gegen ihre Forderungen verhärte, wir arbeiten öffentlich und heimlich, die schwedischen Minister zu der Ueberzeugung zu bringen, daß die Alliirten ihr Volk zur Ueberfahrt nach Fünen oder Seeland nicht hergeben würden, wenn man sie jetzt auch drum bäte, und ihr König könne, sobald er wolle, Frieden mit den Alliirten haben.“ Weimann fügt hinzu, verständige Politiker sprächen: „es sei Alles dermaßen wunderlich durchflochten, daß man darin die wunderbar gerechte Hand Gottes merklich sehen und glauben müsse, Gott habe Alles so geschickt, damit er an Einem oder dem Andern, durch welche die Welt bis daher so greulich verrückt und geärgert worden ist, seinen gerechten Eifer sehen lasse.“ 574)

Der Kurfürst war weit entfernt, von der Politik und dem Verfahren Oestreichs erbaut zu sein; es gab keinen Fürsten im Reich, der weniger als er dazu Anlaß gehabt hätte. Aber wer nicht verblendet war, mußte erkennen, daß für das Reich und für Europa schon eine viel größere Gefahr vorhanden sei als die, welche immer noch mit der alten Phrase von dem Dominat Oestreichs bezeichnet wurde, eine Gefahr, in der auch die nordische Uebermacht Schwedens nur noch ein Moment unter vielen war. Diese größere, diese allgemein europäische Gefahr hatte Friedrich Wilhelm nicht jetzt erst ins Auge gefaßt; aber jetzt wuchs sie in hastiger Steigerung. „Frankreich“, so hatte er im Anfang 1659 dem Bischof von

Münster sagen lassen, „wird seine Freunde zu Sclaven machen, denn es kann nur Unterthanen oder seine Creaturen leiden." Seitdem hatte Frankreich die Friedenspräliminarien vom 4. Juni geschlossen, die Hand der Infantin zugesichert erhalten; erfolgte auf dieser Grundlage der Friedensschluß, so verpflichtete sich Spanien zur Mitwirkung an der schleunigen Herstellung des Friedens „im Norden und im deutschen Reich"; [575]) Spanien trat aus der Verbindung mit Oestreich in die mit Frankreich über, [576]) und Frankreich nahm als Hersteller und Hort des allgemeinen Friedens seine Stelle an der Spitze Europa's.

In den Augen Frankreichs war die Invasion Pommerns, die Belagerung Stettins ein unerhörtes Attentat gegen das Völkerrecht und den allgemeinen Frieden. Den Fürsten des rheinischen Bundes, so wie der Reichsdeputation wurde mitgetheilt: Frankreich werde eine Armee von 30,000 Mann ins Reich marschieren lassen, dem Könige von Schweden zu helfen, dessen Staaten dem zum Trotz, was in Frankfurt beschworen worden, angegriffen seien; schon seien an Turenne die nöthigen Befehle gesandt. [577]) An Kurpfalz wurde geschrieben: der König sei entschlossen, ein Feuer, das ganz Deutschland zu ergreifen drohe, in der Geburt zu ersticken, damit jeder Fürst und Stand im Reich erkenne, daß es zu seinem Heile gereiche, unter des Königs Freunden und in seiner Allianz zu sein. Auch der spanische Hof meldete nach Wien, daß Frankreich von Schweden fordern werde, den Frieden anzunehmen, aber daß die kaiserlichen Armeen zuerst Pommern räumen müßten, widrigenfalls Spanien nach dem nahen Abschluß des Friedens verpflichtet sein werde, „mit seinem ganzen Heere von Flandern Frankreich Hülfe zu leisten."

Und wie hätten die rheinischen Fürsten sich nicht für Frieden, Freiheit und Recht begeistern sollen? Auf Frankreichs Wunsch versprach Spanien, die Festung Jülich dem Pfalzgrafen von Neuburg zurückzugeben. Boineburg für Mainz, Fürstenberg für Cöln waren mit in den Pyrenäen gewesen, den Frieden schließen zu helfen. Kurmainz eilte, sich auch zur Mediation in den nordischen Dingen zu erbieten, forderte die Kreise des Reichs auf, bei Kais. Maj. auf die Annahme dieser Mediation zu dringen, als sei kein anderer Weg, das Reich vor unermeßlichem Unheil, vor der Friedensexecution, die Frankreich drohe, zu bewahren.

Wenn sich so die ersten Fürsten des Reiches vor der Autorität Frankreichs beugten, so empfand es Mazarin doppelt übel, daß Brandenburg noch gar keine Neigung zeigte, sich zu fürchten. Der Kurfürst hatte ihm Anzeige von dem Angriff auf Pommern gemacht und die

Gründe, die ihn rechtfertigten, dargelegt; darauf antwortete der Cardinal: „diese Gründe seien der Art, daß er es nicht habe wagen dürfen, sie dem Könige, seinem Herrn, vorzutragen; der König und die Fürsten des Reiches müßten sich geradezu die Augen zuhalten, um nicht zu sehen, daß das ein handgreiflicher Bruch der Verträge von 1648 sei; sie müßten gar kein Gefühl für Ehre, Treue und ihr eigenes Interesse haben, wenn sie mit gekreuzten Armen dabei stehen und den Schweden nicht die Garantie leisten wollten, zu denen sie jene Verträge verpflichteten; die Wünsche Brandenburgs für einen sichern und allgemeinen Frieden anlangend, müsse sich zeigen, ob ihn diejenigen wollten, mit denen der Kurfürst seine Waffen vereinigt habe; möge man ihn bis zum Februar geschlossen haben, sonst werde Frankreich marschieren lassen."[578])

Und damit dies herrische Schreiben um so besser wirke, ließ man es französischer Seits erst unter der Hand verbreiten, dann auch drucken. Im Haag hieß es, daß die französischen Truppen aus Lothringen im Marsch seien nach Cleve und Mark, daß Turenne das Gros der Armee um Rocroy sammle.

Weimann, der das meldete, fügte hinzu, der französische Gesandte habe ihm gesagt, sein König werde 20,000 Mann ins Feld bringen, worauf er ihm „unter dem Schein einer besondern Vertraulichkeit" sehen lassen, der Kaiser allein habe 40,000 Mann fertig außer denen, die in Pommern, Jütland und Preußen bereits seien; „jener Brief Mazarins sei der Art, daß Jedermann urtheile, der Kurfürst müsse ihn entweder keiner Antwort würdigen oder ihn so beantworten, daß man deutsches Herz und deutsche Redlichkeit darin erkenne."[579])

Es wird richtig sein, was einige Wochen später den Franzosen Anlaß zu großen Beschwerden gab, daß der Kurfürst gesagt hatte: er wolle dem eine Belohnung von 1000 Ducaten geben, der ihm die Nachricht bringe, daß die Franzosen in Cleve eingefallen seien.[580]) Nicht die Waffen Frankreichs fürchtete er; jetzt weniger als vorher. Es hatte Schweden ein neuer, schwerer Schlag getroffen.

Karl Gustav hatte den Holländern auch nicht einmal den Elbinger Tractat gewähren wollen: es würde ihm der größte Despect sein, hatte er den Commissaren gesagt, wenn er denen, die ihm seine Pläne verhinderten, so große Vortheile gewähren wolle; er werde eher Alles wagen. Er hatte, auf Waldecks Erfolge und Mazarins Drohungen hoffend, hinzugefügt, Brandenburg wanke bereits und werde nächstens Oestreichs Partei verlassen. Die Herren Commissarien fühlten sehr wohl, daß, wenn

sie sich und der Ehre Hollands so Vieles von Schweden hatten bieten lassen, sie wenigstens einen guten Handelsvertrag heimbringen mußten, um die erbitterte Stimmung daheim zu versöhnen. Es schien ihnen nothwendig, endlich einmal ihre Forderungen durch einen gelinden Druck zu unterstützen; sie gaben de Ruyter Ordre, die um Kiel concentrirten Truppen der Verbündeten nach Fünen überzusetzen, während andere, besonders dänische Regimenter über den Belt kamen. Im Osten und Westen der Insel zugleich landeten etwa 10,000 Mann, unter ihnen 3000 Mann holländisches Fußvolk und drei brandenburgische Reiterregimenter unter General v. Quast. Bei Odensee vereinigten sie sich und rückten auf Nyborg zu, wo der Pfalzgraf von Sulzbach mit 15 der besten schwedischen Regimenter, etwa 6000 Mann stark, stand. Am 24. November wurde dort eine der blutigsten Schlachten dieses Krieges geschlagen. Dreimal wiederholte die Reiterei der Alliirten ihren Angriff, dann rückte gegen die erschütterten Vierecke der Schweden das Fußvolk an, durchbrach sie, und die Reiterei vollendete den Sieg. Die Brandenburger allein erbeuteten auf dem Schlachtfelde sieben Standarten und acht Fahnen. Von den Feinden blieben an 2000 Mann; es entkamen nur der Prinz und Steenbock; alle übrigen Generale, Obersten, Officiere, der Rest des Heeres wurden kriegsgefangen.[581])

Man wäre am liebsten sofort nach Seeland gegangen; de Ruyter hatte nicht Ordre, die Truppen überzusetzen; „die Holländer", schreibt Marwitz 3. Dec., „wollen nicht gern Schweden ganz geschwächt sehen, und namentlich nicht sie in Seeland bedrängen, weil sonst gar keine Aussicht ist, daß Dänemark die Tractaten annimmt."

Aber auch so war die Schlacht von Fünen von größter Bedeutung. Karl Gustav hatte die Hälfte seiner besten Truppen, seine besten Officiere verloren; er war selbst in Seeland einem energischen Stoß nicht mehr gewachsen. Wenn ihm auch noch Pommern entrissen, wenn Stettin erobert wurde, so war er matt gesetzt.

Seit Anfang October lag de Souches vor Stettin; die Inseln Wollin und Usedom waren von ihm besetzt; es schien unmöglich, daß der Festung von der See her Succurs kommen könne. Der Kurfürst war bereits von Mecklenburg her eingerückt, hatte die kleinen Festen Tribsees, Loitz, Dammgarten genommen. Aber er zögerte, auf Stettin zu marschieren. Er hatte noch immer keinen Bescheid aus Wien auf die Bedingungen, von denen er seine Zustimmung zu dem Angriff auf Pommern abhängig gemacht hatte. Vielmehr weigerte sich de Souches, die von ihm genommenen Plätze, wie

es der Secretartikel vom 30. Januar 1658 ausdrücklich bestimmte, von brandenburgischen Truppen allein besetzen zu lassen; auch Stettin, behauptete er, müsse, wenn es genommen sei, zur Hälfte mit Kaiserlichen besetzt bleiben. Der Kurfürst sandte (7. Nov.) Wreech nach Wien, diese Dinge in Richtigkeit zu bringen, weitere Sicherungen zu fordern, die um so nothwendiger schienen, da mit dem Zuge nach Pommern, den man unternommen, ohne ihn zu fragen, neue und weitaussehende Verwickelungen begonnen seien.

Der Kurfürst hatte sich von Greifswald, dessen Bürger die Uebergabe wünschten, nach einigen vergeblichen Angriffen zurückgezogen, sich dann nach Demmin gewandt, das capitulirte. Da traf ihn die Nachricht, daß de Souches die Belagerung Stettins plötzlich aufgehoben (16. November) und sich über die Oder zurückgezogen habe, Winterquartiere zu nehmen.[582])

Es war ein schlimmer Schlag; „ich kann", schreibt Marwitz aus Kopenhagen, „E. Kf. D. nicht beschreiben, was für einen Stoß diese Zeitung den Alliirten gegeben, zumal da aus Polen und anderen Orten so gute Zeitungen kommen, und nun aus Pommern, woher man die besten gehofft, die schlimmsten."

Wenigstens theilweise erklärten Wreech's Berichte das Geschehene. Man hatte erst die von ihm nachgesuchten Conferenzen lange unter nichtigen Vorwänden verzögert; dann war ihm mitgetheilt, daß Fürst Auersperg des Kurfürsten Treue verdächtige, daß er und Porcia der Ansicht seien, der Kaiser dürfe so wenig Brandenburgs Macht weiter wachsen lassen, wie die der Schweden. Dann endlich war es zu den Conferenzen gekommen; die Anträge auf Subsidien, auf Werbungen in den kaiserlichen Landen, auf neue und weitergehende Verabredungen hatte man abgelehnt: alles Nöthige sei in den früheren Verträgen enthalten; der Kaiser werde die vertragsmäßige Zahl Truppen bis zum Ende des Krieges stellen; neues Gebiet in diesem Kriege zu gewinnen, sei des Kaisers Wille nicht; von irgend einem Zugeständniß in der jülichschen Frage war nicht die Rede; auf die Bemerkung, daß Cleve von Frankreich bedroht sei, antwortete man: der Kaiser werde nichts unterlassen, Cleve zu schützen, er habe Truppen genug, einem Angriff Frankreichs zu begegnen.

Wenn es die Absicht des Wiener Hofes war, Brandenburg über die Motive zu täuschen, von denen man sich bestimmen ließ, so gelang dies

um so eher, als deren ein Theil in Verhältnissen lag, die sich der Beobachtung anderer Höfe so gut wie ganz entzogen.

Daß die Hohe Pforte gegen den Fürsten Rakoczy, ihren Vasallen, im Frühling 1657, während er nach Polen gezogen war, ihre Paschas ins Feld schickte, hatte der Wiener Hof vortrefflich gefunden; aber bald gewann die Türkenmacht ein bedrohliches Uebergewicht, der Pascha von Ofen nahm eine Reihe von Festen an der Maros und Theiß. In seiner Noth wandte sich der Fürst nach Wien; man hielt die Gelegenheit günstig, den Rest ungarischen Gebietes, der noch östreichisch war, um einige Gespannschaften zu erweitern; man rechnete es dem Fürsten als Hülfe an, wenn man Tokai, Szatwar und ein paar andere seiner Festen an der oberen Theiß mit deutschen Söldnern besetzte; aber man fuhr fort, den Türken gegenüber den Rebellen zu verleugnen. Der Parteikampf in Siebenbürgen selbst gab der Türkenmacht im Sommer und Herbst 1659 neue Erfolge; mit Sorge sah man in Wien auf den nahen Fall Siebenbürgens, den dann unzweifelhaften Verlust jener abgetretenen Gespannschaften, den herandrohenden Türkenkrieg.

Freilich, diesen Conflict im Osten konnte man vermeiden, man konnte ihn wenigstens hinausschieben. Von unmittelbarer Bedeutung war für die kaiserliche Politik der Verlauf der Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich; sie richtete sichtlich ihre Schritte nach dem Gang, den sie nahmen. Wie rasch hatte man sich zu dem Einfall in Pommern entschlossen, als die Präliminarien vom 4. Juni ihr die Gefahr jenes Friedens ganz nahe zeigten. Fast zehn Wochen währte es, bevor die Friedensconferenzen auf der Fasaneninsel eröffnet wurden; es gab so schwierige Erörterungen, so harte Differenzen, daß mehr als einmal das Werk daran war, völlig zu scheitern. Der September, der October verging, ohne daß es zum Abschluß kam. Aber endlich hatte Mazarins Gewandtheit alle Hindernisse überwunden, am 7. November wurde der Friede und der Ehevertrag unterzeichnet.

Es war der größte Sieg, den die französische Politik je errungen. Die Niederlage, die Oestreich 1648 erlitten, war damit erst vollendet.

Natürlich sagten die Oestreicher nicht, daß der acht Tage später erfolgte Abzug von Stettin eine Wirkung von den Pyrenäen her sei; sie blieben ja auf dem andern Ufer der Oder, auf schwedischem Gebiet, stehen. Aber es war der Anfang, den Cours zu ändern. Wozu jetzt noch sich auf den Kampf, zu dem man Frankreich herausgefordert hatte, einlassen, nachdem der Preis nicht mehr da war, um den man hatte kämpfen wollen?

Jetzt, nachdem in offenkundigen Acten bezeugt war, daß Pommern nicht für den Kaiser, sondern für Brandenburg hatte genommen werden sollen, und zwar auf Grund eines Rechtstitels, der nach dem Frieden von 1648 nicht mehr gelten konnte, jetzt war es Brandenburg, das der Vorwurf dieser Invasion traf. Oestreich deckte seinen Rückzug, indem es Brandenburg vorschob. Und wenn es den Kurfürsten preisgab, um sich den Weg des Friedens zu öffnen, so hatte es den Vortheil obenein, die werdende norddeutsche Macht stolpern und vielleicht fallen zu machen, diese Macht, die schon mehr zu bedeuten begann, als man in Wien die Absicht hatte, sie gelten zu lassen.

Und gab Oestreich, so zurückweichend, nicht die Möglichkeit, den Frieden im Norden herzustellen? kam es nicht reichspatriotisch den dringenden Wünschen der Reichsstände entgegen, wenn es diesen Frieden ermöglichte?

Freilich, einen Frieden auf den Grundlagen, in den Formen, wie sie Frankreich mit der Drohung des Krieges gefordert hatte. Frankreich war im Begriff, einen zweiten größten Sieg, einen recht eigentlich diplomatischen, zu erringen; es war im Begriff, auch der baltischen Welt den Frieden zu geben, sie nach seinem Interesse und seinem politischen System zu ordnen.

Der Frieden von 1660.

„Das französische Geheimniß ist, wenn es eins ist, durchaus nicht Schweden schwächen zu lassen, aus Besorgniß vor Oestreich, da die französischen Grenzen gegen Deutschland ganz offen liegen; darum ist der Einfall in Pommern so alarmirend gewesen." So schreibt Brand aus Paris, 31. Januar; er fügt hinzu: „der Cardinal sei entschlossen, wenn der Kaiser seine Armee aus Pommern nicht bis zum Februar zurückgezogen, mit einer Armee über den Rhein zu gehen, um den Frieden von 1648 zu schützen; und das werde er thun, wenn er auch persönlich die ganze Verantwortung dafür übernehmen müßte."

Also Frankreichs Meinung war, daß Schweden in Deutschland nichts verlieren dürfe; von Dänemark forderte es, daß der Krone Schweden gelassen werde, was sie im Roschilder Frieden gewonnen habe; von der Krone Polen forderte es, daß sie den immer noch aufrecht erhaltenen Anspruch auf Liefland definitiv aufgebe. Solche Bedingungen war Polen

bereit anzunehmen, Holland durch das Concert verpflichtet, den Dänen aufzwingen zu helfen, und Oestreich gab es auf, sie zu bekämpfen, obschon Frankreich es war, das sie forderte.

Alle Welt schien zu vergessen, wie die Wirren im Norden entstanden, warum die Allianzen gegen Schweden geschlossen waren. Wenn man sich des freventlichen ersten Angriffs auf Polen, des freventlicheren zweiten auf Dänemark erinnerte, wenn man im Haag noch eine Empfindung dafür hatte, wie Schweden das Dominium maris Baltici handhaben zu dürfen meinte, wenn man in Wien erkennen mußte, daß das politische System Oestreichs nach dem schweren Wechsel, den der Friede vom 7. November gebracht hatte, der nordischen Dingen um so sicherer bleiben müsse, wie konnte man dann den nordischen Frieden nach dem Maße schließen wollen, das Frankreich gab, ihn jetzt schließen wollen, wo die Waffen der Verbündeten im vollen Vortheil waren und mit einiger Anstrengung sofort noch größeren gewinnen konnten?

Wurde französischer Seits jetzt gesagt, daß man an Schweden nach so heroischen Thaten, die es vollbracht, nach so staunenswürdigen Siegen, die es gewonnen, nicht erniedrigende Forderungen stellen dürfe, so war das eine Redefigur, die wenigstens für diejenigen, welche jetzt im Siegen waren, nicht gerade überzeugend sein konnte. Schrieb die französische Politik sich das große Verdienst zu, im Verein mit Schweden Europa von der erdrückenden Uebermacht des Hauses Oestreich befreit zu haben, so war ihre immer von Neuem wiederholte Versicherung, nichts als die Ruhe und Sicherheit Europas zu wollen, heuchlerisch, wenn sie nicht selbst die Garantie bot und schuf, das Entstehen eines französischen statt des östreichischen Dominats über Europa unmöglich zu machen.

In dem Eintreten für Schweden, das in so exorbitanter Weise Gewalt geübt und für Recht proclamirt hatte, gab Frankreich eine unzweideutige Probe seiner Principien und eine noch unzweideutigere seiner Absichten. Es hatte im pyrenäischen Frieden seinen mächtigsten Rivalen an sich gekettet und dessen Mitwirkung für die Pacification des Nordens gewonnen; mit dem Tode Cromwells sank die hochgeschwellte Macht Englands in sich zusammen, und die Staaten unter der vielgepriesenen Leitung de Witts machten nur noch Politik nach Gelegenheit.[583]) Frankreich war zur Rechten und Linken nicht mehr behindert; es hatte nach Deutschland hinein den rheinischen Bund und weit über dessen unmittelbaren Bereich hinaus Anhang, bezahlten und unbezahlten. Wer konnte zweifeln, daß mit dem Frieden im Norden, wie ihn Frankreich wollte, Oestreich völlig umstellt,

daß es den schlimmsten Demüthigungen Preis gegeben war, wenn ihm nicht der norddeutsche militärische Staat den Rücken deckte? Für Oestreich gab es kein größeres Interesse, als in dem Frieden, wenn er geschlossen werden sollte, so viel irgend möglich für die Stärkung dieses Staates zu thun.

So die großen Momente in der Frage, die zur Entscheidung stand. Wie wenig kamen sie in den Entscheidungen selbst zur Geltung; es waren Motive anderer Art, aus denen sich das schließliche Ergebniß formte.

Polen war längst des Krieges satt; es wünschte nichts sehnlicher als der Waffengemeinschaft mit Oestreich frei zu werden, durch welche die Republik schlimmer gefährdet schien als je durch Schweden. Man glaubte zu wissen, daß auf östreichischen Anlaß der König von seinem Beichtvater aufgefordert sei, die Krone niederzulegen; selbst Gerüchte von einem östreichisch-russischen Plan, Polen zu theilen, wurden verbreitet und geglaubt. Den Angriff auf Pommern nahm man als ein Zeichen, daß Brandenburg mit Oestreich zu den schlimmsten Dingen verbunden sei. Nur um so mehr drängte man endlich mit den Verhandlungen, die seit dem Frühling 1659 eingeleitet, aber immer wieder mit formellen Fragen hingezögert waren, Ernst zu machen.

Mit den ersten Tagen des Jahres 1660 wurden sie im Kloster Oliva eröffnet. Der holländische Gesandte, der sich präsentirte, die Mediation mit zu übernehmen, wurde von den schwedischen Herren höflich zurückgewiesen; die Oestreicher, die ebenso als unbetheiligte Dritte hatten mitagiren wollen, zogen es vor, sich nicht einer gleichen Abweisung vielleicht auch von den Polen auszusetzen. Frankreich allein behielt die Rolle des Vermittlers, so offenkundig es für Schweden Partei hielt. Der nächstweitere Schritt war, daß Oestreich erklärte, als Alliirter Polens in die Friedenshandlung eintreten zu wollen, nur als solcher, aber mit der Bedingung, daß der Friede hier auch Dänemark mit einschließe. Brandenburg konnte nicht umhin, seine Betheiligung eben so zu formuliren; aber es fügte die Forderung hinzu, daß auch Dänemark, als eben so mit Polen alliirt, hinzugezogen werde. Das konnte nicht wohl geweigert werden; aber, so sagte man, das, was Dänemark betreffe, sei mit den Bestimmungen des Haager Concerts abgethan und die Mächte des Concerts verpflichtet, dessen Bestimmungen durchzuführen! Wenigstens, so war die Ansicht der Polen und der Mediatoren, den Abschluß in Oliva könne man nicht von dem dänisch-schwedischen Frieden abhängig machen wollen.

Die Alliirten überreichten nicht gemeinschaftliche Propositionen. Die Schwedens ergingen sich in mehr als verletzenden Aeußerungen über Brandenburg; sie lauteten, als wenn Schweden von Brandenburg Genugthuung für das Vergangene und Garantien für die Zukunft zu fordern habe; sie zeigten, wie ein leidenschaftlicher Haß wenigstens noch die Befriedigung suchte, sich ausgesprochen zu haben; Brandenburg, hieß es da, sei der eigentliche Feind Schwedens, der Anstifter und Treiber der Coalition gegen Schweden gewesen.[584] Und nicht blos die französischen Herren wiesen so unziemliche Aeußerungen nicht zurück und fanden den brandenburgischen Protest dagegen ungehörig; auch die Polen meinten, durch derartige Dinge dürfe die Verhandlung nicht aufgehalten werden; sie ließen merken, daß sie nöthigenfalls allein mit Schweden abschließen würden.

Es lag Alles daran, dies zu hindern. Und war denn die Lage der Dinge wirklich so, wie die französischen und schwedischen Herren mit so großer Geschicklichkeit fingirten? mußte man sich die Fiction gefallen lassen, daß die dänische Frage abgethan sei? Es kam darauf an, dies Concert, das ohne Zuthun von Oestreich, Polen, Brandenburg hingestellt war, als das zu bezeichnen, was es war, und das ganze Interesse Hollands und Dänemarks an die Verhandlungen in Oliva zu ketten.

Das Haager Concert war in Wahrheit längst damit hinfällig, daß Schweden recusant war und blieb, ohne daß man es dafür zu strafen gedachte oder vermochte. Aber mit der Schlacht in Fünen war der Kern der schwedischen Macht zerstört; die schwedische Flotte lag von de Ruyter eingeschlossen in Landscrona; das Heer in Seeland war in seiner Lagerstadt vor Kopenhagen schon mehr selbst belagert als belagernd; Mangel und Krankheit lichteten die Reihen der Truppen. Der König selbst war nach dem Verluste Fünens nach Gothenburg geeilt, dort Reichstag zu halten; das „Mißvergnügen“ in Schweden war allgemein, die Mittel erschöpft; „die Nothwendigkeit wird der rechte Keil sein, den Frieden zu treiben.“ Allerdings erbot sich jetzt Karl Gustav, den Dänen Drontheim und Bornholm zurückzugeben, aber er forderte als Ersatz die reichste Landschaft Norwegens, die von Aggerhus und Christiania.

Wahrlich die Lage war nicht der Art, daß König Friedrich sich jetzt noch dem Roschilder Frieden hätte unterwerfen müssen, wie das Concert vorschrieb; er konnte fordern, daß man dessen Schärfe endlich auch gegen Schweden kehrte, oder, da man es so lange zu thun unterlassen, daß

Holland aufhörte, sich durch dasselbe gebunden zu halten und zu den älteren Verpflichtungen seines Allianzvertrages mit Dänemark zurückkehrte.

Hatte Holland sich aus Furcht vor England zu jenem unglücklichen Concert bestimmen lassen, so war jetzt England nicht mehr zu fürchten. Die Verwirrung in London war auf dem Gipfel; schon setzte sich General Monk von Schottland aus in Marsch, Niemand wußte, ob für oder gegen das Parlament, für oder gegen die Republik; im Stillen hofften Viele, daß er für König Karl II. sei wie Montague, der noch in Kopenhagen in einer Kirche mit einem Vertrauten Karls II. sich verständigt hatte.

Auch im Haag sah man, wie die Strömung in England zum Königthum trieb. Und de Witt, der nach Wind und Wetter zu steuern verstand, hielt es zeitgemäß, Weimann aufzusuchen und ihm zu vertrauen, wie er wünsche, das alte Vertrauen zwischen dem Hause Oranien und den Provinzen herzustellen, „das englische Seclusionswerk" aus dem Wege zu schaffen und den jungen Prinzen, des Kurfürsten Neffen und Mündel, zum Statthalter zu machen.

Und mehr noch: als Weimann, wie so oft vergebens, auf das höchst verderbliche Verfahren Hollands im Sund hinwies, ihn aufforderte, endlich das Haager Concert bei Seite zu setzen, wenigstens Schonen an Dänemark zurückzubringen, nur einem Generalfrieden zuzustimmen, so versprach de Witt auch dafür sein Bestes zu thun. In der That wurde demnächst (10. Februar) eine Conferenz gehalten, in der die staatischen Commissäre, de Witt unter ihnen, den Brandenburgern erklärten, sie hätten von den Staaten Auftrag „S. Kf. D. als ihrem ältesten und getreuesten Bundesgenossen bekannt zu machen, daß sie ihrem Gesandten in England aufgegeben, Alles anzuwenden, damit Dänemark mehr erhalte als in der letzten Convention bedingt sei, weil Schweden durch Tergiversation dem Könige von Dänemark so großen Schaden zugefügt, und daß sie ihrem Gesandten in Dänemark aufgegeben, den Krieg kräftig führen zu lassen."

Allerdings war die Stimmung in den Provinzen gegen den Rathspensionär und dessen Partei so übel als möglich. Er selbst bekannte, die Geistlichen, die Armee und das Volk seien für den Prinzen. Aber auch der Handelsstand, die großen Städte sprachen laut und heftig wider ihn; man fand es empörend, daß er für Admiral Opdam, der verdient habe vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, noch einen Dank obenein beantragte;[585]) was hatte dieser Admiral, was die staatischen Gesandten vom schwedischen Könige sich bieten lassen; und nun gar der Affront in Oliva;

wahrlich in den Tagen der Oranier wäre dergleichen unmöglich gewesen. So erbittert waren die Gemüther, daß sich Beverning und Nieuport veranlaßt fanden, „durch einen offnen Eid" in der holländischen Versammlung ihr Bedauern über die Acte van Seclusie auszusprechen; und de Witt erklärte, daß er dasselbe thun werde. Er bat Weimann dringend, nach Amsterdam zu gehen und mit den Herren da „das Werk der Harmonie" zu besprechen; er rief Gott zum Zeugen an, daß er ohne alle Passion gegen das Haus Oranien sei, wie man ihm vorgeworfen, und daß ihm nichts so sehr am Herzen liege als der Kurfürst „und dessen Conservation."

Daß auf de Witt's besseren Eifer nicht zu viel zu bauen sei, lag auf der Hand. Aber es war schon etwas, daß man ihn nicht mehr „so gar erschrecklich" wie bisher wider sich hatte; und in Amsterdam war Alles für Oranien, für die Rettung Dänemarks.

Diese Stimmungen glaubte der Kurfürst benutzen zu müssen. Er ließ einigen angesehenen Männern in Amsterdam die Frage vorlegen, ob er wohl ein 20 Kriegsschiffe zu Kauf bekommen könne. Mit Eifer wurde der Antrag aufgenommen, die Kosten berechnet: eine Anleihe auf Hypothek des pillauischen Pfundzolles werde ohne Mühe zu machen sein; sofort seien einige kleinere Schiffe von 10—20 Kanonen zu haben, ganz geeignet für den Krieg in Pommern und in den Strömen dort.[586])

Allerdings hatte der Kurfürst die Frage wegen Pommern noch keineswegs aufgegeben.[587]) Ob er, wie Mazarin gegen Brand behauptete, in Wien förmlich vorgeschlagen hat, im Frühjahr die Belagerung Stettins wieder aufzunehmen, muß dahin gestellt bleiben.[588]) Aber noch waren mehrere Festen im schwedischen Pommern, namentlich Demmin, Wollin, Damm und der ganze Landstrich, den Schweden im Grenzvertrag von 1653 erpreßt hatte, im Besitz der Alliirten. Die Schweden waren nicht in der Lage, sie hinaus zu treiben. Freilich Frankreich hatte gedroht, im Februar marschieren zu lassen; aber es kam der März heran, und dann wurde Colbert nach Wien gesandt, die Räumung Pommerns zu fordern.[589]) Brand meldete: „die Armee, die auf deutschen Boden geführt werden soll, ist noch unsichtbar;" und die Fürsten des rheinischen Bundes waren nicht geneigt sich zu rühren, ehe Frankreich da sei. Brands Meinung war, daß Frankreich selbst mit einem Angriff auf Cleve nichts Anderes erreichen wolle, als die Trennung Brandenburgs von Oestreich; und Turenne bestätigte diese Auffassung, indem er dem Kurfürsten schrieb; er möge seinen Blick darauf wenden, wie er denen, mit welchen er sich verbündet habe, nur zur Leiter diene.[590])

Aber in Wien fanden Colberts Vorstellungen Eingang, entweder weil man den Krieg mit Frankreich fürchtete, oder ihn nicht führen wollte, um Brandenburgs Macht zu vergrößern, oder aus welchen Gründen sonst. Es wurde der Markgraf von Gonzaga nach Berlin gesandt, den Kurfürsten zu überzeugen, daß der Kaiser, der nach wie vor entschlossen sei, allen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, die Pflicht habe, nicht weiter zu gehen, daß es für ihn keinen andern Weg gebe, den Frieden des Reichs zu retten, als den allgemeinen Frieden mitzuschließen, wenn derselbe auch nicht Alles, was man wünschen müsse, biete; der Kaiser werde sich bemühen, daß Brandenburg wenigstens Stettin, wenigstens das in dem Grenztractate an Schweden überlassene Gebiet erhalte; aber da niemand mehr als der Kurfürst den Generalfrieden gewünscht und für denselben gearbeitet habe, so werde er ihn um so unbedeutender Differenzen willen nicht wollen scheitern machen.

König Karl Gustav war am 23. Februar nach kurzer Krankheit gestorben; ohne seine gewaltige Hand, unter vormundschaftlicher Regierung schien Schweden, erschöpft und zerrüttet durch so schwere Kriege, für lange hinaus nicht mehr gefährlich werden zu können.

Auch aus dem Reich, von Mainz, Heidelberg, von andern Höfen kamen dringende Bitten nach Berlin, um Pommerns Willen das Reich doch nicht in einen neuen, unabsehbaren Krieg zu stürzen; Cöln, Hessen, die Braunschweiger erboten sich „Brandenburg nach erfolgtem Frieden dergestalt zu garantiren, daß es sich keiner weiteren Gefahr zu befürchten haben solle". Und wie hätten die Polen um des Kurfürsten und Pommerns Willen den Frieden auch nur verzögern sollen, der, so sagten sie, ihnen dringend nöthig sei, um dem erneuten Andrängen der Moscowiter zu wehren.

Nur Holland konnte noch hindern, daß es zu einem Frieden kam, der Frankreichs Siege vollendete. Nichts wurde unterlassen, die Herren im Haag zu entscheidenden Schritten, zur Aufgebung des Haager Concerts, zur Forderung des Generalfriedens zu bewegen: „jetzt werde von den Polen und mit Recht gesagt, Dänemark erhalte nicht weniger, nicht mehr, ob Polen Frieden schließe oder nicht; denn das Haager Concert habe bereits entschieden; und von den Schweden werde gesagt: das Haager Concert sichere ihnen auf alle Fälle gute Bedingungen, warum also den Schluß mit Dänemark übereilen, oder den Holländern irgend etwas zugestehen, oder sie gar bei den Verhandlungen in Oliva mitsprechen lassen?" De Witt versicherte den Kurfürstlichen, die so zu ihm sprachen, mehr als einmal,

daß sie ganz seiner Meinung seien. Aber zu rascheren, zu durchgreifenden Entschlüssen war er nicht zu bewegen; „die unbewegliche Maxime des Staates müsse sein, das Geringste nicht zu hazardiren, wodurch man in Ungelegenheiten mit England kommen könne; den Schweden könne man nichts Lieberes thun, als wenn man sie zu hart angreife, dadurch werde man sofort England zu innerem Frieden treiben." Und doch fürchtete er auf das Lebhafteste, daß in Oliva geschlossen werde, ehe die Dinge im Sund fertig seien: „man werde doch Dänemark nicht so schändlich verlassen wollen? der Kaiser und Brandenburg müßten den Abschluß des dänischen Friedens zur Bedingung des Abschlusses in Oliva machen; wenigstens die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Dänemark gerettet sei, fordere ihre Ehre und die Pflicht." Aber daß der Kurfürst, um dieser Pflicht zu genügen, eifrig bemüht war, sich Kriegsschiffe anzuschaffen, gefiehl den Herren im Haag wenig; auf die erneuten Anfragen in Amsterdam wurde ausweichend geantwortet, die gegebene Zusage gedeutet, die allerlei Schwierigkeiten hervorgekehrt, „gleich als sähe man nicht gern, daß S. Kf. D. an Schiffsmacht allmählich gedenken solle."

Mit dem Tode Karl Gustavs schwand auch die letzte Aussicht auf thätiges Eingreifen der Staaten: „Schweden werde jetzt nichts als Frieden suchen, Polen und Brandenburg seien damit außer aller Gefahr, des Kaisers halber habe man nicht zu sorgen". Umsonst forderte Weimann und der dänische Gesandte den Rathspensionär auf, wenigstens Schonen jetzt für Dänemark zu fordern; er kehrte nun die fromme Seite hervor: „man müsse, wenn man Gottes Güte recht erkenne, solche Zufälle nicht zum Argen und zum Kriege, sondern zum Frieden brauchen; in dem jähen Tode des Königs zeige der Himmel den Weg, den man gehen müsse; der Friede sei die vollkommene Genugthuung für Alles; wenn man auch den treuen Verbündeten wohl eins und das andere noch wünsche, darum könne man nicht Krieg mit England und Frankreich führen wollen." [591])

Gewiß im Sinn de Witt's war, was indeß im Sund geschah. Das Erbieten Schwedens, Drontheim und Bornholm aufzugeben und sich mit geringerem Ersatz als Aggerhus, mit Geldentschädigung zu begnügen, galt Herrn von Terlon als das Höchste, was zugestanden werden könne; als König Friedrich keineswegs damit zufrieden war, hieß es, er sei recusant; und die holländischen Gesandten, wie nachmals gesagt wurde, „durch unerhörte Drohungen des englischen und französischen Gesandten dazu gebracht", sandten an de Ruyter, welcher die schwedische Flotte in Landscrona eingeschlossen hielt, Befehl, seine Station zu verlassen. Natürlich

liefen die Schweden sofort aus, legten sich vor Kopenhagen; das belagernde Heer hatte damit wieder Verbindung mit dem Meer, Zufuhr, Ersatz an Mannschaft; es war gerettet.

Die Nachricht davon rief in Holland unbeschreibliche Entrüstung hervor; selbst in den Staaten General wurde „schrecklich dagegen getobt und geschmäht, so daß auch de Witt für nöthig hielt, seine Mißbilligung auszusprechen". Es wurde beschlossen, an de Ruyter den Befehl zur Fortsetzung der Feindseligkeiten zu senden. Aber damit war das Geschehene nicht ungeschehen gemacht.

Begreiflich, daß in Dänemark auch der letzte Rest des Vertrauens zu Holland schwand. König Friedrich sah die Nothwendigkeit sich mit Schweden, so gut es gehen wollte, zurecht zu finden. Auch dem Kurfürsten vergaß er nicht, daß er die Souverainetät des Herzogs von Gottorp anerkannt, daß er beim Tode des Herzogs dem Sohn die gleiche Anerkennung gewährt hatte. Es wurden mit Schweden neue Verhandlungen eingeleitet, ohne daß man Marwitz davon unterrichtete. Auf die dringenden Einreden desselben erklärte der König: man könne ihm keinen Vorwurf daraus machen, daß er in solchen Extremitäten lieber jede Bedingungen annehme, als sich und seinen Staat völlig zu Grunde richte. (7. April)

Schon waren in Oliva die meisten Artikel festgestellt, die Abtretung Lieflands an Schweden, die Zurückgabe des königlichen Preußens, die Herstellung des Herzogs von Kurland.[592]) Auch dem Kurfürsten waren die in den Verträgen der letzten Jahre von Schweden und Polen gewährten Punkte zuerkannt, die Souverainetät Preußens, die Belehnung mit Lauenburg und Bütow, der pfandweise Besitz von Elbing und Amt Draheim u. s. w. Er machte noch einen Versuch Stettin zu erhalten; er ließ am Hofe zu Warschau vertraulich seinen Verzicht auf Elbing anbieten, wenn ihm Stettin zugesprochen werde; der König lehnte es ab: es werde dem entschiedenen Willen Frankreichs gegenüber unmöglich sein.

In Oliva wuchs mit jedem Tage die Ungeduld; die Moscowiten waren in Polen eingebrochen, und die Türken hatten Rokoczy von Neuem geschlagen, waren ins Herz Siebenbürgens eingedrungen, bedrohten Großwardein. Im Reich fürchtete man, daß es doch noch zu einem französischen Angriff kommen werde; Waldeck hatte fleißig geworben und stand drohend im Bremischen; die Stadt Münster, von ihrem Bischof immer von Neuem bedrängt, schien entschlossen sich den Schweden in die Arme zu werfen.[593]) Der Friede im Norden war das dringendste Bedürfniß.

Nur Holland wünschte ihn noch zu verzögern, um mit dem dänischen Frieden vorauszukommen, um im Schlepptau desselben die Elbinger Erläuterungen durchzubringen. Ein Grund mehr auch für den Kurfürsten, nicht weiter zu zögern.

Am 3. Mai wurde der Friede zu Kloster Oliva unterzeichnet;[594]) wenige Wochen später folgte der zwischen Schweden und Dänemark.

Freilich sofort, ehe die Ratificationen ausgewechselt waren, begannen sehr üble Differenzen über die Ausführung dessen, was man vereinbart hatte.

Die Schweden hatten noch Elbing inne, das dem Kurfürsten übergeben werden mußte. Um Alles gern hätte man ihm diese wichtige Position vorenthalten; die Elbinger selbst wollten um keinen Preis brandenburgisch werden: der König habe gar nicht das Recht gehabt, sie hinwegzugeben; in Danzig wurde ein Versuch gemacht, sogleich die 400,000 Thaler aufzubringen, für die die Stadt verschrieben war. Der Kurfürst forderte erst Ueberweisung der Stadt, er werde sonst die Festen im schwedischen Pommern nicht räumen. Die Polen antworteten mit der Drohung, sich nöthigenfalls mit Schweden zu vereinen, um ihn da auszutreiben; einstweilen übergaben die Schweden Elbing ihnen. Lisola rieth dringend, nachzugeben und die Polen vor aller Welt ins Unrecht zu setzen; sonst sei Gefahr, daß der Ort in französische Gewalt komme.[595]) In der That erbot sich demnächst der Prinz Condé, wenn er oder sein Sohn, der Prinz von Enghien, zur Krone Polen gewählt werde — die Königin betrieb es mit allem Eifer — dann Elbing zu lösen und der Republik als Geschenk zurückzugeben. Unter immer neuen, nichtigen Vorwänden vorenthielt man dem Kurfürsten die Stadt. Er hat sie nie erhalten. Daß er dafür Braunsberg zurückbehielt, war bei Weitem kein Ersatz.

Es gab noch andere Streitigkeiten, kleine und große, über die Danziger Post mit Polen, über Waldecks Amnestie mit Schweden, über des Gottorpers Souverainetät mit Dänemark, vor Allem über die Souverainetät Preußens mit den preußischen Ständen, ein Streit, der bald zu den härtesten Conflicten führen sollte.

Der Friede war da, und doch nicht Friede. Die Nahestehenden hatten von dem, was geschehen, was Neues geworden war, kaum eine andere Empfindung, als die der Mühe und selbst Gefahr, welche nach der Geburt noch die Nachgeburt mit sich bringt.

Manchen unter ihnen schien nach den Anstrengungen, die Branden=

burg gemacht hatte, das Ergebniß unverhältnißmäßig gering. War denn die Souverainetät in Preußen viel mehr als eine Ehrensache? war sie ein Zuwachs an Gebiet und Mitteln? Freilich die kleinen Herrschaften Lauenburg und Bütow hatte der Kurfürst zu Lehn, das Amt Draheim zu Pfand gewonnen; aber nicht von Schweden, sondern von Polen, der befreundeten Macht, und die Elbinger Frage schien gerade genug, dieser Freundschaft gründlichst ein Ende zu machen. Von der Krone Schweden hatte er nicht das Geringste gewonnen, nicht einmal die Revision des Grenzvertrages von 1653, nicht einmal, daß Schweden nicht mehr an den hinterpommerschen Licenten Theil habe; die Krone Schweden blieb nach wie vor Herr der Odermündungen, und im Rücken Brandenburgs im Besitz der offensiven Stellungen gegen die Havel und Elbe, wie gegen die Warte. Und was schimmer war, Frankreich hatte sie in diesem Besitze geschützt, der Wiener Hof es geschehen lassen; und unter den deutschen Fürsten hatten viele für die Erhaltung Schwedens in Pommern ihre Stimme erhoben, auch nicht einer für Brandenburg; als wenn es ein deutsches Interesse wäre, daß Schweden stark sei, nicht daß Brandenburg stark werde.

Stand Brandenburg nach dem Frieden nicht isolirter, als es vor dem Frieden gewesen war? Es hatte sich aus den immerhin engen und lähmenden Verhältnissen des Reichs in den Strudel der allgemeinen Politik gewagt; nun in Mitten desselben, dem rachedürstenden Haß Schwedens, der Eifersucht Oestreichs, der unverhohlenen Mißgunst Polens, dem beleidigten Stolz Frankreichs gegenüber, war es ohne irgend einen sichern Rückhalt, mit weit auseinander liegenden Gebieten, durch den schweren Krieg auf das Höchste erschöpft, Angesichts schwerer innerer Verwickelungen. Mancher Besorgliche mochte seufzen: o weh, wir haben gewonnen.

Dem freieren Blick mußte sich eine andere Auffassung der Lage ergeben.

Als die schwere Krisis begann, hatte Brandenburg zu wählen gehabt, ob es willenlos der Gewalt der Umstände weichen, ob selbstständig wollend und handelnd sie benutzen wolle. Es hatte den kühneren Weg gewählt; es hatte mit höchster Anstrengung aller Macht, mit Kühnheit, List, dreistem Wechsel der Politik, dreisteren Combinationen auch entlegener Verhältnisse am meisten dazu gethan, daß die wilde Politik Schwedens matt gesetzt, die schützende Hand, die Frankreich über das Reich zu halten sich berufen hielt, zur Seite geschoben wurde.

Mochte schließlich Schweden in dem Besitz der offensiven Stellungen, die es im Frieden von 1648 gewonnen, erhalten sein, es hatte nicht mehr das wehrlose Norddeutschland von damals sich gegenüber. Jetzt gab es dort einen Staat, der verstanden hatte, sich ein Heer zu schaffen, ein Heer, das bei Warschau, in Jütland, auf Fünen erprobt war.

Mochte Frankreich mit dreister Zudringlichkeit in Wien, in Frankfurt, am Sund, überall sein diplomatisches Uebergewicht zur Schau stellen, in Paris selbst empfand man gar wohl, daß am wenigsten Brandenburg davon geblendet war, daß der Kurfürst auch den Krieg mit Frankreich nicht gescheut hätte, und daß dies stolze Frankreich, wenn nicht die östreichische Politik vorgezogen hätte zu weichen, in der beschämenden Lage gewesen wäre, den Angriff auf Cleve, den es so tapfer gedroht hatte, vorerst zu vertagen.

Mit dem Frieden von Oliva war nicht Alles erreicht, was erreicht werden konnte. Aber mehr als dies und jenes Einzelne bedeutete das Ganze; der Friede bezeugte, daß sich im Bereich der baltischen Welt zu Gunsten Deutschlands eine Veränderung von unabsehbarer Wirkung vollzogen habe, und daß sie in das Staatensystem Europa's aufgenommen, daß sie völkerrechtlich begründet sei.

Es war ein Ereigniß für Deutschland und Europa, daß sich aus dem Gewirr deutscher Territorien, aus der Erschlaffung des deutschen Wesens, aus dem eklen Gewirr von serviler Ohnmacht und reichspatriotischen Phrasen ein Staat erhoben hatte, der militärisch, evangelisch, trotz der Libertät seiner Stände und des Particularismus seiner Theile Eine Macht, verkünden konnte, daß er in seinen Interessen die Deutschlands vertrete, — ein Staat, der den Willen und die Macht hatte, die deutsche Freiheit auch ohne Frankreich, das Evangelium auch ohne Schweden gegen die östreichische Politik zu vertreten, und der, in gleichem Recht neben Oestreich, stark genug und bereit war, Hand in Hand mit dem Kaiser Deutschland gegen die Anmaßungen des Auslandes zu schützen.

Die erste Frucht der Erhebung dieses norddeutschen Staates, die Morgengabe, die er dem deutschen Wesen brachte, war die Befreiung eines deutschen Landes von slavischer Oberherrschaft, seit zwei und mehr Jahrhunderten endloser Verluste an allen Grenzen unserer Nation die erste Wiedereroberung.

Der Gedanke, das Herzogthum dem Reiche einzuverleiben, hatte beim Kaiserhofe und beim officiellen Deutschland keinen Anklang gefunden.

Es war nur ein neuer Beweis, daß Kaiser und Reich nur noch dem Namen nach das Interesse Deutschlands vertraten. Es hätte schon damals gesagt werden können: Deutschland hat gewonnen, was Brandenburg erworben hat.

Der Versuch, aus den Formen des officiellen Deutschlands eine neue reichsrechtliche Ordnung zu entwickeln, welche die gemeinsamen Interessen Aller umfaßte und zu sichern vermocht hätte, war gescheitert. Und die noch vorhandenen Formen, der Reichshofrath, die Reichsdeputation, die Kreisordnung u. s. w., sie zeigten, wie die alten unwahr gewordenen Bildungen nur noch dazu dienten, Namens des Reichs Willkühr zu üben und fremdem Einfluß das Thor zu öffnen. Um so bedeutsamer war es, daß Brandenburg mit der Souverainetät in Preußen aufhörte, nur ein Glied des Reichs zu sein. Es stand nun mit dem dritten Theil seines Gebietes außerhalb des officiellen Deutschlands. Nicht wie Schweden, Dänemark, Spanien, denen die Reichslande, die sie besaßen, nur Anhängsel ihrer Kronen waren; für Brandenburg blieb der Schwerpunkt seiner Macht und seiner Politik das Kurfürstenthum und die Kurlande. Nicht wie Oestreich, das auch mit seinen Erblanden aufgehört hätte, in der Reichsgemeinschaft zu stehen, wenn man versäumt hätte, es mit der Kaiserwahl an die Spitze desselben zu stellen, sondern darauf gewandt, neben den leeren Formen des Reichs und den allerlei Competenzen, welche die reichspublicistische Theorie jetzt mit wachsendem Eifer in die Luft zeichnete, die thatsächliche Wirkung und Geltung zu gewinnen, welche der Macht gebührte, die, ihre Interessen vertretend, die deutschen vertrat; nicht die des abgestorbenen und in sich unwahren officiellen Deutschlands, sondern des Deutschlands, das trotz aller territorialen und confessionellen Zerrissenheit erhalten oder hergestellt werden mußte, wenn der Nation ihre Zukunft gerettet werden sollte.

So folgte der Friede von Oliva dem westphälischen, nicht als Ergänzung oder Fortbildung, sondern als dem Schlag der Gegenschlag. In Osnabrück und Münster Deutschland in tiefster Erniedrigung, in Oliva die erste Staffel der Erhebung, die Befreiung des Kerns jener Lande, die unsere Nation einst das neue Deutschland genannt hat. Dort, nach furchtbaren Agonien, der Tod des alten Reiches, die Auflösung des entseelten Riesenleibes; hier der Anfang eines neuen Werkes, der Grundstein für ein dereinstiges nationales Deutschland. Dort die beiden fremden Kronen als Sieger und Schiedsrichter über Deutschland; hier die eine von ihnen durch eine Coalition unter Führung der beginnenden

norddeutschen Macht auf das Aeußerste gebracht und nur mit Mühe von der andern aufrecht erhalten. Dort die Grundlegung eines europäischen Staatensystems, das sich um das versunkene Deutschland rings in Willkühr und Gewalt zu erheben eilt; hier die erste maßgebende Berichtigung desselben, eine neue Machtgestaltung aus dem eingesunkenen Krater emporsteigend, ein Steigen, dem eine Gesammthebung des deutschen Bodens folgen wird.

Es sind nicht blos die deutschen Verhältnisse, deren große Wendung der Friede von 1660 bezeichnet und besiegelt. Wie furchtbar hatte sich die Zukunft Europa's angelassen, als die drei großen Aggressiv-Mächte sich die Hand boten zu gemeinsamer Action, als der nordische Eroberer sich vermaß, alte Reiche zu theilen und legitime Throne zu vernichten, als das königsmörderische England auf den Oceanen das gleiche Gewaltrecht zu üben begann, als Hand in Hand mit ihnen, welche die Rettung des Evangeliums vor dem Antichrist in Rom auf ihr Banner schrieben, der Cardinal, unter dessen ministeriellem Joch Frankreich keuchte, die deutsche und europäische Freiheit gegen die „Monarchie" zu beschirmen verkündete. Den Waffen des Schwedenkönigs, der Hypokrisie des Protectors, den diplomatischen Ränken des Cardinals, der großen Lüge dieser großen Politik schien Europa erliegen zu müssen. Selbst die Staaten hatten die Bedingung ihrer Existenz, die Erhaltung des Gleichgewichts, verleugnet, hatten sich vor der Gewalt der usurpatorischen Mächte gebeugt, hatten dem Haß Englands gegen das königliche Blut die Seclusion der Oranier dargebracht; sie hatten im Haager Concert das verbündete Dänemark preisgegeben, wie sie im Anfang des Krieges das verbündete Brandenburg im Stiche gelassen, es so gezwungen hatten, den Unterwerfungsvertrag zu unterzeichnen. Daß Friedrich Wilhelm sich loszuwinden, die verlorene mittlere Stellung im Osten wiederzugewinnen verstanden, daß er dort den Vorkampf gegen Schweden, in Frankfurt den gegen Frankreich übernommen hatte, war der Wendepunkt der europäischen Verhältnisse gewesen. Jetzt war der wilde Sturm gebrochen. Polen war nicht getheilt, Dänemark nicht unterjocht; in England hatte die Usurpation und die Republik ein Ende, und unter dem unendlichen Jubel des Volkes war das legitime Königthum hergestellt; schon suchten auch in Holland die Feinde des Hauses Oranien die Versöhnung mit demselben; nur Oestreichs Wille hatte gefehlt, und auch Frankreich wäre in die gebührenden Schranken zurückgewiesen worden.

So, in dem großen Zusammenhang der europäischen Politik, in der

Rettung der erhaltenden Kräfte gegen den politischen und religiösen Radicalismus, der Legitimität gegen die Usurpation, des öffentlichen Rechts gegen Willkühr und Gewalt hatte Brandenburg seinen ersten großen Waffengang vollbracht.

Es hatte eine Stellung genommen, die auf ein großes europäisches Bedürfniß gegründet war. Und dies Bedürfniß blieb und wuchs in dem Maße, als neue Kämpfe das Gleichgewicht Europa's heftiger erschütterten.

Es kam darauf an, ob der ruhmgekrönte Fürst im Stande sein werde, seine innere Politik auf der Höhe dieser Aufgabe zu halten, ob er die Mittel finden werde, sie durchzuführen.

Souverainetät oder Libertät.

Niebuhr hat in der traurigen Zeit der Fremdherrschaft sich mit dem Plane getragen, „eine authentische Geschichte der inneren Herstellung der brandenburgischen Staaten nach dem dreißigjährigen Kriege auszuarbeiten". ein Gegenstand, sagt er, „von praktischer Wichtigkeit und tröstlich bei dem Anblick der jetzigen Leiden des Vaterlandes."

Etwas von dem Interesse, das Niebuhr für die Geschichte der Verwaltung jener Zeit in Anspruch nahm, hat in unsern Tagen vielleicht die der ihr zur Seite gehenden Verfassung. Nicht so, als ob sich heute die Aufgaben von damals wiederholten; aber die Art, wie der Kurfürst zu seinem Ziele gelangte, zeigt, welcher Maßhaltung und Besonnenheit, welcher Geduld und Selbstbeherrschung es bedurfte, ein Werk zu gründen, das zwei Jahrhunderte auf den von ihm gelegten Fundamenten sicher gestanden hat. Aber zugleich wird der aufmerksamere Blick nicht verkennen, wie in diesen ersten Formungen die Stärken und die Schwächen des Werkes, das da begründet worden, mitbegründet sind.

Für unsere Betrachtungen steht die Frage, wie aus den brandenburgischen Territorien Ein Staat geworden ist, im Mittelpunkt.

Aus der politischen Theorie, mag sie lehren, daß der Staat eine Entwickelung der Rechtsidee sei, oder daß der Wille des Volkes ihn schaffe, oder daß er auf dem Wege der Natürwüchsigkeit entstehe, ist für die Beantwortung jener Frage ebenso wenig zu gewinnen, wie aus jener Thatsache für die Begründung der einen oder andern Theorie.

Wir haben in einer Reihe einzelner Verhandlungen die Richtung kennen lernen, in der sich die innere Politik des Kurfürsten bewegte. Indem wir nun diejenigen darzulegen haben, in denen das, was er „seinen Staat" nannte, einen ersten formellen Abschluß erhielt, hat es ein doppeltes Interesse, die starken und positiven Momente seiner Neuerungen ins Auge zu fassen.

Man kann wohl sagen, daß die Noth der Zeiten ihn in diese Bahnen geführt hatte, als dem verhängnißvollen Kriege, in dem der Nation die längst brüchigen Formen ihrer politischen Existenz zusammenbrachen, der verhängnißvollere Friede folgte, der die gelösten Glieder des Reichs, jedes für sich, der eigenen Ohnmacht und dem selbstsüchtigen Druck fremder Interessen Preis gab. An Brandenburg zuerst schien sich der ganze Jammer dieses Friedensstandes bethätigen, in neuen Demüthigungen, Mißhandlungen, Beraubungen dargelegt werden zu sollen, was politisch die Ohnmacht bedeutet. Wir sahen, wie der junge Kurfürst alle Kraft seiner tieferschöpften Lande anspannte, um nicht das Aeußerste zu dulden. Mochten Andere sich getrösten, daß doch Kaiser und Reich noch da seien, und denen die Pflicht obliege, im Fall der Gefahr für sie einzutreten, er sah, daß er, um sicher zu sein, sich selbst sichern müsse, daß seine Ehre, sein Recht, seine Existenz durch die Macht bedingt sei, mit der er für sie eintrat. Mochten die „Publicisten" lehren, wie eigentlich das Reich geformt sein müsse, wie zwischen allen christlichen Staaten Frieden und Recht begründet und in rechtlicher Geltung sei, die sehr derben Wirklichkeiten ließen ihn erkennen, daß in der Staatenwelt Macht gegen Macht steht, und daß das Wesen des Staates zuerst und zuletzt Macht ist, Macht zu Schutz und Trutz für diejenigen, welche er umfaßt, daß erst innerhalb des so festen Rahmens die weiteren Segnungen, die der Staat zu schaffen oder zu erhalten hat, möglich werden.

Gegen diese Nothwendigkeit, stark genug zu Schutz und Trutz zu sein, erschien ihm vorerst jede andere Rücksicht untergeordnet. Von seinen Landen und Ständen forderte er als erste Pflicht, ihm diese Macht schaffen zu helfen. Wie immer die besonderen Rechte seiner Territorien ihn binden, wie völlig geschieden sich jedes von dem andern fühlen mochte, zu diesem Zweck mußten sie zusammenwirken; in seinem landesherrlichen Amt sah er die Pflicht und das Recht, es zu fordern und nöthigenfalls zu erzwingen.

Ehedem war dies Recht und diese Pflicht bei Kaiser und Reich gewesen; aber in der Erschlaffung der kaiserlichen Macht hatte die Libertät je tiefer hinab, desto breiter sich ausgelegt, bis endlich das letzte Menschenalter über die Resultate dieser Entwicklungen im Reich ein furchtbares Gericht gebracht, die staatliche Bedeutung des Reichs todt gesprochen hatte. Jetzt trat der Kurfürst seinen Ländern für jenes Recht und jene Pflicht ein. Waren die territorialen Rechte und Verfassungen unter Voraussetzung der schützenden Macht des Reiches so geworden, wie sie waren, so waren sie unwahr und unmöglich, seitdem das ergänzende Leben des Ganzen,

dessen Glieder sie gewesen, erloschen war; erst indem sie sich zu einem neuen Körper zusammenlebten, hörten sie auf, eines Leichnams Glieder zu sein.

Viele Territorien im Reich, der Zahl nach die meisten, kamen nicht dazu, sich so zu sammeln und neu zu beleben; sie blieben in dem Zustand der politischen Fäulniß, in dem dann das alte Recht und Herkommen „naturwüchsig" genug weiter vegetirte; da hatte die Libertät gute Tage, wie das wimmelnde Leben in der Verwesung. Und in den brandenburgischen Territorien war vorerst Jammer und Erbitterung vollauf, daß es ihnen nicht eben so gut wurde; mit äußerstem Widerstreben fügten sie sich dem harten Willen, der sie emporzwang, und der scharfen Zucht, die sie nicht zurücksinken ließ.

Nicht die Härte, mit der dieser Wille durchgesetzt wurde, begründete sein Recht; nicht darin hat die Idee des Staates ihre geschichtliche Rechtfertigung, daß sie Gewalt üben, beschworenes Recht brechen, die Gewissen verletzen kann. Oft genug ist im Namen des Staates auch Thörichtes, Willkührliches, Empörendes gethan worden; die Gewaltacte Philipps II. gegen die Niederlande, die monarchische Willkühr der Stuarts in England, die dunklen Pläne der deutschen Ferdinande sind zu Schanden geworden, weil sie verkannten, daß die Idee des Staats nur so weit mächtig ist, als sie um ihrer selbst Willen und in der Wahrheit ihres Wesens geltend gemacht, als sie nicht entwürdigt wird, Mittel für confessionelle, dynastische, Partheizwecke zu sein.

Als der Kampf der preußischen Stände gegen die Souverainetät auf seiner Höhe war und einem der Deputirten gesagt wurde, daß sie von keiner Seite Hülfe finden, daß sie selbst nicht stark genug sein würden, ihre Sache durchzusetzen, daß sie sich und ihr Land ins Unglück stürzten, antwortete er: „dann hätten sie immer noch den Trost, daß sie in S. Kf. D. einen gütigen und gnädigen Herrn hätten."

Auch wenn er es nicht gewesen wäre, nicht hätte sein wollen, die Gefahr seiner Lage zwang ihn, schonend, versöhnlich, gemäßigt zu sein. So überzeugt er sein mochte, daß das, was er wollte, recht und nothwendig sei, fast noch wichtiger war, daß er es auch auf die rechte Weise durchführte, nicht durch Ungeduld und Eigenwilligkeit die Durchführung unmöglich machte oder zum Unsegen verkehrte. Er durfte nicht bloß siegen, er mußte die Besiegten versöhnen und emporheben wollen. In dem Maße, als er es mit seinem Staat wahr und ernst meinte, lag ihm selbst am meisten daran, daß ihnen alle Segnungen zu Theil wurden, die in dem Wesen des

Staates liegen; je reicher und allseitiger sie sich ergossen, desto mehr erfüllte sich ihm das Wesen des Staates, Macht zu sein.

Denn Macht ist mit Nichten bloß in den Mitteln der rohen Gewalt. Je mehr im Staat die Idee des Rechtes Alles durchdringt und festigt, je mehr geistige und materielle Güter unter seinem Schutz gedeihen und gedeihend einigen, je mehr es denen, die er umfaßt, wie zur angebornen Natur wird, ihm zu gehören und sich in seiner Art und Richtung, in seiner Pflicht und Ehre zu fühlen, je mehr sie so zu Einem Volke zusammenwachsen, dessen Wille ihn trägt, dessen Geist und Gedanke in ihm seinen Ausdruck hat, desto mächtiger wird er und ist er.

Der Gedanke des Staates war es, der damals aller Orten zu neuen Formungen durchbrach; am glänzendsten in der Monarchie Ludwig XIV., in radicalster Gestalt unter Cromwells Protectorat, wenigstens in confessioneller Energie in den östreichischen Landen. Selbst in Polen wurde nach der Niederlage von 1655 daran gedacht, die Krone absolut zu machen, um die Republik zu retten. Und Ritter Terlon schreibt 1659 seinem Könige: „Dänemark ist nicht zu retten, wenn der König nicht absolut wird"; es folgte da demnächst die Gründung des „Königsgesetzes", das den König über jedes Recht und Gesetz, über jeden Eid stellt, nur dies Königsgesetz und den Eid darauf ausgenommen, das ihm alle „Macht und Gewalt", alle Attribute der unumschränktesten Machtvollkommenheit, auch diejenigen, „welche noch irgend gefunden werden möchten", beilegt.

Auch Friedrich Wilhelm hat mehr als einmal den Ausdruck gebraucht, daß er sich absolut machen wolle.

Er meinte damit nicht etwa die Befugniß, sultanhaft wie über Rechtlose und Sclaven Herr zu sein, über Personen und Sachen nach Willkühr zu verfügen. Sein Absolutismus war weder praktisch von so imponirender Wirkung, wie der des französischen Königs, noch theoretisch so radical, wie der des dänischen; die wüste Frivolität, zu der sich die Unumschränktheit an andern Höfen so bald ausprägte, war an dem des Kurfürsten durch die strenge Ehrbarkeit des Bekenntnisses, dem er mit ganzem Herzen anhing, ausgeschlossen; am wenigsten fiel es ihm ein, seine Gewalt im Interesse seiner Kirche zu mißbrauchen, er machte in kirchlichen Dingen seine landesherrliche Macht nur geltend, um den Frieden der Bekenntnisse und die Freiheit der Gewissen zu wahren.

Sein Absolutismus hat wenig von dem an sich, was den Namen nachmals verhaßt und verächtlich gemacht hat. Es ist der Mühe werth, zu beachten, in welchem Sinn er absolut zu sein in Anspruch nahm. Er

traf damit die Libertät und zwar in den beiden Momenten, welche sie so verderblich gemacht haben.

Denn die Summe der hergebrachten Zustände war, daß die öffentliche Macht und ihre Functionen in den Privatbesitz von Einzelnen und Corporationen zerbröckelt und zu nutzbaren Rechten entartet, daß der Unterschied von öffentlichem und Privatrecht so gut wie verwischt war. So war die unterste Stufe dieser intermediären Gewalten unverantwortlich, unumschränkt, zum Herrenthum über Hörige und Leibeigene geworden; jede höhere Stufe war um so viel gebundener und abhängiger, an der Spitze endlich der leere Name der höchsten Obrigkeit. Was die arbeitenden und erwerbenden Classen dem Oeffentlichen zu leisten hatten, das blieb so gut wie ganz in jener unteren Schicht obrigkeitlicher Functionen; und von der Bewilligung derer, die sie inne hatten, den Herren Ständen, hing es ab, was davon für die Zwecke des Ganzen abgegeben und verwendet werden sollte.

Solche Mißformungen sicher zu stellen, hatte die Libertät eine Fülle von Anlehnungen und Deckungen, von Competenzen, die gleichsam excentrisch lagen, zu schaffen verstanden. Wie vieles der Art hatte das Doppelverhältniß zum Reich und zur Kirche entwickelt; dann hatten die Territorien in den Reichs- und Kreisordnungen, in der Garantie benachbarter Territorien oder fremder Kronen, in Erbhuldigungen und Eventualbelehnungen Hülfen vollauf.

Man muß diese Gestaltung der deutschen Libertät im Reich wie in den Territorien beachten, um zu begreifen, warum sie nicht fähig war, zu einer rechten Aristokratie zu werden, wie deren England sich rühmt. Mehr egoistisch als politisch, mehr auf ihre Rechte bedacht, als auf ihre Pflichten eifersüchtig, blieb sie stagnirend, unfruchtbar, absterbend, und die Kraft der neuen staatlichen Bildungen erwuchs trotz ihrer, auf ihre Kosten.

Wenn Friedrich Wilhelm des Willens war, sich absolut zu machen, so meinte er damit zweierlei.

Einmal, daß der Staat von denen, die er umfaßt, nicht nach dem Belieben der Herren Stände erhalte, sondern kraft seiner Pflicht fordere, was er braucht, um zu Schutz und Trutz stark genug zu sein, daß die Lande, um nicht immer von Neuem fremder Willkühr und Gewalt Preis gegeben zu sein, das Erforderliche leisten und in dauernder Weise leisten, um die Macht zu erhalten, in der sie die Gesammtbürgschaft ihrer Sicherheit haben.

Sodann, daß über den Fürsten und seinen Staat nicht mehr höhere Competenzen, fremde Garantien für innere Verhältnisse, Interventions- und Aufsichtsrechte unbetheiligter Dritter stehen dürfen, daß die Lande und deren Stände mit ihren Rechten und Freiheiten, mit ihrem Wohl und Wehe sich ihrem Fürsten und seinem Staat anvertrauen, daß sich ihnen innerhalb dieses Staates die Ordnung und Thätigkeit aller staatsrechtlichen Beziehungen zusammenschließe und schließe.

In diesen beiden Richtungen der Souverainetät nach Außen, der Unumschränktheit im Innern bewegte sich die Politik des Kurfürsten. Jeder Schritt weiter in der Souverainetät minderte den Widerstand seiner Stände; jeder Erfolg der Unumschränktheit machte seinen Staat nach Außen hin abgeschlossener und concentrischer. Je weniger in gewaltsamer Weise, je mehr in vertragsmäßiger Form und in rechtlichen Begründungen diese Umbildung durchgeführt werden konnte, desto fester in sich und nach Außen wurde das neue Werk gegründet.

In denjenigen Territorien, die, gleich den Marken, nur innerhalb der Reichs- und Kreisordnungen standen, hatte das keine ernstliche Schwierigkeit. Wenn es auch mit den Ständen von Minden, von Pommern, denen der Marken noch mancherlei harte Erörterung über Contribution, Accise, kirchliche Fragen u. s. w. gab, in Kaiser und Reich eine höhere Instanz zu sehen, waren sie schon seit lange entwöhnt oder verlernten sie in dem Maße schneller, als ihnen der erstarkende Staat ihres Kurfürsten einen sichern Schwerpunkt gab.

Anders waren die Verhältnisse in Cleve-Mark und in Preußen; „wir wollen es machen, wie die in Cleve", sagte man in Preußen;[596]) sie begriffen, daß sie die gleiche Sache hatten.

Die Stände in Cleve-Mark.

Die Stände hatten den vierfachen Rückhalt der Union mit Jülich-Berg, der holländischen Garantie und Besatzung, der Rivalität des Pfalzgrafen gegen Brandenburg, des kaiserlichen Einflusses, zumal so lange die Frage des Erbrechtes noch erst rechtskräftig zu entscheiden, der jetzige Besitz nur provisorisch war.

Wie diese Stände die Gunst ihrer Lage auszubeuten verstanden, zeigten die Recesse von 1649 und 1653. Sie hatten sich Rechte zu ertrotzen gewußt, wie sie in keinem deutschen Territorium erhört waren; und auf

diese Recesse wurden die Räthe, die Amtleute, alle „Gebot und Verbot Habenden“ vereidigt; das Recht, nach Belieben, ohne landesherrliche Controlle oder Mitwirkung Versammlungen zu halten und Beschlüsse zu fassen vollendete die Unabhängigkeit dieser Stände.

In dem Maße, als ihre Freiheiten größer wurden, leisteten sie weniger für die öffentliche Ordnung und die gemeine Wohlfahrt des Landes. Seit Jahren lagen ihnen landesherrliche Entwürfe zu Polizei-, Wasser-, Wegeordnungen, zu einer Land- und Hofgerichtsordnung, Anträge zur Revision der Landesmatrikel u. s. w. vor, ohne daß sie Zeit fanden, darüber in Verhandlung zu treten. Ihnen schien Alles gethan, wenn sie die landesherrliche Macht minderten und ihre eigenen Rechte und Freiheiten mehrten.

Die schweren Kriegsjahre hatten Lasten genug über das Land gebracht, zu Klagen Anlaß genug gegeben; aber in Allianz mit Brandenburg war weder Holland noch der Kaiser in der Lage sich der Klagenden anzunehmen; und daß der Pfalzgraf mit seinen Ständen in Jülich und Berg in Hader, daß er so entschieden auf französischer Seite stand, lockerte auch das Verhältniß zu ihm und die ständische Union.

Wenn dann Statthalter und Regierung in Cleve Steuern ausschrieben, Truppen warben, Einquartierung einlegten, so protestirten zwar die Stände, aber sie ließen geschehen, was sie nicht ändern konnten. Und wen trafen am Ende die Lasten? Nach der hergebrachten Quotisation hatten die reichen Städte in Cleve $^1/_6$, die zahlreichen in Mark $^1/_{12}$ der Steuerlast zu tragen; das Uebrige fiel auf das platte Land, natürlich nicht auf die Prälaten, Herren und Ritterschaft, die in ihrer „wohlhergebrachten Freiheit und Exemtion“ weder Steuern noch Zölle zahlten. Was sie verwilligten, hatten die Bauern, Büdner, Tagelöhner aufzubringen. So geschah es, daß, „wenn der reiche Bürger in Hamm, Cleve, Wesel 5 bis 6 Thaler zahlte, der ärmste Mann auf dem Lande 15 Thaler und darüber, der Bauer 70 bis 80 Thaler zahlen mußte.“[597])

Es hatte seinen guten Grund, daß hier unter den Ständen die Städte am hartnäckigsten waren, die Landesfreiheiten zu behaupten. Auf das Aeußerste fürchteten sie die, wie sie gern sagten, „hochnöthige Revision der Matrikel“; den immer neuen Geldanträgen der Regierung mit Vorbehalten, theilweise, als könnten sie auch das kaum erschwingen, nachgebend, brachten sie dann um so zahlreichere Beschwerden, denen abgeholfen werden müsse, ehe man an Weiteres denken könne.

So wieder 1659; als ihnen die unvermeidliche Einquartierung von

drei Regimentern zu Roß und zwei zu Fuß angekündigt wurde, erklärten sie sich nach langem Disputiren bereit, 80,000 Thaler zu geben, mit der Bedingung, daß ihre Gravamina erledigt würden. Die von Cleve reichten funfzehn, die von Mark sechsunddreißig Artikel ein; aber die landesherrlichen Bescheide, die darauf erfolgten (27. Januar), schickten sie als ungenügend zurück, „also daß status turbatus fortdauert".

Der Kurfürst ließ zum 4. April die Stände nach Duisburg bescheiden, um diese und andere Dinge in Ordnung zu bringen. Zugleich forderte er die Revision der Matrikel.

Dann folgte der Abschluß des Friedens, die Rückkehr Karls II. nach England. Friedrich Wilhelm befahl, auch diese in den Rheinlanden durch ein kirchliches Dankfest (29. Juli) zu feiern und die Geistlichen zu veranlassen, daß sie „die Gemüther dahin lenken", in welche Tyrannei England durch den Widerstand gegen die Obrigkeit versunken gewesen sei, und wie es jetzt „seinen König ohne Limitation und Beschränkung aufgenommen, sich einzig verlassend auf seine königliche Parole".

Die Stände hatten sich zu Duisburg entschuldigt: der Armuth wegen könnten sie jene 80,000 Thaler nicht so schnell beschaffen, zum 1. Mai folgenden Jahres wollten sie ein erstes Drittel zahlen, wegen der Matrikel Deputirte ernennen, u. s. w.

Der Kurfürst glaubte den Moment gekommen, diesen Dingen ein Ende zu machen. Er kündigte seine demnächstige Ankunft in Cleve an; er ließ zugleich den Ständen eröffnen (24. August): sein Wunsch sei, daß auch ihre Lande „die lieblichen Früchte des Friedens nun wirklich genießen möchten"; sie hätten so oft ihre vollkommene Devotion und Treue versichert, daß er nicht zweifle, sie würden nun auch „zu den Worten die Thaten folgen lassen"; er habe die Recesse durchsehen und sie so verändern lassen, wie es zum Besten des Landes nothwendig und dem Wunsch vieler getreuen Stände gemäß sei; dieser neue Receß solle den Ständen gegen Rückgabe der früheren von 1649 und 1653 ausgehändigt werden; er habe ihn so eingerichtet, daß die Stände vollkommen damit befriedigt sein könnten; er habe gewisse Ursachen, warum er das Werk in ganz Kurzem abgethan sehen wolle; in Verhandlungen darüber wolle er sich nicht einlassen.

Man hätte sich alles Andern eher versehen, als eines solchen Schrittes. Daß der neue Receß alle hergebrachten Rechte, so weit sie nicht in das landesherrliche Regiment eingriffen, anerkannte, daß er selbst Dinge, wie das ausschließende Recht der Landeseingebornen[598]) zu Lehn und Aemtern im Lande unberührt ließ, wurde nicht beachtet, in demselben war

die Beeidigung der Beamten auf die Recesse, der Consens der Stände zur Werbung und Einführung von Truppen gestrichen, gestrichen auch die Clausel, daß im Fall der Contravention die Stände sich ihrer Privilegien und Reversalien bester Maßen gebrauchen möchten. Man sah nur die unerhörte Vernichtung so vieler wohlerworbener Rechte und die nicht minder unerhörte Art, wie sie dem Lande geboten wurde. Man glaubte nicht anders, als daß es auf einen Gewaltact abgesehen sei, daß der Kurfürst nur kommen wolle, um die Stände mit gewaffneter Hand zur Annahme zu zwingen.

In der That kam aus Berlin Befehl an den Obristen Sieberg, mit seinem Regiment ins Clevische zu marschieren. Die Bestürzung war grenzenlos. Fürst Moritz eilte, den Kurfürsten auf die höchst bedenklichen Folgen eines Gewaltschrittes aufmerksam zu machen; er bat dringend um ein behutsameres Verfahren, „mit Glimpf und Beruhigung der Gemüther werde man bessern Bestand für die Zukunft und höheren Ruhm bei der Nachwelt gewinnen." Er hoffte, die Stände von der Nothwendigkeit der Annahme überzeugen zu können; er ließ, um ihnen den gnädigen Willen des Kurfürsten zu zeigen, ein paar Compagnien von Spaen's Regiment, das im Lande stand, abdanken und weitere Verabschiedung hoffen.

Zum 24. Sept. kamen die Stände in Cleve zusammen; „mit Bekümmerniß" hörten sie des Fürsten Statthalter Eröffnungen. Unter den obwaltenden Verhältnissen, sagten sie, könne von den 94,000 Thalern, die zur Abdankung der Truppen, zum Unterhalt der Garnisonen in Hamm, Lippstadt, Calcar gefordert wurden, nicht die Rede sein; sie forderten Ausweise über die angeordneten Truppenmärsche, die das Land in Schrecken gesetzt hätten. Den neuen Receß weigerten sie sich, entgegenzunehmen; die von den Städten sagten: sie seien nicht darauf instruirt, sie müßten ihn erst hinter sich an ihre Principalen bringen.

Aber von Berlin erfolgte die Weisung: vor Ankunft des Kurfürsten müsse der Receß angenommen sein, dann erst werde er sich auch in Betreff der Regimenter so erklären, daß das Land seine väterliche Affection spüren werde. Er erwarte, daß der Statthalter es zu keinen Weitläufigkeiten werde kommen lassen; es könne an dem Receß nichts geändert oder ausgelassen werden, wenn nicht neuer Streit und Uneinigkeit verursacht werden solle; „wir sind nicht gemeint, hierin einige Verzögerung vorgehen zu lassen, sondern wenn die Stände sich nicht dazu verstehen, noch die Billigkeit annehmen wollen, werden wir Mittel zu finden wissen, dadurch wir zu unserer Intention kommen". (5. October.)

Die Stände hatten (5. October) auf die Eröffnungen vom 28. Sep-

tember eine Eingabe nach Berlin gesandt, in der sie sich zu allerunterthänigster Devotion erklärten, ihre Freude aussprachen, demnächst „ihrem gnädigsten Herrn die Hände zu küssen“ und dann, wie sie hofften, die noch obwaltenden Bedenken erledigt zu sehen. Inzwischen hielten sie fleißig Berathungen; die „Winnendalisten“ waren so rührig wie möglich, wiesen nach, wie alles Beste aus den alten Recessen gestrichen sei, die doch der Kaiser garantirt habe, und daß des Kurfürsten Vorgeben, des Kaisers Zustimmung zu dem neuen Receß nachzuliefern, nur Wind sei. Auch Aitzema war vom Haag aus thätig; die „jungen Doctoren“ in den Städten, die gern Aemter erhalten wollten, perorirten von der Freiheit die man retten müsse, und was man in den Niederlanden sagen werde, wenn es nicht geschähe.

Man war der Meinung, der beste Wege werde sein, wenn man den Prinzen Statthalter mit halben Erbietungen begütige und ihn zum Unterhandeln bringe; man ließ ihn unter der Hand wissen, daß die Stimmung der Stände für die Annahme sei, daß man aber bei einem und dem andern Punkt „wenig eclaircissement“ wünschen müsse, auch den berichtigten Receß lieber aus S. Kf. D. eigenen Händen empfangen werde. Am 7. October kamen Beauftragte ins Schloß, dem Prinzen jene Punkte vorzutragen. Er war „ohne Wissenschaft einiges Menschen“ abgereist.

Man war auf das Aeußerste bestürzt; man jammerte, daß die Regierung nicht unterhandeln wolle, daß sie den Landtag abgebrochen habe; man glaubte nicht anders, als daß sofortige Verhaftungen beabsichtigt seien; Alles eilte von Cleve hinweg.

Und wenige Tage später traf ein Rescript des Kurfürsten ein, das die Räthe und alle kurfürstlichen Diener und Beamtete ihres Eides auf die alten Recesse entband und befahl, dies durch ein Placat bekannt zu machen, „damit es zu jedermanns Wissenschaft komme und ein jeder unserer getreuen Unterthanen unserer guten Intention versichert werde.“ Es hieß weiter in dem Rescript: „wir wollen zwar nicht hoffen, daß sich unsere Stände unterstehen werden, wie sie wohl vormals gethan, der Sache halben an jemanden in oder außer dem Reich eine Klage zu bringen; sollten sie es aber wagen, so würden wir dergleichen Remedirung dagegen bringen, daß sie endlich solche unziemliche Wege wohl vergessen und uns unsern gebührenden Respect zu erweisen lernen sollen“.

Zum 28. October wurden die Stände von Neuem nach Duisburg beschieden. Es war nicht mehr zweifelhaft, daß der Kurfürst Ernst zu

zu machen entschlossen sei.[599]) Die meisten von Winnenthal's Anhang erschienen nicht; auch ein paar Städte blieben unvertreten.

In den Acten liegt die Ansprache, mit der Prinz Moritz die Versammlung eröffnete: „nie habe ihnen eine wichtigere Berathung vorgelegen, des Landes Wohlfahrt oder Ruin hänge von ihrem Beschluß ab; er sage ihnen das, damit ihm nicht einst vorgeworfen werde, er habe das Unglück des Landes verschuldet, indem er nicht die Größe der Gefahr gezeigt". Er legte ihnen die Punkte dar, um deren Willen der Kurfürst die Recesse von 1649 und 1653 nicht halten könne und nicht halten wolle; vor Allem, daß er nur den zum Statthalter ernennen dürfe, den die Stände genehmigten, daß seine Räthe, Diener, Beamtete auf die Recesse vereidigt sein sollten, daß er seine Räthe und Diener nicht ohne Gutheißung der Stände wählen und ernennen dürfe, daß er kein Kriegsvolk im Lande werben oder halten, ja persönlich nur mit 300 Mann ins Land kommen dürfe, daß die Sände, wie und wann sie wollten, Zusammenkünfte zu halten befugt seien u. s. w. Solche Befugnisse, die eine völlig ständische Mitregierung und fortwährende Dissidenz begründeten, seien nicht in den alten Rechten des Landes begründet, und noch weniger zum Besten des Landes; sie seien dem Landesherrn in schlimmen Zeiten abgezwungen, einseitig von den Ständen dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt und trotz des landesherrlichen Protestes bestätigt; keine Mediatstände im Reich hätten ähnliche Befugnisse, noch deren je gehabt oder prätendirt; sie seien gegen alle Reichsordnungen und namentlich gegen den jüngsten Reichsabschied; der Kurfürst könne sie nach seinem Gewissen nicht länger dulden, sie würden in seinen anderen Territorien zu hochbedenklichen Consequenzen führen. Der Kurfürst werde ins Land kommen, und zwar, wenn man den Receß weigere, mit hinreichendem Kriegsvolk, um gegen die Uebelgesinnten die nöthige persönliche Sicherheit zu haben; sie möchten eingedenk sein, welche Verantwortung sie mit der Weigerung vor sich selbst, vor Gott und der Posterität auf sich laden würden.[600])

Es war nicht die eindringliche Rede des Prinzen Statthalters allein, welche die Entscheidung brachte. Viele Achtbare vom Adel waren dem Kurfürsten ergeben oder hatten Compagnien, Regimenter in seiner Armee; unter der Hand wurden andere gewonnen; es mochte nicht verschwiegen geblieben sein, daß der Prinz mit General Spaen „Anstalten gemacht habe, bei versuchtem Widerstand die Führer in des Kurfürsten Hand zu liefern". Vergebens versuchten die von Wesel „wie immer, Alles zu thun, was gegen S. Kf. D. sein mag"; als sie nicht durchdrangen, verließen sie

die Versammlung; die von Reeß, von Hamm, einige Edelleute folgten ihnen. Am 3. November war der Receß unbedingt angenommen; „wir haben," schreibt der Prinz nach Berlin, „eine absonderliche unterthänigste Devotion bei ihnen verspürt, so daß E. Kf. D. mit Freuden in diese Lande kommen können". Noch vor Ablauf des Monats kamen auch die von Wesel und die andern, „die sich von Duisburg absentirt hatten", zum Statthalter: „sie entschuldigen ihre damalige Abwesenheit, loben und approbiren dasjenige, was da beschlossen worden."

„Wir haben nie gezweifelt", antwortete der Kurfürst, „daß Alles, was sich da Widerwärtiges zugetragen, nur durch solche Leute verursacht worden ist, denen der Wohlstand des Landes zuwider gewesen, und die solchen durch alle Mittel zerstören wollen." Er kam im Anfang 1661 nach Cleve und berief die Stände. Nun endlich konnte zu den großen Reformen geschritten werden, die das Land nur zu lange entbehrt hatte. Jene Polizei- und Gerichtsordnungen, die Trennung der Regierung und der Justiz, die Organisation der drei obersten Collegien, Regierungsrath, Justizrath und Amtskammer wurden ins Werk gesetzt; es wurden die zur Erhaltung des Kriegsstaates nöthigen Summen festgestellt; zugleich ein Ausschuß zur Revision der Matrikel niedergesetzt; es wurde die Schiffbarmachung der Ruhr und Lippe begonnen. Kurz das Land bekam endlich den Segen innerer Ruhe und geordneter sorgsamer Regierung zu genießen.

Mit jener Revision der Matrikel, der die Städte den äußersten Widerstand leisteten, mit den Versuchen, andere Besteuerungsformen einzuführen, bald mit der Klage der Städte über erschlichene Jurisdictionen des Adels entwickelte sich der Gegensatz, den die gemeinsame Opposition gegen den Landesherrn verdeckt hatte, der zwischen Städten und Ritterschaft, bald zu der äußersten Erbitterung; und doch lag des Landes Gedeihen daran, daß er in Güte ausgetragen, daß er innerhalb des Landrechtes entschieden werde. Daß die Städte sich mit ihrer Klage an das Reichskammergericht gewandt, ward ihnen auf das Nachdrücklichste verwiesen; der Regierung Sache war es, den auf dem Wege Rechtens nicht lösbaren Streit zu beschwichtigen. Zwischen den Ständen vermittelnd, und so vermittelnd, daß über dem Hader der Partheien und Sonderinteressen das Allen Gemeinsame gewahrt werde, gewann sie das volle moralische Uebergewicht, das ihre beste Rechtfertigung war.

Das Alles blieb halbes Werk, so lange der immer noch schwebenden Streitfrage über die jülichsche Erbschaft nicht ein Ende gemacht war.

Erneute Bedrückungen der Evangelischen in Düsseldorf führten wieder zu ärgerlichen Erörterungen, zu Repressalien gegen die Capuziner in Cleve, und das in einer Zeit, wo die aggressive Politik Frankreichs, nach den spanischen Niederlanden vordringend, fühlen ließ, wie schwere Gefahr dieser immer noch ungeschlichtete Streit in den rheinischen Grenzlanden des Reichs in sich trage. Der kaiserliche Hof selbst empfahl dringend eine gütliche und definitive Verständigung zwischen beiden Fürsten. Andere Verhältnisse der allgemeinen Politik, namentlich des Pfalzgrafen Wunsch, in Polen zum König gewählt zu werden, kamen hinzu, die Verständigung zu ermöglichen.

Nach längerer Verhandlung, ohne Vermittelung Dritter, ist dann „der beständige Erbvergleich" vom 9. September 1666 zu Stande gekommen, der den Successionsstreit für immer beenden sollte; unter demselben Tage wurde ein Religionsvertrag geschlossen, der eben so die religiösen und kirchlichen Differenzen zwischen den beiderseitigen Regierungen beseitigte.

In beiden Vergleichen gab der Kurfürst im Einzelnen Vieles und Bedeutendes nach. Er behielt Cleve, Mark und Ravensberg, also nur $^1/_3$ des Gesammtgebietes; die altunirten Lande, wenn auch nun vollständig und für immer zwischen beiden Fürsten getheilt, sollten für alle Zukunft einen festen und unauflöslichen Bund bilden, namentlich gegen etwaige Versuche anderer prätendirender Fürsten, nicht minder in Betreff des Verkehrs zu Wasser und zu Lande. Gemeinsam sollte das Directorium im westphälischen Kreise geführt, die kaiserliche Belehnung nachgesucht werden u. s. w.

Der Gewinn des Kurfürsten war nicht bloß, daß nun endlich sein Verhältniß zu den schönen rheinischen Landen ein definitives und in sich geschlossenes wurde; er hatte zugleich statt eines eifersüchtigen und immer seinen Gegnern zugewandten Rivalen einen Nachbar gewonnen, den ein festes Bündniß und gleiches Interesse ihm sicherte und dessen Gebiet ihn in den Richtungen deckte, von woher den brandenburgischen Rheinlanden allein Gefahr kommen konnte.

Die Souverainetät in Preußen.

Volle fünf Jahre hatte der Krieg auf allen Grenzen Preußens gewüthet; er hatte in einzelnen Momenten, in der schwedisch-polnischen Invasion im December 1655, dem Tartareneinfall 1656, einzelnen

Streifzügen erst der Polen, dann der Schweden einige Theile des Herzogthums selbst verwüstet. Was wäre aus dem Lande geworden, wenn der Kurfürst es nicht zu den äußersten Anstrengungen gezwungen, wenn er nicht die Kräfte seiner andern Territorien mit verwandt hätte, es zu vertheidigen.

Während des ersten Kriegsjahres war man in Preußen voll Dank und Eifer und leistete bereitwillig, was gefordert wurde; und wenn die Königsberger über die Störung ihres Handels und die schwere Accise jammerten, so konnte ihnen der Adel entgegnen, daß sie sich im Kaufhandel wieder zahlen ließen, was sie an Accise ausgelegt, und daß die Tausende reicher Flüchtlinge aus Polen und Lithauen, die Anwesenheit des kurfürstlichen Hofes ihnen reichlichst zu verdienen gäben, während die kleinen Städte und das platte Land schwer leiden müßten. Daß der Kurfürst in seinem ersten, zweiten Vertrage mit Schweden die Souverainetät einleitete, dann sie zugestanden erhielt, fand man zwar hochbedenklich, aber der hergebrachte Zwiespalt zwischen Adel und Städten, zwischen den großen und kleinen Städten, zwischen den einen und andern Adelsfamilien machte es dem Hofe nicht schwer, die sich sammelnden Mißstimmungen immer wieder zu zerstreuen.

Nach der Abreise des Kurfürsten und dem Abschluß der Bromberger Verträge begann die Haltung des Landes sich merklich zu ändern; der Krieg, wenigstens die großen Krisen desselben lagen nun weit von Preußen hinweg; man vergaß die Eindrücke der kaum überstandenen Gefahren und gewöhnte sich, ihre Wiederkehr unmöglich zu halten. Es schien unerträglich, immer noch die unerschwinglichen Kriegssteuern zu leisten, die ja eigentlich gar nicht ständisch bewilligt seien; in diesen Klagen fanden sich die sonst getrennten Interessen mehr und mehr zusammen. Das Mißtrauen gegen die Souverainetät war allgemein; man dachte sich wer weiß wie schreckliche Dinge dabei; man sagte, der König von Frankreich, der der einzige rechte Souverain sei, nehme seinen Unterthanen, was ihm beliebe; wenn er jemanden frage, wie viel Geld er habe und dessen Angabe erweise sich dann als ungenau, so lasse er ihn ohne Weiteres aufhängen und ziehe sein Vermögen ein; solche souveraine Gewalt wolle der Kurfürst auch über Preußen haben.[601]) Sie begriffen sehr wohl, welchen Zusammenhang der Gang des Krieges mit der Frage der Souverainetät habe; als im Sommer 1659 schwedische Trupen in bedeutender Zahl über See nach Elbing kamen, stellten die Herren Landräthe die Forderung, die Truppen im Herzogthum zu reduciren: die Stärke der Armee müsse nach den Einnahmen

des Landes bestimmt werden, nicht nach der feindlichen Macht in der Nähe. Der Statthalter Fürst Radzivill schreibt (Jan. 1660) in Anlaß eines Antrags der Landräthe auf Berufung der Stände: „sie unterwerfen sich in Allem, nur von der Vertheidigung des Landes wollen sie nichts wissen; sie sind wahre Nachbarn der Polen." Er versichert, daß ihre Klagen wegen Ueberbürdung unbegründet seien; im Jahre 1659 hätten sie im Ganzen nur 2 Gulden auf die Hufe gezahlt, Königsberg bezahle keinen Heller und die Reichsten des Landes eximirten sich auf tausend Wegen; ihre Absicht sei, der obersten Gewalt die Spitze zu bieten. Und in einem andern Briefe: „ich habe die Steuern beigetrieben, ohne die Stände anzurufen, was sie nur wünschen, um den Truppen die Löhnung zu weigern; man muß ihnen begreiflich machen, daß das, was zur Erhaltung des Heeres und Vaterlandes geschieht, keine Verletzung ihrer Gerechtsame sei; .... man will mit Gewalt die Souverainetät antasten." Es kam noch während des Krieges so weit, daß nicht bloß Königsberg, sondern auch kleinere Städte, wie Bartenstein, den Truppen die Thore schlossen.

Der Kurfürst hatte die Verträge von Wehlau und Bromberg ohne Zuziehung der Stände geschlossen. Er hatte in denselben (Art. IX.) sich verpflichtet, den Ständen und Einwohnern Preußens alle ihre Rechte und Freiheiten, so weit sie nicht der Souverainetät entgegen seien, zu erhalten. Ein Erlaß des Königs von Polen vom 22. Aug. 1658 hatte den Ständen und gesammten Einwohnern des Herzogthums die vertragsmäßig festgestellte Souverainetät verkündet und die der Krone Polen geschwornen Eide für erloschen erklärt.

Als demgemäß die Huldigung geleistet werden sollte, hatten die Landräthe erklärt: dazu müsse ein Landtag berufen und zuvor den Landesbeschwerden abgeholfen werden. Der Fürst Statthalter hatte die Berufung der Stände dringend widerrathen. Die Huldigung wurde ausgesetzt.

Aber in dem Maße, als die Uebermacht Schwedens sank, die Friedenshandlung fortschritt, erkaltete die Freundschaft des polnischen Hofes; er bereute, so große Zugeständnisse an Brandenburg gemacht, den Pfandbesitz Elbings versprochen zu haben. Die Königin, die alle Hebel in Bewegung setzte, noch bei Lebzeiten ihres Gemahls den künftigen König wählen zu lassen und die Wahl auf einen französischen Prinzen zu lenken, erwartete den schärfsten Widerstand vom Kurfürsten und that Alles, ihm Schwierigkeiten zu schaffen, wozu die Dinge in Preußen nur zu viel Anlaß boten. Unter den polnischen Bischöfen und Senatoren waren wenige, die nicht

den Verlust der Lehnsherrlichkeit über das Herzogthum bedauert, nicht lieber trotz aller Verträge den alten Zustand hergestellt hätten; und der Adel in Polen und Lithauen wie der im königlichen Preußen meinte, man dürfe nicht dulden, daß die Libertät in Preußen untergehe.

Im Herzogthum selbst knüpfte man an diese Stimmungen in Polen und am polnischen Hofe sehr große Hoffnungen. Man hoffte, daß es zunächst über Elbing zu förmlichem Zerwürfniß kommen werde; dem polnischen Schatzmeister Rei, der die Unterhandlungen wegen Ueberweisung der Stadt führte, boten die drei Städte Königsberg 10,000 Thaler, damit er die Sache hintertreibe; daß der jüngere Kalkstein bei ihm gesehen wurde, zeigte, wie auch die Malcontenten von Adel auf ihn rechneten.[602])

Doppelt unerträglich erschien es, daß die Truppen immer noch nicht entlassen wurden. Freilich Anlaß genug, gerüstet zu bleiben, gab dem Kurfürsten der schwere polnisch-russische Krieg, der Lithauen bis hart an die Grenzen des Herzogthums mit seinen Schrecken erfüllte; Wilna, Kowno waren noch in der Hand der Moscowiter. Trotzdem forderte man die Auflösung der Regimenter: das Land sei außer Stande, so viel Soldaten zu erhalten; es könne die Accise und den Zuschlag nicht weiter zahlen, zumal da sie nicht von den Ständen genehmigt seien; wenn der Feind komme, sei ja die Lehns- und Landfolge da, das Land zu schützen.[603])

Die Aufregung wuchs. Daß der Kurfürst vorerst nicht nach Preußen kommen konnte, sondern nach Cleve ging, „ermuthigte die Meuterer", wie Fürst Radzivill schreibt. Und des Fürsten Stellung war nicht von der Art, dem Uebel wehren zu können.

Allerdings hatte der Kurfürst ihn, als er 1657 das Herzogthum verließ, als Statthalter des Herzogthums bestellt, und einen treueren, gewissenhafteren, hochherzigeren Vertreter hätte er nicht finden können.[604]) Aber der Fürst war ein Fremder, war reformirt. Man begann davon zu sprechen, daß eine Statthalterschaft nach den Landesrechten unmöglich sei: der abwesende Landesherr werde verfassungsmäßig vertreten durch die vier Oberräthe und die vier ersten Hauptmannschaften, das seien die „Regente"; die Regierung des Landes, die Defension, die Domainen und Einkünfte des Landesherrn hätten sie und nur sie wahrzunehmen.

Die Oberräthe, die Hauptleute hatten ihr Amt durch landesherrliche Ernennung; aber sie waren auf die Freiheiten und Rechte des Landes verpflichtet. Die Oberräthe hatten sich lange besonnen, bevor sie dem Kurfürsten als souverainen Herrn den Eid leisteten; es geschah erst im Frühling 1660 beim Eintritt Wallenrodts, der eben, weil er sich dazu verstand, zum

Landhofmeister und ersten der Oberräthe ernannt wurde. Man sah ihn im Lande dafür fast als einen Verräther an.

Diese Herren Regenten waren Landeseingesessene, eingewöhnt in des Landes Art, die ihnen vortrefflich schien. Sie vermieden es gern, zu strenge Aufsicht zu führen, scharf einzugreifen. Wie hätten sie es mit allen den Brüdern, Schwägern und Vettern im Lande, mit den Kaufherren in Königsberg, die das Holz, Flachs, Getreide ihrer Güter kauften, mit den Herren Pastoren, die auf den Kanzeln auch die Namen der Vornehmsten nicht schonten, verderben sollen? Entschuldigen und beschönigen hieß ihnen für des Landes Frieden sorgen.

Darüber ging denn freilich die Regierung und Verwaltung so kläglich wie möglich.[605]) Es war einmal hergebracht, daß jedermann an den landesherrlichen Rechten, Gütern, Renten zehrte.[606]) Die Hauptleute, Kammermeister, Rentschreiber, Richter u. s. w. führten ihre Aemter nach Art der Castellane, Starosten und Podskarbi, als Herren in eignem Recht. Von dem Hauptmann auf Lötzen, dem v. Fincke, heißt es: er habe die Amtsunterthanen ganz unbilliger Weise ausgesogen; er habe so eigenmächtig mit ihnen gehaust, sei so unbarmherzig mit ihnen umgegangen, daß es nicht zu beschreiben sei; er habe große Summen aus dem Amte gezogen, Bauerngüter an sich gebracht und sei obenein mit mehr als 12,000 Thaler im Rückstand. Der Obrist von Kalkstein hauste in seiner Hauptmannschaft, Amt Oletzko, in derselben Art, bis der Amtschreiber gegen ihn denuncirte, dem er wieder nachwies, wie er Geld unterschlagen, die Kornböden beraubt habe u. s. w. In den Domainen wie Gutsherrschaften war die Behandlung der „Unterthanen" in der übelsten Art patrimonial; da diente die Karbatsche mit eingeknotetem Blei zur Aufmunterung bei der Arbeit; und wenn auf einem Gut, das von Seiten des Hofgerichts in Sequester genommen wurde, u. a. ein Unterthan im Gefängniß lag, der seit Jahren „in die Eisen geschlagen war", so fand niemand daran weiter Auffallendes.

„S. Kf. D. wollen Auskunft", heißt es in einem Rescript vom 3. Oct. 1661, „da in dem Testament Herzog Albrechts die Leibeigenschaft ganz aufgehoben, warum dieselbe gleichwohl im ganzen Lande, sowohl in S. Kf. D. Domainen, als bei den Adligen continuirt wird." In Allem, was dies Testament zu Gunsten der Libertät enthielt, galt es für eins der Fundamentalgesetze des Landes, aber daß jeder Preuße, wie es da heißt, „hinfort freier Geburt sein solle," ward nicht einmal auf den Domainen und Aemtern beachtet; es war der Vortheil der Herren von Adel, die über sie gesetzt waren, die armen Leute vollständig als Leibeigne zu halten und frohnden

zu lassen. In einem andern Rescript (28. März 1662) heißt es, die Oberräthe widerstrebten jeder Aenderung, „weil sie sähen, daß ihre bisher angemaßte und mißbrauchte Macht besonders mit Wegschenkung Unserer Domainen ihnen in etwas beschnitten und zu Unserem und des Landes Aufnehmen besser eingericht werden soll.“ Während der Kriegsjahre waren Domainen bis zum Betrage von 14 Tonnen Goldes[607]) versetzt worden; es war kaum so viel übrig, den nothwendigsten Bedarf des Schlosses zu Königsberg zu decken; Schwerin, der im Frühling 1661 nach Preußen gesandt wurde, schreibt: „es ist so gut wie gar nichts mehr zu versetzen“. Er fand die Rechnungen der Landesregierung „in erschrecklicher Confusion“, die ganze Oeconomie des kurfürstlichen Status vollkommen zerrüttet; die Herren wirthschaften nach seiner Meinung „in Hoffnung, daß die Rechnung nimmer oder erst nach Jahren wird nachgesehen werden.“ War so Unordnung wie in der obersten Regierung, so in den Vogteien, Hauptmannschaften und Aemtern, so hatten natürlich die Rentmeister und Amtschreiber und Förster, die bei der Accise, dem Hufenschoß, dem Bernsteingefälle ꝛc. Beschäftigten keinen Anlaß, anders zu verfahren; und wenn dann über Druck und Willkühr geklagt wurde, so hieß es, daß die Souverainetät das so mit sich bringe.

Kurz, das vielgepriesene System der angeblichen Selbstverwaltung zeigte sich hier, in der ganzen Fülle seines Wesens, recht eigentlich als ein fressender Schade, dem ein Ende gemacht werden mußte, wenn Land und Volk nicht an dieser polnischen Wirthschaft zu Grunde gehen sollte.

Der Kurfürst hat zum Gedächtniß der Souverainetät eine Denkmünze prägen lassen mit der Unterschrift: pro deo et populo. Er war sich dessen bewußt, daß er ein großes populäres Interesse vertrete, wenn er diesem Unwesen entgegentrat und die Zügel der Herrschaft fester anzog. Diese Verfassung mit ihrer überwuchernden Libertät war nur zu Gunsten der herrschenden Classe; der Herren Stände eigene Interessen waren es, die von ihnen mit den Freiheiten und Rechten des Landes gemeint und ständisch vertreten wurden; für die untere Masse war in ihnen keinerlei Schutz, für diese gab es keine andere Hoffnung, als daß der Landesherr die Macht gewann und den Willen hatte, sie zu vertreten; es war gleichsam die tribunicische Gewalt das lebendige Moment des neuen souverainen Fürstenthums.

Wenn es in jener Umschrift auch pro deo hieß, so hat dieser Ausdruck etwas mehr und Bestimmteres zu bedeuten, als er zunächst zu besagen scheint. Denn wahrlich, nicht zu Gottes Ehre und im evangelischen Geist war der

Zustand der Kirche im Lande. So leidenschaftlich wie nur irgendwo war hier der orthodoxe Eifer der lutherischen Theologen, nicht gegen die römische Kirche, der nach den Landesrechten jede Freiheit zustand und sicher gestellt war, desto mehr gegen das reformirte Bekenntniß, „das Teufelswerk", wie es die Pastoren auf der Kanzel nannten. Daß der Kurfürst und sein Haus demselben angehörten, gab dem Eifer nur um so größere Schärfe, um so mehr Erfolg; die Predigten waren voll politischer Demagogie, und das Lutherthum vertrat die Sache der ständischen Libertät, als wenn sie zu den Heilsmitteln gehöre. Eins der wirksamsten Agitationsmittel war, daß die neuen Verträge dem Kurfürsten die Befugniß gegeben hatten, in Königsberg eine reformirte Kirche zu bauen; die Bürger der Stadt erklärten, sie wollten eher untergehen, als das geschehen lassen.

Wenn der Kurfürst einige Theologen versöhnlicherer Richtung an die Universität Königsberg gebracht hatte, so war das Geschrei über Verletzung der Privilegien und über die Gefahr Zions unermeßlich; beim Beginn des schwedischen Krieges, den man als eine Strafe des Himmels dafür ansah, daß die Reinigkeit der christlichen Lehre nicht bewahrt sei, baten die Stände den Kurfürsten, den letzten von jenen, Dr. Dreyer, außerhalb Landes zu versorgen und seine Stelle mit einem orthodoxen lutherischen Geistlichen zu besetzen, „damit man mit seinem Gott gut eingerichtet sei". Wohl fand die mildere Ansicht Dreyers unter den jüngeren Geistlichen im Lande mehr und mehr Eingang; aber wie hätten sie gegen den lärmenden Eifer der Rechtgläubigen aufkommen können, wie er in Königsberg gepflegt und von Thorn, Elbing, Danzig her unterstützt wurde? Einstweilen wuchsen die Schulen, die die Jesuiten im Lande angelegt hatten, ungehindert weiter, namentlich die in Königsberg, die „vieler Leute Kind" an sich zog. [608])

Es gehört zur Charakteristik dieses verworrenen Zustandes, daß im westpreußischen Lande die römische Kirche in vollster Arbeit gegen die Evangelischen war, daß sie die strengen Gesetze gegen die Arianer auch gegen solche anwandte, die, obschon Lutheraner, des Arianismus verdächtigt werden konnten, daß beispielshalber in den zum Bisthum Pomesanien gehörigen Dörfern den Evangelischen Namens des Bischofs angekündigt wurde, entweder römisch zu werden oder wegzuziehen; „wir aber," heißt es in einem Brief aus Danzig 4. Oct. 1661, „werden die Staffel zur spanischen Inquisition legen zu lassen nicht verstatten; wir sehen klärlich, wohin es gemeint ist; die Landsassen und die kleinen Städte wird es

zuvörderst treffen; den großen wird Gott beistehen und seine Kirche wohl zu schützen wissen.“

Alle diesem geistlichen und weltlichen Partheitreiben gegenüber war die Aufgabe des Kurfürsten einfach und klar genug. Aber sie war darum nicht minder schwierig; sie war es um so mehr, als sich der Widerstand gegen ihn auf das formale Recht stützen zu können schien.

Allerdings war ihm von der Krone Polen die Souverainetät über das Herzogthum, die sie besaß, abgetreten worden; aber Preußen, sagte man ständischer Seits, sei nicht durch Waffengewalt an die Krone gekommen, sondern durch freien Entschluß kraft der Verträge von 1454 ein integrirender Theil der Republik geworden [609]); das Fundamentalgesetz des Herzogthums sei, daß das Herzogrecht und das Majestätsrecht (dominium utile und dominium supremum) nie in einer Hand sei; die Krone Polen habe über das Dominium supremum des Landes nichts verfügen können ohne Zustimmung der Stände, sie habe nicht das Recht, Land und Leute nach Belieben zu verschenken; die Souverainetät sei nichtig, so lange sie nicht durch den freien Willen der Stände genehmigt sei.

Es war in dieser Argumentation ein wesentlicher Umstand übersehen. Die Polen, die Lithauer hatten im Herbst 1655 die Sache ihres Königs aufgegeben, die Republik hatte sich in die Arme Schwedens geworfen; die Heere der Republik waren mit dem Schwedenkönige nach Preußen marschiert, den Kurfürsten und das Land zur Theilnahme an dem allgemeinen Abfall zu zwingen. Mit Gutheißung der Oberräthe, der Landräthe und der gerade anwesenden Deputirten von Adel und Städten hatte der Kurfürst in dem Königsberger Vertrage die geforderte schwedische Oberlehnsherrlichkeit statt der polnischen anerkannt; und der im Frühjahr 1656 versammelte Landtag hatte keineswegs beschlossen, diesen Vertrag zu cassiren, weil er ohne den förmlich berufenen Landtag geschlossen sei; noch weniger hatte die Krone Polen die alten Verpflichtungen von 1454 aufrecht zu erhalten oder wieder geltend zu machen vermocht. Die Rechtscontinuität, auf welche sich die Opposition berief, war so gründlich wie möglich durchrissen.

Wenn seitdem der Kurfürst mit Polen in Allianz getreten war, so hatten das nicht die Stände Preußens veranlaßt, etwa mit dem tapfern Entschluß, ihr Letztes daran zu geben, um die alte Verbindung mit der Republik herzustellen; vielmehr aus Motiven der allgemeinen Politik und nach dem Machtgewicht seines gesammten Staates hatte der Kurfürst die Verträge von Welan und Bromberg geschlossen, als Souverain in Preußen,

wie er es nach den Verträgen mit Schweden war, keineswegs auf Grund der alten Verhältnisse zu Polen, noch weniger zur Herstellung derselben. Nur Ein Verhältniß blieb fortan den Ständen des Herzogthums zum Königreich, das der Eventualhuldigung, da nach den Verträgen von 1657 das Land beim Aussterben des Kurhauses an die Krone Polen fallen sollte.

Es war nicht bloß politisch angemessen, sondern rechtlich begründet, wenn der Kurfürst seine Souverainetät in Kraft der Verträge mit Polen und der Garantie so vieler Mächte als eine abgemachte Sache hinstellte. Er war im Uebrigen Willens und nach dem Bromberger Vertrage verpflichtet, die Rechte und Freiheiten des Landes, soweit sie der Souverainetät nicht widersprächen, in Geltung zu lassen.

Wenn die „Querulirenden" forderten, daß ihre alten Rechte und Freiheiten bestätigt werden müßten, bevor sie die Souverainetät anerkennen könnten, so enthielt das zwiefach einen Widerspruch in sich. Konnte es denn als ungeschehen angesehen werden, daß 1655 die Krone Polen ihr supremum Dominium thatsächlich verloren und 1657 in der bindendsten Form Rechtens aufgegeben hatte? Konnte ein Votum von Landständen ein Verhältniß zu der Krone Polen herstellen, auf das diese vollständig und für immer, ja in dem Maße, verzichtet hatte, daß der Kurfürst schreiben konnte: „wenn sie den Huldigungseid nicht leisten wollen, ist der König von Polen schuldig, sie dazu anzuhalten."[610])

Mochten die Preußen es beklagen, daß der Krieg ein so feines und wohlclausulirtes Werk, wie ihre Verfassung und die Doppelstellung des Herzogthums gewesen war, in Trümmer geschlagen habe, es war eine publicistische Nullität zu sagen, daß es rechtlich noch bestehe; es hieß von dem Kurfürsten fordern, daß er es von Neuem entstehen lasse, und zwar durch einen Act freiwilligen Verzichtes auf das, was der einzige Lohn für große Anstrengungen und große Verdienste war, durch einen Act erneuter Unterwerfung unter die Krone Polen, nicht weil diese die Kraft hatte, ihn dazu zu zwingen, sondern obschon das Gegentheil der Fall war.

Wie aber, wenn trotzdem die Opposition dabei beharrte, daß der Bromberger Vertrag dem Recht nach nicht habe geschlossen werden können? wenn sie das Land überzeugte, daß nach der preußischen Verfassung weder die Krone Polen das Recht gehabt habe zu gewähren, was sie gewährt, noch der Kurfürst anzunehmen, was er angenommen hatte? Es lag ja auf der Hand, daß die Verfassung des Landes zwischen Majestätsrecht und Herzogrecht nicht unterschied, um die Gewalten theoretisch zu definiren,

sondern um sie praktisch auseinander zu halten; die Libertät hatte ein Ende, wenn beide in einer Hand vereinigt waren; sollte man sich in die Knechtschaft hineinargumentiren lassen? Mochten die Verträge zwischen Polen und dem Kurfürsten formell noch so bindend und ordnungsmäßig geschlossen sein, materiell verletzten sie dasjenige Recht, kraft dessen die Krone Polen die Majestät über Preußen, der Kurfürst das Herzogthum hatte; mochte mit Gewalt die Souverainetät durchgesetzt, mochte thatsächlich ein neuer Zustand erzwungen werden können, den Ständen war er, wenn sie nicht ihre Zustimmung dazu gaben, ohne rechtliche Basis, und dem Lande blieb sein Recht, so lange sie es nicht aufgaben.

Die Opposition versäumte es nicht, dies Moment ihres Widerstandes zur Geltung zu bringen; sie verstand es, andere und andere Fragen mit heranzuziehen, um die Gemüther zu verbittern und die Begriffe zu verwirren; sie veränderte mehr als einmal den Standpunkt oder doch die Richtung ihres Angriffs. Sie stellte zuerst den Steuerdruck, der auf dem Lande laste, die Gefahr, die der reinen Lehre drohe, voran; dann wurde ihre Losung die einbrechende Fremdherrschaft, „das märkische Joch"; und wer sah nicht, daß jedes Recht verloren sei ohne den Schutz eines Oberherrn gegen den Landesherrn? sie beharrte dabei, dem Landesherrn kein Recht versagen zu wollen, das ihm zustehe, aber wo er es überschreite, auch die Hülfe derer benutzen zu dürfen, die ihm feind seien. Sie kämpfte, man muß es bekennen, mit Geschick, Kühnheit, echt preußischer Hartnäckigkeit; selbst vor dem Aeußersten schreckte sie nicht zurück.

Der Kurfürst hatte ihr gegenüber einen doppelt harten Stand. Er konnte das Land nicht auf das Spiel setzen, wie die Opposition; er hätte das Spiel verloren gehabt, wenn er es mit gewaltiger Hand gewonnen hätte. Und hatte er während des Krieges entweder Polen oder Schweden auf seiner Seite gehabt, so standen jetzt beide zugleich wider ihn, bereit, mit seinem Schaden ihren Gewinn zu machen. Er war in Gefahr, über die Souverainetät, die ihm das Herzogthum doppelt sichern, ihn und seinen Staat dort doppelt stark machen sollte, das Land selbst zu verlieren.

So entspann sich ein Kampf höchst denkwürdiger Art, ein Kampf zwischen Libertät und Souverainetät, der unter so vielen ähnlichen jener Zeit vielleicht am schärfsten und reinsten eben diesen Gegensatz herausstellt. Dem Kurfürsten half nicht, wie dem dänischen Könige, der Bürger- und Bauernstand gegen einen verhaßten Adel, nicht, wie dem hergestellten Königthum in England, eine eifrige Aristokratie zur Niederhaltung der popularen Elemente,[611]) nicht wie dem Kaiser demnächst in Ungarn der

propagandistische Eifer einer mächtigen Hierarchie. Ihm waren die Pastoren der lutherischen Rechtgläubigkeit nicht minder feind als der katholische Klerus, die Jesuiten an der Spitze; es gab in Preußen keine brandenburgische Parthei; selbst die Regierung des Landes war weniger kurfürstlich als preußisch; und alle Stände waren einig gegen die Souverainetät.

Wenigstens die Hauptstadien dieses Kampfes müssen wir verfolgen.

Der allgemeine Landtag.

Zunächst nach dem Abschluß des Friedens trat die Frage über die schwere Steuerlast, die das Land zu tragen habe, in der Vordergrund.

Für den Unterhalt der Truppen waren monatlich 20,000 Thaler erforderlich, die durch die Accise und den Aufschlag aufgebracht werden mußten. „Es haben uns“, schreibt der Kurfürst den Oberräthen, „die Stände zu Anfang des Krieges die Anordnung der Mittel aufgetragen; daß bisher der Landtag zur Bewilligung einer Contribution nicht berufen werden können, wisset ihr gar wohl; es ist nicht unterlassen worden, um den Ständen ihre Privilegien zu nehmen, sondern weil es noch nicht möglich gewesen.“ Vorerst wurde denen, welche Einquartierung hatten, ein Erlaß in den Abgaben gewährt.

Das schien so gut wie nichts. Die Landräthe kamen zusammen, an den Kurfürsten eine Eingabe um Beseitigung des schweren Steuerdrucks zu richten; auch die drei Städte Königsberg sandten ein Memorial nach Berlin mit ähnlichen Bitten, da die Accise sie gänzlich zu Grunde richte; sie fügten hinzu, daß mit der Zurückhaltung des Pfundzolles, von dem ihnen ein Drittel zukomme, ihre Kämmerei in schweren Schaden gekommen sei, und baten um Ersatz dafür; sie sprachen ihr Bedauern aus, daß der Kurfürst ihnen seine Gnade entzogen habe; sie wie die Landräthe versicherten im Uebrigen ihre unterthänigste Devotion.

Der Kurfürst hatte den Fürsten Statthalter nach Berlin beschieden; er erfuhr von ihm, wie bedenklich die Stimmung in Preußen und wie nothwendig es sei, Uebergriffen zu begegnen, die, immerhin unter der Versicherung loyalster Unterthänigkeit, gemacht würden. Er verwies den Landräthen, daß sie sich als erster Stand des Landes unberufen versammelt hätten; er sprach gegen die Königsberger die Hoffnung aus, daß sie endlich

seine beständige gnädige Affection erkennen und ihre Versicherungen auch bethätigen würden, da sie bisher auch in hochgefährlichen Zeiten gesäumt hätten und unwillig gewesen seien, gleich andern Ständen ihm an die Hand zu gehen; der Pfundzoll sei in den letzten Jahren so gering gewesen, daß er für die Erhaltung der Garnison in Pillau bei Weitem nicht ausgereicht; doch solle ihnen ihr Theil wieder entrichtet werden, wenn, wie zu hoffen, die Commercien sich wieder höben. (7. Juni).

Man empfing diese Erklärungen mit großer Entrüstung. Die Landräthe beschwerten sich, daß ihnen ein Recht bestritten werde, welches sie seit funfzig Jahren geübt hätten; jenes Rescript müsse durch Jemanden veranlaßt sein, der Fürst und Volk gegen einander aufbringen wolle. Und die Königsberger kamen zu dem Beschluß, sich mit einer Klage an den polnischen Hof zu wenden; als ihnen die Oberräthe diese Sendung verboten, erklärten sie, sie würden, wenn es sein müsse, mit bewaffneter Hand ihre Händel dorthin bringen. Der Statthalter schickte Dragoner aus, ihren Beauftragten den Weg nach Warschau zu verlegen; aber einer der schlimmsten Wühler, der Jesuit Roth, kam glücklich hindurch. „Man beharrt drauf", schreibt Radzivill, „den Pöbel zu bewaffnen." Zu gleicher Zeit wurden jene Dinge wegen Elbings, die oben erwähnt sind, betrieben; was Königsberg dem polnischen Commissar Rei bot, war doppelt so viel, als der Kurfürst ihm versprochen hatte; daß Rei abreiste, ohne Elbing übergeben zu haben, war für die Königsberger „ein großes Volksfest."

Königsberg war der rechte Herd der Umtriebe; und die Magistrate der drei Städte hatten bei Weitem nicht die Kraft, der Bürgerschaft und ihren großen Freiheiten gegenüber ihre Autorität zur Geltung zu bringen; die drei Gemeinden, die einzelnen Zünfte, die drei Gerichte unter ihren Schöppenmeistern debattirten und politisirten trotz Bürgermeister und Rath. Der eigentliche Führer dieser städtischen Opposition war der Schöppenmeister Hieronymus Roth,[612]) der vom polnischen Hofe als der Edle von Rothenhof Roth geadelt war, während des Krieges einer der eifrigsten Anhänger des Schwedenkönigs, in dessen Hoflager zu Elbing und Marienburg er häufig gesehen worden war, jetzt ein ebenso eifriger Anhänger der Krone Polen, in seinem Vermögen heruntergekommen; „Bankerottirer" nennen ihn die Oberräthe; „er ist der standhafteste Mensch von der Welt und unverbesserlich", schreibt der Fürst Statthalter. Er selbst war lutherisch, sein Bruder jener Jesuit; mit ihm pflegte er zu berathen, und am polnischen Hofe gingen die wichtigsten Dinge durch die Hände der frommen Väter. Bald war neben dem Bruder auch der Sohn

in Warschau, im Dienst des polnischen Fürsten, der nach einem Jahrzehent König von Polen geworden ist.

Schon gewann auch die Bewegung unter dem Adel Preußens bestimmtere Gestalt; die von Kalkstein, Vater und Sohn, waren da die Führer. Der Sohn, Christian Ludwig, Obrist und Hauptmann von Oletzko[613]) hatte, nachdem ihm mehr als ein Fehltritt in und außer Dienst verziehen worden war, endlich wegen brutalen Mißbrauchs seiner Amtsgewalt die Hauptmannschaft verloren. Er ging nach Warschau, trat in polnischen Dienst; durch seine Hand gingen die Erbietungen der Querulirenden von Adel, der Schlieben, Buddenbrok, Packmohr, Landrath Nedern u. s. w.; „im Namen von mehr als zwanzig Edelleuten" stellte er den Antrag, nur ein paar Regimenter in das Herzogthum zu senden, dann werde sich der ganze Adel und die Bürgerschaft von Königsberg erheben; der Kurfürst rüste in Preußen, um Thorn zu überfallen und statt Elbings zu nehmen. Namentlich die Königin ging auf seine Ränke ein; was konnte ihr erwünschter sein, als diese Familie an der Hand zu haben, die unter dem Adel des Herzogthums den größten Einfluß hatte. Der Vater, Generallieutenant Albrecht von Kalkstein auf Knauten, war die Seele der Umtriebe, die sich weit und weiter über das Land verzweigten, ein Edelmann von dem eigenthümlichen Gemisch polnischer und deutscher Art, wie es in Preußen sich entwickelt hatte; zugleich herrisch und intrigant, zugleich höfisch und gleich mit Pistol und Degen zur Hand, bei allem Hochmuth bis zum Kriechen devot, bei allem Stolz habgierig, berechnend, frivol, ein adliger Demagog, wie Roth ein bürgerlicher war. Der Generallieutenant verstand es, so verdeckt zu spielen, daß er dem Kurfürsten für einen der Bestgesinnten im Lande galt; er war unter denen, die zum nächsten Landtag in einem besondern Schreiben um ihre oft erprobten guten Dienste ersucht wurden; und er betheuerte, daß ihm nichts mehr am Herzen liege, als solcher Gnade sich würdig zu zeigen, während er schon mit Warschau im Verständniß war und die Unzufriedenen um sich sammelte.

Anlaß zu Klagen war in der That vorhanden. Der Friede war seit Monaten geschlossen, und noch immer wurde nicht Anstalt gemacht, die unbewilligte außerordentliche Besteuerung auf verfassungsmäßige Weise zu ordnen. Freilich war dazu die Berufung eines Landtags nothwendig; wie oft war gesagt worden, der Kurfürst werde selbst nach Preußen kommen, ihn zu halten; statt nach Preußen war er an den Rhein gegangen. Es schien, als ob man den allgemeinen Landtag nur immer weiter hinaus=

schieben, ihn vielleicht nie wieder berufen wolle. Mit jedem Tage wurde dieser provisorische Zustand unerträglicher, die Aufregung allgemeiner.

Selbst eine energische Regierung hätte Mühe gehabt, das Land hinzuhalten. So thätig und entschlossen der Fürst Statthalter war, er konnte wenig oder nichts thun ohne den guten Willen der Oberräthe, durch deren Hände alle Geschäfte gingen; und je stärker die Bewegung wurde, desto loser hielten sie die Zügel. Allerdings, schrieben sie im Herbst, sei die Noth groß, dem Adel und den Bürgern werde durch Execution das Dach vom Hause genommen, „so vorher unerhört und fast unglaublich." Und im December in nicht minder ungeheuerlichem Styl: viele müßten, was ihre Väter seit hundert Jahren besessen, jetzt aus großer Noth verlassen, „deren ein Theil ihr armseliges Leben mit unnatürlicher Speise kümmerlich hinhalte, ein Theil auch zu so unmenschlicher Grausamkeit gerathe, daß sie ihre eigenen Kinder geschlachtet und, ihren unnatürlichen Hunger zu stillen, selbst gegessen." Aber, fügen sie nicht minder phrasenhaft hinzu, die Souverainetät betreffend, könnten sie mit voller Wahrheit versichern, daß sie Niemanden wüßten, der nicht davon durchaus befriedigt sei; sollten aber „solche Mißgeburten", die nicht einsehen, wie heilvoll sie sei, im Lande gefunden werden, so möge doch der Kurfürst nicht so viele Hunderttausend getreue Unterthanen deren Schuld entgelten lassen.[614])

Der Kurfürst wußte sehr wohl, wie es damit stand, wie arge Dinge von den getreuen Unterthanen nicht blos im Lande selbst, sondern auch am polnischen Hofe über ihn gesprochen wurden; es thue ihm leid, antwortete er den Oberräthen, daß sie, die davon hinreichend Wissenschaft hätten, solche Leute nicht zur Verantwortung gezogen, sondern durch ihre Gelindigkeit solches Unwesen förmlich autorisirt hätten. (26. Januar.)

Der Beweis folgte gleich darauf. Mehrere von Adel beschlossen, eine Zusammenkunft in Königsberg zu halten, um mit den Königsbergern gemeinsame Sendung an die Krone Polen und die Forderung eines Landtags zu verabreden. Mehr als 200 Edelleute kamen; keine Frage, daß die Regierung die Pflicht und das Recht hatte, solche Versammlung Unbefugter zu verbieten und zu strafen. Die Oberräthe zogen es vor, schleunigst die Landräthe zu berufen, damit diese, als erster Stand, den Adel von den Städten abzögen. Daß es ihnen gelang, beseitigte für diesmal die Gefahr.

Aber wenige Tage später überreichten die drei Städte Königsberg dieselbe Schrift, die gemeinsam hatte ausgefertigt werden sollen (26. Februar); sie fügten die Erklärung hinzu: die Accise müsse abgeschafft

werden; „sonst bleibe ihnen nichts übrig, als sich dem Tode zu ergeben“; im Uebrigen wiederholten sie die Versicherung ihrer vollkommensten Treue, mit der sie beim Hause Brandenburg „bis ans Ende der Welt“ zu verharren gedächten. Die Oberräthe verweigerten die Annahme der Schrift, verboten die Sendung nach Warschau bei Strafe des Hochverraths.

Noch ehe die Nachricht von diesen Vorgängen nach Cleve kam, hatte der Kurfürst den Entschluß gefaßt, den Landtag zum Juni zu berufen. Ihn bestimmte dazu nicht bloß die Lage der Dinge in Preußen, sondern, und mehr noch, die Rücksicht auf die drohenden Ereignisse in Polen. Es war kein Zweifel, daß auf dem bevorstehenden Reichstage die Königswahl zum Antrag kommen werde; erreichte die Königin ihren Zweck, so war die Macht Frankreichs an der Weichsel gegründet, und, mit Schweden im Bunde, von unermeßlicher Gefahr für Deutschland. Es lag Alles daran, diesen Plan zu kreuzen; die Armee, viele Magnaten, Fürst Lubomirsky an ihrer Spitze, waren gegen denselben; sie trugen dem Kurfürsten die Wahl an; es werde genügen, wenn er ein- oder zweimal im Jahre zur Messe gehe. So dringend schien die Gefahr, daß er den Antrag nicht völlig zurückweisen zu müssen glaubte.

Für den doch möglichen Fall, daß die Intrigue der Königin durchdrang, mußte zur Verständigung mit Preußen die Thür geöffnet werden; er hoffte, bis zum Juni selbst in Königsberg sein zu können: „man wird bei unserer Anwesenheit eher zum Schluß kommen und sich Eines und des Andern vergleichen können.“ Er beauftragte die Regierung (3. März), seine Absicht den Ständen mitzutheilen und sie zu versichern: „daß er sich dabei so gnädig und landesväterlich erweisen werde, daß alle diejenigen zu Schanden werden sollten, welche ihm seiner Unterthanen bisherige Treue abwendig zu machen versucht und unverschämter Weise vorgegeben hätten, als wenn er durch die erlangte Souverainetät sie zu unterdrücken und um ihre Privilegien und Vortheile zu bringen gemeint sei; der Ausgang werde es geben.“

Theils die Fülle dringender Geschäfte, die in Cleve noch zu erledigen waren, theils die Rüstungen der Schweden im Bremischen, die, wie man erfuhr, gegen Minden und Cleve gerichtet waren,[615]) veranlaßten den Kurfürsten, am Rhein zu bleiben. Er sandte Schwerin nach Preußen voraus, um mit dem Statthalter und den Oberräthen gemeinschaftlich als kurfürstliche Commission den Landtag zu eröffnen. Die Instruction, die für diesen Zweck Schwerin mit sich nahm, beauftragte die Commissarien,

diejenigen Punkte an den alten Privilegien, welche nicht mit der Souverainetät vereinbar seien, abzustellen.

Schwerin erhielt noch zwei weitere Aufträge. Der eine bezog sich auf „das bewußte geheime Werk". Es wurde ihm anheimgestellt, ob er selbst nach Warschau zu gehen für nöthig halte; von einer Annahme der polnischen Krone könne nur die Rede sein, wenn die Bedingung in Betreff der Religion aufgegeben werde; „denn nimmer begehre ich das Zeitliche für das Ewige"; eine solche Wahl sei den Polen zu so großem Nutzen, daß sie dafür jene Bedingung in ihrem Interesse aufgeben könnten.[616])

Der zweite Auftrag war in wiederholten mündlichen Besprechungen des Kurfürsten mit Schwerin festgestellt worden. Daß die landesherrlichen Güter und Einkünfte in Preußen höchst elend verwaltet wurden, war nur zu klar; die Verwaltung selbst verschlang so gut wie alle Erträge; und es galt Vielen dafür, daß das so sein müsse; denn, so hatte einst einer von den Vornehmen des Landes zum Kurfürsten gesagt, wenn man ihm seine reichen Erträge aus dem Lande zukommen lasse, so werde er nach ihnen nichts mehr fragen, darum müsse man es nie dazu kommen lassen.[617]) Wenigstens bei den Oberräthen schien diese Ansicht nicht mehr zu sein. Der Landhofmeister hatte sich erboten, Wege anzugeben, wie wenigstens 100,000 Thaler jährlich gewonnen werden könnten. Noch wichtiger als die finanzielle Rücksicht — der Kurfürst forderte zunächst nur 24,000 Thaler Ueberschuß[618]) — durfte eine andere erscheinen. In diese wüste Wirthschaft eingreifen, Rechnung fordern und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, hieß dem Unwesen, das für hochpatriotische Vertheidigung der Landesrechte gelten wollte, die Maske abreißen; es hieß diejenigen, die freilich nach althergebrachtem Mißbrauch verwaltet und geamtet hatten, als gäbe es keine Aufsicht und Rechenschaft, wenn der Landesherr hinweg sei, fühlen lassen, daß ihnen das Schwert über dem Nacken hänge. Des Kurfürsten Wille war nicht, daß sofort die ganze Strenge seines Rechtes geltend gemacht werde; das Beispiel der Reductionen in Schweden zeigte ihm die Gefahr eines solchen Verfahrens; sein letztes Wort an Schwerin war gewesen: allen Fleiß darauf zu richten, daß „die anderen Stände sich von Königsberg trennten".[619]) Mit zu rücksichtslosem Einschreiten hätte er den Adel zu den wildesten Entschlüssen, zur Einigung mit den Städten getrieben. Es genügte vorerst, fürchten zu lassen; es wurde der Regierung aufgegeben, die Rechnungen über die Erträge und Ausgaben des letzten Jahres und über die vor dem Kriege, Nachweise über die versetzten Domänen, über den Unterhalt der Garnisonen und der Miliz einzureichen;

Schwerin erhielt den Auftrag, diese Arbeiten zu veranlassen und zu betreiben, und im Weiteren nach den Umständen zu verfahren.

Schon in Berlin traf ihn die Nachricht von der Aufregung, die diese Befehle in Preußen hervorgebracht. „Die Cassirer der Landschaft," schrieb ihm Radziwill, „die zur Prüfung des von den Oberräthen entworfenen Berichtes berufen sind, haben diesen mit bitteren Thränen vorgeworfen, daß sie feindselig gegen ihr Vaterland handelten und auf die Freiheit verzichteten; sie würden eher sterben als zugeben, daß solch ein Bericht eingesandt werde". Wenig später erfuhr er, daß ein Vertrauter der Königin in Königsberg gewesen sei, die Stimmung zu erforschen, daß er nach Warschau gemeldet habe, wie erbittert Alle gegen den Kurfürsten seien; mehr als zwanzig Edelleute habe er in seinem Bericht mit Namen angeführt, die entschlossen seien, das Aeußerste für die Libertät zu wagen, da sie jetzt ein mehr als türkisches Joch trügen; wenn die bäurischen Kosacken sich hätten befreien können, so würde es ja wohl auch preußischen Edelleuten glücken, zumal wenn ihre polnischen Brüder ihnen Beistand leisteten.

Mitte Mai war Schwerin in Preußen. Die nächste Schwierigkeit, die er fürchten mußte, die, daß die Oberräthe ihn als Nicht-Preußen von den Geschäften der Regierung und Verwaltung des Landes zurückwiesen, erledigte sich ohne Weiteres, entweder, weil sie Anstand nahmen, dem ersten Minister ihres Landesherrn sich entgegenzustellen, oder in Rücksicht darauf, daß Schwerin im Herzogthum begütert und mit dem Obermarschall, dem Hauptmann von Rastenburg, den bedeutendsten Familien des Landes verschwägert war.[620])

Das Ausschreiben zum Landtag war bereits ergangen. Es hatte wenigstens so viel bewirkt, daß die Räthe von Königsberg den Beschluß durchsetzten, die Sendung nach Warschau aufzuschieben.[621]) Am 31. Mai wurden die Propositionen verlesen; sie versicherten des Kurfürsten Gnade und besten Willen, den Beschwerden des Landes abzuhelfen, aber die Rüstungen aller Orten und der währende Krieg an der nahen Grenze mache nöthig, in Verfassung zu bleiben; die Stände möchten wegen des zum Unterhalt der Truppen Nöthigen einen solchen Beschluß fassen, daß jeder künftig zu Hause bleiben und seiner Wirthschaft warten könne.

Die Stände begannen zu berathen. Daß Schwerin täglich ihrer mehrere auch von den Städten bei sich zu Tisch hatte und ihnen die Lage der Dinge und die Gefahren des Widerstandes darlegte, blieb nicht ohne Wirkung; die kleinen Städte trennten sich von den Königsbergern; die Landräthe und die vom Herrenstand riethen dringend, daß man die gebotene

Hand ergreife, die Sachen zu ordnen. Die Oberräthe bemühten sich, bestens die Souverainetät zu empfehlen, die ja mit den Freiheiten des Landes völlig verträglich sei. Schwerin hatte es nothwendig gehalten, ihnen nicht die Instruction mitzutheilen, die freilich Anderes enthielt; auch mit der Untersuchung hielt er noch zurück; Alles lag daran, nur erst die Gemüther zu beruhigen; er war unermüdlich aufzuklären, zu begütigen, zu gewinnen.

Auch General Kalkstein und dessen Sohn, der aus Warschau gekommen, wurden zu Tafel geladen; der General erbot sich, wenn seinem Sohn die Hauptmannschaft wiedergegeben werde, sein Bestes zu thun; er bat, daß das scharfe Duellmandat aufgehoben werde, sonst könne er im Lande nicht bleiben. Schwerin war durch Hoverbeck unterrichtet, was Obrist Kalkstein in Warschau unterhandelt habe, wie weit da bereits die Dinge seien; das einzige Mittel, großem Schaden vorzubeugen, schien ihm die Rückgabe der Hauptmannschaft; in diesem Sinn schrieb er nach Cleve. Einstweilen begann der General als Deputirter der Ritterschaft sein Spiel. Er empfahl in den Besprechungen des Adels die Sendung nach Warschau, erbot sich 10,000 Thaler dazu vorzustrecken; er setzte es durch, daß die Deputirten von Königsberg wegen der Güter der Stadt im Amt Brandenburg zu den Berathungen des Adels dieses Amtes eingeladen wurden, wider alles Herkommen. „Es klagen viele, daß er sich so große Autorität anmaßt und, was sonst unerhört, die Deputirten aus dem Amt Brandenburg sind in ihrer Vollmacht befehligt, nichts ohne ihn zu thun.“

Mitte Juni überreichten die Stände eine Schrift, in der sie nach einem Glückwunsch zum glücklich beendeten Kriege die Erklärung folgen ließen: es sei die Fundamentalverfassung des Landes, an die auch die allerhöchsten Potentaten gebunden seien, durch den Abschluß des Wehlauer Vertrages verletzt, indem die Stände hätten hinzugezogen werden müssen; durch diesen neuen Pact seien alle Privilegien in Religions- und Profansachen in Gefahr und Zweifel gestellt. Sie führten aus: daß die Souverainetät für S. Kf. D. schädlich sei, daß sie bei dem geringen Umfang des Landes nicht bestehen könne, daß den Ständen noch nicht Gewißheit darüber zugekommen sei, was der Krone Willen sei, daß sie deshalb nöthig erachteten, ihrer Seits an den Reichstag zu senden.

Schwerin war nicht wenig betreten; er hätte wenigstens von den Landräthen erwartet, daß sie sich bei einer so schlimmen Schrift nicht betheiligen würden. Freilich sei sie schlimm, gestand ihm Landrath Tettau, Hauptmann zu Barten, und er möge sie so gut möglich entschuldigen, aber

um sich bei den Uebrigen und der Posterität zu verantworten, müßten sie etwas thun; die Landräthe wären so schon bei den übrigen Ständen in Verdacht und müßten sich in Acht nehmen.

Auch die Königsberger Pastoren fühlten sich gemüßigt, eine Schrift einzureichen zur Rettung der Privilegien. Schwerin forderte die Oberräthe auf, denselben einen Verweis zu ertheilen; die Herren wollten nicht recht daran; es blieb ihm nichts übrig, als die Geistlichen selbst vorzuladen; er verwies ihnen ihr Thun: es sei nicht ihres Amtes, über die Rechte des Landes zu wachen. Natürlich protestirten sie gegen solche Eingriffe in ihr Amt und ihr Gewissen. „Bei ihnen," schreibt Schwerin dem Kurfürsten, „ist alle Mühe vergeblich; sie halten meine Frau für reformirt, weil sie ihnen nicht in Allem recht geben will." [622])

Den Schürern der Bewegung wurde es nicht schwer, die Aufregung zu steigern. Immer neue Gerüchte wurden erfunden und geglaubt. Der Graf Waldeck, hieß es, sei wieder an des Kurfürsten Hof und in größerer Gnade wie je, und der werde demnächst nach Preußen gesandt werden, wo die Kinder auf den Straßen wüßten, wie er des Landes Untergang gesucht und das Geld aus dem Lande geschickt habe.[623]) Dann wieder wurde erzählt: was der Kurfürst mit seinem absoluten Regieren meine, das zeige Brandenburg, da müßten die Stände auf einen Glockenschlag kommen und die Steuern bringen, und ein armer Schneider zahle da monatlich 8 Thaler; da sei auch nicht mehr ein Schatten von Freiheit. Der Landrath von Schlieben berichtete in der Versammlung von einem Kaufmann, den der Landhofmeister mit Zahlungen auf den August vertröstet habe, wo er Contribution ausschreiben werde. Darauf erhob sich General Kalkstein: dazu dürfe man nicht schweigen, alle seien sie Brüder, man müsse gleich zu den Oberräthen, sie zur Rede zu setzen. Aber eine Nachfrage bei dem Kaufmann ergab, daß er seit zwei Jahren den Landhofmeister nicht gesehen habe, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sei. Dann wieder rief Kalkstein: es seien Bestechliche und Bestochene unter den Landräthen, die aus der Schule schwatzten, man müsse „einen pragischen Proceß" mit ihnen machen. Als Schwerin das den Oberräthen mittheilte und sie aufforderte, dem Unfug zu steuern, hielten sie für besser, es zu ignoriren, „um nicht aus schlimm ärger zu machen". Schwerin gab dießmal nicht nach; vorgefordert entschuldigte sich Schlieben damit, daß er ohne Nachdenken gesprochen, und der General, er habe nur einen Scherz gemacht.

Indeß trieben die Parteiführer mit einer gewissen Hast weiter; es lag ihnen Alles daran, mit Warschau, so lange dort noch der Reichstag

versammelt war, in officielle Beziehung zu treten; sie kannten die üble Stimmung, die unter den Landboten und im Senat gegen Brandenburg wegen Elbing und Braunsberg, wegen Lauenburg und Bütow, wegen der Danziger Post u. s. w. herrschte; sie wußten, daß Hoverbeck nur mit der äußersten Anstrengung dem Groll der Königin und den Schlingen der französischen Wahlintrigue auswich. Sie durften hoffen, entweder mit dem irgend wie herbeigeführten Bruch in Königsberg den offnen Beistand der Republik zu erhalten, oder mit der Furcht davor die Regierung zu immer weiteren Zugeständnissen zu zwingen.

Am 12. Juli überreichten die Stände ein neues Schriftstück, über das sie lange heftig gestritten, gegen dessen Vollziehung Schwerin auf das Eindringlichste gewarnt hatte; sie forderten Abdankung aller Truppen, Demolirung der neuen Befestigungen, Herstellung der Landesvertheidigung auf den alten Stand und unter einem Landobersten, noch andere Dinge unglaublichster Art, „Freiheiten," schreibt Radzivill, „wie sie bei keinem Volk der Christenheit zu finden", ja selbst, daß beim Eintritt einer minderjährigen Regierung Polen die Vormundschaft führe, polnische Commissare, wenn Streit zwischen dem Landesherrn und den Ständen entstehe, an der Entscheidung Theil nähmen; wenn der Kurfürst das Alles gewährt habe, seien sie bereit, ihm mit einer guten Summe Geldes unter die Arme zu greifen; aber die Accise und der Aufschlag sei nur für gewisse Zeit gewilligt, sie würden beide nicht weiter zahlen und zahlen lassen. Die besonderen Gravamina jedes einzelnen Standes sollten nachfolgen.

Noch in einem Rescript vom 6. Juli hatte der Kurfürst ausdrücklich gesagt, daß er den Ständen jede mit der Souverainetät nicht streitende Satisfaction geben, daß er ausdrückliche Reverse darüber ausstellen, auch sich verpflichten wolle, von der Krone Polen Reverse der Religion halber beizubringen für den Fall, wenn das Land an Polen komme. Aber entschieden lehnte er es ab, „mit den Ständen über die erhaltene Souverainetät" zu verhandeln, oder gar ihnen irgend eine directe Beziehung zu Polen zu gestatten. Die Rescripte des Kurfürsten, die jetzt Jena concipirte, ließen deutlich erkennen, daß man am Hofe zu Cleve im Gefühl des bei den clevischen Ständen erreichten Ergebnisses durchaus nicht gemeint war, in irgend einem wesentlichen Punkt zu weichen, daß man dort die Dinge in Preußen für nicht so gefährlich ansah, wie sie in der Nähe erschienen. Und doch zeigte sich deutlich, daß selbst die Oberräthe wankten,[624]) daß den Gegnern der Muth wachse, daß sie sich des Rückhaltes in Polen versichert hielten; hatten sie doch erklärt: sie wüßten

nicht, ob die Krone das Diplom vom 22. August 1658 noch anerkenne. Es schien nothwendig, für alle Fälle eine neue Erklärung des Königs zu erhalten; Radzivill, der nach Warschau als Landbote für Lithauen gegangen war, übernahm es, dafür zu sorgen.

Es wäre völlig vergebliche Mühe gewesen, jetzt, wo die Bewegung im Steigen war, mit dem Landtag zu unterhandeln. Schwerin fuhr fort, persönliche Einwirkung auf Einzelne zu suchen, meist mit geringem Erfolg. Freilich fast jeder von den Landräthen beklagte, daß sie, um nicht allen Credit zu verlieren, dem Strome folgen müßten. Mehr als einer von der Ritterschaft gestand in der Stille, daß der Uebermuth des Bürgervolkes und der Trotz Rothe's unerträglich sei. Kalkstein nahm den Schein an, als werde er den Königsbergern zum Aerger sich für die Souverainetät erklären, „aber," schreibt Schwerin, „er ist wohl fähig Böses zu thun, aber nicht Gutes zu befördern"; in der That, zwei Tage darauf, schickte er den Oberräthen einen Zettel, sich zu entschuldigen: „es werde ihm Verdacht bei den Ständen geben", als wenn er seinen Einfluß im Interesse des Kurfürsten bewahren müsse.

Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel mehr, daß die Opposition ihren Angriff unmittelbar auf die Souverainetät zu richten entschlossen sei. Es kam darauf an, es nicht zu gemeinsamen Schritten des ganzen Landtags kommen zu lassen.

Einigen Eindruck machte das neue Diplom des polnischen Königs, das in bestimmterem Ausdruck als das von 1658 abgefaßt war. Schwerin überzeugte die Landräthe, Viele von Adel, daß sie auf dem Wege seien, sich und dem Lande schwere Gefahr zu bereiten; wenigstens so weit brachte er es, daß sich die beiden Oberstände von den Königsbergern trennten, daß sie erklärten, wenn nur die unbewilligte Accise aufgegeben werde, so sei der schlimmste Streitpunkt entfernt und sie wollten dafür einstehen, daß sie dann aufs Neue bewilligt werden solle: wenn zwei Stände einig seien, müsse der dritte folgen.

Schwerins Gedanke war — er entwickelt ihn in dem Bericht vom 4. August — diesen Punkt der Accise zu ergreifen, um da nachgebend zu einem einstweiligen Schluß zu kommen; er habe nichts zugesagt, aber des Kurfürsten Befehle einzuholen versprochen; diese Aussicht schon habe den Erfolg gehabt, daß die Königsberger, die eine große Versammlung zur Aufhebung der Accise angesetzt hätten, auf dringende Mahnung ihrer Magistrate, noch davon abgestanden seien. Es schien ihm nothwendig, durch eine Vertagung des Landtages die erhitzten Gemüther abzukühlen

und namentlich Zeit zu gewinnen für die Herkunft des Kurfürsten. „Es giebt keinen, der es mit Ew. Kf. D. wohl meint, der nicht heftig bittet und räth, daß Sie kommen. Denn jetzt stehen sie in den Gedanken, daß in den vorigen Pacten nichts geändert werden solle; sobald man beim Wiederbeginn des Landtages ihnen dies und das wird klar machen müssen, und Ew. Kf. D. sind nicht zur Stelle, so fürchte ich, daß sie von der Warschauer Schickung nicht mehr sprechen, aber sie, ehe man es gewahr wird, ausführen; die Instruction haben sie längst fertig gehabt, und die Wahl, die die Königin eifriger betreibt als früher, fordert Ew. Kf. D. Nähe."

Nichts konnte den Querulirenden ungelegner kommen, als eine Vertagung; Roth berief Versammlungen, um förmlichen Protest dagegen einzulegen; die Einwendungen der Magistrate wurden überschrieen. Jenes neue polnische Diplom, sagte Roth, bedeute nichts; der König von Polen habe gar nicht das Recht, sie „wie Aepfel und Birnen" wegzuschenken; er sprach von Zeitungen ganz anderer Art, die er aus Warschau habe. Die Menge glaubte ihm Alles; er beherrschte sie ganz. Auch sein Sohn war nun in Warschau; mit den Schweden in Riga stand er in geheimer Correspondenz; der Statthalter fand nothwendig, die Besatzung in Pillau und Memel zu verstärken. In Königsberg selbst schien Alles zum Aeußersten bereit.

Der Schöppenmeister war bereits in einer Lage, die ihm keine Wahl mehr ließ. Schwerin hatte ihn zu sich bescheiden lassen, um ihn zu überzeugen, daß er mit seinem Argwohn dem Kurfürsten Unrecht thue, daß er das Wohl der Stadt und des Landes so nicht fördere; der Kurfürst habe vor aller Welt den Ruhm, ein gütiger Herr zu sein, und wünsche das auch an Preußen zu bewähren. Darauf Roth: „an ihrem Rathhaus stehe geschrieben, es wäre kein Fürst so fromm, er trage doch einen Tyrannen in seiner Brust; der Kurfürst habe sie zu armen Leuten gemacht und nun wolle er sie auch zu Sclaven machen; er und seine Vorfahren hätten allein auf das Vaterland gesehen und sich um den Hof nicht gekümmert; sein Großvater wäre von Kurfürst Johann Sigismund zu Dienst berufen und wie er vors Schloß gefahren gekommen, und ihm daselbst angedeutet worden, daß der Kurfürst ihm 70 Hufen schenken wolle, habe er zum Kutscher gesagt: kehre wieder um, was will mir der Herr geben, der ja selbst nichts hat; die Städte Königsberg seien es gewesen, die das Land beim Hause Brandenburg gehalten, denn nur noch drei Edelleute wären auf ihrer Seite gewesen; und nun werde ihnen so gedankt." Als ihn Schwerin unterbrach, ihn auf das Verbrecherische seiner Reden aufmerksam zu

machen, fuhr er fort: „das wolle er dem Kurfürsten ins Gesicht sagen;" dann, als wenn er zu dem Fürsten selbst spräche: „hast du nicht genug daran, Kurfürst, daß du all unser Vermögen weg hast? willst du auch unsre Freiheit haben? kannst du dich an deiner Vorfahren Stand nicht begnügen und uns den unsern lassen? wir werden uns nicht verhandeln lassen; unsre Sache ist nur bis zum künftigen Reichstag ausgesetzt; da soll sich Alles wohl geben; aller ehrlichen Leute Meinung ist, daß der Kurfürst die Souverainetät nicht haben soll." Schwerin stand auf, den Frechen zur Thür hinauszuführen, der fortfuhr, „unverantwortliche und höchst strafbare Reden zu führen", bis er hinaus war.

Schwerin machte sogleich Anzeige an die Oberräthe, forderte sofortige Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens. Die Herren fanden besser, erst zu sehen, „ob der Mensch nicht einige Reue empfinde". Roth war weit davon entfernt; er rühmte sich zu Freunden und öffentlich, daß er so gesprochen. Die Bürgerschaft jubelte dem Hochherzigen, dem Freiheitsmann zu, beschloß tapfer jenen Protest gegen eine etwaige Vertagung. Die Magistrate selbst kamen auf das Schloß, ihre Bekümmerniß auszusprechen: es seien die Zünfte, die alle Schuld trügen; sie klagten heftig, wie diese ihnen zusetzten, ihnen allen Respect entzögen, sie schwer bedrohten. Mit Lärmen und Drohen suchten die Bürger auch die Herren Regenten in Furcht zu setzen: „vor etlichen Tagen," schreibt Schwerin 9. Aug., „sind sie über hundert Personen stark hier oben auf dem Schloß gewesen, und wer alsdann zum heftigsten über die Souverainetät schreien kann, der wird zum Himmel erhoben."

Aber auch Schwerin meinte, man komme mit Gelindigkeit weiter, als mit Härte; er bitte den Kurfürsten, „in seinem Gott Geduld zu haben".

Freilich einer von den Landräthen, Johann Casimir von Eulenburg, Hauptmann zu Brandenburg, hatte den Muth, jetzt vor den Oberräthen zu erklären, daß er den Kurfürsten als seinen Souverain anerkenne. Aber keiner der andern wagte seinem Beispiel zu folgen: sie und die andern Stände würden dem Kurfürsten die Souverainetät „gern gönnen", aber sie müßten zuvor ihrer Privilegien versichert sein.

Es zeigten sie einige Pestfälle in Königsberg; die Stände begannen sehr ungeduldig zu werden. Dringend forderte man von ihnen, wenigstens einstweilen die Accise bestehen zu lassen, damit die Truppen erhalten werden könnten. Ganz zuletzt bewilligten die oberen Stände die Forterhebung bis

zum Wiederzusammentreten des Landtags. Am 9. August wurde er vertagt, bis zum 16. September.

„Wie man es mit so vielen eigensinnigen Leuten, die bloß und allein auf ihre Worte bestehen, beginnen soll, dazu sehe ich keinen Rath mehr, und dürfte fast sagen, daß wenn am 16. Sept. keine sichre Nachricht von Ew. Kf. D. Herkunft hier ist, wir allerseits bereuen werden, den Landtag reassumirt zu haben. All ihr Reden ist, daß sie durch Aufsetzen alles des Ihrigen noch viel größere Privilegien verdient hätten, und nimmer erwarten wollten, daß man ihnen etwas änderte oder entzöge. Bei diesem Punkt werden Ew. Kf. D. und ich ganz allein stehen.“ So Schwerin.

Reassumtion des Landtags.

„Wenn die Souverainetät festgestellt ist, dann werden erst die rechten schweren Bedenken angehen,“ schreibt Schwerin am 4. August.

Dann erst mußte bestimmt werden, welche von den alten Rechten und Freiheiten des Landes mit der Souverainetät nicht vereinbar seien; es mußten die vielen tiefwurzelnden Beziehungen der preußischen Verfassung zur Republik Polen durchschnitten, die Competenzen der Aufsicht und des Rechtsschutzes, die bisher gleichsam excentrisch bei der Krone Polen gewesen, nach innen verlegt werden. War das geschehen, so blieb noch das Schwerste zu thun. In dieser polnischen Verbindung war die Verwaltung und Regierung des Landes so geworden, wie sie nun war, und eben darum, weil sie völlig lose, völlig ohne Zügel und Controlle war, machte sie die Libertät denen, die den Vortheil davon hatten und die sie ständisch repräsentirten, so werth und unentbehrlich. Diese Regierung und Verwaltung des Landes, wie sie sich aus den Regimentsnotel von 1542 und Herzog Albrechts Testament von 1567 „naturwüchsig“ genug weiterwuchernd geformt hatte, mußte reformirt, sie mußte im Interesse des Landes selbst und dem Staatszweck entsprechend aus der Zerstreuung gesammelt, aus der Willkühr zur Ordnung, aus den Händen des Privatinteresses in die Controlle und die Leitung der öffentlichen Macht hinübergenommen werden.

Die zahlreichen kurfürstlichen Rescripte an Schwerin, an die Oberräthe — sie sind immer von Jena concipirt — lassen nicht den geringsten Zweifel darüber, wie Friedrich Wilhelm seine Aufgabe faßte; er wiederholt, „daß er den starken Vorsatz habe, eines guten und löblichen Regenten

und Fürsten Amt nach allem Vermögen zu erfüllen und dawider mit Willen auch nicht das Geringste geschehen zu lassen"; er bleibt „beständiglich" dabei, den Ständen „in allen billigen Desiderien vollkommene Satisfaction zu geben"; es sei nie seine Meinung gewesen, sie in ihren redlichen und wohlhergebrachten Privilegien zu schwächen. Aber er fordert von ihnen, nicht zu vergessen, daß sie „seine geschwornen Unterthanen seien und ihn in seinen legitimen fürstlichen Rechten ungekränkt und unangefochten lassen", daß sie nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten haben, daß sie nicht sich einbilden, allein des Landes Interesse zu vertreten, daß vielmehr die allgemeinen Interessen des Landes in der Obhut des Landesherrn stehen und endlich einmal zur Geltung kommen sollen. Er wünscht, daß die Stände sich in Güte und durch Gründe der Vernunft bestimmen lassen, mit ihm Hand in Hand für die Wohlfahrt des Landes zu sorgen er warnt vor den Gefahren, die ihr Widerstand über Land und Volk und über sie selbst bringen wird. In dem vollen Gefühl, in seinem Recht und auf dem rechten Wege zu sein, ist er ohne Ungeduld, ohne Bitterkeit, ohne Lust zu Gewalt, aber fest in seinem Willen, eifrig gegen die „Aufwiegler", entschlossen, gegen sie der strafenden Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen.[625])

Die Vertagung des Landtags hatte er nicht ohne Weiteres gutgeheißen; er besorgte, daß „die Widerwärtigen die Zeit benutzen würden, die Leute noch mehr wirr und widrig zu machen, daß die Conjuncturen der allgemeinen Politik sich verschlimmern möchten".

In der That wurde das Verhalten des Warschauer Hofes immer zweideutiger und verworrner. Daß der Reichstag beschlossen hatte, noch nicht den künftigen König zu wählen, erbitterte die Königin und ihre Parthei nur noch mehr gegen den Kurfürsten, dessen Gesandter in jenem Sinn gewirkt hatte. Schon verhandelten Schweden und Frankreich um ein Bündniß, die von ihr gewünschte Wahl durchzusetzen, um dann die drei Kronen zu einer dauernden Allianz zu vereinigen, die für niemanden bedrohlicher war, als für den Kurfürsten. Für ihn war es ein Glück, daß Polen selbst jetzt mehr wie je von Partheien zerrissen war. Schon hatte sich das Heer, das gegen die Moscowiter im Felde lag, gegen die Wahl erklärt; dies und daß der Sold nicht gezahlt wurde, trieb erst einzelne Schaaren in der polnischen, dann auch in der lithauischen Armee dazu, sich zu conföderiren, d. h. sich des Gehorsams gegen den König loszusagen, und statt der königlichen Generale Führer aus ihrer Mitte zu wählen; reißend schnell wuchs die Masse des conföderirten Volkes, zog in einzelnen Haufen im Land

umher, Quartier und Brot zu suchen, heerte und brandschatzte wie in Feindes Land; dem Feinde gegenüber blieben kaum so viele, um die Grenzen zu decken. Damit war bis auf Weiteres die Kraft Polens gelähmt.

Um so lebhafter wünschte der Kurfürst mit den preußischen Dingen zum Abschluß zu kommen, bevor das Wetter in Polen umsetzte. Die erste Bedingung dazu war, daß die Stände aufhörten, die Souverainetät in Frage zu stellen. Schwerin verwandte die Pause, die eingetreten war, dazu, mit Besuchen da und dort für sie zu werben und die Aemter zu besseren Instructionen für die bevorstehende Versammlung zu bewegen. Das „heftige Sterben im Land" — in Königsberg allein raffte die Pest in fünf Monaten 3580 Menschen hin[626]), — verfehlte nicht, auf die Stimmungen zu wirken. Daß Schwerin die Oberräthe bestimmte, den v. Fincke, Hauptmann von Lötzen, zur Untersuchung zu ziehen, daß dessen Schwager, der v. Tettau, Vogt von Fischhausen, sich offen für die Untersuchung so schweren Unrechts erklärte, machte außerordentlichen Eindruck. Dann wurde auch der Rittmeister von Schlieben auf Birkenfeld vorgeladen, „obschon er viele mächtige Patrone hat"; er hatte seinem frühern Adjudanten, der eine alte Zahlung von ihm forderte, die Ohren abschneiden lassen, und nur die dringende Bitte eines Geistlichen hatte weitere Verstümmelungen gehindert; dieser Schlieben hatte früher in des Kurfürsten Garde gestanden, war jetzt in polnischem Dienst; er war noch in Untersuchung, weil er kurfürstliche Rescripte anzunehmen sich geweigert hatte; er drohte, „am Warschauer Hofe zu klagen, wenn ihm hier im Lande nicht geholfen werde".

Die Mißvergnügten sahen wohl, daß Vorgänge wie diese ihnen nicht günstig waren, daß ohne den Druck der leidenschaftlichen Versammlung die Einzelnen ihnen aus der Hand gingen. Die Gemüther in Aufregung zu erhalten, verbreiteten sie die ungeheuerlichsten Gerüchte. General Kalksteins zweiter Sohn[627]) war durch die Mark und Pommern gekommen: es sei unerhört, wie die Unterthanen da bedrängt würden, er habe auf der Landstraße viele gesehen, die mit Weib und Kind auswanderten. Dann wieder hieß es: in Stendal habe der Kurfürst dem Burgemeister die Schlüssel der Stadt abgefordert, ihn weggejagt, einen Calvinisten an seine Stelle gesetzt; besser Unterrichtete wollten wissen, das sei in Prenzlau geschehen, durch Einquartierung sei die ganze Bürgerschaft weggeschafft und dann die Stadt mit lauter Reformirten besetzt. Darum, hieß es, werde die Miliz in Preußen nicht entlassen, weil man sie zu gleichen Executionen verwenden wolle.

In Warschau wurde von Neuem von der Gefahr, die Thorn bedrohe, gesprochen. Die Königin selbst mit großem Gefolge begab sich dorthin, als gelte es, diesen wichtigen Posten zu decken. Sie wollte dem Herzogthum näher sein; sie brannte darauf, dort einzuschreiten. War Polen nicht befugt, verpflichtet dazu, da die Verträge von 1657 in einem wesentlichen Punkte unausgeführt geblieben waren? Da hatte sich der Kurfürst verpflichtet, den Preußen alle Rechte und Freiheiten zu bestätigen, die der Souverainetät nicht Eintrag thäten; und bis jetzt war alles Andere, nur nicht diese Bestätigung erfolgt; war nicht jetzt das Land so gut wie rechtlos? war es nicht Polens Pflicht, dem Hülferuf des Herzogthums Folge zu geben? [628])

Aber der Reichstag war zu Ende, die drohende Haltung der Armee gab dem Senat Sorge vollauf; die Partheien und Intriguen am Hofe gingen so wüst wie je durcheinander. Fürst Lubomirsky erneute beim Kurfürsten seine Anträge wegen der polnischen Krone; am französischen Hofe glaubte man zu wissen, daß der Kurfürst seine Religion wechseln wolle, um sie zu gewinnen. Frankreich arbeitete in Warschau mit erneutem Eifer. Schweden schien nur das Zeichen zum Losbrechen zu erwarten.

Zum 16. September waren die Stände nach Brandenburg beschieden; auch dort war die Pest; es kamen wenige; man vertagte die Versammlung bis zum 12. October. Aber die Königsberger Deputirten, die gekommen waren, erklärten: die Accise sei nur bis zu diesem Tage bewilligt, sie sei nunmehr zu Ende; sie protestirten gegen die Contribution, die inzwischen von den kleinen Städten und den Bauern, auch ihren Bauern gefordert sei u. s. w., und im Uebrigen versicherten sie von Neuem ihre beständige Pflicht und Treue gegen S. Kf. D. und baten, des Pfundzolles nicht zu vergessen.

Ihr Protest gegen die Accise hatte vortreffliche Wirkung; fast überall in den Städten, wie auf den Mühlen und Brauereien der Gutsherren hörte sie auf; „woher indeß die Truppen erhalten werden sollen, weiß ich nicht," schreibt Schwerin (22. Sept.), „es ist so gut wie nichts mehr zu versetzen". Man mußte sich helfen, so gut es ging. Aus den Berichten der Hauptleute ergab sich, daß in den Aemtern und kleinen Städten doch das Bedenken erwachte, ob nicht S. Kf. D. endlich ungnädig werden möchte, ob man recht thue, für die Königsberger „die Fische zu fangen", ob mit dem Eifer gegen die Souverainetät viel gewonnen werde. Die Instructionen für die nächste Zusammenkunft versprachen erwünschter zu lauten, als man hätte erwarten können.

Am 18. October wurde der Landtag in Bartenstein eröffnet. Die Propositionen lauteten völlig milde und beruhigend, sie vermieden den Ausdruck Souverainetät; die schwere Pest fordere Beschleunigung der Verhandlung; dazu werde nichts mehr helfen, als wenn sich die Stände in Betreff des dominium directum erklärten, das polnischer Seits durch so viele Verträge und Reichstagsbeschlüsse festgestellt sei, daß sie ohne gefährliche Extremitäten nicht gelöst werden könnten. Um dem Land die schwere Steuerlast, die niemand aufrichtiger beklage als der Kurfürst, in etwas zu erleichtern, seien bereits 4 Compagnien zu Roß und 4 zu Fuß abgedankt; aber Jeder werde erkennen, wie nothwendig es sei, die Festungen und die Grenzpässe besetzt zu halten, zumal bei den „grausamen Empörungen in der Nähe und trüb aufsteigenden Wolken, die ein schweres Gewitter drohten", Gefahren, „die keinem Lande schwerer als demjenigen, welches in ihm selbst uneins und zwiespaltig und sonder Vertrauen und Rüstung sei". Man möge die Accise noch so lange gewähren, bis andere Mittel, die noch übrigen Truppen zu erhalten, gefunden seien. Der Kurfürst habe sich oft genug erklärt, daß er nichts anderes als heilsames Vertrauen, Erhaltung der Freiheiten und Rechte der Stände, Abstellung der Beschwerden wünsche; er hoffe, daß die Stände auch an ihrem Ort es nicht an sich fehlen lassen und sich so, wie es sich gebühre, gegen ihn verhalten würden, als ihren Landesherrn, dem jetzt das dominium directum nicht als einem Fremden, sondern als ihrem eigenen Landesfürsten zuständig sei.

Der Eindruck, den die Propositionen machten, war ein recht günstiger; nicht minder ließ die Nachricht, daß der Kurfürst vom Rhein abgereist und wohl bereits in den Marken sei, Manchen nachdenklicher werden. Es kam ein Vorgang in der Versammlung selbst hinzu, der die Opposition völlig lockerte.

Der alte Landmarschall v. Flanß hatte sich unter allgemeiner Zustimmung der Deputirten des Adels die Obersten v. Eulenburg und v. Leschewang zu Substituten gewählt. General Kalkstein, der nicht zugegen gewesen, erfuhr Abends davon in einer Gesellschaft, begann heftig zu drohen, erklärte unter den stärksten Schimpfreden, er werde die Herren folgenden Tages zwingen, die Wahl zu cassiren; ihm, als dem Deputirten des Amtes Brandenburg, gebühre die Stelle. Andern Tages gab es in der Ritterstube eine völlig scandalöse Scene. Auf des Landmarschalls Befragen, ob der General so anzügliche Worte gesprochen, wie das Gerücht sage, erklärte er: „allerdings, und die Substituten müßten herunter, er werde seinen Säbel holen lassen und darunter fahren, daß die Fetzen

herumfliegen sollten, die Engel im Himmel sollten darüber lachen; es solle kein Adjunct sein, und wenn der ganze Landtag darüber in Stücken gehe." Er schimpfte den Landmarschall mit den gemeinsten Worten, er forderte ihn; er nannte Alle die gestimmt, Hundsfötter u. s. w.[629])

Schwerin und Radzivill forderten die Oberräthe auf, eine so schwere Verletzung des Landtags zu ahnden, zunächst dem General das weitere Erscheinen in der Versammlung zu verbieten. Die Herren Regenten hatten wenig Lust dazu, fanden das und jenes Bedenken. Aber unter den Deputirten selbst war die Erbitterung so groß wie möglich, und Schwerin that das Seine, sie zu einem Entschluß zu treiben. So reichten die Landboten vom Adel eine Klageschrift an den Kurfürsten ein, forderten, daß mit dem Generallieutenant, der nicht bloß das Duellmandat unter so erschwerenden Umständen verletzt, sondern den Adel des Landes und den ganzen Landtag auf so unerhörte Weise beschimpft habe, nach der ganzen Schärfe des Rechts verfahren werde. Nun wiesen die Oberräthe ihn vom Landtag und leiteten die Untersuchung ein. Daß jetzt plötzlich ein paar seiner Jäger verschwanden, nach Polen gingen, galt für eine Bestätigung des Gerüchtes, daß er mehr als 500 Stück Elennthiere habe wilddieben lassen; schon flüsterte man auch von jenem Schuß durchs Fenster, der seinen reichen Neffen habe treffen sollen und einen Trompeter, der zufällig an dessen Platz gesessen, getödtet habe; auch andere, schlimmere Dinge drohte die Untersuchung aufzudecken.[630])

Der alte Cavalier war wüthend, daß man ihm so sein Spiel störe. Nur im ersten Augenblick hatten seine guten Freunde unter den Landboten schweigen müssen; sie waren unter der Hand thätig, die Sache in Güte beizulegen; sie schrieben dem General: es seien nur wenige, die die harten Maßregeln betrieben hätten, die meisten seien der Meinung, daß er wieder kommen müsse, da man ihn auf dem Landtage gar nicht entbehren könne.[631]) Er selbst bat Schwerin um eine Zusammenkunft; sie wurde, da er nicht in Bartenstein erscheinen durfte, auf einem nahegelegenen Gut gehalten; da ergoß er sich über die Falschheit seiner Landsleute, er wolle nichts mehr mit ihnen zu thun haben, er werde sich in „den Marken ankaufen und seine Landsleute dem Teufel übergeben". Aber es blieb bei der Verweisung und der eingeleiteten Untersuchung.

„Es ist nun ein Anfang gemacht, Ernst zu zeigen," schreibt Schwerin dem Kurfürsten, „mein Gewissen verpflichtet mich, E. Kf. D. zu rathen, daß dem Werk ein Nachdruck gegeben werde, sonst ist es hier um allen Respect und Gehorsam gethan."

Der Schöppenmeister Roth gab ein Beispiel dafür. Die Untersuchung gegen ihn war immer noch nicht eingeleitet; jetzt war er als Deputirter für Königsberg zum Landtag gekommen. Vor der Eröffnung hatte Schwerin den Landräthen mitgetheilt, daß er nach bestimmten Weisungen des Kurfürsten die Einleitung der Untersuchung gegen Roth fordern müsse; es gehe durchaus nicht an, daß S. Kf. D. Bevollmächtigte bei Eröffnung des Landtages einen unter solcher Anklage stehenden Mann vor sich sähen. Die Herren Oberräthe fanden für gut, nicht so gar hart zu verfahren; sie besprachen sich mit den Landräthen, sie ließen nach deren Rath gegen die Abgeordneten von Königsberg den Wunsch äußern, daß Roth nicht bei der feierlichen Eröffnung erscheinen möge. Die Königsberger antworteten: sie hätten keine Befugniß, einen von ihren Mitdeputirten auszuschließen. Aber bei der Eröffnung erschien Roth nicht; er war verreist, er hatte im nahen Ermeland eine Besprechung mit seinem Bruder, dem Jesuiten. Zwei Tage darauf war er wieder in Bartenstein. Die Herren Oberräthe hielten für nothwendig, mit ihm Geduld zu haben, bis die Stände ihr Bedenken abgegeben, „dann wolle man suchen, ihn mit guter Manier wegzubringen, da man ihn in seiner Eigenschaft als Deputirter nicht wohl anfassen könne.“

Mochte Roth trotzen und pochen, jedermann wußte, daß ihm eine peinliche Anklage bevorstehe. Und die Zeit der Nachsicht schien vorüber zu sein. Der Prediger in Bartenstein wurde wegen der „ganz unverantwortlichen Landtagspredigt,“ die er gehalten, wegen des Kirchengebets für den König von Polen, das er sich erlaubt, auf Schwerins Drängen zur Untersuchung gezogen. Daß man selbst den General Kalkstein anzufassen gewagt hatte und weiter gegen ihn verfuhr, erschreckte die Mißvergnügten und verwirrte ihre Pläne.

Die Stimmung auf dem Landtag schien sich zu entnüchtern. Es war ein „vereinigtes Bedenken“ der drei Stände zur Anerkennung der Souverainetät in Arbeit. Auch die Magistrate und Gerichte von Königsberg waren für die Anerkennung; nur die Zünfte widersprachen. Nun stellte man den Königsberger Deputirten vor, daß sie doch unmöglich auf die besonderen Bedenken einzelner Zünfte achten, daß sie sich nur an die Weisung der städtischen Obrigkeit, von der ihr Mandat sei, halten könnten. Sie versprachen, das Ihrige zu thun; sie baten die Herren Landräthe, ein „bewegliches Schreiben“ an die Bürgerschaft von Königsberg zu schicken. Wie hätte das wirken sollen? mit Ungestüm, mit Drohungen forderte man da energische Beschlüsse, Proteste, Sprengung des Landtags.

Aber die Magistrate blieben fest; ja, sie riefen Roth vom Landtage zurück.

Damit hatte dessen Eigenschaft, welche die Oberräthe so gescheut hatten, ein Ende. Sofort forderte Schwerin, den Fiscal zur Eröffnung des Processes beim Criminalgericht anzuweisen. Aber die Herren vom Gericht, hieß es nun, seien der Pest wegen von Königsberg abwesend. Ehe die Sache einen Schritt weiter kam, war der Landtag in Mitten neuer Verwirrungen.

Die Berathungen über das gemeinsame Bedenken waren im besten Gang; aber, so erklärte eine Deputation der Stände, schließen könne man nicht eher, als bis die Accise aufgegeben sei. Schwerin hatte beim Kurfürsten dringend gebeten, daß sie auf vier Wochen aufgegeben werde, da sie doch nichts einbringe; ein solches Nachgeben werde jetzt, wo die Annahme der Souverainetät so gut wie fertig sei, um so günstiger wirken. Den Ständen gegenüber unterließ er nicht, die Unangemessenheit ihrer Forderung hervorzuheben: wenn man nicht davon abstehe, werde er zu seinem Bedauern endlich doch nach den Befehlen handeln müssen, die ihm der Kurfürst für den Fall weiteren Widerstandes gegeben habe. Aber er sagte zugleich dem Voigt von Fischhausen: der Kurfürst fordere die Accise nur, weil er kein anderes Mittel habe, die Truppen zu erhalten; damit sie jedoch sähen, daß er keineswegs der Absicht sei, ihre Privilegien zu verletzen, werde der Kurfürst gern bereit sein, die Accise aufzugeben, wenn man verspräche, sie noch vier Wochen zu zahlen und bis dahin andere Mittel zu schaffen (10. November).

Schwerin berührte den Punkt nicht, auf welchen Alles ankam; er ließ die Oberräthe, die Landräthe, die gesammten Stände in dem Glauben, daß die Rechte und Freiheiten des Landes im Wesentlichen so, wie sie waren, mit der Souverainetät vereinbar seien. Und die Stände eilten, eben diesen Punkt, der ihnen vor Allem am Herzen lag, in Sicherheit zu bringen.

Am 16. November überreichten sie ihr „vereinigtes Bedenken"; es enthielt allerdings die Anerkennung der Souverainetät von Seiten aller Stände, auch der drei Städte Königsberg, und zwar der Magistrate, der Gerichte in denselben, sowie der Schneider- und Riemerzunft im Löbenicht; sie verpflichteten sich zugleich, dem Kurfürsten mit einer stattlichen Summe unter die Arme zu greifen. Aber als Bedingung dieser Anerkennung forderten sie, daß der Kurfürst zuvor alle ihre Gravamina abstelle und daß er eine Assecuration ihrer Rechte und Freiheiten, die sie aus-

gefertigt vorlegten, „in allen ihren Clauseln und Punkten vollziehe und in vim capitulationis mit einem Eide bekräftige."

Denen, die zu dieser Wendung der Frage gerathen, schien es entgangen zu sein, wie sehr sie damit die Sachlage veränderten. Die Stände hatten eine starke Stellung, so lange sie sich der Souverainetät gegenüber einfach in der Negative verhielten und abwarteten, was ihnen der Kurfürst bieten würde, um das, was sie für ihr Recht hielten, aufzugeben; ihre Stärke war, daß sie die rechtliche Unmöglichkeit der Souverainetät festhielten. Diese völlig gedeckte Stellung gaben sie auf, indem sie jetzt von sich aus, ohne Rücksicht auf ihre Pflichten gegen die Krone Polen, die sie so oft vorgeschützt, Bedingungen stellten, unter denen sie sich ergeben zu können glaubten. Sie vernichteten ihre eigene rechtliche Basis, indem sie in Anspruch nahmen, sie einseitig aufheben zu können.[632])

Nicht minder bedenklich war die Form der Capitulation, die sie forderten, gleich als handle es sich darum, überhaupt erst einen Landesherrn zu bestellen. Das war ein unzweifelhafter Uebergriff der ständischen Competenz; denn man hatte einen „gehuldigten Herrn", dem nur gewisse Rechte mehr, als er gehabt, überwiesen worden waren, Rechte, die nicht die Stände besessen hatten, die sie nicht geben oder versagen, die sie höchstens als für sie nicht zu Recht bestehend bestreiten konnten, wenn ihnen praktische Folge gegeben werden wollte.

Endlich was die Stände in ihrer Assecuration forderten, war sehr weit entfernt, gemäßigt, im Interesse des Landes, ausführbar zu sein. Daß nicht das Geringste in der Regierung und Verwaltung des Landes geändert, daß Jeder in den Gütern, Lehen, Aemtern, Pfandschaften, die er inne habe, „unverbrüchlich in allen Punkten ohne Ausnahme" erhalten werde, daß die getreuen Stände zu keiner Zeit weder mit Werbungen noch Einquartierungen fremder oder kurfürstlicher Truppen beschwert werden dürften, daß die 1500 Mann, die nach dem Wehlauer Vertrag der Krone Polen zu stellen seien, von den kurfürstlichen Domainen geleistet würden, das und Aehnliches sollte der Kurfürst für sich und seine Nachkommen eidlich geloben, und zwar so, daß die Stände, wenn ihnen irgend ein Artikel dieser Capitulation nicht gehalten werde, ihres Unterthaneneides entbunden sein sollten; vor jedem Landtag, der ohne weitere Berufung in jedem zweiten Jahre zusammentreten werde, sollte die Verwaltung darauf untersucht werden, ob irgendwo ein Privilegium verletzt sei.

Dafür wollten die Stände die Souverainetät anerkennen, die so

formulirt ein leerer Name war; oder vielmehr die Souverainetät war bei den Ständen, wenn sie zu bestimmen hatten, ob die Assecuration gehalten, ob die Unterthanenpflicht zu leisten sei oder nicht.

Die Stände meinten ihre Sache vortrefflich bestellt zu haben; sie gingen nun daran, „wieder einen Haufen Gravamina“ aufzustellen. Die Herren Oberräthe — namentlich der Obermarschall war ein eifriger Vertreter der Privilegien — fanden zwar das Vornehmen der Stände ein wenig scharf, aber doch auch im Interesse einer wirklich unabhängigen Landesregierung; sie sandten das vereinigte Bedenken nach Berlin ohne irgend weitere Bemerkungen hinzuzufügen. Unter den Landräthen hatte sich doch einiger Widerspruch geregt; sie und mehrere von Adel äußerten den Wunsch, eine Deputation nach Berlin zu senden, um die etwa nöthigen Erläuterungen mündlich zu geben.

Nur die Königsberger Bürgerschaft versagte durchaus ihre Zustimmung zu dem Bedenken. Ihre klugen Führer erkannten sehr richtig, daß die noch so bedingte Anerkennung der Souverainetät die Rechtsfiction zerstöre, mit der man sie unmöglich machen konnte. Sie tadelten die Nachgiebigkeit der drei Magistrate auf das Heftigste, forderten, daß sie ihre Unterschrift zurücknehmen, ihr Votum widerrufen sollten. Sie behaupteten, wenn auch nur eine Zunft widerspreche, müsse das ganze Werk stecken bleiben — „ganz nach der polnischen Manier“, das förmliche liberum veto. Die „Freiheit der edlen Preußen“ war in den drei Städten oben auf; schon schwankten auch die drei Gerichte; auf dem Altar der großen Kirche fand man Aufrufe höchst bedenklicher Art.[633]) Und die Pastoren der drei Städte eiferten heftiger denn je, fuhren fort, das Kirchengebet für den König und die Republik Polen als höchste Obrigkeit zu sprechen.

In Berlin hatte einstweilen der Kurfürst untersuchen lassen, wie die Regierung und die alten Privilegien Preußens in Folge der Souverainetät geändert werden müßten. Er war nicht ganz mit Schwerins Auffassung der Lage einverstanden, der die Gefahr zu großer Nachgiebigkeit zu gering anzuschlagen schien. Dobrczensky hatte richtiger geurtheilt, wenn er (30. August) schrieb: „die Stände würden, was sie auf der einen Seite, in Betreff der Souverainetät, nachgäben, auf der andern Seite kraftlos und nichtig zu machen suchen, nämlich durch die Forderung einer Generalconfirmation ihrer Privilegien und besonders der Regimentsform; sie würden die Autorität der Oberräthe in einer Ausdehnung, die mit der Souverainetät unvereinbar sei, zu behaupten suchen.“ Hatte

Dobrczensky so richtig vorausgesehen, so schien es doppelt beachtenswerth, wenn er empfahl: „bei dieser Gelegenheit die Wunden des preußischen Wesens aus dem Grund zu curiren und nicht blos zuzudecken.“ Eben dies war die Ansicht des Kurfürsten; im Entferntesten nicht wollte er Ungebührliches; aber, „man weiß sehr wohl“, schreibt er, „daß sie sich Dinge gegen meine Vorfahren angemaßt und vorgenommen, welche in ihren Freiheiten nicht begriffen sind.“ Vor Allem die Regierung des Landes war so gut wie autonom und seiner Hand entzogen; die neue Ordnung der Dinge mußte so gefaßt werden, daß endlich eine rechte Regierung möglich würde.

In solchem Sinn war „die neue Regierungsverfassung“ zusammengestellt und vom Kurfürsten vollzogen, mit dem „Majestätssiegel“ versehen worden. Am 25. November, zwei Tage vor Eingang des vereinigten Bedenkens, wurde sie abgesandt; „er habe das Werk so einrichten lassen, daß getreue und gehorsame Unterthanen damit wohl zufrieden sein, er aber ohne Schaden seiner landesherrlichen Hoheit und seines Gewissens ein Mehreres nicht nachgeben oder davon abweichen könne; er erwarte, daß die Oberräthe wie die Stände damit zufrieden sein würden, und sei bereit, im Uebrigen auf ihre billigen Desiderien sich so finden zu lassen, wie es getreue und gehorsame Unterthanen mit Fug und Recht verlangen mögen“. Zugleich sandte er an Schwerin eine Verordnung, die Accise bedingungsweise auf vier Wochen abzustellen.

Am 30. November war die Sendung in Schwerins Händen. Er erschrak, daß schon jetzt mit so scharfer Linie abgeschlossen wurde; er hätte vorgezogen, langsamer, den schon regen Zwiespalt der Oberstände und der Städte benutzend, weiter zu arbeiten. Das Rescript wegen der Accise schien ihm, so limitirt wie es war, gar nicht verwendbar zu sein.

Nur die „Regierungsverfassung“ theilte er sogleich den Oberräthen mit. Am folgenden Tage ersuchten sie ihn, sich in der Rathsstube einzufinden. Sie erklärten ihm: sie seien als S. Kf. D. Beamtete schuldig, das Instrument den Ständen vorzulegen; aber als Landeseingesessene und die bei der Wohlfahrt des Landes interessirt seien, könnten sie nicht umhin, anzuzeigen, daß sie im Grund ihres Herzens betrübt seien, statt der gehofften Bestätigung ihrer Privilegien etwas sehr Anderes zu finden; nur unter der Bedingung, „daß sie ihren Consenz zu dem Actenstück nicht geben könnten“, seien sie in der Lage, es den Ständen vorzulegen.

Schwerin war in äußerster Verlegenheit: in solchem Fall könne die

Sache den Ständen gar nicht vorgelegt werden, und er sei außer Verantwortung, wenn S. Kf. D. Befehl unausgeführt bleiben müsse. Er bat die Herren dringend, die Sache wohl zu erwägen; es kostete nicht wenig Mühe, sie von ihrer Erklärung abzubringen; es gelang nur mit der Wendung, daß der Kurfürst weitere Wünsche gewiß gern beachten werde.

Dann wurde das Instrument den Ständen mitgetheilt. Was da folgen werde, war vorauszusehen. Noch denselben Abend meldeten die Oberräthe an Schwerin: unter den Ständen sei die höchste Aufregung; die Landräthe hätten ihnen sagen lassen, wie sie selbst vor Weinen fast nicht reden könnten, so sei unter den Ständen keiner, der das Instrument ohne Thränen angehört habe; alle Principia des Landes seien umgestoßen, jedermann sei rathlos, in Jammer und Verzweiflung. Schwerin antwortete ihnen: sie sollten doch nicht gestatten, daß solches Lamentiren den Haufen unwissender Leute verleite; wohl hätten die Stände zu weinen, aber über ihre vielfältigen und heftigen Sünden, unter denen ihre Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit nicht die geringste sei; sie sollten die Landräthe vorladen und von ihnen Erklärung fordern, worüber sie sich zu beschweren hätten.

Die Herren Landräthe erschienen; sie erklärten: sie könnten sich nicht weiter auslassen, da sie bereits dabei seien, eine Schrift aufzusetzen, die sie in ihrem und der Stände Namen überreichen würden; sie könnten sich in so schwerer Bedrängniß von den Mitständen nicht trennen; aber eins könnten sie sagen: ein solches Verfahren, daß ihnen eine fertige Verfassung aus der Fremde zugeschickt werde, sei ein hochgefährliches Präjudiz, und in keinem Fürstenthum oder Königreich, so souverain es sein möge, erhört; man habe ihnen verheißen, ihre Rechte und Freiheiten zu erhalten, nun sei Alles mit einem Male über den Haufen gestoßen und ihnen nichts übrig gelassen, denn als Leibeigene Alles zu thun, was ihnen vorgeschrieben werde. Sehr ernst hielt ihnen Schwerin vor, daß sie ihrem Amt nach der Regierung an die Hand zu gehen hätten, die etwa vorhandenen Schwierigkeiten zu lösen; er ermahnte sie, von solchem Lamentiren abzustehen und nicht Ursach zu geben, daß das ganze Land von solchem Geschrei erfüllt und auf den Gedanken gebracht werde, als habe der Kurfürst ihnen Unerträgliches zugemuthet; der Kurfürst habe das von ihm selbst vollzogene Instrument hergesandt, damit die Stände nicht mehr Vorwand hätten zu zweifeln, ob es auch des Kurfürsten Wille sei, was ihnen mitgetheilt werde. Er fügte hinzu: daß die Stände sich herausgenommen, dem Kurfürsten eine fertige Assecuration und Pflichtnotel vorzulegen, die

er zuerst vollziehen sollen, sei etwas noch viel Unerhörteres; und er halte es für seine Pflicht, ihnen anzudeuten, daß, wenn sie sich nicht bald eines Andern besönnen, auch die neue Vorlage gänzlich zurückgezogen und mit ihnen nicht weiter tractirt werden solle; er rathe ihnen, „sie möchten sich nicht selbst die Thür der Gnade verschließen und keine Ungeduld verursachen.“

In einer zweiten, dritten Besprechung kam Schwerin um nichts weiter; vergebens erinnerte er sie an die Folgen, die ihre Widersetzlichkeit haben werde, warnte, es dahin kommen zu lassen, daß der Kurfürst sich blos seines Rechtes bediente; es sei nicht die Frage, ob ihnen von ihren Privilegien etwas solle entzogen werden, sondern auf welche Weise sie bei denselben versichert werden könnten; der Kurfürst werde ihre Bedenken und Wünsche gnädig entgegennehmen und berücksichtigen, aber sie möchten den Gedanken aufgeben, daß er Alles nach ihrem Willen thun müsse. Sie wiederholten, daß sie weder mündlich noch schriftlich auf irgend Weiteres sich einlassen würden, bevor ihren Beschwerden Abhülfe gegeben sei; und damit man nicht meine, daß es nur einige Personen seien, so declarirten sie, daß dies ihrer Aller Meinung sei, mit einem einhelligen Ja und verließen damit den Saal. Dies war am 7. December.

Nach diesem „ganz unverhofften und ungewöhnlichen Vorgang“ erklärte Schwerin den Herren Oberräthen, daß es an ihnen sei, an die Stände eine „scharfe Vorstellung ihres Unfugs“ zu erlassen, daß er, ohne den Respect S. K. D. zu verletzen, nicht länger sich bei den Verhandlungen betheiligen könne. So verließ auch er den Saal.

Der Bruch schien unheilbar. Es war nicht mehr die Opposition allein, die sich abkehrte; auch die bisher Ergebenen, die hohen Beamteten, die Oberräthe selbst, das ganze Land wandte sich gegen das Instrument. Es schien, daß mit der Souverainetät der alte glückliche Zustand der Freiheit zu Ende gehe.

War denn wirklich der Inhalt des Instrumentes der Art, daß die Stände darüber zum Aeußersten schreiten mußten? Von einem der Herren erfuhr Schwerin im tiefsten Vertrauen die Beschwerdepunkte. Darunter waren die wichtigsten folgende.[634])

Die reformirte Religion sei in allen Stücken der lutherischen gleichgesetzt. Es stand im Instrument nur, daß die beiderseitigen Geistlichen sich des unzeitigen Lästerns und Verdammens enthalten sollten und Aehnliches mehr.

Es sei angeordnet, daß immer ein Statthalter im Lande sein solle, und nicht einmal bestimmt, wie derselbe qualificirt sein müsse. Der Kurfürst hatte sich und seinen Nachkommen nur das Recht vorbehalten, einen solchen zu bestellen, wenn es nöthig scheine.

Den Oberräthen sei aller Respect benommen, und sie sollten fortan auch in den kleinsten Dingen an den Kurfürsten berichten müssen, so doch in keiner Regierung geschehe, auch nie ausführbar sei. Das Instrument bezeichnete sehr bestimmt, in wie weitem Umfang die Oberräthe selbstständig zu verfahren hätten.

Es solle hinfort keine Kirchenbuße geschehen, bis es das Consistorium verordnet habe, da doch jetzt solche als geringe Dinge von jeder Unterobrigkeit, also auch jedem Gutsherrn, mit Zuziehung der Geistlichen verfügt würden. Das freilich stand in dem Instrument.

Es könne mit dem Verbot von Zusammenkünften künftig auch die Feier von Hochzeiten und Kindtaufen untersagt werden. In dem Instrument war nur von den Ständen und deren Zusammenkünften die Rede.

So noch einige Punkte. Natürlich diese waren es nicht, um die „solch Weinen und Lamentiren" gemacht wurde. Ein Paar Tage später erfuhr Schwerin, „sie klagen auch darüber, daß den Hauptleuten die Oeconomie ganz genommen sei, daß die Oberräthe nicht Macht haben sollen, einen einzigen Prediger zu berufen, daß dies von Berlin aus geschehen solle, damit man Alles mit Reformirten füllen könne". Der Landvogt von Schacken äußerte sich im Vertrauen: wie viel Gutes das Instrument auch enthalten möge, die Art der Uebergabe erscheine so gefährlich, daß, wie er glaube, auch nicht ein einziger von ihnen allen sich je dazu verstehen werde.

Die Art der Uebergabe, das will sagen, daß der Kurfürst ihnen das vollzogene Instrument zustellen ließ, daß er ihnen die neue Verfassung gleichsam octroyirte. Sie hatten so eben ihre Assecuration fertig gemacht und nach Berlin gesandt, in der sie, um sich für den Vortheil, zwei Herren zu haben, Ersatz zu schaffen, die vollständige Autonomie des Landes, die ständische Souverainetät entwickelt hatten; und indem sie diese als eine Capitulation bezeichneten, hatten sie ihrerseits dem Landesherrn eine Verfassung zu octroyiren versucht eine Verfassung, die ihn schlechter stellte, als er vor der Souverainetät gestanden. Denn früher hatte er — oft genug war es geschehen — sich mit dem Lehnsherrn verständigen, mit seinem Beistand den Widerstand der Stände niederwerfen können; bei der

Assecuration wäre dem Landesherrn nichts geblieben, als der Titel des Landes und so viel von den Einkünften seiner Domainen, als man ihm zukommen lassen wollte.

Diesen schönen Traum hatte die Regierungsverfassung zerstört. Wie wenig unbillig, übergreifend, herrisch sie sein mochte, man sah, daß sie von Principien ausging, die der Tod aller Libertät waren. Wie hätte man sich ihnen beugen sollen? wie hätte man es gegen die Posterität verantworten können, das theure Erbe der Väter aufzugeben? Alle Stände, das ganze Land schien nur Ein Interesse zu haben; „die freien edlen Preußen" durften „das märkische Joch" nun und nimmermehr auf sich nehmen.

Es war ohne alle Wirkung, daß die Versicherung gegeben wurde, der Kurfürst werde die Desiderien der Stände im Einzelnen gern hören und berücksichtigen; vergebens empfahl Schwerin, die Deputation nach Berlin abzusenden, um dort die Wünsche des Landes vorzutragen; nicht einmal dahin konnte er es bringen, daß man zu einer Berathung des Instrumentes schritt, um festzustellen, was etwa zu ändern sei. Die Stände beharrten dabei, daß auf Grundlage dieses Instrumentes gar nicht verhandelt werden könne; der Kurfürst habe Befugnisse in Anspruch genommen, die ihm in keiner Weise hätten zu Theil werden können; der König von Polen habe ihm nicht mehr Recht übertragen können, als er selbst besessen, und nie sei er unumschränkter Herr über das Herzogthum gewesen, nie habe er aus eignem Belieben das Recht des Landes ändern können; sie hätten gar nicht Mandate dazu, über so weitreichende Dinge zu beschließen; sie seien nur gesandt mit dem Auftrag, über die Anerkennung des supremum dominium und über die Landesbeschwerden zu unterhandeln.

In den letzten Verhandlungen hatte Schwerin die Bemerkung fallen lassen, daß der Landtag vielleicht entlassen werden könnte ohne Bestimmung eines Termins zur Wiederberufung. Die Drohung wirkte wenigstens so viel, daß die von der Ritterschaft erklärten, sie könnten nach ihren Mandaten keine weiteren Erklärungen geben und müßten wünschen, erst heimzureisen, um neue Instructionen zu empfangen.

In der That war für den Augenblick nichts weiter möglich; das nahe Weihnachtsfest gab Anlaß, den Landtag bis Ende Januar zu vertagen.

Die zweite Reassumtion des Landtags.

In den letzten Wochen des Jahres 1661 hatten Sapieha und Czarnecky mit den königstreuen Truppen große Siege über die Moscowiter erfochten, selbst Kowno war von diesen geräumt worden. Der Reichstag, der im Februar 1662 zusammentreten sollte, ließ die völlige Verständigung mit der Armee, das Ende der Conföderation hoffen. Man trug sich in Warschau mit großen Projecten. Sie schienen mit den starken schwedischen Werbungen in Elbing, mit dem Aufenthalt Wrangels in Marienburg in Zusammenhang zu stehen. Noch im Januar wurde der östreichische Gesandte Lisola angewiesen, in vier Tagen abzureisen oder eines Affronts gewärtig zu sein.

Schwerin so gut wie Dobrczensky bemerkten, wie bedenklich das Alles auf die Stimmungen in Preußen wirkte; „es wächst ihnen hier der Muth."

Schwerins Ansicht war, daß Polen sich in die preußischen Dinge einmischen, daß es die im Bromberger Vertrage enthaltene Bestimmung über die preußischen Privilegien zum Vorwand nehmen werde. Er empfahl dem Kurfürsten, nicht zu warten, bis die Stände ihn drängten; es seien in der Regierungsverfassung viele Dinge scharf angezogen, in denen des Kurfürsten Hoheit nicht in Frage sei; das Land sei von mächtigen Kronen umgeben, die es dem Kurfürsten mißgönnten; er selbst könne nicht immer dort sein, er müsse es in einen Zustand setzen, in dem es ihm sicher sei; in solchem Fall würde jeder Potentat etwas nachgeben. Er bat dringend, daß der Kurfürst selbst kommen möge, nichts werde besser zur Beruhigung des Landes wirken. Er sandte den Entwurf einer Confirmation ein, die, so hoffte er, die Stände beruhigen und den endlichen Abschluß ermöglichen werde.

Friedrich Wilhelm hatte vorerst mit seinen märkischen Ständen vollauf zu thun.[635]) Es gab aller Orten so drohende Verwicklungen, daß es ihm wichtig sein mußte, sich vorerst nicht von dem Mittelpunkt seiner Territorien zu entfernen; namentlich hielt ihn zurück, daß der Türkengefahr wegen ein Reichstag — und wie große Fragen gab es da zu verhandeln — nach Regensburg berufen war; wenn er dann in Königsberg war, brauchten seine Posten hin und zurück fünf Wochen und mehr. Endlich mochten ihm die Dinge in Preußen noch nicht so weit reif erscheinen, um unmittelbar einzugreifen; es konnte nothwendig scheinen, erst die Absichten

Polens, oder Frankreichs und Schwedens in Betreff Polens sich deutlicher entwickeln zu lassen, um darnach die Entschlüsse zu fassen.

Allerdings hatte er den lebhaften Wunsch, mit der neuen Verfassung die Dinge in Preußen in den Zusammenhang und auf das Niveau seines Staates zu bringen; und die scharfe Feder Jena's hatte in dem Instrument eben diesen Gesichtspunkt durchgeführt. Daß selbst die sonst wohlgesinnten unter den Landräthen, selbst die Oberräthe zurückwichen, zeigte zwar nicht, daß das Instrument an sich verfehlt, wohl aber, daß mit ihm jetzt nicht durchzudringen sei. Wenigstens in der Weise nicht, die allein zu wünschen war; wer hätte dazu rathen können, das große Recht, das der Kurfürst hatte, die gute Sache, die er vertrat, durch ein blindes Durchsetzen und Durchzwingen, durch „passionirte" Schritte ins Unrecht zu setzen? Wenn auf der Seite des Widerstandes auch nur einiges Recht, auch nur der gute Glaube, im Recht zu sein, war, so durfte man es nicht einseitig negiren, so mußte man sich damit auseinandersetzen wollen, oder man erschütterte das Fundament der Autorität, den Glauben an ihre Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit. Sollte die Souverainetät sich als einen Gewaltzustand constituiren? wurde der Staat in dem Maße stärker, als Gewalt innerlich Empörten den Schein der Unterwerfung aufzwang? sollte man, indem man die Wirkungen der Souverainetät zu rasch ergreifen wollte, sie selbst in ihrem innersten Wesen vergiften? Dobrczensky schrieb: es komme darauf an, sich mit den Ständen je eher je lieber in ein gutes und beständiges Vertrauen zu setzen, sie jetzt auf das Allergelindeste zu behandeln, ihnen in der That zu zeigen, daß sie einen gnädigen Herrn hätten; der Kurfürst möge seine Intentionen nicht auf einmal, sondern allmählig, nicht offenbar und mit Gewalt, sondern unvermerkt und gelinde ins Werk setzen; es werde, wenn er erst hier stabilirt sei, die Zeit künftig an die Hand geben, was jetzt noch die „Zärtlichkeit der Sache" und die Staatsraison verhehlt und bedeckt haben wolle.

Der Kurfürst hatte sich zu weiteren Erläuterungen und Gewährungen bereit erklärt; er hatte sich damit den Weg zur Seite offen gehalten, der es möglich machte, den starren Gegensatz, zu dem es gekommen war, zu umgehen. Er hatte nicht die Furcht kleinlicher Naturen, nachgebend schwach zu erscheinen; er hielt es nicht für fürstlich, dem Widerstand gegenüber desto eigensinniger Unwesentliches festzuhalten. Mit großem Sinn, ruhig in Mitten des Gewirres der kleinen Interessen und überreizten Leidenschaften verfolgte er das, worauf es ankam.

Die Stände hatten bereits sein Dominium supremum anerkannt,

freilich unter Bedingungen, wie sie von ihrem Standpunkte aus erklärlich waren. Hatten sie so anerkannt, daß die Souverainetät rechtlich möglich sei, so war sie thatsächlich in seiner Hand, und die Verträge von 1657 legten nicht den Ständen das Recht bei, zu bestimmen, welche von den alten Privilegien mit der Souverainetät bestehen oder nicht bestehen konnten. Die Bedingungen durften die Stände nicht, wie in der Assecuration geschehen waren, ihm octroyiren wollen; und er konnte darauf verzichten ihnen zu octroyiren, was er mit Unterhandeln von ihnen zu erreichen hoffen durfte; er konnte mit ihnen unterhandeln, nachdem die Basis dafür in der anerkannten Souverainetät gegeben war. Ganz bezeichnend schreibt 17. Januar Schwerin: „Ew. Kf. D. haben nicht allein von der Souverainetät so viel weg, daß sie ohne Gefahr sein können, sondern sie kann auch beim Landtagsschluß ferner befestigt, und zugleich die Zeit zur Huldigung angesetzt werden." Er empfahl in Warschau auf Ernennung der Commissarien anzutragen, die bei der Huldigung zugleich die Eventualhuldigung für die Krone Polen entgegennehmen könnten.

So vollzog der Kurfürst die von Schwerin entworfene Confirmation mit wenigen Aenderungen,[636]) milderte demgemäß einige besonders beanstandete Punkte im Instrument, verordnete, daß den Ständen eine Copie der Confirmation vorgelegt werde, mit dem Bemerken, daß nach erfolgter Huldigung das Original ihnen ausgehändigt werden solle. Er befahl zugleich, daß die Accise aufgehoben und einstweilen die Miliz auf die Domainen übernommen werde; er minderte die Zahl der Compagnien; er sprach die Erwartung aus, daß die Stände für den weiteren Unterhalt der Truppen das Erforderliche, etwa 400,000 Thaler auf drei Jahre bewilligen würden; er überließ ihnen die Form zu bestimmen, in der diese Summe aufgebracht werden solle.

Am 12. Januar sollte der Landtag in Königsberg wieder zusammentreten. Die Deputirten kamen zum Theil später, viele gar nicht; es währte fast vierzehn Tage, ehe man die Verhandlungen beginnen konnte; der Adel des Amtes Brandenburg forderte, daß zuerst die Ausschließung des General Kalkstein aufgehoben werde, da man dessen Proceß mit der Execution begonnen habe. Die Königsberger waren trotziger denn je; hatten sie nicht Recht gehabt mit ihrem Mißtrauen, mit ihrem Widerstand? wer hätte jetzt nicht bekennen müssen, daß sie die rechten Patrioten seien. Schwerin glaubte zu sehen, daß der Plan der Opposition sei, jetzt, nachdem die Truppen auf die Domainen übernommen seien, den Landtag so

hinzuzögern, bis die Domainen ganz ruinirt seien „und die Miliz in sich selbst zerschmelze.“

Daß Roths Einfluß völlig ungeschmälert sei, war nur zu klar. Vergebens hatte der Kurfürst den Befehl, ihm den Proceß zu machen, wiederholt, den Proceß der Majestätsbeleidigung, in dem also die Cognition einzig und allein ihm zustehe.[637]) Die Herren Oberräthe hatten Ende December noch einen „gütlichen Versuch“ mit dem Schöppenmeister machen wollen; er war auf ihre Vorladung nicht erschienen, „weil er das Exempel Anderer habe, die auf dem Schloß verhaftet seien; zu Recht wolle er sich stellen und sich so verantworten, daß S. Kf. D. ein gnädiges Gefallen daran haben solle.“ Dem Befehl, ihn zu sistiren, erklärte der Kneiphöfer Rath nicht Folge leisten zu können, „es werde sonst unfehlbar ein Tumult entstehen“. Der Befehl wurde bei 5000 Thaler Strafe wiederholt, es wurden zugleich Maßregeln getroffen, wenn Roth sich außer der Stadt Gerichten sehen lasse, ihn zu verhaften. Aber er ließ sich nicht betreffen, und der Magistrat wiederholte seine Weigerung mit der Anzeige, daß er gegen das Pönalmandat Appellation einlegen werde; man möge Roth vor das Criminalgericht laden und da für seine Inhaftirung sorgen lassen.

Eben so wenig kam der Proceß Kalksteins, die Untersuchung gegen den von Fincke auf Lötzen, die gegen den von Schlieben, der sich einen Grafen nannte, aus der Stelle. Tausend Rechtsvorwände schützten jedes Unrecht, und das Recht war unfindbar. Eben so wenig rückte die Landtagshandlung aus der Stelle, und die vier Wochen, für welche die Accise aufgehoben war, liefen zu Ende. Das Land zahlte weder Accise, noch Contribution, noch irgend eine Steuer.

Ein strenges kurfürstliches Rescript an Schwerin und die Oberräthe (9. Februar) befahl ihnen „die Handlungen mit mehr Eifer als bisher zu treiben“ und mit den Ständen der Instruction gemäß „Punkt vor Punkt zu verhandeln“.

Unter den Landräthen waren wenigstens einige, namentlich Eulenburg und Tettau, die das jetzige Verhalten der Stände nicht billigten; und in der Ritterschaft erschien es manchem doch nicht eben in der Ordnung, daß die Königsberger thaten, als wenn sie das Heft in Händen hätten. So ließen sich die Oberstände endlich zu einer Erörterung der Confirmation herbei, freilich in den vorsichtigsten Formen: wenn schon das formelle Bedenken in Betreff des Instrumentes gehoben und dasselbe gleichsam in eine neue Proposition verwandelt sei, so bleibe dasselbe doch seinem Inhalt nach hochbedenklich; damit es nicht scheine, als suchten sie Neuerungen, so hätten

sie die Punkte in demselben untersucht, welche den Landesrechten widersprächen; sie legten dem Kurfürsten nicht die geringste Schuld bei, daß darin wider die Landesverfassung gehandelt sei, sondern schöben es vielmehr einem Irrthum zu, in der Ueberzeugung, daß der Kurfürst, wenn er nur besser von der Sache unterrichtet sei, es bei den alten Rechten zu lassen geruhen würde.[638]) Folgte dann die lange Reihe von Verstößen, welche das Instrument enthalte.

Aber man konnte doch nicht leugnen, daß man sich zu neuen Bewilligungen nach Aufhebung der Accise verpflichtet habe. Mochte man von der Souverainetät denken, wie man wollte, die Truppen der Festungen und der festen Häuser an der Grenze konnten doch unmöglich entlassen, sie mußten also unterhalten werden. Weder über die Summe, noch über die Art, das Geld beizubringen, stimmten die Stände überein; aber die radicale Ansicht der Königsberger, Alles zu weigern, bis der Kurfürst den Forderungen des Landes gerecht geworden, fand schon nicht mehr die Zustimmung der übrigen Stände.

Die Opposition, Roth an der Spitze, glaubte, der ermattenden Stimmung mit neuen Agitationen entgegen treten zu müssen. Daß auf der Schloßfreiheit schon ein Platz für die reformirte Kirche abgesteckt wurde, gab ja den handgreiflichen Beweis, daß die reine Lehre in Preußen ausgerottet werden solle. Gegen Dreyer erhob sich die gesammte Geistlichkeit von Königsberg mit einer höchst erbitterten Druckschrift, welche den Oberräthen dedicirt wurde. Als diese die Schrift mit Beschlag belegen ließen, wurde der Streit nur um so salbungsvoller auf den Kanzeln fortgeführt. Die Bürgerschaft war voll Wuth über die Syncretisten, welche allein Schuld seien, daß die Jesuiten immer mehr Anhang in der Stadt gewönnen und daß ihre Schulanstalt so rasch wachse.

Zugleich wurde eine Geschichte auf die Bahn gebracht, welche sehr geeignet war, jeden zu überzeugen, daß es bis zum Aeußersten gekommen sei. Unter dem Kneiphof, am linken Ufer des Pregel, war in der Kriegszeit zur Deckung Königsbergs, die kleine Feste Friedrichsburg angelegt. Der Obrist Bellicum, der da Commandant war, ließ auf der Contrescarpe, an dem Damm, der zur Stadt führte, ein Wachthaus errichten an einer Stelle, wohin man neuerdings auf Anordnung des wohlweisen Rathes den Schutt und Unrath der Stadt abzuführen begonnen hatte. Der Kneiphöfer Rath forderte vom Obristen, das Wachthaus, da es auf städtischem Grund und Boden stehe, abzureißen, widrigenfalls er selbst es werde thun lassen. Der Kurfürst, erklärten sie den Oberräthen, habe ihnen immer die Gnade

gethan, sie auch um das Geringste zu bitten, und so sei es auch geschehen, als die Schanze angelegt worden; aber der Obrist habe diesen Bau ohne Weiteres auf eigene Hand angefangen; er habe ihnen ins Gesicht gesagt, Alles, was unter den Kanonen der Feste liege, stehe ihm zu; er habe sich verlauten lassen, er wolle einen Bierschank dort anlegen; seinen Soldaten erlaube er alle möglichen Excesse gegen die Bürger und ihr Eigenthum.

Auf Schwerins Rath forderten die Oberräthe den General Görtzke auf, eine Besichtigung vorzunehmen und verwiesen den Magistrat auf das Ergebniß derselben. Aber die Bürger, „ganz rasend" wie sie waren, beschlossen, sofort das Recht der Stadt geltend zu machen und das Haus zu demoliren. Der Versuch dazu wurde mit bewaffneter Hand zurückgewiesen, auch ein paar Schüsse fielen dabei.[639])

Die Besichtigung ergab, daß das Haus noch innerhalb der Werke lag, daß die Aufschüttungen dort eine Höhe erreicht hatten, „von der aus man die Festung incommodiren und derselben Schaden thun könne". Aber die vom Kneiphof thaten, als wenn sie im vollsten Recht und im Uebrigen S. Kf. D. treugehorsamste Unterthanen seien, und forderten, daß der Obrist und seine Soldaten nach der Strenge des Rechts bestraft würden.

Diese Dinge waren sofort nach Berlin gemeldet. Der Kurfürst war entrüstet, er schien zu den strengsten Maßregeln entschlossen.[640]) Aber hätten sie ihn zu seinem Zweck geführt? erlaubte ihm das Interesse seines Staates, jetzt mit gewaltiger Hand drein zu schlagen? Schwerin empfahl dringend „die große Erbitterung der Bürger nicht durch Strenge voll zu machen, der Obrist habe wohl dem Magistrat erst Anzeige machen können; auch er verdiene einen Verweis". Des Kurfürsten Rescript (9. Februar) lautete: obschon er das von der Stadt Geschehene als ein offenbares Verbrechen behandeln könne, wolle er es für diesmal „mit einer bloßen Verweisung" genug sein lassen und den Grund und Boden, der benutzt worden, nach dem Taxtwerth bezahlen; zugleich sei dem Obristen zu eröffnen, daß die Anlegung eines Bierschankes nicht gestattet werden könne und diejenigen bestraft werden sollten, welche Excesse, wie sie geklagt wurden, begangen hätten.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Treiber in der Stadt einen ernsteren Zusammenstoß beabsichtigt hatten. Auffallend war es, daß jetzt Roth andere Saiten aufspannte, daß er jene Unterredung mit Schwerin leugnete: wenn er so geredet hätte, wäre er werth gewesen, daß ihm S. Excellenz sofort den Degen durch den Leib gestoßen. Aber die Zünfte —

natürlich auf seine Anregung — forderten jetzt die Abschickung nach Warschau; und der Magistrat hatte Mühe durchzusetzen, daß man damit sich gedulde, bis vom Kurfürsten Antwort auf die gegen das neue Instrument eingesandte Schrift gekommen sei.

Diese Antwort kam Mitte Februar; sie lautete ruhig und nachsichtig, sie stellte eine Declaration in Aussicht, welche die weiteren Bedenken erledigen werde. Die beiden Oberstände erklärten sich bereit, 450,000 Thaler zu bewilligen, wovon 300,000 auf Einlösung von Domainen verwendet werden sollten. Sie forderten die Städte auf, sich zu diesem Beschluß mit ihnen zu vereinigen.

Da plötzlich wurde ruchbar, daß Roth in Ermeland auf dem Wege nach Warschau gesehen sei, an der Seite seines Bruders, des Jesuiten, er selbst in Mönchskleidern; es hieß, er sei katholisch geworden, wie er längst gewollt, er werde in ein Kloster gehen.

Also der Angeklagte, für dessen Gestellung seine Obrigkeit von der höchsten Landesbehörde verantwortlich gemacht war, hatte sich davon machen können. Rath und Gericht im Kneiphof erklärten, von seiner Flucht keine Wissenschaft zu haben. Auf dem Schloß glaubte man, daß er von den drei Städten nach Warschau abgeschickt sei.[641])

In Königsberg selbst war die Stimmung wie nach einem vollständigen Siege. Die Bürgerschaft forderte stürmisch, daß der Magistrat die am 16. Nov. gegebene Erklärung der Souverainetät förmlich zurückziehe: die Gerichte, die früher mit den Magistraten gewesen waren, traten auf die Seite der Bürgerschaft. Sie selbst verfuhr, als sei sie vollkommen autonom, als stehe ihr zu, zu thun, was ihr gut scheine. Die Rathskur, die den 5. März gehalten werden mußte, vertagte sie auf Ende April; man bemerkte auf dem Schloß wohl, daß dies aus politischen Gründen geschehe, aber die Oberräthe wagten nicht, dagegen Einsprache zu thun.

Der Kurfürst hatte in Betreff der Sendung nach Warschau geschrieben: „wir werden, geschehe da endlich, was da wolle, nichts unterlassen zu thun, was unsres Amtes und dem uns zustehenden Rechte gemäß ist". Jetzt auf die Nachricht von Roths Reise oder Sendung befahl er „gegen ihn als einen flüchtigen Deliquenten zu verfahren", gegen den Kneiphöfer Rath, der ihm gestattet habe, sich der Justiz zu entziehen, den Fiscal einschreiten zu lassen.

In Warschau trat eben jetzt der Reichstag zusammen; die Königin, die Jesuiten waren thätiger denn je. Der Kurfürst hatte Nachricht von „Discursen, die der Kanzler v. Kospoth mit einigen Polen gehabt", und

befremdlicher Weise stand in dessen Berichten nichts davon. „Die Polen", schreibt der Kurfürst an Schwerin, „halten unsere Posten auf, und erbrechen die Briefe". Er sandte Hoverbeck wieder nach Warschau; auch Fürst Radzivill, als lithauischer Landbote, ging hin. Gemeinsam beschwerten sie sich beim Könige über die Aufnahme Roths, forderten dessen Auslieferung. Der König versicherte, daß er nie des Mannes Namen gehört habe, noch viel weniger sei ihm bekannt, daß er sich in Warschau aufhalte. Daß Roth mit der Königin, mit den Häuptern der Republik in fast täglichem Verkehr sei, war stadtkundig.

Die Besorgniß des Kurfürsten, daß in Warschau weitgehende Dinge geplant würden, konnten Radzivill und Hoverbeck nur bestätigen. Den heftigen Anträgen gegen die Dissidenten, die auf dem Reichstag eingebracht wurden, warf sich Radzivill mit der ganzen Kraft seiner Ueberzeugung und seines Einflusses entgegen; aber sie zeigten, daß man die schon hoch aufgeregte Stimmung zu fanatisiren wünschte. Ueber den ganzen Boden der Republik flutheten die losen Heerhaufen der Conföderirten; aber die Geldmittel, ihnen ihren Sold zu zahlen, fand man nicht; so aufgelöst waren sie den Plänen der Königin, gegen die sie sich erklärt hatten, minder gefährlich; und noch war ein polnisches Heer von Königstreuen unter Czarnecky, ein lithauisches unter Sapieha bei einander. Radzivill wiederholte die dringende Mahnung, Preußen in gute Verfassung zu setzen, die Festungen, namentlich die Friedrichsburg, schleunigst auf Kriegsfuß zu setzen. [642])

Freilich, in Warschau war Alles, die Feindseligsten, die Anhänger der Königin am meisten, voll Lobpreisens über den heroischen und großmüthigen Kurfürsten, zu unterthänigster Devotion bereit; hatte doch auch Roth die Stirn, zu Hoverbeck zu kommen und ihm zu versichern, wie er seinen gnädigsten Landesherrn liebe und verehre; die Reden, die ihm nachgesagt würden, habe er nie geführt; er sei nur her zu Hofe gekommen, sich um ein Secretariat zu bewerben, damit einst seine Kinder sich in Polen niederlassen könnten und er als polnischer Beamteter einen Schutz gegen seine Creditoren habe; er werde allernächst nach Königsberg zurückgehen und sich dem Hofgericht stellen.

Daß die Königsberger Roths Reise nicht eben als eine Flucht ansahen, daß sie vielmehr entscheidende Wirkungen von ihr erwarteten, wurde in der Frage über die Bewilligung nur zu klar.

Schon vierzehn Tage schob sich die Verhandlung über die Form der Leistung her und hin. Die Drohung Schwerins, daß, wenn es nicht

endlich zum Schluß komme, die frühere Accise wieder eingeführt werden solle, brachte endlich die Landräthe zum Schluß. Sie natürlich waren der Meinung, daß man die 450,000 Thaler durch eine Accise aufbringen müsse, die die Städte schwerer als das platte Land und die Handelsstädte am schwersten traf. Die Königsberger widersetzten sich der Accise auf das Aeußerste;[643]) sie baten dringend, wenigstens noch einige Zeit zu warten, damit sie bei sich schlüssig würden. Aber am 28. März überreichten die Oberstände ihren gefaßten Beschluß.

Die Königsberger suchten trotzdem Zeit zu gewinnen. In Gegenwart der Oberräthe klagten ihre Deputirten, daß die Landräthe und der Adel sie um ihr theuerstes Recht brächten, sich anmaßten, sie in ihre Botmäßigkeit zu zwingen; auch nicht ein paar Tage hätten sie warten wollen; sie könnten sich solchem Beschluß nicht fügen. Ihnen wurde erwiedert: sie vielmehr hätten den Adel zwingen wollen, nach ihrem Willen zu thun; die Oberstände seien nicht gemeint, ihnen eine unziemliche Gewalt zu gestatten. Landräthe und Ritterschaft setzten sofort eine Commission nieder, die eine Acciseordnung zu entwerfen beauftragt wurde.

Aber inzwischen kam das Osterfest heran; daß der Landhofmeister auf seine Güter reiste, war das Signal zum allgemeinen Aufbruch; man mußte die Berathungen bis zum 17. April vertagen.

Es war nicht bloß, daß damit auf Wochen hinaus die dringend nöthige Einnahme, die Entlastung der Domänen verzögert wurde; schlimmer war, daß das ganze Werk, wie Dobrczensky 4. April schreibt, „zum höchsten Nachtheil in suspenso bleibt und man besorgen muß, die Deputirten werden mit anderen Gedanken wieder kommen; nicht ein einziger Punkt ist in Richtigkeit gebracht“. Hatten sich doch viele vom Adel geäußert: wenn auch die Regierungsverfassung völlig nach ihren Bemerkungen geändert werde, so würden sie sie doch nicht annehmen, weil sie ohne ihr Zuthun gemacht sei. Und wenn ihnen entgegnet wurde, daß dann endlich zu den äußersten Mitteln geschritten werden müsse, hatten sie erklärt: sie würden sich nicht mit Thätlichkeiten widersetzen, aber jeder werde sich vorsehen, seinen Willen nicht drein zu geben, damit ihr Recht unversehrt bleibe.[644])

Schwerin sah mit schwerer Sorge in die Zukunft. Noch wies er den Argwohn Anderer zurück, als sei der Adel mit den Städten unter der Hand verständigt, als sei ihr Streit über Accise oder Contribution nur zum Schein, damit schließlich nichts gezahlt werde, bis die Domänen aufgezehrt wären und endlich die Armee sich von selbst auflöste. Aber

einen Ausweg sah er nicht mehr. Er bat von Neuem, daß der Kurfürst kommen möge, um selbst die nöthigen Entscheidungen zu treffen; sei das unmöglich, so möge er eine Deputation der Stände nach Rügenwalde oder Driesen laden, mit ihnen sich zu verständigen, oder auch die nach den Bemerkungen der Stände geänderte Regierungsverfassung in die Aemter schicken, sie dort annehmen lassen und die Huldigung ansetzen; sonst bleibe kein anderer Weg, als die Annahme der Verfassung ohne Weiteres zu befehlen und sie mit Gewalt durchzusetzen.

Man konnte sich in Berlin nicht verhehlen, daß die Wege der Geduld so ziemlich zu Ende seien. Noch war Polen nicht in der Lage, Ernstliches zu unternehmen. Der Reichstag ging zu Ende ohne die gewünschte Versöhnung der Conföderirten; die lithauische und die Kron-Armee waren mit dem Reichstagsschluß unzufrieden, während die Königin ihre Wahlumtriebe zu Gunsten Frankreichs mit Gewalt durchsetzen zu wollen schien; aus Warschau zurückkehrend sagte Radzivill, daß es sich zu einem innern Kriege in Polen anlasse: „die Königin und ihre Creaturen sind Capitalfeinde Brandenburgs und man glaubt, sie wird mit ihrem Plane durchdringen". Schwerin hielt es „für gewiß, daß Königsberg davon einen Wink habe, sonst würde man nicht so erschrecklich verhärtet sein". Roth war seit den Ostertagen wieder in Königsberg, verrichtete nach wie vor seine amtlichen Geschäfte, stand in der Volksgunst höher denn je.

Das war in der That ein völlig unerträglicher Zustand, und dem gehuldigten Landesherrn, selbst wenn er nur der Herzog nach alter Weise gewesen wäre, in aller Weise verkleinerlich. Die geordneten Behörden, Oberräthe, Vögte und Hauptleute, Magistrate faßten nirgend mehr an, theils aus Furcht vor dem tapfern Geschrei der Königsberger und aller Patrioten im Land, theils weil sie selbst diesen faulen und verwilderten Zustand den Freiheiten des Landes entsprechender und förmlicher fanden als die Ordnung und Botmäßigkeit, die mit der neuen Regierungsverfassung drohte.

Trotzdem verschob der Kurfürst noch seine Reise nach Preußen. Er hoffte, daß die Trennung der Stände sich weiter entwickeln, daß Königsberg sich mehr ins Unrecht setzen, daß die Opposition zu Schritten kommen werde, die von den Verständigen im Lande, von dem polnischen Hofe selbst verleugnet werden müßten.

Bald genug erfüllte sich wenigstens die eine Hälfte seiner Erwartungen, die schlimmere.

Die dritte Reassumtion des Landtages.

Gleich beim Wiederbeginn der Verhandlungen trat die Frage der Accise in den Vordergrund. Der Kurfürst hatte den Oberständen seinen Dank für ihre Bewilligung aussprechen lassen, ein weiteres Nachgeben in Betreff ihrer Beschwerden in Aussicht gestellt. Es machte einen günstigen Eindruck, daß in einem Diplom der Krone Polen an die Stände (12. April), das Hoverbeck zu erhalten verstanden hatte, und welches von Neuem die vollzogene Uebertragung der Souverainetät aussprach, ausdrücklich anerkannt wurde, daß nur die Ungunst der Zeitumstände die Zuziehung der Stände zum Bromberger Vertrage gehindert habe.

Nun wurde die neue Acciseordnung fertig. Die Städte erhoben sich dagegen mit äußerster Schärfe. Freilich, die Abgeordneten der kleineren erklärten, vor die Oberräthe geladen: sie wüßten sich nicht zu helfen und zu rathen; auf der einen Seite stehe die verdiente Ungnade des Kurfürsten, auf der andern das heftige Einreden derer von Königsberg; und von ihren Principalen seien sie gegen die Accise, für Kopfgeld und Vermögenssteuer instruirt. Mit ihnen hätte man wohl zum Schluß kommen können.

Aber die Königsberger beharrten in ihrem Widerspruch: ehe sie die Accise einrichteten, würden sie lieber aufhören zu backen und zu brauen. Sie drohten mit förmlichem Aufstand: sie würden zum Könige schicken, sie könnten nicht leiden, daß zwölf Landräthe und etliche wenige von Adel etwas, dawider so viel tausend Bürger wären, bewilligten. Es geschah, daß ihrer mehr als tausend „zum höchsten Ungebühr und strafbarer Weise" auf einmal ins Rathhaus kamen und da tumultuirten.

Die polnischen Conföderirten zogen sich im Frühjahr in die Woiwodschaften längs der Grenze des Herzogthums, ein Theil von ihnen rückte in das Bisthum Ermeland;[645]) wie hätte man sie, die die Sache der Freiheit vertraten, nicht als die natürlichen Bundesgenossen ansehen sollen? Und Roth verpfändete sein Wort dafür, daß jenes Diplom des Königs nicht im Ernst gemeint, daß der Hof die Königsberger zu unterstützen entschlossen sei. „Sie werden nur immer stolzer", schreibt Schwerin 2. Mai, „daß sie mit der Opposition also hindurchdringen; es giebt ihnen einen großen Muth und gloriiren sie nicht wenig damit, daß das ganze Land die Souverainetät unterthänigst erkennt, sie allein in

ihren Städten für den König und die Krone Polen, als ihren Oberherrn, das Gebet halten lassen."

Schon war in der Regierung die Rede davon, daß man doch wohl den Städten weichen müsse. „Der Soldat und der Bauer essen das bittere Hungerbrod; die Miliz wird, wenn nicht bald Hülfe kommt, mit S. Kf. D. unmittelbaren Unterthanen, denen sie längst auf dem Halse liegt, endlich ganz zu Grunde gehen." Und es gab keine andere Hülfe, als daß die Städte gewonnen wurden.

Von Neuem wurden die drei Burgemeister von Königsberg auf das Schloß geladen; sie wiederholten, daß sie außer Stande seien, etwas zu thun, die Bürgerschaft wolle durchaus nicht die Accise, die drei Städte würden sich jetzt an den König wenden. Man redete ihnen scharf zu; der Kanzler erinnerte, „daß sie erst selbst die Accise ins Mittel gebracht", er las ihnen aus dem Privilegienbuch vor, daß dem Kurfürsten, wenn die Stände sich über eine Steuer nicht vereinigen könnten, das Recht der Complanation zustehe, und daß er es in diesem Fall in Anwendung gebracht habe.[646]) Schwerin, der eine schärfere Zurechtweisung für nöthig hielt, fügte hinzu: „sie, als Magistratspersonen, sollten nicht vergessen, daß sie es vor dem Kurfürsten zu verantworten hätten, wenn sie so des gemeinen Pöbels Anbringen auf sich nähmen und solche Dinge, wie sie gethan, hier vorbrächten; sie hätten jüngst Haufen von tausend und mehr Menschen ins Rathhaus dringen und tumultiren lassen, statt als Obrigkeit zu verfahren; indem sie sich auf einen fremden König beriefen, könne S. Kf. D. sie nicht anders als für Rebellen halten". Die Herren Burgemeister waren sehr betreten, wälzten Alles von sich auf die Bürgerschaft: sie wären gezwungen worden, das vorzutragen, was sie gesagt hätten. Sie fügten hinzu, daß sie zu der Accise nicht rathen könnten, sie würde zum Verderben der Stadt sein.

Schon früher war dem Magistrat zu verstehen gegeben, daß man, wenn die drei Städte für die Accise eine runde Summe Geldes bewilligten, sich damit wohl zufrieden geben würde; man hoffte, daß die Herren jetzt sich dazu erbieten würden. Sie blieben bei ihrer früheren Aeußerung: wenn Alles abgethan, der Landtag glücklich beendet und die Assecuration aller Rechte des Landes erfolgt sei, dann sei Königsberg Willens, eine Summe von 300,000 Thalern zu zahlen.

Am 1. Juni wurde die neue Accise publicirt; die kleinen Städte fügten sich. Es mußte sich zeigen, ob die Regierung ihren Willen, oder die Stadt Königsberg ihren Widerspruch durchsetzen werde.

Freilich, nun wurde auch den Herren Oberräthen bange; sie erklärten, daß in dieser Acciseordnung vieles gar ungleich, daß sie „nur den Städten zum Schrecken, sie zum Nachgeben zu bringen, gemacht sei". Auf Schwerins Forderung setzten auch sie ein Gutachten in Betreff der Regierungsverfassung auf; aber sie hatten darin „ihre Hoheit so weit ausgedehnt", daß Schwerin es ihnen zu nochmaliger Erwägung zurückgab, worauf sie versicherten: sie, an ihrem Theil, würden sich gern in Alles fügen, aber sie müßten Gott zum Zeugen anrufen, daß die Stände auf keinen Punkt härter beständen, als daß die alte Verfassung in Betreff der Oberräthe in voller Kraft bleibe.[647]) Auch die Landräthe und Ritterschaft wurden unsicher; sie empfanden höchst peinlich, daß man in der Stadt von ihnen sprach, als hätten sie die Freiheiten des Landes für „Privatbeneficien" preisgegeben; sie glaubten etwas thun zu müssen. Sie verfaßten ein Schreiben an den König als Antwort auf dessen Diplom vom 17. April, in dem sie ihn baten, Commissarien zu senden, um die preußischen Stände ihres Eides zu entbinden; sie stellten also die Souverainetät von Neuem in Frage; aber sie legten dies Schreiben der Regierung vor, um deren Erlaubniß zur Absendung zu erhalten.

Es kam darauf an, sie festzuhalten, Königsberg zu isoliren, unter den Königsbergern selbst den Gemäßigteren Raum zu schaffen, um die eigentlichen Treiber immer engere Kreise zu ziehen. Mochten die Herren in der Regierung, die zahlreichen Assessoren, Cassirer, Secretaire u. s. w. in den verschiedenen Kanzleien den Kopf schütteln und die Faust in der Tasche machen — denn sie waren alle Landeskinder — Schwerin und der Fürst Statthalter gingen festen Schrittes den Weg weiter, den ihnen der Erlaß vom 1. Juni geöffnet hatte.

Nur eins schien nothwendig, wenn das Ziel sicher erreicht werden sollte. Von Neuem hatte Schwerin um die Ausfertigung einer Generalassecuration gebeten; er hoffte auf ihr baldiges Eintreffen; mit der Aussicht darauf hielt er die Stände mit jenem Schreiben an den König hin. Er wandte sich mit ganzem Eifer gegen die Königsberger.

Am 5. Juni kam eine große Deputation von Rath, Gerichten und Zünften der drei Städte auf das Schloß, eine Schrift zu überreichen, in der sie erklärten, daß sie sich wegen der Complanation an den König nach Warschau wenden müßten; der habe das Gesetz gemacht, er allein könne es interpretiren. Die Schrift wurde zurückgewiesen mit einem harten Verweise, in dem von „Rebellion, von Lust an Blutvergießen und pflichtvergessenen Scribenten" gesprochen wurde.

Die Entrüstung darüber war maßlos; in allen Bierschenken, in den Zünften, den Gerichten wurde auf das Leidenschaftlichste darüber gesprochen, daß man ruhigen und treugehorsamen Bürgern solche Dinge sage. Vergebens äußerten die Herren im Altstädter Gericht Bedenken über den Protest gegen die Complanation und die Berufung nach Warschau; man ließ sich dadurch nicht mehr irre machen. Man beschloß eine zweite Deputation auf das Schloß zu senden. Am 9. Juni, während Schwerin und Radzivill mit den drei Burgemeistern verhandelten, sie dringend ermahnten, „der verspürten Opposition" der Bürgerschaft entgegenzutreten, schickten die Oberräthe zu ihnen und baten sie, in die Rathsstube zu kommen, da sich eine Deputation der Bürgerschaft habe anmelden lassen. „In einer langen und auswendig gelernten Oration" beschwerte sich die „edle Bürgerschaft", wie der Ausdruck lautete, über die ihr jüngst gemachten Vorwürfe; es sei ungewöhnlich, ihnen als getreuen Unterthanen S. Kf. D. solche Dinge zu sagen; sie seien bereit, nun die letzte Ader ihres Vermögens springen zu lassen, und erböten sich, in drei Jahren 200,000 poln. Gulden zu zahlen, mit der Bitte, nicht weiter in sie zu dringen, die Accise abzuthun und auch des Pfundzolles nicht zu vergessen. Ihnen wurde geantwortet: das sei ein Erbieten, von dem man S. Kf. D. nicht einmal Meldung zu thun wagen dürfe, sie hätten sich nach der Complanation zu richten. Schwerin fügte noch insbesondere hinzu: „der Vorwurf der Rebellion treffe jeden von S. Kf. D. Unterthanen, der das von Gott erlangte Recht supremi Dominii anfechte; wenn fremde Potentaten, was doch von niemand geschehen, dies Recht S. Kf. D. in Zweifel zögen, so würde derselbe es für eine Kriegserklärung halten."

Daß die edle Bürgerschaft sich nicht dabei beruhigen werde, war vorauszusehen; aber Tag auf Tag verging, ohne daß irgend etwas bemerkbar wurde. Dann hörte man, daß die Bürgerschaft mit den Oberständen verhandle, daß davon die Rede sei, sie sollten ihr Schreiben an den König absenden. Die Acciseordnung war an die drei Räthe von Königsberg geschickt, aber sie wurde von ihnen nicht publicirt; es wurde ihnen durch ein Pönalmandat bei 10,000 Thaler Strafe befohlen; ohne Erfolg. Alles ließ vermuthen, daß irgend etwas im Werke sei; aber was, erfuhr man auf dem Schloß nicht; alles Bemühen, Kunde zu erhalten, war vergebens. Man hatte den Faden aus der Hand verloren. Man berieth, ob es gerathen sei, wenn die Bürger ihr Korn auf die Mühlen vor die Stadt schickten, die Accise zu fordern oder die Mühlen zu schließen.

Vielleicht hatte der Hof in Berlin von Warschau her genauere Nachrichten über den äußerst beunruhigenden Zustand der Dinge in Preußen; vielleicht fand er darin, daß Roth immer noch auf freiem Fuß war, daß die Untersuchungen gegen den von Finke, den von Schlieben u. s. w. nicht aus der Stelle kamen, daß von den geforderten Amts- und Kammerrechnungen auch noch nicht das Geringste eingekommen war, Zeichen einer bedenklichen Langmuth. Schon am 29. Mai sandte der Kurfürst ein sehr ernstes Rescript an Schwerin und die Regierung: nicht ohne Bewegung habe er bisher erfahren müssen, wie wenig die Stände insgesammt auf seine billigen und rechtmäßigen Weisungen eingegangen seien; wie vieles er nachgegeben, die Stände seien nur immer eigensinniger geworden; die begehrte Assecuration müsse so lange anstehen, bis die Landtagshandlungen zu Ende gebracht seien. Ein gleichzeitiges Schreiben von Somnitz an Schwerin sprach sich über die von diesem so lebhaft befürwortete Assecuration deutlicher aus: „der Kurfürst habe sich das Werk sehr zu Herzen genommen, sehr beweglich davon geredet, als möchten die Stände wohl, wie Schwerin erinnert, damit auf mildere Gedanken gebracht werden; aber eine Generalassecuranz sei schon in dem Wehlauer Vertrage enthalten, und die Stände könnten eine neue Assecuration leicht als ein Fundament gegen ihn selbst anziehen".

Dies Rescript traf Tags nach jener ersten Demonstration der Königsberger ein. Sofort antwortete Schwerin: „mit unglaublicher Mühe sei es ihm gelungen, die Stände zu separiren, auch die Schickung nach Warschau sei bisher durch gütliche Mittel gehindert, die Accise eingeführt, Alles auf dem besten Wege; aber wenn jetzt die Assecuration nicht komme, wenn sie bis auf des Kurfürsten Ankunft verschoben werden solle, so werde man glauben, es sei die Absicht, Alles im Ungewissen stecken zu lassen; immerhin möge es thunlich erscheinen, ihnen jetzt mit einem Male anzudeuten, wobei es bleiben solle, aber dem Kurfürsten selbst müsse es wichtiger sein, jetzt etwas Beständiges zu gewinnen, als daß künftig die Stände sagen könnten, es sei wider ihren Willen gemacht."

War es ein Zeichen nicht völliger Zufriedenheit oder ein Eingehen auf diese Anträge, ein kurfürstliches Rescript vom 12. Juni befahl Schwerin sofort nach Berlin zu kommen, um zur Feststellung der Assecuration und der Resolution auf die Gravamina seinen Rath zu geben.[645]) Gleich drauf erfolgte ein zweites Rescript auf Anlaß jenes von den Königsbergern überreichten Schriftstückes: die Bürgerschaft noch einmal

zum Ueberfluß vorzufordern, um ihr die Zurücknahme jener Schrift aufzugeben und sie zu versichern, daß der Kurfürst nichts als ihr und des Landes Bestes suche; „aber wenn es nicht hilft, so soll nicht allein die Schrift confiscirt und von dem Gewaltiger öffentlich verbrannt, sondern auch der Verfasser und die Rädelsführer bis zu gehöriger Strafe in Haft gehalten werden".

Ehe noch dieser Befehl nach Königsberg gelangte, waren die Dinge dort einen schlimmen Schritt weiter gekommen.

Am 17. Juni hatten die drei Gemeinden und die Gerichte von Kneiphof und Löbenicht ihre Klageschrift an den König fertig[649]) und mit Hunderten von Namen und Siegeln bedeckt; sie schickten den jungen Roth damit nach Warschau. Er war längst in Warschau, bevor die Regierung in Königsberg erfuhr, daß er abgereist sei.

Es war in den letzten Tagen von Schwerins Abreise; er veranlaßte, daß sofort die drei Burgemeister vorgeladen wurden; sie erklärten, es sei gegen ihren Willen geschehen, sie hätten auch das geforderte Siegel der Altstadt nicht hergeliehen, und vor der Absendung gewarnt. Auf erneute Vorhaltung wegen der Accise gaben die drei Herrn an: die Accise sei der Ruin der Stadt und wenn sie gebilligt werde, müßten sie zu Fuß von dannen gehen; allerdings gäbe es viele Bürger, die sich gern fügen würden und über das, was geschehen, schwer eiferten; auch sie für sich würden lieber Accise geben, als vom Vermögen steuern. Auf die Bemerkung, daß sie hier auf dem Schloß anders als auf dem Rathhaus sprächen, „antworteten sie mit einem Rothwerden".

Weiter erfuhr man, in der Stadt sei das Gerücht: Königsberg stehe schon fest zum polnischen Hofe und wisse gar wohl, worauf man so trotzen könne, der Kurfürst werde schon mürbe werden und mit der Stadt besonders tractiren. In der ständischen Versammlung sprachen die Königsberger „erschreckliche Worte, besonders in Sachen der Religion". Die Dreyersche Sache war noch ungeschlichtet. Die Pastoren auf den Kanzeln sprachen so, als wenn dem Antichrist nun der letzte Stoß gegeben werden müsse. Hoverbeck aus Warschau schrieb (24. Juni), „der junge Roth sei angekommen, Dienst am Hofe zu suchen, auch zu dem Ende katholisch zu werden; er habe viel Redens gemacht, wie man in Königsberg die Privilegien handhabe und die lutherische Religion auszutilgen suche".

In Warschau hatte man jene Klageschrift mit großer Genugthuung entgegengenommen; nur überraschte es, daß darin gesagt war, was man

bisher nicht gewußt oder nicht geglaubt hatte, daß die Souverainetät von den Ständen anerkannt sei und nur noch Königsberg sich in gebührender Treue gegen die Krone und Republik halte. Der König war schwach genug, ein Schreiben an die Königsberger zu unterzeichnen, in dem er ihre Treue lobte und sie seines Schutzes in Behauptung ihrer Rechte und Freiheiten versicherte. Er fügte ein Schreiben an den Schöppenmeister Roth hinzu, in dem er ihn zum Ausharren in seiner Treue ermahnte.[650])

Mit diesem Schreiben kam der junge Roth am 5. Juli nach Königsberg zurück; sofort berief er eine Versammlung der zwei Gerichte und der drei Gemeinden; dort wurde das mit dem großen Reichssiegel versehene Schreiben geöffnet und verlesen. Der Inhalt ward bald stadtkundig; Alles war voll Frohlocken.

Der Unterstützung Polens gewiß, konnte man den entscheidenden Schritt thun. Einst war ja die Freiheit des Landes damit gegründet worden, daß man unter dem Beistand Polens dem Souverain des Landes, dem Orden, den Gehorsam aufsagte; der Bundesbrief von 1454, der eidlich ausgesprochene Wille des Landes, frei zu sein, hatte der Krone Polen die Möglichkeit gegeben, gegen den damaligen Souverain einzutreten. Jetzt war die Souverainetät wider den Willen und das Recht des Landes erneut worden; feierlich wie damals aussprechen, daß man sie nicht wolle, hieß der Krone Polen das Recht geben, ja sie verpflichten, das Werk von 1454 aufrecht zu erhalten.

Nun wurde Geld zusammengebracht, das theils zur Förderung der Sache nach Warschau geschickt, theils Truppen von der conföderirten Armee zu erhalten verwendet werden sollte. Am 4. Juli (Sonnabend) wurden die drei Gemeinden in der Kneiphöfer Kirche versammelt; es wurde ihnen „die Eidesformel eines Bundes" vorgelegt, in dem es hieß, daß sie Gut und Blut daran setzen wollten, bei der Krone Polen und der Republik zu bleiben, „allein zur Ehre Gottes und um unsere Freiheit zu erhalten, den Rechten des Kurfürsten unbeschadet". Es kam noch nicht zur Ableistung des körperlichen Eides, sie wurde auf den Montag angesetzt; aber der junge Roth eilte denselben Tag wieder nach Warschau, „vielleicht um diesen Bundeseid bestätigen zu lassen".

„Sie haben die öffentliche Rebellion begonnen", schrieb der Fürst Statthalter nach Berlin. Er hatte am Sonntag eine Abschrift jenes Bundeseides; er ließ sofort die Burgemeister kommen, die mit Bestürzung erklärten, von dem Allen wüßten sie nichts. Es wurde ein Anschlag der Regierung erlassen, der alle Zusammenkünfte bei schwerer Strafe

verbot und alle öffentlichen Orte zu schließen befahl. So unterblieb die Zusammenkunft am Montag.

Denn durchaus nicht wollte man dafür gelten, irgend etwas wider das strenge Recht zu thun; und die Meisten waren gewiß des guten Glaubens, daß das, was bisher gethan sei, dem Landesrecht und den städtischen Freiheiten gemäß sei; sie wollten sich, erklärte die versammelte Bürgerschaft am 10. Juli, lieber den jüngsten Tag wünschen, als von S. Kf. D. und dessen Haus weichen, aber für die Erhaltung ihrer Freiheit würden sie Alles aufsetzen. Wenn Einzelnen vorgehalten wurde, wie sie sich der Führung eines so übel berüchtigten Mannes anvertrauen könnten, der nur so verzweifelte Anschläge mache, um sich in seinem zerrütteten Vermögen zu retten, so hieß die Antwort: es würde nicht geschehen sein, wenn die drei Magistrate und das Altstädter Gericht nicht die gemeine Wohlfahrt hintangesetzt hätten. Jetzt erklärte sich auch dies Gericht für die Bürgerschaft.

Die Herren Oberräthe waren in unbeschreiblicher Verlegenheit; gern stimmten sie dem Statthalter bei, unter so ernsten Umständen auch die vier Hauptämter in die Rathsstube zu laden; nur zwei von diesen erschienen; sie empfahlen, die Gerichte, Aelterleute und Zünfte vorzufordern, um ihnen im Beisein der Oberstände ihr unbesonnenes Beginnen vorzuhalten; die Oberräthe fanden es bedenklich, da harte Reden fallen könnten, welche zu härteren Maßregeln zwängen, als jetzt thunlich seien; lieber möchten die Herren Oberstände in Güte einzuwirken suchen. Aber diese und das ganze Land waren, so meinte Fürst Radzivill, in der Sache mit den Königsbergern einig, wenn sie auch nicht die Art, sie zu vertreten, gut hießen. Eben jetzt verhandelten die Führer der Stadt mit ihnen über eine gemeinsame Schickung nach Warschau, um dort vor dem noch versammelten Senat die Freiheiten des Landes zu vertheidigen.

Es ist später bekannt geworden, daß der Königin von mehreren preußischen Ständen 200,000 Gulden versprochen worden seien, wenn sie das Land von der Souverainetät befreie, und daß sie den jungen Roth aufgefordert habe, die conföderirte Armee zum Einrücken in Preußen zu bestimmen; der König könne sich dann damit entschuldigen, daß die Conföderirten außer seinem Befehl stünden. Gewiß ist, daß, so wie der junge Roth wieder in Königsberg eintraf, die Gerichte und Gemeinden beschlossen, eine feierliche Deputation, bestehend aus beiden Rothe und dem Löbenichter Schöppenmeister Schimmelpfennig, nach Warschau zu senden. Der 18. Juli war zur Abreise bestimmt; am Tage vorher ging

Schimmelpfennig zum Abendmahl. Sie erwarteten, daß ihnen der Weg mit Truppen verlegt sein werde; die junge Bürgerschaft in Waffen sollte sie begleiten.

Allerdings hatte der Fürst Statthalter die nöthigen militärischen Maßregeln getroffen. Er hatte die Besatzung der Friedrichsburg auf 380 Mann verstärkt, im Schloß standen 200 Mann; 300 Reiter und 200 Dragoner waren im Anzuge.[651]) Er ließ ein Paar Rotten hin und her ziehen, „zum Schrecken", wie er schreibt, die Ausgänge aus der Stadt so wie die Fahrt auf dem Pregel sperren. Er ließ die drei Räthe kommen und erklärte ihnen: er werde jene Schickung nach Warschau nicht dulden; wenn daraus Unglück entstehe, so sei es nicht seine Schuld; wenn sie die Sendung hinderten und Roth fest machen wollten, so sollten die Truppen zurückgenommen, die Wege und Stege wieder geöffnet werden.

Die Bürgerschaft, wenigstens im Kneiphof, war zum Aeußersten entschlossen; sie war am 18. bereits mit sechs fliegenden Fahnen aufgezogen; es hieß, der Stadt sei vom Statthalter ein nächtlicher Ueberfall zugedacht; schleunigst wurden die Bürgerposten verstärkt, die Wälle besetzt, Kanonen aufgefahren. Da die Nacht hindurch nichts geschah, schoben die Bürger andern Tages ihre Posten bis an den Graben der Friedrichsburg vor, wurden aber, da sie angerufen nicht Antwort gaben, mit Hieben davon gejagt. Sie beschlossen nun, auf dem höheren Terrain südwärts der Schanze sich festzusetzen, dort ein Erdwerk aufzuwerfen; die Kanonen der Schanze wurden dorthin gerichtet, worauf die Bürger die begonnene Erdarbeit wieder aufgaben und sich näher an die Stadt zurückzogen. Es geschah auch die folgende Nacht nichts weiter, als daß ein Paar Bürger, die sich im Langerfeldskrug am untern Pregel verspätet hatten, bis zum Morgen draußen behalten wurden. Die vom Kneiphof zogen immer wieder aus und kamen nicht dazu, Thaten zu thun; was schlimmer war, die Altstädter und Löbenichter „lachten sie aus, daß sie auszögen".

„Ich schnarche die Bürger jetzt an auf schwedische Manier", schreibt Radzivill, „obschon mir nicht allezeit wohl dabei ist." Freilich die polnischen Officiere von den Truppen in Ermeland, die zu Roth kamen und mit ihm im tiefsten Geheimniß conferirten, schienen alles Schlimmste zu bedeuten; aber die Herren nahmen auch eine Einladung Radzivills zur Tafel auf dem Schloß an, und was sie mittheilten, zeigte, daß von Seiten der Conföderirten nicht eben rasche und gewagte Entschlüsse zu fürchten seien. Der Fürst unterließ nicht, in verbindlichster Weise an ihren Führer

zu schreiben und ihm im Namen des Kurfürsten für sein bisheriges Verhalten zu danken.

Ein Umstand blieb, der ihm ernste Sorge machte: es gebrach ihm durchaus an Mitteln für die Truppen; „die Kammereinnahmen sind so verschwunden und vor mir verborgen, daß ich davon manchen Monat nicht 20 Thaler zu den nöthigsten Ausgaben habe erhalten können" (14. Juli). Und wenige Tage später: „ich schäme mich, von meiner Noth zu sprechen, aber ich habe nichts mehr zu versetzen; die Accise bringt nicht einen Pfennig; die Städte bezahlen nichts, weil sie sagen, daß auf dem Lande nichts gefordert werde, und der Adel fordert eben so gelinde behandelt zu werden, wie die Bürger, die doch nichts zahlten. . . . Es werden die Truppen und Festungen zu Grunde gehen, denn wovon soll der Soldat leben." Immer mehr gewann er die Ueberzeugung, „daß die beiden Oberstände mit den Städten einverstanden sind, und daß sie nur deshalb sich das Ansehen geben, die Souverainetät und die Accise gewilligt zu haben, weil sie hoffen, daß Königsberg beide bestreiten wird". Er wußte keine andere Rettung, als daß der Kurfürst komme.

Am 26. Juli kam die Nachricht, daß der Kurfürst gleich nach beendeter Ernte aufbrechen werde. Tags darauf wurde bekannt, daß die polnischen Truppen aus dem Ermeland nach der Weichsel abmarschiert seien. „Die Bürger sind nach diesen Nachrichten etwas kleinmüthiger geworden", schreibt Radzivill. Die Oberstände hatten sich bewegen lassen, ihr Schreiben nach Warschau für jetzt aufzugeben, indem ihnen dafür jetzt zur Ernte die Vertagung des Landtags bis zum 24. August gewährt wurde. „Den Königsbergern ist diese unvermuthete Veränderung sehr befremdlich erschienen, haben aber nichts dagegen machen können."

Noch hofften sie auf Warschau: „wenn nur der Hof sie nicht verlasse", schrieben sie dorthin, „würden die übrigen Stände bald auf ihre Seite treten". Wie gern hätte der Hof große Dinge vollbracht; aber daß das Heer in legitimer Empörung war, daß Fürst Lubomirsky und sein Anhang im Senat der Königin Pläne auf jedem Schritt kreuzte, daß in der allgemeinen Confusion jeder so viel möglich noch seine besondere Politik machte und, wenn es ging, sich bezahlen ließ, das machte die Republik unfähig zu irgend welcher Action.

Freilich waren am 30. Juni jene königlichen Schreiben unter dem großen Reichssiegel ausgefertigt. Aber wenn dann an demselben Tage Hoverbeck beim Könige Audienz hatte, sich über die von dem jüngeren Roth überbrachten Schreiben beschwerte, den König ersuchte, die Hand

zu bieten, daß die an seinen Hof gekommenen Aufwiegler zu gebührender Strafe gezogen würden, so erklärte der König: derartige Schriften seien ihm gar nicht zu Gesicht gekommen; er fügte hinzu, er habe von seinem Bruder, dem verstorbenen Könige, oft sagen hören und es selbst erfahren, daß die Königsberger gern zwei Herren hätten, um keinem zu Willen zu sein, und daß die Danziger es gern eben so haben möchten. Nicht minder stellte er später, als Hoverbeck über jene Schreiben vom 30. Juni Beschwerde führte, durchaus in Abrede, Schriftstücke der Art unterzeichnet zu haben; nicht minder behauptete der Großkanzler, durchaus nichts von ihnen zu wissen, Unterschrift und Siegel müßten erschlichen sein. Natürlich forderte Hoverbeck, daß man sie auch öffentlich verleugne; er wies auf den Wortlaut des beschwornen Vertrages, in dem sich die Krone Polen jeder künftigen Einmischung in die preußischen Dinge entäußert habe;[652]) er erinnerte daran, daß es in des Kurfürsten Hand liege, die Garanten des Friedens von Oliva aufzurufen. Er brachte es dahin, daß ihm eine Erklärung des Königs unter dem großen Reichssiegel ausgefertigt wurde (20. Juli), welche die Aufrechterhaltung der Verträge mit aller Bestimmtheit aussprach und den Schreiben vom 30. Juni eine Deutung gab, die freilich nicht in ihrem Wortlaut zu finden war.[653])

Begreiflich, daß eine solche Erklärung die Stimmung in Königsberg drückte. Mehr noch drückte es, daß die Benutzung der Mühlen versagt wurde, so lange man sich nicht entschließen wolle, die Accise zu zahlen; es begann in der Stadt an Brod zu mangeln. Und dazu die Aussicht, daß der Kurfürst demnächst kommen werde, man sagte, mit einer ganzen Armee, und um streng Gericht zu halten. Freilich versicherte Roth die Bürger: der Kurfürst werde nicht kommen, er habe hier nichts zu leben, außer was ihm die Accise abwerfe, und wenn man diese nicht zahle, müsse S. Kf. D. draußen bleiben. Aber es ließ schon mancher den Kopf hängen; das Altstädter Gericht erklärte: die Schickung nach Warschau gäbe man besser auf, so lange der Landtag noch währe; es verließ zum zweiten Male die gemeinsame Sache.

Der steigende Mangel ließ das Schlimmste fürchten, wenn der kühne Volksführer einen Aufstand in seinem Interesse hielt. Die wiederholten Versuche, ihn abzufangen, mißglückten; jeden Anschlag, der noch so geheim im Schloß berathen war, erfuhr er im Voraus[654]); er spottete der öffentlichen Macht; tausend Fäuste hätten sich für ihn erhoben. „Man hat mehrfach auf unsere Schildwachen geschossen, ihnen zugerufen, sie wären

brandenburgische Schelme; man will nicht die Aufrechterhaltung des Staats, sondern statum novum et spirant bellum."

In so großer Gefahr schien es angemessen, Ungewöhnliches zu versuchen. Trotz des noch währenden Landtags berief man das sogenannte kleine Consilium, die Landräthe, beauftragte sie, die Vermittelung mit der Bürgerschaft zu versuchen. Sie empfahlen, zwischen den Urhebern des Unwesens und den Verführten zu unterscheiden, diesen möglichst viel nachzugeben, namentlich die Abführung der Truppen, die Oeffnung der Mühlen u. s. w., wenn sie dagegen sich verpflichteten, „sich aller Correspondenz mit fremden Völkern zu enthalten und statt der Accise eine Summe Geldes zu zahlen"; die Schickung nach Warschau riethen sie mit einem Pönalmandat von etlichen tausend Ducaten zu verbieten. Es lag nahe, einzuwenden, die Königsberger, deren Ungehorsam notorisch sei, würden sich um ein neues Pönalmandat so wenig kümmern, als um die 61 früheren, die sie bekommen zu haben sich rühmten. Die Unterhandlung blieb völlig erfolglos.

Immer dringender wurden des Kurfürsten Befehle, den Roth festzunehmen. Erneute Versuche ihn aufzugreifen, mißlangen wie die früheren; er ging unbehindert in die Kirche, zu Versammlungen; Berichte aus Warschau, aus Mitau ergaben, daß er seine Pläne nach wie vor trieb. Der Kurfürst befahl dem Kneiphöfer Rath, bei Verlust aller Gnaden und Rechte, den Roth gefangen zu setzen und an die Oberräthe auszuliefern; er fügte hinzu, daß mit demselben nach den Gesetzen verfahren, einige Mitglieder des Kneiphöfer Gerichts mit zugezogen werden sollten. Das Rescript wurde am 23. August dem Rath übergeben; es wurde angeführt, daß neue Thatsachen hinzugekommen seien, Dinge, die zu dem Verbrechen der beleidigten Majestät das des Hochverraths fügten; es wurden ihnen Schreiben des polnischen Großkanzlers, des Herzogs von Curland, des polnischen Königs[655]) vorgelegt, aus denen hervorging, daß Roth auch mit den Schweden in Riga in Unterhandlungen stehe.

Diese Nachricht brachte allerdings einige Wirkung hervor; die drei Gemeinden ließen durch den Altstädter Schöppenmeister erklären: daß sie denjenigen, der mit der conföderirten Armee oder den Schweden einiges Werk treibe, für einen Verräther des Vaterlandes halten würden. Um so weniger, meinte der Kneiphöfer Rath, sei es nöthig, jetzt Roth anzufassen, da ja Alle sich von ihm lossagen würden, wenn er so schreckliche Verbrechen begangen habe.

Aber sie blieben dabei, daß das Alles erst bewiesen werden müsse, daß man doch nicht mit der Execution anfangen könne. Die zwei Schriften, die sie am 25. August an den Kurfürsten sandten, die eine über die „Blockirung und Berennung der Stadt durch die kurfürstliche Soldateska", die andere über alle anderen Beschwerden der Stadt Königsberg, lauteten nichts weniger als versöhnlich oder deprecirend. Eine neue Verhandlung mit den Burgemeistern, Alterleuten und Zünften in des Kanzlers Haus, in der ihnen die Wege zur Versöhnung angedeutet wurden,[656]) führte eben auch nicht weiter; die Gemeinden erklärten, daß man die Erbietungen der Regierung schriftlich haben müsse, da man sonst fürchten müsse, daß es nur zum Truge gesagt sei; und Roth sprach vor den Versammelten, wie immer, Alles mit sich reißend: er mahnte zur Standhaftigkeit, Recht müsse doch Recht bleiben, man solle die Dinge nur hinziehen, bis die Stände wieder versammelt seien; auch der Adel merke, daß man ihm nur leere Vorspiegelungen gemacht habe, um ihn um seine und des Landes Freiheiten zu betrügen.

„Die Widerspenstigen suchen Zeit zu gewinnen", schreibt Radzivill, „und ich weiß von guter Hand, daß ihnen der polnische Hof von Neuem Schutz versprochen hat."

Zum 24. August hatte der Landtag sich wieder versammeln sollen. Die ersehnten Schriftstücke, Assecuration und Resolution der Gravamina, waren nicht eingelaufen; die Regierung hatte allen Grund, den übeln Eindruck zu fürchten, den es auf die Wohlgesinnten machen werde, wenn ihnen nichts vorzulegen da war. Die Führer der Bewegung versicherten, aus Berlin sei Nachricht gekommen, daß die Reise des Kurfürsten aufgegeben sei; ihn desto sicherer fern zu halten, wurde ausgebreitet, die Pest sei wieder da; „ich weiß", schreibt Radzivill, „daß drei leere Särge aus einem Hause im Kneiphof getragen sind." Die Regierung nahm diese angebliche Pest zum Vorwand, den Landtag auf den 14. September zu vertagen.

Schon liefen aus mehreren Aemtern formelle Erklärungen von Edelleuten ein, daß sie die Accise nicht zahlen würden, natürlich die Packmohr, Schlieben, Buddenbrok u. s. w. an der Spitze. Die so mühsam gelöste Verbindung des Adels mit den Demagogen von Königsberg schien sich in aller Stille zu erneuen. Freilich die Burgemeister von Königsberg versicherten immer von Neuem, die Gemeinden würden sich auf die gethanen Eröffnungen ganz nach Wunsch erklären; und die Oberräthe meinten, man müsse noch mit der Captivation Roth's anstehen und gütliche Mittel versuchen; aber die Verhandlungen kamen keinen Schritt weiter. Der

Fürst Statthalter schrieb an Schwerin: „so lange Roth das Staatsruder führt, so lange er durch seine listigen Anschläge sich noch geltend zu machen weiß, werden wir schwerlich etwas ausrichten; obgleich die Meinungen ihm entgegen sind, so wagt doch Keiner, ihm zu widersprechen, da ihm Alles gelingt; Roth will eine Staatsveränderung und wird sein Lebelang die Souverainetät verfolgen; des Kurfürsten Ankunft und Roth's Haft wird Alles beruhigen, sonst ist Preußen verloren."

Allerdings war der Kurfürst in den ersten Septembertagen aufgebrochen; begleitet von 1200 M. Leibregiment und 800 M. Garde zu Pferde, konnte er nur langsam reisen. In Königsberg lachte man über die Reisenachrichten: er werde überhaupt nicht kommen.

Am 14. September hatten sich zum Landtag nur zwei Landräthe und Einer vom Adel eingefunden; man verschob die Eröffnung auf den 6. October. An diesem Tage schrieb Radzivill an Schwerin: „ich weiß nicht, was ich sagen soll, wenn ich bedenke, daß Wetten angestellt werden, der Kurfürst werde nicht kommen, und einige vom Hofe spöttisch über diese Reise schreiben; alle milden Mittel und der Weg des Rechts, den man einschlug, Roth festzunehmen, haben nur zum Gespött gedient. Der Magistrat ist nicht so schuldlos, wie man glaubt; wir haben einige Pröbchen von seiner Durchstecherei. Von Herzen wünsche ich, daß J. Kf. D. aus dem jetzigen Irrgarten der preußischen Affairen glücklich kommen und Alles wohl beruhigen möge."

Endlich, am 18. October, landete der Kurfürst, von Danzig kommend, in Pillau.

Die Entscheidung.

Man kann zweifeln, ob Friedrich Wilhelm im Interesse Preußens recht gethan hat, seine Ankunft so lange zu verzögern. Sein Verhalten wurde nicht durch Preußen allein bestimmt; manches, was in demselben auffallend erscheint, erklärt sich durch die unberechenbare Haltung der Republik Polen und aus dem Zusammenhang der allgemeinen Politik, für die Polen mehr und mehr ein Tummelplatz ihrer Rivalitäten wurde.

Wenn irgend abgeschlossene und beschworene Tractaten Geltung hatten, so konnte nach dem Bromberger Vertrag der Krone Polen weder über die Souverainetät Preußens noch über die Abtretung Elbings ein Zweifel bleiben. Wie sich die Libertät der preußischen Stände mit der

Souverainetät zu verständigen habe, war eine innere Frage, in die sich Polen nur auf Anrufen des Kurfürsten und um das ihm durch die Verträge zugestandene Recht zur Geltung zu bringen, mischen durfte. Und in Betreff Elbings war das Recht des Kurfürsten um so unzweifelhafter, da er die in Wehlau ausbedungene dauernde Abtretung der Stadt in Bromberg auf deren pfandweisen Besitz ermäßigt hatte. Er war erbötig, wenn ihm die Pfandsumme von 400,000 Thalern gleich bezahlt werde, auf das Recht zu verzichten, daß ihm die Stadt erst überliefert sein müsse, bevor er die Zahlung annehme; aber es hieß mit den Verträgen Hohn treiben, wenn man die bereits von polnischen Truppen besetzte Stadt ihm nicht übergab, obschon man außer Stande war, die Pfandsumme zu zahlen. Daß dafür Braunsberg von den Brandenburgern besetzt gehalten wurde, war bei Weitem kein Ersatz.

Der Kurfürst wußte sehr wohl, daß er in Betreff Elbings nicht bloß die höchst illoyale Politik der Polen wider sich habe; ihm wurde bekannt, daß Graf Schlippenbach Ausgangs 1660 nach Warschau geschrieben hatte: „man möge dem Kurfürsten Elbing durchaus nicht geben; er komme demnächst und bringe gute Nachricht wider den Kurfürsten.“ Auf der Ueberfahrt war er im Schiffbruch umgekommen.

Wie hätten die Schweden dem Brandenburger die Demüthigungen vergessen sollen, die ihnen der Friede von Oliva gebracht? sein Aufkommen war ihr Sinken. So tief erschöpft ihr Königreich war, gab es für sie ein anderes Mittel, sich wieder zu stärken und die krampfige Frage der Reductionen zu vertagen, als neue Siege jenseits des Meeres? Ich vermag nicht zu sagen, ob Friedrich Wilhelm von dem ganzen Inhalt des schwedisch-französischen Bündnisses vom 29. September 1661 und den geheimen Artikeln, die im Januar 1662 hinzugefügt wurden, Kunde hatte.[657]) Aber daß im schwedischen Reichsrath eine Parthei war, die Krieg wollte, daß Frankreich sie mit seinem ganzen Einfluß stützte, war kein Geheimniß; und Wrangels Aufenthalt in Marienburg, die Beziehungen der Königin zu ihm zeigten, was im Werk sei.

Schon während der Verhandlungen in Oliva war die Rede davon gewesen, daß französischen Truppen Elbing übergeben werden könnte. Es wurde gesagt, der Herzog von Enghien werde, wenn die Polen ihn wählten, Elbing lösen und der Republik als Geschenk zurückgeben. Wir wissen, wie die Königin für ihn arbeitete. Eben diese Wahl, trotz des Reichstagsbeschlusses von 1661, der jede Wahl vor des Königs Ableben untersagte, auch mit gewaffneter Hand und gegen das conföderirte Heer durchzusetzen,

das war der Inhalt jener schwedisch-französischen Artikel vom Januar 1662. Und ein schwedisches Heer war zum Frühjahr gerüstet, nach Polen zu gehen und die Wahl zu erzwingen.

Ein Project, in dem für Brandenburg und Deutschland unermeßliche Gefahr lag. Kam ein französischer Prinz auf den Thron der Republik, so hatte Deutschland die französische Macht zugleich in der Front und im Rücken; mit Frankreich und Polen verbündet, hätte Schweden Rache genommen für den Frieden von 1660; zwischen diesen Mächten wäre Brandenburg erdrückt worden.

Auch Oestreich hatte sich Anhang in Polen zu gewinnen gesucht, hoffte auf die dereinstige Wahl eines Erzherzogs; die Gefahr wäre für Brandenburg fast nicht minder groß gewesen. Die Schweden hätten sich gegen Brandenburg mit Oestreich eben so gut verbunden wie mit Frankreich. Aber der östreichische Anhang in Polen schmolz rasch zusammen, selbst die Jesuiten wandten sich ab. Und eben jetzt begannen für den Kaiser jene schweren Verwicklungen in Ungarn. Während Oestreich alle Kraft dorthin wenden mußte, — „in Wien zitterte man, als ständen die Ungläubigen schon vor den Thoren" — hatte Frankreich desto leichteres Spiel in Polen.

Noch waren in Polen selbst mächtige Partheien, es waren vor Allem die Conföderirten gegen die französische Wahl. Schon einmal war von dieser Seite her dem Kurfürsten die Krone angeboten; jetzt, im Frühjahr 1662, hieß es, er habe den Conföderirten unter der Hand mittheilen lassen, daß er, wenn man ihn wähle, katholisch werden wolle. Wenigstens diente das Gerücht dazu, dem Widerstand neuen Eifer und Zuversicht zu geben.

Aber zugleich entwickelten sich in Deutschland die Consequenzen des Bundes von 1658 in bedrohlichster Art. Der Wiener Hof forderte des Reiches Hülfe zum Türkenkrieg; ohne Reichstag war sie nicht zu gewinnen; schon Anfangs 1661 versprach der Kaiser ihn zu berufen. Man glaubte im Reich nicht, daß er Ernst machen werde; es währte ein ganzes Jahr, bevor das Ausschreiben erfolgte (8. Febr. 1662). Aber zum anberaumten Termin, im Juli, fand sich außer der brandenburgischen Gesandtschaft fast niemand in Regensburg ein; die „Frankfurter Alliirten", Frankreichs Freunde, meinten, der Deputationstag in Frankfurt, d. h. die da versammelte Minorität, müsse erst einen Deputationsabschied verfassen, dieser müsse erst vom ganzen Reich angenommen und confirmirt sein, dann erst könne vom Reichstag gehandelt werden. In dieser Frankfurter

Minorität war Schweden für Bremen, war Pfalz-Neuburg, beide im Einverständniß mit der Königin von Polen. Während die östreichische Macht tiefer und tiefer in die Bedrängnisse des Türkenkrieges verwickelt wurde, schloß sich der rheinische Bund unter französischem Protectorat vollständig; schon längst hieß es, daß, wenn überhaupt gegen den Erzfeind der Christenheit Hülfe geleistet werden solle, die Fürsten des rheinischen Bundes nicht als Reichsglieder und im Reichsheer, sondern nach der Kriegsverfassung des Bundes und in Gemeinschaft mit Frankreich ausziehen würden.

So die allgemeinen Verhältnisse bis zum Herbst 1662. Aus ihnen ergeben sich die Gesichtspunkte, die Friedrich Wilhelms Verhalten Polen gegenüber bestimmen mußten und bestimmten.

Sein Streit mit den Ständen in Preußen gab der ihm gefährlichsten Richtung in Polen, seine Differenzen mit der Krone Polen der Opposition in Preußen Nahrung. Wie die Königsberger gejubelt hatten, als im Herbst 1660 die Elbinger Handlung sich zerschlug, so stellte die Königin ihre Hoffnung auf Roth und Kalkstein und deren Anhang.

Der Kurfürst hatte nichts unterlassen, die Differenzen mit Polen aus dem Wege zu räumen; er hatte nicht geringe Opfer gebracht, um mit der Krone im Frieden zu bleiben. Als der preußische Landtag im Sommer 1661 begann, hatte er sich in Warschau erboten, an der elbingischen Pfandsumme ein Viertel zu kürzen, sich mit Braunsberg und Frauenburg als Pfand für den Rest zu begnügen. Man konnte in Warschau nicht umhin, „das genereuse Erbieten, das seine Wohlgeneigtheit für die Republik von Neuem beweise", mit Dank anzuerkennen; die Gefahr eines Conflictes mit den Polen schien nun aus dem Wege geräumt.

Er meinte nicht, um so rücksichtsloser das ihm vertragsmäßig zugestandene Recht in Preußen geltend machen zu sollen. Wie wünschenswerth es scheinen konnte, mit der Anerkennung des veränderten Besitzstandes zugleich die dringend nothwendige Reform der Verfassung durchzusetzen, die Hauptsache war, die Souverainetät nach Außen hin sicher zu stellen, und in dieser Sicherstellung selbst jede Einmischung von Außen her abzuschneiden, deren Beseitigung in seinen Augen das Wesentliche dieser Souverainetät war. Wenn er mit unermüdlicher Geduld mit den Ständen unterhandelte, wenn er sich zu immer weiteren Zugeständnissen herbeiließ, so geschah es nicht, weil er das, was die Stände forderten, für das Bessere oder Begründetere hielt; er bog sich so weit zu ihnen hinüber, um sie nicht aus der Hand zu verlieren.

Wir sahen, wie es mit den Oberständen zu gelingen schien; in dem Eifer, möglichst viele Privilegien, Sondervortheile, gutes und übles Herkommen aus der polnischen Zeit in die brandenburgische hinüberzuretten, schienen sie nicht darauf zu achten, daß sie mit dem, was sie gewannen, ein Princip zugestanden, das die Basis ihres alten Rechtes aufhob. Vollkommen richtig erkannten die Königsberger Bürger diese Gefahr; mit musterhafter Folgerichtigkeit benutzten ihre Führer, indem sie die Souverainetät als noch nicht rechtlich begründet bezeichneten, wie von Rechts wegen alle Chicane der alten Libertät, der Krone Polen die Einmischung im geeigneten Moment offen zu halten.

Nur daß die Leidenschaftlichkeit ihrer Führer sie ins Unrecht brachte und die Ränke der Königin sie bloßstellten.

Die innere Unwahrheit ihrer Sache trieb die Opposition über die feste Defensive hinaus, in der sie schwer zu bezwingen gewesen wäre.

Der Königin und ihrer Parthei war der Widerstand in Preußen nur eine von den Hülfen, die sie für ihre Zwecke verwandte; sie hatte ihn in der Absicht geschürt, den Kurfürsten mürbe zu machen; wenn die Wahl in Polen, sagte ihm der französische Gesandte, nach Wunsch falle, so würde mit ihr die jetzt noch sehr unsichere Souverainetät sicher gestellt sein. Die Königin suchte ihn zu einer Expedition gegen die Conföderirten zu gewinnen; sie forderte ihn auf, zu den königstreuen Truppen 4000 Mann stoßen zu lassen; Frankreich bot ihm ein Bündniß, Subsidien, die Stelle des Generalissimus. Er schlug es aus.[658])

Sofort folgten jene Acte förmlicher Rebellion in Königsberg, jene königlichen Schreiben vom 30. Juni, welche sie förmlich legalisirten. Es kam die unzweifelhafte Nachricht, daß Schweden 6000 Mann Fußvolk und 2000 Reiter in Schonen einschiffen lasse; aus Danzig und Mitau wurde gemeldet, sie seien nach Preußen bestimmt. Daß Roth mit Riga in Correspondenz stehe, daß ihm von dort Hülfe zugesagt sei, wurde glaubwürdig berichtet. So nahe schien im August dem Fürsten Statthalter die Gefahr feindlicher Landung, daß er seine Reiter und Dragoner in Samland zusammenzog.

Wie gern gerade jetzt der Kurfürst in den Marken geblieben wäre — nicht bloß um des Reichstags Willen, der Türkengefahr wegen; am Rhein und in Westphalen gab es Zerwürfnisse sehr bedrohlicher Art; Erfurt war in schwerem Hader mit seinem Landesherrn, dem Kurfürsten von Mainz, und man hatte Grund zu fürchten, daß er in Kraft des Rheinbundes französische Truppen ins Reich rufen werde, die Stadt zu unterwerfen —

dringender als Alles war die Gefahr, welche die schwedischen Rüstungen befürchten ließen. Sie schien gebieterisch zu fordern, daß es in Preußen zum festen Abschluß komme. Der Kurfürst beschloß die Reise nach Preußen. Sein Wille war, daß vor seiner Ankunft Roth festgenommen und sein Proceß eingeleitet werde, daß in den Verhandlungen mit den Ständen alles Wesentliche in Ordnung gebracht sei, damit gleich nach seiner Ankunft der Landtagsabschied vollzogen und die Huldigung vorgenommen werden könne.

Demgemäß hatte er jene Assecuration, so wie eine möglichst nachgiebige Erklärung über die meisten Gravamina vorausgesandt; Fürst Radzivill war der Ueberzeugung, daß, nachdem den Ständen ein solches Pfand des Vertrauens gegeben sei, aller Widerstand ein Ende haben und die Freude allgemein sein werde (22. September).

Bald genug sah er, wie er sich getäuscht habe: „es wird in der Assecuration von denen, die sie gelesen, noch das und jenes desiderirt"; und von den Königsbergern fügt er hinzu: „bei ihnen wächst die Zuversicht, bei des Kurfürsten Ankunft Alles mit geringer Mühe zu erhalten, was man bisher weder ihnen geben noch gutheißen konnte".

Noch weniger gelang es Roth festzunehmen. Auf ausdrückliche Forderung des Fiscals hatte der Kneiphöfer Rath ihn am 28. Sept. vorgeladen; er erschien nicht; der Rath ließ ihm durch den Amtsdiener Arrest ankündigen; Roth ließ antworten: er nehme den Arrest nicht an, die Herren möchten sich vorsehen. Er reichte gegen den Arrest eine Appellation an das Hofgericht ein. Nun wurde der Fiscal selbst irre, ob er Recht habe weiter zu verfahren. Roth erschien nach wie vor auf der Straße, in der Kirche; er sagte: „es sei nicht seine Absicht, flüchtig zu werden, möchte man solches in eines Schelmen Busen suchen, der seinen König und Kurfürsten gedächte zu verrathen." Viele hundert Bürger kamen auf das Altstädter Rathhaus zu fragen, „was der Fiscal mit Roth vorhabe;" sie ließen keinen Zweifel, daß sie ihn schützen würden. Als Obrist Hille den Versuch machen mußte, ihn militärisch festzunehmen, waren Tausende mit Spießen, Stangen, Gewehren da, die Musquetiere zurückzutreiben. Daß der Rath eine Wache vor das Haus stellte, daß auch zwei kurfürstliche Posten hingestellt wurden, ließen die Bürger geschehen. Trotz des bestimmten kurfürstlichen Befehles wagte Radzivill nicht mit offner Gewalt einzuschreiten; „ein schweres Blutbad", schrieb er, „das Unglück vieler Unschuldiger würde unvermeidlich sein." Nur um so trotziger wurden die Bürger; „noch am Abend vor des Kurfürsten Ankunft", schreibt Radzivill

an Schwerin, „haben sie den Obristleutnant Raesfeld auf der Gasse angefallen und eine Menge Ungezogenheiten begangen; solchen Spott treibt man mit uns."

Der Kurfürst kam am 18. Oct. über Danzig in Pillau an; am 25. hielt er seinen Einzug in Königsberg; so im Festglanz paradirte die Straßen entlang die Bürgerschaft der drei Städte, so voll Devotion und treuergebenster Freude war die Begrüßung der drei Magistrate, der Gerichte, der Zünfte, so zahlreich das Gefolge von Deputirten der Ritterschaft und andern Edelleuten, die dem gnädigsten Herren aufzuwarten bis Pillau, bis Danzig ihm entgegen gezogen waren, daß man hätte glauben mögen, aller Hader sei abgethan. Dann folgte ein glänzendes Gastmahl, das Fürst Radzivill gab; die Studenten feierten den Abend „mit einer glänzenden Musica vor dem Schloß"; „Jedermann bezeugt wegen dieser so hoch verlangten kurfürstlichen Ankunft eine sonderbare Freude."

Sofort befahl der Kurfürst den entscheidenden Schritt. Am 30. Oct., während die Bürgerschaft in den drei Rathhäusern versammelt war, wurde das Schmiedethor, das Honigthor, das Altstädter Thor mit Truppen besetzt, ein Paar Schiffe mit 50 Mann an die Honigbrücke gelegt; dann zog Obrist Hille mit hundert Reitern vom Schloß hinab durch das Schmiedethor nach dem Kneiphof; vom Domplatz bis zur Honigbrücke — dort lag Roth's Haus, er selbst sah zum Fenster hinaus — sperrte der Zug die Straße, ein Paar Reiter stiegen ab, holten ihn herunter, führten ihn in eins der bereitliegenden Schiffe, das ihn in der Schloßfreiheit landete; von dort wurde er ins Schloß gebracht. Auf dem Schloßhofe standen die Regimenter in Reih und Glied, einige Geschütze waren aufgefahren; der Friedrichsburg war Befehl gegeben, wenn zu der rothen Fahne auf dem Schloß eine zweite aufgezogen würde, ihre Stücke gegen den Kneiphof spielen zu lassen.[659]) Aber Alles blieb ruhig. Der Kurfürst sandte an die drei Rathhäuser die Meldung des Geschehenen, die Mahnung „zu bürgerlichem Gehorsam", die Versicherung, „daß er mit der Stadt als ein rechtschaffener und billiger Herr verfahren werde."

General Kalkstein, der nach Königsberg gekommen war, ließ, wie er Roth's Verhaftung erfuhr, anspannen und fuhr eiligst nach Knauten zurück. Ein Jesuit, der seit einigen Tagen in der Stadt war, machte, daß er hinweg kam. „Daher ich vermuthe", schreibt der Kurfürst, „daß sie Wissenschaft von des Roth Actionen gehabt." Die Stadt war wie betäubt, als wäre Unmögliches geschehen. Roth's Freunde schlichen umher; aber noch sei nicht aller Tage Abend, er werde mit voller Pracht in die Stadt

zurückgebracht werden, es werde ein königlicher Commissar kommen, ihn los zu machen, und wenn das nicht helfe, werde der König selbst kommen.

„Desto mehr hab ich Ursach zu eilen", schreibt der Kurfürst an Schwerin: „ich habe so verfahren müssen, um mehr Unheil zu verhüten."

Es wurde eine Commission niedergesetzt, Roth zu vernehmen.[660]) Die Anklage, die ihm verlesen wurde, lautete auf Hochverrath: „aus angeborner Clemenz und zur eigenen besseren Beruhigung habe S. Kf. D. dieß judicium verordnet." In wiederholten Verhören bekannte Roth, daß er den Bundesbrief verfaßt und die Bürger zu bewegen gesucht habe, denselben zu beschwören, auch daß er das Schreiben aufgesetzt habe, das des Königs Hülfe aurufe; wenn er darin Unrecht gethan, so bitte er um des Kurfürsten Gnade. In den meisten andern Punkten behauptete er entweder nicht nach seinem, sondern der Bürger Willen, wie sein Amt ihm gebiete, gehandelt zu haben, oder auch nach dem alten Recht des Landes, das die Wehlauer Verträge nicht cassirt hätten, gerechtfertigt zu sein; er leugnete, in irgend einer Verbindung mit Jesuiten gestanden, bei seinem Besuch in Warschau irgend andere als Privatgeschäfte besorgt zu haben; er stellte seine Correspondenz mit dem Bischof von Ermeland und nach Riga durchaus in Abrede.

Fürbitten der Stadt, des Polenkönigs wies der Kurfürst zurück, da die Untersuchung noch nicht beendet sei. Roth weigerte sich, weitere Geständnisse zu machen; und die sonst üblichen Mittel, deren zu erzwingen, wurden nicht in Anwendung gebracht.[661]) Nach dem Gutachten von Schwerin und Somnitz waren schon die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung der Art, „daß ohne des Kurfürsten Gnade Roth's Leben wohl verwirkt sei"; auf die Frage, ob diese Gnade zu gewähren, erklärten sie, daß darüber erst, wenn ein Urtheil vorliege, zu sprechen sei; sie riethen, die Sache „an einen unpartheiischen Ort zu verschicken, oder durch niedergesetzte unverdächtige Richter judiciren zu lassen; jedenfalls dürfe er nicht in Königsberg bleiben." Er wurde im September 1663 über Colberg nach Peitz transportirt.

Vierzehn Tage nach Roth's Verhaftung waren vergangen, ohne daß in der Stadt oder von Außen her irgend etwas von dem geschah, was seine Freunde mit Zuversicht vorausgesagt hatten. Am 8. Nov. ließ der Kurfürst die Angesehensten aus den drei Gemeinden, den Zünften und Gerichten auf das Schloß kommen, und ihnen durch Friedrich von Jena vortragen: sein Wunsch und Wille sei, der Stadt die durch den Krieg entstandenen Kosten möglichst zu erleichtern und ihr zu alter Blüthe und Wohl-

fahrt zu helfen; er sei gekommen, selbst zu sehen und sich zu unterrichten; sie möchten erkennen, wie der Weg, auf den einzelne unruhige und passionirte Köpfe sie geführt, sie ins Verderben bringe; seine Absicht sei nicht, sie zu Sclaven zu machen, sondern sie in ihrer Freiheit zu schützen; das Vergangene solle für immer vergessen sein, wenn sie seine landesväterliche Stimme hören wollten; auch in Betreff der Accise, obschon er sie für die beste Form der nothwendigen Leistungen halte und deren Verwaltung nie den städtischen Behörden habe entziehen wollen, werde er zu allem Billigen bereit sein, auch wegen des Pfundzolles ihnen willfahren.[662])

Die Berufenen baten um acht Tage Bedenkzeit; am 16. Nov. erschienen sie wieder, Namens der drei Städte das Geschehene zu entschuldigen, des Kurfürsten Souverainetät förmlich anzuerkennen, die, so war ihr Ausdruck, bis ans Ende der Welt wachsen möge. Der Kurfürst versicherte sie aller Huld, versprach ihnen ihre Privilegien nicht bloß zu bestätigen, sondern auch zu vermehren. Ihre Fürbitte für den gefangenen Roth lehnte er ab, da dessen Sache in gerichtlicher Untersuchung sei, doch solle ihm nichts geschehen, worüber man sich mit Recht beklagen könne.

Es fehlte in der Bürgerschaft nicht an solchen, die mit dieser Unterwerfung unzufrieden waren, die noch darauf dachten, den Schritt rückgängig zu machen, die auf die polnischen Huldigungscommissarien hofften. Aber bei Weitem die meisten dankten Gott, daß es so weit sei; bald waren die Königsberger und die kleinen Städte des Kurfürsten Stütze gegen die Oberstände.[663])

Denn so wie die Verhandlungen im Landtag begannen, schlugen diese ein Verfahren ein, das schlimmer als offener Widerstand war: „es ist bei ihnen ein gemachter Schluß, dafern sie jetzt nicht Alles nach ihrem Wunsch und Willen erlangen können, es bis auf eine andre Zeit zu versparen . . . sie lassen sich verlauten, sie würden die Schultern einziehen, Alles eingehen und auf gelegene Zeit warten".[664]) Der Landhofmeister sagte zu Hoverbeck: „wenn der Kurfürst von 100 gravamina der Stände 99 nach deren Willen abgethan hätte und das hundertste nicht, so würden sie doch nichts thun, noch den Eid ablegen." Der Kanzler v. Kospoth äußerte sich gegen den Kurfürsten so, als ob es den Ständen nur um die Religion zu thun wäre, „das liege ihnen auf dem Gewissen, und davon könnten sie nicht abweichen"; aber er war es, der „den Ständen die Anschläge gab, wie sie es machen sollten".[665]) Bald zeigte sich, daß auch der Obermarschall Kreytzen in der Stille machiniere, „er ist gar bitter in der Religion, wie

auch der Landhofmeister, welches verursacht, daß die Stände so hart darauf bestehen."

Weder die Formel der Assecuration, die der Kurfürst am 24. Nov. vorlegen ließ, genügte den Ständen, noch wollten sie sich auf die Forderung, daß einige Stellen im Lande mit eingebornen Reformirten besetzt würden, einlassen; schlimmer als Alles schien ihnen, daß die Herren Oberräthe nicht die ganze unbeschränkte Selbstständigkeit der Verwaltung behalten, daß die Hauptleute und Vögte in ihren Aemtern nicht völlig ohne Controlle und Verantwortung sein sollten. Selbst die Landräthe forderten (2. Decb.), daß erst polnische Commissarien den Eid, mit dem man der Krone Polen verbunden sei, zurückgeben müßten; sie forderten die Zusicherung, daß regelmäßige Landtage berufen[666]) werden sollten, daß des Kurfürsten Nachfolger, bevor sie die Regierung antreten könnten, erst die Assecuration beschworen haben müßten. „Ich sorge", schreibt der Kurfürst, „daß die Leute nicht Lust haben mit mir in gutem Vernehmen zu sein, weil sie allemal Neues bringen; man richtet sich nach den Zeitungen, so vom Hofe kommen."

Natürlich unterließen auch die Geistlichen nicht, ihre Klage gegen Dr. Dreyer zu wiederholen und dessen Beseitigung zu fordern; den Vorschlag, in seiner Sache eine Synode zu berufen, wiesen sie durchaus von der Hand: die symbolischen Bücher dürfe man keiner Disputation unterwerfen, und er sei der Irrlehre hinlänglich überwiesen; von einem Fürsten berufen, der es gern sehe, daß überall calvinistisches Unkraut aufschieße, könne eine Synode nicht von Nutzen sein, in der nur der schon zu große Anhang des Syncretisten Dreyer sich geltend machen werde. Auch die Herren Stände eiferten stark für die reine Lehre und die ungeänderte Augsburgische Confession, und daß die Kirchenbuße in der Hand des Pfarrers und Gutsherrn bleiben müsse.

Die kleinen Herren erkannten sehr richtig, um was es sich für sie handle. Und wenn der Kurfürst zum Kanzler gesagt hatte: „er begehre nichts Unbilliges, aber er wolle der Herr und sie sollten seine Unterthanen sein, denen er dann sich als gnädiger und landesväterlicher Fürst erzeigen werde", so war es eben das Unterthansein, was sie verabscheuten; sie wollten Herren sein und bleiben, Mitherren des Landes.

Der Widerstand wuchs in dem Maße, als die eingeleiteten Untersuchungen über die Domainen, die Amtswirthschaften, die Verschreibungen der Oberräthe, die Unordnungen und Uebergriffe in den Aemtern vorwärts gingen. Es kam zum Vorschein, wie unverantwortlich, seit der

Kurfürst 1657 das Land verlassen, gewirthschaftet war. „Mit der Untersuchung der Aemter", schreibt er, „geht es sehr langsam; seit sechs Jahren ist keine Rechnung genommen worden; in dem Holzgarten ist kein Holz, und muß ich jetzt das Holz, so im Schloß gebraucht wird, kaufen, während ich vor diesem viele Tausende aus dem Holzverkauf gelöst und überflüssig für den Hofstaat behalten habe." Und später: „die Revision der Aemter geht sehr langsam und gefällt den Oberständen gar nicht, sie suchen sie unter der Hand zu hindern." „Die Oberräthe wollen nicht, daß von den unbilligen Verschreibungen, die hier gegeben sind, Rechenschaft gefordert werde." Der von Canstein, freilich kein Preuße, hatte die Aemter in Lithauen revidirt, „er hat sich", schreibt der Kurfürst, „damit viele Feinde gemacht, aber ich werde die Hand über ihn halten." Was konnte die Libertät Schlimmeres treffen, als daß der Wust und Schmutz ihrer Verwaltung einmal aufgedeckt wurde?

Auch die drei Magistrate von Königsberg mochten Manches haben, was besser unaufgedeckt blieb; ihre Beauftragten waren in den Ständen nicht minder schwierig, als die Herren Landräthe und Edelleute. „Aber die Gemeinde", schreibt der Kurfürst, „ist sehr gut und hoffe ich, mit Hülfe derselben durchzudringen; sie hat anzeigen lassen, daß, wenn ich sie auffordern lasse, würde sie in Gegenwart des Rathes die Assecuration und die Erklärung auf die Gravamina einfach annehmen; die Bürger beschweren sich sehr über den Rath und bitten, daß er möge abgeschafft und Andere eingesetzt werden."

Endlich in der Mitte März war eine Formel der Assecuration zu Stande gekommen, in der der Kurfürst mit möglichst weitgehender Nachgiebigkeit wenigstens die für ihn wesentlichsten Gesichtspunkte gerettet hatte: daß nicht erst ein neuer Act Seitens der Krone Polen seine Souverainetät anzuerkennen, und daß künftig beim Wechsel der Regierung die Beschwörung der Assecuration nicht der Uebernahme des Regiments vorauszugehen habe. Nun reisten die Deputirten heim, um für das zu Stande gebrachte Werk die Zustimmung ihrer Auftraggeber einzuholen.

So wie sie wieder zusammenkamen, fingen die Schwierigkeiten von vorn an; und nun sollten noch die Gravamina erledigt, es mußte die Formel des Landtagsabschiedes festgestellt werden; „sie haben darin", schreibt der Kurfürst, „ausdrücklich setzen dürfen, daß meine Religion schlimmer als die römisch-katholische sei"; und die Herren Oberräthe bestärkten sie in ihrem Widerstand. „Ich bin es von Herzen müde; ich gehe in Allem den gelindesten Weg, es will aber nichts bei den bösen Leuten verfangen,

welches verursachen wird, daß ich ihnen endlich die Zähne weisen und mich meines Amtes bedienen werde, was ihnen alsdann nicht lieb sein wird. Ich thue allhier nichts, als mich innerlich zu ereifern und viele harte Pillen in mich zu schlucken. Gott helfe mir von so bösen Leuten, bei denen keine rationes gelten; diese Leute lassen die Clevischen fromm erscheinen; ich fürchte sehr, daß, wenn sie nicht wie Winnenthal gezüchtigt werden, keine Besserung zu erwarten ist."

Er war von Gicht gequält, voll Sorge um seine Kinder in Berlin, wo die Pocken grassirten, voll Unruhe über die wachsenden Gefahren des Türkenkrieges, über die französischen Umtriebe im Reich, in Polen; einen schwedischen Agenten, der von Danzig nach Königsberg kam, mußte er seiner Wühlereien wegen ausweisen lassen. „Wie es mit dem Landtag ablaufen wird, ist Gott bekannt; ich wollte, daß es bald zu Ende wäre, und ich wieder meine Gesundheit erlangte; ich habe hier keine gesunde Stunde."

Von dem, was innerhalb der Stände vorging, von den Beziehungen der Opposition zu Polen in dieser Zeit geben die Kalksteinschen Proceßacten von 1668 wenigstens einen bezeichnenden Zug.

Die wüste Wirthschaft der Conföderationen ging rastlos weiter, wurde immer anarchischer; auch in den bisher festen Truppen, dem polnischen Heer unter Czarnecky, dem lithauischen unter Sapieha auf dem rechten, Gonsiewsky auf dem linken Flügel begann Abfall und Meuterei; Gonsiewsky wurde von seinen Truppen zum Tode verurtheilt und meuchlings erschossen; Paul Sapieha fügte sich dem Drängen seiner Armee. Schon begannen die zuchtlosen Banden ihre Quartiere bis hart an die Grenzen des Herzogthums auszudehnen; man fürchtete, daß Noth und Raubgier sie auf das diesseitige Gebiet führen werde. Anfang Januar war in Preußen das Gerücht, daß ein förmlicher Einfall beabsichtigt werde.[667])

In Sapieha's Heer stand Obrist Kalkstein; er brannte vor Begier, sich zu rächen; in der Suspension von der Oletzker Hauptmannschaft glaubte er ein himmelschreiendes Unrecht erlitten zu haben. Sein Vater, der General, sandte ihm fleißig die Landtagsacten zu, die ihm aus der Landbotenstube unter der Hand mitgetheilt wurden; sie zeigten, wie heftig gegen die „Tyrannei" gekämpft wurde; es schien gewiß, daß, wenn nur ein tapferer Angriff gemacht würde, der beste Theil derer von Adel aufsitzen würde, die Libertät in ähnlicher Weise zu retten, wie sie sich in Polen jetzt in so glorwürdiger Energie bewährte. Obrist Kalkstein erhielt von Sapieha die Zusicherung, daß ihm einige tausend Mann untergeben werden sollten zum Einfall in Preußen; „dann solle, sagte Kalkstein,

„das Kind im Mutterleibe nicht geschont werden, dann werde er an des Kurfürsten Schlösser schreiben „suspendirt!“ und sie in die Luft sprengen; den Kurfürsten und seine Kinder werde er, wenn er sie treffe, nicht schonen, denn sie würden doch wieder solche Tyrannen werden, wie der Vater.“[668]) Er ließ in Knauten wissen, daß man alles Werthvolle über Seite schaffen möge; der General und mancher Befreundete, dem er das Geheimniß vertraute, schaffte dies und das nach Danzig.

Es kam nicht zur Invasion. Vielleicht aber mochte der Schrecken, den schon des Gerücht verbreitet hatte, Manchen zur Besinnung bringen. Die Verhandlungen kamen endlich in besseren Gang; am 1. Mai war der Landtagsabschied fertig.

Er war Alles in Allem befriedigender, als ihn der Kurfürst selbst erwartet hatte.[669]) Vor Allem wichtig war ihm, daß den Reformirten drei Kirchen bewilligt, daß für Reformirte vier von den Hauptmannschaften, je zwei Stellen im Hofgericht, Halsgericht, Appellationsgericht zugestanden waren. Es war dies nicht blos ein Schritt weiter zur Gleichstellung der beiden evangelischen Bekenntnisse, deren Einigung seiner Ueberzeugung nach vollzogen war seit der Augustana von 1540, zu der er sich von ganzem Herzen bekannte. Auch politisch hatten ihm diese Zugeständnisse eine hohe Bedeutung; dem zähen lutherisch-ständischen Wesen gegenüber war damit derjenigen Richtung, in der sein Staat sich bewegte und bewegen mußte, auch in Preußen eine Stellung in der Justiz und Verwaltung gesichert. Jetzt erst konnten die Dohna, Truchseß Sternberg, Oelsnitz wieder in den Aemtern ihrer Heimath Verwendung finden, die ihnen seit dem königlichen Receß von 1617 versagt gewesen war.[670])

Nach dem Schluß des Landtags blieb nur noch ein wichtiger Act zu vollziehen: die Huldigung der Stände. Die Assecuration bestimmte, daß polnische Commissare derselben beiwohnen sollten, um gleichzeitig die Eventualhuldigung in Empfang zu nehmen; die Frage, ob sie den Ständen noch erst den früheren Pflichteid gegen die Krone Polen zurückzugeben hätten, war durch einen zweideutigen Ausdruck umgangen.[671])

Bei den Ständen war die Ansicht, daß sie nicht gebunden seien, so lange sie den Huldigungseid nicht geschworen; und Viele hofften, daß der Warschauer Hof seine geforderte Mitwirkung dazu benutzen werde, die Huldigung zu verzögern und schließlich ganz zu vereiteln. Zwar waren die Commissare schon auf dem Reichstag von 1662 ernannt, der Bischof von Ermeland und der Unterkanzler Graf Lesczinsky; aber es hing

von ihrem und der Krone gutem Willen ab, ob sie der an sie gerichteten Einladung jetzt oder überhaupt Folge leisten wollten; wenigstens der Königin Meinung, hieß es, gehe dahin, daß, so lange die Republik nicht in sich beruhigt sei, die Huldigung nicht stattfinden könne.

Die Lage der Republik war trostlos. Die Russen drangen von Neuem „mit großer Macht" vor. Kaum daß noch Czarnecky sein Volk zusammenhielt; von der lithauischen Armee war nach Gonsiewsky's scheußlicher Ermordung der linke Flügel ein wenig wieder in Ordnung gebracht; aber ganze Haufen zogen nun zu Sapieha hinüber, „sie wollen nichts mehr mit dem Hofe zu thun haben". Die Conföderirten aller Orten forderten den oft versprochenen Sold. Während der Senat, nichts weniger als zufrieden mit dem Hofe, sich bemühte, zwischen dem Hofe und den Conföderationen zu vermitteln, rief die Königin gegen sie Kosacken und Tartaren heran; „in Summa, es sieht sehr wunderlich aus; man correspondirt sehr fleißig mit Frankreich und Schweden, und es scheint, die Königin hat sich vorgenommen, das Wahlwerk mit Gewalt durchzusetzen, sollte auch die Krone ganz darüber zu Grunde gehen." [672])

Sie mochte hoffen, daß das furchtbare Vordringen der Türkenmacht unter dem Großvezier die Lage der Dinge ändern, daß Frankreich einen großen Schlag thun werde. Die Türken errangen rasch große Erfolge, sie durchbrachen im August von Gran aus die Festungslinie auf dem Nordufer der Donau; die ihnen verbündeten Tartaren heerten bis tief nach Mähren hinein; in Schlesien, ja in den Marken begann man zu flüchten, das Werthvolle in die Festungen zu retten. Ein paar Tausend Mann Brandenburger eilten nach Mähren. Um nur Hülfe zu erhalten, ward in Regensburg den Frankfurter Alliirten nachgegeben, daß sie ihr eigenes „Allianzheer" ins Feld sendeten, daß auch Frankreich sein Contingent ins Reich sende. Da verbreitete sich die Nachricht, daß der junge Kaiser schwer erkrankt sei; jetzt eine Wahl im Reich, und Frankreichs Uebermacht wäre entschieden gewesen. Sie war es, gegen die Friedrich Wilhelm in Polen rang: „ich will lieber", schrieb er an Schwerin (9. Juli), „unter der Türken Protection sein, als in französischer Dienstbarkeit."

Er war auf das Aeußerste ungeduldig auf die Huldigung. „Hierin liegt die Wohlfahrt meines ganzen Staates und meine Reputation; wie würde es meinen Kindern ergehen, wenn ich plötzlich stürbe; die Leute hier haben noch große Reflexion auf Polen."

Der August kam heran, ohne daß die Commissarien erschienen. Ein

Versuch, die Stände zur Huldigung auch ohne sie zu bewegen, scheiterte in der Vorfrage.

Wenigstens die Conföderationen nahmen jetzt ihr Ende, die Conföderirten hatten ihren Sold bekommen; aber die meisten verließen den Dienst. Und die geworbenen Regimenter waren in voller Rebellion, daß sie nichts erhielten. „Der König sitzt jetzt ohne Geld und ohne Volk"; und Lubomirsky zog alles Volk an sich, was dort frei wurde; „es wird aus schlimm ärger".[673])

Bei der Rothischen Untersuchung waren jene Schreiben des Königs vom 30. Juni 1662 in des Kurfürsten Hand gekommen: „ich wollte um vieles nicht, daß sie mir fehlten, da ich damit dem Könige und dem Reichstage beweisen kann, daß er die Verträge gebrochen und meine Unterthanen gegen mich aufgereizt hat". Die Conföderirten hatten, als sie sich auflösten, alle ihre Papiere dem Hofe überreicht; man fand auch nicht eine Zeile, die einen Verdacht gegen den Kurfürsten gerechtfertigt hätte.

Endlich auf besondere Einladung des Kurfürsten kam der Unterkanzler nach Heilsberg; er sprach die Hoffnung aus, daß der Bischof bald nachkommen werde. Aber „sie haben in ihrer Instruction, nicht eher zur Huldigung zu schreiten, als bis Braunsberg geräumt ist". Daß Braunsberg als Ersatz für Elbing in Pfand genommen, daß das Geld zur Lösung des Pfandes, das mit einem Weichselzoll aufgebracht wurde, auf die Conföderirten gewandt sei, wurde nicht geleugnet; aber, hieß es, der Kurfürst habe seiner Seits den Bromberger Vertrag nicht erfüllt, so lange er nicht die 1500 Mann stelle, zu denen er verpflichtet sei.

Auf das Hartnäckigste wurde um Braunsberg und die 1500 Mann unterhandelt; wie energisch Jena das Recht seines Herrn vertrat, wie überzeugend der Nachweis war, daß der Kurfürst bereits viel mehr nachgegeben habe, als die Stellung der 1500 Mann an Kosten betragen haben würde, die Königin war unerschöpflich an Ausflüchten, und für den Bischof handelte es sich um den besten Besitz in seinem Bisthum; überdies wurden ihm von preußischen Ständen 100,000 Gulden geboten, wenn er den Handel scheitern mache.

Der Kurfürst entschloß sich, Braunsberg zu opfern, um die Huldigung zu erhalten. Sein Erbieten, die Stadt vierzehn Tage nach geschehener Huldigung zu räumen, half noch nicht zum Ziel; er wies Jena an, auch die Räumung vor der Huldigung zuzugestehen, wenn der Bischof sich schriftlich verpflichte, dann keine weiteren Schwierigkeiten zu machen; er befahl zugleich, dem Prälaten zu Gemüth zu führen, daß die Dinge wohl

auch auf anderem Wege abgemacht werden könnten, daß die Schuld alles Unheils, welches folgen werde, auf ihn falle. Auch Lesczinsky warnte den Bischof, die Dinge nicht zum Aeußersten kommen zu lassen; er drohte, daß er ohne ihn nach Königsberg gehen und nach seinem Auftrag verfahren werde. Nun endlich gab der Bischof eine Verschreibung: wenn Braunsberg geräumt, wegen der 1500 Mann genügende Sicherheit gegeben, die Zustimmung der Stände ausgesprochen sei, dann werde er dem ihm gegebenen Auftrage Folge geben. Er hoffte, daß die Stände etwa bei dem Acte der Huldigung selbst protestiren würden, und dann hatte er Braunsberg vorweg. Aber Jena wies diese Verschreibung zurück, erklärte, daß er sofort abreisen werde, wenn ihm nicht ein völlig genügendes Schriftstück ausgehändigt werde. Das endlich half; der Bischof schrieb so, wie man von ihm forderte, empfing dafür das kurfürstliche Handschreiben, das ihm die Räumung Braunsbergs vor der Huldigung zusicherte, und bedankte sich mündlich und schriftlich für die überaus große Gnade, mit der der Kurfürst ihn beglücke.

So konnte endlich am 18. October zur feierlichen Huldigung geschritten werden.

Von nochmaliger Aufhebung der alten Eide, die der Krone Polen geleistet waren, war nicht die Rede; die Anwesenheit der polnischen Commission bewies, daß die Krone und die Republik keinen Anspruch weiter habe, als den, die Eventualhuldigung zu empfangen.

Der Kurfürst saß auf einem Thron, die Commissarien rechts und links neben ihm. Nachdem der Kanzler v. Kospoth die Ansprache gehalten, der Fischhauser Landvogt v. Tettau sie beantwortet hatte, las der Geheimsecretair Calow die Formel des Souverainetätseides, den die versammelten Stände schworen.

Dann hielt der Bischof von Ermeland eine lateinische Anrede,[674]) die der Landvogt v. Tettau lateinisch beantwortete, worauf der Eid der Eventualhuldigung deutsch gelesen und geschworen wurde.

Große Festlichkeiten füllten die nächsten Tage. Der Kurfürst schreibt an Schwerin 23. Oct.: „nunmehr ist in der Stadt Königsberg Alles ganz still und ein Jeder zufrieden; es hat härter gehalten, daß die Stände den polnischen Commissarien geschworen, denn mir.“

Am 30. October, nach einem Abschiedsmahl der Stadt Königsberg im Altstädter Rathhaus, unter dem Zuruf der dichtgedrängten Menge, trat er seine Rückreise an.

Ergebniß.

So der denkwürdige Verlauf der Dinge in Preußen. Es war nicht Alles erreicht, was der Kurfürst für nothwendig, für erreichbar gehalten hatte; bald genug sollte sich zeigen, daß „der preußische Zustand" noch sehr ernste Gefahren in sich barg.

Aber in dem, was erreicht war, hatte man das Recht und die Mittel ihnen zu begegnen. Sie konnten nur noch in der Gestalt innerer Fragen auftreten, oder das Strafrecht schritt gegen sie ein.

Daß in Preußen selbst Viele in dem, was geschehen war, die Vernichtung des Rechtes und den Untergang der Freiheit sahen, daß in der preußischen Ueberlieferung das Verfahren gegen Roth, das gegen Obrist Kalkstein, von dem später zu sprechen sein wird, als dunkle Flecken in der Regierungsgeschichte des Kurfürsten erscheinen, ist erklärlich. Nach dem, was die authentischen Acten ergeben, wird man nicht den Zweck, den er verfolgte, die Ideen des Fortschrittes, die er vertrat, zur Rechtfertigung der Mittel, deren er sich bedient hat, anzurufen haben. Auch auf seiner Seite war ein großes und ganz positives Recht, und er hat sich dessen wenigstens in eben so gutem Glauben, gewiß mit größerer Mäßigung bedient, als diejenigen, die wider ihn standen, des ihrigen. Nicht auf die zweischneidige Maxime, daß Macht über Recht gehe, hat er seine Stellung in Preußen, hat er seinen Staat gründen wollen. Er hat Geduld und Eifer, gute Worte und ernste Mahnung, selbst bedeutende Opfer der Krone Polen, Zugeständnisse den Ständen gegenüber nicht gespart, um zu einem Abschluß in aller Form Rechtens zu gelangen.

Ein Gesichtspunkt, bei dem es der Mühe werth ist, noch einen Augenblick zu verweilen.

In des Kurfürsten Umgebung hatte es nicht an solchen gefehlt, die ihm rascher, energischer, nach der ganzen Strenge seines Rechts, nach seiner fürstlichen Machtvollkommenheit zu verfahren empfahlen. Wie seine hohen Officiere über Vorgänge, wie die bei der Friedrichsburg, bei der vergeblich versuchten Verhaftung Roth's, wie über die Insulten gegen Obristleutnant Raesfeld sich geäußert haben, liegt nicht mehr actenmäßig vor, außer daß Fürst Radzivill wiederholentlich warnt, „den Despect gegen S. Kf. D. Truppen so gar überhand nehmen zu lassen". Im Geheimenrath waren freilich die Ansichten getheilt; aber der durch und durch rechtschaffene Kanzler Somnitz vertrat mit Nachdruck die Nothwendigkeit, dem unzweifelhaften Recht und dem Respect der Obrigkeit Achtung zu schaffen und die

pflichtschuldige Parition bei denen, die ihr geistliches oder weltliches Amt dazu verpflichte, zu erzwingen. Und Friedrich von Jena, der während Schwerins Abwesenheit die preußischen Sachen bearbeitete und dann mit nach Preußen ging, lebte und webte in den damals modernsten Doctrinen von der fürstlichen Unumschränktheit, wie er denn bei einem andern Anlaß zum Beweis, was der Souverain zu thun befugt sei, sich auf die Ermordung Wallensteins, auf Philipps II. Verfahren gegen Don Carlos, auf die Maßregeln gegen Heinrich von Guise, Biron, d'Ancre berief. Wie oft war Schwerin während seiner Mission in Preußen voll Sorge, daß solche Rathschläge durchdringen, daß die herausfordernden Schritte der Stände und der Königsberger den Kurfürsten zu raschen und zornigen Entschlüssen treiben möchten; wie erschrak er, wenn ihm der Kurfürst mit eigener Hand schrieb: „wenn sie nicht huldigen wollen, werde ich die Macht, so mir Gott gegeben, gebrauchen und, da Einer etwas dawider thun wird, ihm den Kopf vor die Füße legen lassen".[675]) Dann bat er ihn wohl „in seinem Gott Geduld zu haben", zeigte, wie doch schon durch Güte so viel erreicht sei und sich Alles zum Besten wende; nur daß dann immer wieder, was er mühsam und mit weicher Hand aufgebaut zu haben glaubte, wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Allerdings war der Kurfürst heftig und rasch zum Zorn; selbst der milden Stimme der Kurfürstin gelang es nicht immer, ihn dann zu beruhigen; aber „wenn er des ersten Moments oft nicht Meister war, den zweiten beherrschte er".[676]) Nach den ersten unklaren Wallungen zu handeln erlaubte er sich nicht; er forderte von seinen Räthen, daß sie ruhig, aus der Sache, nach ihrem Gewissen sich äußerten; mochten die Ansichten noch so weit auseinandergehen, um so gewisser kamen alle Momente, die in der Sache lagen, zur Sprache. Nur „passionirte Rathschläge" hätte Niemand vorbringen dürfen, solche, in denen ein anderes als das Interesse des Staates maßgebend war; und wer ihm hätte empfehlen wollen, das an sich Gute mit Willkür und Gewalt durchzusetzen, um unter dem deckenden Schein eines guten Zweckes ein Regiment der Willkür und Gewalt zu begründen, wie etwa in Dänemark mit der lex Regia gemeint war, den hätte er für einen Treulosen und Frevler an seiner fürstlichen Pflicht gehalten.

In dem Bericht eines englischen Gesandten heißt es: „dem Mißtrauen in sein eigenes Urtheil über große Angelegenheiten und der Festigkeit bei der Ausführung des Beschlossenen schreibt man das große Glück zu, welches diesen Fürsten in Krieg und Frieden immer begleitet hat; sollten seine

Minister lieber auf seine Leidenschaften eingehen, als versuchen, ihn zu besänftigen, so würde er vielleicht große Fehler begehen und seine Festigkeit ihm gefährlich werden."

Es war nicht ganz so; weder Schwerin noch Jena, weder Sparr noch Derfflinger beherrschten sein Urtheil, lenkten seine Stimmungen. Er verstand es, wie sein Geschichtsschreiber sagt, zwischen den entgegengesetzten Meinungen wie mit der Wünschelruthe diejenige zu finden, die dann der Ausgang als die richtige bewährte.

Nicht die begütigende Art Schwerins hätte die Dinge in Preußen zu Ende gebracht, und der einseitige Eifer Jena's würde Alles verdorben haben; mit jener hätte er, nur den Umständen sich fügend, ein Scheinresultat gewonnen, mit diesem, nur nach den Doctrinen verfahrend, den Boden unter den Füßen verloren.

Zwischen beiden lag der Weg, den er einschlug. Er hielt das Eine, Wesentliche fest und gab in dem Andern so weit nach, wie nöthig war, zum Ziel zu gelangen. Er ließ sich weder von dem leidenschaftlichen Eifer für die absolutistischen Principien, noch durch die raffinirte Demagogie der Roth und Kalkstein auf die falsche Alternative „entweder Unumschränktheit oder Libertät" drängen; sein ächt monarchischer Sinn wies den Radicalismus, der in jedem solchen Entweder Oder liegt, zurück; behutsam und gewissenhaft suchend, fand er innerhalb der Souverainetät für die berechtigte Freiheit, und über den wohlhergebrachten Rechten für die Souverainetät die rechte Stelle.

Ein so gegründetes, so geartetes Ergebniß trug noch Weiteres in sich.

Mochten die preußischen Stände in dem Vereinbarten das Letzte und Aeußerste, über das nicht hinausgegangen werden könne, einen für immer gemachten Abschluß ihrer ständischen und staatsrechtlichen Verhältnisse sehen, — war es möglich, daß die nun anerkannte, gleichsam in das Land hineingepflanzte Souverainetät ein todtes Reis, eine Kraft ohne Wirkung blieb? In den Augen des Kurfürsten war die Huldigung von 1663 nur ein Anfang, der Ausgangspunkt, von dem das lebendige Wachsthum seines Staates und seiner Macht desto fester wurzeln, desto sicherer emporsteigen sollte.

Denn bis bis dahin war sein Staat nur ein Postulat, ein mehr oder weniger glückender Versuch, ein unfertiger Bau; erst mit der Souverainetät Preußens schloß sich das Gewölbe, das alle seine Territorien zusammenhalten und sie in der Stätigkeit der Spannung fest, mit dem gleich getragenen Druck der Deckung sicher machen sollte.

Funfzig Jahre früher hatte „des von Ulm Bedenken“ dem Kaiserhofe gezeigt, welche Gefahren für Oestreich und die katholische Welt in dem Emporkommen Brandenburgs lägen, wie bedeutsam vor Allem der Besitz Preußens mit seinen Seehäfen und seinen großen militärischen Mitteln werden könne, Preußens, „so wohl für sich ein Königreich zu nennen sei.“ In den Gefahren des letzten Krieges hatten Kaiser und Reich von der Hand gewiesen, das preußische Land „als ein Reichslehen zu erkennen.“ Jetzt hatte der Kurfürst in diesem Lande einen völlig souverainen Besitz außer dem Reich und einen vorgeschobenen Posten in die Bereiche der östlichen Barbaren, wie das Haus Oestreich in der Krone Ungarn.

An die Seite der an der Libertät unheilbar kranken Republik Polen trat nun, aus ihrem chaotischen Getreibe herausgelöst, das souveraine Herzogthum, mitgetragen durch alle Machtmittel der anderen brandenburgischen Territorien; wie auf der Vorhut in den östlichen Bereichen, deren Zukunft das polnische Wesen unberechenbar machte, stand dieser deutsche Staat, der mit der ganzen Spannkraft der Souverainetät zu arbeiten begann.

Nicht minder bedeutsam mußte die Rückwirkung auf die deutschen Lande des Kurfürsten, auf seine Stellung im Reich sein. In seinen Reichsterritorien war er nach dem Maß des Friedensinstrumentes souverain, wenn auch das Haus Oestreich fortfuhr, Competenzen der Reichsgewalt geltend zu machen, denen es seine eigenen Gebiete im Reich längst entzogen hatte. Mit dem Machtgewicht der preußischen Souverainetät stand Brandenburg im Reich dem Haus Oestreich zur Seite, nicht, um mit ihm um den gleichen Mißbrauch der Reichsgewalt zu rivalisiren, sondern stark und unabhängig genug, denselben abzuwehren, nicht darauf gewandt, die politische Gemeinschaft der deutschen Nation in ihren letzten Resten zu sprengen, sondern durch die Natur der Dinge darauf hingewiesen, trotz dieser Trümmerreste neue Formen der Einigung zu suchen, Formen, in denen einst statt des versunkenen officiellen Deutschlands ein nationales Deutschland erstehen könne. Mochte das Haus Oestreich den alten, verschlissenen Prunk des Kaiserthums im heiligen römischen Reich immer wieder auf die Bühne führen, das Haus Brandenburg durfte und mußte auf ein künftiges Reich deutscher Nation den Blick richten.

Das durfte es, nicht in Folge seiner Machtmittel, sondern obschon sie geringer waren, als die der großen Mächte, welche im Vordergrund der Weltbühne standen; auch nicht, weil Friedrich Wilhelm an Ehrgeiz

und Leidenschaft der Größe, an diplomatischer Uebung und militärischer Tüchtigkeit kaum irgend einem Regenten seiner Zeit nachstand; Karl Gustavs Vorbild lockte ihn nicht.

Sein eigenster Sinn und seine Lage führten ihn, wie in den preußischen Dingen so überall, auf eine mittlere Linie, die, ähnlich wie die Diagonale der Kräfte, das Auseinanderfahrende, das sich gegenseitig Negierende beherrschte und zu gedeihlichem Zusammenwirken vereinte. Den falschen Alternativen gegenüber ergriff er den höheren Gedanken, der sie überholte.

Hieß es im Reich: entweder östreichisch und spanisch, oder französisch und schwedisch, so wollte seine Politik deutsch sein und sie war es.

Zerriß sich die Christenwelt nach dem Gegensatz der Bekenntnisse, so hatte er schon auf dem Congreß zu Osnabrück sein bedeutsames Wort gesagt: weder lutherisch noch calvinisch, sondern evangelisch. Und daß auch die Anhänger der römischen Kirche, die Arianer, Menoniten u. s. w. in seinen Landen ungestört ihres Glaubens leben konnten, zeigte, — es war das erste Beispiel — daß ein Staat sich von den Vermengungen mit der Kirche reinigen, sich in seiner rein politischen Natur begreifen könne.

War überall, zumal in den deutschen Territorien, die innere Politik bewegt und erschüttert von dem Kampfe zwischen den ständischen und landesherrlichen Rechten, von der Frage, ob die öffentliche Macht im Lande mehr ein Privatbesitz des Fürsten oder zum Privatinteresse der Stände sei, so erhob er über die falsche Alternative: „ob dynastisch oder ständisch, ob Libertät oder Landeshoheit," den Gedanken des Staates und gab demselben in dem geordneten Verhältniß des Landesrechts zum Staatsrecht, der Staatsregierung zur Landesverwaltung seine innere Gliederung.

Das sind die großen Motive, die der Kurfürst in den Grundstein der Monarchie, die er gründete, gelegt hat. Was immer die zwei Jahrhunderte seitdem geändert haben mögen, Staaten, so lautet der alte Spruch, werden nur mit den Mitteln erhalten, durch welche sie gegründet worden sind.

Anmerkungen.

Der Feldzug von 1651.

1. (S. 6.) So hat einer der schwedischen Großen zu König Carl Gustav gesagt wie die brandenburgische Schrift: „kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen u. s. w. 1648" p. 16 angiebt.

2. (S. 6.) Der dänische Gesandte im Haag sagte dem brandenburgischen: es seien viele, die es lieber sähen, daß der Kurfürst sich den Schweden widersetzte, damit sie Pommern nicht allein, sondern auch Preußen einzunehmen Anlaß hätten. Bericht von Blaspiel, Haag 20. Mai 1650.

3. (S. 7.) Aus einer brandenburgischen Brochüre vom Jahr 1658, „Churbrandenburgischer an die Königl. Maj. von Schweden abgelassener Gesandtschaft Verrichtung" u. s. w. Theilweise abgedruckt in Theat. Eur. VIII. p. 758.

4. (S. 8.) Jetzt sind mehrfache neue Materialien von Erdmannsdörffer Graf G. F. v. Waldeck p. 14 ff. und v. Haeften UA. V. p. 403 ff. beigebracht.

5. (S. 9.) Nach einer Aeußerung des Reichskanzlers gegen Ewald von Kleist, auf die Adolph Friedrich Schlezer in seinem Bericht vom 16. Aug. 1651 zurückweist. Die Allianzverhandlungen mit den Staaten seit 1647 hat Pufendorf V. 21 ungenügend; die Acten derselben sind mir für das Verständniß der Politik des Kurfürsten in dieser Zeit besonders lehrreich gewesen.

6. (S. 9.) Dieses Datum, wie alle von hier an im Text, sind nach dem Kalender neuen Styls. Die kurfürstliche Kanzlei selbst rechnet, wenn sie von Preußen, meist auch wenn sie von den Rheinlanden aus datirt, nach dem neuen Styl. In den Anmerkungen gebe ich die originalen Datirungen, nur dann, wenn es zur Vermeidung von Mißverständnissen nöthig scheint, füge ich in Klammern die andere Datirung bei.

7. (S. 9.) le régime tombe en mains de marchands. Brasset an Mazarin bei Groen van Prinsterer. II. 5. p. 11.

8. (S. 9.) Aitzema VII. p. 106. „Alle de Heeren haer retirerende, als aquila veniente columbae. Und das gewiß unpartheiische Zeugniß von Schele Annal. Belg. II. p. 73. erubuit plura jubere quam nos pati.

9. (S. 10.) Schreiben des Kurfürsten an Paul Ludwig, Cöln a/S. 30. Okt. 1650, eine Aeußerung, auf die sich Conrad v. Burgsdorf bezieht, an die Stände der Grafschaft Mark 20/30. Nov. 1650, UA. V. p. 444. Noch zehn Jahre später hat man brandenburgischer Seits große Sorge um eine Kiste mit Papieren über die Dinge, „die Prinz Wilhelm 1650 mit dem Cardinal geprojectiret" .... „denn dadurch nicht allein der schlafende Hund wacker gemacht, sondern auch Ursach und Anlaß gegeben werden könnte zu einer unheilbaren Ruptur mit Holland und vielen Andern." Weimann an den Kurfürsten, Haag 18. Febr. 1661. Weimann bemächtigte sich der Kiste durch förmlichen Raub. In diesem

Zusammenhange wird eine Aeußerung d'Estrades verständlich, die zugleich für die im Texte angedeuteten Zusammenhänge von großer Wichtigkeit ist; er schreibt am 5. Febr. 1665 an seinen König aus dem Haag: Si Messieurs les Etats viennent à quelque resolution qui les separe de V. M., il seroit à souhaiter deux choses. L'une, qu'Elle traitât de la Comté de Meurs et Duché de Cleves avec M. l'Electeur de Brandenbourg, ainsi qu'il avoit fait avec feu M. le Prince d'Orange dix jours avant sa mort, par le moyen de Mad. la Princesse d'Orange Douairière, dont les conditions étoient, que le Prince lui donnoit la Comté de Meurs, qui est une souveraineté relevant de l'Empire valant 4000 livres de rente, et 3 millions de livres en argent comptant, et six cent mille livres à Mad. la Princesse sa mère pour le soin, qu'elle avoit pris d'y disposer l'Electeur; le projet de ce traité a été trouvé par les états dans la cassette du Prince après sa mort. L'autre u. s. w. Von diesem Projekt hat sich weder in dem Berliner noch in dem ehemals clevischen Archiv bisher das Geringste auffinden lassen; auch die sogenannten Denkwürdigkeiten des Prinzen Wilhelm II., die im Dessauer Archiv aufbewahrt werden, journalartige Aufzeichnungen, meist von täglichen Geschäften und Besprechungen, ergeben nichts. Auch war der Kurfürst seit Februar 1650 von seinen westphälischen Landen hinweg und nach den Marken zurück gereist.

10. (S. 10.) Aus einer etwas späteren Druckschrift: „Zwei Gespräche, welche zwischen einem Holländer und einem Dänen über dieser Zeiten Zustand gehalten", aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt.

11. (S. 11.) Sommelsdyk an Graf Wilhelm Friedrich von Nassau, 22. Jan. 1651, j'apprens que dans les conférences nos gens trouvent peu de résistance par leur grandes offres et le bel estalement d'une entière liberté et indépendance.

12. (S. 11.) Aus Aitzema und aus Wüsthaus historischer Beschreibung (handschriftlich im Düsseld. Arch.) Wüsthaus war drei Jahrzehnte später Archivar und Geh. Reg. Rath in Cleve und benutzte den reichen handschriftlichen Nachlaß Weimanns, aber auch Aitzema's Werk. Aitzema (VII. p. 557) stellt diese Dinge keineswegs so genau dar, wie er sie als Agent der clevischen Stände im Haag wissen konnte; daß er in alle Umtriebe der clevischen Stände eingeweiht war, ergiebt das Verzeichniß der 1684 von den Ständen an den Kurfürsten ausgelieferten Acten. (Jetzt finden sich die näheren Nachweise über diese Verhandlungen in UA. V. besonders p. 478. 480.) Aus diesem Verzeichniß ergiebt sich, daß Freiherr v. Wylich zu Lottum am 16. März 1651 nach dem Haag gesandt war, um Garantie contra quoscunque zu bitten und 8000 Gulden dafür zu bieten.

13. (S. 11.) Een Oligarchie in handen van weynige ende noch niet van de beste, heißt es im Herstelde Leeuw door LVA. (Leo van Aitzema) 1652.

14. (S. 12.) . . . qui ont été du commencement les plus eschauffés à la nouveauté, ont déclaré qu'ils recognoissoient bien qu'il estoit impossible que sans Chef cest estat se peust bien gouverner. Schreiben Sommelsdycks vom 17. Mai 1651 bei Groen van Prinsterer p. 39.

15. (S. 13.) La reine ne se gouvernoit en secret que par les conseils de Mr. le Cardinal. Mém. de Turenne bei Michaud et Poujoulat III. p. 432.

16. (S. 13.) Staveren, brandenb. Agent in Brüssel, 9. März 1651. Le cardinal Mazarin faict offre au Sr. le Ducq de la restitution de toute la Lorraine en cas que Jcelluy veut joinder ses trouppes aux siennes . . . à quoy le Ducq a monstré une si froide mine, mais accompagnée d'une methode si ambigue mais agréable et complaysante, que les deputés, gens rusés, n'ont sceu comprendre ny sçavent encores, à quoy que le susdit Seigneur et Ducq se resouldra finalement.

17. (S. 13.) So in dem sehr merkwürdigen Schreiben des französischen Residenten Brasset an Mazarin, Haag 25. Jan. 1651: „il est bien apparent que c'est l'effet

d'une pratique Espagnolle ... tandis que l'on y songe à des choses pour le dedans de l'Estat.... les Espagnols trament au dehors un grand circuit de desseins qu'ils feront enfin abboutir au préjudice commun de ces provinces. Groen van Prinsterer II. 5. p. 23

18. (S. 13.) UA. II. p. 27. Später, als Mazarin nach Frankreich zurückkehrt, protestirt der Kurfürst gegen des Pfalzgrafen Anzeige in Wien „als wenn der Cardinal auch von unsern Völkern an sich gezogen und wir also ohne Zweifel auch unser Interesse bei dem Werke haben". Schreiben des Kurfürsten an den Pfalzgrafen, 9. Febr. 1652. Auch der Pfalzgraf wandte sich an Mazarin und der Cardinal versprach beizutragen was er könne, um die Differenzen con un buon e stabile accomodamento zu enden. Schreiben vom 22. Juni (Düsseld. Arch.) Eine Andeutung, daß die Princeß Hoheit im Sinne jenes Projekts (Anmerk. 9.) mit dem Kurfürsten weiter verhandelt hat, scheint eine kurze Aufzeichnung Burgdorfs vom 15. Jan. 1651 (U. A. V. p. 462) zu ergeben, worin es heißt, der Kurfürst wolle ihn nicht mehr hören, werde vielleicht durch Andere verleitet: „also stehet zu befürchten, Gott der Herr wird hierin bald ein Einsehen haben, vornemlich aber die bösen Leute strafen, die S. Kf. D. suchen nach dem Mund zu reden, ja auf andere Häuser und Größen mehr ihr Absehn haben, als auf S. Kf. D. und dero löbliches Haus und versuchen einen ehrlichen, ja ältesten treuen Diener in Schimpf und Ungnade zu bringen"; Gott möge seine Augen öffnen, damit er sehe, „wie gar schlecht und gering er auch von seinen Allernächsten gehalten und tractirt wird."

19. (S. 13.) Copes, brandenburgischer Agent im Haag, 6/16. Juni 1651. Jene Mittheilungen Boreels haben natürlich großes Aufsehen gemacht; der Kurfürst schreibt am 3. August an Blumenthal, wie er die brandenburgische Sendung nach Paris am Kaiserhofe zu deuten habe.

20. (S. 14.) Staverens Bericht aus Brüssel, 9. März 1651. on s'appresse tellement du costé d'Espagnols, qu'on tient pour asseuré toutes les armées en campagne à sçavoir de Paysbas, Naples, Milan et Catalogne sur la fin du mois prochain.

21. (S. 14.) Waldpott von Bassenheim an den Pfalzgrafen, 13. Juni. Der Pfalzgraf (an den Markgraf von Baden, 14. Juni) wünscht, daß die Truppen ihren Marsch von dem Land Jülich ab auf St. Veit nehmen.

22. (S. 15.) Das Commissorium ist vom 16. April 1649 (gedruckt in der seltenen Schrift: „Dero Churbrd. fürstl. Durchl. d. d. 17. Juli abgelassene kurze Anzeige, an Statt Manifests" vom Jahr 1651.

23. (S. 15.) Kais. Mandat d. d. 1. Dec. 1649. Schreiben des Kurf. vom 20. Mai, Antwort des Pfalzgrafen vom 9. Juli 1650.

24. (S. 16.) Der Papst sagte dem pfalzgräflichen Gesandten Ritter Promontorio: Veramente noi haveresimo stimate che la congregazione di Propaganda havesse potuto suministrar al Signor Duca qualche somma u. s. w. Aus Promontorios Bericht, Rom 3. Feb. 1652. Düsseld. Arch.

25. (S. 16.) So schon die französische Erklärung an die Staaten, 30. Oct. 1650. De woeste desseyns van een huys, dat opentlijck weder in gaet den wegh van de universale Monarchie, daer het selve nae aspireert van langer hant af. Aitzema VII. p. 174.

26. (S. 16.) Memorial der Verhandlungen mit Burgsdorf in Dresden, 11. März 1651 (Dresd. Arch.) Eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an Burgsdorf, 27. März. Die eigenhändige Instruction des Kurfürsten für Burgsdorf, Cöln a. S. 17. Feb. 1651. UA. VI. 15. Die angebotenen Aemter waren Jüterbock, Zinna, Jerichow, dann Sandau; außerdem die Cession gewisser Schuldverschreibungen im Betrag von 180/m Thlr. Capital und 300/m Thlr. rückständigen Zinsen.

27. (S. 17.) Memorial für Burgdorfs Sendung 3. März. Burgsdorfs Bericht

vom 1. April. Protocoll der Lichtenberger Verhandlungen 22. April (Dresd. A.). Es sind die Verhandlungen unmittelbar vor des Kurfürsten Ankunft; Seidel, Kleist, Löben und Burgsdorf verhandeln mit Friesen und Leube.

28. (S. 17.) Blumenthal schreibt 21. Juni aus Wien, daß schon vor drei Wochen ein kaiserl. Geheimrath eine vornehme Person gefragt habe, warum der Kurfürst den Pfalzgrafen in Düsseldorf überrumpeln wolle.

29. (S. 17.) adjacente utrinque (zu beiden Seiten der Oder) terra, ea latitudine litoris orientalis; statt litoris hatten die Schweden schon in Osnabrück lateris zu setzen gefordert.

30. (S. 18.) „Gerade als ob sie legulegi waren" sagte der alte Kanzler zu Schlezer. (Bericht vom 16. Aug. 1651) und darnach bei Pufendorf III. 47. artes legulegorum sibi incognitas

31. (S. 18.) Der Kurfürst hebt in seinem Schreiben an den Erzherzog Statthalter der Niederlande 29. Juli hervor, daß der Pfalzgraf ihm zu nahe getreten sei, ihn „in seiner kurfürstlichen Ehre touchirt habe", . . . „mit fast schimpflichen und unter Fürsten ganz ungewöhnlichen Schreiben nicht ein- sondern mehrmal uns affrontirt und so nachdenkliche Drauworte vernehmen lassen, daß" u. s. w. Aehnlich in der Instruction für Blumenthal bei v. Moerner Sparr p. 271.

32. (S. 18.) Aus der Denkschrift von Portmann und Seidel „zu S. Cf. D. eigenen Handen überreicht, Cleve 2. (12.) Juni 1651." UA. VI. p. 23.

33. (S. 18.) Es scheint namentlich Blumenthal, der vortreffliche Finanzier, diese Bedenken hervorgekehrt zu haben, wie sie denn demnächst in seinen zahlreichen Briefen aus Wien eine große Rolle spielen.

34. (S. 19.) Leider liegt über diese Verhandlungen in Sparenberg in den Acten nichts vor. In Wien wurde geglaubt, der Statthalter von Minden Graf Wittgenstein und Graf Moritz von Nassau „hätten die meiste Schuld". (Blumenthals Schreiben 9./19. Juli.) Dagegen sagt Wüsthaus in seiner „historischen Beschreibung" (Düsseld. Arch.): „Graf Nassau, welcher ein alter erfahrener Kriegsheld war, urtheilte von diesem extremo remedio nichts guts, mit Vermuthen, wenn drei Rädelsführer von Kandt wären geholfen, quos hic reticere Plato jubet, daß diese Action wol sollte zurückgehalten sein." Er kann Wittgenstein, Schwerin, Gen. Norprath gemeint haben.

35. (S. 19.) Seine Gemahlin war eine Gräfin von Nassau-Siegen. Er hatte bisher nur eine Compagnie in staatischem Dienst gehabt. Im Besitz der Herrschaft Kuylenburg am Leck, stand er in Mitten der staatischen Interessen. Er war zum Eintritt in den brandenburgischen Dienst geneigt, si je voyois la disposition, resolution ferme pour continuer la guerre et les moyens pour cela . . . . . surtout puisque j'esperois par là monstrer, que j'observois mieux la promesse de fidelité faite à la maison d'Orange, qu'elle n'avoit estant recognue n'y (sic) celle des miens, so seine eigene Angabe UA. VI. p. 129. Die Stellung, die ihm der Kurfürst anbot, war die eines Sergent de bataille de sa cavallerie. Er war von gleichem Alter mit dem Kurfürsten; über die zerrütteten Vermögensverhältnisse seines Hauses s. Erdmannsdörffer Graf von Waldeck p. 9.

36. (S. 20.) Blumenthals Schreiben aus Wien 21. Juni; er war Tags vorher angekommen und das Kriegsmanifest dort bereits bekannt.

37. (S. 21) Nach dem Journal eines Düsseldorfers über diese Vorgänge (Düsseld. Arch.) Der Befehl des Kurfürsten an Obrist Wolf von Eller 16. Juni lautet: „mit 300 Dragonern die Mühle von Düsseldorf zu ruiniren und das Vorwerk (Pempelfort) auszuplündern;" also kein eigentlicher Angriff auf die Stadt.

38. (S. 21.) „Nachdem wir unsere Hauptintention mit der entreprise auf den wohlbekannten Ort aus gewissen Erheblichkeiten geändert, doch gleichwol unsre bei ein-

ander habenden Völker in das Fürstenthum Berg gehen lassen, uns Angerorts bemächtiget und sobald unsre aus Brandenburg im Marsch begriffenen Völker angelangt sein werden, weiter gehen werden, um hierdurch den Pfalzgrafen zur raison zu bringen."

39. (S. 21.) Aitzema p. 560 spricht von der großen Jalousie gegen das Haus Oranien ende wat daer aen dependeerde, soo dat desen oorlogh soo onverwacht ende onversiens voorkomende alhier meer ombrage als genegentheyt verweckte.

40. (S. 21.) Ob im Haag bekannt war, daß Graf Moritz auch Geschütz, Pulver, Pallisaden u. s. w. nach Angerort geschickt hatte, weiß ich nicht; daß es geschehen, ergiebt ein Schriftstück d. d. Wesel 17. Juni von Tileman Becker „Commissarius über die Vivres" nebst einem Verzeichniß „was er geliefert".

41. (S. 22.) Wenigstens diejenigen, welche sich dem v. Romberg auf Gladenhorst anschlossen, hatten bereits seit dem 4. Mai mit den Cleveschen sich verständigt, s. Verzeichniß von 1684.

42. (S. 22.) „Die Verbitterung gegen die Religionsverwandten ist so groß, daß, da das Werk sollte übel ausschlagen, ein grausames Blutbad entstehen sollte, daher sind die Leute in großer Furcht und Angst". Anonymes Schreiben an Graf Moritz 21. Juni.

43. (S. 22.) „Daß man sich innerhalb acht Tagen categorice über die mit demselben einzugehende Allianz erklären soll; wo nicht, daß sie dann ohne Verzug ihre Rückreise nehmen wollen und müssen." Aus dem schon erwähnten Bericht aus dem Haag an den Pfalzgrafen d. d. 27. Juni. Wahrscheinlich ist dieser Bericht von dem pfälzischen Residenten Kuylenburg, demselben, dessen „Bestechungen vieler vornehmer Glieder dieser Regierung" noch vor Ablauf des Jahres entdeckt und Anlaß schwerer Processe gegen diese und ihn selbst wurden; Copes Berichte aus dem Haag vom 10. Oct. 1651, 5. Feb. 1652. Sommelsdyck Brief vom 6. Feb. 1652 bei Groen van Prinsterer II. 5. p. 64.

44. (S. 23.) buyten fatsoen ordre ende redenen, naer sine phantasie. Die Edel-Großmögenden tadeln gewisse Aeußerungen, soodanige manieren van doen als na de constitutie van desen staet nit lijdelijck waren, improberende. Aitzema VII. p. 343.

45. (S. 24.) affin che la causa della nostra religione sia difesa contro de suoi nemici. Schreiben des Pfalzgrafen an den Pabst, das der Ritter Promontorio überbringen sollte, 28. Aug. 1651.

46. (S. 24.) Dort kam er am 10/20. Juni an; „da wir aber selbst unser Volk von Nöthen und man darüber dem Ansehn nach allererst nach Spanien schreiben muß, so wird der gute Prinz wenig Trost bei uns finden". Schreiben des sächsischen Agenten Molzer vom 24. Juni 1651. (Dresdn. Arch.)

47. (S. 24.) Blumenthal 12/2. Juli. „Hier ist groß Feuer und jeder will dreinschlagen."

48. (S. 24.) per haver contro le leggi Imp. fatto legha con altri principi, incominciato la guerra e senza niuna ragione una causa civile fatto criminale. Schreiben aus Wien an den Hof zu Warschau, 10. Juli 1651. (Düsseld. Arch.)

49. (S. 25.) Blumenthals Schreiben, Wien 5. Juli: der Kaiser werde nichts weiter thun, als was er „mit Befehlichen und wörtlichen Bedrohungen und Abmahnungen als summus judex juxta stylum consuetum thun muß, aber jedermann, groß und klein, besonders der Kaiser sehen gern und verlangen, daß S. Ch. D. sich bald vergleiche und inzwischen still liege".

50. (S. 25.) Schreiben des Kurfürsten 18. Juni. ... je vous prie, qu'il vous plaise ne vous en mesler pas ni faire aucune assistance au dict duc, mais faire plustost en sorte que les susdicts differents soyent vuidés entre nous deux en particulier. Der Herzog sendet am 23. Juni aus Brüssel seinen Rath Rousselot, der am 1. Juli Audienz

beim Kurfürsten hat. Vom Erzherzog kam Freiherr v. Ribeaucourt, Gouverneur von spanisch Geldern, der dem Kurfürsten bekannt und ergeben war.

51. (S. 25.) Der kursächsische Agent in Brüssel Molzer schreibt 24. Juni: „Das heißt den Bock zum Gärtner gesetzt; denn seine Soldaten verschonen weder geist= noch weltliches; und die Hülfe wird eine theure Hülfe sein, indem er genugsam Versicherung auf Städte und Schlösser begehren und sie in Ermangelung des versprochenen recompens incorporiren wird". (Dresd. Arch.)

52. (S. 26.) car il ne faut pas faire une follie à demy (Wüsthaus).

53 (S. 26.) Im Theatr. Eur. VII. p. 23 heißt es: „die beiden festen Häuser Horst und Forst im Jülich'schen erobert, Hattingen occupirt." Hattingen ist wohl ein Druckfehler für Rattingen; die Besetzung von Haus Horst (Schenkenhorst) zwischen Düsseldorf und Solingen, erhellt aus einem Briefe s. d. des v. d. Recke für seine Mündel, die Besitzer des Ortes.

54. (S. 26.) Dieß ergiebt sich aus Blumenthals Schreiben vom 26. Juli; man ist in Wien besonders über Graf Moritz empört, der „als einer der kleinsten wie sie sagen propria authoritate mit Vorbeigehn S. Kf. M." sich das erlaube.

55. (S. 26.) Die Ernennung zum „Generalfeldzeugmeister und capo bei gegenwärtiger vorhabender Expedition" ist d. d. Wesel 9. Juli 1651.

56. (S. 27.) Die staatischen Besatzungen im Clevischen betrugen zusammen 56 Compagnien, also wohl 4—5000 Mann; Herstelde Leeuw. p. 501.

57. (S. 27.) Die Aufforderung an die Staaten nach dem Protocoll und die in Beziehung darauf an Aitzema geschickte Instruction vom 21. Juli giebt das mehrerwähnte Verzeichniß von 1684.

58. (S. 28.) Dieser Protest ist datirt Cleve den 27. Juli. UA. V. p. 572.; die Festgenommenen sind die kurfürstlichen Amtmänner zu Altena und zu Hamm, der v. Neuhoff und v. d. Mark. Die Stände intercediren zu ihren Gunsten und sie werden gegen Revers freigelassen.

59. (S. 28.) Nach dem Bericht eines Corporals, der in Neuß die Truppen vorüberziehen sah: 45 Compagnien Reiter zu höchstens 25, 20 ja 15 Mann, 2 Regimenter Fußvolk „die über 600 Mann nicht gewesen". So meldet van Juchen (wohl ein Offizier der staatischen Besatzung) dem Kurfürsten, Wesel 27. Juli Abends.

60. (S. 28.) Nach demselben Bericht: eben diese Besorgniß sei der Anlaß gewesen, die Lothringer über den Rhein zu bescheiden.

61. (S. 28.) Das Theatrum Europ. hat nur das kurfürstliche Schreiben vom 25. Juli, wie es scheint, nach einer holländischen Uebersetzung; das des Pfalzgrafen vom 27. Juli fügt Aitzema hinzu mit dem Bemerken, beide seien sie vom Pfalzgrafen veröffentlicht; daß eine Antwort des Kurfürsten vom 30. Juli nicht mit veröffentlicht ist, scheint den Beweis zu geben, daß sie nur concipirt, nicht an ihre Adresse geschickt ist. Die drei Schreiben jetzt UA. VI. p. 64, 65, 75.

62. (S. 28.) sonder besocht ofte eenige conferentie van Staet ofte ceremonie, sagt Aitzema, der den Besuch am 23. Juli enden läßt; die Angabe von Wüsthaus, daß der Kurfürst vom 3. bis 12. Juli im Haag gewesen, ist unrichtig; ein Handschreiben an den Erzherzog Statthalter vom 11. Juli ist aus Cleve datirt.

63. (S. 29.) Diese merkwürdige Aeußerung findet sich in Blumenthals Brief vom 9/19. Juli; wie denn überhaupt aus diesen Briefen die hier mitgetheilten Notizen sind; zum Theil finden sie sich in den Auszügen bei v. Moerner, p. 282 ff.

64. (S. 30.) Der Kaiser sagte in Betreff der schwedischen Execution: „behüthe Gott, diese Execution wäre uns sowohl als dem Herrn Kurfürsten viel zu gefährlich". Blumenthals Schreiben 5. Aug.

65. (S. 32.) Ueber die Sendung des Grafen Moritz liegt mir nur die Instruction vor (Wesel den ... Juli 1651), mit unausgefülltem Datum; er empfing sie am 29. Juli; namentlich sollte er versichern, daß „im Allergeringsten nicht die Krone Spanien und die Herren Staaten in diesen Krieg einzuflechten des Kurfürsten Absicht sei".

66. (S. 32.) Nach Angaben von Sparr und dem Kriegscommissar Paul Ludwig und einem Schreiben des Obersten Franz Bodelschwingh, Hamm 7. Aug. Sie geben die Stärke des Feindes auf 8000 Mann an.

67. (S. 33.) Dieß Memorial hat Schlezer in Stockholm am Sonntag den 20. Aug. dem Kanzler vorgetragen. Schlezers Bericht 26/16. Aug. Wie Philipp von Horn in Lübeck mit Adler Salvius über die Allianz verhandelt, erzählt Chanut Mém. II. p. 266.

68. (S. 33.) Diese Erklärung hat Aitzema VII. 572; sie datirt Cleve 9. Aug., wohl dem Tage der Rückkehr des Kurfürsten aus dem Haag; wenigstens dürfte die Angabe UA. V. p. 526, daß der Kurfürst 6—11. Aug. wegen der Reise nach dem Haag abwesend war, nicht richtig sein.

69. (S. 33.) „Daß man sich zu moviren und in die Grafschaft Mark zu gehen gänzlich intentionirt sei", meldet dem Kurfürsten Oberst v. Bodelschwingh 7. Aug.

70. (S. 34.) Waldeck schreibt dem Düsseldorfer Vicekanzler v. Althof aus Cleve 13/3. Aug.: „man führt hier die Rede, wie ich gesagt, man hätte mit Willen Rattingen quittirt, habe an andern Orten fortfahren wollen, so sei man jenseits fortgegangen und man wolle noch mehreres erwarten, um sich an den Platz zu stellen, der S. F. D. zuvor am kaiserlichen Hof zugestanden." (Düsseld. Arch.) Ausführlich erzählt diese Sendung Waldeck selbst in der eigenhändigen Aufzeichnung UA. VI. p. 129 ff.

71. (S. 34.) Der als Geschäftsmann höchst accurate Pfalzgraf hat eigenhändig ad acta geschrieben: „Anzeig, so ich den 12. Aug. ante prandium dem Grafen Waldeck geschrieben habe", folgen dann die Einzelnheiten; zum Schluß: „und möcht man bei Angerort im Feld ein jeder mit etwa 100 Pferden zusammenkommen; und wenn ich werde wissen, daß S. Cf. D. aus dem Haag nach Cleve komme, will ich den Tag benennen, welches der Graf Waldeck angenommen." Uebrigens hat Waldeck auch nicht einmal den Schein angenommen, als ob er wie von sich selbst handle, sondern, wie der Pfalzgraf notirt, angegeben, „daß S. Cf. D. nochmals zu persönlichem abboccament inclinire."

72. (S. 34.) Waldecks Schreiben an Vicekanzler Althof, Cleve 13. Aug., das anfängt: „Gott Lob und Dank."

73. (S. 34.) So Waldeck an den Kurfürsten, Düsseldorf 16. Aug. Er schließt mit begeistertem Ausdruck seiner Ergebenheit, der „ohnaussprechlichen Begierde mich würdig zu machen des Nahmens so ich will führen bis in mein Grab von E. Cf. D. unterthänigsten und treu gehorsamsten Diener." Den Vertrag vom 16. Aug. über das „abboccamento" hat v. Moerner p. 315.

74. (S. 34.) Waldeck aus Duisburg an den Pfalzgrafen 17. Aug.: der Kurfürst sei etwas gealterirt gewesen, daß er, nachdem er seine Armee in seine eigenen Lande zurückgezogen, auf des Pfalzgrafen Erklärung nach Duisburg gekommen, erfahren müssen, daß dessen Armee aufgebrochen und nach der Mark im Marsch sei, „auf welchen Fall, den ich jedoch nicht hoffen will, J. Cf. D. Armee auch marschieren wird, selbiger zu begegnen."

75. (S. 34.) Nach Aitzema, der den Bericht eines Herrn aus des Kurfürsten Suite benutzt hat. Pufendorf folgt Aitzema zum Theil wörtlich. Ich benutze das Conceptprotocoll über die Zusammenkunft und ein Schreiben des Kurfürsten an Blumenthal, Duisburg 22/12. Aug. Den lothringischen Obristen nennt dieß Schreiben Bötzelaer; er wird aus der cleve'schen Familie des Namens sein.

76. (S. 37.) Das ergeben die kurfürstlichen Schreiben an die Stände von Cleve, Mark, Ravensberg, Minden und Halberstadt vom 9. Sept. wegen Auseinanderlegung der Truppen, die zahlreichen Dislocationsbefehle vom 8. Sept., gerichtet an 8 Regimenter zu Fuß und 6 zu Roß; unter diesen sind wenigstens vier erst in den letzten Wochen errichtet. Wenn das namentliche Verzeichniß im Theat. Eur. VII. 23 die Stärke des brandenb. Heeres auf 10 Regimenter zu Fuß in 86 Compagnien und 7 zu Pferd in 48 Compagnien ergiebt, so ist diese Angabe eher zu niedrig als zu hoch. Einzelne Obriste, so Graf Lynar, Puttlitz u. A. waren noch im Werben begriffen. Auch mit Gen. Rosen und den alten weimarischen Regimentern wurde unterhandelt, namentlich ein H. v. Osten, der später in schwedischen Dienst trat, 1658 Oberst war, wurde dazu verwendet, wie dessen Schreiben an Schwerin, Tönningen 4. Oct. 1659 ergiebt.

77. (S. 39.) Es wird nicht groß Gewicht darauf zu legen sein, daß der dem Kurfürsten wohlgesinnte Ribeaucourt am 16. Sept. ihm schreibt: Les armes de S. M. (von Spanien) ont maintenaut assez d'excercice contre la France qu'elles n'ont loisir de penser à se mesler d'autre guerre.

78. (S. 40.) Dies erwähnt eine kurfürstliche Resolution an die brandenb. Reichsgesandten d. d. 31. Juli 1653.

79. (S. 40.) Nach dem Verzeichniß von 1684 ergeht bereits am 17. Sept. die Aufforderung des jülichschen und bergischen Syndicus an die clevische Ritterschaft nach Cöln zu kommen; und am 22. Sept. wird Aitzema beauftragt, die Staaten um Erfüllung der Garantie zu mahnen „und sich vernehmen zu lassen, daß sie sonst auf eine andere Weise würden Hülfe und Rettung suchen müssen.“

80. (S. 40.) Den Gang der Verhandlungen hat Pufendorf und Aitzema; der Vergleich wurde am 11. Oct. in Cleve, den 12. in Düsseldorf unterzeichnet. Die Notizen über die Stände sind aus Wüsthaus historischer Beschreibung.

81. (S. 40.) Sommelsdyck schreibt am 29. Jan. 1652: si selon les grandes apparences la pacience nous echappe contre les Anglais, on en pourroit revenir plutost à nostre vieille forme de gouvernement, par ou l'Estat se raffermiroit et les gens de bien et d'honneur se releveroient.“ Groen van Prinsterer p. 63.

82. (S. 41.) Aus der Brochüre „Eines getreuen Preußischen Patrioten summarische eilfertige Interimsbeantwortung derer dreizehn Motiven, welche im vergangenen Monat allhier zu Danzig bei Philipp Christian Rhat gedruckt worden“ 1657. Der Botschafter war der v. Grotkowsky und die Brochüre giebt den Wortlaut seiner am 8/18. Januar in Cleve überreichten Proposition an; er habe „dergleichen ungereimte beschwerliche und unleidliche Händel fürbracht, daß er auch für seine Person ein anderes Tractement als ihm S. Cf. D. aus angeborner Milde habe anthun lassen, verdient.“ Die Propositionen Grotkowsky's jetzt UA. VI. p. 119.

83. (S. 42.) Diese Nachrichten über Wien und Dresden sind aus einem Gutachten Seidels über die neue Ordnung des Geheimraths d. d. Cleve 19. Decb. 1651.

84. (S. 42.) J. P. O. 10. 13. ad haec concedit (der Kaiser und das Reich den Schweden) moderna vectigalia vulgo Licenten vocata ad litora portusque Pomeraniae et Megalopoleos jure perpetuo, sed ad eam taxae moderationem reducenda, ne commercia in iis locis intercidant. Man hatte in den später abgefaßten Artikeln über die Rückgabe Hinterpommerns und Rostocks unterlassen hinzuzufügen, wie J. P. O. 10. 12. 13., in locis coronae Succiae cessis, weil es sich von selbst zu verstehen schien.

85. (S. 42.) Von diesem „französischen Consilium“ meldet Schlezer aus Stockholm 21. Decb. 1651, daß der Kurfürst es ihm vor acht Tagen mit zugesandt, daß er bei näherer Erkundigung erfahren, es stamme von Chanut, der zu den schwedisch-polnischen Tractaten als Mediator bestellt sei, es enthalte die Ansichten, die dessen Vertreter Picquet

in Stockholm schon mehrfach ausgesprochen. Picquet hat den Ausdruck gebraucht que l'amitié entre la Suède et la Pologne pourroit brider l'Empereur, la maison d'Autriche et les Princes d'Allemagne, que l'Empereur, les Anglois, le Roy d'Espagne, les Turcs et les Tartares seroyent contraires à ceste paix. Dies französische Project spielt in der Correspondenz der nächsten Monate eine große Rolle. In des Kurfürsten Hand war es aus dem Haag Ende November gekommen, s. kf. Rescripte an die preußischen Oberräthe 28. November 1651, 29. Januar 1652 bei Orlich III. p. 43.

86. (S. 45.) Aus Blumenthals Gutachten, Halberstadt 19. Febr. 1652; er fügt hinzu, nur auszunehmen sei „das eigene Kurhaus, das Haus Hessen und, wenn der jülichsche Streit nicht wäre, wegen der Erbverbrüderung das Haus Sachsen, dann das Kurcollegium." Er meint mit Hessen natürlich weder die Darmstädter Linie, noch die von Rheinfels.

87. (S. 46.) Auch jetzt, nachdem namentlich aus dem Archiv von Arolsen mannichfache neue Materialien für diese Dinge bekannt geworden sind, ist es nicht möglich, die pragmatische Reihenfolge in dem Reorganisationswerk festzustellen. Möglich, daß die Grundlage dazu das Memorial gab, welches von Waldeck dem Kurfürsten vorgelegt wurde (bei Rauchbar p. 32); leider ist es undatirt. Das früheste Actenstück in Betreff der Reorganisation ist d. d. Schloß Cleve 4. Decb. 1651 „Instruction nach welcher sich" ꝛc. Graf Waldeck, Blumenthal, Schwerin, Tornow „bei der ihnen von Uns in Gnaden aufgegebenen Direction unsres gesammten Cammerstaates aller unsrer Lande und deren Einkommen und Ausgaben zu achten und zu verhalten haben." Das Concept ist von Schwerins Hand.

88. (S. 46.) Des Kurfürsten Rescript ist d. d. Cleve 9. Jan. 1652.

89. (S. 46.) Gutachten von Philipp von Horn, der zum Statthalter von Pommern designirt war d. d. Kartzig 26. Jan. 1652.

90. (S. 46.) Gutachten Blumenthals Statthalters von Halberstadt d. d. Halberstadt 19. Feb. 1652.

91. (S. 47.) Das von Cosmar Schwarzenberg, Beil. IX. angeführte Schreiben aus Cöln 1. Juli 1649 (Berl. Bibl. Man Bor. 4°. No 19), das ein höchst abscheuliches Bild von Burgsdorf entwirft, zeigt wenigstens, wie groß der Haß in gewissen Kreisen gegen ihn war.

92. (S. 49.) Rescript des Kurfürsten an den statthaltenden Kanzler und Geheimenräthe in Berlin d. d. Cleve 1. Nov. 1647. Pfuels Eingabe an den Geheimenrath d. d. Berlin 26. Mai 1648; es sind 43 sehr geschickt gestellte Fragen, die von den betreffenden Obrigkeiten beantwortet werden sollen.

93. (S. 49.) Fidicin Territorien der Mark Brandenburg I. p. 150 ff. Im Dorf Selchow hatte 1610 die Gutsherrschaft 5 freie Hufen, neben 11 Hufnern mit 53 Hufen; 1624 war das Gutsfeld auf 22 freie Hufen gewachsen, das Bauernfeld auf 36 Hufen mit 8 Hufnern gemindert: 1652 war nur einer von den Hufnern übrig, zwei fremde zogen ein.

94. (S. 49.) Daher 1669 und 1670 die Verhöre derer, „so bisher einige Hufen von der Contribution eximiret" abgedruckt bei v. Eickstedt Beiträge p. 349 ff.

95. (S. 49.) Der statthaltenden Kanzler und Räthe Gutachten vom 26. Mai 1648, unterzeichnet von Götze (dem Kanzler), A. G. v. Putlitz, Löben, Thomas v. Knesebeck und Striepe.

96. (S. 50.) Erdmannsdörffer hat das Verdienst, die bedeutende Persönlichkeit Waldecks zuerst in volles Licht gestellt zu haben; die Materialien dazu bot ihm das Archiv zu Arolsen, in das namentlich auch viele Actenstücke aus des Grafen brandenburgischer Dienstzeit übergegangen sind. Im hohen Maße lehrreich ist auch die neuer-

dings von Director Dr. Curtze publicirte Schrift des Johann Georg von Rauchbar „Leben und Thaten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck", eine Schrift, die freilich nicht verkennen läßt, daß sie von einem der Räthe Waldecks und unmittelbar unter seinen Augen verfaßt worden ist; aber sie giebt eine Fülle actenmäßigen Materials.

97. (S. 51.) Cleve 4. Decb. 1651. „Neue Verordnung und Disposition, darnach... unsre sämmtlichen Geheimenräthe allhier und zu Cöln a/S. unsre Landesgeschäfte künftig zu expediren und zu verrichten haben sollen." Cosmar in der Geschichte des Staatsraths p. 198 ff. hat diese Dinge nichts weniger als richtig aufgefaßt, namentlich der weiteren Ausbildung der neuen Anordnung eine Deutung gegeben, die den Acten nicht entspricht, wie das Gutachten Seidels zeigt (d. d. Cleve 19. Decb. 1651), der, wie jeder der Geheimenräthe aufgefordert war, sich über den neuen Plan zu äußern.

98. (S. 51.) In dem angeführten Memorial sagt Waldeck: „daß S. Cf. D. vorerst dadurch einen gewaltigen Nutzen würden empfinden, wenn dieselbe gnädigst beliebten, jedesmal des vorigen Abends ein Memorial aller expediendorum sich geben zu lassen, daraus dann des folgenden Morgens, was etwan des Tages über im consilio und sonsten wegen Gesandtschaften vorkommen würde, beneben deren secreten correspondenzen ganz allein zu überlegen". Daß Waldeck auf diesem Wege, in dem er zugleich die auswärtige Correspondenz, den Vorsitz in der Militär- und in der Finanzcommission erhielt, seinen dauernden Einfluß zu gründen dachte, hat er selbst an Sommelsdyck gemeldet, wie dessen Antwort 1. Jan. 1652 bezeugt: ... le contentement que j'ai de voir, par la vostre du 26me Dec., l'advantage que vous vous estez reservé pour vous conserver la principale direction en vostre cour faict que je me force pour vous féliciter votre employ u. s. w.

99. (S. 51.) In diesem Theile des neuen Systems, der Geschäftsführung im Geheimenrath erinnerte Manches an die Rathseinrichtungen, die seit 1553 Wilhelm IV. von Jülich, Cleve, Berg u. s. w. eingeführt hatte, namentlich die Scheidung von Rath und Cabinet.

100. (S. 52.) Aus diesem Verhältniß erklären sich die tadelnden Bemerkungen Waldecks über die gegen frühere Zeit mindere Tüchtigkeit des Geheimenrathes, über seine oft schläfrigen Berathungen, über ungenügende Protocolle (aus einem denkwürdigen Gutachten vom Februar 1655).

101. (S. 53.) Rescript an die Amtskammer zu Cöln a/S. d. d. Cleve 14. Jan. 1652. „Und sind wir also im Werk begriffen, unsern Hofstaat also zu reduciren, daß hinführo alle unsere Diener mit einem gewissen Gelde richtig gezahlt und dagegen alle Deputatstücke .... aufgehoben werden sollen".

102. (S. 54.) Rescript d. d. Cleve 29. Jan. 1652.

103. (S. 54.) Dieß nach dem „Status der clevisch und märkischen Rechenkammer aufgesetzt den 19. August 1641" (Düsseld. Arch.) ein Actenstück, das in seiner Ausführlichkeit mir besonders lehrreich gewesen ist.

104. (S. 54.) Bericht der Rechenkammer über den Zoll in Lenzen 24. Feb. 1652.

105. (S. 54.) Rescript des Kurfürsten an die Amtskammer d. d. Cleve 29. Jan. 1652, in Betreff des Hans v. Rochow, der das lehninsche Gut Phöben, und des Georg Wilke v. Rochow, der das Amt Potsdam, das die v. Haakschen Erben in Pfand hatten, zu erwerben wünschte. Besonders lehrreich sind für die Domainenverhältnisse in den Marken die jüngst von Herrn Zietelmann herausgegebenen Etats für die Neumark 1652 (Zeitschrift des historischen Vereins für die Neumark 1863).

106. (S. 55.) Ueber diese „Usual-currente-Handmünze" nach dem Edict vom 17. Feb. 1651, s. Riedel der brandenb. preußische Staatshaushalt p. 21.

107. (S. 55.) Rescript an die Amtskammer d. d. Cleve 29. Jan. 1659.

108. (S. 56.) Waldeck sagt in dem angeführten Gutachten vom Feb. 1655, indem er, sonderbar genug ein laudator temporis acti, den derzeitigen Zustand des Staates lebhaft tadelt: „ein Kriegsrath war bestellt, welcher auf alle Kriegssachen sahe, welcher jetzt fehlt." Waldeck hat dann diesen Satz wieder gestrichen.

109. (S. 56.) Von den Acten, welche diese Dinge betreffen, scheint außerordentlich wenig erhalten zu sein; vielleicht, daß sich in den Provinzialarchiven noch manches verbirgt. Ich folge dem, was mir aus den Acten des Staatsarchives und aus den Arbeiten von Orlich, Gansauge, Hennert, Baczko u. s. w. bekannt geworden ist.

110. (S. 57.) Für Preußen ist besonders lehrreich, was König in einem Heft seiner Collectaneen (Bibl. zu Berlin Mss. bor. Fol. No. 317) gesammelt hat. Ein Defensionsplan für die Mark (Mss. bor. 4° No. 41), der nach Gansauge (das brandenb. preuß. Kriegswesen p. 44) aus der Mitte des 17. Jahrhunderts ist, ist nach 1610 und vor 1620 geschrieben.

111. (S. 57.) Leider ist von Acten, welche diese Dinge betreffen, im Staatsarchiv so gut wie nichts mehr vorhanden; sie sind wohl nie in dasselbe gekommen, sondern im Kriegsdepartement verblieben, wo sie wohl im Anfang des 19. Jahrhunderts cassirt sein dürften. Eine genauere Erforschung der Provinzialarchive, namentlich des Königsberger, dürfte vielleicht noch Einiges ergeben.

Die deutsche Frage.

112. (S. 63.) Mir hat eine Abschrift des hildesheimischen Vertrages mit den Bemerkungen der kurfürstlichen Räthe d. d. 10. Nov. 1654 vorgelegen.

113. (S. 64.) So Blumenthal in seinem Gutachten vom 19. Nov. 1652. Seine Angaben aus dem Hippolithus a Lapide sind nicht ganz genau, das Wesentliche steht allerdings P. III. sect. 2. domus Austriacae exstirpatio und sect. 3. novi Imperatoris electio et capitulationis eidem praescribendae modus.

114. (S. 64.) J. P. O. 8. 3. (M. 9. 64.) Habeantur autem comitia Imperii intra sex menses a dato ratificatae pacis . . . In proximis vero comitiis emendentur inprimis anteriorum conventuum defectus, ac tunc quoque de electione Romanorum regum, certa constantique Caesarea capitulatione concipienda . . . . legitimo munere directorum in Imperii collegiis et similibus negotiis, quae hic expediri nequiverant, ex communi statuum consensu agatur et statuatur.

115. (S. 65.) So Blumenthal in dem Gutachten vom 19. Feb. 1652.

116. (S. 65.) Kleist wurde an die rheinischen Kurfürsten, Platen nach Dresden, Crockow nach München gesendet, Jan. 1652, also vor dem oft erwähnten Gutachten Blumenthals, das Aehnliches räth.

117. (S. 66.) Caesari placebat auctoritati Electorum conservandae praecavere, ne reliqui ordines hunc actum si citra praeviam Electorum requisitionem comitia nunc haberentur in praejudicii vicem deinceps allegarent. Puf. III. §. 60. Das Ausschreiben zum Reichstag nach Regensburg auf den 1. Oct. 1652 ist datirt Wien 22. April 1652. Londorp VI. 658.

118. (S. 66.) Die Bedingung sollte lauten, daß Schweden praestanda prästire, ohne bestimmte Angabe der Leistung. Puf. III. §. 60.

119. (S. 67.) Einiges darüber enthält Vantorte Bericht vom 10. Juli 1653 (Négoc. Secr. III. p. 558); unter andern erhielt Kurpfalz die Zusage, daß Lautern, seines Oheims des Pfalzgrafen von Simmern Land, kurpfälzisch sein sollte. Andere Zuwendungen für Mainz, Sachsen u. s. w. zählt das braunschweigische Memorial bei v. Meiern Acta comit. Ratis. I. p. 1148 auf.

120. (S. 69.) Dies ergiebt sich aus Blumenthals Schreiben aus Regensburg vom 25. Juli 1653. Seine politische Richtung bezeichnet sein Wort (Schreiben an Waldeck 5. März 1652, Erdmannsdörffer p. 115) la vraie et plus certaine maxime de notre patrie est d'être bien avec le chef et celui-ci avec ses membres.

121. (S. 69.) Dies sog. Prager Rescript vom 21. Nov. 1652 bei v. Meiern Acta comit. Ratisb. I. p 21.

122. (S. 69.) So ergeben sich die kaiserlichen Erklärungen, über die mir kein unmittelbares Actenstück vorgelegen, aus dem, was der Reichsvicekanzler Graf Kurz der brandenb. Gesandtschaft in Regensburg sagt; Rel. 30 vom 5. Mai 1653.

123. (S. 70.) Der Receß des Kreistages ist vom 7. Nov. 1652 Londorp VI. p. 687. Ihre umfassende und sehr lehrreiche Instruction d. d. 6. Decbr. 1652, jetzt UA. VI. p. 148.

124. (S. 70.) Brandenb. Gesandte waren Crockow, Platen, Frommhold, Portmann; von schwedischer Seite waren Bohlen und der höchst geschickte und thätige Björnclou anwesend.

125. (S. 71.) Nach des badischen Gesandten v. Merkelbach mündlicher Nachricht in dem brand. Bericht vom 31. Jan. 1654.

126. (S. 71.) ... facultatem sibi reservant in proximis comitiis aut alias apud S. C. M. .... ulterius respective amice interveniendi et demisse intercedendi J. P. O. 5. 41.

127. (S. 71.) Die Relat. 30 vom 5. Mai, der diese Dinge entnommen sind, nennt den Conrad von Sacken, von den schlesischen Evangelischen gesandt, den Oestreicher Rückhammer, der von dem kais. Oberhofmarschall in seine Carosse miteinzusteigen aufgefordert, dann vor das Thor der Stadt gefahren und kais. Trabanten übergeben wurde, ihn als Gefangenen nach Wien abzuführen; auch einen jungen Cavalier v. Wendischcreuz, der sich zu seiner Ausbildung in Regensburg aufhalten wollen, aber auch „solchen vigor" habe erdulden müssen.

128. (S. 72.) „intra praesens tempus et mensem Sept. vel victores erimus aut omnes ad internecionem occisi; aber das Reich muß schleunigst helfen, sagte der Gesandte." Crockows Bericht vom 5./15. März.

129. (S. 73.) Kaiserliches Schreiben 21./31. März 1653 bei Londorp Act. publ. VI. p. 352.

130. (S. 73.) Blumenthal sagt in seinem Gutachten vom 19. Febr. 1654: „der größte Theil des Herzogthums Hinterpommern sei in der pommerschen Wittib Hand und wenn der Kurfürst es noch ein halbes oder ganzes Jahr länger entbehre, sei der Schade nicht so groß."

131. (S. 75.) Das Gutachten der Stände (7. April), so wie das kaiserliche Schreiben (12. April) steht bei Londorp VI. 855. 857.; in letzterem heißt es: spe freti hanc nostram requisitionem utpote in pace conventa funditam, aequo animo acceptam fore, insuper enixe postulantes ut per expressum hunc cursorem mentis Suae declarationem ad nos perscribere ac sine longiore mora eundem remittere ne gravetur.

132. (S. 76.) Die betreffenden Schreiben der schwedischen Gesandschaft stehen bei Londorp VII. 1. ff.

133. (S. 76.) d. d. 27. April 1653. Sie ist jetzt abgedruckt UA. VI. p. 206 f. Dazu das eigenhändige Schreiben des Kurfürsten an Blumenthal 6. Mai 1653 (UA. p. 214).

134. (S. 78.) qui tarde dat diu noluit.

135. (S. 79.) Kurfürstl. Rescript vom 7./17. Mai UA. VI. p. 215, in Augsburg 20./30. Mai angekommen.

136. (S. 81.) Vautorte 18. Juli (p. 569.) jamais la cour de Vienne n'a été plus Espagnolle qu'elle est, et jamais les Etats n'ont été plus soumis à l'Empéreur.

137. (S. 81.) Der „westerwaldische Edelmann", wie sich Johann Philipp gern nannte, „griff sich in die Hüfte, kratzte den Kopf, wie er denn vorher auch etlichemal gethan," schreibt Blumenthal nach einer solchen Besprechung mit ihm.

138. (S. 81.) Rescript vom 31. Juli, daß Cöln und Trier nicht weiter votiren wollen, ehe ihnen gegen den Lothringer geholfen, „können wir ihnen nicht groß verdenken, sondern achten uns, nach dem Gott uns zu dem, was uns durch den Friedensschluß zugestanden aus Gnaden verholfen, dahin zu trachten verbunden, wie auch unsre übrigen Mitstände in völlige Beruhigung gesetzt nebst und mit uns der Frucht des Friedens genießen mögen", er läßt ihnen versichern „daß wir von ihnen nicht absetzen wollen", namentlich daß er seiner Seits die nöthige Zahlung gern genehmigen und auch leisten werde.

139. (S. 81.) Dies sagt Blumenthal dem Kaiser in einer Audienz 1./11. Sept.

140. (S. 81.) Blumenthals Schreiben an den Kurfürsten vom 18./28. Juli: una scopa dissoluta.

141. (S. 83.) „Wenn der Kurprinz nicht nach seines Vaters Tode katholisch wird, sondern evangelisch bleibt" u. s. w. Blumenthals Schreiben vom 18./28. Juli.

142. (S. 84.) Vautorte 24. Juli. l'Empéreur peut tout ici et les Etats sont dans une bassesse extrême.

143. (S. 84.) Blumenthals Schreiben 13./23. October 1653. Vautorte schreibt: Mr. l'Electeur de Saxe est Autrichien selon sa coutume.

144. (S. 84.) Kaiserliches Decret vom 16. Oct. 1653, auf der ständischen Deputirten petitum. Aus dem Verzeichniß der 1684 von den Jülich-Clevischen Ständen abgelieferten Acten.

145. (S. 85.) Dies sagt Blumenthal, 19. Oct., auf Anlaß der Bemühungen des Heidelberger Kurfürsten, seinen Oheim aus dem Besitz von Lautern und der Reichsstandschaft zu drängen; er fügt hinzu: „ein jeder sagt, jener habe Recht, und niemand ist, der diesem nicht suche seinen Zweck zu befördern, außer wir."

146. (S. 85.) Erdmannsdörffer p. 120 hat diesen „Ministerwechsel", wie er ihn bezeichnet, nach der Seite der persönlichen Beziehungen der Betheiligten eingehend dargelegt. Er führt eine sehr merkwürdige Aeußerung Waldecks in dem Schreiben an Blumenthal 13. Nov. 1653 an: vous esperez d'apprendre que S. A. E. ayt un but certain; je souhaiterois de vous le pouvoir dire; je ne doute point qu'il n'en ayt et suis quelque fois de l'opinion de le conoistre, mais si parfois je vois des actions et conseils contraires à ce but que je m'imagine, je suis hors de posture.

147. (S. 86.) Dies Rescript vom 23. Oct. ist von Tornows Hand und dann, wie natürlich, dem Kurfürsten vorgelesen; die Worte „es gehe uns . . . verhängt hat", sind am Rande beigeschrieben und wohl des Kurfürsten eigene Worte.

148. (S. 86.) J. P. O. 16. 11. factam in hoc pacificationis conventu a statibus Imperii promissionem, se in proximis Imperii comitis S. C. M^{ti}. pro hactenus toleratis belli sumtibus subsidium e collectis Imperii praestandum decreturos. Das kurfürstl. Rescript vom 26. Oct. sagt: „anlangend die 100 Römermonate, so wüßten wir uns nicht zu erinnern, daß dieselben vom Kurfürstencollegio zu Osnabrück und Münster so schlechter Dinge sollten bewilligt sein". Aehnlich andere Reichsstände.

149. (S. 87.) Etwas später schreibt Vautorte (12. Febr. 1654) von den Schweden: ils témoignent peu de chaleur pour les intérêts des Protestants, qui en sont fort scandalisez.

150. (S. 88.) So Blumenthals Bericht vom 8./18. Sept. Etwas abweichend v. Meiern 1. p. 472. Der Scandal fiel 7./17. Sept. vor.

151. (S. 89.) Je vois ici quelques Protestants, qui n'ont pas en lui une entière confiance, toute fois son Maître l'a en apparence et je n'ai encore rien vu dans sa conduite, qui put donner du soupçon, sinon qu'elle est plus reservée à notre égard. Vautorte, 12. Febr. 1654.

152. (S. 90.) „Nachdem wir befunden, daß es uns in vielen Wegen zuträglich sein würde, es auch unsres Amtes, den Evangelischen beizustehen, so zielen wir dahin, wenn Sachen vorfallen, so dem I. P. gemäß oder sonst den Evangelischen zu Statten kommen" ... Rescript vom 23. Nov. 1653.

153. (S. 90.) „Nach einem Verzeichniß im Theatr. Eur. VII. p. 163, hatte der Herzog Ende 1652 16 Regimenter zu Roß mit 2344 Mann, 12 Regimenter zu Fuß mit 1163 Mann; je nachdem der Zulauf war, wechselte die Stärke seines „Kriegsstaates".

154. (S. 91.) Daß Condé gesagt habe: „Kais. Maj. sei es nicht zuwider, ja von ihm gleichsam erlaubt," steht in Kurcölns Schreiben an den Kaiser, d. d. Lüttich, 2. Jan. 1654, „welches dann bei dem gemeinen Mann den Gedanken erwecket, als thäte E. Kais. Maj. solches der Krone Spanien zu gefallen."

155. (S. 91.) In späteren Actenstücken beruft sich Waldeck auf ein Gutachten vom 31. Dec., das er in Anlaß einer Aufforderung des Kurfürsten an die Geheimenräthe, sich über die Frage, ob Allianzen zu suchen seien, zu äußern, gegeben hat; ich hatte mich nach demselben in dem Berliner Archiv vergebens umgesehen; Erdmannsdörffer hat es, wie so viele für die brandenburgische Politik dieser Zeit wichtige Actenstücke, in dem Archiv zu Arolsen aufgefunden, und in seiner Schrift über Waldeck p. 179 ff. dem Hauptinhalt nach mitgetheilt. Es entwickelt in überaus merkwürdiger Weise das politische System, das der Kurfürst zu befolgen habe. Die Summe desselben ist: Bündnisse zu schließen mit den evangelischen Fürsten, namentlich den drei braunschweigischen Höfen, defensive Bündnisse zu gegenseitiger Hülfeleistung mit einer bestimmten Truppenmasse; Waldeck spricht als den geheimen Zweck dieser Verbindungen aus: „durch unveränderliche Rathschläge, beständige Zusammenhaltung und vernünftiges Führen der Sachen zu Regensburg viele, wo nicht alle Evangelische an sich zu ziehen; und wenn Sachsen, wie vermuthlich, sich hierzu nicht verstehen will, unzweifelhaft für das Haupt der anderen Bundesgenossen erkannt, erklärt und beständig gemacht zu werden." (p. 184.); wie er dann einem der zum Unterhandeln Bestimmten schreibt: „aber das bitte ich, laßt euch nicht merken, daß wir einig Imperium in Gedanken haben bei der Allianz" p. 198. Ueber das Einzelne der Verhandlungen in Minden, Hamburg u. s. w. giebt Erdmansdörffers Schrift Auskunft.

156. (S. 92.) quasi per cuniculos so jämmerlich zugerichtet und zerlegt werden." Rescript vom 15./25. Januar 1654; jussu Serenissimi praes. Graf Waldeck, Puttlitz Knesebeck, Somnitz, Tornow; im Concept von Weimanns Hand.

157. (S. 92.) Kais. Commission auf den Bischof von Münster, d. d. 23. Febr. 1654, aus dem früher erwähnten Verzeichniß cassirter clevischer Ständeacten. Zugleich wurde an Kurbrandenburg ein kais. Schreiben erlassen mit der Weisung, „sich zu der Demolition von Hamm und Lippestedt gebührend zu bequemen".

158. (S. 92.) Vautorte 5. Febr. 1654, les députes des Ducs de Brunswyck me firent dire hier que leur Assemblée avoit été empêchée par les Suédois.

159. (S. 93.) un principado en Alsacia o Alemannia en soveranidad, so Harcourts Propositionen bei Ranke franz. Gesch. III, p. 155.

160. (S. 94.) ils lui font la cour. Vautorte 12. Februar 1654. Genaueres in dessen Schreiben vom 15. Jan.

161. (S. 94.) Davon handelt Boreels Brief an de Witt, Paris, 2. Jan. 1654. daer uyt dan veele sware ende vreeselycke inconvenienten souden staen te verwachten.

162. (S. 95.) Aus einem Schreiben des Grafen Moritz von Nassau; Cleve 10. Feb. 1654.

163. (S. 95.) S. A. E. reçoit les propositions qui en ont été faites avec le respect qu'elle . . . doit, et supplie d'en faire presser l'exécution pendant que la maison d'Autriche fait ses derniers efforts pour désunir les princes, l'union des quels peut seule empêcher l'établissement de cette souveraineté, auquel on travaille depuis tant d'années en Allemagne et laquelle se trouvant un jour unie à la puissance d'Espagne se rendra formidable à tout le reste de l'Europe. UA. II. p. 28.

164. (S. 96.) Auch über diese Dinge, von denen in den französischen Archiven nach UA. II. p. 27 ff. sich nur Dürftiges findet, haben erst die Papiere in Arolsen einige Aufklärung gebracht; Erdmannsdörffer p. 227 ff. Wie lebhaft Waldeck das französische Bündniß wünschte, zeigt sein Schreiben an Sommelsdyck vom 30. Jan. 1654 l. c. p. 460.

165. (S. 97.) Die Hohenzollern, Salm, Nassau, die zugleich mit in Frage standen, waren wenigstens aus der Nobilität des Reichs. Das Haus Nassau erhielt Session für zwei Stimmen, eine für die evangelische, eine für die convertirte Linie des Hauses, die des Grafen Johann Ludwig von Nassau-Hadamar, der für Oestreich den Frieden von 1648 unterhandelt hatte.

166. (S. 97.) Si on n'y pourvoyait de bonne heure, les négociations de Ratisbonne feraient plus de tort à leur liberté qu'ils ne pourraient appréhendre de trente années de guerre ouverte. Wicquefort.

167. (S. 98.) „Da sie zu weit heraus wollten, daß man solchen Falls ihnen ihren Unfug, des Reichs Gefahren, das kurfürstliche Vorrecht zu Gemüthe führe und dermaßen zurede, daß sie auf den Weg der Billigkeit und zur raison wieder gebracht werden möchten." Rescript vom 29. Jan. 1654. Concept von Weimanns Hand.

168. (S. 98.) In dem denkwürdigen Rescript vom 5. Febr. (von Weimanns Hand) nennt der Kurfürst als Punkte, über die mit den Fürsten „im Nothfall" gehandelt werden könne: 1) daß, was die Kurfürsten in Collegialtagen beschließen, von Fürsten und Ständen genehm gehalten werden muß; 2) daß sie allein zu bestimmen, ob ein König zu wählen; 3) daß sie die Capitulation, auch ohne Fürsten und Stände zu hören, allein machen; 4) daß es ein Effect ihrer Hoheit sei, nicht die Revision der letzten Wahlcapitulation zuzugeben. — Ohne Weiteres will er aufgeben 5) daß die Achtserklärungen, 6) daß die Direction der Miliz, 7) daß die Machung neuer Fürsten, 8) daß die Bestellung des Reichshofrathes, 9) daß Deputationen für Friedensschlüsse „nicht anders als in der Capitulation" behandelt werden, 10) daß die parificatio votorum nicht im Kurfürstencollegium eingeführt werde „und was dergleichen mehr."

169. (S. 100.) Es war das Fürstenrecht nur bewilligt für die Leibeserben der Ernannten und mit der Bedingung, daß sie sich zu einem gewissen Kreis setzen sollten; beides hatten die evangelischen Fürsten erinnert; in dem producirten Revers hieß es „Erben" statt Leibeserben, und von den Reichskreisen war nichts erwähnt. Bericht vom 2./12. März 1654.

170. (S. 100.) Erwähnt von Vautorte 19. März 1654

171. (S. 101.) . . . que le Gouvernement des armes et trouppes du dit Sr. Duc passe et demeure sequestré es mains du Sr. Prince François son frère du bon naturel et droicte intention . . . lautet des Königs Wille nach dem Manifest des Erzherzog Statthalter, Brüssel, 25. Febr. 1654.

172. (S. 102.) So der Bericht bei v. Meiern I. p. 954. Die brandenburgischen Relationen weichen hier, wie oft, sehr von den braunschweigischen, denen v. Meiern folgt, ab.

173. (S. 102.) Vertrag von Tirlemont 7./17. März 1654, bei Londorp VII. p. 608.

174. (S. 102.) Daß Sparr mit cölnischen und brandenburgischen Völkern den Hammerstein zur Uebergabe gebracht, berichtet eine in das Theatr. Eur. VII. p. 583 übergegangene Zeitung. Nach der von v. Mörner, brandenb. Kriegsobristen, p. 201 u. 349 mitgetheilten Nachricht aus Sparrs Schreiben scheint jene Zeitung unrichtig zu sein.

175. (S. 102.) Nach Sparrs kurzem Bericht an den Kurfürsten, Lüttich, 3. April (24. März) 1654: „weil ich vorwendete, wie die zum secours anmarschirende Völker in einer nicht geringen Anzahl bereits übern Rhein und ehender sich näher heranziehen würden, das dan verursachete bei dem gemeinen Mann ein besseres comportement zu ergreiffen."

176. (S. 103.) So des Kurfürsten Schreiben an den Kaiser, 28. Juni (8. Juli) 1654 und ähnlich an Cöln, 28. Mai (7. Juni).

177. (S. 103.) Blumenthal 29. März (8. April) 1654.

178. (S. 103.) Blumenthals Schreiben 6./16. April 1654.

179. (S. 104.) Dies Schreiben vom 16. April ist von Meinders Hand, der damals Secretär Waldecks war, concipirt. Tornow hat darunter geschrieben: „dies Schreiben haben S. Exc. der Herr Graf v. Waldeck an den von Blumenthal angegeben und ist gestern im Rath verlesen, auch von S. Kf. D. beliebet worden."

180. (S. 105.) une lettre fort hardie, sagt Vautorte 2. April. Das Schreiben des Kurfürsten vom 2. (12.) März steht bei v. Meiern I. p. 1042.

181. (S. 105.) Ueber diese Besprechungen einiger confidentiores hat v. Meiern I. p. 1056 gute Angaben.

182. (S. 106.) Bericht vom 27. April 1654.

183. (S. 106.) Das Antragschreiben ist vom 16. April und kam am 23. zur Dictatur (v. Meiern I. p. 1072); es enthielt zugleich den Antrag auf Zahlung der noch rückständigen Posten von den 100 Römermonaten, nicht den auf definitive Bewilligung derselben.

184. (S. 109.) Dies von v. Meiern I. p. 1147 mitgetheilte „Bedenken eines ungenannten Verfassers" ist, wie der Inhalt ergiebt, von dem braunschweig-celleschen Rath Dietrichs verfaßt.

185. (S. 109.) „Man lobt an diesem Hofe Kurbrandenburg als den einzigen deutschen Fürsten, welcher mit Eifer für die Erhaltung der Reichsfreiheit handelt," so meldet der kursächsische Agent aus Paris nach Dresden den 25. Feb. 1654. Ganz in demselben Sinn äußert sich Vautorte in seinem Schreiben vom 2. April: l'Electeur de Brandebourg à fait le brave pendant toute cette diète; folgen dann die Punkte, in denen er mit Erfolg Opposition gemacht.

186. (S. 109.) Dies Actenstück liegt in den Protocollen des Geheimen Rathes; von der Hand eines Beamteten, die in den späteren Jahren des Kurfürsten öfter vorkommt, ist beigeschrieben: „Dieses scheint ein Memorial zu sein, so der Herr Graf von Waldeck von der andern Herren Räthe Einen im Geh. Rath mag haben proponiren und der Herren Collegen Gutachten darüber vernehmen lassen" (eine Vermuthung, die jetzt aus den Arolser Archivalien bestätigt ist). Das Memorial ist nach dem Ende des Reichstags und vor dem Frankfurter Deputationstag, der auf den 1. Oct. 1654 angesetzt war, verfaßt.

187. (S. 110.) Boreel an de Witt, 30. Oct. 1654. Uyt Duytschland hoeft men van goeder handt, dat alrede eenige Vorsten hebben begonnen haer te versterken met Alliancie tegens de groote magt van het Huys van Oostenryck etc.

188. (S. 110.) Defensivbündniß mit Braunschweig 23. Sept. 1654 und 19. Juli 1655. v. Moerner Staatsverträge p. 183. Einen Allianzvertrag mit Cöln führt die Sammlung von Moerner nicht auf; doch sagt der erste braunschweigische, daß sich Cöln dem Kurfürsten von Brandenburg zu event. Hülfe von 1200 Mann zu Fuß und 300 Reitern verpflichtet habe. p. 184. Der alte Johann Georg von Sachsen sandte Pflugk mit einem sehr verbindlichen Handbrieflein nach Berlin, und Friedrich Wilhelm antwortete eben so verbindlich, u. a. „was aus Mißtrauen zwischen nahen Verwandten und Nachbarn für Uebel entstehen kann, ist genugsam am Tage." (Dresd. Arch.)

189. (S. 110.) satis abrupte et velut pro imperio; Pufend. Carl. Gust. I. §. 12. Das Schreiben ist vom 2. Juli 1654.

190. (S. 111.) L'armement qu'on fait en Allemagne est considérable; l'Electeur de Brandebourg avec les Princes de Luneburg auront vers le 20 de ce mois sous les armes une armée de 10,000 fantassins et de 6000 chevaux, sans comter les trouppes qu'y envoyeront l'Electeur de Cologne et les autres Princes de la Ligue, (genauer im Original nogh andere Heeren, die haer mede tot de Ligue sullen begeven). Der Zweck ist, Schweden zu hindern non seulement de prendre Bremen, mais encore de s'étendre d'avantage et de devenir plus puissant dans l'Empire. Boreel an de Witt, Paris, 13. Nov. 1654.

191. (S. 111.) Nach dem sehr treffenden Ausdruck von Würzburg, in der Sitzung vom 19./29. April 1654: den Kreisen sei anheim zu geben, sich einer gewissen Verfassung pro moderno statu zu vereinbaren, zumalen da status Imperii ein compositum aus dem Creyß-statu wäre. v. Meiern II. p. 666. Noch schneidiger ist der Ausdruck Waldeck's in dem Briefe an Sommelsdyck vom 30. Jan. 1654: quel soin qu'on prenne de garder la direction des armes et de tenir la bourse hors des mains de l'Empereur, ce nom aveugle plusieurs u. s. w.

192. (S. 111.) Es ist u. a. am 7. Juli 1653 ein Mandat an die brandenburgische Gesandtschaft in Regensburg übergeben, die Probstei Halberstadt zu restituiren oder auf des Cardinals (v. Harrach) Klage in 3 Monaten zu antworten, Bericht v. 7. Juli 1653.

193. (S. 113.) Daß dies des Kurfürsten eigenste Gedanken waren, ersieht man aus seinen P. P. III. 1. p. 231 erwähnten eigenhändigen Bedenken vom Juli 1647.

194. (S. 114.) Schreiben Blumenthals, 8./18. Mai: „er wünsche, nur vorher seine Güter in der Mark besuchen zu dürfen;" wohl um zu einer Audienz in Berlin beschieden zu werden, die ohne Zweifel auch erfolgte. Daß der Kurfürst ihm nach wie vor sein Vertrauen schenkte, liegt klar genug in den Acten von 1655 vor.

195. (S. 114.) Waldeck an Sommelsdyck 3. April 1654 (bei Erdmansdörffer p. 465) vous me demandez si ce sera contre l'Empereur ou contre l'Espagne (wo er sein Regiment wolle kämpfen lassen) vous jugerez bien, qu'il ne sera pas à propos de commencer la guerre dans l'Empire, mais l'ayant bien commencé de delà du Rhin, le reste suivra de lui même.

196. (S. 114.) Diese Vorgänge zu Halt Großburg, einem zu Lebus gehörigen Bezirk von einigen Dörfern im mittleren Schlesien, kenne ich nur aus dem kurfürstl. Edict vom 21. Aug. 1654, bei Mylius VI. p. 487.

197. (S. 114.) Ueber die Ratificationen ist Jahre lang verhandelt und schließlich sind sie nicht ausgetauscht worden. v. Moerner p. 183. Zur Charakteristik Waldecks dient ein Wort Wicqueforts, der ihn kannte; er nennt ihn plus capable de parler de la guerre que de la faire; Waldecks Kriegsgeschichte bis zur Schlacht von Fleurus hinab bestätigt dies Urtheil.

198. (S. 115.) Diese Eröffnungen erfolgten durch den brandenburg. Agenten Kopes, 26. Nov. 1654, und schon am 30. Nov. antworteten die Generalstaaten entgegen-

kommend. „Sie sind ja gleichsam die Anfänger davon gewesen,“ schreibt Schwerin an Weimann 5./15. Jan. 1655. (Düsseld. Arch.)

199. (S. 115.) Dies ist die Verhandlung mit dem Marquis Ludwig Spinola, die, durch Nassau empfohlen, gegen den Rath Waldecks, von Nassau und Schwerin geführt wurde. Ueber ihren weiteren Verlauf, in dem schließlich der Abenteurer enthüllt wurde, berichtet Pufendorf, IX. 4. Einige lehrreiche Actenstücke aus diesen Verhandlungen danke ich der gütigen Mittheilung des Herrn Prof. Helferich, der sie abschriftlich aus Spanien mitgebracht hat. Die im Text angedeutete Aeußerung hat Boreel in einem Briefe aus Paris, 4. Dec. 1654: Sommige meenen, dat die conferentie tot Brüssel, meest door d'Heere Keurvorst sy toegestaen, om in Vranckryck daer door jalousie te geven ende alsoo beter Condition met dese Kroon te bespreecken. Wicquefort schreibt an Mazarin 14. Oct. 1654, daß er schon vor mehr als 6 Monaten Nachricht von Spinolas Vorschlägen gegeben habe, daß jetzt Spinola über Münster nach Berlin reise. UA. II. p. 30.

200. (S. 115.) Oder, wie Waldeck meint: l'on y prend le change si souvent, qu'on ne scait qu'en juger (im Schreiben an Sommelsdyck). Sommelsdyck schreibt ihm, als der Kurfürst Blumenthal aus Halberstadt nach Berlin hat kommen lassen, 15. Juni: „tout ce que j'apprehende est qu'on travaillera à lui (dem Kurfürsten) faire croire, que la chaleur que vous temoigniez en ses affaires, ne procede pas tant d'un zèle et d'une passion pour son bien comme d'une ambition et desseing de le gouverner; et parce qu'on m'asseure que ce Prince est fort jaloux et delicat de ce costé-là, j'ai peur u. s. w. bei Erdmansdörffer p. 467 f.

201. (S. 116.) Ich verweise auf die vortreffliche Charakteristik, die Pufendorff am Ende seines Werkes giebt. Einzelne weitere Züge werden sich im Verlauf der Darstellung ergeben. Sehr bezeichnend ist die Angabe Desnoyers, der sonst nichts weniger als günstig über den Kurfürsten urtheilt; er schreibt, gleich nachdem er mit der polnischen Königin am Hofe zu Berlin gewesen (Sommer 1658), vom Kurfürsten: prince curieux de toutes les belles choses; il aime et connoit les beaux tableaux, la chimie, les machines et s'y applique et les entend; il fait étudier des gens sur des points qui lui plaisent de la jurisprudence et des mathémathiques, et puis les fait discourir devant luy, et cela tous les jours regulièrement (p. 418).

202. (S. 117.) Von diesem Institut, das, 1705 nach Berlin verlegt, das Cadettencorps wurde, sind aus den ersten Jahrzehnten seines Bestehens nur sehr unzulängliche Acten vorhanden. Das Vorbild zu dieser „Ritter-Academie“, wie ich sie zuerst 1691 genannt finde, war wohl nicht ein französisches Institut, sondern das von Gustav Adolph gegründete collegium illustre bei dem Ritterhause in Stockholm.

203. (S. 117.) Nach Wüsthaus historischer Beschreibung (Düsseld. Arch.), wo auch angeführt ist, daß bereits 1560 vom Kaiser, 1562 vom Papst das Privilegium zur Gründung der Universität ausgestellt und 1592 „gleichsam als Ersatz dafür“ das Jesuitercollegium in Emmerich gegründet worden ist. Vergl. v. Moerner in der Zeitschrift für Pr. Gesch. V. p. 343.

204. (S. 118.) Aus dem Schreiben der Deputirten von Prälat, Ritterschaft und Städten, 18./28. Jan. 1653. (Landständ. Arch. zu Berlin.)

205. (S. 119.) Antwort der Stände, d. d. 5. (15.) Mai, auf die kurfürstlichen Propositionen vom 3. (13.) Mai 1653.

206. (S. 119.) Jene Forderung ist aus der auch sonst sehr denkwürdigen Eingabe vom 11. April 1643 „Punkte und Erinnerungen, so die von der Ritterschaft dem Revers einzuverleiben unterthänigst übergeben“. (Landständ. Archiv.) Die Bewilligung steht im Receß vom 26. Juli (5. Aug.) 1653, Art. 31, mit dem Bemerken, „es seien viele auch

ansehnliche nützliche Güter den kurfürstlichen Aemtern entzogen und einige von Adel damit beneficirt und investirt".

207. (S. 120.) Diese denkwürdige Bestimmung lautet, Receß von 1653, Art. 23: „würde dawider (gegen die Leibeigenschaft) jemand possessionem oder praescriptionem libertatis opponiren, wird dazu nicht allein diuturnitas temporis, sondern auch bona fides, titulus vel scientia et patientia domini requirirt werden und auch solches salvis exceptionibus et imprimis iis quas tempora belli suppeditant". Noch in dem Receß von 1652 fehlt in dem entsprechenden Artikel 18 der ganze passus von der Leibeigenschaft.

208. (S. 120.) In dem Receß vom 8. Juli 1652 (Mylius VI. p. 422) heißt es: „weil aber die Ritterschaft solches nicht begreifen wollen u. s. w.

209. (S. 122.) Die clevischen Stände an die Staaten General im Juni 1646: der Kurfürst suche mit seinen Contributionen nichts als den huisman ende ackersman van't platte land te verjaegen, den Riddermaetigen en Borgeren de middelen te benemen, den handelsman de commercien aff te snijden, de Landstande uyt manquement van middelen in defensie voor haere privilegien te doen verflaawen, en deselve de arme onderdaenen aff te persen, de Landschap van haere immemoriale geprivilegierte vrijheit te berooven en alsoo bij dese occasie absolutum dominatum Principis ende eene servitut ende slavernij der onderdaenen in te voeren. (Aus dem Verzeichniß von 1684.) Für die großen Conflicte mit den clevischen Ständen liegt jetzt in v. Haestens Arbeit (UA. V. p. 593 ff.) ein überaus reiches Material vor, Vieles darunter, was erst durch die unermüdlichen Nachforschungen des Herausgebers aufgefunden worden ist.

210. (S. 122.) Dies sagt Moritz von Nassau in der Ansprache an den Landtag, 8. Sept. 1653. (Düsseld. Arch.)

211. (S. 123.) Diese Schriftstücke führt das Verzeichniß von 1684 unter Nr. 110—120 an; Anderes ergiebt sich aus Wüsthaus historischer Beschreibung, er sagt: „man sollte dieses zu vermelden gern vorbeigehn, indem folgends aus der Landstände Protocollen alles dasjenige, was deshalb geschrieben und annotirt worden, ad delendam memoriam rasiret worden; dieweil aber dasselbe ebenwol in den Rathhäusern, besonders in Jülich und Berg, geblieben, hat man ebenwohl zu künftiger Warnung vor Unterthanen, die niemalen den Bogen zu hoch zu spannen haben, davon melden wollen." Jetzt sind die Schriftstücke selbst UA. V. p. 621 ff. abgedruckt.

212. (S. 123.) Nach dem Bericht Blumenthals, Regensburg 15./25. Aug. 1653, sind in der Deputation, außer dem Syndicus, für Cleve Wylich, „der wieder wie er zu Cleve fax et tuba aller Händel gewesen, also auch hier dirigirt und die andern Deputirten anweiset," für Jülich Bongart, „dessen Schwester den v. Winnenthal gehabt haben soll," aus Berg „des Holzfelders Schwager Nesselroth," aus Grafschaft Mark der „ungerathene und undankbare" Romberg, endlich drei aus den Städten, deren Namen leider nicht erwähnt werden. Ueber diese u. d. weiteren Mitglieder der Deputation UA. V. p. 603.

213. (S. 124.) Das Folgende nach Wüsthaus in der „historischen Beschreibung" (Düsseld. Arch.). Davon weicht der Auszug in dem Verzeichniß von 1684, No. 149, nicht wenig ab, eben so der Auszug des bei Londorp VII. p. 648 abgedruckten Memorials, das die Bezeichnung hat: dictat. Ratisb., 18. April 1654; warum es so spät zur Dictatur gekommen, ist nicht ersichtlich. Das Genauere jetzt UA. V. p. 675.

214. (S. 124.) So referirt Wüsthaus histor. Beschreibung; in dem Auszug des Antrags s. d. im Verzeichniß von 1684 wird namentlich vom Kaiser „solcher sicherer und geschwinder Schutz, manutenez und Rettungsmittel, um die Stände realiter zu schützen" gefordert.

215. (S. 125.) Blumenthal schreibt 18./28. Juli, daß die Deputation erwartet werde: „ich habe die Meinung, daß sie niemand anders als der Pfalzgraf herzukommen

disponirt habe; obschon die jülichschen Stände ihm nicht recht trauen; sie können sich nicht darin finden, daß er ihnen völlig contentament gegeben und hingegen keinen Groschen von ihnen prätendirt oder begehrt."

216. (S. 125.) Der spanische Gesandte sagt an Blumenthal: Der Pfalzgraf von Neuburg deute an, daß diese Allianz in praejudicium futurae et forsan nunquam futurae Caesareae sententiae ausgedeutet werden müsse. (Blumenthals Schr. v. 4./14. Aug. 1653.)

217. (S. 125.) Moritz von Nassau sagt, die Propositionen in Essen und die der Deputirten in Regensburg seien „so übereingekommen, als wenn sie in einem Concilio geschmiedet wären" (in der Ansprache an die Stände, 8. Sept. 1653).

218. S. 126.) So Nassaus Ansprache (ore tenus proposuit et simul in scripto exhibuit), 8. Sept. 1653. (Düsseld. Arch.) Darauf bezieht sich Blumenthals Schreiben vom 15./25. Sept., mit dem Bemerken, daß die Deputation sich „gewaltig lustig mache über diese Propositionen" und der kaiserliche Hof sich über sie beschwere; man habe ihn gefragt, wodurch der Kaiser solche Beschuldigung verdient habe.

219. (S. 126.) Dies aus Wüsthaus, der nicht die Zeit angiebt, wann diese Forderung von den Ständen gemacht worden. (UA. V. p. 697 d. d. 28. Oct.) Den 19. Oct. schreiben die cleve-märkischen Stände an die Deputation in Regensburg: „daß sie ferner nicht um Erörterung des Successionsstreites und des jus collectandi, sondern allein um die exauctoration der Kriegsvölker und evacuation der Garnisonen anhalten soll."

220. (S. 127.) Kaiserliche Decrete vom 16. Oct.; dann Commissorium für Münster, 18. Oct.; erneute Decrete wegen Demolirung der Festungen, 10. Nov., und an Münster, 18. Nov. (in dem Verzeichniß von 1684).

221. (S. 127.) Diesen Nachweis wird die Antwort des Kurfürsten auf die kaiserlichen Decrete vom 16. Oct. (d. d. Cöln a./S. 13./23. Nov.) enthalten haben, die das Verzeichniß von 1684 anführt; ich habe sie nicht gelesen; (jetzt in UA. V. p. 701).

222. (S. 127.) J. P. O. 8, 1 . . . die Fürsten und Stände . . . in libero juris territorialis . . . exercitio . . . ita stabiliti firmatique sunto, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant, ausdrücklich mit der Motivirung ne posthac in statu politico controversiae suboriantur.

223. (S. 129.) Nach dem kaiserlichen Schreiben vom 10. Oct. 1654 (Düsseld. Arch.), nach Wüsthaus und dem Verzeichniß von 1684 (jetzt dazu die beiden Berichte in UA. V. p. 736, 738). Der Verhaftsbefehl lautet nach Wüsthaus auf crimen laesae majestatis. Licentiat Moll ist nicht, wie Driesen Leben des Fürsten Johann Moritz, p. 173, angiebt, mit begriffen gewesen, er überbrachte einen zweiten Hülferuf vom 12. Sept. 1654 nach Wien. Die Verhaftung fand am 21. Juli statt, nachdem bereits am 30. Juni eine „summarische Relation" von Wylich und Romberg in Wesel den cleve-märkischen Ständen abgelegt war, wie das Verzeichniß von 1684 unter No. 195 angiebt.

224. (S. 130.) Ich habe es handschriftlich in den Acten zu Düsseldorf unter dem Titel Extractus aus den Landtagsacten im Archivo Clivensi u. s. w. gelesen. Ein Gutachten von der Juristenfacultät zu Cöln, d. d. 7. März 1656 ist in gleichem Sinn.

225. (S. 131.) Boreel an de Witt, Paris, 22. Juli 1654: Cöln räth dem Heidelberger die sake van syne praetensie in dese dangereuse tyden niet te willen roeren. Cf. Inst. P. O. 4, 11.

226. (S. 131.) Boreel an de Witt, 22. Juli 1654: Schreiben des Herzog Friedrich Wilhelm von Altenburg an Kf. Johann Georg, 25. Nov. 1654. (Dresd. Arch.)

227. (S. 132.) So Boreel an de Witt schon 31. Juli 1654, dann 4. Dec. u. s. w., wie es scheint nach einer schwedischen Rechtsdarlegung.

228. (S. 132.) De Witt an Boreel, 18. Dec. 1654. Vreede in onse dagen ende Vreede overal, dewyle onse commercien overal gaen.

229. (S. 132.) Bündniß vom 15. Dec. 1654; um von sich und ihren Angehörigen gewaltsame Angriffe abzuwenden, verpflichteten sie sich 10,000 Mann zu werben, ein Kriegs-Directorium zu bestellen u. s. w., bei Aitzema VIII. p. 225. Londorp VII. p. 968.

Der schwedisch-polnische Krieg.

230. (S. 135.) Son imagination est presque toujours pleine de nouveautés et de desseins, qu'il ne peut exécuter ou qu'il ne scaurait de luy mesme conduire à une bonne fin, schreibt der französische Gesandte Lesseins, 21. März 1662.

231. (S. 136.) So hat „ein vornehmer schwedischer Kriegsofficier" dem Kurfürsten erzählt, nach Schwerins Aeußerung gegen Frischmann, 1659. Theatr. Eur. VIII. p. 1163.

232. (S. 138.) In einem Conclusum des Geh.-Rathes sagt der Kurfürst: „die Armuth in Schweden sei itzo groß . . . der itzige König in Stockholm sei noch jung, zum Kriege begierig, werde sich also alles wagen, etwas zu acqueriren; in Schweden sei nun etliche Jahre Frieden gewesen; da sie außerhalb Krieges, hätten sie sich eine innerliche Empörung zu besorgen."

233. (S. 141.) Nach Pufendorff IV. p. 2. Pufendorf hat die Verhandlungen vor dem Ausbruch des Krieges mit großer Ausführlichkeit und mit der ihm eigenen Meisterschaft excerpirt. Daß seine Darstellung in der Geschichte Karl Gustavs manches anders combinirt, liegt in der Natur der Sache.

234. (S. 141.) Baczkos Angaben sind hier, wie öfters, ungenau. Der Fortgang der preußischen Verhandlungen wird später zu erwähnen sein. Ueber die ersten einleitenden Verhandlungen hat mir ein Schreiben Fabian Dohnas, vom 30. Jan. 1655, und ein Bericht der Oberräthe vom 3. Febr. vorgelegen.

235. (S. 142.) Es sind 26 Punkte in vortrefflicher und erschöpfender Gedankenfolge, auf die der Kurfürst im Februar „Dero Geheimeräthe schriftliches Bedenken und solches in höchster Verschwiegenheit" fordert. Mir lagen vor die Gutachten von Waldeck, Wittgenstein (d. d. Petershagen, 15./25. März), Blumenthal und Canstein (d. d. Halberstadt, 11. März), Löben, Puttlitz, Knesebeck, Seidel, endlich ein „Conclusum" aus denselben. Pufendorf hat diese Schriftstücke gelesen, aber wie er (V. 9. ff.) die Erwägungen zusammenfaßt, ist der Charakter derselben nicht zu erkennen.

236. (S. 142.) Waldeck an Sommelsdyck 3. April 1655 (bei Erdmansdörffer p. 465), er hofft da noch mit Hülfe Frankreichs den Hader zwischen Polen und Schweden beizulegen: en attendant le succès de ce dessein (gegen Spanien, Oestreich et la succession de la maison d'Autriche dans la dignité imperiale) j'en forme icy un autre ne reposant pas avant qu'avoir contribué au retablissement de la liberté dans l'Empire et l'affermissement de la religion.

237. (S. 143.) Protocolle des Geheimenrathes, 24. Febr., 5. März; leider sind spätere Protocolle nicht erhalten.

238. (S. 146.) „Der Polenkönig wird gern etwas vornehmen, damit er der Königin einen Vortheil und sich einen Lebensunterhalt für seine Lebtage verschaffe, da er von den Ständen sich so beschimpft siehet, keinen Erben hat und die Königin ihn ganz regiert, welche nichts als Geld sucht." Waldecks Gutachten von Ende Februar 1655.

239. (S. 147.) Der Entwurf vom 4. März 1654, bei Londorp VII. p. 890.

240. (S. 147.) Die Eröffnungen von Copes sind am 26. Nov. 1654 gemacht, gleich nach Schlippenbachs Anwesenheit. Der polnische Gesandte De Bie ist nach Desnoyers, p. 114, ein Elbinger, er wird Anfangs November in Berlin gewesen sein. Weiteres über dessen Anträge hat Puf. V. 4. 8. 15.

241. (S. 147.) Rescript des Kurfürsten an Weimann, 9. Jan. 1655 (Düsseld. Arch.): „Damit nicht vor der Zeit jalousie erweckt oder unsre friedfertigen Rettungsconsilia von schädlichen machinationen ausgebeutet, oder auch, ob hättet ihr dem Wolf das Wasser zu trüben gesucht, Schuld gegeben werde."

242. (S. 147.) Schreiben Weimanns an den Kurfürsten, Haag, 16. und 23. März 1655. Sein Schreiben an Schwerin, 9. März, enthält höchst lehrreiche Bemerkungen über die Zustände in England, um zu erweisen, daß „des Cromwells periodus da sei", man müsse beachten, daß die Engländer in ihrem Gehorsam ohne Ende gehorsamen und in ihrem Zorn ohne Ende zürnen; qui humiliter serviunt et superbe dominantur, die da tödten und sich todtschlagen lassen wie die Hunde, wenn sie angefangen sich zu opiniastriren u. s. w.

243. (S. 148.) Weimann an den Kurfürsten, 15. Juni 1655: jene Pläne, sagt er, habe ihm Brederode mitgetheilt; Brederode stand als Feldmarschall an der Spitze der staatischen Landmacht.

244. (S. 149.) Das Schreiben des Königs, 22. Mai (1. Juni) 1655, eben so das Concept der Antwort des Kurfürsten s. d. nennt nur Oxenstjerna, nicht, wie Pufendorf V. 40 thut, auch Liljeström; auch sonst giebt Pufendorf mehr aus diesem Schreiben als darin steht.

245. (S. 149.) Schwerin an Weimann, 4./14. April. „Gott weiß, daß ichs ungern klage und so sehr als einiger Mensch sein kann, zur Geduld bewehrt bin; aber es wird zu grob" — er spricht von einigen Personen, die „bei dem G. v. W. (Waldeck) so klüglich über die Regierung judiciret" — „sie stecken die Köpfe so erschrecklich zusammen, daß es fast ärgerlich und dem ganzen Hofe ins Auge ist; so kann nicht fehlen, sie müssen einen sonderlichen Anschlag vorhaben . . . Wenn Fürst Moritz kommt, soll ihnen wohl von Höheren als von mir gesagt werden, was er von seiner Person halten soll." (Düss. Arch.)

246. (S. 149.) De Lumbres, der im Juni nach Berlin kam und „alle Freundschaft und Intercession bei dem Könige von Schweden, nichts thätliches an uns zu verüben" brachte (Schwerin an Weimann, 19./29. Juni, Düsseld. Arch.), schreibt an Mazarin, 13. Juli: Le comte de Waldeck est blâmé dans les conseils par les autres ministres, qu'il se laisse trop mener par la France, qui voudroit empêcher leur Maistre d'écouter les offres de l'Espagne. L'Electeur désire que S. M. l'assiste à devenir maistre de Juilliers, moyennant quoy il l'aidera dans ses desseins sur le haut quartier de Gueldres, Namur ou Luxembourg." UA. II. p. 42.

247. (S. 149.) Wie gleichzeitig Pfalz-Neuburg mit Kurcöln und Münster Pläne auf Cleve-Mark machte und je nachdem sich der Kurfürst für oder wider Schweden entschied, bei Frankreich oder dem Kaiser Unterstützung hoffte, ist in UA. V. p. 779 von Haeften nachgewiesen.

248. (S. 151.) Diese Dinge erzählten die schwedischen Herren bei den Stettiner Verhandlungen. Bericht Schwerins vom 18. Juli, Waldecks vom 22. Juli 1655.

249. (S. 151.) Das Bündniß vom 23. Sept. 1654 besagt Art. IX.: daß die in demselben festgesetzte Hülfe (von Braunschweig 1200 M. zu Fuß und 800 Pferde) schon geleistet werden solle, wenn auch der Receß noch nicht in forma extensa vollzogen sei.

250. (S. 153.) Diese höchst merkwürdigen Nachrichten hat der staatische Gesandte Heinsius aus Stockholm gemeldet, und Weimann schreibt sie 5. Juli nach Berlin, „in maaßen mir solches in hohem Geheim gezeigt worden." (Düsseld. Arch.)

251. (S. 153.) Schreiben des Kurfürsten an Karl Gustav, Concept von Schwerins Hand, undatirt; eine beigefügte Archivnotiz sagt „Juli 55."

252. (S. 153.) Unter den zahlreichen Schriften, die damals über Recht und Unrecht dieses Krieges erschienen, hebe ich die des Cyriacus Thrasymachus de justitia armo-

rum Suecicorum ep. ad Andream Nicanorem hervor, die zuerst in Stettin, dann in Helmstädt gedruckt und mehrfach widerlegt ist. Aus einer gleichzeitigen Beischrift des in der Hamburger Bibliothek befindlichen Exemplars ergiebt sich, daß Thrasymachus niemand anders als Herman Conring ist; wie auch die Placcius, Gryphius u. a. bezeugen.

253. (S. 154.) Die Daten ergeben sich aus der Einsendung an den Kaiser, d. d. 27. Juni (7. Juli) und aus einem Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, 26. Juni (6. Juli) 1655.

254. (S. 154.) In diesen Angaben ist das, was Puf. V. 42 ff. hat, aus den Acten ergänzt. Daß der Kurfürst diese Nebeninstruction eigenhändig verfaßt hat, ergiebt sich aus Waldecks Schreiben vom 9. (19.) Juli; er nennt sie „E. K. D. eigenhändiges Project."

255. (S. 155.) In Betreff der Souveränetät Preußens haben die schwedischen Unterhändler allerdings gesagt (ultro movebant) und zwar am 18. Juli, operam datum iri ut Elector supremo in ducatu imperio potiatur (Puf. V. 45). Aber was diese lose Versprechung bedeuten wollte, zeigt die Instruction, die sie hatten (Pufendorf C. G. II. 56), daß dieser Artikel so zu fassen sei ut ne fraudi foret, quos Rex deinceps cum Polonis sit initurus und in der Verhandlung am 4. Aug.: Rex pertendere, ut idem (Elector) ejus ducatus nomine vasallus Sueciae foret (l. c. 58).

256. (S. 156.) Waldeck, 31. Juli: so habe der König in seiner Abwesenheit zu den beiden Markgrafen (von Baden) gesagt; er fügt hinzu: „noch ist es Zeit, wo es aber länger währt, so ist es zu spät, der Muth dürfte wachsen .... die Noth macht, daß E. Kf. D. resolviren müssen, was sehr gefährlich, aber Noth erfordert hazard."

257. (S. 156.) Nach einem eigenhändigen Schreiben des Kurfürsten, Oranienburg, 24. Juli (3. Aug.) 1655, das sich abschriftlich in Weimanns Journal findet. (Jetzt abgedruckt UA. IV. p. 142. Der Vertrag, d. d. Haag 27. Juli, bei v. Moerner p. 187.

258. (S. 156.) Nach einer handschriftlichen Notiz von Somnitz, die auf einem Schreiben von Schwerin und Waldeck aus Stettin, 1. Aug., geschrieben ist.

259. (S. 156.) Schreiben von Waldeck und Schwerin, 24. Juli (3. Aug.) Abends: der Brief ist 25. Juli (4 Aug.) Abends 10 Uhr in Berlin: „raison de guerre und ihre commodität erfordere, daß J. Kf. D. ihnen bis zu Ausgang des Krieges Memel einräumte und sie einen Commandanten in die Pillau setzten, so dem Kurfürsten zugleich mit Pflichten verwandt wäre" das heißt wohl, Schweden wird einen Vasallen oder Officier des Kurfürsten zum Kommandanten bestellen. Freilich in Pufendorf C. G. II. 57 heißt es: ut Elector Pillaviae praefectum constituat quem Rex sacramento suo obstringat u. s. w. De Lumbres schreibt, 12. Aug.: le comte de Waldeck vient de me raconter la hauteur, avec laquelle ce Roy a traité avec eux ayant voulu avant toutes choses obliger Mr. l'Electeur à renoncer à toutes ses alliances et en faire une estroite avec luy et pour ostage luy donner les places u. s. w.

260. (S. 156.) Daß so die Antwort lautete, hat Somnitz auf dem eingegangenen Schreiben vom 3. Aug. bemerkt.

261. (S. 157.) Die Schreiben Wittenbergs sind d. d. Seroda, 25. Juli (4. Aug.), die Antwort drauf ist in der kurfürstlichen Kanzlei concipirt. Sehr anders Pufendorf C. G. II. 58. Rex ... ludibriorum pertaesus solida vi grassari ... instituit. Wie der König sechs Monate später, als er vor Königsberg als Sieger stand, den Gang der Verhandlungen ansah oder erscheinen lassen wollte, zeigt sein Schreiben vom 16./26. Dec. 1655 bei Rudawski Hist. Pol. p. 214, nur wird man eine solche für die Oeffentlichkeit bestimmte Darlegung nicht eben für zuverlässig halten wollen.

262. (S. 159.) So nach der Instruction Weimanns, d. d. 31. Aug. 1655. De Lumbres schreibt an Mazarin, 12. Aug.: j'appris de Mr. l'Electeur que le Roy de Suède le veut obliger à luy mettre entre les mains ... Memel et Pillau et de ne pas faire le

voyage ... en cette province; sinon, qu'il le tiendra pour son ennemy. Die in eben dieser Zeit (19. Juli) zum Abschluß gekommene Allianz mit den drei braunschweigischen Höfen (v. Moerner p. 184) gab gegen einen schwedischen Angriff von Bremen und Verden her einige Sicherheit. Auch an den Zaaren in Moscau wurde gesandt (Instruction für Kittelmann 9. Aug. 1655); doch hatte diese Sendung geringes Ergebniß.

263. (S. 159.) Die erste Anzeige ist vom 29. Juli (8. Aug.) (praelectum in consessu, mit der Bemerkung am Rande: ponetur datum 20. Juli). Die zweite, vom 24. Juli und per expressen gesandt. Des Kaisers Antworten sind vom 11. und 24. Aug.

264. (S. 160.) Zum schwedischen Gesandten für Vorpommern sagte der kaiserliche Commissarius: „wenn die Katholischen so viel Vortheils von dem Deputationsconvent zu erwarten hätten, als sie nicht haben, würde J. Kais. M. und Kurmainz wohl Mittel finden, wie die abwesenden Gesandten hierher zu bringen seien." Portmanns Bericht vom 3. Aug.

265. (S. 160.) Aus Löbens Instruction, d. d. 29. Aug. 1655. Pufendorf V. 27. hat die, wie mir scheint, wichtigsten Punkte übergangen.

266. (S. 161.) Aus der Instruktion für Waldeck und Hoverbeck, 10. April 1655, von Hoverbecks Hand.

267. (S. 163.) „Originalvereinigung einiger aus der Ritterschaft, daß sie auf S. Kf. D. Proposition nicht antworten wollen, ehe den Ständen wegen ihrer gravaminum satisfaction geschehen und daß die absentes vermöge der beschwornen Union bei Strafe des Meineides und rejection aus dem Collegio daran sollen gebunden und niemand diese Vereinigung sub poena perjurii et rejectionis einigen Menschen extra collegium reveliren sollen; vom 9. März 1655." Verzeichniß von 1684.

268. (S. 163.) Prinz Wilhelm Friedrich von Nassau an Weimann, 19. Juli 55. Aytzema en de Witt syn goede vrunden en al wat Aytzema doen cun tegens luyden van qualiteyt, doet hy; het scheynt het is in den aert en geslacht, syne voersaten hebben het oock gedaen. (Düsseld. Arch.)

269. (S. 163.) „Eine gedruckte Missive der cleve-märkischen Landstände an die Staaten-General vom 19. Aug. 1655, nebst beigelegten Stücken, damit die Unterthanen durch die kurfürstlichen gefährlichen Werbungen gegen die Reichsconstitutionen, ihre Privilegien und beschwornen Rechte nicht möchten beschwert werden." Verzeichniß von 1684. Jetzt abgedruckt in UA. V. p. 817.

270. (S. 163.) Spandau, 28. Aug. 1655; die Verhandlungen werden 29. Sept. in Wesel fortgesetzt. Das ganze, sehr lehrreiche Journal der Verhandlungen findet sich in Weimanns Papieren im Düsseld. Arch. UA. V. p. 829. ff.

271. (S. 164.) „Das kostete dem Lande in 6 Monaten 220,000 Thlr." Wüsthaus historische Beschreibung (Düsseld. Arch.)

272. (S. 164.) Bericht vom 27. April (7. Mai). Die Oberräthe sind zur Zeit: der Landhofmeister Gottfried v. Eulenburg, der Oberburggraf Christoph von Troschke, der Kanzler Albrecht v. Kalnein, der Obermarschall Christoph v. Kittlitz.

273. (S. 166.) Die obigen Angaben sind aus den Berichten der Commissarien; Waldeck reiste am 24. Mai nach Berlin zurück, Hoverbeck verließ am 29. Mai Königsberg, um nach Warschau zu gehen.

274. (S. 166.) UA. II. p. 49. Nach Rauchbar p. 86 die Reiterregimenter Wallenrodt, Schonaich, Leschewang und Sayers, das Dragonerregiment Canitz, und aus den Werbungen gebildet die Infanterieregimenter Waldeck, Dohna, Taubeneck, Klingspohr, Eulenburg. Rauchbar führt noch einige Truppentheile mehr an, die damals formirt worden seien. Diese Angaben bedürfen noch einer genaueren kritischen Untersuchung.

275. (S. 167.) Der Bischof Wenceslaus von Lesno an Fabian Dohna, Heilsberg, 25. Aug. 1655. Electoris copiae, quarum exspectatione universa Prussia sustentatur.

276. (S. 167.) Von diesem Einzug meldet Theatr. Eur. VII. p. 791, wo die Stärke der kurfürstlichen Armee auf 10,000 M., 72 Geschütze, 73 Rüstwagen und allerlei Schiffbrücken u. s. w. angegeben wird. Die Verhandlungen des Danziger Syndicus mit dem Kurfürsten und Waldeck erwähnt des Kurfürsten Instruction für Mathias v. Crockow zur Unterhandlung mit Jacob v. Weiher, Woiwoden von Marienburg, Ludwig v. Weiher, Woiwoden von Pomerellen, Güldenstern, Starosten zu Stuhm. d. d. Cöslin, 7./17. Sept. 1655.

277. (S. 167.) Die Angabe bei Stenzel II. p. 108, daß der Kurfürst „im Purpurgewand auf einem weißen Pferde seinen Einzug in Marienburg gehalten habe, und dort festlich als Retter empfangen worden sei", eine Angabe, die seitdem in vielen Büchern wiederholt und auch zu künstlerischen Darstellungen verwendet ist, beruht auf Irrthum. Rudawsky, aus dem die Angabe entnommen ist (p. 184), spricht von dem Einzug in Danzig: ibat albo sublimis equo, rubra illi exterior vestis auro decorata, quae hospitem decebat.

278. (S. 168.) Instruction des Kurfürsten für Fabian von Dohna und Frd. von Jena, d. d. Riesenburg, 22. Sept. (2. Oct.) 1655. Das Concept ist lehrreich, durch mehrere durchstrichene Stellen, die mehr als die Ausfertigung ergeben. — Im Allgemeinen sind diese Verhandlungen mit den Ständen bei Lengenich, Geschichte Preußens VII. p. 140, gut, wenn auch im Einzelnen beschönigend dargestellt.

279. (S. 169.) Aus der Brochüre „Eines getreuen preußischen Patrioten summarische eylfertige Interimsbeantwortung u. s. w. 1657"; eine Brochüre, die wohl officiellen Ursprungs, vielleicht von Jena ist. Aus dieser sind die Worte in eine handschriftliche Geschichte des Kurfürsten, die seiner eigenen Bibliothek angehört hat (vgl. Bibl. Ms. Bor., fol. 50) übergegangen.

280. (S. 169.) „Die Originalverschreibung der preußischen Stände," nennt eine alte Archivnotiz dies Actenstück, d. d. Rinsk, 12. Nov. 1655. Es ist unterzeichnet von dem Bischof, von Jacob Weiher, von Coß und sechs andern Beamteten der drei westpreußischen Woiwodschaft. v. Moerner p. 192. Zum Grunde gelegen haben die Artikel, die der Kurfürst, d. d. Königsberg 15. Oct., aufgesetzt hat und deren erster lautet: sit haec conjunctio absque Regiae Ma^tis^ Polonicae praejudicio.

281. (S. 170.) De Lumbres, 28. Nov. 1655. Gegen die Besetzung spreche: que les bourgeois ne voulant recevoir qu'une faible garnison c'était l'exposer à un péril évident sans aucune espérance de pouvoir conserver la place et que d'ailleurs cette ville étant éloignée des autres ils seroient obligés pour le maintenir de diviser leur forces.

282. (S. 170.) Puf. V. 61. Es ist die Sendung Tonskys, der am 20. Nov. im Hauptquartier des Kurfürsten war. Desnoyers, 12. Dec. erwähnt diese Escorte als ein Erbieten des Kurfürsten.

283. (S. 170.) „Die Danziger colludiren ein Bischen mit, meinen aber keinen Ernst; machet also dieser (Kurfürst) galant amour und freiet mit allem Ernst und Kunst nach dieser Braut, so ihm doch nicht gemeinet." Extract Schreibens aus Danzig, 22. Sept. 1655.

284. (S. 171.) .. alsoo tot nogh toe aen den H. K. geene secourssen verleent ofte subsidien effective gefourneert syn. De Witt an Boreel, 20. Jan. 1656.

285. (S. 171.) Aus den Verhandlungen Hoverbecks mit de Lumbres, nach Hoverbecks Berichten vom 10. und 17. Sept.

286. (S. 171.) Aus Johann Friedrich Schlezers Berichten aus London, 26. Oct., 9. Nov., 25. Nov.; er meldet aus einem Pariser Bericht: on se masque à la cour des sollicitations que le Pape fait pour la paix et une Union des Catholiques contre les Protestants et l'on n'y es point fasché des progrès du Roy de Suède, parce que l'on croit que plus le parti du Pape sera affoibli et moins il voudra faire le maistre et s'opposer aux desseins qu'on a dans l'Italie.

287. (S. 171.) Aus Bonins Schlußrelation über seine Sendung nach Wien, s. d. (Jan. 1656). Daß Frankreich diese Richtung des schwedischen Feldzugs wünschte, daß es darum fünf Tonnen Goldes Subsidien an Schweden zahlte, berichtet Löben aus Wien, d. d. 26. Dec./5. Jan.

288. (S. 172.) Die Angaben bei Pufendorf V. 20. werden durch die Berichte de Lumbres, besonders dem aus Rinsk, 16. Nov., U. A. III. p. 59 so ergänzt.

289. (S. 172.) Aus dem vortrefflichen Schlußbericht Bonins, aus dem Puf. V. 35 seine facies tunc aulae Caesareae entnommen hat.

290. (S. 173.) Diese Aeußerungen Castel-Rodrigos berichtet Bonin in einer Beilage zu seiner Schlußrelation: que peu s'en falloit qu'il n'avoit rompu tout à fait avec le Prince d'Auersperg sur ce propos, luy ayant dit que si par son ministre l'Empereur venoit à perder ou l'amitié ou les forces d'un prince comme V. A. vaillant, généreux, zélé pour la conservation de l'Estat, porté à remettre la Pologne au point où tous les bons Chrestiens la désirent, puissant des Estats et pays qu'il possède, dont la situation n'est pas moins considérable que l'estendue grande et spécieuse et qui pourroit estre un jour Chef de touts les protestants d'Allemagne, qui peut faciliter et difficulter l'élection à faire du Roy Romain .... si l'Empereur au temps brouillé où nous sommes venoit à perdre un prince à la teste d'une armée, qui peut estre au service ou au déservice de la maison d'Autriche, Luy Prince d'Auersperg en seroit un jour réponsable au Roy son maistre.

291. (S. 173.) Aus Portmanns und Hübners Bericht vom 19. Oct. Der savoyische Gesandte, der nach Frankfurt kam, um seinen Anspruch auf Montferrat gegen Mantua zur Unterstützung zu empfehlen, erklärte, daß sein Herr des Kurfürsten Schreiben wegen der Waldenser „in sonderbare Reflexion genommen habe, auch demselben zu Respect und Ehre sich würde accommodiren, cum magna contestatione effectionis erga V. S. et Domum Electoralem Brandeburgicam.

292. (S. 173.) „Extract Schreibens außem Reich, 19. Oct. 1655", in dem Actenstück, das die Berichte Löbens aus Wien enthält.

293. (S. 174.) Diese Zahl wird öfters in den Verhandlungen angegeben; de Lumbres, der sie auch anführt, schätzt den Effectivbestand auf 17,000 M. Nach dem Verzeichniß im Theatr. Eur. VII. p. 806, zählte das Heer 125 Compagnien Reiter mit 12,500 M., 27 Comp. Dragoner mit 2700 M., 108 Comp. Fußvolk mit 11,600 M. Das Verzeichniß in v. Oelsnitz, Geschichte des ersten Infanterie-Regiments, p. 86 ff., das den Bestand des Heeres im Aug. 1656 angiebt, ist sehr lehrreich, enthält aber im Einzelnen, so weit ich es habe controliren können, manche Unrichtigkeit.

294. (S. 174.) Waldeck an den Kurfürsten, Angerburg, 5. Nov. 1655. „Durch Gottes Gnade hoffe ich bald die Zahl beisammen zu haben, wollte Gott sie wären nur besser im exercitio, an Fleiß solls nicht mangeln."

295. (S. 174.) ce qui embarasse l'esprit du Prince. Unter den bedeutenden Officieren war Derflinger und Kanneberg in schwedischem, Sparr in kaiserlichem, v. d. Goltz und de la Cave, der Obrist des Leibregiments zu Fuß, in französischem Dienst gewesen. Aus staatischem Dienst wird Bellicum, v. Spaen, vielleicht Syberg sein.

296. (S. 174.) Sein Patent vom 8. April 1655 und seine Instruction vom 20. Aug. 1655, sind in Sparrs Leben (von König) p. 122 ff. abgedruckt.

297. (S. 175.) So der von Steenbocks Hand abgeschriebene Brief des Königs, d. d. Cracau, 18. (28.) Oct, den Steenbock, d. d. Nowodwor, 21. Oct. (1. Nov.) an Graf Magnus absendet.

298. (S. 175.) De Lumbres, Königsberg, 10. Dec. 1655. Waldeck — blâme fort le général d'Electeur principalement d'avoir quitté la pensée de s'assurer de Thorn.

299. (S. 175.) Waldecks Vorschlag in dem militärisch sehr anziehenden Briefe, d. d. Insterburg, 30. Oct. Des Kurfürsten Antwort aus Oschetzky (im Culmer Land) 4. Nov. 1655.

300. (S. 176.) Den Plan zur Vertheidigung, Schanzen bei Dollstedt und Thiergarten, verschanztes Lager bei Marienburg mit einem Brückenkopf jenseits der Nogat u. s. w., enthält ein Brief Jenas, Marienburg, 17. (27.) Nov.

301. (S. 176.) So der in Straßburg. Der Kurfürst schreibt, Riesenburg, 25. Nov.: „der Woywode Coß sei bei ihm gewesen, habe dringend, kraft des Vergleichs, um Besetzung von Straßburg mit 300 M. gebeten. Auf den Einwand, daß das Volk verloren sein werde, da der Platz nicht zu halten sei, habe Coß geantwortet, er sehe, man wolle die Hand abziehen; darauf habe er, der Kurfürst, 100 M. von den Regimentern Dobeneck und Klingspor hin gesandt." Dies zur Aufklärung einer Angabe bei Karlson p. 106. Straßburg ergab sich am 30. Nov.

302. (S. 177.) Puf. C. G. II. 48. Augustovae ... aliquot per dies substitit, inde ... in Borussiam penetrans Regi apud Elbingiam conjungitur. Die Conjunction fand am 8. Dec. statt. Ich wüßte nicht, wie anders als durch Ermeland de la Gardie dorthin marschiert sein sollte; am wenigsten Waldeck stand dort ihn zu hindern, da er sich über Wehlau und Tapiau auf Königsberg zurückzuziehen Befehl hatte.

303. (S. 177.) praecipuum et immotum nostrorum postulatorum nennt der König diesen Lehnsnexus. Si Cels. V. E. aliquid in reliquis mitigatum cupit, de eo salva nostra securitate amicabili et facili ratione convenietur. Quod si haec nostra oblatio nunc non attendatur, fieri potest ut et provincia penitus devastetur et Cels. V. E. excidat tractandi occasione et bono Eidem .... posthac irreparabili. Schreiben aus Kreuzburg, 16. (26.) Dec.

304. (S. 177.) Diese Angabe hat nicht blos Pufendorf V. 69. (ich habe das Actenstück, aus dem er es entnommen haben wird, nicht gesehen), sondern auch Desnoyers, 3. Febr. 1656, mit der Entschuldigung des Königs, que c'étoit la faute de son général quartier-meister et des guides, qui n'étoient pas informés de la situation de la ville et du pays. — Daß man den König mit leichter Mühe habe fangen können und daß es durch Waldecks Schuld unterblieben, finde ich zuerst 1675 in der Brochüre „Kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen" u. s. w. p. 22 erwähnt. Auch Pufendorf hat diese Angabe (V. 69: Elector postea fassus est u. s. w.). Woher er diese Nachricht hat, weiß ich nicht; die ganze Situation zeigt, daß man einen solchen Handstreich nicht hat wollen können.

305. (S. 178.) voyant .. que M. Electeur parlait avec plus de fermeté qu'il n'a pas encore fait De Lumbres, 31. Dec.

306. (S. 178) ... et que Son Altesse est continuellement à cheval pour donner ordre à tout. De Lumbres, 31. Dec.

307. (S. 178.) So in des Kurfürsten Eröffnung an die Stände, Königsberg, 22. März 1656, bei Londorp VII p. 1135.

308. (S. 179.) De Lumbres, der über die Motive des Abschlusses eingehend berichtet, hebt auch hervor: Madame l'Electrice appréhendait fort l'événement de la

guerre et pour en sortir faisoit sous main jouer force batteries pour y faire condescendre son mari.

309. (S. 179.) Sehr merkwürdig ist die Beurtheilung in der geistvollen Schrift (Frischmanns) Animorum in Europa et vicina Asia motus de Suecici belli motu in Polonia. 1556. Die zweite Ausgabe ex autoritate superiorum, 1656 nach der Schlacht von Warschau hat sehr anziehende Abweichungen von der vor der Schlacht von Warschau verfaßten ersten. Sie ist durchaus in schwedischem Geist geschrieben. Da heißt es vom Kurfürsten, sein affect sei prudens cunctatio gewesen: non praeceps ruit in partes, noluit alterutrum Regem socios se laedere. Inter sacrum interim et saxum difficulter stabat. Falso inter validos et impotentes quiescebat. Quid ergo animi? quid remedii? affectus cogi nescius cogi debuit; cogi non potuit nisi quodam necessitatis telo. Itaque quasi vincendus erat cunctator amicus et hostis. Poloniae feudatarius, Bataviae foederatus, Semper excusatus et excusandus, quem forte non poenitet esse coactum u. s. w. Auf diese und andere Schriften Frischmanns im lapidaren Styl habe ich in den Forschungen IV. p 40 ff. aufmerksam gemacht; weitere Studien haben mir für diese merkwürdige Richtung der publicistischen Literatur noch mannigfaches neues Material gebracht. Einer meiner jüngeren Freunde wird dieselbe in einer besondern Untersuchung hoffentlich bald darlegen.

310. (S. 179.) Die Königsberger Verträge vom 7. Jan. st. v. 1656 bei v. Moerner p. 195 ff.

311. (S. 179.) Art. III. De Lumbres, 9. Jan. S. Alt. E. veut achever le traité avec la Suéde pourvu qu'elle consente que l'effet en soit suspendu pour toute cette année, pendant laquelle il pourra voir si le roi de Pologne se rétablira. Daß der Huldigungseid ausgesetzt wurde, war ein Compromiß und damit gleichsam ein Interimszustand begründet.

312. (S. 180.) Le traité ne donne pas ici la même satisfaction qu'il a fait à Mr. Oxenstiern. De Lumbres, Königsberg, 27. Jan. 1656. Daß sich Hoverbeck und „Alderback" (d. i Andreas Adersbach) besonders bemüht haben, den Abschluß zu hindern, sagt Desnoyers Schreiben vom 2. März 1656.

313. (S. 181.) Le roi de Suède a employé toute sorte de caresse ... pour obliger Mr. l'Electeur ... à faire ligue offensive et défensive avec lui. Il a fait de grandes présents à Mr. de la Cave son grand-maréchal et à ses autres principaux officiers et colonels. De Lumbres, 27. Jan. 1656.

314. (S. 182.) Schlezers Bericht über seine Audienz bei Cromwell, d. d. 14. Dec. 1655.

315. (S. 183.) Der Jesuit Ciecisewski meldet aus Wien an Kurmainz: convenisse inter principes foederatos ad Rhenum, ut ad servandam pacem Imperii Brunsvicenses etiam Duces et Hassiae Landgravii in foedus recipiantur, excepto tamen per omnia bello Polonico, cui se contra Polonos nemo foederatorum inmiscere debeat, hanc vero exceptionem sive conditionem expresse adjectam esse, si forte Sueciae Rex et Brandenburgicus accedere velint, worüber die Polen sehr bestürzt seien. Man sieht, diese Allianz kehrt ihre Spitze gegen Brandenburg.

316. (S. 183.) Memorial des Pfalzgrafen für die Sendung seines Geheim-Secretärs Michael Lers an den Kurfürsten von Mainz, d. d. Neuburg, 22. Dec. 1655. (Düsseld. Arch.) Da heißt es: der Kurfürst werde bei seinem neulichen Besuch in München erfahren haben, daß Schweden und Frankreich dem Hause Oestreich nicht mehr die Kaiserwahl wollten zufallen lassen, daß Landgraf Georg Christian (von Hessen-Homburg) von Mazarin Auftrag habe, in diesem Sinne bei den drei geistlichen Kurfürsten zu arbeiten, daß vielleicht Schweden sich der Wahl mit Gewalt versichern werde, wenn man nicht bei

Zeiten dagegen arbeite; daß er (Pfalz-Neuburg) in den niederen Landen mit etlichen Ständen am Rheinstrom ein kleines Defensionswerk aufgerichtet habe (jene Allianz vom 15. Dec. 1654), daß wenn auch Andere hinzutreten, dasselbe bedeutend genug werden könne, um den Ausschlag zu geben; der Kurfürst von Mainz stünde in dem Stande, „daß Sie weder östreichisch noch französisch seien", u. s. w. Dann ein Nebenmemorial vom 31. Dec., das hervorhebt, daß sich Brandenburg mit seinem Kriegsvolk wahrscheinlich mit Schweden conjungiren werde, um „in dem trüben Wasser mitzufischen", wie ja bekannt sei, „wasmaßen I. Kf. D. von Brandenburg bei jüngstem Reichstag nit allein die uncatholischen Fürsten und Stände an sich gezogen und gleichsam deren capo und protector sein wollen", sondern auch 1651 Pfalz-Neuburg feindlicher Weise angegriffen u. s. w.; es genüge nicht mehr mit gekreuzten Armen dabei zu stehen, noch auch die allianzmäßigen Kriegsvölker zu verdoppeln, sondern man müsse an Frankreich schicken, um dessen Assistenz zu bitten, zugleich an den Papst, ihm zu zeigen, „wie die Kirche seit vielen saeculis nicht in so großer Gefahr gestanden."

317. (S. 183.) Schreiben des Landgrafen Ernst Georg von Hessen an den Pfalzgrafen, Rom, 9. Oct. 1655. Der Papst habe ultro et proprio motu gesagt: non vediamo persona più degna e qualificata che il nostro Sig. Duca de N. comme principe gia cognosciuto et molto stimato et amato in quelle parti; die Polen hanno bisogno d'un Re de tal talento che é il nostro duca. (Düsseld. Arch.)

318. (S. 184.) Portmanns Bericht vom 15. Mai, „daß die restitutiones gravatorum pro illa vice eingereicht seien" u. s. w.

319 (S. 184.) Portmanns Bericht vom 5. Juli, so habe ihm der kurmainzische Rath Boyneburg erzählt, der das aber „für flogmärige discursus halte, zu vernehmen, wohin Mainz inclinire."

320. (S. 184.) Rekruten je 300 für vier Cavallerieregimenter, von denen drei, je 1200 resp. 400 für fünf Infanterieregimenter, von denen zwei oder vielleicht drei in Preußen standen. UA. V. p. 840, wo auch die eigenhändigen Schreiben des Kurfürsten abgedruckt sind.

321. (S. 186.) ... le conseil ... apportait toujours quelque changement dans les termes à quoi a fallu quelque fois m'accommoder, pour ne pas trop pointillier y voyant d'ailleurs peu d'interêt. De Lumbres an Mazarin, Königsberg, 2. März 1656. Selbst der von Frankreich lebhaft gewünschte Zusatzartikel, daß es auch als casus foederis gelten sollte, wenn Frankreich von dem Kaiser z. E. in der Bourgogne angegriffen werde, kam nicht zur Annahme, (UA. II. 93) wie der Abdruck des Vertrages bei Dumont VI. 2. 129 zeigt. Frankreich ratificirte 12. April 1656, der Kurfürst erst 24. Oct. 1656. v. Moerner p. 201.

322. (S. 187.) Das Schreiben des Königs ist aus Landshut in Gallicien, 24. Jan. 1656. Die Vollmachten „firmandi foederis cum S. C$^{\underline{ne}}$. E. causa", vom 26. Jan.; von denen, auf welche die Vollmacht lautete, kamen am 10. März nach Königsberg nur der Starost Nicolaus Padlodowsky und der Castellan von Sendomir Witowsky, von dem Desnoyers als jésuite défroqué, d. d. 6. und 13. April, mehreres anführt, mit dem Starosten von Radom 40 Personen, so daß man sieht, daß die übrigen Bevollmächtigten nicht ausblieben, weil sie nicht hätten durchkommen können.

323. (S. 188.) Aus den Propositionen des Kurfürsten an die preußischen Stände, d. d. 22. März 1656. Londorp VII. p. 1134.

324. (S. 188.) Obnitentem fatis et paci et tranquillitati publicae renitentem. „so redeten sie", sagt Bonin in einer Unterredung mit Johann Casimir im Herbst 1656.

325. (S. 189.) De Lumbres Schreiben vom 11. Mai 1656. UA. 96.

326. (S. 190.) Boreel an Johann de Witt, 15. März 1656. Die Aeußerung über die schwedische Universalmonarchie ist nach de Lumbres Bericht 8. Juni von Somnitz homme de jugement et de probité. UA. II. p. 99.

327 (S. 190.) Sendung Schlippenbachs, den der König von Warschau abschickte; er war um den 20. April in Königsberg.

328. (S. 192). nulla alia Borussiam exitio eripiendi via. Pufendorf Carl. Gust. III. 19.

329. (S. 193.) So der Bericht der Cüstriner Regierung vom 18. April 1656. Ein grauenhaftes Beispiel der polnischen Wildheit gegen die Deutschen hat das Theatr. Eur. VII. p. 929 in dem Bericht über Wielun.

330. (S. 193.) So meldet es nicht als Gerücht, sondern als Thatsache der Kurfürst in einem eigenhändigen Schreiben an Fürst Moritz von Nassau UA. V. p. 848. Ein Publicandum des Königs Zamosc, 11. Mai, erklärt ausdrücklich dies Gerücht für falsch.

331. (S. 194.) So in Lithauen und Curland, so in Danzig, wo der einflußreiche Buchhändler Georg Förster, später Convertit, besonders thätig war.

332. (S. 194.) Dies „Universale" führt Desnoyers in dem Briefe vom 20. April an. Diesem Briefe folgt im Druck ein Postscriptum, welches nicht hierher, sondern in den October 1656 gehört.

333. (S. 194.) Diese Vorgänge sind nach dem Schreiben de Lumbres, 8. Juni und nach dem Theatr. Eur. VII. p. 953 berichtet. Ich bedauere, daß mir andere Nachrichten nicht zu Gebote gestanden.

334. (S. 194.) ut nihil quod honori ejus noceat infert, ita nec apud S^tem^ V maligna traducetur interpretatione. Schreiben Johann Casimirs in castris ad Varsoviam, 10. Juni 1656.

335. (S. 195.) In dem kurfürstlichen Schreiben, Balga, 22. Juni 1656 an den Marschall Rochau, stehen im Concept die im Text bezeichneten Worte, aber sie sind durchstrichen.

336. (S. 195.) Daß der Kurfürst in Betreff des Abschlusses mit Schweden noch einmal schwankte, legt Erdmannsdörffer p. 379 dar; des Kurfürsten Rescripte vom 21. und 26. Mai bezeichnen die Zeit, in der es geschah. Er hatte wohl Anlaß dazu, wenn man aus de Lumbres Schreiben vom 15. Mai sieht (UA. II. p. 97), daß der Kaiser, Dänemark, die Staaten für Polen einzutreten drohten; natürlich, daß dann die Fürsten der rheinischen Liga mit ins Zeug gegangen wären. Doch ist die Situation dieser Tage noch weiterer Aufklärung bedürftig. Denn der Kurfürst schreibt am 26. Mai an den Fürsten Statthalter in Cleve in doch anderem Ton: er möge die Werbungen beschleunigen, damit selbige sobald möglich nach Preußen marschieren können, „denn ich der Polen, Tartaren und Kosacken Einfall täglich gewärtig sein muß, welche schon zwei meiner Amtsdörfer im Oletzkoschen abgebrannt haben"; dann erwähnt er jenes Gelübdes des Königs Johann Casimir in Lemberg; „hieraus können E. L. nun erachten, daß ich meine Sicherheit durch die Waffen suchen und dem Unheil bei Zeiten fürkommen muß." Und in einer Nachschrift: „ich ziehe meine Truppen zusammen und gehe mit der Armee in Polen, mein Land desto besser zu schützen."

337. (S. 195.) Daß Waldeck besonders zum Abschluß getrieben, sagt de Lumbres, nachdem er schon 20. April berichtet, daß die Schweden ihn mit 60,000 Thlr. gewonnen hätten. Desnoyers meldet in derselben Zeit (13. April), daß Waldeck durch den Exjesuiten Witowsky einen kostbaren Diamanten und das Versprechen einer Starostei von 50,000 fl. Einkünfte erhalten habe. Solche Bestechungsgeschichten sind natürlich nicht ohne Weiteres zu glauben

338. (S. 195.) Die Verträge hat zuerst Pufendorf VI. 26 mitgetheilt; jetzt bei v. Moerner p. 201—209. Was in Londorp, im Theatr. Eur. und andern gleichzeitigen Schriften mitgetheilt ist, beschränkt sich auf einzelne Paragraphen des Hauptvertrages.

339. (S. 197.) De Lumbres, 9. Aug. 1656. Je partis de Konigsberg le 10. du passé, dann berichtet er von den durch ihn gemachten Vorschlägen: l'Electeur s'en est expliqué plus clairement, m'ayant déclaré avoir fait porter parole au Roi de Pologne de faire changer son royaume en monarchie héréditaire avec pouvoir d'en disposer pour qui bon lui sembleroit, s'il se vouloit joindre avec eux, mais que ce Roi n'y a pas voulu prêter l'oreille u. s. w.

340. (S. 197.) Der Danziger Agent Barkmann schreibt 3. Juli: „diese Abnehmung der Stadt ist in facie der Armee geschehen, die nur vier Meilen davon (in Nowodwor) stehet ... Was für eine Furie unter dem Volk ist, kann nicht ausgesprochen werden."

341. (S. 198.) ut nostras quoque utrinque vires quantocyus congregemus et armis et consiliis conjunctis non vero separatim agamus. Schreiben vom 8. Juli 1656. In Betreff der folgenden Darstellung verweise ich auf meine Untersuchung „die Schlacht von Warschau", in den Abh. der K. sächs. Gesellsch. 1862. Einzelheiten haben seit der Abfassung dieses Aufsatzes genauer bestimmt werden können. Jetzt hat Obristleutnant Riese in seiner Schrift: „die dreitägige Schlacht von Warschau 1870", mit großer Sorgfalt und Sachkunde alles zur Sache Gehörige gesammelt und untersucht; namentlich ist da der Bericht Dahlbergs über den 28. und 30. Juli (der über den 29. ist verloren) mitgetheilt. In Betreff des Anmarsches, sowie über den Gefechtsplan für den Morgen des 29. Juli habe ich Rieses Gründen, so ansprechend sie mir im ersten Augenblick erschienen, bei näherer Prüfung nicht folgen können.

342. (S. 199.) Es darf nicht irre führen, daß das Schreiben des Kurfürsten an den Polenkönig, d. d. 1./11. Juli (Pufend. VI. 33, Londorp VII. p. 1157) noch aus Königsberg datirt ist. Der Tag seiner Abreise steht fest durch de Lumbres ausdrückliche Angabe.

343. (S. 199.) ce Roy n'y a pas voulu prester l'oreille. De Lumbres, 9. Aug. Die Angaben über die Meinung in Warschau hat Barkmanns Bericht vom 15. Juli.

344. (S. 200.) Desnoyers 26. Jan., 10. Febr. 1656.

345. (S. 200.) indecora animi mobilitate et fluxis consiliis habe er verfahren; inveniri modus et ratio nulla potuit quae obseratas bonis monitionibus aures recluderet u. s. w.; in tam enormi juris divini et humani laesione quid indignemur magis u. s. w. Aus dem Schreiben des Königs Warsoviae, 25. Juli 1656. Das gleichzeitige Schreiben des Senats ist von demselben Datum, unterzeichnet Andreas Comes de Lezno, arch. Gnes. nomine senatus.

346. (S. 201.) Pace forsan jamdiu commoda et salutari frueremur u. s. w. Dies Schreiben, d. d. in castris nostris prope Zacrocin die 28. Juli 1656, habe ich erst neuerdings in den Acten gefunden; es erledigt einige Schwierigkeiten in den Vorgängen dieser Tage. Pufendorf hat es nicht gekannt.

347. (S. 201.) Schon in einer 1658 publicirten Broschüre (Kurze, jedoch gründliche Relation, wie es zu Stralsund, in Vorpommern u. s. w.), dann in der 1678 erschienenen Brochüre „Kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen", p. 17, wird diese Ueberweisung schwedischer Truppen an den Kurfürsten so gedeutet, als habe ihr Chef, Feldmarschall Wrangel, „auf des Kurfürsten Actionen Achtung geben sollen."

348. (S. 202.) Dies Schreiben scheint nicht mehr erhalten zu sein; es kann enthalten haben, daß nun die Frist der drei Tage abgelaufen sei u. s. w.

349. (S. 206.) Daß General Anderson, den der Kaiser dem Polenkönige „recommandirt" hatte, im Wesentlichen die Dispositionen gemacht, ergiebt sich aus Barkmanns Schreiben vom 11. August 1656.

350. (S. 210.) Nach Pufendorf C. G. III. 28 hat der Kurfürst gleich nach der Warschauer Schlacht angedeutet, daß er für die Souverainetät Preußens mehr zu leisten bereit sei. In den diesseitigen Acten finde ich keinen Anhalt für diese Angabe.

351. (S. 210.) Aus einem Schreiben Jena's an den Kurfürsten vom 12. Sept. 1656 ergiebt sich, daß über die Frage, ob weiter mit Schweden vorgehen oder nicht, sehr lebhafter Zwiespalt unter den Räthen des Kurfürsten war, daß Waldeck mit Leidenschaftlichkeit die schwedische Parthei vertrat, daß er sich (26. Aug.) zu den unwürdigsten Beleidigungen gegen Jena und Platen hinreißen ließ; er habe gesagt, schreibt Jena in seiner Beschwerdeschrift 12. Sept. 1656, „du Hund bist auch einer, der mir im Rath immer zuwider ist, du bist ein Schreiber und salva venia ein Blackscheißer, sagets nur dem Kurfürsten, daß, wenn er mich nicht länger haben will, daß er mir einen Brief nachschicke und mir meinen Abschied gebe ... das Alles auf offener Landstraße, so daß es jedermann, besonders die Reitknechte, mit anhören können", und dabei immer gerufen, daß ihm der Kurfürst nichts anhaben könne, wie er schon in Marienburg gesagt, „wenn er gleich einen Geheimen Rath prügeln lasse, so könne ihm doch S. K. D. ein mehreres nicht thun, als daß Sie ihn hießen gehen und dann bliebe er doch Graf." Erdmannsdörffer p. 301 führt einen Briefe von Waldeck an Somnitz Juni 1658 an, in dem es von diesem Vorfall heißt: ... où S. A. E. se laissa aller à dire, qu'il se pourroit bien resoudre à faire couper la teste à un comte pour une telle affaire.

352. (S. 211.) Diesen Plan erwähnt der König in einem späteren Schreiben (Wismar, 6. Dec. 1657), das in der Brochüre Björnclous Memoriale in punctis auxilii et assistentiae (s. l. et a.) Beilage Lit. O. gedruckt ist.

353. (S. 211.) Weimann schreibt etwas später, Haag, 10. Nov., von den Schweden: „wir sehen hier, in England und Frankreich, wie sie aller Orten den Großen gemacht und S. Kf. D. als ein consectaneum quid abgebildet — für ein subjectum misericordiae hingestellt."

354. (S. 211.) Dies Gefecht erwähnt Theatr. Eur. VII. p 987. Meine Angaben begründen sich auf Heinrich v. Wallenrodts Schreiben vom 12. bis 20. Aug. Der Führer der Bewegung dort ist der Sohn Gonsiewskys, er hat 12000 M., darunter 1000 masurische Schützen, 11 Compagnien geworbenes Volk, 5000 M. unter Sapieha.

355. (S. 211.) Die Erbietungen Gonsiewskys, des Vaters, sind vom 12. Aug. und nach Königsberg durch einen v. Kaminsky gebracht, der eigentlich ein Franzose des Namens de Pierre ist. Wallenrodt schreibt davon: „es ist lauter Betrug mit ihm (Gonsiewsky), weil er es an keinem Rath und Aufwiegelung alhier in Preußen, uns ein Unglück anzustiften, ermangeln läßt."

356. (S. 212.) Schwerin an Weimann, 11. Sept.: „wollte Gott mein Herr hätte gehört qua arrogantia et obstinatione derselbe Mensch die Beleihung gesucht und zwar iisdem conditionibus wie es bei Polen gewesen." Er erzählt den ganzen Verlauf der Audienz.

357. (S. 214.) Nach Pufend. VI. 48, wo die märkischen, nicht die neumärkischen Stände genannt werden. Genaueres ergiebt des Statthalters der Marken, Grafen Wittgensteins Schreiben an Schwerin, 26. Dec. 1656, bei Orlich I. p. 409 und die Eingabe der Stände der Marken, d. d. Berlin, 15. Dec.

358. (S. 214.) Weimann schreibt 5. Oct.: „einer aus Holland sagte mir im Vertrauen, daß dieses nur artificia einiger Glieder wären, welche die Landstände mit S. Kf. D. nur suchen zu embrouilliren, um in andern Sachen Vortheil daraus zu nehmen, ohne daß die meisten membra vom Grund der Sachen geinformiret oder gemeinet wären, das Wenigste wirklich zu thun." Und 13. Oct. 1656: „ihr ganzes Absehen ist heimlich darauf

gerichtet, daß E. Kf. D., wenn Sie in wahrer Noth sein werden, ihnen selbst endlich die Pillau antragen müssen."

359. (S. 215.) Im Juli 1656; vorerst antwortete der Braunschweiger, daß auch Brandenburg und Schweden zum Beitritt aufgefordert werden müßten (28. Oct. 1656). Das wird bewilligt (Dec. 1656) unter der Bedingung, daß der Bund nicht in die polnischen Wirren verwickelt werde. Der Kurfürst sendet seinen Geheimen Rath Raban von Canstein im März 1657 über Zelle, Hannover, Hildesheim nach Frankfurt, um über den Eintritt Brandenburgs in diesen Bund der Defensionisten zu verhandeln; am 26. Sept. 1657 ist die erste Berathung, es folgen deren mehrere, an denen Brandenburg eifrig Theil nimmt.

360. (S. 215.) Portmanns Bericht vom 5./15. Oct. 1656.

361. (S. 217.) Aus einem Schreiben Jenas, das ich in dem Aufsatz „die Schlacht von Warschau" mitgetheilt habe. Gegen solche „extravagante relations" schrieb der Kurfürst eigenhändig seinen Bericht von der Schlacht, ließ ihn zum Druck nach dem Haag senden.

362. (S. 217.) Aus einem Schreiben des Kammerjunker v. Wreech, Frauenburg 18. Oct. 1656.

363. (S. 217.) Schreiben des Kurfürsten an den König, 8. Sept. Antwort des Königs, deutsch, eigenhändig, d. d. Frauenburg, 3. (13.) Sept.: „das gute Zutrauen, welches ich jederzeit zu E. Kf. D. beständiger Freundschaft trage."

364. (S. 218.) So aus Kleists Berichten, namentlich vom 7. (17.) Aug. und 7. (17.) Sept. 1656.

365. (S. 218.) In Dennemarcken doet hij wat hij will .. soo dat men siet, dat hij met passie gaet ... maer sij achten den Coninck van Dennemarcken weinich unde sullen daeromme alles doen 't welck tot haer voorndeel streckt. Prinz Wilhelm Friedrich von Nassau an Weimann, 30. Sept. 1656.

366. (S. 219.) „Daß E. Kf. D. den Tractat tüchtig gesecundiret und daß sonst ihre Leute so viel nicht würden erhalten haben; an ihrer Dankbarkeit solle es auch nicht ermangeln." Weimann, Haag, 19. Sept. 1656. Düss. Arch.

367. (S. 219.) Schwerin an Weimann, 18. Oct. 1656.

368. (S. 220.) Das Anrücken meldet Karl Gustav dem Kurfürsten, d. d. Frauenburg, 12./22. Sept. 1656.

369. (S. 220.) Die Stellung der schwedischen Truppen östlich der Weichsel ist folfolgende: Pfalz Sulzbach bei Plock, Wrangel bei Pultusk, Radziwill hinter Tykoczin.

370. (S. 220.) Schwerins Schreiben an Weimann, 28. Sept. 1656. (Düsseld. Arch.) Desnoyers in dem P. S. zum Briefe vom 20. April, das zu dem Briefe vom 27. Oct. gehört.

371. (S. 221.) Aus Schwerins Bericht an den Kurfürsten, d. d. 16. Sept. und aus zwei eigenhändigen Briefen des Kurfürsten an Schwerin, Königsberg, 17. und 18. Sept., in denen er seine Besprechung mit Schlippenbach darlegt. Pufendorf ist hier (VI. 44) auch in der Datirung nicht genau. Schwerin und Jena reisen zurück und kommen am 3. Oct. zum zweiten Mal nach Frauenburg.

372. (S. 222.) „nuda recognitio feudi per simplex reversale", sagt er zu Schwerin Schwerin an Weimann, 28. Sept. 1656.

373. (S. 222.) Daß er aus der Gegend von Plock kommt, ist aus den sonstigen Angaben geschlossen. Es sind nach dem guten Bericht bei Desnoyers, p. 150, etwa 4000 Pferde, 500 M. Fußvolk und 12 Kanonen, mit denen Steenbock nach Riga marschieren soll, wahrscheinlich meist die Truppen, die in dem festen Lager bei Lowicz gestanden. Puf. C. G. III. 28.

374. (S. 222.) Non sine admiratione percepimus, schreibt der Kurfürst an Karl Gustav, Königsberg, 4. Oct. 1656, von jenen polnischen Erklärungen. Quin immo postulatum tale et iniquum respectu intentatae nostrae exclusionis nihil aliud arguit quam Catholicorum illud catholicon: divide et imperabis.

375. (S. 223.) Schwerin an den Kurfürsten 5. Oct. 1656: er bittet, sein Bedenken nicht ungnädig aufzunehmen; er äußere es nur „E. Kf. D. Wohlfahrt halber und in Betrachtung des itzigen Zustandes, da man nicht versichert sein kann, ob die Schweden sich bei ihren Conquesten mainteniren können."

376. (S. 223.) Schreiben des Kurfürsten an Schwerin und Jena, Königsberg, 4. Oct./24. Sept., das Kleist ihnen bringt: sie sollen durchaus bei der Souverainetät bleiben und dem Könige zu wissen thun, „daß dieselbe sowohl die Herren Generalstaaten als die königl. Würde zu Dänemark Uns von Herzen gern gönnen." Und in einem undatirten Schreiben: „ich wundre mich, daß sie ihre gethane Promesse jetzt zurückziehn und keine Satisfaction geben wollen; ohne das sind wir geschiedene Leute."

377. (S. 224.) „Sie seindt allhier über unser Suchen gewaltig embarassirt, sie sehen wohl, daß es die gegenwärtige Zeit nicht leidet, uns ohne Satisfaction ziehen zu lassen, und gleichwohl kommt es ihnen schwer an, den erlangten Vortheil gehen zu lassen. Der König selbst ist wohl geneigt, uns Satisfaction zu geben, soll selbst gegen seine Reichsräthe disputiren, diese aber sind sehr hartnäckig, versuchen immer, ob sie uns einen blauen Dunst vormachen können." Schwerin an den Kurfürsten, Frauenburg, 10. Oct.

378. (S. 225.) Schwerin an Weimann, 12. Oct. De Lumbres, 19. Oct., sagt: Schwerin und Jena seien aus Frauenburg abgereist, sans rien conclure et sans prendre congé du Roi. Der Kurfürst in einem eigenhändigen Briefe an Schwerin, 5. Oct.: „... ihr habt auf kategorische Erklärung zu dringen; ich zweifle sehr, daß ich etwas zu meinem intent erlangen werde, dieweil es meinem großen Feind zuwider; muß deswegen sehen, auf anderm Wege solche conditiones, so zu meiner und der Meinigen Sicherheit, von andern zu erhalten, es mag lieb oder leid sein wem es wolle." Des Kurfürsten Weisung an Schwerin 10. Oct. trägt ihm auf, sich in aller Gebühr zu verabschieden und vorzugeben, er müsse zurück, um über das Project seinen Rath zu sagen.

379. (S. 225.) Ueber das Gefecht vom 8. Oct., das auch nach Johannisburg und nach Proßken genannt wird, haben mir lehrreiche Berichte vorgelegen; namentlich ein ausführliches Schreiben Waldecks an Weimann, 30. Oct., wohl für den Abdruck im Haag, dann dessen kriegsrechtliche Vernehmung, ein Schreiben des Dominus Woinslowitz ducis exercitus (Düss. Arch.), u. s. w.; mehrere gedruckte, deren Kritik hier zu weit führen würde. Dazu ist neuerdings die ausführliche Erzählung bei Rauchbar p. 146 ff. gekommen.

380. (S. 225.) Waldeck an den Kurfürsten, d. d. Angerburg, 12. Oct. Daß das „Aufboth durch unser ganzes Land gehen soll", meldet der Kurfürst gleich am 10. Oct. an Schwerin.

381. (S. 226.) Dies nach den Briefen Karl Gustavs vom 1. (11.) und 3. (13.) Oct., Steenbocks vom 30. Sept. (10. Oct.) aus Poppen, das alte Karten im Wald, nahe der Südspitze des Mucker Sees zeigen. Leider habe ich keine von den Landkarten mehr auftreiben können, die man damals hatte, wie z. B. in dem Gefecht von Lyck Radziwill mit einer solchen Waldeck von seiner falschen Aufstellung überzeugte, erwähnt in dem Protocoll des Kriegsrechts über Waldeck, Labiau, 1. Nov. 1656.

382. (S. 226.) ut Cel^is^ V. voluntati et imperio pareant. Schreiben des Königs vom 3. (13.) Oct.

383. (S. 226.) Am 15. Oct. schreibt der Danziger Resident Barkmann aus des Königs Lager bei Lojewo „fünf Meilen von Thorn", nahe bei Inowraclaw. (Danziger Stadtarchiv.)

384. (S. 227.) Schwerins Schreiben an Weimann, 17./19. Oct.: „sie fangen an trefflich ombrageux von uns zu sein; insonderheit wegen des vielen Hin- und Herschickens."

385. (S. 227.) De Lumbres s. d. UA. II. p. 110 (das Schreiben ist ungefähr vom 20. Oct.). J'ai trouvé Madame l'Electrice bien plus moderée (als ihren Gemahl). Elle ne feint pas de dire que les prétensions des Polonois sont raisonnables, qu'il y a peu de justice dans les armes du Roi de Suède et de son mari, que ces deux princes exposent leurs personnes et leurs états aux douteux évenements d'une facheuse guerre, principalement si l'Empereur y entre, et que, si ses conseils étoient reçus, la paix se feroit avec la Pologne à quelque prix que ce fut. Et de fait j'ai appris, qu'aux occasions elle en presse son mari, qui les évite autant qu'il peut .... la plupart de ses conseillers étant du même sentiment.

386. (S. 227.) Dobrczenskys Schreiben aus Berlin, 26. Juli, wo er diese Truppen gesehen, „so schön und wohl mundirt, als man je in der Welt gesehen."

387. (S. 228.) Von diesem Gefecht hat Puf. C. G. III. 31 eine ziemlich ausführliche Darstellung. Daß der Bericht im Theatr. Eur. VII. p. 984 mit ihm im Wesentlichen übereinstimmt, zeigt nur, daß er von schwedischer Seite eingesandt ist. Anderes ergab Waldecks Bericht an den Kurfürsten und ein anderer an Weimann aus Oletzko, 23. Oct. 1656. Jetzt auch Rauchbar p. 152.

388. (S. 228.) Schwerin an die Prinzessin von Oranien, 26. Oct.: le Roy de Suéde fait ce que nous devions faire, il feigne le fâché parceque nous désirons ce qui est juste.

389. (S. 228.) Schwerin an Weimann, 28. Oct. 1656.

390. (S. 229.) Johann de Witt an Friedrich van Dorp, Haag, 16. Nov. 1656 (in J. de Witt Brieven V. p. 459).

391. (S. 229.) Am 5. Nov. hatte der König die Nachricht, daß Rakoczy bereit sei abzuschließen; Terlon p. 18. Rakoczy begann seine Bewegungen auf eigene Hand.

392. (S. 229.) „Ob sie uns eine Furcht abjagen können", schreibt Schwerin an Weimann, Neuhausen, 28. Oct. 1656.

393. (S. 230.) Schwerin an die Prinzessin Hoheit, Neuhausen, 26. Oct. 1656: après Dieu nous attendons notre plus grand salut de la Haye, où ils sont capables de nous tirer hors de tout danger.

394. (S. 230.) „Dahero auch ihre consilia richteten, nicht, um bösen Rathschlägen vorzukommen, sondern nur anzuschauen, daß also ratio status nunmehr hier eventus rerum wäre, imbecille nimium consiliorum fundamentum." So äußerten sich, nach Weimanns Bericht vom 18. October 1656, einige Herren von der Admiralität, die sich über die „wunderlichen proceduren derer von Holland" beklagen.

395. (S. 232.) Diese negative Bestimmung ist in den Artikeln des Tractats zwar nicht aufgenommen, aber sie ist in den Verhandlungen eingehend besprochen worden. Pufendorf C. G. III. 36 sagt: voluerat Elector ut sibi permitteretur duas aut tres naves bellicas comparare ad tuendos suos portus. Sed Regi potius visum de istis plane omittere, ac si nimium insisterent Electorales, Rex suos demonstrare jussit Electorem supremo jam imperio nactum in coronae Polonicae locum suo in territorio succedere, cui numquam jus fuerit classem habendi in mari Baltico, ac Polonos, si naves bellicas parare moliti sint, a regibus borealibus semper impeditos fuisse. Die Frage über das jus admiralitatis fällt zusammen mit der des dominium Maris Baltici, das Dänemark und

Schweden allein zu haben behaupten, die Krone Dänemark nicht ohne die gelegentlich in Staatsschriften der Zeit geäußerte Meinung, es sei ihr dies Recht durch den Kaiser verliehen.

396. (S. 232.) Die Archivalien geben keine Nachricht über die Prägung dieser Denkmünze. Daß sie vor dem neuen Feldzug, der im Februar 1657 begann, componirt worden, lehrt die Umschrift.

397. (S. 233.) Weimann an Prinz Moritz, Haag, 14. Nov.: „Der König ist resolvirt ad desperationem usque, wie er gesagt, sein Glück nochmals an Casimirum zu wagen, dahero wir bald etwas hören möchten." (Düsseld. Arch.)

398. (S. 235.) Dies Memorial, d. d. Labiau, 13. Dec. 1656, ist von Pufendorf VI. 51 excerpirt. Die consultatio super praesenti rerum statu §. 50, hat er aus einer dem Memorial beiliegenden Aufzeichnung entnommen, welche die Alliirten Polens und die Schwedens der Reihe nach bespricht; unter andern steht da die Notiz: „quoad Regem Sueciae: ist eine Armee von 60,000 Mann in einem Jahre ohne rechte formelle Bataille ruinirt."

399. (S. 236.) Die Nachrichten über diese Vorgänge sind besonders darum lehrreich, weil sie einen Einblick in die Fabrik schwedischer Nachrichten geben, „ex literis quasi Gedano scriptis impudenter typis Regiomantanis imprimi fecerunt" u. s. w. Luca de Gabriis in der Brochüre gegen Cyriacus Thrasymachus de justitia Arm. Suec. ep., die in den letzten Tagen 1656 geschrieben ist.

400. (S. 236.) Ich hebe aus der Masse Gonsiewsky'scher Acten nur diesen Bericht vom 1. Nov. 1656 hervor.

401. (S. 236.) Schreiben der Kurfürstin Wittwe an Fürst Witgenstein, Statthalter der Marken. Febr. 1657.

402. (S. 239.) Dies meldet der Kurfürst dem Könige, Königsberg, 19. Febr. 1657.

403. (S. 240.) „Ehe der Frühling kommt, muß etwas wirkliches geschehen, sonst wird Schweden an diesem Ort nicht unangefochten bleiben", schreibt Kleist aus Kopenhagen, 3. Jan. 1657.

404. (S. 240.) Veele onder de Polen hebben mede voor verdaght dat en Koningh van so grooten maghte ende gewoon een absolute Regeringe te oeffenen op haer Vrijheydt soude wellen empieteren. Van Dorp an Johann de Witt, 7. Februar 1657. (Brieven V. p. 482.)

405. (S. 240.) Waldeck ist am 16. Febr. in Marienburg beim Könige, kehrt am 18. mit dessen Schreiben zurück. Den Inhalt seines Vortrages giebt Pufend. V. 55 ohne Datum (sub initium anni). Waldeck selbst fühlte sich schon sehr zurückgesetzt; er schreibt kurz vor der Reise (13. Febr., Königsberg) an den Kurfürsten, mit Zusendung einiger Nachrichten aus dem Reich, „halte es aber ganz überflüssig, nachdem E. Kf. D. anderen alles committirt"; er schließt: er müsse sorgen, „daß anstatt des Honigs andere den Gift aus meinen Vorschlägen nehmen möchten."

406. (S. 241.) Es ist mir nicht möglich gewesen, die Regimenter, die mit ihm gingen, aufzufinden. Der König schreibt, Thorn, 9. (19.) März: „E. L. kann ich nicht bergen, mit welchem contentement ich den mit dem Herrn Grafen v. Waldeck mir zugeschickten succurs estimiren und aufnehmen thue." Also nicht cum aliqua manu, wie Puf. C. G. IV. 28 schreibt, kam Waldeck; der heftige Brief des Königs, Wismar, 6. Dec. 1657, aus dem Pufendorf schöpft (Deutsch bei Londorp VIII. p. 221) ist schon damals in brandenburgischen Druckschriften widerlegt worden. (Rauchbar p. 170 sagt: Waldeck habe „zu den bereits habenden Regimentern noch etliche andere von Reitern und Dragonern erhalten.")

407. (S. 243.) Diese Dinge sind den Correspondenzen entnommen, die sich in Weimanns Journal finden. (Düsseld. Arch.) Die Verhandlungen mit de Witt und Aitzema

hat Weimann, gleich nachdem sie gepflogen worden, 6. und 7. Oct., aufgezeichnet. (Jetzt UA. V. p. 861.)

408. (S. 243.) Vertrauliches Schreiben aus Düsseldorf an Prinz Moritz, 18. Nov. 1656. (Düsseld. Arch.)

409. (S. 244.) Schreiben des Prinzen Moritz an Weimann, Cleve, 4. Nov. 1656.

410. (S. 244.) Prinz Moritz an den Kurfürsten, 22. Nov. 1656. Jetzt UA. V. p. 884.

411. (S. 245.) Aus der Erklärung der Stände, Rees, 24. Mai 1657.

412. (S. 245.) „So fanget man auch in Holland an, das Werk anders zu begreifen und S. Kf. D. auf eine andere Weise zu considериren." Weimann an Prinz Moritz, Haag, 17. Nov. 1656. (Düss. Arch.)

413. (S. 245.) So Kleist in seinem Bericht vom 21./31. Juli 1657.

414. (S. 245.) Aus Borcels Bericht, den Londorp VIII. p. 34, in der Uebersetzung mittheilt.

415. (S. 246.) So der Ausdruck in der Schrift „Kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen" u. s. w., p. 54.

416. (S. 246.) „In diese Allianz wird admittirt das Haus Oestreich, Dänemark, Holland, Moskau, Tartaren, etliche Kur- und Fürsten des Reichs, so sich dazu werden verstehen wollen, und in specie der Kurfürst von Brandenburg mit dieser condition, wenn er ablata restituiren, sich von Schweden separiren und als ein Vasall des Königs von Polen sich mit Polen conjungiren werde." So steht in einer Abschrift, die Hoverbeck im Herbst 1657 eingesendet hat. Ungefähr ebenso bei Londorp VII. p. 22. Auch Kleist meldet 17./27. Juni aus Kopenhagen, daß der östreichische Gesandte „auf ein tiefes und nach einem langen Krieg aussehendes Verbund hoffe."

417. (S. 248.) Waldeck an den Kurfürsten, d. d. Ostrozanie, 21. Mai: „der Fürst Rakoczy und seine Leute sind sehr perplex gewesen, in Sorge stehende, S. M. möchte sie allein und also in Gefahr lassen." Daß der König da die Nachricht erhalten habe, Danum bello solemniter indicto in arma erupisse (Pufend. C. G. IV. 17) ist falsch; er war bis zum 26. Mai in Brzesc, und die Kriegserklärung in Kopenhagen erfolgte erst am 11. Juni. Der schwedische Gesandte hatte noch am 23. Mai Audienz bei König Friedrich. Schon im Februar 1657 sprach „ein schwedischer Reichsrath an offener Tafel" von dem baldigen Krieg gegen Dänemark. Die Verhandlungen in Kopenhagen zeigen, daß Karl Gustav diesen wollte, als er nach Gallizien zog. Das ausgeheerte Polen bot ihm nichts mehr; er mußte ein neues Gebiet suchen, auf fremde Kosten sein Heer zu erhalten. Schon am 27. März 1657 schreibt der englische Resident in Elbing: the king is to return and to goe with his army against the king of Danemark. Thurloe State papers V. p. 120.

418. (S. 248.) Waldeck an den Kurfürsten, Ostrozanie, 24. Mai: wenn er sich entschließe, mehr Truppen nachzuschicken, so könne er Brzesc leicht für sich behalten. Der Kurfürst darauf, Königsberg, 5. Juni: „wir können es nicht übernehmen, da der Ort 40 Meilen von der preußischen Grenze liegt und keine linea communicationis hat . . .; mit dem Fürsten Rakoczy in nähere Allianz uns einzulassen, müssen wir bei itzigen Zeiten noch anstehen . . . den Frieden mit Polen sähen wir gern befördert; man giebt allhier für gewiß aus, daß der König in Schweden sich erklärt habe, Preußen auf gewisse conditiones zu quittiren." Natürlich, daß der Kurfürst gegen Schlippenbach sich behutsam und dissimulirend äußerte.

419. (S. 248.) Schreiben Schlippenbachs an den König, Königsberg, 24. Mai; er berichtet, daß er zugleich „nicht manquirt habe, die conjunctio armorum contra domum Austriacam zu suadiren; es scheine aber, daß man vor Ende des polnischen Wesens sich in mehrere Sachen einzulassen nicht getraue" u. s. w.

420. (S. 248.) Die Forderung stellt der König, 21. (31.) Mai in castris ad Czremin (am Bug): ne res hic in Polonia ad salutem sociatorum armorum bene directae alicui periculo deinceps exponi possint. Der Kurfürst wiederholt, 11. Juni, die Truppen seien nur geschickt, ut M$^{\underline{tem}}$ V. securam et salvam in Borussiam reducerent.

421. (S. 249.) Karl Gustavs eigenhändiges deutsches Schreiben an den Kurfürsten, Bromberg, 25. Juni (5. Juli) 1657.

422. (S. 249.) So das officielle lateinische Schreiben aus Bromberg, 25. Juni (5. Juli) 1657.

423. (S. 250.) So der König in dem eigenhändigen Schreiben. Officiell läßt er am 6. Dec. 1657 schreiben: fatemur affirmasse nos velle connivere si Cels.$^{\underline{do}}$ V. E. aliis auxiliis plane destituta in casu summae necessitatis ad tractatum condescenderet, nihil tamen ut concluderetur tum consensisse.

424. (S. 250.) Pufend. C. G. III. 30 aus dem eigenhändigen Schreiben des Königs an Schlippenbach ... sed quod Elector ita anxie fortunam ipsi suam admetiri eamque exhibito aut subtracto auxilio librare instituat, id a se fieri non posse ac sperare par aliquando se relaturum.

425. (S. 250.) Nach Friesendorfs Instruction, von der Pufend. C. G. VI. 42 eine ziemlich genaue Analyse giebt. Sie befindet sich abschriftlich in dem Journal von Leonhard Völler (secrétaire d'état d'Allemagne et du Nord), von dem Coremans in dem Compte-Rendu der Commission Royale d'histoire 1846 (tom IX. No. 1) eine sehr lehrreiche Nachricht gegeben hat.

426. (S. 251.) In dem eigenhändigen Briefe (Königsberg, 23. Aug.) an Kleist, den der Kurfürst der Vollmacht beifügte, schrieb er: „ich muß bekennen, daß ich fast sehr zweifle, ob es auch rechter Ernst ist und man nicht vielmehr Zeit zu gewinnen sucht; gegen alles mein Remonstriren opiniastrirt man sich und will den Bogen zu hoch spannen; weil man hier nichts zu verlieren hat und also desto leichter hazardiren kann, so dürfte es wohl endlich über mich ausgehen; daher ich Ursache habe, auf meine Sicherheit zu sehen."

427. (S. 252.) Princeß Amalie von Oranien an den Kurfürsten, Turnhout, 27. Juli 1657 (Orlich III. p. 479) ... sans peur et avec force ..... je veux esperer que vous menagerez ce temps, il ne revient pas tous les jours u. s. w. Aus Weimanns Journal ergiebt sich, daß der spanische Gesandte Gamaria am 8. Juni der Princeß Hoheit eine Denkschrift überreichte, sie zu veranlassen, daß sie den Kurfürsten in diesem Sinne bearbeite, dem als Preis dafür Pommern son légitime patrimoine zufallen werde; worauf Schwerins Antwort an Weimann (28. Juni), daß es für jetzt noch nicht thunlich sei, darauf zu antworten. Und Blondel berichtet an Mazarin, Rostock, 25. Juli: l'Electeur est fort sollicité de nos ennemis et j'apprends avec deplaisir, qu'il ait écouté les propositions, qu'un envoyé d'Hollande à la cour de Vienne lui a fait faire, qui ne sont pas seulement de lui restituer les biens qui lui ont été confisqués en Silesie sous le feu duc de Jägerndorf, mais même de l'envestir de la Pomeranie et de l'aider à nous en chasser u. s. w. UA. II. p. 128.

428. (S. 252.) Bericht d'Avaugours, Königsberg, 3. August: mais il s'est emporté sur la propostion de choisir Mr. de Neubourg en menaçant d'aimer mieux prendre la protection de la maison d'Autriche.

429. (S. 252.) Das Schreiben der Königin, so wie den französischen Vortrag des Beichtvaters des Abtes von Paradies, eines Franzosen, sendet die Kurfürstin aus Crossen, 10. April 1657. Pufendorf VI. 69. 70, der beide Stücke im Auszug giebt, hat den Irrthum, als habe die Kurfürstin Wittwe besonderen Antheil an der Verständigung, nicht verschuldet; er sagt genau: ea tantisper in medio relinquebantur, donec Rege Sueciae

discessum adornante u. s. w. Er unterläßt nur zu sagen, daß im Juli Jena nach Crossen kam, der von dort, 18. Juli, schreibt: er habe die Kurfürstin zur Cooperation sehr bereit gefunden.

430. (S. 254.) Blondels Bericht vom 10. Sept.: l'on se scandalise sur la réponse froide que le Roy de Suède a donné à Kleist.

431. (S. 255.) So meldet Jena aus Cleve 4./14. Aug. 1657 bei Orlich I. p. 141.

432. (S. 256.) Nicht ancipiti eventu, wie Puf. VII. 1 hat.

433. (S. 256.) Diese drei Artikel finden sich, von des Kurfürsten Hand geschrieben, als Beilage zu einem eigenhändigen Briefe an Schwerin, d. d. Tapiau, 17. Sept. 1657. Der erste betrifft die Beseitigung der Appellationen an die Krone Polen, statt deren ein höchstes Tribunal in Preußen eingesetzt werden soll, dessen Mitglieder der Kurfürst ernennt und der König einfach bestätigt. 2) „Weil das Bisthum ein geistlich Gut, so könnte es nicht weggegeben werden; Elbing aber mit dem Werder wollten sie mir dafür geben; ich sollte aber das Bisthum so lange behalten, bis Elbing mir eingeräumt wäre. 3) So wollten die Polen mir Pommern wieder helfen gewinnen." Eben dieser Brief sagt: Lisola melde von den großen Schwierigkeiten, die Gonsiewsky wegen der drei Punkte mache.

434. (S. 257.) Die Formel lautet: Ducatum Prussiae ... jure supremi Dominii cum summa atque absoluta potestate, habebunt et possidebunt. Art. V.

435. (S. 257.) Die genauen Auszüge dieser Verträge mit den nöthigen literarischen Angaben bei v. Moerner p. 220 ff.

436. (S. 257.) Hoverbeck an den Kurfürsten, Warschau, 3. Oct. 1657.

437. (S. 258.) Lengenich, der das Danziger Archiv benutzt hat, sagt: „der König habe gegen die Danziger geltend gemacht: daß er sich auf die polnischen Völker nicht groß verlassen könne und die östreichischen Völker sich gegen die brandenburgischen nicht wollten gebrauchen lassen, so daß J. M. selbst in Bromberg nicht sicher zu sein fürchteten, falls der Vergleich keinen Fortgang gewinnen sollte."

Der schwedisch-dänische Krieg.

438. (S. 263.) Auf den apokryphen Charakter dieses Textes des Allianzvertrages vom 9. Mai 1657, der u. a. schon im Theatr. Eur. VIII. p. 287 abgedruckt ist, macht mich die anziehende Schrift von Säve, Kejservalet i Frankfurt 1657—1658 och Sveriges underhandlingar derunder. Stockholm 1869 p. 20, aufmerksam, eine Schrift, der ich auch sonst vielfache Belehrung verdanke. Es ist ein Falsum ähnlicher Art und von ähnlicher Wirkung wie der angebliche Nymphenburger Vertrag von 1741. Vielleicht würde eine genauere Untersuchung der publicistischen Thätigkeit Lisola's, die für diese Jahre im hohen Maaß bedeutsam ist, auch auf diesen apokryphischen Text führen. Der ächte Vertrag zwischen England und Frankreich ist vom 23. März 1657; William Godwin hist. of the commonwealth IV. p. 542, Guizot II. p 803.

439. (S. 264.) Die Vorgeschichte des Rheinbundes hat mannichfache Dunkelheiten, namentlich ist nicht klar, ob und wie sich derselbe aus der rheinischen Allianz von 1654 entwickelt hat. Gelegentlich habe ich in den Acten ein neues Bundesinstrument d. d. Frankfurt a. M., August 1655 gesehen, aber mir nur eine flüchtige Notiz darüber aufgezeichnet. In den Relationen des päpstlichen Nuncius San Felice, ist die lega Renana zuerst im Herbst 1657 erwähnt als bestehend aus den drei geistlichen Kurfürsten, Pfalz-Neuburg und Münster, die auch andere Fürsten, namentlich Schweden, Cassel, Braunschweig, Brandenburg heranzuziehen gedacht hätten.

440. (S. 265.) Diesen Ausdruck braucht Lisola gegen Hoverbeck: „zudem so werden alle des Hauses Oestreich actiones allewege zum ärgsten gedeutet und nach dem scopum der Universalmonarchie gezogen.“ Hoverbecks Bericht aus Posen, 16. Nov. 1657.

441. (S. 265.) Seit 1649 war König Philipp IV. von Spanien in zweiter Ehe mit einer Tochter Kaiser Ferdinands III. vermählt, aber diese Ehe war noch kinderlos; erst im November 1661 ist der spätere König Karl II. geboren.

442. (S. 267.) Aus Jena's Berichten, höchst fehlerhaft abgedruckt bei Orlich I. p. 146 ff.

443. (S. 268.) Dies Schreiben vom 21. Aug. 1657 ist einige Tage später nach Paris gesandt; da sagt der Kurfürst u. a. fatendum est me admodum incertum esse, utrum de mutatione aliqua cogitandum sit.

444. (S. 268.) Kittelmanns Instruction, Königsberg, 29. Juni 1657. Der Amtskammerrath Lazarus Kittelmann sollte „nicht als Gesandter, sondern wie in eigener Sache“ bei Hofe und sonst erscheinen oder privatim mit den fürnehmsten Ministern verhandeln und ihnen sein Credenz vorweisen. Begreiflich, daß den französischen Diplomaten diese ganze Wendung als eine Intrigue erschien; Lessins erzählt 11. Februar 1662 nachträglich: le Bar. de Schwerin jeta alors M. l'Electeur dans la nécessité de le fair pour se rendre maître des affaires et ruiner le comte de Waldeck. UA. II. p. 250.

445. (S. 269.) Dies nach dem von Kittelmann während seiner Sendung nach Prag geführten Diarium, d. d. 21. Oct. 1657 ... „die Cromwellsche Tyrannei ... und da Mazarin in Frankreich fast nicht weniger über seinen Herrn dominirt und durch seine hohe angemaßte Autorität dermaßen procedirt, daß alle ehrliebende Franzosen dafür einen Abschen haben.“

446. (S. 271.) Ein leider undatirtes Billet von des Kurfürsten eigner Hand an Schwerin scheint diesen Tagen anzugehören; es schließt: „mir deucht, sie haben ein Schelmenstück für und würde man sich in Acht nehmen müssen.“

447. (S. 272.) Löbens Instruction ist vom 25. Nov. (5. Dec.). Das Wesentliche hat Pufendorf (VII. 12.) Löben ist 19. (29.) Dec. wieder in Berlin.

448. (S. 272.) Kittelmanns Bericht vom 16. Dec. Vier Wochen später nennt Graf Kurz den Habbaeus einen schwedischen Spion und bedauert, daß man sich mit ihm, der ohne Credenz gekommen, eingelassen, ihm Audienz bewilligt habe. Bericht Kittelmanns vom 11. Jan. 1658. Auch der Jesuit Albertus Ciecisewsky, dessen Briefe an den Pfalzgrafen von Neuburg höchst lehrreich sind, bestätigt das im Text Gesagte; er schreibt 23. Jan. 1658: „Tractatus qui sunt in Berlin ostendunt abunde quid sit Elector Brandenburgicus. Fricant sibi caput Austriaci et magis fricabunt Poloni. Bonus Lisola sudat quod permiserit se decipi in praeteritis tractatibus. Elector Brandenburgicus est et corde et animo Suecus, videbimus tamen quid erit. Austriaci concedunt quidquid vult Brandenburgicus, summe metuitur hic ne decipiat; miscet omnia, plura requirit quam ante requirebat, pauciora concedit quam concedebat ..... Rex Sueciae occulte sollicitat Austriacos, quod velit cum illis facere pacem et recedere a Gallis; d'Aubiviis (so ist falsch dechiffrirt für Habbäus) eam rem agit; cedere illi difficile.“ Habbaeus ist der aus Leibniz Lebensgeschichte wohl bekannte.

449. (S. 272.) Ledebours Sendung; er reist am 19. (29.) Nov. ab mit dem bei Pufendorf VII. 3 mitgetheilten Schreiben vom 12. Nov. und ist am 15. (25.) Dec. wieder in Berlin.

450. (S. 273.) Gedruckt ist dies Schreiben bereits im August 1658, abschriftlich schon früher in der Diplomatie bekannt gewesen. Wie denn überhaupt die Staatsschriften jener Zeit in Masse wichtigste und geheimste Actenstücke in Umlauf setzen; der sogenannte Londorp, der aus solchen Drucken zusammengedruckt ist, giebt den Beweis dafür.

451. (S. 273.) So die Aeußerungen des Grafen Porcia. Kittelmanns Bericht vom 11. Jan. 1658.

452. (S. 274.) ... se servant de la comparaison du tentateur de l'Evangile, qui luy promet des Royaumes si cadens adoraverit eum. Blondels Bericht 1. Jan. 1658, UA. II. p. 150. Der Kurfürst spricht zugleich von Lisola in schlimmen Ausdrücken, jusqu' à dire, c'est le plus grand coquin, qui eust jamais esté.

453. (S. 275.) Vertrag vom 30. Jan. (9. Febr.) 1658. Art. secret. bei v. Moerner p. 232.

454. (S. 275.) Ahlefelds Bericht an den König von Dänemark, Hamburg, 14. (24.) Febr. 1658. Dieser und andere Berichte, so wie das Protocoll der Conferenz vom 13. Febr. liegen in einem alten Druck vor.

455. (S. 276.) Rasch an Ahlefeld, 16. (26.) Febr. 1658. S. A. E. avait protesté en colère devant dieu mettant la main sur la poitrine, qu'elle n'y pouvoit rien, qu'elle n'étoit pas cause du retardement et que Dieu la punisse, si elle avoit quelque veine dans son corps, qui ne désiroit pas avec impatience grandissime d'attaquer l'ennemi.

456. (S. 276.) Instruction für Goltz, von Hoverbecks Hand, 23. Febr. (5. März).

457. (S. 276.) Kittelmanns Bericht aus Frankfurt, 24. Febr. (6. März) 1658.

458. (S. 277.) Säve p. 74 führt die Aeußerung Karl Gustavs an: „können wir der Freundschaft Oestreichs nicht versichert bleiben, so müssen wir uns schlagen sowohl innerhalb wie außerhalb des römischen Reiches und das ganze Instrumentum Pacis in den größten Hazard setzen, denn media consilia kann ich nicht mehr ergreifen, die Sachen stehen in der Crisis ... Oestreich muß innen und außer dem Reich die Waffen niederlegen" u. s. w.

459. (S. 279.) Nam in casu belli cum Brandenburgico Regis quam maxime intererat eam urbem in potestate habere. Puf. C. G. V. 63.

460. (S. 280.) id quod Cromwellio ignominiae cedet penes quem velut sequestrem interpretatio ejus pacis esse debeat. Puf. VII. 55.

461. (S. 280.) Auf Björnclous Bemerkungen (28. März), daß die schwedischen Truppen nach dem mit Dänemark geschlossenen Frieden nicht länger als bis zum 1. Mai in Dänemark bleiben könnten und daß Schweden, wenn es bis dahin nicht Gewißheit über die Absichten Frankreichs erhalten, sich mit Oestreich verständigen werde, legte Lionne ein Project vor, in dem zu Björnclous größtem Erstaunen nur von einer Offensivallianz gegen Dänemark die Rede war. Säve p. 77 ff

462. (S. 283.) Die lebhaften Spannungen zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg, die Rüstungen des Pfalzgrafen im Sommer 1657, sein Plan in Verbindung mit den katholischen Mitgliedern der Stände in Cleve-Mark die Lande zu überfallen, habe ich übergehen müssen. Das Nähere darüber UA. V. p. 787.

463. (S. 286.) „Als habe man die Wahl nur verzögert, bis der König von Ungarn das Alter der Wählbarkeit erreicht habe", giebt des Jesuiten Franz Wagner historia Leopoldi Magni, p. 70, an. Wagner hat bisweilen gute Quellen, aber diese Angabe ist wohl aus der Luft gegriffen; denn wählbar wurde König Leopold Ignatius (geb. 9. Juni 1640) erst ein halbes Jahr später.

464. (S. 287.) Cöln a./S., 30. März 1658: „lectum in consilio in praesentia S. Kf. D."; anwesend waren: Putlitz, Löben, Hoverbeck, Platen, Schwerin, von dessen Hand auch die Correcturen des Conceptes sind.

465. (S. 288.) Bericht vom 29. März (8. April), 4. (14.) April.

466. (S. 288.) Bericht vom 4. April: novo plane et inusitato exemplo inter catholicos. Und Jena's Schreiben an Schwerin, 6. (16.) April: „quando unquam talis res

a catholico Electore audita? ... Kurmainz erlangt bei allen, auch dem gemeinen Volk großen Ruhm und Ehre und hätte nimmermehr vermeinet, daß er so deutsch und beständig reden würde."

467. (S. 290.) „interea confidimus, utramque partem prospecturam, ne ullos S. Rom. Imp. status ejusque subditi per invasiones transitus hospitationes exactiones aut alio modo quacunque militari molestia afficiantur. Schreiben vom 4. Mai 1658. Londorp VIII. 282, cf. Th. Europ. VIII. p. 590, über den Verlauf der mit diesem Schreiben abgeschickten Gesandtschaft.

468. (S. 290.) Die Berathungen des Reichstags in Gothenburg bei Säve p. 88 ff. sind für die Situation sehr lehrreich. Der Reichsdrost erklärt sich für den Krieg mit „Oestreich, nachdem sich K. M. quocunque modo Brandenburgs versichert", besonders deshalb, „weil ohne solche Resolution die Armee nicht subsistiren könne". Es wird beschlossen (4. April), daß wenn man nicht mit Oestreich und Brandenburg zum Frieden kommen könne, man die Armee in des Kurfürsten Land führen und handeln solle „wie die Raison de guerre dictirt". Und in diesem Sinn schreibt Karl Gustav eigenhändig an Björnclou: wolle Oestreich einen Vergleich eingehen, so könne der polnische Krieg sofort durch eine Theilung Polens unter Schweden, Oestreich, Brandenburg, Moscau und die Kosacken geschlossen werden".

469. (S. 290.) Schreiben vom 10./20. April 1658, zuerst abgedruckt in der Schrift: Kurbrandenburgscher Gesandtschaft Verrichtung u. s. w., dann in Th. Europ. VIII. p. 589. Ein gleichzeitiges eigenhändiges Schreiben des Königs an den Kurfürsten wirft alle Schuld der Verzögerung auf die Polen, die „unter dem speciösen Schein, den Frieden zu wollen, nur auf Anderer Total-Ruin und Unterdrückung, auch Verwüstung von Land und Leuten ausgehn."

470. (S. 290.) Nach Karl Gustavs Ansicht hatte Schlippenbach in der Prenzlauer Besprechung (10. Mai) und schon mit dieser seine Instructionen überschritten; es war daran, daß er verhaftet wurde, der Befehl dazu war schon ausgefertigt. Säve p. 91.

471. (S. 290.) Von nicht geringem Interesse für diese Frankfurter Verhandlungen sind mehrere im lapidaren Styl publicirte Brochüren (von Joh. Frischmann). Diese, so wie andere Publicationen aus der Zeit des nordischen Krieges habe ich während der Jahre 1866—1868 in der historischen Gesellschaft den Mitgliedern derselben zur Untersuchung vorgelegt, und es sind dabei zum Theil sehr anziehende Resultate gewonnen worden. Einzelne solcher Untersuchungen liegen bereits gedruckt vor, andere werden, wie ich hoffen darf, noch veröffentlicht werden. Ich versage mir deshalb von dieser Brochurenliteratur eingehender, als bereits in der ersten Ausgabe geschehen war, zu handeln.

472. (S. 291.) Es ist das der Handel, in dem Boineburg mit Hülfe Hermann Conrings eine Gegenschrift verfaßte, die ihm glänzende Pensionen von Ludwig XIV. und Cromwell einbrachte; s. Guhrauer, Kurmainz in der Epoche von 1672 p. 50.

473. (S. 291.) Bericht vom 11./21. Mai. In den Mém. du duc de Grammont, p. 140, sehen freilich diese Dinge ziemlich anders aus.

474. (S. 292.) Prinz Moritz in einem undatirten Briefe an den Kurfürsten, in dem er den Bericht Staverens über dessen geheime Unterredung mit Kurtrier, d. d. 4. Juni, mittheilt. Staveren war aus Brüssel nach Frankfurt beschieden.

475. (S. 292.) Auch Waldeck forderte die Absetzbarkeit des Kaisers: „bei übler Administration soll er seine Dignität wieder quittiren müssen", er will „kein armirtes Haupt", das Recht über Krieg und Frieden soll bei dem Reichstage, die Mittel zum Kriege bei den Kreisen und den mächtigeren Fürsten sein u. s. w.

476. (S. 293.) Grammont Mém., p. 123: on ne laissoit pas de publier à Francfort la moitié de la France soulevée.

477. (S. 293.) Nachrichten vom 7. Mai, die der Kurfürst 13. Mai an Montecuculi abgesendet.

478. (S. 293.) So der Entwurf, den, 7. Juni, Montecuculi an den Kurfürsten sendet. Falls der Feind sich durch das Reich auf die Lausitz werfen wird, soll die Conjunction zwischen Crossen und Glogau geschehen

479. (S. 293.) Desnoyers Brief vom 7. Juli. Schon 16. April meldet Blondel, daß der Kurfürst täglich hinreite, die Arbeiten zu besichtigen. UA. II. p. 161.

480. (S. 294.) So die Angabe Blondels, Berlin 25. Juni, und im Schreiben des Kurfürsten an Montecuculi, 12. (22.) Juni. Die Ankunft der schwedischen Truppen auf der Danziger Rhede war 7./17. Juni Theatr. Eur. VIII. 633

481. (S. 294.) Aus den Rathsprotocollen bei Carlson, p. 304. Wie inzwischen Schlippenbach mit Schwerin in vertraulicher Correspondenz bleiben und ihn mit immer neuen Friedensversicherungen täuschen mußte, ergeben die Briefe bei Orlich I. p. 193—197.

482. (S. 294.) Säve p. 105 führt aus dem Rathsprotocoll vom 20./30. Juni an, was von Brandenburg zu fordern die Absicht war: daß der Kurfürst aufs Neue in das Vasallagium eintrete, die königsbergischen pacta renovire und seine Armee abdanke.

483. (S. 295.) „Et sic, wie die Römer sagen, non e dignitate reipublicae est hostium legatos in curia audere." Schlippenbach an Schwerin, Flensburg, 23. Juni (3. Juli) 1658.

484. (S. 295.) Diese merkwürdigen Flensburger Verhandlungen sind in der brandenburgischen Druckschrift: „Kurbrandenburgischer an die kgl. Maj. von Schweden abgelassener Gesandtschaft Verrichtung" u. s. w., 1658. 4° (mit Beilagen) mitgetheilt und von da ins Theatr. Eur. VIII p. 722, und Londorp VIII. p. 334 übergegangen. Diese Publicationen schließen mit dem ausführlichen Schreiben von Schwerin und Weimann, d. d. Cöln a./S., 4. Aug. 1658. Einige Monate später ist noch ein Schreiben veröffentlicht worden, das in den zwischen Schwerin und Weimann gewechselten Briefen als Smirimentum Mevianum bezeichnet wird; d. d. in arce Cronenburgensi, 5. Oct. 1658. Es ist abgedruckt im Diar. Eur. (II.) 1659 ganz am Ende. Pufend. F. W. VII. 56 hat aus den Acten noch bedeutend mehr als die Druckschrift; Einiges jedoch ist nicht correct, so u. a. die Namen der deutschen Gesandten. Ich habe Einiges über diese Dinge in den Forschungen IV. p. 45 mitgetheilt, nur daß ich bei dem desine vero Mevius esse mich nicht an den horazischen olentem Maevium (ep. X.) erinnerte.

485. (S. 296.) Blondel 30. Juli. UA. II. p. 176.

486. (S. 296.) Die Königin kam 28. Juni nach Berlin. In Betreff der Evangelischen erfolgte ein Schreiben des Königs an den Kurfürsten, 16. Juli 1658, abgedruckt im Theatr. Eur. VIII. 605.

487. (S. 296.) Einiges von diesen äußerst verletzenden Begegnungen hat selbst das Theatr. Eur. VIII, p. 761 f. aufnehmen zu müssen geglaubt.

488. (S. 296.) Cum domus Austriaca hoc modo turbas Polonicas et aliena bella pro suo usu et emolumento disponat, ita ut nec nobis cum hoste nostro extra Rom. Imperium agere nec in Germania pacis bono frui liceat nisi ex utilitate, imaginario foro et mensura Austriaca, mirum nemini videri debet, vixdum exstincta Germaniae flamma posse oriri ignem qui innocentes provincias secum in discrimen trahat. Schreiben aus Flensburg, 18. (28.) Juni 1658.

489. (S. 297.) Der Krieg in Italien ist gleich mit erwähnt, obschon eigentlich erst Art. XIV. von demselben handelt; in diesem ist die von Brandenburg vorgeschlagene clausula reciproca aufgenommen: „jedoch daß auch hingegen die Cron Frankreich und deren Bundesverwandte gleichergestalt weder unsern, des Reichs, unsers deutschen Hauses

oder eines Kurfürsten, Fürsten oder Stande sämtlichen oder absonderlichen Feinden keine Hülfe mit Volk, Geld, Waffen oder anderm Beistand oder Vorschub auf keinerlei Weis oder Weg leisten oder thun" u. s. w.

490. (S. 297.) Ueber diese Sendung des Nicolaus Brahe schreibt der Kurfürst seinen Wahlgesandten, 6. Juli 1658: „wir halten dafür, daß Schweden die Wahl mittelst solcher Legation verzögern und das Reich in confusion erhalten will."

491. (S. 298.) Die Instruction, die aus Berlin freilich zu spät ankam, war für Gewährung der Audienz und Entgegennahme der Anträge, doch so, daß die Wahl nicht verzögert werde. (Rescript vom 6./16. Juli 1658.)

492. (S. 299.) Bericht vom 29. Juni (19. Juli) 1658. Vorsichtiger waren die Aeußerungen am französischen Hofe, namentlich Serviens, „durch dessen Kopf das ganze deutsche und polnische Wesen gehet und daneben nicht allzu fest auf schwedischer Seite steht." (Brands Schreiben vom 26. Juli 1658); doch war der Hof „gewaltig bestürzt" über die clausula reciproca, oder, wie Servien sagt, „daß S. Kf. D. seiner Stimme etwas zusetzen lassen, welches dieselbe ganz und also auch die französische Satisfaction umstoßen wird."

493 (S. 300.) Diese Wahlverhandlungen habe ich nach dem reichen Material des Berliner Archives dargestellt. Begreiflich, daß sie vom schwedischen und französischen Standpunkt aus anders erscheinen. Die drastische Darstellung in Grammonts Memoiren hat nur zu viel Nachbeter in der deutschen Historiographie gefunden, obschon sie von Aufschneidereien und positiven Fehlern wimmelt. Ihr Urtheil über Brandenburg ist: il emportoit indubitablement la balance .... la légèreté de l'esprit de cet Electeur le faisant changer à tout moment de résolution p. 91. Das war das Urtheil in Paris, wie die Pariser Verse vom 13. Juli 1658 zeigen, die Aitzema p. 218 mittheilt: Mais si ce prince de l'Empire Appréhende d'avoir du pire, Voyant ses estats en danger, Ne peut il pas encore changer u. s. w.

494. (S. 300.) Schwerin in einem Bericht aus den Acten, den der Kurfürst gefordert, 8./18. Dec. 1662: „die brandenburgischen Gesandten hätten bis zur Adjustirung des Projects den Verhandlungen beigewohnt und erst da sich zu absentiren begonnen, als man obgedachtes Project der französischen Eintretung und dann einen Nebenreceß für Schweden und wider E. K. D. ins Mittel gebracht, welches denn auch die Ursache gewesen, weshalb sich E. K. D. über solche Partialität beklagt und ferner in solches Allianzwerk nicht treten wollen."

495. (S. 301.) Trier und Münster ratificirten den Vertrag nicht. Es wäre der Mühe werth, die Geschichte dieses rheinischen Bundes gründlicher als es bisher geschehen ist, zu studiren; was Mignet über sie hat (Négoc. rélat. à la success. d'Espagne II. p. 14 ff.), ist ungenügend, und es ist ihm begegnet aus dem „Pfalzgrafen Herzog von Baiern", d. h. Pfalz-Neuburg den Kurfürsten von Baiern zu machen. Die Aeußerungen von Leibniz über den Bund hat Guhrauer, Leibnitz deutsche Schriften I. p. 25, und Kurmainz 1672, p. 89. Ich habe über die Entstehungsgeschichte desselben und über die Motive seiner weiteren Thätigkeit die überaus reichhaltigen Briefe Boineburgs an den Pfalzgrafen von Neuburg, so wie die des Jesuiten Otterstädt an den Pfalzgrafen (Düsseld. Arch.) benutzen können. Eine lehrreiche Uebersicht der politischen Wirksamkeit des Rheinbundes giebt Böhm, Zeitschrift für Pr. Gesch. V. p. 217 ff.

496. (S. 301.) ... d'assurer cette capitulation par une confédération de quelques princes de l'Empire appuyée de deux couronnes u. s. w. Leibnitz in einem Briefe über die Zeit von 1648 bis 1672, aus dem Guhrauer Kurmainz 1672 p. 91, eine Stelle veröffentlicht hat.

497. (S. 302.) Gravel in seinem Bericht an Ludwig XIV., Regensburg, 13. Jan.

1667 (Mignet II. p. 36); er kommt zu dem Schluß: que quelques liaisons particulières que V. M. ait agréable de faire en Allemagne, ladite Alliance doit être conservée s'il est possible et servir comme d'une grande roue dont le mouvement imperceptible doit donner le branle aux dites liaisons.

498. (S. 304.) Die höchst lehrreiche Correspondenz Benningens mit dem Haag ist in de Witt's Brieven nicht abgedruckt. Sie findet sich theilweise in der schwedischen Staatsschrift Expositio causarum 1658, Beil. p. 48 ff., und vollständig in Beckers Samlingar til Danemarks historie 1847.

499. (S. 305.) Mitgetheilt von Montecuculi an den Kurfürsten, Birnbaum, 7./17. August.

500. (S. 306.) Courir à l'improviste sur l'ennemi, qui n'est pas sur ses gardes, le surprendre et lui faire sentir la foudre avant qu'il ait vu l'éclair, so heißt die vortreffliche Regel, die Montecuculi, Mém. II. 1. art. 3 giebt. Leider hat er es unterlassen, in dieser Schrift auf den Feldzug von 1658 bis 1660 Rücksicht zu nehmen.

501. (S. 306.) Dies im Wesentlichen nach einem lehrreichen Memorial von Sparr, s. d. „Motiven, warum der König von Polen nebst dem König von Ungarn Ursache haben, den König von Schweden in Holstein itzo zu verfolgen und sich vor den Städten in Preußen nicht zu engagiren noch aufzuhalten." Auch Ysbrand meldet von dieser Berathung der Generalspersonen (27. Aug. 1658, UA. III. p. 128), aber freilich nichts davon, daß er die Hülfe einer holländschen Flotte verheißen habe.

502. (S. 306.) Dies Schreiben vom 16. (26.) Aug. überbringt der Kammerjunker v. Wreech, in dessen Instruction steht: „sollte Montecuculi zögern und etwa erst Befehl vom kais. Hofe erwarten, so soll W. ihm antworten, daß wir das Werk von so hoher Wichtigkeit halten, daß dabei kein Cunctiren oder Erhohlung fernerer Order zu rathen sei." Der Vertrag mit Oestreich, Art. VIII, foedus de conjunctione armorum, 30. Jan. (9. Februar) 1658, sagt: quod autem ad determinationem loci, ubi haec in Suecos operatio erit primum instituenda, hoc communi foederatorum consensu Ser. S. Ele. delatum est

503. (S. 307.) Aus der „Donnerstag-Particular-Zeitung zum europäischen Mercur", Königsberg, 14. Nov., Schreiben aus Friedrichsödde.

504. (S. 307.) Mit einiger Sicherheit ist die Stärke der brandenburgischen Truppen auf 9000 Pferde, 2000 Dragoner, 4000 Mann Fußvolk zu bestimmen. Die kaiserlichen werden zu 13,000, die Polen zu 5000 Mann angegeben.

505. (S. 308.) So nach dem 1659 gedruckten Schreiben Wassenaars „an einen hohen vertrauten Freund" und seinem Bericht an die Hochmögenden vom 9. Nov. 1658, abgedruckt bei Aitzema, wo auch andere holländische Berichte und auch Karl Gustavs Nachricht an seine Minister, d. d. Cronenburg, 31. Oct. (10. Nov.) 1658. Vortreffliche Dinge enthält eine Stralsunder Flugschrift über die befohlene Feier des großen Sieges der Schweden: „Kurze, jedoch eigentliche Relation wie es zu Stralsund u. s. w.", von der ich anderweitig zu sprechen Gelegenheit haben werde.

506. (S. 308.) Diesen Abschluß zu erreichen, hatten die Schweden Briefe des Kurfürsten von Brandenburg, mit dem der Zaar in gutem Vernehmen stand, vorgelegt. Der Kurfürst erklärte dem französischen Gesandten, daß seine Unterschrift und sein Siegel gefälscht sei. So nach Blondels Berichten. UA. II. p. 184.

507. (S. 309.) Extraordinäre Zeitung, Schreiben aus Holstein, 26. Nov. a. St. meldet die noch schwebende Verhandlung: „S Kf D. wollen mit des Herzogs F. G. nicht also verfahren, wie die Schweden inaudito plane exemplo mit Curland umgesprungen, daher man die Hoffnung zu dem barmherzigen Gott fasset, derselbe werde S. Kf. D. Actionen mehr Segen verleihen.

508. (S. 309.) Die oben angeführte Zeitung aus Holstein vom 26. Nov. a. St. meldet die Ankunft der Schiffe, „um bei 6000 M. nach Seeland zu führen, woselbst es noch vor dem Christfest derbe Stöße geben möchte. Viel schwedisch gesinnte meinen, der König von Schweden werde desperat werden und sein Leben und estat der Fortuna endlich übergeben."

509. (S. 309.) Weimanns Briefe aus dem Haag, vom 6. Dec. 1658.

501. (S. 310.) Die sehr anziehende „Disposition zur Attake auf die Insel Alsen, 4./14. Dec.", ist datirt Tippel, 2. Dec. 1658 und von der Hand eines Secretärs, die häufig in besonders vertraulichen Schriftstücken wiederkehrt, also unzweifelhaft vom Kurfürsten dictirt. (Jetzt abgedruckt in Zeitschrift für Pr. Gesch. II. p. 102.) Wenn Passek (Denkwürdigkeiten p. 31) die Eroberung von Alsen in den Anfang 1659 setzt und so spricht, als ob 700 Polen die Hauptsache gethan hätten, so ist das rein aus der Luft gegriffen, wie so Manches in Passeks anziehenden Aufzeichnungen.

511. (S. 310.) „Actum Sonderburg, 13./23. Dec. 1658. Im Kriegsrath praesentibus Ser[mus] Elector und die sämmtlichen Herren Generale von der kais. und kurbrand. Armee, als nemlich JJ. FF. GG. der Markgraf von Baden, der Fürst von Anhalt, der Gen.-F.-Marsch. Graf Montecuculi, Freiherr von Sparr, Gen.-F.-Zeugm. Dörfling, beide Kriegscommissarien Freiherr v. Schiffer und Claus Ernst v. Platen, Gen.-Maj. Goltz." Das Protocoll führt Schwerin. Ueber die große Befriedigung, die die Einnahme von Alsen den Herren im Haag gewähre, berichtet Copes, Haag, 1. Jan. 1659.

512. (S. 311.) Pistorius VII. p. 609, der sonst nicht eben für den Kurfürsten eingenommen ist, sagt: Elector cum laude praefuit nihil eorum, quae a vigilantia et prudenti aeque ac forti duce requiri solent, in se passus desiderari.

513. (S 312.) Das von Wittgenstein und Marwitz überbrachte kurfürstliche Schreiben, d. d. Riepen, 31. Dec. 1658. Nur Marwitz blieb in Kopenhagen, und aus seinen vortrefflichen Berichten sind im Folgenden die Dänemark betreffenden Dinge entnommen.

514. (S. 313.) Jena's Diarium, d. d. Wien, 19. Nov. 1658. Ihm wurde die Instruction Fricquets, der nach dem Haag gesandt war, vorgelesen. „Die Worte lauteten ungefähr so: Ser[i] El. Br. libertas et securitas protecta, das Wort protegirt ist ohne allen Zweifel mit großem Fleiß gesetzt, damit von der Hoheit nichts abgehe."

515. (S, 313.) „... da haben sie hier höheren Spiritus bekommen und sich auch in S. Kf. D. Privatsachen härter erwiesen." Jena's Diarium, 22. Nov.

516. (S. 314.) Jena's Diarium vom 9. Dec., sein Schreiben vom 24. Nov. 1658.

517. (S. 314.) Instruction für Jena, 6. Sept. 1658, Art. 7, „warum S. Kf. D. die Continuation des Deputationstages für undienlich halte und Berufung eines Reichstages lieber sähe."

518. (S. 315.) Schreiben der Allianzräthe an Brandenburg, 3/13. Decbr. 1658 und Antwort Brandenburgs, Lügumkloster, 21. Decbr. 1658. Theatr. Eur. VIII. p. 539. 540.

519. (S. 316.) Jena's Bericht aus Wien, 28. Sept. 1658, Diarium 19. Nov.

520. (S. 316.) So hat Boreel aus Paris geschrieben. Copes an den Kurfürsten, 1. Nov. 1659.

521. (S. 317.) Nach einem Schreiben an die Königin von Polen, Flensburg, 1. Nov. 1658: les Suédois commencent à s'en vanter et se resjouir d'avoir réussi en leur practique ordinaire de séparer les Alliez.

522. (S. 319.) So die Weisung an Weimann, Flensburg, 1. Nov. 1658; es ist in der Zeit, wo der Agent Schlezer beseitigt wird, nicht bloß seiner Schulden wegen, sondern

weil er im Verdacht ist, für die Schweden thätig zu sein, in deren Dienst er demnächst tritt. Dieser weitläufige Handel mit Schlezer ist mir namentlich aus seinen Papieren bekannt, die sich in der Hamburger Bibliothek befinden.

523. (S. 320.) Sparrs Gutachten vom August 1658.

524. (S. 321.) Diese Angaben sind aus Lucas de Gabriis Schrift Injustitia armorum Succicorum p. 46: quae vero talium peritior gens Suecis . . . . quem ad usum ingeniosos nugigeros peculiari sumtu Regiomonti potissimum et Elbingae alunt . . . . qui proelo continuo affixi infinitis nugis scite confingendis et per orbem disseminandis incumbunt. Daß in Frankfurt der meriansche Verlag, in Helmstädt Conring, in Schweden selbst die Loccenius, Scheffer und andere Deutsche thätig waren, habe ich anderweitig nachgewiesen.

525. (S. 321.) So in der recht charakteristischen Schrift: Gespräch über den Zustand der Stadt Danzig 1658; wie denn überhaupt solche Tagesschreibereien den atmosphärischen Druck der mitwirkenden Stimmungen erkennen helfen.

526. (S. 322.) Daß des Herzog Christian von Mecklenburg „hochrühmliche Wachsam- und Vorsichtigkeit" diesen Ueberfall auf Dömitz vereitelt hat, sagt des Kurfürsten Schreiben an ihn, Riepen, 4. (14.) Jan. 1659 und ähnliche Schreiben an den Kaiser und die Kurfürsten. Die schwedische Erklärung vom 4. (14.) Juli 1659, die der Reichsdeputation übergeben wurde, läugnet das Factum. (Theatr. Eur. VIII. p. 970.) Daß das ostensche Regiment in schwedischem Eid geblieben, lehrt des Herzogs von Gottorp aufgefangener Brief vom 12. Febr. 1660, worüber sich ein langer Handel entsponnen hat. Uebrigens war Osten ein brandenburgischer Vasall, lange im Dienst und am Hofe des Kurfürsten gewesen.

527. (S. 322.) Kriegsrath in Viborg, 1. März 1659. Die Polen seien dort 20 bis 30000 Mann stark, die Kaiserlichen 3000 Reiter, der Kurfürst habe in Preußen gleichfalls 2000 Reiter, so daß ein Corps von 5000 deutschen Reitern zusammengesetzt werden könne; sie hätten da keinen andern Feind als den Pfalzgrafen, der gewiß nicht über 3500 Reiter (außer den Besatzungen) stark sei; sollte mehr Hülfe nöthig sein, so sei ja ein kaiserliches Heer in Schlesien zusammengezogen.

528. (S. 323.) Schreiben des Kurfürsten an die Prinzessin Hoheit, Viborg, 9. (19. Februar.

529. (S. 324.) So Desnoyers Schreiben aus Warschau, 16. April 1659.

530. (S. 324.) Memorial von Montecuculi, 29. April 1659 eingereicht. Cf. Puf. VIII. 10.

531. (S. 324.) Nach einem Bericht von Copes, Haag, 19./9. März 1659 und Nieuports Schreiben aus London, 14. März in de Witt's Brieven III. p. 567 ff.

532. (S. 325.) Dies Datum entnehme ich aus Aitzema IX p. 400 (wederom seer claer ende net geschreven dat men S. M. het secours onder Godes hulp ende segen souden senden ende dat S. M. sich daer toe mocht verlaeten) und den höchst scharfen Vorhaltungen, die Marwitz demnächst dem außerordentlichen staatischen Gesandten in Kopenhagen macht, (Schreiben vom 7./17. Juni). Bei Londorp und im Theatr. Eur. sind falsche Angaben.

533. (S. 325.) Ueber den Gang der Verhandlungen, die zum Concert führten, liegen mir besonders die Berichte von Weimann und Copes vor, denen freilich die Dinge zum Theil entstellt mitgetheilt wurden. Der sächsische Gesandte in Kopenhagen, v. Kötteritz, schreibt 28. Mai: „es scheint wohl, daß beide Könige in arbitrium extraneorum verfallen werden . . . ist auch eine besondere Manier Frieden zu tractiren." (Dresd. Arch.)

534. (S. 325.) Schreiben des Kurfürsten an Dietrich v. d. Marwitz in Kopenhagen. Viborg, 20. (30.) April.

535. (S. 326.) Aus Weimanns Eingabe an die Hochmögenden (s. u. No. 547) de waerheyt te seggen het werdt voor S. K. D. gesorcht, doch sonder sorge .... wy schricken als wy het horen u. s. w.

536. (S. 326.) So Aitzema p. 433. Wassenaar soude moeten stillstaen, ende hy soude blyven geconjungeert met de Densche. Ende Denemarck soude self niet willen stillstaen, sijn Geallieerde ook niet. Elck soude seggen: tu mihi turbas aquam.

537. (S. 326.) Sed de Austriacis altum silentium. Kötteritz, 13./23. April. (Dresd. Archiv.)

538. (S. 327.) Diesen Verhandlungen (Th. Eur. p. 1014) ging eine Sendung Tornows an die braunschweigischen Herren voraus, dessen Bericht über seine vergebliche Sendung die Situation klar macht Auch ein kaiserlicher Gesandter, Obrist Knie, erschien, forderte, da die Allianz pro imperio sein wolle, auch das caput imperii aufzunehmen. Die Herren foederati feierten ihren tapfern Bund mit einem Gastmahl, bei dessen Ende sie die Degenspitzen in einen Becher mit Wein tauchten und vivat unio riefen, und ein blinder Bettelmönch, der zugegen war, rief auch vivat unio et ne sit vinea. So erzählt Weimanns Journal, 17. Februar 1659.

539. (S. 327.) Schreiben des Kurfürsten an Kursachsen, d. d. Feldlager gegen Fünen, 20. Juni 1659. (Dresd. Arch)

540. (S. 327.) Aus dem schwedischen Memorial vom 4./14. Juli 1659 u. a. abgedruckt in Theatr. Eur. p. 970.

541. (S. 328.) dont Elle s'est un peu detournée. Schreiben Mazarins vom 28. Febr Eben so in dem sehr schmeichelhaften Schreiben Mazarins an Schwerin: comme ce n'est que par quelque violence, que la fortune luy a faite, qu'il s'est un peu mis à l'escart du chemin que ses pères ont tenu et de l'inviolable liaison qu'ils ont eue avec la France — l'estime que ses ministres fidèles et éclairés comme Vous estes le porteront toujours à y rentrer quand il le pourra faire avec honneur et avec sécurité.

542. (S. 328.) Veit v. Seckendorf (in einem Briefe der uttenhoffschen Sammlung, in der Hamburger Bibliothek, d. d. 29. Nov. 1657) spricht von hominis istius protervia ... mihi sane qui sit Frischmannus ille cujusve rei gratia prostituet ingenium suum, parum notum et extra curas est ... er hoffe ut larva detrabatur fumivento isti. Die Berichte Frischmanns jetzt UA. II. p. 193 ff.

543. (S. 329.) d. d. Viborg, 28. März (7. April), (jetzt UA. p. 197) ... Si mes ancestres ont eu ces maximes, que de préferer l'interest des autres Princes à la conservation de leurs propres états, j'advoue, que je m'en esloigne me trouvant obligé en ma conscience de défendre les pays que par la grace de Dieu je possède et en faisant cela je ne vois pas par quelle raison je pourrois estre blasmé de qui que ce soit.

544. (S. 329.) mais j'ai toujours trop considéré la France pour luy vouloir rendre des reproches, moins encore de l'accuser qu'elle aye oubliée l'amitié ancienne de ma maison; j'aime mieux de prendre l'offre de dits ministres pour leurs propres courtoisies que de dire que l'on ne m'aye pas tenu les promesses.

545. (S. 329.) Protocoll der Conferenz vom 13. Mai. Car autrement a n'en rapporter d'ici que de belles paroles on eust peu se contenter ....

546. (S. 330.) après que le coup seroit fait et le mal irréparable, S. A. E. pourroit s'excuser sur ce qu' ayant une fâcheuse guerre sur le bras il n'avoit pas esté en sa puissance de l'empescher et payer Sa dite. Maj. seulement de ce qu'elle en estoit bien marrye.

547. (S. 330.) Den höchst denkwürdigen Vortrag Weimanns (vom 21. Mai 1659) theilt Aitzema XXIX. p. 418 mit. Das Diarium Eur. II. p. 3 (vor Aitzema gedruckt) bemerkt: „weil aber dieser Auffatz im Haage in geheim und ohne Vorwissen der von den

sämmtlichen deutschen Bundesverwandten daselbst anwesenden Abgesandten war geschlossen worden, auch ohne Mitanschließen ihrer hohen Principalen sollte vollzogen werden, widersetzten sich unter andern die churbrandenburgischen hochansehnlichen Herren Abgesandten, Herr Weimann und Herr Copes, solchem Vorhaben und baten ihnen als eines vornehmen Mitglieds und Bundesverwandten Abgesandten hinführo von dem was gehandelt werden sollte Wissenschaft zu ertheilen mit folgender eingegebener Schrift." In den Niederlanden selbst wurde die Schmach dieser Politik lebhaft empfunden; Weimann berichtet Haag, 29. Mai 1659, daß „der meiste Theil der Regierung und das Volk schier überall bekümmert und bestürzt stehet"; de Witt sei zu ihm gekommen, den Abschluß des Concertes mitzutheilen und sich zu entschuldigen: „wir möchtens zum Besten helfen wenden, uns zufrieden geben und gedenken, die Zeit könne Alles zurecht bringen; wäre etwas abgewichen, so bleibe des estats Intention doch gut, möchten daher unsere Proposition nicht schriftlich übergeben, um die Gemüther nicht zu abalieniren, sondern S. Kf. D. erklären, daß der Estat, wie es auch ginge, sich von dessen Interessen nicht werde abdrücken lassen" und wie dieser Biedermann dann weiter redet. Weimann bemerkt ihm: seine Mittheilungen kämen etwas langsam, die Gesandten von England und Frankreich hätten mehr Civilität gehabt, indem sie schon vor vier Tagen zu ihm gekommen u. s. w. Wicquefort, der seine Hist. des Prov. Unies bekanntlich auf de Witts Veranlassung und im Auftrage des Staats schrieb, spricht von diesen Dingen II. p. 573 ff. und sagt dabei von Weimann: qui estoit un grand et un impertinent parleur!

548. (S. 331.) So Marwitz Bericht vom 30. April (10. Mai) 1659.

549. (S. 331.) Men meynt dat de Geallieerden in Hollsteyn dagelycks opbreecken ende vort marcheeren sullen: willende de Keurvorst apparentelycken den kop uyt den strick trecken. Schreiben eines schwedischen Beamten aus Stettin, Hans Kruse an Mr. de Bestrine, schwedischen Rath und Commissar in Helsingör, Stettin, 26. April (6. Mai) 1659. Aus dem Deutschen gedruckt.

550. (S. 331.) Schon einige Wochen hat sich der englische Gesandte bei den Reichsräthen über Marwitz beschwert, als hindere er allein die guten Intentionen des Königs, man müsse sehen, schreibt Marwitz, „wie mit Manier ich könnte weggeschafft werden."

551. (S. 331.) Die erste Disposition ist vom 22. Mai (1. Juni) mit einigen eigenhändigen Randbemerkungen des Kurfürsten.

552. (S 332.) Daß diese holländischen Schiffe aus Wassenaars Flotte waren, ergeben zwei Namen derselben, Münkedam und Mayt van Enkhuyzen, die sich in dem Verzeichniß von Wassenaars Flotte, Aitzema IX. p. 121, finden.

553. (S. 332.) Mir liegt die „Beschreibung der Attake der Insel Fanoe" vom 4. (14.) Juni vor, die im Hauptquartier, wohl für die Mittheilung nach Wien und Warschau verfaßt worden. Darnach berichtigen sich die Angaben im Theatr. Eur. p. 1160. Todte hatten die Kaiserlichen 4, die Brandenburger 38; Verwundete die Kaiserlichen 41, die Brandenburger 70, unter diesen ein Oberstleutnant, drei Capitaine.

554. (S. 333.) Die Disposition zu diesem Angriff ist d. d. Steendrup, 23. Juni (3. Juli.) Die Vorberathung im Kriegsrath 19. (29.) Juni. Ein besonderer Bericht hat mir nicht vorgelegen, ich mußte Pufendorf C. G. VI. 10 und F. W. VIII. 13 folgen.

555. (S. 334.) Nach einem Bericht von Copes, 9. Juli (29. Juni) ist dies Schreiben des Königs in der Versammlung von Holland verlesen und sehr übel vermerkt worden.

556. (S. 334.) „Man fürchtet hier", schreibt Copes, 11. Juli, aus dem Haag, „daß dieselbe Flotte, wie sie in Widerwillen der englischen sich hat conjungirt, auch Casu eines oder anderes auf die schwedischen oder englischen Schiffe attentiren oder Ursach zur Ruptur geben möchte."

557. (S. 334.) „Denn er ist mehr schwedisch als einer von des Königs Bedienten und richtet viel wunderliche Händel an", schreibt Marwitz aus Kopenhagen 8. (18.) August. Natürlich sieht das Alles in Terlons eigenen Memoiren gar anders aus.

558. (S. 335.) u. a. heißt es in diesem Schreiben . . . . la bonne affection que j'ai pour Vous plus nettement, qu'il ne me paroit en la réponse . . . . . un accommodement, dans lequel Vous puissiez entrer u. s. w.

559. (S. 335.) Schreiben des Kurfürsten an den König, 22. Juni (2. Juli) ist sehr bestimmt: c'est la même manière, que je remarque dans la négociation en Pologne, où l'on travaille seulement de faire une paix particulière avec toutes reflexions sur le seul interest de la Suède u. s. w. Und am Schluß: je m'estonne que V. M. n'en a pas pris (aus seinem früheren Schreiben) la satisfaction et le contentement desiré, ce que pourtant je m'estois persuadé u. s. w. Wenigstens devot ist das nicht.

560. (S. 335.) Darüber wird ein berichtigender Artikel zum Abdruck an Prinz Moritz geschickt, 16. (26.) Aug. 1659.

561. (S. 336.) Dies aus einem undatirten Schreiben Brands. Statt Desminiers wurde dann Blondel gewählt, der, so schreibt Brand am 10. Nov., schon seit 10 Wochen zur Abreise fertig ist.

562. (S. 337.) Die sehr anziehenden Erörterungen der brandenburgischen Räthe 29. April (9. Mai) hat Pufendorf VIII. 17 bis 20 in vollständigem Auszug.

563. (S. 337.) Somnitz Bericht vom 16. (26.) Juli, der ins Hauptquartier nach Kolding am 25. Juli (4. Aug.) kommt. Seine Instruction ist vom 6. (16.) Juli.

564. (S. 338.) Den Tag der Ankunft des Couriers kann ich leider nicht genau bestimmen, da ich die betreffenden Acten nicht gesehen habe. Nach Pufendorf erläßt der Kurfürst am 5. (15.) Aug in Beziehung darauf bereits an seinen Statthalter in der Mark einen Befehl. De Souches war bereits am 12. im Besitz von Greifenhagen; er hatte bis dahin einen Marsch von etwa 40 Meilen, zu denen er mehr als 14 Tage brauchte. Am 26. Juli wußte der König von Schweden, daß de Souches in Marsch sei.

565. (S. 340.) So nach dem Bericht von Marwitz, 20. Aug. Etwas abweichend davon ist der Bericht aus einer (mir unbekannten) Druckschrift, die Londorp VIII p. 624 mittheilt und die schon Diar. Eur. II p. 393 benutzt ist. Wieder anders erzählt diese Scene Manley history of the late war II. p. 83.

566. (S. 341.) Marwitz, 24. Aug. (3. Sept,) schreibt: „so daß man nicht allein die lascheté dieser Leute siehet, sondern auch was man sich bei so gestalten Sachen von ihnen zu versehen hat, indem sie sich vor Schweden als ein Kind vor seinem Zuchtmeister fürchten."

567. (S. 341.) Aitzema p. 488. te connen toestaen eene amicable entremise van de heeren Mediateurs, maer geen arbitrage.

568. (S. 342.) Brands Bericht. 5./15. Nov. 1659.

569. (S. 343.) Puf. C. G. VI. 69. Die Sendung Waldecks meldet Marwitz 1. (10.) Oct. und Näheres über seine Reise und seine Thätigkeit Fürst Moritz, d. d. Petershagen, 23.Sept. (3. Oct.) und die clevische Regierung, 5. Oct. 1659.

570. (S. 343.) Schreiben von Marwitz, 23. Sept. (3. Oct.) 1659.

571. (S. 344.) „Und wird den Caper=Capitains so großer Wille gestattet, daß sie diejenigen, so für das Ihrige sprechen, öffentlich schlagen, hauen und stechen, welches, weil es ihrer vielen widerfahren und denen von Colberg auch gedreuet ist, bleibt es stecken." Vergebens reclamirt Marwitz: „wenn sie zu einer Sache nicht Lust haben schweigen sie still." Marwitz, 24. Sept. 59.

572. (S. 344.) Marwitz, Schreiben vom 1. Oct.: „die holländischen Deputirten

schämen sich gleichsam und gestehen, daß sie aus Holland ein Capital (Vorwürfe) bekommen, daß sie J. M. bisher, der Tractaten wegen, so hart zugesetzet."

573. (S. 345.) Aus dem Bericht Weimanns vom 5. Sept. 1659.

574. (S. 345.) Weimanns Schreiben vom 5. Sept. 13. Oct. „die Vernünftigsten sind der Meinung, daß E. Kf. D. in gar glücklichen, guten terminis seien und wie es auch gehet, daß Sie diesen Winter, es sei lieb oder leid wem es wolle, ein Großes durch Gottes Gnade thun könnten."

575. (S. 346.) Art. 101 des pyrenäischen Friedens lautet: . . . mittere suos legatos sine mora et curare ut . . . tam omnium controversiarum quae Imperii quietem turbare poterunt quam illarum quae . . . bellum in aliis tractibus septentrionalibus excitarunt, compositio maturetur.

576. (S. 346.) So bezeichnet es Leibniz, der es wissen konnte, in dem Schreiben an den König von Frankreich 1671: „magnum opus . . . scilicet conjunctio utriusque augustae domus in communem consiliorum scopum nec fictis promissionibus sed ipsa coeptorum necessitate" (bei Guhrauer, Kurmainz im Jahr 1672, Beil. p. 148.)

577. (S. 346.) Schreiben Mazarins an Mr. de Gravel, 12. Nov. . . que si la paix ne se faict promptement dans l'Empire comme le Roy et le Roy Catholique ont résolu de l'avancer incessamment u. s. w.

578. (S. 347.) Mazarins Antwort auf des Kurfürsten Schreiben vom 20. Sept. ad has literas valde quidem imperiosas Electori haud respondere placebat. Puf. VIII. 42. Deutsch u. a. in Diar. Eur. II. p. 561.

579. (S. 347.) Weimann 20./30. Decbr. 1659. „und kann man es gleichsam mit Händen greifen, daß alle diese Dinge nur lauter bontades seindt und Schweden selbst darauf nicht fußen werde; zum mindesten glaubt manniglich, was aufrichtig deutsch ist, müßte sich nicht daran stoßen, um diese Conjuncturen, da Schweden in der Engen, England geembrouilliret und Frankreich noch in Allem unsicher stehet, zu seinem Besten rechtschaffen zu gebrauchen." Schwerin meldet an Brand 10./20. Jan. 1660, daß S. Kf. D. auf das Schreiben Mazarins nicht antworten werde.

580. (S. 347.) Brand berichtet, der Cardinal, dem er Schwerins Schreiben vom 10./20. Jan. mitgetheilt, habe ihm 13. März darauf erwiedert: folgt nun u. a. il est vray que M. l'Electeur n'a pas grand sujet d'aprehendre les dites forces, puisque nous scavons qu'après avoir leu ma lettre il dit haut en presence de ses officiers de guerre qu'il doneroit mille ducats de regale à celui qui luy apporteroit l'advis que les armes de France auroient attaqué ses estats de Cleve. Il y auroit bien plus de lieu de prendre ce discours pour une menace si les grands Rois auroient accoustumé de se piquer pour de petits emportements de cette nature u. s. w.

581. (S. 348.) Mir liegt außer den Berichten in Pufendorf, im Th. Eur., Aitzema p. 524 u. s. w., der des Gen. v. Quast vor, der selbst, wie er sagt, „zweimal durch die Brust geschossen worden." Die drei brandenburgischen Regimenter Kanneberg, Quast, Graefe verloren 98 Todte und etwa eben so viel Verwundete. Daß die holländischen Berichte so lauten, als ob die anderen Alliirten ungefähr nichts, und die Holländer das Uebrige gethan hätten, ist erklärlich.

582. (S. 349.) Allerdings war Admiral Wrangel mit einigen hundert Mann aus den dänischen Inseln zum Succurs gekommen, aber diese konnten den Abmarsch nicht motiviren. Wrangel hatte vorher von Wolgast aus die Insel Usedom occupirt und die Schanze an der Swine genommen, damit die Fahrt auf Stettin gewonnen. Die Besatzung dieser Schanze bestand aus 200 Kaiserlichen, nach der Druckschrift „Ausführlichen Beschreibung stettinischer Belagerung" d. d. 27. Oct., und natürlich von de Souches Corps.

583. (S. 352.) Weimann sagt zu de Witt: „sie würden es einst noch zu bereuen

haben, daß sie ..... mit einem Wort zu sagen, auf bloße Casus und Zufälle der Zeit gebauet und die Conservation ihres Staates daran gehenket, da sie ihn sonst mit so vieler Ehre ziemlich versichern könnten." Bericht vom 24. Febr. 1660.

584. (S. 354.) .... subinde alios de confoederationibus contra M. R. secum ineundis sollicitaret, novos in Eandem hostes stimularet .... quibus suis destinatis tenacissime hactenus inhaesit ..... tamen non tam R. M. est vindictae cupida ut immensas sibi illatas injurias armis ulciscatur, quam amore Pacis et tranquillitatis publicae prona u. s. w. Dies Schreiben wurde am 22. Jan. 1660 überreicht. Es steht u. a. bei Londorp VIII. p. 655 cf. Schlippenbach geheime Denkschrift an Polen, Act. Pacis Oliv. II. p. 527.

585. (S. 355.) „Die Opdamsche Sache macht viel Werk und sehr scharfes und bitteres Disputiren, wobei die großen Städte wollen erweisen, daß sie endlich von den kleinen und also von der Pluralität des Rathspensionärs nicht denken zu dependiren." Weimann, 13. Febr. 1660.

586. (S. 356.) Weimanns Berichte aus Anfang März. Er verhandelt besonders mit dem Bürgermeister Spiegel und mit den Brüdern Poelsbroeck.

587. (S. 356.) Für die Lage der Dinge Anfang Febr. 1660 benutze ich ein eingehendes Gutachten des Fürsten Johann Georg von Dessau d. d. Berlin, 5. Febr. 1660 (Dessauer Archiv) in dem drei zur Erörterung gestellte Fragen beantwortet werden; 1. ob man den Polen ferner entgegen arbeiten soll, weil sie so eifrig auf die Traktate drängen und ob der Kurfürst, wenn die Polen nicht auf Dänemark warten wollen, auf die inclusion Dänemarks bestehen solle. 2. Wenn Polen den Separatfrieden mit Ausschließung Dänemarks macht, ob dann der Kurfürst für Preußen diesem sich anschließen, im Uebrigen mit dem Kaiser den Krieg continuiren soll. 3. Da das pommersche Werk wohl die meisten Difficultäten macht, worauf der Kurfürst zum Aeußersten bestehen müsse. Des Fürsten von Anhalt Beantwortung dieser drei Fragen ist nicht ungeschickt, aber wie Alles von diesem Fürsten nicht eben in großem Style.

588. (S. 356.) Mazarin sagt zu Brand, 13. März: c'est vouloir renflammer la guerre plus quelle ne l'est.

589. (S. 356.) Mazarin sagt bei dieser Mittheilung an Brand: que dans trois semaines au plus tard onverroit quel seroit le sort de l'Allemagne. Bericht v. 6. März 1660

590. (S. 356.) Der Kurfürst stand mit Turenne, der jetzt noch Calvinist, und dessen Mutter eine Vaterschwester der Kurfürstin war, von früher her in Verbindung. Er hatte ihm jetzt von der unerträglichen Uebermacht Schwedens im Norden und den Motiven des Einfalls in Pommern geschrieben; darauf antwortet Turenne, d. d. Paris, 2. März: ... je ne doute pas qu' Elle ne tourne aussi les yeux sur les degrés, dont Elle sert à ceux, avec qui Elle est unie pour devenir plus puissant qu'il n'est à désirer pour tout l'Empire.

591. S. 358.) De Thou erklärte im Haag, daß Frankreich für die Königin Wittwe von Schweden und ihren Sohn Alles einsetzen würde (qu'il mettroit le tout pour le tout), um ihnen den roschildischen Tractat zu erhalten. Aitzema p. 758.

592. (S. 359.) „Es wäre eine unerhörte Kühnheit, daß deputati sollten so weit gehen dürfen, und da er seines Ortes zuweilen auch wohl etwas wagete, so müsse er bekennen, wenn er alles zusammenbrächte, was er an Jugend und Credit hätte, so glaubte er nicht, daß er es so weit erstrecken würde." Weimanns Bericht, 30. März 1660.

593. (S. 359.) Weimann berichtet schon 13. Febr.: er fürchte, Aitzema, dem sich die Stadt Münster ganz anvertraut (er war ihr Agent im Haag), treibe das Werk, um die Kriegsflamme im westphälischen Kreis wieder anzuzünden, gestalt dadurch die kaiserliche, staatische und brandenburgische Force dahin zu ziehen und also durch Dislocation der Alliirten die Schweden zu erleichtern und ihnen neue Lust zu bringen.

594. (S. 360.) Für diese Friedenshandlungen hat mir ein lehrreiches Journal der brandenburgischen Gesandten Hoverbeck, Somnitz und Ostau vorgelegen, beginnend mit der Instruction, d. d. Riepen, 13. Jan. 1659.

595. (S. 360.) Hoverbecks Bericht vom 8./18. Aug. 1660: „Lisola sagt, daß es den Polen leid sein möchte, wenn E. Kf. D. nachgeben und durch Benehmung dergleichen Chikane, wie er es nennt, sie vor der Welt in ihr tort setzen."

Souverainetät und Libertät.

596. (S. 374.) Schwerins Bericht aus Königsberg, 24. Juni 1661; er fügt hinzu: „ich möchte wohl wünschen, daß nicht so viele Zeitungen von da anhero geschrieben würden."

597. (S. 375.) So klagt die Ritterschaft, nicht ohne Uebertreibung, wie v. Haeften in seinen sehr lehrreichen Einleitungen, UA. V. p. 950 und 67, nachweist.

598. (S. 376.) „jus indigenatus, hätte bald gesagt indignitatis," schreibt Wüsthaus.

599. (S. 379.) Schon am 6. Oct. schrieb Nassau: „bei der Nachricht, daß E. Kf. D. eiligst Völker ins Land führen wollten, sind die Stände herzlich erschrocken."

600. (S. 379.) Jetzt ist diese Ansprache abgedruckt in UA. V. p. 962.

601. (S. 382.) So Schwerins Schreiben vom 9. Aug. 1661.

602. (S. 384.) Diese Notiz ist aus den kalksteinischen Proceßacten, welche mir für das Studium dieser ständischen Wirren von großem Nutzen gewesen sind. Die Angabe über Königsberg findet sich in einem Brief Radzivills, Nov. 1660, bei Orlich I. p. 287.

603. (S. 384.) Fürst Radzivill schreibt 20. Oct. 1660: „man beharrt darauf, den Pöbel zu bewaffnen, glaubt dadurch die Kriegssteuer zu hintertreiben und so indirect die Truppen zu verderben; denn, steigt die Nobelgarde zu Pferde, wird niemand mehr beisteuern wollen" (bei Orlich I. p. 287) Radzivill giebt 27. Mai 1661 seine Truppenstärke an, bei Orlich II. p. 5, der leider verkehrt excerpirt hat. Gegen Ende des Krieges hatte der Fürst 4000 M. Fußvolk, 2000 Reiter, 2000 Dragoner. Schreiben vom 25. Jan. 1660.

604. (S. 384.) Ungern versage ich es mir, bei der edlen Gestalt des Fürsten Bogislav Radzivill zu verweilen. Die reiche Literatur über ihn erschöpft bei Weitem nicht die Aufgabe. Es ist nicht ohne Interesse, daß schon 1654, dann wieder 1663 auf dem Reichstag der Kurfürst bemüht war, für ihn den deutschen Reichsfürstenstand zu gewinnen; der Fürst wollte seine polnischen Herrschaften verkaufen und ganz ins Reich übersiedeln. Johann Ulrich von Dobrczensky war ihm als persönlicher Rath beigegeben.

605. (S. 385.) Die beste Nachricht hierüber giebt ein Schreiben Dobrczensky's vom 8. Febr. 1662, von dem Puf. IX. 41 einen Auszug giebt. Die kurf. Aemter bespricht er in drei Klassen: 1) solche, die gegen ein gewisses Geld verpfändet, die nach den landesüblichen Zinsen (6%) verschrieben, die so überlassen sind, daß in einer gewissen Reihe von Jahren Kapital und Zinsen in ihnen abgewohnt werden, die wegen Kriegsexpensen Officieren eingeräumt sind; er fügt hinzu, daß in allen diesen Kategorien sehr viel Unordnung sei und eine gründliche Revision vorgenommen werden müsse; 2) solche, die arrendirt sind; da überall sei theils die Pacht zu niedrig, theils werde sie gar nicht gezahlt; 3) solche, die unter Kammerverwaltung seien; „hier ist ein wildes wüstes Moor aller Confusion und Unordnung; in den Aemtern sind die Amtsartikel ganz vergessen, es sieht jeder auf sein Bestes und regiert nach eignem Wohlgefallen." Die Oberräthe haben bisher das Werk schläfrig und ohne Nachdruck betrieben, die Kammer hat keine Autorität, auch wenig Leute, die es verstehen und arbeiten wollen u. s. w.

606. (S. 385.) Aus Berichten der Oberräthe 1648 ergiebt sich, daß in Preußen 48,354 Hufen dem Kurfürsten gehörten, von denen damals 13,611 verpfändet oder

arrendirt waren. Im Jahr 1649 schreiben sie, daß von dem gesammten Domanialbesitz „nicht mehr als 5940 Thlr. erzwungen werden können."

607. (S. 386.) So Schwerins Bericht, 24. Juni 1661. Die genaueren Angaben auf 1,381,071 Thlr. hat Orlich I. p. 307.

608. S. 387.) Nach Hoverbecks Bericht aus Warschau, 31. Mai 1661. Die in Königsberg stand, wie es scheint, unter Pater Radau, der später die geheime Correspondenz zwischen Obrist Kalkstein in Warschau und Preußen vermittelt; Briefe an ihn gehen von Pater Radau an Pater Paul Branicky, Soc. Jes. in Warschau.

609. (S, 387.) nec . . . a corpore et integritate Regni Nostri Poloniae alienari sequestrari scindi patiemur, heißt es in dem Vertrage von 1454. Wie diese Verträge durch Abfall der Stände vom Orden begründet worden sind, ist Pr. Pol. II. 1. p. 107 dargelegt.

610. (S. 388.) Eigenhändiges Schreiben an Schwerin, 21. Febr. 1662.

611. (S. 389.) Aus einem Bericht von Weimann und Copes, Amsterdam, 13. Febr. 1660: Gen. Monk habe mehreren Provinzen, die ein freies Parlament gefordert, die Antwort gegeben, „daß nunmehr England nothwendig durch ein Parlament oder Aristocratie müsse geregelt werden." Damals noch sagte er denen, welche die Monarchie wollten, „daß eine monarchicale Regierung die Schwierigkeiten der vielen Secten und Partheien nicht werde exhauriren können."

612. (S. 392.) So die eigene Unterschrift des Schöppenmeisters; die Zeitgenossen schreiben Rode oder Rohde, wie auch sein Großvater in dem Commissionsprotokoll vom 29. April 1609 Hieronymus Rode genannt ist.

613. (S. 393.) Diesen Kalkstein lernt man genau aus den Acten der beiden Processe kennen, von denen der eine 1667 auf Denunciation seines Bruders und seiner Schwestern, der andere bekanntere 1670 gegen ihn geführt ist. Im Laufe des letzteren ist die halbofficielle Schrift Chr. Lud. de Kalkstein mores et fata erschienen, von der Stenzel II. p. 213 seltsamer Weise sagt: „eigentlich nur eine Schmähschrift"; Turenne, dem sie mitgetheilt worden, äußerte: „daß wer des Kalkstein mores hätte aufgesetzt, noch alle seine Schelmenstücke nicht gewußt, er hätte ihn auch als einen Schelm von der Armee wegjagen lassen." (Schwerin an den Kurf., 10. Febr. 1671.) Die Proceßacten ergeben, daß Kalkstein dann von dem Vater gezwungen worden, in polnische Dienste zu gehen, daß er eine Zeit lang in moscowitischer Gefangenschaft gewesen, daß er um 1655 zurückgekehrt und in kurfürstlichen Dienst getreten, wofür er die Hauptmannschaft erhielt. Die Untersuchungen wegen Oletzko begannen 1659, wie Kalkstein meint, weil die Wallenrodts ihn tödtlich haßten; er selbst war mit der Tochter des 1656 verstorbenen Obermarschall v. Kittlitz verheirathet. Die „Suspension" erfolgte Herbst 1660.

614. (S. 394.) Schreiben der Oberräthe, des Oberburggrafen Alb. von Kalnein, des Kanzler Joh. v. Kospoth, des Obermarschall Wolf v. Kreytzen, 24. Dec. 1660.

615. (S. 395.) Eigenhändig Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, 4. Mai 1661. „Von allen Orten kommt Bericht, daß die Schweden zu Wasser und zu Land stark armiren"; und am 17. Mai: „von der Schweden dessein habe nun so viel Nachricht, daß es nicht auf Bremen, sondern auf Minden und diese Orte abgesehen ist." Und Fürst Radziwill schreibt 27. Mai: „daß die schwedische Flotte einen Anschlag auf Memel und Pillau, ja auf ganz Preußen habe."

616. (S. 396.) Eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, Cleve, 17. Mai 1661. An die Kurfürstin, die äußerst besorgt war, daß ihr Gemahl der Politik ein gleiches Opfer wie Heinrich IV. von Frankreich zu bringen sich entschließe, schrieb Schwerin, 3. Mai: der Kurfürst habe ihm respondu avec grande assurance, que s'il

ne la (die polnische Krone) pouvoit avoir avec ceste condition, qu'il n'y voudroit jamais songer.

617. (S. 396.) So der Kurfürst in dem Schreiben an Schwerin, Cöln a./S., 31. Oct. 1661: „will hoffen, daß diese böse Maxime durch Absterben solcher Leute ganz werde erstorben und keine Wurzel oder Samen des bösen Unkrautes übrig geblieben sein, da ich in die jetzigen Oberräthe viel besseres Vertrauen gesetzt habe."

618. (S. 396.) Er sagt: „während kleine Fürstenthümer und Lande, die etwa nur vier oder fünf Aemter haben, und gegen die preußischen Aemter nichts zu achten sind, uns ein merkliches, auf etliche 1000 Thaler erstreckendes ausbringen." Rescript Cleve, 16. Mai 1 61.

619. (S. 396.) So Schwerin an den Kurfürsten, Königsberg, 12./2. Juni 1662.

620. (S. 397.) Schwerin war in zweiter Ehe mit der Tochter des 1640 verstorbenen Landhofmeisters Andreas von Kreytzen vermählt.

621. (S. 397.) So sagt der Bürgermeister der Altstadt Königsberg, Hendel, zu Hoverbeck (dessen Bericht vom 3. Mai): sie hätten beschlossen, des Landtags abzuwarten, den die Vorfahren pro remedio omnium gravaminum gehalten.

622. (S. 399.) Schwerins Bericht vom 17./7. Juni. Die ständische Denkschrift giebt Pufend. IX. 38 im Auszug.

623. (S. 399.) Allerdings kam Waldeck nach Berlin, aber um seine Ansprüche auf die ihm entzogene Comthurei Lagow u. a. durchzusetzen. Die betreffenden Acten geben einigen Aufschluß über seinen Uebertritt zu Schweden.

624. (S. 400.) Des Kurfürsten eigenhändiges Schreiben an Schwerin, Cleve, 26. Juli: „und sehe ich wohl so viel, daß die Oberräthe selbst mit hierunter spielen, und bin ich unglücklich, daß, wenn ein Landtag in Preußen ist, meine eigenen Diener die sind, welche mir die meisten Widerwärtigkeiten verursachen, nur allein, damit ihrer Autorität nichts abgehn möge."

625. (S. 405.) In Betreff des „unbesonnenen und fast rasenden" Roth schreibt der Kurfürst, Cleve, 10. Aug.: „könnt ihr einige Mittel finden und practisiren, wodurch dieser Rhode als ein notorischer Rebell und Aufwiegler mit Manier über die Seite gebracht würde, würde ohne Zweifel daran uns und dem ganzen Lande ein guter Dienst geleistet werden." Dies zur Erklärung der Chiffer bei Orlich III. p. 82.

626. (S. 406.) Becks Naturgeschichte Preußens p. 734.

627. (S. 406.) Obristleutnant Christian Albrecht v. Kalkstein zu Wogau, 1667 Denunciant seines Bruders, als sich die Brüder und Schwestern über die Erbschaft des Vaters stritten; der Verklagte konnte dem Bruder mit Denunciationen über Blutschande und ähnliche Dinge erwidern.

628. (S. 407.) Ausführlicheres bei Pufend. IX. 54, wo es 1663 nachträglich (superiore anno) erzählt wird.

629. (S. 409.) Schwerins Bericht, 21. Oct. Die Anwesenden sagen: „sie hätten ihn wohl mit der Faust tractiren können als die mehreren; aber weil sie öffentliche Personen seien, hätten sie es nicht thun wollen."

630. (S. 409.) Nach der Zeugenaussage des Pastor Dammler hat Obrist Kalkstein 1665 in seiner und Anderer Gegenwart „unterschiedliche Sünden, so zu Knauten im Schwange gingen, als Ehebruch, Blutschande, Mord u. dergl. erzählt, und könnte zu Sodoma nicht ärger gehn." Diese Dinge kommen dann in dem Proceß auf das Schmutzigste und Greulichste zu Tage.

631. (S. 409.) Es liegen die Briefe von Jacob v. Manteufel, Both v. Buddenbrock, Graf v. Prembrock, Obrist Christian v. Dobeneck, Laurentius v. Milewsky (polnisch), Hans Georg v. Auerswald, Hans v. Schlubit und Joh. Adam v. Gröben in den Acten.

Außer diesen sind besonders Obrist Zeige, Landrath v. Redern, Rittmeister v. Schlieben für Kalkstein thätig.

632. (S. 412.) Eben diesen Gesichtspunkt hebt das Minoritätsvotum der Königsberger Bürgerschaft hervor: es sei mit Polen ein nexus in aeternum, der nicht einseitig gelöst werden könne. Die Art, wie die Stände in ihrem Bedenken diese Ansicht zurückweisen, zeigt die Unhaltbarkeit der Position, die sie mit demselben zu nehmen versuchen.

633. (S. 413.) „Die vom Herrenstand sind bestochen, | Die Ritterschaft hat nichts gesprochen, | Die Königsberger lassen nun ihr Pochen, | Die kleinen Städte wirft man mit Knochen. | Was dünkt euch, edle Preußen fein, | Wollt ihr märkische Sclaven sein? | Da schlage Blitz und Donner drein."

634. (S. 416.) Davon berichtet Schwerin, 8. Dec. Das kurfürstliche Rescript vom 12. (22.) Dec. 1661 bei Orlich III. p. 108 beantwortet die einzelnen Punkte.

635. (S. 419.) Auf diese Verhandlungen in den Marken ist später zurückzukommen, wenn die Verhandlungen über die Accise, das „Generalmittel", daß sie jetzt noch zurückwiesen, zu einem Schluß geführt werden. Die Verhandlungen jetzt begannen am 19. Nov. 1661 und endeten 14. Jan. 1662, mit der Bewilligung von 240,000 Thlr. jährlich für die Erhaltung der schon so bedeutend reducirten Miliz.

636. (S. 421.) Es heißt darin: „der Kurfürst wolle keine gemeine ewig währende Rechte, Ordnungen u. s. w., in den alten aber keine Neuerung oder Aenderung ohne Vorwissen, Rath und Belieben der Stände machen oder gestatten, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diejenigen Dinge darunter nicht begriffen, vielweniger hiermit confirmirt werden, welche nunmehr durch das erlangte jus supremi Dominii aufgehoben und davon in unserer ertheilten Regierungsverfassung meistentheils deutlicher disponirt ist." Die Confirmation wird 20. Dec. (9. Jan.) nach Preußen gesendet.

637. (S. 422.) Daß in solchen Sachen, welche crimen laesae majestatis mit sich führen, „diese Appellation nicht zuläßig und dem Kurfürsten allein die Cognition zustehe", setzen die kurfürstlichen Rescripte vom 26. Jan. (5. Febr.) und 17. (27.) Febr. 1662 auseinander.

638. (S. 423.) Quoniam princeps non praesumitur velle nisi quae justa sunt. Aus der „unvorgreiflichen, unterthänigsten Deduction" u. s. w., vom 27. Jan. 1662.

639. (S. 424.) So Schwerins Bericht vom 31. Jan. und das kurfürstliche Rescript vom 30. Jan. (9. Febr.) 1662. Auch in dieser Geschichte ist die hergebrachte Ueberlieferung voller Unrichtigkeiten.

640. (S. 424.) Hoverbeck schreibt an Schwerin, Berlin, 23. Jan.: der Kurfürst habe über die Sache überaus großen Eifer bezeugt, und werde gewiß eher das Aeußerste versuchen, als etwas nachgeben.

641. (S. 425.) Die Flucht meldet Schwerin am 28. Febr. Den Tag derselben kann ich nicht genauer bestimmen.

642. (S. 426.) Das ist der Inhalt der Chiffer in des Kurfürsten Rescript vom 24. März (7. April) 1662, bei Orlich III. p. 152.

643. (S. 427.) Aus einer späteren Angabe geht hervor, daß die Königsberger selbst erst die Accise vorgeschlagen hatten; ich habe in den Acten nicht gefunden, wann es geschehen ist, vielleicht bei der Abfassung der Assecuration und wohl zu dem Zweck, die Stimmung des Adels zu gewinnen.

644. (S. 427.) Schwerins Schreiben vom 4. April 1662.

645. (S. 429.) Schwerins Schreiben vom 4. Mai.

646. (S. 430.) Baczko V. p. 328 verkennt die Rechtsverhältnisse Preußens, wenn er von einem „neuen Recht" der Complanation spricht; und ihm haben dann die Spä-

teren in gutem Glauben nachgeschrieben. Es heißt in den actis et decretis von 1609 (Privilegienbuch p. 105): ac quemadmodum omnes aliae causae hic in provincia terminari debent ex praescripto Jurium Ducatus, ita et differentiae eo nomine (der contributiones publicae) inter status emergentes auctoritate principis veluti supremi in ducatu magistratus, si praesens fuerit, absente vero eo, dominorum consiliariorum accedente tamen communicatione Principis complanari nec alio reduci vocarique debent.

647. (S. 431.) Auch Radziwill schreibt 13. Juni: „man spürt bei der ganzen Landschaft und E. Kf. D. vornehmsten Dienern eine unaufhörliche Begierde, sich in dem alten Stand ihrer Freiheit zu conserviren, und zwar nur zur Bestätigung ihrer Privatautorität und ihres eignen Nutzens, wie es denn in den Aemtern ganz übel hergeht, weil weder den Justiz- noch öconomischen Sachen der gehörige Nachdruck gegeben wird, sondern bald diesem bald jenem zu Lieb die Malversation verschwiegen und verborgen bleibt."

648. (S. 433.) „Weil wir dann nichts lieberes wünschen, als daß die Landtagshandlungen dermaleinst zu gewünschtem Ende ausschlagen mögen und wir zu solchem Zweck desto eher zu gelangen, den Landtagsabschied, Assecuration und Resolution der Gravamina also einrichten lassen wollen, wie es sein Verbleiben dabei haben solle u. s. w." bei Orlich III. p. 165.

649. (S. 434.) Das kurf. Rescript vom 6. März 1663 sagt: eine Schrift, „worin unsre Regierung und actiones auf das Aergerlichste und mehr als tyrannisch dargestellt wird." Sie enthält in der That die heftigsten Anklagen, als wolle der Kurfürst das Land aller seiner Rechte berauben, die edlen Preußen zu Sclaven machen, ein „famoses Libell" im vollsten Sinn des Wortes.

650. (S. 435.) ut porro Fidel. Vest. eandem ulterius etiam retinere pergat nec ullis infringi difficultatibus patiatur. Beide Schreiben, d. d. Vratislaviae, 30. Juni, sind abgedruckt bei Baczko V. p. 482.

651. (S. 437.) Radziwill sendet 20. Juli dem Kurfürsten die genaue Disposition seiner Truppen. Er hat Fußvolk: Obrist Eulenburg 6 Comp. 800 Mann, Obrist Schwerin 6 Comp. 800 M.; Leibgarde: Obrist de la Cave 4 Comp. 300 M., Fürst Statthalter Leibcompagnie 80 M., Obrist Nettelhorst 1 Comp. 100 M., Obrist Bellicum 1 Comp. 80 M.; — Reiter: Fürst Statthalter 4 Comp. 400 M., Landhofmeister v. Wallenrodt 1 Comp. 100 M.; — Dragoner: Fürst Statthalter 3 Comp. 300 M., General Görtzke 1 Comp. 100 M. Summa: zu Fuß 2160 M., zu Roß 500 M., Dragoner 400 M.

652. (S. 439.) Pact. Velav. Art. 9. nec subditi querelas suas ad Regem regnumque Poloniae ullo modo deferre poterunt aut ab iis admitti.

653. (S. 439.) repperiri nonnullos qui occasione et praetextu certarum literarum hanc optimam nostram intentionem in diversum trahere praesumant exindeque memoratorum Pactorum auctoritatem contra omne fas delibare non desinant u. s. w. Schreiben vom 20. J4uli 1662.

654. (S. 39.) So schreibt Radziwill 11. Aug.: „er ist gewarnt worden, durch wen, ist schwer zu sagen; solche Sachen sind nicht geheim zu halten, die man in der Oberrathsstube überlegen und durch preußische Officiere ausführen muß." Und am 8. August wegen des Brodmangels, „worüber ich mich am meisten eines Tumultes der populace befahren muß."

655. (S. 440.) In dem Schreiben des Königs vom 5. Aug. heißt es: „Verendum est quod nos non leviter afficit, ne in extremam acti desperationem populi, exuta penitus S^tis V^ae, sui directi domini, subjectione, tum nostra etiam ad quam sese referre necesse habent reverentia, alienam eamque non modo S^ti V^ae praejudiciosam, verum

quoque nostrae viciniae minime aspernendam, quod neutiquam vellemus, respiciant subjectionem. In dem Originalschreiben, das im Archiv liegt, sind die gesperrt gedruckten Worte durchstrichen; Baczko giebt dafür: tum nostra quoque, quam prae se ferunt reverentia. (V. p. 485.)

656. (S. 441.) Das kurf. Rescript vom 15. (25.) Aug (Baczko V. p. 485) erklärt als genügend, wenn Königsberg 300,000 fl. bewillige, und pro forma auch nur acht Tage die Accise zahle, deren Ertrag von jenen 300,000 fl. abgezogen werden solle; doch müßte dann Königsberg von der Schickung nach Warschau abstehen und den Widerspruch gegen die Souverainetät aufgeben.

657. (S. 443.) Wenigstens Lesseins Eröffnungen (Pufend. IX. 34) im Januar 1662 enthüllen nicht Alles.

658. (S. 446.) Aus einem Warschauer Schreiben an Fürst Radzivill, 19. Juli 1662: si cela est vrai, comme les soldats mesmes l'assurent, je trouve que S. A. E. aura un puissant ennemy, qui est la France, dont le Roy n'est pas en estat de souffrir des injures d'une personne, qui est au dessous de luy et qui peut le ruiner à ce que croit tout le monde. Und am 21. Juli: quant à S. A. E. cette cour désespère de l'avoir en bonne intelligence, après que le France a fait ce qu'elle a pu pour le gaigner et n'en a pu venir à bout mesme, qu'il ait refusé d'assister cet estat en cas que quelqu'un le voulust opprimer et diviser. Cela monstre qu'elle est très mal intentionée, supposé que cela soit vray.

659. (S. 448.) Die Befehle Radzivills vom 29. Oct. an Obrist Hille, Obrist Bellicum, Obristleutnant Souteland (von den Leibtrabanten) und Obristleutnant Raesfeld lassen über die Vorgänge des 30. Oct. keinen Zweifel. Pufend. IX. 49 hat keinen andern Bericht vor sich gehabt, als den des Theat. Eur. IX. 620, dessen Original — wahrscheinlich ein gedruckter Extract Schreibers — mir nicht bekannt geworden ist.

660. (S. 449.) In der Commission waren Fürst Radzivill, Fürst Anhalt, der Landhofmeister v. Wallenrodt, Obristburggraf Kalnein, Landrath v. Eulenburg, Vogt von Fischhausen v. Tettau, die Oberappellationsräthe Ostau, Wegener, Kreytzen, Leschewang, die drei Königsberger Burgemeister (Henckel von der Altstadt, Holländer vom Kneiphof, Zetke vom Löbenicht), der Stadtschreiber von Holland Forster, die Secretaire Calow, Meinders, Sturm. Die Namen hat theilweise auch Theat. Eur. IX. p. 620.

661. (S. 449.) In dem kurf. Rescript vom 6. März 1663, das ein Gutachten von Schwerin und Somnitz fordert, heißt es: „nun könnte wohl aus gedachtem Rohde ein Mehreres gebracht werden, dieweil wir aber erhebliche Ursach und Bedenken haben, genauer auf Alles und was dabei mehre interessirt sein mögen, zu inquiriren, und ihn doch beide vorgenannte Punkte genug graviren, so" u. s. w.

662. (S. 450.) Diese merkwürdige Ansprache ist auch im Theat. Eur. IX. p. 620 im Wesentlichen richtig abgedruckt.

663. (S. 450.) Schon am 20. Nov. schreibt der Kurfürst in einem eigenhändigen Briefe an Schwerin: „die Städte lassen sich verlauten, daß, da die Stände noch mehr Weitläuftigkeit gebrauchen, würden sie von ihnen abgehen und sich zu mir setzen."

664. (S. 450.) Aus des Kurfürsten eigenhändigen Briefen an Schwerin 6. Nov. 30. Nov. 1662.

665. (S. 450.) Der Kurfürst an Schwerin 19. Jan. 1663: „Der Kanzler ist einer von denen, so mir die meisten Händel machen; zwar wenn er bei mir ist, so stellt er sich wie ein Engel, aber man kann es doch sehen, daß es ihm nicht von Herzen geht." Auch die folgenden Anführungen sind aus des Kurfürsten eigenhändigen Briefen an Schwerin.

666. (S. 451.) Unvorgreifliches Bedenken des Herrenstandes und der Landräthe

vom 2. Dec.: „es sind die Landtage das einzige Mittel, das gute Vernehmen zwischen der hohen Herrschaft und den getreuen Unterthanen zu erhalten, sie sind der Herrschaft niemals schädlich und haben den Ständen nicht versagt werden können."

667. (S. 453.) Der Kurfürst eigenhändig an Schwerin 28. Dec. 1662, gegen den Einfall von Polen her wolle er jemand nach Warschau schicken mit der Anzeige, daß er „Gewalt mit Gewalt" vertreiben werde: „es sind nur Canaillen, so solches thun, die Principalen werden sich so leicht nicht an meinem Lande vergreifen."

668. (S. 454.) Leider ergeben die Zeugenaussagen für diesen projectirten Einfall keine genaue Zeitbestimmung; Oberst Dobeneck sagt aus (Sept. 1667), jene Aeußerungen habe Kalkstein vor vier Jahren bei währendem Landtag gemacht; andere Aussagen, daß nur Sapiehas Tod die Sache gehindert, sind wohl nicht richtig, da, so weit ich nachkommen kann, Paul Sapieha noch Ende 1663 den rechten Flügel der Lithauer führte.

669. (S. 454.) Der Kurfürst schreibt eigenhändig an Schwerin (15. Mai): „Mit diesem Landtag ist es wie mit dem clevischen abgelaufen, da der Receß wieder verändert worden; und hier ist die Regimentsverfassung ganz geändert und hätten die Stände mit ihr mehr erhalten, als itzo bei dem Landtagsabschied." Und später (28. Sept.): „daß die Stände allhier in meiner Anwesenheit ein Mehreres, als zu Cleve gut befunden worden, erhalten haben, solches werden die Landtagsacten anders ausweisen, wenn man sie nur ohne Passion durchsehen wird." Dieser Brief in auffallend strengem Ton bezieht sich auf die Spannung zwischen Schwerin und Jena, über welche in dem vertrautesten Kreise so viel her und hin verhandelt worden ist. Einiges davon geben die Briefe bei Orlich I. p. 264, III. 450 ff.

670. (S. 454.) Qui vero ad publica officia vocantur, ii sint vel catholici vel certe tales, qui calvinismo contradicant et corpori doctrinae Prutenico subscribant. Den Protest von 1641 unterschrieben acht Dohna, vier Finke, je ein Kreytzen, Oelsnitz, Waldburg, Sternberg, Podewils.

671. (S. 454.) Die Commissarien sollen sich einfinden, „dasjenige, was über die bereits geschehene relaxation a juramento noch übrig, vollends zum Effect zu bringen."

672. (S. 455.) So legt der Kurfürst in einem eigenhändigen Schreiben an Schwerin 7. Juni die Lage dar, sehr abweichend von den gewöhnlichen Ueberlieferungen, nach denen die Conföderationen schon im December 1662 und im April 1663 ein Ende nehmen.

673. (S. 456.) Eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, 24. August. Pufendorf hat diese höchst lehrreiche Correspondenz, der ich folge, noch nicht gekannt, daher seine Darstellung IX. 51 ff. Einzelnes anders giebt.

674. (S. 457.) Die Rede war nicht ohne Anzüglichkeiten: „Regem Poloniae servare illud jus primogenitum radicale et originale in ducatum Borussiae sic, ut semper cogitaturus sit: haec mea non mea sunt, sed erunt mea."

675. (S. 459.) Eigenhändiges Schreiben an Schwerin 1. Febr. 1662.

676. (S. 459.) „Son tempérament vif et colère le rendait sujet aux emportemens, mais s'il n'étoit pas maître du premier mouvement, il l'était toujours du second et son coeur réparait avec abondance les fautes qu'un sang trop facile à émouvoir lui faisait commettre." So Friedrich II.

Leipzig,
Druck von Giesecke & Devrient.